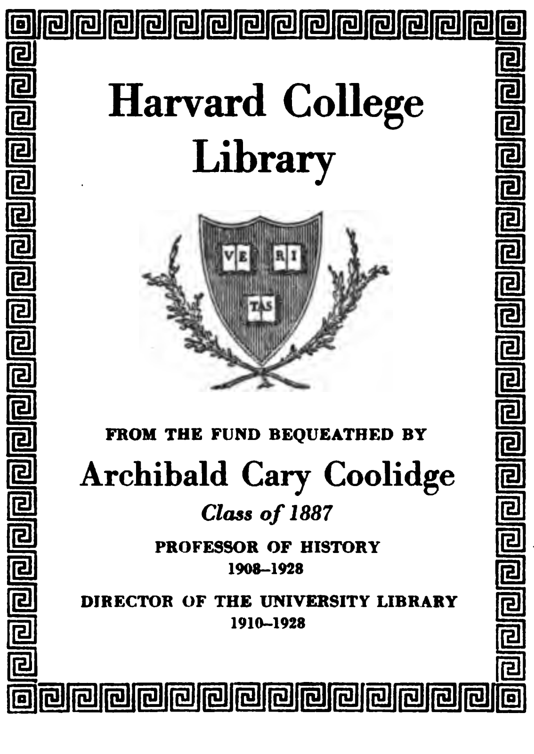
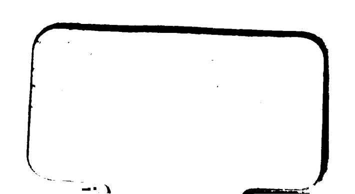







ARRASSOWITZ
HANDLUNG

Geschichte

der

Neuesten Zeit bis 1854

von

Adolf Geisler.



Leipzig

Verlagsbuchhandlung von Carl B. Lorck.

1854.

Historische

Hausbibliothek.

Herausgegeben

von

Prof. Dr. Friedrich Bülau.

Zweiunddreißigster Band.

Geschichte der neuesten Zeit (1815–1854)

von

Dr. Adolf Geißler.

Leipzig

Verlagsbuchhandlung von Carl B. Lorck.

1854.

Geschichte der neuesten Zeit.

(1815-1854.)

Von

Dr. Adolf Geisler.





Leipzig

Verlagsbuchhandlung von Carl B. Lorck.

1854.

Inhalt.

Geschichte der Jahre 1815—1854.

Zum Verständniß der Gegenwart.

Erstes Kapitel.

Das Zeitalter des heiligen Bundes und der Legitimität. Metternich (1815—1830).

Zweites Kapitel.

Das Jahrzehnt von 1830—1840. Sieg und Glanzzeit des Liberalismus. Neue Erschütterungen der Politik der heiligen Allianz durch die Revolutionen der Jahre 1830 und 1831. Grundsatz der Nichtintervention. Ludwig Philipp (1830—1848). Fürst Metternich. Kaiser Nikolaus I. Friedrich Wilhelm III. Lord Palmerston.

Drittes Kapitel.

Die Jahre 1840—1848. Entstehen des Radikalismus. Kampf des Liberalismus gegen die Restauration und den Radikalismus. Friedrich Wilhelm IV. Louis Philipp. Nikolaus. Metternich, Nesselrode, Guizot, Eichhorn, Palmerston und Peel. Die Kämpfe in der protestantischen und katholischen Kirche. Lichtfreunde und Deutschkatholiken. Papst Pius IX. Die constitutionellen, republikanischen und socialistischen Bewegungen.

Viertes Kapitel.

Die Revolution und ihre Besiegung.

Erster Abschnitt.

Vom Februar bis April 1848.

Zweiter Abschnitt.

Die Zeit der Nationalversammlungen (1848—1849).

Dritter Abschnitt.

Die Zeit der Gegenrevolution (1849—1852).

Vierter Abschnitt (1853—1854).

Geschichte
der Jahre 1815—1853
zum Verständniß der Gegenwart.

Erstes Kapitel.

Das Zeitalter des heiligen Bundes. Metternich. 1815—1830.

1. Friedrich Wilhelm III. (1797—1840) und Kaiser Franz I. (1792—1835). Hardenberg † 1822. Metternich.

Vierzig Jahre sind vorübergeflossen, ohne daß der Weltfriede gestört worden ist, wenn auch die Kriegsfackel an einzelnen Punkten Europas einige Male aufloderte. Unruhig und bewegt war indeß das innere Leben der Völker; denn theils war der Stoß der Revolution zu gewaltig gewesen, als daß er nicht die zartesten Nervengeflechte der Volksgeister noch lange hinaus afficiren sollte; theils waren selbst unter Napoleon's despotischem Scepter in Italien, Spanien, Deutschland und den Niederlanden eine Menge Einrichtungen getroffen worden, welche als eine Verwirklichung revolutionärer Grundsätze gelten konnten, den Völkern aber, wo sie in Kraft gestanden, so lieb geworden waren, daß sie ihren Verlust nur ungern ertragen hätten. Dazu gehörten namentlich die Geschwornengerichte und die bürgerliche und politische Gleichstellung aller Staatsangehörigen. Preußen war daher auf dem Wiener Congresse bestrebt gewesen, den billigen Wünschen der Völker Rechnung zu tragen und ihnen als Lohn für ihre Treue und Hingebung einen mäßigen Antheil an der Regierung zu verschaffen. Darum kam in die Bundesacte der 13. Artikel: „In allen Staaten wird eine landständische Verfassung stattfinden.“ Da nun in den Befreiungskriegen die Idee der Nationalität vorzüglich wirksam zum Sturze der napoleonischen Weltherrschaft gewesen war,

die französische Tyrannei aber hauptsächlich in der Unterdrückung alles fremden Volksthums und in der Auflösung desselben in die „große Nation" bestanden hatte, so war dies für die Fürsten des Wiener Congresses ein nicht zu übersehender Wink, dem Bedürfnisse nach nationaler Einheit und Selbstständigkeit zu genügen. Diese Idee wurde natürlich nirgends lebhafter verfolgt, als da, wo eine längere oder kürzere Zersplitterung der einzelnen zusammengehörigen Stämme die nachtheiligsten Folgen herbeigeführt hatte, also in Deutschland, Italien und Polen. Die einander widerstrebenden Interessen der Fürsten, besonders Preußens, Oesterreichs und Rußlands, welche bei der Constituirung jener drei Staaten betheiligt waren, schienen jedoch so unüberwindlich und so gebieterisch, daß man Polen und Italien opfern und sich blos auf Deutschland beschränken mußte.

Die preußischen Staatsmänner, namentlich der energische Freiherr von Stein, die treibende Seele der Freiheitskriege, und der geniale Fürst von Hardenberg dachten zunächst an die Wiederherstellung des Kaiserthums in Deutschland, welche Form der öffentlichen Meinung damals am meisten entsprach, und hatten dabei Preußen im Auge. Hatte das schnelle Wachsthum der preußischen Monarchie im vorigen Jahrhundert aber den Neid der übrigen Kurfürsten und den tiefen Groll des Kaiserhauses erweckt, hatte man sogar an vielen Höfen die Demüthigungen dieser Macht mit unverhohlener Schadenfreude angesehen, so mußte die Idee Stein's, Preußen die Hegemonie in Deutschland zu verschaffen, auf allseitigen Widerspruch stoßen. Die deutschen Mittel- und Kleinstaaten hatten durch Napoleon die Souverainetät erlangt und mittels derselben nachgeholt, was sie im deutschen Reichsverbande verabsäumt hatten: sie hatten die hohe Aristokratie unterworfen und das in mancher Beziehung lästige Ständewesen abgeschafft, wodurch ihre äußere Stellung und ihr Ansehen in der politischen Welt sich nicht unmerklich gehoben hatte. Diese Staaten wollten nun vor allen Dingen nichts von ihren Souverainetätsrechten opfern und widersetzten sich jeder einheitlichen Gewalt, welche die deutschen Stämme enger verbinden und deren Kräfte zu einer imposanten Macht gegen das Ausland vereinigen, wie zur Entfaltung größeren Wohlstandes durch freien Verkehr im Innern benutzen konnten. Baiern und Württemberg namentlich vertraten diese Richtung und ihrem entschiedenen Widerspruche muß es beigemessen werden, daß die deutsche Bundesacte zu Stande kam, welche für jeden Einzelstaat die Souverainetät im Innern wahrte, und doch alle deutschen Staaten zu einem Bunde gegen das Ausland vereinigte.

Den Wünschen der deutschen Völker war damit keineswegs genügt; vielmehr flüchtete sich jener Einheitsdrang in gewisse Gesellschaften, wozu der im Geheimen noch fortbestehende Tugendbund einigen Anhalt bot.



Da aber, wo eine bessere Einsicht von der Unmöglichkeit herrschte, gegen Verhältnisse zu kämpfen, die mächtiger sind als die Ideen, klammerte man sich um so inniger an den 13. Artikel der Bundesacte, der den Völkern einige Rechte an der Regierung der Einzelstaaten zusicherte. Darum laufen in Deutschland seit 1815 zwei Bestrebungen nebeneinander her: das Streben nach Einheit des Vaterlandes und das nach der möglichsten Freiheit in den Einzelstaaten, jedoch so, daß manchmal beide Ideen sich vermischen, oder einander kreuzen, bald die eine, bald die andere vorangestellt wird. Die Idee der Einheit hatte namentlich in Norddeutschland, die der Freiheit in Süddeutschland ihren Sitz. Dort waren es vorzugsweise drei Männer, welche sich durch ihre einflußreiche amtliche Stellung, oder durch öffentliche Organe der Presse in dieser Richtung bemerklich machten. Friedrich Ludwig Jahn, der Turnvater in Berlin, Ernst Moritz Arndt, Professor in Bonn, und Joseph Görres, seit 1814 Herausgeber des Rheinischen Merkur, den Napoleon die fünfte Macht nannte, welche ihm den Krieg erkläre und der 1816 Studiendirector des Regierungsbezirks Koblenz wurde. Die ersten Beiden hielten in der Jugend, der Dritte unter der Männerwelt das deutsche Nationalgefühl wach. Das Turnen, welches sich bald auf allen Gymnasien und Universitäten ausbreitete, verbunden mit der in der Jugend erweckten Urdeutschthümelei in Sitte, Kleidung und Sprache, riefen auf den Hochschulen eine Studentenverbindung ins Leben, welche sich Burschenschaft nannte und zu den Landsmannschaften in offene Feindschaft trat, weil diese einem unsittlichen, unwissenschaftlichen Treiben fröhnten und die Zersplitterung Deutschlands zur Grundlage ihres Corpswesens machten. In den Rheinprovinzen, wo Görres lebte, hatten sich gewisse französische Institutionen seit zwanzig Jahren eingebürgert und innig mit dem Volksleben verwebt. Was man daher von der preußischen Regierung zunächst verlangte, als diese von den Rheinprovinzen Besitz ergriff, war, die Erhaltung dieser Institutionen, besonders des Geschworenengerichts, und die baldige Gewährung einer Verfassung, wie sie der König schon in dem Patent vom 22. Mai 1815 zugesichert hatte. Hier am Rhein, wie in Süddeutschland, waren aber vorzüglich die Freiherren, reichsunmittelbaren Fürsten und Grafen zu Hause, welche durch die Bundesacte, Artikel 14., die Gewähr besonderer Vorrechte erhalten hatten. Gegen Privilegien einzelner Stände sträubte sich jedoch die öffentliche Meinung Norddeutschlands, und in Süddeutschland fürchteten die Fürsten für ihre Souverainetät, wenn die zahlreichen früheren reichsunmittelbaren Herren etwa ihre Rechte weiter ausdehnen wollten. Der reichsunmittelbare hohe Adel hatte daher eine schlimme Stellung, theils gegen die nivellirende Verwaltung der unumschränkt monarchischen Staaten, theils gegen die öffentliche Meinung, die er als revolutionair haßte. In eben derselben Lage befand sich der durch die absoluten Staaten zu uner-

die französische Tyrannei aber hauptsächlich in der Unterdrückung alles fremden Volksthums und in der Auflösung desselben in die „große Nation" bestanden hatte, so war dies für die Fürsten des Wiener Congresses ein nicht zu übersehender Wink, dem Bedürfnisse nach nationaler Einheit und Selbstständigkeit zu genügen. Diese Idee wurde natürlich nirgends lebhafter verfolgt, als da, wo eine längere oder kürzere Zersplitterung der einzelnen zusammengehörigen Stämme die nachtheiligsten Folgen herbeigeführt hatte, also in Deutschland, Italien und Polen. Die einander widerstrebenden Interessen der Fürsten, besonders Preußens, Oesterreichs und Rußlands, welche bei der Constituirung jener drei Staaten betheiligt waren, schienen jedoch so unüberwindlich und so gebieterisch, daß man Polen und Italien opfern und sich blos auf Deutschland beschränken mußte.

Die preußischen Staatsmänner, namentlich der energische Freiherr von Stein, die treibende Seele der Freiheitskriege, und der geniale Fürst von Hardenberg dachten zunächst an die Wiederherstellung des Kaiserthums in Deutschland, welche Form der öffentlichen Meinung damals am meisten entsprach, und hatten dabei Preußen im Auge. Hatte das schnelle Wachsthum der preußischen Monarchie im vorigen Jahrhundert aber den Neid der übrigen Kurfürsten und den tiefen Groll des Kaiserhauses erweckt, hatte man sogar an vielen Höfen die Demüthigungen dieser Macht mit unverhohlener Schadenfreude angesehen, so mußte die Idee Stein's, Preußen die Hegemonie in Deutschland zu verschaffen, auf allseitigen Widerspruch stoßen. Die deutschen Mittel- und Kleinstaaten hatten durch Napoleon die Souverainetät erlangt und mittels derselben nachgeholt, was sie im deutschen Reichsverbande verabsäumt hatten: sie hatten die hohe Aristokratie unterworfen und das in mancher Beziehung lästige Ständewesen abgeschafft, wodurch ihre äußere Stellung und ihr Ansehen in der politischen Welt sich nicht unmerklich gehoben hatte. Diese Staaten wollten nun vor allen Dingen nichts von ihren Souverainetätsrechten opfern und widersetzten sich jeder einheitlichen Gewalt, welche die deutschen Stämme enger verbinden und deren Kräfte zu einer imposanten Macht gegen das Ausland vereinigen, wie zur Entfaltung größeren Wohlstandes durch freien Verkehr im Innern benutzen konnten. Baiern und Württemberg namentlich vertraten diese Richtung und ihrem entschiedenen Widerspruche muß es beigemessen werden, daß die deutsche Bundesacte zu Stande kam, welche für jeden Einzelstaat die Souverainetät im Innern wahrte, und doch alle deutschen Staaten zu einem Bunde gegen das Ausland vereinigte.

Den Wünschen der deutschen Völker war damit keineswegs genügt; vielmehr flüchtete sich jener Einheitsdrang in gewisse Gesellschaften, wozu der im Geheimen noch fortbestehende Tugendbund einigen Anhalt bot.



Da aber, wo eine bessere Einsicht von der Unmöglichkeit herrschte, gegen Verhältnisse zu kämpfen, die mächtiger sind als die Ideen, klammerte man sich um so inniger an den 13. Artikel der Bundesacte, der den Völkern einige Rechte an der Regierung der Einzelstaaten zusicherte. Darum laufen in Deutschland seit 1815 zwei Bestrebungen nebeneinander her: das Streben nach Einheit des Vaterlandes und das nach der möglichsten Freiheit in den Einzelstaaten, jedoch so, daß manchmal beide Ideen sich vermischen, oder einander kreuzen, bald die eine, bald die andere vorangestellt wird. Die Idee der Einheit hatte namentlich in Norddeutschland, die der Freiheit in Süddeutschland ihren Sitz. Dort waren es vorzugsweise drei Männer, welche sich durch ihre einflußreiche amtliche Stellung, oder durch öffentliche Organe der Presse in dieser Richtung bemerklich machten. Friedrich Ludwig Jahn, der Turnvater in Berlin, Ernst Moritz Arndt, Professor in Bonn, und Joseph Görres, seit 1814 Herausgeber des Rheinischen Merkur, den Napoleon die fünfte Macht nannte, welche ihm den Krieg erkläre und der 1816 Studiendirector des Regierungsbezirks Koblenz wurde. Die ersten Beiden hielten in der Jugend, der Dritte unter der Männerwelt das deutsche Nationalgefühl wach. Das Turnen, welches sich bald auf allen Gymnasien und Universitäten ausbreitete, verbunden mit der in der Jugend erweckten Urdeutschthümelei in Sitte, Kleidung und Sprache, riefen auf den Hochschulen eine Studentenverbindung ins Leben, welche sich Burschenschaft nannte und zu den Landsmannschaften in offene Feindschaft trat, weil diese einem unsittlichen, unwissenschaftlichen Treiben fröhnten und die Zersplitterung Deutschlands zur Grundlage ihres Corpswesens machten. In den Rheinprovinzen, wo Görres lebte, hatten sich gewisse französische Institutionen seit zwanzig Jahren eingebürgert und innig mit dem Volksleben verwebt. Was man daher von der preußischen Regierung zunächst verlangte, als diese von den Rheinprovinzen Besitz ergriff, war, die Erhaltung dieser Institutionen, besonders des Geschworenengerichts, und die baldige Gewährung einer Verfassung, wie sie der König schon in dem Patent vom 22. Mai 1815 zugesichert hatte. Hier am Rhein, wie in Süddeutschland, waren aber vorzüglich die Freiherren, reichsunmittelbaren Fürsten und Grafen zu Hause, welche durch die Bundesacte, Artikel 14., die Gewähr besonderer Vorrechte erhalten hatten. Gegen Privilegien einzelner Stände sträubte sich jedoch die öffentliche Meinung Norddeutschlands, und in Süddeutschland fürchteten die Fürsten für ihre Souverainetät, wenn die zahlreichen früheren reichsunmittelbaren Herren etwa ihre Rechte weiter ausdehnen wollten. Der reichsunmittelbare hohe Adel hatte daher eine schlimme Stellung, theils gegen die nivellirende Verwaltung der unumschränkt monarchischen Staaten, theils gegen die öffentliche Meinung, die er als revolutionair haßte. In eben derselben Lage befand sich der durch die absoluten Staaten zu uner-

meßlichem Ansehen gelangte Beamtenstand, in dem weder Geburt, noch Stand, noch Vermögen, sondern allein die geistige Befähigung und das willige Eingehen in die Pläne des Monarchen die Rangverhältnisse regelten. Auch gegen ihn erhob sich laut die öffentliche Stimme, tadelte seinen „bureaukratischen" Stolz und die Heimlichkeit seiner Verwaltung und empörte sich gegen die Unterdrückung aller Selbstständigkeit des Gemeindelebens und des social-mercantilischen Verkehrs. So bildete sich in Norddeutschland durch die Gemeinsamkeit der Interessen bald eine Vereinigung des Adel- und Beamtenstandes gegen das Drängen des Bürger- und Bauernstandes nach Gleichheit der Rechte für jeden Staatsbürger und nach Theilnahme an der Gesetzgebung und Verwaltung des Staates.

Zunächst mußte der Wellenschlag der Geister wieder besänftigt, die Aufregung der Zeit gestillt werden. Was Großes in den Freiheitskriegen geschehen war, mußte nicht aus der Begeisterung des Volkes, sondern aus kräftigem, ruhigem Pflichtgefühl gegen den Ruf des Königs abgeleitet werden. Der Tugendbund, welcher den Haß gegen Napoleon genährt, die deutschen Stämme zu gleichem Kampfe vereinigt hatte, hatte nur durch die aufopfernde Begeisterung seiner Mitglieder bestehen können, da ohne dieselbe sich Niemand den Gefahren einer Entdeckung Seitens Napoleon's ausgesetzt hätte. Zugleich war aber der Tugendbund auch von dem Könige verboten worden, hatte also im Geheimen ein ungesetzliches Dasein geführt, welches den König um Land und Leute hätte bringen können, wenn Napoleon den Bund entdeckt und, in seinem Haß gegen das preußische Königshaus, Friedrich Wilhelm III. als geheimen Beförderer desselben angesehen hätte. Auf die Ideen des Tugendbundes gründeten sich aber die Burschenschaften, und mit ihnen hing Alles innerlich zusammen, was für Einheit des Vaterlandes, Gleichheit der Rechte und Freiheit des Staatslebens schwärmte. Der geheime Rath Schmalz in Berlin unternahm es daher 1815, in einer Schrift die Thaten der Freiheitskriege zu einer gewöhnlichen Pflichterfüllung herabzusetzen und die Zwecke des Tugendbundes als idealistisch oder verwerflich darzustellen. Das Volk sei auf den Ruf des Königs ebenso pflichteifrig herbeigeeilt, wie die Löschmannschaften zu einem Feuer. Diese Schrift erweckte eine so lebhafte literarische Fehde, daß Friedrich Wilhelm III. allen Schriftwechsel darüber untersagte, um die dadurch entstandene Aufregung zu beschwichtigen, und den Tugendbund förmlich aufhob. Schmalz erhielt jedoch von vielen Fürsten und Corporationen Orden, Geschenke und Beifallsadressen. Bald traten jugendliche Unbesonnenheiten und wahnwitzige Verbrechen dazu, welche die Behauptungen Schmalz's von der Verderblichkeit der in allen damaligen Ländern gepflegten Grundsätze zu rechtfertigen schienen.

Im Jahre 1817 fiel das dreihundertjährige Jubelfest der Reformation, welches dadurch besondere Wichtigkeit erlangte, daß in Preußens Hauptstadt die Vereinigung der Reformirten und Lutheraner vollzogen wurde. Von Jena aus erließ Robert Wesselhöft ein Rundschreiben an die Burschenschaften zu einer Zusammenkunft auf der Wartburg am 18. October 1817, um das Andenken an die Schlacht bei Leipzig und das Reformationsfest zu feiern. Am bestimmten Tage fanden sich aus allen Theilen Deutschlands Studenten und Professoren, von denen viele in den Freiheitskriegen mitgefochten hatten, zusammen, wohnten dem besonders dazu veranstalteten Gottesdienst in Eisenach bei und zogen dann auf die Wartburg, wo religiöse und patriotische Gesänge und Reden erklangen, welche den Charakter des Ernsten, Würdigen und einer solchen Feier Angemessenen trugen. Abends veranstalteten jedoch einige exaltirte Jünglinge mit dem Landsturm der Umgegend eine Nachfeier auf dem nahen Wartenberg, wo als Antwort auf die auf allen Gipfeln flammenden Octoberfeuer des Thüringer Waldes ein Feuer angezündet, und eine Menge bei der patriotischen Partei misliebiger Schriften, nebst den Symbolen einer veralteten Zeit, z. B. einem Korporalstock, einem Zopf und einer Schnürbrust, unter verschiedenen sehr erregten Reden verbrannt wurden.

Die Verfasser der durch dieses moderne Inquisitionsgericht verbrannten Schriften wiesen triumphirend auf jenes neue Zeichen der Zeit hin, stellten die Hochschulen als Pflanzstätten eines unruhigen demokratischen Geistes hin und forderten alle Gewalten auf, das Bestehende vor den Angriffen einer revolutionären Jugend zu schützen, die den Beruf habe, einst dem Staate Dienste zu leisten. Der österreichische Beobachter, das Organ Metternich's, malte die Wartburgsscenen aufs Grellste aus und erfand die ungereimtesten Dinge, welche sich auf der Wartburg zugetragen hätten. Die Professoren Oken, Luden, Fries, der Herausgeber des Oppositionsblattes, Wieland, Görres und Andere antworteten auf diese Angriffe, sodaß Deutschland in zwei gährende Lager gespalten war, welche auf einander loszustürzen drohten. Unter solchen Umständen gewann der Fürst Metternich die Monarchen der heiligen Allianz für einen Congreß, auf welchem die Mittel berathen werden sollten, um die Aufregung zu steuern und dem fluthenden Revolutionsgeiste Schranken zu setzen. Im Jahre 1818 fanden sich die Monarchen und Gesandten der Großmächte und vieler deutschen Staaten in Aachen zusammen und wurden mit einer Schrift des russischen Gesandten Fürsten Stourdza über die deutschen Universitäten überrascht, in welcher eine Menge Vorfälle aus dem Studentenleben, einzelne Aussprüche der Professoren gesammelt und daraus der Schluß gezogen wurde, daß die gegenwärtige Einrichtung der deutschen Universitäten einer Umänderung bedürfe. Namentlich tadelte Stourdza die Lehr- und Hörfreiheit, pries die Organisation russischer Universitäten und wies nicht

undeutlich auf die Jesuiten, als „treuere Pfleger“ der Wissenschaft, hin. Unglücklicher Weise gelangte diese Schrift durch Pariser Blätter in die Oeffentlichkeit und zog dem Verfasser eine Herausforderung von dem westphälischen Grafen Buchholz zu, der sich Stourdza nur durch die Flucht zu entziehen wußte. Der Congreß empfing aber auch eine Schrift des Großherzogs von Weimar, worin er die Jugend entschuldigte, das überspannte Treiben und flache Politisiren der Studenten zwar tadelte und seine Hand zur Abhilfe dieses Uebels bot, aber auf Wahrung der akademischen Freiheit bestand. Der Congreß legte zunächst die Beaufsichtigung der Universitäten der deutschen Bundesversammlung angelegentlich ans Herz, entfernte die Truppen aus Frankreich und nahm Ludwig XVIII. in den Rath der Großmächte auf. Alsdann hielten Metternich, Hardenberg und Nesselrode sehr geheime Conferenzen, worin der geschickte österreichische Staatskanzler den minder charakterfesten Hardenberg für sein System: „Erhaltung des Bestehenden“ gänzlich gewann und ihm das Geständniß entlockte, Preußen wolle allem Liebäugeln mit der nationalen und liberalen Partei entsagen, da ihre revolutionären Bestrebungen jetzt offenbar geworden seien. Die Pflicht der Regierungen erheische die Bekämpfung der liberalen Principien.

Die Ermordung des russischen Staatsraths August von Kotzebue in Mannheim (23. März 1819) durch den schwärmerischen Jenaer Studenten Karl Sand aus Wunsiedel, der Mordversuch des wahnwitzigen Apotheker Löning auf den nassauischen Präsidenten Ibell, beide aus politischen Motiven vollbracht, legten den Regierungen die Pflicht auf, mit Strenge gegen die geheimen Verbindungen einzuschreiten, für deren Mitglieder man Sand und Löning hielt. Den Wirkungen des Schreckens, welchen diese Thaten hervorbrachten, vermochten sich nur wenige Männer zu entziehen und beim Anblick derselben ihr ruhiges Urtheil zu erhalten, obwohl sich aus den Untersuchungen ergab, daß weder Sand noch Löning Mitschuldige gehabt hatten. Eine Partei des preußischen Ministeriums, Wilhelm von Humboldt, von Boyen, Grolmann und von Beyme, glaubten die fortwährend sich mehrende Unzufriedenheit der Völker durch sofortige Ausführung der Verordnung von 22. Mai 1815 zu dämpfen; allein dem schien, wie die österreichischen Staatsmänner geltend machten, die Erfahrung in den süddeutschen Staaten zu widerstreiten, wo freie Verfassungen gewährt, der Heerd der Unzufriedenheit aber nicht erloschen, sondern in die Kammern verpflanzt sei, und von hier aus das ganze Volk in Brand zu setzen drohe. Nassau hatte schon 1814, Württemberg 1815, Weimar 1816, Bayern und Baden 1818 Verfassungen erhalten. In Württemberg war es aber zu einem bedeutenden Conflicte zwischen dem König und den Ständen gekommen, welche keine neue Verfassung wünschten, sondern die Herstellung ihrer alten Privilegien begehrten. Als Wilhelm I. (1816) den

Thron bestieg, nahm er die von seinem Vater schon aufgegebenen Versuche einer Vereinbarung mit den alten Ständen wieder auf und führte sie im Jahre 1819 glücklich zu Ende. Die kleineren und Mittelstaaten Deutschlands verfolgten übrigens mit ihren eifrigen Verfassungsbestrebungen ganz andere Pläne. Nachdem sie die öffentliche Meinung gegen Preußen und Oesterreich, von denen sie für ihr Bestehen fürchten konnten, aufgebracht hatten, glaubten sie in derselben eine wichtige Stütze ihrer Existenz zu finden, wenn sie mit der Einführung freier Verfassungen vorangingen. Dagegen bestand nicht blos eine Verbindung der beiden deutschen Großmächte, welche für ihre Politik von der Rede- und Preßfreiheit der constitutionellen Staaten Gefahr fürchteten, sondern jeder der beiden Großstaaten suchte eine Menge kleinerer und Mittelstaaten an sich zu ziehen, um die ersehnte Hegemonie in Deutschland mit Sicherheit zu erlangen. So waren Preußen und Oesterreich gegen die Kleinstaaterei und ihren Constitutionalismus einig, weil sie bei der Bundesversammlung oft mit ihren Anträgen an dem beharrlichen Widerstreben der kleineren Staaten scheiterten, aber sie widerstrebten auch einander, wo es darauf ankam, den besonderen politischen Einfluß an einzelnen Höfen zu begründen. Diesen Gesichtspunkt eines dreitheiligen Interesses müssen wir bei Betrachtung der deutschen Geschichte stets festhalten.

Nachdem sich der König von Preußen im Hinblick auf die keineswegs beruhigten süddeutschen Staaten für die Entlassung der liberalen Minister und das Zusammengehen mit Oesterreich entschieden hatte, erfolgte die Aufhebung der Turnanstalten, die Verhaftung und Absetzung angesehener Lehrer, als Jahn's, Arndt's, Welker's und De Wette's. In Uebereinstimmung damit traten im August 1819 die Gesandten der deutschen Höfe in Karlsbad zusammen und faßten hier jene denkwürdigen Beschlüsse, welchen der Frankfurter Bundestag am 20. September gesetzliche Kraft verlieh, wiewohl sich der württembergische Gesandte von Wangenheim vergeblich bemühte, sie zu hintertreiben. Die in mehreren Staaten, z. B. Weimar und Württemberg, rechtlich oder thatsächlich bestehende Preßfreiheit wurde aufgehoben, die Censur für Druckschriften über zwanzig Bogen auf fünf Jahre überall eingeführt, und eine Central-Untersuchungs-Commission zur Ueberwachung der demogogischen Umtriebe gegen die Bundesverfassung und die der Einzelstaaten in Mainz niedergesetzt.

Bald darauf versammelten sich am 25. November die Minister der deutschen Staaten in Wien, um die Lücken der Bundesverfassung auszufüllen und authentische Erklärungen über den 13. Artikel der Bundesacte zu geben. Der k. k. Hofrath Gentz hatte auf Metternich's Antrieb, eine Schrift verfaßt, worin er den Unterschied zwischen „landständischen“ und „Repräsentativverfassungen“ auseinandersetzte, diese als antimonarchisch, jene als monarchisch darzustellen sich bemühte, und das ständische Recht

der Zustimmung zu Steuern und Anleihen dahin beschränkte, daß die Stände nie den Landesherrn in Erfüllung seiner Bundespflichten beschränken, überhaupt die Erhebung bestehender Steuern nie verweigern dürften. Aus den Berathungen dieses Minister-Congresses ging die aus fünfundsechzig Artikeln bestehende Wiener-Schlußacte hervor, welche das zweite Grundgesetz des deutschen Bundes bildete, und am 8. Juni 1820 von dem Frankfurter Bundestage verkündigt wurde. Die Fürsten gewannen damit einen sicheren und gemeinsamen Boden, um dem Andringen der constitutionellen Kammern begegnen zu können. Zugleich erläuterte die Wiener Schlußacte die Souverainetät der Einzelstaaten dahin, daß diese nicht blos gegen das Ausland, sondern auch gegen etwaige Widersetzlichkeiten ihrer Unterthanen solidarisch verpflichtet seien.

Hatte Oesterreich in seinen Provinzen landständische Verfassungen eingeführt, so dachte auch Preußen daran, ähnliche Einrichtungen zu treffen, ohne den Gedanken aufzugeben, die Provinzialstände einst zu Reichsständen zu vereinigen und ihnen gewisse Befugnisse über die Controle des Staatshaushalts beizulegen. Im Jahre 1820 erschien ein Gesetz, worin der König mit lobenswerther Offenheit den Stand der Finanzen darlegte, die Schulden auf zweihundertundsiebzehn Millionen, die Einnahmen auf beinahe einundfunfzig Millionen Thaler angab und hinzusetzte, daß die Steuern nie erhöht, Anleihen aber künftig nur unter Zustimmung der Reichsstände abgeschlossen werden sollten. Mehrere drückende Abgaben wurden aufgehoben, dagegen eine allgemeine Classensteuer nach zwölf verschiedenen Steuerstufen eingeführt und die Einrichtung der Landwehr geregelt. Zugleich sollte eine „Hauptverwaltung der Staatsschulden“ über die Tilgung der Staatsschulden wachen und der „Staatsrath“ von 1817 die Gesetze prüfen, welche etwa noch bis zur Einführung der Reichsstände erlassen würden. Eine Commission zur Berathung der landständischen Verfassung, in welcher der Kronprinz präsidirte, wurde unverzüglich niedergesetzt und beendete 1823 ihre Arbeiten. Dennoch wurde für jede Provinz eine Verfassung verkündigt und eine Vertretung nach vier Ständen: Fürsten- und Herren-, Ritter-, Bürger- und Bauernstand, angeordnet, worin den beiden letzteren ebensoviele Vertreter zugestanden wurden, als den beiden ersteren.

Der Bundestag hatte inzwischen die Kriegsverfassung des deutschen Bundes festgestellt, und die Contingente der kleineren Staaten zweckmäßig mit denen der Mittelstaaten verbunden. Mainz, Luxemburg und Landau, wozu in neuester Zeit noch Rastadt und Ulm kamen, wurden zu Bundesfestungen erklärt und die deutsche Bundesarmee auf 480,000 Mann, einundeinhalb Procent der Bevölkerung, gebracht, wovon die Hälfte mindestens activ zu halten sei. Minder glücklich endeten die Berathungen des Bundestages über die Handels- und Schifffahrtsverhältnisse, sodaß nur

auf der Weser und Elbe der freie Verkehr festgestellt, die Regulirung der Binnenzölle aber von den Verträgen der Einzelstaaten abhängig gemacht wurde.

Nachdem die Mainzer Central-Untersuchungs-Commission beinahe dreitausend Verhöre abgehalten hatte, erstattete sie am 1. Mai 1822 Bericht über ihre Thätigkeit, woraus hervorging, daß zwar bei einzelnen in Haft und Untersuchung Genommenen viel Unzufriedenheit geherrscht habe, und selbst höchst exaltirte Pläne gehegt worden waren, die Spuren hochverrätherischer Verbindungen aber sich nirgends nachweisen ließen. Die meisten Gefangenen würden daher in der Stille entlassen, namentlich hatte Preußen, etwa den Fall des Professor Jahn und die Willkür des Arndt'schen Inquirenten ausgenommen, die höchste Milde in der Behandlung der Verhafteten walten lassen. Ebenso nachsichtig wurden der pommersche Oberförster von Hedemann und Genossen behandelt, welche in der That eine Verschwörung zur Einführung der spanischen Cortesverfassung gemacht hatten (1821). Die öffentliche Meinung äußerte sich nicht gerade günstig über die Mainzer Untersuchungscommission, änderte sich jedoch theilweise zu Gunsten der vorsichtigen und ängstlichen Regierungen, als 1824 eine neue Untersuchung gegen den Männer- und Jünglingsbund auftauchte, welche bessere Anhaltspunkte einer beabsichtigten Verschwörung bot.

Es war im Jahre 1821, als der Aufstand der Griechen in allen Ländern einen Enthusiasmus erweckte, welcher Vereine zur Unterstützung der Griechen, theils durch Geldsendungen, theils durch persönliche Betheiligung am Kampfe ins Leben rief. Auch in Deutschland bildeten sich Schaaren von Philhellenen, und zogen auf verschiedenen Wegen nach dem altclassischen Boden von Hellas. Ebenso sandte die deutsche Jugend ihre Kämpfer nach Italien und Spanien, wo freie Verfassungen eingeführt waren, die Gegenpartei aber auch den Kampf zur Wiederherstellung des Alten begonnen und die heilige Allianz um Hilfe angerufen hatte. Bei dieser Gelegenheit kam der Meklenburgische Student von Sprewitz in die Schweiz und wurde von dem verabschiedeten preußischen Hauptmann von Dittmar und dem Professor Follenius beredet, nach Deutschland zurückzukehren und aus den Elementen der Burschenschaft einen Jünglingsbund zu bilden, der unter der geheimen Leitung eines Männerbundes bestehen und für die Revolutionirung Deutschlands sorgen sollte. Sprewitz folgte diesen Weisungen und nahm einige thörigte Burschenschafter in den Jünglingsbund auf. Auf Zusammenkünften wurden allerlei Pläne geschmiedet, um Deutschland zu befreien, worunter der Plan besondern Beifall fand, als Philhellenen sich zusammenzuthun, an einem Punkte Süddeutschlands stehen zu bleiben und von da aus den Kampf für Deutschlands Freiheit zu beginnen. Man rechnete vorzüglich auf die Unterstützung des

Männerbundes, der indeß nichts von sich hören ließ, weshalb sich der Jünglingsbund von ihm lossagte, seiner Auflösung aber auch entgegenwankte. Aus ihm entstand die Secte der „Unbedingten", welche die als wahr erkannten Zwecke auch durch alle Mittel verwirklichen wollten. Trotz allen Plänerschmiedens kam es jedoch zu keiner hochverrätherischen That, und über die Existenz des Männerbundes herrschen noch heute die gegründetsten Zweifel. Soviel steht aber fest, daß der Advocat Hoffmann und ein Bäcker aus Hessen-Darmstadt im Herbst 1821 den Platzmajor von Fehrentheil in Erfurt und den früheren Turnlehrer, jetzigen Müller Salomon, besuchten und eine Vereinigung der Liberalen besprachen, die nöthigenfalls mit Waffengewalt ihre Pläne durchsetzen könnte. Fehrentheil soll sich bereit erklärt haben, die Festung Erfurt in die Hände der Verschworenen zu spielen. Indeß zog sich Fehrentheil bald von jeder Correspondenz mit den Liberalen zurück, benahm sich gegen die Abgesandten des Jünglingsbundes sehr zurückhaltend, und der ohnehin blos hingeworfene Plan löste sich in Dunst und Nebel auf. Fehrentheil und Salomon wurden jedoch 1824 verhaftet, sehr scharf inquirirt und wegen hochverrätherischer Verbindungen zu vieljährigem Festungsarrest verurtheilt.

Die Entdeckung dieser Verschwörung war die Ursache, weshalb der Bundestag die Gültigkeit des Karlsbader Censur-Edicts auf fernere fünf Jahre beschloß. So ist dasselbe bis 1848 in Kraft geblieben. Die Mainzer Central-Untersuchungs-Commission löste sich 1828 auf.

Was die Handels- und ökonomischen Verhältnisse Deutschlands anlangt, so hatten diese das traurigste Ansehen. Kaum war der Krieg vorüber, als 1816 eine schreckliche Hungersnoth und von 1817 bis 1822 eine solche Wohlfeilheit der ländlichen Producte eintrat, daß die größte Noth unter den ackerbautreibenden Classen herrschte. In manchen Gegenden schob man die Schuld der Wohlfeilheit auf die Juden, z. B. in Bayern, wo unter dem Rufe: „Hep, hep" ein förmliches Treibjagen auf die Israeliten veranstaltet wurde, dem die Behörden nur mit Mühe Schranken setzen konnten. Die deutsche Fabrikation und der Handel erlagen unter der Last der Binnenzölle und der Concurrenz englischer Fabrikate, weshalb auch unter der städtischen Bevölkerung Noth und Unzufriedenheit herrschten und Viele den Bundestag für die Vernachlässigung der in Artikel 18 und 19 der Bundesacte festgesetzten Gleichheit im Zoll-Handels- und Münzwesen verantwortlich machten. Die Capitalien flüchteten sich theils in die Speculation mit Staatspapieren; theils lagen sie unbenutzt in Privat- und Staatsdepositorien. Die Industrie lag daher danieder; große Schwankungen im Course der öffentlichen Fonds traten ein; eine Menge der bedeutendsten Häuser fallirten und rissen die kleinern Kaufleute in den Abgrund hinab. Bei dieser Unbeständigkeit alles Irdischen war es natürlich, daß die religiöse Stimmung, welche sich seit den Frei-

heitskriegen von den Fesseln der Aufklärung wieder befreit hatte, einen erhabeneren Aufschwung nahm und eine heilige Inbrunst erzeugte, welche sich mit ganzem Vertrauen an die Religionswahrheiten und positiven Satzungen anschloß. Die Betvereine des Wupperthales fanden überall zahlreiche Nachahmer und in Conventikeln und Tractätchen wurden die geheimnißvollsten Fragen in ebenso geheimnißvoll prophetischer Sprache abgehandelt und die totale Sündhaftigkeit des Menschengeschlechts wie die unerschöpfliche Gnade Gottes so herausgekehrt, daß daraus viel unerfreuliche Ueberspannung, ja später auch gehässige Verfolgungssucht Andersgläubiger und excentrisches Ausschreiten in sittlicher Beziehung hervorging. Das Verhältniß der protestantischen zur katholischen Kirche war nicht das beste, weil man z. B. in der Rückkehr der Ligorianer nach Wien und in der Ausbreitung der Mönchs- und Nonnenklöster in Bayern das Herannahen eines schweren Kampfes ahnte. Indeß thaten die Regierungen Alles, um die Mißstimmung der katholischen Bevölkerung zu beschwichtigen, die sich namentlich in den preußischen Rheinlanden festzusetzen drohte. Friedrich Wilhelm III. verbot sogar den Censoren, das Wort: Protestant und Protestantismus durchgehen zu lassen, wofür überall Evangelisch und Evangelium gesetzt werden solle. Sodann vereinigten sich die Einzelregierungen mit dem heiligen Stuhle über die bischöflichen und päpstlichen Rechte, über die Sprengel und Dotationen in sogenannten Concordaten. Bayern schloß schon 1817 ein für den römischen Stuhl sehr günstiges Concordat; Preußen folgte 1821 (De salute animarum), Hannover 1824, Württemberg, Baden, die beiden Hessen, die beiden Meklenburg, Nassau und Frankfurt 1827. Indeß war ein großer Theil der Katholiken nicht mit den dem heiligen Stuhle eingeräumten Rechten zufrieden. In Schlesien traten die Gebrüder Theiner, Neukirch, Ober und andere meist gelehrte Theologen, gefeierte Kanzelredner und rechtliche Männer für die Einführung der deutschen Sprache im Gottesdienst, die Aufhebung des Cölibats, die bessere Bildung der Geistlichkeit und die Reformation des Rituals auf. Ihre Worte hallten besonders in Württemberg wieder und auch Baden und die preußischen Rheinprovinzen wurden von dieser antirömischen Strömung ergriffen, während Zacharias Werner in Wien und der Prinz Hohenlohe theils mit mystischen Strafpredigten, theils durch wunderthätige Heilungen die Kraft und die Zähigkeit des römischen Kirchenthums darthaten. Die Stimmführer der kirchlichen Opposition, weder von den Regierungen, noch dem katholischen Volke unterstützt, verstummten allmälig und es blieb Alles beim Alten.

Indem Preußen der neuen Hegel'schen Philosophie in Berlin eine Stätte bereitete und Gymnasien und Universitäten stiftete und mit ausgezeichneten Lehrern versah, nahm es Elemente auf, welche sowohl erhal-

tend als fortbildend zu wirken schienen und der Denk- und Glaubensfreiheit wissenschaftliche Stützen verliehen, die das positive Christenthum mit Dank annehmen konnte. Die vom Könige gewünschte Einführung seiner neuen Agende erregte die Dienstbeflissenheit der Behörden in dem Maße, daß manche Härten dabei vorfielen und Gemeinden theils offen theils mit List zur Annahme der neuen Liturgie gezwungen wurden. Dieser Diensteifer, welcher sich vorgeblich auf den gemessenen Befehl des Königs stützte, rief einen heftigen Schriftwechsel über das liturgische Recht des Landesherrn hervor, in welchem zwar die königliche Autorität in Kirchensachen nicht gerade mit Scharfsinn und Ueberzeugung vertheidigt, der neuen Agende aber meist gebührendes Lob gespendet wurde. Die mystischen und erbaulichen Conventikel vermißten jedoch in der neuen Agende viele liebgewordene Formeln aus der Reformationszeit und sträubten sich, da es mit der Vereinigung der lutherischen und reformirten Kirche im Cultus Ernst wurde, gegen eine Union zweier entgegengesetzter Lehrsysteme, die später zum Separatismus und zur Verfolgung desselben durch die Behörden geführt hat. Der Rationalismus und die Kant-Fichte'sche Philosophenschule kämpften mit Rührigkeit gegen den Pietismns, Mysticismus, Lutheranismus und Hegelianismus, welchen man für einen Liebling der Regierungen hielt. Es kostete viele Mühe, fromme und hegel'sche Professoren auf den Universitäten einzuführen und der Herausgeber der Evangelischen Kirchenzeitung (seit 1827 Hengstenberg) traf wegen seines zelotisch-aufreizenden Tons nicht nur auf den Widerwillen der Gebildeten, sondern auch auf die entschiedene Misbilligung der Regierung, der es vor Allem um Frieden unter den Religiosparteien zu thun war.

Es ist klar und einleuchtend, daß seit 1815 eine merkwürdige geistige Regsamkeit in Deutschland herrscht, die im Streben und Gegenstreben entgegengesetzter Meinungen ihre Erklärung findet. Unzufriedenheit, Sehnsucht nach Besserem, unsicheres Tappen nach Lösung der wichtigsten Staats- und Kirchenfragen zeichnen diesen Zeitraum aus und geben der Neuzeit bis zum heutigen Tag den Charakter des Unfertigen, das ohne Beifall und Zustimmung betrachtet wird und ohne Genuß und Befriedigung vor unserm innern Auge vorüberwandelt.

2. Ferdinand VII. von Spanien † 1833. Riego. Quiroga. Sepulveda. Ferdinand I. von Neapel † 1825 Pepe. Victor Emanuel von Sardinien und Karl Albert, Prinz von Carignan.

In jenen Zeiten der Noth, wo Spanien noch theilweise unter dem französischen Joche schmachtete, hatten die Cortez von Cadiz (1812) eine Verfassung entworfen, die, mit Rücksicht auf die Gefangenschaft Ferdi-

nand's VII., den König mancher natürlichen Rechte beraubte und die königliche Gewalt überhaupt sehr beschränkte, damit Napoleon nicht die Verhältnisse misbrauche und den König zu Versprechungen zwänge, welche das Volk nicht halten wollte. Diese Constitution vom Jahre 1812 war das Banner, um welches sich der gebildete Mittel- und Officierstand im Kampfe mit Napoleon schaarte, und an das sich auch die Stände anschlossen, welche durch die Cortezverfassung in ihren Rechten verkürzt worden waren: Adel und Klerus. Als aber Ferdinand VII. seiner Haft entlassen wurde und die spanische Grenze überschritten hatte, wußten sich Adel und Geistlichkeit seiner zu bemächtigen und ihn zur Aufhebung der Constitution zu vermögen (10. Mai 1814). Die Steuerfreiheit des Adels und Klerus wurde wiederhergestellt, die Inquisition und Folter wieder eingeführt, die Jesuiten ins Land gerufen, und den Klöstern ihre früheren Gerechtsame und Besitzungen zurückgegeben. Eine scheußliche Verfolgung ging nun durch das ganze Land, vor der nichts als „servile" Gesinnung schützen konnte. Die Liberalen vor allen, welche die Cortezverfassung gemacht, oder durch ihr Ansehen getragen, die Josephinos, welche zur Zeit der Franzosenherrschaft Aemter bekleidet, die Freiheitskämpfer und Guerillaführer, welche für Ferdinand VII. gestritten hatten, schmachteten in den scheußlichen Kerkern der Inquisition. Man zählte bis zum Juli 1814 schon 50,000 Verhaftete. Daß gegen solches Regiment hier und da Spuren von Unzufriedenheit und Verschwörung auftauchten, ist erklärlich. Dazu kamen noch die ausgesuchtesten Folterqualen, um Geständnisse von den politisch Verdächtigten zu erpressen und sich an den Schmerzen der Gegner weiden zu können. Hinrichtungen durch Beil, Strang, Pulver und Blei waren so häufig, daß die Henker erlahmten und man zu massenhaften Abschlachtungen schritt, weil die Camarilla nicht schnell genug ihre Rache zu kühlen vermochte. Wer fliehen konnte, wendete seiner Heimath unter Verwünschungen den Rücken und suchte in England oder Frankreich Schutz. Die ohnehin schlecht bestellten Finanzen geriethen nun vollends in Unordnung, da sich die Zahl der Wohlhabenden und Steuernden verminderte; die Flotte lag abgetakelt und unbrauchbar in den Häfen; das Heer erhielt keinen Sold, und oft sah man barfüßige und zerlumpte Officiere die Vorübergehenden verschämt um ein Almosen bitten, weil sie sonst hätten verhungern müssen. Die Armee war daher von der allgemeinen Misstimmung der Spanier mit ergriffen. Ferdinand VII., welcher das merkte, ließ vergebens die unruhigsten Regimenter nach Amerika übersetzen, um dort gegen die Freiheitskämpfer umzukommen, oder unterwegs schon den Fiebern zu erliegen, die auf den verpesteten spanischen Schiffen epidemisch geworden zu sein schienen. Es war im Jahre 1819, als eine Armee um Cadiz zusammengezogen wurde, um nach Amerika abzugehen. Die Abreise verzögerte sich jedoch von Tage zu Tage, da

Ferdinand VII. eine diplomatische Fehde mit Portugal wegen Abtretung der Festung Olivenca begonnen und nichts Geringeres im Sinne hatte, als sich Portugals zu bemächtigen. Da entspann sich unter den höheren Officieren eine Verschwörung, an welcher sich der zwar fähige, aber zweideutige O'Donnel Abisbal betheiligte, an seinen Genossen jedoch zum Verräther wurde, als er von befreundeter Hand die Kunde empfing, man sei in Madrid mit allen Schritten der Verschwörer bekannt. Diese, unter ihnen der sehr geachtete Oberst Quiroga, wanderten nun in die Kerker der Inquisition, konnten indeß keines Verbrechers überführt werden, weil Abisbal seinen Kameraden Zeit gelassen hatte, die compromittirendsten Papiere zu verbrennen. Dennoch schreckte dieser Verrath andere Officiere nicht zurück. Der Oberstlieutenant Riego erhob vielmehr am 1. Januar 1820 von Neuem die Fahne der Empörung gegen die Hofpartei und proclamirte unter dem Jubel seiner Soldaten, die Constitution von 1812. Bald stieß der seiner Haft entflohene Quiroga zu ihnen und führte ihnen sein Regiment zu. Eine große Anzahl von Gemeinden und Regimentern folgte nach, und am 7. März sah sich der König durch die Revolution in Madrid gezwungen, die Cortezverfassung anzunehmen. Der Volksopfer fielen im Ganzen sehr wenig; sogar Elio, einer der schrecklichsten Wüthriche der gestürzten Regierung, wurde der Volkswuth entrissen, dann aber durch das Kriegsgericht zum Tode verurtheilt, wobei er sich auf die feigste Weise benahm. Die nun zusammentretenden Cortez haben sich im Ganzen zweimal versammelt. In ihnen hatten zuerst die Liberalen oder Freimaurer, deren geheimer Bund die Pflegerin constitutioneller Ideen gewesen war, das Uebergewicht, wurden dann aber von den Communeros (Demokraten), an deren Spitze Riego stand, verdrängt. Inquisition, Folter, eine Menge Klöster und die Jesuiten fielen dem liberalen Geiste zum Opfer. Auch führte man die Besteuerung des Klerus und Adels wieder ein, wodurch den zerrütteten Finanzen etwas aufgeholfen wurde. Im Ganzen gab sich zwar in den Cortez viel Begeisterung kund; manches schöne Talent wurde bekannt; aber die wirklichen Bedürfnisse der Gegenwart, wie die Möglichkeit, eine Verfassung zu erhalten, für die die Mehrzahl des Volks nicht reif war und welche bei den nordischen Großmächten auf die entschiedenste Abneigung stieß, wurden wenig erwogen.

Das Beispiel der spanischen Militairverschwörung fand in Portugal bald Nachahmung. Hier regierte der englische Marschall Lord Beresford auf die willkürlichste Weise und setzte die eingeborenen Officiere den englischen bei jeder Gelegenheit nach. Der Stolz der Portugiesen wurde durch die Abwesenheit des Königs Johann VI. in Brasilien gekränkt, der von hier das Mutterland wie eine Colonie verwaltete. Der General Freyre d'Andrade machte 1817 einen vergeblichen Versuch, die Herrschaft



der Engländer zu brechen, büßte ihn aber mit dem Leben. Beresford wüthete nun mit kaltblütiger Grausamkeit gegen Schuldige und Nichtschuldige und fand an der geistlichen Inquisition eifrige Helfer, welche von dem Siege des Liberalismus die Verkürzung ihrer Einkünfte und Privilegien fürchtete. Dennoch wuchs die Unzufriedenheit noch mehr. Beresford begab sich daher nach Rio de Janeiro, um vom König noch ausgedehntere Vollmachten zur Verfolgung der geheimen maurerischen Gesellschaften zu erhalten. Während seiner Abwesenheit brach in Oporto der Aufstand aus, indem der Oberst Sepulveda sein Regiment zum Ungehorsam gegen den Statthalter verleitete. Bald stand das ganze Königreich in den lichten Flammen des Aufruhrs. Beresford, der auf diese Nachricht eilends zurückkehrte, suchte vergebens den alten Gehorsam wieder und mußte sich mit den meisten englischen Officieren entfernen. Die provisorische Junta von Oporto berief nun die Cortez, welche nach einigen Modificationen die spanische Verfassung annahmen und dem Könige zur Bestätigung übersandten (1821). Johann VI. nahm diese Verfassung nach einigem Weigern an und kehrte nach Portugal zurück, indem er seinen Sohn Dom Pedro zum Statthalter Brasiliens einsetzte. Am 4. Juli 1821 landete er in Lissabon und leistete den Eid auf die Verfassung. Die Königin Charlotte aber verweigerte standhaft die Eidesleistung und wurde daher verbannt. Allein eine vorgeschützte Krankheit erwirkte ihr die Erlaubniß, bis zu ihrer Wiederherstellung in Portugal zu bleiben. Natürlich wurde sie nicht gesund und benutzte ihre Muße dazu, um im Geheimen gegen die Verfassung zu arbeiten. Mehrere Verschwörungen dagegen kamen zum Ausbruch, wurden aber vereitelt. Dagegen riß sich Brasilien ganz vom Mutterlande los. Dom Pedro glaubte, dieses große und reiche Land nur dadurch seinem Hause erhalten zu können, daß er sich zum unabhängigen Kaiser von Brasilien erklärte, und die von den Cortez in Rio Janeiro (1822) entworfene Verfassung annahm und beschwor (1824). Vorher aber hatten die portugiesischen Cortez ihn der Thronfolge für verlustig erklärt, wenn er ihren Befehlen nicht Gehorsam leisten würde. Dagegen eroberten die Brasilianer Montevideo und zwangen den portugiesischen General Madeira zur völligen Räumung Amerikas. Die Schilderhebung der republikanischen Partei der Andrada's wurde unterdrückt, und am 29. August 1825 unter englischer Vermittelung die Anerkennung der Unabhängigkeit Brasiliens von Portugal ausgesprochen, worauf die Großmächte ein Gleiches thaten.

Auch nach Italien pflanzte sich der revolutionaire Strom von Spanien aus fort. Zuerst brach die Empörung in Neapel aus, wo Ferdinand I. nach seiner Rückkehr von Sicilien (1815) weder dieser Insel die versprochene Trennung in Verwaltung und Verfassung gewährte, noch den

Neapolitanern mit seiner tyrannischen Willkür und Begünstigung des Klerus die liberale Regierung Murat's in Vergessenheit zu bringen verstand. Durch ganz Italien hatte sich schon zur Zeit der Franzosenherrschaft der geheime Bund der Carbonari (Köhler) ausgebreitet, welcher, mit Benutzung maurerischer Formen, den geheimen Zweck: „Einheit und Selbstständigkeit Italiens", den wachsamen Augen der Polizei zu entziehen wußte. Namentlich fand der Bund im Heere mehrere Anhänger von öffentlichem Gewicht. So kam es, daß am 1. Juli 1820 einige Lieutenants zu Nola die spanische Verfassung auszurufen wagten, und einige hundert Soldaten und Bürger gewannen, mit denen sie sich Neapel näherten, wo der angesehene General Pepe mit einigen Regimentern zu ihnen überging und durch seinen Namen der Revolution den Sieg verschaffte. Der König ernannte seinen Sohn Franz, Herzog von Calabrien, zum Mitregenten oder Alter ego und berief die Abgeordneten des Volks in seine Hauptstadt, um die an der spanischen Verfassung etwa nöthigen Aenderungen vorzunehmen. Wie in allen in diesem Paragraph besprochenen Ländern waren die Finanzen in der größten Unordnung, das Heer im traurigsten Zustande, die Flotte verfault. Vergebens waren alle Anstrengungen der Minister und der Cortez, in diesen vernachlässigten Verwaltungszweig Ordnung zu bringen. Das einzige, was geschah, war, daß man die Miliz organisirte, ohne jedoch ihre Bewaffnung oder Einübung unternehmen zu können, da das Linienmilitair, welches kaum 30,000 Mann betrug, sogar nur zu einem Drittel mit schlechten, oder gar keinen Gewehren versehen war.

Kaum war die Nachricht des neapolitanischen Aufstandes nach Sicilien gedrungen, als hier ein fürchterliches Gemetzel gegen die Neapolitaner begann und der Ruf nach Unabhängigkeit laut wurde. Erst nach großen Anstrengungen gelang es dem Bruder des General Pepe und dem General Coletta, die Empörung zu bemeistern; aber nicht ohne daß den Sicilianern wichtige Zugeständnisse gemacht wurden. Am 5. October 1820 eröffnete der König das vereinigte sicilianisch-neapolitanische Parlament unter Galdi's Vorsitz. Aber auch hier kam es, wie in Spanien, zu heftigen Reibungen zwischen der gemäßigten und der radicalen Partei. Namentlich entbrannte der revolutionaire Unwille und drohte Alles zu überfluthen, als dem Parlament die Nachricht mitgetheilt wurde, Metternich und der russische Kaiser hätten sich geweigert, die Gesandten der neuen Regierung anzunehmen, während der bisherige neapolitanische Botschafter, Graf Ruffo in Wien, trotz seiner Abberufung durch das neapolitanische Ministerium, sich noch immer als der rechtmäßige Gesandte gebehrde.

Auf den Kirchenstaat hatte die neapolitanische Revolution insofern Einfluß, als die päpstlichen Enclaven, Benevent und Ponte Corvo,



sich zur Republik erklärten. Neapel aber, welches mit seinen eigenen Angelegenheiten zu sehr beschäftigt war, mußte den aufrührerischen Versuchen der Carbonari in andern Staaten seine Unterstützung versagen. Nur in **Piemont** feierte die Revolution noch einen Sieg, der von tieferer Bedeutung zu sein schien, da die Carbonaris die Selbstständigkeit und Einheit Italiens durch die Vertreibung der Oesterreicher aus der Halbinsel begründen wollten. Prinz Karl Albert von Carignan, der muthmaßliche Thronfolger, war diesen Plänen nicht fremd, indem ihn die Aussicht, einst über ganz Italien herrschen zu können, über seinen wahren Vortheil blendete. Die nächsten Veranlassungen zur Unzufriedenheit im Königreich Sardinien bot die Wiederherstellung alter verrotteter Einrichtungen, wie sie vor 1789 bestanden hatten, dar. Namentlich ertrug der gebildete Adel- und Mittelstand die Herrschaft der Geistlichkeit nur mit Widerwillen, knirschte, als die Jesuiten im Triumph wieder einzogen und gerieth in lebhafte Gährung, als der Handel mit hohen Zöllen beschwert und die Käufer von Kron- und Kirchengütern ihr wohl erworbenes Eigenthum wieder herausgeben sollten, weil sie es zur Zeit der Franzosenherrschaft erstanden hatten. Im Januar 1821 brach im Theater zu Turin ein Studententumult aus, der immerhin einen bedenklichen Charakter trug, obwohl er im Augenblicke keine weiteren Folgen hatte. Dann am 9. März schlugen die Carbonari in Alessandria los, worauf die Städte Fossano, Tortona und Turin sich der Revolution anschlossen, und der kriegerische Graf Santa Rosa sich für die „Patriotenpartei" erklärte. Der König Victor Emanuel dankte sofort ab, als er die spanische Constitution beschwören sollte und verwies auf den in Modena weilenden Thronfolger Karl Felix. Das Volk errichtete jedoch eine provisorische Regierung, an deren Spitze sich der Prinz von Carignan stellte und die spanische Verfassung proclamirte. Karl Felix, von den Verhandlungen des Laibacher Congresses unterrichtet, verweigerte jedoch die Annahme der Verfassung und erklärte alle Theilnehmer an der Bewegung für Aufrührer. Darauf verließ Karl Albert heimlich Turin und mit ihm fielen mehrere Regimenter Cavalerie und Artillerie von der revolutionairen Sache ab. Der König beauftragte nun den General de la Torre, die treuen Truppen bei Novara zu sammeln, von wo aus auch Karl Albert die Verschwörer zum Gehorsam gegen den König auffordern ließ. Dieser Abfall des Prinzen war entscheidend. Bald riß Muthlosigkeit im „patriotischen" Lager ein, als die Fortschritte der Oesterreicher in Neapel bekannt wurden. Nur die Jugend hing noch immer an der revolutionairen Junta von Alessandria, als schon die Oesterreicher unter Bubna einrückten, um allen Freiheitsträumen ein Ende zu machen (1821).

der Zustimmung zu Steuern und Anleihen dahin beschränkte, daß die Stände nie den Landesherrn in Erfüllung seiner Bundespflichten beschränken, überhaupt die Erhebung bestehender Steuern nie verweigern dürften. Aus den Berathungen dieses Minister-Congresses ging die aus fünfundsechzig Artikeln bestehende Wiener-Schlußacte hervor, welche das zweite Grundgesetz des deutschen Bundes bildete, und am 8. Juni 1820 von dem Frankfurter Bundestage verkündigt wurde. Die Fürsten gewannen damit einen sicheren und gemeinsamen Boden, um dem Andringen der constitutionellen Kammern begegnen zu können. Zugleich erläuterte die Wiener Schlußacte die Souverainetät der Einzelstaaten dahin, daß diese nicht blos gegen das Ausland, sondern auch gegen etwaige Widersetzlichkeiten ihrer Unterthanen solidarisch verpflichtet seien.

Hatte Oesterreich in seinen Provinzen landständische Verfassungen eingeführt, so dachte auch Preußen daran, ähnliche Einrichtungen zu treffen, ohne den Gedanken aufzugeben, die Provinzialstände einst zu Reichsständen zu vereinigen und ihnen gewisse Befugnisse über die Controle des Staatshaushalts beizulegen. Im Jahre 1820 erschien ein Gesetz, worin der König mit lobenswerther Offenheit den Stand der Finanzen darlegte, die Schulden auf zweihundertundsiebzehn Millionen, die Einnahmen auf beinahe einundfunfzig Millionen Thaler angab und hinzusetzte, daß die Steuern nie erhöht, Anleihen aber künftig nur unter Zustimmung der Reichsstände abgeschlossen werden sollten. Mehrere drückende Abgaben wurden aufgehoben, dagegen eine allgemeine Classensteuer nach zwölf verschiedenen Steuerstufen eingeführt und die Einrichtung der Landwehr geregelt. Zugleich sollte eine „Hauptverwaltung der Staatsschulden" über die Tilgung der Staatsschulden wachen und der „Staatsrath" von 1817 die Gesetze prüfen, welche etwa noch bis zur Einführung der Reichsstände erlassen würden. Eine Commission zur Berathung der landständischen Verfassung, in welcher der Kronprinz präsidirte, wurde unverzüglich niedergesetzt und beendete 1823 ihre Arbeiten. Dennoch wurde für jede Provinz eine Verfassung verkündigt und eine Vertretung nach vier Ständen: Fürsten- und Herren-, Ritter-, Bürger- und Bauernstand, angeordnet, worin den beiden letzteren ebensoviele Vertreter zugestanden wurden, als den beiden ersteren.

Der Bundestag hatte inzwischen die Kriegsverfassung des deutschen Bundes festgestellt, und die Contingente der kleineren Staaten zweckmäßig mit denen der Mittelstaaten verbunden. Mainz, Luxemburg und Landau, wozu in neuester Zeit noch Rastadt und Ulm kamen, wurden zu Bundesfestungen erklärt und die deutsche Bundesarmee auf 480,000 Mann, einundeinhalb Procent der Bevölkerung, gebracht, wovon die Hälfte mindestens activ zu halten sei. Minder glücklich endeten die Berathungen des Bundestages über die Handels- und Schifffahrtsverhältnisse, sodaß nur

auf der Weser und Elbe der freie Verkehr festgestellt, die Regulirung der Binnenzölle aber von den Verträgen der Einzelstaaten abhängig gemacht wurde.

Nachdem die Mainzer Central-Untersuchungs-Commission beinahe dreitausend Verhöre abgehalten hatte, erstattete sie am 1. Mai 1822 Bericht über ihre Thätigkeit, woraus hervorging, daß zwar bei einzelnen in Haft und Untersuchung Genommenen viel Unzufriedenheit geherrscht habe, und selbst höchst exaltirte Pläne gehegt worden waren, die Spuren hochverrätherischer Verbindungen aber sich nirgends nachweisen ließen. Die meisten Gefangenen würden daher in der Stille entlassen, namentlich hatte Preußen, etwa den Fall des Professor Jahn und die Willkür des Arndt'schen Inquirenten ausgenommen, die höchste Milde in der Behandlung der Verhafteten walten lassen. Ebenso nachsichtig wurden der pommersche Oberförster von Hedemann und Genossen behandelt, welche in der That eine Verschwörung zur Einführung der spanischen Cortesverfassung gemacht hatten (1821). Die öffentliche Meinung äußerte sich nicht gerade günstig über die Mainzer Untersuchungscommission, änderte sich jedoch theilweise zu Gunsten der vorsichtigen und ängstlichen Regierungen, als 1824 eine neue Untersuchung gegen den Männer- und Jünglingsbund auftauchte, welche bessere Anhaltspunkte einer beabsichtigten Verschwörung bot.

Es war im Jahre 1821, als der Aufstand der Griechen in allen Ländern einen Enthusiasmus erweckte, welcher Vereine zur Unterstützung der Griechen, theils durch Geldsendungen, theils durch persönliche Betheiligung am Kampfe ins Leben rief. Auch in Deutschland bildeten sich Schaaren von Philhellenen, und zogen auf verschiedenen Wegen nach dem altclassischen Boden von Hellas. Ebenso sandte die deutsche Jugend ihre Kämpfer nach Italien und Spanien, wo freie Verfassungen eingeführt waren, die Gegenpartei aber auch den Kampf zur Wiederherstellung des Alten begonnen und die heilige Allianz um Hilfe angerufen hatte. Bei dieser Gelegenheit kam der Meklenburgische Student von Sprewitz in die Schweiz und wurde von dem verabschiedeten preußischen Hauptmann von Dittmar und dem Professor Follenius beredet, nach Deutschland zurückzukehren und aus den Elementen der Burschenschaft einen Jünglingsbund zu bilden, der unter der geheimen Leitung eines Männerbundes bestehen und für die Revolutionirung Deutschlands sorgen sollte. Sprewitz folgte diesen Weisungen und nahm einige thörigte Burschenschafter in den Jünglingsbund auf. Auf Zusammenkünften wurden allerlei Pläne geschmiedet, um Deutschland zu befreien, worunter der Plan besondern Beifall fand, als Philhellenen sich zusammenzuthun, an einem Punkte Süddeutschlands stehen zu bleiben und von da aus den Kampf für Deutschlands Freiheit zu beginnen. Man rechnete vorzüglich auf die Unterstützung des

Männerbundes, der indeß nichts von sich hören ließ, weshalb sich der Jünglingsbund von ihm lossagte, seiner Auflösung aber auch entgegenwankte. Aus ihm entstand die Secte der „Unbedingten", welche die als wahr erkannten Zwecke auch durch alle Mittel verwirklichen wollten. Trotz allen Pläneschmiedens kam es jedoch zu keiner hochverrätherischen That, und über die Existenz des Männerbundes herrschen noch heute die gegründetsten Zweifel. Soviel steht aber fest, daß der Advocat Hoffmann und ein Bäcker aus Hessen-Darmstadt im Herbst 1821 den Platzmajor von Fehrentheil in Erfurt und den früheren Turnlehrer, jetzigen Müller Salomon, besuchten und eine Vereinigung der Liberalen besprachen, die nöthigenfalls mit Waffengewalt ihre Pläne durchsetzen könnte. Fehrentheil soll sich bereit erklärt haben, die Festung Erfurt in die Hände der Verschworenen zu spielen. Indeß zog sich Fehrentheil bald von jeder Correspondenz mit den Liberalen zurück, benahm sich gegen die Abgesandten des Jünglingsbundes sehr zurückhaltend, und der ohnehin blos hingeworfene Plan löste sich in Dunst und Nebel auf. Fehrentheil und Salomon wurden jedoch 1824 verhaftet, sehr scharf inquirirt und wegen hochverrätherischer Verbindungen zu vieljährigem Festungsarrest verurtheilt.

Die Entdeckung dieser Verschwörung war die Ursache, weshalb der Bundestag die Gültigkeit des Karlsbader Censur-Edicts auf fernere fünf Jahre beschloß. So ist dasselbe bis 1848 in Kraft geblieben. Die Mainzer Central-Untersuchungs-Commission löste sich 1828 auf.

Was die Handels- und ökonomischen Verhältnisse Deutschlands anlangt, so hatten diese das traurigste Ansehen. Kaum war der Krieg vorüber, als 1816 eine schreckliche Hungersnoth und von 1817 bis 1822 eine solche Wohlfeilheit der ländlichen Producte eintrat, daß die größte Noth unter den ackerbautreibenden Classen herrschte. In manchen Gegenden schob man die Schuld der Wohlfeilheit auf die Juden, z. B. in Bayern, wo unter dem Rufe: „Hep, hep" ein förmliches Treibjagen auf die Israeliten veranstaltet wurde, dem die Behörden nur mit Mühe Schranken setzen konnten. Die deutsche Fabrikation und der Handel erlagen unter der Last der Binnenzölle und der Concurrenz englischer Fabrikate, weshalb auch unter der städtischen Bevölkerung Noth und Unzufriedenheit herrschten und Viele den Bundestag für die Vernachlässigung der in Artikel 18 und 19 der Bundesacte festgesetzten Gleichheit im Zoll-Handels- und Münzwesen verantwortlich machten. Die Capitalien flüchteten sich theils in die Speculation mit Staatspapieren; theils lagen sie unbenutzt in Privat- und Staatsdepositorien. Die Industrie lag daher danieder; große Schwankungen im Course der öffentlichen Fonds traten ein; eine Menge der bedeutendsten Häuser fallirten und rissen die kleinern Kaufleute in den Abgrund hinab. Bei dieser Unbeständigkeit alles Irdischen war es natürlich, daß die religiöse Stimmung, welche sich seit den Frei-

heitskriegen von den Fesseln der Aufklärung wieder befreit hatte, einen erhabeneren Aufschwung nahm und eine heilige Inbrunst erzeugte, welche sich mit ganzem Vertrauen an die Religionswahrheiten und positiven Satzungen anschloß. Die Betvereine des Wupperthales fanden überall zahlreiche Nachahmer und in Conventikeln und Tractätchen wurden die geheimnißvollsten Fragen in ebenso geheimnißvoll prophetischer Sprache abgehandelt und die totale Sündhaftigkeit des Menschengeschlechts wie die unerschöpfliche Gnade Gottes so herausgekehrt, daß daraus viel unerfreuliche Ueberspannung, ja später auch gehässige Verfolgungssucht Andersgläubiger und excentrisches Ausschreiten in sittlicher Beziehung hervorging. Das Verhältniß der protestantischen zur katholischen Kirche war nicht das beste, weil man z. B. in der Rückkehr der Ligorianer nach Wien und in der Ausbreitung der Mönchs- und Nonnenklöster in Bayern das Herannahen eines schweren Kampfes ahnte. Indeß thaten die Regierungen Alles, um die Mißstimmung der katholischen Bevölkerung zu beschwichtigen, die sich namentlich in den preußischen Rheinlanden festzusetzen drohte. Friedrich Wilhelm III. verbot sogar den Censoren, das Wort: Protestant und Protestantismus durchgehen zu lassen, wofür überall Evangelisch und Evangelium gesetzt werden solle. Sodann vereinigten sich die Einzelregierungen mit dem heiligen Stuhle über die bischöflichen und päpstlichen Rechte, über die Sprengel und Dotationen in sogenannten C o n c o r d a t e n. Bayern schloß schon 1817 ein für den römischen Stuhl sehr günstiges Concordat; Preußen folgte 1821 (De salute animarum), Hannover 1824, Würtemberg, Baden, die beiden Hessen, die beiden Meklenburg, Nassau und Frankfurt 1827. Indeß war ein großer Theil der Katholiken nicht mit den dem heiligen Stuhle eingeräumten Rechten zufrieden. In Schlesien traten die Gebrüder Theiner, Neukirch, Ober und andere meist gelehrte Theologen, gefeierte Kanzelredner und rechtliche Männer für die Einführung der deutschen Sprache im Gottesdienst, die Aufhebung des Cölibats, die bessere Bildung der Geistlichkeit und die Reformation des Rituals auf. Ihre Worte hallten besonders in Württemberg wieder und auch Baden und die preußischen Rheinprovinzen wurden von dieser antirömischen Strömung ergriffen, während Zacharias Werner in Wien und der Prinz Hohenlohe theils mit mystischen Strafpredigten, theils durch wunderthätige Heilungen die Kraft und die Zähigkeit des römischen Kirchenthums darthaten. Die Stimmführer der kirchlichen Opposition, weder von den Regierungen, noch dem katholischen Volke unterstützt, verstummten allmälig und es blieb Alles beim Alten.

Indem Preußen der neuen Hegel'schen Philosophie in Berlin eine Stätte bereitete und Gymnasien und Universitäten stiftete und mit ausgezeichneten Lehrern versah, nahm es Elemente auf, welche sowohl erhal-

tend als fortbildend zu wirken schienen und der Denk- und Glaubensfreiheit wissenschaftliche Stützen verliehen, die das positive Christenthum mit Dank annehmen konnte. Die vom Könige gewünschte Einführung seiner neuen Agende erregte die Dienstbeflissenheit der Behörden in dem Maße, daß manche Härten dabei vorfielen und Gemeinden theils offen theils mit List zur Annahme der neuen Liturgie gezwungen wurden. Dieser Diensteifer, welcher sich vorgeblich auf den gemessenen Befehl des Königs stützte, rief einen heftigen Schriftwechsel über das liturgische Recht des Landesherrn hervor, in welchem zwar die königliche Autorität in Kirchensachen nicht gerade mit Scharfsinn und Ueberzeugung vertheidigt, der neuen Agende aber meist gebührendes Lob gespendet wurde. Die mystischen und erbaulichen Conventikel vermißten jedoch in der neuen Agende viele liebgewordene Formeln aus der Reformationszeit und sträubten sich, da es mit der Vereinigung der lutherischen und reformirten Kirche im Cultus Ernst wurde, gegen eine Union zweier entgegengesetzter Lehrsysteme, die später zum Separatismus und zur Verfolgung desselben durch die Behörden geführt hat. Der Rationalismus und die Kant-Fichte'sche Philosophenschule kämpften mit Rührigkeit gegen den Pietismus, Mysticismus, Lutheranismus und Hegelianismus, welchen man für einen Liebling der Regierungen hielt. Es kostete viele Mühe, fromme und hegel'sche Professoren auf den Universitäten einzuführen und der Herausgeber der Evangelischen Kirchenzeitung (seit 1827 Hengstenberg) traf wegen seines zelotisch-aufreizenden Tons nicht nur auf den Widerwillen der Gebildeten, sondern auch auf die entschiedene Misbilligung der Regierung, der es vor Allem um Frieden unter den Religiosparteien zu thun war.

Es ist klar und einleuchtend, daß seit 1815 eine merkwürdige geistige Regsamkeit in Deutschland herrscht, die im Streben und Gegenstreben entgegengesetzter Meinungen ihre Erklärung findet. Unzufriedenheit, Sehnsucht nach Besserem, unsicheres Tappen nach Lösung der wichtigsten Staats- und Kirchenfragen zeichnen diesen Zeitraum aus und geben der Neuzeit bis zum heutigen Tag den Charakter des Unfertigen, das ohne Beifall und Zustimmung betrachtet wird und ohne Genuß und Befriedigung vor unserm innern Auge vorüberwandelt.

2. Ferdinand VII. von Spanien † 1833. Riego. Quiroga. Sepulveda. Ferdinand I. von Neapel † 1825 Pepe. Victor Emanuel von Sardinien und Karl Albert, Prinz von Carignan.

In jenen Zeiten der Noth, wo Spanien noch theilweise unter dem französischen Joche schmachtete, hatten die Cortez von Cadiz (1812) eine Verfassung entworfen, die, mit Rücksicht auf die Gefangenschaft Ferdi-



nand's VII., den König mancher natürlichen Rechte beraubte und die königliche Gewalt überhaupt sehr beschränkte, damit Napoleon nicht die Verhältnisse misbrauche und den König zu Versprechungen zwänge, welche das Volk nicht halten wollte. Diese Constitution vom Jahre 1812 war das Banner, um welches sich der gebildete Mittel- und Officierstand im Kampfe mit Napoleon schaarte, und an das sich auch die Stände anschlossen, welche durch die Cortezverfassung in ihren Rechten verkürzt worden waren: Adel und Klerus. Als aber Ferdinand VII. seiner Haft entlassen wurde und die spanische Grenze überschritten hatte, wußten sich Adel und Geistlichkeit seiner zu bemächtigen und ihn zur Aufhebung der Constitution zu vermögen (10. Mai 1814). Die Steuerfreiheit des Adels und Klerus wurde wiederhergestellt, die Inquisition und Folter wieder eingeführt, die Jesuiten ins Land gerufen, und den Klöstern ihre früheren Gerechtsame und Besitzungen zurückgegeben. Eine scheußliche Verfolgung ging nun durch das ganze Land, vor der nichts als „servile" Gesinnung schützen konnte. Die Liberalen vor allen, welche die Cortezverfassung gemacht, oder durch ihr Ansehen getragen, die Josephinos, welche zur Zeit der Franzosenherrschaft Aemter bekleidet, die Freiheitskämpfer und Guerillaführer, welche für Ferdinand VII. gestritten hatten, schmachteten in den scheußlichen Kerkern der Inquisition. Man zählte bis zum Juli 1814 schon 50,000 Verhaftete. Daß gegen solches Regiment hier und da Spuren von Unzufriedenheit und Verschwörung auftauchten, ist erklärlich. Dazu kamen noch die ausgesuchtesten Folterqualen, um Geständnisse von den politisch Verdächtigten zu erpressen und sich an den Schmerzen der Gegner weiden zu können. Hinrichtungen durch Beil, Strang, Pulver und Blei waren so häufig, daß die Henker erlahmten und man zu massenhaften Abschlachtungen schritt, weil die Camarilla nicht schnell genug ihre Rache zu kühlen vermochte. Wer fliehen konnte, wendete seiner Heimath unter Verwünschungen den Rücken und suchte in England oder Frankreich Schutz. Die ohnehin schlecht bestellten Finanzen geriethen nun vollends in Unordnung, da sich die Zahl der Wohlhabenden und Steuernden verminderte; die Flotte lag abgetakelt und unbrauchbar in den Häfen; das Heer erhielt keinen Sold, und oft sah man barfüßige und zerlumpte Officiere die Vorübergehenden verschämt um ein Almosen bitten, weil sie sonst hätten verhungern müssen. Die Armee war daher von der allgemeinen Misstimmung der Spanier mit ergriffen. Ferdinand VII., welcher das merkte, ließ vergebens die unruhigsten Regimenter nach Amerika übersetzen, um dort gegen die Freiheitskämpfer umzukommen, oder unterwegs schon den Fiebern zu erliegen, die auf den verpesteten spanischen Schiffen epidemisch geworden zu sein schienen. Es war im Jahre 1819, als eine Armee um Cadiz zusammengezogen wurde, um nach Amerika abzugehen. Die Abreise verzögerte sich jedoch von Tage zu Tage, da

Ferdinand VII. eine diplomatische Fehde mit Portugal wegen Abtretung der Festung Olivenca begonnen und nichts Geringeres im Sinne hatte, als sich Portugals zu bemächtigen. Da entspann sich unter den höheren Officieren eine Verschwörung, an welcher sich der zwar fähige, aber zweideutige O O'Donnel Abisbal betheiligte, an seinen Genossen jedoch zum Verräther wurde, als er von befreundeter Hand die Kunde empfing, man sei in Madrid mit allen Schritten der Verschwörer bekannt. Diese, unter ihnen der sehr geachtete Oberst Quiroga, wanderten nun in die Kerker der Inquisition, konnten indeß keines Verbrechers überführt werden, weil Abisbal seinen Kameraden Zeit gelassen hatte, die compromittirendsten Papiere zu verbrennen. Dennoch schreckte dieser Verrath andere Officiere nicht zurück. Der Oberstlieutenant Riego erhob vielmehr am 1. Januar 1820 von Neuem die Fahne der Empörung gegen die Hofpartei und proclamirte unter dem Jubel seiner Soldaten, die Constitution von 1812. Bald stieß der seiner Haft entflohene Quiroga zu ihnen und führte ihnen sein Regiment zu. Eine große Anzahl von Gemeinden und Regimentern folgte nach, und am 7. März sah sich der König durch die Revolution in Madrid gezwungen, die Cortezverfassung anzunehmen. Der Volksopfer fielen im Ganzen sehr wenig; sogar Elio, einer der schrecklichsten Wüthriche der gestürzten Regierung, wurde der Volkswuth entrissen, dann aber durch das Kriegsgericht zum Tode verurtheilt, wobei er sich auf die feigste Weise benahm. Die nun zusammentretenden Cortez haben sich im Ganzen zweimal versammelt. In ihnen hatten zuerst die Liberalen oder Freimaurer, deren geheimer Bund die Pflegerin constitutioneller Ideen gewesen war, das Uebergewicht, wurden dann aber von den Communeros (Demokraten), an deren Spitze Riego stand, verdrängt. Inquisition, Folter, eine Menge Klöster und die Jesuiten fielen dem liberalen Geiste zum Opfer. Auch führte man die Besteuerung des Klerus und Adels wieder ein, wodurch den zerrütteten Finanzen etwas aufgeholfen wurde. Im Ganzen gab sich zwar in den Cortez viel Begeisterung kund; manches schöne Talent wurde bekannt; aber die wirklichen Bedürfnisse der Gegenwart, wie die Möglichkeit, eine Verfassung zu erhalten, für die die Mehrzahl des Volks nicht reif war und welche bei den nordischen Großmächten auf die entschiedenste Abneigung stieß, wurden wenig erwogen.

Das Beispiel der spanischen Militairverschwörung fand in Portugal bald Nachahmung. Hier regierte der englische Marschall Lord Beresford auf die willkürlichste Weise und setzte die eingeborenen Officiere den englischen bei jeder Gelegenheit nach. Der Stolz der Portugiesen wurde durch die Abwesenheit des Königs Johann VI. in Brasilien gekränkt, der von hier das Mutterland wie eine Colonie verwaltete. Der General Freyre d'Andrade machte 1817 einen vergeblichen Versuch, die Herrschaft



der Engländer zu brechen, büßte ihn aber mit dem Leben. Beresford wüthete nun mit kaltblütiger Grausamkeit gegen Schuldige und Nichtschuldige und fand an der geistlichen Inquisition eifrige Helfer, welche von dem Siege des Liberalismus die Verkürzung ihrer Einkünfte und Privilegien fürchtete. Dennoch wuchs die Unzufriedenheit noch mehr. Beresford begab sich daher nach Rio de Janeiro, um vom König noch ausgedehntere Vollmachten zur Verfolgung der geheimen maurerischen Gesellschaften zu erhalten. Während seiner Abwesenheit brach in Oporto der Aufstand aus, indem der Oberst Sepulveda sein Regiment zum Ungehorsam gegen den Statthalter verleitete. Bald stand das ganze Königreich in den lichten Flammen des Aufruhrs. Beresford, der auf diese Nachricht eilends zurückkehrte, suchte vergebens den alten Gehorsam wieder und mußte sich mit den meisten englischen Officieren entfernen. Die provisorische Junta von Oporto berief nun die Cortez, welche nach einigen Modificationen die spanische Verfassung annahmen und dem Könige zur Bestätigung übersandten (1821). Johann VI. nahm diese Verfassung nach einigem Weigern an und kehrte nach Portugal zurück, indem er seinen Sohn Dom Pedro zum Statthalter Brasiliens einsetzte. Am 4. Juli 1821 landete er in Lissabon und leistete den Eid auf die Verfassung. Die Königin Charlotte aber verweigerte standhaft die Eidesleistung und wurde daher verbannt. Allein eine vorgeschützte Krankheit erwirkte ihr die Erlaubniß, bis zu ihrer Wiederherstellung in Portugal zu bleiben. Natürlich wurde sie nicht gesund und benutzte ihre Muße dazu, um im Geheimen gegen die Verfassung zu arbeiten. Mehrere Verschwörungen dagegen kamen zum Ausbruch, wurden aber vereitelt. Dagegen riß sich Brasilien ganz vom Mutterlande los. Dom Pedro glaubte, dieses große und reiche Land nur dadurch seinem Hause erhalten zu können, daß er sich zum unabhängigen Kaiser von Brasilien erklärte, und die von den Cortez in Rio Janeiro (1822) entworfene Verfassung annahm und beschwor (1824). Vorher aber hatten die portugiesischen Cortez ihn der Thronfolge für verlustig erklärt, wenn er ihren Befehlen nicht Gehorsam leisten würde. Dagegen eroberten die Brasilianer Montevideo und zwangen den portugiesischen General Madeira zur völligen Räumung Amerikas. Die Schilderhebung der republikanischen Partei der Andrada's wurde unterdrückt, und am 29. August 1825 unter englischer Vermittelung die Anerkennung der Unabhängigkeit Brasiliens von Portugal ausgesprochen, worauf die Großmächte ein Gleiches thaten.

Auch nach Italien pflanzte sich der revolutionaire Strom von Spanien aus fort. Zuerst brach die Empörung in Neapel aus, wo Ferdinand I. nach seiner Rückkehr von Sicilien (1815) weder dieser Insel die versprochene Trennung in Verwaltung und Verfassung gewährte, noch den



Neapolitanern mit seiner tyrannischen Willkür und Begünstigung des Klerus die liberale Regierung Murat's in Vergessenheit zu bringen verstand. Durch ganz Italien hatte sich schon zur Zeit der Franzosenherrschaft der geheime Bund der Carbonari (Köhler) ausgebreitet, welcher, mit Benutzung maurerischer Formen, den geheimen Zweck: „Einheit und Selbstständigkeit Italiens“, den wachsamen Augen der Polizei zu entziehen wußte. Namentlich fand der Bund im Heere mehrere Anhänger von öffentlichem Gewicht. So kam es, daß am 1. Juli 1820 einige Lieutenants zu Nola die spanische Verfassung auszurufen wagten, und einige hundert Soldaten und Bürger gewannen, mit denen sie sich Neapel näherten, wo der angesehene General Pepe mit einigen Regimentern zu ihnen überging und durch seinen Namen der Revolution den Sieg verschaffte. Der König ernannte seinen Sohn Franz, Herzog von Calabrien, zum Mitregenten oder Alter ego und berief die Abgeordneten des Volks in seine Hauptstadt, um die an der spanischen Verfassung etwa nöthigen Aenderungen vorzunehmen. Wie in allen in diesem Paragraph besprochenen Ländern waren die Finanzen in der größten Unordnung, das Heer im traurigsten Zustande, die Flotte verfault. Vergebens waren alle Anstrengungen der Minister und der Cortez, in diesen vernachlässigten Verwaltungszweig Ordnung zu bringen. Das einzige, was geschah, war, daß man die Miliz organisirte, ohne jedoch ihre Bewaffnung oder Einübung unternehmen zu können, da das Linienmilitair, welches kaum 30,000 Mann betrug, sogar nur zu einem Drittel mit schlechten, oder gar keinen Gewehren versehen war.

Kaum war die Nachricht des neapolitanischen Aufstandes nach Sicilien gedrungen, als hier ein fürchterliches Gemetzel gegen die Neapolitaner begann und der Ruf nach Unabhängigkeit laut wurde. Erst nach großen Anstrengungen gelang es dem Bruder des General Pepe und dem General Coletta, die Empörung zu bemeistern; aber nicht ohne daß den Sicilianern wichtige Zugeständnisse gemacht wurden. Am 5. October 1820 eröffnete der König das vereinigte sicilianisch-neapolitanische Parlament unter Galdi's Vorsitz. Aber auch hier kam es, wie in Spanien, zu heftigen Reibungen zwischen der gemäßigten und der radicalen Partei. Namentlich entbrannte der revolutionaire Unwille und drohte Alles zu überfluthen, als dem Parlament die Nachricht mitgetheilt wurde, Metternich und der russische Kaiser hätten sich geweigert, die Gesandten der neuen Regierung anzunehmen, während der bisherige neapolitanische Botschafter, Graf Ruffo in Wien, trotz seiner Abberufung durch das neapolitanische Ministerium, sich noch immer als der rechtmäßige Gesandte gebehrde.

Auf den Kirchenstaat hatte die neapolitanische Revolution insofern Einfluß, als die päpstlichen Enclaven, Benevent und Ponte Corvo,

sich zur Republik erklärten. Neapel aber, welches mit seinen eigenen Angelegenheiten zu sehr beschäftigt war, mußte den aufrührerischen Versuchen der Carbonari in andern Staaten seine Unterstützung versagen. Nur in Piemont feierte die Revolution noch einen Sieg, der von tieferer Bedeutung zu sein schien, da die Carbonaris die Selbstständigkeit und Einheit Italiens durch die Vertreibung der Oesterreicher aus der Halbinsel begründen wollten. Prinz Karl Albert von Carignan, der muthmaßliche Thronfolger, war diesen Plänen nicht fremd, indem ihn die Aussicht, einst über ganz Italien herrschen zu können, über seinen wahren Vortheil blendete. Die nächsten Veranlassungen zur Unzufriedenheit im Königreich Sardinien bot die Wiederherstellung alter verrotteter Einrichtungen, wie sie vor 1789 bestanden hatten, dar. Namentlich ertrug der gebildete Adel- und Mittelstand die Herrschaft der Geistlichkeit nur mit Widerwillen, knirschte, als die Jesuiten im Triumph wieder einzogen und gerieth in lebhafte Gährung, als der Handel mit hohen Zöllen beschwert und die Käufer von Kron- und Kirchengütern ihr wohl erworbenes Eigenthum wieder herausgeben sollten, weil sie es zur Zeit der Franzosenherrschaft erstanden hatten. Im Januar 1821 brach im Theater zu Turin ein Studententumult aus, der immerhin einen bedenklichen Charakter trug, obwohl er im Augenblicke keine weiteren Folgen hatte. Dann am 9. März schlugen die Carbonari in Alessandria los, worauf die Städte Fossano, Tortona und Turin sich der Revolution anschlossen, und der kriegerische Graf Santa Rosa sich für die „Patriotenpartei" erklärte. Der König Victor Emanuel dankte sofort ab, als er die spanische Constitution beschwören sollte und verwies auf den in Modena weilenden Thronfolger Karl Felix. Das Volk errichtete jedoch eine provisorische Regierung, an deren Spitze sich der Prinz von Carignan stellte und die spanische Verfassung proclamirte. Karl Felix, von den Verhandlungen des Laibacher Congresses unterrichtet, verweigerte jedoch die Annahme der Verfassung und erklärte alle Theilnehmer an der Bewegung für Aufrührer. Darauf verließ Karl Albert heimlich Turin und mit ihm fielen mehrere Regimenter Cavalerie und Artillerie von der revolutionairen Sache ab. Der König beauftragte nun den General de la Torre, die treuen Truppen bei Novara zu sammeln, von wo aus auch Karl Albert die Verschwörer zum Gehorsam gegen den König auffordern ließ. Dieser Abfall des Prinzen war entscheidend. Bald riß Muthlosigkeit im „patriotischen" Lager ein, als die Fortschritte der Oesterreicher in Neapel bekannt wurden. Nur die Jugend hing noch immer an der revolutionairen Junta von Alessandria, als schon die Oesterreicher unter Bubna einrückten, um allen Freiheitsträumen ein Ende zu machen (1821).

3. Der Troppauer und Laibacher Congreß (October 1820 und 27. Januar 1821). Die Oesterreicher unter Frimont in Neapel und unter Bubna in Piemont. Der Congreß von Verona (October 1822). Der Herzog von Angoulème in Spanien (1823). Dom Miguel in Portugal (1824—1825).

Die drei nordischen Großmächte betrachteten das Wachsen des revolutionairen Stromes mit entschiedenem Misfallen. Namentlich war es Oesterreich, welches durch die italienischen Staatsumwälzungen in die größte Gefahr gerieth, seinen politischen Einfluß in Italien zu verlieren und die liberalen Ideen seine Grenze überschreiten zu sehen. Metternich hielt es unter solchen Umständen an der Zeit, die Verbindung der Großmächte zu erneuern und namentlich in der heiligen Allianz das Bewußtsein solidarischer Verpflichtung gegen die politischen Stürme, welche die Ordnung und Ruhe bedrohten, zu stärken. Darum schlug er einen Congreß vor, wobei sich die drei nordischen Monarchen in Person einfanden, die beiden constitutionellen Großmächte aber sich durch Gesandte vertreten ließen. Zum Ort des Congresses war Troppau ausersehen worden (October 1820), weil dies dem Königreich Polen, wo Alexander eben einen Reichstag eröffnet hatte, ziemlich nahe lag. Preußen war bald, Alexander aber erst nach einer gründlichen Bearbeitung Seitens Metternich's für dessen Plan, in Italien zu interveniren und die legitime Herrschaft wiederherzustellen, gewonnen. Einwendungen und Bedenken erhoben nur die französischen und englischen Gesandten, welche das österreichische Uebergewicht in Italien nicht kräftigen wollten. Metternich verfiel nun auf den Ausweg, den Congreß nach Laibach zu verlegen (6. Januar 1821) und den König von Neapel dahin einzuladen, damit er selbst über die Zustände seines Reichs Bericht erstatten, und persönlich die Bitte um Wiederherstellung seiner Rechte aussprechen könne.

Nachdem die neapolitanischen Cortez der Reise des Königs zuerst einige Schwierigkeiten in den Weg gelegt und die radicalen Deputirten vergebens gegen „das Complot der Könige“ gedonnert hatten, begab sich Ferdinand I. endlich doch nach Laibach, unter dem heiligen Versprechen, die Meinungen der Großmächte umzustimmen und als Vermittler zwischen seinem Volke und dem Congresse aufzutreten. Kaum hatte Metternich den König in der Gewalt, als Ferdinand I. alle seit einem Jahre ergangenen Regierungshandlungen und Verfügungen für erzwungen erklärte, die spanische Verfassung aufhob und den Schutz Oesterreichs anrief. Kaiser Alexander, dem Metternich den wegen schlechter Verpflegung in einem petersburger Garderegimente ausgebrochenen Aufstand mit vielen Uebertreibungen und Vergleichungen mittheilte, gab ebenfalls den polnischen

Truppen Befehl, sich marschfertig zu halten, um als Reserven nachzurücken, wenn die Oesterreicher etwa eine Niederlage erlitten. Die englischen und französischen Gesandten erhielten von diesen geheimen Verhandlungen erst Mittheilung, als die nordischen Mächte schon Alles verabredet hatten. Es blieb ihnen nichts übrig, als ein Geschwader in die neapolitanischen Gewässer zu senden, um die königliche Familie im Falle der Noth aufzunehmen.

Der österreichische Feldzeugmeister, Baron Frimont, erhielt nun den Befehl, mit fünf Divisionen (80,000 Mann) in Neapel einzurücken und allen Widerstand niederzuschmettern. Das neapolitanische Parlament sah nun endlich, aber zu spät, daß die Großmächte Ernst machten, vertraute jedoch immer noch auf die Begeisterung für die Freiheit, welche im neapolitanischen Heere und den Milizen den Mangel an Ordnung, Disciplin, Munition und Waffen aufwiegen sollte, und schaffte noch schnell die Feudallasten und Majorate ab. Der Herzog von Calabrien leistete den Eid auf die Verfassung, versprach mit seinem Volke zu leben und sterben und reiste zum Heere ab, um den Oberbefehl zu übernehmen. Eine Abtheilung Neapolitaner von etwa 60,000 Mann, meist Milizen, unter General Carascosa hatte den wichtigen Paß von St. Germano, ein anderes Heer von 20,000 Mann, unter General Wilhelm Pepe die Abruzzen besetzt. Pepe eröffnete selbst den Krieg und drang in den Kirchenstaat bis Terni vor. Als er hier von der österreichischen Reiterei verjagt wurde, setzte er sich nochmals bei Rieti, und sprach den erschrockenen Milizen Vertrauen und Muth ein. Zwar schlugen sich diese nun besser, mußten aber der österreichischen Uebermacht weichen (7. März), worauf auch Carascosa's Heer umgangen wurde. Hier war nämlich der Aufruf des Königs, die Oesterreicher als Freunde aufzunehmen, schon verbreitet worden, ehe es Carascosa hindern konnte, weshalb die Milizen aus Furcht vor Contributionen und Kriegsgerichten auseinanderliefen. Das Linienmilitair folgte diesem Beispiele und feuerte sogar auf Carascosa, als er sie zum Gehorsam anhalten wollte. Kaum hatte der Regent, der sich auf dem Wege zu seinem Heere befand, diese schlimmen Nachrichten erhalten, als er nach Neapel zurückeilte, und mit seiner Schilderung das Parlament in die größte Bestürzung versetzte. Unterhandlungen, welche dasselbe nun mit dem Könige und Frimont anzuknüpfen suchte, schlugen fehl und so verlor sich immer ein Abgeordneter nach dem andern, bis am 24. März die letzten zweiundzwanzig die letzte Sitzung hielten, da einige Stunden nachher die Oesterreicher Neapel besetzten. Ferdinand I. kehrte erst am 10. Mai zurück und löste das Heer auf, betrieb dann die gerichtliche Verfolgung der Revolutionaire und reinigte die Civilbeamten-Collegien. Freilich bildeten sich nun auch aus den ins Elend gejagten Militairs und Liberalen große Räuberbanden, gegen die selbst die Oesterreicher vergebens kämpften. Den Jesuiten wurde der Unterricht übergeben und strenge Gesetze wider

Gottlosigkeit und Unzucht erlassen. Dann gab Ferdinand I. eine neue Verfassung für beide Staaten. Eine Staatsversammlung von dreißig Mitgliedern für Neapel und eine andere von achtzehn für Sicilien sollte sich mit Gutachten über Gesetzvorschläge, Abgaben, Verwaltung und Tilgung der Staatsschulden beschäftigen. — Frimont ermahnte oft, wiewohl vergeblich, den König zur Milde, weil die Härte, mit welcher Jeder verfolgt wurde, der sich nur im Entferntesten an der Bewegung betheiligt hatte, die Räuberbanden fortwährend mehrte. Endlich nahm Ferdinand das gemäßigte Ministerium Medici an, worauf die Verwaltung sich besserte und die Ordnung sich zu befestigen begann. Ferdinand starb 1825. Ihm folgte sein Sohn Franz I., unter dem die Oesterreicher erst das Land verließen, aber am Po stehen blieben (1827), um auf den ersten Wink zu neuen Einschreitungen bereit zu sein. Franz I. suchte sich vergebens von dem Tribut gegen Algier zu befreien (1828), beschränkte seinen Hofhalt und veräußerte die Wildparks und Jagdplätze seines Vaters für zehn Millionen Ducaten, um sie dem Ackerbau zurückzugeben und dadurch den Wohlstand des Landes zu heben. Im Jahre 1830 vermochte Franz I., bei der Vermählung seiner Tochter Marie Christine mit Ferdinand VII., schon wieder mit königlichem Glanze aufzutreten. Doch waren noch ungeheure Schulden, welche zum großen Theil aus der schlechten Finanzwirthschaft von 1815—1820 und aus den Kosten der österreichischen Invasion herstammten, zu tilgen.

In Savoyen stellte ein österreichisches Heer unter Bubna die unumschränkte Herrschaft des legitimen Königs wieder her. General de la Torre hatte nämlich schon 6000 Mann bei Novara versammelt, als er die Offensive ergriff und gegen Turin vorrückte. Santa Rosa befahl aber dem tapfern Oberst Regis, nach Novara vorzugehen und Torre's Heer zu vernichten, ehe die Oesterreicher herankämen. Torre hielt jedoch den Obersten Regis eine Nacht hindurch mit Unterhandlungen auf, worauf er am 8. April das Feuer von den Wällen Novaras eröffnete und einen glücklichen Ausfall machte. Die Oesterreicher waren während des Gefechts näher gekommen und nahmen die kleine Armee Regis' in die Flanken, worauf sich Alles nach Vercelli und dann nach Alessandria flüchtete. Die Compromittirten suchten in der Schweiz Zuflucht. Am 11. April zog Torre in Turin ein, während Bubna Casale besetzte und Alessandria blokirte. Bald ergaben sich die Aufständischen, wovon ein großer Theil verbannt, Andere der gerichtlichen Bestrafung übergeben wurden. Die Reaction, welche sich nach dem Abzuge der Oesterreicher immer ungenirter entwickelte, war in Savoyen beinahe fürchterlicher, als in Neapel und traf auch — Dank der Wiedereinführung der Jesuiten — die Protestanten von Turin und Pignerol, wie die Waldenser, welche bisher in ihren Gebirgsthälern friedlich und still gelebt hatten. Diese rachsüch-

tige, nicht zu befriedigende Verfolgung der Constitutionellen rief den schlummernden Unfrieden immer wieder wach, weshalb es schon 1828 zu sehr unruhigen Bewegungen in Piemont und Savoyen kam, die nur durch consequente Strenge niedergehalten werden konnten. Karl Felix starb 1831 und ihm folgte Karl Albert, Prinz von Carignan (1831 – 1849), ohne daß das System der Strenge gemildert wurde.

Der Heerd, an welchem sich die italienischen Revolutionen entzündet hatten, stand noch unversehrt, und an ihm saßen die vertriebenen Revolutionaire von Italien und Frankreich und schürten das Feuer. Wie leicht konnten die Nachbarländer wieder in Brand gerathen, wenn man diesen Heerd nicht selbst auslöschte und Spanien seinem revolutionairen Freudentaumel überlassen hätte. Metternich hätte gern schon zu Laibach über Spanien einen Beschluß gefaßt, wurde indeß von den andern Mächten abgewiesen und mußte sich mit dem Versprechen begnügen, daß diese Angelegenheit auf einem neuen Congresse zur Sprache kommen solle. Dieser Congreß wurde im October und November 1822 zu Verona abgehalten, und sollte sich mit den russisch-türkischen Händeln, wie mit dem griechischen Aufstande und der Beruhigung Spaniens beschäftigen. Kaiser Alexander hatte mancherlei gerechte Klagen gegen die Türkei und die Stimme seines Innern wie seines Volkes trieb ihn, den Griechen seinen Arm zu leihen, um sie aus der Sclaverei grausamer Barbaren zu befreien. Metternich wußte jedoch den Kaiser auf andere Gedanken zu bringen, indem er ihn auf die geheimen Umtriebe der Liberalen in Rußland aufmerksam machte und daraus den Schluß zog, daß die liberale Partei durch die Gemeinsamkeit ihrer Interessen in allen Ländern verbündet sei, wogegen man dieser Partei ein ebenso gemeinsames Interesse, das der Legimität, entgegensetzen müsse. Dies zu wahren, sei das erste und wichtigste Augenmerk eines Staatsmanns. Deshalb dürfe Alexander die Griechen nicht unterstützen, weil auch sie sich gegen ihren legitimen Herrn empört hätten. Wichtiger sei es, die Revolution zu bekämpfen, welche zur Schande der heiligen Allianz in Spanien noch immer triumphire, wiewohl die ebenfalls beim Congreß erschienene Regentschaft von Seo d'Urgel mit einer „apostolischen Glaubensarmee", unter Bessières, Merino und Andern, schon bedeutende Erfolge davon getragen habe. Um nicht das Mistrauen Alexander's zu sehr zu erregen, wußte der Fürst Metternich den französischen Gesandten, Herzog von Montmorency, einen kriegslustigen Ultraroyalisten, zu dem Antrage zu bestimmen, Frankreich wolle in Spanien interveniren, wenn die heilige Allianz ihm alle mögliche moralische und materielle Unterstützung zusage. Darauf gingen die Großmächte sofort ein. Der Herzog von Wellington protestirte zwar im Namen Englands gegen die Intervention und später drohte der englische Minister Canning sogar, die verfassungstreuen Spanier zu unterstützen, kam jedoch bald davon

zurück, als die vier andern Mächte erklärten, sie würden dies ihrerseits als einen Kriegsfall ansehen. So ließ Canning der Sache freien Lauf, in der Hoffnung, daß die Spanier, weil sie sich gegen Napoleon tapfer geschlagen, auch die Franzosen unter Angoulême zum Lande hinausjagen würden. Dem französischen Könige Ludwig XVIII. kam der Krieg gar nicht gelegen; er entließ sogar den Herzog von Montmorency, weil er seine Instructionen überschritten hatte, aus dem Ministerium, gab aber dem Drängen der Ultras endlich nach, als er in Madrid die Cortez vergeblich zu einer Ermäßigung der Verfassung ermahnt hatte. So rückten 90,000 Mann Franzosen unter dem Herzog von Angoulême in Spanien ein, um der restaurirten Familie Bourbon den bisher noch fehlenden Kriegsruhm zu erwerben und die napoleonischen Thaten in Vergessenheit zu bringen. Der spanische Kriegsminister, San Miguel, ein ebenso fähiger General, wie ein begeisterter Lobredner der Freiheit und energischer Bekämpfer des Absolutismus in diplomatischen Noten, theilte den Cortez die Verhandlungen des Veroneser Congresses, die Noten der Großmächte und des pariser Hofes mit, legte seine Antworten vor, und erntete dafür stürmischen Beifall von der Versammlung. Allein auch in Spanien hatte man nie im Ernst daran gedacht, daß das Ausland sich in innere Angelegenheiten mischen und die Großmächte eine Constitution verwerflich finden würden, „die im Jahre 1812 die Billigung Sr. Majestät des Kaisers von Rußland erhalten habe." Daher hatte man sich mit Nebendingen — wenigstens waren sie es damals — beschäftigt, Adel und Klerus aufs Aeußerste gereizt, ohne die Mittel zu besitzen, um dem gefährlichen Einflusse dieser Stände auf das dem constitutionellen Leben fernstehende Landvolk zu begegnen. Das Heer dagegen und die Flotte blieben in der alten Vernachlässigung, die Festungen waren dem Verfall preisgegeben, die Magazine leer, wozu noch die Geldnoth und der Hader unter den politischen Parteien kam, die fast alle Schattirungen des Convents aufweisen konnten.

Der Herzog von Angoulême ging am 1. April 1823 über die Bidassao, ohne Kriegserklärung, da die Franzosen als Freunde kämen. Dagegen erklärten die Cortez und die Regierung am 23. April an Frankreich den Krieg, als der spanische König Ferdinand sich bereit zeigte, im Nothfall mit den Cortez nach Sevilla gehen zu wollen. Nun wurden vier schwache und schlecht-bewaffnete Corps, unter dem tüchtigen Mina, dem verrätherischen Graf Abisbal, dem unfähigen Ballesteros und dem zweideutigen Morillo, aufgestellt. Schon die Wahl der Feldherren war, bis auf den einzigen Mina, unglücklich. Die politischen Flüchtlinge Italiens und ein englisches Freicorps unter General Wilson wurden zum Festungsdienst verwandt und hielten sich außerordentlich wacker, während Ballesteros blos die einrückenden Franzosen beobachtete und Abisbal und Morillo capitu-

lirten. So kam Alles auf Mina in Catalonien und den General Quiroga in Galicien an. Daher rückte Angoulème schon den 24. Mai in Madrid ein und ernannte eine aus den heftigsten spanischen Ultras gebildete Regentschaft, deren Haupt der Herzog von Infantado war. Die Cortez hatten inzwischen am 23. April ihre Sitzungen in Sevilla eröffnet, entfernten sich jedoch nach der Einnahme Madrids nach Cadix und schleppten den König mit fort. Aber schon am 20. Juni erschien Bourmont mit dem französischen Vortrab vor dieser Stadt und im Juli folgte der Herzog von Angoulème nach, um Cadix einzuschließen. Die Belagerung wurde unter dem tapfersten Widerstande der Spanier bis zum 1. October fortgesetzt. Als jedoch die Cortez von der Niederlage ihrer Sache in allen Provinzen hörten, gaben sie den König frei und schlossen mit den Franzosen eine günstige Capitulation ab. Ballesteros hatte nämlich schon am 4. August capitulirt und Quiroga am 17. August Corunna übergeben, wohin er sich hatte werfen müssen. Am 2. November capitulirte auch endlich Mina, gegen den die Franzosen keine Lorbeeren errungen hatten, und begab sich mit San Miguel und Quiroga nach England. Riego, der durch einen kühnen Streich der constitutionellen Sache einen neuen Schwung hatte geben wollen, war am 13. September bei Jaen geschlagen, und einige Tage darauf in den Gebirgen ergriffen worden.

Die Reaction, welche die Ultras unter unermeßlichen Greuelthaten begannen, war die fürchterlichste, welche es je gegeben hat, wenn wir nicht etwa die Scheußlichkeiten Dom Miguel's und der portugiesischen Königin Carlotta ausnehmen wollen. Vom 24. Mai, dem Tage der Einsetzung der Regentschaft, bis zum 1. Juli zählte man 44,000 Personen, welche wegen politischer Meinungen eingekerkert worden waren. Man brach die Capitulationen, welche die Franzosen mit den spanischen Generalen abgeschlossen hatten und ließ die Greuel zu, welche die Glaubensarmee an den Häusern und Personen der Constitutionellen übte. Vergebens bemühte sich der Herzog von Angoulème, diesem Wüthen Einhalt zu thun, um nicht den Fluch einer ganzen Nation auf sich zu laden, und die rettende That der heiligen Allianz in den Augen von ganz Europa herabwürdigen zu lassen. Er mußte endlich dem Eifer der spanischen nnd französischen Ultras nachgeben, um Frankreichs Einfluß auf die pyrenäische Halbinsel nicht wieder aufzuopfern. Riego wurde daher am 7. November, trotz aller Verwendung der englischen und französischen Regierung, scheußlich hingerichtet. Ueber die Milizen, die Soldaten und Officiere der Cortezarmee erging ein entsetzliches Strafgericht. Die Geistlichkeit schürte recht geflissentlich die Wuth der Glaubensbanden, welche, unter dem Scheine, Rache an den Constitutionellen zu nehmen, förmliche Raubzüge veranstalteten und sich mit Beute beluden. Aber auch aus der Cortezarmee bildeten sich unzählige Räuberbanden, sodaß Spanien einer Mördergrube glich



und von der fürchterlichsten Anarchie zerrüttet wurde. Endlich am 1. Mai 1824 erschien die erste sehr beschränkte Amnestie, worüber die „apostolische Junta" sehr unzufrieden war und Pläne zur Absetzung des Königs schmiedete, den sie durch Don Carlos zu ersetzen gedachte. Zwar ermannte sich das Ministerium und nahm die kriegerischen Führer der apostolischen Junta, einen Bessières, den Trappisten Antonio Maregnon, einen Merino und Andere mehr gefangen. Allein schon im Juli wurden dieselben wieder befreit, als die apostolische Partei im Ministerium siegte und ihre Collegen, welche für strenge Maßregeln gegen die Glaubensbanden gestimmt hatten, selbst ins Gefängniß werfen ließ. Jetzt galt jede Mäßigung als Verbrechen; wer einen Constitutionellen (Negro) beraubte oder tödtete, war von vornherein straflos. Dennoch zwang der Stand der Finanzen das Ministerium, die Frage wegen Besteuerung des Adels und der Geistlichkeit wieder aufzunehmen, da kein Banquierhaus einem Staate Geld leihen wollte, welcher die unter der Cortezregierung gemachten Schulden für null und nichtig erklärte hatte. Jene Absicht des Ministeriums führte zu einer Schilderhebung der Apostolischen oder Carlisten, der aber die Regierung rasch begegnete und den Anführer Bessières mit sieben andern erschießen ließ (23. August 1825). Dennoch mußte der gemäßigte Minister Zea Bermudez weichen und die „Carlisten" erhielten sich bis zu Ferdinand's Verheirathung mit Marie Christine von Neapel (10. December 1829) in der Herrschaft. Die Franzosen hatten (1828) Spanien gänzlich geräumt und mußten sich gefallen lassen, ihre Schuldforderung von 30 auf 20 Millionen Thaler herabgesetzt zu sehen, während England hartnäckig seine Schuld eintrieb und Spanien von jedem ernsten Versuche, in Portugal zu Gunsten Dom Miguel's zu interveniren, zurückscheuchte. Marie Christine beredete den König, das schon von Karl IV. mit Zustimmung der Cortez 1789 aufgehobene salische Gesetz, 17. Mai 1830, nochmals aufzuheben. Die Königin gebar nun am 10. October 1830 eine Tochter Isabella, welche sofort zur Thronerbin und Prinzessin von Asturien erklärt wurde. Die Apostolischen, der Aussicht beraubt, ihren Liebling Don Carlos auf dem Throne zu sehen, verschworen sich gegen das Leben des königlichen Ehepaars. Als ihre Pläne entdeckt wurden, erlitten einige Theilnehmer nur geringe Strafen. Schärfer verfuhr man mit den Constitutionellen, welche sich unter Lopez und Mina auf französischem Gebiet gesammelt und einen Einfall in Spanien gemacht hatten (October 1831). Das Unternehmen traf nämlich auf den entschiedensten Widerstand Seitens der Regierung und scheiterte, wie der Landungsversuch des ehemaligen Kriegsministers Torrijo in Malaga (1. December 1831) und der Aufstand der Marinesoldaten in Cadix, welche am 3. März 1832 die Constitution ausriefen, an der Theilnahmlosigkeit des Volkes. Im königlichen Palaste zu Madrid wurden um das Krankenlager des

meist bewußtlos daliegenden Königs die gräßlichsten Intriguen gesponnen. Marie Christine trug jedoch den Sieg über die Carlisten davon und wurde zur Regentin ernannt. Sie entließ das apostolische Ministerium und die carlistischen Generäle und ertheilte eine ziemlich umfassende Amnestie. Darauf berief sie die Cortez per estamientos nach Madrid und ließ durch dieselben ihrer Tochter feierlich als Thronerbin huldigen. Don Carlos wurde aus Spanien verwiesen und einige andere carlistisch gesinnte Personen vom Hofe entfernt. Das war die letzte Regierungshandlung, wozu Ferdinand VII. seinen Namen hergab. Dann starb er am 29. September 1833 und hinterließ dem Lande einen Bürgerkrieg, den die Apostolischen erregten und beinahe zehn Jahre lang zu Gunsten des Don Carlos fortführten, worin von beiden Seiten die größten Grausamkeiten verübt wurden.

Der Zug der Wiederherstellung des Alten machte endlich in Portugal, am Gestade des atlantischen Oceans, Halt.

Nachdem der Versuch des Grafen Amarante zur Zurückführung der absolutistischen Regierung gescheitert war (1823), und England die Einmischung jeder fremden Macht in die portugiesischen Händel für einen Kriegsfall erklärt hatte, war doch der Einmarsch des Herzogs von Angoulème in Spanien zu verführerisch, als daß die gestürzte Partei nicht noch einen zweiten Versuch wagen sollte. Die Geistlichkeit und die Hofleute bearbeiteten nämlich mit Vorsicht und Klugheit den Pöbel und das Militair gegen die Constitution, bewirtheten die Soldaten, zahlten ihnen dreifachen Sold im Voraus und gewannen so einen großen Theil der portugiesischen Armee für sich. Als nun Dom Miguel am 27. Mai mit dem dreiundzwanzigsten Infanterieregiment Lissabon verließ, „um den König und die Nation von dem schmählichen Joch der Constitution zu befreien", traten bald alle übrigen Regimenter über und sogar Sepulveda fiel von den Cortez ab. König Johann VI. wurde am 31. Mai nach Villafranca zu Dom Miguel entführt und gezwungen, die Constitution aufzuheben und das Ministerium Palmella einzusetzen. Graf Amarante, welcher eiligst zurückgekehrt war, erhielt eine Dotation von 6000 Cruzados und wurde zum Marquis von Chaves ernannt; die Klöster empfingen ihre Güter zurück, der König ward unter dem Einfluß seiner wieder in alle Rechte eingesetzten Gemahlin Carlotta, zu den strengsten Maßregeln beredet, und ein Schreckenssystem wie in Spanien eingeführt. Lange konnte aber diese Greuelwirthschaft dem milden, gerechten Herzen Johann's nicht zusagen, und er sträubte sich, seine Hand noch ferner zu grausamen Maßregeln gegen die Constitutionellen zu bieten. Dom Miguel dachte daher an die Absetzung seines Vaters, und bereitete in der Nacht vom 29. auf den 30. April 1824 einen fürchterlichen Staatsstreich vor, welcher die dem König oder der Constitution geneigten Officiere und Minister treffen

sollte. Allein grade diese letzten entkamen auf das englische Kriegsschiff Windsor-Castle, das im Tajo vor Anker lag, und bewogen den englischen Gesandten, sich des Königs anzunehmen. Der Windsor-Castle legte sich drohend vor die Mauern Lissabons, während der englische Gesandte feierlich gegen jede an dem König zu verübende Gewaltthat protestirte. Endlich gelang es dem Könige, seinen Wächtern zu entwischen und an Bord des Windsor-Castle zu kommen, wo er von seinen Ministern und dem diplomatischen Corps ehrfurchtsvoll begrüßt und von den Kanonen aller im Tajo ankernden Schiffe königlich salutirt wurde. Dom Miguel merkte daraus, daß ihm die Gewalt entschlüpft sei und begab sich, von seinem Vater aufgefordert, an Bord des Windsor-Castle, wo er um Verzeihung bat und alle Theilnehmer seiner Verschwörung verrieth. Das Volk erfuhr nun den wahren Zusammenhang der Sache durch eine feierliche Proclamation des Königs und schmähte den Infanten, welcher indeß trotzig zu den Fenstern der Kajüte des Windsor-Castle, wo er gefangengehalten wurde, herausschaute, seine Cigarre rauchte und die Vorübergehenden höhnte. Um ihn der Volksrache zu entziehen, schickte ihn der Vater am 13. Mai 1824 in die Verbannung. Die Königin entzog sich einem gleichen Schicksal wieder durch eine Scheinkrankheit, wurde jedoch im Kloster zu Queluz streng bewacht. Die Cortez wurden wiederhergestellt und alle Gegen-Verschwörungen, die sich besonders auf spanischem Boden bildeten, durch die energischen Erklärungen des englischen Ministers Canning erstickt. Johann VI. starb 1826 und sein Sohn Don Pedro, Kaiser von Brasilien, ernannte seine älteste Tochter Maria da Gloria zur Königin, mit der Bedingung, Dom Miguel zu heirathen. Während ihrer Minderjährigkeit sollte seine Schwester Isabella die Regentschaft führen. Pedro verlieh zugleich Portugal die brasilianische Verfassung, was unter den Absolutisten eine solche Bewegung hervorrief, daß die Regentin England um Hilfe dagegen angehen mußte.

4. Castlereagh. Canning.

Die Erhaltung der Constitution in Portugal war Canning's Werk, der eine von seinem Vorgänger Castlereagh verschiedene Politik annahm und die Interessen der Völker, insofern sie mit Englands Interessen zusammenfielen, unterstützte.

In England regierte noch Georg III., der aber seit 1811 so schwach war, daß ihm sein Sohn Georg IV. als Prinz-Regent an die Seite gestellt wurde. In den Jahren seiner männlichen Kraft von den Staatsgeschäften ferngehalten, hatte der Prinz theils in dem Anschluß an die Whigs, theils in der Verbindung mit den bei der Damenwelt beliebtesten Dandies Einfluß auf das öffentliche oder gesellige Leben zu gewinnen gesucht. Letzterer Umgang

schwächte indeß zeitig seine Geisteskräfte und raubte ihm die einem Herrscher so unentbehrlichen Eigenschaften der Charakterstärke und Seelenruhe; erstere Verbindung bereitete ihm unangenehme Erinnerungen und Verdruß, als er in der Stellung eines Regenten und Königs sich oft im Widerspruch mit den von ihm sonst bekannten liberalen Grundsätzen befand. Er wurde daher mit zunehmenden Jahren immer unsicherer in seinem Auftreten, willkürlich in seiner Handlungsweise und menschenscheu. Die Regierung überließ er seinem Liebling Castlereagh (Marquis von Londonderry) und nachher Canning, obwohl Beide verschiedener politischer Meinung waren. Beide Minister stammten aus irischem Blute und konnten die celtische Beweglichkeit und Leidenschaftlichkeit in allen ihren Handlungen nicht verleugnen. Robert Stewart, Lord Castlereagh, seit 1820 Marquis von Londonderry, war 1769 zu Mont Stewart in Irland geboren, während Georg Canning am 11. April 1770 in London das Licht der Welt erblickte, wohin sein Vater, um eine Anstellung als Redacteur oder Mitarbeiter von Zeitschriften zu finden, gekommen war. Als der Vater 1771 starb und die Mutter einen unbedeutenden Schauspieler heirathete, übernahmen Verwandte Canning's Erziehung und ließen ihn zu Eton und Oxford ausbilden. In Lincolns-Inn widmete sich Canning juristischen Studien und erlangte in den „Debattenclubs" jene Gewandtheit und Schärfe, die seine nachmaligen Reden auszeichnen. Zuerst ultra-wighistisch, mäßigte er seine Ansichten in Folge der Revolutionsgreuel und der Ueberredungen Sheridan's, der ihn mit Pitt bekannt machte. Im Jahre 1793 trat er für Newport (Wight) ins Unterhaus. Auch Castlereagh wurde sehr zeitig Mitglied des irischen Parlaments. Beide Staatsmänner erklärten sich für eine Vereinigung des irischen mit dem englischen Parlament, und drangen auf strenge Maßregeln, nachdem die Irländer, in der Absicht, eine Republik zu stiften und sich von dem Drucke der ultra-protestantischen und intoleranten Orangisten zu befreien, die Franzosen zu Hilfe gerufen hatten (1798). Der jüngere Pitt, welcher damals England regierte, vollzog (1800) die Union Irlands mit Großbritannien unter Einem Parlamente, und kettete Castlereagh und Canning so innig an sein System, daß sie bei Pitt's Austritt aus dem Ministerium (1802) ebenfalls ihre Posten als Staatssecretaire aufgaben und 1803 mit ihrem Meister wieder eintraten. Castlereagh wurde Kriegsminister, Canning Schatzmeister der Marine. Nach Pitt's Tode (1806) legten sie ihre Aemter nochmals nieder, nahmen aber unter Portland und Perceval (1807) Portefeuilles an. Canning wurde Minister des Auswärtigen, Castlereagh wieder Kriegsminister. Die Wegführung der dänischen Flotte aus Kopenhagen erfolgte nun auf Canning's Befehl, während er sich anfangs lau zeigte, als Oesterreich (1809) den Krieg ohne Zustimmung Englands begann. Dennoch beschloß die Mehr-

heit des englischen Cabinets, freilich als es zu spät war, eine Expedition nach Walcheren abzusenden. Castlereagh zeigte hierbei jedoch nicht die erwartete Energie und Canning, der die Fehler seines Collegen nicht mit verantworten wollte, schlug dem Herzog von Portland vor, daß Castlereagh sein Portefeuille mit einem andern, das seinen Fähigkeiten angemessener sei, vertauschen möchte. Castlereagh erfuhr diese beabsichtigte Kränkung und forderte Canning. Sie schossen sich am 19. September 1809 und Canning wurde verwundet. Von jetzt ab werden Castlereagh und Canning Gegner. Zuletzt legten Beide ihre Stellen nieder; dasselbe that der Herzog von Portland. Perceval trat an seine Stelle und Wellesley, Liverpool und Palmerston theilten sich in das Auswärtige und den Krieg. Canning benutzte nun seine Deputirtenstelle im Hause der Gemeinen, um die Emancipation der Katholiken, die er für eine politische Nothwendigkeit hielt, und die Sclaven-Emancipation durchzusetzen; dagegen glaubte er sich gegen die Parlamentsreform erklären zu müssen, weil damit eine Umwälzung der englischen Verfassung verbunden sei. Als 1812 der Krieg gegen Nordamerika ausbrach, war Canning zwar dagegen, und sprach für das gute Einvernehmen zwischen beiden Seestaaten. Allein er drang auch darauf, daß der Krieg mit Nachdruck geführt werde, als die Regierung ihn einmal beschlossen hatte. Die Amerikaner bewiesen im Einzelgefecht einen außerordentlichen Muth, treffliche Sicherheit im Schießen und bewundernswerthe Kaltblütigkeit. Besonders aber fügten ihre Kaper dem britischen Handel empfindlichen Schaden zu. Dafür segelten auch Admiral Cochrane und General Roß den Potowmak hinauf und eroberten Washington. Leider sengten und plünderten die englischen Soldaten hier mit abscheulicher Wuth, sodaß die Stadt in einen Schutthaufen verwandelt wurde. Endlich bot Rußland seine Vermittelung an und die kriegführenden Theile schlossen (1814) zu Gent Friede, worin die Amerikaner ihre Mitwirkung zur Abstellung des Negerhandels versprachen.

Durch die Absendung Castlereagh's in das Hauptquartier der Verbündeten (1813) und seine Theilnahme am Congresse zu Wien (1814), wurde dieser Staatsmann in die Politik des heiligen Bundes so innig verflochten, daß die liberale Presse Englands ihn „den für Orden, Geldgeschenke und Schmeicheleien dankbaren Commis des heiligen Bundes" nannte. Der parlamentarischen und publicistischen Opposition erschien durch Castlereagh's äußere Politik die Ehre und Selbstständigkeit Englands gefährdet. Allenthalben bildeten sich Meetings, welche die Politik des Cabinets besprachen und Riesenpetitionen vor das Parlament bringen wollten. Unter jenen Demagogen zeichnete sich vor allen der geistreiche und beredte, aber sonst sehr heruntergekommene Thistlewood aus. Die pöbelhafte Beschimpfung, welche dem unbeliebten Prinz-Regenten widerfuhr, als er am 28. Januar 1817 zur Eröffnung des Parlaments

fuhr, wie die bei Gelegenheit eines Meetings in Manchester entstandenen Reibungen zwischen Volk und Militair (1819) bestimmten das Parlament zur Suspension der habeas corpus Acte und zu mehreren andern die Presse und die Volksversammlungen beschränkenden Gesetzen. Diese Beraubung von Rechten, welche mit dem englischen Staatsleben verwebt waren, ließ gerade die Saat, welche die Demagogen ausgestreut hatten, reichlich aufkeimen. Es bildete sich eine Verschwörung, deren Haupt Thistlewood war, um die Minister bei einen Gastmahl am 23. Februar 1820 zu überfallen und aufzuheben. Das Complot wurde jedoch entdeckt, und die Häupter büßten ihre sträfliche Absicht mit dem Leben. Damit war jedoch die Unzufriedenheit noch nicht gedämpft. Als nach dem Tode Georg's III. der Regent König wurde, kehrte seine Gemahlin Karolina von Braunschweig nach langer Abwesenheit auf dem Festlande nach England zurück und beanspruchte den Titel einer Königin. Georg IV., der seine Gattin nicht leiden konnte, bewog Castlereagh, eine Bill auf Ehescheidung des königlichen Paares ins Oberhaus zu bringen und übergab einer Comitté des Hauses die Documente, welche das unsittliche Leben der Königin, namentlich ihr anstößiges Verhältniß zu dem früheren italienischen Kammerdiener Bergami darthun sollten, in einem verschlossenen grünseidenen Beutel zur Prüfung. Canning, welcher die Königin „das Leben,. den Schmuck und die Zierde jeder Gesellschaft, die sie mit ihrer Gegenwart beehre", genannt hatte, legte nun seine Stelle als Präsident des indischen Controlhofes nieder. Das Volk, welches den König wegen seiner offenkundigen Ausschweifungen verachtete und wegen seiner tyrannischen Gesinnung haßte, ergriff sogleich Partei für die Königin, während deren Vertheidiger, namentlich Brougham, die mit vielen Kosten vom Continent herübergeschafften Belastungszeugen so in die Enge trieben und das ganze Verfahren in seiner Anstößigkeit so enthüllten, daß die Minister es für gut fanden, die Bill zurückzuziehen, obwohl sie in dem gefälligen Oberhaus dreimal hintereinander die Majorität für sich hatten. Der Tag, wo der Lordschatzkanzler Liverpool anzeigte, daß der Proceß zurückgenommen sei, wurde vom Volke enthusiastisch gefeiert (1820). Bald darauf (7. Augnst 1821) starb die Königin und das Volk zwang die Bedeckung, welche die Leiche im Stillen nach der Küste und von hier nach Braunschweig bringen sollte, einen andern Weg zu nehmen, wobei es zu blutigen Reibungen kam, die mehreren Menschen das Leben kosteten. Diese Theilnahme des Volkes an dem Schicksal der unglücklichen, wenn auch vielleicht nicht unsträflichen Königin, diese Freisprechung durch die öffentliche Meinung, verstimmten Georg so sehr, daß er sich scheu von den Menschen zurückzog. Wenn er spazieren fuhr, so wurden erst Bediente und Wachen ausgeschickt, die alle Besucher aus den Gängen des Parks entfernen mußten. Castlereagh, sein Rathgeber und Vertrauter, konnte

die Schmähungen seiner Feinde ebenfalls nicht länger tragen; der melancholische und misanthropische Zustand des Königs, an dem er vielleicht nicht ganz unschuldig war, bedrückte seine Brust; der allgemeine Widerwille, den ihm das englische Volk für seine besten Absichten zur Befestigung und Erweiterung der königlichen Macht entgegentrug, stürzte ihn in tiefe Schwermuth. Am 12. August 1822 entleibte er sich mit einem Federmesser, da man alle andern Mordwaffen aus seiner Nähe entfernt hatte.

Der moralische Eindruck, den der Selbstmord dieses bedauernswerthen Staatsmanns auf den König machte, war so betäubend, daß Niemand anders des Verstorbenen Stelle ersetzen zu können schien, als dessen parlamentarischer Gegner, George Canning. Georg IV., der Canning nicht leiden mochte, zog sich jetzt ganz von den Staatsgeschäften zurück, und so blieb Canning von nun an der Leiter der britischen Politik.

Nachdem Canning vergebens die Einmischung Frankreichs in die spanischen Angelegenheiten zu hintertreiben gesucht hatte, ergriff er um so begieriger die Gelegenheit, sich auf drei andern Punkten an der heiligen Allianz für seine Niederlage zu rächen. Der eine Punkt war der Unabhängigkeitskampf der spanisch-amerikanischen Colonien, deren Selbstständigkeit er am 1. Januar 1825, unter der Bedingung, den Sclavenhandel abzuschaffen, anerkannte; der andere war die Regulirung der Verhältnisse Brasiliens zu Portugal, die Herstellung der Constitution in Portugal und die Verbannung Dom Miguel's; der dritte endlich betraf die Unterstützung, welche er den Griechen angedeihen ließ. Die öffentliche Meinung des Continents pries den englischen Minister als Retter der Freiheit und der unterdrückten Interessen der Völker, wie er selbst auch einmal im Parlamente der Metternich'schen Politik die Fahne des Liberalismus entgegenzutragen und ganz Europa gegen die heilige Allianz aufzuregen drohte; allein Canning war vor allen Dingen Engländer und die wirklichen Interessen seines Vaterlandes standen ihm höher, als die abstracten Meinungskämpfe, in welchen sich der Continent abmühte. Portugal, das brasilianische Königshaus, die spanischen Colonien unterstützte er blos nach den egoistischen Ansichten einer nationalen Politik, um den Handel nach diesen Gegenden für England zu monopolisiren; er sagte Griechenland seinen Beistand zu, um Rußland keinen Vorwand zum alleinigen Einschreiten in die Türkei zu geben, und den unvermeidlichen Schlag von dem asiatisch-englischen Karavanenhandel abzuwenden, wenn Rußland sich durch Verträge oder durch Gewalt in Konstantinopel festsetzen sollte.

5. Bolivar. Iturbide. Der Freiheitskampf der spanischen Colonien in Amerika.

Die spanischen Colonien zerfielen in vier Vicekönigreiche: Neuspanien oder Mexiko, Neugranada, Rio de la Plata und Peru, und in fünf



Generalcapitanate: Guatemala, Venezuela, Chile, Havanna und Portorico. Nach den Handelsbegriffen Colbert's dienten die Colonien nur als Absatzplätze des Mutterlandes. Sie durften daher nur spanische Waaren gegen hohe Zölle einführen, ihre Erzeugnisse nur in Spanien verkaufen und nur die Producte nicht anbauen, an welchen das Mutterland Ueberfluß hatte. Zu dieser commerciellen Unselbstständigkeit der Colonien gesellte sich auch die politische, da der König von Spanien alle Staats- und Kirchenämter besetzte und die einträglichsten Stellen seinen Lieblingen verlieh. Der spanische Despotismus, welcher in der Heimath schon unerträglich war, artete hier in barbarischen Druck und scheußliche Knechtung aus. Alle bösen Leidenschaften der südlichen Natur entwickelten sich daher in Amerika in bedenklicherem Grade und kamen in entsetzlicher Weise zum Ausbruch, als zur Zeit der Franzosenherrschaft die ersten Anfänge zur Selbständigkeit der Colonien gemacht wurden. Der Krieg, welchen Ferdinand VII. nach seiner Wiedereinsetzung gegen die abgefallenen Colonien begann, wurde von beiden Seiten mit scheußlicher Grausamkeit geführt.

Es ist nicht zu leugnen, daß der Gedanke, sich unabhängig zu machen, das letzte Kreisen der revolutionairen Welle war, welche von Frankreich aus sich über die ganze Erde zu wälzen schien. Die Gelegenheit zur Befreiung konnte für die spanischen Colonien nicht günstiger sein, da die Franzosen die königliche Familie gefangen hielten, und weder die Franzosen noch die Cortezregierung Zeit und Macht genug besaßen, um dem Abfall zu steuern. Es war im Jahre 1810, als die amerikanischen Colonien die Cortez zu Cadix angingen, ihnen gleiche Rechte mit den Spaniern zu gewähren. Allein die Rücksicht auf den Handel von Cadix, das freudig so viele Opfer für die Freiheit gebracht hatte, bestimmte die Cortez, die Bitte der Colonien abzuschlagen. Darauf sagten sich fast alle amerikanischen Staaten von Spanien los (1810 und 1811). Zuerst ergriff der Priester Hidalgo (1810) in Mexiko die Fahne des Aufruhrs, und brachte ein Heer von beinahe 100,000 Mann zusammen, mit welchem er auf die Hauptstadt losging. Der Vicekönig raffte seine Spanier zusammen, und schlug mit 8000 wohldisciplinirten Truppen die ungeordneten Schaaren Hidalgo's in die Flucht. Ebenso endeten die wiederholten Versuche Morelo's und Mina's. Sie alle büßten ihre Absichten mit dem Leben.

Als Ferdinand VII. durch die Militairverschwörung Riego's zur Verkündigung der Cortezverfassung genöthigt wurde, begehrten auch die Colonien die Wohlthaten derselben, welche ihnen größere Freiheiten verleihen konnte. Es bildete sich rasch eine ansehnliche Partei von Constitutionellen, die ihre Absichten nöthigenfalls mit Waffengewalt durchsetzen wollten. Der Vicekönig Apodaca, obwohl von den madrider Cortez angewiesen, die Verfassung zu verkündigen, folgte doch den geheimen Gegenbefehlen der Camarilla und beauftragte den Obersten Iturbide, — angeblich einen Nach-

kommen der alten mexikanischen Königsfamilie, — die drohende Verschwörung der Constitutionellen im Keime zu ersticken. Iturbide gehorchte scheinbar und bemächtigte sich vieler Staatskassen. Darauf warf er die Maske ab und rief, unter Zustimmung der Truppen die Mexikaner, zum Kampfe für die spanische Constitution auf. Der Vicekönig gab nach und schloß mit den Aufständischen einen Vertrag, kraft dessen Mexiko ein von Spanien unabhängiges constitutionelles Kaiserreich sein und die Krone Ferdinand VII., oder wenn dieser es ausschlüge, einem spanischen Infanten angetragen werden sollte. (1821). Die spanischen Cortez ratificirten jedoch diesen Vertrag nicht, worauf der mexikanische Congreß sich von Spanien gänzlich lossagte und Iturbide unter dem Namen Augustin I. zum Kaiser wählte (18. Mai 1822). Die Monarchie war jedoch nicht in Aller Sinne; vielmehr bestand in Mexiko eine zahlreiche republikanische Partei, welche eine Verfassung nach Art der nordamerikanischen begehrte und das Volk ermahnte, „sich nicht freiwillig in eine Knechtschaft zu begeben, welche drückender als die abgeworfene sein könnte.“ Iturbide schien durch einige entschiedene Maßregeln die Befürchtungen der Republikaner zu bewahrheiten, indem er den Congreß, welcher ihm drückende Fesseln anlegen wollte, auflöste und eine Regierungsjunta aus seinen Anhängern ernannte. Der General Santa Anna fand daher viel Zulauf, als er in Vera Cruz die Republik ausrief und Iturbide zur Abdankung zwang. (8. April 1823). Iturbide ging nach Europa, kehrte aber im folgenden Jahre wieder zurück, als er von dem zügellosen Parteikampfe vernahm, der sich seit seiner Entfernung entwickelt hatte. In der Hoffnung, mit Freuden als Retter des Staates aus den Greueln der Anarchie begrüßt zu werden, landete er in Mexiko, wurde aber vom Congreß geächtet, ergriffen und erschossen (4. October 1824). Die altspanische Partei, welche royalistisch gesinnt war und ihre Hoffnung auf einen spanischen Infanten gesetzt hatte, erregte mit ihren Intriguen bald so großen Unwillen, daß die Kreolen sie gewaltsam der Aemter beraubten und in die Verbannung jagten (1829). Die innern Stürme, welche hier, wie in allen romanisch-amerikanischen Freistaaten mit ungeheurer Heftigkeit tobten, da der Sprung aus bitterer Knechtschaft in zügellose Freiheit ein zu großer war, wüthen noch immer, verlieren jedoch mit jedem Jahre von ihrer Heftigkeit. Die demokratische Partei ward von dem ehrsüchtigen Santa Anna und die aristokratische von dem edlen Bustamente geführt, und bemächtigten sich abwechselnd des Staatsruders. Die Aufhebung der Sclaverei, welche der mexikanische Congreß decretirte, hatte den Abfall von Texas zur Folge (1836), welches durch den Anschluß an die Vereinigten Staaten (1846) einen so mächtigen Rückhalt gewann, daß alle Versuche der Mexikaner zur Wiedereroberung dieser Provinz daran scheiterten. Der Krieg, den Santa Anna nicht glücklicher als seine Vor-

gänger führte, endete damit, daß die Mexikaner einen großen Theil ihres Gebiets an die vereinigten Staaten abtreten mußten. (1847.) Die Verfassung Mexiko's ist eine Föderativverfassung. Spanien erkannte erst 1836 die Unabhängigkeit aller seiner ehemaligen Colonien in Amerika an. Guatemala erklärte sich den 1. Juli 1823 zur Bundesrepublik von Central-Amerika und umfaßte fünf Staaten: Guatemala, Honduras, San Salvator, Leon und Costarica.

Die La Plataſtaaten verbanden sich am 9. Juli 1816 in Buenos-Ayres zu einem Föderativstaate und sagten sich von Spanien los. Martin de Puyredon, welcher sich um die Stiftung des Freistaates viele Verdienste erworben hatte, wurde zum ersten Oberdirector desselben ernannt. Er dankte jedoch 1819 schon ab, weil er sich dem Treiben der Parteien nicht gewachsen fühlte. Die Banda oriental mit der Hauptstadt Montevideo am rechten Ufer des La Plata, gerieth 1817 unter brasilianische Herrschaft und blieb mit geringen Unterbrechungen darin, bis am 25. Oct. 1825 der Congreß der vereinigten La Plataſtaaten Montevideo für einen Bestandtheil der Union erklärte. Der Krieg, welcher nun drei Jahre um den Besitz jener wichtigen Stadt zwischen Brasilien und der Union gleich lau geführt wurde, endete mit dem Frieden von Rio Janeiro, (1828), worin Montevideo, unter englischer Vermittelung, von beiden Theilen als unabhängiger Staat anerkannt wurde. Montevideo nahm nun den Namen einer cisplatinischen Republik und 1830 den der östlichen Republik des Uruguay an. Die Partei der Unitarier, welche alle südamerikanischen Staaten vereinigen wollen, und die der Föderalisten bekämpften sich fortwährend. Diese ward von Rivera, jene von Oribe geführt und besonders von der argentinischen Republik unterstützt.

Der ehemalige Jesuitenstaat Paraguay erklärte sich 1811 für unabhängig und übertrug (1812) dem Advokaten Dr. Francia die Regierung als Dictator. Dieser Mann hat sich in seiner Würde bis zu seinem Tode (1840) behauptet, und seinem Staate durch ein strenges Sperrsystem die Selbstständigkeit, wie eine eigenthümlich patriarchalische Herrschaft erhalten. Nach 1848 wurde Francia's System gemildert.

Chile, das sich ebenfalls 1810 aufgelehnt hatte, fiel schon 1814 unter spanische Herrschaft zurück, und wurde für seinen Abfall schwer gezüchtigt. Da gelang es dem General San Martin, mit einem kleinen Heere von den Laplataſtaaten aus die Anden zu übersteigen. Er fand zahlreichen Zulauf und schlug die Spanier bei Chocabuco (1817), worauf der chilesische Congreß das Land für frei erklärte. Der Sieg von Maypo über Osorio (1818) befestigte die Patriotenpartei und säuberte das Land von den Spaniern. Der englische Admiral Cochrane, ein tapferer Seeheld, wenn auch ehrgeizig und nicht ganz fleckenlos, trat in die Dienste der Republik und fügte den Spaniern in Peru vielen Schaden zu (1820).

Er erstürmte die Forts von Valdivia (1820) und drang einige Monate später mit 240 Freiwilligen in den Hafen von Callao ein, von wo er die spanische Fregatte Esmeralda wegholte. Allein 1822 entzweite er sich mit dem chilesischen Präsidenten Higgins und trat in brasilianische Dienste. Im Nov. 1825 nahm der Präsident die Chiloe Inseln. Auch Chile hatte mehrere Revolutionen durchzumachen, ehe es (seit 1840 etwa) zur Ruhe gelangte und dadurch europäische Einwanderer anlockte, welche das Land herrlich und reich an Hilfsmitteln schildern.

Columbia und beide Perus verdanken ihre Freiheit der unermüdlichen Thätigkeit des Simon Bolivar. Venezuela riß sich 1811 vom Mutterlande los, kehrte aber schon 1812 wieder unter dessen Herrschaft zurück, als ein furchtbares Erdbeben die Hauptstadt Caraccas fast gänzlich zerstörte und in Valencia 20,000 Menschen, welche meist betend vor den Hochaltären lagen, unter den Trümmern der Kirchen und Häuser begrub. Die Priesterschaft stellte diese Katastrophe als ein Strafgericht des Himmels dar und die entmuthigten Bewohner leisteten den Spaniern, welche unter Monteverde einrückten, fast gar keinen Widerstand. Die rücksichtlose Härte jedoch, mit welcher die Unterworfenen behandelt wurden, fachte den Haß gegen die Spanier von Neuem an. Als daher Bolivar die Fahne der Unabhängigkeit erhob und mit einigen Hundert Genossen von Neu-Granada aus einrückte, fielen ihm seine Landsleute zu und drängten die Spanier aus Caraccas und Puerto Caballo (1813). Die Königlichen aber ermannten sich schon im nächsten Jahre wieder und besiegten die republikanische Partei. Bolivar floh nach St. Domingo und sammelte neue entschlossene Kämpfer für die Freiheit. Inzwischen war der kühne aber blutdürstige General Morillo mit 10,000 Mann Kerntruppen aus Europa angelangt (1814), um die Royalisten zu unterstützen. Nachdem er seine Hände im Blute der Aufständischen gebadet hatte, schritt er zur Eroberung Neu-Granada's und stand 1816 schon in Santa Fe de Bogota, um auch hier zahlreiche Opfer unter das Henkerbeil zu senden. Während dessen loderte aber der Aufstand in seinem Rücken wieder empor und tapfere Guerillaführer, wie Paëz und Arismendi, begannen den kleinen Krieg mit solchen Erfolgen, daß Morillo sich zur Umkehr entschloß. Zwar hatte sein General Morales den zurückgekehrten Bolivar schon wieder verjagt; allein der Genosse desselben, Mac Gregor, erschien plötzlich im Innern Neu-Granada's und besiegte Morillo selbst bei Barcellona (1816). Bolivar, der mit frischen Mannschaften wieder gelandet war, nahm Angostura ein (1817), woselbst der General-Congreß von Venezuela am 15. Febr. 1819 zusammentrat und Bolivar zum Oberdirector wählte. Der Sieg von Boyaca und die Einnahme von Bogota machte Bolivar zum Herrn von Neu-Granada, welches mit Venezuela zum Freistaat Columbia verbunden wurde (17. Dec. 1819). Eine neue, erst zu

erbauende Hauptstadt sollte den Namen Bolivar führen, zu Ehren des „Befreiers“, welchen Titel der amerikanische Held empfing.

Der Ausbruch der spanischen Revolution, in Folge deren alle Truppensendungen nach Amerika stockten, und Morillo nach Europa zurückkehrte, setzte dem Kriege bis zum Mai 1821 Grenzen. Da ertheilten die Cortez von Madrid dem General La Torre Befehl zum Angriff, der aber so unglücklich ablief, daß nach der Schlacht von Carabobo die Spanier auf Maracaibo und Puerto Caballo beschränkt wurden. Vergebens bemühte sich Torre's Nachfolger, Morales, wieder festen Fuß zu fassen. Am 6. Aug. 1824 fiel Maracaibo und am 6. Nov. Puerto Caballo in die Hände der Republik. Bolivar aber wurde am 1. Oct. zum Präsidenten der Republik erwählt und hat dieses Amt bis zu seinem Tode (1830) mit lobenswerther Uneigennützigkeit verwaltet. Er starb aus Gram über die Anfeindungen seiner Gegner, namentlich seines ehemaligen Freundes Santander, und zeigte, daß nur er im Stande war, die verbundenen Staaten zusammenzuhalten. Als er die Augen geschlossen hatte, löste sich Columbia in drei Republiken: Venezuela, Neu-Granada und Quito auf, die erst 1832 zu einer Union zusammentraten, worin sie alle Feindseligkeiten durch Schiedsrichter auszugleichen und gegen das Ausland stets gemeinsam zu handeln versprachen.

In Peru verabredeten einige reiche Republikaner mit den Häuptern der La Plataſtaaten und Chile's einen Plan zur Vertreibung der Spanier. Der General San Martin und Admiral Cochrane führten nun ein Heer nach Peru (1821). Während Ersterer Lima einnahm, brachte Cochrane unter den spanischen Schiffen einen solchen Schrecken hervor, daß sie die peruanischen Gewässer eilends verließen. Allein die spanische Macht war damit keineswegs vernichtet, sondern sammelte sich unter dem Vicekönig Laserna, und den Generalen Valdez und Canterac zu neuen Kraftanstrengungen. San Martin, welcher zum Protector des jugendlichen Freistaats Peru ernannt worden war, glaubte daher eines Rückhalts zu bedürfen und knüpfte mit Bolivar persönlich Unterhandlungen wegen eines Bündnisses an. Das Volk aber, welches diese Zusammenkunft als den ersten Schritt zur Vereinigung Peru's und Columbia's ansah, gerieth darüber in solche Wuth, daß es den Palast des abwesenden Protectors zerstörte und ihn zur Abdankung zwang (1822). Martin's Gegner, Riva Aguero, wurde nun Präsident, entzweite sich aber nach einigen Monaten mit dem Congresse. Ein Theil desselben kündigte ihm den Gehorsam und begab sich nach Callao. Diese Wirren benutzten die Spanier zum Angriff und nahmen Lima wieder. Da sandte Bolivar einen seiner treuesten Anhänger, den jungen Sucre, mit 4000 Mann nach Peru, welcher Canterac bei Spitta schlug und den Congreß von Lima bestimmte, Bolivar selbst zum Schutz herbeizurufen. Dieser folgte dem ehrenvollen Ansuchen und erschien

Er erstürmte die Forts von Valdivia (1820) und drang einige Monate später mit 240 Freiwilligen in den Hafen von Callao ein, von wo er die spanische Fregatte Esmeralda wegholte. Allein 1822 entzweite er sich mit dem chilesischen Präsidenten Higgins und trat in brasilianische Dienste. Im Nov. 1825 nahm der Präsident die Chiloe Inseln. Auch Chile hatte mehrere Revolutionen durchzumachen, ehe es (seit 1840 etwa) zur Ruhe gelangte und dadurch europäische Einwanderer anlockte, welche das Land herrlich und reich an Hilfsmitteln schildern.

Columbia und beide Perus verdanken ihre Freiheit der unermüdlichen Thätigkeit des Simon Bolivar. Venezuela riß sich 1811 vom Mutterlande los, kehrte aber schon 1812 wieder unter dessen Herrschaft zurück, als ein furchtbares Erdbeben die Hauptstadt Caraccas fast gänzlich zerstörte und in Valencia 20,000 Menschen, welche meist betend vor den Hochaltären lagen, unter den Trümmern der Kirchen und Häuser begrub. Die Priesterschaft stellte diese Katastrophe als ein Strafgericht des Himmels dar und die entmuthigten Bewohner leisteten den Spaniern, welche unter Monteverde einrückten, fast gar keinen Widerstand. Die rücksichtlose Härte jedoch, mit welcher die Unterworfenen behandelt wurden, fachte den Haß gegen die Spanier von Neuem an. Als daher Bolivar die Fahne der Unabhängigkeit erhob und mit einigen Hundert Genossen von Neu-Granada aus einrückte, fielen ihm seine Landsleute zu und drängten die Spanier aus Caraccas und Puerto Caballo (1813). Die Königlichen aber ermannten sich schon im nächsten Jahre wieder und besiegten die republikanische Partei. Bolivar floh nach St. Domingo und sammelte neue entschlossene Kämpfer für die Freiheit. Inzwischen war der kühne aber blutdürstige General Morillo mit 10,000 Mann Kerntruppen aus Europa angelangt (1814), um die Royalisten zu unterstützen. Nachdem er seine Hände im Blute der Aufständischen gebadet hatte, schritt er zur Eroberung Neu-Granada's und stand 1816 schon in Santa Fe de Bogota, um auch hier zahlreiche Opfer unter das Henkerbeil zu senden. Während dessen loderte aber der Aufstand in seinem Rücken wieder empor und tapfere Guerillaführer, wie Paëz und Arismendi, begannen den kleinen Krieg mit solchen Erfolgen, daß Morillo sich zur Umkehr entschloß. Zwar hatte sein General Morales den zurückgekehrten Bolivar schon wieder verjagt; allein der Genosse desselben, Mac Gregor, erschien plötzlich im Innern Neu-Granada's und besiegte Morillo selbst bei Barcellona (1816). Bolivar, der mit frischen Mannschaften wieder gelandet war, nahm Angostura ein (1817), woselbst der General-Congreß von Venezuela am 15. Febr. 1819 zusammentrat und Bolivar zum Oberdirector wählte. Der Sieg von Boyaca und die Einnahme von Bogota machte Bolivar zum Herrn von Neu-Granada, welches mit Venezuela zum Freistaat Columbia verbunden wurde (17. Dec. 1819). Eine neue, erst zu

erbauende Hauptstadt sollte den Namen Bolivar führen, zu Ehren des „Befreiers", welchen Titel der amerikanische Held empfing.

Der Ausbruch der spanischen Revolution, in Folge deren alle Truppensendungen nach Amerika stockten, und Morillo nach Europa zurückkehrte, setzte dem Kriege bis zum Mai 1821 Grenzen. Da ertheilten die Cortez von Madrid dem General La Torre Befehl zum Angriff, der aber so unglücklich ablief, daß nach der Schlacht von Carabobo die Spanier auf Maracaibo und Puerto Caballo beschränkt wurden. Vergebens bemühte sich Torre's Nachfolger, Morales, wieder festen Fuß zu fassen. Am 6. Aug. 1824 fiel Maracaibo und am 6. Nov. Puerto Caballo in die Hände der Republik. Bolivar aber wurde am 1. Oct. zum Präsidenten der Republik erwählt und hat dieses Amt bis zu seinem Tode (1830) mit lobenswerther Uneigennützigkeit verwaltet. Er starb aus Gram über die Anfeindungen seiner Gegner, namentlich seines ehemaligen Freundes Santander, und zeigte, daß nur er im Stande war, die verbundenen Staaten zusammenzuhalten. Als er die Augen geschlossen hatte, löste sich Columbia in drei Republiken: Venezuela, Neu-Granada und Quito auf, die erst 1832 zu einer Union zusammentraten, worin sie alle Feindseligkeiten durch Schiedsrichter auszugleichen und gegen das Ausland stets gemeinsam zu handeln versprachen.

In Peru verabredeten einige reiche Republikaner mit den Häuptern der La Plataſtaaten und Chile's einen Plan zur Vertreibung der Spanier. Der General San Martin und Admiral Cochrane führten nun ein Heer nach Peru (1821). Während Ersterer Lima einnahm, brachte Cochrane unter den spanischen Schiffen einen solchen Schrecken hervor, daß sie die peruanischen Gewässer eilends verließen. Allein die spanische Macht war damit keineswegs vernichtet, sondern sammelte sich unter dem Vicekönig Laserna, und den Generalen Valdez und Canterac zu neuen Kraftanstrengungen. San Martin, welcher zum Protector des jugendlichen Freistaats Peru ernannt worden war, glaubte daher eines Rückhalts zu bedürfen und knüpfte mit Bolivar persönlich Unterhandlungen wegen eines Bündnisses an. Das Volk aber, welches diese Zusammenkunft als den ersten Schritt zur Vereinigung Peru's und Columbia's ansah, gerieth darüber in solche Wuth, daß es den Palast des abwesenden Protectors zerstörte und ihn zur Abdankung zwang (1822). Martin's Gegner, Riva Aguero, wurde nun Präsident, entzweite sich aber nach einigen Monaten mit dem Congresse. Ein Theil desselben kündigte ihm den Gehorsam und begab sich nach Callao. Diese Wirren benutzten die Spanier zum Angriff und nahmen Lima wieder. Da sandte Bolivar einen seiner treuesten Anhänger, den jungen Sucre, mit 4000 Mann nach Peru, welcher Canterac bei Spita schlug und den Congreß von Lima bestimmte, Bolivar selbst zum Schutz herbeizurufen. Dieser folgte dem ehrenvollen Ansuchen und erschien

mit 12,000 Mann am 1. Sept. 1823 in Lima, wo er zum Dictator ernannt wurde und Riva Aguero einsperren ließ. Als Fremder hatte Bolivar jedoch einen schweren Stand und mußte seinen Anordnungen oft erst mit Strenge Gehorsam verschaffen. Einige angesehene Peruaner traten daher lieber zu den Spaniern über und als ein Negerregiment zu Callao wegen ausgebliebener Soldzahlung rebellirte und die spanischen Gefangenen befreite, ging Lima wieder verloren und Bolivar gerieth in die äußerste Gefahr, von Sucre abgeschnitten und vernichtet zu werden. Sucre wurde mit seinen 5000 Mann von den Spaniern hitzig verfolgt und auf der engen, von Felsenriffen eingeschlossenen Pampa Ayacucho zur Schlacht genöthigt. Seine Lage war trostlos, da er Geschütz und Bagage verloren und entmuthigte Mannschaften um sich hatte. Dennoch verzagte er nicht, sondern ermunterte, von Corps zu Corps reitend, die Seinigen mit den Worten: „von diesem Tage hängt die Freiheit Amerika's ab". General Cordova trat vor sein Regiment und commandirte: „Vorwärts im Siegerschritt" und stürzte auf den Feind. Der englische Oberst William Miller entschied im letzten Augenblick die Schlacht durch einen unerwarteten Reiterangriff, den er mit den Husaren von Junin machte. Der Vicekönig fiel verwundet in die Hände der Peruaner; Valdez und Canterac capitulirten (1824). Olaneta, der von der Camarilla ernannte Vicekönig, fiel im folgenden Jahre unter den meuchlerischen Dolchen seiner eigenen Leute, und 1826 capitulirte auch Callao. Der Boden Peru's war frei.

Sucre zog nun nach Oberperu, wo er die letzten Reste der Spanier gefangen nahm. Bolivar folgte ihm und wurde von den Bewohnern Chuquisaca's mit Jubel empfangen (1825). Der Staat nahm ihm zu Ehren den Namen Bolivia an (1. Jan. 1826). Sucre wurde Generalcapitain dieses neuen Freistaats. In Peru, wohin Bolivar zurückkehrte, erregte die außerordentliche Gewalt des Dictators solchen Abscheu, daß mehrere Mordversuche auf ihn gemacht, aber glücklich vereitelt wurden. Als er sich darauf nach Columbia begab, wurde die von ihm in Lima zurückgelassene Regentschaft gestürzt und General Santa Cruz zum Präsidenten gewählt (1827). Auch Sucre dankte in Chuquisaca ab (1828) und begab sich nach Bogota. Bolivar's Verfassungen für beide Peru waren vernichtet. Columbia nahm nun zwar diesen seinem „Befreier" angethanen Schimpf nicht geduldig hin, sondern erklärte an Peru den Krieg. Allein Bolivar's Feinde verhinderten, daß es damit Ernst wurde und so verglichen sich beide Staaten (1829) und erkannten gegenseitig ihre Unabhängigkeit an. In Peru aber bekämpften sich die Parteien der Föderalisten und Centralisten. Häufiger Wechsel der Regierungen, rasch auf einander folgende Revolutionen haben die Freistaaten Peru und Bolivia noch nicht zu einer gedeihlichen Entwickelung gelangen lassen.

Die Insel St. Domingo fiel, nachdem Rochambeau 1803 mit den Engländern capitulirt hatte, in die Hände der Neger, welche, in sclavischer Nachahmung ihrer früheren Herrn, den General Dessalines zum Kaiser Jakob I. ausriefen (1804), wie die Franzosen mit Napoleon gethan hatten. Dessalines wurde jedoch schon 1806 ermordet und die Insel zerfiel nun in zwei Republiken: eine Negerrepublik unter Heinrich Christoph, und eine Mulattenrepublik unter Pétion. Letzterem folgte Boyer (1818), welcher den Negerantheil (1820) mit dem Mulattenstaate vereinigte, nachdem Heinrich Christoph von 1811—20 als König Heinrich I. regiert und einen grandiosen Hofstaat, à la Napoleon, eingerichtet hatte. Frankreich erkannte (1825) die Unabhängigkeit der Insel an, nachdem es seinen ehemaligen Pflanzern eine Entschädigung von 150 Mill. Francs und seinen Schiffen einen günstigen Handelstractat ausgewirkt hatte. Da die Entschädigungsgelder aber nicht eingingen, so sandte Louis Philipp (1838) eine Expedition zur Beitreibung derselben ab und zwang die haïtische Regierung zu dem Versprechen regelmäßiger Abschlagszahlungen, nachdem die französischen Forderungen zuvor auf 60 Millionen ermäßigt worden waren.

6. Rhigas. Alexander und Demetrius Ypsilanti. Bubelina. Maurokordato. Mauromichalis. Odysseus. Kolokotroni. Miaulis. Capodistrias.

Es war im letzten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts, als der aus Thessalien gebürtige und in Bukarescht ansässige Kaufmann **Rhigas** durch ein emsiges Studium der abendländischen Literatur auf den Gedanken kam, sein Vaterland von dem Joche der Türken zu befreien. Zu diesem Zwecke begab er sich nach Wien, um die dort wohnenden Griechen für seine Sache zu gewinnen und soll sich sogar mit Napoleon in Unterhandlungen eingelassen haben. Ein feiger Freund verrieth jedoch den kühnen Mann, welcher von der österreichischen Regierung verhaftet und als „unruhiger Kopf" seinem „rechtmäßigen Herrn", dem Sultan, ausgeliefert wurde. In Belgrad erlitt Rhigas eine entsetzliche Todesstrafe. Er wurde zwischen zwei Brettern zersägt und der zerstückelte Leichnam in die Donau geworfen (1798). Das Verzeichniß der Mitverschworenen hatte er vorher verschluckt, damit es den Feinden nicht in die Hände fiele. Die letzten Worte des Sterbenden waren: „Die Saat habe ich ausgesäet und die Zeit muß kommen, da mein Volk die süße Frucht ernten wird."

Die Saat keimte im Jahre 1815, als der Graf Johann Capodistrias die Hetairie der Philomusen stiftete, deren angeblicher Zweck die Beförderung der Bildung unter den Griechen war, sich bald aber dahin erweiterte, daß sie den Gedanken der Befreiung mehr in den Vordergrund treten ließ. Capodistrias trat dann in russische Dienste und gewann das

religiös gestimmte Herz Alexander's für die hartbedrängten Glaubensgenossen, welche den classischen Boden des alten Hellas bewohnen. Die Freiheits- und Vaterlandslieder des edlen Rhigas bildeten einen höchst wichtigen Sauerteig in dem Gährungsprocesse, welcher in den Griechen vorging. So bereitete die Hetairie im Stillen den Aufstand vor. Rhigas hatte nicht vergeblich gelebt und sein Ruf an die Palikaren wurde bald im tausendstimmigen Chore durch alle Lüfte getragen:

„Heran, Palikaren, nicht länger geträumt,
Wie die Leuen in Klüften und Engen,
Nicht länger in öden Verstecken gesäumt,
Die Sclavenketten zu sprengen.
Ein Tag der Freiheit ist viel mehr werth,
Als hundert Jahre mit Ketten beschwert!"

Kaiser Alexander war der Mann, auf welchen die Griechen ihre Hoffnung setzten. Als nun der russische General-Major Fürst Alexander Ypsilanti mit mehreren andern Officieren griechischer Herkunft, im Vertrauen auf die Hilfe und stillschweigende Billigung des Kaisers, am 7. März 1821 in Jassy eine Proclamation erließ, worin die Griechen zum Freiheitskampfe aufgefordert wurden, fand dieser Ruf lebhaften Wiederhall in Griechenland. Man hatte dabei zu sehr auf die Schwäche des Divans gerechnet, da es ihm nicht gelungen war, die Paschas Ali von Janina und Mehemed Ali von Aegypten seiner Botmäßigkeit zu unterwerfen. Im Dienste Ali Pascha's von Janina befanden sich viele Griechen, sodaß ihre und Ali's Sache eine gemeinsame zu sein schien, während Mehemed Ali, der mächtigste Vasall der Pforte, sich voraussichtlich von einer Betheiligung am Kampfe fern halten werde. Rußland, das die Aufstände der Griechen schon zweimal begünstigt habe (1770 und 1790), werde, — so glaubte man — jetzt die Gelegenheit ergreifen und dem schwachen türkischen Reiche ein Ende machen. Auch Persien nahm damals die Miene an, als wolle es einen Krieg mit dem Sultan beginnen. Demnach schien der Zeitpunkt nahe, wo die Pforte unter den vereinten Stößen so vieler Feinde zertrümmert werden sollte. —

Auf Ypsilanti's Ruf eilten die griechischen Jünglinge herbei und bildeten die heilige Schaar von 180 Fußgängern und 70 Reitern. Theodor Wladimiresko, ehemals russischer Officier, jetzt Bauerguthsbesitzer in der Walachei, hatte sich, unabhängig von der Hetairie, wegen der türkischen Bedrückungen erhoben und verband sich mit Ypsilanti, dessen Streiter keine 6000 Mann betrugen. Ypsilanti wandte sich daher an Kaiser Alexander, der sich damals grade in Laibach befand, um Hilfe. Auf Metternich's Andringen versagte jedoch Alexander alle Unterstützung, so wehe dies seinem Herzen auch that, ließ Ypsilanti aus der russischen Armeeliste streichen und leugnete in Konstantinopel jede Wissenschaft um den griechi-

schen Aufstand ab, den die europäische Diplomatie mit den Insurrectionen in Spanien und Italien auf gleiche Linie stellte.

Die Lossagung Rußlands, auf das man fest gerechnet hatte, von der griechischen Sache, brachte Muthlosigkeit im hellenischen Heere und Uneinigkeit unter den Anführern hervor. Als die Türken die griechische Freiheitsschaar bei Dragaschan angriffen (19. Juni 1821), flohen die Arnauten und die heilige Schaar wurde vergebens hingeopfert. Ypsilanti zog sich nach der siebenbürgischen Grenze zurück und überschritt dieselbe, als die beiden Treffen von Skutari unglücklich ausgefallen waren. Die österreichische Regierung verhaftete den griechischen Freiheitshelden und sperrte ihn sieben Jahre in Munkacz's Kellern ein, wo seine Gesundheit untergraben und der Keim seines frühen Todes gelegt wurde.

Um den Aufstand im eigentlichen Griechenland in der Geburt zu ersticken, hatten die Türken alle griechischen Bischöfe und viele andere angesehene Männer nach Tripolizza gelockt und verrätherischer Weise eingekerkert. Nur der Erzbischof Germanos war dieser Falle entgangen und rief die Griechen (30. März 1821) zum Freiheitskampfe auf. Die freiheitsstolzen, unbezwungenen Mainoten in Lakonien unter Petros Mauromichali (Petro Bey), die Arkadier unter Kolokotroni und die Thessalier unter dem ebenso listigen, als verwegenen Odysseus griffen zu den Waffen, worauf bald die übrigen Landschaften nachfolgten. Die Türken wurden in die festen Plätze eingeschlossen. Dann erhoben sich die reichen und patriotischen Insulaner von Hydra, Spezzia und Ipsara, nachher die von Samos und Tino und rüsteten eine Flotte von einhundertunddreißig kleinen Kriegsfahrzeugen aus, welche bald Wunder der Tapferkeit thun sollten. Frauen und Mädchen zogen in den Kampf und das Beispiel der heldenmüthigen Bubelina, welche ein Schiff ausrüstete und selbst commandirte, stand nicht vereinzelt da. Die Türken waren bei diesen Nachrichten in die gräßlichste Wuth gerathen. Der Divan erließ einen Aufruf an alle Muselmänner zum Kampf für die Religion und reizte den Pöbel aller Orten gegen die in den türkischen Städten zerstreut wohnenden griechischen Kaufleute auf. Besonders mußten die reichen Fanarioten in Konstantinopel die grausame Rache der Moslemin empfinden. Schauderhafte Greuelthaten an Greisen, Männern, Frauen und Kindern wurden verübt, ein großer Theil in die Sclaverei geschleppt, die meisten ermordet. Darauf wurden die Patriarchen von Konstantinopel und Jerusalem genöthigt, den Bannstrahl gegen ihre aufständischen Landleute zu schleudern. Aber auch das konnte die rachsüchtigen Türken nicht versöhnen. Am Osterfeste 1821 ergriffen sie den griechischen Patriarchen Gregorios beim Eintritt in die Kirche und hängten ihn nebst andern Geistlichen an den Thüren derselben auf. Die christlichen Kirchen aller Orten fielen der Zerstörungswuth der Türken anheim; die griechischen Priester wurden dem Tode geweiht. Vergebens

suchten die europäischen Gesandten den Divan zu mildern Maßregeln zu bestimmen, vergebens protestirte der edle russische Gesandte Stroganoff gegen die Verletzung früherer Verträge zu Gunsten der griechischen Christen. Beleidigungen des Pöbels, Zerstörung eines russischen Gesandtenhotels antworteten auf diesen Einspruch, sodaß Stroganoff nach Odessa flüchten und allen diplomatischen Verkehr mit der Pforte abbrechen mußte.

Unterdessen hatten die griechischen Waffen nicht unerhebliche Fortschritte gemacht, indem fast alle von den Türken besetzte Plätze eingeschlossen wurden. Demetrius Ypsilanti erschien im Juni 1821 in Hydra mit Vollmachten seines Bruders und wurde im Juli im Lager vor Tripolizza zum Strategen des Peloponneses ernannt. Odysseus erhielt den Oberbefehl für Thessalien, Maurokordato für Albanien. Die türkische Flotte unter dem Kapudan Pascha versorgte einen Theil der griechischen Festungen mit Besatzungen und Lebensmitteln, mußte aber, da die kleinen griechischen Fahrzeuge ihr überall auflauerten und bei Tenedos sogar ein türkisches Linienschiff in Brand steckten, die Hauptplätze preisgeben. So fielen Navarino, Tripolizza, Napoli di Malvasia und Akrokorinth in die Hände der Griechen (1821). In Tripolizza wurden 8000 Mann Türken niedergemacht, zur Vergeltung für die Hinrichtung von sechszig gefangenen griechischen Notablen. In dieser barbarischen Weise ging überhaupt der Krieg fort; weder Türken noch Griechen standen einander in Grausamkeiten nach. Der Fall Tripolizza's brachte den Griechen die ersten Geschütze, welche sie bisher entbehrt hatten. Im mittleren und nördlichen Hellas neigte sich das Glück entschieden auf türkische Seite, indem der Seraskier Churschid Pascha den gefürchteten Ali in Janina eingeschlossen hielt und Omer Vrione die Akropolis und Arta entsetzte (Juli und December.) Dagegen misglückte ein zweiter Versuch Churschid's, im September mit großen Streitmassen durch die Thermopylen zu dringen, da Odysseus, ein zweiter Leonidas, mit einer Handvoll Leute die Türken zurücktrieb.

Die einzelnen Landschaften Griechenlands hatten noch im Jahre 1821 Regierungen gebildet, welche den Beschluß faßten, durch Abgeordnete aller Staaten in Epidauros (Januar 1822) eine Centralregierung ernennen zu lassen. Diese Nationalversammlung erklärte am 22. Januar 1822 Griechenland zum unabhängigen Föderativstaat und wählte Maurokordato und Kolokotroni zu Präsidenten des Senats, Mauromichali zum Präsidenten des vollziehenden Raths. Tripolizza wurde der Sitz der Nationalregierung. Diese neue festere Organisation verlieh den griechischen Operationen mehr Sicherheit und Nachdruck. Die Pforte dagegen war von ihrem Wüthen zurückgekommen und namentlich in ein freundlicheres Verhältniß zu Rußland getreten. Dadurch wurde es ihr möglich, alle ihre in Europa disponibeln Streitkräfte gegen Griechenland zu ent-



senden, das die dargebotene Amnestie stolz zurückgewiesen hatte. Nachdem der Seraskier den Ali-Pascha von Janina durch einen falschen Ferman zur Ergebung gebracht, dann aber schnell hatte tödten lassen, näherte er sich den Pforten Griechenlands, während der Kapudan Pascha im Peloponnes Truppen ausschiffte und dann nach dem aufgestandenen Chios segelte, um jene fürchterlichen Schandthaten zu verüben, über welche damals Europa einen Schrei der tiefsten Entrüstung ausstieß und eine Politik verwünschte, welche solche im civilisirten Europa zuließ. Gegen 20,000 Männer wurden getödtet, 40,000 Frauen und Kinder zur Schändung und Sclaverei verurtheilt. Das ganze Meer war mit den Leichnamen der treulos Ermordeten bedeckt, und selbst Castlereagh schauerte zusammen, als die blutigen Schatten von Chios drohend vor seine Seele traten. „Es giebt nicht genug Thränen," schrieb damals eine konstantinopolitanische Zeitung, „um das Schicksal von Chios zu beweinen." Kaum war diese Kunde nach Hydra gelangt, als Konstantin Kanaris und Georg Pepinis mit dreiundvierzig Freiwilligen einen feierlichen Schwur thaten, diese Blutschuld zu rächen. Mit einigen Brandern segelten diese Todtgeweihten bei hellem Tage unter fremder Flagge mitten in die feindliche Flotte und befestigten in der folgenden Nacht ihre Brander an das Admiralschiff, worauf sich der Kapudan Pascha, Kara Ali, befand. Mit fürchterlichem Krachen flog dasselbe in die Luft, 2287 Leichen, unter ihnen der Kapudan Pascha, schwammen auf den Fluthen, während die kühnen Griechen unter Siegeshymnen und Dankgebeten glücklich entkommen waren (18. Juni 1822).

Omer Vrione hatte sich inzwischen bis Missolunghi durchgekämpft und Maurokordato darin eingeschlossen: Uneinigkeit unter den griechischen Anführern, wie sie den ganzen Krieg hindurch währte, öffnete sogar dem Hauptheer des Seraskiers die Thermopylen; plötzlich standen die Türken im Peloponnes und überraschten Korinth; Argos, wohin sich die Centralregierung geflüchtet hatte, schwebte in Gefahr und wurde nur durch Ypsilanti's Anstrengungen so lange gehalten, bis die Kapitanis sich versöhnt hatten und zum Entsatz herbeieilten. Nachdem Odysseus die Thermopylen in Eile wieder besetzt und das vom Seraskier in Person angeführte Reserveheer geschlagen hatte, fielen die griechischen Kapitanis von allen Seiten über die im Peloponnese herumziehenden Türken her und vernichteten sie bis auf den letzten Mann. Die Akropolis war schon einige Monat früher den Griechen in die Hände gefallen. Nauplia wurde am 30. November erstürmt. Omer Vrione mußte daher die Belagerung Missolunghi's aufgeben (1. September), obgleich der neue Kapudan Pascha, Kara Mehemed, den Platz auch zur See blokirt hatte. Die türkische Flotte ging bis Tenedos zurück und ankerte in der Nähe der griechischen. Da entwarfen Georg Miaulis und Kanaris den listigen Anschlag, auf ihre

Brander die türkische Flagge aufzustecken und sich von den eigenen Landsleuten zum Schein verfolgen zu lassen. So geriethen sie bei hellem Tage mitten unter die türkische Flotte, verbrannten wieder das Admiralschiff mit 1800 Mann, von dem nur der Kapudan Pascha mit einigen Officieren rasch entkam. Die Verwirrung und der Schrecken war so groß unter den Türken, daß sie einander selbst in den Grund bohrten, um nur rasch aus dem Bereiche des Feuers zu entkomnen, das schon die nächsten Schiffe entzündet hatte. Von sechsunddreißig Schiffen ging die Hälfte unter; drei Fregatten scheiterten an der asiatischen Küste; eine Brigg wurde von den Griechen geentert.

Diese glorreichen Thaten der Griechen erweckten allerorts edelmüthige Menschen, welche ihr Vermögen und ihren Arm der Sache der Freiheit leihen wollten. So bildeten sich in Deutschland durch Thiersch's und Krug's Bemühungen die Philhellenenvereine. Der württembergische General Normann führte die ersten Schaaren der Philhellenen nach Griechenland und bildete daraus die regelmäßigen Truppen (Taktiker), denen die Griechen die besten Erfolge verdanken, da sie selbst nur ans Einzelgefecht gewöhnt und zu einem Angriff in offenem Felde nicht zu bestimmen waren. Aus England kam der geniale Dichter Lord Byron, und widmete der griechischen Freiheit seine ebenso schwungvollen als beißenden Lieder, sein Geld und seine Tapferkeit. Der deutsche Dichter Wilhelm Müller zu Dessau riß durch seine klangreichen Griechenlieder das ganze deutsche Volk zu stürmischer Begeisterung fort. Der Genfer Eynard sammelte große Geldsummen und sandte sie den Griechen. Londoner Kaufleute negociirten ein griechisches Anlehen. Nordamerika schenkte den Griechen ein Kriegsschiff; englische Privatleute ließen für sie Dampfschiffe bauen und der edle König Ludwig von Baiern — der erste unter allen Fürsten — gab seinen Officieren Urlaub, um sich in den griechischen Kämpfen zu üben. Auch die Franzosen stellten ihr Contigent an Mannschaften und Officieren, z. B. General Roche, Oberst Fabvier. Der Sturz des Ministers Castlereagh brachte in England einen der edelsten Griechenfreunde ans Ruder — Georg Canning. Allein obwohl die britische Regierung das Blokaderecht der Griechen stillschweigend duldete und mildernd und vermittelnd überall eingriff, um sie mit der Pforte auszusöhnen, so hatte diese doch an den übrigen Großmächten, welche in Metternich's ängstlicher Politik gefangen lagen, einen zu starken Hinterhalt, um nicht die Grundsätze der „Legitimität“ auch in dieser Frage zur Anwendung zu bringen.

Wie bei allen Aufständen suchten auch in Griechenland die Heerführer Einfluß auf die Regierung zu gewinnen. Kolokotroni und Odysseus zwangen 1824 Maurokordato zur Abdankung und verlegten den Regierungssitz nach Nauplia. Dennoch mußten sie sich dem gesetzgebenden Senat in Kranidi unterwerfen, welcher Konduriotti zum Präsidenten aus-

rief und Kolokotroni gefangen setzen ließ. Die Feldzüge der Jahre 1823 und 1824 gehören zu den glücklichsten für die Griechen, obwohl ein neuer Feind ihnen 1824 entgegen trat. Namentlich verrichteten die Gebrüder Bozzaris in und um Suli Wunder der Tapferkeit gegen den Seraskier und seinen Untergeneral Omer Brione. Mehemed Ali hatte wider Erwarten dem Begehren des Großherrn gewillfahrtet und ihm seinen Sohn Ibrahim mit Flotte und Landheer zu Hilfe gesandt. Nachdem die ägyptische Flotte Candia und Cypern, der Kapudan Pascha, Chosrew, Ipsara genommen hatte, vereinigten sich beide Flotten bei Budrun (4. September 1824). Allein schon am 16. September griff sie Kanaris an und fügte ihnen einigen Schaden zu. Bald darauf trennten sich die Aegyptier von den Türken und segelten nach Rhodos, wurden aber unterwegs von den Griechen unter Miaulis angefallen und mit einem Verlust von fünfundzwanzig Schiffen in die Flucht geschlagen.

Im folgenden Jahre (22. Februar 1825) landete Ibrahim Pascha mit 12,000 Mann im Peloponnes und richtete seine Thätigkeit sofort auf Navarin, welches von Maurokordato vertheidigt wurde. Die Griechen boten alles auf, um diesen wichtigen Punkt zu erhalten; Miaulis eilte mit der Flotte herbei und verbrannte den Aegyptern sechs Kriegsschiffe, Konduriottis führte zu Lande Entsatztruppen gen Navarin, konnte aber gegen die regulaire Armee Ibrahim's nicht das Feld behaupten. So fiel Navarin und Tripolizza und Kalamata schwebten in ähnlicher Gefahr. Da entließ die Regierung Kolokotroni der Haft und übergab ihm den Oberbefehl in Morea. Ibrahim wurde nun bei Nauplia geschlagen, während Nikitas eine andere feindliche Abtheilung bei Korinth besiegte. Dies waren jedoch die einzigen Vortheile, welche die Griechen errangen; fast der ganze Peloponnes wurde durch ägyptische Streifzüge in tödtlichen Schrecken versetzt. Der Kapudan Pascha holte im August die ägyptische Flotte von Alexandrien herbei und schloß Missolunghi zur See ein, während andere Truppen es von der Landseite blokirten. Allein Missolunghi schlug alle Stürme ab und Miaulis versorgte sogar die Festung mit Lebensmitteln und Truppen. Dennoch wichen Ibrahim, Reschid Pascha und der Kapudan Pascha den ganzen Winter über nicht von Missolunghi, um diese Hauptfestung einzunehmen, ehe die obschwebenden Unterhandlungen zwischen dem londoner und petersburger Cabinet über die den Griechen zu leistende Hilfe abgeschlossen waren. Obwohl Kanaris mehrere türkische Schiffe verbrannte und die Festung noch einmal mit Proviant versah, obwohl Guras den Reschid Pascha im Rücken angriff und die heftigsten Zwistigkeiten zwischen dem Kapudan Pascha und Ibrahim obwalteten, so setzte Letzterer dennoch die Beschießung der Stadt fort und nahm am 9. März 1826 die Insel Wasiladi und am 13. Anatolica ein, wodurch alle Verbindung der Belagerten mit der See abgeschnitten wurde.

Bald trat ein entsetzlicher Mangel in der Stadt ein. Der Hungertod wüthete unter den Schwachen und Unmündigen, das Schwert der täglich stürmenden Türken unter den mannhaften Vertheidigern. Vergebens spähten sie, ob nicht von einer Seite her Hilfe möglich sei. Als sie die Unmöglichkeit derselben mit Entsetzen einsahen, wagten sie ein verzweifeltes Mittel, um sich und die Ihrigen aus der so traurigen Lage zu befreien. In der Nacht vom 23. zum 24. April machten sie einen Ausfall in dichtgeschlossener Colonne, die Weiber, Kinder und Greise in der Mitte. Allein der Plan war verrathen worden und Ibrahim empfing sie nachdrücklich. Durch ein Misverständniß zogen sich die Hintersten wieder nach der Stadt, wohin die Türken zugleich mit ihnen eindrangen. Da legten die Griechen Feuer an die Minen und sprengten sich und die Türken in die Luft. Nur etwa 1000 Mann hatten sich durchgeschlagen; die übrigen waren umgekommen; 4000 Weiber und Kinder fielen in Sclaverei.

Ungehindert durchzog nun Ibrahim den Peloponnes, mit welchem die Pforte seinen Vater belehnt hatte, und nöthigte Kolokotroni, die Belagerung Tripolizza's aufzuheben. Nur die Maina, Korinth und Nauplia behaupteten sich noch: Guras, von Reschid Pascha in der Akropolis eingeschlossen, fiel unter den Streichen der Seinigen, welche ihn des Einverständnisses mit den Türken beschuldigten. Schon war die Akropolis dem Fall nahe, da bereits alles Pulver verschossen war, als Oberst Fabvier einen höchst kühnen Versuch machte, mit einigen hundert Mann, deren jeder einen Sack mit Pulver trug, sich in die Burg zu werfen und ihn glücklich ausführte (December 1826). Bald darauf bemächtigten sich die Griechen auch der Trümmer Missolunghis wieder.

Die dritte Nationalversammlung zu Epidaurus (1826) berathschlagte bei dieser üblen Wendung des Kriegs, wie sie ihn mit Ehren beendigen und dem Vaterlande die größt-möglichsten Vortheile sichern könnte. Da England sich ihnen am freundschaftlichsten gezeigt hatte, beschlossen die Griechen die Vermittelung Canning's anzugehen, und dem Prinzen Leopold von Sachsen Coburg, dem Gemahl der verstorbenen Prinzessin von Wales, die Krone anzutragen. Zugleich bat die griechische Regierung, welche von Nauplia nach Aegina übersiedelte, Canning, den Frieden mit der Türkei auf folgende Bedingungen zu vermitteln: Griechenland solle ein besonderer, von keinem Türken bewohnter Staat sein, seine Beamten selbst wählen, eine eigene Armee halten dürfen, aber der Pforte Tribut bezahlen.

Mit der Uebersiedelung der Regierung nach Aegina hatte sich letztere der Einwirkung der Kapitanis entzogen, was diese so übel vermerkten, daß, als die vierte Nationalversammlung in Aegina zusammenkam, sie ihr eine andere zu Castri (Hermione) entgegenstellten. Lord Cochrane, der aus brasilianischen in griechische Dienste getreten war, söhnte jedoch beide

Parteien mit einander aus und bewirkte, daß sie sich in Trözen versammelten und Anstalten trafen, eine feste, mit bedeutender Macht ausgerüstete Regierung zu wählen. Ihre Wahl traf den ehemaligen russischen Minister Capodistrias aus Corfu, dem die Präsidentschaft auf sieben Jahre übertragen wurde. Bis zu seiner Ankunft sollten Mauromichali in Morea, Makri auf den Inseln und Nakos in Rumelien als außerordentliche Regierungscommissare bestellt werden. Cochrane wurde Großadmiral der Flotte, der englische General Church Oberbefehlshaber des Landheeres (1827).

Am 4. April 1826 hatte der Herzog von Wellington Namens seiner Regierung mit der russischen in Petersburg einen Vertrag geschlossen, nach welchem die Pforte zum Aufgeben des Kriegs gezwungen werden sollte. Obwohl Sultan Mahmud IV. die stets zu Aufständen geneigten Janitschaaren nach einem fürchterlichen Blutbade aufgehoben hatte (15. Juni 1826) und die von ihm nach europäischen Mustern gebildete Armee noch schwach und ungeübt war, so setzte er dennoch den vereinten Forderungen Rußlands und Englands den ganzen Trotz des Barbaren entgegen, in der Meinung, daß die bisher gezeigte Langmuth der europäischen Mächte die Schwäche und Uneinigkeit der Fürsten zu deutlich verrathe. Er glaubte genug gethan zu haben, wenn er Rußland im Vertrage von Akjerman (October 1826) den Frieden zu Bukarescht bestätigte; im Uebrigen bedeutete er die Gesandten der Hauptmächte, welche auf Frieden mit den Griechen drangen, daß diese Angelegenheit sie nichts angehe, und daß sie mit ihren früher ausgesprochenen Grundsätzen in Widerspruch geriethen, wenn sie jetzt seinen insurgirten Unterthanen das Wort reden wollten. Der Krieg nahm somit seinen Fortgang, und am 5. Juni mußte die Besatzung der Akropolis capituliren, da alle Rettungsversuche Cochrane's und Church's fehlgeschlagen waren. Die europäischen Consuln vermittelten jedoch die Capitulation dahin, daß die Besatzung mit Weibern und Kindern auf europäischen Schiffen fortgeschafft werden durfte.

Die Menschlichkeit, welche man in diesem Kriege frech beleidigte, und das Handelsinteresse, welches durch die griechische Seeräuberei ungemein litt, nöthigte endlich die drei Seemächte: England, Frankreich und Rußland zum Abschluß des Vertrags zu London (6. Juli 1827), um dem Blutvergießen Einhalt zu thun. Die Pforte erließ zwar eine Amnestie für alle Griechen, die sich unterwerfen würden, und gab mehrere eingekerkerte Bischöfe und Priester frei: zugleich lief aber eine ägyptische Flotte, 89 Segel stark, mit 5000 Mann frischen Landungstruppen von Alexandrien aus und legte sich bei Navarin vor Anker. Die drei verbündeten Mächte hatten ebenfalls Flotten nach dem Archipel gesandt, eine englische unter Codrington, eine französische unter Rigny und

eine russische unter Heyden, welche die ägyptisch-türkische im Hafen von Navarin blokirten und alle Versuche, auszulaufen und Patras und Missolunghi zu verproviantiren, hinderten. Ibrahim, wüthend darüber, verheerte nun den Peloponnes auf das Furchtbarste und ermordete Alles, was in seine Hände gerieth. Da dieses Hausen ein Bruch des zwischen den verbündeten Admiralen und Ibrahim geschlossenen Stillstandes war, so vereinigten sich die drei Flotten bei Zante (18. October) und erschienen am 20. auf der Höhe von Navarin. Die Türken hatten den Eingang des Hafens mit Batterien besetzt, und ihre Flotte hufeisenförmig in zwei Treffen aufgestellt; die großen Schiffe, in erster Reihe, standen einander so nahe, daß sie sich gegenseitig am Wenden hinderten; die kleineren Briggs und Corvetten in zweiter Reihe, waren durch ihre Stellung für den Kampf außer Rechnung zu bringen.

Die verbündete Flotte segelte Nachmittags zwei Uhr in den Hafen und stellte sich der türkischen gegenüber auf. Die Türken ließen alles ungehindert geschehen, als plötzlich eine ägyptische Fregatte gegen drei Uhr auf das französische Admiralschiff, das ihr sehr nahe kam, feuerte und dafür eine volle Ladung empfing. Die Landbatterien beschossen nun die eben einlaufenden russischen Schiffe, wurden aber bald zum Schweigen gebracht. Alle Schiffe eröffneten nun das Feuer; in wenig Stunden war die Schlacht entschieden; die stolze Armada der Türken schwamm in Trümmern auf dem Meere; nur eine Fregatte und funfzehn kleine Fahrzeuge blieben flott. Codrington sandte gleich nach der Schlacht einen Courier an den englischen Gesandten in Konstantinopel, um das Leben und Eigenthum der Christen in Sicherheit zu bringen, bevor der Sultan die Vernichtung seiner Flotte erführe. Der Eindruck, den diese Nachricht im Divan wie im englischen Parlament hervorbrachte, ist unbeschreiblich. Mahmud IV. gerieth in entsetzliche Wuth und drohte mit der Ermordung aller Christen. Besonders zürnte er auf Rußland, nannte es den erbittertsten Feind der Türkei und rief alle Moslemin zum Kampf gegen die Ungläubigen auf. Das englische Cabinet beurtheilte den Sultan darum weniger streng, weil der große, entschiedene Geist Canning's (gest. 8. Aug. 1827) nicht mehr die englischen Staatsmänner beseelte. Lord Goderich, Canning's Nachfolger, gab dem Geschrei der englischen Kaufleute nach und that nichts, um, wie Europa erwartete, einen Sieg zu benutzen, der Stambul dem ersten Anlaufe preisgab und den Untergang der Türkei herbeiführen mußte. Man duldete ruhig die Barbareien der Aegypter, welche viele Tausende als Gefangene fortschleppten, bis Rußland endlich seinen Verbündeten vorschlug, der Pforte gemeinschaftlich den Krieg zu erklären, sie zu demüthigen und dann großmüthig in ihre Befugnisse wieder einzusetzen. Goderich, der den englischen Gesandten in Konstanti-

nopel Ende November seine Pässe fordern hieß, wurde darum von einem großen Theil des Volkes hart angefeindet und mußte dem Toryministerium Wellington Platz machen, das zunächst die angebahnten Reformen Canning's in Beziehung auf die Herabsetzung der Getreidezölle, der Landaristokratie zu Liebe, sistirte, dagegen die Testacte aufhob und die Katholiken vollständig den übrigen Staatsbürgern gleichstellte (1828). Die Thronrede des Königs Georg IV. von 1828 bezeichnete die Schlacht von Navarin als ein „verdrießliches Ereigniß," und allerdings mußte der Zustand der aller Vertheidigungsmittel entblößten Türkei Bedenken erregen, wenn man die Nähe des beutelustigen Rußland bedenkt, das seit Katharina Konstantinopel als sein Pflichttheil aus der türkischen Erbmasse in Anspruch nimmt.

Rußland's Langmuth war aber damals erschöpft; der Zeitpunkt, wo die Pforte ohne Flotte und Heer war, schien günstig, den Krieg zu erklären (26. April 1828), wodurch die Griechen freilich etwas mehr Luft bekamen. In der That besaßen diese auf dem Festlande nichts mehr als Nauplia und Korinth. Da Ibrahim noch fortwährend sengend und mordend im Peloponnese umherzog, so beschlossen die Verbündeten, ihn zu vertreiben. Der französische General Maison landete daher am 29. August 1828 bei Kalamata mit 15,000 Mann, nachdem Codrington mit Mehemed Ali am 6. August sich dahin verglichen hatte, daß er den Truppen freien Abzug mit allen Gefangenen, die „freiwillig" mitgehen würden, gestattete. Die Festungen blieben in den Händen der Türken, und die Franzosen hielten sich wieder lange mit Unterhandlungen auf, bis am 5. October Maison endlich seinem Untergeneral Schneider den Befehl gab, die Festungen zu stürmen. Die Türken erklärten, mit den Franzosen nicht im Krieg zu sein, und leisteten daher keinen Widerstand, als die letzteren die Wälle erstiegen und die Thore sprengten. Nur im Castell Tornese wehrte sich die Besatzung etwas, ergab sich aber, nachdem am 30. October die Festung vier Stunden beschossen worden war. Die Kriegsgefangenen und die übrige türkische Bevölkerung wurden nach Aegypten oder Smyrna geschickt. Dennoch gab England, das den Sultan seinen alten Bundesgenossen nannte, die von Maison errungenen Vortheile wieder auf. Die französische Regierung mußte nämlich 1829 ihre Truppen bis auf die Division Schneider zurückrufen, um das gute Einvernehmen mit England zu erhalten. Wellington hatte aber der Pforte folgenden Vorschlag gemacht: Griechenland solle auf Morea und die Cycladen beschränkt werden, eine selbstständige Verfassung erhalten, und unter dem Schutze der Pforte, bezüglich der drei verbündeten Mächte stehen. Der glückliche Ausgang des türkisch-russischen Krieges jedoch machte, daß diese Vorschläge nicht zur Ausführung kamen. Vielmehr wurde

durch das londoner Protokoll (December 1829) beschlossen, daß Griechenland als unabhängiger Staat unter einem eigenen König anerkannt werde, und daß die Nordgrenze von der Mündung des Aspropotamos bis zum Golf von Zeitun hinlaufen solle. Die Pforte nahm am 3. Februar 1830 diese Bedingung an und auch der Prinz Leopold von Sachsen Koburg erklärte sich bereit, die souveraine Krone Griechenlands zu tragen. Als er jedoch die Grenzen etwas weiter nach Norden gerückt und Subsidien für einige Jahre von den Verbündeten garantirt haben wollte, sahen sich die drei Mächte außer Stande, ihm diese Bedingungen zu bewilligen. Bald darauf erhielt Leopold einen Bericht des im russischen Solde stehenden Präsidenten Capodistrias über die traurige Lage und die Anarchie, in welcher sich Griechenland befand. Dies bestimmte Leopold am 21. Mai 1830 die Krone Griechenlands auszuschlagen.

Die Palikarenhäuptlinge, namentlich die Mauromichali, Miaulis, Konduriotti und Maurokordato, waren mit der Regierung des starrköpfigen und unumschränkt regierenden Capodistrias sehr unzufrieden, obwohl er mit kräftiger Hand eingriff und viele wohlthätige Einrichtungen traf. Allein die Kapitanis, deren Freiheitsstolz in einem achtjährigen Kampfe noch mehr gestählt worden war, begehrten die Unabhängigkeit ihres Vaterlandes, die sie durch Rußlands Protection gefährdet glaubten. Die Zerrüttung in den Finanzen, welche eine regelmäßige Soldzahlung an Truppen und Beamte unmöglich machte, vermehrte den Unwillen gegen Capodistrias, welcher in der Noth zu manchen harten Maßregeln seine Zuflucht nehmen mußte. Die Hydrioten, welche die größten Geldopfer gebracht hatten, verlangten nicht nur Freiheit von Abgaben, sondern auch Befriedigung ihrer Schuldforderungen, was Capodistrias nicht gewähren konnte. Deshalb bildete sich in Hydra eine eigne provisorische Regierung, die sich unter französischen Schutz stellte und Capodistrias den Gehorsam verweigerte (März 1831). Zwar entließ Capodistrias seinen Bruder, den Kriegsminister, und den allgemein verhaßten Justizminister Genetas, behielt aber den geachteten Petro Mauromichali in Gewahrsam, worüber sich die Maina zum Aufstande anschickte. Am 30. Juli erschien Miaulis mit 200 Hydrioten plötzlich auf der Rhede von Paros und bemächtigte sich der abgetakelten griechischen Flotte und des Forts Heidegger (der Baiernburg). Auf diese Botschaft eilten Nikitas mit Landtruppen und der russische Admiral Riccord mit seiner Flotte herbei und schlossen die Hydrioten ein. Als es am 6. August zwischen zwei Schiffen beider Flotten zum Gefecht kam, fürchtete Miaulis, daß die griechische Flotte an Rußland ausgeliefert werden würde. Er steckte deshalb am 13. August 1831 sämmtliche achtundzwanzig griechische Fahrzeuge in Brand, sprengte das Fort Heidegger in die Luft und floh glücklich nach Hydra. Dieser fürchterlichen That, welche Griechenland der mühsam errungenen Flotte

beraubte, folgte die Acht, mit welcher Capodistrias Miaulis, Maurokordato und Konduriotti belegte. Dennoch war es mit Capodistrias' Ansehen vorbei. Die sechste Nationalversammlung zu Argos wurde nämlich gar nicht besucht, während sich in Hydra schon sechszig Deputirte zu einer Generalversammlung eingefunden hatten; schlimme Vorzeichen für Capodistrias' Gelüste, Griechenland zu russificiren. Da erscholl plötzlich die Kunde von der Ermordung des Präsidenten durch Konstantin und Georgios Mauromichalis (9. October 1831). Eine Regierungscommission, welche für den Todesfall des Präsidenten schon vorgesehen war, und aus Augustin Capodistrias, Theodor Kolokotroni und Johann Koletti bestand, ergriff sofort die Zügel und wollte die Inseln unterwerfen lassen. Das Unternehmen scheiterte jedoch und die Regierung mußte es sogar erleben, daß die Rumelioten sich gegen sie erklärten und Krieg führten. Greuliche Zerrüttung und furchtbare Bürgerkriege folgten nun und hörten selbst da noch nicht auf, als am 17. März 1832 die Nachricht eintraf, daß die verbündeten Mächte in London den noch unmündigen Prinzen Otto von Baiern zum Könige von Griechenland ernannt hätten. Der junge König hielt am 6. Februar 1833 seinen feierlichen Einzug in Nauplia, und wurde überall mit Jubel begrüßt. Eine bairische Regentschaft, aus den Staatsräthen Graf Armansperg und von Maurer, dem General Heidegger und dem Legationsrath Abel bestehend, sowie 3500 Mann bairische Truppen begleiteten den König, welcher von den drei Großmächten 60 Millionen Franken zu gleichen Theilen geliehen erhielt, wovon er die Pforte für die neuen Abtretungen im Norden bis zu den Meerbusen von Arta und Volo befriedigen und mit dem Rest Heer und Flotte in Stand setzen und vortreffliche Einrichtungen für Ackerbau, Gewerbe, Handel und Schulen treffen konnte. Die letzten französischen Truppen zogen ab und nun begannen in Griechenland jene durchgreifenden Reformen, welche der bairischen Regentschaft die Bewunderung der Nachwelt sichern werden. Der Staat wurde in drei Generalgouvernements: Morea, Livadien und die Inseln, überhaupt in sechszehn Kreise (Nomen) und zweiundvierzig Bezirke (Eparchien), später 1836 in dreißig Gouvernements getheilt. Schulen wurden angelegt, Gesetzbücher entworfen, Athen wieder aufgebaut und sogar 1837 eine Universität daselbst gegründet. Auch siedelte der König bald von Nauplia nach dieser alten berühmten Stadt über, an welche sich die schönsten Erinnerungen Altgriechenland's knüpfen (1834). König Otto I. wurde 1835 für mündig erklärt, und vermählte sich 1837 mit der schönen oldenburgischen Prinzessin Amalie. Dem Raubhandwerk, welches die Palikaren trieben, wurde vorzüglich durch das Gesetz gesteuert, daß alle Gemeinden für den in ihrem Gebiet durch Räubereien verursachten Schaden haften sollten. Graf Armansperg, der den griechischen Verhältnissen Rechnung trug, wurde jedoch in München

misliebig, weil er sich von diesem Hofe nicht leiten ließ. Er wurde daher durch den Regierungspräsidenten von Rudhart ersetzt, welcher mit der griechischen Sprache, wie mit den dasigen Verhältnissen gänzlich unbekannt war, und da er seine Weisungen von München aus empfing, allerlei Misgriffe machte, welche ihm den Haß des Volkes zuzogen. Aus diesem Widerwillen ging die von Augustin Capodistrias gebildete philorthodoxe Gesellschaft hervor, welche theils die griechische Religion bedroht glaubte, theils im Einverständniß mit Rußland die damaligen Verlegenheiten der Pforte zur Insurgirung Thessaliens, Epirus' und Macedoniens benutzen wollte (1840). Die Regierung unterdrückte zwar diesen Bund, allein das Drängen des Volkes, auch die übrigen griechischen Inseln vom türkischen Joche zu befreien, war so groß, daß das Ministerium sich keinen Rath wußte und abdankte. Maurokordato übernahm nun die Leitung der Geschäfte als Minister des Innern, worauf viele Baiern den griechischen Dienst verließen. Uebrigens war das mit eine der Bedingungen gewesen, an die Maurokordato seinen Eintritt in das Cabinet des Königs geknüpft hatte. Eine andere war die Ertheilung einer Constitution und der Verbesserung der Municipalverfassung (Juli 1841). Da Maurokordato für einen Anhänger der Engländer galt, so brachte die russische Diplomatie bald eine Opposition gegen ihn zu Stande, durch die er schon im August fiel. Dennoch kam es am 14. September 1843 plötzlich zu einer unblutigen Revolution in Athen, als die Errichtung eines Kriegsgerichts in's Werk gesetzt werden sollte. Ein Theil des Militairs, von Kalergis geführt, sammelte sich unvermuthet vor den Casernen und rief: „es lebe die Constitution." Die Minister wurden von verschworenen Palikaren in ihren Wohnungen bewacht und durften nicht zum König. Das Volk und die Garnison zogen nun vor das Schloß und riefen: „es lebe die Constitution." Vergebens verlangte König Otto, sich mit seinen Ministern und den fremden Gesandten berathen zu dürfen; vergebens forderten die Gesandten in Galauniform Einlaß in's Schloß. Der Oberst Kalergis erklärte dem König, daß das Volk die Minister nicht mehr anerkenne, und den Gesandten, daß der König sich mit seinem Staatsrath berathschlage, welcher durch Konduriotti dem König die Wünsche des Volkes mittheile. Der König ernannte nun ein neues Ministerium (Metaxas und Kanaris), und erließ am 3. (15. September) ein Decret, wodurch binnen dreißig Tagen eine allgemeine Nationalversammlung einberufen wurde, welche die neue Constitution berathen und festsetzen sollte. Alle Fremden, ohne Ausnahme, erhielten den Abschied, und mancher, der plötzlich das Land verlassen mußte, sah sich der größten Noth preisgegeben. In Deutschland warf man den Griechen schnöde Undankbarkeit vor, und sammelte für die brotlos gewordenen Deutschen, die einst für Griechenland's Freiheit gefochten,



milde Gaben. Jedoch hatte Rudhart's williges Eingehen in die münchener Pläne, diese harte Maßregel zum großen Theil mit verschuldet.

Noch haben die Stürme in Griechenland nicht zu toben aufgehört, allein sie sind auf den gesetzlichen Boden der parlamentarischen Discussion verpflanzt, und verlieren damit einen guten Theil ihrer Schädlichkeit, ja sie können befruchtend und stärkend auf ein träges Volksleben wirken, wie ein frischer Luftzug in der schwülen Atmosphäre heißer Niederungen. Das letztere ist zum Theil in Griechenland eingetroffen, wo die Staatsverhältnisse sich befestigen, und die parlamentarische Debatte eine fruchtbare Schule der Bildung für die Staatsbürger geworden ist. Der griechische Handel nimmt einen ungemein raschen Aufschwung, und die Matrosen der griechischen Marine werden als die besten und kühnsten Seeleute des Mittelmeers gerühmt. So geht Griechenland einer schöneren Zukunft entgegen und wird vielleicht, wenn die türkische Herrschaft in Europa dereinst gestürzt ist, berufen sein, an der Theilung des osmanischen Reiches zu participiren.

7. Kaiser Alexander (1801 — 1825). Oberst Pestel und Fürst Trubetzkoi. Kaiser Nikolaus I. (1825 bis jetzt). Aufstand in Petersburg. Der russisch-persische (1826 — 1828) und russisch-türkische Krieg (1828 — 1829). Paskewitsch Eriwanski. Diebitsch Sabalkanski. Friede zu Adrianopel (1829).

Als die Russen während der Freiheitskriege Deutschland und Frankreich kennen lernten, sogen sie zugleich gewisse liberale Ideen der gebildeten Völker des Westens ein, welche nach der Rückkehr in die Heimath in geheimen Bünden gepflegt wurden und viele sanguinische Herzen umstrickten. Merkwürdigerweise war es auch hier, wie im Süden Europas, das Heer, wo ein revolutionairer Geist Wurzel schlug. Alexander, von dem republikanischen Laharpe erzogen, war den freisinnigen Ideen seines Jahrhunderts nicht fremd geblieben, und hatte sehnsüchtig auf den Augenblick geharrt, wo er sein Volk mit liberalen Institutionen beglücken und den Bauern der Krone die Freiheit schenken konnte. Nur die letztere Maßregel kam, aber nur vereinzelt, zur Ausführung, da der moskowitische Adel sich jeder socialen Neuerung widersetzte; die ersteren blieben dagegen bloße Entwürfe des hochherzigen Kaisers, der die Lieblingsneigungen seines zartbesaiteten Herzens mit Wehmuth der absolutistischen Politik opferte, bis ihn Frau von Krüdener mit ihren mystischen Predigten und Visionen und der überall spukende revolutionaire Geist so in Furcht versetzte, daß er die Träume eines ganzen Lebens aufopferte, um jenen Geist bekämpfen zu helfen. Auf die persönlichen Neigungen des Kaisers aber baute der nördliche constitutionelle Verein, dessen Häupter der schwache aber

ehrgeizige Fürst Trubetzkoi und der energische sittenreine Oberst Ryleseff waren, seinen Plan, die Gemüther der Großen auf die neuen Staatsreformen vorzubereiten und diese selbst mit Gewalt zu ertrotzen, da Alexander durch das schroffe Auftreten der Polen, denen er Selbstständigkeit und eine freisinnige Verfassung gegeben hatte, gegen die liberalen Ideen immer eingenommener wurde. Viel weiter ging der, unter den Obersten Pestel und Bestuscheff stehende Bund von Südrußland, welcher das große Czarenreich sogar zu einer Föderativrepublik umgestalten wollte. Auch die Polen, unter denen besonders der Professor Joachim Lelewel in Wilna durch Geist, Gelehrsamkeit und Charakter glänzte, schlossen geheime Bündnisse, mit der Absicht, sich von Rußland unabhängig zu machen, das ihren Wünschen nicht allseitig Befriedigung gewähren konnte. Alexander fand daher auf den polnischen Reichstagen, die er fast immer persönlich eröffnete, nicht nur ein heftiges Widerstreben gegen seine Gesetzvorschläge, sondern eine offene feindselige Tendenz der polnischen Nationalität gegen die russische Herrschaft. Freilich war die polnische Adelsopposition, der meist das Ideal der alten polnischen Republik vorschwebte, so befangen, daß sie sich hinter ihre gewährleisteten Privilegien flüchtete, als Alexander ein Gesetz zur allmäligen Abschaffung der Leibeigenen ankündigte, und auf sein durch Freilassung der Kronbauern gegebenes Beispiel hinwies. Alexander kehrte daher jedesmal sehr verstimmt von Warschau zurück; er sah die trübe Zukunft Polens voraus, dem er gern ein besseres Geschick gegönnt hätte, da es mit den Ostseeprovinzen am geeignetsten war, die sociale und politische Bildung des Westens mit dem russischen Reiche zu vermitteln. Der Kaiser neigte sich nun, als er seine aufrichtigsten und besten Absichten scheitern sah, der Metternich'schen Meinung zu, daß eine allem Monarchismus feindselige Propaganda in allen Ländern ihr geheimes und düsteres Wesen treibe. Er wurde in seinen letzten Jahren mistrauisch und zog sich von den Regierungsgeschäften zurück, die er meist dem dirigirenden Senat übertrug. Das Dasein und finstere Treiben der geheimen Bünde war ihm nicht ganz unbekannt. Ueberall sah er sich von Dolchen und Mordwaffen umgeben. Der Kummer beschlich sein weiches Gemüth, der Gram nagte an seinem redlichen Herzen. Um sich zu zerstreuen und seine Gesundheit zu kräftigen, beschloß er eine Reise in die milderen Provinzen des Südens zu machen. In Taganrog, am asow'schen Meere, wollte er mit seiner einst vernachlässigten Gemahlin, der edlen Elisabeth von Baden, zusammentreffen, und in den reizenden Umgebungen jener Stadt als Privatmann sein Leben beschließen. Plötzlich erkrankte er in Folge einer Erkältung (am 18. November 1825), die er jedoch für unbedeutend hielt. Mehrere Diätfehler führten ein gastrisch-galligtes Fieber herbei, welches am 1. December früh zwischen 10 und 11 Uhr seinem Leben ein Ende machte. Man sprach da-

mals viel von einem gewaltsamen Tode des Kaisers durch Mitglieder des südlichen Bundes „der befreundeten Slaven,“ welche eine Entdeckung gefürchtet hätten. Die Ereignisse der nächsten Tage schienen diese gleichwohl ganz grundlose Annahme eher zu bestätigen als zu entkräften.

Nach dem Thronfolgegesetz war der polnische Statthalter, Großfürst Konstantin, der rechtmäßige Nachfolger. Da dieser aber bei seiner zweiten Vermählung mit Johanna von Grudzinska, der nachmaligen Fürstin von Lowicz, auf die russische Krone verzichtet hatte, so sollte jetzt der Großfürst Nikolaus den Thron besteigen. Dennoch ließ Nikolaus die Armee und die Behörden für seinen Bruder vereiden, weil er glaubte, Konstantin könne inzwischen seine Willensmeinung geändert haben. Dieser beharrte jedoch auf seiner Verzichtleistung, worauf Nikolaus am 24. December ein Manifest mit sämmtlichen auf die Thronentsagung Konstantin's bezüglichen Actenstücken veröffentlichte, und zur Eidesleistung für sich und seinen ältesten Sohn, Alexander Nikolajewitsch, aufforderte.

Unweigerlich legten die Civilbehörden den Huldigungseid ab, wogegen ein Theil der Armee, von den Verschworenen bearbeitet, Schwierigkeiten erhob und zuletzt zur offenen Empörung überging. Die Führer redeten nämlich den Soldaten ihrer Regimenter ein: „die Weigerung des Czarewitsch Konstantin sei ein künstlicher Betrug und der Eid, den sie ihm kürzlich geleistet, müsse aufrechterhalten werden; der Großfürst Nikolaus werde augenblicklich dem angemaßten Thronrecht entsagen, sobald er die Stimmung und den Ernst des Heeres sähe; man würde dann mit ihm unterhandeln, und sicher die Gewährung der gerechten Wünsche des Heeres erlangen: „Einberufung von Abgeordneten aller Gouvernements, dann ein Manifest des Senates, wodurch sich dieser zur Abfassung einer Constitution, im Verein mit jenen Abgeordneten verpflichte, Einführung einer provisorischen Regierung, bis jener Zweck erreicht sei, und endlich die Einberufung der Abgeordneten des Königreichs Polen, um mit ihnen gemeinsam die Maßregeln für Erhaltung der Einheit des Kaiserstaates zu treffen.“ So lauteten die Vorspielungen der Verschworenen.

Der Aufstand brach in Petersburg am 26. December los, indem das Regiment Moskau zuerst den Eid der Treue für Nikolaus I. verweigerte, und mit einigen andern Bataillonen sich auf den Senatsplatz begab, um hier weitere Befehle zu empfangen: Fürst Trubetzkoi, das Haupt des nördlichen Vereins, wurde vergebens gesucht und hatte sich zu seinem Schwager, dem österreichischen Gesandten von Lebzeltern, geflüchtet und dort versteckt. Dem Aufstand fehlte daher die Oberleitung. Dennoch hätte er ohne den bewundernswürdigen Muth des Kaisers einen schlimmen Ausgang nehmen können. Auch vor dem Winterpalaste hatten sich mehrere Compagnien aufrührischer Truppen aufgestellt. Nikolaus ging zu ihnen hinab und bot den Empörern guten Morgen, worauf ihm der Ruf:

„es lebe Kaiser Konstantin“ entgegenscholl. Aber Nikolaus erwiderte ihnen mit großer Ruhe: „Also auch Ihr seid Empörer? Ihr habt den unrechten Weg eingeschlagen! Die Empörer versammeln sich auf dem Isaaksplatze; dorthin müßt Ihr ziehen. Vorwärts marsch!“ — Bestürzt gehorchten die Compagnien und verfügten sich nach dem bezeichneten Orte.

Nun begab sich der Kaiser an der Spitze eines treuen Bataillons Preobraschenskoy nach dem Senatspalaste. Der Militairgouverneur von Petersburg, Generallieutenant Graf Miloradowitsch, ritt an die Empörer heran und wollte ihnen das Sträfliche ihres Beginnens vorstellen, als ein Pistolenschuß ihn niederstreckte. Da befahl der Kaiser Gewalt zu brauchen; Kanonen wurden aufgefahren und mit Kartätschen unter die Aufrührer geschossen, während der Großfürst Michael mit seinem Regimente zur Verstärkung heranrückte. Bald waren die Rebellen zerstreut und wurden von der Reiterei nach allen Richtungen verfolgt. Abends um sechs Uhr verkündigte ein feierliches Te Deum den Sieg und die Thronbesteigung Nikolaus' I. Ebenso glücklich wurde der Aufstand Pestel's gedämpft.

Die Untersuchung dieser Vorfälle, welche Graf Tatitscheff mit mehreren vornehmen Militairs führte, und der Nikolaus meist selbst beiwohnte, ergab, daß eine weitverzweigte Verschwörung zum Sturze der kaiserlichen Familie bestanden habe. Fürst Trubetzkoi bat fußfällig und unter vielen Thränen den Kaiser um sein Leben, indem er alle Mitschuldige verrieth, und wurde nach Sibirien geschickt, wohin seine hochherzige Gemahlin ihn zu begleiten die Erlaubniß erhielt. Nur fünf der gefährlichsten Rädelsführer, Pestel, Murawieff-Apostol, Rylejeff, Bestuscheff-Rumine und Kahowski wurden mit dem Tode durch den Strang bestraft.

Nach diesen blutigen Scenen folgte die feierliche Leichenbestattung Alexander's in Petersburg und das große Huldigungsfest des neuen Kaisers.

Kaiser Nikolaus I., ein schöner Mann von imponirender Gestalt und entschiedenem Willen, lenkte nun die russische Politik in jene selbstständige Richtung, die sie bis heute beibehalten hat, und bewog durch seinen moralischen Einfluß die Cabinette von Wien und Berlin zur Nachfolge auf eben derselben Bahn. Befestigung der fürstlichen Autokratie und Erweiterung des Einflußes Rußlands am Bosporus wie am Sunde: das sind die unwandelbaren Leitsterne der auswärtigen Politik. Im Inneren suchte der Kaiser der Bestechlichkeit und Habgier der Beamten zu steuern, und die Finanzen durch Cancrin's geschickte Operationen mit Staatspapieren in besseren Zustand zu setzen. Handel und Industrie gediehen durch ein strenges Prohibitivsystem, bereicherten aber nur Einzelne, ohne allgemeinen Wohlstand zu verbreiten. Der Ackerbau, obwohl im Ganzen daniederliegend, hat die Aufmerksamkeit

des Kaisers erregt; das Getreide und die Wolle Südrußland's sind gefährliche Concurrenten für die deutschen Producte geworden. Am günstigsten befindet sich der Bergbau und die Goldwäscherei Rußlands. Bei Perm entdeckte unser berühmter Landsmann Alexander von Humboldt die ersten Diamanten, welche den brasilianischen nichts nachgeben. Platin wurde am Ural in Menge gefunden und zu Münzen ausgeprägt.

Nikolaus zerriß durch den Vertrag vom 4. April 1826 mit England zunächst die Netze, womit man seinen verstorbenen Bruder umstrickt hatte. Entschiedener wollte er in die Händel des türkischen Reichs eingreifen, und deshalb den Griechen, seinen Glaubensverwandten, Schutz und Hilfe angedeihen lassen. Die russische Flotte kämpfte, wie schon erwähnt, in der Schlacht von Navarin mit. Die Türkei, welche die von Rußland drohenden Gefahren instinctmäßig ahnte, regte dagegen den persischen Kronprinzen, Abbas Mirza, einen kriegerischen und ruhmbegierigen Fürsten, gegen den Czaren auf. Nach der Meinung der Perser hatten nämlich die Russen die Verträge von Gulistan und Tiflis (1813 und 1814) überschritten und ihre Grenzen weiter ausgedehnt, als ihnen gestattet war. Abbas Mirza machte den Russen freundschaftliche Vorstellungen darüber, wurde aber durch Aufstellung anderer Forderungen zurückgewiesen. Er überredete daher den Khan von Talyschyne zum Abfall von den Russen; bald war ganz Südgeorgien im Aufstande. Die russischen Besatzungen, welche weit auseinander lagen, wurden niedergemacht. Der Gouverneur General Yermoloff mußte seine Macht rückwärts concentriren, und vermochte der persischen Armee, die aus etwa 30,000 Mann, meist Reiterei, bestand, nicht zu widerstehen (Juli 1826). Endlich hielten Krabbe und Matadoff die Fortschritte der Feinde auf, indem sie ihnen bei Kamborah eine bedeutende Schlappe zufügten (16. September). Unterdessen waren zwei Infanteriedivisionen — worunter die umgeformten aufrührischen Garden — unter Paskewitsch und Jlowaisky nebst 20,000 Kosaken aus Europa angelangt, und hatten sich mit Matadoff vereinigt. Nun mußte sich Abbas Mirza über den Araxes zurückziehen und Elisabethpol aufgeben; dennoch wagte es das überlegene russische Heer nicht, über den Fluß Araxes zu setzen, und mit dem einbrechenden Winter hörten die Kriegsoporationen von selbst auf.

Kaiser Nikolaus war mit den Resultaten dieses Feldzugs nicht recht zufrieden, und rief, auf Diebitsch's Anrathen, den Gouverneur Yermoloff ab, dessen Commando dem talentvollen und kühen Generaladjutanten des Kaisers, Grafen Paskewitsch, übergeben wurde.

Der neue Oberbefehlshaber erfaßte seine Aufgabe mit frischem Muthe und ließ durch Benkendorff das feste Kloster Etschmiadsin erobern. Weiter hinaus wagte sich Benkendorff jedoch nicht, da die Kurden die ganze Provinz Eriwan verwüstet hatten, und der tapfere Hassan-Khan

mit der persischen Reiterei in der Nähe stand, um jedem Vordringen der Russen ernstlich zu wehren (April 1827). Inzwischen gelang es den russischen Diplomaten, den Khan von Karabagh und den Sultan von Schacklinen zum Abfall von Persien zu bewegen, wodurch Rußland einen Zuwachs von 4000 Reitern bekam, und die Verbindung der vorgeschobenen Detachements mit dem Hauptcorps herstellen konnte (Mai). Auch das russische Hauptcorps hatte nicht glücklich gekämpft, und in mehreren Scharmützeln und Vorpostengefechten den Kürzeren gezogen. Da entschloß sich endlich Paskewitsch, kühn nach Nachitschewan vorzugehen, während Ilowaisky vor Abas Abad und Krassowsky vor Eriwan zurückblieben. Diese Nachricht bestimmte Abbas Mirza, sich mit Hassan Khan zu vereinigen und die Russen auf dem rechten Ufer des Araxes anzugreifen. Ilowaisky und Benkendorff vermochten kaum dem stürmischen Andrange der persischen Reiterei zu widerstehen und schwebten in großer Gefahr. Da hörte es zur glücklichen Stunde Paskewitsch, kehrte um, setzte auf einer Brücke, die aus mit Luft gefüllten Ochsenhäuten ruhte, am 6. Juli über den Araxes und zerstreute die Reiterei der Perser, deren Fußvolk ruhig der Schlacht im Lager zusah. Dennoch kostete es noch einen äußerst blutigen Kampf, ehe die russischen Heersäulen das Gebirge Besobdal überschreiten und sich zum Marsch auf Eriwan vereinigen konnten. Nachdem dieser Platz vom 7. bis zum 19. October beschossen worden war, schritten die vom Kaiser begnadigten Garderegimenter zum Sturm und nahmen die Hauptstadt der Provinz Eriwan ein. Sardar Abad hatte sich kurz vorher ergeben, Tauris capitulirte bald darauf; Abbas Mirza bat um Frieden und am 2. November wurden in einem Dorfe bei Tauris die Präliminarien verabredet, welche die Khanate Eriwan und Nachitschewan den Russen überlieferten und den Schah zur Zahlung einer Kriegssteuer von 18 Millionen Rubeln nöthigten. Bis zur völligen Abtragung dieser Contribution, sollten die Russen Aserbeidschan besetzt halten dürfen.

Vergebens suchte England mildere Bedingungen für seinen treuen Bundesgenossen, den Schah Feth Ali, zu erhalten und vertröstete ihn auf die Zukunft, wo es Persien besser unterstützen würde. Denn England fürchtete, daß der Ländersaum, welcher seine ostindischen Besitzungen von Rußland trennt, immer schmaler werden und es einen gefährlicheren Nachbar erhalten könne, als die Sikhs, Afghanen und Perser. Feth Ali, welcher den Vertrag von Tauris noch nicht ratificirt hatte, suchte nun plötzlich Einwendungen und Ausflüchte. Denn schon damals war der Krieg zwischen der Pforte und Rußland unvermeidlich und Feth Ali hoffte dadurch, wie durch eine kräftigere Unterstützung von England, freiere Hand zu bekommen. Er täuschte sich jedoch. Auf seine Forderung, nicht eher unterhandeln zu wollen, als bis die Russen Aserbeidschan geräumt hätten, brach Paskewitsch unvermuthet mitten im Winter 1828 gegen Urmia



und Ardebil auf und überschritt die Grenzen des eigentlichen Persiens. Da gab Feth Ali nach und Abbas Mirza schloß den definitiven Frieden von Turkmatschai (10. Februar), welcher den Russen alle im Vertrage von Tauris gewährten Vortheile überließ. Paskewitsch erhielt vom Kaiser Nikolaus eine Million Silberrubel zum Geschenk und den prunkenden Zunamen „Eriwanski"; sechs Millionen von der persischen Kriegssteuer wurden unter die Officiere seines Heeres vertheilt.

Nach kurzer Winterrast kehrte das Heer um, die Türken in Kleinasien anzugreifen und durch dies Land bis an den Bosporus zu dringen, während ein anderes russisches Heer, etwa 70,000 Mann, am 7. Mai den Pruth überschritten hatte, um über den Balkan den Weg nach Stambul zu suchen. Den Oberbefehl über das europäisch-russische Heer hatte Graf Wittgenstein, unter welchem als Corpsführer die Generäle Roth, Rudgewitsch und Woinow, später Prinz Eugen von Württemberg, und Geismar, Toll I., Menzikoff, Benkendorff, Woronzoff, Matadoff, dann noch Scherbatoff und Langeron als Divisionäre commandirten. Graf Diebitsch war Wittgenstein's Generalstabschef. Admiral Greigh befehligte die Flotte im schwarzen Meere; Heyden blokirte die Dardanellen. Der Kaiser, welcher durch seine Gegenwart die Truppen zu tapfern Thaten begeistern wollte, erschien am 21. Mai mit seiner Gemahlin und dem diplomatischen Corps im Lager vor Brailow und blieb mehrere Monate daselbst. Vielleicht daß die Anwesenheit seines hohen Herrn Wittgenstein befangen machte oder genirte, kurz der ganze Plan dieses Feldzugs war verfehlt, die Verpflegung der Truppen und der Pferde höchst mangelhaft, die Zufuhr schlecht geordnet, das ärztliche Personal unzureichend, die Feldapotheken und Spitäler im erbärmlichsten Zustande. Diesen schlechten Maßregeln ist der unglückliche Ausgang des Feldzugs von 1828 zuzuschreiben. Denn obwohl die russische Truppenmacht zu einem Angriffskriege auf das Herz der Türkei zu schwach war, so hätten sich doch recht gute Erfolge erringen lassen, da die Janitscharen und die Flotte vernichtet und die Bildung eines europäisirten türkischen Heeres erst in ihren Anfängen begriffen war. Dennoch rechnete der Sultan, dem eine gewisse würdevolle Haltung in diesem Kriege nicht abzusprechen ist, auf die natürlichen Verbündeten der walachischen Steppen, in denen sich die Russen ausbreiteten: auf die Donauüberschwemmungen und die Fieber, wozu in diesem Sommer auch noch die Pest trat. Mahmud gab daher seinen Paschas den Auftrag, die Donau und Balkanfestungen standhaft zu vertheidigen, große Schlachten zu vermeiden und den Feind durch Streifzüge und Scharmützel fortwährend in Athem zu erhalten.

Nachdem sich die Russen ohne Widerstand in den Besitz der Moldau und Walachei gesetzt hatten, schritten sie zur Belagerung Brailows, welches von Soliman Pascha fünf Wochen tapfer vertheidigt wurde.



Erst am 17. Juni, als die in seinem Rücken liegende Festung Isaktschi genommen war, ergab sich der kühne Soliman und durfte mit seiner ganzen Besatzung nach Silistria abziehen. Bald darauf capitulirten alle übrigen Donaufestungen bis nach Silistria hin. Der Sultan bildete nun bei Schumla ein befestigtes Lager für 40,000 Mann, und übertrug dem kriegerischen Hussein Pascha den Oberbefehl. Ein anderes Heer unter dem Großvezier Mohamed Selim und Omer Brione von 30,000 Mann wurde bei Adrianopel zusammengezogen und sollte über Aidos nach Varna vorrücken.

Die Russen dagegen unternahmen es, mit kaum 30,000 Mann drei der stärksten Festungen: Silistria, Schumla und Varna einzuschließen. Die Folge davon war, daß sie in den meisten Gefechten unterlagen und nach dem blutigen Treffen von Marasch (26. Aug.) sogar die Einschließung Schumlas und Silistrias aufgeben mußten (Nov.). Dagegen setzten sie der Festung Varna mit größerem Nachdruck zu, besonders als Kaiser Nikolaus selbst wieder bei der Armee erschien und die Garden zur Unterstützung herberief. In Varna befehligte der verrätherische Jussuf Pascha; aber auch der Kapudan Pascha hatte sich in die Stadt geworfen und leistete den mannhaftesten Widerstand. Ende Juli wurde Varna auch zur See eingeschlossen. Dennoch hielt es sich bis in den October und würde nicht in russische Hände gefallen sein, wenn Omer Brione, dem nach den Siegen von Hasanlor und Kurtepe (30. Sept.) der Weg nach Varna offen stand, nicht in Unthätigkeit die Zeit hätte verstreichen lassen. Besser verstand die russische Belagerungsarmee die gelassene Frist zu benutzen. Nachdem Menzikoff, der bis zum September die Belagerung Varnas geleitet, gefährlich verwundet und durch Woronzoff ersetzt worden war, ließ dieser Bresche schießen und durch Minen einen Theil des Hauptwalls in den Graben sprengen. Jussuf Pascha capitulirte nun und wanderte mit 7000 Mann in russische Gefangenschaft, der Sultan zog dafür seine Güter ein und verfluchte seinen Namen für alle Zeiten. In Odessa aber empfingen die Hafenbatterien den Ueberläufer mit Salutschüssen und der Kaiser überwies ihm eine hohe Pension. Der Kapudan Pascha, welcher vergebens Jussuf's Verrath zu hindern gesucht hatte, warf sich mit 300 entschlossenen Muselmänner in die Citadelle und erzwang sich freien Abzug. Der linke Flügel der Russen nahm nun in und um Varna Winterquartiere, während die übrigen Corps in Eilmärschen, mit Zurücklassung vielen Geschützes, über die Donau zurückgingen. Der ganze Feldzug kostete den Russen 40,000 Menschen, worunter viele ausgezeichnete Generäle und Officiere, und entsprach den Erwartungen, welche Europa davon gehegt hatte, nicht im Mindesten. Am glücklichsten hatte noch Geismar in der kleinen Walachei gegen den thatkräftigen Pascha von Widdin gekämpft, obwohl er nicht verhindern

konnte, daß das in der Walachei zurückgebliebene Corps des General Roth vielfach beunruhigt wurde. Die ganze Gegend zwischen Krajowa und Kalefat wurde verwüstet, da sich Russen und Türken mit abwechselnden Erfolgen hier tummelten. Endlich am 26. October errang Geismar einen glänzenden Sieg bei Czoroi, indem er das ganze feindliche Lager eroberte. Der Pascha von Albanien blieb in diesem Treffen und die Moslems zogen sich in ihre Schanzen nach Kalefat zurück.

Fast ohne Unfälle, wenn auch mit großen Opfern, führte zu gleicher Zeit General Paskewitsch Eriwanski den Krieg im türkischen Armenien und Georgien. Am 15. Juli nahm er die Festung Kars und am 20. August Achalzik nach heftigen Kämpfen, in welchen Ströme Blutes flossen. Nachdem er sich noch am 3. September durch Erstürmung der Feste Ardaghan den Weg nach Erzerum gesichert hatte, bezog er die Winterquartiere, um seine Verluste zu ergänzen und den Mannschaften Zeit zur Stärkung und Ruhe zu gönnen.

Die geringen Erfolge der russischen Waffen demüthigte das Ansehen des Czaren in den Augen Europas. Man fing an, die Macht Rußlands zu unterschätzen und ergriff Partei für die Türken, deren natürlicher Tapferkeit man die Achtung nicht versagen konnte. Was man am Anfange des Feldzugs gehofft hatte, daß der russische Doppeladler den Halbmond aus Europa vertreiben werde, das schien jetzt Vielen ein öffentliches Unglück zu sein. Diese Stimmung wurde besonders durch die Organe Metternich's genährt, welcher diesen Krieg überhaupt ungern gesehen hatte, theils weil er Rußlands Einfluß im Südosten, wenn die übrigen Mächte nicht der Türkei zu Hilfe eilten, vergrößern, theils, weil er einen allgemeinen Krieg entzünden mußte, wenn Rußland die angebotene Vermittelung Englands und Oesterreichs nicht annahm.

Metternich bot daher Alles auf, um den Czaren zum Frieden zu stimmen und wirkte auch bei den Cabinetten von Berlin und St. James dahin, sich zu demselben Zwecke bei Nikolaus zu verwenden. Zugleich veranstaltete er die ausgedehntesten Rüstungen, um Rußland einzuschüchtern und arbeitete mit Wellington und der französischen Priesterpartei am Sturze des russenfreundlichen Ministeriums Martignac in Paris. Ja er verschmähte es nicht, mittelst seiner Agenten die napoleonische Partei durch die Hinweisung auf den bisher in Dunkelheit gehaltenen Herzog von Reichstadt wiederzubeleben. Der russische Gesandte in Paris, Pozzo di Borgo, erhielt jedoch von diesen Intriguen Kunde und theilte sie Karl X. mit, welcher darüber so ungehalten war, daß er im Ernst an ein Bündniß mit Rußland, „seinem natürlichen Alliirten," dachte. Da nun auch Preußen, von Rußland geschmeichelt, jede ernstliche Einmischung in die türkischen Händel verweigerte, Wellington aber durch die inneren Kämpfe zwischen den Katholiken und den von dem starren Herzog von Cumberland



geführten Orangisten oder Braunschweig-Clubs abgehalten wurde, den äußeren Angelegenheiten gebührende Aufmerksamkeit zu schenken, so stellte Metternich die Rüstungen ein und ließ den Ereignissen freien Lauf. So begann der Krieg im Frühjahr 1829 wieder. General Diebitsch war an Wittgenstein's Stelle getreten und rechtfertigte des Kaisers Vertrauen auf's Glänzendste.

Hans Karl Friedrich Anton von Diebitsch und Norden wurde 1785 zu Großleipe bei Jauer als der Sohn einer verarmten Adelsfamilie geboren. Mit elf Jahren kam der Knabe in's Cadettenhaus nach Berlin, trat aber (1801) mit seinem Vater in russische Dienste. Er machte als Secondelieutenant in der Garde die Schlachten von Austerlitz, Eilau und Friedland mit, erhielt für bewiesene Tapferkeit mehrere russische und preußische Auszeichnungen und avancirte zum Hauptmann. Im Feldzuge von 1812 stand er als Oberst und Chef des Generalstabes bei'm Wittgenstein'schen Corps, wurde nach der Einnahme von Plozk Generalmajor und schloß mit York die berühmte Convention in der Mühle von Poscherau bei Tauroggen ab. Er genoß das volle Vertrauen Kaiser Alexander's, der ihn 1813 auch zu den Reichenbacher Verhandlungen mitnahm. Im Befreiungskriege diente Diebitsch als Generalstabschef bei Wittgenstein und zeichnete sich in den Schlachten von Bautzen und Dresden rühmlich aus, wofür er auch zum Generallieutenant erhoben wurde. Von durchdringendem Verstande und jugendlich lebhaftem Temperamente, stand er mit auf Seiten der Kriegspartei, namentlich Blücher's, indem er durch ein entschlossenes Einmarschiren in Frankreich den Krieg zu ersticken hoffte. Nach dem zweiten Pariser Frieden war er viel in Alexander's Nähe und wurde sogar 1820 zum Generaladjutanten des Kaisers und Chef des großen Generalstabes ernannt, begleitete Alexander nach Taganrog und war Zeuge seines Todes. Mit den Plänen der Verschworenen wahrscheinlich bekannt, eilte er nach Petersburg und konnte wesentlich zum Siege über die Aufrührer mitwirken. Nikolaus gewann ihn ebenso lieb, als Alexander ihn gehabt, und machte ihn zum General der Infanterie. Als Beweis, wie hoch der Kaiser seine Fähigkeiten anschlug, kann dienen, daß er ihn zur Berichterstattung auf den persischen Kriegsschauplatz sandte und Paskewitsch befohlen haben soll, seine Kriegspläne dem General Diebitsch zur Durchsicht einzuschicken. Im Jahre 1828 begleitete Diebitsch den General Wittgenstein in den türkischen Feldzug und war Zeuge der Fehler dieses sonst berühmten Feldherrn. Nikolaus, dem er ein Memoire darüber einreichte, ertheilte ihm daher für das Jahr 1829 den Oberbefehl gegen die Türken. Der Hauptplan des Grafen Diebitsch bestand darin, durch eine Reihe vereinzelter Landungen an den Küsten des Pontus die Hauptstadt des türkischen Reiches in Schrecken zu setzen und den Sultan zu bestimmen, die Streitkräfte am Balkan zu schwächen. Deshalb nahm

Diebitsch die Mitwirkung der russischen Seemacht mehr in Anspruch, als dies voriges Jahr geschehen war.

Sultan Mahmud hatte für diesen Feldzug ein allgemeines Aufgebot der Moslemin ergehen lassen und sich überhaupt bemüht, den Krieg zu einem Volkskriege zu machen. Schon am 15. September 1828 hatte er sich in das Lager von Ramis Tschiflik begeben, und die Fahne des Propheten (Sandschak-Sheriff) entrollt. Seine Rathgeber meinten, daß die russischen Operationen sich vorzüglich auf Konstantinopel richten und die russische Flotte eine Landung daselbst versuchen würde. Deshalb wurde auch diesmal ein Truppencorps in der Nähe Konstantinopels bereit gehalten. Im Ganzen mochte die Türkei 150,000 Mann, meist unregelmäßige Truppen, unter Waffen haben. Der ebenso tapfere als geschickte Reschid Pascha wurde zum Großvezier ernannt. Die Russen brachten auch diesmal nicht mehr als etwa 70,000 Mann in den Kampf. Es waren vier Corps, das sechste und siebente unter den Generalen Roth und Rüdiger, welche in und um Varna in den Winterquatieren lagen, und das zweite und dritte unter den Generalen Graf Pahlen und Krassowski, welche Anfangs Mai bei Hirsowa über die Donau gingen, während Geismar die Walachei zu schützen hatte.

Schon am 24. Januar nahm Graf Langeron den Brückenkopf von Nikopolis und die Festung Turnow, wobei Ibrahim Pascha, der das Jahr zuvor in Silistria commandirt hatte, in Gefangenschaft fiel. Am 28. Februar eroberte Greigh die Festung Sisepolis am schwarzen Meere, welche dem russischen Landheere nöthig war, um die Verbindung mit der Flotte zu erhalten, wenn es selbst über den Balkan vorgedrungen sein würde. Auch die türkische Donauflottille wurde vom Befehlshaber der russischen Donauflottille Sawadowski geschlagen und vernichtet. Diebitsch brach erst am 23. April mit dem Hauptquartier aus Jassy auf, nachdem er den drückenden Mangel seiner Soldaten durch große Transporte aus dem Innern Rußlands beseitigt hatte. Zunächst eröffnete er den Feldzug mit der Belagerung Silistrias (17. Mai), verwandelte dieselbe jedoch bald in eine bloße Einschließung, als er von den kühnen Bewegungen Reschid Pascha's gegen Varna hörte. Dieser entschlossene Krieger hatte den Russen manche Schlappe beigebracht, namentlich bei Pravody (17. Mai). Diebitsch beschloß auf diese Kunde, sich mit einem Corps von Silistria aufzumachen und mit Heranziehung aller detachirten Abtheilungen sich nach einem beschwerlichen Marsche von fünf Tagen zwischen Schumla und das Heer des Großveziers hineinzuschieben. Der Plan gelang; Reschid Pascha verlor am 11. Juni die blutige Schlacht bei Kuleftscha und mußte sich mit den Trümmern seines Heeres nach Schumla werfen. Der Mangel einer türkischen Flotte kam den Russen bei ihren ferneren Bewegungen trefflich zu Statten, da die Küsten des schwarzen Meeres ganz bloßge-

stellt waren. Diebitsch durfte nur noch Silistria und Schumla nehmen, um den Weg über den Balkan frei zu haben. Die erstere Festung ergab sich am 30. Juni und nun wurde das entbehrlich gewordene Corps Krassowski's zur Umstellung Schumlas herangezogen, mit dessen Belagerung Diebitsch nicht die Zeit verschwenden wollte. Er schickte sich vielmehr an, in zwei Colonnen unter Roth und Rüdiger über den Kamtschikfluß zu setzen und den Balkan zu erklimmen. Sechshundert Sappeurs machten die Wege gangbar. Feinde waren nirgends zu erblicken. Ohne Widerstand langte Diebitsch am 26. Juli in Aidos an; Burgas und Mesembria ergaben sich ohne Schwertstreich. Ueberhaupt hatten die Türken den moralischen Muth, jenes feste Vertrauen, als Sieger aus dem Kampfe hervorzugehen, verloren. Dies, sowie das kecke Auftreten Diebitsch's, der in der That mit nicht mehr als 24,000 Mann am Südfuße des Balkan anlangte, schüchterte die Türken wie die europäischen Diplomaten so ein, daß die Ersteren fast keinen Widerstand mehr leisteten und die Letzteren dem Sultan ernstlich zum Frieden zuredeten. Denn überall schätzte man die russischen Streitkräfte, welche sich diesseits des Balkan befanden, auf 100,000 Mann. Endlich stellten sich den Russen einige Corps gegenüber, die Reschid Pascha von Schumla aus nach Janboli gesandt hatte. Die meisten Abtheilungen wurden aber geschlagen und am 12. August ergab sich Sliwno. Diebitsch zögerte nun nicht länger, auf Adrianopel loszugehen. Das Unternehmen war äußerst gefahrvoll und mochte nur von einem so entschlossenen und schlauen Manne als Diebitsch, der die vollständige Zerrüttung und Muthlosigkeit im türkischen Heere zu würdigen und die Diplomaten zu täuschen verstand, unternommen werden. Denn einmal war Adrianopel eine Stadt von 80,000 Einwohnern, in welcher noch 12,000 Mann regulärer Truppen standen. Zum Andern erschien nun plötzlich im Rücken der Russen der Pascha von Scodra mit 40,000 Mann bei Sophia und ließ seinen Vortrab sogar bis Philippopel streifen. Endlich waren noch mehrere wichtige Donaufestungen, als Widdin, Nikopolis, Sistowa, Rustschuk und Giurgewo in den Händen der Türken, die von Geismar nur mit genauer Noth abgewehrt werden konnten, da er sich in Rachowa festgesetzt und von allen Seiten dem Angriffe bloßgestellt hatte. Ueberdies behauptete Reschid Pascha noch Schumla, konnte die zersprengten Corps sammeln und verhängnißvolle Diversionen in Diebitsch's Rücken machen. Die Türken hatten jedoch gänzlich den Kopf verloren. Als Diebitsch nämlich am 19. August mit einem von Krankheiten furchtbar gelichteten Heere vor Adrianopel ankam, schickte der Pascha ihm schon entgegen und ließ ihn um freien Abzug bitten. Diebitsch verbarg sein freudiges Erstaunen, gewährte zwar denselben, aber mit der Bedingung, daß alle Lebensmittel, Munition und Waffen zurückgelassen würden. Am 20. August zog Diebitsch in Adrianopel ein und sandte eine angebliche Vorhut,

die aber aus dem größten Theile seines Heeres bestand, auf der Straße nach Konstantinopel voraus. Ja russische Uhlanen streiften längs der Küste des ägäischen Meeres und kamen am 4. September in Enos an, um sich mit Admiral Heyden in Verbindung zu setzen. Greigh hatte links Wassilikow, Agathopolis und Inada genommen. 8000 Türken, sechs Meilen davon entfernt, waren auf diese Kunde auseinandergelaufen, statt zur Hilfe herbeizueilen. Diese Unfälle verfehlten ihren Eindruck in Konstantinopel nicht. Als nun dazu die Nachricht einlief, daß Paskewitsch nach Zersprengung zweier Corps bei Pozhor (14. Juni) und Erzerum, letztere Stadt selbst eingenommen und Trebisond bedroht habe (9. Juli), fügte sich der Sultan in das Unvermeidliche und schloß am 14. September 1829 den Frieden zu Adrianopel. Die Russen gewannen scheinbar nichts bei diesem Frieden, als die Städte Achalzik und Athalkalaki und die Ostküste des schwarzen Meeres, ein Gebiet, über das der Sultan gar nicht verfügen konnte, da es nicht ihm, sondern den kaukasischen Bergvölkern gehörte. Donau und Pruth wurden wieder die Grenzen zwischen dem russischen und türkischen Reiche. Allein vom Einfluß des Pruth und der Donau bis zu deren Ausmündung in's schwarze Meer, sollten alle Inseln den Russen gehören, welche darauf Quarantaine-Anstalten anlegen durften. Das rechte Donauufer verbleibt zwar den Türken, darf aber zwei Stunden weit nach dem Innern zu nicht bewohnt werden. Russische Kriegsschiffe dürfen bis zur Mündung des Pruth, Kauffahrer aber den ganzen Donaustrom entlang fahren. Die türkischen Festungen auf dem linken Ufer werden geschleift, neue dürfen nicht mehr gebaut werden. Freie Schifffahrt durch die Dardanellen und den Bosporus nach und aus dem schwarzen Meere für die Kauffahrer aller Nationen, die sich nicht mit Rußland und der Türkei im Kriege befinden, 1½ Million Ducaten Entschädigung für die russischen Kaufleute, zehn Millionen Ducaten Kriegskosten. Annahme des Tractats vom 6. Juli 1827 und 22. März 1829 zwischen den verbündeten Mächten in Bezug auf die Emancipation Griechenlands sind nicht minder wichtige Punkte. In einem Separatvertrage verzichtet die Pforte auf die Donaufürstenthümer, welche blos einen Tribut an sie zahlen, sonst aber frei sind, keinen Muselmann darin zu dulden brauchen und unter russischem Schutze stehen. Zu Serbien, das unter Fürst Milosch eine kluge Neutralität behauptet hatte, sollten wieder sechs ehemals davon getrennte Bezirke kommen und die in früheren Friedensschlüssen gesicherten Vorrechte von den Türken nicht verletzt werden.

Diebitsch wurde vom Kaiser für seine Verdienste zum Grafen und Feldmarschall erhoben und erhielt den ehrenvollen Beinamen Sabalkanski. Seit diesem Türkenkriege hat Rußland Frieden gehabt, denn, obwohl es schien, als sollte der in Teheran am 12. Februar 1829 vom Volke verübte Mord der russischen Gesandten noch einmal zum Kriege



mit Persien führen, so wurde doch Alles friedlich ausgeglichen, als der Sohn des persischen Thronfolgers am 22. August in Petersburg erschien, das aufrichtige Bedauern über diesen Vorfall auszudrücken. Nur am Kaukasus nistet noch unter Schamyl's Befehlen ein gefährlicher Feind, die Tscherkessen und Tschetschenzen, welche trotz aller Anstrengungen der Russen noch nicht zur Unterwerfung haben gebracht werden können, vielleicht wohl darum, weil sie von England und Frankreich mit Waffen und Munition unterstützt werden, um stets den Rücken der Russen zu beunruhigen, wenn sie es sich einfallen ließen, ihre Eroberungen weiter nach Persien auszudehnen. Die ernsten Ereignisse, die nach dem Einmarsch der Russen in die Donaufürstenthümer (2. Juli 1853) sich dem Anschein nach am Bosporus bereiten, gehören der Zukunft an.

8. Ludwig XVIII. (1814—1824) und der Pavillon Marsan. Ministerium Fouché-Talleyrand (1814). Die unauffindbare Kammer. Die Ministerien Richelieu's, Desolle's, Decazes' (1816—1820). Ermordung des Herzogs von Berry durch Louvel (13. Febr. 1820). Beschränkung der Freiheiten durch das Ministerium Richelieu (28. und 31. März 1820). Villèle (13. Dec. 1821 bis Dec. 1827). Der spanische Krieg 1823. Thronbesteigung Karl's X. (16. Sept. 1824). Begünstigung der Congregationen. Bischof Frayssinous Cultusminister, Bischof Tharin von Straßburg, Erzieher des Herzogs von Bordeaux. Gewaltmaßregeln Villèle's. Ministerium Martignac (Jan. 1828, Juli 1829). Ministerium Polignac (8. Aug. 1829—1828. Juli 1830). Eroberung Algiers durch Bourmont (5. Juli). Die Juli-Ordonnanzen (vom 25. Juli).

Nach dem Sturz Napoleon's 1814 war es zuerst der Fürst Talleyrand, welcher, da seine Regentschaft auf Schwierigkeiten bei den Alliirten stieß, die Blicke Alexander's auf die Bourbonen richtete. So kehrte diese Regentenfamilie, unter dem Schutz der verbündeten Waffen, wieder auf den französischen Thron zurück. Mit ihr fand sich auch der alte Adel ein, welcher seit 1789 im Auslande geweilt hatte. Beide, die königliche Familie wie der vornehme Adel, brachten dieselben Gesinnungen, dieselben Vorurtheile wieder mit, die sie einst zu heftigen Gegnern aller „revolutionären" Einrichtungen und Ideen gemacht und sie genöthigt hatten, der Heimath den Rücken zu wenden. Die Kleidung, das alte Hofceremoniel, womit die Emigranten in Paris auftraten, erregte Aufsehen und Spott. Eine fremde Welt, welcher sich das reife Mannesalter wie eines Jugendtraums erinnerte und die das jüngere Geschlecht gar nicht kannte, wurde plötzlich in das von Ruhm und Ehre glühende Napoleonische

Zeitalter versetzt und reizte zu nicht gerade vortheilhaften Vergleichungen. Die königliche Familie bestand aus dem Haupt derselben, Ludwig XVIII., Grafen von Provence, seinem Bruder Karl, Grafen von Artois und dessen Söhnen, den Herzögen von Angouleme und von Berry, von denen der erste mit der Tochter des unglücklichen Ludwig XVI., Marie Therese, der andere mit der sicilianischen Prinzessin, Karoline Louise, vermählt war. Zuerst erschien der Graf von Artois am 12. April als Generallieutenant des Königs in Paris. Ueberall wehten Schnupftücher aus den Fenstern, aber es waren keine von Battist, wie sein Begleiter dem triumphirenden Karl erwiderte. Vor der Revolution galt der Graf von Artois in Versailles für einen vollkommenen Cavalier, dem keine noble Passion fremd geblieben war, und im Auslande, wo er die Seele der Emigration gewesen, nannten ihn seine Anhänger „die Blume oder den Spiegel der Ritterschaft.“ Von der Natur nur stiefmütterlich bedacht, war er nie bestrebt gewesen, diesen Mangel durch Fleiß und Studium zu ersetzen. Dabei besaß er jedoch eine gewisse Würde und Repräsentationsgabe, welche seinem älteren Bruder, dem verständigeren und gutmüthigeren Ludwig XVIII., beinahe gänzlich abging. Dieser Regent war durch das Unglück seines Hauses gereift und hatte seinen inneren Sinn der neuen Bewegung nicht ganz verschlossen. Von dem lebhaften Wunsche, sein Volk zu beglücken, durchdrungen, entäußerte er sich der absolutistischen Ideen des vorigen Jahrhunderts, um dem Geist der Zeit Rechnung tragen zu können, der von den constitutionellen Staatsformen unzertrennbar zu sein schien. Allein Ludwig XVIII. war damals schon sechszig Jahre, ein Alter, in welchem die Energie des Geistes und Charakters nachläßt. Er war daher nicht im Stande, dem Andringen der Royalisten, die ihn sogar jakobinischer Sympathien bezüchtigten, Widerstand zu leisten. Die Regierung zeigte einen auffallenden Wechsel der Ministerien und Grundsätze, ein Schwanken, das auf Unklarheit des Zweckes und Charakterschwäche des Königs hinzudeuten scheint. Der Adel, welcher mit seinen alten Ansprüchen auf Privilegien, Titel und seine einst confiscirten Güter zurückgekehrt war, fand im Pavillon Marsan, dem nördlichen Theile der Tuilerien, wo die Herzogin von Berry wohnte, einen Versammlungspunkt. Hier wurden alle Pläne zur Wiederherstellung der vorrevolutionären Zustände gesponnen und in den Kammern zur Ausführung gebracht. An der Spitze dieser Coterie stand der Graf Artois mit seinen Söhnen und Schwiegertöchtern. Die letzteren beiden zeichneten sich durch eine große Entschiedenheit des Charakters aus, die sich namentlich bei der Herzogin von Angouleme als kalte Rachsucht gegen Alle äußerte, welche einst mittelbar oder unmittelbar zum Tode ihrer Eltern beigetragen, ihren armen liebenswürdigen Bruder der unmenschlichsten Behandlung preisgegeben und ihr kindliches Herz mit allen ersinnlichen Folterqualen gemartert hatten. Wenn je, so war es bei

ihr natürlich, daß ihre Gedanken sich von der Vergänglichkeit und Wandelbarkeit des Irdischen auf das Höhere, Beständige und Göttliche hinwandten, und daß sie in religiösen und Buß-Uebungen jene Ruhe fand, welche ihr von den Gefühlen des Schmerzes und der Rache durchwühltes Gemüth so sehr bedurfte. Sie begünstigte daher die Priesterschaft und machte ihr und den Kirchen reiche Geschenke. Der kirchlich-religiöse Geist, dessen Strenge seit funfzig Jahren durch die Aufklärung und die Revolution gelockert war, sollte durch alle Mittel wieder erweckt werden, und die Tugenden des unterwürfigen Gehorsams und der religiösen Demuth gegen die Kirche wie das Königthum erzeugen. Der Herzog von Angouleme war von seiner stärkeren Gemahlin abhängig, welche Napoleon mit Recht den einzigen Mann unter den Bourbonen genannt hatte. Der Herzog von Berry, dem man zwar eine gewisse Gutmüthigkeit nachrühmte, besaß doch nicht einmal jene gesellige Feinheit, welche von den höheren und höchsten Ständen als Eigenthum beansprucht wird, und verletzte und beleidigte nicht selten durch eine gewisse Barschheit des Tons seine Umgebung und die Generäle, obwohl er selten die Absicht hatte, zu kränken. Am beliebtesten unter allen bourbonischen Familiengliedern war seine Gemahlin, die Herzogin von Berry, wegen jener herablassenden Vertraulichkeit, welche das Volk gewinnt, und einer gewissen männlichen Entschiedenheit, welche der Masse Respect einflößt. Ludwig XVIII. wurde von dem gebildeten Bürgerstande mehr bemitleidet als geliebt; die öffentliche Meinung ging fast gleichgiltig an ihm vorüber, ohne Zuneigung und ohne Haß, wogegen der Graf Artois und die Herzogin von Angouleme mit entschiedenem Mistrauen, ja später mit Haß und Abscheu betrachtet wurden. Was aber die ganze Bourbonische Familie in das übelste Licht stellte, war, daß die Bajonette der Fremden sie auf den französischen Thron zurückgetragen hatten, und die Erniedrigung der ehrgeizigen „großen Nation" die Veranlassung zu ihrer Erhöhung gewesen war.

Nachdem sich der Hof in den Tuilerien eingerichtet hatte, kehrten die alte Etiquette, die Gardes du Corps und die Schweizergarde, die alten Hofchargen und Beamten mit ihren altmodischen Kleidungen wieder zurück. Die alten Adelsfamilien wurden besonders bevorzugt und daneben auch einige Generäle und Diplomaten aus Napoleon's Zeit. Im Ganzen leitete der Graf von Blacas, ein unfähiger und habsüchtiger Mensch, die Regierung. Ludwig XVIII. gab auf den Rath Alexander's eine Verfassung, welche die wesentlichen Freiheiten und Rechte des modernen Staatsbürgerthums und hinlängliche Bürgschaften gegen die Wiederkehr der ehemaligen Absolutie enthielt. Am 4. Juni 1814 versammelte er zum ersten Male die Kammern um sich, nachdem er aus ihr alle sogenannte Königsmörder entfernt hatte. Man verstand darunter diejenigen, welche im Convent für den Tod Ludwig's XVI. gestimmt hatten. Lud-



wig XVIII. publicirte die Charte und die Kammern nahmen sie unter Jubelruf an. Die wichtigsten der den Kammern zur Berathung vorgelegten Gesetze betrafen die einstweilige Aufhebung der Preßfreiheit und die Zurückerstattung der noch nicht verkauften Nationalgüter an die Emigranten. War auch letztere Maßregel schon vom Convent und von Napoleon in einzelnen Fällen angewendet worden und daher nichts Ungewöhnliches, so erregte das erste Gesetz destomehr böses Blut, weil es im Widerspruch mit den Bestimmungen der Charte stand. Die Liberalen waren daher durch diesen ersten Regierungsact tief verletzt. Noch schlimmer verfuhr aber die Regierung mit den Beamten und der Armee, indem sie „aus Mangel an Geld", zwei Drittheile der alten Officiere auf halben Sold setzte und fast alle napoleonische Veteranen verabschiedete. Die Verwaltungs- und Justizstellen wechselten ihre Inhaber; Emigranten traten an ihre Stelle, wie die Officiersstellen bei der Armee durch junge Leute von altem untadelhaften Adel besetzt wurden. Bald erschien eine Verordnung, wonach nur Die in die Kriegsschulen aufgenommen werden könnten, welche einen hundertjährigen Adel nachzuweisen vermöchten. Die von Napoleon für die Waisen der Ehrenlegionäre gestifteten Erziehungshäuser wurden bis auf eins aufgehoben. Die „ruhmwürdige" dreifarbige Cocarde mußte das Militair mit den „ruhmlosen" Lilien vertauschen. Emigranten und Klerus forderten die Güter zurück, welche ihnen die Revolution geraubt hatte. Der Todestag Ludwig's XVI. wurde am 21. Januar 1815 mit feierlichem Trauergepränge begangen, und sollte hinfort als allgemeiner Buß- und Bettag gefeiert werden. Processionen und feierliche Umzüge, bei welchen sich der Hof mit allen hohen Behörden betheiligte, fanden nicht selten statt. Bald hielt die religiöse Unduldsamkeit, im Gefolge des kirchlichen Fanatismus, ihren Einzug. Wie im vorigen Jahrhundert der Schauspielerstand unehrlich war, so weigerte sich auch jetzt der Klerus, die Leiche einer Schauspielerin Raucourt, welche bei ihren Lebzeiten an Arme und Kirchen reiche Spenden vertheilt hatte, in eine Kirche aufzunehmen und das übliche Todtenamt zu halten.

Unter solchen Umständen hatten die Bourbonen bald einen sehr großen Theil der Bevölkerung gegen sich. Als nun Napoleon im März 1815 landete, strömten ihm von allen Seiten die verabschiedeten Soldaten und Officiere mit ihren Vätern und Brüdern zu; die abgesetzten Beamten hofften von ihm ihre Stellen wieder zu erlangen; die verdienten, aber von den Bourbonen zurückgesetzten Generäle schlossen sich ihm an und die übrige Bevölkerung war, wenn auch nicht von Vorliebe für die Napoleonische Herrschaft, doch von tiefer Abneigung gegen das Regiment der Bourbonen erfüllt. Die Bourbonen flüchteten zum zweiten Male mit ihren Emigranten aus dem Lande und Napoleon bestieg zum zweiten Male

den französischen Thron. Dennoch hatte die bourbonische Regierung das Gute gehabt, daß das Volk an eine gewisse constitutionelle Ordnung gewöhnt und daher nicht gewillt war, den Tyrannenlaunen Napoleon's sich wieder zu unterwerfen. Napoleon nahm im Wesentlichen die Charte Ludwig's XVIII. an, ohne jedoch Zeit zu haben, seine veränderte Gesinnung kundzugeben und Schranken anzuerkennen, deren man gegen seinen Eisenwillen am meisten bedurfte und die er am liebsten als Staatskrankheit bezeichnete. Napoleon, von dem Mistrauen der Kammern und der Liberalen verfolgt, hoffte zuerst, den Frieden in Europa erhalten zu können und als das mislang, seine Feinde mit einem schnellen Streich zu zerstreuen und damit das verlorene Ansehen in Frankreich wiederherzustellen. Er erlag bei Waterloo der Uebermacht der Verbündeten, dem Verrathe Bourmont's und seiner eigenen Unschlüssigkeit. Die Bourbons nahmen zum zweiten Male Besitz vom väterlichen Thron, indem Fouché die Kammern, welche diese Dynastie durchaus nicht mehr wollten, von ernstlichen Anstalten für die Anerkennung Napoleon's II. abhielt und die napoleonischen Generäle von der Erfolglosigkeit eines längeren Widerstandes überzeugte. Am 8. Juli 1815 zogen die Bourbons aus Gent, wo sie bisher geweilt, wieder in Paris ein. Ludwig XVIII. war entschlossen, ein gemäßigteres Regierungssystem einzuführen, da er einsah, daß veraltete Grundsätze und Institutionen sich nicht mit Gewalt zurückführen lassen. Er erließ daher eine Proclamation, worin er versprach, die unter der vorigen Regierung gemachten Fehler verbessern zu wollen und die Gerüchte von Herstellung der Zehnten und Feudalrechte geradezu für Verleumdung erklärte. Diese gemäßigte Proclamation war vorzüglich ein Werk Talleyrand's, dem Ludwig XVIII. auch die Bildung eines liberalen Ministeriums auftrug. Die hervorragendsten Mitglieder desselben waren außer Talleyrand noch Fouché, Saint Cyr und Pasquier. Allein das Ministerium vermochte die Rachegedanken des Pavillon Marsan nicht zu mildern. Vielmehr sah die Regierung mit Gleichgiltigkeit zu, als im südlichen Frankreich das fanatisirte katholische Landvolk über die Protestanten und Napoleoniden herfiel und sie auf schauderhafte Weise abschlachtete. Diese Metzeleien währten bis zum September und wiederholten sich im October noch einmal. Nachdem eine Menge Personen aus der Pairskammer gestoßen, andere, welche sich Napoleon zugewandt hatten, mit Hochverrathsklagen bedroht worden und die Kammerwahlen entschieden zu Gunsten des äußersten Aristokratismus ausgefallen waren, reichte das Ministerium Talleyrand am 24. September seine Entlassung ein und der König übertrug dem Herzog von Richelieu die Bildung eines neuen Cabinets. Decazes war das hervorragendste Mitglied desselben. Die neuen Kammern traten am 7. October 1815 zusammen und bestanden zu Dreivierteln aus extremen Royalisten, welche königlicher als der König ihre

früheren Privilegien mit den Kroninteressen identificirten, die Güter des Klerus zurückforderten und gegen die Bureaukratie und die Centralisation der Regierung die Wiederherstellung der alten Corporationen und Provinzen mit einer Art aristokratischer Selbstregierung vertheidigten. Man nannte diese Kammer die „unauffindbare" (chambre introuvable). Nicht zufrieden mit der Verbannung der Napoleoniden und Königsmörder, beantragte sie sogar, neben der Confiscation ihrer Güter, auch die Absetzung aller Civil- und Militairbeamten, welche Napoleon anerkannt hatten, und zeigte sich sehr unzufrieden, als die Regierung nicht darauf einging. Dennoch hatte das Ministerium durch das Gesetz über Aufhebung der persönlichen Freiheit und über die Einrichtung von Prevotalgerichtshöfen Macht genug, um Monstreprocesse gegen eine Unzahl von misliebigen Personen anzustellen. Diese Prevotalhöfe waren eigentlich Specialhöfe für die Verbrechen der aufrührerischen Rufe und Handlungen. Sie bestanden aus einem Officier von mindestens Oberstenrang und vier Richtern; ihre Proceßordnung war ganz nach Art der Kriegsgerichte eingerichtet.

Die berühmtesten Processe, welche die Bourbonen zuließen, waren die des Generals Lavalette und des Marschalls Ney. Ersterer wurde vom Assissenhofe des Seinedepartement's zum Tode verurtheilt, durch seine Gemahlin und drei entschlossene Engländer aber aus dem Gefängniß gerettet. Der Marschall Ney hatte sich anfangs außer Landes geflüchtet, war aber später nach Frankreich zurückgekehrt und hielt sich auf dem Landgut einer befreundeten Familie im Süden versteckt. Dort wurde er von einem Obersten entdeckt, der zufällig seinen Säbel, den er einst von Napoleon zum Geschenk bekommen hatte, erkannte. Nach Paris gebracht, stellte die Regierung den Marschall vor die Pairskammer, da die alten Waffengefährten Ney's sich weigerten, an einem Kriegsgerichte theilzunehmen. Ney wurde nach einer erschütternden Verhandlung zum Tode verurtheilt und am 7. December 1815 erschossen.

Dieses System der Strenge und Rache, ausgeübt von einer Familie, die in den Herzen der Franzosen noch gar nicht Wurzel geschlagen hatte, unterstützt von Leuten, deren Anmaßung und egoistische Bedrückung man durch die Revolution beseitigt glaubte, erzeugte bedenkliche Symptome von Unruhe und Verschwörungen. Kaiser Alexander I., welcher die Dinge in Frankreich genau beobachten ließ, warnte den König ernstlich vor einer so bedenklichen Strenge, welche zur Verzweiflung treiben und den gebändigten revolutionären Geist wieder erwecken konnte. Der Herzog von Richelieu, wie Herr von Decazes, Beide gemäßigte Royalisten, bestärkten Ludwig XVIII. in seinem Aerger über die Afterweisheit der Kammern. So kam es, daß der König unvermuthet am 5. September 1816 die Kammern auflöste und die Bildung neuer befahl.

Die Ultrapartei oder die weißen Jakobiner, waren auf's Tiefste verletzt und boten Alles auf, bei den Wahlen die Mehrheit zu erlangen. Die Regierung wandte sich dagegen der gemäßigt-constitutionellen Partei zu, unter welcher Royer-Collard, Guizot und Villemain glänzten. Die Männer dieser Partei wurden Doctrinäre genannt, während die entschiedenen Constitutionellen, deren Mittelpunkt Lafitte war und wozu Manuel, Foy, Beranger, Lafayette und Benjamin Constant gehörten, sich den Namen der Independenten beilegten. Durch die Lehre von einer starken Regierungsgewalt standen die Doctrinäre dem Ministerium am nächsten. Um auch anderen Elementen, namentlich den gebildeten Ständen, den Eintritt in die Kammern zu erleichtern und das Uebergewicht der Aristokraten zu brechen, legte das Ministerium den Kammern ein neues Wahlgesetz vor, welches am 5. Februar 1817 angenommen wurde. Hienach durfte jeder unbescholtene Franzose, welcher über dreißig Jahre alt war und dreihundert Francs directe Steuern zahlte, Wahlmann werden. Um Deputirter zu werden, mußte man tausend Francs Steuern zahlen. Dadurch kamen, weil jedes Jahr ein Fünftel der Deputirten ausschied, viele gebildete Männer des Bürgerstandes in die Kammern, welche theils den Independenten, theils den Doctrinairs, theils sogar der republikanischen Partei angehörten. Das Ministerium sah sich deshalb genöthigt, immer mehr den Kammerwind zu steuern, hob 1818 die Prevotalhöfe auf und entzog dem Grafen von Artois den Oberbefehl der Nationalgarde. Allein der Herzog von Richelieu fürchtete, auf der Bahn liberaler Reformen noch weiter fortgedrängt zu werden. Er bereute das Wahlgesetz, das ihm jedes Jahr mehr Independenten in die Kammer brachte und sann auf Aenderung desselben. Da er indeß auf den lebhaften Widerstand seiner Collegen, namentlich Decazes' stieß, dankte er am 28. December 1818 ab. General Desolles wurde Ministerpräsident; Decazes hatte das Innere, St. Cyr den Krieg und Louis die Finanzen. Dieses gemäßigt liberale Ministerium bestand nur bis zum 19. November 1819. Gewarnt von den auswärtigen Mächten, nicht zu weit zu gehen, ohne das Vertrauen des Königs, und wegen seiner versöhnlichen Maßregeln von den Ultras gehaßt, dachte Decazes ebenfalls an eine Aenderung des Wahlgesetzes. Namentlich war der König entrüstet über die Wahl des Abbé Gregoire, eines „Königsmörders", welche die Royalisten am lebhaftesten unterstützt hatten. Da sich Desolles, St. Cyr und Louis aber zu keinen Concessionen an die Ultras verstehen wollten, so schieden sie aus dem Ministerium und Decazes, jetziger Herzog von Glücksburg, trat an die Spitze eines neuen. Sein Bestreben ging dahin, weder die Ultras noch die Liberalen sich über den Kopf wachsen zu lassen, sondern eine Mittelstraße einzuschlagen, um beide Parteien zu befriedigen. Die Ausschließung Gregoire's durch die Majorität der Kammer, bestärkte ihn

in seinem System. Allein die Coalition aller Parteien, mit Ausnahme der Linken, welche zu diesem Siege des Ministeriums beigetragen hatten, war nur durch die Noth gebildet worden. Decazes sollte bald erfahren, wie verhaßt er durch seine Unentschiedenheit bei den Ultras sei und wie wenig er auf die Kammermajorität bauen dürfe.

Am 13. Februar 1820 wurde nämlich der Herzog von Berry, von welchem die Bourbonen allein Nachkommen hoffen durften, durch einen fanatischen Menschen, Namens Louvel, beim Ausgange aus dem Opernhause ermordet. Louvel glaubte den Bourbons den Todesstoß zu versetzen. Allein die Herzogin fand sich schwanger und gebar am 29. September 1820 einen Sohn, Heinrich, Herzog von Bordeaux und Graf von Chambord, welcher mit dem Wasser aus dem Jordan, das Herr von Chateaubriand mitgebracht hatte, getauft wurde. Louvel hatte jene verruchte That ohne Mitschuldige vollbracht und wurde am 6. Juni 1820 hingerichtet. Dennoch erhoben die Ultras gegen Decazes die fürchterlichsten Anklagen und gaben ihm sogar Schuld, durch seine Begünstigung des Liberalismus solche verbrecherische Gedanken im Volke genährt zu haben. Clauzel de Coussergues nannte ihn in der Kammer gradezu einen Mitschuldigen Louvel's. Decazes trat nun ab und der Herzog von Richelieu ergriff wieder die Leitung des Ministeriums (20. Febr. 1820). Unter dem Einflusse des Schreckens, den Louvel's gräßliches Verbrechen auf alle Parteien ausgeübt hatte, beschlossen die Kammern, die unter Desolles eingeführte Preßfreiheit aufzuheben und den Ministern die Befugniß zu ertheilen, alle politisch verdächtigen Personen ein Jahr lang in Haft halten zu dürfen. Endlich wurde, trotz mehrfacher Aufläufe und Zusammenrottungen des Volks, welches die Kammern einschüchtern wollte, am 9. Juni ein Wahlgesetz, zu Gunsten der Aristokratie, erlassen, wonach die Deputirten von zwei Wahlcollegien, dem der Departements und dem der Bezirke, gewählt werden sollten. Das erstere bestand allein aus den höchst besteuerten Gutsbesitzern, das letztere aus allen im Bezirk wohnhaften Wählern, welche dreihundert Francs Steuern zahlen. Andere Maßregeln, wie politische und Preß-Processe, Beschränkung der Lehrfreiheit, Suspension Guizot's und Cousin's, sollten den öffentlichen Geist in strengere royalistische Bahnen zurückleiten. Die Presse, welche in Zeitungen und Journalen sich nicht mehr frei aussprechen durfte, suchte eine Zuflucht in Broschüren, deren Literatur von nun an den Markt zu überschwemmen drohte. Da brach die spanische Militairrevolution aus und übte einen verderblichen Rückschlag auch auf das französische Heer aus, während der freimaurerische Carbonarismus die Formen bot, um Verschwörungen gegen das königliche Haus zu organisiren. Im Norden wurde ein Militaircomplot entdeckt, das Veranlassung zu einer Umgestaltung des Heeres gab. Die Theilnehmer des Complots wurden jedoch von der Pairskammer sehr mild behandelt, worüber die

die Organe der Ultras sich heftig ereiferten. Ri-
näßigten Richtung der Pairskammer einigen Halt
Deputirtenkammer gänzlich verlassen, die von ihm
ltlose Wiederherstellung des Alten forderte. Das
ind empfing dafür ein Mistrauensvotum der De-
alb am 13. December 1821 sein Portefeuille nie-
: des Grafen Villèle nahm eine durchgreifende
; war, indem es alle Die aus den obern Staats-
lche ihm nicht ganz verläßlich schienen. Darauf
stlichkeit wichtige Zugeständnisse gemacht und die
chlichem Sinne geführt. Der Bischof Frayssinous
versität, der Unterricht unter die Aufsicht der Kirche
siker zum Behuf der Schule beschnitten oder ver-
züge zwischen Militairspalieren durchschritten wieder
n und Militair, befehligt, den Processionen zu fol-
nonien des katholischen Cultus mitmachen, gleich-
oder einer andern angehörten.
der Regierung fand in der öffentlichen Meinung
nahme; vielmehr fürchtete man, daß die recht ab-
agene Kirchlichkeit der Schleier wäre, unter dem
r Feudalherrschaft und der Despotismus der alten
sicher einziehen könne. Unter solchen Umständen
aire Gesellschaft „der Freunde des Volkes" in
unermeßlichen Anhang. An der Spitze dieser Ge-
nder Ausschuß (haut vente), den Niemand, als
sich selbst ergänzte und dem Alle gehorchten.
f ein verabredetes Zeichen Musterungen an einem
en, wobei sich die Verschworenen prompt und zahl-
eitende Ausschuß sandte nun am Ende des Jahres
e aus, um kleine Aufstände, die unter den Truppen
leich ausbrechen sollten, vorzubereiten. Allein die
r Sache Wind bekommen und zeigte schnelle Ent-
pörungen wurden erstickt und die haute vente,
war, daß von ihren Plänen nicht noch mehr ver-
nehr Menschen unglücklich gemacht würden, befahl,
Schritte einzustellen. Die Regierung ließ die
rgenten, unter ihnen den General Berton, hin-
en Revolutionären auf eine Zeitlang heilsamen
ber auch den inneren Haß gegen die Bourbonen
egierung auf dem eingeschlagenen Wege verharrte.
r Jahre 1822 und 1823 waren meist aus den
. Als nun die Regierung von ihnen Geld zum

spanischen Kriege verlangte, zeigten sie sich um so bereitwilliger dazu, als jene Vorfälle in der französischen Armee durch das Beispiel des spanischen Heeres motivirt schienen. Der Deputirte Manuel, ein leidenschaftlicher Redner der Linken, wurde durch einfache Ausstoßung aus der Kammer zum Schweigen gebracht, als er das Gefährliche einer Intervention für Ferdinand VII. entwickelte und auf das Beispiel Ludwig's XVI. hinwies. Die ganze Linke trat mit ihm aus und die geforderten hundert Millionen für den spanischen Feldzug und die Lorbeeren des Herzogs von Angouleme wurden rasch bewilligt. Als der Dauphin nun wirklich mit dem Siegeskranze zurückkehrte und die Royalisten seine Thaten weit über die Napoleon's erhoben, der die Spanier nicht habe unterwerfen können, da verloren die Liberalen den Muth, während die hierarchische und royalistische Partei in ihrer Unduldsamkeit immer weiter gingen und geachtete Lehrer oder Beamte, welche nicht ganz ihres Sinnes waren, entsetzten. Die Kammern von 1824 zeigten sich von einem streng hierarchischen Geiste beseelt; das Erste was sie verlangten, war eine noch größere Begünstigung des Klerus. Villèle brachte zunächst ein Gesetz ein, welches die Dauer der Kammersession von fünf auf sieben Jahre erhöhte und eröffnete den Emigranten die Aussicht auf Entschädigung, indem er die Zinsen der Staatsschuld von fünf auf drei Procent herabsetzte. Da das Ministerium nicht bei allen Journalen mit Bestechung oder Ankauf derselben ankam, wurde am 16. August 1824 die Censur wieder eingeführt. Die ministeriellen Deputirten erhielten Belohnungen und neugeschaffene Stellen; andere Beamte, welche in der Kammer nicht blindlings dem Minister gefolgt waren, wurden ihrer Aemter enthoben. Ludwig XVIII., der seine Kräfte immer mehr schwinden fühlte, bekümmerte sich seit mehreren Monaten nicht mehr um die Regierung; Villèle hatte daher freie Hand und wollte sich zugleich dem Thronfolger unentbehrlich machen. Als Ludwig XVIII. am 16. September 1824 gestorben war, folgte ihm sein Bruder Artois, Karl X., von welchem Adel und Klerus das bereitwilligste Eingehen auf ihre Forderungen hofften, die von dem klügeren Ludwig XVIII. oftmals spöttisch abgewiesen worden waren.

Der neue König ließ sich in Rheims krönen und mit dem heiligen Oele salben, womit Chlodwig und alle französischen Könige bis auf Ludwig XVI. gesalbt worden waren. Es waren nämlich noch einige Tropfen davon aus den Verwüstungen der Revolution gerettet worden, was Karl durch ein förmliches Protokoll feststellen ließ. Freilich diente diese Ceremonie nicht grade zur Erhöhung des Königthums, und die zwölf Millionen, welche die Kammern dazu bewilligten, wollten dem Volke nicht vollkommen gerechtfertigt erscheinen.

Karl X. (1824—1830) war das Werkzeug in den Händen der aristokratischen Partei, welche, indem sie für den Thron zu kämpfen schien,

doch nur ihre Interessen im Auge hatte. Karl war so von dieser Partei umstrickt, daß er sich von ihren schönen Worten blenden und zu den unklügsten Maßregeln verleiten ließ. Desto selbstständiger und entschiedener ging er voran, wo es sich um die Vermehrung des Ansehens der Kirche und die Verbreitung kirchlicher Frömmigkeit handelte. Villèle folgte, um seinen Posten zu behaupten, dieser Richtung des Königs, obwohl er im Innern darüber lächelte. Nachdem Villèle die Entschädigungen der Emigranten durch eine Milliarde Francs durchgesetzt hatte, erschienen zwei andere Gesetze, welche in Frankreich noch mehr Aufsehen machten, als die 1000 Millionen neuer Schulden. Dies waren das strenge Sacrilegiumsgesetz, wonach die Entweihung oder der Diebstahl heiliger Gefäße mit dem Tode bedroht war, und das Gesetz über die Einführung schwesterlicher Vereine, jener Vorbote der Möncherei, des Jesuitismus und der Proselytenmacherei, welche den Frieden der Gesellschaft zu stören kommen. Der König zog in seine Nähe nur ultramontane Bischöfe, wie den Cardinal Clermont Tonnerre, Erzbischof von Toulouse und de Latil, Erzbischof von Rheims. Auch zum Erzieher des Herzogs von Bordeaux nahm er einen der eifrigsten Kirchenfürsten, den Bischof Tharin von Straßburg. Die geistlichen Vereine, Congregationen, von Jesuiten geleitet, schossen wie Pilze auf und zählten viele Mitglieder, welche durch die Aussicht gelockt wurden, für einen wöchentlichen Beitrag von funfzehn Centimen und für das Lesen eines Paternosters und Ave Maria's oder das Anhören einer Messe, ihrer Sünden ledig zu werden. Der Abbé Lammenais führte durch die Presse die Vertheidigung des Ultramontanismus, verdammte die Charte und rechtfertigte die Unduldsamkeit gegen Andersgläubige. Ja er nannte jede Regierung gottlos, welche die Erziehung des Volks den Priestern entziehe oder eine Oberaufsicht üben wolle, da eine Regierung erst durch die Kirche legitime Rechte erhalte, und ihr folglich gegen die Priester keine Rechte zuständen. Dieser Ansicht folgten König und Ministerium, indem sie fleißig den Processionen beiwohnten und Stabsofficiere und Präfecten entsetzten, oder im Avancement zurückhielten, wenn ihnen die Pfarrer kein gutes Zeugniß über ihren kirchlichen Sinn und ihre Aufführung ertheilten. Je gesuchter aber dieses ganze Gebahren schien, um so unverhohlener wurde es durch die öffentliche Meinung bekämpft oder verspottet. Nicht nur, daß die Abonnentenzahl der liberalen Zeitschriften täglich wuchs, kam es sogar zu Störungen der Processionen, welche, wie pöbelhaft sie auch sein mochten, doch die Stimmung einer katholischen Bevölkerung über die hierarchischen Gelüste seiner Priester verriethen. Das Leichenbegängniß des ausgezeichneten liberalen Generals Foy (28. November 1825), und Manuel's (1827), dienten nicht minder zu Massendemonstrationen.

Von den gesetzlichen Gewalten trat die Pairskammer zuerst gegen das System Villèle's auf, indem sie das Gesetz über die Einführung des Rechts der Erstgeburt bei allen Erbschaften von mindestens dreihundert Francs Grundsteuer abwarf, und die mit großem Eifer verfaßte „Denunciation" des Grafen Montlosier, über das widerrechtliche Bestehen und Wirken der Jesuiten, dem Ministerium zur Berücksichtigung empfahl. Auch in mehreren andern Fällen erklärten sich die Pairs geradezu gegen Villèle. Dieser glaubte nun mit Ordonnanzen und Gewaltmaßregeln die Dinge zwingen zu können. Er nahm die Veranlassung dazu von einer Revue, die Karl X. am 28. April 1827 über die Pariser Nationalgarde abgehalten hatte, wobei, statt des üblichen Lebehochs auf den König, der Ruf: „Nieder mit den Ministern, nieder mit den Jesuiten" immer lauter und drohender erschollen war. Die Nationalgarde wurde aufgelöst und die Censur eingeführt. Im November 1827 folgte auch die Auflösung der Deputirtenkammer und der große „Pairsschub" von sechsundsiebzig neu ernannten Pairs, um Villèle die Majorität in dieser Kammer zu sichern. Allein die Neuwahlen zur Deputirtenkammer fielen ganz oppositionell aus, wiewohl Villèle die am 24. Juni eingeführte Censur schon am 5. November wieder aufgehoben und die öffentliche Meinung etwas versöhnt hatte. Ein neuer formloser Verein, „der Freunde der Preßfreiheit," aus welchem nachher die Gesellschaft: „Aide-toi, le ciel t'aidera" entstand und der sogar entschiedene Royalisten, wie Hyde de Neuville und Chateaubriand, zu Mitgliedern zählte, schleuderte Flugschriften und Witzblätter unter das Volk, worin Villèle's „deplorables System" auf's fürchterlichste gegeißelt wurde. Solchen Stürmen vermochte der zähe Premierminister nicht länger zu widerstehen. Er dankte ab und der König ernannte am 4. Januar 1828 das liberale Ministerium M a r t i g n a c. Man muß gestehen, daß die Noth den König dazu zwang; denn Villèle hatte übel gewirthschaftet und die Regierung mußte, trotz einer Einnahme von beinahe 1000 Millionen Francs, ein Deficit von 200 Millionen zugestehen. Nach einigen scharfen Seitenhieben auf das abgetretene Ministerium, bewilligten endlich die Kammern die geforderte Summe, in der Hoffnung, daß der Liberalismus alle Zweige der Verwaltung durchdringen und die Creaturen Villèle's aus ihren Aemtern entfernt werden würden. Die Presse erhielt nun Raum zu freierer Bewegung; die Wahlen wurden vor ministeriellen Umtrieben gesichert und endlich acht kirchliche Secundärschulen, welche die Jesuiten in verschiedenen Städten angelegt hatten, aufgehoben. Karl X. sträubte sich anfangs sehr, mit einem Federzuge die Werke seiner treuesten Diener zu vernichten; er zerbiß die Feder und meinte, „das sei das sauerste, das man ihm bisher zugemuthet habe". Endlich that er es, jedoch nicht ohne inneren Grimm gegen sein Ministerium. Der Fürst Polignac, welcher den Gesandtschaftsposten in

London bekleidete und der größte Liebling des Königs war, wurde herbeibeordert, um ein neues Cabinet zu bilden. Wellington ermunterte sogar den König dazu, weil Martignac damit umging, ein Bündniß mit Rußland zu schließen. Allein Polignac mußte wieder abreisen, da alle Mitglieder des Ministeriums erklärten, mit ihm zusammen nicht dienen zu mögen. Karl X. stellte nun seinem Ministerium eine andere Falle, um es zum Rücktritt zu zwingen. Martignac hatte zwei im Ganzen vortreffliche Gesetze über die Gemeinde- und Departementsverfassung ausgearbeitet, welche der König den Kammern des Jahres 1829 vorlegen ließ, mit der Bedingung, daß beide zugleich und unverändert angenommen würden. Durch eine Intrigue der Ultraopposition wurde gegen den Wunsch des Ministeriums der Entwurf über die Einrichtung der Departementsräthe, welcher manche antiliberale Bestimmungen enthielt, zuerst in Berathung gezogen und erfuhr vielerlei Abänderungen. Martignac widersetzte sich denselben und erklärte: das der Kammer vorliegende Gesetz sei eine königliche Gnadenbewilligung und die Kammer dürfe die Rechte des Königs nicht schmälern. Darauf entgegnete Sebastiani: „es sei künftig keine Berathschlagung mehr möglich, wenn ein Ministerium, um Recht zu behalten, sich hinter die Person des Königs zurückziehen dürfe". Nun eilten die Minister in die Tuilerien, wo sie Karl mit schadenfrohem Lächeln und den Worten empfing: „Nun, wie steht es, meine Herren? Habe ich Ihnen nicht gesagt, daß man mit diesen Leuten nichts ausrichten kann? Es ist Zeit, dem Dinge ein Ende zu machen." Die Gesetzentwürfe wurden noch an demselben Tage zurückgezogen. Martignac aber durfte fürder auf keinen Beistand von den Liberalen rechnen. Einzelne Mitglieder des Ministeriums traten aus; die Fractionen der rechten Seite näherten sich einander, um dem gefährlichen Andringen der Linken zu begegnen, welche, durch ihre Siege verführt, blindlings und ohne die drohenden Gefahren zu bemerken, vorwärts drängte. Der König, im Vertrauen auf die Einigkeit der royalistischen Partei, entließ endlich Martignac, der alle Parteien gegen sich hatte, und ernannte dafür den Fürsten Polignac zum Premierminister (8. Aug. 1829).

Fürst Julius von Polignac gehörte zur Ultrapartei. Sein Name war durch das ganze Land verhaßt, seitdem er sich geweigert hatte, die Charte zu beschwören. Obwohl nur mit oberflächlichen Kenntnissen und mittelmäßigen Talenten ausgestattet, fehlte es ihm nicht an jener Eitelkeit und Selbstgefälligkeit, welche die eigene Hohlheit hinter einem seligen Lächeln zu verbergen sucht. Labourdonnaye, sonst der „Ajax der äußersten Rechten", zeigte sich als Minister geschäftsunkundig und schwankend. Er trat daher bald aus und überließ seine Stelle Montbel, einem aufrichtigen Vertheidiger der Jesuiten. Bourmont, der Kriegsminister, ein tüchtiger General und entschlossener Charakter, war mit dem Fluche

des am Nationalruhme begangenen Verraths von Waterloo belastet. Guernon de Ranville, „der Messias der Congregation," war ein Ueberläufer der gemäßigt liberalen Partei, Gewaltmaßregeln im Grunde abhold, aber dem Könige bis zum Tode ergeben. Der Marineminister Baron d'Haussez und der Justizminister Courvoisier waren unbedeutend, wogegen der Finanzminister Chabrol große Kenntnisse in seinem Fach besaß. Als Talleyrand die Zusammensetzung dieses Ministeriums erfuhr, sagte er: „das ist das unmögliche Ministerium."

Eine düstere Stimmung lagerte auf dem Volke, da man täglich einen Staatsstreich gegen die Charte erwartete. Alles rüstete sich zum Widerstande, der namentlich von drei Zeitungen, dem National, dem Temps und dem Globe ausging, den Organen der entschieden constitutionellen, der doctrinären und der republikanisch-St. Simonistischen Partei. Geistvolle Männer, wie Thiers, Mignet, Armand Carrel und Guizot, hauchten der Presse eine edle Begeisterung für Recht und Wahrheit ein und forderten das Volk zum gesetzlichen Widerstande auf. Vereine zur Steuerverweigerung überzogen ganz Frankreich; die Gesellschaft „Hilf dir selbst und der Himmel wird dir helfen" rührte sich mit neuer Kraft und bereitete Lafayette bei seiner Rundreise im südlichen Frankreich außerordentliche Triumphe vor, während Karl X., wohin er kam, mit unglückverheißendem Schweigen empfangen wurde. Dennoch bestand der König auf seinem System, und Polignac mit der Camarilla zerstreute alle Besorgnisse durch den Hinweis auf die Armee.

Am 2. März 1830 eröffnete der König die Kammern, indem er die auswärtigen Verhältnisse auf's Glänzendste schilderte und der Eitelkeit der Franzosen durch die Erinnerung an die den Griechen geleistete Hilfe zu schmeicheln suchte. Er pries das Glück und die öffentliche Wohlfahrt Frankreichs, an welcher das Parteitreiben nicht den geringsten Antheil habe. Zuletzt erklärte er, die Rechte der Krone unverfälscht seinen Nachfolgern überliefern zu wollen und fügte die Drohung hinzu, daß er alle strafbaren Umtriebe, welche seiner Regierung Hindernisse bereiteten, niederzuschmettern entschlossen sei. Bei diesen Worten fiel dem erregten Könige der Hut vom Kopfe: der Herzog von Orleans hob ihn auf. Die Kammer erwiderte in ihrer Adresse, welche mit 221 gegen 181 Stimmen durchging, „daß jene Uebereinstimmung zwischen der Regierung und den Wünschen des Volkes nicht mehr vorhanden sei" (17. März). Der König vertagte nun am 19. März die Kammern bis zum 1. September und sandte ihnen am 16. Mai das Auflösungsdecret nach. Die Wahlcollegien wurden vom 23. Juni bis 20. Juli, die neue Kammer auf den 3. August einberufen. Chabrol und Courvoisier erhielten, als nicht ganz zuverlässig, den Abschied. Peyronnet und Chantelauze traten an ihre Stelle.

Es kam nun Alles auf die neuen Wahlen an, um die Pläne des Hofes auf gesetzlichem Wege durchzuführen. Der König erließ zu diesem Behufe eine würdige Ansprache an das Volk; die Ministerien schärften den Verwaltungsbeamten den größten Eifer ein, die Wahlen im Sinne der Regierung zu lenken und endlich sollte der Kriegsruhm dem Ehrgeize der Franzosen schmeicheln und sie mit der königlichen Familie aussöhnen. Das Mittel war sehr geschickt ausgedacht; allein der König beging den Fehler, dem verhaßten Bourmont den Oberbefehl über die Expedition zu ertheilen.

Diese Expedition war gegen den Dey von Algier gerichtet, welcher alle christlichen Schiffe ausplünderte und namentlich dem französischen Handel vielen Schaden zugefügt hatte. Vergebens ließ ihm die französische Regierung Vorstellungen darüber machen; vergebens ordnete sie eine Blocade der Algier'schen Gewässer an. Der Dey machte nun eine Gegenrechnung wegen des Schadens, den französische Schiffer seinen Kaufleuten angerichtet hatten und schlug den französischen Generalconsul, der Einwendungen dagegen erhob, frech mit dem Fliegenwedel in's Gesicht. Diese Beleidigung einer geheiligten Person bestimmte Polignac zur Kriegserklärung gegen Algier (29. April 1830). In Toulon wurde eine große Flotte ausgerüstet und unter den Befehl Duperré's gestellt. Das Landungsheer von 38,000 Mann commandirte Bourmont, welcher sich seiner Aufgabe vollkommen gewachsen zeigte. Nachdem er am 13. Juni die Ausschiffung seiner Truppen in Afrika bewirkt hatte, wurde er von den Arabern am 19. Juni in seinem Lager angegriffen. Er jagte zwar die Feinde in die Flucht und eroberte ihr Lager bei Staoueli, hatte indeß schon am 24. ein zweites sehr hitziges Gefecht zu bestehen. Nach vielen Verlusten, welche ihm das Klima und die herumschweifenden Araber zufügten, langte Bourmont am 29. Juni vor Algier an und schritt zur Belagerung. Am 4. Juli waren die Laufgräben fertig und das Geschütz spielte aus allen Batterien gegen das Kaiserschloß. Zugleich war ein Schiffsgeschwader am 29. Juni unter dem Contreadmiral Rosamel in die Bai von Algier gedrungen und unterstützte mit einem kräftigen Feuer die Anstrengungen des Landheers. Endlich, als die Türken die Fruchtlosigkeit ihres Widerstandes einsahen, sprengten sie das Kaiserschloß in die Luft. Der Dey capitulirte und durfte sich mit seinen Frauen und Schätzen nach Neapel begeben. Am 5. Juli zog Bourmont in Algier ein, wo er unermeßliche Beute fand. Fünfzehnhundert Kanonen, siebenzig Kriegsfahrzeuge und der Schatz der Casauba von achtzig Millionen Francs, fiel in die Hände der Sieger.

Das Volk blieb bei dem Siege, welcher der ganzen Christenheit zum Vortheile gereichte, theilnamlos; es erleuchtete nicht einmal die Fenster,



als Karl mehrtägige Dankfeste dafür anstellen ließ. Desto emsiger betheiligte es sich an den Wahlen, welche ganz antiministeriell ausfielen. Von den 221 Abgeordneten, welche für das Mistrauensvotum gegen das Ministerium Polignac gestimmt hatten, wurden 207 wieder gewählt, wozu noch 65 neue liberale Wahlen kamen.

Die Diplomatie, namentlich die russischen und österreichischen Gesandten Pozzo di Borgo und Graf Appony warnten Karl X. und das Ministerium, die Sache nicht auf die Spitze zu treiben und den revolutionairen Geist wieder zu erwecken, dessen man kaum Herr geworden sei. Ja sie schnitten dem König gradezu jede Hoffnung auf auswärtige Hilfe ab. Auch Guernon de Ranville und Peyronnet riethen von Gewaltschritten gegen die Charte ab. Der sicilianische Kronprinz Don Franzesco, welcher mit den Seinigen sich in Paris befand und, wo er sich blicken ließ, mit dem Geschrei: „Galotti heraus! Es lebe Galotti" empfangen wurde*), äußerte zu Karl X. auf dem letzten Hofballe: „wir tanzen auf einem Vulcane". Karl X. und Polignac wiegten sich aber in Sicherheit und wurden von dem päpstlichen Nuntius Lambruschini in ihrem Vorhaben bestärkt. Sogar die Damen der Halle und die Kohlenträger mußten der Camarilla dienen, um den König zu ermuthigen. Polignac versprach, das Heer zu gewinnen, und ließ am 26. Juli beinahe eine Million Francs unter die Soldaten vertheilen. Er rechnete überhaupt nicht auf Widerstand und log seinen Collegen vor, daß er in Paris 40,000 Mann und 20,000 Mann in der Nähe habe; in der That bestand aber die Armee in und um Paris nur aus 14,000 Mann. Der Herzog von Ragusa, Marschall Marmont, empfing den Oberbefehl, war aber mit den Voranstalten zur Verpflegung der Armee sehr unzufrieden, und meinte, daß, wenn wirklich die Pariser ihn ernstlich angriffen, er mit seiner geringen Zahl unterliegen müsse. Polignac redete ihm seine Bedenken aus. So reifte in Karl X. der Entschluß, mit einem Schlage den Absolutismus wiederherzustellen. Gestützt auf Artikel 14 der Charte, welcher den König im Fall der Noth zur Ergreifung außerordentlicher Maßregeln ermächtigte, erließ er am 26. Juli die berüchtigten drei Ordonnanzen, wodurch die Preßfreiheit aufgehoben, die Kammer unerhörter Weise vor ihrem Zusammentritt aufgelöst und ein neues Wahlgesetz octroyirt wurde, das die Zahl der Deputirten beinah um die Hälfte verminderte und die Wahl derselben den größern Grundbesitzern und höheren Beamten überlieferte. Die Justizbeamten wurden von der Bildung der Wahllisten ausgeschlossen und öffentliche Stimmabgabe bei den Wahlen geboten. Die vierte Ordonnanz berief die Kam-

*) Der Name eines angesehenen Salernitaners, der sich bei der neapolitanischen Revolution betheiligt hatte, dann nach Corsika geflüchtet, aber von der französischen Regierung ausgeliefert worden war.



mern auf den 28. September; die fünfte ernannte den Marschall Marmont zum Befehlshaber der ersten (Pariser) Division und in der sechsten wurde die Ernennung einiger neuer Staatsräthe aus den Ultras bekannt gemacht. Den Ordonnanzen war ein Bericht des Ministeriums an den König beigegeben, welcher von Entstellungen, Rechtsverdrehungen und willkürlichen Auslegungen der Charte strotzte und damit schloß: „der König möge zur Charte zurückkehren und Verordnungen „im Geiste“ derselben erlassen.“

Zweites Kapitel.

Das Jahrzehnt von 1830—1840. Neue Erschütterungen der Politik der heiligen Allianz durch die Revolutionen der Jahre 1830 und 1831. Grundsatz der Nichtintervention. Ludwig Philipp (1830—1848). Fürst Metternich. Kaiser Nikolaus I. Friedrich Wilhelm III. Lord Palmerston.

9. Die Julirevolution in Paris (28—30. Juli 1830) und das erste Regierungsjahr Louis Philipp's.

Als die Ordonnanzen an den Pariser Straßenecken erschienen, bildeten sich einzelne Gruppen Neugieriger, aus welchen Zeichen des Misfallens erschollen. Die Course sanken, und gegen Abend wurden einem Misliebigen die Fenster eingeworfen. Der Graf de Laborde versammelte einige in Paris anwesende Abgeordnete und Wähler, um die Schritte zu berathen, welche zu thun seien. Die Stimmung dieser Versammlung war im höchsten Grade erregt und der bewaffnete Widerstand schien das einzige Mittel, die unterdrückte Freiheit zu retten. Da erschien der geachtete Banquier und Abgeordnete Casimir Perier, einer der größten Parlamentsredner und Staatsmänner, und bestimmte die Versammlung, zuvor alle gesetzlichen Mittel anzuwenden, ehe die gefährliche Bahn der Gewalt beschritten werden könne. Man beschloß, am nächsten Tage sich wieder zu versammeln und zu berathen, was zu thun sei. Allein, was Perier verhindern wollte, wurde gerade von einer andern Seite beschleunigt. Die Redacteure der kleineren oppositionellen Blätter versammelten sich an diesem Abend bei Thiers, im Locale des National, und entwarfen eine Protestation gegen die Ordonnanzen, deren Ungesetzlichkeit sie mit allem Aufwande von Scharfsinn nachzuweisen suchten. Am Morgen erschien diese Protestation in mehreren liberalen Zeitungen und wurde vom Volke



heißhungrig verschlungen. Die Gruppen vom vorigen Tage mehrten sich und wurden durch die aus den Druckereien entlassenen Arbeiter zu einem bedenklichen Grade der Erbitterung entflammt. Die Polizei war nämlich in den Bureaus der liberalen Zeitungen eingebrochen und hatte die Druckereien versiegelt oder zerstört, weil die Redacteure nicht die Erlaubniß zum ferneren Erscheinen der Tagesblätter beim Könige eingeholt hatten. Am Abend des 27. gewährte Paris einen drohenden Anblick; schon war es hier und da zum Kampfe mit den königlichen Truppen gekommen; Waffenmagazine wurden erbrochen; Leute mit dreifarbigen Fahnen erschienen und stellten sich an die Spitze der Haufen, welche anfingen, Barricaden zu bauen, oder mit verrosteten Flinten, Säbeln und Steinen auf das Militair einzudringen. Vor dem Palais Royal, wo die Garde stand, kam es zuerst zum Gefecht, indem das Militair gewaltsam Garten und Platz jenes Palastes säuberte. Die Garde fühlte sich jedoch nicht stark genug, fernerem Andrange zu widerstehen, und Marmont sandte ihr fünf Bataillone Linie zu Hilfe. Allein die Linie weigerte sich lange, Bürgerblut zu vergießen, schoß den Leuten über den Köpfen weg und zeigte sich nicht recht disciplinirt. Der Ruf: „Es lebe die Linie!“ welchen man von den Aufständischen häufig hörte, machte sie in ihrer Treue wankend. In der Nacht vom 27. zum 28. wurde ganz Paris mit Barricaden überzogen und das Volk rüstete sich für den morgenden Kampf. Weiber und Kinder schleppten Steine in die oberen Stockwerke der Häuser, oder schnitten Bandagen und zupften Charpie; die Männer gossen Kugeln und machten Patronen, entleerten die Waffenmagazine ihrer Vorräthe und vertheilten sie unter einander. Fast alle Häuser waren des Nachts geöffnet, und Lebensmittel flossen den Volkskämpfern in Menge zu. Dagegen schlossen sich vor den Soldaten alle Pforten und der hungrige Krieger war selten im Stande, selbst nicht einmal für schweres Geld, Brot und Wein zu erhalten. Der erfahrene Marmont sah das Misliche seiner Lage ein. Aber Polignac schien unbekümmert; er schickte dem König nach St. Cloud beruhigende Botschaften und wiegte ihn in die größte Sorglosigkeit ein, sodaß dieser für den 29. eine große Jagdpartie anordnete.

Die Deputirten hielten während dieser Nacht wieder Sitzung, ohne einen entscheidenden Schritt zu thun und der Bewegung eine feste Richtung zu geben, damit sie nicht das gesteckte Ziel überschreite. Der Einfluß Casimir Périer's und des Advocaten Dupin des Aelteren beherrschte die Versammlung so, daß sie erst auf das entschiedene Auftreten einiger Pariser Wähler sich zu einer „ehrerbietigen Adresse an den Monarchen um Zurücknahme der Ordonnanzen in Folge der Aeußerung der öffentlichen Meinung“ entschloß. So verfloß die Nacht.

Marmont hatte unterdeß den Befehl erhalten, Paris in Belagerungszustand zu erklären. Demgemäß traf er seine Dispositionen der Art, daß er nach dem politischen Mittelpunkte der Stadt, nach dem Grèveplatze, operiren wollte, um des Stadthauses Herr zu werden. Am 28. früh um 8 Uhr entspann sich der Kampf auf allen Seiten. Eine Abtheilung Militair drang bis zum Grèveplatze vor und erstürmte das Stadthaus. Aber die beiden anderen schwächeren Abtheilungen, welche nach dem Bastilleplatz vorrücken und die Boulevards reinhalten sollten, wurden durch Barricaden, die hinter ihrem Rücken aus der Erde zu wachsen schienen, abgeschnitten, und mußten sich Nachmittags unter hartnäckigem Kampfe zurückziehen. Schauerlich wimmerten von allen Thürmen die Sturmglocken in das Gebrüll der Kanonen und das Knattern des Kleingewehrfeuers, während von allen Barricaden die Töne der Marseiller Hymne schmetternd die Lüfte durchzitterten. Die Zöglinge der polytechnischen Schule übernahmen die Anführerschaft an den meisten Barricaden, und willig gehorchten die alten Kämpfer den tapferen Jünglingen. Um Mittag erschien plötzlich die Nationalgarde in ihren alten Uniformen und mit ihren erfahrenen Officieren auf den bekannten Allarmplätzen. Marmont concentrirte nun die zweite und dritte Heeresabtheilung am Louvre, während er den neu entstandenen Kampf um das Stadthaus die ganze Nacht fortsetzen ließ. Zehnmal erstürmte die tapfere Garde das Stadthaus; zehnmal ward es ihr von der kühnen Jugend der Arznei-, der Rechts- und polytechnischen Schule wieder entrissen, um auf immer für Karl X. verloren zu sein.

Inzwischen war der greise L a f a y e t t e von seinem Landsitze nach Paris geeilt und beschleunigte durch seine Gegenwart die Entschlüsse der seit Mittag wieder versammelten Deputirten, welche sich, bekleidet mit der dreifarbigen Schärpe, schon an die Spitze des Volkes stellen wollten. Das Hotel L a f f i t t e wurde nun der Mittelpunkt einer revolutionären Regierung, von wo das Volk mit Geld, Munition und Lebensmitteln versehen wurde. Laffitte, der reiche Banquier, der redliche, geachtete Mann, das Haupt der radicalen Opposition in den Kammern, stürzte sich rückhaltlos in die begonnene Bewegung, um die Monarchie überhaupt zu retten, während jetzt vorsichtiges, ja feiges Schwanken alle Früchte der Umwälzung den Republikanern in die Hände liefern mußte. Deputationen gingen an Marmont, um ihn auf die Seite des Volks zu ziehen. Obwohl von der Unzulänglichkeit seiner Mittel überzeugt und in seiner Ueberzeugung von der Verfassungsmäßigkeit der Ordonnanzen durch seinen Freund Arago erschüttert, glaubte dieser General sich doch schon zu tief in den Kampf eingelassen zu haben, um unbeschadet seiner Ehre zurückzukönnen. Zwar schilderte er dem König offen seine Lage und rieth zur Nachgiebigkeit; aber der Eindruck seiner Berichte wurde durch die zuversichtliche

Haltung Polignac's geschwächt. Treu dem König, der ihm vertrauensvoll jenen hohen Posten angewiesen hatte, empfing Marmont die abgesandten Deputirten und zuckte blos schmerzvoll die Achseln, als Laffitte mit den Worten: „Also Bürgerkrieg!" die Verhandlungen abbrach. Sogar die Pairskammer, welche am 29. Morgens den Versuch machte, das zerrissene Band zwischen Frankreich und seinem Monarchen wieder zu knüpfen, vermochte bei Marmont nichts. Herr von Semonville und Herr von Argout stellten Polignac vergebens vor, daß er durch seine Halsstarrigkeit den König und die Monarchie ins Verderben stürze; sie suchten vergebens den Marschall zu bewegen, Polignac, „den verrückten", gefangenzunehmen; sie eilten vergebens nach St. Cloud und schilderten Karl X. in den ergreifendsten Worten die Verhältnisse. Die vornehmsten Vertreter des Staates beharrten auf ihrem Willen. Die Wellen der Revolution rollten daher mit jeder Minute näher und begruben in Frankreich zum zweiten Mal das legitime Königthum auf dem Bastilleplatze.

Am 29. Morgens, als der Kampf bereits wieder begonnen hatte, wurde eine Liste unter den Volkskämpfern ausgetheilt, welche die Namen einer angeblichen provisorischen Regierung enthielt. Ein alter napoleonischer Oberst, Dubourg, bot der provisorischen Regierung seine Dienste an, und zwei Journalisten bestellten sich aus eigener Machtvollkommenheit zu Secretairen derselben. Allein weder Lafayette, noch der General Gerard, noch der Herzog von Choiseul, aus welchen angeblich die provisorische Regierung bestand, wußten darum. Diese Mystification brachte unter den versammelten Abgeordneten eine ungewöhnliche Aufregung hervor und bestimmte sie zur Wahl einer „Municipalcommission", bestehend aus Laffitte, Lobau, Casimir Périer, Mauguin, Audry de Puyraveau und Schoonen. Lafayette empfing den Oberbefehl über die bewaffnete Macht. Einige Stunden später saß die Municipalcommission auf dem Stadthause und leitete alle Geschäfte. Die Generale Gerard und Pajol liehen der Sache des Volkes ihren Arm und Geist. Fast elektrisch wirkte auf die Barricadenkämpfer das Erscheinen des greisen Lafayette, den man nicht nur wegen seiner Redlichkeit und Entschiedenheit, sondern noch mehr wegen seiner fast jugendlichen Begeisterung für das Volk verehrte. Erhielt der Volkskampf aber durch Lafayette erst seine militairische Stütze, so empfing er durch die Entscheidung des Handelstribunals, „daß der Drucker des Courier Français seine Pressen zum Weiterdruck herzugeben habe, indem die Bürger den die Charte verletzenden Ordonnanzen keine Folge zu leisten hätten", seine gesetzliche Sanction. Hochherzige Begeisterung für das Ideal des Fortschritts mischte sich mit der ruhigen Ueberzeugung von der Rechtmäßigkeit der vertheidigten Sache, und erzeugte jene Scenen kaltblütiger Todesverachtung und bewundernswürdiger Uneigennützigkeit, denen die Geschichte ihre Theilnahme nicht versagt hat. Kein Alter, kein Geschlecht,

stand dem andern an Heldenmuth nach. Auch das Militair bewies in seiner schwierigen Lage eine heroische Ausdauer und Aufopferung im Dienste der Ehre und makelloser Treue, sodaß selbst die unzuverlässige Linie erst von Hunger, Durst und Munitionsmangel zur Niederlegung der Waffen vermocht werden konnte. Auch das Volk erkannte die ruhmwürdige Haltung der Armee an und zeigte sich gegen den überwundenen Feind menschlicher, als vierzig Jahre früher. Nach einer glänzenden Vertheidigung räumten die Truppen das Louvre und das Palais Royal. Um 3 Uhr Nachmittags ertheilte Marmont den Befehl zum Rückzug, der durch das Boulogner Hölzchen nach St. Cloud führte. Mit musterhafter Strenge wachte die schwielenbedeckte Hand des Arbeiters über die Heiligkeit des Eigenthums, beugte des Nationalgardisten feiner Tact rachsüchtiger Zerstörung möglichst vor. Wurde während des Kampfes auch hier und da ein Diebstahl verübt, so geschah dies meist nur von entsprungenen Verbrechern und das Volk übte an den Frevlern sofort strenge Justiz, indem es sie niederschoß. Zwar entgingen die Heiligthümer der frommen Dauphine nicht dem Hohn, der erzbischöfliche Palast nicht der Verwüstung, die lilienverzierten Tapeten und Büsten Karl's X. nicht schmachvoller Zerstörung. Allein die Kunstschätze des Louvre, in welchem der Franzose die großartigsten Momente seiner Geschichte in dem schmeichelhaftesten Lichte verewigt sieht, hütete man mit Ehrfurcht gebietendem Stolz. Die Kostbarkeiten, Gelder und werthvollen Geräthschaften wurden im Stadthause zusammengetragen, während die Betten der königlichen Familie und des gründlich verhaßten Erzbischofs in die Spitäler wanderten, um den Tausenden schwer Verwundeter die Genesung zu erleichtern, oder ihre letzten Augenblicke weniger qualvoll zu machen. — Die gefallenen Kämpfer wurden später feierlich unter der Julisäule bestattet.

Marmont wurde in St. Cloud sehr übel empfangen, ja laut ein Verräther gescholten. Wenig fehlte, daß der Marschall verhaftet worden wäre. Inzwischen hatte Karl X. den Herren Semonville und Argout nachgegeben und sie mit der Nachricht, „daß er die Ordonnanzen zurücknehme, die Kammern auf den 3. August einberufen, die Nationalgarden wiederherstellen, und ein neues Ministerium Mortemart-Perier-Gerard ernennen werde," nach Paris geschickt. Er erwartete noch Antwort darauf. Da kamen seine Abgesandten mit niedergeschlagenen Mienen zurück. Sie hatten die Stimmung des Stadthauses und der Bevölkerung zu antibourbonisch gefunden, als daß sie viel Tröstliches mitbringen konnten. Indeß hatten sie doch erwirkt, daß die provisorische Regierung auf den Herzog von Mortemart bis zum 30. früh 1 Uhr zu warten versprach. Der Herzog fand jedoch unübersteigliche Hindernisse, um zur festgesetzten Zeit erscheinen zu können, und als er endlich des andern Tages sich vorstellte, erwiderte ihm Laffitte, daß nach dem sieg-



reichen Kampfe keine Aussöhnung mehr möglich wäre, während der radicale Mauguin das fürchterliche Wort: „Zu spät!" hinzufügte, und Lafayette's Proclamationen einen unumwunden feindlichen Geist athmeten. Die Parteien, deren Stimmführer sich soeben ausgesprochen, und deren Einmüthigkeit den Sieg der Tricolore erwirkt hatte, dachten theils an die Gründung einer neuen Dynastie durch den Herzog von Orleans, theils an die Aufrichtung der Republik. Nur ein geringer Theil des pariser Volkes, welches allein hier entschied, hatte Napoleon noch nicht vergessen und arbeitete für die Berufung eines Napoleoniden zum Throne, sei es des Herzogs von Reichstadt, oder des Exkönigs Joseph, welcher einige Zeit später wirklich von Amerika nach England kam, um dem Schauplatz der Begebenheiten nahe zu sein. Die meisten Aussichten auf Erfolg hatte die republikanische Partei, weil die kampfesmuthige Jugend ihren schönsten Traum zu verwirklichen, der Proletarier aber die Früchte seiner kriegerischen Tapferkeit, wie seiner friedlichen Arbeit durch republikanische Institutionen zu sichern hoffte. Dagegen durchzuckte den wohlhabenden Bürgerstand eine instinctmäßige Abneigung vor der Republik, welche ihm, wenigstens in Europa, verurtheilt zu sein schien, bluttriefenden Hauptes, gefolgt von den Gespenstern der Anarchie, einherzuschreiten. Daher that die Nationalgarde mit großem Eifer die Sicherheitswachen und schmiegte sich inniger an solche Abgeordneten an, die ihr einen moralischen Halt gewährten. — Die Deputirten ergriffen den Augenblick und handelten rasch, um das Provisorium zu beenden. Am 30. brachten mehrere von Laffitte influencirte Journale Artikel, welche den Herzog von Orleans als den geeigneten Mann in der gegenwärtigen Krise empfahlen. Laffitte stellte darauf in der Kammer den Antrag: Louis Philipp die Generalstatthalterschaft des Königreichs zu übertragen und sandte, als die Versammlung beipflichtete, Boten nach Neuilly, um den Herzog einzuladen, sich unverzüglich nach Paris auf seinen Posten zu begeben. Louis Philipp eilte noch in derselben Nacht dahin und gelangte verkleidet über die Barricaden in das Palais Royal, wo er den Herzog von Mortemart schon vorfand, der ihn um seine Absichten befragte. Louis Philipp soll ihm die Versicherung gegeben haben, daß er die Krone nicht annehmen würde. Als nun am Morgen des 13. die Deputation der Kammer erschien, ihm förmlich die Statthalterwürde anzutragen, schwankte der Herzog zwar, ließ sich aber durch Talleyrand's Wort: „Man soll annehmen," dazu bewegen. Louis Philipp erließ nun die berühmte Proclamation: „Eine Charte wird von nun an eine Wahrheit sein," wodurch er die Hoffnung erweckte, es würde eine neue Charte gegeben werden. Als aber die Deputirten blos eine Revision der alten Charte vornahmen, legte er seinen Ausspruch dahin aus: „Die Charte wird von nun an eine Wahrheit sein."

Vielfach nahm man die Kunde von der Wahl des Herzogs von Orleans mit sichtbarem Unwillen auf. Auch die Municipalcommission fühlte sich gekränkt, weil sie bei einer so wichtigen Sache von der Deputirtenkammer ganz übergangen worden war. Laffitte wußte aber Lafayette von der Unmöglichkeit einer Republik zu überzeugen und bestimmte die Abgeordneten, den Herzog an der Spitze, in feierlichem Aufzuge nach dem Stadthause zu marschiren und des Herzogs Anerkennung daselbst zu bewirken. Der Plan gelang vollständig. Lafayette führte den Herzog selbst ans Fenster, um ihn dem Volke vorzustellen. Louis Philipp schwenkte eine dreifarbige Fahne und das Volk rief: „Es lebe Lafayette! Es lebe der Herzog von Orleans!" Drohend zeigte aber der alte Dubourg auf die dichtgedrängten Volksmassen und sprach: „Sie kennen unsere Rechte; wenn Sie dieselben vergessen, werden wir sie Ihnen zurückrufen." Louis Philipp suchte ihn zu beruhigen. Dennoch gab sich die republikanische Partei nicht zufrieden, sondern entwarf ein Programm, welches die ausgedehntesten Forderungen umfaßte und beauftragte Lafayette, dasselbe vom Generalstatthalter anerkennen zu lassen. Louis Philipp wußte jedoch dem greisen Freiheitshelden so zu schmeicheln, daß dieser das „Stadthausprogramm" mit keiner Sylbe erwähnte und sich zu dem Bekenntniß gedrungen sah: „dem französischen Volke thut ein Thron, umgeben von republikanischen Einrichtungen, Noth." Die Municipalcommission löste sich nun auf, um nicht des Ehrgeizes beschuldigt zu werden, hielt sich aber für verpflichtet, für die Staatsverwaltung zu sorgen und machte eine Ministerliste bekannt, aus Männern verschiedener Parteien bestehend: Dupont de l'Eure, Gerard, Louis, Rigny, Bignon und Guizot. Nachdem Louis Philipp die Häupter der republikanischen Partei gewonnen hatte, mußte ihm daran liegen, den König selbst zur Abdankung zu vermögen. Denn noch gebot derselbe über 12,000 Mann tapferer Garden, welche zu längerem Widerstande entschlossen waren. Zu diesem Zwecke reisten einige angesehene Orleanisten zu Karl nach Rambouillet, wo er jetzt sein Hoflager aufgeschlagen hatte. Nach einigem Widerstreben fügten sich Karl X. und der Herzog von Angoulème, und unterzeichneten beiderseits die Entsagungsurkunde zu Gunsten des Herzogs von Bordeaux. Der König bestätigte die Generalstatthalterschaft Orleans' und empfahl ihm die Rettung der Krone für das königliche Kind. Mit dieser Entsagung waren aber weder der Herzog-Statthalter noch die constitutionelle Partei zufrieden. Der letzteren trat das Gespenst des Bürgerkrieges, die Gefahren einer allen Intriguen ausgesetzten Regentschaft zu lebhaft vor die Seele, und der Erste war auch schon zu weit gegangen, als daß er nicht noch einen neuen Versuch wagen sollte, den König aus Frankreich zu entfernen. Marschall Maison, Schoonen und Odilon Barrot wurden zu dieser Mission ausersehen. Wirklich schüchterten sie den König so ein, daß er sich zur sofortigen Abreise ent-

schloß. Die drei Abgesandten geleiteten seine traurige Reise nach der Küste, die vom 4. bis 15. August dauerte, und oftmals von lauten Misfallszeichen der Bevölkerung begleitet wurde. Karl X. bewahrte seine Würde im Unglück, während die Herzogin von Angoulême in dumpfem Schmerz versunken dasaß und nur einmal ihrem Unwillen über die verkehrten Maßregeln des letzten Jahres, die sie so heftig bekämpft hatte, Luft machte. Marmont mit der Garde gab dem Könige das Geleit bis Valognes. Hier nahm Karl Abschied von Frankreich und seinen braven Truppen. Es war eine rührende Scene, als jene Treuen ihm zu Füßen stürzten und seine Hände mit Thränen netzten. Er bat sie, sich zu beruhigen, nahm ihre Fahnen in Empfang, und sprach zu ihnen mit erhobener Stimme: „Meine Freunde, ich nehme diese Fahnen mit mir; ihr habt sie ohne Makel zu erhalten gewußt: ich hoffe, daß eines Tages mein Enkel das Glück haben wird, sie euch zurückzugeben.“ Der arme König! Er wußte es wohl, daß Orleans den Thron bestiegen hatte. Am 16. August segelte die königliche Familie nach England ab und ließ sich in Schottland auf dem alten Schlosse Holyrood nieder, nachdem ihre Landung in Portsmouth durch das englische Volk verhindert, und ein Besuch bei Hofe ihr abgeschlagen worden war. Dort blieb Karl X. bis zum Herbst 1832, siedelte dann nach Prag über und endete sein Leben in Görz am 6. November 1836. Der Herzog von Angoulême starb 1844 in Grätz; sieben Jahre darauf folgte ihm seine muthige Gemahlin, nachdem sie die letzten Tage ihres Lebens unter frommen Andachtsübungen nnd in werkthätiger Frömmigkeit dahingebracht hatte.

Louis Philipp rechtfertigte das Vertrauen Karl's X. sehr schlecht, und die Herzogin von Angoulême hatte Recht, als sie erklärte, der König habe mit seiner Entsagung auch das Exil aller Bourbonen decretirt. Louis Philipp, Sohn des berüchtigten Egalité (Th. 2, S. 295), 1773 geboren, hatte sich nach des Vaters Beispiel mit jugendlicher Leidenschaft in die Revolution gestürzt und genoß bei den Jacobinern bedeutendes Ansehen. In einem Briefe unterzeichnete er sich: „Louis Philippe Egalité, durch Geburt französischer Prinz zu seinem Unglück, allein Jacobiner bis zu den Fußzehen.“ Er focht die Schlachten von Valmy und Jemappes mit und war es, der in der ersteren die Soldaten seines schon auf der Flucht begriffenen Bataillons durch Anstimmung der Marseillaise zum Stehen brachte und unter den Klängen derselben die feindliche Batterie eroberte. Beim Beginn der Schreckensherrschaft trat er mit Dumouriez zu den Oesterreichern über, und begab sich dann nach der Schweiz, wo er in einem Privat-Institut zu Reichenau als Lehrer der Mathematik angestellt wurde. Als die Revolution auch die Schweiz bedrohte, ging er nach England und dann nach Nord-Amerika, welches er meist zu Fuß durchreiste (Th. 2, S. 267), und seine Institutionen kennen lernte. Die

Erhebung Napoleon's auf den französischen Kaiserthron scheint in Louis Philipp eine allmälige Sinnesänderung bewirkt und ihm die Nothwendigkeit klar gemacht zu haben, daß sämmtliche Mitglieder der königlichen Familie sich enger an einander schließen müßten. Er schmeichelte daher den Engländern, die sein Vaterland bekriegten, und erhielt von ihnen 2000 Pfd. Jahrgelder. Er bedauerte tief den Justizmord am Herzog von Enghien, vermählte sich 1809 in Palermo mit Marie Amalia, Tochter des Königs Ferdinand IV. von Sicilien, und schwor „Treue dem legitimen Souverain und Haß dem revolutionären Wahnsinn." Nach der Restauration kehrte er ebenfalls nach Frankreich zurück, erhielt den Titel als königlicher Prinz, den Rang eines Generals, und seine väterlichen Besitzungen zurück. Bei Napoleon's Rückkunft floh er nach England, nachdem er dem Marschall Mortier in einem sehr zweideutigen Schreiben den Oberbefehl in den nördlichen Departements übergeben hatte. Von dort aus richtete er: „Memoires an den Wiener Congreß über die Ursachen, welche den Sturz der Bourbonen in den Jahren 1789 und 1814 herbeigeführt haben." Eine Partei in Frankreich, wie unter den Diplomaten, ja der Regent Georg IV. selbst, dachten schon daran, ihn auf den französischen Thron zu setzen. Allein Wellington meinte: „Da hätten wir blos einen Usurpator aus gutem Hause; das revolutionäre Princip, gegen das wir kämpfen, wird mit Orleans an der Spitze nicht minder, als mit Bonaparte zu fürchten seien." Louis Philipp verwahrte sich indeß selbst gegen alle Krongelüste und so nahm ihn Ludwig XVIII. wieder zu Gnaden auf. Allein weder der König noch die Herzogin von Angoulème trauten ihm. Als die letztere ihn einmal beim Bohnenspiel zum Könige wählte, entfuhr ihr ein Scherz, der ihre innersten Gedanken verrieth: Nun sind Sie doch König ohne Verbrechen!" worauf der Herzog von Orleans entgegnete: „doch wird der Verlust dieser Krone leichter zu verschmerzen sein, als der einer andern!" Louis Philipp richtete sich im Palais Royal ein, sah die vornehmsten Künstler, Dichter und Industriellen bei sich und ließ seine Knaben in öffentlichen Schulen erziehen. Sein Leben hatte einen gewissen bürgerlichen Anstrich und in seinem Sommersitze Neuilly schien er sich gern einsamen Betrachtungen zu überlassen, und keine andere Sorge zu kennen, als seine Familiengüter in wirthschaftlichen Zustand zu setzen. Im Geheimen unterhielt er jedoch Verbindungen mit der liberalen Partei, warf gegen Vertraute wohl ein Witzwort über den frömmelnden Hof hin, und gestattete es sogar, daß sein Name, mit Vorsicht gebraucht, das Schiboleth für die „Hoffenden" bildete. Oeffentlich zeigte er die größte Abneigung vor der Politik, war zuvorkommend gegen die königliche Familie, und herablassend gegen die Bürger. Allein er hütete sich wohl, seine Gesinnungen kundzugeben, denn er blieb jedesmal von den Sitzungen der Pairskammer aus, sobald eine wichtige Frage verhan-

delt wurde. Als Karl X. gekrönt wurde, rief er zuerst am anhaltendsten sein: „Vive à jamais Charles X.;“ dafür bedachte ihn der König auch mit einer bedeutenden Schenkung. Von Natur etwas habsüchtig, strengte Louis Philipp sogleich gegen 30,000 Eigenthümer einen Proceß an und suchte gegen sie alte urkundliche Rechte geltend zu machen, die im Laufe der Zeit in Vergessenheit gerathen waren. Der König war sehr ungehalten darüber und Orleans mußte nachgeben. Martignac beurtheilte ihn ganz richtig. Die beabsichtigte Verringerung des Budgets traf nämlich auch die hohe Apanage des Herzogs, wogegen dieser sich sträubte. Spottend appellirte das Ministerium an seinen Patriotismus und erinnerte ihn an die Gefahr, seine Popularität durch fortgesetzte Weigerung zu verlieren.

Für diesen Mann, der im Ganzen als kenntnißreich, klug, liberal und rechtschaffen galt, wollte Laffitte den Thron wieder aufrichten. Der Regent eröffnete am 3. August die Kammern, und theilte die Entsagungsurkunde Karl's X. und des Herzogs von Angoulême mit, ging aber darüber hinweg, daß der König seinen Enkel Heinrich V. zum Nachfolger ernannt hatte; denn er hoffte, sogleich zum Erben der erledigten Krone ernannt zu werden. Indeß glaubte die Kammer es dem Volke schuldig zu sein, vorher eine Revision der Charte vorzunehmen, um die misliebigsten Artikel daraus zu entfernen. Besonders verhaßt waren der Eingang zur Charte, weil er diese als ein Geschenk des Königs erscheinen ließ, und die Erblichkeit der Pairswürde, womit Villèle und Polignac soviel Misbrauch getrieben hatten. Dem Abgeordneten Bérard überhaupt verdankt die Charte das, was sie Freisinniges hat. Am 6. und 7. August fanden unter Perier's Vorsitz die Revisionsdebatten statt, aber unter dem Terrorismus der vor dem Sitzungsgebäude tobenden Menge, welche die Abgeordneten in die Seine zu werfen drohten, „wenn sie die Revolution verriethen.“ Schon die Thronerledigungserklärung gab zu lebhaften Erörterungen Anlaß, indem die Abgeordneten Berryer, Conny und Hyde de Neuville, mit aller Achtung, welche dem Unglück gebührt und mit jener erhabenen Ueberzeugung, daß man ein großes, welthistorisches Unrecht zu begehen im Begriff sei, für die Legitimität Heinrich's V. sprachen. Die Versammlung war ergriffen, als Conny mit den prophetischen Worten schloß: „Wenn wir das göttliche Recht der Krone antasten, so sehe ich die doppelte Geißel des Bürgerkriegs und des auswärtigen Kriegs dem Vaterlande drohen; ich sehe die Freiheit verschwinden ohne Wiederkehr; ich sehe französisches Blut fließen, und dieses Blut, es fällt auf unsere Häupter.“ — Nur der kranke, aber gewaltig redende Benjamin Constant vermochte den Eindruck dieser Worte etwas zu verwischen. Bei der endlichen Abstimmung über die Berufung des Herzogs von Orleans zum Throne stimmten 219 dafür und 33 dagegen; 30 Deputirte verweigerten,

ihre Stimme abzugeben. Darauf erließen die Deputirten eine Erklärung: Der Thron Frankreichs sei durch die Abreise und Entsagung Karl's X. erledigt; darum müßten die Abgeordneten für die Wiederbesetzung, eine unter den gegenwätigen Umständen unabweisbare Nothwendigkeit, Sorge tragen." Darauf folgten die Verbesserungen, welche man mit der Charte vorgenommen hatte, und die geeignet schienen, das Volk wenigstens von Gewaltthätigkeiten abzuhalten.

Louis Philipp zeigte in jenen Tagen eine ungewöhnliche Leutseligkeit gegen Jedermann; sein Haus stand Allen offen, nur nicht den Abgesandten der Bourbons. Besonders zeichnete er Lafayette aus, und wußte sogar den für Schmeicheleien sonst unempfänglichen Dupont de l'Eure zu bestechen, indem er Worte des Unmuths über die Doctrinäre fallen ließ. Noch am 7. August begaben sich die Abgeordneten in feierlichem Zuge nach dem Palais Royal, um Louis Philipp seine Erwählung zum König anzuzeigen. Der Herzog erwiderte auf Laffitte's Anrede: „daß er sich aus Liebe zum Vaterlande dem Volkswillen füge und die revidirte Charte annehme." Allgemeine Rührung herrschte im Saale; auch Lafayette wurde hingerissen und klopfte dem Herzog auf die Schulter mit den Worten: „Wir haben ein gutes Werk gethan; seht hier die beste der Republiken." Darauf trat Louis Philipp mit Laffitte und Lafayette auf den Balcon, wo sie vom Volke mit stürmischem Jubelruf empfangen wurden.

Die Pairskammer, gegen welche sich damals vorzüglich der Unwille des Volkes kehrte, hatte am Abend des 7. August die einfache Anzeige dessen, was die Deputirten beschlossen hatten, empfangen. Sie glaubte nun, nicht zurückbleiben zu dürfen, und stimmte, trotz Chateaubriand's glänzender Rede zu Gunsten des Herzogs von Bordeaux, den Beschlüssen der Deputirtenkammer mit neunundachtzig gegen dreizehn Stimmen bei, verwahrte sich jedoch im Gefühl ihrer Würde gegen die verlangte Ausschließung der sechsundsiebzig jüngst ernannten Pairs, derenwegen sie an die Weisheit des Generallieutenants appellirte. Darauf begab sie sich ebenfalls zum Statthalter, um ihm die Krone anzutragen.

Am 9. August erfolgte die Eidesleistung des neuerwählten Königs. Casimir Perier, in einen einfachen Oberrock gekleidet, verlas die von der Deputirtenkammer erlassene Erklärung; Pasquier überreichte die Beitrittsurkunde der Pairskammer. Darauf las der Herzog die von Dupont de l'Eure dargebotene Eidesformel mit lauter Stimme ab, unterzeichnete die Charte und bestieg als Louis Philipp I., König der Franzosen, unter dem Donner der Geschütze und den lebhaftesten: „Vive le roi!" den mit einer einfachen Tricolore verzierten Thron. Darauf sprach er mit fester Stimme: „Meine Herren Pairs und Deputirten! Ich habe in diesem Augenblick einen Schritt gethan, dessen Bedeutung Niemand so tief, als ich empfinden kann. Ich fühle den ganzen Umfang der Pflichten,

welche ich damit übernehme, und bin mir bewußt, daß ich sie erfüllen werde. Mit voller Ueberzeugung habe ich den mir vorgelegten Bundesvertrag angenommen. Ich hätte lebhaft gewünscht, niemals den Thron, auf welchen der Volkswille mich soeben berufen hat, einzunehmen. Allein Frankreich, in seinen Freiheiten angegriffen, sah die öffentliche Ordnung gefährdet; die Verletzung der Charte hatte Alles verwirrt; man mußte die Herrschaft der Gesetze wiederherstellen und die Kammern hatten die Pflicht, dafür zu sorgen. Sie haben es gethan, meine Herren! Die weisen Veränderungen, welche wir soeben an der Charte gemacht, bürgen für die Sicherheit der Zukunft und Frankreich wird, wie ich hoffe, fortan glücklich im Innern, geachtet nach Außen sein, wie auch der Friede Europas sich immer mehr befestigen wird."

Am 11. August ernannte Louis Philipp sein Ministerium: Molé für das Aeußere, Dupont de l'Eure für die Justiz, Baron Louis für die Finanzen, Marschall Gérard für den Krieg; Sebastiani erhielt das Seewesen, Guizot das Innere und der Herzog von Broglie den Cultus und Unterricht. Laffitte, Casimir Perier, Dupin der Aeltere und Bignon wurden Mitglieder des Ministeriums ohne Portefeuilles. Talleyrand empfing den wichtigen Gesandtschaftsposten in London.

Louis Philipp hatte eine schwierige Stellung sowohl gegen die Parteien im Innern, als gegen die ausländischen Cabinete. Wiewohl diese fast allgemein den Sturm hatten heranziehen sehen, so hatte sich doch Niemand den Ausgang so ernst, so verderblich für das legitime Königthum vorgestellt. Woran man funfzehn Jahre mit so viel Kraft, Geschick und Einmüthigkeit gearbeitet hatte: das letzte revolutionäre Fünkchen zu ersticken, stellte sich plötzlich als eine Sisyphusarbeit dar. Zu der Furcht vor einem Aufstand der Unzufriedenen in Deutschland, Italien und Polen gesellte sich die Angst, daß der revolutionäre Strom die französischen Grenzen überfluthen und die Niederlage von Waterloo zu rächen kommen würde. Metternich überschaute mit gewohntem Scharfsinn diese Verhältnisse. Er sah die Sache der Bourbonen als verloren an, und hielt es für gerathen, seinem System: „zu Gunsten der Legitimität zu interveniren," lieber zu entsagen, als durch Einmischung in die inneren Parteihändel Frankreichs die revolutionäre Kraft zu erhöhen, welche Louis Philipp nach und nach schon selbst zu mäßigen wissen werde. Auch hegte Kaiser Franz in seiner bürgerlichen Moral einen Widerwillen gegen die unzuverlässigen Bourbonen. Er soll gesagt haben: „Das kommt vom Nichtworthalten; was man einmal gegeben hat, darf man nicht wieder nehmen; was man versprochen hat, muß man halten."

Der Meinung des Wiener Cabinets schloß sich auch das Berliner an. Die Abgesandten Louis Philipp's wurden von beiden Höfen artig empfangen, und Glückwunschschreiben an den König der Franzosen abge-

sandt. Der König Wilhelm IV. von England war der erste Souverain, der Louis Philipp als Bruder begrüßte. Die Mittel- und Kleinstaaten folgten bald nach, außer Modena, das „mit einem Revolutionär und Usurpator kein Freundschaftsbündniß anknüpfen mochte." Gleiche Gesinnungen theilte Kaiser Nikolaus, nur mit dem Unterschiede, daß sie hier gefährlicher waren, als bei dem Herzoge von Modena. In der That dachte Nikolaus an Krieg gegen Frankreich und meinte auch seine Verbündeten mit fortreißen zu können. Allein in Berlin und Wien hatte, wie bereits erwähnt, eine mildere Auffassung der Verhältnisse Platz ergriffen. Zudem lief bald ein sehr demüthiger Brief Louis Philipp's in Petersburg ein, worin der Kaiser um seinen und den Beistand der heiligen Allianz zur Aufrechthaltung des Friedens gebeten, und die Besitznahme des Throns als ein Act der politischen Nothwendigkeit dargestellt wurde. Dennoch würde dies Louis Philipp wenig genützt haben, wenn nicht die belgische Revolution dem Julithrone einen Verbündeten, und der polnische Aufstand dem russischen Kaiser einen gefährlichen Feind erweckt hätte, überhaupt Europa durch die Katastrophe von Paris in eine solche Aufregung versetzt worden wäre, daß jede Regierung im Innern genug zu thun fand, um sich nicht jede Intervention zweimal zu überlegen.

Mit der Thronbesteigung Louis Philipp's war der revolutionäre Geist in Frankreich keineswegs erloschen. Vielmehr hatte diese gewaltsame Erschütterung der bestehenden Rechtszustände so vielfache Hoffnungen und Wünsche unter Denen erzeugt, welchen der Sieg der drei Tage vorzüglich zuzuschreiben war, daß sie es gar nicht glauben wollten, die Revolution habe nur „das verletzte Gesetz" gerächt und sei mit einigen freisinnigen, den Meisten gleichgiltigen Aenderungen der Verfassung vollendet. Die politischen Vereine schossen üppig empor, beeinflußten Kammern und Minister und geberdeten sich als Wächter der Volksfreiheiten. Die meisten Journale stimmten einen oppositionellen Ton an und hörten nicht auf, zu wiederholen, daß Louis Philipp König „von Volks wegen" sei und die Volkssouverainetät anerkennen und schützen müsse. Die Stockung der Geschäfte, der eintretende Arbeitsmangel, die Unterbrechung des Credits, welche die Kammer sogar durch eine zehntägige Verlängerung aller Wechselfristen sanctioniren mußte, führten Unzufriedenheit mit Dem herbei, was durch den „glorreichen Kampf der drei Tage" errungen worden war. Die sociale Lehre des Grafen St. Simon, welche plötzlich in Paris auftauchte und von Enfantin und Bazard gepredigt, von Pierre Leroux im „Globe" vertreten wurde: daß „Jedem nach seiner Fähigkeit, jeder Fähigkeiten nach ihren Werken" gegeben, das Erbrecht aufgehoben, die Frauen zur Vertretung zugelassen werden sollten, — diese Lehre fand daher ungeheuern Anhang unter „der zahlreichsten und ärmsten Classe der Bevölkerung", deren „physisches und moralisches Loos zu verbessern",

das „neue Christenthum“ St. Simon's ausmachte. Indeß erleichterte gerade die reißende Verbreitung der socialen Lehren, die sich in den Orgien des Père Enfantin selbst das Grab gruben, dem Könige die Unterdrückung der Republikaner, indem der St. Simonismus diese Partei in rein politische und sociale Republikaner spaltete, und die Partei selbst verunreinigte. Dagegen sammelten sich die Besitzenden, „die Bourgeoisie“, in geschlossener Phalanx, um den Thron, mit dessen Vertheidigung auch die Interessen des Eigenthums und der Familie, die in Enfantin's „Emancipation des Fleisches“ so gröblich beleidigt worden waren, zusammenhingen. Auch die reinen Republikaner ehrten Lafayette, „den Heros der Freiheit, den eigentlichen Herrscher des damaligen Frankreichs.“ Die gesammte Nationalgarde des Landes empfing nur von ihm Befehle und des Königs Proclamationen gingen erst durch seine Hände. Die Abgesandten der Provinzen meldeten sich bei ihm; die Diplomaten verkehrten in seinem Salon und schöpften dort ihre Nachrichten über die wahren Absichten der französischen Politik. Mit dem Minister Dupont de l'Eure und dem Seinepräfecten Odilon Barrot zusammen beherrschte Lafayette sowohl das Ministerium, als die Pariser Bevölkerung. Allein die Nationalgarde stand nur solange zur unbedingten Verfügung Lafayette's, als „die Bourgeoisie“ noch nicht das Bedürfniß der Ordnung und Ruhe empfand und kein wesentliches Interesse der heutigen Gesellschaft von republikanischer Seite gefährdet sah. Von dem Augenblicke, wo der bemittelte Bürgerstand dies wahrnahm, standen die Nationalgarden, wie bereits die Kammern, zum Throne und verliehen ihm die besten moralischen und physischen Stützen. In der That fand dieser Wechsel nach der Emeute des 22. Decembers statt.

Die durch allerseits wiederholte Schmeicheleien in das Fabelhafte erhobenen „glorreichen Thaten der drei Tage“ hatten das lange niedergehaltene, oder unrichtig gefaßte Ehrgefühl der Franzosen mit allen Erinnerungen der Napoleonischen Zeit aufs Neue erweckt. Die Franzosen dünkten sich jetzt wieder unüberwindlich und Jedermann glaubte, daß ehestens die Kriegstrompete „Frankreichs Heldensöhne“ zum Kampfe für Freiheit und Vaterland rufen würde. Dieser kriegerischen Stimmung bemächtigte sich die Napoleonische Partei. Joseph Bonaparte beanspruchte in einem Briefe an Lafayette den französischen Thron für den Herzog von Reichstadt. Der große Kaiser wurde von Beranger besungen, von Mery und Barthélémy der vermeintlich „freiheitsfeindlichen“ Richtung des Julikönigthums als Schreckbild vorgehalten, während August Barbier den Napoleoncultus in satyrischen Gedichten wieder zu dämpfen suchte, als der gewaltige Kriegsheld die Hauptfigur auf allen Vorstadttheatern, bei allen Kunstreitergesellschaften, Pantomimen und Puppenspielen wurde. Dieser ins Breite gehende Enthusiasmus verrauchte jedoch sehr schnell und konnte der Regierung keine ängstlichen Besorgnisse einflößen. Desto bedenklicher

mußte die Haltung der legitimistischen Partei sein. Im Süden des Reichs, wie in der Vendée, wo theils ein fanatischer Priesterstand eine abergläubische Menge beeinflußte, theils alte royalistische Ueberlieferungen aus den Bürgerkriegen des vorigen Jahrhunderts sich erhalten hatten, nahm man die Revolution mit Abscheu auf. Die blutigen Scenen von 1815 wiederholten sich in Nismes und der Umgegend; die Protestanten fielen unter dem Schlachtmesser des fanatischen Pöbels und der neue König wurde laut ein Verräther an seinem Herrn und Verwandten gescholten. Der größte Theil des Adels und Officierstandes, die Geistlichkeit, die Beamten hingen der älteren königlichen Linie mit unwandelbarer Ergebenheit an. Guizot's Ausspruch: „daß man Louis Philipp gewählt habe, weil er ein Bourbon sei," prallte erfolglos an ihnen ab, weshalb sich die Regierung genöthigt sah, eine große Razzia unter den Beamten vorzunehmen. Man setzte sechsundsiebzig Präfecten, hundertsechsundneunzig Unterpräfecten, dreiundfunfzig Generalsecretaire und hundertsiebenundzwanzig Präfecturräthe ab; fünfundsechzig Generäle wurden pensionirt; fünfundsechzig Regimenter erhielten neue Obersten und einunddreißig Festungen andere Commandanten. Als Gegengewicht gegen die daraus entspringende öffentliche Misstimmung eines großen Theils der Bevölkerung wurden einige liberale Maßregeln verordnet. Namentlich schaffte man das Sacrilegiengesetz ab, und führte für Preß- und politische Vergehen die Jury ein. Die verbannten Conventsmitglieder und andere Flüchtlinge kehrten zurück; die Häupter der südeuropäischen Revolutionen wurden auffallend von der Regierung begünstigt, um sie den nordischen Großmächten entgegenzuwerfen, falls sie für den Legitimismus das Schwert ziehen sollten. Louis Philipp selbst zeigte nicht nur überall die größte Leutseligkeit und Zuvorkommenheit gegen den Bürger, sondern entblödete sich nicht, auf seinem Balcon oder im Theater zu den Tönen der Marseillaise*), oder der damals viel gesungenen, von Casimir Delavigne gedichteten Parisienne den Tact zu schlagen, oder beifällig mit dem Kopf zu nicken. Ein Meister in der Kunst, sich zu verstellen, wußte er sich Anfangs von allen Regierungsgeschäften entferntzuhalten, obwohl er die Berathungen des Ministeriums durch Vertraute nach seinem Sinne leitete. Er verstand den Satz: „le roi règne, mais ne gouverne pas", meisterhaft auszubeuten und den Verdacht misliebiger Maßregeln von sich ab und auf seine Minister zu lenken. Das Schwanken zwischen Krieg und Frieden, die Träume von allgemeinem Glück und Wohlstand, welche in den Clubs als die Früchte der Revolution gepriesen wurden, die fieberhafte Spannung auf die weiteren Erfolge

*) Der in Vergessenheit gerathene greise Dichter der Marseillaise, Rouget de l'Isle, erhielt eine Pension von 1500 Francs und durch eine Nationalsubscription viele Tausende.



der Revolution, die religiöse Sectirerei der neuen Templer und des Abbé Chatel, erzeugten eine gewisse Unbehaglichkeit des Lebens und den Wunsch nach Ruhe und Ordnung. Die Nationalgarde eilte daher mit Eifer herbei, wo es Krawalle der Arbeiter gab, die überhaupt eine drohende Haltung gegen das Maschinen- und Fabrikwesen angenommen hatten; sie trieb die Clubs auseinander, während die Kammer rasch ihre Zustimmung zur Aushebung von 108,000 Mann Truppen ertheilte und das unerhörte Budget von 1050 Millionen Francs genehmigte. Dieses Alles, sowie der bevorstehende Proceß der gefangenen Minister Karl's X., welchen Destut de Tracy durch seinen Gesetzvorschlag wegen Abschaffung der Todesstrafe ein milderes Loos bereiten wollte, schien nicht geeignet, die ersehnte Ruhe herbeizuführen. Louis Philipp sah die Wogen der Revolution noch zu hoch gehen, um der öffentlichen Meinung Widerstand zu leisten. Er entließ daher nicht nur sein Ministerium, sondern bewilligte auch den brotlosen Arbeitern eine ansehnliche Summe aus seinen Privatmitteln und erhielt von der Kammer einen Credit von fünf Millionen zur Wiederaufnahme der öffentlichen Arbeiten, wie zur Stiftung von Banken.

Am 2. November bildete Laffitte ein neues, liberales Ministerium, woraus die verhaßten Doctrinaire verbannt wurden. Laffitte selbst wurde Präsident desselben und Finanzminister, Gerard Kriegsminister; Marschall Maison erhielt das Auswärtige, Graf Montalivet, „der Held des jungen Frankreichs", das Innere, und Merilhou den Cultus; Dupont und Sebastiani behaupteten sich im Besitz ihrer Portefeuilles. Schon am 17. November fanden indeß wieder einige Veränderungen im Ministerium statt, indem Marschall Soult Kriegsminister, Sebastiani Minister des Auswärtigen und d'Argout Marineminister, Maison Gesandter in Wien wurden.

Der Proceß der gefangenen Minister: Polignac, Peyronnet, Chantelauze und Guernon de Ranville, schien die Tage des Juli erneuern zu wollen. Während nach König Karl's X. Sturz die übrigen Minister entronnen waren, hatte das Volk jene vier Männer auf der Flucht ergriffen. Die öffentliche Stimme forderte ihren Tod. Als nun der König auf Andringen der Kammer ein Gesetz zur Aufhebung der Todesstrafe für politische Vergehen erließ, kam es am 18. October vor Vincennes, wo man die Minister verwahrte, zu einem Volkstumult, der nur durch die Entschlossenheit des Commandanten und Odilon Barrot's gedämpft wurde; denn das Volk glaubte, man wolle die Minister seiner Rache entziehen. Nachdem die Voruntersuchung geschlossen war, begannen am 15. December die öffentlichen Verhandlungen des Ministerprocesses vor der Pairskammer. Beranger, Persil und Madier de Montjean vertraten die anklagende Deputirtenkammer. Martignac vertheidigte mit seltenem Edelmuthe und hinreißender Beredtsamkeit seinen Feind Polignac; Hennequin

sprach für Peyronnet, Sauzet für Chantelauze und Cremieux für Ranville (20. December). Obwohl gegen eine Verurtheilung der Minister schon die Absetzung des Königs sprach, so mußte aus politischen Gründen dennoch eine Bestrafung derselben erfolgen. Die Pairskammer verdammte in der That auch alle Minister zu lebenslänglichem Gefängniß und Polignac sogar noch zu bürgerlichem Tode. Dem Volke schien die Strafe zu mild. Ernste Unruhen brachen aus und die Behörden hatten Noth, die verurtheilten Minister wieder unverletzt aus dem Gerichtssaal des Luxembourg nach Vincennes zu führen. Da indeß Lafayette, Dupont und Barrot mit dem gefällten Urtheil sich vollkommen einverstanden erklärten, so verlief sich die Bewegung schon am 22. December. Die Minister wurden nach Ham in der Picardie abgeführt, wo sie bis 1836 gefangen saßen und dann unter fast allgemeiner Zustimmung ihre Freiheit erhielten.

Eine Folge der letzten Unruhen war Lafayette's Enthebung von der Stelle eines Oberbefehlshabers der gesammten französischen Nationalgarden, ein Beschluß, den die Kammer auf geheime Anregung des Königs am 24. December faßte. Einerseits war nämlich die Furcht Louis Philipp's und „der Bourgeoisie" vor der materiellen Macht der Republikaner mit ein Hauptbeweggrund dieser Maßregel; andererseits hatte sich in den Decembertagen der innere Zwiespalt der republikanischen Partei zu stark verrathen, als daß man nicht gefahrlos diesen für die neu zu begründende Ordnung bedeutsamen Schritt hätte thun können. Mit Lafayette nahm auch Dupont seinen Abschied. Der orleanistische Graf Lobau wurde Commandant der Pariser Nationalgarde; Merilhou erhielt Dupont's Portefeuille und Barthe bekam den Cultus. Am 1. Januar 1831 erfolgte durch königliche Ordonnanz die Auflösung der großentheils republikanisch gesinnten Artillerie der Nationalgarde. Einige Monate nachher erhielten Odilon Barrot, der Seinepräfect, und Baude, der Pariser Polizeipräfect, ihren Abschied, weil sie den Unruhen des Februar und März 1831 nicht mit Energie gesteuert hatten. Das Volk nämlich, unzufrieden mit der hohen Civilliste von 18 Millionen, misgestimmt über die Unthätigkeit, welche die Regierung den belgischen und polnischen Insurrectionen gegenüber verrieth, verletzt durch das neue Wahlgesetz, das, obwohl es durch Herabsetzung des Census die Anzahl der Wähler von 80,000 auf 200,000, die der Wahlfähigen von 8000 auf 24,000 erhöhte, doch im Vergleich zu der Einwohnerzahl Frankreichs eine zu geringe Ausdehnung politischer Rechte zu enthalten schien, ferner die lebhaften und beißenden Angriffe des National und Figaro auf das Ministerium, das es mit allen Parteien verdorben hatte, — alles Dieses zusammen hielten die Legitimisten für einen Fingerzeig, die öffentliche Aufmerksamkeit wieder auf die Bourbonen lenken zu dürfen. Sie veranstalteten deshalb am 14. Februar in

der prächtigen Hofkirche St. Germain l'Auxerrois einen pomphaften Trauergottesdienst für den Herzog von Berry und leiteten einen Tumult ein, welchen die Nationalgarde nicht zu dämpfen vermochte. Allein das Volk durchschaute die Sache schon am folgenden Tage. Der alte Haß gegen die Bourbons brach mit neuer Wuth wieder aus. Die Hofkirche wurde zerstört, der Palast des Erzbischofs verwüstet, und die Regierung gezwungen, die Kreuze und Lilien von den öffentlichen Gebäuden herabzunehmen. Im nächsten Monat (12. März) entstanden wegen Polen neue Unruhen, indem das Volk tobend die Straßen durchzog und Krieg mit Oesterreich und Rußland forderte. Louis Philipp konnte und wollte sich mit dem Ausland nicht überwerfen. Er unterhielt daher einen geheimen Schriftwechsel mit Maison, dem Gesandten in Wien, von welchem Laffitte nur durch Zufall etwas erfuhr. Indeß sah Laffitte daraus, daß Louis Philipp ihm nicht sein volles Vertrauen schenkte und dankte ab (13. März). Casimir Périer wurde sein Nachfolger, der Erfinder des Systems „der rechten Mitte", welcher mit kräftiger Hand und klarem Geiste Frankreich auf die Bahn der Ordnung zurückführte, die Laffitte, trotz der besten Absichten und der bewunderswürdigsten Aufopferung materieller Vortheile, nicht zu erzielen im Stande gewesen war. Mit Casimir Périer, dem Präsidenten und Minister des Innern, wirkte namentlich Soult in gleichem Sinne, indem er die heruntergekommene Armee wieder organisirte und die schlaffen Zügel der Disciplin stärker anzog. Der kundige Baron Louis wurde Finanzminister, Barthe Justizminister und Großsiegelbewahrer, Montalivet Cultus-, d'Argoult Handels- und Rigny Marineminister.

Mit dem Ministerium des 13. März endet der revolutionaire, anarchische Zustand des Juli-Frankreichs. Wir wenden uns nun zu den Wirkungen, welche die Julirevolution auf das übrige Europa ausübte. Zuerst hallte der Kanonendonner von Paris in Brüssel wieder.

10. Die Belgische Revolution (25. August 1830). König Wilhelm I. und van Maanen. De Potter und Juan van Halen.

Als der Wiener Congreß die Neugestaltung Europas in Erwägung zog, lagen fast alle Staatsmänner noch unter der Furcht vor Frankreich gefangen. Deshalb fand die besonders von England vertretene Ansicht Beifall, Bollwerke an den bedrohtesten Punkten der französischen Grenze aufzurichten, dadurch, daß man größere Staatencomplexe gründete. Die belgischen Niederlande, obwohl eine alte Besitzung des Hauses Oesterreich, wurden nun an den neu ernannten König Wilhelm I. von Holland gegeben und damit ein Staat von mehr als sechs Millionen Menschen geschaffen, welcher alle Bedingungen der öffentlichen Wohlfahrt: Fabriken und Handel, eine wohlgerüstete Flotte und ein zahlreiches Heer, in sich

vereinigte. Allein die politische Rücksicht auf Frankreich und eine gewisse Vorliebe für den, dem englischen Königshause verwandten holländischen Monarchen, ließen die Engländer die große Verschiedenheit der zu einem Staate vereinigten Nationalitäten übersehen. Belgien war Fabrik- und Industriestaat, Holland ein Handelsstaat, der sich auf Colonien stützte und im Besitze derselben die alten Träume von einer Hauptseemacht noch fortträumte. Belgien zählte vier Millionen katholische, Holland zwei und eine halbe Million protestantische Einwohner. Dennoch betrachteten die Holländer sich als das Hauptvolk und die Belgier wie ein zu Gnaden angenommenes, unterworfenes Volk. König Wilhelm, ein höchst aufgeklärter Mann, aber etwas hochfahrend, habsüchtig, eigensinnig und unüberlegt in seinen Aeußerungen schonte weder die Vorurtheile der katholischen Mehrheit, noch die Herrschaft der Priester, welche die römische Kirche als Grundpfeiler ihres stolzen Gebäudes ansehen muß. Er verbot nicht nur die Veröffentlichung päpstlicher Bullen, sondern ließ den Bischof Broglie wegen Veröffentlichung derselben zu Pranger und Deportation verurtheilen. Die Freiheit des Unterrichts, welche dem katholischen Priesterstande das gesammte Erziehungswesen überlieferte, wurde aufgehoben, wofür die Regierung das Schulwesen selbst vortrefflich regelte. Die Studirenden der Theologie zwang man, das vom Könige im Jahre 1825 gegründete philosophische Collegium zu Löwen zu besuchen, ehe ihnen der Eintritt in ein bischöfliches Seminar freistand. Der Klerus klagte vergeblich über diese Härte und suchte im Beichtstuhl und in geheimen Conventikeln das Volk gegen die Gewaltmaßregeln einer „ketzerischen Regierung" zu entflammen. Endlich gewann dieses offene Widerstreben der Jesuitenpartei gegen die Vernichtungspläne der Regierung ein anderes Ansehen, als sich eine Coalition zwischen der ersteren und den Liberalen knüpfte, um in den Kammern gemeinsam zu handeln.

Die Belgier hatten nämlich, außer den kirchlichen, nicht ungerechte finanzielle Beschwerden. Waren sie durch die politische Ehe mit Holland schon wider ihren Willen zur Bezahlung der ungeheuren holländischen Staatsschuldenlast mit verpflichtet, überstiegen ohnehin die Abgaben die Steuerkraft, lähmten die Industrie und vertheuerten die Lebensmittel, so fühlten sich die Belgier durch ein höchst willkürliches Zusammenwerfen des zehnjährigen stehenden und des einjährigen außerordentlichen Budgets so verletzt und verwirrt, daß man sich nicht anders aus diesem Labyrinth herauszufinden wußte, als durch die Annahme: „der König verwende die Staatsgelder zu Privatspeculationen." Da Belgien nur 55 Abgeordnete zu den Generalstaaten sandte, — ebensoviel als das kleinere Holland — so fielen die Beschwerden einzelner Oppositionellen vor dem Uebergewicht und dem Hohn der ministeriellen Majorität. Die ehemals üblichen Geschworenengerichte wurden nicht wiederhergestellt, die Unabsetzbar-



keit der Richter dem Willen des Königs nicht gemäß befunden und die Verantwortlichkeit der Minister, eine Hauptforderung des Constitutionalismus, für unnöthig erklärt, da die Minister schon dem König verantwortlich seien. Die holländische Sprache wurde Geschäfts- und Gerichtssprache in Belgien, wo Alles französisch sprach. Endlich litt die Presse unter allerlei Ausnahmegesetzen und königlichen Ordonnanzen, sodaß den Belgiern jeder Weg abgeschnitten war, wo sie für ihre Beschwerden auf gesetzliche Weise Abhilfe finden konnten.

Als nun die Regierung die Opposition auf den Landtagen entschlossener und einmüthiger fand (1828); als die Presse, geschützt durch den katholischen Klerus, eine ausschweifende Rücksichtslosigkeit entfaltete, und zahlreiche Petitionen um Erfüllung der Constitutionsparagraphen die Tische der Generalstaaten bedeckten, trat sogar ein Theil der holländischen Abgeordneten auf belgische Seite. Die Regierung blieb fest und entsetzte alle Beamte, welche gegen sie gestimmt hatten, nicht nur ihrer Aemter, sondern entzog ihnen auch das Wahlrecht.

Das Hauptorgan dieser gewaltthätigen Maßregeln war der Justizminister van Maanen, ein Mann, der verschiedene Ueberzeugungsphasen durchlaufen hatte, Anhänger des Convents gewesen, dem Könige Ludwig und dem Kaiser Napoleon gedient, dann durch eine kühne Schwenkung nach der oranischen Seite sich bei König Wilhelm einzuschmeicheln gewußt hatte, der ihn wegen seiner großen Geschäfts- und Rechtskenntnisse, wie wegen seiner Anhänglichkeit an die absolute Monarchie, schätzen lernte. Auf diesen Maanen entlud sich alles Gift und alle Galle, welche aus den Federn der oppositionellen Presse floß. Daher war die Presse dem Justizminister ein Dorn im Auge und er beschloß, sie unschädlich zu machen. Zu diesem Zwecke ließ er fünf Redacteure liberaler Zeitungen und den in Belgien gefeierten Publicisten de Potter ins Gefängniß werfen (1828). Gerade dieses Verfahren machte aus de Potter einen Märtyrer und erregte das öffentliche Mitleid für ihn. Eine Aeußerung des Königs, welche das Benehmen der Opposition als Infamie bezeichnete, trug nicht dazu bei, die Anhänglichkeit der Belgier für ihn zu vermehren. Als Wilhelm nun gar mit eiserner Hand das Heiligthum der Justiz zerstörte und allen Richtern mit Absetzung drohte, die nicht im Sinne der Regierung handeln würden, erließ de Potter vom Kerker aus einen Aufruf zur Bildung von Vereinen zur Unterstützung abgesetzter „patriotischer" Beamten, der ungemeinen Anklang fand. Van Maanen leitete gegen de Potter, Tielemans, Bartels und de Neve, wegen Complots zum Umsturz der Regierung, den Proceß ein. Die Angeklagten wurden, trotz der glänzenden Vertheidigungen van de Weyer's und Gendebien's, zu mehrjähriger Landesverweisung und Erstattung der Kosten verurtheilt (30. April 1830). Noch ehe de Potter den heimatlichen Boden verließ, rich-

tete er ein Schreiben an König Wilhelm, worin er ihn bat, Belgien zu retten, ehe es zu spät sei. Er wandte sich nach Paris und sah von fern den revolutionären Sturm auch über sein Vaterland dahin fegen. Die Julitage gaben den Belgiern ein schlimmes Beispiel; man fand die heimischen Verhältnisse den französischen ähnlich; Pariser Sendlinge bemühten sich, durch Geld und aufreizende Reden auch dieses Land zu revolutioniren.

In Brüssel waren für den 24. August große Feierlichkeiten zu Ehren des königlichen Geburtstages vorbereitet. Sie unterblieben jedoch; denn schon am 23. fand man an den Straßenecken folgende Anschläge: „Montag Feuerwerk, Dienstag Illumination, Mittwoch Revolution!“ Am 25. August kam es nach der Aufführung der „Stummen von Portici“ zu bedenklichen Aufläufen. Volkshaufen durchzogen unter dem Rufe: „Es lebe de Potter! Nieder mit van Maanen!“ die Straßen, zerstörten die Wohnung des ministeriellen Redacteurs Libry Bagnano, das Haus des Polizeidirectors und den Palast des verhaßten Justizministers. Endlich stürzte sich der Pöbel auf einige Fabriken, zündete sie an und verhinderte alle Löschanstalten. Das Militair mußte sich mit Gewalt Bahn brechen, um zum Feuer zu gelangen, wobei sich ein Kampf entspann, der bis zum nächsten Morgen dauerte. Darauf trat durch gegenseitige Uebereinkunft Waffenruhe ein. Diesen Augenblick benutzte die Bürgerschaft, eine Sicherheitswache zum Schutz des bedrohten Eigenthums zu errichten und an den König Abgeordnete zu senden, mit der Bitte, daß er van Maanen entlassen, völlige Preßfreiheit, Geschwornengerichte und Freiheit des Unterrichts gewähren, die Generalstaaten aber bald zusammenrufen möge (29. August). Ohne diese Wünsche gerade abzuweisen, benahm sich der König doch so, daß man das Schlimmste fürchten mußte, indem er sagte: „mit der Pistole auf der Brust lasse er sich nichts abtrotzen.“ Zugleich setzten sich mehrere Regimenter gegen Brüssel in Bewegung; in und um Antwerpen wurde eine Armee zusammengezogen. Der ganze Süden erhob sich bei dieser Nachricht und der Prinz Wilhelm von Oranien, welcher durch des Vaters Hartnäckigkeit die belgischen Provinzen zu verlieren fürchtete, eilte nun nach Brüssel, um durch seine persönliche Liebenswürdigkeit die Häupter der Bürgerschaft zu gewinnen. Allein die Dinge waren inzwischen noch weiter gediehen und die Brüsseler verlangten völlige Trennung Belgiens von Holland in Verfassung und Verwaltung (3. September). Der Prinz versprach, diese Forderungen zu befürworten und eilte nach dem Haag. König Wilhelm erließ nun eine Proclamation, worin er sich nicht abgeneigt zeigte, den Wünschen der Belgier zu entsprechen und dazu die Generalstaaten einberief (13. September). Auch hatte er schon am 3. September van Maanen entlassen. Allein die Thronrede des Königs bei Eröffnung der Generalstaaten war für die bel-

gischen Abgeordneten so verletzend, die Verhandlungen so schleppend, daß die meisten belgischen Deputirten sich nach und nach entfernten. In Brüssel nahm dagegen die Bewegung an Heftigkeit zu und überfluthete alle Dämme. Am 21. September bildete sich eine provisorische Regierung für Brüssel, Löwen, Namur und Lüttich, als der Prinz Friedrich mit 7000 Mann gegen Brüssel vorrückte und über die Aufrührer strenges Gericht zu halten drohte. Jene provisorische Regierung bestand aus dem Baron van Hooghvorst, dem Ingenieur Jolly, dem Advocaten Rogier und dem General van Halen, denen später der zurückgekehrte de Potter, Gendebien, van de Weyer, Merode, Nicolai, Coppin und Vanderlinden beigegeben wurden. In Brüssel hatten sich viele französische Freischaaren eingefunden, welche das Volk beredeten, dem Prinzen Friedrich entgegenzuziehen. Es entspann sich ein Gefecht, die Freischaaren wichen bis in die Thore Brüssels (22. September) und Prinz Friedrich erzwang sich, nach einem furchtbaren Kampfe, den Eintritt in die Stadt. Darüber brach die Nacht herein. Die Brüsseler, durch Freischaarenzüge aus der Umgegend von Stunde zu Stunde verstärkt, setzten am Morgen den Kampf fort und drängten die Holländer in den Park zurück. Ein Abenteurer aus Belgien, der unter französischen, spanischen und russischen Fahnen gefochten hatte, Don Juan van Halen, übernahm den Oberbefehl über die Belgier und wurde vom französischen General Mellinet trefflich unterstützt. Seine meisterhaften Dispositionen, besonders die glückliche Aufstellung einer Batterie am 25., deren Kugeln in den Reihen der Holländer furchtbar wütheten, nöthigten den Prinzen zum Rückzuge, nachdem er 4000 Mann umsonst geopfert hatte (26., 27. September). Dieser schreckliche Kampf, in welchem man beiderseits nicht einmal die Gesetze des Völkerrechts beobachtete, zerriß die letzten Fäden, mit denen Belgien an Holland hing. In allen Dörfern und Städten tönten die Sturmglocken, der Enthusiasmus über den Sieg der Brüsseler setzte die Gemüther in Flammen, die belgischen Besatzungen liefen auseinander, die Holländer in belgischen Plätzen wurden gefangen. Am 17. October befanden sich alle Städte und Festungen, mit Ausnahme Venloo's, Mastricht's und Antwerpen's, in den Händen der Belgier. — Prinz Friedrich war am 2. October wieder in Antwerpen angekommen; bald traf hier auch der Prinz Wilhelm von Oranien ein, der, nach dem einmüthigen Beschlusse der Generalstaaten und des Königs (28. und 29. September), zum Statthalter von Südbrabant ernannt worden war, um die Trennung Belgiens von Holland einzuleiten. Am 4. October erließ er eine Proclamation, worin er kundthat, daß das Land eigene Verfassung, völlige Lehrfreiheit, beliebige Sprache und eigene Beamte haben sollte. An demselben Tage proclamirte die provisorische Regierung in Brüssel die Trennung Belgiens von Holland und die Bildung einer Föderativrepublik und schrieb die

Wahlen zu einer Nationalversammlung aus, an denen sich jeder Bürger, der 25 Jahre alt und unbescholten war und eine Steuer von 13—150 Gulden zahlte, betheiligen durfte. Diese Versammlung sollte auch entscheiden, ob der Prinz von Oranien als Regent angenommen werden solle, oder nicht. Der Prinz unterwarf sich dieser Entscheidung und erklärte, selbst an die Spitze der Bewegung treten zu wollen. Allein er vermochte das Mistrauen der Belgier nicht zu besiegen, namentlich da der König die letzten Schritte des Prinzen laut misbilligte und demselben am 25. October das Mandat entzog. Der Prinz reiste am 26. October auf einem englischen Schiffe nach London ab. Antwerpen, Mastricht und Venloo wurden nun in Belagerungsstand erklärt. Die Belgier, unter Mellinet und Nillon, versuchten am 24. October einen Angriff auf die Holländer bei Barchem, und warfen sie nach Antwerpen hinein, wo die Einwohnerschaft über sie herfiel und sie zum Rückzuge in die Citadelle nöthigte. Der Commandant derselben, General Chassé, ein entschlossener und schonungsloser Krieger aus Napoleon's Schule, ließ sofort die Stadt bombardiren. Gegen 200 Häuser, darunter das große Kaufhaus mit einem Waarenlager von 4 Millionen Thalern, wurden eingeäschert, sodaß man acht Stunden weit den Himmel geröthet sah und die Trümmer noch vier Wochen nachher rauchten.

Wie in allen bürgerlichen Unruhen, so fanden auch in Belgien mancherlei Ausschweifungen des berauschten und von fanatischen Demagogen erhitzten Pöbels statt. So mußte man in Brügge bewaffnet einschreiten, weil das Volk, wüthend über den geringen Verdienst und die Stockung der Geschäfte, zehn bis elf Häuser geplündert oder demolirt hatte. Aehnliche Scenen fanden vom 18. bis 22. October in Brüssel statt. In Löwen ermordete man am 28. October den General Gaillard, am Fuße eines Freiheitsbaumes, auf empörende Weise. Auch führte der Factionsgeist bald Hader und Streit zwischen den leitenden Häuptern des Aufstandes herbei. De Potter, durch sein Märtyrerthum und durch die glänzende Aufnahme verführt, betrachtete sich als den Haupthelden der Revolution und beschuldigte Juan van Halen des Strebens nach der Dictatur, weil dieser sich von dem unpraktischen de Potter und Genossen jede Einmischung in Militairangelegenheiten verbat und den Pöbel im Zaume zu halten sich bemühte. Don Juan van Halen nahm daher am 4. October den Abschied. Die katholische Partei sah diesem Treiben, das die Regierung ihren Händen überliefern mußte, mit geheimer Freude zu. Bald brach der Zwiespalt in der liberalen Partei offen aus. De Potter, der endlich zu der Einsicht kam, daß er zu allen praktischen Geschäften unbrauchbar sei, und dessen Idee einer Förderativrepublik auf allseitigen Widerspruch stieß, trat aus der provisorischen Regierung. Seine letzte That war die Eröffnung des belgischen Nationalcongresses am 10. November.

Als der Congreß ihn nicht zum Präsidenten der Republik wählte, sondern sich für die monarchische Regierungsform aussprach, dankte er am nämlichen Tage ab, obwohl seine Collegen auf Bitten des Congresses noch im Amte blieben, und reiste, als „Ketzer, Freigeist und heimlicher Jude" verfolgt, wieder nach Paris. Ein Glück für Belgien, daß er fort war und nicht mehr die diplomatischen Arbeiten der geschickten Advocaten Rothomb und van de Weyer stören konnte.

Der Nationalcongreß wählte den Baron Erasmus Surlet de Chokier zum Präsidenten und Herrn von Gerlache zum Vicepräsidenten. Am 18. November sprach er die Unabhängigkeit Belgiens aus, jedoch unter Vorbehalt der Verhältnisse Luxemburgs, worauf sich am 22. die Mehrheit (174 gegen 13 Stimmen) für die monarchische Staatsform entschied. Ueber die Person des Regenten war man zwar noch uneinig; allein soviel stand fest, daß kein Oranier den Thron mehr besteigen durfte. Die französische Regierung, der man Offerten hinsichtlich der Wahl des Herzogs von Nemours zum König der Belgier machte, fürchtete den Ausbruch eines allgemeinen Krieges, wenn sie in dieses Anerbieten willigte, und rieth zur Wahl des Prinzen von Oranien. Trotzdem ging am 24. November Rodenbach's Antrag: „Die Ausschließung aller Oranier für ewige Zeiten vom belgischen Throne", mit einer Mehrheit von 161 gegen 28 Stimmen durch.

Was den Belgiern zu diesem entschiedenen Vorgehen gegen das Haus Oranien Muth machte, war die Stimmung der Großmächte. An diese, als die Garanten des Pariser Friedens und der Wiener Congreßacte, hatte sich schon König Wilhelm im October gewandt. Darauf waren in London die Gesandten der Großmächte: Esterhazy, Talleyrand, Aberdeen, Bülow und Matuszewicz zusammengetreten und hatten beiden Theilen einen Waffenstillstand auf Grund des status quo vorgeschlagen, und sich das Recht zuerkannt, zwischen beiden Parteien zu vermitteln. Das einzige Rußland zeigte sich feindlich gegen die Belgier und drohte mit Krieg, wenn das Haus Oranien seiner Rechte auf die südlichen Provinzen verlustig erklärt werden sollte. Dagegen hegten Preußen, Oesterreich und England einen kleinen Groll auf Wilhelm, weil dieser die durch den Wiener Congreß zugesicherte Freiheit der Rheinschifffahrt bis ins Meer (jusqu'à la mer) mit allerlei Ausflüchten und Wortverdrehungen gehindert und am Ausfluß des Rheins in das Meer Zölle erhoben hatte. Das französische Gouvernement Laffitte war nicht blos von Sympathien für die Belgier beseelt, sondern erblickte auch in der Aufrichtung eines befreundeten, seine schwächste Grenze schützenden Staats die beste Gewähr gegen ausländische Invasionen. Die polnische Revolution zwang Rußland, das schon gezückte Schwert in der Scheide zu halten. Mithin war die politische Constellation



den Belgiern günstig. Die Londoner Conferenz verständigte sich nun dahin, daß man England und Frankreich die Ordnung der belgischen Angelegenheiten überließ (1. October 1832), während die nordischen Großmächte freie Hand in Deutschland, Italien und Polen erhielten. Am 15. December 1830 kam der Waffenstillstand zwischen Belgien und Holland zu Stande, und am 20. Januar 1831 eröffnete Holland auch die Schelde, welche dem offenen Meere gleichgestellt wurde. Zu gleicher Zeit hoben die Belgier die Belagerung von Mastricht auf, während die Londoner Conferenz Belgien für einen unabhängigen Staat erklärte, und ihm die Grenzen von 1790 zusprach, mit Ausnahme des aus anderen Rechtstiteln dem Hause Nassau zugehörigen Großherzogthums Luxemburg. Durch Protokoll vom 27. Januar wurden die niederländischen Staatsschulden getheilt und ein Theil dem neuen belgischen Staate zugewiesen. König Wilhelm gab am 18. Februar den Schritten der Londoner Conferenz seine Zustimmung. Indeß geschah dies mehr aus augenblicklicher Bedrängniß und aus dem Streben, Zeit zu gewinnen, als aus aufrichtiger Friedensliebe. Denn noch hoffte der König von den Umtrieben der oranischen Partei zu Gunsten seines Sohnes einige Erfolge in Belgien. Auch war es ihm nicht unbekannt, daß Louis Philipp mit der Wahl des Herzogs von Nemours zum belgischen König, welche der Nationalcongreß getroffen hatte (3. Februar 1831), nicht übereinstimme. Von den übrigen Throncandidaten hatte das Haus Oranien nichts zu fürchten; denn für Otto von Baiern sprach keine einzige Stimme von Bedeutung, und gegen den Herzog von Leuchtenberg, als einen Napoleoniden, erhob Frankreich gerechte Bedenken. Die Belgier waren in großer Verlegenheit, als Louis Philipp im Namen seines unmündigen Sohnes den belgischen Thron ablehnte. Um wenigstens die ersten Uebelstände eines Provisoriums: Schwanken der öffentlichen Meinung, Wahlumtriebe, Anarchie und Stellenjägerei zu beseitigen, wählten sie den Baron Surlet de Chokier, einen Ehrenmann von gemäßigten Grundsätzen, zum Regenten (24. Februar). Da zeigte ihnen die Londoner Conferenz einen Ausweg, indem sie die Blicke des Nationalcongresses auf den Prinzen Leopold von Sachsen-Coburg lenkte. Am 4. Juni erfolgte seine Wahl mit der großen Majorität von 152 gegen 34 Stimmen. Leopold nahm den 26. Juni 1831 die Krone an, jedoch unter der Bedingung, daß der Nationalcongreß auf die von der Conferenz festgesetzten achtzehn Artikel einginge. Die achtzehn Artikel überließen nämlich Luxemburg, Mastricht und die Schuldentheilung der Zukunft, oder machten sie vielmehr von Separatunterhandlungen abhängig. Der Congreß, noch mehr aber das Volk, nahm diese Bedingungen zwar mit Unwillen auf; bald kehrte jedoch die Besonnenheit zurück; das Bedürfniß der Ruhe trat ein, und der Congreß entschied sich mit 126 gegen 70 Stimmen für Annahme der achtzehn Artikel (9. Juli). Kurz darauf erschien Leopold in Brüssel, beschwor am 21.

Juli die vom Congreß beschlossene Constitution vom 7. Februar, und wurde feierlich als König ausgerufen.

Jetzt schwanden für das Haus Oranien alle Hoffnungen. Gewalt war das einzige Mittel, die drohenden Verluste zu mildern, oder den erlittenen Schaden wieder gutzumachen. Der ruhige Holländer, in seinen Handels- und Schiffahrtsinteressen bedroht, gerieth in patriotischen Enthusiasmus; eine allgemeine Volksbewaffnung (Schuttery) wurde ausgeschrieben und die Dämme durchstochen. Am 1. August setzte sich die gutgeschulte holländische Armee in Bewegung und erfocht, hingerissen von dem Beispiel des patriotischen Lieutenant von Spyk, der sich mit seinem Kanonenboote lieber in die Luft sprengte, als den Belgiern in die Hände fiel, mehrere Siege. Der Prinz von Oranien schlug am 8. August den General Daine bei Hasselt und den König Leopold bei Tirlemont (12. August), worauf er siegreich in Löwen einzog. Allein schon am folgenden Tage traten die Holländer den Rückmarsch an, da, auf Anrufen König Leopold's, eine französische Armee unter Gérard den Belgiern zu Hilfe eilte und eine englische Flotte unter Codrington in der Schelde Anker warf. Diese Einmüthigkeit der Westmächte beugte den Muth der Holländer und König Wilhelm ging nun am 23. August einen Waffenstillstand ein, in der Hoffnung, durch russische Fürsprache bessere Bedingungen zu erhalten, als sie in den achtzehn Artikeln enthalten waren. In der That stellte die Londoner Conferenz am 15. October andere vierundzwanzig Artikel auf, in welchen sie die Theilung Luxemburgs und Limburgs festsetzte, und die Summe bestimmte, welche Belgien von der holländischen Nationalschuld übernehmen sollte. Wiewohl diese vierundzwanzig Artikel Belgien benachtheiligten, so gaben doch die Kammern, nach heftigem Widerspruche von der Linken, ihre Einwilligung dazu (3. November). König Leopold ratificirte die vierundzwanzig Artikel am 15. November und wurde von allen Großmächten als König anerkannt. Hinsichtlich der von der Conferenz festgesetzten Strafe, daß Holland für jede Woche Verzögerung des Vertrags eine Million Gulden bezahlen solle, erklärte sich zwar Rußland nicht einverstanden, rieth jedoch dem König Wilhelm, die vierundzwanzig Artikel anzunehmen und sich keinen Illusionen über activen russischen Beistand hinzugeben. Die deutschen Höfe wahrten sich außerdem die Rechte des deutschen Bundes über Luxemburg.

Nach diesen Verhandlungen zogen sich die drei nordischen Großmächte von der Londoner Conferenz zurück, und überließen die Ausführung von Zwangsmaßregeln den westlichen Mächten allein. Daß Wilhelm sich nicht ohne Gewalt den vierundzwanzig Artikeln unterwerfen würde, lag klar am Tage, da er die Citadelle von Antwerpen nicht räumte und somit den belgischen Handel bedrohte. Auf Anrufen Leopold's erklärten Frankreich und England (22. Oktober 1832), daß die Holländer bis zum 12. No-

vember das belgische Gebiet verlassen sollten, widrigenfalls sie alle holländischen Schiffe mit Embargo belegen, und am 15. November einer Armee den Befehl zur Belagerung der Citadelle Antwerpens ertheilen würden. Holland wies jene Aufforderung stolz zurück (2. November), indem es sich mit der Hoffnung trug, vom heiligen Bunde nicht im Stiche gelassen zu werden. Preußen rüstete sich schon und stellte ein Observationscorps zwischen Rhein und Maas auf. Frankreich ließ sich dadurch nicht beirren. Zum zweiten Male erschienen Gérard und der Herzog von Orleans mit 32.000 Mann auf belgischem Boden und begannen am 19. November die Umstellung der Antwerpener Citadelle, wo General Chassé befehligte, ein äußerst tapferer Krieger, aber strengen und gewaltsamen Charakters. Napoleon schon hatte ihn seinen „General Bayonet“ genannt und Chassé war zu sehr Soldat, um eigenmächtig von dem Posten zu weichen, den das Vertrauen eines Höheren ihm angewiesen hatte. Marschall Gérard übernahm die schwere Aufgabe, die Citadelle von ihrer stärksten Seite anzugreifen, um die Stadt nicht einem zweiten Bombardement auszusetzen. Chassé hatte nämlich versprochen, die Stadt zu schonen, wenn er von hier aus nicht angegriffen würde. Die Beschießung der Citadelle begann am 1. December und dauerte bis zum 22. Unaufhörlich bebte die Erde unter dem Dröhnen der Kanonen und Mörser, welche Bomben und glühende Kugeln gegen die Festung schleuderten und sie bald in einen Schutthaufen verwandelten. Der unverzagte Chassé bestärkte die brave Mannschaft in ihrer Ausdauer und Tapferkeit, und erwiderte das Feuer ohne Unterlaß, unbekümmert um die stürzenden Mauern und brennenden Magazine. Endlich am Abend des 22. schlug eine Bombe in das große Vorrathshaus ein, zündete und zerstörte alle Lebensmittel, während kurz vorher die beiden letzten Brunnen eingestürzt waren. Da zog Chassé die weiße Fahne auf und sandte einen Parlamentair hinaus zu Gérard, um die Capitulation abzuschließen. Dieser Entschluß kostete dem alten Haudegen noch mehr Ueberwindung, als alle Unbequemlichkeiten, welche die Belagerung mit sich geführt hatte. Am 23. hielten die Franzosen über Trümmer und Leichenhaufen ihren Einzug, und Gérard und der junge Herzog von Orleans statteten dem kühnen Vertheidiger einen Besuch in der halbverfallenen Casematte ab. „Ich ehre den Muth überall,“ sprach Gérard, „und diese Ruinen sind die schönsten Zeugen des Ihrigen!“ Die Besatzung wurde kriegsgefangen nach Frankreich abgeführt, wohin die Franzosen bald zurückkehrten. Marschall Gérard erhielt von den belgischen Kammern einen Ehrendegen (30. December), und Frankreich beanspruchte später Entschädigung, die ihm aber nur theilweise gewährt wurde. Die Mäßigung der Franzosen, denen man große Beutelust zugetraut hatte, beruhigte auch die nordischen Großmächte, und Preußen löste sein Observationscorps wieder auf. König Leopold, seit dem 9. August 1832 mit Louise, Tochter

des Königs der Franzosen, vermählt, schloß sich immer inniger an Frankreich an, dem Belgien durch seine Verfassung, Sprache und Institutionen am nächsten stand. Ein kluger, umsichtiger Regent, wußte Leopold theils der öffentlichen Meinung seines Volkes Rechnung zu tragen, theils durch Leutseligkeit und charaktervolle Entschiedenheit die Unzufriedenen zur Annahme seiner Politik zu nöthigen. Das war nicht ganz leicht; denn als Protestant und Fremdling in einem ganz katholischen Lande, hatte er mancherlei Rücksichten zu nehmen, wie als König, der die freieste Verfassung beschworen, mancherlei Verlockungen zu bestehen, der antiliberalen Zeitströmung zu folgen. Jedenfalls zeigt es von hoher Begabung, daß König Leopold die neuerwachten Kräfte der Nation aus dem Wirbel der Revolution zu reißen und auf das Gebiet der Industrie zu lenken wußte, wo sich durch den Unternehmungsgeist Einzelner und ganzer Associationen Erfolge zeigten, welche den Neid und die Bewunderung großer Staaten erweckten. Cockerill's weitverzweigte Maschinen-Anstalten, die Kühnheit und Schnelligkeit, mit welcher man ein Eisenbahnnetz vom 5. Mai 1835 ab, wo die erste Strecke zwischen Brüssel und Mecheln eröffnet wurde, über das ganze Land warf, die überraschende Neuheit, womit durch die freie Concurrenz des Unterrichts ein reges Geistesleben sich entfaltete, die Verpflanzung des demokratischen Geistes in das Gemeindeleben, sind Dinge, welche Belgien vorzüglich der Weisheit und Mäßigung Leopold's verdankt. Denn es gab keine andere Macht, weder die Presse, noch den Klerus, noch die Kammern, welche es so gut, als die königliche, verstand, die tobenden Leidenschaften zu zügeln und die Blicke der Nation auf die Einheit des Staatslebens und die Bedingungen ihrer eigenen Wohlfahrt zu lenken.

Wiewohl am 21. Mai 1833 die Westmächte den gegen Holland verhängten Kriegszustand aufhoben, so suchte letzteres doch fortwährende Anlässe, um den Belgiern die erlangten Rechte zu verkümmern. Besonderen Anstoß erregte beiden Theilen die durch die Londoner Conferenz festgesetzte Theilung Luxemburgs. Endlich erklärte König Wilhelm, die vierundzwanzig Artikel annehmen zu wollen, da sich in Holland bedenkliche Symptome der Unzufriedenheit über theils neue, theils erhöhte Steuern, und über neue Anleihen zeigten. Belgien hoffte dagegen durch seine bisher bewiesene Willfährigkeit gegen die Londoner Conferenz den besten Theil Luxemburgs zu erhalten, und setzte sich in Vertheidigungszustand, als die Franzosen Miene machten, das definitive Protokoll vom 22. Januar 1839, welches Belgien für Luxemburg mit der schlechteren Hälfte Limburgs entschädigte, gewaltsam auszuführen. König Leopold überzeugte sich jedoch von der Nutzlosigkeit des Widerstandes, und verabschiedete die Minister und die polnischen Generäle, welche das Kriegsfeuer schürten. Darauf traten die Kammern dem Londoner Vertrage bei und mit dem Schlußvertrage vom 19. October 1839 zwischen Holland und Belgien en-

dete der Streit zwischen beiden Niederlanden und befestigten sich die Friedenshoffnungen wieder, welche in Europa beinahe gänzlich verschwunden waren. Belgien übernahm 336 Millionen Gulden der holländischen Staatsschuld, und erlangte seinen gegenwärtigen Umfang von 537 Quadratmeilen, mit mehr als vier Millionen Einwohnern.

König Wilhelm fand, daß durch das Scheitern aller politischen Entwürfe seine Stellung in Holland untergraben war. Nicht nur, daß man den einst so hoch verehrten Monarchen blinder Hartnäckigkeit beschuldigte, und die Schuld drückender Staatslasten seinem Eigensinne zumaß, mischte sich die öffentliche Meinung sogar in seine Privatverhältnisse, und warf ihm vor, daß er der Gräfin Henriette d'Oultremont zu Liebe unedler Geldgier gefröhnt habe. Wilhelm mußte sogar erklären, daß er jede Verbindung mit der Gräfin aufhebe (25. März 1840), und außerdem einige Gesetze zur Regelung des Staatshaushalts sanctioniren, die ihm aus mancherlei Gründen nicht zusagten. Das Wahlrecht, die Staatseinkünfte, die Verhältnisse der Rechnungskammer, die Verantwortlichkeit der Minister wurden durch Gesetze geregelt und ein zweijähriges Ausgabebudget eingeführt. Die Verwaltung der Colonien mußte sich der Controle der Generalstaaten unterziehen und der König die Ueberschüsse der Colonien zum Besten des Mutterlandes verwendet sehen. Wilhelm I. legte deshalb am 7. October 1840 die Regierung nieder und verließ, im Besitz eines Vermögens von nahe an hundert Millionen Gulden, Holland. Als Graf von Nassau wendete er sich nach Berlin und vermählte sich dort mit seiner Geliebten, der Gräfin d'Oultremont (17. Februar 1841). Zwei Jahre darauf rief ihn der Tod vor den Richterstuhl des Höchsten. Die Nachwelt erst wird im Stande sein, ein gerechtes Urtheil über diesen jedenfalls merkwürdigen Herrscher zu fällen, der mit seltener Zähigkeit die Ehre der Krone und seines Volkes aufrechtzuerhalten suchte, und mit der Biederkeit eines ehrlichen und treuen Gemüths die Klugheit des Geschäftsmannes geschickt zu verbinden wußte.

11. Die polnische Revolution im Jahre 1830 und 1831. Joseph Chlopicki. Johann Skrzynecki. Heinrich Dembinski. Johann, Graf von Krukowiecki. Iwan Feodorowitsch Paskewitsch, Graf von Eriwan und Fürst von Warschau.

Als die kaiserliche Commission die Verschwörer des Jahres 1825 in Untersuchung zog (S. 52), fand sie, daß die Fäden des großen Complots auch nach Polen reichten. Fürst Jablonowski machte Geständnisse, worauf sechshundert Polen eingekerkert und in Untersuchung genommen wurden. Indeß waren die Beweise ihrer Schuld so unerheblich, die In-



dicien so künstlich zusammengewebt, daß der polnische Senat am 17. October 1828 die Verhafteten freisprach. Kaiser Nikolaus war darüber sehr erzürnt und verhehlte dem Senat keineswegs, daß er fürchte, die Verschwörer würden in jenem richterlichen Spruche eine Aufmunterung oder Beistimmung zu ihren finstern Plänen erblicken. In der That erfuhr das Geheimbundwesen von nun an eine Ausdehnung, welche das Schlimmste erwarten ließ. Die geheime Polizei, bei der viele Polen beschäftigt wurden, war zwar mit diesen Umtrieben bekannt und spürte emsig nach, vermochte aber weder die Zwecke der Bünde und ihre Einrichtungen zu enträthseln, noch ihrer Mitglieder habhaft zu werden. Wenn sonst Verschwörungen dem Ehrgeiz Einzelner, die nach der Herrschaft streben, oder einem tiefen Widerwillen gegen bestehende politische Einrichtungen ihren Ursprung verdanken, so fanden diese Motive bei den Polen wenig oder gar nicht statt. Mochte auch der Statthalter Großfürst Konstantin sehr rauh in seinem Benehmen und oft barbarisch in seinen Strafen sein, so verkannten die Polen doch keineswegs, daß er das polnische Militair liebe und trefflich zu üben verstehe, und durch seine liebenswürdige, gute Gemahlin, die Gräfin von Lowicz, mit ihnen verknüpft sei. Ueberdies war der materielle Zustand des Königreichs viel befriedigender, als sonst, und Bürger und Bauern hatten Ursache, ihr Loos glücklicher zu preisen, als unter der polnischen Republik. Die Constitution von 1815 verbürgte den Polen große Freiheiten und wichtige Rechte, welche sie freilich nicht zum Wohle ihres Vaterlandes auszubeuten verstanden, sondern mehr zu einer Handhabe der Opposition und zum Mittel, den Zorn des Czaren zu reizen, machten. Kaiser Alexander sah sich in der Presse und auf der Tribüne den maßlosesten Angriffen ausgesetzt und erließ daher im Februar 1825 einseitig eine Zusatzacte zur Constitution, wodurch er die Preßfreiheit beschränkte und die Oeffentlichkeit der Kammerverhandlungen aufhob. Ein großer Theil der Polen fühlte wohl, daß der Volksvertretung damit die Stützen eines weitgreifenden Einflusses entzogen seien, und trug ein schlecht verhehltes Misvergnügen zur Schau. Die, wenn auch juristisch gerechtfertigte, Freisprechung der Verschwörer, ermunterte die Kammeropposition, ebenfalls die finstern Pfade der Conspiration zu betreten, um vor allen Dingen eine nationale Unabhängigkeit zu erkämpfen, ohne welche ihnen alle constitutionellen und bürgerlichen Güter mehr wie ein widerrufliches Geschenk, oder eine demüthigende Wohlthat, denn als ein natürliches Recht erschienen. Mochnacki, ein hervorragendes Mitglied des Wysocki'schen Vereins, hat nicht so Unrecht, wenn er den ersten Keim der polnischen Revolution in der Errichtung des Königreichs Polen sucht, in der Hoffnung, welche der Wiener Congreß erregt hatte, daß alle polnischen Provinzen, welche von 1772 bis 1815 zu Rußland geschlagen worden waren, zu Einem Reiche vereinigt werden sollten. Es ist nicht un-

wahrscheinlich, daß Alexander diese Absicht hegte, und der Congreß, in seiner damaligen Stimmung, von dem national gesinnten Rußland und Preußen beeinflußt, ein altes Unrecht wieder gutmachen wollte, indem mit dem heutigen Congreß-Polen die übrigen polnisch-russischen Provinzen, als Litthauen, Podolien, Volhynien, ja sogar das Großherzogthum Posen, vereinigt und unter die Obhut Rußlands gestellt werden sollten. Allein die Furcht, welche Metternich und Castlereagh vor einem zu weiten Vorrücken Rußlands nach Westen und vor einer Befestigung desselben durch ein einiges und nach Wunsch regiertes Polen hegte, und die Schwierigkeit, Preußen für den Verlust seiner polnischen Provinzen und für seine im letzten Kriege gebrachten Opfer zu entschädigen, bestimmten den Congreß endlich zu dem dermaligen Arrangement. Der Name Polen wurde wieder auf die Liste der europäischen Staaten gesetzt und mit ihm erwachten die Erinnerungen der Patrioten von der einstigen Größe und Macht ihres Vaterlandes, von seiner Unabhängigkeit, wie von seiner Demüthigung wieder. Rußlands wohlmeinender Herrscher wurde theils als Fremdling und Usurpator, theils als Vertreter des Despotismus gehaßt. Ein Theil des hohen Adels wurde durch Rußland zurückgesetzt, wie der unermeßlich reiche Fürst Adam Czartoryski, der von Alexander zum Statthalter Polens ernannt zu werden hoffte; der niedere Adel, wie die Gebrüder Niemojewski, Wladislaus Ostrowski, Wysocki und Zaliwski, sah sich durch die vorbereitete Aufhebung der Leibeigenschaft, wie durch die Heranziehung zu Steuern, in manchen Vorrechten gekränkt, und an der Spitze des polnischen Heeres einen Russen von strengem herrischen Wesen. Die Gelehrten, Literaten und Akademiker endlich, wie Lelewel, Nabielak, Mickiewicz, Mochnacki fanden sich durch Rußland in der Freiheit der Forschung und der Rede beschränkt und dachten an eine gründliche Umgestaltung ihres Vaterlandes in socialer und politischer Beziehung. Alle Parteien kamen daher in dem Einen überein, daß die Aussicht auf Verwirklichung ihrer theils ehrgeizigen, theils idealistischen Pläne sich nur an die Unabhängigkeit ihres Vaterlandes knüpfe. Damit war die gemeinsame Loosung vorhanden, welche die diplomatische und die constitutionelle, die militairische, wie die literarische Partei unter Eine Fahne schaarte.

Am Ende des Jahres 1828 stifteten die Lieutenants Peter Wysocki und Zaliwski zwei Vereine, welche die Absicht hatten, den Kaiser Nikolaus zu ermorden, wenn er sich in Warschau zur Eröffnung des Reichstages einstellte und dann gegen die Russen loszubrechen, welche, im Kriege mit den Türken, weniger im Stande sein würden, die Polen zu unterwerfen. Die constitutionelle Partei unter Ostrowski sollte vorangehen und den Kaiser um Aufhebung der Zusatzacte bitten. Die voraussichtliche Weigerung des Kaisers würde den Vorwand zum Losschlagen abgegeben haben. Allein der Plan scheiterte an der Unschlüssig-

keit der Landboten, eine Thatsache, welche beide Parteien später zu gegenseitigen Anfeindungen benutzten. Die Julirevolution näherte alle Patrioten einander; das Landvolk wurde für die Revolution bearbeitet, eine Liste der provisorischen Regierung entworfen und der 18. October als Termin des Aufstandes festgesetzt. Die russische Polizei griff aber hemmend ein; Peter Wysocki und viele Andere wurden festgenommen, Ersterer jedoch schon nach einigen Tagen wieder freigelassen. Wysocki und die übrigen Verschworenen meinten, jetzt nicht länger warten zu dürfen, weil die Polizei sonst Alles entdecken konnte und der Kaiser ernstliche Anstalten zur Bekämpfung Frankreichs traf, wodurch die polnische Armee, auf welche man vorzüglich rechnete, der Mitwirkung beim Aufstande entzogen worden wäre. Die Verschworenen beschlossen, den 29. November 1830 loszuschlagen. Der Brand eines Brauhauses sollte zum Zeichen dienen, um von verschiedenen Punkten Warschaus sich zu gleicher Zeit in Marsch zu setzen und die wichtigsten Plätze und Gebäude in Besitz zu nehmen. Namentlich erhielt Nabielak mit 16—18 Studenten und Fähndrichen den Auftrag, das Belvedere zu überrumpeln und den dort wohnenden Großfürsten todt oder lebendig zu fangen. Nabielak führte das Unternehmen glücklich aus, und eroberte das Belvedere, wobei mehrere russische Generäle und Gemeine niedergestoßen wurden; Konstantin entkam durch die Geistesgegenwart seines Kammerdieners Friese und die Verschworenen suchten nicht weiter nach, da sie einen der ermordeten Generäle für den Großfürsten hielten. Auf den übrigen Punkten nahm der Aufstand anfangs eine unglückliche Wendung. Nachdem Wysocki das Brauhaus angezündet, eilte er in die Unterfähndrichsschule und rief: „Polen, die Stunde der Befreiung hat geschlagen; auf, laßt uns siegen oder sterben!" Die Zöglinge stürzten nach dem Waffensaal, ergriffen die Gewehre und marschirten nach den russischen Cavalerie-Casernen in der Hoffnung, das in die Verschwörung eingeweihte polnische Jägerregiment daselbst vorzufinden. Statt dessen trafen sie schon die Cavalerie in Reihe und Glied an, und mußten sich in die halb ausgebaute Radzivill'sche Caserne werfen, von wo sie ein gut gezieltes Feuer unterhielten, das die stürmenden Russen zum Rückzuge nöthigte. Diese begaben sich hierauf nach dem Belvedere-Platze, wo sie vom Großfürsten weitere Befehle erwarteten. Allein Konstantin hatte völlig den Kopf verloren; die polnischen Generäle redeten ihm vor, daß das Volk allgemein glaube, die Russen fielen über die Polen her und bestärkten ihn in der Meinung, es sei besser, sich zurückziehen, da am Morgen sich der Irrthum schon aufklären würde. Die meisten russischen Generäle waren dagegen auf dem Wege nach dem Sammelplatz in die Hände des Volks gefallen und konnten den Großfürst nicht mit Rath und That unterstützen. Die Truppen entbehrten also der Anführer und der Aufstand griff immer weiter um sich; denn Zaliwski hatte inzwischen das

Zeughaus erstürmt und Bronckowski und Dobrowolski alle Theater-, Concert- und Privatgesellschaften durch den Ruf: „die Russen morden die Polen", aufgeschreckt, sodaß viele Tausende nach dem Arsenal eilten, um Waffen zu erhalten. Die noch treugebliebenen polnischen Regimenter wankten um Mitternacht, und traten meist zu den Aufständischen über. Konstantin befahl am 30. November früh 8 Uhr den Rückzug auf das linke Weichselufer, da Praga mit den Pulvermagazinen in die Gewalt der Polen gerathen war. Als am nächsten Tage auch der geringe Rest polnischer Truppen, die noch bei ihm ausgeharrt hatten, verlangte, nach Warschau zurückkehren zu dürfen, gab der Großfürst die russische Sache verloren und zog sich mit 7000 Mann Russen längs der Weichsel bis Pulawy. Dort überschritt er den Strom und setzte unaufgehalten seinen Marsch nach der russischen Grenze fort.

In Warschau herrschte grenzenloser Jubel und Mickiewiecz sang damals: „sei gegrüßt du Morgenröthe der Freiheit; dir folgt die Sonne der Erlösung." Aus allen Theilen Polens kamen Zustimmungsadressen nach Warschau; das Militair, der Adel und die gebildeten Stände begeisterten sich für die Revolution. Die Obersten Skrzynecki und Rybinsky und der General Szembeck führten ihre Regimenter selbst herbei, um sich der Sache der Nation anzuschließen (2. December). General Pac hatte den Befehl über die Truppen, Graf Lubienski den über die rasch organisirte Nationalgarde übernommen, wurden aber schon am 12. December durch Sierawski und Ostrowski ersetzt. Der Finanzminister Fürst Lubecki versammelte bereits am 30. November den Verwaltungsrath, um eine Ausgleichung mit dem Kaiser herbeizuführen, und hatte sich den Fürsten Czartoryski und Radziwill, den Grafen Kochanowsky, den greisen Dichter Niemciewicz und den General Pac als Vertrauensmänner beigesellt. Lelewel's Eintritt in den Verwaltungsrath, von der demokratischen Partei erzwungen, vereitelte jedoch die wohlmeinenden Zwecke dieser Versammlung. Die Revolution mußte vielmehr als vollendete Thatsache anerkannt und später sogar noch einige andere Demokraten, wie Bronckowski, Mochnacki, Machincki und Plichta als berathende Mitglieder aufgenommen worden.

Der General Chlopicki wurde am 1. December an die Spitze der Armee gestellt. Bis dahin hatte er sich versteckt gehalten, weil er von vornherein an einem glücklichen Ausgange der Revolution verzweifelte, und ihm als einem Krieger der Napoleonischen Schule alle Volksbewegungen zuwider waren. Joseph Chlopicki stammte aus einem alten polnischen Geschlechte und war im März 1772 in Galizien geboren. Er trat früh in die Armee, machte die polnischen Revolutionskriege unter Koszinsko mit und zeichnete sich bei Raclawice so aus, daß der Feldherr ihn vor dem ganzen Heere umarmte. Als sein Vaterland den nordischen

Großmächten erlag, wandte sich Chlopicki nach Italien, kämpfte in der polnischen Legion gegen Suwarow, und schwang sich zum Obersten auf. Im Jahre 1807 führte er die Polen bei Eilau und Friedland, ward darauf mit der Weichsellegion nach Spanien gesandt und zeichnete sich namentlich bei der zweiten Belagerung Saragossa's aus, was ihm den Rang eines Brigadegenerals verschaffte. Napoleon's Aufruf an die Polen zum Kampfe gegen Rußland 1812 bewog ihn, zur vaterländischen Armee zurückzukehren. Theilnehmer an fast allen Schlachten des französischen Heeres in Rußland, Deutschland und Frankreich (1812—1814), zeichnete sich Chlopicki durch seine eiserne Ruhe im Kugelregen, die Polen durch ihre Tapferkeit aus. Bei Napoleon's Fall trat Chlopicki in die polnische Armee als Divisionsgeneral, nahm aber nach wenigen Jahren seinen Abschied, als Konstantin bei einer Musterung im sächsischen Palast Chlopicki's Truppen heftig tadelte. Er erwiderte dem Großfürsten: „er habe seine Ehrenzeichen und Lorbern nicht im sächsischen Palast gepflückt und wolle sie nicht hier zerpflücken und sich beschimpfen lassen." Alexander gewährte den Abschied sehr ungern, da Wellington Chlopicki einen der entschlossensten und tapfersten Krieger nannte, der ihm vorgekommen und der bei Freund und Feind Achtung verdiene. Wegen jenes Zwistes mit Konstantin zählte die revolutionaire Partei unter dem polnischen Militair Chlopicki zu den Ihrigen, obwohl er im Jahre 1821 Uminski erklärt hatte, daß er nie die Anführung von Verschwörern übernehmen werde. Nur im Lager sehe er sein Vaterland, da er sich, wie Phocion, in den Untergang desselben gefügt hätte. Nur auf dem Schlachtfelde würde und könne sich der polnische Name Ehre erwerben und sein Andenken noch lange erhalten. Die Kräfte des russischen Reichs seien unermeßlich, jede Auflehnung dagegen Wahnsinn. Diese Meinung vertrat Chlopicki auch in der Executiv-Commission des Verwaltungsraths; er ließ es daher geschehen, daß Konstantin ruhig nach Rußland abzog. Die revolutionaire Partei, welche schon am 30. November den patriotischen Club gestiftet hatte, und durch die Presse die öffentliche Meinung zu bearbeiten anfing, befeindete in der maßlosesten Weise Chlopicki, die Aristokraten und die Constitutionellen, welche vor den Folgen dieser Volkserhebung, die sie nicht gebilligt, zaghaft erbleichten. Sie erklärte die Sache der Polen für verloren, wenn Chlopicki nicht entschiedenere Maßregeln ergriffe. Wolle man Polen befreien, so müßten auch revolutionaire Mittel nicht gescheut und der Aufstand nach Lithauen, Volhynien, Posen und Galizien getragen, das Landvolk durch Aufhebung der Leibeigenschaft an die Nationalsache geknüpft werden. Chlopicki war einerseits zu vorsichtig und klug, um durch ersteren Schritt auch noch Preußen und Oesterreich wider Polen zu bewaffnen, andrerseits zu conservativ, um durch letzteres Mittel die Grundbesitzer zu beeinträchtigen. Da er nicht mit der revolutionairen Partei

gehen mochte, so knüpfte er Unterhandlungen mit Rußland an und sandte den Fürsten Lubecki und den Landboten Jedzierski nach Petersburg, um Garantien für die Beobachtung der Constitution von 1815 und Wiedervereinigung der ostpolnischen Provinzen mit dem Königreiche zu fordern. Jedermann sagte die Erfolglosigkeit dieses Schrittes vorher und auch Chlopicki mochte davon überzeugt sein. Er organisirte daher das Heer, gedrängt von den Demokraten, um, wenn eine abschlägige Antwort käme, unter den Mauern Warschaus wenigstens die Ehre der polnischen Waffen zu retten und dann bessere Bedingungen vom Kaiser zu erhalten. Nikolaus ließ die Abgesandten aber nur in ihrer alten Eigenschaft als Finanzminister und Landboten vor sich und forderte vorerst Unterwerfung der Polen, dann wolle er ihnen verzeihen. Jedzierski reiste mit dieser wenig tröstlichen Botschaft allein zurück, da Lubecki in Petersburg blieb. Sein Bericht erregte alle Leidenschaften gegen Chlopicki, dem man vorwarf, er wolle sich blos bei Rußland einschmeicheln und verrathe die Nation. Manche gewaltsame Schritte gegen die demokratische Partei hatten seine Beliebtheit beim Volke untergraben und sein Zaudern in militairischen Angelegenheiten ihm alles Ansehen beim Heere geraubt.

Am 4. December hatte sich nämlich der Verwaltungsrath aufgelöst und einer provisorischen Regierung Platz gemacht, zu deren Mitgliedern Fürst Czartoryski, Pac, Kochanowski, Dembowski, Niemcewicz, Ostrowski und Lelewel gewählt wurden. Die Regierung berief nun auf den 18. December den Reichstag. Chlopicki, dem ein großer Theil der Demokraten schon damals mistraute, fühlte sich durch seine Ausschließung von der provisorischen Regierung, wie durch die Anfeindungen der Clubs so beleidigt, daß er den Oberbefehl des Heeres niederlegte. Die provisorische Regierung gerieth darüber in lebhafte Bestürzung, denn noch immer war Chlopicki der populärste Name und Niemand vorhanden, dem man die Feldherrnwürde anvertrauen konnte. Czartoryski, welcher den Ansichten Chlopicki's am nächsten stand, beschwor ihn daher, das Vaterland nicht zu verlassen. Die Hörer des Professor Szyrma, eines persönlichen und wissenschaftlichen Gegners Lelewel's, hatten von diesem Vorfall kaum gehört, als sie den patriotischen Club auseinandertrieben und sich als Ehrengarde um Chlopicki schaarten. Am folgenden Tage ernannte die provisorische Regierung den General zum unumschränkten Befehlshaber. Dieser erklärte aber, „daß er ihrer Ernennung nicht bedürfe, sondern als ein Mann, der das größte Opfer für sein Vaterland bringe, die Dictatur selbst ergreife (5. December) und sie bis zur Eröffnung des Reichstages behalten werde. Die Regierung wolle er, mit Ausnahme Lelewel's, als Ministerium beibehalten. Im gegenwärtigen Augenblicke müsse man sich blos mit den inneren Feinden beschäftigen und diese zur Ruhe bringen." Darauf schwang sich Chlopicki aufs Pferd

und wurde von dem begeisterten Volke und Militair jubelnd als Dictator begrüßt.

Wenn Chlopicki größere Thätigkeit entwickelt, der Nationalsache freudig entgegengekommen, durch Lithauens und Volhyniens Insurgirung die Streitkräfte Polens verdoppelt und den Russen entzogen hätte, wenn er mit Einem Wort sich mit Leib und Seele der Revolution angeschlossen und nach seinen früheren militairischen Erfahrungen gehandelt hätte, so würde eine strenge Dictatur die Parteiungen niedergehalten und Polen zum Vortheil gereicht haben. Statt dessen unterhandelte Clopicki mit Rußland, zeigte sich hoffnungslos aus Ueberzeugung, und verbot jeden Einfall in Lithauen, wozu die Obersten Chrzanowski und Prondzinski schon den Plan entworfen hatten, um die dort beabsichtigte Erhebung des Landvolks zu unterstützen. Chlopicki behielt sogar bei allen öffentlichen Acten den Namen des Königs Nikolaus bei, schloß die Clubs und wachte ängstlich über jeder Spur von Aufregung, die in Zeiten, wo man einen feindlichen Angriff erwartet, gar nicht zu vermeiden ist. Bald war Chlopicki den Demokraten verhaßt; Anschläge gegen sein Leben wurden geschmiedet. — Das polnische Volk und Chlopicki befanden sich beiderseits in einer sonderbaren Täuschung. Die Revolution suchte einen Feldherrn und fand ihn nur in Chlopicki; dieser suchte dagegen Gehorsam bei einem Volke, das sich zum letzten Kampf für seine Unabhängigkeit rüstete und schon zu weit gegangen war, um das Schwert wieder in die Scheide zu stecken und sich den Russen zu überliefern. Chlopicki glaubte ein erregtes Volk mit Gründen der Klugheit und Vernunft wieder zur Ruhe bringen zu können, während dieses nur auf den Moment wartete, wo es der Dictator in die Schlacht führen würde. Wenn der polnischen Sache überhaupt noch aufzuhelfen war, so vermochte dies nur ein rasches und kühnes Hinüberspielen des Krieges in die ostpolnischen Provinzen. Chlopicki's Popularität beraubte die Polen dieses militärischen Vortheils; das Schwanken und die Unschlüssigkeit der Parteien, ja die Hoffnung, mit der sie sich täuschten, daß Chlopicki durch die Verhältnisse weiter geführt werden würde, als er wollte, hielt den inzwischen versammelten Reichstag ab, die Gewalt einem Manne zu entziehen, der den Geist der Nation so wenig begriff, daß er den ganzen Unabhängigkeitskampf derselben wie einen Streich unbesonnener Jünglinge auffaßte. Uebrigens war es nicht Chlopicki's Schuld, wenn er falsch verstanden wurde. Als am 17. December sich eine Reichstagsdeputation, mit Czartoryski an der Spitze, zu ihm begab und ihn zur Offensive ermunterte, erklärte er als „sein freies und unabänderliches Glaubensbekenntniß“, das er nicht erst „vor Landboten motiviren werde“, Folgendes: „Er habe Nikolaus Treue geschworen und werde sie halten. Hier stehe er im Namen des constitutionellen Königs und werde nicht die mit Rußland vereinigten Provinzen mit den

Waffen in der Hand fordern. Das hieße die Armee zur Schlachtbank liefern. Sein Streben sei auf Erhaltung der Constitution und des Königreichs in seinen gegenwärtigen Grenzen gerichtet."

Am nächsten Tage (18. December) versammelte sich der Reichstag aus eignem Antriebe und erkannte die Revolution als volksthümlich an. Chlopicki gab darauf seine Entlassung; der Reichstag, durch Szyrma's Studenten eingeschüchtert, bat ihn, zu bleiben. Man setzte ihm nur eine Aufsichtscommission und einen Nationalrath zur Seite und ging dann auseinander (20. December), jedoch nicht ohne eine Proclamation zur Rechtfertigung des Aufstandes erlassen zu haben. In dieser wurden als Gründe desselben angegeben: Die Unterdrückung der Preßfreiheit, die geheime Polizei, die mangelhafte Rechtspflege, der Aufenthalt der russischen Truppen in Warschau, Vorenthaltung des Budgets, endlich das Verlangen nach Unabhängigkeit und nach Wiedervereinigung mit den lithauischen Provinzen. Chlopicki misbilligte zwar diese Proclamation; dennoch wurde sie gedruckt. Bald darauf ließ er Lelewel verhaften, weil er glaubte, daß dieser eine Verschwörung gegen sein Leben beabsichtigte. Aber das Ministerium erklärte sich dagegen und Chlopicki mußte Lelewel wieder freilassen. Endlich bewirkten die Nachrichten, welche Jedzierski aus Petersburg mitbrachte (15. Januar 1831), den Sturz des unverantwortlichen Dictators. Nikolaus verlangte nämlich unbedingte Unterwerfung und wies jede fernere Unterhandlung mit empörten Unterthanen zurück. Wenn die Polen nach seinem Manifest vom 17. December 1830 handelten, worin Absetzung jeder ungesetzlichen Behörde, Wiederherstellung des Nationalraths und Concentrirung der polnischen Armee im Gouvernement Plock gefordert wurden, eröffne er ihnen die Aussicht auf Amnestie. Chlopicki empfahl im Ministerrathe diese Bedingungen zur Annahme und da er auch gegen die Aufsichtscommission auf seiner Meinung beharrte, entsetzte ihn diese der Dictatur, indem sie die Hoffnung hinzufügte, Chlopicki würde den Heeresbefehl beibehalten. Allein Chlopicki legte auch diesen nieder, indem er erklärte, seine Pflicht nur im Gehorsam des gemeinen Soldaten erfüllen zu wollen.

Als dies bekannt wurde, erwachte das Volk wie aus einem schweren Traum; die Verehrung Chlopicki's verwandelte sich in glühenden Haß. Der Reichstag konnte ihn nur dadurch vor der Volkswuth schützen, daß er ihm Hausarrest gab. Am 20. Januar wurde der Fürst Radzivill, ein Freund Chlopicki's, zum Oberbefehlshaber ernannt, in der Hoffnung, daß dieser den unfähigen Fürsten mit seinem Rathe unterstützen würde. Roman Soltyk stellte darauf in der Landbotenkammer den Antrag, das Haus Romanow vom polnischen Throne auszuschließen. Kammer und Senat erhoben den Antrag zum Beschluß (25. Januar), und verbrannten



die Schiffe hinter sich, welche ihnen die Rückkehr unter russische Herrschaft ermöglicht hätten. Es wurde eine Regierung, aus Czartoryski, Niewojewski, Morawski, Barzykowski und Lelewel bestehend, gewählt (30. Januar), welche fast alle Rechte, die sonst dem König zugestanden hatten, erhielt. Diese Beschlüsse wurden gefaßt, als schon die russischen Armeen an den polnischen Grenzen standen. Am 5. Februar rückten sie auf elf Punkten, von Grodno bis Uscilug, in das Königreich Polen ein, um Warschau von allen Seiten zu erdrücken. Das russische Heer bestand aus 118,000 Mann mit 300 Kanonen und wurde von Diebitsch befehligt. Die Polen konnten ihm im Felde nur 50,000 Mann und 100 Kanonen entgegenstellen, welche in vier Infanteriedivisionen unter Krukowiecki, Zymirski, Skrzynecki und Szembeck, und drei Reiterdivisionen unter Jankowski, Suchorzewski und Lubienski und eine Cavaleriereservedivision unter Skarzynski und Kickt eingetheilt waren. Was den Polen an Streitkräften fehlte, das ersetzte ihre patriotische Begeisterung, und was diese trotz schlechter Führung geleistet hat, wird immer die staunende Bewunderung der Nachwelt erregen. Vor Allen zeichnete sich das vierte Regiment, die Lieblinge Konstantin's, aus, welche geschworen hatten, keinen Schuß zu thun, sondern stets mit dem Bajonet anzugreifen. Chlopicki — denn Radziwill gab nur den Namen — hatte die Polen staffelförmig auf den beiden Straßen von Warschau nach Kowno und Brzesc vorgeschoben. Praga war der Stützpunkt; hier sollte die Entscheidung erfolgen. Obwohl damit den Russen halb Polen preisgegeben war, und Chlopicki deswegen herben Tadel erleiden mußte, so war die Stellung dennoch gut gewählt. Die ersten Lorbern pflückte sich der polnische General Dwernicki, indem er am 14. Februar Geismar's Vorhut bei Stoczek gänzlich auseinandersprengte. Skrzynecki warf bei Dobre den Vortrab des Rosen'schen Corps zurück (15. Februar), und hielt am 17. Februar den Andrang dieses ganzen Corps bis zum Abend auf. Dann zog er sich in guter Ordnung auf Grochow. Dorthin wichen auch langsam die Divisionen Szembeck und Zymirski, nachdem sie am 19. Februar bei Wawre gegen das Rosen'sche und Pahlen'sche Corps, welche Diebitsch selbst befehligte, die erste bedeutende Schlacht geliefert, und sich nur vor der Uebermacht zurückgezogen hatten. Damals war es auch, wo die polnischen Vorposten den russischen weiße Fahnen mit der Aufschrift: „wir fechten für eure und unsere Freiheit“ gaben. Als sich Diebitsch das verbitten ließ, entgegnete Radziwill: „er habe nichts dagegen, wenn der Feldmarschall den polnischen Vorposten ähnliche Fahnen übergeben lasse.“

Diebitsch sah mit Erstaunen, daß Niemand zu ihm überging, wie er gehofft hatte; denn in Rußland war man der Ansicht, es mit blos Verführten zu thun zu haben, und hatte geglaubt, durch einige militärische Bewegungen den Aufstand bald erdrücken zu können.



Diebitsch griff deshalb am 20. Februar die Polen noch einmal bei Grochow an, ohne den geringsten Vortheil erreichen zu können. Das berühmte Erlenwäldchen von Grochow wurde von dem vierten Regiment mit unerschütterlicher Tapferkeit vertheidigt, und dort fand sich der seit 1826 in Glogau gefangene, jetzt entsprungene General Uminski zu ihm. Die Russen verlangten am 21. Februar Waffenruhe zur Bestattung ihrer Todten, deren sie 4000 zählten. Sie wurde ihnen ohne Anstand gewährt. Diebitsch wollte nämlich Zeit gewinnen und seinen rechten Flügel unter Schachoffski heranziehen, und dann bei Warschau die Entscheidungsschlacht liefern. Schachoffski's Corps, 24,000 Mann, wurde jedoch am 24. Februar bei Bialolenka von Malachowski und Jankowski angegriffen und am 25. Morgens, nachdem auch Krukowiecki herbeigekommen, heftig bedrängt. Diebitsch beschloß, um Schachoffski zu retten, schon jetzt die Hauptschlacht zu schlagen. Er griff deshalb, am 25. Februar, früh um 9 Uhr, noch einmal das von Gräben durchschnittene Erlenwäldchen bei Grochow an. Dreimal stürmten es die Russen, dreimal wurden sie wieder hinausgeworfen. Das vierte Regiment unter Skrzynecki verrichtete Wunder der Tapferkeit. Chlopicki zeigte sich überall, wo Gefahr drohte; sein grauer Ueberrock war von Kugeln durchlöchert, zwei Pferde waren unter ihm gefallen. Mit einer kurzen Pfeife, ohne gezogenen Degen führte er immer neue Bataillone unter dem Gesang: „Noch ist Polen nicht verloren" heran. Diebitsch raffte die letzten 36 Bataillone zu einer furchtbaren Angriffscolonne zusammen, und drängte die Polen bis an den zweiten Waldgraben zurück. Chlopicki befahl nun Kruckowiecki und Lubienski, mit der Reiterei vorzugehen und die russische Cavalerie aufzuhalten. Beide verweigerten den Gehorsam. Chlopicki ritt zu Radzivill um von diesem den Befehl auszuwirken und kehrt darauf in den wüthenden Kampf zurück. Da stürzt sein drittes Pferd und eine zerspringende Granate verwundete ihn an beiden Füßen. Auf Sensen wurde er zur Stadt getragen und späterhin nach Krakau gebracht, wo er der Heilung wartete. Die Polen waren nun ohne Leitung, Radzivill betäubt, die polnischen Batterien theils demontirt, theils glühend heiß. Nur Skrzynecki behielt seine volle Besinnung; er zog alle disponiblen Streitkräfte heran und wich langsam zurück, gedeckt von Krukowiecki's Division, die, erst am Nachmittag von Schachoffski abgelassen und dem rechten Flügel, freilich zu spät, zu Hilfe geeilt war. Die Russen hatten 12,000, die Polen über 6000 Mann verloren. Der Chef des russischen Generalstabs, Graf Toll, beschwor seinen Oberfeldherrn, ihm eine Grenadierdivision und 150 Kanonen zugeben, um Praga in der Dunkelheit noch zu stürmen. Diebitsch, der die Tapferkeit der Polen fürchten und ehren gelernt hatte, verweigerte es, da die Russen alle errungenen Vortheile auf einmal verlieren konnten. Er ließ seine Truppen vielmehr ausruhen und vertheilte sie zwischen Pultusk und Zelechow.

Er selbst wohnte zu Siennica. Diese kostbare Zeit benutzten die Polen zur Verstärkung und Reorganisation ihres Heeres. Radziwill dankte ab; die Generale schlugen Skrzynecki, den Liebling des Tages, zum Oberbefehlshaber vor und der Reichstag stimmte bei. Ein so guter Divisionsgeneral Skrzynecki war, ein so schlechter Feldherr war er, da er keine Kenntniß vom Gebrauch der Artillerie und Reiterei und keinen Begriff von einer Armee-Operation hatte, nicht mit höherer Umsicht eine Schlacht zu leiten, oder die Schwächen eines Feindes zu benutzen verstand. Auch Johann Skrzynecki war, wie Chlopicki, in Galizien geboren (1786), hatte unter Napoleon mit Auszeichnung gedient und es bis zum Major gebracht. Er wollte eigentlich studiren und wahrscheinlich Geistlicher werden. Diese Beschäftigung hing dem späteren Militair noch immer an. Sein ganzes Wesen hatte einen bigott katholischen Anstrich, weshalb man ihn öffentlich nur auf dem Exercierplatze oder in der Messe sah. Von ritterlicher Gesinnung, hoher, stattlicher Figur, frommen, klaren Augen, mit zuversichtlichem, gottvertrauendem Blick, war er mehr der conservativen Richtung Czartoryski's, als der revolutionairen, zugethan. Seine Gesinnung stand im Widerspruch mit dem verantwortlichen Amt eines Aufrührerchefs. Er fühlte dies wohl, aber er meinte: „Es sei gewiß eine Fügung Gottes, daß man ihn zum Oberanführer gewählt habe." Sich selbst beruhigte er mit dem Spruche: „daß alle Gewalt von Gott ausgehe, und der Mensch sich daher jeder Regierung fügen müsse." Ueberzeugt von der Unmöglichkeit eines jahrelangen Widerstandes, knüpfte Skrzynecki Unterhandlungen mit dem russischen Feldmarschall an, verlangte Garantieen für die Aufrechthaltung der Charte und eine allgemeine Amnestie. Diebitsch ließ durch seinen Adjutanten antworten, daß erst die Thronerledigungserklärung zurückgenommen werden müsse, ehe an Unterhandlungen zu denken sei. Um so mehr spornten Skrzynecki und Czartoryski ihre Agenten in Paris und London an, die Intervention Englands und Frankreichs für Polen zu erwirken.

Noch unter Chlopicki's Dictatur hatten sich Wolycki nach Paris, Wielopolski nach London begeben und dahin die Papiere Konstantin's mitgenommen, aus denen deutlich hervorging, daß der Kaiser Nikolaus alle Anstalten getroffen hatte, im Frühjahr 1831 gegen Frankreich zu Felde zu ziehen. Louis Philipp wies daher die Bundesgenossenschaft der Polen nicht zurück, sondern sandte den Herzog von Mortemart nach Petersburg, um Jedzierski's Vorschläge zu unterstützen. Auf weitere Zusagen ließ sich das französische Ministerium nicht ein, da Chlopicki fortwährend mit Petersburg unterhandelte, und Palmerston dem Pariser Cabinet bemerklich machte, man möge nicht das gute Einvernehmen mit Rußland stören, da die Unterhandlungen jeden Augenblick zum Ziele führen könnten. Palmerston wollte vor allen Dingen klar sehen und die Stel-

lung der Polen zum Kaiser war nichts weniger als klar, da die letzteren fortwährend blos die Constitution zu vertheidigen vorgaben, was die Trennung von Rußland nicht in sich schloß, und doch die Waffen auch für nationale Selbstständigkeit und Freiheit gegen ihren rechtmäßigen Herrn und Gebieter erhoben hatten. Nach der Thronerledigungserklärung vom 25. Januar 1831 war die Situation durchsichtiger geworden. Palmerston interessirte sich nun für die polnische Sache, die Rußland an einer sehr empfindlichen Stelle verwunden konnte. Zudem erhielt Polen einen mächtigen Bundesgenossen an Oesterreich, das mit geheimer Schadenfreude die Bedrängniß des russischen Czaren ansah, und sogar seinen Consul fortwährend in Warschau ließ. Pferde, Munition, Waffen und Lebensmittel konnten ungehindert aus Oesterreich nach Polen gehen, und keiner der übergetretenen Polen wurde an Rußland ausgeliefert. Metternich rächte sich jetzt für den Frieden von Adrianopel. Dazu kam den Polen die öffentliche Stimmung des österreichischen Volkes zu Statten, namentlich der slavischen und ungarischen Provinzen, wo der Sauerteig der Julirevolution gewaltige Blasen trieb, während die halbe österreichische Armee sich mit der Stillung der italienischen Unruhen beschäftigte. Um jeden Ausbruch der Unzufriedenheit in den alten Kaiserstaaten zu verhüten und Rußland empfindlich zu treffen, soll Metternich der revolutionairen Regierung in Warschau haben eröffnen lassen, daß Oesterreich seine Hand zur Wiederherstellung der polnischen Nationalität bieten und sogar Galizien abtreten wolle, wenn die Polen einen österreichischen Prinzen zum Könige wählen und wenn der Vorschlag dazu von Frankreich und England gemacht würde.

Dies geschah am Tage der ersten Grochower Schlacht, wo der Reichstag den muthigen Entschluß faßte, auch nach dem Falle Warschaus noch fortbestehen zu wollen, überall, wo sich dreiunddreißig Landboten und elf Senatoren zusammen fänden. Die polnische Regierung sandte sofort den Grafen Walewski als außerordentlichen Botschafter nach Paris und London, um beide Cabinete für den österreichischen Plan zu stimmen. Das französische Ministerium erklärte sich bereit, voranzugehen, aber Palmerston wollte Schweden und die Türkei vorschieben. Diese sollten die Vermittelung zwischen Rußland und Polen übernehmen, die Vorschläge machen und England und Frankreich wollten beide Mächte kräftig unterstützen.

Hierüber ist nun Folgendes erzählt. Der schwedische Thron wäre, wie der französische, durch Rußland bedroht gewesen, welches allen Ernstes mit der Wiedereinsetzung der Wasas umgegangen sei. Karl Johann habe es gewußt und schon im Sommer 1830 mit mehreren unzufriedenen Polen Privatunterhandlungen angeknüpft, die sich darum drehten, ob Schweden auf die Polen rechnen könne, wenn es vom Kaiser angegriffen würde. Beim Ausbruch der polnischen Revolution habe daher Karl Johann dem Kaiser zuvorkommen und,

im Einvernehmen mit den Wünschen seines Landes, den verhaßten Russen Finnland wieder abnehmen wollen. England schürte heimlich das Begeisterungsfeuer der Schweden für Polens Freiheitskampf; schwedische Agenten sondirten die Stimmung der Finnen. Karl Johann habe auf dem Punkte gestanden, loszuschlagen; da habe Rußland die Gefahr gemerkt und eingelenkt, indem es dem Stockholmer Hofe seinen ewigen Schutz versprach. Der König werde sich doch nicht mit der Revolution verbinden, die ihn ebenfalls überraschen könne; die Polen würden bald besiegt sein, und der Kaiser dann Die, welche seine Bedrängniß gesteigert hätten, streng züchtigen. Besonders gewann der russische Gesandte, Graf Süchtelen, des Kronprinzen Vertrauen und lud ihn nach Petersburg ein, wo er ganz für Rußland gestimmt wurde und dann auch auf den König in diesem Sinne wirkte. In dieser Zeit kam der polnische Abgesandte Zalucki nach Schweden, um den Hof im Palmerston's Sinne zu bearbeiten. Wie erstaunte er, als er angehalten und zurücktransportirt wurde, und die Antwort empfing, daß die schwedische Regierung sich in keine Verbindung mit Rebellen einlassen möge. Ein neuer Versuch Laffitte's und Palmerston's bei Karl Johann scheiterte insofern, als Dieser erklärte, er wünsche zwar ebenfalls die Unabhängigkeit Polens, aber warum solle er sie zuerst von Rußland fordern, da die Großmächte England und Frankreich davor zurückscheuten?

Günstiger schien den Polen das Glück bei der Pforte zu sein, welche die Demüthigungen des letzten Kriegs noch nicht verschmerzen konnte. Wylocki begab sich nach Konstantinopel und suchte mit dem französischen Gesandten Guilleminot den Sultan zum Kriege gegen Rußland zu bestimmen. Die Bemühungen Beider hatten den besten Erfolg; Mahmud II. versprach, Ende Mai 300,000 Mann des allgemeinen Aufgebots an den russischen Grenzen aufzustellen. Unbekümmert um die Aufstände in Albanien und Bosnien, denen Rußland nicht fremd war, reizte der Sultan die kaukasischen Völker und Persien zum Kriege wider den gemeinsamen Glaubens- und Nationalfeind auf. Guilleminot hatte den Sultan nämlich überredet, daß nächstens alle Mächte gegen Rußland losschlagen würden. Die Sache wurde von der russischen Diplomatie erspäht, welche den preußischen und österreichischen Gesandten in ihr Interesse zog. Die französische Regierung, darüber zur Rede gesetzt, erschrack so gewaltig, als ihre öffentlich dargelegte Friedensliebe compromittirt wurde, daß sie Guilleminot desavouirte und abrief (3. April 1831). England, nicht mit im Geheimniß, glaubte sich von Frankreich verrathen und gab dem Sultan den Rath, die Rüstungen einzustellen und Rußland seiner freundnachbarlichen Gesinnung zu versichern. Auch Oesterreich wurde den Polen untreu. Theils trug daran Skrzynecki's Zauderpolitik, theils der Abscheu vor einer Verbindung mit den Polen, theils russisches Geld

die Schuld. Auf diese diplomatischen Verhandlungen baute Skrzynecki, und zauderte so lange, bis die Russen die besten Stellungen eingenommen hatten. Skrzynecki übersah, daß die Revolution, indem sie den Boden des Rechts und Gesetzes verläßt, nicht über Treubruch und Hinterlist klagen darf, und daß sie jedesmal da verloren ist, wo alte heilige Verträge und der Staatsvortheil sich labyrinthisch verschlingen, einander kreuzen und doch wieder zusammengehen. Durch die cunctatorische Kriegführung wurde der Muth des polnischen Heeres geschwächt und das Land, von Freund und Feind ausgesogen, in grenzenloses Elend gestürzt. Bei dem Mangel an Thaten, die allen Parteien zur Ehre gereichen, versetzte sich die innere revolutionaire Aufregung, warf sich auf die inneren Organe des Staatslebens und zerstörte sie. Scheußliches Wüthen der Parteien, grauenhafte Verdächtigungen, politische Mordthaten, Zerrüttung der öffentlichen Ordnung, der gesellschaftlichen und Familienbande sind die natürlichen Folgen der Revolution. Da Skrzynecki die polnische Sache für verloren erachtete, that er überhaupt nichts, um Siege zu erringen, noch weniger einen Hauptschlag auszuführen, wie er mehrmals Gelegenheit gehabt hätte. Seine Generalstabsofficiere, Prondzinski und Chrzanowski, mußten ihn erst zu Allem drängen, ja der Reichstag es ihm sogar gebieten, doch wenigstens manchmal eine Schlacht zu liefern. Nur um die Reorganisation des Heeres erwarb sich Skrzynecki große Verdienste. Mitte März standen 52,000 Mann bereit, ins Feld zu rücken, und andere 35,000 Mann, um den kleinen Krieg zu führen, Besatzungen zu bilden, und überall Volksaufstände zu veranlassen. Die vier Infanteriedivisionen wurden von Rybinski, Gielgud, Mühlberg und Malachowski geführt; Krukowiecki erhielt die Commandantur von Warschau.

Die Nachrichten, welche Diebitsch von den Flügeln erhielt, bestimmten ihn, womöglich oberhalb Warschau bei Stezyca über die Weichsel zu setzen und dem Feinde in die Flanke zu fallen. Uminski hatte nämlich auf dem rechten Ufer des Bug den Marsch der Garden aufzuhalten gesucht, indem er das Volk zum Aufstande anfeuerte. Dwernicki griff am 26. Februar das Corps des General Kreutz, welches über die Weichsel gesetzt war, an, und warf es über den Strom zurück. Indem Dwernicki die Russen verfolgte, erhoben sich die Bauern um Lublin und schlugen die Feinde todt, wo sie sie fanden. Das ganze Kreutz'sche Corps war zersprengt und Dwernicki schickte sich an, die volhynische Grenze zu überschreiten, als Diebitsch ihm 15,000 Mann unter Toll und Witt nachsandte, welche ihn zwangen, sich in Zamosc einzuschließen. Inzwischen hatte die Flankenbewegung der russischen Hauptarmee gegen die Oberweichsel begonnen und General Rosen sollte diese Bewegung verdecken, indem er mit seinem Corps sich von Wawre bis Kaluszyn ausdehnte. Die russische Armee, in kleine Abtheilungen zersplittert, war leicht anzu-

greifen, wenn Skrzynecki nach Napoleonischen Strategemen gehandelt und sich mit Uebermacht auf jedes einzelne Corps gestürzt hätte. Diesen Vorschlag machte auch Prondzynski und Skrzynecki ging endlich in diesen Gedanken ein. Nachts vom 30. zum 31. März rollten die Kanonen über die mit Strohmatten belegte Pragaer Brücke; Reiterei und Infanterie folgten in größter Stille nach. Die Russen ahnten nicht das Geringste. Plötzlich standen die Polen vor ihnen, zersprengten Geismar's kleines Corps, dessen klägliche Trümmer jedoch Rosen von dem heranziehenden Sturm unterrichten konnten. Dieser nahm bei Willkin Dembe eine Defensivstellung und wurde von dem langsamen Skrzynecki erst den 31. Nachmittags erreicht. Die Polen erfochten hier einen glänzenden Sieg: 2000 Gefangene, zehn Pulverwagen, und neun Kanonen waren die Trophäen dieses Tages. Allein die Nacht begünstigte die Flucht der Russen bis nach Siedlce; erst am folgenden Tage begannen die Polen die Verfolgung und machten noch 5000 Gefangene. Statt nun mit seinen begeisterten Schaaren den Sieg zu vervollständigen und Siedlce einzunehmen, dann rasch das nächste Corps Schachoffski's zu überstürzen, blieb Skrzynecki vorsichtig und beobachtend am Liwice stehen. Diebitsch gab auf diese unglücklichen Nachrichten den Weichselübergang auf, und mußte denselben gefährlichen Marsch mit entmuthigten Truppen im Angesichte eines siegreichen Feindes zurück machen und sich in der Flanke blosstellen. Dennoch ließ Skrzynecki den Marsch der russischen Hauptarmee ruhig zu. Endlich wurde er durch vieles Bitten dahin gebracht, doch wenigstens Rosen zu vernichten und Siedlce zu erobern. Prondzynski erbot sich, mit etwa 9000 Mann dieses Wagestück zu unternehmen. Der Erfolg war ein so ehrenvoller, daß die Polen nicht nur über das durch mehrere Abtheilungen vom Pahlen'schen Corps verstärkte Rosen'sche Corps bei Iganie einen herrlichen Sieg erfochten (10. April), sondern auch 2000 Gefangene machten und drei Kanonen erbeuteten. Rosen warf sich nach Siedlce, das Prondzynski nicht stürmen konnte, da er zu schwach war und Skrzynecki keine Verstärkung absandte. So ging der günstige Augenblick verloren, denn am 11. April kam Diebitsch nach Siedlce; die Vereinigung der russischen Streitkräfte war vollzogen. Beide Feldherren ruhten aus. Dieser Rückzug der Russen machte Dwernicki Luft. Er verließ am 12. April Zamosc mit 6000 Mann — mehr hatte Skrzynecki nicht bewilligt, obwohl er bequem 10,000 Mann entbehren konnte — und zog der volhynischen Grenze zu, um die bisher vereitelten Aufstände in der dortigen Gegend zu unterstützen. Allein Dwernicki kam vier Monate zu spät. Die Verschwörungen waren durch Rüdiger, der mit 15,000 Mann hier befehligte, unterdrückt worden und täglich kamen neue russische Truppen an. Dwernicki schlug zwar am 19. April bei Woromel den russischen Anführer, mußte sich aber, von der Uebermacht gedrängt und von den Podoliern verlassen, nach der österreichischen Grenze

ziehen, um auf einer Seite gedeckt zu sein. Da sah er sich plötzlich auch im Rücken angegriffen. General Kreutz war ihm nachgezogen, nachdem er Sierawski bei Wronow geschlagen (17. April), der, im Vertrauen auf Pac's Nähe, sich in eine Schlacht eingelassen hatte. So wurde Dwernicki auf österreichisches Gebiet gedrängt und von Rüdiger und Kreutz umstellt. Oesterreichische Cavalerie trennte die Streitenden (27. April). Dwernicki wurde nach Laibach gebracht, sein Corps entwaffnet und die Waffen, Pferde und Geschütze an Rußland ausgeliefert. Die Mannschaften blieben in Galizien; wurden aber so wenig bewacht, daß sie meist nach Polen entkommen konnten.

Gerade jetzt loderte der Aufstand in Volhynien, Podolien und der Ukraine wieder auf; die Edelleute, an der Spitze ihrer Bauern, führten aus den Wäldern einen unheimlichen Krieg, dem jedoch mit Dwernicki's Verschwinden bald ein Ende gemacht wurde. Der einzige Rozycki, schlug sich mit 200 Reitern durch die ganze russische Armee und brachte die Kunde nach Zamosc, daß die Polen ihren Brüdern in Volhynien Hilfe senden möchten. Chrzanowski wurde mit 6000 Mann abgeschickt, Dwernicki's Corps aufzusuchen, von dessen Schicksal man noch keine Nachricht hatte. Als er über Zamosc hinaus kam, stießen seine Vortruppen mit russischen Plänklern zusammen. Es war Kreutz, der aus Volhynien zurückkehrte. Chrzanowski zog sich nach Zamosc und blieb daselbst, da er inzwischen den Ausgang Dwernicki's erfahren hatte.

Während dieser Zeit stand Skrzynecki der russischen Hauptarmee thatenlos gegenüber, obwohl er über mehr als 76,000 Mann mit 140 Kanonen, ungerechnet die Festungsgarnisonen, zu verfügen hatte. Der polnische Generalstab drang auf eine Entscheidungsschlacht. Da Skrzynecki aber nicht Alles auf Einen Wurf setzen und die öffentliche Meinung doch befriedigen wollte, so pflichtete er Prondzynski bei, der einen Plan zur Vernichtung der russischen Garden entworfen hatte. Diese standen unter Großfürst Michael zwischen Ostrolenka und Lomza in guten Quartieren. Skrzynecki zog am 12. Mai mit mehr als 55,000 Mann nach Sierock ab, indem er Uminski mit 12,000 Mann vor Praga ließ, theils um diesen Platz zu decken, theils um den Russen den Abmarsch der Hauptarmee zu verbergen. Diebitsch machte am 13. mit 24,000 Mann eine große Recognoscirung gegen Praga und meinte aus dem entschlossenen Widerstande der Polen schließen zu müssen, daß ihm noch die ganze polnische Armee gegenüberstehe. Er zog sich daher zurück, den Sieg für eine spätere Zeit aufsparend, wo die Garden ihn unterstützen konnten. Diese Recognoscirung erschreckte jedoch Skrzynecki so, daß er keinen Schritt weiter thun mochte, ohne sich den Rücken und Flanken gedeckt und die Communication mit Uminski hergestellt zu haben. Lubienski mußte mit 20,000 Mann Nur am Bug besetzen und General

Dembinski mit 4000 Mann das rechte Ufer des Narew sichern. Er selbst näherte sich mit 30,000 Mann vorsichtig den Garden. Großfürst Michael ahnte nichts von der Gefahr, die über seinem Haupte schwebte. In der Meinung, daß durch ein größeres polnisches Corps die Bewegungen Chlapowski's, unterstützt werden sollten, der mit 600 Reitern und 100 Instructionsofficieren einen Durchgang nach dem jetzt insurgirten Lithauen suchte, schickte Michael Streifcorps aus, die ihn benachrichtigten, daß die Polen größere Massen zu entwickeln schienen. Am 17. Abends stand Skrzynecki dicht an den russischen Vorposten bei Sniadowo, zum morgigen Angriff entschlossen. Da meldeten ihm die Feldwachen, es werde nach Ostrolenka zu Kanonendonner gehört. Ueberzeugt, daß derselbe von einem Gefecht zwischen Dembinski und dem russischen General Sacken, der den Vortrab der Garden commandirte, herrühre, sandte er sogleich Gielgud mit 14,000 Mann zur Unterstützung Dembinski's ab. Natürlich fühlte er sich selbst zum Angriff auf die russische Kerntruppe zu schwach. Sacken zog sich glücklich aus der Gefahr, ohne sie vom russischen Hauptcorps abwenden zu können; denn Gielgud und Dembinski umgingen über Lomza die Russen, in der Absicht, beim ersten Kanonenschuß, den Skrzynecki thun würde, die Feinde im Rücken zu fassen. Skrzynecki zauderte jedoch den ganzen 18.; er zauderte den 19. Mai, als er schon bemerkte, wie die Russen sich behutsam aus den verhängnißvollen polnischen Wetterwolken zogen, die sie bei längerem Verweilen unfehlbar zerschmettert haben würden. Nachher verfolgte Skrzynecki die Russen zwar bis Tykoczin, allein ohne andere Vortheile, als die Ergreifung einiger Marodeurs zu erzielen. Plötzlich ließ er die Russen los und zog sich nach Ostrolenka zurück, wohin ihm die übrigen Heeresabtheilungen folgen sollten. Dadurch gewann Diebitsch, der Lubienski geworfen hatte und in Eilmärschen nahte, Raum und Zeit, sich mit den Garden zu verbinden. Der russische General, welcher sich durch die polnischen Manövers compromittirt fühlte, beschloß, den Polen eine Lehre zu geben. Er griff sie am 26. Mai bei Ostrolenka mit 40,000 Mann an, ohne die 20,000 Garden, welche ein bis zwei Meilen zurückstanden. Die Polen zählten nur 30,000 Mann, da Skrzynecki versäumt hatte, zur rechten Zeit Gielgud's Division von Lomza herbeizurufen. Lubienski vertheidigte Ostrolenka mit 12,000 Mann äußerst tapfer, während das übrige Heer über die zwei Narewbrücken zog, um auf den Anhöhen des rechten Ufers sich festzusetzen. Die Russen stürmten das verbarricadirte Ostrolenka, vertrieben die Polen, eroberten mit bewundernswürdiger Kühnheit die Brücken, setzten sich hinter dem Fahrdamm fest, und bestrichen von hier aus die Polen, von denen Skrzynecki immer neue Schaaren herbeiführte, um die wichtige Position wiederzunehmen. Endlich dringen die Russen über die Brücken und ordnen sich zu Angriffscolonnen, zwingen aber damit ihre eigenen Batterien auf dem höheren linken

Ufer, zu schweigen. Da langte der polnische Oberst Bem mit einer reitenden Batterie von zehn Kanonen auf dem Schlachtfelde an, und ließ sie sofort in den Feind schmettern. Prondzynski raffte zusammen, was noch von Infanterie da war, griff an, und jagte die Russen über die Brücken. Bem postirte sich auf dem Fahrdamm und unterhielt ein so heftiges Feuer, daß Diebitsch Abends um 8 Uhr diese furchtbare Schlacht abbrach, welche den Russen 9000, den Polen 7000 Menschenleben kostete. Diebitsch rühmte sich des Sieges, als die Polen den Rückzug nach Warschau antraten. Wie gern hätte Skrzynecki, dem in der Gefahr der Muth gewachsen war, noch einmal angegriffen, wenn man nur überhaupt noch Munition und eine Armee gehabt hätte. Aber sämmtliche Bataillone waren von den russischen Kartätschen so gelichtet worden, daß von jedem nur wenige Mann aus der Schlacht zurückkamen, die Officiere größtentheils gefallen waren, und die Mannschaften bestürzt auf dem Schlachtfelde nach ihren Feldzeichen umhersuchten. Traurig kehrte die Armee, von Diebitsch schwach verfolgt, nach Warschau zurück, das sie vor wenig Wochen mit den schönsten Hoffnungen verlassen hatte. Nur Eins war erreicht; Chlapowski war am 21. nach Lithauen entkommen. Hierher richtete sich nun das Augenmerk des polnischen Kriegsraths, in der Absicht, frühere Fehler und Verluste wieder gutzumachen. Noch auf dem Schlachtfelde von Ostrolenka entschied der Kriegsrath, daß Gielgud mit seiner Division nach Lithauen ziehen müsse. General Dembinski war erbötig, mit der posenschen Legion Gielgud diesen Befehl zu überbringen und sich dem verhängnißvollen Zuge anzuschließen, von dessen Gelingen das Schicksal Polens überhaupt abhing. Im südlichen Polen stand ebenfalls ein glücklicher Handstreich bevor, indem Chrzanowski von Zamosc ausrücken und den aus Volhynien kommenden Rüdiger einem von Warschau zu entsendenden Corps zutreiben sollte. Nehmen wir noch dazu, daß am 10. Juni 1831 der Graf Diebitsch, nach einem Gastmahl, das er dem kaiserlichen Abgesandten Grafen Orloff zu Ehren gegeben hatte, an der Cholera erkrankte und bald darauf starb *), daß diese fürchterliche Seuche, welche damals von Osten her Europa zuerst durchzog, im russischen Heere fürchterlich aufräumte, daß der russische Soldat unausgesetzt die größten Entbehrungen, den furchtbarsten Mangel zu leiden hatte, daß Rußland, auf den Flanken von Aufständen bedroht, keine andere große Armee von Uebung und Disciplin mehr aufzustellen hatte, während in Polen noch nicht einmal das allgemeine Landaufgebot erlassen worden war, und der polnische

*) Am 27. Juni starb der Großfürst Konstantin nach einem ähnlichen Gastmahl Orloff's zu Witepsk, und am 29. November folgte ihm seine Gattin nach. Konstantin soll sich über die Siege der Polen — eine Frucht seiner ausdauernden Exercitien — heimlich gefreut haben.



Soldat nach gehabten Anstrengungen einer liebreichen Pflege entgegensah: so konnte man die Sache der Polen damals noch nicht für verloren halten, wenn ein Anführer von Geist und Entschlossenheit an der Spitze stand.

Dies sahen die Patrioten ein; das erkannte vor allen die demokratische und die constitutionelle Partei, besonders als Prondzynski eine Anklageschrift einreichte, worin er die Fehler des Obergenerals gründlich beleuchtete. Allein die conservative Partei Czartoryski's, jeder entschiedenen Maßregel abhold, wünschte, Skrzynecki um jeden Preis zu halten, weil sie von den stürmischen Clubisten überholt zu werden fürchtete. Sie bewog den Reichstag, Skrzynecki eine Dankadresse zu überreichen, die üble Folgen hatte. Denn der intriguante und daher um so gefährlichere Krukowiecki dankte ab; Uminski, auf den Skrzynecki die Schuld schob, daß der Zug nach Lomza mislungen war, wurde von Skrzynecki abgesetzt und der geniale Prondzynski verfolgt. Zugleich deutete Skrzynecki dem Reichstage an, es wäre besser, wenn die Form der Regierung geändert und nur Einer als Statthalter an die Spitze gestellt würde. Er hatte dabei seinen Freund Czartoryski im Sinne. Ein darauf abzielender Antrag, den Ledochowski im Reichstag stellte, fiel aber am 8. Juni, obwohl mit geringer Majorität, durch. Die Debatten darüber waren so heftig und aufregend, wie der Antrag, der sie hervorrief, unklug. Skrzynecki meinte, unter solchen Umständen seinen Freund Czartoryski nicht verlassen zu dürfen und vertraute den talentlosen Generälen Jankowski, Butowski und Romarino den Befehl über die Abtheilung an, welche Rüdiger aufhalten und auf Chrzanowski zurückwerfen sollte. Allein Jankowski ließ sich bei Lysobyki am 19. Juni von Rüdiger schlagen, und wich nach Warschau zurück, obwohl er dem russischen General an Streitkräften überlegen war. Chrzanowski setzte, um sich zu retten, eiligst auf das linke Weichselufer über. Das Mislingen dieses Plans fiel auf die Schultern Skrzynecki's, der sich nur dadurch vor Absetzung rettete, daß er Jankowski, Butowski und mehrere Officiere festnehmen und der Verrätherei anklagen ließ. Hätte Skrzynecki nun einen großen Schlag gegen die Russen versucht, so würde er sich selbst oder jeden andern, der ihm beliebte, haben zum Dictator ernennen können. Allein Skrzynecki that nichts, obwohl sich ihm mehrmals die beste Gelegenheit dazu bot. Anfang Juli war nämlich der neue Oberfeldherr der Russen, Paskewitsch Eriwanski, in Polen angekommen. Iwan Feodorowitsch Paskewitsch, Graf von Eriwan stammte aus einem altrussischen Geschlecht. Sein Vater war Oberst in Pultusk, als ihm 1782 Iwan geboren wurde. In der Pagenanstalt zu Petersburg erzogen, trat Paskewitsch zeitig ins Heer, focht gegen die Türken von 1806—1809, und gegen die Franzosen von 1812—1815. Als Chef des Generalstabes in Georgien wurde sein Name zuerst bekannt, namentlich durch den Sieg von Elisabethpol über Abbas Mirza (1826). Bald

darauf erhielt er die Statthalterschaft jener Provinz und den Oberbefehl gegen die Perser, und zeichnete sich durch große Vorsicht in seinen Kriegsoperationen, wie durch liebreiche Fürsorge für die Verpflegung der Mannschaften aus. Die besten Erfolge harrten seiner. Er zwang Persien zum Frieden von Turkmantschai (1828) und trug durch seine glücklichen Feldzüge in der asiatischen Türkei nicht wenig zum Abschluß des Friedens von Adrianopel bei (1829). Darauf kehrte er nach Georgien zurück, um die kaukasischen Bergvölker zu bekämpfen, die er durch eine unangemessene Behandlung sehr erbittert hatte, und die nun für ihre Freiheit und ihren Glauben jenen Kampf begannen, der Rußland schon unendliche Opfer gekostet hat. Paskewitsch erlitt selbst häufige Unfälle und war nahe daran, beim Kaiser in Ungnade zu fallen, als der verunglückte polnische Feldzug ihn unentbehrlich machte. Dieser Mann erschien nun in Polen mit 15,000 frischen Truppen; das Glück begünstigte ihn so, daß von nun an sein Name und Polens Untergang innig verknüpft wurden.

Paskewitsch führte zunächst die etwa 65,000 Mann betragende Hauptarmee aus den verwüsteten Gegenden der oberen Weichsel in die Landschaften der unteren Weichsel, um der preußischen Grenze nahe zu sein. Während fast alle Regierungen, wenigstens anfangs, gegen Rußland Partei ergriffen hatten, hielt Preußen das gute Einvernehmen mit dem verschwägerten Czaren nicht nur aufrecht, sondern that auch Alles, um die lodernde Flamme des Aufruhrs ersticken zu helfen. Es entging dem preußischen Cabinete nicht, daß Frankreich mit Polen öffentlich fraternisirte. Die Besorgniß, daß das freie Polen eine Waffe Frankreichs gegen Deutschland werden könne, wie die Dankbarkeit gegen den im Freiheitskriege bewährten Bundesgenossen überwog in Berlin jede andere Rücksicht. Ein strenger Grenzcordon aus vier Armeecorps, angeblich gegen die Cholera gebildet, hinderte die Communication zwischen Polen und dem Auslande, welches Gesandte, Couriere, Waffen, Geld und Lebensmittel den heldenmüthigen Kämpfern zusandte. Dagegen verkehrten die Russen in Danzig und den Ostseeplätzen ungehindert, ohne die vorgeschriebene Quarantaine zu halten und schleppten die Cholera nach Preußen ein. Paskewitsch that klug daran, sich nach den Grenzen dieser befreundeten Macht zu ziehen, hier über die Weichsel zu setzen und, im Rücken gedeckt, Warschau von der schwächeren Seite anzugreifen. Allein dieses Manöver war auch mit den größten Gefahren verbunden, wenn Skrzynecki sich während des Flankenmarsches der russischen Armee bis Plock und Ostek, oder beim Weichselübergange, oder später auf dem linken Weichselufer auf die schwächeren feindlichen Abtheilungen mit Uebermacht geworfen und sie zerstreut hätte. Der polnische General that nichts von alle Dem. Paskewitsch vollzog fast unbelästigt seinen Weichselübergang bei Wroclawek (27. bis 29.

Juli). Skrzynecki ließ die Russen bis Lowicz heran, wo sie zwischen den Zuflüssen der Bzura eine feste Stellung bezogen. Der Reichstag stellte ihn darüber zur Rede und der Generalissimus versprach, eine Schlacht zu liefern. Bald nachher erklärte er, die Verantwortlichkeit dafür nicht auf sich nehmen zu können, da die russische Stellung fast unangreifbar sei. Man möge ihn, so bat er mit thränenden Augen, nicht zu einer Schlacht zwingen, die das Schicksal des Vaterlandes auf Einen gewagten Wurf setze.

Dieses unbegreifliche Zaudern erklärt man aus den diplomatischen Unterhandlungen, in welche sich Polen mit Frankreich eingelassen hatte. Damals ging nämlich eine Depesche des französischen Ministers Sebastiani an Czartoryski ein, welche eine glückliche Beilegung der polnischen Streitsache in nahe Aussicht stellte. Ebenso dringend mahnte der französische Gesandte in Berlin, Flahaut, von einer Hauptschlacht ab; man möge noch zwei Monate den Krieg hinziehen, dann würde die Diplomatie einschreiten. Palmerston, dem viel daran lag, die belgische Krone auf das Haupt Leopold's zu drücken, ließ nämlich gegen Talleyrand die Aeußerung fallen, daß eine baldige Annahme der 18 Artikel durch die belgische Nationalversammlung, von welchen Leopold die Annahme der Krone abhängig machte, im Interesse beider Regierungen läge, da man sich nachher mit der polnischen Sache beschäftigen könne. Talleyrand theilte Zalucki diese Aeußerung mit, welcher nichts Eiligeres zu thun hat, als nach Brüssel zu reisen und den belgischen Congreß zur Annahme der 18 Artikel zu bewegen. Triumphirend kommt er zurück und Talleyrand fährt sofort bei Palmerston vor und unterrichtet ihn von den erfolgreichen Bemühungen des polnischen Gesandten. Palmerston ist freudig überrascht; aber an das Schicksal Polens erinnert, weicht er aus und erklärt zuletzt, außer Stande zu sein, für die *Insurgenten* zu interveniren. Frankreich mußte zum Lügner werden und die Hoffnungen, die es, im Vertrauen auf Englands Beistand, in den Polen erregt hatte, im September selbst desavouiren. Sogar das, was sich anfangs gut anließ und ihren Muth entflammte, gereichte den Polen zum Fluch. Die Katastrophe nahte.

Bisher trösteten sich die Patrioten noch mit der Hoffnung, in Lithauen das alte Polen wieder aufzurichten, wenn Warschau erobert würde. Dieser Hoffnungsanker brach. Die polnischen Generäle Gielgud, Chlapowski, Rohland, Dembinski und Szymanowski hatten sich veruneinigt. Gielgud, der den Oberbefehl führte, war ein Schwachkopf und der gefährlichen Unternehmung nicht gewachsen. In langsamen Märschen ging das polnische Heer auf Wilna los, das die Russen vorher mit einer starken Abtheilung hatten besetzen können. Der Angriff auf die lithauische Hauptstadt mislang; man wendete sich nach Samogitien, um Szawle zu nehmen. Die Ordnung löste sich im polnischen Heere, der Muth sank, als der Aufstand beim lithauischen Bauer und Bürger nicht den gehofften Anklang

fand, und Desertion riß ein, als die Polen von einem dreifach schwächeren Corps bei Szawle in die Flucht gejagt wurden. Dembinski, der seine Mannschaft vor der Berührung mit dem schlechten Geist der andern Corps hüten wollte, sonderte sich ab und marschirte allein. Gielgud verzagte bald, ließ sich von den Russen immer mehr nach der preußischen Grenze drängen und überschritt dieselbe am 12. Juli, im nämlichen Augenblick, wo das Rohland'sche Corps mit klingendem Spiele herbeizog. Ein Officier dieses Corps ritt über die Grenze, zog ein Pistol und schoß Gielgud mit den Worten: „Verschwinde Verräther!" nieder. Indeß mußten zwischen dem 13. und 15. Juli auch Chlapowski und Rohland in Preußen Schutz suchen. Man entwaffnete sie und führte sie in Depots ab; das Kriegsgeräth wurde aber an Rußland verabfolgt. Dembinski entkam mit seinem Corps. Der Verlorengeglaubte hielt mit 4000 Mann am 2. August seinen von Jauchzen und Beifall begleiteten Einzug in Warschau, wo er der Abgott des Tages wurde. Er erschien Allen als der rettende Engel, welcher Skrzynecki ersetzen und das Heer zum Siege führen müsse.

Heinrich Dembinski gehört unstreitig zu den interessantesten Erscheinungen unter den polnischen Generälen. Der Sohn warmer Patrioten, wurde er in Galizien 1791 geboren, und nach dem Tode des Vaters 1803, von seiner hochgebildeten Mutter, einer Gräfin Moszynski, erzogen. Körperliche Abhärtung, Kräftigung des Heldensinnes durch das Studium der Geschichte, waren die Hauptgesichtspunkte der mütterlichen Erziehung. Nachdem er von 1807—1809 die Ingenieurakademie in Wien besucht hatte, floh er mit zwölf Begleitern nach Polen, um dem alten Vaterlande seinen Arm zu leihen. Bei ihrer Ankunft fanden die Flüchtlinge Warschau schon von den Oesterreichern besetzt. Entschlossen rief Heinrich Dembinski seinen trauernden Gefährten zu: Giebt es kein Polen mehr, so machen wir eins! und begab sich nach Krakau, zum Fürsten Poniatowski. Auf eigenen Wunsch trat er als Gemeiner in das fünfte reitende Jägerregiment, da er nicht anders als auf dem Schlachtfelde seine Beförderung erlangen wollte. Napoleon begleitete er als Lieutenant nach Rußland, ward wegen seiner Bravour bei Smolensk Hauptmann, und erwarb sich auf dem Rückzuge unter Sokolniki die schwere Kunst, mit geringen Streitkräften überlegene Truppenmassen zu beschäftigen. Nach dem Wiener Congreß bewirthschafte er das Gütchen seiner Mutter, da er unter dem Großfürsten Konstantin nicht dienen mochte, und erwarb sich durch glückliches Börsenspiel ein Vermögen von 150,000 Thalern. Da brach die polnische Revolution aus. Dembinski eilte mit allem disponibeln Vermögen nach Warschau, indem er sein Geld und sein Talent dem Vaterlande zum Opfer darbot. Chlopicki ernannte ihn zum Bataillonschef. Bald darauf wählte ihn die mobile Nationalgarde des Krakauer Palatinats zu ihrem



Obersten und kam durch ihn zu hoher Achtung, als sie bei Grochow sich in die Reihen der Kämpfer stellte. Skrzynecki übergab Dembinski den Befehl über eine Cavaleriebrigade. Dembinski's Ruf datirt von dem Gefecht bei Kuflow, wo er mit 4000 Mann die russische Hauptarmee des Grafen Diebitsch einen ganzen Tag aufzuhalten verstand. Als Brigadier finden wir ihn bei Ostrolenka, wo er die Brücke forcirte und mit jungen ungeübten Truppen die doppelt überlegenen russischen Garden aus dieser für unbezwingbar geltenden Stellung vertrieb. Während der Schlacht von Ostrolenka erhielt er den Befehl zum Einmarsch in Lithauen. Durch den meisterhaften Rückzug aus diesem von Sümpfen und Wäldern durchschnittenen Lande hat er sich einen unsterblichen Namen in der Kriegsgeschichte gemacht. Hundert Stunden weit zog er in das unwegsame, von Feinden wimmelnde Land, umging Wilna in einem großen Bogen bis an die Quellen des Niemen und der Wilia, verschwand den verfolgenden Russen auf zauberische Weise, um an einer unvermutheten Stelle wieder zum Vorschein zu kommen, und kehrte mit 1000 Gefangenen und fünf erbeuteten Kanonen nach Warschau (2. August) zurück, indem er den anfänglichen Bestand seiner Kriegskasse, 17 Thaler, auf mehrere Tausende erhöht hatte.

Auf diesen Mann richtete der Reichstag seine Augen, als er am 10. August Skrzynecki's Absetzung verfügte. Allein Dembinski gehörte nicht nur zu derselben politischen Partei, welcher sich Skrzynecki und Czartoryski zuzählten, sondern trug auch eine so unverkennbare Achtung vor Skrzynecki's militairischen Talenten und kriegerischem Heldenmuth zur Schau, daß er sich von seinem Vorgänger beim Heere einführen ließ. Dembinski befahl nun im Geiste Skrzynecki's den Rückzug nach Warschau, trotz Prondzynski's Vorstellungen, der die Kriegstüchtigkeit des Heeres vielleicht überschätzte. Da brach in Warschau am 15. August ein Aufstand aus. Die Urheber desselben gehörten den wüthendsten Clubisten an; ihr Zweck lief auf eine Conventsregierung hinaus. Die gefangenen russischen und polnischen Generäle, russische Spione und eine russische Frau fielen der Volkswuth zum Opfer. Czartoryski suchte Zuflucht im Lager; die übrigen Regierungsmitglieder, außer Niemojewski, versteckten sich. Da erschien Krukowiecki, der sich nach seiner Absetzung dem patriotischen Club angeschlossen und den Jacobiner gespielt hatte, sucht das Volk zu beruhigen und wurde von ihm zum Gouverneur ausgerufen. Am 16. legten die Regierungsmitglieder, nachdem sie Prondzynski zum Generallissimus ernannt hatten, ihre Würden nieder. Prondzynski dankte jedoch schon nach wenigen Stunden ab, als seine Absicht, sich zum Dictator zu ernennen, fehlschlug. Dembinski nahm die Befehlshaberstelle wieder ein und schien entschlossen, die Intriguen und wahnsinnigen Handlungen der Demokraten mit kräftigem Arme niederzuschmettern. Durch den allseitigen Wider-

stand, den seine Dictatur fand, entmuthigt, kehrte er traurig ins Lager zurück. Krukowiecki hielt dagegen in Warschau aus, wußte sich bei allen Parteien beliebt zu machen und wurde vom Reichstag zum Präsidenten der polnischen Republik ernannt. Als solcher übertrug er den Oberbefehl des Heeres dem tapfern, aber betagten Malachowski, während der verdächtige Chrzanowski das Gouvernement Warschaus erhielt.

Nun entfaltete Krukowiecki ein vollständiges Gewebe der Lüge und des Verraths über Polen. Er täuschte das Volk durch todesmuthige Proclamationen, zersplitterte aber das Heer so, daß eine längere Vertheidigung Warschaus unmöglich wurde. General Ramorino wurde nämlich am 21. August mit 20,000 Mann nach Podlachien, Lubienski nach Plock entsandt, um die Hauptstadt mit Lebensmitteln zu versorgen und die detachirten russischen Corps auf dem rechten Weichselufer zu zerstreuen. Ramorino ließ sich jedoch von dem russischen General Rosen bis Brzesc locken und weigerte sich, dem Befehl Malachowski's zu gehorsamen, da Krukowiecki die Gefahr für Warschau als unerheblich schilderte. Paskewitsch ließ sich diesen Vortheil nicht entgehen. Er schritt am 6. September zum Sturm, um die polnische Hauptstadt zu erobern, ehe Ramorino zurückkehrte. Warschau war mit drei Reihen Verschanzungen umgeben, an denen seit sechs Wochen von allen Altersclassen und Geschlechtern mit Feuereifer gearbeitet worden war. Den Mittelpunkt der ersten Schanzenreihe bildete das Dorf Wola, in der zweiten Reihe war die Vorstadt Czyste die wichtigste Position, die dritte Schanzenreihe machten Graben, Wall und Pallisaden der Hauptstadt aus. Uminski führte den linken Flügel, der sehr stark war und aus 18,000 Mann bestand, da Paskewitsch auf diesen den Hauptstoß zu richten schien. Dembinski commandirte das Centrum, Routié den rechten Flügel. Beide zusammen mochten 16,000 Mann stark sein. Bem befehligte die Artillerie. Krukowiecki hatte die Leitung der Schlacht an sich gerissen. Als nun die Russen wider Vermuthen den rechten Flügel und Wola angriffen, vertheidigten sich zwar die Polen mit staunenswerther Tapferkeit, unterlagen aber, da Krukowiecki keine Verstärkungen hinsandte und der nahestehende Rybinski auf Dembinski's und Malachowski's Bitten sich weigerte, dem rechten Flügel Beistand zu leisten. Entmuthigt zogen sich die Polen in die zweite Schanzlinie zurück. Krukowiecki und Prondzynski knüpften in der Nacht mit Paskewitsch Unterhandlungen an und suchten am 7. Morgens den Reichstag zu überzeugen, daß nichts als völlige Unterwerfung retten könne. Entrüstet weigerte sich der Reichstag, seine Zustimmung zu diesem schimpflichen Vertrage zu geben, und der Kampf begann Nachmittags um 2 Uhr auf allen Punkten wieder. Murawiew griff Uminski bei der Jerusalemer Barriere an, wurde aber mit furchtbaren Verlusten zurückgeworfen. Von zwei russischen Reiterregi-

mentern blieben nur noch funfzig Pferde übrig. Schrecklich wüthete der Kampf um Czyste, wo das vierte Regiment seine letzten Heldenthaten verrichtete. General Bem fegte das Glacis durch ein wohlgezieltes Feuer. Die Russen und Polen setzten das Aeußerste daran, die Einen, um den Kampf vor der bald erwarteten Ankunft Ramorino's zu enden, die Anderen, die Entscheidung bis dahin aufzuhalten. Da erscholl plötzlich die Kunde, daß Krukowiecki, nachdem er einen demüthigen Unterwerfungsbrief an den Kaiser geschrieben, mit Paskewitsch capitulirt habe. Am 8. September räumte die polnische Armee mit allen Kriegsgeräthen Warschau. Der Reichstag und eine unzählige Menge Warschauer Bürger folgten ihr meist zu Fuß nach. Krukowiecki, Chrzanowski und Prondzynski blieben zurück. Der Erstere hoffte vergeblich auf einen Dank der Russen; die Erstürmung Warschaus hatte zuviel Blut gekostet, — 20,000 Mann waren theils todt, theils verwundet, — als daß die Russen sich dem Verräther hätten verpflichtet fühlen können.

Die polnische Armee zog nach Modlin, in der Hoffnung, Ramorino schon vorzufinden. Dieser General hatte aber einen Rückzug für unmöglich gehalten. Er ging vielmehr bei Zawigost über die Weichsel, um sich im Krakauischen mit Rocycki zu vereinigen, wurde aber von Rosen auf galizisches Gebiet gedrängt und dort am 17. September von den Oesterreichern entwaffnet. Höhnisch bliesen ihm die russischen Trompeter das polnische Schlachtlied: „Noch ist Polen nicht verloren!“ nach. Das Hauptheer von 30,000 Mann mit 90 Kanonen wurde von Rybinski befehligt, und beschützte die in Zakroczyn tagende Reichsversammlung. Rybinski, ein stiller, frommer Mann, aber zum Oberfeldherrn untauglich, verließ sich auf die diplomatischen Unterhandlungen mit den Russen. Der Reichstag kannte die Vergeblichkeit derselben und setzte, als Rybinski fort unterhandelte, denselben ab. Als sich der neuernannte Generallissimus Uminski vor der Front des Heeres zeigte, erhoben mehrere Regimenter ein drohendes Geschrei und Uminski mußte seine Stelle an Rybinski wieder abtreten. Da erhielt Paskewitsch die Nachricht vom Untergang Ramorino's, den er bisher noch gefürchtet hatte. Nun spannte er andere Saiten auf und forderte von Rybinski vollständige Unterwerfung. Lieber wollten die Polen in die Verbannung gehen. Der Reichstag flüchtete schon am 25. September nach Preußen und Rybinski folgte am 3. Oktober mit 24,000 Mann, nachdem der wuthentbrannte Dembinski mit einer Batterie den nachdringenden Russen den Abschiedsgruß zugesendet und mit einem mörderisch einhauenden Reiterregiment ihnen ein fürchterliches Andenken zurückgelassen hatte.

So endete diese großartige Tragödie der neuesten Zeit. Ein kühnes Heldenvolk, den letzten Kampf für die Unabhängigkeit des Vaterlandes kämpfend, geht, nachdem es zwei überlegene feindliche Armeen besiegt und die

bedeutendsten Thaten verrichtet hat, an dem Egoismus der Aristokraten, welche die Bauern zu entlasten sich weigerten, an der Unvernunft und dem Fanatismus der Demokraten, an der Unschlüssigkeit der Constitutionellen, an innerem Verrath, heillosen Parteiungen, und diplomatischen Illusionen, an der Unfähigkeit seiner Feldherren und endlich an der Uebermacht seiner Gegner zu Grunde. Wehmüthig klingt das letzte Manifest, welches der Reichstag und das Armeecommando an alle Könige und Völker erließen, und worin sie feierlich ihre Rechte als freie Nation wahrten. Die Preußen empfingen die letzte polnische Armee mit aufrichtiger Achtung. Ist die Sache des Unglücks von jeher heilig gewesen, so waren die Scenen, welche vor den Augen der preußischen Soldaten sich entfalteten, geeignet, ihr Herz zum Mitleid zu rühren. Stumm überschritten die Polen die preußische Grenze, den stillen Gram im Busen bergend. Noch trugen sie ja die geliebte Waffe, noch saß der Reiter fest auf seinem Rosse, das ihn in unzähligen Gefechten getragen hatte. Als aber das letzte polnische Commandowort der Officiere erscholl, als sie die Waffen ablegen, der Reiter absitzen, vom treuen Roß sich trennen mußte, da zerschmetterte mancher narbenbedeckte Krieger in wildem Schmerze die Flinte, oder zerbrach den Säbel, den er nicht mehr schwingen durfte, während der alte bärtige Reiter wehmüthig das Pferd umarmte und küßte und andere stöhnend und wimmernd sich auf den Boden warfen. Der preußische General trat ehrerbietig an das vierte Regiment und ließ es noch einmal die Waffen nehmen. Es waren ihrer noch zehn vom alten Stamme übrig, von jenen Helden, die ihre Lorbern bei Grochow, bei Ostrolenka, und auf dem Kirchhofe von Czyste pflückten.

Kaiser Nikolaus war nun wieder Herr in Polen, nachdem sich am 9. October Modlin und am 24. Zamosc ergeben hatten. Kleinere Aufstände wurden bald unterdrückt. Paskewitsch, seit dem 16. September mit dem Titel Fürst von Warschau geehrt, erhielt die Statthalterschaft Polens, und suchte zuerst durch eine gewisse Milde zu versöhnen, bis ihm von Petersburg andere Weisungen zugingen. Ein kaiserliches Amnestiedecret vom 1. November 1831 schloß folgende Kategorien von der Begnadigung aus: 1) Die Urheber des 29. November 1830 und des 15. August 1831. 2) Diejenigen Reichstagsmitglieder, welche die Absetzung des russischen Kaisers beschlossen hatten. 3) Die Officiere der auf fremdes Gebiet übergetretenen Corps. 4) Alle Regierungsmitglieder, welche sich nicht bis zum 13. September ergeben hatten. Die Güter der Ausgewanderten, 80 Millionen an Werth, wurden confiscirt, und die Gefangenen unter russische Regimenter vertheilt. Preußen und Oesterreich suchten durch gütliches Zureden und durch Gewalt die übergetretenen polnischen Soldaten zur Rückkehr zu bewegen. Aber ein großer Theil derselben blieb im Auslande zurück und verschmähte die dargebotene Verzeihung. Am 26.

Februar 1832 erschien ein „organisches Statut", welches die Selbstständigkeit Polens aufhob und dem Lande eine neue Einrichtung verlieh. Polen verlor seine Cocarde, sein Nationalheer, seinen Reichstag und wurde russische Provinz mit abgesonderter Verwaltung und Rechtspflege. Die beiden obersten Classen der Gymnasien und die Universitäten Warschau und Wilna hörten auf, der Unterricht in französischer Sprache wurde verboten. In allen Schulen mußte der Unterricht russisch ertheilt und russische Geschichte gelehrt werden. Russische Beamte überschwemmten das Land, griechische Popen vollzogen ihr Bekehrungsgeschäft an den katholischen Polen. Die katholische Kirche, deren Priester sich lebhaft am Aufstande betheiligt hatten, erfuhr zahlreiche Beschränkungen und befürchtete schon, in Polen ausgerottet zu werden. An die Stelle der Reichsstände traten Provinzialstände mit berathender Stimme. Eine neue Citadelle in Warschau hielt jeden Widerstand nieder. Als der Kaiser aus dem Lustlager von Kalisch, welches Preußen und Russen gemeinsam bezogen hatten, nach Warschau kam (10. October 1835), sprach er zu einer Deputation des Stadtraths: „Sie haben zwischen zwei Dingen zu wählen. Entweder beharren Sie bei Ihren Täuschungen über ein unabhängiges Polen, oder Sie leben ruhig und als treue Unterthanen unter meiner Regierung. Im ersteren Falle bereiten Sie sich großes Unglück. Beim ersten Aufstand lasse ich die Stadt Warschau in Grund schießen und wahrlich, nicht ich werde sie wieder aufbauen lassen. Bei Ihnen steht es, das Vergangene in Vergessenheit zu bringen. Wenn Sie Ihre Kinder wohl erziehen und ihnen die Grundsätze der Religion und der Treue gegen ihren Souverain einprägen, wenn Sie ferner meine Polizei emsig unterstützen, um die Verbreitung schlechter Druckschriften zu hindern und die ausländischen Emissaire zu ergreifen, dann bleiben Sie auf der guten Bahn. Mitten unter allen den Unruhen, die Europa bewegen, ist Rußland allein stark und unversehrt geblieben. Glauben Sie, meine Herren, es ist ein wahres Glück, diesem Lande anzugehören und sich seines Schutzes zu erfreuen. Wenn Sie sich gut aufführen, wenn Sie alle Ihre Pflichten erfüllen, wird ich meine väterliche Fürsorge auch über Sie alle erstrecken und trotzdem, was vorgefallen, wird meine Regierung stets auf Ihr Wohl bedacht sein. Vergessen Sie nicht, was ich Ihnen hier gesagt habe."

Der Traum der Polen von der Unabhängigkeit ihres Vaterlandes ist vernichtet; nur die Emigration in Paris und London wiegt sich noch in schönen Zukunftsträumen und kämpft auf allen Schlachtfeldern gegen Rußland, Oesterreich und Preußen, die Theilung ihres Vaterlandes zu rächen. Die Bürger und Bauern Posens und Galiziens wissen dagegen die väterliche Weisheit ihrer betreffenden Regierungen zu würdigen und widerstehen den Verführungskünsten der Emigration so lange, als der in Polen hochverehrte Klerus jede Gemeinschaft mit ihr widerräth.

12. Die Bewegungen in Deutschland. Die Stimmung im Allgemeinen. Das unumschränkt-monarchische und das landständische Deutschland.

Die Julirevolution traf Deutschland in einem äußerlich ruhigen Zustande. Nichts desto weniger gährte es in den Geistern. Die träge Ruhe des Friedens hatte Vielen die Lust an der belletristischen Literatur lieb gemacht. Die Lectüre neuer Romane und Gedichte, die Berichte über Theater und Concerte, die Triumphzüge der Catalani, Sonntag und Taglioni, die Kritiken erschienener Werke, die Streitigkeiten über die Vorzüge Schiller's und Göthe's bildeten die einzigen Unterhaltungsstoffe des damaligen Deutschlands. Aber gerade in dieser harmlosen Beschäftigung dämmerte ein neues Leben, keimte eine Saat, welche die ruhige Oberfläche der Gesellschaft zu durchbrechen bereit war. Die gefühlsselige Romantik mit ihrer Begeisterung für das Mittelalter, die genialen Theezirkel geistreicher Frauen, in welchen der Cultus der Ichheit nach den wechselnden Stimmungen des Augenblicks bis zur Ueberspanntheit gepflegt wurde, das gelehrte Zopfthum der Universitäten, die ans Burleske streifende Deutschthümelei der Studenten, reizten einen geistreichen Jüngling zu Angriffen, die, sprudelnd von Witz und Laune, alle jene Erscheinungen der Lächerlichkeit Preis gaben. Heinrich Heine, diese merkwürdige Verbindung eines ächt lyrischen Gemüths mit dem treffendsten Witze, des veredelnden Humors und der strafenden Satire mit der Frivolität und der grobsinnlichen Derbheit, schnitt in seinen Reisebildern der Romantik so tief ins Fleisch und verletzte so manche mit jener verwachsene liebe Erinnerung aus den Befreiungskriegen, daß ein Schrei der Entrüstung durch die belletristischen Tagesblätter ging. Nur ein geringer Theil der Journale erkannte in den Reisebildern den Ausdruck einer in Deutschland obwaltenden Stimmung, die nicht ohne Beirath der romantischen Partei gewaltsam niedergehalten worden war. Die unterdrückte liberale Partei erwachte in der Literatur wieder; Ludwig Börne schrieb seine von sittlich-patriotischem Feuer durchglühten, höchst geistreichen Kritiken in den „Zeitschwingen“ und der „Wage“, mit besonderem Bezug auf die Gegenwart; Graf Platen klagte in seinen durch classische Formschönheit ausgezeichneten Liedern die Großen der Erde an, den Jammer und die Erbärmlichkeit des Vaterlandes verschuldet zu haben, und Heinrich Heine trat bald mit Murhard an die Spitze der bei Cotta erscheinenden politischen Annalen. Der Liberalismus hatte unvermerkt einen neutralen unverdächtigen Kampfplatz gewonnen, von wo er bei günstigeren Zeitläufen einen Ausfall in andere Gebiete machen konnte. Für jetzt erreichte er wenigstens, daß den Deutschen das Vergnügen an Clauren'schen Romanen verleidet und das Genre sentimentaler, halb wollüstiger, halb fröm-



melnder Liebesgeschichten, als der Männer unwürdig, in die Boudoirs verliebter Frauen und gleichgesinnter Zofen verbannt wurde.

Zu derselben Zeit regten sich die deutschen Burschenschaften wieder, namentlich in Baiern, wo seit 1825 der kunstsinnige und patriotische König Ludwig diese Verbindungen nicht nur erlaubt, sondern auch in der studirenden Jugend Hoffnungen auf die Wiederherstellung eines Einigen Deutschlands erweckt hatte. Wie damals die Meinung des Publicums drei verschiedene Schattirungen zeigte, eine conservativ-gläubige, eine liberal-rationalistische und eine radical-nihilistische, so zerfiel auch die Burschenschaft in drei verschiedene Verbindnngen: die Teutonia, die Arminia und die Germania. Diese Spaltung ging von Erlangen aus und datirt aus dem Jahre 1827. Bezweckte die Teutonia die Pflege des religiösen und vaterländischen Sinnes, strebte die Arminia nach sittlicher Kräftigung und wissenschaftlicher Tüchtigkeit, so pflanzte die Germania ihre Fahne in den Boden des unmittelbar-praktischen Lebens, indem sie ohne Umschweif die Freiheit und Einheit des Vaterlandes herzustellen trachtete. Im Dunkel geheimer Verbindungen erstarkte die germanische Burschenschaft durch die Leitung unbekannter Oberen, über die nur wenige Eingeweihte unterrichtet waren. Ein freier, sogar frivoler Ton, herrschte in ihren geselligen Kreisen; leichtfertig übersprang man die heiligen Gesetze der Sittlichkeit und spottete über weltliche und kirchliche Autoritäten. Die Schranken, welche die Studentenschaft von den übrigen Bürgern trennten, schrumpften dagegen vor den Zwecken der Germania zusammen und friedlich verkehrten die Musensöhne mit den „Philistern", welche sie in ihre Plane einzuweihen für gut fanden. Die Natur selbst schien damals die revolutionäre Partei zu begünstigen. Der Winter von 1829 zu 1830 war ungewöhnlich streng. Anfang November stieg die Kälte auf 10 bis 15 und später auf 25 Grad, eine mannshohe Schneedecke schnitt die Communication ab, Wölfe erschienen schaarenweise in der Nähe menschlicher Wohnungen, Nachrichten von Todesfällen durch Hunger und Frost gehörten zu den Tagesneuigkeiten. Im Frühjahre folgte ein gefährlicher Eisgang; alle Gewässer schwollen an, und rissen Häuser, Brücken und Menschen mit sich fort; zerstörende Stürme und Hagelwetter richteten grausige Verheerungen an. Der Schrecken der immer näher kommenden Cholera, die wahrhaft entsetzlichen Vorbereitungen, welche die Regierungen auf den Rath ängstlicher Aerzte dagegen trafen, das fühlbare Darniederliegen des Gewerbfleißes, die Handelsstockungen, die sich mehrenden Bankerutte, die durch beinahe 50 Schlagbäume veranlaßte Lähmung alles Verkehrs drückten so empfindlich auf die Gemüther, und erzeugten eine solche Reizbarkeit, daß jedes wichtige Ereigniß eine Entladung der Geister herbeiführen mußte. Parteizänkereien in der Presse nahmen eine so bedenkliche Wendung und rührten allen Schmutz des Privatlebens der

Gegner so tief auf, als ob ein Kampf auf Leben und Tod bevorstände. Namentlich trat dies in der hämischen Denunciation zweier hochgeachteter Lehrer der Hallischen Universität, Gesenius und Wegscheider, durch die Evangelische Kirchenzeitung hervor.

Die Julirevolution machte alle Elemente der Unzufriedenheit frei. Die Grenzlande verspürten den Ausbruch des Pariser Vulcans zuerst. So in beiden Hessen, Nassau und Rheinpreußen, wo die nothleidende Fabrikbevölkerung die Maschinen zerstörte und der unter Frohnden und drückenden Steuern seufzende Bauer Kurhessens mit Wuth auf die Rittergutsbesitzer, die Beamten und die Zollhäuser stürzte. Die Mautheinrichtungen und Grenzzölle waren dort ein Gegenstand des tiefsten Hasses, Schmugglerbanden reizten das Volk zum Angriff auf die Grenzjäger; die Bürger der Städte, von Magistraten, die sich selbst ergänzten, bevormundet, wie dies namentlich in Sachsen und Kurhessen der Fall war, forderten Rechnungsablegung und Theilnahme am Stadtregiment. Endlich warf sich das Verlangen auf staatliche Einrichtungen. Einführung constitutioneller Verfassungen, wo sie noch nicht existirten, und Reform der vorhandenen, wurden die Tagesloosung. Betrachten wir zuerst Kurhessen. Hier war am 27. Februar 1826 der Kurfürst Wilhelm I. gestorben, derselbe, welcher nach der Rückkehr in die Hauptstadt (1813) nicht nur den Zopf und das Exercierreglement von 1806 wieder einführte, sondern auch kein Avancement anerkannte, welches unter der westphälischen Regierung stattgefunden hatte. Sein Nachfolger Kurfürst Wilhelm II., ein weiches, jedes Eindrucks empfängliches Gemüth, war durch einen anonymen Drohbrief (1823) in eine mistrauische Stimmung versetzt worden und überließ sich ganz der Leitung einer habsüchtigen Maitresse, der zur Gräfin Reichenbach erhobenen Tochter des Goldschmieds Ortleb in Berlin. Die wiederholt erbetene constitutionelle Verfassung blieb aus. Das Staatsvermögen war mit dem Privatvermögen des Fürsten innig verschmolzen, und unterlag keiner Besteuerung; alle Lasten ruhten auf den Schultern des armen, im Drucke der Unterthänigkeit schmachtenden Landbewohners und des Gewerbtreibenden, der sich durch die an den Grenzen aufgerichteten Schlagbäume überall beengt fand. Eine bedauerliche Zerrüttung der Sittlichkeit durch den Schmuggelhandel, und eine in Gewaltthaten sich äußernde Verachtung gesetzlicher Institutionen, war die Folge dieser unerträglichen Zustände. Der Kurfürst suchte jene Uebelstände zwar durch seinen Beitritt zum mitteldeutschen Handelsverein (Sachsen, Thüringen, Oldenburg, Nassau, Bremen und Frankfurt am Main) zu heben, belastete aber manche Industriezweige mit Zöllen und Verboten so stark, daß einige Fabriken ihre Thätigkeit einstellten, die Arbeiter entließen, und viele selbstständige Meister mit ins Verderben zogen. Das Volk schob fast alle Schuld davon auf die Gräfin Reichenbach und den unangemessenen

Aufwand des Hofes. Eine Regung edlen Mitgefühls für die vernachlässigte, aber im Lande beliebte Kurfürstin Auguste, eine preußische Prinzessin, erweckte in dem schlichten Volke zugleich einen tiefen sittlichen Ernst. Die Heiligkeit des Ehebundes war durch das Oberhaupt des Staates verletzt; an die Wiederherstellung desselben knüpften sich alle Wünsche und Hoffnungen des Landes auf glücklichere Zeiten.

Bald nach der Julirevolution war der Kurfürst nach Karlsbad gereist, um, wie man sagte, der Gräfin Reichenbach den Fürstentitel für die ihr gehörige böhmische Herrschaft Lessonitz beim Fürsten Staatskanzler in Wien auszuwirken. Das Gerücht einer gefährlichen Erkrankung des Kurfürsten verbreitete große Unruhe in Kassel, zumal als der nach Karlsbad gereiste Leibarzt zurückkehrte, ohne vorgelassen worden zu sein. Eine Deputation des Kasseler Magistrats, welche sich ebenfalls nach Karlsbad verfügte, brachte zwar die Nachricht von der Wiedergenesung des Kurfürsten, seiner baldigen Rückkehr und der Versöhnung mit dem Kurprinzen mit, aber die Ereignisse waren inzwischen dem Kurfürsten vorausgeeilt.

Am 2. September 1830 versammelten sich auf Einladung des Böttchermeisters Herbold die Zunftmeister, um die Mittel der Abhilfe der Noth zu berathen. Eine Denkschrift wurde aufgesetzt, um dem Kurfürsten mit der Bitte um seine baldige Rückkehr und die Einberufung der Stände übergeben zu werden. Da das Ministerium die Urheber der Petition mit strengen Worten tadelte, so griffen diese zu dem revolutionairen Mittel, die Volkshaufen aufzuwiegeln, um durch den Terrorismus ihre Wünsche zu erreichen. Unter dem Vorwande, das bedrohte Eigenthum zu schützen, sollte zunächst die Bewaffnung der Bürgerschaft erzwungen werden. Diese Absicht wurde erreicht. Am 6. stürmten Pöbelhaufen mehrere Bäckerläden und am 7. war die Bürgerwehr eingeführt. Kaum war der Kurfürst mit dem Prinzen am 12. September zurückgekehrt, als sich eine Deputation des Stadtraths, geführt von dem Bürgermeister Schomburg und dem Böttcher Herbold, ins Palais begab, um dem Kurfürsten mehrere Beschwerden und Wünsche, namentlich auch das Verlangen nach Einberufung der Landstände vorzutragen. Der Kurfürst willigte in Betracht der kritischen Zustände Deutschlands in dieses Begehren, worüber die vor dem Palais versammelte Menge in unermeßlichen Jubel ausbrach. Abends war die Stadt erleuchtet. Dennoch stellte sich die Ruhe noch nicht sobald wieder her, weil jeder Theil den andern mit Mistrauen betrachtete und mehrere Stabsofficiere die unvorsichtigsten Aeußerungen thaten.

Als sich am 16. October die Landstände versammelten, versprach der Kurfürst, alle Landesschulden selbst zu übernehmen, wenn man den von der Regierung vorgelegten Verfassungsentwurf annähme, und ihm in mehreren anderen Punkten zu Willen sei. Das wichtigste Gesetz, welches



die Ständeversammlung votirte, bezweckte die Gewinnung des Militairs für das Verfassungsleben. Die Dienstzeit der Soldaten wurde auf fünf Jahre herabgesetzt, und die Officiere in ihren rechtlichen Verhältnissen den Staatsbeamten gleichgestellt. Am 5. Januar 1831 ward die neue, von Professor Jordan in Marburg redigirte, damals wegen der liberalen Zusammensetzung der Einen und einzigen Kammer sehr belobte Verfassung vom Kurfürsten unterzeichnet und am 9. beschworen. Am 10. brachte das dankbare Kassel dem kurfürstlichen Ehepaare — denn auch die gefeierte Kurfürstin war am 8. nach Kassel zurückgekehrt — einen glänzenden Fackelzug, wozu die Bereitwilligkeit des Kurfürsten, die Hälfte der Einkünfte des Hausvermögens, im Belauf von 330,000 Thalern, den Staatskassen abzutreten, gerechte Veranlassung gegeben hatte. Die Gräfin Lessonitz störte jedoch durch ihre Rückkehr nach Wilhelmshöhe (11. Januar) die schöne Eintracht des Volks und seines Fürsten. Das Volk erzwang ihre Entfernung und die mehrerer anderer misliebiger Personen. Der Kurfürst nahm dies sehr übel auf, verließ am 23. März für immer die Hauptstadt und ging nach Hanau. Alle Bitten um seine Rückkehr blieben fruchtlos; die Spannung zwischen dem Landtag und dem Kurfürsten rief anarchische Scenen im Lande hervor. Um denselben jeglichen Vorwand zu rauben, entschloß sich der Kurfürst, seinen Sohn Friedrich Wilhelm zum Mitregenten anzunehmen (30. September). Darauf begab er sich nach Frankfurt a. M., und schloß 1841 mit der Gräfin Lessonitz eine morganatische Ehe.

Der Kurprinz zog am 7. October in Kassel ein. Obwohl er beliebter als der Vater war, so nahm dennoch das Volk Anstoß an seiner morganatischen Ehe mit der Officierswitwe Lehmann, mit welcher er sich gegen den Willen der Kurfürstin vermählt hatte. Dieses Verhältniß führte zu einer beklagenswerthen Scene. Als am 7. December 1831 sich Volkshaufen vor dem Theater versammelten, um der Kurfürstin beim Heraustreten ihre Huldigungen zu bezeigen, hieben plötzlich die heransprengenden Gardes du Corps auf die wehrlosen Massen ein und tödteten oder verwundeten einige Menschen. Die Regierung leugnete die Mitwissenschaft dieser Gewaltthat ab und ließ mehrere Beamte und Officiere wegen Misbrauchs der Amtsgewalt zur Untersuchung ziehen. Trotzdem senkte sich ein tiefes Mistrauen in die Gemüther des Volks. Die Unzufriedenheit wuchs auf allen Seiten. Den Einen erschien das constitutionelle System zu kostspielig, da die Regierung eine neue Anleihe zur Deckung eines Deficits aufnehmen mußte; den Andern war der Anschluß an den preußischen Zollverein, worin man eine Hinneigung zu der absolutistischen Regierungsform erblickte, ein Stein des Anstoßes; wieder Andere zweifelten an der Aufrichtigkeit der Regierung, die zur Begründung der neuen Staatsform

erforderlichen Gesetze zu erlassen, da weder die Gemeindeordnung, noch das Preßgesetz, noch die Bürgerbewaffnung zu Stande kam, und ein neues Rekrutirungsgesetz, das die Dienstzeit beschränkte und den Grundsatz der Stellvertretung enthielt, erst durch eine Revolte des Hanauer Militairs (Februar 1832) erzwungen werden konnte. Das Einzige, was zu Stande kam, war ein Ablösungsgesetz und die Errichtung einer Landescreditkasse. Der Kurfürst aber, die Verwaltungsbeamten und die Officiere sahen die Autorität der öffentlichen Gewalt in einer Reihe von Emeuten untergehen und systematisch durch die Presse zerstört werden. Da gaben die Bundestagsbeschlüsse vom 28. Juni und 5. Juli 1832, sowie Hassenpflug's Eintritt in das kurhessische Ministerium, der ganzen Sachlage eine andere Wendung, deren weitere Erörterung erst im Zusammenhange mit der ganzen europäischen Politik gegeben werden kann.

Die Vorfälle in Kurhessen übten auch auf das Großherzogthum Hessen Einfluß. Man befürchtete hier sogar einen neuen Bauernkrieg zu erleben, da Landbewohner und Tagelöhner eine Woche lang entsetzliche Schandthaten an den Mauthgebäuden, den Zollbeamten und den Rittergutsbesitzern verübten, bis Prinz Emil an der Spitze mehrerer mobiler Colonnen die Ruhe wiederherstellte. Leider ereignete sich, durch die tadelnswerthe Unvorsichtigkeit zweier Stabsofficiere und die Zuchtlosigkeit der betrunkenen Soldaten eine jener Schauerscenen, wie sie bei Unruhen manchmal vorkommen. Die Bewohner des Dorfes Södel hatten sich zum Schutz ihres bedrohten Eigenthums bewaffnet und das aufständische Gesindel Tags zuvor vertrieben, als am Abend des nächsten Tages die heranziehenden Soldaten auf die starken Vorposten der Södeler stießen und sogleich Feuer gaben, dann ins Dorf eindrangen und niedermetzelten, was ihnen in den Weg kam. Die über diesen Vorfall eingeleitete Untersuchung ergab kein Resultat. Die Darmstädter Zeitung rechtfertigte das Benehmen des Militairs nicht auf eine dieses Unfalls würdige Weise, was einen wahren Sturm in der Kammer hervorrief, da man den Verfasser in den Hofkreisen suchen zu müssen glaubte. Obwohl das Großherzogthum seit dem 18. Mai 1820 eine ständische Verfassung mit zwei Kammern besaß, so litt doch hier, wie überall, das constitutionelle Wesen unter der Ungunst der allgemeinen Verhältnisse. Der Großherzog Ludwig I. war bei aller Freisinnigkeit und Humanität von einem kostspieligen Hange zum Prunk nicht freizusprechen; ein Punkt, den die Beamten zur Beschönigung mannigfacher Willkür trefflich zu benutzen verstanden. Als Ludwig II., in den Grundsätzen des Vaters erzogen, 1830 zur Regierung kam, machte er eine Reise durch sein Land und wurde überall durch den Anschein von Wohlhabenheit überrascht. Die Beamten hatten nämlich Jedem verboten, auf der Straße zu erscheinen, der nicht wohlgekleidet sei; sie hatten

ferner verordnet, daß Niemand Bittschriften überreichen dürfe und befohlen, daß die Gemeinden Ehrenpforten auf eigene Kosten errichten sollten. Wie erstaunte der Großherzog, als er auf dem ersten Landtage, vom 16. Juni bis 1. November 1830, die bittersten Klagen der Stände über die zunehmende Verarmung des Landes hörte und seine Anträge auf höhere Apanage der Prinzen und Uebernahme seiner Schulden von zwei Millionen Gulden, die er als Erbprinz gemacht hatte, abgewiesen sah. Dagegen ertheilten die Kammern dem mit Preußen abgeschlossenen Zollvertrage ihre Zustimmung und bewilligten die Fonds zur Gründung einer katholisch-theologischen Facultät zu Gießen. Das Budget verringerten sie um 340,000 Gulden. Der dirigende Staatsminister du Bois Freiherr du Thil wußte die Ruhe durch kluge Umsicht zu erhalten und die liberale Bewegung durch rechtzeitigen Ernst auf dem Niveau eines mäßigen Oscillirens zu halten. Die Presse war hier, wie allerwärts, für den Liberalismus und die Polen thätig. Eine Adresse von vierhundertundsiebzehn Darmstädter Bürgern, zu Gunsten Polens einzuschreiten, ging sogar an den Bundestag ab, was dieser sehr übel vermerkte. Obwohl die Regierung sich der Einwirkung auf die im December 1831 stattfindenden Kammerwahlen enthalten hatte, verweigerte sie schließlich doch den gewählten liberalen Beamten den Urlaub, wie sie schon vorher der Wahl des liberalen Abgeordneten Ernst Emil Hoffmann zum Bürgermeister von Darmstadt die Bestätigung vorenthalten hatte. Die Ordonnanzen des Bundestags vom Jahre 1832 wurden von der Regierung mit Freuden begrüßt und pünktlichst befolgt. Dazu gehörte die Aufhebung des Cassationshofes für Rheinhessen, weil von ihm nicht so leicht Verurtheilungen politisch Angeschuldigter zu erlangen waren.

Am weitesten gedieh die revolutionäre Bewegung im Herzogthum Braunschweig, und zwar ging sie hier vom Adel aus und steigerte sich bis zur Vertreibung des legitimen Landesherrn. Herzog Karl war noch unmündig, als sein edler Vater bei Quatrebras fiel (S. Neue Gesch. S. 355 u. 393). Der Prinzregent von England, als Haupt des Welfischen Hauses, führte die Vormundschaft und bestellte zum dirigirenden Minister des Herzogthums den Geheimen Rath von Schmidt-Phiseldeck, mit der Weisung, sich in zweifelhaften Fällen an den hannöverschen Minister, den Grafen Münster, zu wenden. Schmidt Phiseldeck vereinbarte nun mit den braunschweigischen Ständen eine Verfassung, welche am 25. April 1820 von Georg IV. unterzeichnet ward. Am 23. October 1823 trat der Herzog Karl die Regierung selbst an, nachdem er das Herzogthum Oels seinem jüngeren Bruder Wilhelm überlassen hatte. Bald gewannen ränkevolle Frauen und ehrgeizige, nicht im besten Ruf stehende Männer einen solchen Einfluß auf den herrschsüchtigen und in



seiner Erziehung vernachlässigten Herzog, daß er aus Haß gegen die vormundschaftliche Regierung die Maßregeln derselben theilweise aufhob, die Verfassung außer Kraft setzte, und den Grafen Münster durch einen Staatsdiener fordern ließ. Um Geld für seine verschwenderische Hofhaltung zu gewinnen, griff er zum Verkauf der Domainen, wobei ihn der Kanzleidirector Bitter, nachher als Freiherr von Andlaw geadelt, unterstützte. Den Adel behandelte Karl aufs Schimpflichste und entblödete sich nicht, verdiente Männer zu kränken und die Urtheile der Gerichtshöfe, welche sich der Beleidigten annahmen, zu cassiren. So verfuhr er gegen die Freiherren von Sierstorpff und Oeynhausen, Männer, die durch ihren Charakter, ihre ehrenhafte Gesinnung und Tapferkeit im Befreiungskriege sich allgemeiner Achtung erfreuten. Sierstorpff, durch ein Verbot des Herzogs aus dem Lande gewiesen, suchte beim Bundestage Hilfe, wohin sich auch Georg IV. und die Stände gewendet hatten. Der Bundestag restituirte das vom Landgericht zu Wolfenbüttel zu Gunsten Sierstorpff's erlassene und vom Herzog zerrissene Urtheil und erklärte, daß dem Freiherrn von Sierstorpff nichts im Wege stände, in das Vaterland zurückzukehren. Wegen der ständischen Beschwerden und der der ehemaligen vormundschaftlichen Regierung verfügte der Bundestag Execution gegen den trotzigen Herzog, welchen seine Camarilla, der Staatsrath Bosse, der Justizrath Fricke, der Oberconsistorialpräsident von Hurlebusch und der Legationsrath Klindworth in seinen Despotenlaunen bestärkt haben soll. Der zweideutige Witt von Dörring und der verabschiedete Professor Schütz übernahmen die Rechtfertigung des Herzogs in der Presse.

Bei der beabsichtigten Rückkehr Sierstorpff's (1829) drohte der Herzog mit Kartätschen, wenn sich Braunschweigs Bürger unterfingen, den mishandelten Greis mit einem Fackelzuge zu empfangen. Sierstorpff ging daher nicht nach Braunschweig. Bald sollte eine neue Aeußerung des Herzogs, die ihm in den Mund gelegt wurde, den Grimm des Volkes vermehren. Man behauptete nämlich, der Herzog habe am Sarge des greisen und schwer gemishandelten Viceoberstallmeisters von Oeynhausen die Worte gebraucht: „Ich muß mich an Leichen gewöhnen!“ als ob der Herzog im Sinn hätte, ein Blutbad unter Braunschweigs Bürgern anzurichten. Den Sommer 1830 brachte der Herzog in Paris zu und vergeudete große Summen, während sein verarmtes Land daheim unter den Nachwirkungen des verflossenen Winters Mangel litt. Beim Ausbruch der Julirevolution floh Karl erst nach Brüssel und dann in seine Hauptstadt, sich mit der Hoffnung schmeichelnd, daß er größere Kraft und Entschiedenheit in Bekämpfung rebellischer Unterthanen, als Karl X., beweisen würde. Dabei zeigte er aber die größte Aengstlichkeit vor einem Attentat und ritt nie ohne Pistolen aus. Als am 1. September 1830 eine Depu-

tation der Residenz Gehör begehrte, und dem Herzoge die Beschwerden und Wünsche des Landes in Betreff der Hebung des Wohlstandes und Einberufung der Stände vortrug, antwortete Karl ausweichend, ließ aber am Abend Kanonen vor der Aegidienkaserne auffahren, an die Truppen scharfe Patronen austheilen und die Beurlaubten einberufen. Wie wenig Kraft der Herzog besaß, seinem Entschluß zum Widerstande Nachdruck zu geben, kam schon am 6. September zu Tage, wo er nur durch die Schnelligkeit seines Kutschers vor den tödtlichen Steinwürfen des Volkes gerettet wurde. Kaum war der Wagen des Herzogs sicher hinter dem geschlossenen Portale seines Schlosses, als Karl das Militair herbeiholen ließ und die Anwendung der Schußwaffen befahl. Der Generallieutenant von Herzberg, von der dem Herzog abgeneigten Stimmung der Officiere und Soldaten unterrichtet, weigerte sich, den Befehl zum Feuern zu ertheilen, wenn der Herzog nicht selbst bei ihm stände. Der Magistrat und der Polizeidirector überredeten ihn nun, die Errichtung einer Bürgerwehr zum Schutz des Eigenthums zu genehmigen. Der Herzog sah, daß er von allen Seiten verlassen wurde und rüstete sich zur Abreise, die er bald anzutreten gedachte. Am 7. September Abends stürmte das Volk das Schloß; das Militair zog sich ohne Widerstand zurück und der Herzog gewann kaum Zeit, sich aufs Pferd zu werfen und unter dem Schutze der Leibhusaren zu entfliehen. Bald darauf loderte das Schloß seiner Väter, von einem wahnwitzigen Pöbel in Brand gesteckt, in Flammen auf, wobei fast das ganze Archiv und alle Geräthschaften und Mobilien untergingen. Die herbeieilenden Spritzen durften nur die in der Nähe des Schlosses befindlichen und von dem Feuer bedrohten Gebäude löschen, während jeder Wasserstrahl, der sich auf das Schloß richtete, von lautem Unwillen, ja von förmlichen Wuthausbrüchen des Volkes begleitet wurde. Erst am Morgen des 8., als nur noch ein Theil des linken Schloßflügels stand und die Gefahr für die umstehenden Häuser wuchs, erlaubte man die Anwendung der Spritzen. Der Pöbel verschwand nun im Dunklen; Bürgergarde und Militair bewirkten die Löschung des Palastes und stellten die gefährdete Ordnung wieder her. Der an demselben Tage zusammentretende Ausschuß der Landstände richtete eine Adresse wegen Uebernahme der Regierung an Wilhelm, den Bruder des vertriebenen Herzogs, welcher nach Empfang jener Nachrichten am 10. September von Berlin im Lustschlosse Richmond bei Braunschweig eintraf und auf Einladung einer Bürgerdeputation seinen Einzug in Braunschweig hielt. Abgeordnete des Adels und der Bürgerschaft begaben sich hierauf nach London, Berlin und Frankfurt, um das Geschehene zu rechtfertigen, die absolute Regierungsunfähigkeit des Herzogs Karl darzuthun und sich den Herzog Wilhelm zum Landesherrn auszubitten. Herzog Wilhelm übernahm zwar einstweilen die Leitung des Staats und setzte ein volksfreundliches Ministerium unter



dem Grafen Veltheim ein. Ueberhaupt zeigte er sich wohlwollend und hob mehrere drückende Verordnungen auf. Als ihn jedoch die Landstände zur wirklichen Uebernahme der Regierung aufforderten (27. September), antwortete er ausweichend, versprach, mit seinem Bruder in Unterhandlungen zu treten und rieth der Landschaft an, sich wegen des angedeuteten Zweckes an den König von Großbritannien zu wenden (28. September). Hier in London suchte auch der Herzog Karl Hilfe und Beistand; allein weder sein Oheim noch der deutsche Bund fanden sich geneigt, ihm beizustehen, da er durch sein Verfahren die legitime Sache zu stark compromittirt hatte. Die Bundesversammlung in Frankfurt beschloß vielmehr (4. November), „daß die in anerkannter Wirksamkeit bestehende Verfassung des Landes vom Jahre 1820 nur auf verfassungsmäßigem Wege abgeändert werden könne", und übertrug am 2. December dem Herzog Wilhelm die Regierung Braunschweigs. Dazu kam die Erklärung Wilhelm's IV. vom 21. November, daß die Stände zur Abhilfe ihrer gerechten Beschwerden sich seines Schutzes und Beistandes gegen den Herzog Karl zu versehen hätten. Fürst Metternich würde sich vielleicht mit aller Kraft dem Beschlusse der Bundesversammlung widersetzt haben, wenn der Versuch des Herzogs Karl, sein Land wiederzuerobern, geglückt, und derselbe nicht Proclamationen mit den übertriebensten demokratischen Versprechungen verbreitet hätte. So aber kehrte Karl mit seiner Schaar von Abenteurern an der braunschweigischen Grenze um (29. November), als er die ernstlichen Gegenanstalten seiner Landeskinder bemerkte und von dem eigenmächtigen Schritte des Braunschweiger Militairs und der Bürgerschaft Kunde erhielt, wonach beide sich ihres ihm geleisteten Eides selbst entbunden und geschworen hatten, im Fall der Kinderlosigkeit des Herzogs Wilhelm, dem Hause Hannover zu huldigen. In Osterode, wohin sich Karl flüchtete, erregte seine Ankunft einen Auflauf, der ihm solche Furcht einflößte, daß er zwei Stock hoch hinuntersprang, und über Gräben und Zäune sich zu retten suchte. Nach solchen Vorgängen mußte jede Hoffnung für ihn schwinden, den braunschweigischen Thron noch einmal zu besteigen. Am 20. April 1831 erließ Herzog Wilhelm ein Patent, worin er erklärte: „daß sich die berechtigten Agnaten, von der absoluten Regierungsunfähigkeit des Herzogs überzeugt, dahin geeinigt hätten, die Regierung im Herzogthum Braunschweig für erledigt anzunehmen, und dieselbe definitiv dem Herzog Wilhelm zu übertragen." Am 25. April 1831 erfolgte Seitens der braunschweigischen Stände die Huldigung für den Herzog Wilhelm. Karl hielt sich seitdem in Paris und London auf und warf sich ganz den Demokraten in die Arme. Sein Name ward manchmal in den französischen Gerichtsverhandlungen genannt, namentlich 1833, wo er, durch Beschluß der braunschweigischen Agnaten,

unter Curatel gestellt, selbst plaidirte, und bei den französischen Gerichten die Nullität dieser Curatel erwirkte.

Nachdem die Regierung des Herzogthums geordnet war, berief Wilhelm am 30. September 1831 die Stände, und breitete ihnen eine neue Landschaftsordnung und das festgesetzte Budget zur Berathung unter. Der Landtag dauerte bis zum 11. October 1832. Am folgenden Tage wurde die Landschaftsordnung vom Herzog in Vollzug gesetzt. Danach bestand in Braunschweig Eine Kammer, aus Adel, Bürgern, Bauern und freigewählten Vertretern der Intelligenz zusammengesetzt, welche ihre Zustimmung zu den Ausgaben ertheilten, sich in gewissen Fällen ohne landesherrliche Berufung versammelten und einen permanenten Ausschuß zur Wahrung der ständischen Rechte ernennen durften. Dagegen war die Oeffentlichkeit der Sitzungen ausgeschlossen.

Das Königreich Sachsen, lange Zeit als Musterstaat gerühmt und von einem treuen, gutmüthigen Volke bewohnt, litt an den Gebrechen und Uebelständen, wie sie durch allzu stabile Verwaltung erzeugt werden. Bauern- und Bürgerstand seufzten unter dem Druck der Abgaben und der Willkür der Beamten. Zehnten, Frohnden und gutsherrliche Gefälle waren von dem Brausen des Zeitstroms unberührt geblieben und die städtische Verwaltung entsprach keineswegs den Anforderungen einer vorgeschrittenen Bildung. Die Magistrate, sich selbst ergänzend, legten weder der Gemeinde Rechnung über die Verwendung der Communaleinkünfte ab, noch hielten sie es für angemessen, den Unterbeamten Humanität gegen die nichtberechtigten Bürger anzuempfehlen. Die sächsische Polizei war mehr drückend, als wirksam, und hinderte namentlich den Fremdenverkehr in einem Lande, das ganz auf den Handel und Gewerbfleiß seiner Einwohner angewiesen und dessen Wohlstand ohnehin durch die Zollschranken seiner Nachbarn zerrüttet war. Die vielfachen Localbeschwerden erregten in den Bürgern den Wunsch nach einer Abänderung der Städteordnung. Nach der Verfassung genossen nur der Stand der Rittergutsbesitzer und die Magistratscorporationen die Ehre, landtagsfähig zu sein. Auch unter den Privilegirten wurden Reformwünsche laut. So hatte der Kammerherr von Watzdorff noch während des Landtags von 1830 auf Vorlage des Budgets und Umgestaltung der Verfassung angetragen. Der bejahrte König Anton war zwar im ganzen Lande sehr beliebt; aber bei dem protestantischen Volke war der Argwohn verbreitet, daß der Hof Dresden zu einer Station der verhaßten Jesuiten mache. Der Cabinetsminister, Graf von Einsiedel, regierte in den altgewohnten Formen. Da er seiner Privatüberzeugung nach der pietistischen Richtung anhing und sie im Leben bevorzugte, so fanden die Vorwürfe der rationalistischen Professoren in Leipzig, namentlich Tzschirner's und Krug's, und der ganzen dem Rationalismus zugethanen protestantischen Geistlichkeit in Sachsen viel-

seitig Glauben, daß zwischen dem Pietismus und Katholicismus ein geheimes Abkommen bestehe. Dieser Glaube schien die Bestätigung zu erhalten, als die Dresdner Localbehörde die dreihundertjährige Jubelfeier der Uebergabe der Augsburgischen Confession (25. Juni) beschränkte, um die Gefühle der Katholiken zu schonen, und der Oberhofrichter von Ende in Leipzig noch am Morgen der Festfeier die Aufzüge der Studenten in der früher erlaubten Festtracht untersagte. Die Akademiker, unterstützt von vielen anderen Leipzigern, tumultuirten am Abend und warfen misliebigen Personen unter Heulen und Pfeifen die Fenster ein. Aehnliche Auftritte fanden auch in Dresden statt und wiederholten sich stärker, als die Nachricht der Pariser Revolution die Gemüther in Schwanken und neuerungssüchtige Unruhe versetzte. Ein unschuldiger, altherkömmlicher Gebrauch bei Polterabenden, dessen Ausübung die Polizei in Leipzig mit brutalen Gewaltmitteln verhindern wollte, goß Oel in das Feuer (2. September). Als am folgenden Abend der Tumult sich wiederholte, riefen die Behörden hundert Mann Militair herbei, was natürlich mehr Spott, als Furcht erregte, während andererseits die Staatsbehörden wieder unschlüssig wurden, als die Bürger ihre Mitwirkung zur Stillung der Unruhen verweigerten. Am 4. September stürmte das Volk mehrere Freudenhäuser, welche im Geruche standen, als erfreuten sie sich der besondern Gunst der Polizei, die Wohnungen eines ganz unschuldigen Rathsbaumeisters und anderer misliebiger Beamten, und zertrümmerte Alles. Nur mit Mühe vermochte Brockhaus seine große Officin vor der Zerstörungswuth des Pöbels zu schützen, der, im blinden Suchen nach den Ursachen der zunehmenden Verarmung, die Maschinen und Fabriken mit täglich wachsendem Hasse verfolgte. Die Behörden mußten daher bei ihrer gänzlichen Hilflosigkeit in die Wünsche der Bürgerschaft nach Umgestaltung des Gemeindewesens willigen, die Polizei, dem Namen nach, abschaffen und dafür „Sicherheitsdeputirte“ ernennen, worauf erst eine Communalgarde ins Leben trat, die den Unordnungen sofort steuerte. Während das Ministerium noch berieth, wie es diese Vorfälle aufnehmen sollte, brach der Aufstand schon in Dresden aus (9. September). Volkshaufen drangen in das Polizeigebäude, zerschnitten die Acten und warfen sie zum Fenster hinaus, und hätten das Gebäude in Asche gelegt, wenn nicht die Vorstellungen einiger angesehener Bürger, daß man die dort verwahrten Cassen und Archive erhalten müsse, Eindruck auf sie gemacht hätten. Das Militair, welches herbeikam, erhielt keinen Befehl, die Waffen zu gebrauchen, und wurde zuletzt ganz aus der Stadt gezogen, die es, von Steinwürfen verfolgt, wuthknirschend räumte.

Die Regierung setzte am andern Tage eine Sicherheitscommission unter dem Vorsitze des beliebten Prinzen Friedrich August nieder, welche die Bürgerschaft aufrief, sich zu bewaffnen und das bedrohte Eigen-

thum zu schützen. Jetzt trat die Bürgerschaft selbst mit ihren Beschwerden hervor, welche in folgende Punkte zusammengefaßt und der Regierung überreicht wurden: 1) Baldige Einberufung der Landstände; 2) Vorlegung einer genauen Uebersicht des Staatshaushaltes; 3) zweckmäßigere Vertretung der Staatsbürger, namentlich auch des Bauernstandes; 4) Milderung des Censurzwangs; 5) Aufhebung des Geleits; 6) Erhaltung und Belebung der Industrie; 7) gleichmäßige Vertheilung der Staatslasten; 8) möglichste Einschränkung der öffentlichen Ausgaben; 9) Vermeidung aller Zwiste unter den verschiedenen Religionsparteien und Abwehr des Einflusses der Jesuiten; 10) mehrere Localbeschwerden.

König Anton, der sich in Pillnitz befand, wurde von der Kunde dieser revolutionairen Auftritte schmerzlich überrascht. „Ich habe geglaubt, daß ich von meinem Volke geliebt sei; habe ich doch Niemand wehe gethan, sondern Alles beim Alten gelassen, wie unter meinem hochseligen Bruder!“ soll er gesagt haben. Einsiedel zog sich aus dem Cabinet zurück, in das Bernhard von Lindenau eintrat und die Bewegung zu einem gedeihlichen Ende lenkte. Indem Lindenau den republikanischen Bürgerverein in Dresden schließen ließ, dabei aber den constitutionellen Weg verfolgte, verminderte er den revolutionären Zündstoff und beschwichtigte zugleich die noch immer erregten Gemüther. Den Tag seines Eintritts ins Ministerium (13 September) bezeichnet zugleich ein anderer wichtiger Act, der am meisten zur Beruhigung des Landes beitrug. König Anton ernannte nämlich seinen aufgeklärten Neffen, den allgemein beliebten Prinzen Friedrich August, zum Mitregenten, während der Vater desselben, Maximilian, auf die Thronfolge verzichtete.

Lindenau berief nun die alten Stände zum 1. März 1831 ein, um über die Verfassung, die Städteordnung und das Ablösungsgesetz zu berathen. Der Mangel an Oeffentlichkeit der Ständeversammlung leistete jedoch so vielen falschen Gerüchten Vorschub, daß die Aufreger leichtes Spiel hatten, das alte Mistrauen des Volks an die guten Absichten der Regierung wieder zu erwecken. Es kam am 18. April 1831 in Dresden, und am 30. August in Leipzig zu blutigen Auftritten, bei welchen die Regierung Sieger blieb. Nach dem Schluß des Landtags publicirte der König am 4. September 1831 die neue Verfassungsurkunde. Das geheime Cabinet wurde aufgelöst und am 7. November ein Ministerium ernannt, dem die einzelnen Zweige der Staatsverwaltung untergeben wurden. Das Präsidium des Staatsraths übernahm Prinz Johann, welcher schon vorher den Oberbefehl über die Communalgarden des Königreichs angetreten hatte. Am 2. Februar 1832 erließ der König die Städteordnung und am 17. März das Gesetz über Ablösungen und Gemeinheitstheilungen, nebst dem über Errichtung einer Landrentenbank. Nachdem der Bürger- und Bauernstand gewonnen war,

mochte die Regierung ruhig den Ovationen zusehen, welche man den durchziehenden Polen bereitete. Der erste constitutionelle Landtag, bei welchem der Bauernstand in Sachsen vertreten war, wurde am 27. Januar 1833 eröffnet und dauerte bis zum 30. October 1834. Da sich die Regierung aller Einwirkung auf die Wahl begeben hatte, so erschienen zwar eine Menge unabhängiger Abgeordneter auf dem Landtage, der jedoch keinen Anlaß zu einer Störung des vertrauensvollen Verhältnisses zwischen Regierung und Ständen gab.

In Hannover hatte der allmächtige Graf Münster durch das Patent vom 7. December 1819 über Einführung berathender Provinzialstände, wovon die Bauern und der „Stand der Intelligenz" gänzlich ausgeschlossen waren, vergebens die 1815 neuhinzugekommenen Landestheile mit den alten zu verschmelzen gesucht. Das Land litt unter der allgemeinen Zeitnoth; die Wunden der westphälischen Regierung waren noch nicht vernarbt. Der Bauer schmachtete unter Frohnden, der Bürger unter dem Uebermuth einiger patrizischer Familien, und die Advocaten, Aerzte und Professoren sahen mit Neid den ungemeinen Einfluß, welchen der Grundadel auf die Besetzung der Staatsämter ausübte. Dem allgemeinen, durch die Julirevolution gesteigerten Mismuth gab eine anonyme Schrift: „Anklage des Ministeriums Münster" den ersten Ausdruck. Osterode und Göttingen wurden die Brennpunkte der beginnenden politischen Bewegung. In Osterode leiteten zwei Advokaten, Dr. König und Freitag, einen Bürgerverein, entwarfen eine Beschwerdeschrift an die Regierung und setzten den Magistrat ab, nachdem sie eine Bürgergarde errichtet hatten (5. Juni 1831). Diese Kunde verbreitete in Göttingen unter den Studenten lebhafte Sensation und einige Docenten, von der Zeitstimmung fortgerissen, wollten der Insurrection, die die Regierung nach wenig Tagen darauf durch Verhaftung der Osteroder Urheber gedämpft hatte wieder aufhelfen. Am 8. Januar 1831 erschienen die Advocaten Seidensticker und Eggeling und die Privatdocenten Schuster, Ahrens und von Rauschenplatt in Begleitung bewaffneter Studenten und Bürger auf dem Rathhause, befahlen der Polizeicommission, sich aufzulösen, setzten einen neuen Gemeinderath ein, und errichteten eine Communalgarde. Darauf entwarf man eine Adresse, welche eine von freigewählten Volksvertretern berathene Verfassung forderte und sandte eine Deputation nach Hannover mit der Bitte an den Grafen Münster, die Adresse an den König zu befördern. Die ganze Bewegung trug den Charakter der Harmlosigkeit an sich und war, bei allem Jubiliren und Illuminiren frei von Gewaltthätigkeit und Unfug, wie er in anderen Städten vorgekommen war. Die Regierung schritt aber mit Ernst dawider ein, um der schnellen Verbreitung revolutionairer Auftritte vorzubeugen. Generalmajor von dem Busche erschien am 15. Januar mit 8000 Mann vor

Göttingen und forderte den Gemeinderath zur unbedingten Unterwerfung auf. Obwohl die Bürger vorher erklärt hatten, sich bis zum letzten Blutstropfen zu vertheidigen, so entsank ihnen jetzt der Muth und der Gemeinderath, aller Stützen entblößt, löste sich auf und suchte das Weite. Am 16. Juni rückte v. d. Büsche in Göttingen ein und fand den alten Gemeinderath schon zu allen seinen Functionen zurückgekehrt.

Trotz dieser Niederlagen der liberalen Partei hörten die Gährungen in Land und Stadt nicht auf, und einzelne Unruhen der Proletarier, wie die zahlreichen Petitionen um eine Verfassung bedeuteten den Grafen Münster, daß das alleinige Regiment der Aristokratie im Wanken sei. König Wilhelm, der die heranziehenden Stürme wegen der Reformbill in England gewahrte, meinte auch in Hannover eine freisinnigere Bahn einschlagen zu müssen. Er ertheilte dem Grafen Münster den Abschied (Februar), sandte seinen Bruder, den Herzog von Cambridge, mit ausgedehnten Vollmachten als Vicekönig nach Hannover, um billigen Wünschen des Volkes gerecht zu werden und begründete Uebelstände zu beseitigen. Der Vicekönig berief nun zum 7. März 1831 die Stände ein und verhieß in der die Versammlung eröffnenden Thronrede Verminderung der Steuerlasten, Sorge für das Wohl der unteren Classen, gleichmäßigere Besteuerung, gleiche Rechte aller Bürger zu den Staatsämtern und Ablösbarkeit der Frohndienste und gutsherrlichen Rechte. Da aber der Verfassungsfrage nur in unbestimmten Ausdrücken gedacht wurde, sprach sich die sehr starke Opposition der zweiten Kammer um so rückhaltsloser dafür aus. Je zäher sich die Adelskammer im Festhalten alter Privilegien zeigte, um so energischer verfocht die zweite Kammer die liberalen Principien. Die Regierung, welche den Starrsinn der beiden Kammern nicht beugen konnte, löste die Versammlung auf (24. Juni) und berief zur Berathung eines der Oeffentlichkeit übergebenen Entwurfs der Verfassung eine Commission, welche aus Landständen und Staatsdienern bestand. Die vorgenommenen Neuwahlen zur Ständekammer, wozu auch funfzehn Abgeordnete des Bauernstandes zugezogen wurden, sicherten dem Liberalismus die Majorität. König Wilhelm IV. aber, welcher die Sache nicht so weit als in England kommen lassen wollte, meinte durch eine königliche Declaration vom 11. Mai 1832 einer zu liberalen Fassung der Verfassung vorbeugen zu müssen. Die Reformbewegung in England war ihm zu mächtig geworden und für ihn selbst mit manchen bittern Erfahrungen verknüpft gewesen. Er hatte damals gerade das conservative Ministerium Wellington-Lyndhurst ernannt. Diese Verhältnisse wirkten auf Hannover zurück, sodaß der König gleich mehrere Punkte, welche seine Person und die Rechte der Aristokratie betrafen, der Berathung entrückte. Nichts destoweniger versuchte die liberale zweite Kammer, dieselben ihrer Competenz zu unterwerfen, mußte aber zuletzt nachgeben, als sie bei der ersten Kammer



keine Unterstützung fand und die Bundesbeschlüsse von 1832 Mäßigung anempfahlen. Die Session begann am 30. Mai 1832 und endigte den 18. März 1833, obwohl sich die Kammern und die Regierung noch nicht über alle Punkte geeinigt hatten. Die Regierung wollte nämlich freie Hand haben und löste die Kammern auf. Darauf erließ sie am 23. Juli 1833 die Ablösungsordnung, und am 26. September 1833 die Verfassung, nachdem sie über eine Menge wichtiger Punkte einseitig und in anderer Weise, als die Stände, entschieden hatte. Die neue hannöversche Verfassung hatte zwei Kammern, eine aristokratische und eine aus Staatsdienern und Abgeordneten des Bauern-, Bürger- und Gelehrtenstandes bestehende zweite Kammer, die ihre Sitzungen öffentlich halten konnten. Die Einheit des hannöverschen Staats war die hauptsächlichste Folge der Verfassung, welche den Ständen mehrere wichtige Rechte verbürgte, so die Mitwirkung bei der Gesetzgebung und Steuerbewilligung, die Anerkennung des ständischen Verwerfungsrechts, die Vorlage des Budgets und die Festsetzung einer bestimmten Civilliste.

Auch in Holstein belebte das Jahr 1830 mancherlei alte Hoffnungen wieder. Der eben zum Landvogt auf Sylt ernannte Kanzleirath Lornsen, ein warmer Patriot, hatte in einer Schrift „über das Verfassungswerk in Schleswig-Holstein" alte Rechte wieder zur Sprache gebracht. Die Regierung verhaftete jedoch den kühnen Wortführer und das schleswigsche Obergericht verurtheilte ihn (31. Mai 1831) zu einjähriger Festungsstrafe, Tragung der Kosten und Amtsentsetzung. Am 28. Mai 1831 erschien eine Verordnung über die Bildung von vier getrennten Provinzialständeversammlungen für die Inseln, Jütland, Schleswig und Holstein. Nach Vorberathungen mit achtundzwanzig erfahrenen Männern der Herzogthümer vom Mai bis Juni 1832 und darauf vom Juli bis zum August 1833 mit fünfunddreißig „Notabeln" Dänemarks wurden die Gesetze wegen Einführung der berathenden Provinzialstände am 15. Mai 1834 erlassen.

Das patriarchalische Verhältniß der mecklenburger Grundherren zu ihren unterthänigen Bauern, das sich wenigstens nicht zum Nachtheil des materiellen Wohls bewährte, erlitt durch die Julirevolution keine Aenderung. Die Stadt Schwerin sah dagegen einen Tumult der Proletarier, welche große Lust nach den Schätzen des Münzgebäudes verspürten, und in Wismar befehdeten sich Rath und Bürgerschaft mit der größten Erbitterung. Die Folgen dieser Unruhen bestanden in Executionstruppen der Regierung, Reform der Stadtverfassung, Aufhebung der Thorsperre und Errichtung von Bürgergarden.

Das Großherzogthum Oldenburg empfing am 28. December 1831 die ersten Keime des constitutionellen Lebens durch die „Verordnung über Verwaltung und Verfassung der Landgemeinden Oldenburgs und

Jevers," nachdem die Regierung eine Petition der Eutiner um landständische Verfassung wegen örtlicher Schwierigkeiten unerledigt gelassen hatte.

In Schwarzburg-Sondershausen hatte der stets vergnügte Fürst Günther schon seit Jahren immer mehr ausgegeben, als eingenommen. Die Verwirrung in den Finanzen erzeugte bei den Unterthanen Misstimmung und den Wunsch, diese Uebelstände durch eine Verfassung gehoben zu sehen. Günther genügte diesem Wunsche, indem er eine höchst merkwürdige Verfassung (28. December 1830) gab, die er, weil sie Niemand mochte, am 21. Juli 1831 wieder aufhob. Damit war aber den höchst begründeten Beschwerden der Schwarzburger nicht abgeholfen; mit einer Festigkeit und Würde, welche den Bürgern eines so kleinen Staats Ehre macht, drang man wiederholt, aber vergebens, auf bessere Ordnung im Staatshaushalt und auf eine ständische Verfassung, bis man zur Gewalt griff und einige verhaßte Hofleute und Beamte verjagte (19. August 1835). Der alte Fürst Günther dankte sofort ab und übergab seinem Sohne Günther (21. August) die Regierung. Seitdem wurden eine Menge Verordnungen getroffen, welche das Interesse des Volks nahe berührten, worauf 1841 (24. September) auch die Verfassungshoffnungen erfüllt wurden.

In den Fürstenthümern Gera und Lobenstein-Ebersdorf kam es zu bedeutenden Tumulten (September 1830), welche, nachdem die Fürsten einige Concessionen gemacht und ihr ganzes Militair dahin aufgeboten hatten, sich schon im Sommer 1831 wieder legten.

Ohne äußeren Anstoß gab in Lippe-Detmold Fürst Leopold dem Lande eine Verfassung (6. Juli 1836).

Unruhig ging es in Hessen-Homburg zu. Hier konnte sich die Regierung auf das Militair gar nicht verlassen und es ereignete sich der merkwürdige Fall, daß die Schildwachen in Begleitung der politischen Gefangenen entsprangen.

In den sächsischen Herzogthümern bewirkten Gährungen ringsum Unruhen, die ihren Grund in Zunftbeschwerden und dem Mangel einer Städteordnung hatten. Im Großherzogthum Weimar bildeten sich Bürgergarden, als die Proletarier handgreifliche Absichten verriethen. Auch die Schuhmacher, welche keinen preußischen Schuster auf weimarschen Märkten dulden wollten, revoltirten. Diese unruhige Stimmung benutzten einheimische und auswärtige Mitglieder der deutschen Preßvereine, um dem Landtage Petitionen um Oeffentlichkeit der Sitzungen und Preßfreiheit und um Verwahrung gegen die Rechtsbeständigkeit der Bundesbeschlüsse einzureichen. Mitten in dieser Aufregung starb am 22. März 1832 der greise Dichterkönig Goethe, dessen Tod nur auf kurze Zeit die Streitigkeiten der weimarschen Stände und die Unterhaltung der Deutschen über die sich drängenden Begebenheiten unterbrach.

In dem zum Herzogthum Gotha gehörigen Fürstenthum Lichtenberg schürte der Pfarrer Juch in St. Wendel unaufhörlich das Feuer, welches bei der Nähe des süddeutschen revolutionairen Glutheerdes stärker als anderswo flackerte, bis das Fürstenthum Lichtenberg (21. September 1834) an Preußen überging, welches dafür an den Herzog von Koburg eine Rente von 89,000 Thalern zahlte.

Die Schreckenstage von Leipzig und Dresden übten ihre volle Rückwirkung auf das nahe Altenburg, obwohl dieses Ländchen sich einer sehr geregelten Verwaltung erfreute und Wohlstand, Bildung und Selbstgefühl alle Stände durchdrangen. Am 13. September 1830 zog ein wahrscheinlich von geistigen Getränken erhitzter Haufe gegen das Schloß vor, nachdem er einige Polizeidiener beschimpft und geschlagen hatte. Der greise Herzog eilte persönlich aufs Rathshaus und versprach eine allgemeine Amnestie, Abschaffung der drückendsten Steuern, Vergütung der Wildschäden, Errichtung einer Communalgarde und Erlaß einer Verfassung. Die Bewegungen im Amte Kahla gegen die Beamten wurden mit Kraft unterdrückt. Am 22. September feierte der Herzog Friedrich sein funfzigjähriges Regierungsjubiläum und nahm den Erbprinzen Joseph zum Mitregenten an. Minister wurde der populäre von Gabelentz, welcher jedoch nach Erlaß des Grundgesetzes vom 29. April 1831 starb. Seitdem erfreute sich das Land einer gedeihlichen Entwickelung.

Im Königreich Preußen brachen zwar in mehreren Städten Tumulte aus, ohne jedoch eine politische Färbung zu tragen. In Aachen zerstörten die Fabrikarbeiter und Tagelöhner die großartigen industriellen Schöpfungen Cockerill's (30. August 1830), und konnten nur durch das Feuer der schnell zusammentretenden Bürgergarde auseinandergesprengt werden. Die Berliner Schneidergesellen, entrüstet über das polizeiliche Verbot des Tabakrauchens auf der Straße, revoltirten zwei Tage hinter einander, bis die Gensdarmerie von ihren Waffen Gebrauch machte. Als die Verordnungen des Generalstabsarztes Rust zur Verhütung der Cholera mit Strenge ausgeführt wurden, gemeine Wärter in gräßlichen Vermummungen zu Wächtern der Kranken und ihres Eigenthums eingesetzt, die Todten auf abschreckende Weise beerdigt wurden, ergriff die niedern und mittlern Stände ein fürchterliches Mistrauen gegen die Aerzte und Regierungen, zumal die „Staatszeitung" versicherte, daß nur „die gemeinen Leute" von der Krankheit ergriffen würden. Unheimliche Gerüchte von Vergiftungen der Brunnen, oder der Kranken selbst durch die Aerzte, liefen von Mund zu Mund und fanden leider Glauben, da die Presse, welche allein hier berichtigend eingreifen konnte, durch eine strenge Censur daran verhindert wurde. Es fanden deshalb mehrere gefährliche Aufläufe des niedern Volkes in Königsberg, Stettin, Berlin, Breslau, Burg u. s. w. statt. Der kostspielige Grenzcordon und die Mobilisirung

von vier Armeecorps gegen Polen und Belgien schwächten die blühenden Finanzen des Königreichs, während die hohen Eingangszölle die drückende Zeitnoth mehrten, ohne dem Staatsbudget Vortheile zu bringen. Um Emeuten vorzubeugen, erließ die Regierung (1. October 1830) eine Verordnung, daß solche Städte, die keine Garnisonen hatten, Sicherheitsvereine bilden möchten. Politischen Forderungen gegenüber behauptete dagegen die Regierung ihre volle Kraft, und hielt die Einführung einer allgemeinen Repräsentativverfassung, wie sie von den westphälischen Provinzialständen erbeten wurde, mit der gegenwärtigen Sachlage für unvereinbar. Um die öffentliche Meinung mit den Maßregeln gegen die Polen und die politischen Gefangenen zu versöhnen, stiftete auf Maaßen's und Motz's Rath der König Friedrich Wilhelm III. den Zollverein, und räumte damit einen Hauptgrund der Verstimmung, das Darniederliegen des Handels- und Gewerbsfleißes, aus dem Wege.

Oesterreich wurde nur an Einem Punkte von den Zeitbewegungen empfindlich berührt, in Ungarn und Siebenbürgen. Zahlreiche Petitionen bestürmten das österreichische Cabinet, den Polen Hilfe zu leisten. Metternich bewies durch kluges Nachgeben, wie durch achtungsvolle und milde Behandlung der übergetretenen Polen, daß er sich in die Zeit zu schicken wisse. Nachdem der Kronprinz Ferdinand (28. September 1830) in Preßburg gekrönt worden war, begannen auf dem ungarischen Landtage jene Kämpfe um die Einführung der ungarischen Sprache als Landtags- und Amtssprache, welche noch lange fortgedauert haben. Die Regierung wählte in gerechter Würdigung der slavischen Gebiete Ungarns hier einen Mittelweg, indem sie die Gesetze zwar in ungarischer Sprache erließ, aber mit nebenstehender lateinischer Uebersetzung.

13. Die Bewegungen im constitutionellen Süddeutschland. Wirth und Siebenpfeiffer. Rotteck und Welcker. Die Preßvereine. Das Hambacher Fest (27. und 28. Mai 1832). Die Bundesbeschlüsse vom 21. October 1830, 28. Juni und 5. Juli 1832. Die Aufhebung des badischen Preßgesetzes. Das Frankfurter Attentat (3. April 1833). Die Bundesbeschlüsse und die geheimen Wiener Conferenzbeschlüsse von 1834.

Das constitutionelle Süddeutschland, Baiern, Württemberg und Baden, auch Nassau, blieben von den Stürmen des Jahres 1830 insofern unberührt, als es hier nicht zu Tumulten und revolutionären Scenen kam. Der Studentenauflauf in München während der Christnacht 1830 rührte mehr von jugendlichem Uebermuth und reichlich genossenem bairi-



schen Biere, als von politischem Misvergnügen her. Indeß kostete dieser Scandal mehreren Jünglingen das Leben oder die Gesundheit durch das Einschreiten des gereizten Militairs. Die schon verfügte Schließung der Universität wurde auf eine ehrerbietige Vorstellung der Bürgerschaft wieder rückgängig gemacht. Bei dieser äußeren Ruhe in Süddeutschland trat die liberale Bewegung desto nachdrücklicher in den Kammern auf.

In Baiern hatte König Ludwig (seit 1825) die Hoffnungen, welche er schon als Kronprinz bei den Liberalen erweckte, theilweise gerechtfertigt, indem er Ersparungen im Staatshaushalt einführte und der Presse eine freiere Bewegung gestattete. Eisenmann begann 1829 die Herausgabe des „bairischen Volksblattes“ in Würzburg; Rotteck trat 1830 an die Spitze der bei Cotta in Augsburg erscheinenden „politischen Annalen“, und G. A. Wirth redigirte ein officiöses Blatt: „das Inland“ in München. Belehrungen über das Wesen des Staates, namentlich über die Verträglichkeit der Monarchie mit einem freien Volksleben, und sehr gemäßigte Hinweisungen auf nothwendige Reformen: das war der Inhalt dieser Blätter, deren Redacteure, selbst nach der Julirevolution, keine systematische Opposition gegen die guten Absichten der Regierung anzurathen wagten. Metternich befürchtete sogar, daß die „liberale Faction den König wohl ins Garn der ebenso undeutschen als schlechten Form der französischen Gerechtigkeitspflege verstricken dürfte“, und sandte Warnbriefe ins Lager der Münchener Reaction, welche nun alle Hebel in Bewegung setzte, um Ludwig auf andere Gedanken zu bringen. Der Münchener Studententumult eröffnete dieser Partei den Zutritt zum Herzen des Königs. Am 28. Januar 1831 erschien eine von dem Minister von Schenk contrasignirte geschärfte Verordnung über die Censur periodischer Blätter, welche nach der Verfassung bisher frei davon gewesen waren. Zugleich versagte die Regierung mehreren liberalen Beamten, die das Volk zu Abgeordneten gewählt hatte, namentlich dem Bürgermeister Behr in Würzburg, dem Grafen von Benzel-Sternau und dem pensionirten Freiherrn von Closen den Urlaub, um die Reihen der liberalen Opposition zu schwächen. Die Kammern wurden am 1. März 1831 mit einer Thronrede eröffnet, worin der König Abschaffung einiger lästigen Steuern versprach. Damit war aber die stark vertretene Opposition nicht zufrieden, sondern forderte mit Ungestüm und rücksichtslosem Freimuth, daß der Minister Schenk in Anklagestand versetzt und das Censurmandat aufgehoben werden sollte. Schenk mußte sich wirklich am 24. Mai zurückziehen und der König nahm am 13. Juni das Censuredict zurück. Der Sturm legte sich trotzdem nicht; vielmehr wurde jetzt das Budget einer genauen Erörterung unterworfen und mehrere Posten, namentlich vom Militair- und Bau-Etat und der Civilliste, gestrichen oder verändert. Einzelne Stimmen tadelten die stets wachsende Zahl der Klöster, von denen seit fünf Jahren durch Cabinetsbefehl zwanzig errichtet worden waren. Die Presse ahmte

das Beispiel der Abgeordneten, die sich auf die meist protestantische Bevölkerung Frankens und Rheinbaierns stützten, nach, und schrieb mit einer Zügellosigkeit, die in Deutschland unerhört war. Das bairische Volksblatt ging darin allen anderen Blättern voran. Dr. Wirth gab seine Stelbung auf und gründete die radicale „deutsche Tribune", welche nebst dem „Westboten" von Dr. Siebenpfeiffer bald zu den bedeutendsten Oppositionsjournalen gehören sollte. Die Regierung sah diesem Treiben eine Zeitlang zu, indem sie heimlich die Liberalen zu entzweien und wo ihr dies nicht gelang, die Reichsräthe zu desto nachdrücklicherem Widerstande gegen die Beschlüsse der zweiten Kammer anzutreiben suchte. Das von der Regierung vorgelegte, freisinnige Preßgesetz vom 3. Juni scheiterte, weil die zweite Kammer auch die Aufhebung der Censur für äußere Angelegenheiten mit aller Entschiedenheit forderte, worein die Regierung wegen ihrer Stellung zum Bunde nicht willigen konnte. Im Auslande war man so billig, dies einzusehen, und die bairische Regierung wurde von den Liberalen Deutschlands mit Freuden begrüßt. 1832 schlug der König jedoch die entgegengesetzte Richtung den liberalen Bestrebungen gegenüber ein. Fürst Oettingen-Wallerstein übernahm das Ministerium des Innern und mit ihm die Verpflichtung, das monarchische Princip in seiner Reinheit gegen die synkretistischen Versuche des Liberalismus zu vertheidigen. Dr. Wirth entzog sich dem Umschwung der Ideen in den höchsten Kreisen, indem er sein Blatt vom 1. Januar 1832 an in Zweibrücken erscheinen und in Homburg drucken ließ.

Württemberg's König hatte durch mehrere in die Augen fallende Verbesserungen und Ersparnisse die Popularität durch die Zwanziger Jahre behauptet. Im Jahre 1829 gab der König alle Freitage öffentliche Audienzen, zu denen Jedermann Zutritt hatte. Die württembergische Presse genoß bedeutender Freiheit, was dem Bundestage zu manchen Klagen Veranlassung gab, wiewohl die Presse Uebertreibungen vermied und, fern von idealistischen Schwärmereien, die nächstliegenden Misbräuche im Leben und in der Verwaltung bekämpfte. Die Neckarzeitung und der Hesperus gehörten vorzugsweise dieser liberal-praktischen Richtung an. Als sich im Januar 1830 der Landtag wieder versammelte, konnte ihm die Regierung das angenehme Ergebniß mittheilen, daß das Budget um eine Million und die Schulden um vierunddreiviertel Millionen vermindert worden seien. Die Kammern wurden im April geschlossen, nachdem sie für zwei Jahre die Steuern bewilligt hatten. Im November fanden die Neuwahlen statt, wobei die liberale Partei die größte Thätigkeit entfaltete und durch Wahlausschüsse, welche mit dem Stuttgarter Centralverein der „Gesellschaft der Vaterlandsfreunde" in Verbindung standen, die Wahlen ganz in ihrem Sinne lenkte. Die Regierung fand sich in jener stürmischen Zeit, welche übrigens für Württemberg, mit Ausnahme eines Studententumultes in



Tübingen (22. Januar 1831), ruhig vorüberging, nicht bewogen, die Stände einzuberufen, da ihr ohnehin die Steuern bis 1833 bewilligt waren. Die Liberalen aber, welche die günstige Zeit nicht vorüberstreichen lassen wollten, um das constitutionelle Wesen vor den Eingriffen des Bundes zu schirmen, setzten Petitionen wegen schleuniger Einberufung der Stände in Umlauf. Als die Regierung nicht darauf einging, erfolgten zahllose Angriffe der Presse auf das Ministerium, denen man höchsten Orts mit einer Verschärfung der Censur und dem Verbot politischer Gesellschaften antwortete. Der König, an dessen redlicher, constitutioneller Gesinnung Niemand zweifelte, wünschte, daß sein Volk nicht die gesetzliche Bahn verlassen möchte und zog den Liberalismus selbst in sein Interesse, indem er den zeitherigen Präsidenten der zweiten Kammer, Dr. Weishaar, ins Ministerium berief (4. April 1832). Weishaar war jedoch zu keiner Ermäßigung seiner Gesinnungen zu bewegen und verweigerte seine Beihilfe, um die liberale Bewegung auf das frühere Maß einzudämmen. Daher nahm er schon am 10. August seinen Abschied. Sein Nachfolger, von Schlayer, der sich durch seltene Geschäftskenntniß und Energie aus niederem Stande emporgearbeitet hatte, widerstand dem Andringen der Liberalen mit unverkennbarem Muthe. Ein Feind der parlamentarischen Regierung, schien ihm ein genügendes Maß von Geschäftskenntniß die einzige Norm zu sein, nach welcher höhere Staatsstellen besetzt werden dürften. Die inzwischen veröffentlichten Bundesbeschlüsse vom Jahre 1832 gaben Schlayer einen vortrefflichen Rückhalt, keine neue erweiternde Interpretation der Verfassung zuzulassen, wie sie die Opposition auf dem Vorlandtage zu Boll, unter Schott's Präsidium (30. April), verabredet hatte. Wollte nun der Liberalismus die Rechte der Stände erweitern, so mußte er seine Angriffe auf die Competenz des Bundestages richten. Allerdings geschah dies durch Paul Pfizer (1833), indem er behauptete, daß die Bundesbeschlüsse formell und materiell verfassungswidrig seien, und auf eine Protestation gegen dieselben antrug (26. Februar). Das Ministerium, welches theils eine feindliche Entscheidung der Kammer besorgte, theils die Opposition noch weiter treiben wollte, um nachher mit dem Liberalismus überhaupt zu brechen, erließ ein Geheimerathsrescript (27. Februar), worin sie die Kammer aufforderte, Pfizer's Motion „mit verdientem Unwillen" abzuwerfen. Darüber entstand eine heftige Bewegung in der Kammer. Das Schreiben wurde an eine Commission zur Berichterstattung verwiesen. Uhland referirte im Namen der Commission und beantragte eine das Recht der Kammer wahrende Antwortsadresse, worin gegen „die vorgreifende Einschreitung, die für die Beschlußfassung selbst die Gemüthsstimmung vorschreibe," protestirt wurde. Als dreiundfunfzig Mitglieder der Kammer diese Adresse billigten, löste der König die Versammlung auf (22. März) und drohte, die Residenz

von Stuttgart nach Ludwigsburg zu verlegen, wenn jene Stadt einen von den Dreiundfunfzig wieder in die Kammer schickte. Ueberhaupt entwickelte nun das Ministerium die größte Energie, schärfte den Beamten ein, für die Regierung zu wirken und machte die Censoren namentlich für die Haltung der Presse verantwortlich. Dennoch wählte das Land von jenen Dreiundfunfzig, die für die Adresse gestimmt hatten, Siebenunddreißig wieder. In Stuttgart sogar siegte Uhland über den ministeriellen Candidaten. Die Regierung griff nun zu dem Mittel der Urlaubsverweigerung, weshalb Uhland und Römer ihren Abschied nahmen. Allein die entschiedene Opposition hatte eine Niederlage erlitten und die übrigen Liberalen gingen meist mit dem Ministerium, um nicht alle constitutionellen Errungenschaften zu verlieren, die vom Bunde überhaupt scheel angesehen wurden. Das unglückselige Frankfurter Attentat (3. April 1833), verbunden mit der Verschwörung des Lieutenants von Koseritz im württembergischen Heere, konnte nicht ohne Einfluß auf die Stimmung der Abgeordneten bleiben. So verlief dieser Landtag (22. Mai bis 9. December 1833) ganz zur Zufriedenheit der Regierung.

Großherzog Ludwig von Baden hatte in den letzten Jahren seines Lebens ganz dem System des Stillstands gehuldigt und 1824 eine Kammer zusammengebracht, welche die Verfassung abänderte und die Maßregeln gegen die Presse guthieß. Namentlich wurden aus den zweijährigen Ständeversammlungen dreijährige und es mußten alle drei Jahre die Wahlen erneuert werden, während früher nur ein Viertheil ausschied. Als der Großherzog starb (30. März 1830), folgte ihm sein Stiefbruder Leopold, Markgraf von Hochberg, ein Sohn Karl Friedrich's und dessen zweiter Gemahlin, der Freiin Geyer von Geiersberg, nachherigen Gräfin Hochberg. Da die Regierung von Baiern Schwierigkeiten wegen der Thronfolge dieser Nachkommenschaft erhoben hatte, bemerkte man einige Truppenzüge gegen die bairische Grenze. Leopold, welcher durch seine Einfachheit und Biederkeit ohnehin allgemein beliebt war, und die treueste Stütze seines Hauses in der Liebe des Volkes fand, suchte die Lasten des Landes zu erleichtern, entließ die reactionären Minister, von Berstett und von Berkheim, und nahm dafür die constitutionell-gesinnten Staatsräthe Jolly, von Böckh, Nebenius, Weiler und Winter, in seinen Rath auf. Mit der Thronveränderung fiel die gänzliche Erneuerung der Kammern zusammen. Leopold, den man damals schon mit dem Ehrennamen „der Bürgerfreundliche" schmückte, verbot in dem Wahlausschreiben den Beamten ausdrücklich, einen gesetzwidrigen Einfluß auf die Wahlen zu äußern. Diese Verordnung, sowie der damalige Ideenumschwung, bewirkten, daß fast alle Wahlen liberal ausfielen. Auf dem badenschen Landtage von 1831 (17. März bis 31. December) traten die Hauptkämpfer des constitutionellen Liberalismus auf und erregten durch ihre glänzenden und freimüthigen

Reden, wie durch die Gegenstände, welche sie verhandelten, das größte Aufsehen in Deutschland. Die Freiburger Professoren Karl von Rotteck, Karl Welcker und Duttlinger, ferner Mittermaier, von Itzstein, Winter von Heidelberg, Bekk, Föhrenbach, Rindeschwender gehören zu den gefeiertsten Namen des deutschen Liberalismus. Karl von Rotteck's ständische und literarische Wirksamkeit war von ungemeinem Einfluß. Namentlich setzte sein Werk über „Allgemeine Geschichte", 9 Bände, 1813—1827, eine Menge neuer Ideen in Umlauf und ist auch für die Historiographie insofern wichtig, als hier der systematische Versuch gemacht wurde, die historischen Thatsachen Einem Gedanken, dem der subjectiven Freiheit, unterzuordnen und sie danach zu würdigen. Sein „Staatsrecht der constitutionellen Monarchie", und das im Verein mit Welcker herausgegebene „Staatslexikon" fanden im Publicum großen Beifall; sie sind die Rüstkammer des Constitutionalismus und der parlamentarischen Beredsamkeit in Deutschland geworden. Karl Theodor Welcker, geboren 1790 in Grünberg im Großherzogthum Hessen, begründete mit Mittermaier und Mackeldey die juristische Facultät in Bonn (1819), gerieth dann in die demagogische Untersuchungen und begab sich 1824 als Professor der Rechte nach Freiburg, wo er mit dem funfzehn Jahre älteren Rotteck in ein inniges Freundschaftsverhältniß trat. Durch Welcker's öffentliche Wirksamkeit ziehen sich hauptsächlich zwei Ideen, für die er rastlos wirkte und die er auf fast allen Landtagen wieder zur Sprache brachte: die Idee der Preßfreiheit und die Idee der Abänderung des Bundes durch Hinzutritt eines Volkshauses zu der Versammlung der fürstlichen Gesandten. Nachdem Welcker 1830 dem deutschen Bundestage eine Petition über Preßfreiheit zugeschickt hatte, stellte er 1831 einen hierauf bezüglichen Antrag in der badenschen Kammer. Der Antrag fand fast einstimmigen Beifall. Die Regierung legte hierauf einen Entwurf vor, welcher von den Kammern angenommen und im März 1832 verkündigt wurde. Ueberhaupt zeigte die Regierung das bereitwilligste Entgegenkommen gegen die Wünsche der Zeit. Knapp beantragte die Abschaffung der Herrenfrohnden, Rotteck die der Zehnten. Das Ministerium brachte sogleich zwei Gesetzentwürfe ein. Der erste bestimmte, daß die Frohnden gegen den zwölffachen Betrag der jährlichen Frohnden, wovon der Staat die Hälfte, die Verpflichteten die andere Hälfte tragen sollten, ablösbar seien. Der andere Gesetzentwurf schaffte die Zehnten theils ab, theils bestimmte er die Ablösbarkeit derselben. Wie auch diese Gesetze die materielle Lage des Landmanns verbessern mochten, so darf man doch nicht übersehen, daß sie die Interessen der von Rotteck sehr unterschätzten Aristokratie bedrohten, und die großen Grundbesitzer gegen den Liberalismus in die Schranken riefen. Außer jenen Gesetzen, welche auf dem Landtage von 1831 beschlossen wurden, verdient noch das Gemeindegesetz Erwähnung, wodurch die Communen von der

Herrschaft der Corporationen befreit und vor den Einflüssen der Staatsgewalt sicherer gestellt wurden. Die Verfassung, welche durch die Kammer von 1825 alterirt worden war, stellte die Regierung sofort wieder her.

Die Eintracht zwischen Ständen und Gouvernement wurde durch Welcker's Motion auf eine den Nationalrechten gemäße Entwickelung der organischen Einrichtung des deutschen Bundes gestört, welche, troß der Einsprache des Ministeriums, am 15. October 1831 vom Antragsteller begründet wurde. Danach sollte die Regierung beim Bundestage darauf hinwirken, „daß der Artikel 13 der Bundesacte in allen deutschen Bundesstaaten zur Ausführung käme, daß die Bundesgesandten constitutioneller Staaten verpflichtet werden möchten, in constitutionellem Sinne zu stimmen, daß eine aus den Kammern gewählte Nationalrepräsentation als Deputirtenkammer neben die Bundesversammlung gestellt und der Bund zum Zweck deutscher Nationaleinheit organisch entwickelt werde." Auf die dringenden Vorstellungen des Ministeriums wurde jedoch die Berathung bis zum nächsten Landtage ausgesetzt. Was Welcker in seiner Motion ausgesprochen, wofür Deutschland in den Befreiungskriegen zum Theil mit gestritten, die Idee der Einheit Deutschlands, Das lebte nun in allen Gemüthern wieder auf und flammte als Hoffnungsstern am politischen Himmel Deutschlands, der eine schöne und bessere Zukunft verkündigte. Die Mängel und Gebrechen der Bundesverfassung, schon längst im Handel und Wandel fühlbar, kamen nun auch in der Kriegsverfassung zum Vorschein. Das Einschreiten des Bundestages gegen die Bewegung, von den Liberalen als Anmaßung von Souverainetätsrechten betrachtet, lenkte die Blicke der constitutionellen Opposition auf die widersprechende Zusammensetzung des Bundes aus absolut-monarchischen und constitutionell-monarchischen Staaten, der freien Städte zu geschweigen. Indem sich Oesterreich und Preußen gegenseitig und beide wiederum die constitutionellen Mittelstaaten mit eifersüchtigen Augen bewachten, schien Deutschland zu einem geographischen Begriff zusammengeschrumpft und aus der Reihe der Großmächte ausgeschlossen. Jede freiere Regung, sei es im politischen, sei es im wissenschaftlichen, sei es im technisch-merkantilen Gebiete, litt unter dieser Eifersucht. Darum strebte man, dieselbe zu beseitigen. Oesterreich, als Beschützer der Stabilität, mit seinem streng-monarchischen System, seinen Monopolen und Prohibitivzöllen, hatte den ganzen Haß des liberalen Deutschlands auf sich gezogen und galt für den Stein des Anstoßes, wenn man die Bundesverfassung harmonischer gestalten, den Handel der Mittelstaaten heben und dem gesammten Deutschland eine ehrenvolle Stellung sichern wollte. Darum tauchten damals Stimmen auf, welche Oesterreichs Ausschluß aus Deutschland forderten und ihm den Orient, Rußland und die Türkei als Schauplatz seiner Thätigkeit anwiesen. Preußen erfreute sich dagegen einer freundlichen Anerkennung seiner



Vorzüge im Gemeinde- und Finanzwesen. Seine vortreffliche Verwaltung, die Intelligenz und Tüchtigkeit seiner Beamten, die unparteiische Rechtspflege, die Anstalten für Unterricht und Bildung, waren Gegenstände überschwenglichen Lobes. Der preußische Zollverein wurde als ein schönes Zeichen der beginnenden Einheit freudig begrüßt und Preußen aufgefordert, sich an die Spitze Deutschlands zu stellen; nur müsse es, — und darauf legte man das Hauptgewicht, — nicht länger mit der Einführung einer reichsständischen Verfassung zögern. Andere, welche die Willfährigkeit der preußischen Regierung hierzu bestritten, schlugen theils die Könige von Baiern oder Württemberg, theils den Großherzog von Baden zum Oberhaupt Deutschlands vor.

Metternich, welchem die Oesterreich feindselige Stimmung und die Gefahren für das conservative-monarchische System nicht entgingen, ließ nicht nur Rathschläge und Warnungen an die Höfe ergehen, sondern veranlaßte auch den Präsidialgesandten, Graf Münch-Bellinghausen, gemeinsame Maßregeln der Bundesglieder wider die Revolution ins Werk zu setzen. Am 18. September brachte der österreichische Gesandte die Verhältnisse Deutschlands zur Sprache und stellte folgende Vorschläge zur Berathung: „Aufstellung einer bedeutenden Militairmacht, Beschränkung der Presse und Nichtigkeitserklärung aller der Zugeständnisse, zu welchen die deutschen Fürsten durch ihre Völker etwa gezwungen werden könnten.“ Noch ehe die Instructionen für die Gesandten einliefen, setzte Graf Münch die Aufstellung eines Truppencorps von 5300 Mann um Frankfurt durch. Erst am 14. October, nachdem sämmtliche Höfe ihre Gesandten mit Instructionen versehen hatten, schritt man zur Berathung der österreichischen Präsidialanträge. Preußen, obwohl im Ganzen mit Oesterreich einig, verkannte nicht, daß die Erläuterungen des Grafen Münch die Souverainetät der Mittelstaaten gefährdeten und erklärte, daß executive Maßregeln nur in Uebereinstimmung mit der betreffenden Regierung zu beschließen wären und der Bundestag vorher untersuchen solle, ob nicht wirklich Grund zu Beschwerden gegen die Regierung vorhanden sei, damit ungesetzliche Wege zur Abhilfe derselben verhindert würden. Daß der preußische Gesandte von Nagler die Ansicht der Mittelstaaten getroffen hatte, zeigten gleich darauf die Vota der vier königlichen Gesandten von Baiern, Hannover, Sachsen und Württemberg. Wie Nagler selbst, fanden sie es sehr bedenklich, wenn der Bund den Grundsatz aussprechen wolle, daß alle abgedrungenen Zugeständnisse nichtig seien, widersetzten sich jeder Verschärfung der Censur und bedauerten, von ihren Regierungen nicht umfassende Vollmachten für alle künftige Fälle erhalten zu haben, um Präsidialanträge sogleich annehmen oder ablehnen zu dürfen. Der bairische Gesandte, Freiherr von Lerchenfeld, verlangte am 21. October sogar, daß alle Beschwerden, die in den verschiedenen Ländern vorhan-

den, abzustellen seien, und daß dem 13. Artikel der Bundesacte überall Genüge zu leisten wäre. Der Bundesbeschluß vom nämlichen Tage zeigte, daß die Mittelstaaten in der Minorität geblieben waren. Nach diesem Beschlusse sollten sich die Regierungen verpflichten, einander im Falle des Aufruhrs gegenseitig Hilfe zu leisten, dem Bunde von Unruhen Anzeige zu machen, ihre Gesandten mit ausgedehnten Vollmachten schleunigst zu versehen und die Censoren zur Wachsamkeit anzuhalten. Indeß erging auch die Aufforderung an die Fürsten, „gerechten Beschwerden landesväterlich abzuhelfen", in keinem Falle aber „unzeitige und der Gesammtheit gefährliche Nachgiebigkeit zu verrathen."

Diese Bundesbeschlüsse wurden indeß vom Zeitstrome so überfluthet, daß sich bis 1832 Niemand in den Einzelstaaten danach richtete. Die beiden Großmächte, auf anderen Punkten beschäftigt, mußten der deutschen Bewegung theilnamlos zusehen. Preußen, durch die öffentliche Meinung aufgefordert, verfolgte überdies einen andern Plan, nämlich, den Bund in der öffentlichen Meinung nicht zu heben, sondern, indem es Unterhandlungen mit den einzelnen Staaten zum Zweck eines die Freiheit des Handels und der Industrie fördernden Vereins anknüpfte und durch eine gesetzmäßige Regierung die gebildeten und besitzenden Leute zu gewinnen suchte, den Wunsch nach einer neuen Ordnung zu erwecken, die es dann in Uebereinstimmung mit seinen Principien schaffen wollte. Aus diesen Ansichten, welche in der Denkschrift des Ministers von Bernstoff vom Februar 1831 niedergelegt sind, erklärte sich theils die Billigung der braunschweiger Revolution am Berliner Hofe, theils die Unthätigkeit des Bundestages zur Erhaltung Luxemburgs, theils die Erfolglosigkeit der Bemühungen zur Eröffnung der Rheinschifffahrt.

Mit dem Falle Warschaus änderte sich nicht nur die ganze Weltlage, sondern auch die Ansicht des preußischen Cabinets. Bernstorff war todt und der neue Minister des Auswärtigen, Ancillon, zeigte sich jenem Plane nicht geneigt. Rußland malte die Gefahren, von welchen die Monarchie Seitens des Liberalismus bedroht wurde, mit so schwarzen Farben, daß der preußische Hof alle anti-österreichischen Absichten fahren ließ und das Bündniß mit Petersburg und Wien fester knüpfte. Metternich und Nesselrode entwarfen nun den Plan, welcher bald ganz Europa umfassen sollte. In Italien, Deutschland und den Niederlanden soll die Revolution mit allem Nachdruck bekämpft, in Portugal die Regierung des legitimen, wenn auch despotischen Don Miguel aufrechterhalten und am englischen Hofe durch die Königin das liberale Ministerium Grey gestürzt werden. Rußland versprach besonders den deutschen Regierungen jede mögliche Hilfe, um ihr Ansehen gegen das demagogische Princip zu befestigen, dessen Umsichgreifen der Kaiser nicht gleichgiltig ansehen könne.

Die Wirkungen dieser Pläne ließen sich bald verspüren. Am 27. October 1831 erließ der Bundestag ein Verbot, das Sammeln von Unterschriften zu Adressen und das Einreichen derselben betreffend, erneuerte am 10. November die Karlsbader Beschlüsse bis zur Vereinbarung über ein definitives Preßgesetz und verbot am 19. November die in Straßburg erscheinende und äußerst stark extravagirende Zeitschrift: „das constitutionelle Deutschland." Gleiches Schicksal traf am 2. März 1832 die rheinbairischen, freilich dem Republikanismus huldigenden Blätter: „die deutsche Tribune", von Wirth, „der Westbote" von Siebenpfeiffer und die Hanauer „neuen Zeitschwingen" von Stein. Endlich kamen auch höher gehaltenen Blätter des liberalen Constitutionalismus: „der Freisinnige", von Rotteck und Welcker (19. Juli), und die „politischen Annalen" (14. September), nebst mehreren anderen, selbst gemäßigten Zeitschriften, daran. Dieses entschiedene Vorgehen des Bundestages wirkte auf die Ständekammern niederschlagend, während es die Liberalen zum Widerstande aufreizte. Man wollte es sich nicht gestehen, daß der kaum überwundene Schrecken vor dem Bundestage die Gemüther sobald demüthigen und in das alte Gleis zurückführen könnte. Die liberalen Schriftsteller ermuthigten das Volk und stärkten es in dem Wahn, daß alle Reactionsversuche an der „erhabenen Wahrheit der liberalen Ideen" scheitern müßten. Börne's Briefe aus Paris (November 1831) gaben der liberalen Presse einen hinreißenden, verführerischen Schwung. Die Reaction sah sich plötzlich mit einer fast tollkühnen Rücksichtslosigkeit behandelt, die deutschen Großmächte sich mit Hohn und Spott überschüttet, und sogar Preußen durch radicale Blätter aus dem deutschen Bundesleben verbannt. Siebenpfeiffer besprach im „Westboten" „Deutschlands Wiedergeburt" durch einen Verein der constitutionellen Mittelstaaten, dessen Regierungsform er noch unentschieden ließ, und forderte engern Anschluß jener Länder an Frankreich. Franken und Rheinbaiern waren die Herde der revolutionären Presse. Im Rheinkreise wirkten Dr. Siebenpfeiffer, Kolb und Dr. Wirth. Um den Kampf gegen die verbundene Macht der Fürsten, des hohen Adels und Beamtenthums und der Geistlichkeit zu bestehen, erließ Wirth im Februar 1832 einen Aufruf ans deutsche Volk zur Gründung von Preßvereinen, der lebhaften Anklang fand. Der Zweck dieses von Schüler, Savoye und Geib geleiteten Vereins bestand darin, die liberalen Zeitungen und Schriften zu verbreiten, die Geldbußen für Preßvergehen zu bezahlen und für die Familien derjenigen Schriftsteller zu sorgen, welche zu Gefängnißstrafen verurtheilt würden. Die rasche Ausbreitung der Preßvereine in Deutschland, ja unter den Flüchtlingen aller Nationen zu Paris, die bedeutenden Geldopfer, welche sie brachten, die gerechten Besorgnisse, daß diese Associationen den Kern eines großen

Bundes aller Liberalen bilden könnten, endlich die Art und Weise, wie die Presse gegen den deutschen Bund verfuhr, nöthigten diesen zu den oben angeführten Verboten mehrerer Zeitschriften. Die bairische Regierung fügte dazu auch das Verbot der Preßvereine. Nichtsdestoweniger fuhr „die deutsche Tribune" fort, zu erscheinen, und die Regierung ließ deshalb den Dr. Wirth verhaften, obwohl sie des Sieges im gerichtlichen Verfahren nicht sicher war. Wirth, des Hochverraths angeklagt, wurde am 15. April 1832 von dem Apellationsgericht in Zweibrücken freigesprochen. Dieses Urtheil, wodurch ein deutsches Gericht die Preßvereine für gesetzlich erlaubt erklärt hatte, äußerte doch seine verhängnißvollen Wirkungen nur auf die radicale Partei, welche im Siegesrausche sich nicht zu mäßigen wußte, und die Regierungen geradezu herausforderte zum Kampfe über die Frage: „Wer ist der Herr?" — Neue, noch heftigere, aber weniger gutgeschriebene Blätter ersetzten die eingegangenen. Besonders aber streuten die Radicalen eine Fluth von Broschüren über Deutschland aus, welche durch Boten den Zeitungs-Abonnenten ins Haus geschickt wurden, da die Posten ihre Beförderung verweigerten. Die Farben der Burschenschaft wurden das Symbol der Freiheit; überall, im Süden und Westen, sah man sie auf Freiheitsbäumen flattern und die Spitzen der Thürme zieren. Die Aufregung wuchs hier stündlich; der Arm des Gesetzes erlahmte; das Ansehen der Behörden erlosch; Anarchie und Zuchtlosigkeit folgten nach. Fürsten und Kammern waren überall in offener Fehde gegen die einschränkenden Handlungen des Bundes; sogar in Frankfurt protestirte die Bürgerschaft gegen die Bundesbeschlüsse vom 2. März 1832. Die Constitutionellen, namentlich in Baden, konnten diesem Treiben nicht ihre Zustimmung ertheilen, weil es die Freiheit selbst bedrohte, und man in Baden ein Asyl für das freie Wort gegründet, somit für den Augenblick wenigstens erreicht hatte, was man wünschte.

In Baden hatte sich nämlich mit dem Preßgesetz vom 1. März 1832 ein neues Leben entwickelt. „Der Freisinnige" und „der Wächter am Rhein", von Stromeier, sahen in ihren Artikeln meist von inneren Angelegenheiten ab, unterstützten hilfreich das Ministerium, und richteten ihre Blicke mehr auf die großen Verhältnisse Deutschlands und die Beziehungen zur europäischen Politik. Am 1. April 1832 feierten die Constitutionellen Badens unter Theilnahme der Nachbarländer das Fest der badenschen freien Presse mit ernsten Reden und heiteren Trinksprüchen, welche einerseits den Wunsch ausdrückten, daß Deutschland sich einer so schönen Zukunft erfreuen möge, als Baden einer befriedigenden Gegenwart, andererseits von allen ungesetzlichen Schritten zur Erreichung dieses frohen Zieles abmahnten.

Dieses Fest von Weinheim eröffnete die Reihe moderner Volksfeste, welche sich jedoch nicht immer in den Schranken der Mäßigung hielten.

Am 20. April erließen Siebenpfeiffer und einige Bürger Neustadts a. d. H. einen Aufruf zur Feier der bairischen Verfassung auf der Burgruine von Hambach. Damit verbanden die Anstifter die geheime Absicht, dieses Fest zu einer engeren Vereinigung der radicalen Elemente zu benutzen. Die bairische Regierung verbot zwar die Feier (8. Mai), mußte aber schon am 17. Mai das Verbot wieder zurücknehmen. So fand das Fest am 27. und 28. Mai 1832 unter Theilnahme von 30,000 Menschen aller Altersclassen und Geschlechter statt. Man zog, mit den „deutschen" Farben geschmückt, nach der Burgruine, wo leidenschaftliche Reden über „Deutschlands Schmach und Fürstentrug" gehalten, und von Wirth ein Hoch „den vereinigten Freistaaten Deutschlands" und „dem conföderirten republikanischen Europa" ausgebracht wurde. Eine directe Aufforderung zur Revolution erfolgte zwar nicht, aber der Muth der Volksführer erhielt durch dieses Fest Kräftigung. Keinesfalls wollten sich diese Letzteren der Fremden bedienen, um „Deutschland Befreiung" durchzusetzen. Wirth wies die Polen und Franzosen, welche hierher geeilt waren, um „den ersten Schritt zur Mündigkeit der Deutschen" freudig zu begrüßen, in ihre Schranken zurück. Wie sehr sich auch Einzelne bemühten, am andern Tage (28. Mai) revolutionäre Beschlüsse zu erwirken, so wenig vermochten sie doch dieselben zu Stande zu bringen. Die parlamentarischen Häupter des Liberalismus fehlten und ohne ihre Zustimmung wollte man nicht vorgehen.

An demselben Tage fanden auch in anderen bairischen Städten Volksversammlungen statt, die sich im Monat Juni noch häufiger wiederholten. Da die Einzelregierungen ihre Schwäche zur Eindämmung des revolutionären Stroms hinlänglich bekundet hatten, nahm die Bundesversammlung am 30. Mai die Sache in ihre Hand und verpflichtete die Einzelregierungen, Volksversammlungen, das Tragen der schwarz-roth-goldnen Farben u. s. w. mit polizeilichen Maßregeln zu verhindern. Die bairische Regierung, deren Existenz am meisten bedroht war, da die pfälzischen und fränkischen Bauern die Steuerboten mishandelten und nichts von Abgaben hören wollten, schritt zuerst ein, indem der Fürst Wrede an der Spitze einer hinlänglichen Truppenmacht in der Pfalz erschien und die Wortführer verhaftete. Der Cassationshof in Zweibrücken wurde aufgehoben und mit dem Oberapellationsgericht in München verbunden, verdächtige Beamte aber versetzt. Als diese Maßregeln ohne Widerstand vollzogen wurden, trat der Bundestag mit seinen Beschlüssen vom 28. Juni und 5. Juli 1832 hervor. Während die ersteren Beschlüsse gegen „die das monarchische Princip gefährdenden Verhandlungen der Stände", namentlich gegen das Recht der Steuerverweigerungen gerichtet waren, betrafen die anderen politische Maßregeln gegen Vereine, Volksversammlungen, Freiheitsbäume, revolutionäre Abzeichen und die Paßpolizei. Zugleich

wurden die Karlsbader Beschlüsse gegen die Presse und die Universitäten erneuert. Schließlich versprachen die Bundesglieder, einander die promptefte militairische Hilfe zu gewähren.

Das durch den Bundestag einmal angebahnte System konnte nicht ohne einen gewissen Terrorismus durchgeführt werden, wenn die gährende Bewegung schnell und gründlich unterdrückt werden sollte. Freilich eröffnete es auch der Rache der bisher in ihren Interessen bedrohten Classen einen weiten Spielraum und Mancher wurde hart verfolgt, der vorher keine Ahnung hatte, in welche Noth ihn einst die Schwärmerei für Deutschlands Einheit, oder eine Unterschrift, oder das Anstecken einer deutschen Cocarde bringen würde. Mehrere der radicalen Wortführer sahen dies voraus und ergriffen die Flucht. Andere Misvergnügte, die wenig oder gar nichts verbrochen hatten, denen es aber im Vaterlande unheimlich wurde, wanderten nach Amerika aus. Würzburg verlor zur Strafe sein Apellationsgericht; der berühmte Schönlein ging in die Schweiz, da er sich nicht, gleich Anderen, versetzen lassen wollte; der Bürgermeister Behr wurde auf Bitten der Bürger in den Ruhestand versetzt und am 24. Januar 1833 sogar verhaftet. Erst 1836 fällte das Apellationsgericht zu München das Urtheil, dessen Gerechtigkeit damals lebhaft bezweifelt wurde. Nachdem Behr durch eine kurze Rede der Form der Abbitte vor dem Bilde des Königs genügt hatte, wurde er auf „unbestimmte Zeit“ nach Oberhaus gebracht. Eisenmann erhielt auf der Festung eine funfzehnjährige Muße, um seine berühmten medicinischen Werke zu schreiben. Wirth und Siebenpfeiffer, den Geschworenen in der Festung Landau überwiesen, wurden dagegen freigesprochen, ebenso die achtunddreißig Frauen Neustadts, die eine Verloosung zum Besten der politischen Gefangenen veranstaltet hatten. Das Zuchtpolizeigericht in Zweibrücken verurtheilte nachmals Wirth und Siebenpfeiffer zu zweijähriger Gefängnißstrafe, der sich der Letztere durch die Flucht zu entziehen wußte, während der Erstere selbst einen Befreiungsversuch hinderte, und sich nach überstandener Strafzeit in Constanz niederließ, da das jesuitenfreundliche Ministerium Abel ihm den Aufenthalt in Baiern gänzlich verleidet hatte.

Die Bundesbeschlüsse vom Juni und Juli 1832, welche in manchen Punkten die eifersüchtig bewachte Souverainetät der Mittelstaaten gefährdeten, waren in Baden beinahe wirkungslos abgeprallt. Als der Bund die Aufhebung des badischen Preßgesetzes forderte, erklärte der badensche Gesandte, unterstützt durch Baiern und Hessen: „das heiße die Selbstständigkeit der Einzelstaaten verletzen, wenn man ihnen verbiete, solche Gesetze zu geben, welche ihren besondern Bedürfnissen entsprächen. Die Censur sei überhaupt eine schlechte Einrichtung und hänge immer von der Willkür des ausübenden Beamten ab. Die badensche Regierung befinde sich im vollsten Einvernehmen mit ihren Ständen und habe von der

Presse nichts zu fürchten. Es würde gewiß einen übeln Eindruck machen, wenn der Bund ein verfassungsmäßig zu Stande gekommenes Gesetz aufhebe und die Autorität der im Lande feststehenden Regierung erschüttere." Zugleich mußten die badenschen Gesandten in Wien und Berlin die beruhigendsten Versicherungen über den öffentlichen Zustand in Baden geben. Indeß nutzte dies nicht viel, und die Versuche der süddeutschen Staaten und Sachsens, ein Bundespreßgesetz zu Stande zu bringen und Maßregeln zu ersinnen, Baden das geforderte Opfer zu Gunsten des Bundes zu erleichtern, scheiterten an der Consequenz des österreichischen Gesandten. Als nämlich Baden am 5. Juli, noch vor der förmlichen Beschlußfassung, erklärte: „daß es sich einem Beschlusse auf förmliche Zurücknahme oder Suspension des Gesetzes in keinem Falle unterwerfen werde, indem es dies nicht nur mit dem Rechte, sondern auch mit seiner Würde unvereinbar halte, und es in einer bewegten Zeit den Feinden der öffentlichen Ordnung nicht die schärfsten Waffen bieten oder sich des Vertrauens seiner Unterthanen berauben wolle," — drohte Graf Münch mit Executionsmaßregeln. Der Antrag Oesterreichs, das badensche Preßgesetz aufzuheben, ging durch. Vergebens verlangte die badensche Regierung Aufschub, bis ein allgemeines Preßgesetz vom Bunde ausgearbeitet sei. Vier Wochen Frist war Alles, was sie erhielt. Man erkannte nun in Baden die Unmöglichkeit, sich länger gegen die Macht zu sträuben und leistete Folge, indem man die Censur bei Zeitungen und Schriften unter zwanzig Bogen wieder einführte, die Oeffentlichkeit der Verhandlungen über Preßvergehen aufhob, dagegen den Gerichten die Entscheidung über die von der Polizei mit Beschlag belegten Blätter noch ferner überließ. Darauf erfolgte die Schließung der Universität Freiburg und die Pensionirung Rotteck's und Welcker's auf Befehl des Bundestages (6. September 1832). Erst im folgenden Jahre ward die Universität, aber mit andern Statuten wieder eröffnet. Was Metternich vorausgesagt hatte: „das Hambacher Fest, gut benutzt, kann das Fest der Guten werden", war eingetroffen. Ein anderes, viel schlimmeres Ereigniß, brachte die Reaction erst in vollen Zug, und zog die qualvollsten Martern für mehrere Tausende gewiß hochherziger, aber leider bethörter Jünglinge, nach sich.

Seit Wirth's Verhaftung war der Sitz des Centralpreßvereins nach Frankfurt verlegt worden. Hier förderten einige junge Doctoren, als Gärth, Bunsen, Jucho und Andere, mit großem Eifer die Verbreitung oder Erhaltung der Preßvereine, stießen aber auf so viele Hindernisse, daß sie den verwegenen Entschluß faßten, Deutschland zu revolutioniren und mit Gewalt ihrer Freiheit Bahn zu brechen. Sie setzten sich deshalb mit den liberalen Abgeordneten in Verbindung, von denen auch Benzel-Sternau, Rotteck und Welcker in Frankfurt erschienen, ohne sich mit den

Gedanken geheimer revolutionärer Verbindungen recht befreunden zu können. Dagegen gewannen die Frankfurter die germanische Fraction der Burschenschaft, indem sie den Jünglingen vorspiegelten, daß in Württemberg das ganze Heer, außerdem noch an 100,000 bewaffnete Bürger und Bauern des südwestlichen Deutschlands bereit seien, der Revolution ihre Arme zu weihen. Diese Streitkräfte schmolzen jedoch in Wahrheit auf wenige Hunderte zusammen, welche der Oberlieutenant von Koseriz in Württemberg und der Militairarzt Breidenstein unter den hessen-homburgischen Soldaten gewonnen hatten. Außerdem waren es nur Einzelne, wie der aus der Jordan'schen Sache bekannte Apotheker Döring in Marburg, der Rector Weidig in Butzbach, der Dr. Hundeshagen in Gießen, die für die Revolution ohne sonderlichen Erfolg wirkten. Der Buchhändler Franckh in Stuttgart, ein vermögender und ehrgeiziger Mann, machte den Vermittler zwischen den Frankfurtern und Württembergern, die sich gegenseitig das erste Auftreten im Revolutionsdrama zuschoben, und zwischen der deutschen und polnischen Emigration in Paris. Durch falsche Nachrichten wurden alle revolutionären Clubs getäuscht, um die Leute nur zu einem Anfang zu bestimmen. Diese Meinung, daß ein Anfang gemacht werden müsse, theilte auch Dr. Gärth, und bewog die in Frankfurt versammelten Burschenschafter, das Unternehmen auf gut Glück zu wagen, indem er den, nach Dr. Rauschenplatt's Einwürfen bereits Schwankenden vorhielt, wie sie durch ihre Feigheit eine große erhabene Sache aufs Spiel setzten. Auf diese Weise kam das traurige Frankfurter Attentat zu Stande.

Am 3. April Abends um 9½ Uhr setzten sich 60 bis 70 Verschworene zugleich in Bewegung. Ein Haufe unter Rauschenplatt stürmt die Hauptwache, ein anderer unter Gärth und dem polnischen Major Michalowski die Constablerwache mit leichter Mühe. Die Aufforderung der Verschworenen an das Volk, sich ihnen anzuschließen, blieb dagegen erfolglos. Bald rückte Frankfurter Militair heran und nahm die Hauptwache wieder, welche der Student Rubner mit einem Heldenmuth vertheidigte, der wünschen läßt, er wäre einer bessern Sache zu Theil geworden. Die von Allem aus Paris vorher unterrichtete Behörde Frankfurts, ließ, um den Zuzug abzuschneiden, sofort die Thore schließen, an denen sich wirklich einige 60 Bauern einfanden, aber bald wieder umkehrten. Denn mittlerweile war die Constablerwache nach einem ernsthaften Gefechte in die Hände des Militairs gefallen. Die Insurgenten hatten sich in den Straßen zerstreut, wurden aber meist ergriffen und zur Haft gebracht. In diesen Tagen beabsichtigten auch die Polen in Besançon, durch die Schweiz nach Deutschland zu ziehen, was die Schweizerische Bundesregierung jedoch verhinderte.

Im folgenden Jahre (2. Mai 1834) machten einige verwegene Männer den Versuch, ihre in Frankfurt eingekerkerten Freunde zu befreien, der sehr unglücklich ablief. Die meisten Gefangenen entkamen jedoch später glücklich nach Frankreich. Die Folgen dieses Frankfurter Attentats bestanden in Vermehrung von Reactionsmaßregeln. Massenweise fanden die Verhaftungen durch ganz Deutschland statt und die Untersuchungsrichter auf den Universitäten hatten zwei Jahre lang vom frühen Morgen bis zum späten Abend zu thun. Die Untersuchungscommissionen der Einzelstaaten standen unter der Centraluntersuchungscommission in Frankfurt, welche durch Bundesbeschluß von 20. Juni 1833 eingesetzt und am 8. August aus folgenden Personen gebildet wurde: dem k. k. österreichischen Freiherrn von Wagemann, dem k. preußischen Kammergerichtsrath Eichmann, dem k. bairischen Appellationsgerichtsdirector von Heinrichen, dem k. württembergischen Oberjustizrath von Prieser, und dem großherzoglich hessischen Oberappellationsrath von Preuschen. Der Befreiungsversuch vom 2. Mai 1834 gab Veranlassung, die Frankfurter Truppen dem Befehlshaber des österreichisch-preußischen Bundescorps unterzuordnen, wogegen die von Frankreich und England unterstützten Protestationen des Frankfurter Gesandten nutzlos blieb. Der Bundestag verfügte unterm 5. Juni 1834, daß kein Angeklagter, den die Gerichte freigesprochen, eher losgelassen werden dürfe, bis die Centraluntersuchungscommission ihre Erklärung abgegeben habe. Das Einholen von Gutachten der Juristenfacultäten und Schöppenstühle in Criminalsachen wurde untersagt (12. November 1834), die Censurvorschriften geschärft, namentlich was die Zeitungsberichte über die Art der Untersuchung und über die Behandlung der Gefangenen anlangte; Handwerksburschen und Studenten unterwarf der Bund einer strengen Paßcontrole, wie er überhaupt das Reisen in Ländern, wo erwiesenermaßen revolutionäre Verbindungen beständen, verbot. Um die studirende Jugend zum fleißigeren Betrieb der Wissenschaften anzuhalten und von geheimen Gesellschaften abzuschrecken, faßte man am 25. Juni 1835 die schärfsten Beschlüsse zur Ueberwachung der Universitäten. Vor allen Dingen mußte sich die Reaction mit den Ständeversammlungen beschäftigen, welche den Regierungen manchmal lästig wurden. Um die häufigen Conflicte zwischen den Regierungen und Ständen zu heben, nahm der Deutsche Bund die Auslegung der Verfassungen selbst in die Hand und setzte am 30. October 1834 ein Schiedsgericht nieder, welches in solchen Fällen, wo Regierungen und Stände verschiedener Ansicht wären, die Entscheidung fällen sollten.

Diese und andere Bundesbeschlüsse waren ein Ergebniß der vom Januar bis Juni 1834 gehaltenen Conferenzen der deutschen Minister zu Wien,



über welche erst im Jahre 1843 durch Welcker Näheres ins Publicum gekommen ist. Die Artikel 1—27 dieser Wiener Conferenz-Beschlüsse betreffen die Ständeversammlungen, denen gegenüber das volle monarchische Princip, als einzig und allein mit den Grundsätzen des Bundes vereinbar, nachdrücklich betont wird. Die Regierungen werden demnach eine mit den Souverainetätsrechten unvereinbare Erweiterung ständischer Befugnisse keinesfalls zugestehen. Für den Fall, daß es zwischen Regierung und Ständen zu Streitigkeiten über die Auslegung gewisser Stellen in den Verfassungsurkunden kommen sollte, wurde die Einrichtung eines Schiedsgerichts beschlossen. Dieses Schiedsgericht sollte aus 34 Männern des höheren Justiz- und Verwaltungsfaches bestehen, welche von den 17 Stimmen des engeren Rathes gewählt wurden. Daraus soll in streitigen Fällen die Regierung drei, und die Stände drei Männer bezeichnen, welche ihrerseits einen Obmann aus den übrigen 34 erwählen, und dann nach Stimmenmehrheit entscheiden. Ueber die Giltigkeit von Bundesbeschlüssen dürfen die Stände nicht berathen. Alle Verordnungen der Regierungen haben für die Unterthanen verbindliche Kraft, selbst wenn sie den bestehenden Gesetzen widersprächen und von Gerichten oder Ständen einen Einspruch hervorriefen. Steuerverweigerung der Stände darf nicht geduldet werden; überhaupt haben die Stände, jedoch mit Vorbehalt anders lautender Bestimmungen bereits bestehender Verfassungen, einzelne Ausgabeposten innerhalb der allgemeinen Etats nicht zu streichen. Eine Beeidigung des Militairs auf die Verfassung findet nirgends statt. Staatsbeamte bedürfen des Urlaubs zum Eintritt in Ständeversammlungen, deren Oeffentlichkeit soviel als möglich beschränkt werden muß. Artikel 28—37 betreffen die Beschränkungen der Presse mittels der Censur und Entziehung des Postdebits. Wichtig ist namentlich der Artikel 31: „Das in einem Bundesstaat ertheilte Imprimatur befreit die Druckschrift nicht von den in andern Bundesstaaten bestehenden Aufsichtsregeln", und Artikel 28 über die Einsetzung von Obercensur-Collegien, um theils über die pflichtmäßige Erfüllung der Obliegenheiten der Censoren zu wachen, theils auch die Beschwerden der Schriftsteller zu erledigen. Artikel 38—56 handeln von der Aufsicht über die Universitäten. — Artikel 42—56 wurden am 13. November 1834 zum Bundesbeschluß erhoben. Artikel 57 deutete den 12. Artikel der Bundesacte so, daß die Juristenfacultäten blos in Civilsachen Rechtssprüche zu geben hätten. Im Artikel 59 und 60 verpflichteten sich die Conferenzmitglieder, diese Wiener Beschlüsse geheim zu halten, aber ebenso zu achten wie Bundesbeschlüsse und sie unter Beseitigung aller in den bestehenden Gesetzen und Verfassungen liegenden Hindernisse durchzuführen.

14. Der Zollverein. Die Hannöversche Verfassungsfrage.

Die Regierungen kamen ihren Verpflichtungen mit Eifer nach und theils hierin, theils in der politischen Erschlaffung, welche nach überreizten Zeiten zu folgen pflegt, ist der Grund zu suchen, warum die constitutionelle Opposition bald ganz verstummte. Baden hielt am längsten die verfassungsmäßigen Formen inne, wenn es auch die parlamentarische Sprechfreiheit, sobald sie gegen die Conferenzbeschlüsse verstieß, beschränkte. Mit dem Tode Winter's 1838 änderte sich die Sache, indem der bisherige Bundestagsgesandte von Blittersdorf ins Ministerium trat und der Reaction des Bundestages bereitwillig in die Hände arbeitete. Die Furcht der Mittelstaaten, ihre Souverainetät zu verlieren, und das Verhalten der preußischen Regierung haben manchen Artikel der Wiener Conferenzbeschlüsse nicht zur Ausführung kommen lassen. Wie sehr sich indeß Preußen schadete, daß es seit 1832 wenig zur Mäßigung der Reaction that, bewies die Abneigung der süddeutschen Kammern gegen einen Anschluß an den preußischen Zollverein.

Seitdem es offenbar geworden, daß Oesterreich seinem strengen Prohibitivsystem nicht entsagen und überhaupt zur Entwickelung eines allgemein deutschen Zoll- und Handelssystems nichts beitragen wollte, griffen zwei preußische Staatsmänner von Maaßen und von Motz, den Gedanken auf, Preußen zum Mittelpunkt eines auf den Freihandel basirten Vereins deutscher Staaten zu machen. Zunächst wurden die Binnenzölle in Preußen aufgehoben (1818), dagegen eine strenge Grenzcontrole eingeführt, was die kleinen enclavirten Staaten bewog, sich zwischen 1822—1828, in den preußischen Zollverband aufnehmen zu lassen. Diesem Beispiel folgend, schlossen Baiern und Württemberg (18. Januar 1828) den süddeutschen Handelsverein, und das ganze Sachsen, Hannover, Kassel, Braunschweig, Oldenburg, Nassau, Homburg, Rudolstadt, Reuß, Bremen und Frankfurt a. M. den mitteldeutschen Handelsverein (24. September 1828), während Oesterreich, Baden, Darmstadt, die Hansestädte und Mecklenburg isolirt blieben. Von letzteren Staaten fiel zuerst Darmstadt dem preußischen (14. Februar 1828) Verein zu und die süddeutschen Staaten schlossen darauf mit dem Zollverein ein Handelsbündniß (27. Mai 1829).

Da die Zölle in allen Staaten eine wichtige, schwer ersetzbare Einnahmequelle bilden, so fühlten die den kleineren Zollvereinen angehörigen Staaten bald manche Deficits in ihren Budgets. Kassel versuchte es daher mit dem preußischen Verbande (25. August 1831), obwohl es deshalb vom mitteldeutschen Verein beim Bundestage verklagt wurde; 1833 folgten Baiern, Württemberg, Hohenzollern und der ganze mitteldeutsche

Zollverein, 1835 Baden und Nassau, 1836 Frankfurt a. M. nach. Dagegen bildeten Hannover und Braunschweig theils wegen ihrer Verwandtschaft mit dem englischen Königshause, theils wegen ihrer Lage am Meere einen Steuerverein (Mai 1835), welchem aus ähnlichen Gründen Oldenburg (1. October 1836) und Schaumburg Lippe (12. November 1837) beitraten. Der Zollverein erweiterte sich in den Vierziger Jahren noch mehr, indem sich ihm Braunschweig und die Lippischen Fürstenthümer anschlossen. Im Jahren 1850—1852 machte Oesterreich den Versuch, die verbündeten Zollstaaten zu sprengen, welcher Absicht eine lang verhaltene und tiefer liegende Eifersucht auf Preußens politischen Einfluß zu Grunde lag. Die Ergebnisse des Zollvereins waren indeß für die Vereinsstaaten so günstig gewesen, daß Oesterreichs Plan scheiterte. Um wieder einzulenken, schloß Oesterreich, nachdem sich der Steuerverein (7. September 1851) mit dem Zollverein verbündet hatte, sogar einen Vertrag (19. Februar 1853) mit den Zollvereinsstaaten ab, der überall mit Theilnahme begrüßt wurde. Es verdient historisch constatirt zu werden, daß der Zollverein im Jahre 1834 bei einer Einwohnerzahl von 23,478,120 eine Netto-Zolleinnahme von 12,178,761 Thalern hatte. Der Werth der eingeführten Güter belief sich auf 105,943,598 Thaler, der der ausgeführten 143,622,605 Thaler, der der durchgeführten 74,624,479 Thaler. Im Jahre 1850 betrug bei einer Einwohnerzahl von 29,461,628, die Netto-Zolleinnahme auf 20,342,427 Thaler, der Werth der eingeführten Waaren 181,659,164 Thaler, der der ausgeführten 172,948,116 Thaler, der der durchgeführten 78,224,420 Thaler. Der Verbrauchsdurchschnitt in Preußen betrug im Jahre 1806 pro Kopf: 11 Thaler 13 Silbergroschen; im Jahre 1849: 26 Thaler 21 Silbergroschen 3 Pfennige, obwohl die Bevölkerung um 47 Procent zugenommen hat. Am merkwürdigsten ist die enorme Zunahme des Verbrauchs von Baumwollenstoffen, die seit dreiundvierzig Jahren sich auf 2100 Procent beläuft. Diese Stoffe, welche im Inlande meist fabricirt und als Rohstoff oder Twiste aus Amerika und England bezogen werden, sind vorzüglich mit landwirthschaftlichen Producten bezahlt worden, für welche man 1806 wahrscheinlich kaum $^1/_{100}$ desselben Artikels hätte kaufen können. Diese der Industrieentwickelung zu verdankende Verwohlfeilung kommt demnach besonders der Ackerbau treibenden Classe, also der Mehrheit der Nation zu Gute, welche heutzutage reich genug ist, um zu den besten Kunden der Manufacturbezirke zu gehören.

Es entging Metternich keineswegs, daß den billigen Zollsätzen des Vereins ein größerer Aufschwung der Industrie folgen, daß die mittleren und kleineren Staaten durch Dankbarkeit an Preußen gefesselt und möglicher Weise auch an dessen Politik gekettet werden könnten. Anstatt aber sich dem



Zustandekommen des Vereins zu widersetzen und eine den Radicalen vielleicht erwünschte Störung des deutschen Friedens herbeizuführen, sann er auf andere Mittel, die öffentliche Meinung für Oesterreich günstig zu stimmen. Am 2. März 1835 starb Kaiser Franz I. Metternich bewog nun seinen Nachfolger, Ferdinand I. (1835—1848), zu einer ziemlich umfassenden Amnestie politischer Verbrecher, während diese in Preußen erst mit dem Regierungsantritt des jetzigen Königs (1840) erfolgte. Rußland suchte bei der obwaltenden Eifersucht der deutschen Großstaaten im Trüben zu fischen und bot sich den übrigen deutschen Staaten zum „Protector" an, wenn eine oder die andere deutsche Großmacht ihre Souverainetät gefährde, und „bei einem zwischen beiden ausbrechenden Kriege deutsche Freiheit und Bildung auf dem Spiel stehe." Diese Ansichten, welche in der russischen Denkschrift „über Gegenwart und Zukunft Deutschlands" 1834 niedergelegt, und mit aller jener glänzenden Sophistik, die russische Staatsschriften auszeichnet, in der „europäischen Pentarchie" des Grafen Adam von Gurowski, oder des Dr. Goldmann 1842, eines Weiteren besprochen sind, ferner die Verschwägerungen Rußlands mit deutschen Fürstenhäusern, die häufigen Reisen des Czaren in Deutschland, wo er Geld und Geschenke mit vollen Händen ausstreute, endlich die deutsche Presse, welche für Rußland arbeitete, ließen weder Oesterreich zu einer Umgestaltung seiner Mercantilgesetzgebung, noch Preußen zu einer Erweiterung seines politischen Einflusses und einer liberalen Färbung seiner inneren Politik kommen. Alle drei deutschen Potenzen, Oesterreich, Preußen und die Kleinstaaten, schlossen sich demnach an Rußland an.

Mit dem Tode des englischen Königs Wilhelm IV. (20. Juni 1837) erlosch der lüneburgische Mannsstamm in Großbritannien. Da seine Nichte Victoria in Deutschland nicht successionsfähig war, so bestieg der älteste Bruder des verstorbenen Königs, Ernst August, Herzog von Cumberland, den hannöverschen Thron. Das Haupt der englischen Tories und der Orangisten, und deshalb von den Whigs aufs Tiefste gehaßt, erregte Ernst August gleich bei seinem ersten Auftreten in Hannover (28. Juni 1837) mancherlei Befürchtungen, die namentlich durch die Ernennung des früheren westphälischen Geheimen Raths von Schele zum Cabinetsminister veranlaßt waren. Ohne das vorgeschriebene Gelöbniß auf die Verfassung geleistet zu haben, vertagte der König die Kammern (29. Juni) und erließ (5. Juli) ein Patent, worin er sagte, daß er sich an das Staatsgrundgesetz von 1833 nicht gebunden erachte, dieses Gesetz überhaupt seinen auf das Wohl der Unterthanen gerichteten Wünschen nicht entspreche, und er sich darüber die nähere Prüfung und Entschließung vorbehalten wolle. Der Eindruck dieses Decrets wirkte im Gelehrten- und Bürgerstande niederschlagend. Indeß lag dem Volke weniger die Verfassung,



als die Hebung des materiellen Nothstandes, und Erleichterung der Steuern am Herzen, die es vom Könige jetzt umso eher hoffen durfte. Ernst August fühlte sich durch diese ihm im Ganzen nicht ungünstige Stimmung des Landes bewogen, weiter zu gehen und den zu erwartenden Einspruch der Kammern vorher abzuschneiden. Es erschienen am 4. October neue Beschlüsse, in denen der König das Grundgesetz von 1833 wegen der mangelnden Zustimmung seinerseits und weil es nicht vertragsmäßig zwischen Regierung und Ständen zu Stande gekommen war, für ungiltig erklärte und die Verfassung von 1819 wieder herstellte. Mit den nach letzterer gewählten Ständen wolle er über eine neue Verfassung verhandeln. Zugleich ward dem Volk ein kleiner Steuererlaß gewährt, und die Beamten zur Unterschreibung eines neuen Dienst- und Huldigungseids aufgefordert. Dieser Schritt erschien den Anhängern der Regierung gerade so, wie der Beginn eines Rechtsstreits über die Giltigkeit einer nicht vertragsmäßig zu Stande gekommenen Verfassung, und so faßten ihn auch die meisten Advocaten der Ständeversammlung auf. Nur entstand dabei die kritische Frage, wo ist der unparteiische Gerichtshof, der über diese Streitfrage entscheiden soll? Andere erkannten in diesem Vorgange einen bedenklichen politischen Act, der bei entstehenden Thronwechseln aller Orten den ganzen status quo eines Landes in Frage stelle. So betrachteten ihn namentlich die Kammern in Sachsen, Braunschweig Baiern, Württemberg, Baden, Kassel und Darmstadt. Die hannöverschen Beamten huldigten zum Theil unbedingt; zum Theil thaten sie es mit Vorbehalt; zum Theil reichten sie ihre Entlassung ein. Nur in Göttingen fühlten sich sieben Professoren, Albrecht, Dahlmann, Ewald, Jakob und Wilhelm Grimm, Gervinus und Weber, zum Protest gegen die Form des Huldigungseids aus rechtlichen und moralischen Bedenken gedrungen (18. November). Vergebens that der König selbst den ersten Schritt, um eine Desavouirung dieser Handlung, welche mittlerweile durch die Zeitungen bekannt geworden war, zu bewirken (30. November). Er konnte nur einen kleinen Theil der übrigen Professoren dazu veranlassen. Da entsetzte er jene Sieben ihrer Stellen ohne Urtel und Recht (11. December) und gebot (den 14. December) den Professoren Gervinus, Dahlmann und Jakob Grimm, binnen drei Tagen das Königreich zu meiden. Das wirkte und die Universität sandte nun eine Deputation mit loyalen Ergebenheitsversicherungen an den König. Nur sechs Collegen der Vertriebenen veröffentlichten (13. December) eine Erklärung im Sinne der Siebener-Protestation, die aber von der Regierung ignorirt wurde.

Der Eindruck, welchen die That der Sieben in Deutschland hervorbrachte, war für das Reactionssystem sehr folgenschwer. Die schonungslose Behandlung der Zierden deutscher Wissenschaft, der Männer, deren conservative Gesinnung sich, im Widerstreit mit allen sittlichen



Motiven, nicht zu einer Beschönigung des Verfassungsbruchs herbeigelassen hatte, vertrieb viele Conservative aus dem gouvernementalen Lager, namentlich seitdem der Bundestag sein letztes Wort in der hannöverschen Sache gesprochen hatte. Von allen Parteien wurde die Sammlung der Unterstützungsgelder für die Sieben mit einer gewissen Ostentation betrieben, und die Regierungen in Baiern, Württemberg, Baden, Darmstadt und den sächsischen Ländern ließen dies ruhig gewähren, da sie sich mit der Hoffnung schmeichelten, es werde der Bundestag selbst diese Handlung des hannöverschen Königs misbilligen. Es ist nicht zu leugnen, daß die hannöversche Angelegenheit eine neue oppositionelle Bewegung auf den Landtagen und in der Presse hervorrief, die sich aber erst in den Vierziger Jahren in weiteren Kreisen bemerkbar machte.

Das schwankende Benehmen der hannöverschen Opposition, welche ziemlich planlos handelte, und die Billigung, welche die Landgemeinden durch zahlreiche Betheiligung an den Neuwahlen dem königlichen Schritte zu erkennen gaben, blieben gewiß auf den Bundestag nicht ohne Einfluß; während andererseits der Entscheid des Bundestags (von 5. September 1839) der Opposition allen Muth raubte und das Zustandekommen der Hannöverschen Verfassung vom 6. August 1840 erleichterte.

Die nach dem Gesetz von 1819 erwählte Ständeversammlung trat am 20. Februar 1838 zusammen, nachdem die Regierung alle unter Vorbehalt geschehenen Wahlen für ungiltig erklärt und den liberalen Stadtgemeinden manche materiellen Vortheile entzogen hatte. Diese selbst dem Gesetz von 1819 nicht entsprechende Ständeversammlung, von der sich die Opposition fern hielt, nahm keineswegs den „vorgelegten Verfassungsentwurf“ dankbar an, sondern blos „zur einstweiligen Prüfung“ entgegen. Dieser Entwurf beschränkt die Mitwirkung der Stände bei der Gesetzgebung auf eine bloße Berathung, schloß die Oeffentlichkeit, sogar den Druck der Verhandlungen g ä n z l i c h aus, bestimmte eine dreijährige Periodicität des Landtags und erklärte die Domainen — für Eigenthum des Königs, von welchem derselbe einen jährlichen Beitrag von 2,300,000 Thalern zu den Staatslasten zahlen wollte.

Im April 1838 wurde die Ständeversammlung auf einige Wochen vertagt. Bei der Wiedereröffnung sah man die Bänke der linken Seite stark besetzt und die Kammer erklärte sich mit 34 gegen 24 Stimmen incompetent (27. Juni 1838). Ein Vertagungsdecret folgte dieser Erklärung auf dem Fuße. Bald darauf wandte sich die Stadt Osnabrück, wo S t ü v e Bürgermeister war, an die Juristenfacultäten von Jena, Tübingen und Heidelberg um Auskunft, ob man unter so bewandten Umständen zur Steuerverweigerung berechtigt sei. Die Gutachten bejahten dies, ja die Tübinger Facultät rechtfertigte sogar das Recht des Widerstandes und gab demselben eine unerhörte Ausdehnung. Ernst August forderte dafür

die Bestrafung der Tübinger beim Bundestage und beim Könige von Württemberg. Aber der Letztere ignorirte die Beschwerde der Hannöverschen Regierung und legte den Befehl des Bundestags, welcher jenen Hannöverschen Antrag angenommen, einfach zu den Acten.

Zur Erneuerung des Budgets berief das Ministerium auf den 15. Februar 1839 die Stände. Die zweite Kammer war nicht beschlußfähig und der Landtag mußte vertagt werden. In Folge der Neuwahlen, welche die Minorität des Landes vornahm, verstärkten sich zwar die Reihen der Abgeordneten. Noch waren ihrer aber am 3. Mai nicht so viel vorhanden, daß die Kammer beschlußfähig gewesen wäre. Erst am 8. Juni hatte die Regiernng 37 Mitglieder — so viel bedurfte sie zur Beschlußfassung — zusammengebracht. Diese verlängerten das Budget auf ein Jahr und wurden am 20. Mai wieder entlassen. Am 19. März 1840 abermals berufen, nahmen die Kammern den Verfassungsentwurf mit einigen Modificationen an, worauf Ernst August das Verfassungsgesetz am 6. August 1840 publicirte. Mehrere hannöversche Corporationen, die Stände des Landes und die Kammern Südwestdeutschlands hatten sich an den Bundestag gewendet, mit der Bitte, den verletzten Rechtszustand wieder herzustellen. Fast alle Gesandten wiesen die Bittsteller als formell nicht berechtigt ab, obwohl keine einzige Regierung das Verfahren Ernst August's billigte. Darauf beantragten die Gesandten Baierns, Württembergs, der sächsischen Staaten, Badens, Darmstadts und der freien Städte, daß der Bundestag sich selbstständig mit der Hannöverschen Sache befassen möchte. Die erwähnten Gesandten beleuchteten in ihren Motiven weniger die Rechtsfrage, als die politischen und moralischen Folgen, welche dem monarchischen Princip drohten, wenn „die Unterthanen der dem deutschen Charakter eigenen und dessen sittlichen Werth erhöhenden Achtung des gesetzlich Bestehenden entwöhnt würden.“ Die Großmächte verfochten dagegen die Ansicht, daß gerade dann die Fürstengewalt in Deutschland erschüttert, die Revolution gekräftigt werden würde, wenn man den König von Hannover zwinge, die Verfassung von 1833 wiederherzustellen. Bei der endlichen Abstimmung am 5. September 1839 blieben die Antragsteller in der Minorität, „da bei obwaltender Sachlage eine bundesgesetzlich begründete Veranlassung zur Einwirkung in diese innere Landesangelegenheit nicht bestehe.“

Die öffentliche Meinung war mit dem Ausspruche des Bundestags sehr unzufrieden. Sie glaubte darin eine versteckte Aufforderung an die Fürsten zu sehen, sich der lästigen Verfassungen zu entledigen. Mit Bestimmtheit erwartete es das Publicum von Baiern, wo Abel an Wallenstein's Stelle trat (1837), und von Kurhessen, wo die politischen Verfolgungen sich erneuerten und der Jordan'sche Proceß einen lauten Schrei des Unwillens über das geheime Untersuchungsverfahren hervorrief, wo



ferner die Stände mit dem Kurfürsten in einen sehr ärgerlichen Streit über die Rothenburger Quart gerathen waren. Es handelte sich nämlich darum, ob das Einkommen des in Schlesien 1836 verstorbenen Landgrafen von Hessen-Rothenburg der Staatskasse oder der fürstlichen Privatkasse anheimgefallen sei. Der Bundestag entschied sich für Letzteres, während viele juristische Gewährsmänner dagegen sprachen. Auch darin erblickte das Publicum ein sicheres Vorzeichen nahender und die kurhessische Verfassung zerstörender Stürme. Um so erbitterter zeigten sich die Parteien gegen einander in den Ständeversammlungen von Kurhessen und Sachsen, in denen der Liberalismus damals beredte Vertreter fand.

15. Der Streit der Preußischen Regierung mit dem Kölner Erzbischofe Freiherrn von Droste-Vischering und dem Erzbischofe von Posen, Dunin.

Die Befürchtungen des Liberalismus hinsichtlich einer durchgreifenden politischen Reaction wurden durch das kühne Auftreten der katholischen Geistlichkeit gegen den mächtigsten protestantischen Staat vermehrt. Als nach dem Tode des duldsamen Erzbischof Grafen Spiegel von Desenberg der Freiherr Droste-Vischering den Stuhl des Kölner Erzstifts bestieg (1835), erneuerte er alte Kirchengesetze, welche dem katholischen Klerus die Einsegnung einer gemischten Ehe untersagen, wenn nicht vorher vom protestantischen Theile das Versprechen gegeben wird, die Kinder katholisch zu erziehen. Als die preußische Regierung dem Erzbischof vergebliche Vorstellungen dagegen machte, und ihn sogar an sein vor der Inthronisation gegebenes Versprechen einer milden Praxis erinnerte, verdammte der Erzbischof die Lehre des ehemaligen Professors Hermes in Bonn, welcher den katholischen Glauben durch die Vernunft gerechtfertigt hatte, und bedeutete die preußische Regierung, daß ihr nicht das Recht zustände, einen geistlichen Oberhirten für die treue Befolgung von Kirchengesetzen verantwortlich zu machen. Darauf verhaftete das preußische Gouvernement den Erzbischof in aller Stille (20. November 1837) und schickte ihn als Staatsgefangenen nach Minden.

Der Angriff der Hierarchie auf Preußen und den Protestantismus war von jener längst vorbereitet. Durch Begünstigung der Demokratie in Frankreich und Belgien — man denke an Lamennais' „Worte eines Gläubigen" — hatte die Hierarchie auch in Deutschland viele gefeierte Radicale auf ihre Seite gebracht. Zu diesen gehörte namentlich Joseph Görres, der in München katholisch geworden war (1827), „um die Fürsten durch die Hierarchie zu überwinden." München in Deutschland und Freiburg in der Schweiz bildeten die Hauptlager der Jesuiten, wo der Plan zur Schwächung des politischen und materiellen Einflußes Preu-

ßens geschmiedet wurde. Verbindungen der hierarchischen Partei wurden mit allen katholischen Gegenden unterhalten, namentlich mit Rheinpreußen und Posen, von denen das erstere mit Rheinbaiern und Rheinfranken zu einem unabhängigen Königreiche unter einem bairischen Prinzen vereinigt werden sollte. Die Andeutungen, welche Görres selbst in seinen Schriften gab, stellen diese Pläne ziemlich außer Zweifel.

Bei der Nachricht von Droste's Gefangennahme kam es in den Rheinprovinzen zu Tumulten, die sich im Jahre 1838 und 1839 auch in den östlichen Provinzen wiederholten. Denn auch im Posenschen hatte der Erzbischof Dunin allen Geistlichen die Einsegnung gemischter Ehen streng verboten (Februar 1838), nachdem der Papst in der Allocution vom 10. December 1837 den Kölner Erzbischof und sein bisheriges Verfahren gelobt hatte. Auch Dunin kam auf die Festung Kolberg, nachdem er aus Berlin wider das königliche Verbot entwichen war. Damals verstummten die Glocken der katholischen Kirchen in Posen und Gnesen, und die katholischen Polinnen hüllten sich in tiefste Trauerkleidung. Die römische Curie gab nicht im Geringsten nach, wenn sie auch die Wahl des Dr. Hüsgen zum Generalvicar des Erzstifts Köln genehmigte, da sie es nur unter der Voraussetzung that, daß Hüsgen sich den Vorschriften des apostolischen Stuhls fügen werde. Bald trat die katholische Presse gegen die preußische Regierung in die Schranken. Philipps und Görres gründeten die historisch-politischen Blätter in München, und Görres veröffentlichte seinen „Athanasius", ein Buch, aus welchem der furchtbarste Preußenhaß sprach. Die preußische Regierung stützte sich vornehmlich auf ihr gutes Recht und suchte der wachsenden religiösen Aufregung mit Gewaltmitteln zu steuern. Die Bundesgenossenschaft der von Ruge und Echtermeyer redigirten Halle'schen Jahrbücher, welche damals (1838) ihre Feldzüge gegen die „Romantik" begannen und den „Staat der Intelligenz" vertheidigten, wurde zurückgewiesen. Die Regierung fühlte sich stark genug, das Recht des Landesherrn ohne irgend welche Concession an den Liberalismus aufrechtzuerhalten.

Anstatt die Einigkeit der Protestanten zu befestigen, gab der Kölner Streit zu einem Kampf zwischen der mystisch-altkirchlichen Richtung einerseits und dem Rationalismus und der junghegel'schen, ungläubigen Schule andererseits, Veranlassung. Dies geschah durch Leo's Schrift gegen die Hegelinge. Die Folge dieser bis heute noch dauernden Kämpfe im Protestantismus war eine Scheidung der Elemente, welche bisher ohne das Bewußtsein des Gegensatzes friedlich nebeneinander bestanden hatten. Nach und nach kam es zu einer Läuterung der protestantischen Kirche und deren Abschließung gegen freiere Elemente, die in unserer Zeit erst ihre mehr oder minder wohlthätigen Früchte trägt. Der Gedanke aber, daß der katholische Oberpriester, welcher die Geschicke unseres Vaterlandes mit bestimmen will, ein

Ausländer sei, erweckte in Folge des Kölner Streites die Idee einer nähern Vereinigung aller deutsch-protestantischen Kirchen. Zugleich hauchten die französischen Rheingelüste auch der Idee der politischen Einheit Deutschlands neues Leben ein. Dem Nachfolger Friedrich Wilhelm's III. in Preußen war es vorbehalten, nach beiden Richtungen hin bedeutsame Schritte zu thun. Friedrich Wilhelm III. starb am 7. Juni 1840 allgemein und aufrichtig betrauert vom ganzen Volke, das seinem einfachen Wesen, seinem frommen Sinne gerechte Anerkennung zollte und von dem geistvollen Nachfolger die Verwirklichung alter Wünsche hoffte, welche es bisher aus kindlicher Pietät verschwiegen hatte.

16. Die Schweizerrevolutionen.

Die Verfassung von 1815 hatte um die zweiundzwanzig Schweizercantone ein sehr lockeres Band geschlungen und zuvörderst nur die Cantonalsouverainetät befestigt. Die Regierung der Einzelcantone (kleiner Rath) lag in den Händen der Geschlechter und der Reichen, welche zwar den übrigen Bürgern einen Antheil an der Gesetzgebung in den großen Räthen gestatteten, diesen Antheil jedoch auf ein so bescheidenes Maß beschränkten, daß der kleine Rath mit der Initiative in der Gesetzgebung und der Besetzung der niederen, oft auch der höheren Richterstellen alle Functionen einer regierenden Staatsgewalt in sich vereinigte. Die Städte genossen bei den Großrathswahlen große Vorrechte, indem sie bei weitem mehr Abgeordnete stellten, als das Land. Wenn dies schon das Mistrauen nährte, so war die Heimlichkeit der patrizischen Verwaltung auch nicht geeignet, das Vertrauen zur Redlichkeit der kleinen Räthe zu heben. Erwies sich auch später dieser Verdacht als unbegründet, so bildete er doch ein wichtiges Moment in den Staatsumwälzungen der Schweiz. Schon im Jahre 1829 und 1830 begann der Geist der Unzufriedenheit mit dem Bestehenden sich hier und da zu regen und manche Veränderungen einzuleiten. Die Schützengesellschaften, der Zofinger Studentenverein und die von wissenschaftlich gebildeten Männern gestiftete Helvetia waren die Brennpunkte des liberalen Geistes. Die Julirevolution verbreitete jenen Geist durch alle Cantone, stürzte die oligarchische Herrschaft, beschränkte den Einfluß der absoluten Staaten und gewährte dem Landvolk eine gerechtere Vertretung im großen Rathe.

Gewöhnlich begann die Bewegung in den einzelnen Cantonen mit einer Volksversammlung, die für die Führer des Liberalismus eigentlich eine Heerschau über ihre Streitkräfte darstellte. Diese zahlreich besuchten Volksversammlungen schüchterten die Regierungen ein, sodaß sie schwankend und unschlüssig dem Treiben zusahen, oder im Moment der Entscheidung kraftlos nachgaben. Nachdem die mächtige Aristokratie von Bern gestürzt war (6. Juli 1831), bildete dieser Canton den Hauptsitz des

Radicalismus, von wo aus alle übrigen radicalen Bewegungen unterstützt wurden, namentlich als die Verbindungen der Berner Patrizier mit den Oligarchen anderer Cantone bekannt wurden. Die meisten Cantone führten demokratische Verfassungen ein: Solothurn am 13. Januar, Freiburg den 27. Januar, Luzern den 30. Januar, Zürich am 20. März, St. Gallen den 7. April, Thurgau am 26. April, Aargau den 6. Mai, Schaffhausen am 4. Juni, Waadt am 4. Juli 1831, Basel-Land den 27. April 1832 und Appenzell Außerrhoden am 31. August 1834. Zu den gemäßigt-liberalen Verfassungen gehören die von Tessin, Graubündten, Genf, Zug und Glarus. Conservativ waren die Cantone: Uri, Schwyz, Unterwalden, Wallis, Neufchatel und die Stadt Basel.

Wie Bern der Sitz der Radicalen, so war Stadt Basel der Hauptsitz der Conservativen. Als Basel-Land eine Gleichstellung mit der Stadt nach der Kopfzahl verlangte und eine provisorische Regierung in Liestal niedersetzte, sandte Basel-Stadt Truppen aus, welche das radicale Landvolk schlugen (Januar 1831). Der wahrhaft trunkene Uebermuth der Baseler Patrizier gegen die gefangenen Landleute reizte aber Basel-Land zu hartnäckigem Widerstande. In einem zweiten Gefecht zwischen Basel-Stadt und Basel-Land (20. August) wurde erstere besiegt, worauf die Tagsatzung Truppen einrücken ließ, um einen nochmaligen Zusammenstoß der streitenden Parteien zu verhindern. Jetzt erklärte Basel-Stadt, die Landgemeinden aus dem Cantonalverbande entlassen zu wollen, verweigerte aber die Theilung des Staatsvermögens und führte eine so herausfordernde Sprache, daß nicht nur das Land, sondern auch die Tagsatzung darüber erbittert wurde. Plötzlich brach Basel-Stadt die mit dem Lande gepflogenen Verhandlungen ab, nachdem es sich mit den fünf übrigen conservativen Cantonen in der Sarner Conferenz (14. November 1832) verbunden hatte, und sandte 1400 Mann Truppen gegen Liestal aus. Allein die Landleute schickten die städtischen Soldaten mit blutigen Köpfen heim, worauf die Tagsatzung Basel-Stadt mit eidgenössischen Truppen (12. August 1833) besetzte und sie zwang, sich in eine völlige Trennung des Staats- und Universitätsvermögens zu fügen. Darauf nahm die Stadt Basel einige innere Reformen vor (3. October 1833) und überließ das Land den Folgen einer ungewohnten ultrademokratischen Verfassung.

Mit der letzten militairischen Expedition der Baseler gegen das Landvolk hing der Zug des Obristen Abyberg gegen Außer-Schwyz und Küßnacht zusammen. In Schwyz forderten die vier äußern Bezirke March, Einsiedeln, Küßnacht und Pfeffikon eine freie Verfassung für alle Bewohner des Cantons und Gleichstellung der äußern Gemeinden mit den innern hinsichtlich der Weiden- und Triftnutzung. Die Tagsatzung suchte vergeblich zwischen Inner-Schwyz und Außer-Schwyz zu vermitteln,



und entschied sich endlich für eine Trennung beider. Das alte Land Schwyz verwarf diesen Beschluß und verband sich zu Sarnen mit Uri, Unterwalden, Wallis, Neufchatel und Basel-Stadt. Darauf besetzte Abyberg mit 600 Mann Küßnacht (31. Juli 1833), fand aber so wenig Anhang, daß die Tagsatzung Zeit gewann, Truppen einrücken zu lassen. Die Sarner Conferenz wurde aufgelöst und Schwyz trennte sich in einen äußeren und inneren Canton, jeder mit einer besonderen Verfassung (27. April 1832 und 11. October 1833).

Neufchatel, ein dem König von Preußen gehöriges Fürstenthum, und seit 1815 in den Schweizer Cantonalverband aufgenommen, wurde von heftigen Bewegungen erschüttert. König Friedrich Wilhelm III. sandte den Generalmajor von Pfuel als landesherrlichen Commissar nach Neufchatel (März 1831). Dieser nahm zwar einige wichtige Reformen vor, konnte aber die Radicalen nicht zufriedenstellen. Diese, von Bourquin geführt, strebten vielmehr, den Canton ganz von Preußen loszureißen, während die Patrizier im Gegentheil eine Trennung von der Schweiz beabsichtigten. Bourquin nahm am 13. September mit einigen Freischaaren Neufchatel ein, und kündigte dem Könige von Preußen den Gehorsam auf, ohne sich an den fürstlichen Domainen zu vergreifen. Die patrizische Regierung in Valengin rief Preußische Hilfe an; die Tagsatzung intervenirte jedoch, bevor Pfuel ankam, vertrieb die Insurgenten und ermahnte alle Parteien zur Ruhe. Pfuel ernannte nun einen neuen Staatsrath und schug die Freischaaren, welche sich nochmals zu einem Handstreich verbunden hatten, bei Cortailloud (18. December 1831). Die Gefangenen wurden später begnadigt, nachdem Pfuel's Reformen die bisherigen Mängel und Uebelstände beseitigt hatten. Die Regierung blieb in den Händen der Patrizier, welche, da sie eine specifisch-monarchische Gesinnung zur Schau trugen, der Tagsatzung zu vielen Beschwerden über mit der Schweizerpolitik nicht Vereinbares Veranlassung gaben. Ein Antrag Neufchatels, aus dem Cantonalverbande auszuscheiden, wenn man dem Canton nicht in allen eidgenössischen Beziehungen den Titel: „Fürstenthum Neufchatel" verstatte, bestimmte die Tagsatzung zu der Drohung, daß sie Neufchatel militairisch besetzen würde (1834).

Seit 1830 erlangte die Angelegenheit der Schweiz eine europäische Bedeutung. Zwei Punkte waren es, welche die Augen der Diplomaten und der Völker auf die Schweiz zogen: die Aufnahme der politischen Flüchtlinge und die Ausbreitung der Hierarchie in der Schweiz. Was ersteren Punkt anlangt, so fanden sich die benachbarten deutschen und italienischen Regierungen in der Lage, über das Asylrecht der Schweiz Klage zu führen. Solange Louis Philipp seinen Thron weder gegen die inneren Factionen, noch gegen die Angriffe der heiligen Allianz gesichert wußte, hielt er die freundnachbarlichen Beziehungen zu der Schweiz

aufrecht und bestärkte letztere im Widerstande gegen die Forderungen anderer Regierungen, den Flüchtlingen den Aufenthalt zu versagen. Die Schweiz wurde daher der Heerd der europäischen Revolution, von wo aus die Nachbarländer in Unruhe versetzt wurden. Im Jahre 1835, wo Fieschi's Attentat eine vollständige Umwandlung der französischen Politik bewirkte, änderte sich dieses Verhältniß, da Frankreich die Schweiz aufgab und sich den beschwerdeführenden Regierungen beigesellte. Eine Menge Thatsachen und Ereignisse drängten sich zusammen, um das Schuldbuch der Schweiz vollzumachen. Der italienische Flüchtling Giuseppe Mazzini, ein Mann voll Feuer und Begeisterung für die Freiheit und Einheit Italiens, aber nicht wählerisch in den Mitteln, und fanatisch und excentrisch in seinen Plänen und deren Ausführung, hatte die Schweiz zum Schauplatze geheimer Verbindungen gemacht. Die Flüchtlinge jeder Nation traten in gewisse Bünde zusammen: das „junge Deutschland", das „junge Italien", das „junge Polen" u. s. w., die mit einander den Bund des „jungen Europa" stifteten. Das „junge Europa" sollte der Typus einer republikanischen Conföderation aller Völker sein. Das erste Lebenszeichen von dem Bestehen dieses Bundes war der Angriff auf Savoyen, den die Flüchtlinge im März 1834 unter Leitung des ehemaligen polnischen Generals Romarino unternahmen, der aber so kläglich ausfiel, daß sich die Flüchtlinge schon auf der Grenze zerstreuten. Bern, welches hauptsächlich compromittirt war, wurde mit drohenden Noten von Savoyen, Rußland und den Deutschen Staaten förmlich überschüttet und traf endlich Maßregeln zur Ueberwachung der Flüchtlinge. Der Vorort Zürich kam, unter Beistimmung der Tagsatzung, den Wünschen des Auslands nach, internirte die Flüchtlinge oder wies die gefährlichsten aus (22. Juli 1834). Das radicale Bern, trotzend auf seine Cantonalsouveraineät, beherbergte indeß noch immer einen hübschen Stamm deutscher und italienischer Flüchtlinge, welche die deutschen Handwerksburschen zu einem republikanischen Fest im Steinhölzli (27. Juli 1834) versammelten, weswegen die deutschen Regierungen ihre Drohungen wiederholten. Im Jahre 1835 wurde Bern Vorort. Württemberg und Baden sperrten nun wirklich die Grenzen; Preußen und Oesterreich untersagten ihren Handwerkern das Wandern in der Schweiz, den Studenten den Besuch der Universitäten Bern und Zürich. Der Vorort sah sich zur Nachgiebigkeit genöthigt und räumte sorgsam alle Hindernisse des freundnachbarlichen Verkehrs aus dem Wege. Sofort knüpfte Oesterreich die abgebrochenen diplomatischen Verbindungen wieder an, indem es dem Vorort den Tod Kaiser Franz's I. mittheilte. Die übrigen deutschen Staaten folgten diesem Beispiel und hoben die früheren Beschränkungen des Verkehrs größtentheils wieder auf.

Im Jahre 1838 trat die französische Regierung nochmals klagend bei der Tagsatzung auf, indem sie die Ausweisung Louis Bonaparte's forderte, der in Thurgau zwar das Bürgerrecht erworben hatte, aber seit dem Straßburger Attentat der Ruhe Frankreichs gefährlich geworden war. Sowohl die Tagsatzung, als der kleine und große Rath von Thurgau weigerten sich, dem Ansinnen Louis Philipp's zu willfahren, obwohl 25,000 Mann Franzosen sich schon am Jura sammelten, um jener Forderung Nachdruck zu geben. Louis Bonaparte entfernte sich nun aus freiem Antriebe und der Zwist zwischen Frankreich und der Schweiz glich sich von selbst wieder aus.

Der zweite Hauptpunkt, welcher das Interesse der Schweizergeschichte bildet, sind die religiösen Wirren. Seit dem Wiener Congreß bestand der Klerus vornehmlich auf Wiederherstellung des Zustandes vor der französischen Revolution. Obwohl seine Wünsche in Beziehung auf die Abtei St. Gallen und das aufgelöste Bisthum Basel nicht völlig befriedigt wurden, so erlangte die katholische Geistlichkeit doch so viel, daß die Schweiz einen ergiebigen Boden für ihre Umtriebe versprach. In Freiburg und Wallis nisteten sich die Jesuiten ein, gründeten berühmte Erziehungshäuser und begannen durch Bekehrungen oder Verfolgungen weniger streng gesinnter Lehrer die Hierarchie zu befestigen. Da dieses Treiben von den Bourbonen und Habsburgern, wie von den Wittelsbachern begünstigt wurde, vermochten die ohnehin schwachen und vom Absolutismus durchdrungenen Patrizierregierungen nichts dagegen zu thun. Zudem regte sich der Sectengeist auch in der protestantischen Kirche und erzeugte hier eben solchen Fanatismus, wie in den katholischen Cantonen. Die Momiers in Genf, strenge calvinistische Prädestinatianer, die Methodisten im Waadtland, die eifrigen und verfolgungssüchtigen Pietisten in Basel, die Anhänger der Frau von Krüdener, bildeten mit den strengen katholischen Vereinen, zu deren Schatzmeister sich der päpstliche Legat in Luzern selbst auserkoren hatte, die Schlagschatten einer innerlich bewegten Zeit, deren Unklarheit bezüglich des Endziels den Charakter aller politischen und religiösen Factionen in den ersten Decennien nach dem Freiheitskriege ausmacht. Die protestantischen Cantone hatten die Gefährlichkeit der jesuitischen Umtriebe hinlänglich kennen gelernt, um nicht den durch die Julirevolution erzeugten Umschwung der Ansichten gegen die Hierarchie zu benutzen. Am 26. und 27. Januar 1834 traten nämlich die Abgeordneten der Cantone Bern, Aargau, Basel-Land, St. Gallen, Luzern, Solothurn und Thurgau im Städtchen Baden zu einer Privat-Conferenz zusammen und entwarfen einige Artikel, welche die Rechte und Verhältnisse des Staats in Kirchensachen feststellen und den Berathungen der Großräthe oder der Tagsatzung unterbreitet werden sollten. Die Badener Conferenz-Artikel wurden bald bekannt und

von katholischer Seite heftig bekämpft. Am 16. April 1835 forderte der Bischof von Basel, Johann Anton Salzmann in Solothurn, vom großen Rath in Aargau die feierliche Anerkennung früherer Rechte der katholischen Kirche. Der große Rath verweigerte dies, indem er sich in einer Proclamation rechtfertigte, und der katholischen Geistlichkeit zumuthete, dieselbe von den Kanzeln zu verlesen. Diesem Ansinnen widersetzten sich vierzehn Geistliche, welche zur Untersuchung gezogen und bestraft wurden. Hierbei kam man einem durch die ganze Schweiz verzweigten Verein auf die Spur, der vom Nuntius in Luzern geleitet wurde. Bald darauf erließ der Papst Gregor XVI. ein Kreisausschreiben, worin er die Badener Conferenz-Artikel als „ketzerisch und die göttlichen Einrichtungen der Kirche umstürzend" verdammte. Besonders war ein Punkt hervorgehoben, der das Kirchenamt der weltlichen Macht unterzuordnen schien, nämlich die Bestimmung der Badener Artikel, daß kein katholischer Geistlicher bei Strafe der Absetzung der weltlichen Macht den Eid der Treue verweigern dürfe. In den katholischen Gemeinden wuchs die Gährung von Tage zu Tage und führte sogar zu Aufständen, als 1836 die Theilnehmer der Badener Conferenz die Verwaltung der Klöster unter Staatsaufsicht stellten und dabei mit unkluger Rücksichtlosigkeit, ja mit Verletzung aller billigen Ansprüche der Gegenpartei verfuhren. Aargau ging hierin allen andern Cantonen voran und hob, auf den Antrag des Seminardirectors Keller, am 13. Februar 1841 alle Klöster auf, weil sie das Feuer des Aufruhrs fortwährend geschürt hätten. Die Curie, die deutschen Großstaaten und katholischen Mittelstaaten protestirten zwar dagegen, und die Tagsatzung gab sich jegliche Mühe, den Streit zur Zufriedenheit aller Theile auszugleichen. Die Zugeständnisse, welche Aargau zu machen bereit war, erschienen aber dem katholischen Nuntius unerheblich, weshalb die Tagsatzung mit Stimmengleichheit am 8. August 1843 beschloß, die Aargauer Klosterfrage gänzlich aus den Tractanden der Tagsatzung zu streichen. Dafür suchten die Jesuiten, in Wallis, Schwyz, Luzern und Freiburg um so fester Boden zu fassen, um das verlorene Terrain wiederzugewinnen. Wie ihnen dies gelungen ist, werden wir im nächsten Kapitel bei Erzählung des Sonderbundskrieges sehen.

Hatten die katholischen Vereine die Herrschaft der Liberalen und Radicalen nicht untergraben können, so gelang dies den Bestrebungen der orthodox-protestantischen Geistlichkeit in Zürich. Dieser Canton war seit 1839 Vorort; deshalb hatte eine Staatsveränderung in Zürich doppelte Wichtigkeit. Den Anlaß zum Sturz des Zürcher Regiments gab die Berufung des Dr. Strauß in Tübingen als Professor der Theologie an die Universität. Durch sein „Leben Jesu" (1835) und seine „Streitschriften" hatte er damals das altkirchliche Bewußtsein aus seinem Schlummer aufgeschreckt und war von den Orthodoxen als „Atheist", verdammt worden,



weil er das Leben des Erlösers als einen „Mythus" dargestellt und die Thaten und Schicksale Jesu als historisch nicht beglaubigt, sondern als „Ideen von ewiger Wahrheit im Gewande der Historie" betrachtet hatte. Kaum war die Berufung dieses Mannes im Zürcher Lande bekannt geworden, als eine solche Aufregung unter den Bauern entstand, daß die Regierung den Berufenen in unfreiwilligen Ruhestand mit 1000 Franken Pension versetzen mußte. Diese Nachgiebigkeit der Regierung reizte die orthodoxe Partei zu weiteren Forderungen; namentlich begehrte man zur Verhütung ähnlicher Angriffe auf das gläubige Bewußtsein die Unterordnung der Zürcher Universität unter die Kirche. Zugleich constituirten sich in allen Dörfern Comités, um das Evangelium zu schützen und rein zu erhalten. Die Regierung griff zu strengen polizeilichen Maßregeln, um das ihr gefährliche Treiben zu unterdrücken, goß aber damit nur Oel ins Feuer. Am 5. September kam es in Zürich sogar zu einem Gefecht zwischen den Truppen und den Landleuten, nach welchem die Regierung abdankte. Eine aus sieben Mitgliedern bestehende provisorische Regierung trat an deren Stelle und übernahm die vorörtlichen Geschäfte. Zwar protestirten die meisten Cantone gegen diese Aenderung des Zürcher Regiments, beruhigten sich aber, als Oesterreich und Frankreich das Vorgefallene billigten. In Zürich begann nun die kirchlich-politische Reaction mit Absetzung freisinniger Lehrer und der Beschränkung der akademischen Lehrfreiheit, gegen welche die Betroffenen die Presse vergeblich zu Hilfe riefen (1840). Die Jesuiten sahen diesem Zwiespalt der Protestanten mit Schadenfreude zu und zogen denselben bei ihrem kecken Vorschreiten von Canton zu Canton mit in Rechnung. Nur eins hatten sie nicht reiflich in Erwägung gezogen, was auf den Tagsatzungen schon von radicaler Seite berührt worden war: nämlich das Bestreben, die Cantone einer Centralgewalt unterzuordnen und die Cantonalsouverainetät möglichst zu beschränken. Dieser Punkt wurde erst in den Vierziger Jahre einer ernstlichen Berathung unterworfen und gehört daher in das nächste Kapitel, wo die aus jenen Berathungen entspringenden Folgen zugleich mit erwähnt werden können.

17. Italien von 1830 — 1840.

Wir verließen Italien (S. 12—24) in dem Augenblicke, wo die Reaction in gehässiger Weise die Theilnehmer der Revolutionen, wie alle als „Ketzer" und „Constitutionelle" verdächtige Personen zu verfolgen begann. An eine Hebung der Misbräuche, namentlich an Besserung des Finanz- und Zollwesens, Einführung unparteiischer Gerichtshöfe und Minderung der drückenden Abgaben wurde wenig oder gar nicht gedacht. Die Julirevolution brachte in die bisher hart verfolgte Carbonaria größere

Rührigkeit und regte Bürger und Bauern auf, welche im Kirchenstaat und in Modena unter den schlechten Zeitläufen, wie unter ungeschickten Verwaltungsmaßregeln litten, während der von den Großmächten damals ausgesprochene Grundsatz der „Nichtintervention" die Carbonaris noch mehr zu einer Schilderhebung reizte.

In Modena und Bologna fanden blutige Auftritte statt, und der Herzog von Modena flüchtete sich nach Mantua. Ueberall von Parma bis Ancona herab bildeten sich provisorische Regierungen und Bürgergarden, welche sogar die päpstlichen Truppen vor Civita Castellana zurückschlugen. Darauf vereinigten sich die Deputirten der aufständischen Provinzen in Bologna und wählten den Advocaten Vicini zum Präsidenten „der vereinigten Provinzen Italiens".

Metternich hatte kaum von diesen Vorfällen Nachricht erhalten, als er Boten an den lombardischen Armee-Commandanten Frimont absandte, mit dem Befehl, zu Gunsten der bedrohten Legitimität einzuschreiten. Am 5. März überschritten die Oesterreicher unter Geppert die Grenzen Modenas, erstürmten die Schanzen von Novi und rückten am 7. März in Modena ein. Die provisorische Regierung hatte sich zerstreut und der zum Dictator ausgerufene General Zucchi retirirte mit den Milizen nach Bologna, wo er alle Streitkräfte der Insurgenten sammeln und in der festen Position von Rimini ein Gefecht bestehen wollte. Die Oesterreicher drangen jedoch unaufhaltsam vorwärts und vertrieben Zucchi aus Rimini (25. März). Als dieser sich nach Ancona zurückzog, erblickte er schon von fern die päpstlichen Fahnen auf den Wällen und Thürmen. Sarcognani hatte die Festung dem gefangenen Cardinal Benvenuti gegen das Versprechen übergeben, den Insurgenten beim päpstlichen Stuhle Gnade auswirken zu wollen, was dem Cardinal jedoch nicht glückte. Die Häupter des Aufstandes flohen übers Meer nach Frankreich oder den ionischen Inseln, wurden aber meist von österreichischen Schiffen eingeholt und in österreichische Festungen gebracht.

Im Juli zogen die Oesterreicher wieder nach Hause, nicht ohne die päpstliche Regierung zur Abstellung sichtlicher Misbräuche ermahnt zu haben. Blieb Gregor XVI. zwar für die warnende Stimme der Freundschaft nicht taub, so ergriff er doch auch andere Maßregeln, welche die Bewohner erbitterten. Die Vermehrung der päpstlichen Truppen durch bäuerliche, zügellose Milizen und die Schließung aller Universitäten auf ein Jahr erregten Schrecken und Misvergnügen. Bologna, das seinen Hauptverdienst durch die letzte Verordnung geschmälert sah, widersetzte sich thätlich, öffnete die Universität wieder und berief auf den 24. December 1831 Abgeordnete aller Städte der Romagna, welche der päpstlichen Regierung den Gehorsam aufkündigten, wenn sie Truppen dahin absende oder die versprochenen Reformen nicht bald ins Werk richte. Die Bür-

gergarden und Milizen rückten sofort aus, um dem Verlangen Nachdruck zu geben, wurden aber von den päpstlichen Truppen bei Bastia und Cesana auseinandergesprengt (20. Januar 1832). Der Cardinal Albani, welcher die Truppen begleitete und als blutdürstiger und rachsüchtiger Reactionär bekannt war, gestattete der zuchtlosen Soldateska die schändlichsten Greuel. Die Intervention der Oesterreicher unter Radetzky, welche am 28. in Bologna einrückten, setzte dem Wüthen Albani's und der päpstlichen Truppen gewisse Grenzen. Radetzky und Hrabowski ertheilten sogar den compromittirtesten Communaldeputirten Pässe nach Livorno, um sie der Rache des heiligen Vaters zu entziehen.

Das französische Ministerium Périer konnte aus Rücksicht auf die öffentliche Meinung nicht länger müßig zusehen, wie die Oesterreicher die Herren Italiens spielten. Gegen den Willen des Papstes erschienen daher am 22. Februar 1832 einige französische Kriegsschiffe vor Ancona und setzten in der Nacht 1500 Mann unter Obrist Combe ans Land, welche die Wälle Ancona's ohne Widerstand erstiegen. Die Bewohner der Romagna begrüßten die Franzosen als Befreier, und der commandirende General Cubières that zuerst Alles, um die Italiener in diesem Glauben zu erhalten. Hatte doch Périer selbst in der Kammer erklärt, daß die Franzosen intervenirten, um den Unterthanen die Erfüllung der Versprechungen des Papstes zu verbürgen.

Die französische Einmischung stärkte den Widerstandsgeist auch in den übrigen Provinzen, erhöhte aber zugleich die Wuth Albani's. Dieser Mann richtete eine geheime Polizei aus den niederträchtigsten Subjecten ein, erhob eine Zwangsanleihe, setzte die Gemeinderäthe ab und ernannte an deren Stelle verdorbene und unfähige Leute. Die alten Gemeinderäthe und die Bürger erhoben gegen dieses ungesetzliche Verfahren Einspruch. Der gereizte Cardinal ließ neue Truppen nach Bologna kommen. Diese wurden jedoch von den erbitterten Einwohnern angefallen, ihr Befehlshaber verwundet und konnten nur durch das Dazwischentreten der Oesterreicher bis zu ihrer Caserne gelangen. Albani erließ nun eine in solchen Ausdrücken verfaßte Bekanntmachung, daß auch Oesterreich seine Stimme dagegen erhob und auf Abberufung des Cardinals drang, worin auch die päpstliche Curie sich fügte.

Oesterreich trug schwere Bedenken über die Gefahr, welche ihm Frankreich durch Unterstützung der Liberalen in Italien bereiten konnte, und Metternich setzte sich daher mit dem Pariser Hofe in Unterhandlungen und versprach Louis Philipp, keinen der französischen Kronprätendenten zu begünstigen, das Haus Orleans zu schützen und die belgische Frage nach Frankreichs Wunsch beilegen zu helfen. Dagegen sollte sich Louis Philipp von den Liberalen Italiens, Deutschlands und der Schweiz zurückziehen. Schon im Juli 1832 nahm Cubières eine andere Sprache

gegen die päpstlichen Unterthanen an, welche unter die unbedingte Herrschaft des heiligen Vaters zurückkehren mußten. Oesterreich und Frankreich, durch einige Reformen im Kirchenstaat befriedigt, unterdrückten die letzten Spuren der Aufregung. Die Franzosen räumten am 3. December 1838 Ancona. England war hierüber so entrüstet, daß es seinen Gesandten, Lord Seymour, von Rom abrief (September 1832). Gregor XVI. hatte nun ganz freie Hand; an durchgreifende Reformen war nicht zu denken und selbst die Greuel, welche das Volk während der Cholera in Rom 1837 beging, konnten den Papst nicht bestimmen, den Grund des Uebels tiefer zu suchen. Conservativ bis zur Unklugheit, schwebten seiner Handlungsweise nur die Bilder seiner erhabensten Vorgänger, Gregor's VII. und Innocenz's III. vor. Daher machte er die strengste Orthodoxie, selbst gegen ergebene Katholiken, wie Lamennais und die Hermesianer geltend und verfocht das alte Recht der Kirche gegen die weltlichen Mächte mit Beharrlichkeit und Strenge. Vielleicht stärkte dieses Verfahren, das fast alle italienischen Staaten nachahmten, die neue republikanische Verbindung des „jungen Italiens", welche sich im Jahre 1831 unter Mazzini's Leitung aufgethan hatte und trotz aller Verfolgungen an Einfluß und Ausdehnung zunahm.

Oesterreich war im lombardisch-venetianischen Königreiche unermüdlich thätig, das herabgekommene Land zu heben, ohne sich den Dank aller Unterthanen erwerben zu können. Die Begnadigung der politischen Gefangenen bei Gelegenheit der Thronbesteigung des Kaisers Ferdinand's I. (25. August 1836) und seiner Krönung in Mailand (September 1838) trug aber wesentlich zur Erhaltung der Ruhe bei.

Dem Beispiel Oesterreichs folgten Toscana, Lucca und Parma, wo nur unbedeutende Störungen der öffentlichen Ordnung stattfanden. Am glücklichsten überstand Toscana alle Stürme, die rings herum wütheten. Der einsichtsvolle und liberale Großherzog Leopold II. konnte sogar seinen aufgeklärten Unterthanen die Waffen in die Hand geben und den Flüchtlingen ein Asyl eröffnen, ohne daß er dieses Vertrauen zu bereuen hatte. In Parma schien zwar im Jahre 1831 eine etwas strenge Reaction eintreten zu wollen; sie ging aber bald vorüber, als der Herzog von Lucca allgemeine Amnestie ertheilte, und Toscana und Oesterreich durch ihr Beispiel zeigten, daß sie bei der Milde gegen Staatsverbrecher besser führen, als bei jener übertriebenen Strenge, die der Herzog von Modena consequent gegen Alles durchführte, was nicht dem Legitimitätssystem entsprach. In der Verfolgung politischer Verbrecher war die sardinische Regierung nicht minder heftig. Dies änderte sich auch mit der Thronbesteigung des Prinzen von Carignan, Karl Albert, nicht, wogegen derselbe in der Gesetzgebung und dem Finanzwesen einige Reformen vornahm und das Heer auf eine Achtung gebietende Stufe der Disciplin und Kriegs-

fertigkeit brachte. An die Stelle der alten Minister von der extremsten Reaction, Raggi und Folquet, traten gemäßigte Liberale. Die Ueberwachung und Leitung des Volksgeistes in Presse und Unterricht wurde fortgesetzt und zeitweise strenger gehandhabt, als unter Karl Felix. Nach dem Savoyerzuge Romarino's (1. bis 3. Februar 1834) trat das ultrareactionäre Ministerium Raggi wieder ein. Sardinien blieb bis zum Jahre 1847 in dieser Bahn und spielte den Hauptbeschützer der strengen Legitimität und des Jesuitismus. Wie Modena Dom Miguel begünstigte, so trat Sardinien für Don Carlos in die Schranken und sandte ihm von Genua aus Hilfstruppen und Kriegsmaterial.

Die Thronbesteigung König Ferdinand's II. von Neapel (8. November 1830) berechtigte Anfangs zu vielen schönen Hoffnungen. Er ließ die meisten politischen Gefangenen frei, schlug alle politischen und Preßprocesse nieder, verminderte die Mahlsteuer, gestattete die freie Getreideausfuhr, hob die Jagdvorrechte auf, sorgte für Milderung des Nothstandes und eine geregelte Armenpflege und enthüllte mit edler Offenheit den traurigen Zustand der Verwaltung und der Finanzen, unter dem Versprechen, Ersparnisse in der Civilliste und dem Heerwesen eintreten zu lassen. Die Armee erfreute sich seiner besonderen Aufmerksamkeit und kam bald in einen besseren Zustand. Im Sommer 1831 bereiste der König seine Provinzen, um sich selbst von der Vollziehung seiner Befehle zu überzeugen. Er wurde überall mit stürmischem Jubel begrüßt und fühlte sich durch die Liebe seines Volkes höchst beglückt. Dennoch schlummerte der böse Feind des Verraths nicht und säete Mistrauen in das offene Herz des Königs. In Palermo brach am 31. August 1831 ein Aufruhr aus, der indeß mehr in der Noth des Volks, als in politischem Misvergnügen seinen Grund hatte. Dagegen versuchte der Mönch Angelo Peluso das Volk in Neapel zu revolutioniren (September 1832) und im Jahre 1833 wurde eine Verschwörung gegen das Leben des Königs entdeckt, an deren Spitze der Sohn des ehemaligen Generals Rossarol stand. Des Königs milder Sinn begnadigte die Schuldigsten noch auf dem Schaffot. Ueberhaupt ließ sich Ferdinand II. in seinem Eifer für das Beste des Volkes nicht beirren. Im October 1833 wurde eine Nationalgarde im ganzen Reiche errichtet und an die Spitze derselben der Prinz Leopold von Salerno gestellt, ein Mann von streng conservativen und legitimen Grundsätzen, der bald einigen Einfluß auf seinen königlichen Neffen gewann. Dies zeigte sich darin, daß Don Carlos in Spanien, Dom Miguel in Portugal als legitime Könige anerkannt und den miguelistischen und karlistischen Flüchtlingen in Neapel freundliche Aufnahme gewährt wurde. Die vielfachen Uebertreibungen des Königs im Militairwesen, wie der entsetzliche Verfall des fruchtbaren Sicilien machten manche Mehrausgaben nothwendig, weshalb die versprochenen

Ersparnisse unterblieben. Der König, welcher schon am 22. November 1830 seinen Bruder, den Grafen von Syrakus, zum Statthalter Siciliens ernannt hatte, ohne die Sicilianer befriedigen zu können, versuchte es jetzt mit einer völligen Trennung Siciliens von Neapel, indem er jener Insel die möglichste Selbstständigkeit gewährte (24. Januar 1833). Aber auch dieses Mittel erwies sich in den Pöbeltumulten zu Palermo während der Cholera 1837 als gefährlich, sodaß der König Sicilien zur Provinz herabsetzte und die Regierung in Neapel concentrirte.

Durch die Verpachtung des sicilianischen Schwefels an eine französische Handelsgesellschaft (1838) fühlten sich die Engländer, deren ältere Ansprüche übergangen wurden, in ihren Handels- und Fabrikinteressen so beeinträchtigt, daß sie dem Könige Ferdinand II. mit Krieg drohten und, da dieser nicht nachgab, wirklich den Golf von Neapel blokirten und neapolitanische Schiffe mit Embargo belegten. Der König mußte sich schließlich in das Unvermeidliche fügen, zumal Sicilien, durch die Nähe der Engländer ermuntert, bedeutende Spuren einer revolutionären Aufregung zeigte. Ferdinand zahlte an die Franzosen und an die Engländer Entschädigungssummen und überließ letzteren wieder den Schwefelhandel. Glücklicher war Neapel in einem Feldzuge gegen die Barbareskenstaaten, welchen es in Verbindung mit Sardinien 1834 unternahm.

18. England bis zur Quadrupel-Allianz 1834. Sturz des torystischen Ministeriums Wellington. Das Ministerium Grey. Die Reformbill Lord Russell's (4. Juni 1832). Daniel O'Connell. Die irische Zwangsbill (29. März 1833). Die irische Kirchenbill (30. Juli 1833). Lord Stanley's Sclavenbill (19. Mai 1833). Grant's Bill zur Aufhebung des Handelsmonopols der ostindischen Gesellschaft.

Das Staatswesen Englands ruhte auf folgenden Grundgesetzen: der magna charta (1215), der petition of rights (1628) der Habeascorpusacte (1679), der bill of rights (1689), der Act of Settlement (1705), welche die Freiheiten des Volkes wiederholte und die an Hannover übergehende protestantische Thronfolge sicherte, der Unionsacte Englands mit Schottlands (1707), der Unionsacte mit Irland (1800) und der Emancipationsacte der Katholiken (1829). Zu ihnen kam in diesem Zeitraum die Wahlreformacte, welche am 4. Juni 1832 vom Oberhause angenommen, und am 7. Juni vom König sanctionirt wurde. Die Revolution von 1689 hatte blos die Rechte des Parlaments gesichert, ohne an der Zusammensetzung desselben etwas zu ändern. Das Wahlrecht zum englischen Unterhause wurde durch den Landadel, die städ-

tischen Corporationen (Magistrâte, die sich zum Theil selbst ergänzten) und die Burgflecken ausgeübt. Als die Vereinigung Schottlands und Irlands mit England stattfand, sandte ersteres 96, letzteres 100 Deputirte zum Parlament, das einschließlich der englischen Abgeordneten aus ungefähr 700 Mitgliedern bestand. Das rasche Aufblühen der Industrie seit der Mitte des 18. Jahrhunderts entvölkerte eine Menge kleiner Landstädte und schuf größere Fabrikstädte, welche, obwohl sie die Brennpunkte des geselligen und Handelsverkehrs waren, dennoch eines parlamentarischen Repräsentanten entbehrten. Die Wahlen der städtischen Parlamentsmitglieder lagen daher in den Händen weniger armer und somit bestechlicher Einwohner, oder einzelner reicher Familien, die das Grundeigenthum aufgekauft hatten, und durch ihre Pächter, Miethsleute und Bedienten die Wahlen lenkten. So entstanden die sogenannten verrotteten Flecken, durch welche die Pairs, den ungemessensten Einfluß auf das Unterhaus ausübten. Mancher Pair hatte durch die verrotteten Flecken die Ernennung von zahlreichen Parlamentsgliedern als Eigenthum erlangt und zögerte nicht, wie die Herzöge von Newcastle, einen schamlosen Handel mit den Parlamentsstellen zu treiben. Robert Walpole, jener große whigghistische Minister, hatte die „Fleckenkrämerei" begonnen, weil er ohne Bestechung seine einflußreichen Maßregeln nicht durchzusetzen hoffte. Aber die edelsten Männer der Whigs hatten gleich Anfangs nicht verabsäumt, dieses System zu brandmarken. William Pitt war der Erste, welcher die Wahlreform im Parlament anregte (1782) und bis zu dem Augenblick verfolgte, wo er, unter dem Schein eines Kampfes gegen die Revolution, den Seestaaten Frankreich, Spanien und Holland den Dolch ins Herz stieß und sein Vaterland von der Concurrenz dreier Nebenbuhler um die Seeherrschaft befreite. Während der riesenmäßigen Kriegsanstrengungen, die England machte, traten alle inneren Angelegenheiten in den Hintergrund, um nach geschlossenem Frieden (1815) desto stärker sich geltend zu machen. Die Tories riefen durch Castlereagh's illiberale Verwaltung, durch ihre Wahlintriguen und offenkundigen Bestechungen selbst das Bedürfniß einer Wahlreform hervor. Sir Francis Burdett, ein redlicher Mann und fester Charakter, und Lord John Russell, ein Mann von gewandter Rede, gediegenen Kenntnissen und tadelloser Sittenreinheit, Sir John Hobhouse, Lord Grey und der edle und geistvolle Lord Holland verliehen im Parlament dem allgemeinen Wunsche des Volkes Ausdruck. Ihre Worte hallten bald in den größeren Städten wieder und wurden von den bedeutendsten Organen der Presse näher erläutert. In den Städten waren es namentlich die Korngesetze, welche, zum Besten der großen Grundbesitzer erfunden, die Industrie niederhielten und die schlechte Zusammensetzung des Parlaments recht fühlbar machten. Castlereagh hatte durch Gewaltmaß-

regeln die Wahlreformbewegung in den großen Fabrikstädten niedergeworfen. Canning setzte Leben und Gesundheit in fruchtlosen Parlamentskämpfen gegen die Tories aufs Spiel, um die Katholiken-Emancipation durchzusetzen und Englands Stellung zum Auslande wieder zu heben.

Die Whigs hatten Canning emsig unterstützt und zwangen sogar Wellington und Peel, die Emancipationsfrage selbst zu lösen. Damit war die Torypartei erschüttert, während der Muth der Whigs, die Wahlreform zu einem günstigen Ausgange zu bringen, sich steigerte. Zudem hatte König Wilhelm IV., der am 26. Juni 1830 auf Georg IV. folgte, sich immer zu whiggistischen Grundsätzen bekannt, die einen Theil der Familientraditionen unter den ältesten Adelsgeschlechtern bildeten. Als trotzdem der König das Ministerium Wellington beibehielt, entstanden allerlei Unruhen und Pöbeltumulte, bei welchen theils die Fabriken zerstört, theils missliebige Personen, namentlich Wellington, auf gröbliche Weise insultirt wurden. Die Julirevolution nährte diese bewegte Stimmung und die Minister, welche die Unabweisbarkeit eines ihren Ansichten widersprechenden Bündnisses mit Frankreich fühlten, enthüllten durch allerlei unkluge Maßregeln ihre Unsicherheit. Sie zogen sich nach einer parlamentarischen Niederlage am 16. Nov. 1830 zurück und machten den Whigs Platz. An die Spitze des Cabinets trat Lord Grey. Melbourne, Palmerston, Brougham, Holland, John Russell und der Marquis Landsdowne waren die hervorragendsten Glieder desselben.

Das Ministerium entwarf die Reformbill in tiefstem Geheimniß, um einig über ihre Grundlagen vor das Parlament treten zu können. Inzwischen kündigte es Ersparungen an, die nach der verschwenderischen Verwaltung der Tories sehr heilsam waren, und hielt auch während seiner Herrschaft an diesem Princip fest. Endlich am 1. März 1831 brachte Lord John Russell die Reformbill ins Unterhaus, wo sie mit stürmischem Jubel begrüßt wurde. Ihr Zweck war die Fleckenkrämerei und das Uebergewicht der Oligarchie zu vernichten, die Herrschaft der Corporationen in den Städten zu brechen, die eigenthumslose, bestechliche Masse von dem Stimmrecht auszuschließen und in den Grafschaften eine unabhängige Classe von Ackerbauern einzuführen, welche den bisherigen Einfluß der größeren Grundbesitzer lähmen sollte. Zehn Pfund Einkommen sollten zur Wahl berechtigen.

Nachdem die erste Freude über diese Bill verflogen und die Tories sich wieder gefaßt hatten, trat unter den Anhängern der Reform einige Verlegenheit ein. Die Tories, welche den Zwiespalt im Lager der Reformer gewahrten, meinten, durch einen kräftigen Widerstand die Bestimmungen der Bill entweder mäßigen oder ganz umstürzen zu können. Ihren Rückhalt fanden sie im Oberhause, dessen Opposition Grey gleich anfangs

durch neue Pairsernennungen unwirksam machen wollte, was die Erbitterung der Tories gewaltig mehrte. Am 22. März erfolgte zwar die zweite Lesung der Reformbill, aber nur mit der Mehrheit von Einer Stimme (302 gegen 301) und am 21. April unterlagen die Minister gänzlich, obwohl die Aufregung des Volks gegen die Tories immer drohender wurde. Der König beschloß, das Parlament aufzulösen. Er fuhr am 22. dahin und hatte Gelegenheit, einem pöbelhaften Auftritte im Hause der Lords beizuwohnen, welche, der Marquis Londonderry voran, sich der Auflösung widersetzen wollten, und den Ministern mit den Fäusten drohten. Im Unterhause ging es auf Veranlassung einer Rede Peel's fast noch toller zu. Alles sprang auf die Bänke und ballte gegen einander die Fäuste. Die Verwirrung war unbeschreiblich. Der Eintritt des Königs ins Oberhaus und das Erscheinen des königlichen Boten im Unterhause, welcher die Gemeinen in die königliche Sitzung beschied, machte den widrigen Auftritten ein Ende, die nur im Kleinen Das abspiegelten, was draußen auf dem Markt des Volkslebens vorging. Der König verlas nun eine Thronrede, welche die Auflösung des Parlaments verkündigte. Die halben Reformer und die Radicalreformer, die Tories und die talentlosen jüngeren Söhne der hocharistokratischen Familien, deren Versorgung ein verrotteter Flecken war, kehrten nach Hause zurück, um, wie die Times sagte, die Angelegenheiten der Nation nicht mehr verderben zu können.

Die Neuwahlen fielen ministeriell aus; an vielen Orten erlangten die Tories nur dann die Stimmenmehrheit, wenn sie den Wählern wenigstens eine theilweise Reform versprachen. Am 27. Juni wurde das Parlament wieder eröffnet. Das Ministerium erhielt die Bill fast gänzlich rein von den Amendements der Gegner und brachte sie am 20 Sept. ins Oberhaus. Hier wurde sie von Lyndhurst und Wellington bekämpft, von Grey, Holland und Brougham vertheidigt. Die Erbitterung der Tories ließ die Bill mit einer Majorität von 41 Stimmen verwerfen. Darauf richtete das Unterhaus eine Adresse an den König, daß die Minister das Zutrauen der Nation nicht verloren hätten, und das Volk beging gegen die Ultratories gröbliche Excesse. Wellington, der Herzog von Cumberland, der Marquis von Londonderry geriethen in persönliche Gefahr und mußten in ihren Häusern bewacht werden.

Das Parlament ward vertagt. Bei Wiedereröffnung desselben empfahl der König beiden Häusern die größte Einigkeit und erkannte die Unabweislichkeit der Reform an. Lord Russell legte am 12. Dec. eine etwas veränderte Reformbill vor, worin die erblichen Wahlrechte erhalten waren. In der dritten Lesung mit 116 Stimmen Majorität angenommen (22. März 1832), ward sie am 26. dem Oberhause überreicht. Hier kam es diesmal zur zweiten Lesung, oder zur Debatte über das Princip.

Dieses geschah am 13. April mit der geringen Majorität von 9 Stimmen. Das Ministerium mußte abtreten, oder neue Pairs ernennen. Der König sah sich aber zu der letzteren Maßregel, die, wie Frankreichs Beispiel gelehrt hatte, bei öfterer Wiederholung das Ansehen der Pairie untergraben mußte, nicht veranlaßt. Darum dankten Grey und seine Collegen ab und Wellington und Lyndhurst erhielten den Auftrag, ein neues Cabinet zu bilden. Von dem Augenblicke an konnten im ganzen Reiche keine Abgaben mehr erhoben werden. Die allgemeine Verbreitung der Reformunionen, namentlich der Central-Union von Birmingham, machten jeden Widerstand gegen den allgemein ausgesprochenen Willen durchaus unmöglich. Selbst im Heere, auf das Wellington bisher gebaut hatte, zeigten sich allerlei bedenkliche Symptome. Am 17. Mai gaben daher Wellington und Lyndhurst ihre Vollmachten dem Könige zurück, und damit zugleich den Widerstand gegen die Reformbill auf. Wilhelm IV bevollmächtigte nun das frühere Whigministerium, die Bill mit allen Mitteln durchzusetzen. Die Tories fügten sich nach kürzerem Widerstande und am 4. Juni 1832 ging die Reformbill mit 106 gegen 22 Stimmen im Oberhause durch. Der König sanctionirte das Gesetz am 7. Juni.

Das von Celten bevölkerte Irland hatte seit der Reformation Ursache, nicht nur über die Unterdrückung der Nationalität, sondern auch der Religion Klage zu führen. Die Revolution von 1689, wo die Iren auf Seiten der Stuarts und der Tories kämpften, vermehrte die Bedrückungen, durch welche sich England allein auf dem grünen Erin behaupten konnte. Der einheimische Adel verlor seine Reichthümer, um Fremden Platz zu machen, und hinterließ der Zukunft ein Geschlecht, das gleich Bettlern auf der Gesellschaft lastete. Der eingewanderte reiche englisch-protestantische Adel (Orangisten) und die verarmte eingeborene celtisch-katholische Bevölkerung standen einander, die Hand am Schwerte, fortwährend gegenüber. Die allgemeine Unsicherheit, welche in Irland herrschte, vertrieb die englischen Lords aus dem Lande und ließ sie in England ihren Wohnsitz nehmen, wodurch die Einkünfte ihrer Güter dem industrieарmen Irland entzogen wurden. Das besondere irische Parlament, welches von 1782—1800 bestand, vermochte dem allgemeinen Elende nicht abzuhelfen und die Verschwörungen, in welche sich die katholische Geistlichkeit Irlands mit den französischen Revolutionsmännern verwickeln ließ, trugen nicht dazu bei, das unglückliche Loos des Iren zu mildern. Die englische Hochkirche, zu welcher sich nur $1/_{12}$ der Bevölkerung bekannte, war mit reichen Einkünften bedacht und erhob den Zehnten von den Katholiken, welche bei ihrer Armuth die Last dieser Steuer doppelt empfanden und ihre Geistlichen ebenfalls ernähren mußten. Die Whigs lenkten zeitig die Aufmerksamkeit der Regierung auf diesen wunden



Fleck Großbritanniens. Pitt wollte bei seiner Vereinigung Irlands mit England auch die Katholiken emancipiren, konnte es aber nicht durchsetzen (1801). Unter solchen Umständen blieb den Iren nichts übrig, als sich der Whigpartei eng anzuschließen, und einen katholischen Verein zu gründen, der auf verfassungsmäßige Weise die verhaßte Union mit England wieder aufzuheben strebte. Daniel O'Connel sprach diese Tendenz des katholischen Vereins zuerst klar aus (1810) und bewirkte, trotz des Wüthens der Orangeclubs, im Jahr 1829 die Emancipation der Katholiken, durch welche diese zu Aemtern fähig und von manchen drückenden und entehrenden Gesetzesbestimmungen befreit wurden. Die kirchlich-finanziellen Verhältnisse erlitten jedoch keine Veränderung dadurch. O'Connel faßte daher den Gedanken, einen Verein zur Aufhebung der Union (Repeal) mit besonderer Kasse und Ausschuß zu stiften (1830). Das Whigministerium Stanley ließ ihn verhaften (18. Jan. 1831), gab ihn aber nach einigen Monaten frei, um nicht die irischen Stimmen zu verscherzen. In Irland herrschte die größte Unordnung und eine grenzenlose Aufregung zwischen Katholiken und Orangisten, die um einen großen Theil ihrer Einkünfte kamen, da die irischen Katholiken den Zehnten verweigerten, sich pfänden ließen und Jedermann mit dem Tode bedrohten, der gepfändete Sachen kaufen würde. Brandstiftungen, Mord- und Raubanfälle standen mit diesen bedenklichen Zeichen im traurigsten Bunde. Das Ministerium erließ daher die von beiden Häusern (29. März 1833) angenommene irische Zwangsbill, vermöge deren der Lord Statthalter, Marquis Anglesea, Ruhe und äußere Ordnung bald herstellte. Zu gleicher Zeit wollte das Ministerium den kirchlichen Beschwerden der Iren gerecht werden und der protestantischen Geistlichkeit, für die man schon Vorschüsse und Collecten bewilligt hatte, einen Ausweg zeigen, wie sie wenigstens einen Theil der irischen Einkünfte retten könnte. Am 2. Febr. 1833 legte Lord Althorp die irische Kirchenbill auf die Tafel des Unterhauses nieder, wodurch er O'Connel und seine Freunde für sich gewann. Die Bill beabsichtigte, die hohe Geistlichkeit zu besteuern, die geistlichen Sinecuren aufzuheben und die Zahl der Bischöfe zu vermindern. Die Vestry-Acte, wonach zwei Protestanten, die in einem Kirchspiel wohnten, die Katholiken zwingen konnten, ihnen eine Kirche zu bauen, wurde aufgehoben. Die Zinspächter der Kirchengüter sollten den Pacht an den Staat zahlen und allmälig vollkommene Eigenthümer werden. Was durch diese Besteuerung gewonnen wurde, sollte zunächst zur Unterhaltung der Kirchen dienen, der Ueberschuß aber zur Gründung eines Schulfonds verwendet werden. Dieser letzte Punkt — die sogenannte Approbationsclausel — erregte den Unmuth der Tories und der anglikanischen Geistlichkeit, die über Kirchenraub schrie und die Heiligkeit kirchlichen Eigenthums mit

allen Gründen vertheidigte. Das Ministerium ließ die Clausel fallen und die irische Kirchenbill erhielt am 30. Juli 1833 die Billigung beider Häuser.

Das Ministerium Grey, in sich zerfallen und uneinig, theils wegen der Kirchenbill, theils wegen Erneuerung der Zwangsbill, löste sich am 9. Juli 1834 auf und Lord Melbourne bildete ein neues Cabinet, welches sich inniger mit den Iren verbündete und darum den Halt im englischen Volke verlor, als es sich dessen Sympathien durch unbeliebte, wenn auch dringliche oder humane Maßregeln verscherzte. Dies geschah in der Frage über die Ablösbarkeit der irischen Kirchenzehnten, und in der Frage über die Zulassung der Dissenters zu den anglikanischen Hochschulen, die beide vom Parlament abgelehnt wurden, während die Armenbill die zahlreiche Classe von Tagelöhnern, Arbeitern und Bettlern sehr aufbrachte. Der König entließ das Ministerium Melbourne, und es folgte am 27. December 1834 das Tory-Ministerium Wellington-Peel-Aberdeen-Lyndhurst, das sich aber nur bis zum 18. April 1835 zu halten vermochte. Unter den übrigen wichtigen Gesetzen, welche in den Jahren 1832 — 34 vom Parlament gegeben wurden, sind folgende die bemerkenswerthesten: die Erneuerung des Privilegiums der englischen Bank auf 21 Jahre unter der Bedingung, daß die Bank vierteljährlich Rechnung ablege. Ferner die Motion Grant's (1832), daß die Handelsrechte der ostindischen Compagnie sofort völlig aufgehoben, zu dem Handel mit Indien und China alle britischen Unterthanen gleichmäßig zugelassen und allen Briten die Erwerbung von Grundeigenthum in Ostindien gestattet werden solle. Die ostindische Compagnie wurde durch Parlamentsbeschluß als Handelsgesellschaft aufgehoben, erhielt nur als politische Corporation die Bestätigung bis zum 30. April 1854 und sollte bis dahin unter Aufsicht des board of control die Regierung Ostindiens führen. Das bedeutungsvollste Gesetz war unzweifelhaft die Sclavenbill Lord Stanley's (19. Mai 1833), wonach die Sclaven für frei erklärt und außerdem durch Loskaufung sogleich oder nach zwölf Jahren von allen Leistungen entbunden wurden. Die Pflanzer erhielten eine Entschädigung von zwanzig Millionen Pfund.

Die Geschichte der Sclaven-Emancipation, wie der Lösung mehrerer anderer christlich-humaner Fragen, knüpft sich vorzugsweise an die Namen zweier Männer, deren Andenken im Herzen jedes Biedermannes fortleben muß. Es sind William Wilberforce und Thomas Fowell Buxton. Sie können uns als die Repräsentanten jener praktischen christlichen Richtung gelten, die, im Dienste der Menschheit handelnd, weder Spott und Verfolgung, noch den Vorwurf der Illoyalität scheut, weil sie nicht jeder Gewalt mit stillschweigender Resignation ergeben ist. Wir in Deutschland haben Männer von diesem Charakter und diesem

weitgreifenden, selbstbewußten, politischen Wirken im human-christlichen Gebiet wenig aufzuweisen. Bei uns erstreckt sich die Thätigkeit der praktischen Kirchlichkeit nur auf einen engen Kreis und wir wüßten nur zwei Menschen, die wir Wilberforce und Buxton an die Seite setzten könnten: den würdigen Pfarrer Oberlin aus dem Steinthale, und den Schöpfer der inneren Mission für die verwahrlosten Kinder und die Sträflinge, Dr. Wichern in Hamburg.

20. England von 1834—1840. Die Königin Victoria (1837). O'Connor und die Chartisten. Die auswärtige Politik Englands. Die Quadrupelallianz zwischen England, Frankreich, Spanien und Portugal zu Gunsten der Christinos und Pedristen (22. April 1834). Die Conferenzen der drei nordischen Mächte zu Münchengrätz, Töplitz und Kalisch (1835).

Das Ministerium Wellington-Peel ersah gleich aus der Wahl des Schotten Abercromby zum Sprecher des Unterhauses, und aus einem die Auflösung des Parlaments tadelnden Amendement zur Adresse auf die Thronrede (25. Februar 1835), daß es sich nicht lange halten würde. Einige Fehler in der auswärtigen Politik, namentlich eine gewisse Hinneigung zu den östlichen Mächten, beschleunigten seinen Sturz. Am 8. April dankte es ab, nachdem das Parlament erklärt hatte, keine irische Zehntenbill anzunehmen, worin nicht der Grundsatz der Approbationsclausel anerkannt sei.

Das Whigministerium Melbourne trat, mit Ausnahme Brougham's, wieder ein und ernannte den menschenfreundlichen Lord Mulgrave zum Lordlieutenant von Irland, welcher sich daselbst allgemeine Achtung erwarb. Das Gemeindewesen wurde durch Russell's Bill vom 5. Juni (am 7. September bestätigt) geordnet und an die Stelle der sich selbst ergänzenden Corporationen in 183 englischen Städten eine Verwaltung durch selbstgewählte einjährige Communalvertreter eingeführt.

Als König Wilhelm IV. starb (20. Juni 1837), folgte ihm seine in den Whiggrundsätzen erzogene Nichte, Victoria, geboren 24. Mai 1819, welche sich 1840 mit dem Prinzen Albert von Sachsen-Koburg vermählte. Daß der Tod des Königs keinen Wechsel im Regierungssystem herbeiführte, trug, abgesehen von der natürlichen Ehrfurcht der Engländer vor der königlichen Würde, wesentlich zu jener schwärmerischen Verehrung bei, welche Victoria in den ersten Jahren ihrer Regierung genoß und noch genießt.

Die Krönungsfeierlichkeit (28. Juni 1838) wurde glänzend begangen, obschon hier und da noch Misvergnügen über die Erhöhung der Ci-

villiße herrschte und die finsteren Wolken des Chartismus den politischen Horizont verdüsterten.

Die Wahlreform hatte einerseits in den arbeitenden Classen so manche Wünsche erregt, die das Ministerium nicht befriedigen wollte, andererseits soviel Mismuth bei den Tories und der anglikanischen Geistlichkeit hervorgerufen, daß das Whigministerium sich gegen beide Extreme sicherstellen wollte. Darum gründete es 1836 die Londoner Universität und machte sie von der anglikanischen Kirche ganz unabhängig. Gegen den Radicalismus, der sich seit 1830 auch in den höheren Kreisen ausbreitete und eine größere Theilnahme des Volkes an Staatsgeschäften forderte, hoffte man mit polizeilichen und gerichtlichen Maßregeln noch eine Weile auszureichen, indem man den ganzen Stand der Industriellen für sich hatte. Die Radicalen beabsichtigten nämlich, im Gegensatz zu den Whigs, die aristokratische Grundlage der englischen Verfassung zu zerstören, und stellten zu diesem Endzweck drei Forderungen auf: 1) Die Einführung der geheimen Abstimmung bei den Parlamentswahlen; 2) Allgemeines Stimmrecht und endlich 3) jährliche Wiederkehr der Parlamentswahlen statt der bisherigen siebenjährigen Dauer. Die Abscheidung der Radicalen von den Whigs hätte den Tories allein zu Gute kommen müssen, wenn nicht O'Connel in Irland den Whigs den Sieg verschafft hätte. So brachten die Minister die irische Zehntenbill mit Weglassung der Approbationsclausel durch (1838). Die Radicalen selbst trennten sich bald nachher in zwei Parteien, in die gemäßigten, deren Programm in jenen oben mitgetheilten drei Punkten bestand, und in die Ultraradicalen, welche, im Anschluß an die arbeitenden Classen, eine neue Eintheilung des Landes in Wahldistricte nach der Kopfzahl der Bevölkerung verlangten. Das Haupt der Letzteren, Feargus O'Connor, verfaßte einen Gesetzentwurf (Volkscharte), welcher alle diese Forderungen enthielt, woher die Ultraradicalen von jetzt an den Namen der Chartisten erhielten. Im Jahre 1839 zählte die Petition, welche vom Parlamente die Einführung der Volkscharte begehrte, fast 1½ Millionen Unterschriften. Da das Ministerium aber Abweisung der Petition verlangte und auch erreichte, so verlor es den Beistand der Radicalen und hatte in einer die Insel Jamaica betreffenden Bill nur noch eine Mehrheit von fünf Stimmen. Melbourne gab seine Entlassung (7. Mai 1839), mußte aber wieder das Ruder ergreifen, als Peel mit der Bildung eines Cabinets scheiterte.

Was die auswärtige Politik der Whigs in diesem Zeitraum anlangt, so knüpft sie sich vorzüglich an den Namen Palmerston's, wie die der Tories an den Namen Aberdeen's.

Viscount Henry John Palmerston ist ein Nachkomme des berühmten Sir William Temple, am 20. October 1784 geboren und in



Irland reich begütert. 1805 betrat er als Mitglied des Unterhauses die öffentliche Laufbahn, ward 1809 Staatssecretair, und blieb es unter den verschiedensten Ministerien bis 1828, indem er ruhig Brougham's Vorwurf der Inconsequenz und eines zu schnellen Meinungswechsels hinnahm. In der Katholiken-Emancipationsfrage trat er offen auf die Seite der Whigs, und übernahm unter Grey das Ministerium des Auswärtigen. Der belgisch-niederländische Streit brachte ihn in Verwickelungen mit den nordischen Großmächten, was von den Tories entschieden gemisbilligt wurde, obgleich sie sich hierin noch Beschränkungen auflegten, um nicht die Industriellen und den Handelsstand zu erbittern, die gegen Holland und dessen Colonialpolitik sehr gereizt waren. Dagegen verfochten die Tories das Recht des Don Carlos in Spanien und des Dom Miguel in Portugal um so kräftiger, indem sie meinten, die Vertheidigung der Legitimität mit den Nationalinteressen vereinigen zu können. Eine Protection von zwei unmündigen Mädchen, Isabella und Maria da Gloria, welche Palmerston für nothwendig halte, diene dem französischen Interesse und verfeinde England unnütz mit den nordischen Mächten. Allein gerade dieser letztere Punkt schien Palmerston unerheblich, da die nordischen Mächte in Münchengrätz und Töplitz 1833 und 1834 Congresse ohne Englands Mitwirkung gehalten, sich zum Schutz der Legitimität verbündet und in Deutschland, der Schweiz, Italien und der Balkan-Halbinsel die politischen Geschicke lenkten, sodaß England bald von allen europäischen Fragen ausgeschlossen sein würde, wenn es die Schützlinge der heiligen Allianz auch auf der pyrenäischen Halbinsel anerkenne. Darum vertheidigte Palmerston einen Bund mit Frankreich, das England im Verfassungswesen und in der Oertlichkeit am nächsten stehe. Mit einem so mächtigen, constitutionellen Staate wolle er zusammen die Angelegenheiten der Pyrenäen-Halbinsel ordnen, „indem sie beide das Recht und die Männer unterstützten, welche den Kräften ihrer Länder die freieste Entwickelung verschaffen wollten." Von französischer Seite wußte Talleyrand alle Vortheile eines Bündnisses mit England darzulegen; denn Frankreich war durch carlistische Aufstände bedroht, wenn die pyrenäische Halbinsel in legitimistische Hände gerieth. So kam vorzüglich durch die Bemühungen des spanischen Gesandten Miraflores und Talleyrand's der **Quadrupelvertrag** vom 22. April 1834 zu London zwischen England, Frankreich, Spanien (Christine) und Portugal (Dom Pedro) zu Stande, der Europa in zwei feindliche Gruppen trennte, eine westliche und eine östliche.

Der Inhalt dieses Vertrags bestand darin, daß Christine und Dom Pedro vereinigt Dom Miguel und Don Carlos vertreiben sollten, während England ihre Unternehmungen durch eine Flotte unterstützte. Sollte Frankreichs Mitwirkung, die man in England überhaupt scheel ansah,



nöthig befunden werden, so verpflichte sich der König der Franzosen in diesem Punkte alles Das zu thun, worüber er und seine Verbündeten übereinkommen würden. Der letzte Punkt wurde am 18. August 1834 näher bestimmt und, um die Ostmächte nicht zu reizen, das System der Cooperation erfunden, wonach Frankreich seine Grenzen durch ein Heer, England aber Portugal durch eine Flotte sperrte.

Der Kaiser von Rußland war über diesen Bund sehr mismüthig, begnügte sich aber mit einer militairischen Demonstration, indem er bei Kalisch (1835) glänzende Truppenübungen veranstaltete, die eine nähere Verschwisterung mit dem preußischen Heere bewerkstelligen sollten. Der König von Preußen erschien daselbst mit einem Armee-Corps. Indeß kam hier weder ein förmlicher Bund der beiden Monarchen gegen die Westmächte zu Stande, noch verlautete von einer näheren Befreundung zwischen russischen und preußischen Truppen irgend etwas.

21. Dom Miguel und Dom Pedro. Donna Maria da Gloria und die portugiesische Verfassungsfrage.

Nach dem Wunsche Dom Pedro's (S. 26) sollte Dom Miguel seine Nichte, Maria de Gloria, heirathen und die Regentschaft Portugals bis zur Volljährigkeit seiner künftigen Gemahlin führen. Dom Miguel unterzeichnete nun in Wien die portugiesische Verfassung und den Verlobungsact (October 1827), wiederholte beide Versprechungen in London, und erschien im Februar 1828 in Lissabon, wo er sogleich die Verfassung beschwor. Trotz seiner Eide löste Dom Miguel die Cortes schon am 14. März auf, und berief die alten ständischen Cortes von Lamego, welche ihn seiner Verpflichtungen entbanden und zum Könige erwählten. Die politische Constellation war damals der Art, daß Dom Miguel von keiner Seite Einspruch gegen Verfassungs- und Thronveränderungen zu erwarten hatte. Er nahm daher die königliche Würde an, erließ Haftbefehle gegen die Constitutionellen, welche diesem Willküracte schwachen Protest entgegensetzten, und unterdrückte jeden gewaltsamen Widerstand mit blutiger Strenge. Dom Pedro rechnete auf Englands Beistand, als er seine Tochter nach London sandte, um sich bei Hofe vorzustellen. Der Tory Wellington war jedoch nicht Willens, Dom Miguel zu bekämpfen, und Maria kehrte 1829 nach Brasilien zurück.

Die Julirevolution, noch mehr aber der Sturz Wellington's, stimmten Dom Miguel's Sinn und Verfahrungsweise etwas milder. Jene beiden Ereignisse hatten den portugiesischen Liberalen wieder Muth gemacht, und es mögen damals Verschwörungen gegen Dom Miguel geschmiedet worden sein, bei denen sich auch englische und französische Bürger betheiligt haben sollen. Dom Miguel's Zorn war grenzenlos; noch schrecklicher



war seine Rache. Ohne Unterschied ließ er portugiesische und fremde Unterthanen einkerkern und mishandeln, und die Ersteren sogar hinrichten. Die englische und französische Regierung forderten Genugthuung und ließen Lissabon bombardiren, als Dom Miguel dieselbe verweigerte. Nun gab der Usurpator nach, entschädigte die Mishandelten, bewilligte den Witwen aller bei der französischen Expedition Gefallenen Pensionen, zahlte die Kriegskosten und leistete in der Lissaboner Hofzeitung Abbitte (1831). Diese Einigkeit der Westmächte belebte den Muth der Constitutionellen, welche in Lissabon und Oporto einen Theil des Militairs für sich zu gewinnen wußten. Der Aufstand misglückte jedoch wieder, und Miguel ließ neunundneunzig Officiere und Soldaten erschießen, und einige Hundert einkerkern. Auf den Azoren dagegen machte der Aufruhr immer größere Fortschritte. Die Insel Terceira hatte Dom Miguel niemals anerkannt und, durch portugiesische Flüchtlinge verstärkt, einen Angriff des Usurpators abgeschlagen (1828), wiewohl England die Insel hatte blokiren und auf die mit Emigranten besetzten und dort einlaufenden Schiffe feuern lassen. Dom Pedro sandte nun den tüchtigen Grafen Villaflores als Befehlshaber nach Terceira, welcher 1829 eine zweite portugiesische Flotille, jämmerlich zugerichtet, dem Usurpator heimschickte. Bald bildete sich in Terceira eine Regentschaft für Maria da Gloria, bestehend aus dem Marquis Palmella, dem Grafen Villaflores und dem Staatsrath Guerreiro (1830), die sich im nächsten Jahre, als Miguel von England und Frankreich bekriegt wurde, auch aller übrigen Azoren bemächtigte. Unter so günstigen Umständen faßte Dom Pedro den Entschluß, die brasilianische Kaiserkrone zu Gunsten seines Sohnes niederzulegen, und in Europa selbst als Kämpe für die Rechte seiner Tochter aufzutreten. Die damaligen Regierungen Großbritanniens und Frankreichs begünstigten sein Vorhaben, gestatteten seine Werbungen und verhalfen ihm zu einer Anleihe. Am 3. März 1832 lief Dom Pedro mit etwa 3000 Mann und mehreren kleinen Schiffen im Hafen Terceiras ein, nahm die zeitherigen Anhänger seiner Tochter auf und segelte nach Oporto, wo ihm der wegen seiner mannigfachen Beziehungen zu England constitutionell gesinnte Handelsstand die Thore öffnete (9. Juli 1832). Die spanischen und französischen Legitimisten eilten zum Beistand Dom Miguel's herbei; namentlich glaubte der ehrgeizige Bourmont sich in Portugal neue Lorbern zu erringen. Da in Portugal sich keine weitere Bewegung zu Gunsten Dom Pedro's zeigte, und Oporto von Miguel und Bourmont eingeschlossen wurde, entwarf Villaflores den kühnen Plan, mit 3000 Mann nach Algarbien zu segeln und vom Süden her das Königreich zu erobern. Saldanha übernahm den Oberbefehl in Oporto und vereitelte alle Versuche Bourmont's, in den Besitz dieser wichtigen Seestadt zu gelangen; namentlich schlug er den Hauptsturm vom 25. Juli 1833 ab,

der mit besseren Truppen, als die miguelistischen, wahrscheinlich einen glücklichen Erfolg gehabt haben würde.

Inzwischen war Villaflores unter Begleitung der von Napier befehligten pedroistischen Flotte nach dem Süden gesegelt und dort gelandet (30. Juni 1833). Während Villaflores nach Lissabon vordrang, kreuzte Napier an den Küsten und schlug die stärkere miguelistische Flotte bei Cap St. Vincent (3. Juli). Lissabon wurde nach einem kurzen Gefecht von den Miguelisten geräumt, sodaß am 24. Juli 1833 Dom Pedro seinen Einzug halten konnte. Der besonders nichtswürdige Pöbel Lissabons fiel sogleich über die Miguelisten her, wie er vorher die Pedristen geplündert und gemordet hatte. Dom Pedro that diesen Greueln bald Einhalt und gewann in kurzer Zeit die Herzen der Bürger für sich, welche die Furcht vor einem Siege und der Rache Miguel's schwer überwinden konnten. Miguel und Bourmont hatten auf die Nachricht von Lissabons Fall die Belagerung Oportos in eine bloße Einschließung verwandelt und rückten auf die Hauptstadt los. Hier entspannen sich mehrere Gefechte, welche zum Nachtheil Miguel's endigten. Darauf verließen Bourmont und seine Anhänger Portugal und Miguel zog sich am 12. October in die feste Stellung von Santarem zurück. Seine hier und da zerstreuten Schaaren erlitten Niederlage auf Niederlage, und lösten sich endlich in Räuberbanden auf. Saldanha verjagte das Blokadeheer von Oporto. Nach dem Tode Ferdinand's VII. von Spanien blieben die spanischen Hilfstruppen und Subsidien aus und der Quadrupelvertrag schnitt Miguel jede Verbindung nach auswärts ab. Christine, die spanische Regentin, sandte den General Rodil (1834), welcher die Provinz Tras-os-Montes unterwarf; Villaflores, Herzog von Terceira, schlug die Hauptmacht der Miguelisten bei Thomar oder Asseicera (15. Mai), worauf Dom Miguel unter englischer Vermittelung den Vertrag von Evora unterzeichnete (26. Mai). Er verzichtete darin auf die Krone, versprach, niemals mehr in Portugal zu erscheinen, und sich jeder Einmischung in die portugiesischen und spanischen Händel zu enthalten. Dagegen bekam er eine Pension von 375,000 Francs zugesichert Am 7. Juni verließ Dom Miguel Portugal und begab sich nach Italien, wo er vom Papste festlich empfangen und seiner Versprechungen enthoben wurde. Er sandte nun eine Protestation gegen den Vertrag von Evora, als erzwungen, in die Welt, verlor aber deshalb alle Pensionsansprüche. Der spanische Prinz Don Carlos, welcher die veränderte Thronfolgeordnung seines Bruders Ferdinand nicht anerkannt, und sich zu seinem Geistesverwandten Dom Miguel geflüchtet hatte, suchte nach dem Sturz desselben ebenfalls die englische Vermittelung nach, und wurde von einem britischen Schiffe am 11. Juni 1834 nach England gebracht.

Dom Pedro restituirte alle wegen politischer Vergehen bestrafte Personen, cassirte die Erkenntnisse der miguelistischen Gerichte und überließ den betheiligten Parteien oder deren Erben, Regreß an die Richter zu nehmen. Im Sinne der Liberalen, durch die er gesiegt, führte Dom Pedro die Nationalgarde ein, hob die Mönchsorden, welche ihn am meisten bekämpft hatten, auf, und confiscirte die geistlichen Güter. Nur wenige Mönche und Nonnen erhielten die Zusicherung lebenslänglicher Pensionen. Indem er das Monopol des englischen Weinhandels in Oporto aufhob, und das entwerthete Papiergeld außer Cours setzte, erwarb sich Pedro den allgemeinen Dank des Volkes. Am 15. August 1834 versammelten sich die Cortes nach der Verfassung von 1826, vor denen Dom Pedro als Regent den Eid auf die Verfassung leistete. Er starb am 24. September 1834, nachdem er die Volljährigkeitserklärung seiner Tochter erreicht, und ihr in Palmella, Terceira und Silva Carvalho vortreffliche Rathgeber hinterlassen hatte. Die Königin vermählte sich am 26. Januar 1835 in Lissabon mit dem Herzog August von Leuchtenberg, der aber schon am 28. März starb und die schönen Hoffnungen, welche das Land von ihm hegte, daß den Intriguen der Hofpartei Schranken gesetzt, und ein Mann von ehrlichen Absichten und preiswürdiger Uneigennützigkeit dem constitutionellen System Rechnung tragen würde, zertrümmerte. Am 1. Januar 1836 ging Donna Maria eine zweite Ehe mit dem Prinzen Ferdinand von Sachsen-Koburg-Kohary ein, wobei das englische Interesse maßgebend war. Zum Generallissimus ernannt, mischte sich Ferdinand in die Verwaltung, und betrieb eine Ermäßigung der Constitution zu Gunsten der Aristokratie. Darüber kam es zu heftigen Streitigkeiten in den Cortes, für welche auch der Bürgerstand Partei ergriff. Die Geschicke Spaniens übten auf das Nachbarland mancherlei Einflüsse. Hatte Christine einst ihrer Nachbarin Hilfe gesandt, so schickte Maria 1835 ein Truppencorps nach Spanien ab, um die Karlisten bekämpfen zu helfen. Im spanischen Heere schlummerte jedoch ein aufsätziger Geist, der seine schlimmen Wirkungen auch auf die portugiesische Armee äußerte. Durch die Militairrevolution von La Granja ermuthigt, erhoben sich die portugiesischen Liberalen gegen das „unconstitutionelle" Verfahren Maria's und Ferdinand's (9. September 1836). Die wider die Insurgenten ausgesandten Truppen gingen zu jenen über und zwangen Maria, die Constitution von 1822 zu verkündigen und das Ministerium Passos-Castro zu ernennen. Die Anhänger der Constitution von 1822 wurden von nun an Septembristen genannt. Eine Contrerevolution Palmella's scheiterte an der Entschlossenheit der Lissaboner Nationalgarde (5. November 1836). Die neuen Cortes vom 18. Januar 1837 unterzogen sich einer Revision der älteren Verfassung von 1822, und bahnten eine

Aussöhnung zwischen den Radicalen und Conservativen an, die beide jedoch ablehnten. Die Moderados unter Saldanha und Terceira erhoben die Fahne des Aufruhrs und rückten vom Norden gegen Lissabon vor (August 1837), zu derselben Zeit, wo Don Carlos Madrid nahte. Die Empörung verunglückte gänzlich; die compromittirten Generale wurden verbannt, die Subalternofficiere aber aus der Armeeliste gestrichen. Manchen Familienintriguen wurde durch die Geburt eines königlichen Prinzen, Dom Pedro, ein Ziel gesetzt (16. September 1837), worauf auch dem Gemahl Maria's der Titel „König" zufiel.

Die Cortes beendigten die Verfassungsarbeiten am 19. März 1838, und am 4. April 1838 beschworen König und Königin die neue Charte, nachdem der Aufstand des demokratischen Arsenalbataillons zu Gunsten der Charte von 1822 mislungen war. Die Regierung gewährte am Verfassungsfeste allgemeine Amnestie, in Folge deren auch die Insurgenten von 1837 zurückkehrten und sogleich gegen die Charte von 1838 zu intriguiren anfingen. Diese Charte behagte ihnen deshalb nicht, weil sie die Erblichkeit der Pairswürde aufgehoben und an deren Stelle eine Wahlkammer von zweiundfunfzig Senatoren gesetzt hatte. Bedingung der Wählbarkeit war nach der Constitution von 1838 eine jährliche Grundrente von 3300 Thalern, oder ein jährliches Einkommen von 6600 Thalern (= 4000 Milreis) aus anderen Erwerbsquellen, oder die Bekleidung eines hohen Militair- oder Civilpostens. Die Wahl erfolgte auf sechs Jahre. Der Wahlmodus zur zweiten Kammer war direct. Das Wahlrecht knüpfte sich an ein Einkommen von 132 Thalern, die Wählbarkeit an eins von 600 Thalern. Nach dem Aussterben der königlichen Dynastie sollten die Cortes einen andern König nach Gutdünken wählen.

Die Ministerien wechselten häufig nach den jeweiligen Ansichten des Hofes oder dem Ausfall der Corteswahlen. Die Septembristen oder Radicalen behielten aber im Allgemeinen die Oberhand über die Pedristen oder Conservativen.

22. Kampf der Christinos und Carlisten in Spanien. Zumalacarreguy † 1835. Maroto. Cabrera. Mina. Espartero. Die Verfassungskämpfe in Spanien von 1833—1840.

Als Ferdinand VII. starb (S. 25), befand sich sein aus Spanien verwiesener Bruder, Carlos, in Portugal, um Dom Miguel beizustehen. Sofort erklärte sich Don Carlos zum „König von Spanien", und seine Anhänger erhoben den Schild des Aufruhrs in den baskischen Provinzen, Navarra, Catalonien, Aragonien und Castilien, wo theils die Geistlichkeit den unwissenden Bauernstand gänzlich in hierarchischen Banden ge-



fangen hielt, theils die Aufhebung der alten baskischen Fueros durch die Regentin Christine die Bevölkerung in grimmige Wuth versetzt hatte. Der Minister Zea Bermudez glaubte mit einigen liberalisirenden Decreten über die Presse, das Schulwesen, den Handel u. s. w., die carlistische Bewegung dämpfen zu können, fand sich aber sehr getäuscht. Der spanische Staatsschatz war schon längst leer, die Finanzen zerrüttet, das Heer im elendesten Zustande, undisciplinirt und ohne geschickte Anführer; während der dämonische Pfarrer Merino mit seinen Guerillabanden bis an die Thore der Hauptstadt streifte, und die carlistischen Armeen von kühnen und talentvollen Feldherren commandirt wurden. Der bedeutendste unter denselben war Thomas Zumalacarreguy, der in Wellington's Schule gegen Soult und Massena gefochten, und neben mathematischen und technischen Studien sich mit den alten Heroen der Kriegskunst eifrig beschäftigt hatte. Mit der Kühnheit eines Cid verband er die Leidenschaften Alba's, mit dem Feldherrnblick Cäsar's die moralische Ueberlegenheit eines Napoleon. Unter ihm diente sein Freund Rafael Maroto. Beide waren der bigotten Partei der Absolutisten und Apostolischen abgeneigt und nicht im Zweifel über die Unfähigkeit des Infanten. Aber Zumalacarreguy glaubte an das bessere Recht des Don Carlos, als er für ihn die Waffen ergriff, und wollte vor Allen die Fueros seines Vaterlandes (von 1394) nicht durch die Christinos schmälern lassen.

Am Hofe der Regentin Christine bekämpften sich die conservativ-monarchische Partei Zea Bermudez's und die liberal-monarchische Partei des Marquis von Miraflores, welcher endlich seinen Gegner aus dem Felde schlug und die Regentin bewog, ein freisinniges Ministerium zu ernennen, da der Kampf gegen Don Carlos ein Principienkampf zwischen bigottem Absolutismus und liberalem Monarchismus werden müsse. Christine ernannte Martinez de la Rosa zum Ministerpräsidenten (1834), während Miraflores nach London eilte und dort den Quadrupelvertrag zu Stande brachte, jenen wichtigen Act, den die drei absoluten Großmächte nicht ohne Besorgniß aufnahmen. Die nächste Folge dieses Vertrages war die Beendigung des Bürgerkriegs in Portugal und die Reise Don Carlos' nach England, wo die Regierung mit ihm über die Bedingungen verhandelte, unter welchen er der spanischen Krone entsagen sollte. Damals hatte Zumalacarreguy gerade bedeutende Erfolge über die christinischen Generale Sarsfield, Valdez und Quesada davongetragen. Wollte er jene nicht preisgeben, so mußte Don Carlos selbst in Spanien erscheinen, um den durch den Vertrag von Evora gesunkenen Muth der Carlisten neu zu beleben. So verschwand Don Carlos plötzlich vom englischen Boden und reiste verkleidet durch Frankreich in Begleitung eines Herrn von St. Silvain, den er später zum Baron de los Valles ernannte. Seine Ankunft in Spanien brachte neue Thätigkeit unter seinen Anhän-

gern hervor; das Uebrige thaten die Grausamkeiten der christinischen Generäle.

Der ewige Wechsel der Oberbefehlshaber im christinischen Heere und die politischen Parteiungen im christinischen Spanien trugen zum Erfolge der carlistischen Waffen nicht minder bei. Mina konnte durch die geschicktesten Manoeuvres seinem gewandten Gegner Zumalacarreguy nicht beikommen, und Valdez erlag demselben in der dreitägigem Schlacht von Estella (1835). Die Gährung im Innern war durch das „königliche Statut“ vom 10. April 1834, das den aus zwei Kammern (Proceres und Procuradoren) bestehenden Cortes nur das Recht der Berathung königlicher Gesetze und das Recht einer beschränkten Steuerbewilligung beilegte, nicht beschwichtigt. Die Kriegsnoth und der Choleraschrecken mehrten die Unzufriedenheit und erzeugten jene entsetzlichen Greuel an Priestern und Mönchen, denen die Regierung unthätig zusah. Die Radicalen benutzten diese Verwirrung, um von der Regentin die Aufhebung des Inquisitionsgerichts und des Jesuitenordens zu erwirken. Bei den Cortes, welche am 24. Juli 1834 eröffnet wurden, stieß die Regierung auf den Widerspruch der Radicalen, sodaß Martinez de la Rosa abtrat und Graf Toreno das Präsidium im Ministerium übernahm (2. Juni 1835). Mendizabal wurde Finanzminister. Außerhalb der Cortes war der aufrührerische Geist nicht minder bedenklich. Am 18. Januar 1835 empörte sich in Madrid ein ganzes Regiment unter Cardero und ermordete den Generalcapitain Canterac. Die Regierung sah sich genöthigt, mit den Aufrührern zu unterhandeln, was ihr Ansehen heftig erschütterte. Ueberall wurden blutige Excesse verübt und Provinzialjunten errichtet. Die Sache Isabella's schien verloren. Da trafen drei glückliche Ereignisse zusammen, welche die Christinos noch einmal retteten. Das eine Ereigniß war der Sieg über eine demokratische Emeute in Madrid (16. August 1835), der eine Kräftigung des Gouvernements zur Folge hatte, das andere war der Tod des ausgezeichneten Zumalacarreguy, der vor Bilbao (14. Juni 1835), welches von seinen Bürgern wacker vertheidigt wurde, fiel; das dritte endlich war die Absendung der algierischen und einer englischen Fremdenlegion unter Lacy Evans, welche Christinen zu Hilfe eilten (August 1835). Der französische Minister Thiers hätte gern noch mehr für die Christinos gethan, um Spanien an Frankreichs Politik zu ketten; aber Louis Philipp, der die Spannung, in welche er wegen der Quadrupelallianz mit den absoluten Großmächten gerathen war, nicht verschlimmern wollte, entsetzte Thiers seines Amtes (1836).

Indeß hätte die Hilfe der französischen Fremdenlegion nicht hingereicht, um die Stimmung der Spanier gegen die Regentin zu ändern, die überhaupt wegen ihrer Liebschaft mit dem Leibgardisten Muñoz bei den ehrbaren Spaniern alle Achtung verscherzt hatte, wenn nicht Christine



mit dem Ministerium Mendizabal (September 1835) auch eine fast zügellos radicale Richtung eingeschlagen hätte, die, man mag über sie urtheilen, wie man will, damals die christinische Sache rettete. Mendizabal erklärte nämlich, daß er binnen sechs Monaten den Bürgerkrieg beendigen und die nöthigen Geldmittel ohne Erhöhung der Abgaben, neue Anleihen oder Veräußerung von Staatsgütern herstellen wolle. Die Cortes unter Isturiz ertheilten Mendizabal ein Vertrauensvotum, und dieser veranstaltete eine allgemeine Aushebung der waffenfähigen, unverheiratheten Männer von achtzehn bis vierzig Jahren und wirkte nach erfolgter Ehrenrettung seines Freundes Riego, der Familie desselben eine Pension aus. Mendizabal suchte durch allerlei künstliche Mittel den Finanzen aufzuhelfen; die durch den Bürgerkrieg gesteigerten Anforderungen an den Staatsschatz verlangten aber kräftigere Maßregeln. Mendizabal prüfte daher die öffentliche Stimmung, als er die Aufhebung eines Theils der Klöster und die Einziehung ihrer Güter für den Staat anordnete, und dem Klerus den eximirten Gerichtsstand in Criminalsachen nahm. Die nicht ungünstige Aufnahme jener Maßregel veranlaßte ihn unter dem 9. März 1836 alle Klöster und Ritterorden aufzuheben und deren Güter der Staatsschuldentilgungscasse zu überweisen. Allein theils fanden die Güter keine Käufer, theils wurden sie verschleudert. Die Finanznoth blieb daher ebenso groß, als vorher. Isturiz und die Cortes tadelten deshalb die Verwaltung Mendizabal's, welcher, in halber Verzweiflung über das Mislingen seiner Entwürfe, abdankte. Isturiz wurde Ministerpräsident (13. Mai), erhielt aber schon am 21. Mai ein Mistrauensvotum von der Procuradorenkammer, was ihn zu deren Auflösung bestimmte. Die Radicalen, wüthend, daß keine Verfassungsänderung vorgenommen wurde, wie sie von Isturiz gehofft hatten, standen jetzt in Masse auf, errichteten wieder Provinzialjunten und forderten die Einführung der Constitution von 1812. Kaum hatte Quesada in Madrid den Aufstand niedergeschlagen, als sich das vierte Garderegiment in St. Ildefonso empörte und der Sergeant Garcia die Regentin in La Granja zur augenblicklichen Verkündigung der Verfassung von 1812 nöthigte (13. August 1836). Christine behielt sich jedoch eine Revision jener Verfassung vor. Die Sieger übten eine Zeitlang eine blutige Schreckensherrschaft. Isturiz, Toreno und Andere flüchteten. Quesada ward ermordet. Calatrava und Mendizabal bildeten ein radicales Ministerium und suchten durch Wechselreiterei die kläglichen Finanzen vor dem Zusammensturz zu retten. Die Cortes vom 24. October revidirten die Constitution von 1812, wobei ihnen die französische Charte zum Vorbild diente. Am 18. Juni 1837 wurde die neue Verfassung verkündet. Die gesetzgebende Gewalt war zwischen dem König und den Cortes getheilt; der König hatte ein absolutes Veto. Die Cortes bestanden aus der Kammer der

Senatoren und der Abgeordneten. Die Klöster, geistlichen Güter und Zehnten wurden zum Besten der Staatscasse eingezogen.

Bei diesem Wirrwarr der Meinungen, bei dieser grenzenlosen Anarchie, zog sich Frankreich immer mehr von Spanien zurück, und England zögerte mit einer kräftigen Unterstützung, da Christine sich weigerte, einen Handelsvertrag einzugehen, der wahrscheinlich die catalonische Wollenweberei vernichtet hätte. Auf der andern Seite bekam Don Carlos von den nordischen und italienischen Höfen Geldzuschüsse und eine Anzahl tüchtiger Officiere, denen die treffliche Organisation seiner Truppen und die Erfolge seiner Waffen hauptsächlich zugeschrieben werden. Die Christinos, welche im Jahre 1835 unter Cordova manche Vortheile errungen hatten, sahen im nächsten Jahre die Anarchie in ihre Heere einbrechen und erlitten von den kühnen Guerillabanden Cabrera's, Villareal's und Gomez's bedeutende Niederlagen. Gomez durchzog sogar ganz Spanien und kehrte mit unermeßlicher Beute in das Baskenland zurück. Hier, in Onate, war der Sitz der carlistischen Regierung. Lord Elliot versuchte, obwohl vergeblich, beide Parteien zu einer menschlicheren Kriegführung zu bestimmen. Die Grausamkeiten, Mordthaten und Plünderungen hörten nicht eher auf, bis der Bürgerkrieg selbst seine Endschaft erreicht hatte.

Nach den bisherigen Erfolgen gedachte Don Carlos Bilbao zu erobern und mit Heeresmacht auf Madrid loszugehen. Die carlistischen Officiere waren des Sieges so sicher, daß sie schon ohne Zurückhaltung davon sprachen. Da erstand den Christinos ein Retter in Espartero.

Baldomero Espartero war ein Stellmacherssohn aus dem Dörfchen Granatula bei Almagro, und 1792 geboren. Sein älterer Bruder, der Geistlicher war, sorgte für die Erziehung Baldomero's in einem geistlichen Seminar. Im Kriege gegen Napoleon bildeten die Seminaristen ein heiliges Bataillon, dem auch Espartero angehörte. Da er Fähigkeiten für den Krieg verrieth, wurde er in eine Cadettenschule aufgenommen und 1811 zum Unterlieutenant in der Artillerie ernannt, später aber wegen unzulänglicher Kenntnisse zur Infanterie nach Valladolid versetzt. Um vorwärts zu kommen, bat Espartero den schrecklichen General Don Pablo Murillo, ihn auf seinen Eroberungszügen in die Colonien begleiten zu dürfen. Murillo machte den Bittsteller zum Premierlieutenant und gesellte ihn dem Stabe zu (1815). Espartero rechtfertigte Murillo's Vertrauen, zeichnete sich durch Tapferkeit im Gefecht und durch Schlauheit bei Ueberfällen aus, sodaß er schon 1823 Oberst wurde. Seine Kameraden liebten und fürchteten ihn gleichmäßig, theils wegen seiner Großmuth im Spiel, theils wegen seiner Gewandtheit in jeglicher Art des Zweikampfs. Nach Sucre's Sieg bei Ayacucho (S. 36) (9. December 1824), welcher der Herrschaft der Spanier in Südamerika ein Ende machte, kehrte Espartero, in Begleitung vieler anderer Generale, als



Rodil, Narvaez, Canterac, Maroto, Valdez, Lopez u. A. m., mit Spielschätzen beladen, nach der Heimat zurück, und erhielt vom Könige für die Ueberreichung einiger Fahnen den Grad eines Brigadiers. In Logroño vermählte er sich mit der schönen und reichen Senora Jacinta Cruz, und führte in der Garnison von Palma ein glückliches, eingezogenes Familienleben. Als Ferdinand VII. starb, erklärte sich Espartero als einer der Ersten für die weibliche Thronfolge, erhielt dafür eine Brigade, dann eine Division unter Mina und Cordova, und übernahm 1836 das interimistische Commando, als sich Cordova nach Madrid begab. Den Raubzug des Carlisten Gomez suchte Espartero mit großer Anstrengung zu hindern und rückte dann zum Entsatz Bilbaos herbei. Die Stadt war schon aufs Aeußerste gebracht, ohne daß der kranke Espartero aus seinem Lager aufgebrochen wäre. Da riß ihn endlich der Engländer, Oberst Wylde, der die Truppen von zwei auf der Rhede liegenden britischen Schiffen commandirte, hundertundfunfzig Artilleristen ausschiffte und Batterien gegen die Carlisten errichtete, zum Kampfe fort. Espartero ließ unter dem Feuer der carlistischen Kanonen seine Truppen oberhalb Luchana auf Flößen übersetzen, und vertrieb die Feinde aus ihren Stellungen (25. December 1836). Diese Waffenthat brachte ihm den Titel eines Grafen von Luchana und eines Chefs der Jäger von Luchana, die sich dort besonders hervorgethan hatten.

Während Espartero sein Heer organisirte, aber von heftigen Steinschmerzen geplagt, an militairischen Operationen gehindert wurde, sammelten sich die Carlisten wieder und drangen von allen Seiten gegen Madrid vor. Am 12. September 1837 stand Cabrera eine Viertelmeile von Madrid und bestürmte den bei ihm befindlichen Infanten Don Sebastian, auch ohne Befehl vom „König" in die Hauptstadt einzumarschiren. Carlos aber, von Arias Tejeiro bestimmt, ordnete den Rückzug an, da Espartero den Carlisten auf dem Fuße gefolgt war. So zogen diese in großer Muthlosigkeit wieder nach Norden und wurden bei Recuerta (5. October) von Espartero eingeholt und geschlagen. In Miranda und Pampeluna hielt Espartero ein strenges Kriegsgericht über die Mörder der Generale Escalero und Sarsfield, und ließ, außer zehn Soldaten und vier Sergeanten, auch zwei Stabsofficiere erschießen; sorgte aber mit großem Eifer für die Bekleidung und Ernährung seiner Truppen, um ihnen jeden Vorwand zu Meutereien zu benehmen.

Der verunglückte Zug nach Madrid führte eine Wendung im Kriegsglück der Carlisten herbei. Es kam unter denselben ein alter Zwiespalt zwischen den apostolischen und gemäßigten Royalisten zum Ausbruch, welcher zeigte, daß Don Carlos, fern von aller Energie und schöpferischen Thatkraft, sich bald von dieser, bald von jener Partei leiten ließ. Der Bischof von Leon und Arias Tejeiro, die Häupter der apostolischen Cama-

rilla, entsetzten nämlich die verdienten Generäle der gemäßigten Partei: Zariategui, Elio, Villareal, Gomez und Andere, und ernannten den unfähigen Guergué, welcher sich selbst als „Dummkopf und Finsterling" bezeichnete, zum Oberbefehlshaber. Als dieser aber von Espartero mehrmals geschlagen ward, mußte Don Carlos den General Maroto, einen der Gemäßigten, an die Spitze stellen (25. Juni 1838). Hauptsächlich trug zu diesem Sinneswechsel des „Königs" der Erzbischof Cyrillo von Cuba bei, welcher auf einer Reise durch Europa gefunden hatte, daß die Ansichten der absoluten Höfe sich mehr den Gemäßigten, als den Apostolischen zuneigten. Die Apostolischen waren so unklug, sich gegen den Willen ihrer hohen Beschützer, die Don Carlos mit Officieren und sechs Millionen Thalern unterstützt hatten, behaupten zu wollen, und zettelten eine Verschwörung gegen Maroto an. Dieser kam jedoch dem Complot auf die Spur und ließ eigenmächtig die Generäle Guergué, Garcia, Sanz und Carmona zu Estella erschießen (18. Februar 1839). Don Carlos entsetzte zwar Maroto des Oberbefehls und erklärte ihn für einen Verräther, widerrief aber schon am 24. Februar seine Aeußerungen, als fast sein ganzes Heer zu Maroto überging. Die bedeutendsten Apostolischen mußten in die Verbannung wandern, während die verhafteten Generäle der gemäßigten Partei ihre Freiheit erhielten.

Dieses Ereigniß öffnete den absoluten Höfen die Augen über die Unfähigkeit und Charakterlosigkeit des Don Carlos. Sie zogen sich von ihm zurück und empfingen den christinischen Abgesandten Marliani mit mehr Zuvorkommenheit. Auch in Frankreich trat mit Soult's Ministerium eine Aenderung der Politik ein (Mai 1839); England und Frankreich näherten sich einander wieder und betrieben die endliche Erledigung der spanischen Sache mit größerem Eifer.

Maroto's eigenmächtiges Verfahren hatte auch die Zwietracht im Innern der carlistischen Provinzen vergrößert. Die Basken, welche blos für ihre Fueros die Waffen ergriffen hatten, sehnten sich nach Frieden und Muñagorri erhob zuerst das Feldgeschrei: „Friede und Freiheiten." Da die Basken einsahen, daß Don Carlos ihre Freiheiten auch nicht verbürgen könne, knüpften sie mit Espartero Unterhandlungen an, in welchen sie sich erboten, die Waffen niederzulegen, wenn man ihre Freiheiten sicherstelle. Espartero machte ihnen die besten Hoffnungen und sandte Eugenio Avinareta ins carlistische Lager, um für Christinen zu wirken. Maroto, welcher sehr wohl fühlte, daß der „König" es nicht gut mit ihm meinen könne, und die erste Gelegenheit ergreifen würde, um ihn zu verderben, beschloß, Dem zuvorzukommen, und knüpfte ebenfalls mit Espartero Unterhandlungen an, die im Vertrage von Vergara (3. August 1839) ihren Abschluß erhielten. Maroto ging mit achtzehn und einem halben Bataillonen und fünf Schwadronen zu den Christinos über. Den



Officieren wurden ihre Grade und Pensionen zugesichert. Wegen der Fueros wollte sich Espartero bei den Cortes verwenden. Die carlistischen Heerführer schwuren Treue der Königin Isabella und der Verfassung von 1837. Don Carlos, statt nach Catalonien zu treueren Schaaren zu flüchten, ließ sich mit seinen Truppen an die französische Grenze drängen und überschritt sie am 14. September. Die französische Regierung entwaffnete die Carlisten und führte den „Infanten" in Gefangenschaft nach Bourges. Der kühne Cabrera setzte den Krieg noch bis in den Juli 1840 fort, obwohl sein Freund España, der die Junta von Catalonien während der Abwesenheit des Königs für souverain erklärt hatte, von dieser selbst abgesetzt und ermordet worden war. Endlich, am 6. Juli 1840, that auch Cabrera, mehrmals von Espartero geschlagen, den traurigen Schritt auf französischen Boden. Somit war der klägliche Bürgerkrieg in Spanien beendet. Espartero, der dazu am meisten beigetragen hatte, empfing den Titel eines Herzogs von Vittoria.

In Madrid hatten während dieser Zeit die Ministerien häufig gewechselt, obwohl das gemäßigt-constitutionelle System die Herrschaft behauptete. In mehreren Städten, wo die Exaltados (Radicalen) das Uebergewicht hatten, kam es zu aufrührerischen Bewegungen (1839). Das Ministerium Perez de Castro löste, um den Aufruhr zu dämpfen, die moderadistischen Cortes auf. Die Neuwahlen verstärkten die Exaltados in den Kammern, welche Christinen und den Ministern manches bittere Wort zu hören gaben. Das Gouvernement löste sie zwar auf, aber die Kammern erklärten, daß kein Spanier zur Bezahlung der Steuern verpflichtet sei. Das ausschweifende Benehmen der Cortes und die Anstrengungen der Regierung sicherten wieder den Moderados die Majorität in den Cortes von 1840. Der ewigen Unruhen müde, wollten diese die Quelle des Radicalismus verstopfen und beschlossen ein Gemeinde- (Ayuntamiento-) Gesetz, durch welches den Communen die freie Wahl ihrer Behörden entzogen und der Regierung übergeben wurde. Die durch das „estatuto real" vernichtete Optimatenherrschaft der Corporationen lebte wieder auf. Christine begab sich bald nachher mit ihrer Tochter auf Reisen und forderte in Barcelona, daß Espartero sie unterstützen solle, wenn neue radicale Bewegungen ausbrächen. Espartero weigerte sich dessen und verlangte vor Allen die Zurücknahme des Ayuntamientogesetzes und eine radicalere Färbung des politischen Systems. Da Christine nichts davon wissen wollte, schieden Beide in Feindschaft von einander.

Inzwischen hatte der Madrider Gemeinderath eine Regierungsjunta ernannt und alle Provinzen aufgefordert, Abgeordnete nach Madrid zu senden. Dieser aufrührerischen That jauchzte fast das ganze Land Beifall zu. Als nun die Königin den Herzog von Vittoria nochmals auffordern ließ, die Ruhestörer zu bestrafen und dieser es abschlug, solange seine

Forderungen nicht erfüllt seien, machte sie gute Miene zum bösen Spiel und ernannte Espartero zum Ministerpräsidenten (16. September 1840). Dieser zog unter lautem Jubel am 29. September in Madrid ein, bildete ein radicales Cabinet und überreichte am 5. October der Königin sein Programm: Zurücknahme des Gemeindegesetzes, Verabschiedung der Camarilla und Auflösung der Cortes. Christine unterzeichnete das Programm nicht, sondern dankte am 12. October lieber ab und schiffte sich am 14. nach Marseille ein. Zuvor hatte sie dem Ministerium „einstweilen und bis zur Berufung der Cortes" die Regentschaft für Isabella II. übertragen. Von Marseille aus wiederholte Christine nochmals freiwillig die Erklärung, daß sie der Regentschaft entsage (8. November). Espartero erließ am 30. November eine Amnestie für alle Carlisten und alle seit 1837 begangenen politischen Vergehen. Diese Handlung befestigte seine Popularität so, daß ihn die Cortes am 8. Mai 1841 zum alleinigen Regenten mit dem Titel „Hoheit" während der Minderjährigkeit der Königin ernannten. Arguelles, der Präsident der Cortes, erhielt die Vormundschaft über die Königin, Gonzalez das Präsidium im Ministerrathe. Die Königin Christine aber brütete in Paris über Plänen zum Sturz des Regenten und der radicalen Regierung. Narvaez und O'Donnell waren die Arme, welche ihr helfen wollten, Perez de Castro, Zea Bermudez, Martinez de la Rosa, die Köpfe, die ihren Beirath hergaben.

23. Casimir Perier. Louis Philipp.

Casimir Perier, geboren 1777 in Grenoble, widmete sich dem Kaufmannsstande und gehörte zu jenen reichen Familien, die, durch Anwendung der neuesten mechanischen Erfindungen auf die Industrie, dem französischen Fabrik- und Hüttenwesen einen lebhaften Impuls verliehen. Casimir wurde 1802 Associé des Banquierhauses Perier in Paris, schrieb Einiges über Finanzwesen und zeichnete sich dann als Mitglied der Kammeropposition gegen Villèle aus, war kurze Zeit unter Martignac Handelsminister und betheiligte sich lebhaft an den Verhandlungen der Deputirten während der Julitage. Von Natur mit den glänzendsten Rednergaben ausgestattet, seiner Vorzüge sich bewußt, ehrgeizig und hochfahrend, ergriff dieser Mann am 13. März 1831 das von Laffitte verlassene Staatsruder, um sowohl die Parteien des Innern niederzuschmettern und das Königthum zu stärken, als auch Frankreichs Ansehen im Auslande zu erhöhen, ohne daß der Friede wesentlich gefährdet würde. Den Grundsätzen der Julirevolution ergeben, leugnete er keineswegs den revolutionären Ursprung des Königthums Louis Philipp's, und hielt dessen Eigenwillen durch treues Festhalten an der Charte von 1830 in Schranken. Casimir Perier war der einzige Minister, den Louis Philipp gefürchtet

hat und vor dem der heimliche Spott und das Kichern der Hofleute verstummte. Indem er das Königthum und die Interessen der Bourgeoisie identificirte, kämpfte er für eine „starke Regierung" und verfolgte mit grenzenlosem Zorn und wilder Ungeduld die Clubisten und Journalisten als „unverbesserliche Feinde jeder bestehenden Ordnung." Zunächst unterdrückte er mit starken Mitteln die Gährung, wenn er auch nicht der quälenden Hungersnoth, dem stockenden Handel, dem darniederliegenden Gewerbe aufzuhelfen, das schlechte Wahlgesetz zu ändern und die große Steuerlast, welche auf den arbeitenden Ständen lag, zu mindern vermochte. Sein ganzes öffentliches Leben ist ein parlamentarischer Kampf gegen die Agitation, der er schonungslos den Fuß auf den Nacken zu setzen suchte, und für die Befestigung des Königthums und die Ruhe des Landes, ein Kampf, der seine Kräfte verzehrte und ihn ins Grab stürzte. Der „Friede, die Charte und die Ordnung" waren seine Losung, der er sich zum Opfer brachte und die er mit jener eisernen Willenskraft, welche ihm die Achtung aller Parteien sicherte, vertheidigte. Was Perier's auswärtige Politik anlangte, so intervenirte er unter großem Beifall zu Gunsten der Belgier, demüthigte Dom Miguel und ließ Ancona besetzen, um Oesterreichs Einfluß in Italien zu beschränken und dem Papste Mäßigung zu gebieten. Für die Polen war er zu keiner andern, als einer diplomatischen Intercession zu bewegen und verleugnete öffentlich Sebastiani's und Guilleminot's Handlungsweise (S. 121 — 129), welche die Polen zu größeren Erwartungen berechtigt hatte. Als die Nachricht von dem Falle Warschau's nach Paris gelangte, kam es hier zu einem Aufstande (15. und 16. September 1831), den Perier mit größter Entschiedenheit dämpfte.

In seiner inneren Politik zeigte sich Perier starr und unbeugsam. Nur als er sah, daß die Erblichkeit der Pairswürde, die er für ein nothwendiges Erforderniß der constitutionellen Monarchie hielt, auf den hartnäckigsten Widerspruch der Kammern und des Landes stieß, gab er seine Ansicht auf (10. October 1831). Die Pairs wurden daher auf Lebenszeit und ohne Gehalte, Pensionen und Dotationen ernannt; indeß durften sie nur aus gewissen Notabilitäten genommen werden. Hinsichtlich der Zahl der Pairs hatte der König freie Hand. Der „Bürgerkönig", welcher sich vor der Thronbesteigung mit einem amerikanischen Präsidenten verglichen hatte, forderte nun eine Civilliste von achtzehn Millionen Francs. Perier brachte diese Forderung aufs Budget, das sich auf mehr als elfhundert Millionen Francs belief. Dagegen erhob sich ein heftiger Sturm in der Kammer, zumal der Nothschrei der ärmeren Classen, der sich in wilden Aufruhrscenen äußerte, sehr grell gegen eine Erhöhung der Civilliste abstach. Die Kammer bewilligte dem Könige nur zwölf Millionen und dem Kronprinzen eine Million Francs, und forderte nachdrücklich Er-



sparungen im Budget für 1832. In der That machte es Perier möglich, daß einige Millionen erspart wurden (4. April 1832). Allein die legitimistischen Umtriebe in der Vendée, welche bekämpft werden mußten, die politischen Flüchtlinge, welche Unterstützung beanspruchten, die Cholera, welche kostspielige Lazarethe erforderte, führten das Ergebniß herbei, daß neun Millionen mehr verausgabt wurden, als Perier veranschlagt hatte. Die Cholera hatte am 27. März Paris erreicht, indem sie sich plötzlich unter die Masken einer vorstädtischen Redoute drängte und die erbleichende Gesellschaft nach allen Winden auseinandertrieb. In fünf Monaten würgte sie 18,402 Menschen in Paris. Die gewöhnlichen Vergiftungsgerüchte, die Wuth der Lumpensammler gegen die Reinigungskarrenanstalt, wie eine höchst ungeschickte Beruhigungsproclamation des Polizeipräfecten Gisquet, riefen auch hier schauerliche Mord- und Blutscenen hervor. Casimir Perier wollte das sonst so leichtsinnige und frivole Paris aus seiner entsetzlichen Verzweiflung erheben, und seine Furcht vor der Epidemie verscheuchen. Begleitet von dem Kronprinzen und dem Grafen Argout begab er sich ins Hotel de Dieu und besuchte die Cholerasäle (1. April). Ein Opfer seines Patriotismus wurde er am 11. April von der Seuche befallen und endete nach langen Leiden am 16. Mai 1832. Ueber Perier's Grab verstummten die politischen Leidenschaften und selbst seine Gegner legten ein Zeugniß ab, daß der Mensch Perier ihre volle Achtung mit ins Jenseits hinübernehme. Ordnung war das leitende Princip Perier's. Daß er diese trotz aller Gewaltmittel nicht erhalten konnte, zehrte an seiner Lebenskraft. Außer den Emeuten von Straßburg, Marseille, Toulon, Grenoble, Perpignan, Carcassone, Montpellier und Toulouse, konnte der Aufstand der arbeitslosen Seidenweber in Lyon (21. November 1831) erst in Strömen Blutes erstickt werden. Der Klempner Buisson hielt sich mit den Arbeitern mehrere Tage in der Vorstadt Croix Rousse, bis Marschall Soult und der Herzog von Orleans mit Verstärkungen nach Lyon eilten und die Ruhe herstellten. In Ajaccio regten sich die Bonapartisten, in der Bretagne und Vendée erhoben die carlistischen Chouans das Haupt. Ende April 1832 landeten die Herzogin von Berry und Bourmont bei Marseille, und fachten durch ihre Gegenwart den Aufstand gegen das Julikönigthum an. Die Regierung unterdrückte diese Versuche mit Leichtigkeit. Die Hauptperson entging ihr aber, wahrscheinlich mit Absicht, da der König nicht in die Verlegenheit gerathen wollte, ein Urtheil gegen seine Nichte zu unterzeichnen. Von Perier's Tod bis zum Wiedereintritt des Ministeriums Grey in England führte nämlich Louis Philipp selbst den Vorsitz im Ministerium, bis die Opposition auch hierin eine Verfassungsverletzung erblickte. Darauf übertrug er dem Marschall Soult das Präsidium. Die Opposition, welche alle Handlungen der Regierung mistrauisch überwachte, beharrte

hartnäckig auf bedeutungslosen Formeln; z. B. stritt sie heftig gegen die Ausdrücke „König von Frankreich" und „Unterthanen des Königs", die ein Minister gebraucht hatte — theils hielt sie an Anträgen fest, gegen die sich die Regierung oder die Pairskammer erklärt hatten, — z. B. auf Abschaffung der religiösen Feier des Todestages Ludwig's XVI., auf eine neue Einweihung des Pantheons, die definitive Feststellung des Gesetzes gegen die Bourbons und Napoleoniden. — Da ihr parlamentarischer Kampf nutzlos war, appellirte sie in einem, von Odilon Barrot, Mauguin, Lafayette, Laffitte, Cormenin und Comte verfaßten „Compte rendu", das am 28. Mai von einundvierzig und bis zum August von hundertundvierzig Deputirten unterzeichnet wurde, an ihre Wähler. Dieser Rechenschaftsbericht war eine Herausforderung der Regierung, ein Appell an die Leidenschaften der Masse, denn er enthielt die Worte: „Wenn dieses System fortdauert, so sind die Julirevolution und Frankreich ihren Feinden überliefert." Diese Worte trugen am 5. Juni ihre Früchte, am Begräbnißtage des edlen, beredten, freisinnigen Generals Lamarque. Mit dem Rufe: „Nach dem Pantheon!" mischte sich das Geschrei: „Keine Bourbons mehr! Es lebe die Republik!" Die Dragoner, welche Ruhe stiften wollten, wurden zurückgetrieben; es entstand ein wüthender Kampf, der bis zum Abend des 6. dauerte, wo die Truppen das Kloster St. Mery, die letzte und festeste Position der Republikaner, erstürmten. Der König war selbst von St. Cloud herbeigeeilt und hatte den Angriff geleitet. Sein persönlicher Muth und seine zweckmäßigen Maßregeln verfehlten nicht ihren Eindruck auf die Pariser. Der König war der Abgott des Tages. Aber er verwischte den günstigen Eindruck dadurch wieder, daß er den Forderungen der Minister und vieler Bürger nachgab, und nach gewonnenem Siege, in Unübereinstimmung mit der Charte, Paris in Belagerungszustand erklärte und Kriegsgerichte einsetzen ließ. Die Pariser Advocaten bekämpften aber diese Verordnung als verfassungswidrig und der Cassationshof, an welchen sich die von den Kriegsgerichten Verurtheilten wandten, entschied sich in Folge einer trefflichen Rede Odilon Barrot's dahin, daß die Kriegsgerichte nicht dem Gesetz gemäß eingerichtet, die Verurtheilten demnach vor die gewöhnlichen Gerichte zu stellen wären. Sofort hob eine zweite königliche Ordonnanz den Belagerungszustand von Paris auf und öffnete von selbst die vorher geschlossene polytechnische Schule wieder.

Um der Kammer mit einem einigen und in bestimmter Tendenz zusammengesetzten Ministerium entgegenzutreten, ernannte der König das „doctrinaire Ministerium" Soult (11. October), unter dem Broglie, Guizot und Thiers fungirten. Adolph Thiers, ein geistreicher Journalist und liberaler Geschichtschreiber sollte das Bindeglied zwischen der doctrinairen, dem Einschüchterungssystem zugeneigten Partei, und dem



tiers-parti (linkes Centrum) bilden. Er entwickelte als Polizeiminister eine ungemeine Thätigkeit und entdeckte durch seine Spione den Aufenthalt der Herzogin von Berry in Nantes (8. November 1832). Die Herzogin wurde auf die Citadelle nach Blaye gebracht und bekannte sich nach einiger Zeit schwanger. Der romantische Nimbus, in welchem bisher die Herzogin gehüllt war, verschwand plötzlich; die legitimistische Partei hatte eine moralische Niederlage erlitten, nach welcher Louis Philipp nichts mehr von den Karlisten zu fürchten hatte. Von der Napoleonidenfurcht war der König einige Monate vorher befreit worden, indem am 22. Juli 1832 der hoffnungsvolle Herzog von Reichsstadt in Wien starb. Die Herzogin von Berry gebar am 10. Mai 1833 eine Tochter und wurde dann über die Grenze geschafft, da Louis Philipp sie als eine politische Person nicht vor die gewöhnlichen Gerichte stellen mochte.

Diese Ereignisse belebten den Enthusiasmus der orleanistischen Partei und ein angebliches Attentat auf den König mehrte denselben. Am 19. November 1832 wurden die Kammern eröffnet, wohin sich der König in feierlichem Aufzuge begab. Plötzlich fiel aus dem Haufen ein Pistolenschuß und später wollte die Polizei vier Dutzend Kugeln auf dem Platze zerstreut gefunden haben. Und dennoch war Niemand getroffen worden. Dieses Attentat, welches man den Republikanern Schuld gab, machte Letztere so verhaßt, daß alle Herzen sich wieder dem Könige zuwandten, und in ihm den Stützpunkt für die wankende Ordnung suchten. Die Regierung blieb in den Kammern siegreich, da der ganze tiers-parti für sie stimmte, die liberale Partei Odilon Barrot's aber sich von den Republikanern lossagte und somit deren Opposition schwächte. Dennoch stieß der Plan einer Befestigung von Paris in allen Schichten der Bevölkerung auf so hartnäckigen Widerstand, daß Louis Philipp ihn fallen ließ, obwohl die Kammern schon die Mittel dazu bewilligt hatten. Der König zürnte daher heftig auf die Presse, die jenen Plan mit schneidender Schärfe und Rücksichtslosigkeit bekämpft hatte. Einstweilen wurden in Lyon Befestigungen aufgeführt. Das Municipal- und Departementalgesetz vom 9. Januar 1833 verbürgte den Gemeinden einige Freiheiten, welche die strenge Centralisation des französischen Staatsmechanismus ein wenig lockerte. Das Gesetz über den Primärunterricht (2. Mai) verpflichtete die Gemeinden zur Einrichtung von Elementarschulen und übertrug, mit Ausschließung der Geistlichkeit, die Aufsicht über jene dem Maire und den Abgeordneten des Municipalrathes. Eine wahrhafte Erleichterung des Volks, sei es im Budget, sei es in der Bewegung des Lebens, wurde von der Regierung keineswegs angebahnt. Diese suchte höchstens durch eine unschuldige, aber populäre Maßregel die Gemüther zu beruhigen, z. B. durch die Wiederaufrichtung der Statue Napoleon's auf der Vendômesäule. Wegen des Krieges in Algier gab sich ein Zwie-

spalt zwischen der Regierung und den Kammern kund, da erstere die Behauptung der Colonie für eine Ehrensache hielt und letztere die Wichtigkeit Algiers in keinem Verhältniß zu den Kriegskosten fanden. Die Deputirtenkammer sandte deshalb eine Commission nach Algier, um die Sache zu untersuchen. Diese legte das rühmlichste Zeugniß von der Verwaltung des Commandanten Voirol ab, der die schlimmen Seiten einer von Clauzel erfundenen und von Berthezène, Savary und Avizard befolgten Maßregel wieder gutzumachen suchte, die darin bestand, daß man die früher herrschende Classe der Türken vor den Ureinwohnern (Kabylen) bevorzugte. Dennoch konnte Voirol nicht verhindern, daß sich in der Provinz Oran ein junger Araber, Abd-el-Kader, festsetzte, der durch religiösen Fanatismus, Tapferkeit und List sich zum Führer seiner Landsleute aufgeschwungen hatte. Als die Algier'schen Verhältnisse in den Kammern zur Sprache kamen, stellte sich das Gerücht als unwahr dar, als ob Karl gegen England eine Verpflichtung hätte, Algier nach der Eroberung wieder aufzugeben.

Die Regierung war zwar der Kammern sicher, hatte aber noch drei mächtige Institutionen gegen sich, die von ihren Feinden mit Erfolg benutzt wurden: die Presse, das Vereinsrecht und das Geschwornengericht. Gegen diese Institutionen richtete der König, — welcher von nun als die Seele jedes Ministeriums galt — seine Absichten; er ging von den Maßregeln des Widerstandes zu denen der Einschüchterung über. Die größtentheils oppositionelle Presse brachte durch Ausrufer und Verkäufer einzelner Nummern ihre Waare und ihre Ansichten auch in die untersten Schichten der Gesellschaft. Die Vereine bildeten die Stützpunkte der Republikaner; namentlich trug der Verein der Menschenrechte einen höchst bedrohlichen Charakter, da ihn Cavaignac vollkommen organisirt und seine Mitglieder mit Waffen versehen hatte. Die einzelnen Sectionen dieses Vereins durften zwar nicht mehr als zwanzig Mann stark sein, correspondirten aber unter einander. Stellte nun die Regierung einzelne Redacteure und Publicisten, oder einige Mitglieder der Associationen, denen sie staatsgefährliche Pläne nachweisen konnte, vor die Assisen, so kam es nicht selten vor, daß das Gouvernement eine Niederlage erlitt und die Angeklagten von den Geschwornengerichten freigesprochen wurden. Und dennoch hatten diese letzteren nicht grade eine dem Bürgerkönigthume ungünstige Einrichtung! Die Regierung besaß in dem Generalprocurator Persil einen Mann, der aufs Redlichste von der Schädlichkeit der bestehenden Preßeinrichtung durchdrungen war und die Schriftsteller auf's Bitterste verfolgte. Er stellte den Antrag, den Straßenhandel mit Zeitungen zu verbieten, und die Kammer nahm denselben im December 1833 an. Der Socialrepublikaner Cabet hatte bei der Bekämpfung dieses Gesetzes, welches den kleinen Blättern den Untergang brachte, das König-

tiers-parti (linkes Centrum) bilden. Er entwickelte als Polizeiminister eine ungemeine Thätigkeit und entdeckte durch seine Spione den Aufenthalt der Herzogin von Berry in Nantes (8. November 1832). Die Herzogin wurde auf die Citadelle nach Blaye gebracht und bekannte sich nach einiger Zeit schwanger. Der romantische Nimbus, in welchem bisher die Herzogin gehüllt war, verschwand plötzlich; die legitimistische Partei hatte eine moralische Niederlage erlitten, nach welcher Louis Philipp nichts mehr von den Karlisten zu fürchten hatte. Von der Napoleonidenfurcht war der König einige Monate vorher befreit worden, indem am 22. Juli 1832 der hoffnungsvolle Herzog von Reichsstadt in Wien starb. Die Herzogin von Berry gebar am 10. Mai 1833 eine Tochter und wurde dann über die Grenze geschafft, da Louis Philipp sie als eine politische Person nicht vor die gewöhnlichen Gerichte stellen mochte.

Diese Ereignisse belebten den Enthusiasmus der orleanistischen Partei und ein angebliches Attentat auf den König mehrte denselben. Am 19. November 1832 wurden die Kammern eröffnet, wohin sich der König in feierlichem Aufzuge begab. Plötzlich fiel aus dem Haufen ein Pistolenschuß und später wollte die Polizei vier Dutzend Kugeln auf dem Platze zerstreut gefunden haben. Und dennoch war Niemand getroffen worden. Dieses Attentat, welches man den Republikanern Schuld gab, machte Letztere so verhaßt, daß alle Herzen sich wieder dem Könige zuwandten, und in ihm den Stützpunkt für die wankende Ordnung suchten. Die Regierung blieb in den Kammern siegreich, da der ganze tiers-parti für sie stimmte, die liberale Partei Odilon Barrot's aber sich von den Republikanern lossagte und somit deren Opposition schwächte. Dennoch stieß der Plan einer Befestigung von Paris in allen Schichten der Bevölkerung auf so hartnäckigen Widerstand, daß Louis Philipp ihn fallen ließ, obwohl die Kammern schon die Mittel dazu bewilligt hatten. Der König zürnte daher heftig auf die Presse, die jenen Plan mit schneidender Schärfe und Rücksichtslosigkeit bekämpft hatte. Einstweilen wurden in Lyon Befestigungen aufgeführt. Das Municipal- und Departementalgesetz vom 9. Januar 1833 verbürgte den Gemeinden einige Freiheiten, welche die strenge Centralisation des französischen Staatsmechanismus ein wenig lockerte. Das Gesetz über den Primärunterricht (2. Mai) verpflichtete die Gemeinden zur Einrichtung von Elementarschulen und übertrug, mit Ausschließung der Geistlichkeit, die Aufsicht über jene dem Maire und den Abgeordneten des Municipalrathes. Eine wahrhafte Erleichterung des Volks, sei es im Budget, sei es in der Bewegung des Lebens, wurde von der Regierung keineswegs angebahnt. Diese suchte höchstens durch eine unschuldige, aber populäre Maßregel die Gemüther zu beruhigen, z. B. durch die Wiederaufrichtung der Statue Napoleon's auf der Vendômesäule. Wegen des Krieges in Algier gab sich ein Zwie-

spalt zwischen der Regierung und den Kammern kund, da erstere die Behauptung der Colonie für eine Ehrensache hielt und letztere die Wichtigkeit Algiers in keinem Verhältniß zu den Kriegskosten fanden. Die Deputirtenkammer sandte deshalb eine Commission nach Algier, um die Sache zu untersuchen. Diese legte das rühmlichste Zeugniß von der Verwaltung des Commandanten Voirol ab, der die schlimmen Seiten einer von Clauzel erfundenen und von Berthezène, Savary und Avizard befolgten Maßregel wieder gutzumachen suchte, die darin bestand, daß man die früher herrschende Classe der Türken vor den Ureinwohnern (Kabylen) bevorzugte. Dennoch konnte Voirol nicht verhindern, daß sich in der Provinz Oran ein junger Araber, Abd-el-Kader, festsetzte, der durch religiösen Fanatismus, Tapferkeit und List sich zum Führer seiner Landsleute aufgeschwungen hatte. Als die Algier'schen Verhältnisse in den Kammern zur Sprache kamen, stellte sich das Gerücht als unwahr dar, als ob Karl gegen England eine Verpflichtung hätte, Algier nach der Eroberung wieder aufzugeben.

Die Regierung war zwar der Kammern sicher, hatte aber noch drei mächtige Institutionen gegen sich, die von ihren Feinden mit Erfolg benutzt wurden: die Presse, das Vereinsrecht und das Geschwornengericht. Gegen diese Institutionen richtete der König, — welcher von nun als die Seele jedes Ministeriums galt — seine Absichten; er ging von den Maßregeln des Widerstandes zu denen der Einschüchterung über. Die größtentheils oppositionelle Presse brachte durch Ausrufer und Verkäufer einzelner Nummern ihre Waare und ihre Ansichten auch in die untersten Schichten der Gesellschaft. Die Vereine bildeten die Stützpunkte der Republikaner; namentlich trug der Verein der Menschenrechte einen höchst bedrohlichen Charakter, da ihn Cavaignac vollkommen organisirt und seine Mitglieder mit Waffen versehen hatte. Die einzelnen Sectionen dieses Vereins durften zwar nicht mehr als zwanzig Mann stark sein, correspondirten aber unter einander. Stellte nun die Regierung einzelne Redacteure und Publicisten, oder einige Mitglieder der Associationen, denen sie staatsgefährliche Pläne nachweisen konnte, vor die Assisen, so kam es nicht selten vor, daß das Gouvernement eine Niederlage erlitt und die Angeklagten von den Geschwornengerichten freigesprochen wurden. Und dennoch hatten diese letzteren nicht grade eine dem Bürgerkönigthume ungünstige Einrichtung! Die Regierung besaß in dem Generalprocurator Persil einen Mann, der aufs Redlichste von der Schädlichkeit der bestehenden Preßeinrichtung durchdrungen war und die Schriftsteller auf's Bitterste verfolgte. Er stellte den Antrag, den Straßenhandel mit Zeitungen zu verbieten, und die Kammer nahm denselben im December 1833 an. Der Socialrepublikaner Cabet hatte bei der Bekämpfung dieses Gesetzes, welches den kleinen Blättern den Untergang brachte, das König-

tiers-parti (linkes Centrum) bilden. Er entwickelte als Polizeiminister eine ungemeine Thätigkeit und entdeckte durch seine Spione den Aufenthalt der Herzogin von Berry in Nantes (8. November 1832). Die Herzogin wurde auf die Citadelle nach Blaye gebracht und bekannte sich nach einiger Zeit schwanger. Der romantische Nimbus, in welchem bisher die Herzogin gehüllt war, verschwand plötzlich; die legitimistische Partei hatte eine moralische Niederlage erlitten, nach welcher Louis Philipp nichts mehr von den Karlisten zu fürchten hatte. Von der Napoleonidenfurcht war der König einige Monate vorher befreit worden, indem am 22. Juli 1832 der hoffnungsvolle Herzog von Reichsstadt in Wien starb. Die Herzogin von Berry gebar am 10. Mai 1833 eine Tochter und wurde dann über die Grenze geschafft, da Louis Philipp sie als eine politische Person nicht vor die gewöhnlichen Gerichte stellen mochte.

Diese Ereignisse belebten den Enthusiasmus der orleanistischen Partei und ein angebliches Attentat auf den König mehrte denselben. Am 19. November 1832 wurden die Kammern eröffnet, wohin sich der König in feierlichem Aufzuge begab. Plötzlich fiel aus dem Haufen ein Pistolenschuß und später wollte die Polizei vier Dutzend Kugeln auf dem Platze zerstreut gefunden haben. Und dennoch war Niemand getroffen worden. Dieses Attentat, welches man den Republikanern Schuld gab, machte Letztere so verhaßt, daß alle Herzen sich wieder dem Könige zuwandten, und in ihm den Stützpunkt für die wankende Ordnung suchten. Die Regierung blieb in den Kammern siegreich, da der ganze tiers-parti für sie stimmte, die liberale Partei Odilon Barrot's aber sich von den Republikanern lossagte und somit deren Opposition schwächte. Dennoch stieß der Plan einer Befestigung von Paris in allen Schichten der Bevölkerung auf so hartnäckigen Widerstand, daß Louis Philipp ihn fallen ließ, obwohl die Kammern schon die Mittel dazu bewilligt hatten. Der König zürnte daher heftig auf die Presse, die jenen Plan mit schneidender Schärfe und Rücksichtslosigkeit bekämpft hatte. Einstweilen wurden in Lyon Befestigungen aufgeführt. Das Municipal- und Departementalgesetz vom 9. Januar 1833 verbürgte den Gemeinden einige Freiheiten, welche die strenge Centralisation des französischen Staatsmechanismus ein wenig lockerte. Das Gesetz über den Primärunterricht (2. Mai) verpflichtete die Gemeinden zur Einrichtung von Elementarschulen und übertrug, mit Ausschließung der Geistlichkeit, die Aufsicht über jene dem Maire und den Abgeordneten des Municipalrathes. Eine wahrhafte Erleichterung des Volks, sei es im Budget, sei es in der Bewegung des Lebens, wurde von der Regierung keineswegs angebahnt. Diese suchte höchstens durch eine unschuldige, aber populäre Maßregel die Gemüther zu beruhigen, z. B. durch die Wiederaufrichtung der Statue Napoleon's auf der Vendômesäule. Wegen des Krieges in Algier gab sich ein Zwie-

spalt zwischen der Regierung und den Kammern kund, da erstere die Behauptung der Colonie für eine Ehrensache hielt und letztere die Wichtigkeit Algiers in keinem Verhältniß zu den Kriegskosten fanden. Die Deputirtenkammer sandte deshalb eine Commission nach Algier, um die Sache zu untersuchen. Diese legte das rühmlichste Zeugniß von der Verwaltung des Commandanten Voirol ab, der die schlimmen Seiten einer von Clauzel erfundenen und von Berthezène, Savary und Avizard befolgten Maßregel wieder gutzumachen suchte, die darin bestand, daß man die früher herrschende Classe der Türken vor den Ureinwohnern (Kabylen) bevorzugte. Dennoch konnte Voirol nicht verhindern, daß sich in der Provinz Oran ein junger Araber, Abd- el- Kader, festsetzte, der durch religiösen Fanatismus, Tapferkeit und List sich zum Führer seiner Landsleute aufgeschwungen hatte. Als die Algier'schen Verhältnisse in den Kammern zur Sprache kamen, stellte sich das Gerücht als unwahr dar, als ob Karl gegen England eine Verpflichtung hätte, Algier nach der Eroberung wieder aufzugeben.

Die Regierung war zwar der Kammern sicher, hatte aber noch drei mächtige Institutionen gegen sich, die von ihren Feinden mit Erfolg benutzt wurden: die Presse, das Vereinsrecht und das Geschwornengericht. Gegen diese Institutionen richtete der König, — welcher von nun als die Seele jedes Ministeriums galt — seine Absichten; er ging von den Maßregeln des Widerstandes zu denen der Einschüchterung über. Die größtentheils oppositionelle Presse brachte durch Ausrufer und Verkäufer einzelner Nummern ihre Waare und ihre Ansichten auch in die untersten Schichten der Gesellschaft. Die Vereine bildeten die Stützpunkte der Republikaner; namentlich trug der Verein der Menschenrechte einen höchst bedrohlichen Charakter, da ihn Cavaignac vollkommen organisirt und seine Mitglieder mit Waffen versehen hatte. Die einzelnen Sectionen dieses Vereins durften zwar nicht mehr als zwanzig Mann stark sein, correspondirten aber unter einander. Stellte nun die Regierung einzelne Redacteure und Publicisten, oder einige Mitglieder der Associationen, denen sie staatsgefährliche Pläne nachweisen konnte, vor die Assisen, so kam es nicht selten vor, daß das Gouvernement eine Niederlage erlitt und die Angeklagten von den Geschwornengerichten freigesprochen wurden. Und dennoch hatten diese letzteren nicht grade eine dem Bürgerkönigthume ungünstige Einrichtung! Die Regierung besaß in dem Generalprocurator Persil einen Mann, der aufs Redlichste von der Schädlichkeit der bestehenden Preßeinrichtung durchdrungen war und die Schriftsteller auf's Bitterste verfolgte. Er stellte den Antrag, den Straßenhandel mit Zeitungen zu verbieten, und die Kammer nahm denselben im December 1833 an. Der Socialrepublikaner Cabet hatte bei der Bekämpfung dieses Gesetzes, welches den kleinen Blättern den Untergang brachte, das König-

thum, die Constitution, die Kammern und die Regierung so beleidigt, daß er aus der Kammer gestoßen und zu mehrmonatlichem Gefängniß verurtheilt wurde. Im Februar 1834 brachte der Justizminister Barthe den Gesetzentwurf gegen die Associationen ein, wonach alle Vereine die Erlaubniß der Regierung einholen und die Uebertreter des Gesetzes vor das Zuchtpolizeigericht resp. die Pairskammer gewiesen werden sollten. Die Annahme dieses Gesetzes erfolgte nach einem heftigen parlamentarischen Kampfe am 25. März 1834. Bald darauf wurde es gegen die Mutuellisten in Lyon zur Ausführung gebracht. Die Mutuellisten waren eine Gesellschaft von Fabrikarbeitern, welche sich gegenseitig verpflichtet hatten, unter einem gemeinschaftlich festgesetzten Tagelohne keine Arbeit anzunehmen. Der Proceß gegen die Mutuellisten führte zu Ruhestörungen in Lyon (6.—9. April), denen General Aymard nur durch Aufstellung aller seiner Truppen begegnen konnte. Am 9. April verurtheilte das Zuchtpolizeigericht die Mutuellisten, worauf ein wilder Straßenkampf ausbrach. Die rothe Fahne wurde aufgesteckt, die Republik proclamirt; drei Tage dauerte der schaurig-blutige Kampf und endete mit der Niederlage der Arbeiter. Das anfängliche Glück der Aufständischen hatte die Republikaner in St. Etienne, Grenoble, Paris und andern Orten zu ähnlichen Bewegungen gereizt, welche jedoch die Regierung nur immer mehr befestigten und die Kammern zur Annahme neuer Widerstandsgesetze geneigt machten. Noch während des Kampfes hatte der gefügige Persil ein Gesetz vorgeschlagen, das am 19. Mai 1834 mit zweihundertdreißig gegen achtunddreißig Stimmen durchging. In diesem Gesetz machte man den Besitz von Feuerwaffen und die Aufbewahrung von Munition von der Erlaubniß der Polizei abhängig, gestattete den Beamten das Recht, im Hause nach verborgenen Waffen zu suchen, erhöhte die Strafe für Solche, die bei einem Aufstande mit den Waffen in der Hand betroffen würden, belegte die Errichtung von Barricaden mit fünf- bis zehnjährigem Gefängniß und eröffnete dem Kriegsminister einen Credit von vierzehn Millionen für 1834 und einen Zuschuß von zweiundzwanzig Millionen für 1835, damit er das Heer um 35,000 Mann vermehren könne. Einen Tag nach der Annahme dieser Gesetze starb der greise Lafayette, was Armand Carrel zu folgenden Worten im National Veranlassung gab: „Verbergt Euch, Pariser, das Leichenbegängniß eines redlichen Mannes und eines wahren Freundes der Freiheit zieht vorüber!"

Dieses System von ineinandergreifenden Reactionsmaßregeln war in dem Kopf des Königs entsprossen; die Minister waren nur seine Werkzeuge, die er nach und nach abnutzte, damit er allein als „der unbewegliche Wille" dastehe. Im Allgemeinen den Doctrinairs, deren System sich in Guizot gipfelte, zugeneigt, kehrte Louis Philipp immer wieder zu ihnen zurück, wenn er auf Wochen oder Monate der Kammermajorität

nachgegeben und ein gemäßigteres Ministerium ernannt hatte. Daher fand ein sehr häufiger Wechsel der Ministerien statt.

Vor den Lyoner Ereignissen waren der Herzog von Broglie und General Sebastiani aus dem Ministerium geschieden, da die Kammern die von den Vereinigten Staaten beanspruchte, und von Broglie und dem König anerkannte Entschädigung von fünfundzwanzig Millionen für Verluste, die nordamerikanische Bürger zu den Zeiten der Republik und des Kaiserreichs erlitten hatten, verwarfen. Wenige Monate später bereute die Kammer diesen „Act der Selbstständigkeit“, weshalb Broglie wieder ins Ministerium treten konnte.

Die Kammern wurden am 25. Mai 1834 aufgelöst und die neuerwählten zum 20. August einberufen. Die Regierung erreichte, was sie mit der Auflösung bezweckt hatte: eine ansehnliche Verminderung der liberalen Deputirten. Der Liberalismus machte sich jetzt überhaupt nur noch in Vorschlägen zu Ersparungen geltend, die Soult in Rücksicht auf die vortreffliche Armee sehr unangenehm berührten. Er dankte daher ab. Der gemäßigte Gerard, dann Molé und endlich das tiers-parti-Ministerium Bassano (Maret) folgten, bis der König wieder zu den früheren Doctrinairs griff und den Marschall Mortier an deren Spitze stellte. Als auch dieser (20. Februar 1835) austrat, übernahm Broglie zum zweiten Male die Präsidentschaft und das Ministerium des Aeußeren. Die Doctrinairs erblickten darin einen Sieg ihrer Sache und eine Bewahrheitung ihres Systems. Deshalb gingen sie noch emsiger als früher auf dem Wege der Gewalt vorwärts und betrieben mit grenzenlosem Eifer den Proceß gegen die Aufständischen vom April 1834. Am 5. Mai 1835 begannen die Verhandlungen über hundertundvier Angeklagte vor der Pairskammer. Der König sah nicht ohne Bangen dem Ausgange dieses Processes entgegen. Denn zweiundachtzig Pairs hatten sich gleich anfangs von der Theilnahme an den Verhandlungen dispensiren lassen und täglich liefen neue Urlaubsgesuche ein. Von den etwa 2000 Personen, die man zur Untersuchung gezogen hatte, waren durch die Pairskammer ohnehin fast $^{19}/_{20}$ entlassen worden. Die Vertheidigungen drohten, die vielen Blößen der inneren und äußeren Politik aufzudecken und die Bestechung, der sich die Julidynastie schuldig gemacht hatte, im grellsten Lichte darzustellen. Louis Philipp fürchtete jene kühnen und geistreichen Redner, welche die Angeklagten zu ihren Vertheidigern auserkoren hatten. Er erließ daher eine Verordnung, daß nur Advocaten eines königlichen Gerichtshofes als Vertheidiger zugelassen werden dürften. Diese Ordonnanz hatte das Ueble, daß sie eine Theilnahme des Publikums für die Angeklagten, als die physisch Schwachen, hervorrief und dieses Interesse steigerte sich noch mehr, als der Pairshof die Protestation der Angeklagten verwarf und die letzteren entweder mit Ge-

walt in den Sitzungssaal schleifen, oder in ihrer Abwesenheit den Proceß fortführen ließ. Der Generalprocurator, Martin du Nord, ermüdete nicht in seinen Plaidoyers und Beweisführungen. Der Proceß verlor aber sein Interesse, als im Juli 1835 die Hauptangeklagten, Cavaignac und Marrast, aus ihren Gefängnissen nach England entkamen. Die zurückgebliebenen, weniger bedeutenden Personen wurden theils freigesprochen, theils zu ein- bis dreijährigem Gefängniß, theils zu fünf- bis zwanzigjähriger Detention und nur sieben zu lebenslänglicher Deportation verurtheilt. Die Regierung hatte aus diesem Processe wenig oder gar keine Vortheile gezogen, wohl aber die Republikaner aufs Tiefste gekränkt, ohne sie ausrotten zu können. In einzelnen exaltirten Individuen griff ein so bitterer Haß gegen den König Platz, daß sie die Verwirklichung ihrer Wünsche nur durch den plötzlichen, Verwirrung und Schrecken verbreitenden Tod des Königs erreichen zu können hofften. Diese gräßlichen Menschen, welche bei ihrer moralischen Verworfenheit so kurzsichtig waren, nicht einzusehen, daß ihre mislungenen Mordpläne die Reaction verstärken, jede freie Bewegung einzwängen und die Heuchelei und Corruption befördern mußten, boten Louis Philipp und den Doctrinairs die willkommene Veranlassung, ihr System von Prohibitivmaßregeln durch die Septembergesetze zu vollenden.

Am 28. Juli 1835 hielt der König, umgeben von seinen Söhnen und einem glänzenden Stabe, eine Revue über die Truppen und Nationalgarden ab. Auf dem Boulevard du Temple angekommen, entlud sich auf einmal eine Höllenmaschine aus einem gegenüberliegenden Hause, die mehrere Personen von der Umgebung des Königs und einige Nationalgardisten tödtete oder verwundete. Marschall Mortier blieb auf dem Platze; der König und seine Söhne waren unversehrt. Bald war der Thäter, in seinem Blute schwimmend, entdeckt, denn die bis an die Mündung vollgeladenen Flintenläufe waren meist gesprungen und hatten ihn selbst schwer verwundet. Man erkannte in ihm einen Corsen, Namens Fieschi, einen wilden, dämonischen Menschen, der zwar politisch unverdächtig, aber von drei Republikanern zu dem Verbrechen angeworben worden war. Fieschi starb reuelos unter der Guillotine (19. Februar 1836); mit ihm seine Verführer, Pepin und Morey, obwohl sie noch auf dem Schaffot ihre Unschuld betheuerten. Den dritten Urheber jenes verruchten Attentats, Boireau, begnadigte die Regierung, weil er bereitwillig Aussagen gegen seine Mitschuldigen gemacht hatte.

In Folge dieses Attentats waren die Kammern sogleich einberufen worden. Am 4. August legte der Herzog von Broglie drei Gesetzentwürfe vor, wonach das Verfahren der Pairskammer im Aprilprocesse gesetzliche Sanction erhalten, die einfache Majorität bei der Verurtheilung durch die Geschworenen hinreichen und heimliches Scrutinium dabei einge-

führt, die Strafen auf Preßvergehen geschärft, und auf beide, den Herausgeber und den Verfasser, ausgedehnt werden sollten. Diese Gesetze wurden, trotz alles Widerstrebens Seitens der Presse, welche der Minister als Mitschuldige Fieschi's bezeichnet hatte, am 5. und 9. September in den Kammern angenommen und vom König sofort verkündigt. Damit war das revolutionäre Wesen freilich an der Wurzel angegriffen; desto mehr wuchs aber der Ingrimm der besiegten Parteien. Wir sehen daher, daß am 25. Juni 1836 Alibaud und am 27. December 1836 Meunier neue Attentate verüben. Von ihnen büßte jener mit dem Leben, dieser mit dem Exil. Auch die Napoleonisten wagten, im Hinblick auf die Misstimmung Vieler über die Septembergesetze, einen Versuch, den Thron wiederzugewinnen. Louis Bonaparte, Sohn des Exkönigs von Holland, erschien am 30. October 1836 in Straßburg, wo Oberst Vaudrey eine Verschwörung unter seinem Regimente angezettelt hatte, und proclamirte sich zum König. Der General Voirol ließ aber die Schuldigen sofort verhaften und erstickte den Aufstand in der Geburt. Die Regierung entließ Louis Bonaparte nach den Vereinigten Staaten, worauf die Geschworenen des Elsasses auch die übrigen Theilnehmer des Straßburger Attentats freisprachen. Dieses Verdict bewog das Ministerium zur Vorlegung des sogenannten Disjunctivgesetzes, wonach, wenn Militär- und Civilpersonen gemeinschaftlich politische Verbrechen begangen hätten, die ersteren vor die Kriegsgerichte verwiesen werden sollten. Die Kammer verwarf am 8. März 1837 das Gesetz, worauf der König, der bisher wie ein Gefangener gelebt hatte, beschloß, die Doctrinairs zu entlassen und durch einen Act der Milde die Feinde zu versöhnen, obwohl noch der Proceß gegen den jungen Hubert schwebte, der, von Steubel verführt, eine Höllenmaschine von England nach Frankreich gebracht hatte. Ein freudiges Familienereigniß gab Veranlassung, Gnade zu üben, indem sich der Herzog von Orleans mit der schönen und geistreichen Prinzessin Helene von Meklenburg-Schwerin verband (30. Mai 1837). Einige Wochen vorher (8. Mai) erließ der König eine ausgedehnte Amnestie für Die, welche wegen politischer Vergehen verurtheilt waren. Die Herzogin gebar am 24. August 1838 einen Prinzen, den Grafen von Paris. Die orleanistische Thronfolge war gesichert und Talleyrand hatte ruhig sterben können (17. Mai 1838). Louis Philipp glaubte, bei Gelegenheit der Heirath des Kronprinzen und der Amnestirung der politischen Verbrecher die Kammern zu Opfern bereiter zu finden, die sie im Interesse der Sicherheit und der königlichen Familie bringen sollten. Die Gesetze der ersteren Art wurden jedoch abgelehnt, und von denen der zweiten Art nur ein Theil genehmigt. Die Apanage des Herzogs von Orleans ward nämlich auf zwei Millionen erhöht, und der Königin der Belgier ein nachträgliches Brautgeschenk von einer Million bewilligt; dagegen erklärte sich die öffent-

liche Stimme, von Cormenin's scharfer Feder bestochen, gegen die Apanage des Herzogs von Nemours. Für diesen verlangte der König nämlich die Domaine Rambouillet nebst Chateauneuf, deren Einkünfte er mit 480,000 Francs veranschlagt hatte, die aber wohl zwei Millionen bringen konnten. Louis Philipp löste daher die Kammer auf. Die Kammern von 1838 (17. December) täuschten alle Erwartungen des Ministeriums Molé. Die Thronadresse enthielt verletzende Anspielungen auf das Selbstregieren des Königs und griff besonders die auswärtige Politik in Belgien, der Schweiz, Italien und Spanien an. Die Deputirten erklärten, nur widerwillig die Opfer zur Colonisation Algiers herzugeben, obwohl Konstantine (1837) erobert worden war, und verweigerten endlich die Zustimmung zu dem Plane, ein Eisenbahnnetz auf Staatskosten durch Frankreich zu legen. Das kräftigere Auftreten gegen Mexico versöhnte nicht mit einem System, das blos auf Corruption, die Furcht der Bourgeoisie vor Emeuten, die Einschüchterung bei den Wahlen und die Verfolgung der Presse gebaut war. Der Proceß gegen den ehemaligen Polizeipräfecten Gisquet, machte die Bestechlichkeit des Beamtenstandes und die verwerflichen Mittel, welche die Regierung angewendet hatte, um die Wahlen zu ihren Gunsten zu lenken, so offenbar, daß die eitlen Franzosen es gar nicht beachteten, wie der Prinz Joinville und der Admiral Baudin die mexicanischen Küstenplätze beschossen und von den Mexicanern die Entschädigung für die französischen Kaufleute, welche in den bürgerlichen Wirren Mexicos Verluste erlitten hatten, erzwangen.

Die Niederlage des Ministeriums in den Kammern war vorzüglich einer Vereinigung der Guizot'schen Partei mit der Thiers'schen zuzuschreiben. Molé dankte am 22. Januar 1839 ab, behielt jedoch auf Bitten des Königs nochmals sein Portefeuille, als Soult sich weigerte, ohne Thiers ein neues Ministerium zu bilden. Nun mußte die Kammer aufgelöst werden. Die Neuwahlen zeigten indeß dem Ministerium, daß es im Land auf keine Unterstützung rechnen dürfe. Es trat definitiv ab (9. März) und der König führte einstweilen mit einem sogenannten Geschäftsministerium die Regierung. Die Ministerkrise endete am 13. März, nachdem die Republikaner in Paris eine erfolglose Emeute gemacht hatten (12. März). Marschall Soult wurde Präsident und Minister des Auswärtigen, Teste erhielt die Justiz, Villemain den Unterricht, Duchatel das Innere, Passy die Finanzen. Dieses Ministerium berücksichtigte die öffentliche Meinung hinsichtlich der äußeren Politik mehr. Als es aber nochmals die Dotation des Herzogs von Nemours einbrachte, stürzte es (Februar 1840), da die Majorität sich dagegen aussprach. Jetzt blieb dem Könige nur noch Thiers übrig. Louis Philipp ließ ihn rufen und ertheilte ihm Vollmachten zur Bildung eines Cabinets. Im März 1840 überreichte Thiers, der sich den Vorsitz und das Auswärtige



bedungen hatte, dem König die Ministerliste: Remusat, Inneres; Pelet, Finanzen; Gouin, Handel; Cousin, Unterricht; Cubières, Krieg; Vivien, Justiz; Jaubert, öffentliche Arbeiten. Dieses „liberale" Ministerium trat nach Außen mit einer herausfordernden Prahlerei auf, und setzte, indem es den Krieg mit den vier Großmächten wegen Mehemed Ali als nahe bevorstehend ankündigte, das alte Lieblingsproject des Königs, die Befestigung von Paris, durch. Mehemed Ali, der Vicekönig von Aegypten, war ein Favorit der französischen Regierung gewesen und auf Kosten der Pforte sehr bevorzugt worden. England und Rußland aber haßten Mehemed Ali, das erstere darum, weil er die Integrität der Pforte gefährdete, das letztere, weil er ein zu kräftiger Regent war, mit dem, wenn er Padischah geworden wäre, Rußland schwerer fertig geworden wäre, als mit dem bei den Alttürken verhaßten Mahmud. Beide Großmächte vereinigten sich nun zum Schutz der Pforte und zogen Oesterreich und Preußen ins Bündniß, um Mehemed Ali zur Herausgabe Syriens zu zwingen. Das Bündniß zwischen England, Oesterreich, Preußen und Rußland wurde am 15. Juli 1840 abgeschlossen. Am 19. Juli gelangte die Nachricht davon nach Paris, wo sich die Aufregung schon bis zu einem bedenklichen Grade gesteigert hatte. Die Schuld davon trug Thiers, der im Mai an England die Forderung gestellt und auch bewilligt erhalten hatte: die Gebeine Napoleon's von St. Helena nach Frankreich überführen zu dürfen. Die Erinnerung an die glorreichen Tage von Marengo, Austerlitz, Moskau u. s. w. erwachte mit aller Stärke; man sehnte sich aus dem thatenlosen Frieden, der schlimmere Opfer, als die Kriege Napoleon's, erforderte, heraus. Jetzt bot sich die Gelegenheit. Thiers rief in der Kammer: „die orientalische Frage ist für uns am Rhein!"

„Die Rheingrenze, die Rheingrenze", hallte es in ganz Frankreich wieder. Die Rüstungen in den Arsenalen und Werften nahmen eine solche Ausdehnung, daß auch Preußen seine Reserven einzog. In Preußen aber, wo ein männlich kräftiger Regent den Thron bestiegen hatte, und wo das Andenken der Freiheitskriege noch fortlebte, überfluthete der Kriegsenthusiasmus alle Grenzen. „Das Rheinlied" von Becker, in vielerlei Compositionen gesungen, klang von den Alpen und dem Rhein bis zur Ostsee und Weichsel fort. So standen sich Deutsche und Franzosen mit ihrer Marseillaise und ihrem Rheinliede drohend gegenüber: da erfolgte das Attentat Darmès', der bei einer Revue der Nationalgarde auf Louis Philipp ein mit sechs Kugeln geladenes Gewehr abgefeuert, aber nur sich selbst verletzt hatte. Louis Philipp sah, wie gefährlich die Aufregung war und welche Elemente ein Krieg entfesseln konnte; er sah ferner, daß Frankreichs Kräfte sich erschöpfen und der Krieg nur Demüthigungen herbeiführen müsse. Darum entließ er plötzlich das Ministerium Thiers

(21. October). Er konnte das, wie ihm sein scharfer Blick lehrte, ohne Gefahr thun, denn Thiers hatte weder die radicale Partei durch Vorlage eines freisinnigeren Wahlgesetzes, oder durch Suspension der verhaßten Septembergesetze von 1835 gewonnen, noch dem tiers-parti und der Bourgeoisie, die eine Störung des französischen Handels und Gewerbfleißes fürchteten, Garantien gegeben, daß ihre Interessen beachtet und der Arbeiterstand in Schranken gehalten werden sollte. Am 29. October 1840 trat das Ministerium Soult-Guizot an die Stelle des kleinen Thiers, der sich nun ebenfalls abgenutzt und seine kurze Rolle ausgespielt hatte.

24. Die orientalische Frage. Sultan Mahmud II. und Mehemed Ali. Rußlands und Englands Politik in der Türkei und im Kaukasus. David Urquhart. Schamyl.

Seit dem Frieden von Passarowitz (N. G. 161.) hatte die Pforte den Glauben an ihre Furchtbarkeit eingebüßt. Im Frieden von Kutschuk Kainardschy, (N. G. 239) welcher Rußland zuerst das Schutzrecht über die griechische Kirche in Konstantinopel gab, verlor die Türkei ihr europäisches Ansehen. Geschickt wußte Rußland das Axiom zu verbreiten, daß die Pforte alle Spuren der Auflösung zeige, weshalb man sich im Voraus über die Beute verständigen müsse. Der Krieg, welchen Kaiser Joseph und Katharina gegen die Osmanen führten (N. G. 250), hatte keinen andern Zweck, als das türkische Reich zwischen Oesterreich und Rußland zu theilen. Die Pforte erwehrte sich aber ihrer Feinde und ein Jahrzehnt später hatten sich die Verhältnisse Europas so geändert, daß Frankreich und England durch die Revolution aus ihrer Schlaffheit gerissen, mit wachsameren Augen das Intriguen- und Kriegsspiel der Russen beobachteten. Napoleon entdeckte mit seinem gewohnten Scharfblick, daß die Pforte ohne eine gründliche Reform im Finanz- und Heerwesen bald unterliegen müsse, und überzeugte den Sultan Selim III. von der Nothwendigkeit, sein Heer mit Hilfe französischer Officiere neu zu organisiren. Allein die Kriegerkaste der Janitscharen und die fanatisch-altgläubische Partei der Ulemas stürzten den Sultan, nicht ohne englischen Anreiz, vom Throne (1807). Mustapha IV. folgte und Napoleon verständigte sich nun in Tilsit mit dem Kaiser Alexander über eine Theilung des osmanischen Reichs. Rußland sollte die Donaufürstenthümer und Bulgarien, Frankreich aber Macedonien, Thessalien, Griechenland, Epirus und Albanien, Oesterreich endlich Serbien und Bosnien bekommen; das Weichbild von Konstantinopel, Rumelien und Natolien sollten der Pforte verbleiben. Da Alexander aber zu heftig auf einer *sofortigen* Besitznahme der Donaufürstenthümer bestand und statt Bulgariens einzig und



allein Stadt und Weichbild Konstantinopel verlangte, brach Napoleon die Unterhandlungen mit den Worten ab: „Konstantinopel, Konstantinopel?“ „Nie und nimmer!“ denn das wäre die Herrschaft der Welt. Der russisch-französische Krieg schaffte der Pforte einige Ruhe, obwohl Rußland durch das im Bukarester Frieden erworbene Schutzrecht über die Donaufürstenthümer stets seine Hände in den inneren Angelegenheiten des türkischen Reichs behielt. Inzwischen hatte hier Mahmud II. (1808 bis 1839) den Thron bestiegen, ein Herrscher, bei dem die Janitscharen keine feindliche Gesinnung vermutheten, da er im Serail aufgewachsen war und nur die Kunst der Kalligraphie betrieben hatte. Mahmud II. faßte aber die Reformpläne Selim's von Neuem auf und nachdem er mitten im griechischen Kriege die aufrührerischen Janitscharen vernichtet hatte (1826), ging er daran, mit eiserner Festigkeit die Grundlagen des türkischen Reichs umzuformen. Zunächst galt es der Reorganisation des Heeres, die theils von französischen, theils von preußischen Officieren bewerkstelligt wurde, ein großes Unternehmen, in welchem nicht einmal der russisch-türkische Krieg von 1828—1829 eine Stockung hervorbrachte. Nach dem Frieden von Adrianopel griffen die Reformen noch mehr in die Tiefe, wenn auch der Sultan, nach Peter's Vorbild, den Türken im Aeußeren, in Kleidung und Sitte, manche unliebsame Neuerung aufdrängte. Die Hauptsache war, daß die Aristokratien der Paschas und Spahis, der Ulemas und der Wechsler aufgehoben, der mittelalterlich-osmanische Lehnsstaat in einen modern-bureaukratischen Staat umgewandelt werden sollte. Die Paschas sollten aufhören, Lehnsleute zu sein und sich ihrer Pflicht nur durch eine Tributzahlung zu entledigen; sie sollten abhängige Beamte werden, welche die Steuern von den Unterthanen erhoben, wodurch diese vor den Bedrückungen der Wechsler, welche ihrerseits den Paschas die Steuern und Zölle abgepachtet hatten, geschützt werden sollten. Die Güter der kleineren türkischen Lehnsleute (Spahis) wurden in Privatgüter umgewandelt. Dadurch bahnte der Sultan eine allmälige Gleichstellung der christlichen Rajahs mit den Türken an. Die Classe der türkischen Rechts- und Gottesgelehrten (Ulema), deren Haupt der Scheik-ul-Islam ist, hatte von Alters her im großen Staatsrathe (Divan) unermeßlichen Einfluß, da der Koran nicht nur die religiöse, sondern auch die politische Grundlage des türkischen Reichs bildete, und der Padischah sowohl Kalif als Großsultan war. Die Ulemas widersetzten sich aber jeder Neuerung. Mahmud wußte sie durch terroristische Maßregeln bald zum Schweigen zu bringen. Die stillen Fluthen des Bosporus empfingen die Opfer, welche der türkischen Reform dargebracht wurden.

Es dürfte kaum geleugnet werden, daß Mahmud's Pläne, wenn sie energisch betrieben wurden und sich befestigen konnten, eine innere Kräftigung des osmanischen Reiches ermöglichten. Dies konnte Rußland

aber keineswegs genehm sein; es suchte daher die Ruhe des Reichs zu stören, die vielen Unzufriedenen zu Aufständen zu reizen, um das Reformwerk aufzuhalten und sich dann dem bedrängten Sultan zum Retter anzubieten.

Noch während des russischen Krieges hatten die türkischen Familien in Bosnien und Albanien, besorgt um ihre feudale Unabhängigkeit, Unruhen erregt und die Paschas zum Theil dem Sultan den Gehorsam verweigert. Im Jahre 1830 sandte der Sultan seinen tapfern und schlauen Großvezier, Redschid Pascha, gegen den Pascha Mustapha von Scodra und die Albanesen. Redschid bemächtigte sich der albanesischen Häuptlinge durch List, mit Ausnahme Mustapha's. Dieser und Hussein Pascha in Bosnien faßten nun den kühnen Gedanken, nach Konstantinopel zu marschiren und mit Hilfe der Unzufriedenen den Sultan zu stürzen. Redschid wußte durch Unterhandlungen die Rebellen zu trennen und besiegte Mustapha bei Perlepe (20. April 1831). Mustapha selbst entkam glücklich nach Scodra. Als Redschid nun gegen Hussein und seinen Freund Ali Widaitsch zog, erlitt er eine empfindliche Niederlage und rettete sich nur durch listige Unterhandlungen, in welchen er im Namen des Sultans den Bosniern versprach, keine Reformen einzuführen und den Vezier stets aus den Eingeborenen zu ernennen. Ohne auf einen Ferman des Großherrn zu warten, zerstreute sich das Heer der Bosnier. Mustapha unterwarf sich gegen das Versprechen der Amnestie und enthüllte dem Sultan die Beziehungen, in welchen Mehemed Ali von Aegypten zu der bosnisch-albanesischen Verschwörung gestanden hatte. Redschid aber hauste schrecklich in Albanien und hatte am Ende des Jahres 1831 diese Provinz gänzlich unterworfen. Nun ernannte der Sultan den Kara Mahmud zum Vezier von Bosnien, indem er den von Redschid eingegangenen Vertrag nicht genehmigte. Der betrogene Hussein setzte sich zwar verzweifelt zur Wehre, mußte jedoch über die Grenze fliehen, nachdem er zwei Treffen verloren hatte. Die Pforte benahm sich gegen die Besiegten mild und gewährte Allen eine vollständige Amnestie (1832).

Diese Verlegenheiten der Pforte benutzte Mehemed Ali, Pascha und Vicekönig von Aegypten, um seine Macht zu vergrößern. Mehemed Ali war ursprünglich Tabakshändler, trat dann in die Dienste der Pforte, kämpfte in Aegypten gegen die Franzosen, wurde endlich Pascha in Aegypten und befestigte seine Herrschaft durch einen verrätherischen Mord an den Beys der Mameluken. Darauf führte er mit Hilfe französischer Officiere eine Reform des Heerwesens durch, erwehrte sich der Engländer glücklich und strebte dahin, das Land in besseren Culturzustand, seine Finanzen in blühendere Umstände zu bringen.

Die Mittel, welche er dazu anwendete, gehörten freilich nicht der Civilisation an; aber verkennen darf man nicht, daß im Orient ein träges



Volk lebt, welches nur durch Zwang zur Arbeit und Thätigkeit zu bewegen ist. Die Fellahs (Bauern) wurden jetzt nichts als Verwalter des Pascha's, der sich als Eigenthümer des Grundes und Bodens betrachtete; sie mußten die Ernten in öffentliche Magazine abliefern und erhielten einen beliebigen Preis dafür. Der Handel war Monopol des Pascha's. Mehemed Ali und sein kriegerischer Adoptivsohn, Ibrahim Pascha, suchten ihre Herrschaft immer weiter auszudehnen. Klüger, als der Großsultan, wußten sie sich mehr in der Gunst der Altgläubigen zu erhalten, ja die Blicke derselben auf sich zu lenken, als Diejenigen, welche den Islam vor den zersetzenden Reformen des Padischah's retten könnten. Dazu hatte der Kampf Mehemed Ali's gegen die Wechabiten in Arabien sehr viel beigetragen (1818), welche, in der Mitte des achtzehnten Jahrhunderts entstanden, gewissermaßen als die Puritaner unter den Moslems zu betrachten sind. Indem Mehemed Ali die Pforte im griechischen Kriege unterstützte (1824—1827), glaubte er gerechte Ansprüche auf die Dankbarkeit des Großherrn zu haben. Die bosnischen Wirren, die nicht ohne sein Vorwissen stattfanden, gaben ihm die erwünschte Gelegenheit, den Lohn für seine Dienste zu fordern. Er hatte das Paschalik von Damascus verlangt, bekam aber statt dessen Kreta, worüber er sich mismuthig zeigte, da Syrien seine Habgier reizte. Als nun der Pascha Abdallah von Akre dem Sultan den Gehorsam verweigerte und ägyptische Unterthanen zurückhielt, zog Mehemed Ali gegen ihn das Schwert, indem er das Gerücht verbreitete, es geschähe mit Bewilligung des Sultans. Am 29. October 1831 überschritten die ägyptischen Truppen unter Ibrahim Pascha die syrische Grenze, nahmen Gaza, Jaffa und Jerusalem, und belagerten Akre. Die Pforte mahnte zwar Mehemed Ali von seinem eigenmächtigen Beginnen ab, dieser ließ sich aber nicht stören. Darauf that der Sultan (23. April 1832) den ägyptischen Pascha in den Bann. Aber Ibrahim rückte, von den kriegerischen Drusen des Libanon freudig empfangen, immer weiter vor. Im Mai fiel Akre, im Juni Damascus und Haleb. Endlich ermannte sich die Pforte und sandte Hussein mit einem Heere ab; die Vorhut commandirte Mehemed Pascha, der im Rufe eines tüchtigen Taktikers stand und sich selbst dafür hielt, weshalb er die Befehle Hussein's wenig beachtete. Diese Uneinigkeit im türkischen Heere erleichterte Ibrahim den Sieg. Am 9. Juli 1832 wurde Mehemed Pascha bei Homs und am 27. Juli das türkische Hauptheer bei Beylan geschlagen und gänzlich zersprengt. Der herrschsüchtige Seraskier Chosrew Pascha soll es dem Heere haben an Allem fehlen lassen, damit Hussein eine Niederlage erleide und er selbst an die Spitze der Armee gestellt werde. Sultan Mahmud wußte aber die militairischen Talente Chosrew's besser zu würdigen und übertrug dem schlauen Redschid das Commando über die syrische Armee. Redschid's Plan war sehr geschickt angelegt. Da er

seine Truppen nicht für manövrirfähig hielt, wollte er Ibrahim im kleinen Kriege aufreiben. Chosrew drängte jedoch zur Schlacht und beredete auch den Sultan, daß er dem Großvezier den Befehl dazu schickte. Redschid gehorchte gegen seine Ueberzeugung und — verlor die Schlacht von Konieh (20. December 1832). Der tapfere Feldherr gerieth selbst in die Gefangenschaft Ibrahim's. Die Türkei hatte weder Heere, noch Anführer mehr. Ibrahim stand der Weg nach Konstantinopel offen. Dies war der Augenblick, wo Rußland dem Großherrn seine Hilfe uneigennützig anbot, da England und Frankreich damals außer Stande waren, Unterstützung zu leisten. Mahmud zögerte zwar, dies Danaergeschenk anzunehmen, rief aber zuletzt (21. Januar 1833) doch die russische Hilfe an, da Ibrahim unaufhaltsam vorrückte. In Sebastopol lag schon Alles bereit und harrte des Moments, um im Bosporus Anker zu werfen. Die russische Flotte landete bei Skutari, ein Landheer zog über die Donau und den Balkan nach der türkischen Hauptstadt. Kaum hatte Louis Philipp davon Nachricht erhalten, als er einen außerordentlichen Botschafter, den Admiral Roussin, nach Konstantinopel schickte, der auch keine große Mühe hatte, den Sultan von der Gefährlichkeit und Zweideutigkeit der russischen Hilfe zu überzeugen. Allein Roussin vermochte bei Mehemed Ali die Vergleichspunkte nicht durchzusetzen, welche er dem Sultan vorgeschlagen hatte, und Ibrahim war schon der bosporanischen Küste nahe. Die ganze Diplomatie gerieth in eine sehr geschäftige Aufregung. Von zwei Seiten drohte der Pforte die Auflösung: von der Seite ihres Feindes Ali, und von der ihres Freundes Rußland. Die englischen und die französischen Flotten waren fern, Oesterreich unthätig, Preußen zu abgelegen und zu wenig betheiligt. Da drangen alle Diplomaten in den Sultan, die Forderungen Ali's zu genehmigen und Rußland widersprach nicht, und so kam am 6. Mai 1833 der Friede zu Kutajah zu Stande, in Folge dessen Mehemed Ali ganz Syrien und das Gebiet von Adana erhielt, und im erblichen Besitz von Aegypten, Kreta und Arabien bestätigt wurde.

Die Russen entfernten sich, nachdem sie den Sultan zur Schließung des Vertrags von Unkiar-Skelessi (8. Juli 1833) überredet hatten, indem sie dem Padischah Angst machten, England und Frankreich, die jedenfalls im geheimen Bunde mit Mehemed Ali gewesen seien, würden bei gelegener Zeit ihre Angriffe gegen die Pforte wiederholen. Der Defensivvertrag von Unkiar-Skelessi brachte die Türkei in völlige Abhängigkeit vom Czaren, da die Vertheidigung, die beide Mächte einander zusagten, sich auf alle Gegenstände erstrecken sollte, welche die Ruhe und Sicherheit ihrer Staaten betreffen. Rußland verzichtete jedoch großmüthig auf die vertragsmäßige Hilfe Seitens der Pforte, und erbat sich dafür blos die Schließung der Dardanellen für alle fremde Kriegsschiffe. Jetzt war das schwarze Meer ein russischer Binnensee geworden und der Handel des



Occidents nach der pontischen Küste in der Wurzel angegriffen. Rußland konnte sich rechtlich in die inneren Angelegenheiten der Türkei einmischen und die Hilfe, welche es leistete, hing von seinem Ermessen ab, da „beide contrahirende Theile über alle Fälle und Vorkommnisse, welche die Ruhe und Sicherheit der Türkei oder Rußlands angehen“, berathen werden. Die westlichen Seemächte protestirten zwar gegen jenen Vertrag; aber die Pforte erklärte, daß das Niemand etwas angehe. England schwieg und handelte im Stillen. Es suchte zuerst die Türkei von der russischen Vormundschaft zu befreien, um dann der Rache des Sultans gegen den ägyptischen Pascha freien Lauf zu lassen und sich selbst an der Züchtigung des gefährlichen Vicekönigs zu betheiligen. Denn auch England war auf Mehemed Ali nicht gut zu sprechen, da dieser, als ein energischer, schlauer und gewaltthätiger Charakter, die beiden Landhandelswege nach Ostindien, über Suez und den Euphrat, sperrte, die Engländer zu verdrängen und den Handel an sich zu reißen suchte.

Lord Palmerston, der in diesem Zeitraum mit geringen Unterbrechungen die auswärtigen Verhältnisse Englands leitete, hatte lange Zeit den Arbeiten der russischen Diplomatie zugesehen, ohne ihre Schleichwege und geheimen Endzwecke sorgfältig zu ergründen. Erst der Einfluß, den ein Autodidakt von dunkler Herkunft auf König Wilhelm IV. gewann, zwang den edlen Lord, sich die Bezüge klar zu machen, in welchen Rußlands diplomatische Wege zu der englischen Handelspolitik ständen. Dieser Autodidakt war David Urquhart, dessen Name fortan mit der orientalischen Frage verknüpft sein wird. Der Knabe wuchs fast ohne Schulunterricht auf; seine Mutter nahm ihn zeitig auf Reisen mit und sein väterlicher Freund, Jeremias Bentham, lehrte ihn später die orientalischen Sprachen. Außerdem beschäftigte sich Urquhart mit Nationalökonomie und Mineralogie. In Griechenland diente er unter Lord Cochrane und stieß hier, bei Kapodistrias, auf die ersten Spuren russischen Einflusses, die ihn so unangenehm berührten, daß er von dieser Zeit ab blos Einen Plan verfolgte: das Gewebe der russischen Politik bloszulegen. Daß er dabei oft ins Barrokke fällt, ist ein Mangel, den er mit jedem einseitigen Streben theilt; daß sein Instinct, russische geheime Intriguen überall zu wittern, ihn oft zu lächerlichen Aeußerungen treibt, daran ist sein specifisch-englischer Patriotismus Schuld. Er erklärte selbst, weder Whig, noch Tory, noch Radicaler zu sein, sondern blos Russenfeind sans phrase. Nachdem Urquhart die Donau, Kleinasien, den Kaukasus und die Türkei bereist hatte, und überall auf einzelne dünne Fäden der feinen Petersburger Diplomatie gestoßen war, machte er die Bekanntschaft des Sultans und gewann dessen ganzes Vertrauen (1833). In Konstantinopel veröffentlichte er seine ersten Schriften über den Orient: „Die Türkei und ihre Hilfsquellen“, 1833. „England und Rußland“, 1834, und „Sultan

Mahmud und Mehemed Ali Pascha", 1834. Im Jahre 1834 führte er seine Reise zu den Kaukasusvölkern aus, feuerte diese zum Widerstande gegen Rußland an und sagte ihnen die Hilfe Altenglands zu. Bei seiner Rückkehr in die Heimat richtete er die Blicke der Presse auf den Orient, den man damals noch sehr wenig kannte, weshalb Urquhart's Wort schwer ins Gewicht fiel. Wilhelm IV. beschied Urquhart mehrmals nach Windsor und unterhielt sich mit ihm, was Palmerston ungünstig aufnahm und den unbequemen Mentor, der seine Nachlässigkeit oder Unaufmerksamkeit bloszulegen drohte, als Gesandtschaftssecretair nach Konstantinopel entfernte. Urquhart nahm zwar den Posten an, stellte aber folgende Bedingungen, zu denen sich, mit Ausnahme der letzten, Palmerston auch verstand. Dieses Programm enthielt folgende Punkte: 1) die Marine wird vermehrt; 2) England schließt sich enger an Frankreich an; 3) der englische Gesandte in Teheran, den Palmerston trotz dringender Anschreiben ohne Instructionen gelassen hatte (s. u.), erhält die Weisung, das gute Einvernehmen zwischen Persien und der Türkei herzustellen; 4) das System der Dragomans in Konstantinopel wird aufgehoben. Man denke, daß damals der englische Dragoman der Bruder des russischen war! 5) Die Unabhängigkeit Tscherkessiens wird anerkannt. Eine Reihe von Verträgen zwischen England und der Pforte, England und Persien und endlich zwischen England und Oesterreich sollten Bollwerke gegen Rußland werden, damit die Donauschifffahrt frei, Aegypten mit dem osmanischen Reiche wiedervereinigt und Ostindien vor russischer Invasion geschützt würde. Noch während der Unterhandlungen über sein Programm begann Urquhart die Herausgabe der merkwürdigen Zeitschrift „Portfolio" (Herbst 1835), die bis zum Frühjahr 1837 bestand und die geheimsten diplomatischen Aktenstücke bezüglich der orientalisch-russischen Frage veröffentlicht hat. Diese Actenstücke, deren Aechtheit nicht bezweifelt ward, wurden in fast alle Sprachen übersetzt und schadeten Rußland in der öffentlichen Meinung unglaublich. Rußland gab aber nach allen Seiten hin beruhigende Versicherungen, und suchte nicht blos seinen Einfluß bei der Pforte, sondern auch in der Ostsee zu befestigen und seine westlichen Grenzen sicherzustellen. Hinsichtlich des ersten Punktes stellte Nikolaus der Pforte seine Ingenieure zur Verfügung, um die Dardanellenschlösser in besseren Vertheidigungsstand zu setzen; hinsichtlich des zweiten Punktes schloß es ein Handels- und Vertheidigungsbündniß mit Schweden (1835), erneuerte außerdem die diplomatischen Conferenzen mit Preußen und Oesterreich zu Kalisch und Töplitz, und traf geeignete Maßregeln, um die unruhigen Elemente in Deutschland und der Republik Krakau auszurotten, zu welchem Zwecke dieser Freistaat von den Truppen der verbündeten Schutzmächte besetzt wurde (17. Februar 1836). England, das bisher der Pforte

gegrollt hatte, schickte nun wieder einen Gesandten, Lord Ponsonby, nach Konstantinopel, und der Sultan ergriff begierig die rettende Hand, welche ihm das Cabinet von St. James darreichte. Denn die russische Diplomatie hatte sich immer anmaßender gezeigt, und gestützt auf den Vertrag von Unkiar-Skelessi und die Sympathien, welche sie bei den griechischen Christen in der Türkei genoß, sich in alle inneren Angelegenheiten des osmanischen Reichs gemischt. So mußte der Sultan den russenfeindlichen Patriarchen von Konstantinopel absetzen, nachdem die griechischen Bischöfe von Petersburg aus die Weisung erhalten hatten, darum beim Sultan zu petitioniren. Mahmud war daher seines nordischen Freundes überdrüssig und wandte sich den Engländern zu. Diese erhielten zwei Fermans, wodurch ihnen erlaubt wurde, eine Dampfschifffahrt auf dem Euphrat zu errichten und freien Handel durch Aegypten zu treiben. Endlich durfte auch, als der für Petersburg bestimmte Gesandte, Lord Durham, nach Konstantinopel kam, ein englisches Kriegsschiff durch die Dardanellen segeln. Mit Recht konnte Rußland hierin einen Bruch des Vertrages von Unkiar-Skelessi erblicken, und Butenieff säumte nicht, dies der Pforte vorzuwerfen und ihr die guten Dienste Rußlands ins Gedächtniß zurückzurufen, ja er drohte, mit Mehemed Ali ein Bündniß zu schließen. In der That kamen auch damals Ereignisse vor, die den Flügelschlag des russischen Doppeladlers am Hofe zu Kairo fühlbar machten, da Rußland bei der Fortdauer des Zwiespalts zwischen der Türkei und Aegypten nur gewinnen konnte. Darauf errichtete Rußland auf den Inseln der Sulina Quarantaineanstalten, um den englischen Handel, der sich seit Kurzem in den Donaufürstenthümern entwickelt hatte, zu belästigen und die Engländer, die seit 1835 einen Consul in Bukarest besaßen, daraus zu vertreiben. Wiewohl das Parlament diese Schritte Rußlands sehr mistrauisch aufnahm und eine sehr kriegerische Sprache führte, so beschwichtigte es Palmerston doch wieder, da ihm Durham von Petersburg aus berichtete, wie friedliebend der Kaiser sei, welche freundlichen Gesinnungen er gegen England hege und wie er in diesem Augenblicke einen Beweis seiner Großmuth ablege, indem er der Pforte einen Theil der Kriegskosten erlassen wolle. Das whigistische Parlament traute den Berichten Durham's, weil dieser als sehr liberal bekannt war; aber Durham war von der Liebenswürdigkeit des Czaren so entzückt, daß er an Ort und Stelle eine andere Anschauung der russischen Politik gewann, als die man damals in England durch das Portfolio hatte. Was jedoch Durham als einen neuen Beweis der Großmuth des Kaisers darstellte, erschien Andern als eine Falle, die Ponsonby und Urquhart dem russischen Cabinete gestellt hätten. Es verhielt sich damit folgendermaßen. Dem Czaren entging es nicht, welche wichtige Elemente der Propaganda für den Orient er in den Armeniern besaß. Darum betrieb er die Unter-

werfung aller Armenier unter den Katholikos, der in dem Kloster Etschmiadsin (bei Eriwan) residirt. Die Pforte willigte ein, daß der neue Patriarch von Konstantinopel den Katholikos anerkennen durfte, bat sich aber einen Gegendienst aus, der darin bestand, daß Rußland seine Kriegsforderungen ermäßigen möchte. Der Kaiser gab das gern zu, in der Hoffnung, daß die finanziell zerrüttete Pforte auch den Rest nicht würde aufbringen können. Plötzlich war das Geld da und die russischen Truppen mußten nun tractatenmäßig Silistria räumen (1836). Die Türkei war frei von unbequemen Freunden.

Mahmud hatte unterdessen schon Alles vorbereitet, um Mehemed Ali angreifen zu können. Zu dem Zweck hatte Redschid Mehemed 1834 und nachher Hafis Pascha das Land der Kurden unterworfen, um von Osten her in Syrien einzudringen, da die Tauruspässe sich in ägyptischer Gewalt befanden. Im Jahre 1839 waren alle Hindernisse beseitigt, die Kurden besiegt, und Mahmud erließ auf Anstiften Palmerston's den Hattischerif von Gülhane (publicirt 3. Nov. 1839), wodurch die Finanzverwaltung der türkischen Provinzen geordnet und die Grundsätze der Rechtsgleichheit und Glaubensfreiheit verkündigt wurden, und schloß mit England einen Handelsvertrag, der das Monopol vernichtete, welches sich Mehemed Ali hinsichtlich aller Landesproducte angeeignet hatte. Frankreich, um die Hände nach beiden Seiten frei zu haben, trat diesem Bündniß zum Schein bei; Mehemed Ali sah nicht ohne Bangen der Zukunft entgegen. Zwar hatte er sich mit Rußland und Persien geeinigt und dem Sultan in Bosnien und Albanien manche Verlegenheiten bereitet. Allein die Energie, mit welcher Palmerston verfuhr, indem er eine Flotte nach den Dardanellen sandte, und Persien und Afghanistan bedrohte, ferner das entschiedene Auftreten Metternich's zu Gunsten der Pforte, zeigten ihm und seinen Verbündeten im Hintergrunde die Wechselfälle des Krieges, welchen sie alle zusammen fürchteten. Mehemed Ali legte sich aufs Unterhandeln; er versprach, dem Hattischerif von Gülhane nachzukommen, wenn man ihm sechs Jahre Zeit lasse, um seine Finanzen anders einzurichten, und wenn ihm der Sultan den erblichen Besitz Syriens, Aegyptens und der Heiligen Stätten sichere. Der Sultan lehnte diese Bedingungen ab und es kam zum Kriege. Die Schlacht bei Nisib am Euphrat, welche Hafis Pascha wider den Rath des preußischen Majors von Moltke gegen Ibrahim annahm (24. Juni 1839), fiel so ungünstig für die Türken aus, daß sich ihr ganzes Heer auflöste. Der Sultan vernahm diesen Schlag nicht mehr; schon am 1. Juli verschied er, und ihm folgte sein sechzehnjähriger Sohn Abdul Meschid, der nicht den kräftigen Geist des Vaters besaß. Rußland glaubte, der Zeitpunkt sei gekommen, das schwache Osmanenreich über den Haufen zu werfen. Es überredete, im geheimen Einverständniß mit Frankreich, den Kapudan

Pascha, Achmed Fewzi, die Flotte nach Aegypten zu führen (5. Juli); er würde dann mit Mehemed Ali zurückkehren und in Konstantinopel ein nationaleres Regiment einsetzen können. Darauf bestimmte Rußland die Gesandten der Großmächte zu einer Collectivnote an die Pforte, in welcher dieser angerathen wurde, dem Vicekönig von Aegypten keine Antwort zu ertheilen, bevor sie nicht den Rath der fünf Großmächte eingeholt habe (27. Juli 1839). Die Pforte fühlte das Herabwürdigende dieses Rathes zu sehr, um der Note Gehör zu geben. Sie vertraute sich offen England und Oesterreich an und empfing die Genugthuung, daß beide sich dazu verstanden, die Integrität des türkischen Reichs zu verbürgen. Rußland lenkte sofort ein, zumal es Syrien lieber in den Händen des schwachen Sultans, als in denen des thatkräftigen Ali sehen mochte. So begannen im Januar 1840 in London die Conferenzen der österreichischen, russischen und englischen Staatsmänner, zu denen ebenfalls Preußen und die Türkei Abgeordnete schickten. Frankreich wurde von den Conferenzen ausgeschlossen, denn es hatte Englands Gunst verscherzt, da die Befestigung der französischen Herrschaft an den Südküsten des Mittelmeers und die Verbindungen, welche man bis nach Abyssinien und dem rothen Meere hin angeknüpft hatte, offenbar dahingingen, eine neue Handelsstraße nach Ostindien zu gewinnen. Am 15. Juli 1840 wurde in London die Quadrupelallianz zwischen England, Oesterreich, Preußen, Rußland und der Türkei abgeschlossen. Frankreich erhielt eine einfache Anzeige davon und rüstete deshalb, bis Thiers entlassen wurde. Inzwischen hatte eine österreichisch-englisch-türkische Flotte Truppen in Syrien ausgesetzt, Beirut bombardirt und Akre erobert. Der englische Commodore Charles Napier bedrohte im November Alexandria, und zwang Mehemed Ali zur Nachgiebigkeit. In der Hoffnung, daß die Vortheile, welche Frankreich früher besessen hatte, England in den Schooß fallen würden, eröffnete Napier dem Pascha die Aussicht, daß er Aegypten als erbliches Paschalik behalten würde, obwohl das gegen die Bestimmungen des Londoner Quadrupelvertrags war. Wirklich setzte England diese Ansicht trotz alles Sträubens der Pforte durch. Mehemed Ali trat Candia, Syrien und Arabien ab, gab die türkische Flotte heraus und erhielt dafür die Erblichkeit des Paschaliks von Aegypten (1841). Rußland hatte diesem Handel ziemlich theilnahmlos zugesehen und sich gelegentlich blos auf die Bestimmungen des Londoner Vertrags berufen, welche der Pforte bedeutende Vortheile zusicherten. Rußland schien aufrichtige Freundschaft für die osmanische Pforte zu empfinden und erntete im Divan die Früchte, welche englische und österreichische Waffen gepflückt hatten, während England sich für die diplomatischen Verluste in Konstantinopel durch eine tractatenmäßige Besitznahme der Ueberlandstraße durch Suez entschädigte. Frankreich aber büßte seinen ganzen Einfluß im Orient ein.

In der Gleichheit der Religion, wie in der Unzufriedenheit, welche die christlichen Unterthanen des Sultans wegen der Bedrückungen hegten, besaß Rußland die Hebel, welche es nur bewegen durfte, um das osmanische Reich allmälig zu entkräften. Die Verträge von Akjerman (1826) und von Adrianopel sicherten den Donaufürstenthümern eine halbe Souverainetät, und Rußland das Schutzrecht über jene. Kaiser Nikolaus hatte bis zur Abtragung der Kriegskosten von 1829 die Donaufürstenthümer besetzt gehalten und die Verwaltung dem klugen und wohlwollenden General Kisseleff anvertraut. Dieser arbeitete sowohl für die Moldau als für die Walachei organische Statuten aus, welche von den Bojaren, der hohen Geistlichkeit und den Kreisdeputirten dankbar angenommen und von der Pforte (29. Januar 1834) gebilligt wurden. Der Hospodar wird von der Bojarenversammlung gewählt und von Rußland bestätigt. Fürst Stourdza empfing die Hospodarenwürde der Moldau, Fürst Ghika die der Walachei. Bald entstanden jedoch zwischen der Bojarenversammlung, welche alle Rechte constitutioneller Kammern besitzt, und den Hospodaren, welche nach Unbeschränktheit streben, Streitigkeiten. Die Opposition der moldauischen Bojaren verklagte Stourdza in Petersburg und der Kaiser ließ 1836 eine Untersuchung über den Hospodar verhängen, der sich dem Willen des Czaren nicht recht fügen wollte. In der Walachei war dagegen der Divan anti-russisch und Fürst Ghika sprach russische Hilfe an. Baron Rückmann erschien, löste die Versammlung mit militairischer Gewalt auf und veranlaßte die Pforte, ihr Misfallen über die Opposition der walachischen Bojaren auszusprechen (1838). Es war Rußland keineswegs unbekannt geblieben, daß das neu errichtete englische Consulat in Bukarest (1835) die nationalen Gefühle der Moldau-Walachen anfregte und den Leuten die Idee eines selbstständigen Dakoromanischen Reichs in den Kopf setzte. Augenscheinlich rechnete England darauf, seinen durch Rußland sehr beeinträchtigten Handel in jenen industriearmen Ländern weiter auszubreiten und die Donaumündungen in neutrale Hände zu bringen. Natürlich unterdrückte Rußland seinerseits die nationale Partei.

Ganz anders benahmen sich Rußland und England in Serbien. Dieses Land besitzt eine schwache türkische Bevölkerung und wird von einem tapferen Naturvolke bewohnt, das von abendländischen Einrichtungen und Ständeunterschieden nichts wußte. Serbien begann auf Beschluß der allgemeinen Volksversammlung (Skuptschina) im Jahre 1804 den Freiheitskampf gegen die Türken. Der kühne und kluge Czerni Georg stand an der Spitze der Serbier und erfocht manche Siege über seine Glaubensfeinde. Rußland bot den Serbiern seinen Schutz an und die kriegerischen Häuptlinge nöthigten Georg wider seinen Willen zur Annahme desselben. Der Bukarester Friede (1812) gab

die Serbier der Pforte wieder Preis. Durch die listigen Rathschläge Rußlands verleitet, machte Georg allerlei militärische Fehler und floh zuletzt ins Oesterreichische (1813). Als er später zurückkehrte, wurde er von den Leuten des Milosch ermordet. Die Türken rächten sich aufs Schauderhafteste an den Serbiern, was diese nicht lange ertrugen, sondern unter Milosch's Führung nochmals zum Schwerte griffen (1815). Milosch kämpfte so wacker, daß ihn das Volk zum Fürsten wählte (1817), und die Pforte sich zu einem Frieden bequemte (1820), der gegen einen jährlichen Tribut von 50,000 Ducaten den Serbiern die heißersehnte Freiheit gewährte. Milosch war ein Mensch voll ungezähmter sinnlicher Leidenschaften, wollüstig, grausam, gewaltthätig, herrschsüchtig und geldgierig, dabei dem russischen Interesse ergeben, das ihm zur erblichen Fürstenwürde verhelfen sollte. Rußland war jedoch so klug, die beim Volke verhaßte Person des Milosch nicht zu bevorzugen; wohl gedachte es aber der Serbier im Frieden von Adrianopel und wirkte ihnen jegliche Freiheit in der inneren Verwaltung, und die Abtretung alles türkischen Eigenthums im Lande aus. Im Jahre 1835 brach ein Aufstand unter Wutschitsch und Petroniewitsch aus, durch welchen Milosch genöthigt wurde, eine Verfassung zu beschwören (2. Februar 1835), die Dawidowich nach abendländischen Mustern entworfen hatte. Die Pforte verwarf diese unpassende Verfassung, worauf sie Milosch sogleich beseitigte und die Patrioten aufs Heftigste verfolgte. Darin wurde er von dem englischen Consul Hodges bestärkt, der, befriedigt durch einen Handelsvertrag zwischen Serbien und England, die Sache der Freiheit aufzuopfern bereit war. Dafür nahm sich Rußland der vertriebenen Patrioten an, setzte sie in ihr Vaterland wieder ein und unterstützte bei der Pforte ihr Gesuch um eine Verfassung (1838). Diese Verfassung bestimmte, daß dem Fürsten ein Senat aus vom Fürsten zu ernennenden Mitgliedern zur Seite stehen, und die Herrschaft mit dem Fürsten theilen sollte. Milosch büßte den Versuch eines zweiten Verfassungsbruchs mit seiner Vertreibung (13. Mai 1838). An seine Stelle trat sein ältester Sohn Milan, und als dieser schon nach einigen Monaten starb, sein jüngerer Sohn Michael, nachdem der vom Senat gewählte Sohn Czerni Georg's, Alexander, von Rußland mit Protest zurückgewiesen war. Die Dankbarkeit gegen Rußland vermochte Michael zur Absetzung der russenfeindlichen Räthe Petroniewitsch und Wutschitsch.

In Montenegro, dessen tapfere Bewohner unbezwungen in ihren Bergen lebten, besaß Rußland alte Sympathien. Das damalige weltliche Oberhaupt Montenegro's, der Gubernator Radonitsch, wurde von dem Vladika Peter II. vertrieben, einem jungen Mann, der sein Volk der abendländischen Cultur in die Arme führen wollte. Oesterreich nahm jedoch die Vertreibung des ihm ergebenen Gubernators übel

auf, und der Bladika Peter ging deshalb nach Petersburg und ließ sich zum Bischof weihen (1837). Die räuberischen Streifzüge der Montenegriner ins österreichische Gebiet nöthigten den deutschen Kaiserstaat zu einem Feldzuge. Rußland vermittelte aber den Frieden (1840). Der Busen von Cattaro, welchen die Montenegriner beanspruchten, blieb zwar bei Oesterreich; allein es unterliegt keinem Zweifel, daß Rußland bei günstiger Gelegenheit, wenn es sich im Norden des Balkans bis ans adriatische Meer durchschlängeln könnte, die noch nicht geschlichteten Ansprüche Montenegro's auf den schönen, geräumigen Hafen von Cattaro erneuern würde.

Die russischen Bestrebungen im Südwesten werden durch jene im Südosten, nach Kleinasien und Persien hin, ergänzt. Der Schlüssel zu Vorderasien ist der Kaukasus, jener Isthmus, durch welchen Rußland die Verbindung mit Georgien und Armenien unterhalten, das persische Reich und Ostindien bedrohen kann. Diese Bedeutung des Kaukasus wurde immer einleuchtender, als Rußland, abgeschreckt von den aufreibenden Kriegen mit den Kaukasusvölkern, einen anderen Weg ins Innere Asiens suchte, und die Expedition nach Chiwa unter Perowski ausrüstete. Der klägliche Ausgang dieses kostspieligen Unternehmens (1839) wies Rußland nochmals auf die unumgängliche Bezwingung des Kaukasus hin. Die armenische Religion diente in zweiter Linie dazu, um die Russificirung jenes Gebirgslandes zu vollenden. Im Jahre 1802 erwarb Rußland Georgien, im Jahre 1813 Daghestan und Schirwan am caspischen Meere. Im Frieden von Adrianopel trat die Pforte die östliche Küste des schwarzen Meeres ab, obwohl die Türkei gar nicht darüber zu verfügen hatte. Rußland betrachtete nun den Kaukasus, „die anwohnenden Völker“ als sein Eigenthum, und machte sich daran, ihnen „das Räuberhandwerk“ zu legen. Der Krieg begann Seitens der Russen gegen die Kaukasusvölker im Jahre 1829, aber nur mit kleinen Massen. Erst 1834, als man sah, daß die im Lande errichteten Festungen von den Kaukasiern bei günstiger Gelegenheit zerstört und die Russen überfallen wurden, begann man, den Krieg systematisch zu führen. Die äußere Noth hatte jedoch die verschiedenen Völkerstämme im Kaukasus, die sich bisher heftig befehdet hatten, enger zusammengeführt. Der Priester Kasimullah war es, welcher, indem er die altpersische Sufilehre von einer hierarchisch-gegliederten Kirchen- und Staatsgemeinschaft erneuerte, die Völker des Kaukasus gegen die Russen vereinigte. Als Kasimullah von Rosen besiegt und getödtet worden war (1831), ergriff der Imam Schamyl die geistliche Herrschaft und das Feldherrnamt, und führte es mit solcher Kraft, daß die Russen trotz aller Siegesbulletins keine Fortschritte machen konnten. Im Jahre 1834 kam David Urquhart nach dem Kaukasus, „um Rußlands Geheimniß dort zu enträthseln und Elemente zu studiren, die für Englands Größe, und für die Wohlfahrt

der Welt höchst wichtig werden können." Darauf veröffentlichte er im „Portfolio" 1836 eine „Unabhängigkeitserklärung der Circassier", welche die Blicke von ganz England dorthin lenkten. Man schwärmte dort für die freiheitsglühenden Tscherkessen; die öffentliche Meinung forderte das Ministerium zur Unterstützung derselben auf und der Capitän Bell rüstete den Schooner Vixen aus, und sandte ihn nach den Ostküsten des Pontus, obwohl die Russen allen Schiffen verboten hatten, anderswo als an den Zollstätten Anapa und Redut-Kaleh anzulegen. Der Vixen wurde von den Russen aufgegriffen und als gute Prise erklärt. Darüber entstand in England ein gewaltiger Lärm, und Urquhart, der das Feuer zu schüren suchte, erwartete von Palmerston eine Kriegserklärung an Rußland. Palmerston aber entließ Urquhart (1837) und nahm den der Flagge des stolzen England angethanen Schimpf ruhig hin. Das war eine moralische Niederlage der Briten, die bei den asiatischen Naturvölkern, welche nichts von unsern künstlich-diplomatischen Zuständen wissen, mehr zu bedeuten hat, als eine verlorene Schlacht. Schamyl kämpfte jedoch fort, obwohl Grabbe und Saß ihm solche Schlappen beibrachten, daß sein Untergang gewiß schien. Aber er erholte sich immer bald wieder und stand furchtbarer denn je den Feinden im Rücken oder in den Flanken und schnitt ihre Verbindungslinien ab. Auch der vom Kaiser (1845) nach dem Kaukasus abgesandte Fürst Woronzoff, welcher das Heer auf 160,000 Mann vermehrte, und in seiner Hand die höchste Militär- und Civilverwaltung vereinigte, konnte sich keiner andern Erfolge rühmen, als den Wohnsitz Schamyl's, den Aul Dargo, zerstört zu haben und auf dem Rückzuge nur mit Mühe einer Vernichtung entgangen zu sein, die ihn ohne Freitag's rechtzeitige Hilfe sicher getroffen hätte. Die englische Handelswelt verlor den Kaukasus keineswegs aus den Augen. Sie führte den Bergbewohnern Pulver und Waffen zu, und wagte Schiffe und Ladung für Englands Größe und für einen geringen Privatgewinn. Das oft verspottete „Krämervolk" erhielt die Verbindungen der Tscherkessen mit England aufrecht, und machte gut, was die Regierung versehen hatte. So lange Schamyl lebt, kämpft Rußland erfolglos; wenn sich aber diese beiden Augen schließen, dann kann der Czar mit größerem Rechte diesen Tag festlich begehen, als die silberne Jubelfeier des ersten russischen Siegesbulletins über Schamyl. Inzwischen hat auch Woronzoff seinen Abschied genommen (1854).

25. Rußland und England im Orient. Rundschit Singh. Dost Mohamed. Russische Bestrebungen in Amerika. England und die Vereinigten Staaten.

Herr Nordasiens und des chinesischen Karawanenhandels in Kiächta, behauptete Rußland doch daselbst nicht dieselbe Autorität,

welche es sich in Europa schon angemaßt hat, da Sibirien größtentheils wüst und unbevölkert ist, und keine ergiebige Quelle des Handels zu werden verspricht. Rußland strebt daher nach dem Süden, in die heißen Thäler des Ganges, wo üppige Fruchtbarkeit, große Ströme und die Nähe der offenen Meeresküste ein Land geschaffen haben, aus dem England seine Reichthümer gezogen und dafür europäische Cultur und Gewerbfleiß hin verpflanzt hat. Wenn Rußland seinen maritimen Nebenbuhler hier angreifen will, so müssen Persien und Afghanistan in seiner Gewalt sein, oder hier Puppen auf den Fürstenthronen sitzen, die sich von Petersburg aus regieren lassen. Der kürzere Weg durch die salzigen Thon- und Flugsandsteppen Turans kann von einem Heere nicht betreten werden, und der Weg von Sibirien durch das trockenkalte, holzarme mongolisch-tibetanische Hochland ist eine Unmöglichkeit. Daher richtet sich die diplomatische Taktik der Russen zunächst auf Persien, indem es dessen Herrschaft nach Afghanistan vorschieben will.

Der talentvolle Abbas Mirza (S. 55 f.) war nach seiner Rückkehr aus Petersburg bald gestorben (1833). Der alte Feth Ali folgte ihm am 30. October 1834 ins Grab, nachdem er seinen Enkel, Mehemed Mirza, zum Nachfolger bestimmt hatte. England und Rußland erkannten denselben an und England beeiferte sich sogar, die Oheime des Schahs mit englischen Truppen unter Oberst Lindsay (1834) zu bekämpfen. Die Russen, welche den jungen Schah gänzlich umgarnt hatten, sahen ruhig zu, wie sich die Engländer für sie abmühten, und wußten am persischen Hofe den Glauben zu verbreiten, daß die Briten nur auf ihr Geheiß so gehandelt hätten. Ein wie wenig zuverlässiger blos für Bestechung empfänglicher Bundesgenosse Persien sei, sollte Rußland bald erfahren. Trotz der dringenden Bitten des englischen Gesandten Mac-Neill an Palmerston um Verhaltungsmaßregeln und eine Flotte, wenn der Schah sich dem Wunsche des russischen Gesandten Simonitsch fügen und Herat angreifen sollte, blieb Palmerston taub für alle Bitten. Der Generalgouverneur von Ostindien war dagegen aufmerksamer und sandte den Afghanen Officiere zu, welche die Städte befestigen und vertheidigen sollten. Die Perser drangen 1837 wirklich bis Herat vor, belagerten und stürmten diese Stadt lange vergeblich, obwohl Simonitsch selbst sie anführte, und zogen endlich wieder heim. Der englische Lieutenant Pottinger hatte um die Vertheidigung Herats das meiste Verdienst. Nach diesem offenen Hervortreten der Russen griff Palmerston zu kräftigen Gegenmaßregeln, sandte eine Flotte ins persische Meer und drohte Persien mit Krieg, wenn der Schah noch einmal in Afghanistan erschiene (1838). Dies imponirte den Persern so gewaltig, daß sie die Freundschaft Rußlands aufgaben und der englische Einfluß dort viele Jahre lang überwog. Zugleich wurde Rußland durch den Krieg der Engländer gegen die Afghanen aus allen

vortheilhaften Positionen herausgedrängt und mußte seine vorgeschobenen diplomatischen Posten einziehen. Rußland grollte deshalb den „britischen Krämern“ und es schien eine Zeitlang, als ob es jede Communication mit England abschneiden wollte. Dieses ließ sich aber nicht einschüchtern.

Afghanistan, das früher aus einer Menge unabhängiger Fürstenthümer bestand, war durch den eisernen Willen Achmed Schah's zu einem Reiche verbunden worden (1747). Bei dem Tode seines Sohnes Timur löste sich der Staatsverband wieder auf, indem Achmed's Enkel einander bekriegten. Mahmud erlangte 1809 das Uebergewicht über seine Brüder durch die kriegerischen Talente seines Ministers Fathi Khan, aus der Familie der Baruksis. Mahmud dankte es ihm jedoch schlecht und ließ ihn verrätherisch ermorden (1818), worauf die Brüder des Getödteten sich erhoben und Mahmud verjagten. Der Sohn des Letzteren, Kamran, hielt sich in Herat, während die Baruksis die Herrschaft des übrigen Afghanistan unter sich theilten. Unter diesen Fürsten ragte Dost Mohamed durch Klugheit und Tapferkeit hervor, wurde aber durch den „Löwen des Pendschab“, den Sikh König, Rundschit Singh, fortwährend beunruhigt. Mit diesem verband sich nämlich ein Sohn Timur's, Schudschah, welcher bei der ostindischen Compagnie Schutz und Unterhalt gefunden hatte, und sagte ihm einen Theil des afghanischen Reichs zu, wenn er ihm zur Wiedererlangung seines väterlichen Erbes behilflich wäre. Rundschit willigte ein und bemächtigte sich fast ganz Peschawers, während Schudschah von Dost Mohamed besiegt wurde.

Dieser Angriff Schudschah's vermehrte das Mistrauen Dost Mohamed's gegen England. Er sah sich daher nach einer andern Macht um, auf welche er sich mehr verlassen könnte, wenn Rundschit seine Eroberungen ausdehnen wollte. Rußland bot sofort seine Hand hilfreich an und sandte einen Unterhändler Witkowitsch nach Kabul mit eigenhändigen Briefen des Czaren und des persischen Schahs (1837). Kaum hatte der englische Gesandte davon Wind erhalten, als er den General-Gouverneur von Ostindien, Lord Auckland, davon in Kenntniß setzte und die Gefahren, welche aus einer Verbindung Afghanistans mit einer westlichen Macht für England erwachsen könnten, bezeichnete. Auckland forderte, daß Dost Mohamed den russischen Gesandten fortweisen sollte, was dieser natürlich verweigerte. So blieb nichts anderes übrig als Krieg: die Compagnie führte ihn aber nicht in ihrem Namen, sondern in dem des Schah Schudschah und zog Rundschit in ihr Interesse (1838). Der Feldzug gegen die Afghanen war kurz und siegreich, aber mit vielen Beschwerden verbunden. Am 4. August 1839 zog Schudschah in Kabul ein, während Dost Mohamed nach Persien entfloh. Im Jahre 1840 machte Dost zwar einen Versuch, sein Land wieder zu erobern, fiel aber in englische Gefangenschaft.

So glücklich aber auch die Engländer in Afghanistan waren, so weit ihr Kriegsruhm auch drang, so wenig vermochten sie in Bochara sich festzusetzen. Rußlands Einfluß war hier mächtiger. Auch in China hatte das trotzige Auftreten des englischen Gesandten, Sir Charles James Napier, dem russischen Interesse das Uebergewicht verschafft (1834). Trotz strenger Verbote der chinesischen Regierung über den Opiumhandel, hatten nämlich die Engländer dieses giftige, den Chinesen fast unentbehrliche Product, in bewaffneten Schmuggelbooten eingeführt. Der Kaiser von China ließ Kriegsschiffe gegen die Opiumboote auslaufen und befahl, daß alles Opium, das sich in englischen Factoreien vorfände, ins Meer geworfen werden sollte. Die Vollziehung dieses Befehls führte zum Krieg mit England (1840). Admiral Elliot besetzte Tschusan und blokirte Kanton, während sein Bruder, Capitain Elliot, mit unendlichen Gefahren in die chinesischen Flüsse einsegelte, und General Hugh Gough mit 2500 Mann das ganze chinesische Heer zersprengte (26. März 1841). Die Chinesen suchten sich durch Unterhandlungen zu retten, brachen sie jedoch ab, sobald sie sich erholt hatten. Admiral Elliot machte diesem zeitraubenden Wesen ein Ende. Er nahm nach einander Amoy, Tschusan, Tschinhai, Ning-po und Tscha-pu, segelte in den Yantsekiang ein und brachte in zwei Stunden die chinesischen, mit zweihundertfunfzig Kanonen gespickten Strandbatterien zum Schweigen. Am 6. August 1842 erschienen die Engländer vor Nan-king. Da sandte der Kaiser Friedensboten. Am 26. August 1842 wurde der Vertrag abgeschlossen: die Engländer erhielten Hong-kong, und durften in den Häfen Kanton, Amoy, Fu-tscheu-fu, Ning-po und Schanghai Handel treiben und Consuln anstellen; auch einundzwanzig Millionen Dollars Kriegskosten mußten die Chinesen bezahlen. China wandte sich aus Haß gegen England dem altbefreundeten Rußland inniger zu und schloß mit Frankreich und den Vereinigten Staaten ebenfalls Handelsbündnisse ab (1844).

Rundschit Singh war 1839 gestorben; das Königreich Lahore schwankte seiner Auflösung entgegen. General Allard, der innig geliebte Freund Rundschit's, dessen Armee er eingerichtet hatte, besuchte 1835 sein Vaterland Frankreich und gab uns die ersten zuverlässigen Nachrichten über die Sikhs, die von Hügel, Burnes und Orlich vervollständigt worden sind.

In Nordamerika entspannen sich Verwickelungen zwischen England und den Vereinigten Staaten, welche letzteren in diesem Zeitraume anfingen, sich auf der Weltbühne hervorzudrängen. In dem ehemaligen französischen Unter-Canada währte seit langer Zeit eine geheime Stammeseifersucht zwischen der sehr zahlreichen französischen und der englischen Bevölkerung. Diese Streitigkeiten wurden auch in das canadische Parlament getragen, das aus Ober- und Unterhaus bestand. Zu dem letztern wählten

alle Grundbesitzer; die Mitglieder des ersteren ernannte der Gouverneur. Dieser begünstigte meist Engländer, oder fügsame Werkzeuge der Regierung, sodaß alle Stellen bald im Besitz weniger Familien waren. Da das englische Parlament die Beschwerden der Opposition, die von Papineau und Makenzie geleitet wurde, nicht hörte, so verweigerte man in Canada zuerst die Steuern und gründete demnächst Vereine, die eine Trennung Canada's vom Mutterlande bezweckten. Der Gouverneur von Ober-Canada, Head, wußte die Engländer leicht zu gewinnen, aber der Gouverneur von Unter-Canada, Lord Gosford, mußte zur Auflösung des Unterhauses schreiten. Es kam zum Bürgerkrieg (1837) und die Vereinigten Staaten unterstützten die Aufständischen heimlich mit Waffen und suchten Canada zum Eintritt in ihren Staatenverein zu bewegen. England, das die Gefahr begriff, machte nicht nur mit aller Kraft dem Kriege ein Ende, sondern sandte auch den liberalen Lord Durham ab, um die Gemüther zu versöhnen (1838). Im Interesse der Ruhe verbannte dieser eigenmächtig die Häupter der Bewegung nach den Bermudasinseln, aber mit der Aussicht, nach wiederhergestellter Ordnung zurückkehren zu dürfen. Von Lord Brougham deshalb angefochten, mußte Durham seine Stelle bald niederlegen. Die Canadier sahen ihn mit Trauer scheiden.

Diese Verlegenheiten Englands kamen den Russen zur guten Stunde, da sie danach strebten, sich allmälig in den Besitz der Westküste Amerikas zu setzen. Im Jahre 1821 erschien eine Karte in Petersburg, worauf die Westküste vom Königin Charlottensunde an, sowie die ganze Ostküste Asiens im Norden von $45^1/_2$ ° N. B., sammt allen um- und nebenliegenden Inseln für ausschließliches Besitzthum des Czaren erklärt wurde, und zugleich das Verbot für die Fremden, sich auf weniger als funfzig Stunden diesen Küsten zu nähern; endlich beanspruchte Rußland die volle Souverainetät über den ganzen stillen Ocean im Norden des 51°. Sowohl Engländer als Nordamerikaner erkannten diese Prätensionen nicht an, und die englische Hudsonsbay-, sowie die russisch-amerikanische Handelscompagnie geriethen häufig in Streit mit einander. Die betreffenden Cabinete verglichen sich endlich dahin, daß die Küste des Festlandes vom 54° 40′ nordwärts bis zum Cap Spencer unter 58° von der russisch-amerikanischen Compagnie an die Hudsonsbaygesellschaft vom 1. Juni 1840 ab pachtweise auf zehn Jahre, gegen eine jährliche Abgabe von zweitausend Seeotterfellen, überlassen werden solle.

Nordamerika hatte seit dem Genter Frieden (1814) einen schnellen Aufschwung genommen. Die Präsidenten seit der Gründung der Union waren: Washington (1789—1797), John Adams (—1801), Jefferson (—1809), James Madison (—1817), Monroe (—1825), John Quincy Adams (—1829), Andrew Jackson (—1837), Martin van Buren (—1841). Der Staatenverein bestand am Schlusse dieses

Zeitabschnitts aus folgenden Staaten: Vermont, New-Hampshire, Massachusetts, Maine, Rhode-Island, Connecticut, Neuyork, Neujersey, Pennsylvanien, Delaware, Ohio, Indiana, Illinois, Maryland, Virginien, Nordcarolina, Südcarolina, Georgien, Kentucky, Tennessee, Alabama, Mississippi, Louisiana, Missouri, Arkansas und Michigan und aus den Gebieten Columbia und Missouri und den von Spanien gegen fünf Millionen Dollars (1819) abgetretenen Provinzen Ost- und Westflorida, zusammen mit einer Einwohnerzahl von funfzehn Millionen Menschen. Im Jahre 1823 gründeten auch die Nordamerikaner eine Colonie für freie Neger, Liberia, an der Westküste Afrikas. Monroe stellte die sogenannte Monroe-Doctrin auf, indem er während des südamerikanischen Unabhängigkeitskampfes erklärte, „daß Nordamerika jeden Versuch europäischer Mächte, ihr System auf einen Theil der amerikanischen Halbkugel auszudehnen, als gefährlich für seinen Frieden und seine Sicherheit betrachten würde." In Folge dessen erkannten die Vereinigten Staaten die südamerikanischen Republiken an, schlossen mit Columbia Freundschafts- und Handelsverträge und setzten der russischen Eroberungssucht Grenzen, indem sie dem Czaren nur die Westküste bis 54° 40′ N. B. überließen. Diese Monroe-Doctrin, aus welcher consequent eine Enthaltung von jedem politischen Einmischen in europäische Händel folgte, ist bis zum Jahre 1849 Grundsatz der amerikanischen Regierungen gewesen. Monroe wurde auch der Gründer des großartigen Verbindungsnetzes zwischen dem atlantischen und stillem Meere mittels der Canäle, Kunststraßen und seit 1832 der Eisenbahnen. Der Kampf der nördlichen Föderalisten gegen die südlichen Demokraten entbrannte seit Jackson's Präsidium immer stärker und schien sogar eine Trennung Südcarolinas von der Union herbeizuführen, als der neue Zolltarif (1832) noch mehrere im Süden verhaßte Prohibitivzölle bestehen ließ. Der Streit wurde durch Jackson's Mäßigung und einen von Clay entworfenen gemäßigteren Zolltarif ausgeglichen (1833). Jackson war ein Feind der Geldaristokratie, die in Amerika unter unleidlicheren Formen auftritt, als die durch manche historische Traditionen ehrwürdige Geburtsaristokratie Europas. Er widersetzte sich daher dem Antrage auf Erneuerung des Bankmonopols und wurde darin vom Repräsentantenhause unterstützt. Das plötzliche Zurückziehen der Staatsgelder aus der Bank verursachte jedoch eine Handelsschwankung, und endlich, obwohl das Bankprivilegium erneuert wurde (1836), eine Handelskrise (1837), die für alle cis- und transatlantischen Handelsplätze große Verluste mit sich führte. Der einzigen auswärtigen Verwickelung mit Frankreich (1834—1836) haben wir oben (S. 219) gedacht. Der edle Livingston führte in Staatsschriften die Sache seiner Regierung mit großem Geschicke, während Martin van Buren die neuen Ideen in der Verwaltung erfand, die Jackson nachher zur Ausführung brachte. Um

Florida der Einwanderung zugänglich zu machen, faßte die Regierung den Entschluß, alle Indianer in das westliche Gebiet des Mississippi zu versetzen. Einzelne habsüchtige Agenten übervortheilten nun dabei die über ihre Versetzung ohnehin mismuthigen Indianer. Daher weigerten sich die Seminolen und Creeks, das Land zu verlassen und mußten erst durch einen blutigen Krieg dazu gezwungen werden (1835). Der Staatshaushalt befand sich in so günstiger Lage, daß Monroe (1817) alle inneren Auflagen für den Bund erlassen und Jackson (1837) die Ueberschüsse der Bundeskasse unter die Einzelstaaten vertheilen konnte. Dagegen nöthigte der Seminolenkrieg Martin van Buren zu einer Anleihe (1841). Ein öffentliches Uebel, an welchem der Staatenbund krankt, ist die Sclaverei der südlichen Staaten, die ohne billige Sclavenarbeit zu Grunde gehen würden, während den Abolitionisten die Sclaverei mit der christlichen Religion unverträglich scheint. Die nördlichen Staaten sind auf die Concurenz der freien Arbeit gegründet und streben nach einer vollständigen Freiheit menschlicher Thätigkeit. Daher suchen sie Nichtsclavenstaaten für den Bund zu gewinnen, um das Uebergewicht im Congresse zu erhalten, während die Sclavenstaaten mit ihrem Abfall drohen, wenn die Aufhebung der Sclaverei beantragt wird. Offenbar liegt hierin eine Gefahr, welche die Machtstellung dieses Staatencomplexes plötzlich erschüttern kann.

Drittes Kapitel.

Die Jahre 1840—1848. Friedrich Wilhelm IV. Louis Philipp. Nikolaus. Metternich, Nesselrode, Guizot, Eichhorn, Palmerston und Peel. Die Kämpfe in der protestantischen und katholischen Kirche. Lichtfreunde und Deutschkatholiken. Papst Pius IX. Die constitutionellen, republikanischen und socialistischen Bewegungen.

26. Allgemeine Ansicht dieses Zeitabschnittes.

Das Jahr 1840 beginnt mit allgemeinem Kriegslärm und einer durch die Thronbesteigung Friedrich Wilhelm's IV. veranlaßten geistigen Bewegung, welche theils in Preußen der festen Hoffnung auf Einführung der verheißenen Reichsstände (22. Mai 1815), theils dem Staunen über eine ungewöhnliche königliche Erscheinung entsprang. Becker's Rheinlied sprengte die Pforten, durch welche bürgerliches und ästhetisches Gesetz

die Dichtkunst vom Staatsleben ferngehalten hatten, und herein quoll ein überreicher, oft trüber Strom politischer Lieder, die meist der radical-politischen oder radical-satyrischen Richtung angehörten. Georg Herwegh's „Gedichte eines Lebendigen" 1840 und H. Hoffmann's „Unpolitische Lieder" 1841 waren die Vorläufer dieser Richtungen. Ihnen folgten von begabten Dichtern Dingelstedt, Prutz, Freiligrath, H. Heine, Keller u. A. m. Das politische Lied, das sich unverkennbar an Béranger gebildet hat, ohne dessen schalkhafte Naivetät zu erreichen, fand ziemlich bald Componisten, und damit den Eingang in alle Gesellschaftskreise. Wiewohl die Aesthetik heftig gegen die politische Poesie eiferte, ist letztere doch heutigen Tages noch nicht ausgestorben und hat sogar durch das Jahr 1848 neue Anregung, namentlich einen Impuls auf die entgegengesetzte, conservative Richtung erhalten, und strebte durch größere Schöpfungen aus der vaterländischen Geschichte, die Gefühle der Unterthanentreue und des Patriotismus wiederzuerwecken. Vor Allen gebührt Scherenberg das zeitgemäße Verdienst, diese verklungene Saite der politischen Gesinnung wieder zum Schwingen gebracht zu haben.

Wie gegen den Staat, so richteten sich die Dichter auch negirend und ironisirend gegen die Kirche. Sie waren die kleinen Plänkler jener großen, wohlgerüsteten Armee der Junghegelianer, die unter den Feldzeichen der „Hallischen", seit 1841 „deutschen Jahrbücher" titanengleich gegen allen Positivismus auszogen und, was Geist, Witz, Scharfsinn und schöne Form anlangt, das Höchste schufen, was bis dahin die deutsche Journalistik hervorgebracht hatte. Strauß, Feuerbach, B. Bauer gehörten zu den Favoriten des Herausgebers Arnold Ruge. Doch wurde der Erste, weil er den beiden Andern nicht folgen mochte, sehr bald auf den „überwundenen Standpunkt" versetzt. Das Selbstbewußtsein, aus welchem Feuerbach im „Wesen des Christenthums", 1841, die Religion als die Wiederspiegelung der eigenen Ichheit, und B. Bauer in der „Geschichte der Synoptiker" 1841, die evangelische Geschichte als freie Composition gewisser, von dogmatischen Vorurtheilen ausgehender Schriftsteller dargestellt hatte, war das Panier, welches Ruge in seiner Zeitschrift aufpflanzte, die Wünschelruthe, mit der er den Schatz der Wissenschaft heben wollte. Im Jahre 1843, wo die deutschen Jahrbücher in Dresden unterdrückt wurden, befand sich dieser Standpunkt im Zenith; Ruge bezeichnete ihn in der „Selbstkritik des Liberalismus" als die praktische Verwirklichung der individuellen Anlagen, als Berechtigung des Einzelnen zu Genuß und Arbeit. Max Stirner machte bald darauf in seinem Buche: „der Einzige und sein Eigenthum" 1845, aus der Individualitätslehre ein System und löste jede allgemein sittliche Bestimmung im Belieben des Einzelnen auf. Die „absolute Kritik" der Bauer und Stirner wurde zur Monomanie, gegen die man sogar den Kampf aufgab. Diese nihilistische Richtung

hat jedoch eine wohlthätige Bewegung der Geister, ein höchst reges wissenschaftliches Leben und ein innigeres Anschließen der Menschheit an die positive Religion erzeugt. Zwar ging manche schöne, jugendliche Kraft dabei verloren, wie auch in Gefechten Einige fallen; aber diejenigen, welche geistig oder praktisch diesen Proceß durchmachten, und narbenbedeckt, dem Getümmel und dem Tode der eitlen Selbstsucht entrannen, stehen geläuterter und vor Verirrungen geschützter da, als die, welche der Gefahr stets den Rücken gewendet haben.

Die Aengstlichkeit der Regierungen und ihr gemeinsames Bestreben, die Menschen gewaltsam an das Positive, namentlich den Symbolglauben zu binden, erzeugte bei vielen Gebildeten die Furcht, alle Freiheit der Forschung einzubüßen, welche bisher Theologie, Philosophie und Staatswissenschaft genossen hatten. Die Rationalisten rückten daher näher zusammen und hielten die Versammlungen der „Lichtfreunde" unter Uhlich's und B. König's Aegide in Köthen ab, und der philosophisch gebildete Wislicenus in Halle suchte die letzten Gründe der Hegel'schen Philosophie in einer „freien Gemeinde" zu verwirklichen, nachdem er die Norm des „Geistes" der Norm der „Schrift" vorgezogen hatte. Der Berliner Magistrat überreichte dem Könige eine Adresse, in welcher man die Spuren verfolgen konnte, wie tief der Hegelianismus ins Volk gedrungen war (1845). König Friedrich Wilhelm IV., in welchem sich die ideelle Einheit von Wissen und Glauben zur schönen Persönlichkeit verkörpert hatte, und der eine Idee von seinem königlichen Walten auf den Thron mitbrachte, für die seiner Zeit das Verständniß abging, war sowohl gegen alle Ausschweifungen der subjectiven Philosophie, theils gegen die bloße Symbolgläubigkeit, theils gegen die Abhängigkeit der Kirche vom Staat eingenommen. Er wünschte eine Durchdringung jener geistigen Elemente, und fand dieselbe sowohl in der Romantik der bildenden und dichtenden Künste, wie in der Offenbarungsphilosophie Schelling's. Das nahe Hinstreifen der Romantik an den Katholicismus, welches sich in den Uebertritten der Schlegel, Werner, Stollberge, Görres, Haller, Hurter, Philipps u. A. m. offenbart hatte, ferner der noch schwebende Kirchenstreit wegen der gemischten Ehen, die Zunahme der Wallfahrten und Anderes mehr, riefen jedoch ein unbegründetes Mistrauen gegen katholisirende Tendenzen der Regierung wach. Was dem Könige bei dem Kölner Dombau reine Sache der Kunst war, wurde von Böswilligen sofort als heimliche Hinneigung zum Katholicismus ausgelegt. Einzelne willkürliche Schritte, die untergeordnete Geister thaten, z. B. die Anfrage an Görres wegen eines Bündnisses der protestantischen mit der katholischen Kirche, ein Factum, das Görres selbst in den historisch-politischen Blättern als geschehen zugiebt, schienen das Mistrauen zu bestätigen. Der König hatte nie daran gedacht, und mußte sich aufs Tiefste gekränkt fühlen, daß er überall misverstanden

wurde, sogar von seinen treuesten Dienern Er sprach sich 1851, als er Hohenzollern in Besitz genommen hatte, mit Entrüstung über diese gehässige Verdächtigung aus.

Einen bessern Beweis seiner protestantischen Gesinnung hätte der König nicht geben können, als dadurch, daß er 1842 das Protectorat der preußischen Gustav-Adolf-Vereine annahm. Den ersten Anstoß zu diesen Vereinen gab die Grundsteinlegung zum Denkmal des schwedischen Glaubenshelden bei Lützen (1832); aber Superintendent Großmann in Leipzig erweiterte die bisherige Gustav-Adolfsstiftung zu einem Bunde der Liebe (1842), welcher den Zweck hat, den unter einer überwiegend nichtprotestantischen Bevölkerung lebenden Glaubensbrüdern materielle Hilfe durch Erbauung von Kirchen und Schulen, Einsetzung von Geistlichen und Lehrern zu gewähren. Der Gustav-Adolf-Verein sollte ein neutrales Gebiet werden, ein gemeinsames Banner, unter dem alle protestantischen Parteien sich in Liebe schaarten. Baiern, das mit Unrecht darin eine offene Kriegserklärung gegen die katholische Kirche erblickte, verbot auf einige Zeit die Gustav-Adolf-Vereine. Der Prediger Rupp in Königsberg, welcher sich öffentlich von der „protestantischen Consistorialkirche" losgesagt hatte, wurde von der Theilnahme an der Generalversammlung aller Gustav-Adolf-Vereine ausgeschlossen, als er als Vertreter seines Provinzialvereins Zutritt verlangte (1846). Dieses Ereigniß, das in der Evangelischen Kirchenzeitung vertheidigt wurde, gab den „Lichtfreunden" zu Protesterklärungen gegen die „Anmaßungen einer kleinen, aber mächtigen Partei", Veranlassung und rief Volksversammlungen hervor, gegen welche die Behörden in eine schwankende Stellung geriethen, indem sie zuerst die Versammlungen gestatteten, dann verboten und endlich die Unterzeichner des Protestes zur Verantwortung zogen. Bald drängte sich der moderne Illuminatismus im Gustav-Adolf-Vereine vor; viele Strenggläubige schieden aus und setzten theils ihre Wirksamkeit auf unbestrittenen Gebieten, wie den Missions- und Bibelvereinen, fort, theils dehnten sie dieselbe auf unmittelbar praktische Gebiete aus. Zur letzteren Gattung gehörten die wohlthätigen Diakonissen-Anstalten für die Krankenpflege und „die innere Mission", welche von dem Candidaten Wichern im Rauhen Hause zu Hamburg ausging und „die Rettung des evangelischen Volkes aus seiner geistlichen und leiblichen Noth durch die Verkündigung des Evangeliums und brüderliche Handreichung der christlichen Liebe" zum Zweck hatte. Diese „innere Mission" wurde 1848 der Rettungsanker, an dem das schwankende Schifflein der protestantischen Kirche sich im Sturme befestigte. Diese kirchlich-praktischen Institute hatten ihren Protypus in der Erneuerung des Schwanenordens gefunden (24. December 1843), dessen wirkliche Belebung an der völligen Gleichgiltigkeit des Publicums scheiterte. Ebenso



wenig Beifall fand die Errichtung eines protestantischen Bisthums in Jerusalem (1842), zumal das im Bunde mit England geschah. Denn man wollte hochkirchliche Luft wittern und deutete die Reise der Prediger v. Gerlach und Sydow nach England so, als sollten sie die Institutionen der bischöflichen Kirche studiren und dieselben bei uns zur Anwendung bringen. Gedenken wir endlich noch der Versuche, die Presbyterial- und Synodalverfassung auf freie Weise aus dem Gemeindebewußtsein heraus zu gestalten, der Provinzialsynoden (1845), der deutsch-evangelischen Conferenz, und der Generalsynode in Berlin (1846), sowie der königlichen Patente (1847), um die Bildung der Judengemeinden und solcher Gesellschaften zu regeln, die keiner vom Staate anerkannten Kirche angehören, so haben wir das kirchliche Bild dieses Zeitraums vollendet. Die Civilehe, das Eintragen in die Civilstandsregister u. s. w. bei den freien und deutsch-katholischen Gemeinden (Dissidenten), wollte bei den Betheiligten keinen Anklang finden, da sie ihre Zugehörigkeit zur protestantischen und katholischen Kirche fortwährend behaupteten, und dennoch sich deren Satzungen nicht fügen wollten. Die katholischen Dissidenten waren eine Folge der prahlerischen Wirksamkeit des katholischen Klerus, die besonders in den Enthaltsamkeitsvereinen Oberschlesiens und den Wallfahrten zu dem Heiligen Rock in Trier zu Tage kam (1844).

Die letztere Wallfahrt gab nicht nur den Gelehrten Sybel und Gildemeister Veranlassung, die Geschichte des Heiligen Rocks als Dichtung darzustellen, und dem Domcapitular Marx, die Aechtheit des Rockes zu vertheidigen, sondern bewog auch den suspendirten katholischen Pfarrer Johannes Ronge in Laurahütte, mit einem offenen Sendschreiben an den Bischof Dr. Arnoldi in Trier (zuerst in den Sächsischen Vaterlandsblättern October 1844) aufzutreten und die Lehre der Heiligen- und Reliquienverehrung als unchristlich anzufeinden. Fast zu derselben Zeit erklärte Johann Czerski, katholischer Priester in Schneidemühl, daß er mit seiner Gemeinde aus der römisch-katholischen Kirche ausscheide und eine apostolisch-katholische Kirche auf Grund der drei ökumenischen Hauptsymbole stiften werde. Ronge empfing von vielen Katholiken Breslaus die Aufforderung, einen ähnlichen Schritt zu thun. Am 9. Februar 1845 constituirte sich die „christkatholische" Gemeinde in Breslau unter Ronge, Kerbler, Professor Regenbrecht, Dr. Behnsch, Dr. Steiner, Stanjek u. A. m. Bald folgte die Stiftung gleicher Gemeinden in Liegnitz, Leipzig unter Robert Blum, Dresden unter Wigard, Berlin unter Mauritius Müller und in vielen andern Orten Nord- und Westdeutschlands. Während eine Broschürenfluth den Büchermarkt überschwemmte, hielt Ronge seine Triumphzüge durch Deutschland (1845). Allein die christ-katholische Bewegung, welche unaufhaltsam schien und viele Sanguiniker zu großen Hoffnungen verführte, verlief sich bald und litt zuletzt Schiffbruch, als

die näheren Beziehungen zwischen Liberalen und Radicalen einerseits und den Christkatholiken andererseits ans Licht kamen. Auch daß die Behörden dem „Christkatholicismus“ Schwierigkeiten machten und die protestantische Geistlichkeit ihn nach dem Leipziger Concil (25. März 1845), wo ein rationalistisches Glaubensbekenntniß aufgestellt wurde, aufgab, und endlich, daß die neuen Gemeinden Mangel an bedeutenden Köpfen und kräftigen Charakteren litten und in einer unklaren Stellung zwischen Glauben und Unkirchlichkeit verharrten, trug zum Verkommen des Christkatholicismus wesentlich bei. Der von früher her (S. 11) bekannte Dr. Anton Theiner hatte bei seinem Uebertritt zum Christkatholicismus etwas Anderes erwartet, als nüchternen Rationalismus und Radicalismus, und der berühmte Nees von Esenbeck suchte im Christkatholicismus die Verwirklichung seiner religiös-socialistischen Philosophie, die, von Schelling ausgegangen und vermittelt durch eine schwärmerische Liebe zu der sinnigen Pflanzenwelt, bei jener idealistischen Liebe zur Menschheit aufhörte, welche die Grundlagen der gegenwärtigen Gesellschaft durch Vernunft und Religion umgestalten will. Das Auftauchen socialistischer und communistischer Lehren in Deutschland und deren Hinübergreifen in den Christkatholicismus erregte bei den Besitzenden große Besorgniß. Die Weberunruhen in Langenbielau und Peterswaldau (1844), welche einen wunden Flecken in unserer so hoch gepriesenen Civilisation aufdeckten, die Verhaftung Schlöffel's und die angebliche Entdeckung einer Communistenverschwörung im Riesengebirge (1845), endlich der von Bluntschli beleuchtete Proceß des Communisten Weitling in der Schweiz, forderten die Regierungen zur Vorsicht auf. Dieses Durcheinander plötzlich auftretender Geisteserscheinungen erzeugte eine so unglaubliche Verwirrung unter den Menschen, daß Freunde und Genossen miteinander zerfielen und die thörichtsten Verleumdungen herüber und hinüber erschallten. Jesuit, Rongeaner, Communist, Bourgeois, Lichtfreund, Finsterling, Absolutist und Liberaler ging es hinüber und herüber, — und wenn es noch dabei geblieben wäre! An manchen Orten kam es bei solchen massenhaften Misverständnissen und Unbesonnenheiten einzelner Ultras sogar zu Blutvergießen, wie in Leipzig, Köln u. a. O. Im Jahre 1847, wo das königliche Patent (3. Februar), über die vereinigten Reichsstände erschien, und die überraschende parlamentarische Beredsamkeit der preußischen Stände und Minister jegliches Interesse in Anspruch nahm, wo endlich der gräßliche Hungertyphus in Oberschlesien und dem Eulengebirge zahlreiche Opfer forderte, legte sich diese Bewegung etwas. Man vereinigte sich in Gesellschaften zur Linderung der Hungersnoth, bis der Frühling von 1848 die Stellung aller Parteien vollständig verrückte.

Bei der Entschiedenheit, mit welcher in Europa der Socialismus und Communismus im Jahre 1848 auftreten, ist es nothwendig, die Ge-



schichte dieser gesellschaftlichen Lehren hier kurz zu berühren. Die socialen Lehren sind so alt, als die Gründung von Staaten. Sobald die Menschen sich ein Ideal des Staates machten und die Unangemessenheit desselben mit der Wirklichkeit erkannten, mußte auch das Streben entstehen, die theoretische und praktische Seite der Idee in Einklang zu bringen. Die Zustände der Armuth und der körperlichen Gebrechen, die Gerechtigkeit gegen den Arbeiter waren daher in den Gesetzgebungen des Moses, Lykurg und Confucius vorgesehen und der Einzelne auf die Wohlthätigkeit, das Ganze auf die Sorge für die Bedürftigen hingewiesen worden. Plato proclamirte sogar, um die sociale Haupttugend der Gerechtigkeit zur Geltung zu bringen, die Gütergemeinschaft. Die Essäer hatten aus Neigung und freiem Antrieb das Privateigenthum aufgehoben. Licinius Stolo und die Gracchen wollten einer zu großen Ungleichheit des Vermögens durch ihre Gesetze vorbeugen. Jesus Christus machte die Barmherzigkeit zur ersten Pflicht, zur Basis jener erhabenen Moral, welche von der Bruderliebe ausgeht und zur Gottesliebe zurückkehrt. Daher finden sich bei den Aposteln scheinbar socialistische Lehren und die ersten Christengemeinden lebten in freiwilliger Gütergemeinschaft. Die Mönchsorden des Mittelalters können als die Fortsetzungen dieser urchristlichen Gemeinschaft angesehen werden. Chrysostomus, Ambrosius, Augustinus, Pelagius, Thomas von Aquino und Andere erklärten jede Zinszahlung für Wucher und eiferten für eine christliche Verwendung des Privateigenthums, das nur ein von Gott dem Einzelnen anvertrautes Gemeingut sei, wovon er einen rechten, evangelischen Gebrauch zu machen habe. Die reformistisch-evangelischen Ketzer des Mittelalters, die Wiedertäufer und Thomas Münzer benutzten die Lehre der christlichen Gleichheit als Haupthebel ihrer kirchlichen Opposition. Die sittlichen Greuel, welche sich die Wiedertäufer mit ihrem Communismus zu Schulden kommen ließen, bewirkten, daß sich die Erkenntniß gesellschaftlicher Mängel und deren Abhilfe aus der Praxis in Romane flüchtete. Thomas Morus' Utopia, Baco's Atlantis, Campanella's Sonnenstaat, Valentin Andreä's Beschreibung der Republik Christiansburg (Neuere Geschichte S. 531), und Fenelon's Telemach gehören hierher. Kurz vor der französischen Revolution, als das Bankwesen und die Industrie ihre Wirkungen zu äußern begannen, machten es sich die französischen Denker Morelly, Necker und Mably zur Aufgabe, auf wissenschaftliche Weise die Gründe der socialen Ungleichheit und die Mittel zur Abhilfe des Elends aufzusuchen. Göthe und Lessing haben sich mit ähnlichen Gedanken beschäftigt, die Reform der gesellschaftlichen Grundlagen aber mehr als künstlerischen Vorwurf, denn als Postulat der Staatsidee behandelt. Der Vater unsers heutigen Communismus ist Baboeuf, zur Zeit der französischen Revolution, wo die Idee der Gleichmacherei von Unten anfing und beim

lieben Gott endigte. Die Schwierigkeit, ja die Unmöglichkeit, die geforderte Gleichheit, welche man für die einzig ersprießliche Grundlage der Gesellschaft hielt, herzustellen, wurde durch Baboeuf auf rohe Weise, durch einen Gewaltstreich überwunden. Er erklärte nämlich die Gütertheilung: ein Phantom, das heute eingeführt, morgen schon nicht mehr ist, wenn man die individuelle Freiheit bestehen läßt. Wie sich ferner bei dem Wegfall des freien und vollen Eigenthums doch der Trieb zu Fleiß und Sparsamkeit, als die Bedingung des Wohlstandes erhalten lasse, wurde das Problem der Socialisten, vorzüglich St. Simon's und Fourier's, deren Bestrebungen sich unter dem Namen: „Organisation der Arbeit“ zusammenfassen lassen. Die Gleichgiltigkeit des Socialismus gegen den Staat, die Auflösung des Staats in seine Atome, der Zweck desselben als die Wohlfahrt jedes Einzelnen gefaßt, hat den Socialismus sogleich als eine gefährliche, revolutionaire Lehre erscheinen lassen. Kant meinte dagegen, daß die Glückseligkeit wegen Mangels an Freiheit sich nicht zum Princip des Sittlichen eigne. „Jedem nach seiner Fähigkeit, jeder Fähigkeit nach seinen Werken,“ war der Grundsatz der St. Simonisten. Fourier wollte eine Vereinigung von Capital, Arbeit und Talent und vertheilte danach den Gewinn. Die Neigung jedes Einzelnen zu irgend einer Arbeit sollte das Grundprincip der menschlichen Gesellschaft werden. Die Phalange ist das Mittel dazu. Unter Phalange versteht Fourier eine Anzahl von 1800—2000 Personen, die zusammen ein Ganzes bilden und groß genug sein soll, um für alle Industriezweige Liebhaber zu finden. Der Phalange gehört ein Gebiet von ungefähr einer Quadratmeile und ein gemeinschaftliches Haus, das Phalanstère. Die Fourieristen haben, gleich Robert Owen in England, ihre Lehren scheitern sehen, als sie den Versuch machten, dieselben praktisch ins Leben einzuführen. Noch trauriger erging es Louis Blanc mit seinen Nationalwerkstätten. Besser ging es mit den communistischen Colonien in Amerika, welche Cabet und die Shakers gegründet haben. Die neue Secte der Mormonen scheint ebenfalls communistischen Grundsätzen zu huldigen. Nach Deutschland kam der Communismus von der Schweiz her, wo der Schneider Weitling eine Gesellschaft gegründet hatte, die nöthigenfalls mit roher Gewalt ihre Grundsätze verwirklichen wollte. Vereinzelt traten auch in Rheinpreußen und Schlesien communistische Bestrebungen auf, welche sehr subversiv waren, und deshalb wenig Anhänger fanden. Es läßt sich nicht leugnen, daß der Pauperismus, wie er sich in Folge der freien Concurrenz entwickelt hat, die Aufmerksamkeit aller Regierungen verlangt. Aber der Communismus ist blos zerstörend, revolutionair, der Socialismus noch phantastisch und das radicale Heilmittel, um die sociale Freiheit und Gleichheit herzustellen, noch nicht entdeckt. Die Liberalen haben sich an Say's national-ökonomische Lehren angeschlossen und, an der

Handels- und Gewerbefreiheit festhaltend, einige Ausgleichungen darin gesucht, daß sie die progressive Einkommensteuer vorschlugen und eine wohlfeilere, aus den Gemeinde-Organen hervorgehende Verwaltung forderten. Diese Grundsätze finden wir in dem Offenburger Manifest (12. September 1847) am kürzesten dargestellt. Auch die Kirche wandte ihre Aufmerksamkeit dem Misverhältniß zwischen Capital und Arbeit zu. Th. Chalmers und H. Merz forderten eine kirchliche Armenpflege, Aufstellung von Armenpflegern, welche den Nothleidenden liebreich zur Seite stehen, sie zum Einlegen in die Sparcassen ermuntern und bei den Ortsarmendirectionen zu vertreten haben: Ideen, welche von „der inneren Mission" aufgenommen und von dem Berliner Armenvorsteher Liedke bereits mit Glück verwirklicht worden sind. Die Association der kleineren Capitalien, die Vorschuß-, Leih- und Einkaufscassen sind der Weg, den man jetzt eingeschlagen hat, um die christlichen Lehren in eine zeitgemäße Praxis überzuführen. Wie sich die großen Capitalien zu Eisenbahnen, Staatsanleihen und Fabrikgeschäften associiren, wie sich die Gelehrten in Vereine, die Sänger, die Künstler, die Gewerbtreibenden u. s. w. in Genossenschaften vereinigen, so scheint heute die Association eine der wirksamsten Triebfedern alles Lebens geworden zu sein. Dennoch wirken die materielle Versumpfung unserer Zeit, der kirchliche und politische Verfolgungseifer, die Furcht vor der Eroberungssucht Rußlands, das fieberhafte Zucken der französischen Staatsgesellschaft, und das industrielle Uebergewicht Englands dem Frieden und Glück unseres Vaterlandes zu sehr entgegen, als daß das frohe Gefühl des Wohlseins und der Behäbigkeit die Gesellschaft durchdringen könnte. Hunderttausende suchen daher eine neue Heimat in Amerika, meist gesunde Kräfte mit einigen Capitalien, die dem Vaterlande rettungslos verloren gehen. Zurückbleibt an productiven Arbeitskräften hauptsächlich ein, häufig anspruchsvolles und träges, Proletariat, das den Straf- und Besserungsanstalten verfällt und die Wohlthätigkeit und Sorge der Menschenfreunde sehr in Anspruch nimmt. An vielen Orten hat man sich dagegen durch Vereine zur Abschaffung der Bettelei, Sparvereine, Vereine zur Besserung und Unterbringung entlassener Sträflinge u. s. w. zu schützen gesucht. Ueberhaupt zeigt die Humanität eine erfreuliche Zunahme und erstreckt sich sogar auf die Thiere, wenn auch Vielen die Vereine gegen Thierquälerei noch als Anachronismus gelten mögen. Der Aufschwung der Naturwissenschaften, welche immer mehr und mehr ins gemeine Bewußtsein eindringen, die Erfindungen der Galvanoplastik, Daguerrotypie, der Agricultur- und technischen Chemie, die Eisenbahnen und Dampfschifffahrt, die magneto-elektrische Telegraphie, sowie das umfangreiche Versicherungswesen vollenden das höchst interessante Bild unserer Zeit, der man bei allen ihren Gebrechen doch die lebhafteste Theilnahme nicht versagen kann.

27. Friedrich Wilhelm's IV. Regententhätigkeit.

In dem Denken und Thun des Herrschers der preußischen Monarchie lassen sich vier gleichlaufende Bestrebungen sehr wohl unterscheiden: 1) das Bestreben, der Kirche eine vom Staate unabhängige Stellung zu verleihen und das religiös-kirchliche Bewußtsein der Protestanten zu erwecken; 2) die Pflege der Wissenschaften, der Künste und des Gewerbfleißes; 3) die Erweiterung der provinzialständischen Verfassung und allmälige Entfesselung der Presse, und endlich 4) die zeitgemäße Entwickelung der deutschen Bundesverfassung.

Nachdem der König einige bisher zurückgesetzte oder misliebige Persönlichkeiten, wie v. Boyen, v. Schön, Arndt, Jahn, in den Staatsdienst zurückberufen oder freigelassen, und den politischen Bann über die Demagogen aufgehoben hatte, suchte er nicht blos die Katholiken zu versöhnen, indem er den Erzbischof Droste nach Münster (13. Juli 1840) und den Erzbischof Dunin nach Gnesen entließ (3. August), sondern bezeichnete auch gleich die Richtung, welche seine Regierung einschlagen wollte, durch die Ernennung des Directors im auswärtigen Ministerium Eichhorn zum Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten, des Generals Thiele I. zum Cabinetsminister (20. October), durch die Berufung des scharfsinnigen Stahl von Erlangen und des Geheimraths Hassenpflug von Luxemburg nach Berlin, zu denen noch die geheimnißvolle Persönlichkeit des geistreichen, encyklopädisch-gebildeten Obersten von Radowitz kam. Alle diese Männer wurden von den Liberalen scheel und mistrauisch angeblickt. Als Göschel und Götze den Entwurf zum Ehescheidungsgesetz ausarbeiteten, fiel die radicale rheinische Zeitung von Marx mit bitterer, schneidender Kritik darüber her (1842).

Wie wenig der katholische Klerus durch die ersten versöhnenden Regierungshandlungen des Königs zu gewinnen war, zeigte der Hirtenbrief Dunin's (31. August 1840), in welchem nochmals das Verbot, eine gemischte Ehe einzusegnen, der Diöcesangeistlichkeit eingeschärft wurde. In Schlesien tauchte ebenfalls eine ultramontane Partei auf und wollte den Fürstbischof Grafen Sedlnitzky zu ähnlichen Maßregeln drängen. Sedlnitzky dankte ab (3. September). Dr. Ritter, als Verfasser einer gemäßigten Kirchengeschichte bekannt, wurde Generalvicar und schloß sich den Ultramontanen an, in welchem Sinne er vorzüglich unter den Studirenden wirkte. Das Capitel wählte jedoch am 27. August 1841 den hochbetagten, milden Prälaten Knauer zum Bischof. Der Papst besann sich lange, ehe er die Bestätigung ertheilte, und als dieselbe erfolgte (15. März 1843), schien sie nur unter der Bedingung gegeben worden zu sein, daß Ritter Generalvicar bliebe. Leider starb Knauer schon im nächsten Jahre und die Verlegenheiten der Regierung erneuerten sich. Endlich

fiel das Capitel auf den Regensburger Domherrn, Freiherr von Diepenbrock, der wegen seiner Kirchlichkeit und Milde dem Papst wie dem König genehm war. Am 27. Juni 1845 erfolgte dessen Inthronisation zu Breslau. Damals stand der „Deutschkatholicismus" in der höchsten Blüthe. Diepenbrock wirkte ihm durch eine unmerkliche innere Reform der katholischen Geistlichkeit entgegen, indem er mit dem schönen Beispiel eines einfachen, christlichen Lebens voranging, seine Einkünfte für die Typhuswaisen und die Gründung eines Convicts verwendete, das Gemeingefühl und die wissenschaftliche Tüchtigkeit des Klerus hob. Im Jahre 1848 war Diepenbrock eine Zeit lang Abgeordneter des Frankfurter Parlaments und leistete der Regierung einen außerordentlichen Dienst, indem er die Steuerverweigerung für sündhaft erklärte. Der Papst ernannte ihn zum Cardinal (1850) und das preußische Ministerium hielt ihn wie ein Kleinod. Er starb tief betrauert (19. Januar 1853).

In Köln wurde nach Hüsgen's Tode Dr. Müller zum Generalvicar erwählt und vom König, aber nicht von dem Papste bestätigt. Dieser ernannte vielmehr dazu den Dr. Iven. Die Regierung stand von ihrem Rechte der Verwerfung ab, und suchte durch päpstliche Vermittelung den Erzbischof Droste zu bedingtem Verzicht zu bewegen. Als dies geschehen, wurde der Bischof von Speyer, Johann von Geißel, zum Coadjutor erwählt und am 3. März 1842 in sein Amt eingeführt.

Der Domprediger Arnoldi war, nachdem der verstorbene König seine Anerkennung, 1839, verweigert, vom Trierschen Capitel nochmals zum Bischof gewählt worden (21. Juni 1842). Der jetzige König ertheilte die Bestätigung, ungeachtet Arnoldi den Staatseid so lange verweigerte, bis eine ihm anstößige Clausel in Betreff der Correspondenz mit Rom auf Befehl des Königs gestrichen worden war. Ueberhaupt strebte der König, der katholischen Kirche gerecht zu werden und hatte deshalb schon am 10. Februar 1841 eine besondere Abtheilung im geistlichen Ministerium zur Bearbeitung der katholischen Kirchenangelegenheiten unter v. Duesberg's Vorsitz eingerichtet. Dies hielt der Klerus für eine Nachgiebigkeit, die weiter benutzt werden müsse. So wurden die Hermesianer Achterfeld und Braun in Bonn aus ihren akademischen Lehrämtern entfernt, ohne daß der Staat sie schützen konnte (1843), so hatte Dunin den Official Brodzizewski, der von der Regierung suspendirt war, zum Weihbischof von Gnesen ernannt (1841).

Es war natürlich, daß das Verfahren des Klerus in Sachen der gemischten Ehen viel Mismuth unter den Katholiken erzeugte und die Protestanten aufs Höchste erbitterte. In dieser Stimmung fand die „christkatholische Bewegung" Ronge's und Czerski's das Publicum. Mit Hilfe derselben Stimmung gewann der Christkatholicismus anfangs jenen Erfolg, der zur Vernichtung der katholischen Kirche zu führen schien. Es kam

jedoch bald zu Tage, daß der politische Liberalismus, welcher in Königsberg, Breslau und Magdeburg sich niedergelassen hatte, den kirchlichen Liberalismus hielt und trug, und daß die Regierung, wenn sie gegen jenen Front machte, es auch gegen diesen thun mußte.

Wie die katholische Kirche durch den „Deutschkatholicismus“, so fühlte sich die protestantische Kirche durch die junghegel'sche Richtung bedroht. In letzterer fand daher eine Rückkehr zur strengeren religiösen Richtung statt, wie sie als Supernaturalismus und Symbolglaube von Hahn, Steudel, Hengstenberg, Guericke und Anderen bisher vertreten worden war. Der Stützpunkt dieser wissenschaftlich-gläubigen Richtung konnte jedoch nur im Pietismus ruhen, da dieser das Bewußtsein der kirchlichen Masse war. Was bisher Conventikel oder Secte gewesen, gab sich nun für allgemeines Kirchenbewußtsein aus und wurde von der Regierung als solches betrachtet. Die rationalistischen und neu-philosophischen Geistlichen und Lehrer wurden in der evangelischen Kirchenzeitung hart angegriffen, und der Minister Eichhorn sprach es bei Besuchen auf den Universitäten Breslau, Bonn und Königsberg aus, „wie es der Wille des Königs sei, daß die Lehrer der Theologie auch wirklich Christenthum lehren und sich nicht in grundlose, vom schriftgemäßen Christenthum abführende Theorien verlieren möchten.“ Der Augustinische Satz: „der Glaube gehe dem Denken voran“, ein Satz, der eine phänomenologische Wahrheit richtig ausspricht, und den Eichhorn auch einmal gebrauchte, war den Rationalisten ein besonderer Stein des Anstoßes. Aehnlich sprach sich Eichhorn in Wittenberg aus, wo er der theologischen Wissenschaft die Schranke setzte, sich nur innerhalb der kirchlichen Symbole frei bewegen zu dürfen. Die Bittschrift, welche viele Studirende der Theologie in Halle um Berufung des Dr. Strauß beim Ministerium überreichten, lenkte Eichhorn's Aufmerksamkeit auf die Säuberung der theologischen Facultäten. Der Privatdocent Dr. Bruno Bauer in Bonn wurde wegen seiner „Geschichte der Synoptiker“, 1. Band, suspendirt und ihm, nach Einholung von Gutachten mehrerer theologischer Facultäten, das Recht, Vorlesungen zu halten, gänzlich entzogen. Dr. Schwarz fand bei seiner Habilitation in Halle Schwierigkeiten und mußte, als er dieselben überwunden, eine angekündigte Vorlesung über Encyklopädie der Theologie einstellen. Nauwerk in Berlin wurde wegen staatsgefährlicher Lehren abgesetzt, Hinrichs in Halle verwarnt. Dagegen stellte Eichhorn Hävernik als Professor der alttestamentlichen Exegese in Königsberg an und begünstigte die Vereine der Studenten in Bonn, Halle und Berlin, welche sich „den historischen Christus“ zum Feldzeichen gewählt, und jeder negativ-philosophischen Richtung den Krieg erklärt hatten. Als der Berliner Senat diesen Verein nicht gestatten wollte, weil man sonst auch gegentheilige Vereine zulassen müßte, erfuhr er einen strengen Tadel

vom Cultusminister, der jedoch die ertheilte Erlaubniß selbst dahin beschränkte, „daß er hoffe, der Verein des historischen Christus werde darauf bedacht sein, blos den ausgesprochenen Zweck wissenschaftlicher Weiterbildung zu verfolgen und seinerseits allem verwerflichen Parteitreiben fernbleiben (1842)."

Von den hohen Schulen ging die restringirende Reform zu den niederen. Der Religionsunterricht auf Gymnasien sollte nur frommen Candidaten anvertraut werden (1842); wegen geeigneter Subjecte möchten sich die Schulvorstände an „die evangelische Pastoral-Hilfsgesellschaft in Berlin" wenden (17. August 1842). Eine längere Verordnung vom Jahre 1846 gab genaue Vorschriften, wie der Religionsunterricht ertheilt werden solle, und empfahl vorerst Einprägung des Katechismus und der biblischen Geschichte. Der Gebrauch des Niemeyer'schen Lehrbuchs wurde untersagt. Der Oberlehrer Witt in Königsberg mußte die Redaction der liberalen Königsberger Zeitung aufgeben. Den Schullehrer-Präparanden wurde bei ihrer Aufnahme ins Seminar zur Pflicht gemacht, funfzig näher bezeichnete altprotestantische Kernlieder auswendig zu wissen. Der Elementarlehrerstand war durch „Dinter's Schullehrerbibel" der rationalistischen Richtung anheimgefallen, und zeigte überhaupt ein Bestreben, sich von der Aufsicht der Geistlichen, die manche Inconvenienzen mit sich führte, zu befreien. Der Hauptverfechter der Volksschullehrer war Wander in Hirschberg; seine Idee eine Emancipation der Schule von der Kirche. „Der Lehrer sei Staatsdiener, die Schule Staatsanstalt", das sind Wander's Sätze, mit welchen er der Centralisation der Verwaltung, die sich bisher an dem freien Gemeindeleben gebrochen hatte, vorarbeitete. Wander's Lehren fanden viel Anklang unter seinen Collegen, und diese hielten alljährlich Versammlungen, worin sie sich über die Interessen ihres Standes beriethen. Der Minister verbot 1844 diese Versammlungen, ordnete aber zugleich eine bessere pädagogische Ausbildung der künftigen Geistlichen an, indem er die Candidaten nöthigte, sechs Wochen dem Seminar-Unterrichte beizuwohnen, und in den Volksschulen Lehrstunden zu geben. Eine andere, aber nicht ausgeführte Verordnung ertheilte den zwölf Jahre gedienten Unterofficieren, die sich einer Seminarprüfung unterzögen, das Recht, als Schullehrer angestellt zu werden. Von der Schule zum Leben ist nur Ein Schritt. Das kirchliche Leben sollte durch eine strengere Sonntagsfeier geweckt und christliche Ehen durch ein die Ehescheidung erschwerendes Gesetz (1844) befördert werden. Der Berliner „Verein zur Beförderung einer würdigen Sonntagsfeier" gerieth jedoch mit dem Kriegsminister von Boyen in Conflict, als er von Letzterem die Einstellung der Sonntagsübungen bei der Landwehr verlangte. Von Boyen erwiderte: „Die Uebungen der Landwehr zur Vertheidigung des Vaterlandes können keineswegs als Entheiligung des Sonntags gel-

jedoch bald zu Tage, daß der politische Liberalismus, welcher in Königsberg, Breslau und Magdeburg sich niedergelassen hatte, den kirchlichen Liberalismus hielt und trug, und daß die Regierung, wenn sie gegen jenen Front machte, es auch gegen diesen thun mußte.

Wie die katholische Kirche durch den „Deutschkatholicismus", so fühlte sich die protestantische Kirche durch die junghegel'sche Richtung bedroht. In letzterer fand daher eine Rückkehr zur strengeren religiösen Richtung statt, wie sie als Supernaturalismus und Symbolglaube von Hahn, Steudel, Hengstenberg, Guericke und Anderen bisher vertreten worden war. Der Stützpunkt dieser wissenschaftlich-gläubigen Richtung konnte jedoch nur im Pietismus ruhen, da dieser das Bewußtsein der kirchlichen Masse war. Was bisher Conventikel oder Secte gewesen, gab sich nun für allgemeines Kirchenbewußtsein aus und wurde von der Regierung als solches betrachtet. Die rationalistischen und neu-philosophischen Geistlichen und Lehrer wurden in der evangelischen Kirchenzeitung hart angegriffen, und der Minister Eichhorn sprach es bei Besuchen auf den Universitäten Breslau, Bonn und Königsberg aus, „wie es der Wille des Königs sei, daß die Lehrer der Theologie auch wirklich Christenthum lehren und sich nicht in grundlose, vom schriftgemäßen Christenthum abführende Theorien verlieren möchten." Der Augustinische Satz: „der Glaube gehe dem Denken voran", ein Satz, der eine phänomenologische Wahrheit richtig ausspricht, und den Eichhorn auch einmal gebrauchte, war den Rationalisten ein besonderer Stein des Anstoßes. Aehnlich sprach sich Eichhorn in Wittenberg aus, wo er der theologischen Wissenschaft die Schranke setzte, sich nur innerhalb der kirchlichen Symbole frei bewegen zu dürfen. Die Bittschrift, welche viele Studirende der Theologie in Halle um Berufung des Dr. Strauß beim Ministerium überreichten, lenkte Eichhorn's Aufmerksamkeit auf die Säuberung der theologischen Facultäten. Der Privatdocent Dr. Bruno Bauer in Bonn wurde wegen seiner „Geschichte der Synoptiker", 1. Band, suspendirt und ihm, nach Einholung von Gutachten mehrerer theologischer Facultäten, das Recht, Vorlesungen zu halten, gänzlich entzogen. Dr. Schwarz fand bei seiner Habilitation in Halle Schwierigkeiten und mußte, als er dieselben überwunden, eine angekündigte Vorlesung über Encyklopädie der Theologie einstellen. Nauwerk in Berlin wurde wegen staatsgefährlicher Lehren abgesetzt, Hinrichs in Halle verwarnt. Dagegen stellte Eichhorn Hävernik als Professor der alttestamentlichen Exegese in Königsberg an und begünstigte die Vereine der Studenten in Bonn, Halle und Berlin, welche sich „den historischen Christus" zum Feldzeichen gewählt, und jeder negativ-philosophischen Richtung den Krieg erklärt hatten. Als der Berliner Senat diesen Verein nicht gestatten wollte, weil man sonst auch gegentheilige Vereine zulassen müßte, erfuhr er einen strengen Tadel

vom Cultusminister, der jedoch die ertheilte Erlaubniß selbst dahin beschränkte, „daß er hoffe, der Verein des historischen Christus werde darauf bedacht sein, blos den ausgesprochenen Zweck wissenschaftlicher Weiterbildung zu verfolgen und seinerseits allem verwerflichen Parteitreiben fernbleiben (1842).“

Von den hohen Schulen ging die restringirende Reform zu den niederen. Der Religionsunterricht auf Gymnasien sollte nur frommen Candidaten anvertraut werden (1842); wegen geeigneter Subjecte möchten sich die Schulvorstände an „die evangelische Pastoral-Hilfsgesellschaft in Berlin“ wenden (17. August 1842). Eine längere Verordnung vom Jahre 1846 gab genaue Vorschriften, wie der Religionsunterricht ertheilt werden solle, und empfahl vorerst Einprägung des Katechismus und der biblischen Geschichte. Der Gebrauch des Niemeyer'schen Lehrbuchs wurde untersagt. Der Oberlehrer Witt in Königsberg mußte die Redaction der liberalen Königsberger Zeitung aufgeben. Den Schullehrer-Präparanden wurde bei ihrer Aufnahme ins Seminar zur Pflicht gemacht, funfzig näher bezeichnete altprotestantische Kernlieder auswendig zu wissen. Der Elementarlehrerstand war durch „Dinter's Schullehrerbibel“ der rationalistischen Richtung anheimgefallen, und zeigte überhaupt ein Bestreben, sich von der Aufsicht der Geistlichen, die manche Inconvenienzen mit sich führte, zu befreien. Der Hauptverfechter der Volksschullehrer war Wander in Hirschberg; seine Idee eine Emancipation der Schule von der Kirche. „Der Lehrer sei Staatsdiener, die Schule Staatsanstalt“, das sind Wander's Sätze, mit welchen er der Centralisation der Verwaltung, die sich bisher an dem freien Gemeindeleben gebrochen hatte, vorarbeitete. Wander's Lehren fanden viel Anklang unter seinen Collegen, und diese hielten alljährlich Versammlungen, worin sie sich über die Interessen ihres Standes beriethen. Der Minister verbot 1844 diese Versammlungen, ordnete aber zugleich eine bessere pädagogische Ausbildung der künftigen Geistlichen an, indem er die Candidaten nöthigte, sechs Wochen dem Seminar-Unterrichte beizuwohnen, und in den Volksschulen Lehrstunden zu geben. Eine andere, aber nicht ausgeführte Verordnung ertheilte den zwölf Jahre gedienten Unterofficieren, die sich einer Seminarprüfung unterzögen, das Recht, als Schullehrer angestellt zu werden. Von der Schule zum Leben ist nur Ein Schritt. Das kirchliche Leben sollte durch eine strengere Sonntagsfeier geweckt und christliche Ehen durch ein die Ehescheidung erschwerendes Gesetz (1844) befördert werden. Der Berliner „Verein zur Beförderung einer würdigen Sonntagsfeier“ gerieth jedoch mit dem Kriegsminister von Boyen in Conflict, als er von Letzterem die Einstellung der Sonntagsübungen bei der Landwehr verlangte. Von Boyen erwiderte: „Die Uebungen der Landwehr zur Vertheidigung des Vaterlandes können keineswegs als Entheiligung des Sonntags gel-

ten; sie sind fast so heilig, als die Religion." Die „Emancipation der Juden", gegen welche damals ebensoviel Stimmen laut wurden, als dafür, erfolgte im Jahre 1847 im beschränkten Sinne, wie es die Absicht des Königs überhaupt schon lange gewesen war, Maßregeln zu ergreifen, durch welche die den Juden auferlegten Beschränkungen aufgehoben, insbesondere ihnen im Gemeindeverbande mit Christen die Wahrung ihrer Interessen mehr gesichert, in der Besorgung ihrer eigenen Angelegenheiten durch Bildung von Corporationen eine größere Selbstständigkeit und Autorität eingeräumt wurde, aber die Gewährung an Bedingungen geknüpft sein sollte, die in dem Wesen eines christlichen Staates beruhen, nach welchen es nicht zulässig ist, den Juden irgend eine obrigkeitliche Gewalt über Christen einzuräumen, oder Rechte zu bewilligen, welche das christliche Gemeinwesen beeinträchtigen könnten.

Alle diese Verordnungen waren weder nach dem Sinne des politischen, noch nach dem des kirchlichen Liberalismus, und es fand eine Reaction dagegen in den lichtfreundlichen Bewegungen statt, denen die Regierung ihrerseits dadurch zu begegnen suchte, daß sie die Prediger, welche sich ein engeres Anschließen an die Symbole nicht gefallen lassen wollten, absetzte. So entstanden die freien Gemeinden in Halle unter Wislicenus, in Magdeburg unter Uhlich, in Nordhausen unter Baltzer, in Königsberg unter Rupp und Detroit u. s. w. Indeß sind auch diese Gemeinden an der Ungunst der Zeitverhältnisse gescheitert, wozu die mindestens unpraktischen Versuche, an andern als den biblischen Persönlichkeiten einen moralischen Lehrstoff zu gewinnen, nicht wenig beigetragen haben. Die große Mehrheit des Volkes nahm jedoch gegen die „Kirchlichen", oder wie man sie nannte, „Pietisten" und „Dunkelmänner", Partei, zumal diese ihre Herrschaft bald auf nicht edle Weise ausbeuteten und der Chicanen mancherlei auf Die häuften, welche nicht ganz in ihrem Sinne sprachen. Gerade dieses hochfahrende, abstoßende Benehmen der „Orthodoxen" hat am meisten zu der nachfolgenden Revolution mitgewirkt und der letzteren in blindem Eifer für „Licht und Freiheit" selbst viele von Denen zugeführt, welche unter anderen Verhältnissen ihre entschiedensten Bekämpfer geworden wären. Daß übrigens ein Misverständniß zwischen dem König selbst und den „symbolgläubigen Buchstabenmännern" stattfand, ist gewiß, denn der geistvolle Herrscher wünschte zwar „Gläubige", aber solche, die aus innerer Ueberzeugung, nach innerem Kampfe, nach einer seelenvollen Durchdringung des Glaubens und Wissens, Herz, Gemüth und Phantasie so verklärt hätten, daß ihr Wissen selbst intellectuelle Anschauung geworden wäre. Eichhorn mußte in Ermangelung dieser seltenen Esoteriker sich mit den „symbolgläubigen Buchstabenmännern", mit den „Strengkirchlichen" begnügen. Offenbar entsprachen aber diese mehr den Allerhöchsten Wünschen, als die „Vulgärrationalisten" und die „protestantischen Freunde",

„welche ihres auf die Bibel als Grundquelle und die symbolischen Bücher als Norm des Kirchenglaubens geleisteten Eides vergaßen."

Mit der Geistesindividualität des Königs hingen auch die verschiedenen Berufungen von Gelehrten und Künstlern nach Berlin zusammen, die, aus freiem Entschluß des Königs hervorgegangen, nicht immer „Strengkirchliche" trafen. Alexander von Humboldt, dieser Universalgenius, der mit einem Blick die Reiche des Realwissens überschaut, und jeden Gedanken in schöne Form zu prägen versteht, wurde des Königs vertrauter Freund und Rathgeber im wissenschaftlichen Gebiet. Neben ihm stand v. Radowitz in nächster Nähe des Königs, der über alle Fächer des Wissens gleich geistreich zu sprechen wußte, und dessen kindlich-mildes Gemüth, dessen deutsch-patriotisches Herz immer allgemeiner gerühmt ward. Die Generäle v. Thiele I., v. Gerlach, der Minister Eichhorn und Graf Stolberg gehören schon der reflectirt gläubigen Richtung an. Götze wurde Präsident eines Appellationsgerichts, Hassenpflug Geheimer Obertribunalsrath, Göschel und der Regierungspräsident Graf Stolberg, Consistorialpräsidenten. Schelling kam nach Berlin, um dort seine „positive Offenbarungsphilosophie" vorzutragen, die, Jahr um Jahr verheißen, noch immer nicht erschienen ist, wenn wir nicht etwa das Plagiat von Paulus: „Die endlich offenbar gewordene Offenbarungsphilosophie, 1843" dafür nehmen wollen. Tieck, von Dresden herbeigerufen, wo man andächtig seinen Worten gelauscht hatte, betrat das glatte Parquet von Sanssouci und wurde Vorleser des Königs. Stahl erschien als Professor in Berlin; der Dichter Herwegh wurde vom König empfangen, was Jenem so den Kopf umnebelte, daß er einen offenen Brief in unpassender Form an den König erließ; die Dichter Freiligrath und Geibel erhielten Pensionen, welche Ersterer 1844 mit seinem die radicale Laufbahn einschlagenden „Glaubensbekenntniß" ehrlich zurückgab; die Gebrüder Grimm erhielten an der Akademie der Wissenschaften und der Universität einen ehrenvollen Wirkungskreis. Der Veteran Rauch schuf sein Standbild Friedrich Wilhelm III. in Königsberg und das großartige Denkmal Friedrich's des Großen in Berlin. Schinkel baute das neue Museum und den Campo Santo in Berlin, welche von Cornelius und Kaulbach mit Frescogemälden geschmückt wurden. So erfreuten sich die Wissenschaften und Künste der hohen Fürsorge des Königs. Nicht minder war dies mit dem Handel- und Gewerbfleiß, überhaupt mit dem materiellen Wohl seiner ärmeren Unterthanen der Fall. Mit Belgien wurde ein Handelsvertrag geschlossen, aber auch das Cartel mit Rußland erneuert. Am merkwürdigsten war die deutsche Industrieausstellung 1844 in Berlin, in Folge deren ein Verein für das Wohl der arbeitenden Classen gegründet wurde, aber wie so Vieles keinen rechten Fortgang fand, weil die Behörden

fürchteten, der Verein könne bei den niedern Ständen zu viele Hoffnungen erwecken, und bei deren Nichterfüllung die in den schlesischen Gebirgsdistricten herrschende Gährung steigern. Es ist wahrhaft tragisch, zu sehen, wie über den besten Absichten des Königs ein Unstern waltete. Daß aber das Gefühl im Volke lebte, der König wolle das Beste, und daß man sein edles Streben zu schätzen wußte, zeigte sich in der allgemeinen Theilnahme und Beglückwünschung, nachdem Tschech's rachsüchtiges und verruchtes Attentat durch die Vorsehung so glücklich abgewendet war (26. Juli 1844). Dieses Attentat hatte auf das innere Staatsleben sehr nachtheiligen Einfluß, indem die Maßregeln, welche der König zur Entfesselung der Presse und Fortbildung der Ständeverfassung getroffen hatte, einige Zeit sistirt wurden.

„Freie Fürsten, freie Völker!“ ist des Königs Wahlspruch gewesen. Diese Freiheit war aber nicht die constitutionelle, welche die Liberalen so ungestüm forderten; es war jene ideelle Freiheit, welche die Gemeinde, den Staat und die Kirche durchdringen, aber auch von dem Könige ihre Regel erhalten sollte. Als der König sich am 3. September 1840 in Königsberg huldigen ließ, verzichtete der Landtag auf die Bestätigung seiner Privilegien und trug auf reichsständische Verfassung an (7. September). Der König lehnte diesen Antrag ab und erläuterte zur Beseitigung von Mißverständnissen seine Erklärung dahin, daß er niemals „seine Zustimmung zu dem in der ständischen Denkschrift enthaltenen Antrage auf Entwickelung der Landesverfassung im Sinne der Verordnung vom 22. Mai 1815 ausgesprochen hätte.“ Diese Enttäuschung hatte zwei Flugschriften zur Folge. Die eine: „Woher und Wohin?“ wird dem Minister von Schön zugeschrieben; die andere: „Vier Fragen eines Ostpreußen,“ rührt von Dr. Jacoby her. Beide Flugschriften machten enormes Aufsehen, und entschieden die Taktik der liberalen Partei: nicht zu ruhen, bis die Verordnung vom 22. Mai 1815 ins Leben getreten sei. Die Communalbehörden mußten derartige Petitionen vor die Landtage bringen. Man bat theils um Oeffentlichkeit der Stadtverordnetenversammlungen, die 1847 gewährt wurde, theils um Aufhebung der zeitherigen Beschränkungen bei der Wahl der Landtagsabgeordneten, theils um reichsständische Verfassung, freie Presse und dergleichen mehr. Diese Bestrebungen waren nicht ohne Erfolg. Das Ministerium erließ eine Verordnung über mildere Handhabung der Censur (1841), und am 4. October 1842 der König eine Cabinetsordre, wonach Bücher über zwanzig Bogen censurfrei sein sollten. Später konnten Monatsschriften sogar ohne Concession erscheinen. Zugleich setzte man ein Berichtigungsbureau ein. Die Bildercensur wurde aber schon am 3. Febr. 1843 wieder eingeführt, die Rheinische Zeitung (1. April 1843) unterdrückt und die Leipziger Allgemeine Zeitung (28. December 1842) verboten. „Um aber die Auflösung der Wissenschaft und Literatur in Zeitungs-

schreiberei zu hindern und die Verbreitung verführerischer Theorien zu hemmen, erschien am 23. Februar 1843 die Verordnung über die Organisation der Censurbehörden und eines Obercensurgerichts als Recursinstanz für die Schriftsteller. Vielerlei Gründe wirkten jedoch zusammen, um das Gedeihen der „guten Presse" zu beeinträchtigen; am meisten der abweichende Geschmack des Publicums und das geringe Geschick, welches die Redactionen der subventionirten Organe an den Tag legten.

Nachdem der König einen Steuererlaß von zwei Millionen bewilligt hatte, indem er die Salzpreise erniedrigte, gewährte er zugleich die Veröffentlichung der Verhandlungen der Provinziallandtage, jedoch ohne Nennung der Namen der Redner (1841). Darauf erließ er die Verordnung über die Bildung ständischer Ausschüsse (21. Juni 1842), „um einen Vereinigungspunkt zur Ausgleichung abweichender Interessen der Provinzen zu gewinnen und den Beirath der Stände bei der höhern Gesetzgebung zu ermöglichen." Am 18. October 1842 traten die Ausschüsse zum ersten Mal in Berlin zusammen. Um aber ja kein Misverständniß über die Absichten des Königs aufkommen zu lassen, schärfte der Minister des Innern, Graf von Arnim, den Censoren die Vorschriften in Betreff der Petitionen an die Landstände und deren Mittheilung durch die Tagespresse nochmals ein (27. Januar 1845), und verfügte am 23. Mai 1845 die Ausweisung der Badenser v. Itzstein und Hecker aus Berlin. Dennoch konnte sich die öffentliche Meinung nicht von dem Gedanken trennen, daß Preußen früher oder später die constitutionelle Bahn einschlagen müsse. In denjenigen Kreisen, wo der Glaube daran schon wankte, zeigte sich eine fast maßlose Oppositionssucht, die theils in der Presse, theils in der Feier solcher Männer hervortrat, die von der „Bureaukratie" verfolgt wurden. Den größten Sturm riefen die Disciplinargesetze des Justizministers von Mühler gegen richterliche Beamte (29. März 1844) hervor, welche von dem Stadtgerichtsrath Simon in Breslau lebhaft bekämpft wurden, weil sie die Unabhängigkeit des Richterstandes zu gefährden und das alte Ansehen der preußischen Justiz zu schmälern geeignet seien. Zur Begründung eines „volksthümlichen" Rechts schienen den Liberalen die Oeffentlichkeit und Mündlichkeit im Gerichtsverfahren, der Anklageproceß und die Geschwornengerichte die einzig zweckmäßigen Basen. Die Regierung kam der öffentlichen Meinung dadurch entgegen, daß sie zwei Gesetze über das Verfahren in Criminalsachen und summarischen Processen veröffentlichte (17. Juli 1846). Zugleich wurde eine beschränkte Oeffentlichkeit bei allen Processen gestattet, und in Berlin versuchsweise die Staatsanwaltschaft, wie die Mündlichkeit des Schlußverfahrens in Strafsachen eingeführt. Der jetzige Appellationsgerichtspräsident in Ratibor, Wentzel, wurde der erste Staatsanwalt. Jenes Verfahren kam zum ersten Mal in

dem großen Polenproceß gegen Mieroslawski, Liebelt und zweihundertzweiundfunfzig Andere in Anwendung (1847).

Im November 1845 entdeckte der Polizeirath Dunker Spuren einer polnischen Verschwörung in Posen. Nachdem er die Fäden derselben weit verfolgt hatte, nahm er am 14. Februar 1846 gleichzeitig in der ganzen Provinz zahlreiche Verhaftungen vor. Bald darauf zeigten sich im Krakauischen verdächtige Bewegungen. Oesterreichische Truppen zogen daselbst ein (18. Februar), räumten aber am 22. die Stadt wieder. Eine provisorische Regierung, nachher der Dictator Tyssowski, übernahm die Leitung der Insurgenten, welche alle öffentlichen Cassen plünderten. Am 3. März rückten Russen, Oesterreicher und Preußen in die Stadt und machten dem Aufstande ein Ende. Zugleich wurde am nämlichen Tage ein Versuch, die Festung Posen zu überrumpeln, vereitelt. Tyssowski war nach Dresden entkommen, wurde aber dort gefangen und auf dem Königstein inquirirt, später jedoch mit Bewilligung Oesterreichs nach Amerika entlassen. Die drei nordischen Mächte hoben nun den Freistaat Krakau auf, um den Herd der polnischen Revolution zu zerstören, und übergaben das Gebiet dem österreichischen Kaiserstaate. England und Frankreich legten einen papiernen Protest dagegen ein, und die Stimmen des schlesischen Handelsstandes, der bedeutenden Verkehr nach Krakau gehabt hatte, konnten von dem preußischen Minister des Auswärtigen, v. Canitz, nicht mehr berücksichtigt werden, weil es zu spät war.

Im Jahre 1847 legte der König den Schlußstein zum ständischen Staatsbau, indem er am 3. Februar die Verordnung über die Bildung eines Vereinigten Landtages aus sämmtlichen Provinzialständen erließ. „So oft die Bedürfnisse des Staats entweder neue Anleihen, oder die Einführung neuer, oder die Erhöhung der bestehenden Steuern erfordern möchten", berief der König die Provinzialstände der Monarchie als Vereinigten Landtag, „um für erstere die durch die Verordnung vom 17. Januar 1820 vorgesehene ständische Mitwirkung in Anspruch zu nehmen und zu letzterer sich ihrer Zustimmung zu versichern." Ferner sollte ein Vereinigter ständischer Ausschuß periodisch zusammenberufen werden. Dem Vereinigten Landtage, und in dessen Vertretung dem Ausschusse, wurde, in Beziehung auf den ständischen Beirath bei der Gesetzgebung, die bisher den Provinzialständen übertragene Mitwirkung, ferner die Mitwirkung bei der Verzinsung und Tilgung der Staatsschulden, und das Petitionsrecht in nicht blos provinziellen Angelegenheiten zugetheilt. Es wurde ferner über die Zusammensetzung und Gliederung des Vereinigten Landtags, welcher in eine Herrencurie und eine Ständecurie zerfiel, sowie über die Geschäftsordnung das Nöthige verordnet.

Gewährte nun schon die provinzialständische Verfassung wegen des Uebergewichts der Rittergutsbesitzer den Wünschen der Liberalen wenig Be-

friedigung, so mußte der „Vereinigte Landtag" denselben als eine ungenügende Ausführung der Gesetze vom 22. Mai 1815 und vom 17. Januar 1820, als ein vollständiges Abschneiden der constitutionellen Entwickelung erscheinen. Diese Ansicht wurde von H. Simon in der Schrift: „Annehmen oder Ablehnen" geltend gemacht und der Rath ertheilt, dieses königliche Geschenk abzulehnen, um die Hände für die Zukunft freizuhalten. Bald schied sich eine radicale Partei von der liberalen ab, weil diese den Landtag zu besuchen rieth, um das Vorhandene zu benutzen, und aus dem Vereinigten Landtage eine constitutionelle Kammer zu machen, oder wenigstens eine stärkere Vertretung des Bürger- oder Bauernstandes herbeizuführen. Die Opposition erblickte in dem Vereinigten Landtage einen Sieg der Adelspartei, der rheinischen Autonomen des Freiherrn von Mirbach, die auch in Bedburg eine exclusive Akademie der „ritterbürtigen Ritterschaft" gegründet hatten.

Der Vereinigte Landtag bestand aus dreiundvierzig Standesherren, zweihundertzweiunddreißig Rittern, einhundertzweiundachtzig Abgeordneten von den Städten und hundertvierundzwanzig von den Rusticalen, zusammen aus fünfhunderteinundachtzig Mitgliedern. Außerdem traten zu der Herrencurie die königlichen Prinzen. Zum Regierungscommissar wurde der Minister von Bodelschwingh, zum Marschall der Herrencurie der Fürst Solms-Hohensolms-Lych, zum Marschall der Ständecurie Adolf von Rochow auserkoren. Die vorzüglichsten Redner der ersten Curie waren: die Fürsten Lichnowsky, Lynar, Wied, die Grafen Arnim, Dyhrn, York, Burghaus, Dohna, Kaiserling. Aus der zweiten Curie sind erwähnenswerth: Graf Schwerin, Camphausen, v. Vincke, Hansemann, v. Beckerath, v. Auerswald, die beiden Saucken, v. Brunneck, v. Bardeleben, v. Helldorf und Milde von der Opposition, und von Seiten der Conservativen die beiden Manteuffel, Graf Renard, Graf Gneisenau, v. Meding, v. Massow, Baron Gaffron und Steinbeck. Auch eine Ultrapartei war in den Herren v. Bismark-Schönhausen, v. Kleist-Reetzow und v. Thadden-Trieglaff vorhanden.

Am 11. April 1847 eröffnete der König in Person den Vereinigten Landtag mit einer längeren, gehaltvollen Rede, in welcher er sich, der Mehrzahl der Hörer nicht erfreulich, über die gegenwärtigen Zeitbestrebungen aussprach und sich offen, wie ein Mann, gegen das constitutionelle System erklärte. „Kein beschriebenes Blatt soll sich als Vorsehung zwischen mich und mein Volk drängen." Ein Theil der preußischen Abgeordneten wollte schon abreisen; was jedoch die Rheinländer widerriethen. Die Stände blieben bis 26. Juni zusammen, und beschäftigten sich mit allen auf Verwaltung und Verfassung bezüglichen Tagesfragen sehr gründlich und unter großem Beifall des Publicums, das vor Ueberraschung und Staunen sich nicht zu lassen wußte, woher auf



einmal so viele tüchtige Redner hergekommen seien. Ein Fehler der Regierung war es, daß die Minister nicht einig und als Vertreter eines Systems dem Landtage gegenübertraten, weshalb ihre Redner mehr den Eindruck machten, als sprächen sie als Einzelne, gleich den conservativen Mitgliedern der Versammlung, ihre Ansichten aus. Die entschiedene Opposition von hundertachtunddreißig Mitgliedern suchte vergeblich die älteren und von ihnen im constitutionellen Sinne aufgefaßten Verheißungen aufrechtzuerhalten. Ihren größten Sieg erfochten die Liberalen in der Sitzung vom 4. Juni, wo der Antrag auf zweijährige Berufung des Landtags und auf dessen Berechtigung, zu Anleihen und Steuern seine Zustimmung zu geben, durchging. Die Herrencurie erklärte sich ebenfalls für Periodicität der Landtage (18. Juni), überließ jedoch die Bestimmung der Frist dem Könige. Die Ständecurie nahm diesen Antrag mit vierhundertachtzehn gegen einunddreißig Stimmen am 23. Juni an, beharrte aber mit dreihundertsechzig gegen hundertsechsundvierzig Stimmen in der Staatsschuldenfrage auf ihrem ersten Beschlusse. Ein Versuch der Opposition, die Regierung zu weitergehenden Vorlagen bezüglich der Verfassung zu vermögen, scheiterte. Vincke bekämpfte nämlich die Regierungsvorlage einer Anleihe zum Bau der Ostbahn, obwohl letztere allerseits für nothwendig erkannt wurde, wenn die Regierung nicht den Verfassungswünschen der Opposition Genüge leiste. Da die Regierung sich keinen moralischen Zwang auferlegen lassen wollte, so versagte die Ständecurie mit dreihundertachtzig gegen hunderteinundvierzig Stimmen die Genehmigung der Anleihe (12. Juni). — Das Judengesetz erhielt einige freisinnige Aenderungen, wenn auch Israeliten noch von der Ausübung ständischer Rechte ausgeschlossen blieben (14.—19. Juni). Am 24. Juni lehnte der König die auf Verfassungsänderung gerichteten Anträge ab und gebot die Wahl zu den Ausschüssen. Dabei enthielten sich achtundfunfzig Abgeordnete der Wahl, hundertsiebenundsechzig wählten mit Vorbehalten, zweihundertachtundvierzig aber unbedingt. Später weigerten sich einige der Gewählten, der Versammlung der Ausschüsse (17. Januar 1848) beizuwohnen und Schwerin legte nochmals Verwahrung ein. Bodelschwingh schloß am 26. Juni 1847 den Landtag, und der König erließ am 24. Juli einen frostig abgefaßten Landtagsabschied, worin er die meisten liberalen Beschlüsse des Landtags abwarf und die Selbsttäuschungen des Publicums vernichtete. Eine gewisse Misstimmung wegen getäuschter Hoffnungen trat immer offener zu Tage. Alle Schichten der Gesellschaft befanden sich in einer geheimnißvoll unbehaglichen Stimmung. Freilich waren Besorgnisse ganz materieller Art daran fast allein Schuld.

Die Ernte des Jahres 1846, wie die des Jahres 1845, war in Deutschland nur sehr mittelmäßig gewesen; die Kartoffeln, schon mehrmals der Fäulniß unterlegen, erreichten einen unerhörten Preis; das Korn stieg

der Scheffel auf drei Thaler; der Winter war kalt und anhaltend; die Diebstähle mehrten sich, die Bettelei wuchs zusehens; hier und da schrie man über Kornwucher und insultirte die Getreide- und Victualienhändler oft thätlich. Die armen Weber in Schlesien nährten sich von Kleienbrei, oder Gras, oder suchten den Abfall der Rinnsteine und noch Ekelhafteres auf. In mehreren Städten brachen Tumulte der hungernden Arbeiter gegen die angeblichen Kornwucherer aus.

Kaum begann man unter den ermuthigenden Wirkungen eines zeitigen Frühlings wieder aufzuleben, als der revolutionäre Sturm die Unruhen und Besorgnisse vergrößerte. Die ständischen Ausschüsse hatten sich am 17. Januar 1848 zur Berathung des mit vielen barbarischen Strafen ausgestatteten und einer mittelalterlichen Anschauung entsprossenen Strafgesetzbuches versammelt, und beriethen noch die einzelnen Paragraphen, als schon die ersten Nachrichten der Februarrevolution anlangten, deren Wirkungen dem Könige von Preußen ein größeres Feld der Thätigkeit in Deutschland anzuweisen schienen.

General von Radowitz hat uns in seiner Schrift: „Deutschland und Friedrich Wilhelm IV.“, 1848, einen Blick in die rühmlichen Bestrebungen des Königs für die Einheit Deutschlands thun lassen. Bei Friedrich Wilhelm's IV. Thronbesteigung drohte ein Weltkrieg zu entbrennen, und in welcher Verfassung befand sich das deutsche Bundesheer! Der König sah mit Betrübniß, daß die westlichen Grenzen Deutschlands wehrlos, die Contingente der Einzelstaaten theils unvollständig, theils gar nicht im Felddienst und Manövriren geübt und die Arsenale leer waren. 1840 trat auf Preußens Andringen die erste wirkliche Controle des Bundesheeres ein, die Vieles zu bemängeln fand, aber auch für Abstellung der Misbräuche sorgte. Seit dieser Zeit sind die gegenseitigen Bundesinspectionen in Zug gekommen, und die kleineren Contingente mit größeren Truppentheilen zu Manövers vereinigt worden. Metternich blickte auf dieses Vorgehen Preußens nicht gerade liebevoll herab, aber er konnte seine Mitwirkung nicht versagen. Noch mehr erstaunte er, als der König dem fünfundzwanzigjährigen Streite, ob die französische Kriegsentschädigung zu einem Festungsbau in Ulm oder Rastadt verwendet werden sollte, ein Ende machte, sich für beide Städte entschied und den Mehrbetrag, soweit er auf Preußen fiel, mit fünf Millionen Gulden anbot (1841). Als Vorbereitung zu einer Reform des Bundes wirkte Friedrich Wilhelm für die Entfesselung der Presse und die Veröffentlichung der Bundesprotokolle. Der König sah sich aber im Ministerrath mit seinen Ansichten allein; nur Radowitz verstand ihn und begriff Preußens Aufgabe. Die preußischen Minister faßten theils die Opfer ins Auge, die Preußen zugemuthet wurden, theils erklärten sie die königliche Idee für eine unausführ-

bare Phantasterei. Die Bureaukratie setzte zur Begutachtung derselben eine Ministercommission nieder und schmiedete — das Obercensurgericht. Als die Königin Victoria und viele Souveraine dem Monarchen Preußens einen Besuch in Stolzenfels abstatteten, nahm der König die Verhandlungen über den Bund mit dem ebenfalls anwesenden Fürsten Metternich wieder auf, ohne daß die Sache einen Erfolg gehabt hätte. Zur Zeit des Vereinigten Landtags, wo Friedrich Wilhelm IV. für seine innere Politik kein Entgegenkommen gefunden hatte, ergriff er mit neuer Kraft die Regeneration des Bundes, die er, selbst ohne Oesterreich, zu Ende führen wollte. Radowitz sagt: „Der König bedarf auf seinen Wegen, mehr als je ein anderer Regent, des Vertrauens, der Sympathie, ja der Begeisterung seines Volkes. Gegenwärtig (November 1847), nachdem der politische und kirchliche Parteienkampf das Feld seiner besten und reichsten Absichten verwüstet hat, giebt es hierzu nur noch ein mögliches Mittel: daß der König sich mit dem bessern Geist der Nation verbünde, indem er als Verfechter für ihre theuersten Güter und Wünsche vorantritt. D e r K ö n i g m u ß P r e u ß e n i n u n d d u r c h D e u t s c h l a n d g e w i n n e n, d e r G e w i n n i s t d a n n s o g a r e i n d o p p e l t e r." Die höchst wichtige Denkschrift, welche dem Büchlein des Generals Radowitz beiliegt, enthält eine kurze, aber höchst klare Uebersicht der Geschichte des Bundes, worauf die drei Richtungen bezeichnet werden, um den deutschen Bund zu heben: 1) indem seine Wehrkraft gestärkt, 2) der Rechtsschutz geordnet und ergänzt, und 3) die materiellen Bedürfnisse befriedigt werden. Alles Dieses aber nicht durch kleine, halbe, zaghafte Maßregeln, sondern durch Bundesinstitutionen in großem Style, fähig, die allgemeine Theilnahme Deutschlands zu fesseln und das nationale Gefühl mächtig zu ergreifen. Die freie Presse und die Veröffentlichung der Protokolle sollen das Volk darauf vorbereiten. Dann werden folgende Einrichtungen getroffen: 1) Einsetzung eines obersten Bundesgerichts, für alle Streitigkeiten zwischen Regierungen, Ständen und Privaten, die auf staatsrechtlichem Titel beruhen; 2) gemeinschaftliches Strafrecht und Strafverfahren; 3) gemeinschaftliches Handelsrecht und Creditordnung; 4) gemeinschaftliches Wechselrecht; 5) allgemeines Heimathsrecht; 6) Anerkennung voller Freizügigkeit; 7) Vereinbarung über gemeinschaftliche Maße und Gewichte; 8) über eine allgemeine Postordnung; 9) über eine allgemeine Eisenbahnordnung; 10) über einen allgemeinen Schifffahrtsvertrag; 11) Feststellung des freien Verkehrs mit sämmtlichen Lebensmitteln; 12) ausgleichende Aufhebung der Wasserzölle; 13) Anordnung von Bundesconsulaten; 14) Regulirung der Auswanderung und Colonisation; 15) Ausdehnung des Zollvereins auf den Bund; 16) endlich militairische Verabredungen, z. B. über periodische Corpsmanöver und Inspicirungen, gleiches Caliber, gleiches Commando, gleiche Signale, Bundeswappen und Bundesfeldzeichen u. A. m. Sollte Preußen

das österreichische Cabinet für diese Institutionen nicht willfährig finden, so soll es allein damit vor den Bund treten, und wenn dieser es lange hinzieht — wegen der damals sprüchwörtlich gewordenen Ferien — soll der König es den Ständen vorlegen und erklären, was er für Deutschlands Einheit gethan. Der Geist des Volkes wird sich erheben und nun kann man Specialvereine für jene obigen Postulate gründen.

In dieser Denkschrift liegt der Schlüssel zu Preußens deutscher Politik von jenem Tage an, wo der König erklärte, er stelle sich für die Tage der Gefahr an die Spitze Deutschlands (21. März 1848), bis zur Olmützer Conferenz (29. November 1850), eine Politik, die in ihrem Auftreten ebenso neu, als überraschend war, und nur von wenigen Eingeweihten verstanden wurde.

28. Der deutsche Bund.

Was der deutsche Bund in diesen acht Jahren Bedeutendes gethan hat, verdankt er, wie wir gesehen haben, beinahe ganz der preußischen Anregung. So den Bau des Hauptwaffenplatzes Ulm und der Grenzfestung Rastadt. Ferner die Vorlage eines Preßgesetzes (22. Juli 1847), das freilich statt der Censur eine Menge präventiver und repressiver Maßregeln enthielt, die schlimmer waren, als jene. Bayern, Sachsen und Würtemberg wirkten hier im mildernden Sinne, konnten aber nicht zum Ziele kommen, da die Revolution hereinbrach. Drittens leistete Preußen dem Verlangen des deutschen, namentlich Leipziger Handelsstandes nach Einheit des Wechselrechts Genüge. Es hatte einen trefflichen Entwurf ausgearbeitet und die deutschen Staaten zu einer durch Sachverständige, Juristen und Kaufleute zu beschickenden Conferenz nach Leipzig eingeladen. Die Conferenz der zweiunddreißig Mitglieder fand vom 20. October bis 9. December 1847 unter dem Vorsitz des sächsischen Ministers v. Könneritz statt und hielt fünfunddreißig Plenarsitzungen, nach welchen ein neuredigirter, vollständiger Entwurf als das Schlußresultat unterzeichnet wurde. Zu der großartigen Postreform, welche Preußen seit 1851 ins Leben gerufen hat, legte man 1847 in Dresden mit dem Postcongreß den Grund. Den geringen Schutz, welchen das literarische Eigenthum genoß, hatte Preußen in seiner besondern Gesetzgebung zu erweitern gesucht. Bald darauf faßte der Bundestag einen Beschluß (19. Juni 1845), worin er den Beschluß vom 9. November 1837, der das literarische Eigenthumsrecht auf zehn Jahre nach dem Erscheinen des Werkes beschränkte, auf die Lebenszeit und bis dreißig Jahre nach dem Tode des Verfassers ausdehnte. Unerfreuliches Aufsehen machte es, als die deutschen souverainen Herzöge, nach Koburgs Vorgang, auf einmal anfingen, statt des Titel

Durchlaucht, den der Hoheit zu führen. Der Bundestag verwies dies zuerst den Widerstrebenden sanft, woran sich diese jedoch nicht kehrten. Endlich beschloß der Bund (16. August 1844), daß dem Titel „Hoheit" für die Herzöge, insofern kein anderes Prädicat, als das der „Herzoglichen Hoheit" damit gemeint sei, stattzugeben sei. Die Liebe und Achtung vor dem Bunde hob sich in diesem Zeitraume nicht, sondern sank eher tiefer. Nur in Sachen Holsteins gegen Dänemark faßte der Bund einen das Recht Deutschlands wahrenden Beschluß (1846), der aber wohl ohne die späteren Ereignisse, welchen der Bund nicht gebieten konnte, zurückgelegt worden wäre. Unter diesen Umständen fanden die Anträge Bassermann's und Welcker's in den badischen Kammern auf eine neben der Bundesversammlung zu errichtende gewählte deutsche Volksvertretung vielen Beifall, obwohl man sich jetzt überzeugt hat, daß diese Idee unausführbar ist, wenn nicht eine Bundesregierung zugleich mit gegründet wird. Es gehört überhaupt mit zu den charakteristischen Kennzeichen dieser Zeit, daß die Idee der deutschen Einheit sich der Schwärmerei zu entschlagen und in verständliche Worte zu kleiden beginnt. Theils wurde die Einigung von der Gemeinsamkeit materieller Interessen, theils von der Gleichheit ideeller Zustände erwartet. In erster Beziehung verdient hier der patriotische Nationalökonom Friedrich List ehrenvolle Erwähnung, der in der Erweiterung des Zollvereins die feste Basis einer auf das Schutzsystem gegründeten Handelseinheit Deutschlands erblickte. Zur Förderung der ideellen deutschen Einheit wurden die Vereine der Germanisten gestiftet und Versuche gemacht, für die deutsch-protestantische Kirche eine gemeinsame Verwaltungs- und Aufsichtsform zu finden, und die katholische Kirche von dem fremden Oberhaupte zu befreien. Ein anderer Theil der Schriftsteller sah indeß recht wohl, daß alle jene Einigungsvorschläge nur vorbereitender Art sein könnten, und daß schließlich der Einheitsgedanke auch in die politische Gestaltung übergreifen müsse. Die in Größe, Verfassung und Bildung so verschiedenen Staaten, welche der deutsche Bund umschloß, hatten in der deutschen Bundesacte eine so unumschränkte Freiheit des Handelns erhalten, daß die größeren Staaten von europäischem Range nicht immer ihre Anträge durchsetzen konnten, mochten dieselben auch noch so ersprießlich für die Machtstellung des Bundes sein. Daher tauchte nun allgemach die Idee einer Hegemonie auf, welche Rohmer für Oesterreich, Steinacker und Bülow-Cummerow für Preußen verlangten. Indessen schieden sich die Meinungen der beiden Letzteren so, daß Steinacker von Preußen erst den Schritt zur Constitution begehrte, während der die Rechte des Grundadels verfechtende Bülow die provinziale Verfassung Preußens auch auf alle deutschen Bundesstaaten ausgedehnt wissen wollte. Andere Stimmen,

welche die geographische Lage und die Religion in Betracht zogen, hätten am liebsten eine Theilung Deutschlands gesehen, und den protestantischen Norden dem preußischen, den katholischen Süden dem österreichischen Einfluß preisgegeben. Ja noch andere, namentlich bayrische Stimmen, sprachen von einer Dreitheilung, in Oesterreich, Preußen und die Kleinstaaten unter Bayerns Vorsitz. Diese drei Gruppen sollten in ein völkerrechtliches Bündniß treten. Es liegt am Tage, daß die Einheitsidee nunmehr den Sauerteig der deutschen Geschichte bildet. Die einzelnen Seiten jener Idee treten uns später, als politische Parteien verkörpert, im Frankfurter und Erfurter Parlament entgegen.

29. Oesterreich und der Panslavismus. Die ungarische Sprach- und Zollfrage.

In Oesterreich zeigte sich, wie in Preußen, ein regeres politisches Leben; man fühlte die Fesseln, deren Nothwendigkeit Metternich für einen aus so verschiedenen Nationalitäten zusammengesetzten Staat behauptete, und die geachtetsten Schriftsteller stellten eine Bitte um Milderung oder Aufhebung der Censur, welcher der Staatskanzler jedoch nicht stattgeben mochte. Das Unterrichts- wie das Finanzwesen, welchem Freiherr von Kübeck vergebens aufzuhelfen bemüht war, sahen sich mehrfachen Angriffen ausgesetzt. Die Staatsschuld wuchs mitten im Frieden, das strenge Prohibitivsystem hemmte den Handel und die freie Entfaltung der Kräfte und Hilfsmittel dieses reichen Staats. Die Arbeiteraufstände in Prag und Reichenberg, und die Judenverfolgungen (1844) deckten auch hier ein sociales Leiden auf, welches man in dem behäbigen Oesterreich nicht vermuthet hatte. Trotzdem gewann Oesterreich die Mittel, jenes große Netz von Staatseisenbahnen zu bauen, welches der Regierung wie dem Talent seiner Ingenieure zum größten Ruhme gereicht. Wie in Preußen bestanden auch im Kaiserstaate Provinzialstände, nur mit dem Unterschiede, daß der Kreis ihrer Wirksamkeit hier viel enger gezogen war und die Bureaukratie größeren Einfluß auf die Verhandlungen der Stände übte. Es bildete sich daher in Oesterreich ein Antagonismus zwischen dem Grundadel und dem Beamtenthum, der, wie seit 1848 in Preußen, als Opposition auf den Landtagen auftrat und in pikanten, schneidenden Schriften sich ausließ. Das bedeutendste Werk, welches hierher gehört, ist „Oesterreich und seine Zukunft", 1842, dessen Verfasser ein Freiherr von Andrian war. Er fordert, um der Aristokratie eine gleichberechtigte Stellung neben der Bureaukratie einzuräumen, die Gründung einer Pairskammer, und neigt sich überhaupt dem englischen System zu.

Gefährlicher, als die kleinen Angriffe, war der seit den vierziger Jahren ausbrechende Kampf der Nationalitäten. Böhmen, Ungarn und die südslavischen Provinzen waren die Hauptstätten dieses Kampfes. Die Slaven, welche fast die Hälfte der Bewohner des österreichischen Kaiserstaats ausmachen, schienen durch russische Agenten und Schriften — wie „die Pentarchie" — zu einem kräftigen Nationalgefühl aufgestachelt zu sein. Die Idee eines großen, den ganzen Osten Europa's bis zur Oder umfassenden Slavenreichs, dessen Vertreter kein Anderer als der Czar sein kann, ging in Böhmen von einigen Gelehrten und Aristokraten, wie Schaffarik, Dobrowski, Palazky und Graf Leo Thun aus. In Ungarn beförderte Kollar, in Kroatien Ludwig Gaj den Panslavismus. Die Deutschen in Böhmen und Ungarn verhielten sich passiv, wogegen die Magyaren die Gefährlichkeit der slavischen Propaganda erkannten und dagegen reagirten, indem sie ihre Sprache zur herrschenden zu machen strebten. Die österreichische Regierung verfuhr hierbei nach den gewöhnlichen Regeln der Lebensklugheit. Indem sie in allen nichtdeutschen Nationalitäten Feinde erblickte, suchte sie deren Vereinigung zu verhüten, hielt die Spannung der Nationen gegen einander rege und bediente sich einer Nationalität gegen die andere. Bis zum Jahre 1828 munterte sie die Kroaten und Slowaken gegen die nivellirenden Versuche der Magyaren auf, ohne sonderlichen Erfolg; vielmehr dachte die Congregation der Königreiche Dalmatien, Slavonien und Kroatien (10. September 1828) daran, Mittel aufzusuchen, wie das Studium der ungarischen Sprache in Kroatien und den Nebenländern mehr verbreitet werden könne, und 1830 beschlossen die Congregationen des Agramer und Warasdiner Comitats, die magyarische Sprache zu einem gewöhnlichen Gegenstande des Unterrichts zu machen. Der Adrianopler Friede, welcher die Donaufürstenthümer so gut wie zu russischen Provinzen machte, änderte das Verhalten der österreichischen Regierung gegen den „Illyrismus", welcher leise Winke einer nationalen Hinneigung zu Rußland hatte fallen lassen. Metternich begünstigte auf einmal die magyarische Aristokratie und beseitigte die lateinische Sprache, unter deren todtem Druck die Volkseigenthümlichkeit der Magyaren verkümmern mußte. Jetzt fing die dramatische Literatur der Magyaren zu blühen an, ein Nationaltheater in Pesth wurde gestiftet und eine üppige Saat freisinniger magyarischer Schriften schoß aus dem Boden, welche der ängstliche Metternich wiederum durch Heranziehung des Illyrismus zu neutralisiren suchte. Ludwig Gaj erhielt nun die Concession zur illyrischen Nationalzeitung, für welche die Censur gar nicht vorhanden zu sein schien. Gedichte, Sammlungen von Volksliedern durch den Serbier Wuk Stephanowitsch Karadschitz, nationale Schauspiele von Gaj, geographische und literargeschichtliche Werke voll der gröbsten Irrthümer zu Gunsten der Illyrier, Bälle, Concerte, Lesevereine

gehörten zu den Hauptbeförderungsmitteln des Illyrismus. Gaj wußte die ungarische Sprache aus Kroatien zu verdrängen, und rief triumphirend: „von nun an ist jedes Kind mein, das in Kroatien geboren wird!“ als 1840 die Schüler in Agram alle ungarischen Grammatiken in einem feierlichem Autodafé verbrannten. Jetzt traten die Illyrier mit ihren politischen Plänen hervor und es kam 1842 zu Blutvergießen zwischen Magyaren und Kroaten, bis 1844 die Regierung den Namen Illyrismus verbot, weil letzterer nach seinen Auslassungen unzweifelhaft panslavistische Tendenzen verfolgte. Gaj fand auch unter seinen Landsleuten heftige Feinde, weil diesen die Erhaltung ihrer Volksfreiheit und Religion mehr am Herzen lag, als jenes nebelhafte Volksthum, das den Herrscher aller Reußen als politischen Messias betrachtete. War das schnöde Gift der „Pentarchie“ doch schon unter die polnische Emigration in Paris gedrungen und mitten in Deutschland schrieben Jordan's slavische Jahrbücher: „Klagen müssen wir dem großen Czaren, wie der Slavismus verdächtigt wird, wie es für Schande gilt, verwandt zu sein mit der großen Nation, deren Geschick in seiner mächtigen Hand liegt!“ In dem letzten Aufstande der Polen 1846 zeigte sich eine panslavistische Tendenz; die Bewegung soll sich nach französischen Nachrichten über Kleinrußland, Polen, Böhmen, Ungarn, das türkische Donauland, von Wilna und dem adriatischen Meere bis an die Häfen Illyriens erstreckt haben. Mag auch Rußland nicht alle Fäden der panslavistischen Bewegung in der Hand haben, fremd ist sie ihm keinesfalls; mögen selbst revolutionaire, gegen den Czaren gerichtete Tendenzen mitunter laufen, so dienen dieselben ihm wider ihren Willen. Petersburg ist einmal der Mittelpunkt der Slavenreiche, weil es einen großen selbstständigen Staat repräsentirt, an den sich die Slaven außerhalb Rußlands anlehnen werden, wenn ihre Erhebungen gegen Oesterreich, Preußen und die Türkei mislingen.

In Ungarn führte jener Nationalitätenkampf den Ausbruch der Revolution von 1848 herbei. Die Regierung bediente sich wiederum der Süd-Slaven, die Revolution niederzuschmettern. Zum Verständnisse der folgenden Ereignisse müssen wir einen Blick auf Ungarns Verfassung und neueste Geschichte werfen und vorher erwähnen, daß es in Ungarn ungefähr 4½ Millionen Magyaren, 4½ Millionen Slaven, 1,300,000 Deutsche, 2,200,000 Walachen, 3800 Armenier, 5700 Griechen, 6000 Franzosen, 1600 Clementiner, 214,000 Juden und 60,000 Zigeuner giebt. Die ungarische Krone war in der männlichen und weiblichen Linie des Hauses Habsburg erblich, Ungarn jedoch, wozu Siebenbürgen, Kroatien, Slavonien und das Küstenland gehörten, frei und unabhängig in seiner Regierungsform und Verwaltung. Der König hatte die ganze Executivgewalt und übte ein allgemeines Aufsichtsrecht aus. Die Stände des Reichs hatten eine entscheidende Stimme bei der Gesetz-

gebung, der Besteuerung und dem Subsidienwesen. Der Reichstag zerfiel in zwei Kammern, die Tafel der Magnaten und die Tafel der Stände. An der Magnatentafel saßen die fünfunddreißig Erzbischöfe und Bischöfe der katholischen, der Bischof der griechischen Kirche, die vierzehn hohen Staatsbeamten, die zweiundfunfzig Statthalter der Bezirke, die Fürsten, Grafen und Freiherren des Reichs. Die Ständetafel bestand aus den Abgeordneten der Comitate, der königlichen Freistädte, der privilegirten Districte, der Stellvertreter der abwesenden Prälaten und Magnaten, wie der Magnatenwitwen. Siebenbürgen hatte seinen eigenen Landtag und nur Eine Kammer. Die Comitatsabgeordneten waren von den Instructionen ihrer Wähler so abhängig, daß sie sofort zurückgerufen werden konnten, wenn sie dagegen stimmten. Daher behaupteten die Comitatsversammlungen eine so ungemeine Wichtigkeit und endigten fast immer mit einem blutigen Scharmützel der einander entgegenstehenden Parteien. Die Magnatentafel verhandelte in lateinischer, die Ständetafel in ungarischer Sprache. Der Edelmann genoß eine Menge Vorrechte, die sich auf die Goldene Bulle Andreas' II. (1222) zurückführen lassen. Dafür hatte der Adel blos der „Insurrection“ oder dem Aufgebot in Masse Folge zu leisten, eine Pflicht, die in neuerer Zeit dahin abgeändert wurde, daß Ungarn ein Nationalheer von 60,000 Mann unterhielt. — Zu dem Adel gehörten auch die funfzig königlichen Freistädte, insofern jede als Corporation reichstagsfähig war. Im Ganzen sollen in Ungarn 784,527 Stimmberechtigte vorhanden gewesen sein. Die Leibeigenschaft des Bauern ist 1785 von Joseph II. aufgehoben worden. Das Urbarium Maria Theresia's wurde durch die Reichstage von 1832 und 1836 abgeändert und durch übereinstimmenden Beschluß beider Tafeln zu einem Reichsdecret. Der Bauer war nicht mehr an die Scholle gefesselt, mußte aber gewisse Robotdienste leisten und Grundzins an Geld und Naturalien zahlen, konnte jedoch Beides ablösen. Die Militaircontributionen lasteten allein auf dem Bauernstande.

Graf Stephan Széchenyi war es, der die ersten Reformen anregte und dem magyarischen Element das Uebergewicht zu verschaffen suchte. Nachdem er durch Begründung der Wettrennen und des Pesther Casinos einen Vereinigungspunkt für den Adel geschaffen hatte, bewog er denselben, die Donaudampfschifffahrt in die Hand zu nehmen (1830) und Buda-Pesth durch eine Kettenbrücke zu verbinden, auf der der Adelige, wie der Bauer Brückengeld zahlte. Neben Széchenyi wirkten Wesselenyi — Mitglied des siebenbürgischen und ungarischen Landtags zugleich, Teleki, Kossuth, Deák, Balogh u. A., am Reichstage und bekämpften in gemäßigter Weise die Regierung. Die Reform- und Sprachfrage wurde zuerst von Széchenyi 1830 angeregt. Darauf sehen wir jedes Jahr neue Reformen anbahnen. Die Ständetafel wollte sogar die Bitte der Städte

um eine größere Theilnahme an der Gesetzgebung gewähren, wenn die Städte erst einige dringend nothwendige Reformen vorgenommen hätten. Dagegen waren jedoch die Magistrate aus selbstsüchtigen Motiven eingenommen. Im Jahre 1835 wurde der Beschluß gefaßt, daß auch der adelige Besitzer eines Bauerngutes die darauf lastenden Steuern zu entrichten habe. Der Landtag von 1844 entschied definitiv die Sprachfrage, indem er das Ungarische für Reichstags- und Verwaltungssprache erklärte; die lateinische Uebersetzung der Gesetze fiel weg. Die Kroaten durften noch sechs Jahre lang ihr Votum lateinisch abgeben. In den öffentlichen Schulen trat das Ungarische an die Stelle des Lateinischen. Ferner entschieden sich die Stände dahin, daß gemischte Ehen auch von protestantischen Geistlichen eingesegnet werden dürften, und erleichterten den Uebertritt vom Katholicismus zum Protestantismus. Die Bürgerlichen wurden zu allen Aemtern zugelassen und dem Bauernstand ein Theil der Frohnen abgenommen. Erleichterung für die Juden, sowie die öffentliche und mündliche Strafrechtspflege durch die ordentlichen Gerichte sind von beiden Tafeln lebhaft befürwortet worden. Im Jahre 1845 wurde die Besteuerung des Adels angeregt. Der Abgeordnete des Tolnaer Comitats, Stephan Bezéredj, gab das von Vielen bald nachgeahmte Beispiel der Selbstbesteuerung. Die Zollverhältnisse Ungarns riefen eine lebhafte Opposition gegen die Regierung ins Leben. Ungarn war nämlich durch eine Zollschranke von den übrigen österreichischen Provinzen geschieden, konnte aber seine Waaren aus dem Auslande beziehen und seine Producte dahin absenden, ohne andere Zölle zu entrichten, als diejenigen, welche von den übrigen österreichischen Staaten bezahlt werden. Es besaß auch seinen eigenen Freihafen in Fiume. Die Regierung hatte diese Zolllinie aus dem Gefühl der Gerechtigkeit gegen die andern Provinzen geschaffen, da Ungarn kaum den zehnten Theil der Staatseinkünfte trug. Der große Grundbesitz und ein Theil des kleineren war unbesteuert; Erwerb- und Consumtionssteuern, Tabakmonopol und indirecte Abgaben waren dort unbekannt, bestanden aber in allen übrigen österreichischen Ländern. Diese ungarische Zolllinie war zwar lästig und hemmte den Verkehr, weil sie ihm bestimmte Straßen vorschrieb; überdies lieferten auch die Zölle keine nennenswerthen Einnahmen, da die Erhebungskosten zu groß waren. Man wird aber der österreichischen Regierung die Anerkennung nicht versagen können, daß sie gerecht gegen ihre anderen Provinzen handelte, den Zoll nur in mäßiger Höhe erhob, und gegen die wichtigsten ungarischen Industrieerzeugnisse sehr mild verfuhr. Woher sollten die zur Deckung der ungarischen Staatsbedürfnisse nöthigen Geldmittel kommen, wenn die Regierung nicht auf einem Umwege den sonst steuerfreien Adel zu Abgaben herangezogen hätte, indem sie die wichtigsten Producte des großen Grundbesitzes: Tabak, Wein

und Schlachtvieh, am höchsten mit Zöllen beschwerte? Der Verkehr Ungarns mit der österreichischen Monarchie betrug gegen neunzig bis hundertacht Millionen, der Zollertrag zwischen zwei bis drei Millionen Gulden.

Auf der anderen Seite ging man von dem Grundsatze aus, daß dem productenreichen Ungarn vor allen Dingen Absatz verschafft werden mußte. Die Zollschranken aber haben den Absatz nie gehoben; Ungarn mußte in seinem Ueberfluß ersticken; seine Producte blieben werthlos; die großen Güter daher schlecht bewirthschaftet, Capitalien mangelten, um sich der Industrie zuzuwenden; Straßen waren gar nicht da und der Bauernstand stand unter Herrendruck. Diese Gründe faßten namentlich Pulszky und Kossuth ins Auge, als sie 1844 den Schutzverein ins Leben riefen. Die Mitglieder desselben verpflichteten sich, nur ungarische Fabrikate zu benutzen. Die Regierung schritt gegen den Schutzverein polizeilich ein, weil er sich gewaltsamer Mittel gegen Privatpersonen bedient hatte, um sie zum Kauf ungarischer und zur Abschaffung ausländischer Industrieerzeugnisse zu bewegen. Der Verein entschlummerte bald, ohne andere Früchte getragen zu haben, als daß man einige Magnaten- und Advokatenfrauen, statt in italienischen Seidenroben, in ungarischen Kattunkleidern einhergehen sah. Indeß fingen einige Magnaten industrielle Unternehmungen an und hielten sich mehr zu Hause, als früher. Wichtiger, als der Schutzverein, war der Fabrikverein, an dessen Spitze Franz von Urményi, die Batthyányi's, Szechenyi und Deßewfy standen. Dieser Verein wollte die Gründung von Fabriken auf dreifache Weise befördern, indem er theils selbst Fabriken errichtete, theils sich als Mitunternehmer betheiligte, theils Vorschüsse gab. Die gegenseitigen Reibungen des Schutzvereins und des Fabrikvereins haben beiden geschadet. Die Industrievereine, welche Ausstellungen veranlaßten, wie die Sparcassenvereine, machten dagegen die erfreulichsten Fortschritte. Szechenyi verdient der Wohlthäter Ungarns genannt zu werden indem er seine Standesgenossen zum Zweck der Regulirung der Theiß vereinigte, welcher Fluß arge Verwüstungen anrichtete und seinen Lauf so schlangenförmig durch die Pußta hinschleppte, daß dessen Beschiffung vor der Regulirung eine sechsmal längere Zeit erforderte.

Szechenyi und seine Partei trennten sich im Jahre 1845 von der Opposition Kossuth's und Teleki's, indem diese die Forderungen des kosmopolitischen Liberalismus pflegten, während die Partei Szechenyi's auf dem solideren, gewinnreicheren und weniger gefahrvollen Wege der materiellen Reformen unbeirrt weiter ging. Die Radicalreformer führten auf den Reichstagen eine so kühne, hinreißende Sprache, daß sie bald die herrschende Partei wurden. Die Regierung wurde als anti-liberal und anti-magyarisch überall angefeindet, selbst wo es sich um des Landes

Beste handelte. Ein Versuch der Regierung, die Verwaltung der Comitate zu heben, indem sie statt der Obergespane, welche sich ihr Amt sehr leicht machten, Administratoren ernannte, fand heftigen activen und passiven Widerstand. Am 13. Januar 1847 starb der Erzherzog Palatin Joseph und ihm folgte sein Sohn, der Erzherzog Stephan.

In Galizien, wohin die Krakauer Insurgenten die Revolution getragen hatten, trat ein merkwürdiger Riß im polnischen Volke hervor (1845—1846). Während man bisher Galizien für ein rein polnisches Land zu halten gewohnt war, erinnerte sich die Regierung im Augenblick jenes gefährlichen Aufstandes, daß die katholischen Polen nur Eindringlinge in Galizien seien, und erst Kasimir III. Lemberg unterworfen habe. Die Urbewohner Galiziens sind theils Ruthenen oder Rothrussen (Russinen), theils Kleinrussen, verwandt mit den Kosaken, und, wie diese, von Konstantinopel aus zum Christenthum bekehrt. Die zwölf östlichen Kreise Galiziens werden von Ruthenen in einer dichten, zusammenhängenden Masse bewohnt, während die übrigen Volksstämme zerstreut wohnen, ausgenommen das westliche Gebiet, wo polnische Masuren massenweise leben. Die siegreichen Polen suchten das Volk zu polonisiren, was aber nur beim ruthenischen Adel gelang, der von der griechischen zur katholischen Kirche überging und polnische Sprache und Sitte annahm. Er zeigte sich ebenso selbstsüchtig, als der bosnische Adel, der zum Islam übertrat und dafür die Leibeigenschaft seiner christlichen Bauern von den türkischen Sultanen gewährleistet erhielt. Die Masse des Volkes in Galizien blieb der väterlichen Sprache und Religion treu, wurde verfolgt und zu Leibeigenen gemacht. Die Mishandlung der Ruthenen Seitens der Polen und der kränkende Hohn, mit welchem die Jesuiten den Glauben derselben behandelten, hat nicht wenig zum Untergang Polens beigetragen. Die Aufstände von 1793 — 1830 fanden im galizischen Volke keine Theilnahme. Die österreichische Regierung that schon früher einiges, um die leibeigenen Bauern gegen die Bedrückungen und Grausamkeiten ihrer Herren zu schützen; jetzt, als der polnische Adel die sonst wachsame österreichische Regierung von allen Seiten überfiel (1845), gerieth sie auf den Gedanken, den Nationalitätenkampf zu entzünden, um, wie sie es mit Glück in Ungarn gethan, auch hier ein Gegengewicht gegen die Polen zu schaffen. Diese Begünstigung der Ruthenen stellte in den östlichen Kreisen die Ruhe bald wieder her, während in den westlichen die Bauern über die Edelleute, die sie zum Aufstande verführen wollten, herfielen und sie grausam ermordeten. Ja sie schonten nicht Weiber, Kinder und Greise, zerstörten die Schlösser des Adels und verwüsteten sein Eigenthum. Man hat diese gräßlichen Ausbrüche roher Volkswuth den Aufreizungen der österreichischen Beamten zugeschrieben. In der That hatte der Kreishauptmann zu

Tarnow ohne hinreichende Militairunterstützung und das Schwierige seiner Lage erkennend, die sämmtlichen in der Stadt anwesenden Bauern auf dem Markte versammelt, dieselben dort kräftig angeredet und sie zu überzeugen gesucht, daß der Adel sie verführe, um ihre Unterstützung lediglich zu seinem Vortheil zu benutzen. Er forderte sie auf — so berichtete die preußische Allgemeine Zeitung — der Regierung treuzubleiben und ihr zu vertrauen, für welchen Fall er ihnen jeglichen Schutz, sowie eine Belohnung von zehn Gulden Münze für jeden Empörer versprach, welcher mit den Waffen in der Hand ergriffen und todt oder lebendig eingebracht werden würde. Mit Jubel nahm das Volk die Rede auf, und verrichtete jene haarsträubenden Greuelscenen. Man darf hierbei jedoch nicht vergessen, daß die Regierung im Stande der Nothwehr war und solche Ausschweifungen der Bauern gewiß nicht erwartet hat. Falsch ist es aber auch, daß die polnischen Emissäre den Bauernkrieg entzündet hätten, als sie sahen, daß die Adelsrevolution misglückte. Die österreichische Regierung hatte nachher Mühe, die Bauern zu beschwichtigen. Dieselben verlangten nämlich die Aufhebung der Frohnden und Robote, und wußten sich unter Szela's Anführung selbst der Regierung furchtbar zu machen. Am Ende mußte diese das Standrecht proclamiren und Szela unter polizeiliche Aufsicht stellen; dieser erhielt jedoch später die goldene Verdienstmedaille. Am 31. Juli 1847 wurden zwei Haupturheber des polnischen Aufstandes, Th. Wisniowski und Joh. Kapuscinski, in Lemberg gehängt. Die weibliche Bevölkerung zeigte sich für diese Unglücklichen voll Theilnahme und hatte alle Straßen, durch welche sie ihren letzten Gang machen sollten, mit Blumen bestreut.

Die polnische Verschwörung scheint auch in Böhmen Verbindungen gehabt und überhaupt eine allgemeine Erhebung der Slaven beabsichtigt zu haben. Die czechischen Bauern in Böhmen, wie die wendischen in Kärnthen und Krain legten eine gereizte Stimmung gegen die Deutschen an den Tag. Der Erlaß eines Patents, betreffend die Zehnt- und Frohnablösung, gab zu manchen Irrthümern Veranlassung, indem die Bauern meinten, die Zehnten und Frohnden seien g a n z aufgehoben. Die Hungersnoth von 1847 wüthete auch in Galizien und Böhmen in entsetzlicher Weise. So verbanden sich politische, nationale und materielle Aufregung, um in Oesterreich das Schreckensjahr von 1848, welches den Kaiserstaat mit Zerfall bedrohte, herbeizuführen. Die Treue der Ruthenen und Südslaven, welche gegen die Ungarn kämpften und die Polen im Schach hielten, das Gleichgewicht des czechischen und deutschen Elements in Böhmen, endlich das vortreffliche österreichische Heer in Italien retteten den Staat vor dem, wie es damals schien, unvermeidlichen Untergange.



30. Die deutschen Mittel- und Kleinstaaten.

In den deutschen Mittel- und Kleinstaaten drehte sich das öffentliche Leben um die deutsch-katholische Bewegung und die Erbauung von Eisenbahnen auf Staatskosten. Die Kammern erneuerten von Zeit zu Zeit gewisse Forderungen des Liberalismus, namentlich die Forderungen der Preßfreiheit, Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens, Ministerverantwortlichkeit und Vertretung der Einzelkammern beim Bundestage.

Das „jesuitenfreundliche" Ministerium Abel in Bayern hielt sich, trotz Wallerstein's und Wrede's Opposition, in den Reichsräthen und Beisler's, Thon-Dittmar's und Heintz' Angriffen in der zweiten Kammer, bis zum 13. Februar 1847, wo die spanische Tänzerin Lola Montez den König Ludwig zur Entlassung des Ministeriums bewog, weil dieses dem König Vorstellungen gegen die Erhebung der Lola zur Gräfin von Landsfeld gemacht hatte. Konnte man auch die Veranlassung nicht billigen, so war man im Frankenlande und der Rheinpfalz doch über Abel's Entfernung erfreut; nur in Altbayern suchten die Ultramontanen den König durch kleine Aufstände zu schrecken und in München, wo mehrere Professoren, wie Görres, Philipps, Döllinger und Lassaulx, abgesetzt wurden, tumultuirten die Studenten und bekämpften sich in öffentlichen Schlägereien; denn Lola hatte an der Verbindung „Arminia" treue Schildknappen gefunden. Die Kniebeugung beim Militair, wegen deren Harleß und Redenbacher das Land meiden mußten, wurde abgeschafft. Das Uebergangsministerium v. Maurer, v. Zenetti und Freiherr zu Rhein blieb bis zum 30. November 1847 im Amte, wo es wegen seiner Niederlagen in der Eisenbahnfrage entlassen wurde. Das Ministerium Berks-Wallerstein verfügte die Schließung der Universität München (19. Februar 1848), um den Studententumulten ein Ende zu machen, allein die Münchener Bürgerschaft erhob drohende Vorstellungen dagegen und stürzte das Ministerium.

Württemberg's König feierte am 25. September 1841 sein fünfundzwanzigjähriges Regierungsjubiläum, und vermählte 1846 den Kronprinzen Karl mit der russischen Großfürstin Olga. Wie er einst die Opposition der alten Landstände gewaltsam gebrochen hatte, so litt er es noch weniger, daß die Staatsbeamten freieren Richtungen huldigen durften. Der geistvolle Aesthetiker Vischer in Tübingen wurde wegen einer in religiöser Beziehung anstößigen akademischen Rede suspendirt und Professor Robert von Mohl auf Grund eines die Regierung tadelnden Wahlschreibens nach Ulm versetzt. Mohl schlug jedoch diese ihm wenig zusagende Stellung aus und ging nach Heidelberg.

Die Kammerverhandlungen betrafen die Erbauung von Staatseisenbahnen, die Aufhebung der Censur und die Ablösung der Grundlasten.

Die zweite Kammer von 1847 strich sogar die Censurkosten vom Budget. Bei Eröffnung des Landtags von 1848 (22. Januar) versprach der König öffentlich-mündliches Gerichtsverfahren, ein Gemeindegesetz, Vorlagen über Ablösung der Bannrechte und anderer Grundlasten, und kündigte an, daß er beim Bunde ein Preßgesetz beantragen werde.

Das System des Herrn v. Blittersdorf in Baden, welches dem Liberalismus die äußere Uebermacht kaltblütig entgegensetzte, bekam durch den Eintritt des Freiherrn von Dusch 1843 und des Staatsraths Nebenius 1844 einen milderen Charakter. Blittersdorf, der intime Freund und aufrichtige Verehrer Metternich's, ging wieder als Bundestagsgesandter nach Frankfurt. Die Eisenbahnfrage wurde in Baden schon 1842 gelöst. Der von dem Pfarrer Zittel gestellte Antrag auf Religionsfreiheit (1845) gab der katholischen Partei zu vielen Gegenpetitionen Anlaß. Der Großherzog löste, um die wahre Stimmung des Landes zu erfahren, die Kammern auf (9. Februar 1846), sah aber die Opposition aus den Neuwahlen siegreich zurückkehren. Deshalb zog er den Präsidenten der zweiten Kammer, Bekk, einen gemäßigten Liberalen, ins Ministerium und übertrug ihm später das Portefeuille des Innern. Dieser kluge Act der Regierung zersplitterte die Opposition in eine liberale, regierungsfreundliche und eine radicale (1847). Zur liberalen Opposition gehörten: Bassermann, Sander, Mathy; zur radicalen Welcker und Itzstein. In Baden kam der Junker- und Officiersstolz in einer sehr unangenehmen Weise in der Haber-Göler'schen Duellsache zu Tage. Der badische Officier, Freiherr von Göler, beleidigte den Banquier Moritz von Haber in Karlsruhe, einen getauften Juden, und verweigerte diesem die Satisfaction. Für Haber trat nun der Russe v. Vereſkin ein, schoß sich mit Göler und Beide blieben (2. September 1843). Der aufgeregte Pöbel und die Soldaten stürmten Haber's Haus und bedrohten sein Leben. Er verließ das Land und erschoß später den Secundanten seines Gegners, Sarachaga (14. December). Auch in der Kammer kam die Sache zur Sprache und die Opposition warf der Regierung Schwäche und Parteilichkeit vor.

Im Königreich Sachsen concentrirte sich alle politische Bewegung in Leipzig. Hier erschienen die „Sächsischen Vaterlandsblätter", die „Deutschen Jahrbücher", die „Leipziger Allgemeine Zeitung" und eine Menge kleiner Witzblätter, welche die liberale Partei in der Presse repräsentirten. Die beiden ersteren Zeitschriften wurden verboten. Nach dem Austritt des edlen Lindenau, der seinen Ruhegehalt für dürftige Schullehrer bestimmte (1843), aus dem Ministerium, dämpfte die Regierung mit allen Mitteln die kirchliche und politische Bewegung, deren Gefährlichkeit sie ahnte.

Ein sehr betrübender Vorfall in Leipzig führte einen Mann zum ersten Male auf die öffentliche Bühne, wo er später bedeutungs-

voller werden und endlich traurig untergehen sollte — Robert Blum. Er ward von armen katholischen Eltern in Köln geboren, hatte fast gar keinen Schulunterricht genossen, sondern verdankte Alles einem unermüdlichen Selbststudium. Nachdem er sich als Schauspieler, Hausknecht und Schreiber längere Zeit mühsam durchs Leben gearbeitet hatte, wurde er Theatercassirer in Leipzig, gab das Theaterlexicon mit Herloßsohn und Marggraf, und ein populäres Staatslexicon heraus und redigirte kurze Zeit die „Sächsischen Vaterlandsblätter.“ Obwohl von kleiner Gestalt und unschönem Aeußern, besaß er doch einen ungewöhnlichen Grad populärer Beredtsamkeit, welche zuerst bei dem Schillerfeste in Gohlis Aufsehen machte. Seine allgemein gerühmte Redlichkeit, sein etwas verschleiertes, halb schwärmerisches Auge beim Sprechen, seine ungewöhnliche Ruhe und die Kenntniß und leichte Handhabung der liberalen Schlagwörter, endlich die Begründung der deutsch-katholischen Gemeinde in Leipzig, machten seinen Namen auch über Deutschland hinaus bekannt.

Damals (1845) witterte man in Sachsen bei jedem antilichtfreundlichen Schritte der Regierung sogleich Jesuitismus und bezog diesen selbst auf den königlichen Hof zurück. Die in evangelicis beauftragten Staatsminister verboten alle Vereine und Zusammenkünfte, welche gegen das apostolische Glaubensbekenntniß eine feindliche Richtung nähmen. Diese Handlung wurde damals selbst von conservativer Seite als unpolitisch und unangemessen bezeichnet. In der That rief sie bei dem sehr rationalistischen Sachsenvolke eine heftige Aufregung hervor, namentlich in Leipzig. Am 12. August kam der Prinz Johann, Chef der sächsischen Nationalgarden, nach Leipzig zur Besichtigung. Prinz Johann, sonst der Stolz des Sachsenlandes wegen seiner ausgebreiteten Bildung, seiner Redlichkeit und Humanität, wurde diesmal mit Ungunst empfangen. Man erblickte in ihm blos das Mitglied der katholischen Kirche, die mittels der königlichen Familie ihre Herrschaft auszudehnen strebe. Der Prinz wohnte auf dem Roßmarkte, wo sich Abends eine zahllose Menge zum Zapfenstreich einstellte. Pfeifen, Toben, Schreien von der einen; Lebehochs für Ronge, Pereats für die Jesuiten von der andern; der Gesang: „Eine feste Burg“ von der dritten Seite, leiteten einen für den Prinzen sehr beleidigenden Tumult ein. Die unschuldigen Zuschauer gafften und staunten; die Einen fanden ihr Gefallen daran; die Anderen sprachen noch ihre Verwunderung über die Lauigkeit der Behörden aus, als plötzlich eine Gewehrsalve krachte und sieben Menschen todt und mehrere verwundet niederstürzten. Die Schützen nämlich, welche endlich vor dem Hotel des Prinzen erschienen waren, hatten, von einigen Verwegenen gereizt, angeblich ohne hinlängliche Ankündigung Feuer gegeben. Die Getroffenen waren sämmtlich unschuldige Zuschauer und erregten allgemeine Theilnahme. Am andern Tage ergriff Robert Blum die Zügel der Bewegung, welche im ersten

Augenblicke Alles niederzureißen drohte und machte, indem er in Volksversammlungen und bei Vereinen zum Frieden sprach, jene abenteuerlichen, verderblichen Rachepläne zu Schanden, welche einige Exaltirte vorschlugen. Früher jedoch, als man glauben sollte, war die Leipziger „Bartholomäusnacht", wie sie Freiligrath nannte, und die Symbolfrage vergessen.

Aus den Kammerverhandlungen ist Todt's Antrag auf eine Adresse (1842), das Grundsteuergesetz und die Entschädigung der zeither Steuerfreien mit drei Millionen Thalern (1843), der Bau des Elbstollens, ein Antrag auf Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege, zwei Steuerermäßigungen von 1843 und 1846, die Erbauung des neuen Museums in Dresden, die Ermäßigung der Salzpreise, Ablösung der Lehnsgelder und der auf die Schutzunterthänigkeit bezüglichen Lasten, ein Gesetz über das literarische und musikalische Eigenthum, eine neue Bergordnung (1846), und die Erwerbung der sächsisch-bayrischen Eisenbahn durch den Staat (1847) erwähnenswerth.

Hannovers Stände gaben seit der erfolglosen Petition für das Staatsgrundgesetz (1841) den Kampf gegen die revidirte Constitution auf, billigten die Freihandelspolitik der Regierung und erklärten sich für dieselbe, als Braunschweig zum Zollverein übertrat, und die Regierungen Preußens, Hannovers und Braunschweigs ihrem Groll in Staatsschriften Luft machten. Das Eisenbahnwesen wurde gefördert, wogegen die Stände den Militairetat herabsetzten und eine Verminderung der Artillerie beantragten. Hannovers König fing an, populär zu werden; man lernte seine Eisennatur schätzen und überzeugte sich von dem praktischen Sinne, den er vorzüglich Englands Volkswesen verdanken mochte.

Das Verfassungsleben Kurhessens gehört zu den dunklen Blättern der deutschen Geschichte. Hassenpflug hatte die verfassungsmäßige Gewalt der Stände eifrig bekämpft und die Oppositionsglieder aufs Bitterste verfolgt, jede regierungsfeindliche Aeußerung mit Chicanen und solchen Maßregeln, welche die Betheiligten empfindlich berührten, geahndet. Als er die Macht der Stände gebrochen hatte, ließ ihn der Kurfürst-Mitregent, der Hassenpflug's hochfahrendes Wesen nicht leiden mochte, ziehen (1837). Die folgenden Ministerien, das v. Hanstein's (bis 1841) und das Koch's (bis 1843) bildeten mit ihrem etwas gemäßigteren Charakter nur ein kleines Zwischenspiel, um zu den äußersten, widerwärtigsten Consequenzen des Hassenpflug'schen Systems zurückzukehren. Scheffer, Volmar und Bickell unterzogen sich dieser Aufgabe (1845), behandelten die Stände höhnisch und verächtlich, förderten den Mysticismus und Pietismus durch jegliche Mittel, nahmen an allen Denen, die sich nur die unschuldigsten Bemerkungen zu Regierungsvorlagen erlaubten, strenge Rache, und bestraften sogar den Referenten in dem Jordan'schen Processe, den Rath Günste beim Oberappellationsgericht, das Jor-

dan freigesprochen hatte (1845), durch Versetzung zur Generaldirection der Eisenbahnbauten. Der ministerielle Druck, welcher den Bürger-, Bauern- und Beamtenstand beschwerte, erreichte eine unerträgliche Höhe und dehnte sich unklugerweise auch auf den Militairstand aus, der, ohnehin seines auf die Verfassung geleisteten Eides eingedenk, noch Kränkungen erduldete, die ihn nicht geneigt machten, sich zu willenlosen Werkzeugen ministeriellen Despotismus herzugeben. Unter solchen Umständen wagte es Friedrich Wilhelm nicht, die Verfassung aufzuheben, wie er bei dem in Frankfurt a. M. erfolgten Tode seines Vaters (1847) beabsichtigte, obwohl der alte Kurfürst in seinem Testamente erklärt hatte, daß er bei der Ertheilung der Verfassung unter keiner äußeren Nöthigung gestanden habe, und die Verfassung als ein Zeugniß seines ernsten Willens gelten solle, das wahrhafte Glück des Volks dauernd zu begründen. Der neue Kurfürst zog statt der Aufhebung der Verfassung die Revision vor und die Stände des Jahres 1847 und 1848 zeigten sich sehr gefügig. Ueber dem Lande aber lastete eine dumpfe Gewitterschwüle, die beim ersten Zucken der Blitze aus Paris die gefährlichste Katastrophe herbeiführte, welche das deutsche Fürstenthum im Jahre 1848 erlebt hat. — Der Steinkrieg zwischen Nassau und Großhessen (1841) und der Köthensche Staatsbankerot (1842) gehörten nicht gerade zu den Glanzseiten der deutschen Kleinstaaterei.

31. Schleswig-Holstein und Dänemark. Deutschland und das Skandinaventhum.

Die feindselige Stellung, welche Schweden und Dänemark seit fast zwei Jahrhunderten gegen einander beobachtet hatten, war allein Rußland zu gute gekommen und hatte dessen Ausbreitung an den baltischen Küsten gefördert. Jener Zwiespalt hatte Dänemark um Norwegen, Schweden um Finnland gebracht. Schweden besaß noch 1790 eine Flotte von fünfundzwanzig Linienschiffen und sechszehn Fregatten, und konnte mit seiner Ruderflottille von Sweaborg aus jeden Augenblick St. Petersburg bedrohen und Kronstadt unschädlich machen. Jetzt, nach dem Verlust Finnlands, ist die schwedische Flotte auf zehn Linienschiffe und acht Fregatten herabgesunken und Schweden betrauert den Verluſt der ausgezeichneten finnischen Matrosen. Stockholm liegt einem Angriffe Rußlands offen; die schwedischen Landgrenzen sind vertheidigungslos. Auch die Marine Dänemarks hat sich seit dem Schlage von Kopenhagen (N. G. S. 349) nicht mehr erholen können und es kann Norwegen, das ihm seine Seeleute lieferte, nicht verschmerzen. Nach dem Wiener Congreß besannen sich Schweden und Dänemark, daß sie beide die Herren des Sundes seien, daß sie die Schlüssel der Ostsee verwahrten und Rußland wie England erfolgreichen Widerstand

leisten könnten. Der natürliche Verbündete des skandinavischen Nordens ist Deutschland, namentlich die Küstenstaaten, welche mit ihren Armeen eine russische Invasion abwehren können, während die skandinavischen Reiche den Küstenschutz übernehmen. Dieses sind die Ideen, welche dem neueren Skandinavismus zu Grunde liegen. Der gothische Bund, den Geijer 1811 in Stockholm stiftete und aus welchem sich das Skandinaventhum entwickelte, nimmt im Norden etwa dieselbe welthistorische Stellung ein, wie die Romantik in Deutschland. Die Mitglieder des gothischen Bundes haben sich durch Erforschung des nordischen Alterthums und der skandinavischen Mythologie, durch Sammeln und Herausgabe alter Volkslieder und Sagen, Bearbeitungen der vaterländischen Geschichte, Forschungen über die Einheit der in drei Mundarten zerfallenen skandinavischen Sprache vielfache Verdienste um Belebung des Volksthums und um die Literatur erworben. In Schweden wirkten Geijer, Tegnér, Ling, in Dänemark Oehlenschläger, Grundtvig, Petersen u. A. m. für den Skandinavismus. Künstler und Dichter bemächtigten sich der skandinavischen Stoffe und machten sie der Jugend lieb und werth. Auch die Hochschulen Schwedens und Dänemarks pflegten die skandinavische Idee, und begeisterten sich für sie in häufigen Zusammenkünften. Natürlich konnten die letzten Zwecke des Skandinaventhums ohne Finnland nicht verwirklicht werden. Hier fand die skandinavische Idee einen lockeren Boden, da sich die zähen Finnen nicht mit Rußland verschmelzen können und werden. In Upsala erschienen 1844 auch Studenten aus Finnland und brachten den Versammelten den Gruß der losgerissenen Brüder an das freie Skandinavien. Das glänzendste Fest feierte aber das Skandinaventhum 1845 in Kopenhagen, wo am 23. Juni Studenten aus Lund, Upsala und Christiania eintrafen und mit ihren Kopenhagener Commilitonen gemeinschaftliche Berathungen hielten, denen die Führer der Opposition, z. B. Orla Lehmann, beiwohnten. Die Behörden leisteten der Sache jeglichen Vorschub und die königlichen Familien von Dänemark und Schweden statteten einander noch in demselben Jahre Besuche ab. Der russische Gesandte forderte eine Criminaluntersuchung gegen diejenigen Redner, welche die Wiedereroberung Finnlands allzudeutlich als die Aufgabe des Skandinaventhums bezeichnet hatten. Demnach ist das Skandinaventhum in seiner Grundtendenz antirussisch; allein das Erfassen einer Idee führt, namentlich wenn die Jugend dabei betheiligt ist, stets zu gewissen Einseitigkeiten und überspringt in ihrer starren Absonderung Momente und Mittelglieder, die sehr wesentlich sind. Die skandinavische Idee trat zuerst mit Schroffheit gegen alle fremde Nationalitäten auf und nahm daher auch eine feindliche Richtung gegen das benachbarte, stammverwandte Deutschland an, ohne welches der skandinavische Norden mit seinen sechs Millio-

nen Menschen und seinem zum Theil dürftigen Boden gegen den russischen Koloß schwerlich dauernde Erfolge erringen könnte.

Diese antideutsche Richtung des Skandinavismus zeigte sich herausfordernd in den Herzogthümern Schleswig und Holstein, welche mit Dänemark verbunden sind, und Rußland begünstigte in diesem Punkte das Skandinaventhum. Wie die Russen die deutschen Ostseeprovinzen und Polen russificirten, so fingen die Dänen an, die Herzogthümer Schleswig-Holstein zu danisiren, versetzten dänische Officiere zum deutschen Bundescontingent nach Holstein, führten dänisches Commando in der Armee ein und gingen damit um, in den Theilen Schleswigs, wo Dänisch früher herrschend gewesen, aber durch die deutsche Sprache im Laufe der Zeit verdrängt worden war, das Dänische wieder zur Schul- und Gerichtssprache zu machen. Rußland warf, indem es der Danisirung Vorschub leistete, den Erisapfel zwischen die natürlichen Verbündeten, Deutschland und den skandinavischen Norden, und hoffte vielleicht, nachdem es beide gänzlich entzweit hatte, als Vermittler und Garant der dänischen Staatseinheit aufzutreten, sich den Dank der Skandinaven zu erwerben und endlich seine Thronansprüche an Dänemark durchzusetzen.

In Dänemark war das Königshaus im Aussterben begriffen. Auf Friedrich VI. (1808—1839) folgte Christian VIII. (1839—1848), welcher nur einen Sohn, den Kronprinzen Friedrich, und einen Bruder, Namens Ferdinand, hatte, beide in kinderloser Ehe lebend. Beim Erlöschen des Mannsstammes sollte in Dänemark theilweise die cognatische, theilweise dagegen, und selbst nach dänischen Ansichten, wenigstens in einem Theil von Holstein, die agnatische Erbfolge eintreten. Die Hauptschwierigkeit lag nun in Schleswig, das von uralter Zeit her dänisches Kronlehen war und nie zu Deutschland gehört hatte. Dennoch sollten, nach dem Grundgesetz des Königs Christian's I. (1460), Schleswig und Holstein in allen Zeiten ungetheilt bei einander bleiben, und Schleswig seinem Fürsten nie als einem König von Dänemark, sondern als einem Herzog beider Lande huldigen, eine Auslegung, die jedoch dänischerseits bestritten wurde. In Deutschland schwärmte man für Schleswig-Holstein, da man ein schönes Küstenland mit kräftigen Männern zu gewinnen hoffte. Während die Dänen Schleswig bis zur Eider nicht fahren lassen wollten, wurde in Deutschland das Lied „Schleswig-Holstein meerumschlungen“ von Stadt zu Stadt gesungen. Die Dänen beriefen sich namentlich auf das Königsgesetz von 1665, (N. Gesch. S. 475) und behaupteten, es habe auch für Schleswig und Holstein Giltigkeit, und die Privilegien der Schleswig-Holsteinischen Ritterschaft seien keine Landes- sondern nur Standesprivilegien. Die Dänen suchten überhaupt dem Einspruch des deutschen Bundes zuvorzukommen und sich in Besitz zu setzen. Alle patriotischen Vereine, Volksversammlungen und Petitionen Schles-

wig-Holsteins blieben dagegen erfolglos. Da erschien am 8. Juli 1846 der „offene Brief" Christian's VIII., worin er erklärte, daß die in Dänemark herrschende Erbfolge auch in den Herzogthümern Schleswig und Lauenburg gelte, und nur hinsichtlich einzelner Theile von Holstein Verhältnisse vorhanden seien, welche einen gleich bestimmten Ausspruch über das dort geltende Erbrecht hinderten, die man aber zu beseitigen sich bemühen würde. „Uebrigens solle durch diese Erklärung der Selbstständigkeit des Herzogthums Schleswig, sowie diese bisher von dem Könige anerkannt worden, durchaus nicht zunahegetreten, oder irgend eine Aenderung in den übrigen Verhältnissen, welche selbiges zur Zeit mit dem Herzogthum Holstein verbunden, gemacht werden." Hiergegen verwahrte sich die holsteinische Ständeversammlung in einer energischen Adresse; als diese jedoch nicht angenommen ward, sandte man eine Eingabe an den Bundestag, und löste sich darnach eigenmächtig (3. August) auf. Der König suchte die entstandene Misstimmung durch die Erklärung zu beschwichtigen, daß durch die Untheilbarkeit der Monarchie ja auch die Untrennbarkeit der Herzogthümer verbürgt sei (18. September); der Bundestag aber hatte am 17. September folgenden wichtigen Beschluß gefaßt: „Die Bundesversammlung finde sich in ihrer vertrauensvollen Erwartung bestärkt, daß Se. Majestät der König von Dänemark, bei endlicher Feststellung der in dem offenen Briefe von 8. Juli besprochenen Verhältnisse, die Rechte Aller und Jeder, insbesondere aber des deutschen Bundes, erbberechtigter Agnaten, und der gesetzmäßigen Landesvertretung Holsteins beachten werde; sie behalte sich die Geltendmachung ihrer verfassungsmäßigen Rechte vor; sie zolle den in den deutschen Bundesstaaten kundgewordenen patriotischen Gesinnungen ihren Beifall, wenn sie auch gehässige Anschuldigungen und Aufregungen beklage." Graf Reventlow-Preetz, Beseler, Th. Olshausen, Droysen, Prinz Friedrich von Augustenburg, Schmidt, Bremer u. A. knüpften Verbindungen mit dem deutschen Liberalismus an, der damals ein neues Organ in der Deutschen Zeitung von Gervinus und Dahlmann geschaffen hatte. Als nun Christian VIII. starb (20. Januar 1848), und ihm der als eifriger Däne bekannte Friedrich VII. folgte, war es die nach Deutschland gelegte Verbindungskette, welche den Enthusiasmus für Schleswig-Holstein bis in die entferntesten Theile des Vaterlandes fortleitete, und unter dem Einfluß der stürmischen Märztage von 1848 den deutschen Bund zu einer bewaffneten Intervention drängte. Friedrich VII. wollte hauptsächlich den Gesammtstaat durch eine, alle Landestheile umfassende, Constitution sichern, zu deren Berathung er die Provinzialstände des Reichs, auf den 18. Juni 1848 nach Kopenhagen berief. Die Herzogthümer erklärten jedoch, nur unter der Bedingung wählen zu wollen, wenn der Gewählte sich der Einführung einer

Gesammtstaatsverfassung widersetze und blos auf Vorlegung einer gemeinsamen Verfassung für die Herzogthümer bestünde. Da kam die Revolution des Jahres 1848. Am 23. März überrumpelte der Prinz Friedrich von Augustenburg-Rendsburg; eine provisorische Regierung, die aus ihm selbst, Beseler, Olshausen, Schmidt und Bremer bestand, wurde eingesetzt, während in Kopenhagen energische Volksdemonstrationen das Ministerium stürzten und ein streng national-dänisches an das Ruder brachten.

32. Der Sonderbundkrieg in der Schweiz. Dr. Steiger. Ochsenbein. Leu von Ebersol. Düfour.

Das Treiben des Radicalismus in der Schweiz nöthigte die conservativen Cantone, sich nach Bundesgenossen umzusehen. Die protestantisch-conservativen Cantone nahmen den Pietismus und die streng-kirchliche Richtung, die katholisch-conservativen aber die Jesuiten in ihre Bundesgenossenschaften auf. Der Vorort Zürich hatte, wie wir S. 184 gesehen, sich durch die Orthodoxie des Radicalismus entledigt. Der Canton Luzern strebte jetzt danach, in dem Jesuitismus ein Gegengewicht gegen die Angriffe Aargau's auf die Klöster herzustellen. Somit blieb Bern der einzige Vorort, welcher dem Radicalismus unbestritten huldigte. Von dort gingen die Versuche aus, den Conservatismus und seine Verbündeten, den Pietismus und Jesuitismus, zu stürzen.

Die Mittel, welche dazu angewandt wurden, gehörten der Partei an und waren dem Katechismus jener Gegner entnommen, die man vielfach wegen des Grundsatzes: „der Zweck heiligt die Mittel" angefeindet hatte. Das Freischaarenwesen erhielt eine Ausdehnung, welche den conservativen Cantonen häufig Anlaß zu Klagen gab. Während sich die früheren Verfassungskämpfe in der Schweiz auf die Bürger eines und desselben Cantons beschränkten, bildeten jetzt die kämpfenden Cantonenbürger die Minderheit; der Kern des Heeres bestand aus Freiwilligen aller Cantone, die sich vorher in Vereinen förmlich organisirt hatten, und dazu von den radicalen Regierungen im Geheimen aufgemuntert wurden.

Der Ausgangspunkt dieser Kämpfe war die Aargauer Klosterfrage. Die Regierung Aargaus hatte die Klöster aufgehoben, weil man in diesen die Sitze gefährlicher Wühlereien erblickte. Die katholischen Cantone erblickten darin einen Angriff der Protestanten auf ihre Religion, der sich mit Art. 12. der Bundesacte nicht vertrage, weil darin der Bestand der Klöster gewährleistet werde. Lag in der Aufhebung der Klöster ein offenbarer Rechtsbruch vor, so war die Befürchtung der Protestanten ebenfalls nicht ungegründet, daß die Urcantone sich mit Zürich zu einem religiös-reactionären Bunde vereinigen möchten. In Luzern hatte der Ultramon-

tanismus gesiegt und die liberale Regierung gestürzt. Die herrschenden Persönlichkeiten trafen als Ueberläufer Maßregeln, die man zum Mindesten übertrieben nennen kann, beleidigten und reizten die Gegenpartei heftig und beriefen endlich die Jesuiten zur Leitung des gesammten Erziehungswesens, dessen sich jener Orden schon in Wallis und Freiburg bemächtigt hatte. Die Gebildeten in Luzern, der Stadtpfarrer Sigrist voran, protestirten gegen den Einzug der Jesuiten; die Protestanten der ganzen Schweiz geriethen in bedenkliche Bewegung und der katholische Seminardirector Keller in Aarau hielt es unter so drohenden Umständen für angemessen, wenn die Tagsatzung einem Ereigniß vorbeuge, das unter Katholiken und Protestanten nur Unruhe verbreite und einzig und allein den Ultramontanen genehm war. Da die Jesuiten aber zu keiner verbotenen Genossenschaft gehörten, so berief sich Luzern auf seine Cantonalsouverainetät, wogegen die protestantischen und liberalen Cantone der Tagsatzung, als einer politischen Versammlung, das Recht beimaßen, in Tagen der Aufregung durch zu treffende Verfügungen die Gefahr abzulenken. In der That war die Einführung der Jesuiten durch die Bundesgesetze weder ausdrücklich erlaubt, noch verboten. Als über Keller's Antrag in der Tagsatzung abgestimmt wurde, erhielt derselbe nicht die bundesverfassungsmäßige Mehrheit von zwölf Stimmen. Da nun aber die Seelenzahl der acht ganzen und drei halben Cantone, welche gegen den Keller'schen Antrag gestimmt hatten, nur ein Achtel der Gesammtbevölkerung betrug, so wiesen die radicalen Stimmführer auf das Misverhältniß hin, daß eine schwache Minderheit der überlegenen Majorität die Fassung eines Bundesbeschlusses verbieten könne.

Unglücklicherweise benahmen sich die Luzerner Staatsmänner Wendelin, Kost, B. Meier sehr übermüthig und verschmähten kein Mittel, die Mehrheit für den Großrathsbeschluß vom 24. October 1841, betreffs der Einführung der Jesuiten, zu erlangen, als die Liberalen in Luzern auf Befragung der Volksgemeinden drangen. Man hatte mit Kündigung von Hypotheken, Auspfändung wegen Schuldforderungen, Entziehung der Kundschaft gedroht, die liberalen Volksführer aufs Schändlichste verleumdet, und trotzdem die Mehrheit nur dadurch erreicht, daß man die gar nicht stimmenden Bürger zu den bejahenden hinzurechnete.

Die Luzerner Liberalen oder Schwarzen stifteten nun (1842) ein Comité, welches sich mit den Liberalen anderer Cantone in Verbindung setzte, um die verlorene Gewalt wiederzugewinnen. Dieses Comité faßte am 7. December 1844 den Beschluß, einen Aufstand zu erregen. Der Plan mislang, nachdem ein kleines Scharmützel in Luzern stattgefunden hatte. Jetzt kannte die Rache der Jesuitenpartei keine Grenzen. Mehrere Hundert wurden als angebliche Theilnehmer am Aufstande verhaftet und Monate lang ohne Verhör gefangengehalten; mehr als Zweitausend flüchteten,

von gleichem Schicksal bedroht, über die Grenzen und erregten hier das lebhafteste Mitgefühl. Denn in Luzern hatte man alles Vermögen der Geflüchteten consfiscirt, und ohne den Willen der Gläubiger Concurs ausgeschrieben. Pfarrer und Lehrer, die nicht jesuitisch waren, erhielten ihre Entlassung; Gymnasium und Lyceum in Luzern wurden geschlossen.

Auch in Wallis hatte die Jesuitenpartei (die alte Schweiz) den Sieg errungen, indem sie 1843 bei den Wahlen das Uebergewicht erhielt. Die Liberalen (die junge Schweiz) griffen zu den Waffen, wurden jedoch am Trient (21. Mai 1844) besiegt. Wallis empfing den 14. September eine neue conservative Verfassung. Schon hier konnte man eine vollständige Verwirrung in allen Rechtsbegriffen und die Machtlosigkeit der Regierungen gegenüber einer energischen Massenbewegung wahrnehmen, indem die radicalen Cantone die Bildung der Freischaaren zu Gunsten „der jungen Schweiz" zuließen, aber den eidgenössischen Truppen, welche der Vorort Luzern auf Verlangen und zum Schutz der rechtmäßigen Regierung zu Hilfe senden wollte, den Durchzug verweigerten. Schon jetzt befand sich die Schweiz in einem Ausnahmezustande, der ihre Existenz gefährden mußte. Vom 8. December 1844 bis zum 31. März 1845 war der Canton Luzern fünf Mal genöthigt, seine Truppen unter die Waffen zu rufen, ohne daß der Vorort Bern das Mindeste zu seinem Schutze gethan hätte, während er die Bildung von Freischaaren ruhig gewähren ließ. Die auswärtigen Mächte England, Frankreich, Oesterreich und Preußen mahnten den Vorort an seine Pflicht, drangen auf Maßregeln gegen die Freischaaren und erklärten, daß, wenn das letzte Ziel der Radicalen, die Umgestaltung der Bundesverfassung erreicht werde, die Schweiz der völkerrechtlichen Basis ihrer Existenz verlustig gehe. Am verletzendsten sprach sich Frankreich aus, wie Louis Philipp überhaupt in der Schweiz Gelegenheit suchte, sich den östlichen Großmächten willfährig zu zeigen.

Die Tagsatzung erließ zwar ein Freischaarenverbot (20. März 1845), aber es wurde nicht ausgeführt. Wenige Tage darauf fielen neue Freischaaren in Luzern ein. Die Massen waren so erregt, daß sie blos auf Selbsthilfe dachten, da die radicalen Regierungen, durch die Verfassung gefesselt, nicht gegen die Jesuiten einschreiten mochten. Luzerner Flüchtlinge, unter ihnen der sehr geachtete Dr. Steiger, bildeten ein Comité und erließen von Reiden aus den Aufruf zu den Waffen, um „die verletzte Verfassung wiederherzustellen und die verbannten Bürger in die Heimat zurückzuführen." Etwa 4000 Schweizer, worunter 1200 Luzerner, setzten sich mit zahlreichem Geschütz am 30. März 1845 von Zofingen und Huttwyl in Bewegung, um in Luzern einzufallen. Den Oberbefehl führte der Berner Stabshauptmann Ochsenbein; unter ihm commandirten Oberst Rothplet und Major Billot die beiden Brigaden. Die Luzerner Armee befehligte der General Sonnenberg, der sich in neapo-

litanischen Diensten gegen die Aufständischen in Sicilien große Verdienste erworben hatte. Ein Aufenthalt von zwei Stunden, welche die Freischaaren beim Fassen der Lebensmittel verloren, hinderte Ochsenbein, noch bei Tage vor Luzern einzutreffen und durch ein paar Kanonenschüsse die Stadt zu nehmen. Major Billot ging unvorsichtig vor und gerieth bei der Emmenbrücke in Unordnung. Die Hauptcolonne, durch ein losgegangenes Gewehr erschreckt, drängte rückwärts, schoß und verwundete sich selbst, und fiel, als Ochsenbein wegen der Dunkelheit den Rückzug auf Hellbühl befahl, um Billot's Colonne an sich zu ziehen, in einen Hinterhalt der Luzerner Regierungstruppen. Der Kampf dauerte bis Morgens 5 Uhr, worauf sich die Freischärler ergaben. In der Nacht war auch der Landsturm der Luzerner Regierung zu Hilfe geeilt und hatte Rothpletz's Truppen zurückgetrieben. Diese rohen Bauern und Hirten verübten in religiösem Fanatismus schreckliche Greuel gegen die Flüchtlinge, wie die unverhältnißmäßige Zahl der Todten zu den Verwundeten zeigt. Dreihundertfunfzig blieben todt und nur achtundsechszig verwundet! In der Emme soll man Leichen mit zusammengebundenen Armen und Beinen gefunden haben. Die Lage der achtzehnhundert Gefangenen war sehr traurig; besonders schlimm ging es den Luzerner Bürgern, namentlich dem Dr. Steiger, der nach einer Haft von vier Wochen im Kesselthurm schon das fürchterlichste Gliederreißen bekam. Steiger wurde als Hochverräther zum Tode verurtheilt, wiewohl sein Vertheidiger, Kasimir Pfyffer, zu erweisen bemüht war, daß hier nur das Verbrechen des Aufruhrs vorliege. Die Regierung wurde jedoch mit Bitten, sogar von Bischöfen, heftig bestürmt, und kam zu dem Entschluß, milder gegen Dr. Steiger zu verfahren. Sie fragte bei vielen Regierungen herum, ob sie den Dr. Steiger bewachen wollten und fand endlich Sardinien dazu bereit. Ehe aber Dr. Steiger dahin abgeführt wurde, entfloh er seiner Haft und kam glücklich in Zürich an, wo er das Bürgerrecht besaß. Schon vorher hatten die Luzerner Staatsmänner gestattet, daß die Cantone ihre Angehörigen für 350,000 Francs zurückkaufen durften. Außerdem übernahm die Eidgenossenschaft 150,000 Francs, um die Kriegskosten der Urcantone zu decken. Zwei Ausländer, Daffner aus München und Georg Fein aus Braunschweig, wurden an Oesterreich ausgeliefert und dieses beschämte die Luzerner Jesuiten in Humanität. Daffner blieb in München unbelästigt und Fein wurde nach Amerika entlassen.

Dieser Freischaarenzug vergrößerte den Riß zwischen der katholischen und protestantischen Schweiz. Als nun der Erziehungsrath Leu von Ebersol in Luzern, ein aufrichtiger Freund der Jesuiten, am 19. Juli 1845 ermordet wurde, sprachen die Radicalen von Selbstmord, während die Ultramontanen, die in Leu eine ihrer Hauptstützen verloren, die gesammte Gegenpartei beschuldigten, einen politischen Mord beschlossen und

durch Bestechung eines Meuchlers ausgeführt zu haben. Später machte man den Mörder in der Person des Jacob Müller von Stechenrain, eines höchst verworfenen Menschen, ausfindig und ließ ihn hinrichten. Allein die Motive dieses Mordes sind bis jetzt noch im Dunkeln geblieben. Der Verhörrichter Amman wollte durchaus politische Motive entdecken und begehrte von Baden und den Nachbarcantonen die Auslieferung unbescholtener Luzerner Flüchtlinge, was natürlich verweigert ward. Bei solchen Anzeichen boshafter Rache mehrten sich die Antijesuitenvereine und die Schützengesellschaften griffen energisch in die Bewegung ein. Es galt, die gesetzliche Mehrheit von 12½ Stimmen auf der Tagsatzung zu gewinnen, um die Jesuiten aus der Schweiz vertreiben zu können. Zu diesem Zweck mußten einige schwankende oder conservative Regierungen gestürzt werden. Dies gelang zuerst in Waadt, wo Druey (14. Februar 1845) eine radicale Regierung einsetzte; Zürich hatte überwiegend liberale Wahlen, worauf die Pietistenregierung, welche sich so gut mit den Jesuiten verstand, abtrat; in Bern wurde die Verfassung in radicalem Sinne revidirt (31. Juli 1846). Die conservativen katholischen Cantone, Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden, Zug, Freiburg und Wallis blieben ihrerseits nicht müßig, sondern schlossen im September 1845 ein Schutz- und Trutzbündniß zur Wahrung ihrer Souverainetäts- und Territorialrechte. Auch dieser „Sonderbund“ war ein Ausnahmezustand, aber durch die Freischaarenzüge gerechtfertigt. Die Tagsatzung warf den Antrag Zürichs auf Auflösung des Sonderbundes, 1846, ab, weshalb die Radicalen noch andere Cantone für sich gewinnen mußten. Zunächst geschah dies in Genf, wo James Fazy einen Arbeiteraufstand erregte (7. October 1846), und die calvinistische Patrizierregierung stürzte. Darauf errangen die Radicalen im großen Rath in St. Gallen und Baselstadt eine schwache Majorität und brachten in Bern den Obersten Ochsenbein an die Spitze des Vororts und der Tagsatzung. Nur in Freiburg scheiterte die liberale Fraction, als sie im protestantischen Bezirk Murten einen Aufstand versuchte (7. Januar 1847). Dessenungeachtet hatten die Radicalen jetzt die Mehrheit. Am 20. Juli 1847 beschloß die Tagsatzung mit 12½ Stimmen die Auflösung des Sonderbundes und am 3. September die Ausweisung der Jesuiten. Alle Vermittelungsversuche schlugen bei den störrischen Sonderbündlern fehl, welche sich auf ihre Cantonalsouverainetät stützten und zu fest auf die Hilfe des Auslandes bauten. Indessen war das conservative Ministerium Peel 1846 abgetreten und hatte Russel-Palmerston Platz gemacht. Palmerston wollte die französische Politik, welche ihn bei der spanischen Heirath getäuscht hatte, compromittiren und begünstigte die Schweiz gegen die absoluten Mächte und gegen Frankreich, das mit jenen liebängelte. Er ließ der Tagsatzung durch den Botschafter Peel mittheilen, sie möchte ihre Execution gegen den Sonderbund beeilen, er wolle

Frankreich und Oesterreich durch Unterhandlungen hinhalten. So entbot die Tagsatzung ein Heer von 56,000 Mann, stellte es unter den Befehl des alten erfahrenen General Dufour von Genf, während der Sonderbund 36,000 Mann aufbrachte und dem General Salis-Soglio, einem unfähigen Militair, wenn auch conservativen Menschen, anvertraute. Beide Parteien erließen Manifeste zur Begründung ihrer „gerechten Sache". Bei den Sonderbündlern zeigte sich grenzenlose Verwirrung und als die gehoffte österreichische Hilfe ausblieb, eine solche Kopflosigkeit, daß die wichtigsten Positionen fast ohne Schwertstreich geräumt wurden. Freiburg ergab sich am 14. November 1847, nachdem Oberst Maillardoz im Staatsrathe vergeblich auf ernstlichen Widerstand gedrungen hatte. Zug capitulirte am 21. November, und am 24. fiel auch Luzern, nachdem Salis-Soglio Tags vorher bei Gislikon ein kleines Gefecht bestanden hatte. Die andern Cantone unterwarfen sich freiwillig. Ueberall wurden radicale Regierungen eingesetzt, der Sonderbund zum Ersatz der Kriegskosten verurtheilt, den Mitgliedern desselben jedoch der Regreß an die Urheber des Sonderbundes vorbehalten; Neuenburg und Appenzell-Inner-Rhoden mußten eine Geldbuße zahlen, weil sie ihr Contingent nicht gestellt hatten.

Nachdem Alles im radicalen und protestantischen Sinne geordnet war und die Jesuiten die Schweiz verlassen hatten, langten erst die Proteste Oesterreichs, Frankreichs und Preußens gegen die Vollstreckung der Execution am Sonderbunde an. Frankreichs Politik erlitt dabei den empfindlichsten Schlag und, was ein schlimmeres Vorzeichen war, man freute sich in Frankreich sogar über diese Schmälerung des Ansehens, welche die Politik des Königs und seines getreuen Schildknappen Guizot erlitten hatte. Die Ereignisse von 1848 befreiten die Schweiz von der Besorgniß einer Invasion Oesterreichs und Frankreichs.

33. Italien. Gregor XVI. und Pius IX. Karl Albert von Sardinien.

Wer den Jammer und das Elend schildern wollte, welche das starre Repressivsystem der Päpste von Leo XII. bis Gregor XVI. über den Kirchenstaat gebracht hat, würde dicke Bücher füllen können. So rührig Gregor XVI. in kirchlichen Dingen war, so wenig vermochte er sich in politischen Dingen den Ansichten seines Zeitalters anzubequemen. Er befolgte nicht einmal Oesterreichs und Frankreichs wohlgemeinte Rathschläge, das Volk durch materielle Verbesserungen, oder Reformen in der Verwaltung für den Verlust aller geistigen Freiheit zu entschädigen, wie dies Sardinien, selbst Neapel und vor allen Dingen Oesterreich thaten, sondern verschloß sich hartnäckig den Plänen, welche einen lebhafteren Verkehr im Innern bezweckten. Die Eisenbahnen, die Ausgeburt dieses Jahrhunderts,

mußten an den Grenzen des Kirchenstaats Halt machen. Jene geheime Verbindung, welche der Cardinal Albani zur Bekämpfung der Carbonaria gestiftet und Sanfedisten genannt hatte, kannte weder in ihren obersten Spitzen, noch in den untersten Schichten jene heilsame Mäßigung, die meistens erfolgreicher wirkt, als blutige Strenge. Als Gregor XVI. endlich dem Treiben der Sanfedisten Schranken setzen wollte, verfiel er in ein unglückliches Schwanken. Man hatte durch Männer von absoluter Strenge und Herbheit zu regieren versucht, und mußte sich überzeugen, daß die Uebel wuchsen. Man versuchte populäre Institutionen, wie Gemeinderäthe und Aehnliches, und hatte nicht den Muth, ihnen eine fördernde Entwickelung zu geben; man sah die Mängel der Gerichtsverfassung ein und mehrte die Verwirrung, ohne es zu wollen, durch neue Gesetzbücher und die Sammlung alter päpstlicher Verordnungen. Man wies materielle Forderungen der Zeit ab, in die man doch unter Pius IX. willigen mußte, weil die Nachbarländer das Beispiel des Gelingens zeigten.

Etwas besser ging es in den Herzogthümern Lucca, Modena und Parma her. Neapels König hatte sich zu sehr in seine Militairideen vertieft, um für andere Zweige der Verwaltung noch Sinn und Geld zu haben. Besser stand es in Sardinien, das zwar am streng monarchischen System festhielt, aber eine gerühmte Rechtspflege, ausgezeichnete Bildungsanstalten und ein vortreffliches, ehrenhaftes Heer besaß. Am meisten Lob erwarben sich Oesterreich im lombardisch-venetianischen Königreich und Toscana. In beiden Ländern wurden große, theils ungesunde, theils unfruchtbare Landstrecken entwässert und der Cultur übergeben; schöne Straßen durchschnitten das Land; kunstvolle Wege führten über die Alpen; Canäle und Eisenbahnen beförderten den Handel, und das unter seinen letzten Dogen herabgekommene Venedig blühte durch den Freihafen wieder auf. Die Volksschulen in der Lombardei galten als Muster, und die höheren Schulen und Kunstanstalten Toscanas erfreuten sich eines ausgezeichneten Rufes.

Dennoch herrschte auch hier keine Zufriedenheit. Die gebildeten und vornehmen Stände zogen sich grollend vom Staatsleben zurück und lächelten in stolzer Blasirtheit über die wohlmeinenden Anstrengungen des österreichischen Gouvernements, um die Billigung seiner Unterthanen zu gewinnen. Eine andere, erhabenere, wenn auch weniger praktische Idee, schwebte ihnen vor: Italiens Boden von der Fremdherrschaft zu befreien und, sei es durch die Monarchie, sei es durch die Republik, die Einheit der apenninischen Halbinsel herzustellen. Unklar blieb insofern diese Idee, als die Frage nie im Ernst gestellt wurde, ob Italiens Einheit durch den Einheitsstaat, oder durch den Staatenbund verwirklicht werden sollte. Durch Wort und Schrift wurde für die Reform gewirkt; man darf behaupten, daß fast die ganze italienische Literatur der neuesten Zeit refor-

mistisch ist. Der Geistliche und philosophische Schriftsteller Vincenzo Gioberti, geboren 1801 in Turin, wo er eine Zeit lang Hofkapellan Karl Albert's war, rief die Idee des Guelphenthums wieder aus dem Moder und Staube längst vergangener Zeiten, um sie der kaiserlich-österreichischen Schutzherrschaft über Italien entgegenzusetzen. Zwar bestand längst unter den italienischen Fürsten eine Abneigung gegen Oesterreich, dem sie doch 1821 und 1830 allein ihre Erhaltung verdankten. Sardinien, Modena, Parma, Rom und Neapel hatten schon im vorigen Jahrzehent einen guelphischen Bund geschlossen; allein dieser Bund suchte seinen Stützpunkt im Sanfedismus. Inzwischen traten die liberalen Ideen noch lebhafter auf, und Gioberti's Guelphenthum wollte diese Ideen mit dem Papstthum verbinden, und sich dazu des Jesuitenordens bedienen. Gioberti schildert in seinem epochemachenden Werke: „über das sittliche und politische Primat der Italiener, 1843", mit glühender Begeisterung, wie das Papstthum, dem lombardischen Freiheitsbunde verbündet, für Italien jene hehre Glanzzeit herbeiführte, die wegen ihrer Leistungen in Kunst und Wissenschaft, wegen ihres blühenden Gewerbfleißes und Handels, wegen ihres regen Gemeindelebens noch heute von Europa bewundert werde. Italien stehe noch eine dritte Restauration bevor, wenn ein ideales Papstthum an die Spitze der Halbinsel treten und in Berücksichtigung der nationalen Wünsche und Zeitforderungen das Volksleben verklären und veredeln würde.

Cesare Balbo faßte in seinem Buche „über die Hoffnungen Italiens" jene Guelphenidee schon praktischer an. Um Oesterreich aus Italien zu verdrängen, meinte er, sei es nothwendig, der österreichischen Regierung das Leben schwer zu machen und es den Schmerz der Wunde, die es seinem Staatsganzen durch Besitznahme der Lombardei geschlagen, empfinden zu lassen, damit es Anstalten zum Länderwechsel treffe. Und wo will Balbo Oesterreich entschädigen? An der unteren Donau, mit der Walachei und Moldau. Dahin sei es gewiesen, um die deutsche Bildung zu den slavisch-romanischen Völkern zu tragen und der Wächter deutscher Interessen gegen Rußlands panslavistische Strebungen zu sein. Natürlich hängt damit der Sturz des osmanischen Reichs zusammen. Die Erbitterung, welche damals gegen den Czaren wegen seiner Gräcisirungsversuche unter den Katholiken herrschte, scheint in dieser Schrift widerzuklingen. Der Papst Gregor XVI. hatte sich in dieser betrübenden Angelegenheit mehrmals an die öffentliche Meinung Europas gewendet. Im Herbst 1845 kam Kaiser Nikolaus selbst nach Rom, um eine Ausgleichung mit dem Papste zu suchen. Er schien ganz erstaunt über die Beschwerden des heiligen Vaters, versprach strenge Untersuchung und willigte sogar in die Absendung eines päpstlichen Legaten nach Rußland. Lambruschini soll jedoch das Ergebniß der Conferenzen in den Worten zusammengefaßt haben:

„Nikolaus hat viel geleugnet, wenig versprochen und wird nichts halten.“ — Aber nicht nur im griechischen Rußland, sondern auch in den katholischen Ländern Spanien, Portugal, Frankreich und in der Schweiz bewiesen manche Vorfälle, daß die Macht des Papstthums zur Wiederherstellung der italienischen Volks- und Staatseinheit nicht ausreichen dürfte. Das „junge Italien“ Mazzini's hatte jene Gioberti'schen Ideen auch stets abgelehnt. Die Verbindung des jungen Italien hatte ihr Organ in der Zeitschrift: „das junge Italien,“ welche der genuesische Flüchtling Giuseppe Mazzini im Jahre 1832 in Marseille herausgab. Die Aufgabe dieser Partei ist eine vollständig zersetzende; ihr Vorbild sind die Dantons und Robespierres von 1793. Im Bunde mit den republikanischen Factionen aller Länder, dem „jungen Frankreich“ u. s. w. (S. 182), soll sie die Aristokratie, das Königthum und das Papstthum vernichten. Das junge Italien schien zwar durch das verunglückte Attentat Romarino's (S. 182) und die darauf folgenden Verurtheilungen gänzlich auseinandergesprengt, sein Fanatismus erhielt aber gerade dadurch neue Nahrung, nur daß sich der Bund etwas vorsichtiger benahm. Er schlug jetzt das Hauptlager auf den ionischen Inseln auf und schleuderte von dort seine Brandschriften in die Heimat. Weder Untersuchungen, noch Freiheits- und Lebensstrafen vermochten die Thätigkeit des jungen Italiens zu hemmen. Obwohl 1837 zweiundfunfzig und 1841 neun Todesurtheile gefällt, und fünfundvierzig Mitglieder des jungen Italiens zu dreißigjähriger Galeerenstrafe verdammt wurden, sah das Jahr 1844 doch wieder das Attentat der Gebrüder Bandiera, der Söhne eines österreichischen Admirals. Dieselben verließen plötzlich ihre Flagge, schlossen sich in Korfu einem Haufen Abenteurer an, die Ricciotti aus Ancona herbeiführte und landeten in Calabrien (16. Juni). Aber statt sich zu erheben, wie die Bethörten gehofft, sah das Volk theilnahmlos ihrer Verhaftung zu. Ein Standrecht verurtheilte die Gefangenen zum Tode. Der König ließ nur neun erschießen und schenkte den übrigen zehn das Leben (25. Juni).

Oesterreich hatte nach diesem Vorgange Ursache, auf seiner Hut zu sein, und namentlich seiner italienischen Flottenmannschaft zu mistrauen. Es war daher eine falsche Berechnung, wenn das junge Italien, zu dem sich im Kirchenstaate auch die Reformer gesellten, glaubte, daß Oesterreich, durch die guelphische Liga beleidigt, nicht einschreiten würde, wenn man einen neuen Revolutionsversuch im Kirchenstaate mache. Der wirkliche Ausbruch der Verschwörung erfolgte am 23. September 1845 in Rimini, nicht ohne Vorwissen der päpstlichen Carabiniers. Gleichzeitig brachen von Toscana und von San Marino aus bewaffnete Trupps über die Grenze. Die Insurgenten erließen ein Manifest an die Fürsten und Völker Europas, in welchem sie in gemäßigter und eindringlicher Sprache die Wünsche des Volkes darlegten, welche gesetzlich geltend zu machen ihnen versagt

gewesen sei. Der Aufstand blieb bei der Theilnahmlosigkeit der Bevölkerung auf Rimini beschränkt. Die päpstlichen Truppen unterdrückten ihn rasch; die Gefängnisse und Galeeren füllten sich mit Unglücklichen, Toscana aber beförderte edelmüthig die Geflüchteten nach Marseille.

Gregor XVI. starb den 1. Juni 1846; das Cardinalcollegium war von der Nothwendigkeit durchdrungen, den Wünschen der Nation nachzugeben. Schon am 16. Juni ging aus dem Conclave der Cardinal Mastai Ferretti als Papst Pius IX. hervor. Er machte die Worte Massimo Azeglio's: „Wenn die Fürsten Italiens nicht wollen, daß ihre Unterthanen exaltirte Liberale werden, so müssen sie selbst gemäßigte Liberale werden," zum Programm seiner Regierung, und hörte auf die Rathschläge Gioberti's, der damals den Streit mit den Jesuiten angefangen hatte, welcher so folgereich für Frankreich werden sollte. In seinem bekannten Buche: „Der moderne Jesuit", begründete Gioberti seine Anklage des Jesuitenordens ganz vorzüglich, mag er auch hier und da dem Orden als solchen ungerechterweise Sünden aufbürden. Wenn man die Väter der Gesellschaft Jesu die schlauesten Politiker genannt hat, die sich in alle Verhältnisse zu schicken und ihr Ziel stets zu erreichen wüßten, so lieferten sie damals wieder einen Beleg zu dieser Behauptung. Sie lehrten in der Lombardei, daß man sich „der bestehenden Obrigkeit fügen müsse", gehorsam den in der Bulle „sollicitudo ecclesiarum" vom 31. August 1831 ausgesprochenen Grundsätzen. Gioberti folgerte aber aus dieser Thatsache, daß die Jesuiten mit Oesterreich zur Unterdrückung Italiens und aller freien Völker verschworen seien. Papst Pius IX., auf welchen jenes Buch besonders berechnet war, täuschte Gioberti's Erwartungen, denn er lobte in einem Schreiben an den berühmten Jesuiten Perrone in Rom die Wirksamkeit des Ordens für das Wohl der Kirche. Es läßt sich vermuthen, daß dieser Schritt des Papstes Einfluß auf die Aenderung der Ansichten Gioberti's hatte; denn mit dem Beginn der italienischen Revolution 1848 ließ er sein Meisterwerk: „Apologie des modernen Jesuiten" erscheinen, worin er, statt des Papstes, dem König von Sardinien das italienische Supremat zuweist.

Mastai Ferretti, geboren in Sinigaglia am 13. November 1792, stammte aus einer armen gräflichen Familie, die zur Opposition gehörte. Ein Versuch Feretti's, in die adelige Leibwache aufgenommen zu werden, mislang, da er an epileptischen Zufällen litt. Eben dieses Uebel verhinderte auch seinen Eintritt in den Priesterstand. Katholische Blätter erzählen, daß Mastai Ferretti nun eine Pilgerfahrt zur heiligen Jungfrau von Loretto angetreten und unterwegs von dem Priester Strambi auf wunderbare Weise geheilt worden sei. Genug, er beschritt die priesterliche Laufbahn in Rom, begleitete eine südamerikanische Mission, und widmete sich nach seiner Rückkehr ganz den Werken der Barmherzigkeit. Das größte



Verdienst erwarb er sich als Präsident der großen Armen- und Versorgungsanstalt zu San Michaele an der Tiber, die einen Weltruf hat. Papst Leo XII. ernannte ihn dafür zum Bischof von Imola. Wahrhaft christliche Aufopferung bewies er 1836 zu Neapel, wo er päpstlicher Nuntius war. Die Cholera hauste fürchterlich; es fehlte an Lazarethen, Aerzten, Arzeneien und Krankenwärtern. Ferretti wurde Neapels rettender Engel. Um der dringendsten Noth abzuhelfen, verkaufte er seine Equipage, sein Silbergeschirr, seine Meubles und vertheilte den Erlös unter die Armen. Während der Dauer der Krankheit sah man ihn nie anders als zu Fuß durch die Straßen eilen und in jede Hütte treten, wo es einen Kranken gab. „Wenn die Armen unseres Heilands auf dem Straßenpflaster sterben," sagte er, „schickt es sich für seine Diener nicht, in Carossen daherzurollen." Im Jahre 1840 wurde er Cardinal und ging nach Gregor's XVI. Tode als Papst Pius IX. aus dem Scrutinium des Conclave hervor. Die Bevölkerung Roms begrüßte diese Ernennung mit beispiellosem Jubel, der sich fast allabendlich erneuerte und den Papst auf seinen Fahrten überallhin zu begleiten pflegte. „Eh viva Pio nono!" scholl es nicht blos in Rom, sondern in ganz Italien. Pius IX. rechtfertigte die gemäßigten Wünsche Italiens. Am 17. Juli 1846 verkündete ein Straßenplacat in Rom, daß der Papst eine allgemeine Amnestie für Staatsverbrechen erlassen habe. Dann folgten rasch hintereinander reformatorische Maßregeln für die Klöster und für die Presse durch Einsetzung einer Obercensurbehörde (15. März 1847), was man übrigens sehr kühl aufnahm, für Errichtung einer Bürgergarde, Einführung einer freieren Communalverfassung und einer Art von Repräsentation (19. April), die am 16. November 1847 zusammentrat. Indeß fand auch Pius IX. Widerstand, indem sich manche Legaten weigerten, die Amnestie bekanntzumachen und die Sanfedisten den Papst geradezu als Schänder und Unterdrücker der Religion verleumdeten. In Cesena und Faenza kam es zwischen den liberalen Bürgergarden und dem sanfedistischen Pöbel zu blutigen Reibungen (13. October 1846). Sogar aus dem Staatsrath zogen sich viele conservative Cardinäle zurück. Diese Ereignisse trübten die ausgelassene Feststagsstimmung der Römer und reizten sie zu Zorn- und Wuthausbrüchen, welche der edle Volksmann Angelo Brunetti (Ciceruacchio) nur mit Mühe dämpfen konnte. Besondere Verdienste erwarb sich Ciceruacchio 1847, als die absolutistische Verschwörung entdeckt wurde, indem er das tobende Volk von roher Selbsthilfe abhielt.

Cardinal Lambruschini und andere Satelliten des gregorianischen Systems hatten eine schändliche Verschwörung ausersonnen, wobei sie auf alle Diejenigen rechneten, welche unter der jetzigen sparsamen Regierung keine Vortheile mehr von der Verschwendung des Hofes ziehen konnten, auf die ehemaligen päpstlichen Freiwilligen, den römischen Pöbel,



welcher unter dem Einfluß der Klöster stand, und auf die Polizeimannschaften. Der Tag des Ausbruchs war auf den 17. Juli 1847 festgesetzt, wo das Amnestiefest in Rom gefeiert werden sollte. Man wollte sich unter die Gruppen mischen, in ultraliberaler Weise die Massen aufreizen, ihre Anforderungen an die Regierung auf die Spitze zu treiben, sodaß diese den Geschmack an Reformen verlieren und zur Stillung der Unzufriedenheit endlich die Intervention der Fremden nachsuchen sollte. Die Verschwörung wurde durch Ciceruacchio entdeckt und das Amnestiefest abbestellt. Lambruschini floh und dreiundachtzig Verschwörer wanderten in die Engelsburg, wo ihnen der Prozeß gemacht wurde. Natürlich steigerte sich die Begeisterung für Pius IX., zugleich aber auch der Haß gegen die Oesterreicher, die um die Verschwörung gewußt haben sollten. Denn am 17. Juli 1847 überschritten sie den Po und besetzten mehrere außerhalb der Citadelle liegende Stadttheile von Ferrara, was einen lebhaften diplomatischen Streit zwischen dem heiligen Stuhle und der Wiener Staatscanzlei hervorrief, der jedenfalls zum Ausbruch der Revolution in der Lombardei beigetragen hat. War auch das formelle Recht auf Oesterreichs Seite, so nahm doch die öffentliche Stimme dieses Verfahren als Kriegserklärung gegen die italienische Nationalität auf. Der Papst ließ ein Lager bei Forli abstecken; die Mönche rüsteten neue Kreuzfahrer aus; Sardinien bot dem Papste Hilfe; der Großherzog von Toscana entließ sein unpopuläres Ministerium; der König von Neapel bewilligte einige Reformen; hier und da züngelten in kleineren Tumulten die Flammen eines verborgenen Feuers empor. Am 4. September 1847 erließ der Großherzog von Toscana ein Decret wegen Errichtung von Bürgergarden. Karl Albert, der ehemalige Carbonari, nahm am 11. October ein volksfreundliches Ministerium an, führte Oeffentlichkeit und Mündlichkeit im Criminalprocesse ein, hob die Patrimonial- und Specialgerichte auf (29. October), setzte den 26. November einen Cassationshof ein und gab ein Preßgesetz. Am 3. November schlossen der Kirchenstaat, Toscana, Lucca und Sardinien einen Zollverein ab, und forderten den König beider Sicilien und den Herzog von Modena zum Beitritt auf. Oesterreich war mithin für seine italienischen Provinzen grundsätzlich ausgeschlossen. Der Herzog von Modena hielt jedoch treu zu Oesterreich und ging, nachdem am 22. December 1847, auf seinen Wunsch, österreichische Truppen in Modena eingerückt waren, am 24. December einen Vertrag mit Oesterreich zu gegenseitiger Aufrechthaltung des inneren und äußeren Friedens und der gesetzlichen Ordnung ein. Jener Einmarsch der Oesterreicher rührte von dynastischen Rücksichten her, die dem Wiener Cabinet seine Stellung in Italien noch mehr erschwerten. Nach dem Tode der Herzogin von Parma sollte dieses an Lucca, Lucca an Toscana, und einige toscanische Bezirke (Fivizzano u. s. w.) an Modena kommen. Der Unruhen müde, dankte der

Herzog von Lucca ab (4. October) und gab sein Land an Toscana, wofür dieses Fivizzano u. s. w. an Modena abtrat (9. October). Da diese Gebiete aber lieber bei Toscana geblieben wären, so rief der Herzog von Modena die Oesterreicher zu Hilfe, welche am 7. November die widerspenstigen Einwohner gewaltsam unterwarfen. Der Herzog amnestirte sie am 4. December. Am 18. December starb die Herzogin von Parma und der frühere Herzog von Lucca, Karl Ludwig, trat vertragsmäßig die Regierung von Parma an (26. December), worauf er von Toscana noch den Bezirk von Pontremoli erhielt und Guastalla an Modena gab (8. Januar 1848). Die Parmesen verriethen jedoch eine so gründliche Abneigung gegen den Herzog von Lucca, daß dieser sich nach österreichischer Hilfe umsah. So zwangen die Umstände Oesterreich, seine Protection mehr und mehr auszudehnen und das erregte Nationalgefühl zu beleidigen, während der ehrgeizige Karl Albert nur von der Krone Italiens träumte. Ist man überhaupt nicht der Meinung, daß Oesterreich seine italienischen Staaten aufgeben muß, so wird man bekennen, daß der Armeecommandant, Marschall Radetzky, und der Vicekönig Rainer ihre Macht weder misbrauchten, noch die Italiener herausforderten. Man kann zweifeln, ob sie nicht klüger gehandelt hätten, die wohlbekannten vornehmen Leiter der lombardischen Verschwörer bald festzunehmen. Jedenfalls zeigte sich Metternich's innere Politik hier von einer schwachen Seite. Welche Früchte trug es, auf die Militairkräfte allein zu trauen und keine Concession in unruhigen Zeiten zu machen? Und wenn Oesterreich noch in der Lage gewesen wäre, den Italienern augenblicklichen Widerstand zu leisten. Radetzky hatte große Noth gehabt, daß er mit Geld und treuen Mannschaften unterstützt wurde, denn alle Festungen, Verona ausgenommen, waren verfallen, die Officiere größtentheils national gesinnt, die Beamten im Bunde mit der Nationalpartei, der Erzbischof Romilli von Mailand, den die Regierung auf den Wunsch des Volks von Cremona nach Mailand befördert, selbst ein Anhänger der Revolution; der italienische Gelehrtencongreß, den Oesterreich 1847 in Venedig bewirthete, barg fast alle Reformfreunde; der Vertraute des Vicekönigs, der Podesta Conte Casati, war ein Hauptverschwörer; dazu befand sich die demokratische Schweiz in der Nähe, welche eben den Sonderbund gezüchtigt hatte, und wegen Oesterreichs feindseliger Haltung gar nicht übel Lust hatte, in die Lombardei einzubrechen; endlich stand Livorno, durch Guerazzi aufgeregt, in Gährung, und Genua schwamm in einem Meere von Wonne, weil es die Jesuiten ausgetrieben hatte. Feinde überall, Außen und Innen — das waren die Früchte der Metternich'schen Politik. Das Café Cova in Mailand war der Mittelpunkt des revolutionairen Adels; von dort aus wurden die Befehle durch Boten nach allen Richtungen verbreitet. Am 1. Januar 1848 verbot dieses Revolutionscomité das Rauchen der Cigarren

und das Spielen im Lotto; die Soldaten, welche rauchten, sahen sich thätlichen Insulten und dem Meuchelmord ausgesetzt. Am 3. Januar kam es in Mailand zu einem förmlichen Auflauf, und am 8. Februar fanden in Pavia und Padua Angriffe der Studenten auf die Besatzung statt, welche die Schließung der Universität herbeiführten. In Venedig wurde eine Demonstration im Theater eingeleitet (15. Februar), indem die Cerito in italienischen Farben die Sicilienne tanzen mußte. Als die Polizei die Wiederholung des Tanzes untersagte, rief eine Stimme: „Das Spiel ist zu Ende!" und das ganze Publicum räumte das Haus. — Jene Demonstration fand zu Ehren der neapolitanischen Verfassung statt. Am 12. Januar 1848 war nämlich der Aufstand in Palermo ausgebrochen, der sich bald über die ganze Insel verbreitete. Die vornehmsten Familien des Landes standen an der Spitze und forderten die Trennung Siciliens von Neapel, Preßfreiheit, Bürgergarde, die Constitution von 1812, einen Vicekönig und Municipalverfassung. Ferdinand II. sandte seinen Bruder, den Grafen von Aquila, nach Palermo als Vicekönig ab, mit dem freilich sehr zweideutigen Auftrage, Palermo zu unterwerfen. Dem Bombardement der sicilianischen Hauptstadt mußte jedoch auf den Protest der fremden Consuln Einhalt gethan werden. Auch in Neapel fing es an, zu gähren; Bürger und Beamte zeigten die italienischen Farben; am 22. Januar tönte das neapolitanische Revolutionssignal: „fuy! fuy!" durch die Straßen; die Läden wurden geschlossen; Truppen durchzogen die Hauptstadt und umstellten das Schloß. Der russische Gesandte, Graf Chreptowitsch, sprach zwar dem Monarchen Muth ein, aber von den Balkons der Regierungsgebäude herab flatterten bald die Tricoloren, und die Forts von Neapel sandten einander nur friedliche Alarmschüsse, nicht aber der Stadt feindliche Kugeln zu. Der König proclamirte am 29. Januar eine Verfassung, die den Wünschen der Bevölkerung genügte, und am 1. Februar eine allgemeine Amnestie. Der verhaßte Polizeiminister Delcaretto wurde ins Ausland geschafft. Die Haltung der finster blickenden Lazzaroni und der Mönche mischte indessen einigen Wermuth in den Freudenbecher der Neapolitaner. Betrübend lauteten namentlich die Nachrichten aus Sicilien, das keine Geneigtheit verrieth, sich an Neapel wieder anzuschließen, sondern eben den Kampf gegen die letzte Position der neapolitanischen Truppen, die Citadelle von Messina, begann. Ruggiero Settimo, der Präsident des Generalcomités in Palermo, erklärte am 3. Februar dem Schiffscapitain Dauch, welcher das Amnestiedecret und die Verfassung überbrachte: „Sicilien werde die Waffen nicht niederlegen, bevor nicht ein in Palermo versammeltes Parlament die Verfassung, welche Sicilien zu besitzen niemals aufgehört habe, welche 1812 umgestaltet und noch 1816 bestätigt worden sei, den gegenwärtigen Zeitverhältnissen angepaßt habe."

Die italienischen Regierungen, welche sich der Reformbewegung angeschlossen hatten, mußten ebenfalls Verfassungen geben. Sardinien that dies am 8. Februar 1848, der Großherzog von Toscana am 17. Februar, Monaco am 11. Februar; Pius IX. nahm an die Stelle von drei entlassenen geistlichen Ministern wenigstens drei weltliche an und versprach, „nachzudenken, auf welche Weise sich, unbeschadet seiner Pflichten gegen die Kirche, jene bürgerlichen Institutionen, die er gegründet habe, auf das Nützlichste entwickeln und verbessern ließen.“ Ganz Italien, vom Lazzaroni bis zum Fürsten, der Beichtstuhl und das Katheder, die Presse und die Kanzel waren theils durch das italienische Nationalgefühl, theils durch die Reform verbrüdert gegen Oesterreich, welches die Abhänge der Alpen mit seinen gebräunten Grenzern, seinen schmucken Tyrolerschützen und seinen feurigen Ungarn bedeckte, während Sardiniens wohlgerüstete, tapfere Armee, in einer Stärke von 60,000 Mann mit 300 Kanonen, an den Grenzen der Lombardei stand und die Kreuzfahrer, Freischaaren und Bürgergarden von Süden her die Lombardei bedrohten. Oesterreich wies die Concessionen, welche es machen sollte, ab und griff zur Strenge. Am 22. Februar verkündete Radetzky das Standrecht für die Lombardei, Venedig und Modena. Der Würfel war gefallen, der italienische Krieg entschieden. Da kam die Februarrevolution von Paris und die Proclamation der französischen Republik. Metternich hoffte, daß die italienischen Regierungen zur Besinnung über ihr Unternehmen kommen würden. Wie gern hätten sie dies gethan, wären ihnen nicht die Zügel schon entschlüpft gewesen. Auch der Adel hätte gern, aus Furcht vor dem Communismus, wieder eingelenkt.

34. Portugal. Saldanha. Costa Cabral.

Das constitutionelle Leben Portugals bietet einen traurigen Anblick dar. Die Masse des portugiesischen Volkes ist gleichgiltig, oder miguelistisch, der Bürgerstand beschränkt und ohne feste Gesinnung, der Adel und die Gelehrten von grenzenlosem Ehrgeiz beseelt, die Königin war mehr den Pflichten einer guten Mutter, als denen einer Regentin ergeben, der König von dem Staatsrath Dietz beherrscht und der Landessitten und Verhältnisse nicht recht kundig; endlich übte die Camarilla einen entscheidenden Einfluß auf die öffentlichen Angelegenheiten. Zwar giebt es auch in Portugal Parteien, welche gewisse politische Principien vertreten; sie sind aber mehr eine schattenhafte Nachbildung englischen und französischen Wesens, als wirkliche, lebensvolle Erscheinungen, und dienen dem Ehrgeiz als Handhabe für Ministergelüste. Darum wechseln wohl die Personen in der Regierung, aber nicht die Systeme. Ueberdies wird der Kampf um die Herrschaft weni-

ger in den Kammern, als in der Presse geführt. Es giebt in Portugal zwei Hauptparteien: eine miguelistische und eine liberale oder pedristische. Die miguelistische theilt sich in zwei Fractionen, die rein absolutistische, aus Altadeligen und den Mönchen bestehend, und die gemäßigt-monarchische, deren Führer Canavaro und Beirao sind. Die liberale Partei zerfällt in vier Unterabtheilungen: die Radicalen oder die Arsenalpartei, welche stets zu Gewaltthätigkeiten geneigt ist (S. 204), die Demokraten oder Constitutionellen von 1820 die Septembristen oder Anhänger der Charte von 1838, unter Bomfin, Sa da Bandeira und Passos, und die Chartisten oder Anhänger der gemäßigten Verfassung Dom Pedro's von 1826, von Bernardo Henriques und Jose Bernardo da Costa Cabral geführt.

Unaufhörliche Kämpfe um die Herrschaft bewegen das Land; unausgesetzter Misbrauch der Gewalt durch alle Parteien reizt zu neuen Aufständen. Man hat schon früher auf jene periodische Regelmäßigkeit hingewiesen, mit welcher hier die Aufstände stattfinden. 1834 der Sieg Dom Pedro's über Dom Miguel, 1836 ein Aufstand gegen die Charte, 1838 der Aufstand der Radicalen vom Arsenal, 1840 die Empörung in Lissabon, Castel Branco und anderen Städten. 1842 der Aufstand Costa Cabral's in Oporto für die Charte, 1844 das Pronunciamento von Bomfin in Portalegre und Almeida, 1846 der Aufruhr der verbündeten Septembristen und Miguelisten, welcher das Einschreiten Englands und Portugals, auf Grund der Quadrupelallianz von 1834 (S. 199), herbeiführte und am 16. December 1847 auch das Ministerium Cabral zum Rücktritt zwang, endlich den 8. April 1851 der principlose Aufstand Saldanha's in Oporto. Glücklicherweise fechten die Portugiesen mehr mit pomphaften Proclamationen und Bulletins, als mit Flinte und Säbel; der Soldat ist träg und unlustig zum Kampf, wenn es nicht gegen die Miguelisten geht. Merkwürdig ist wohl in dieser Hinsicht das Gefecht von Campo da Feira zwischen den septembristischen Generalen Sa da Bandeira und Bomfin und den chartistischen Feldherren Terceira und Saldanha (28. August 1837). Obgleich beide Parteien ihr Aeußerstes bei den Rüstungen aufgeboten hatten, so war doch keins der beiden Heere stärker als 800 Mann. Nach einem unbedeutenden Kleingewehrfeuer befahlen die beiderseitigen Heerführer ihren kleinen Schwadronen, einzuhauen. Bis auf funfzig Schritt ließen die Soldaten sich gegen einander führen; dann machten sie, wie in gemeinschaftlicher Verabredung, Halt, steckten die Säbel in die Scheiden, fraternisirten und kehrten treu und friedlich jeder Theil zu seinen Officieren zurück. Die beiden Marschälle wurden dadurch gezwungen, eine Capitulation zu unterzeichnen, kraft der sie ihre Truppen dem aus Spanien zurückkehrenden Grafen Das Antas übergaben. Die Schlacht

von Torres Vedras (22. December 1846), wo Saldanha den Grafen Bomfin schlug, ist das wichtigste Ereigniß dieser Bürgerkriege, in denen oft Wochen vergingen, ohne daß ein Schuß abgefeuert wurde. Der Rest der Insurgenten nahm theils die englische Vermittelung an, theils streckte er vor den unter Concha einrückenden Spaniern die Waffen. Größer ist die minder kostspielige und minder blutige Thätigkeit der Junten, hitziger der Kampf in den Kammern. In dem Buche des unglücklichen Fürsten Lichnowski: „Portugal, Erinnerungen aus dem Jahre 1842", findet sich eine interessante, nach der Natur gezeichnete Schilderung der portugiesischen Kammern: „Die portugiesischen Kammern, sowohl die erbliche, als die elective, sind wahrscheinlich in der Ausübung ihrer Rechte noch zu neu, um sie gehörig zu würdigen, ihre Reden abhobeln, deren Ausdrücke feilen, und von Schmutz und Schlacke befreien zu können. Daher scheint die Kammer oft weniger der Salon einer gebildeten Versammlung, als die Taverne eines tumultuarischen Clubs; von Sammt und Seide und feinem Auftreten ist hier nicht mehr die Rede, man bewegt sich auf der Gasse und bewirft sich mit Koth und Pflastersteinen; statt des attischen Salzes verbrämt man die Reden mit den gröbsten Schimpfworten. Da sagt ein Oppositionsmitglied einem Minister der Krone: „Unter Deiner Verwaltung ist Alles Concussion und Simonie." Der Minister erhebt sich und schreit dazwischen: „Als Du im Cabinet warst, stahlst Du noch viel toller!" — „Nein," ruft der Andere, „Du bist der größte Dieb!" — Der Präsident klingelt vergeblich mit aller Kraft seines Armes, Keiner giebt darauf Acht oder hört des Andern Wort; die Meisten erheben sich, drehen sich um einzelne Bänke und peroriren durch einander, während die Galerie, von oben laut einfallend, dieser Musik accompagnirt. Daß bei einer solchen Zucht ein eifriger und thätiger Rathgeber der Krone nicht immer kaltes Blut behält, wird Niemand wundern, besonders wenn man erwägt, daß portugiesisches Blut in seinen Adern fließt." —

Der größte Staatsmann dieser Periode in Portugal und der einzige nach Palmella's Tode (1850) ist Antonio Bernardo da Costa Cabral, Graf v. Thomar, geboren 1803 zu Fornas de Algostra in der Provinz Ober-Beira, aus einer reichen, aber nicht altadeligen Familie. Er und seine Brüder hatten eine für Portugal ungewöhnlich gute Erziehung genossen, weshalb sie bald in hohe Staatsämter gelangten. Costa Cabral schloß sich der liberalen Partei an und wurde in Terceira Mitglied des obersten Kriegsraths. Nach dem Siege Dom Pedro's fiel ihm eine Richterstelle beim Obertribunal in Lissabon zu. Großmeister der portugiesischen Logen, sammelte Costa Cabral die conservativen Elemente, organisirte sie und führte der Regierung eine disciplinirte Schaar treuer Anhänger zu. Bald fand er Gelegenheit, seine Energie auch im Ministerium zu erproben, als die Hauptstadt nach der Entsetzung Soares Baldeiras



der Anarchie verfallen war, alle Geschäfte stockten und die Nationalgarde sich schwierig zeigte. Costa Cabral ergriff mit kräftiger Hand die Zügel der Verwaltung und gab dem Lande die ersehnte Ruhe wieder. Die Verfassung von 1838 verletzte so viele Interessen, daß Costa Cabral, im Einverständniß mit den Conservativen, ihren Sturz beschloß. Er stellte sich in Oporto an die Spitze einer revolutionairen Junta, zog, obwohl von dem Hofe entsetzt (28. Januar 1842), triumphirend in Lissabon ein und proclamirte die Charte von 1826. Zum Minister des Innern erhoben, erließ er Gesetze über die Reform des Gerichtswesens, über die Verwaltung und die Nationalgarde, stellte die diplomatischen Verbindungen mit den nordischen Mächten wieder her, knüpfte Unterhandlungen mit der römischen Curie an, schloß Tractate über den Handel im Allgemeinen und den Sclavenhandel mit England, und einen Handels- und Schifffahrtsvertrag mit der nordamerikanischen Union. Aber er tastete auch die Unabhängigkeit der Richter an und verletzte die Rechte der Universitäten, denen er mehrere Facultäten entriß, verschleuderte die öffentlichen Gelder und führte eine drückende Steuer nach der andern ein; ja er besteuerte zuletzt noch die Beerdigung der Leichen. Deshalb erhob sich 1844 das ganze Land gegen ihn; Graf Bomfin nahm die Festung Almeida und vertheidigte sie lange, bis endlich die Regierung, unter großen Kosten und Anstrengungen, die Stadt nahm und die Revolution unterdrückte. Costa Cabral, der nach Cadix geflüchtet war, kehrte zurück und setzte sein Willkürregiment fort, in welchem er nur einmal von Terceira abgelöst wurde. Nach dem kurzen Ministerium Palmella-Saldanha (1846) trat Saldanha an die Spitze des Cabinets, was den Aufstand Bomfin's und Sa da Bandeira's zur Folge hatte (12. October 1846). Die Miguelisten hofften dabei im Trüben zu fischen, wie denn Dom Miguel Italien verließ und sich nach England begab (Januar 1847). Allein die Generäle Schwalbach und Saldanha besiegten die Insurgenten bei Braga und Torres Vedras, was diese jedoch nicht hinderte, auf Lissabon loszugehen. Die Königin rief die Quadrupelallianz um Hilfe an; der englische Admiral Parker legte sich mit seiner Flotte vor Oporto und nahm Das Antas gefangen, als er sich mit 4000 Mann nach Lissabon einschiffen wollte. Spanische Truppen unter Mendez Vigo trieben die übrigen Insurgenten so in die Enge, daß diese die von der Königin dargebotene Amnestie annahmen. Das Land war durch die Entfernuug des Baron Dietz vollständig zufriedengestellt. Am 30. Juni 1847 besetzten die Spanier Oporto. Die Königin entließ erst nach ernsthaften Drohungen Englands ihr Ministerium, und Saldanha trat wieder an die Spitze der Geschäfte (16. December 1847). Indeß diente Saldanha nur dazu, den Uebergang zu einem Ministerium Cabral zu machen (1849). Cabral machte sofort bei der Bank eine Anleihe, welche er zum Bau einer Eisenbahn von Lissabon an die spanische

Grenze zu verwenden vorgab. Welches Vertrauen diese oft wiederholte Zusicherung genoß, zeigte sich sogleich. Waren die Papiere jedesmal bei Ankündigung der Eisenbahn gefallen und der Disconto gestiegen, so erreichte letzterer 1849 die enorme Höhe von 20 p. C. Die Pairs unter Saldanha, wie die Deputirten unter Silva Cabral, opponirten heftig gegen die Maßnahmen des Ministeriums. Der Credit der Regierung sank so tief, daß die Bank eine Anleihe von 700,000 Thalern verweigerte, welche, unter dem Vorwande der Ausbesserung alter Landstraßen und der Anlegung neuer, gefordert wurde.

Cabral beraubte sich durch seine antibritische Politik auch der auswärtigen Hilfe. Er hatte zur Deckung der laufenden Bedürfnisse englische Waaren mit hohen Zöllen belegt, was die Interessen der Handeltreibenden Portugals und Englands empfindlich verletzte. Lord Palmerston erhob nun im Namen englischer Handelsleute Geldforderungen, die sich zwar auf einen sehr zweifelhaften Rechtstitel stützten, den portugiesischen Minister aber in Verlegenheit setzten, da er keine Mittel besaß, Gewalt mit Gewalt zu vertreiben. Denn bei einer Seeexpedition nach China, um für die Ermordung einiger Portugiesen Genugthuung zu fordern, war von den drei kleinen, mit Mühe ausgerüsteten Schiffen, das größte von zweiunddreißig Kanonen in die Luft geflogen. Dazu hatten die Nordamerikaner, welche ebenfalls Geldforderungen an Portugal hatten, die Schwäche dieses Staates zu deutlich ans Licht gezogen, indem sie drei Schiffe nach dem Tajo sandten und die Bewilligung ihrer Forderungen erzwangen.

Diese schmachvollen Niederlagen des Ministeriums erleichterten es Silva Cabral, die ganze Opposition gegen seinen Bruder zu vereinigen. Die Vorbereitungen zum Aufstande wurden so heimlich getroffen, daß die Regierung davon erst Kunde erhielt, als der Marschall Saldanha das Militair von Cintra gewonnen hatte (8. April 1851). Die Verschwörung wurde jedoch von der Regierung unterdrückt; Saldanha befand sich auf der Flucht. Da stand Oporto gegen Cabral auf und nahm den Marschall in seine Mauern auf (27. April); die königlichen Regimenter gingen über; Graf Thomar war schon früher auf einem englischen Dampfschiff entflohen. Die Königin enthob ihren Gemahl selbst des Armeebefehls und Saldanha zog, unter lautem Jubel, an der Spitze seines „reformirten" Heeres in Lissabon ein (15. Mai). Er bildete ein Ministerium, welches den Wahlmodus beschränkte. Die Cortes vom 15. December 1851 beschäftigten sich mit den Finanzen, die so verkommen waren, daß die Beamten sich glücklich schätzten, wenn sie die Hälfte ihres kargen Gehalts empfingen. Die Traubenkrankheit, welche den Süden Europas heimsuchte, verheerte auch die köstlichen Stöcke von Madeira und erzeugte daselbst große Noth. Die nach dem octroyirten Wahlgesetz (vom October 1852) berufenen Cortes genehmigten alle dictatorischen Decrete des Ministeriums

aus den Jahren 1851 und 1852, sowie den Bau einer Eisenbahn von Lissabon an die spanische Grenze, waren aber sehr betroffen, als der Finanzminister mit einem Deficit von hundertachtzig Contos Reis herausrückte, deren Deckung er beantragte. Die Regierung suchte in London bei Baring u. Comp. vergebens um ein kleines Darlehen von fünfundvierzigtausend Pfd. St. nach. Endlich erreichte sie in Paris ihren Zweck unter harten Bedingungen. Sie erhielt eine Anleihe von zwölf Millionen Francs zu achtzig mit sechs Procent Zinsen und in zwanzig Jahren rückzahlbar.

Am 15. November 1853 starb die Königin im Wochenbett. Ihr Gemahl führt die Regentschaft für seinen Sohn Dom Pedro V., welcher erst 1855 großjährig wird. Dom Miguel, welcher sich 1851 mit einer deutschen mediatisirten Prinzessin von Löwenstein-Werthheim verehlichte und im August 1852 eine Prinzessin von Braganza auf Schloß Heubach am Main taufen ließ, soll gesonnen sein, jetzt seine Ansprüche auf den portugiesischen Thron wieder geltend zu machen.

35. Spanien. Espartero, Herzog von Vittoria. Don Ramon Maria Narvaez, Herzog von Valencia. Don Juan Prim, Graf von Reus.

Die Regentschaft Espartero's war ernstlich bemüht, die sittlichen und materiellen Zustände des Landes möglichst zu heben. Die Ruhe befestigte sich im Innern durch Espartero's, des Siegesherzogs, maßvolle Behandlung politischer Gegner; Straßen und Canäle wurden gebaut, Schifffahrt und Bergbau unterstützt, das Prohibitivsystem gemäßigt und der Schmuggelhandel unterdrückt. Die Zolllinien ließ Espartero vom Ebro an die französische Grenze verlegen und vernichtete somit die durch den Vertrag von Bergara gewährleisteten Fueros der Basken; die einzige Ungerechtigkeit, welche er beging (21. November 1841), und die in den Arbeiter- und Fabrikanten-Aufständen von Barcelona ihre Erklärung findet. Der Regent hatte drei Feinde zu bekämpfen: die Königin Christine und die Moderados, die Ultraradicalen, welche befürchteten, daß Espartero sich selbst die Krone auf das Haupt setzen könne, und endlich die Geistlichkeit, welcher die Kirchengüter genommen und der Gehalt aus Staatsmitteln gezahlt wurden. Der Papst hatte deshalb zwei Allocutionen (25. März 1841 und 22. Februar 1842) erlassen und in allen katholischen Kirchen des Erdkreises Gebete für die Wohlfahrt der bedrohten und unglücklichen spanischen Kirche erlassen. Auch Marie Christine, welche es ungern trug, daß die Cortes sie von der Vormundschaft ausgeschlossen, erließ am 19. Juli 1841 eine Protestation dagegen und bezeichnete den Schritt der Cortes als Usurpation. Die spanische Regierung wies dagegen auf das Testament Ferdinand's VII. und die Consti-

tution hin, wonach die Königin nicht Vormünderin sein könne, weil sie sich seit 1834 mit Muñoz verheirathet habe.

Die größte Noth erwuchs der Regierung aus den Finanzen, welche sich in solcher Unordnung befanden, daß die Zinsen der beiden letzten Jahre schon capitalisirt und mit 2½ p. C. verzinst worden waren. Das Budget wies eine Ausgabe von 1100 Millionen Realen und eine Einnahme von 886 Millionen Realen nach. Der Sold für das Heer konnte kaum bezahlt werden, viel weniger der Gehalt für die anderen Beamten, und noch weniger ließ sich für die Bildung des Volks, die allerdings sehr traurig bestellt war, etwas thun. Das sittliche Bewußtsein war durch die Reaction Ferdinand's VII., durch den Bürgerkrieg und das entsetzliche, den persönlichen Interessen dienende Parteigetriebe geschwächt und verwirrt worden. Die Hauptursache der finanziellen Bedrängniß ist der fortwährende Anwachs des Beamtenheeres und die Unehrlichkeit der Angestellten, welche schwer vermieden werden kann; denn da die Leute nicht hinlänglich und oft gar nicht bezahlt werden, so halten sie sich zur Erhebung von Sporteln berechtigt und die Regierung sieht ihnen bei ihren Erpressungen fast immer durch die Finger. Selbst die öffentliche Meinung brandmarkt keinen pflichtvergessenen Beamten; ein Mann, der sich auf Kosten des Staats bereichert hat, wird im Gegentheil gerade wegen der Quelle geachtet, aus der seine Schätze flossen. Den Staat bestehlen ist in Spanien kein Verbrechen, sondern ein Beweis von Geschicklichkeit und Intelligenz. Rechnung wird nie ordentlich in den Cortes abgelegt und in den Kanzleien herrscht solche Verwirrung, daß denjenigen Abgeordneten, welche sich über etwas näher informiren wollen, die Lust vergeht. Es geschieht oft, daß die Junten, die Generäle, die Officiere, wenn Unruhen ausgebrochen sind, sich der öffentlichen Cassen bemächtigen und damit fliehen. Nach ihrer Rückkehr zieht sie Niemand zur Rechenschaft. Spanien hat viermal soviel Beamte, als es braucht; im Heere allein sind hundertsechsunddreißig Generale und für sechzig Regimenter achthundert Obristen. Am traurigsten wirkt die Bestechlichkeit bei den Gerichten. Zwischen den Räubern und Richtern bestehen freundschaftliche Verhältnisse, und daher kommt es, daß das flache Land von Banden wimmelt, die ungescheut die Provinzen durchziehen, die Dörfer brandschatzen, die Postwagen anhalten und die Reisenden plündern. Um sich vor ihnen zu sichern, müssen die Eilwagenunternehmer, die Kaufleute u. A. m. förmliche Verträge mit ihnen schließen. Dieselbe Anarchie und Bestechlichkeit kommt dem Schmuggel zu gute, der nirgends so im Schwunge ist, als in Spanien. Die traurige Lage des Volksunterrichts läßt für langehin keine Aenderung dieser Zustände hoffen. Um Schulen anlegen zu können, muß Spanien erst Lehrer haben, an deren Bildung man seit 1834 denkt. 1843 gab

es in der Hauptstadt Madrid nur sechs Elementarschulen mit achthundert Schülern.

Espartero hatte fortwährend mit der Dämpfung von Aufständen zu thun. Narvaez erhob in Cadix, O'Donnel in Pampeluna, Diego Leon in Madrid die christinische Fahne. Espartero schritt mit Strenge dagegen ein und ließ den schönen Leon hinrichten, während sich die beiden übrigen Unruhstifter nach Frankreich flüchteten. Inzwischen hörte Christine, vom Pariser Hofe unterstützt, nicht auf, die Unzufriedenheit zu nähren. Die Moderados und Exaltados vereinigten sich zur „spanischen Partei“, um die Militairpartei der „Anglo-Ayacuchos“, welcher man besondere Vorliebe für England schuldgab, zu bekämpfen. Das Ministerium Lopez beantragte eine allgemeine Amnestie. Da aber Espartero dieselbe nicht gewähren mochte, weil seine Feinde sonst zurückgekehrt wären, trat das Ministerium ab und hinterließ das Land in furchtbarer Aufregung. Am 13. November 1842 brach der Aufstand in Barcelona, dem Hauptsitz des durch mildere Schutzzölle gefährdeten Fabrikwesens, aus, verbreitete sich blitzschnell über Catalonien und ergriff fast alle übrigen Provinzen. Das Militair, die einzige Stütze des Regenten, ging zu den Insurgenten über, verführt durch die Erscheinung des tapfern, kriegskundigen Narvaez, der in Valencia landete. Auch Barcelona, das auf kurze Zeit beruhigt wurde, erhob sich unter Serrano von Neuem, während Andalusien unter Concha gegen den Regenten in die Waffen trat. Espartero, anstatt mit Eile die Empörung zu dämpfen, zauderte nach gewohnter Weise, und sandte dem nach Madrid dringenden Narvaez die Generale Seoane und Zurbano zur Beobachtung nach. Die Truppen der Letzteren gingen jedoch zu Narvaez über, der am 23. Juli 1843 vor Madrid erschien und es zur Capitulation nöthigte. Espartero verließ auf diese Nachricht den spanischen Boden und schiffte sich nach England ein, wo er mit hohen Ehren empfangen wurde.

Don Ramon Maria Narvaez ist am 5. August 1800 zu Loja in Andalusien geboren und trat als funfzehnjähriger Jüngling in die wallonische Garde. 1820 war er Officier und focht unter Mina in Catalonien mit Auszeichnung. Nach dem Einmarsch der Franzosen erhielt er seinen Abschied und lebte bis zum Tode Ferdinand's VII. der Beschäftigung mit den militairischen Wissenschaften. Beim Ausbruch des Bürgerkriegs trat er als Hauptmann in ein Jägerregiment (1834) und focht für Isabella in der Nordarmee. In der Schlacht von Mendigorria erstürmte Narvaez an der Spitze eines Bataillons die Brücke von Mendigorria, welche von vier carlistischen Bataillonen vertheidigt wurde. Schon 1836 zum Brigadier ernannt, kämpfte er unter Espartero's Oberbefehl. Als Gomez durch seine kühnen Streifzüge ganz Spanien in tödtlichen Schrecken versetzte, erhielt Narvaez den Befehl, Gomez zu verfolgen,

wobei alle Truppentheile, die er unterwegs antreffen würde, unter seinen Befehl gestellt wurden. Narvaez brach sogleich von Medina Celi auf, erreichte Gomez am 25. November 1836 bei Majaccike und schlug ihn vollständig. Diese glänzende Waffenthat lenkte die Augen der Regierung immer mehr auf den jungen General. Man beauftragte ihn mit der Bildung einer Reservearmee, welche den Räubereien der Carlisten in der Mancha ein Ende machen sollte. Narvaez schaffte Geld und Mannschaften, indem er die andalusischen Städte für sein Unternehmen begeisterte. Nach vier Monaten gebot er über 12,000 Mann, besetzte die Hauptpunkte und säuberte die Mancha von Feinden. Triumphirend zog er 1838 in Madrid ein, wo seine Soldaten allgemeine Bewunderung erregten, denn es waren die ersten, die man seit Jahren wohlgekleidet und nicht bettelnd gesehen hatte. Schon dachte das Ministerium daran, in Narvaez ein Gegengewicht gegen Espartero zu schaffen; dieser schüchterte jedoch das Ministerium ein; der Befehl zur Bildung einer neuen Reservearmee von 40,000 Mann unter Narvaez wurde zurückgenommen; grollend zog sich letzterer nach Loja zurück. Auf der Reise dahin erhielt er eine Einladung des progressistischen Generals Cordova, mit ihm gemeinschaftlich die Präsidentschaft einer Junta in Sevilla zu übernehmen, das sich gegen die Regierung erhoben hatte. Narvaez folgte der Aufforderung, schwankte aber hin und her, um es mit keiner Partei zu verderben, und öffnete endlich den Regierungstruppen die Thore (1838). Espartero, der die Gedanken Narvaez's durchschaute, befahl, den Generalen Cordova und Narvaez den Proceß zu machen. Beide ergriffen die Flucht. Narvaez begab sich nach Paris. Hier machte er die nähere Bekanntschaft Christinens (1841) und entwarf den Plan, eine Vereinigung der gemäßigten und radicalen Partei zu bewerkstelligen, deren Früchte der ersteren allein in den Schooß fallen mußten. Louis Philipp und Christine stellten Narvaez große Geldsummen zur Verfügung, mit denen er das Haupt einer progressistischen Fraction, den General Prim, sowie mehrere andere Stabsofficiere bestach.

Don Juan Prim, geboren 1814, ist der Sohn eines spanischen Obersten, der in einem catalonischen Dörfchen seinen kümmerlichen Gnadengehalt verzehrte. Beim Ausbruch des Bürgerkriegs verließ Prim die Rechtswissenschaft, der er sich gewidmet hatte, und trat unter Mina in das christinische Heer, wo er sich einen Grad nach dem andern erkämpfte. Seine Soldaten schmückten ihn mit dem Beinamen des „catalonischen Cid." Nach Beendigung des Krieges zerfiel die progressistische Partei, welcher sich Prim angeschlossen hatte, in mehrere Fractionen. Prim schloß sich der an, welche gegen Espartero den Argwohn hegte, daß dieser sich zum König machen wolle. Christinische Ränke nährten diesen Glauben und Prim kam seinem Waffengefährten Narvaez auf halbem Wege entgegen, um die beabsichtigte Schilderhebung der Moderados zu unterstützen. Bei Torrejon

de Ardoz (23. Juli 1843), wo Narvaez's Truppen mit denen Zurbano's und Seoane's handgemein wurden, sprengte Narvaez vor die Front und redete die Truppen an. Sofort ging die feindliche Armee mit Sack und Pack zu ihm über.

Nach der Vertreibung Espartero's suchten Narvaez und Prim die Disciplin des Heeres wiederherzustellen und Spanien die ersehnte Ruhe wiederzugeben. Zur Vollziehung dieser Aufgabe waren die Moderados gewiß am geeignetsten. Narvaez hielt es aber noch nicht an der Zeit, ein moderadistisches Ministerium einzusetzen. Er ließ zuerst die Progressisten sich abnutzen, um sie zu discreditiren. Jedes folgende Ministerium ging sodann einen Schritt rückwärts. Auf den Radicalen Lopez folgte der reine Demokrat Olozaga, dann der von den Progressisten übergelaufene Moderado Gonzales Bravo, bis endlich Narvaez selbst ein rein gemäßigtes Ministerium bilden, und mit der von Gonzales Bravo zurückgerufenen Maria Christine (22. März 1844) die Leitung der spanischen Angelegenheiten übernehmen konnte.

Narvaez entging dem Hasse der betrogenen Exaltados nicht. Am 6. November 1843, Abends, als er in das Theater fuhr, wurde siebenmal von verschiedenen Punkten derselben Straße auf ihn geschossen. Sein Adjutant erhielt einige schwere Wunden, er selbst blieb unverletzt. Auch in Catalonien, zuerst in der Stadt Reus, erklärten sich der General Ametller und der Oberst Martell gegen die Herrschaft der Moderados. Da übernahm es Prim, den republikanischen Aufstand niederzuschmettern, indem er den zaghaften Generalcapitain von Catalonien zwang, ihm Truppen zu geben, mit denen er binnen zwei Monaten die Republikaner zu Paaren trieb (November 1843 bis Januar 1844). Prim erhielt für diesen Dienst den Titel eines Grafen von Reus. Zu spät erkannte Prim, daß er den Moderados allein in die Hände gearbeitet habe und jetzt bei Seite geschoben werden sollte. Er trat darauf (1844) zur Opposition über und suchte seinen Meinungen mit gesetzlichen Mitteln den Sieg zu verschaffen. Narvaez erkannte die Gefährlichkeit dieses Nebenbuhlers, ließ ihn verhaften und wegen eines Mordanschlags gegen Narvaez, Concha und andere moderadistische Generale unter Anklage stellen. Die Zeugen waren jedoch so elende Subjecte, das Fundament der Klage so schwach, daß das Kriegsgericht ihn nur zu sechsjährigen Festungsarrest verurtheilte. Die Königin Isabella begnadigte Prim 1845 vollständig. Narvaez hatte Prim's Mutter selbst ins Schloß geführt, damit sie für den Sohn um Gnade bitten könne. Die Regierung suchte an dem Verfolgten wieder gutzumachen, was sie verschuldet, und schickte Prim als Generalcapitain nach Portorico, wo er die Neger in der gefährlichen Zeit von 1848 ruhig zu erhalten wußte. Aus Gesundheitsrücksichten nahm er 1849 seinen Abschied

und lebte, einen kurzen Ausflug in Omer Pascha's Lager ausgenommen (1853), zu Paris, von wo er neuerdings nach Konstantinopel gegangen ist.

Narvaez's Ministerium 1844—1846 zeichnete sich durch eine gewisse soldatische Strenge aus. Die spanische Constitution wurde revidirt und die vereinzelten Aufstände der Exaltados unterdrückt. Von 1846—1847 folgten die Ministerien Isturiz und Sotomayor, ohne daß ein Wechsel im System eintrat. Das Hauptinteresse der Bevölkerung bestand in der Verheirathung der Königin Isabella, die am 10. November 1844 für großjährig erklärt worden war. Narvaez, der die widerstreitendsten Interessen ausgleichen wollte, operirte planmäßig und schlau. Zuerst erregte er bei dem König beider Sicilien die Hoffnung, daß Isabella seinen Bruder, den Grafen von Trapani, heirathen würde, was den König zur Anerkennung Isabella's bewog. Dann verfuhr er ebenso bei dem Sohne des Don Carlos, dem Grafen von Montemolin, und nöthigte Don Carlos zur Entsagung zu Gunsten seines Sohnes. Endlich mußte er England täuschen, das einen Koburg-Kohary gern auf dem spanischen Thron gesehen hätte. Darauf konnte er Louis Philipp für seine treue Freundschaft gegen Maria Christine belohnen. England und Frankreich hatten sich dahin geeinigt, daß der Herzog von Montpensier, jüngster Sohn Louis Philipp's, die jüngere Schwester der Königin, die schöne Infantin Louise, heirathen solle, doch erst, wenn die Königin vermählt sei und Nachkommenschaft erhalten habe. Plötzlich wurde die Doppelvermählung des Infanten Franz von Assis, ältesten Sohnes des Infanten Francesco, mit der Königin, und des Herzogs von Montpensier mit der Infantin Louise am 28. August 1846 allen Höfen notificirt und am 10. October vollzogen. Das betrogene England war wüthend und rief den Grafen Montemolin nach London zurück. Die Königin erkor sich, zum Aergerniß der sittenstrengen Spanier, den General Serrano zu ihrem Günstling. Der König erfuhr mehrfache Zurücksetzung, und verließ unter großem Eclat den königlichen Palast. Auch die ränkevolle Königin-Mutter sah sich genöthigt, vor der herrsch- und vergnügungsliebenden Tochter und dem kühnen General Narvaez nach Paris zu fliehen (Februar 1847). Der Minister, welcher dem ehelichen Zwiste Einhalt thun und den General Serrano gewaltsam aus Madrid entfernen wollte, wurde durch die progressistischen Cabinete Pacheco und Salamanca ersetzt (28. März 1847). Narvaez bekam den Gesandtenposten in Paris und söhnte sich mit Maria Christine wieder aus. Die progressistische Fraction der sogenannten Puritaner stellte, zur Gewalt gelangt, an die Königin dieselbe Forderung, die Narvaez hinsichtlich Serrano's gethan hatte, und rief den Herzog von Vittoria aus der Verbannung zurück. Da ließen Louis Philipp und Maria Christine alle Minen springen, um nicht den englischen Einfluß mächtig werden zu lassen, und bestachen den General

Serrano, der sich dazu hergab, die junge Königin einzuschüchtern, als beabsichtige Espartero, die Krone Spaniens auf sein Haupt zu setzen. Am 4. October 1847 stürzte das progressistische Ministerium und Narvaez bildete ein neues. Der König und die Königin versöhnten sich (13. October), und am 15. October kam auch Maria Christine von Paris aus wieder nach Madrid, um das alte Ränkespiel zu erneuern. Espartero kehrte zwar zurück (6. Januar 1848), aber er scheint entschlossen, der Politik ganz zu entsagen. Er lebt unangefochten und ausgesöhnt mit Narvaez theils zu Madrid, theils zu Logroño.

36. England. Sir Robert Peel und die Aufhebung der Getreidezölle. Richard Cobden und die Anticornlawleague. Verständigung Aberdeen's und des russischen Kaisers über die Theilung der Türkei. Der Krieg in Afghanistan. Daniel O'Connel. Die englische Freihandelsgesetzgebung. Der Puseyismus und die neue schottische Kirche.

„Die Geschichte der Peels," bemerkt Baines in seiner Geschichte der Baumwollenmanufactur, „ist für lange Jahre die Geschichte des Spinnens, Webens und Druckens in Lancashire." Wie Richard Arkwight (1740—1792) sich um die Industrie verdient machte, indem er die Spinnmaschinen für Baumwolle erfand (1768), so erwarben sich die Peels nicht geringeres Verdienst um die Vervollkommnung des Maschinenwesens. Der berühmte Staatsmann, Sir Robert Peel, konnte seinen Stammbaum nur bis auf den Großvater zurückführen, der ein wohlhabender Landwirth auf Peel's Croß bei Lancaster war, und sich mit mechanischen und chemischen Experimenten zu beschäftigen liebte. Er machte die ersten Versuche mit dem Kattundruck in seiner Wohnung geheimerweise, und ließ, da er keine eisernen Mangeln hatte, die fertige Waare von einem weiblichen Mitgliede der Familie plätten. Seine Söhne dehnten das Baumwollengeschäft weiter aus, und der Vater unseres Staatsmannes hinterließ Letzterem die Summe von zwölf Millionen Thalern und den Baronettitel, welchen er sich durch seine uneigennützige Beisteuer von 70,000 Thalern zu den Kriegskosten von 1797, wie durch die beständige Unterstützung, welche er dem Ministerium Pitt zu Theil werden ließ, verdient hatte. Der junge Peel empfing eine gediegene Erziehung, war ein Mitschüler Byron's und bezog mit kaum sechzehn Jahren (1803) die Universität Oxford, wo er im Herbst 1808 den Grad eines Baccalaureus der freien Künste erhielt.

Im Jahre 1809 begann er die politische Laufbahn als Mitglied des Unterhauses für die Stadt Calshel und hielt 1810 seine Jungfernrede, welche ihm die Stelle eines Unterstaatssecretairs im Ministerium des

Innern eintrug. Hier entfaltete Peel bald seine Verwaltungstalente, sodaß ihm 1812 die Stelle eines ersten Staatssecretairs für Irland anvertraut wurde, welche zu den schwierigsten Posten gehört, da sie durch die strengen Polizeimaßregeln, welche gegen die irischen Katholiken verhängt werden mußten, unvermeidliche Conflicte mit der öffentlichen Meinung mit sich führt. Haß, Spott und Verfolgung waren der Lohn; welchen Peel für die Einrichtung einer guten Polizei in Irland empfing. Desto glänzender war die Genugthuung, daß man sein Polizeiinstitut nach Altengland verpflanzte. 1818 wurde Peel Vertreter der Universität Oxford und legte seine Stelle nieder, weil er die Maßregeln gegen die Prinzessin Karoline misbilligte. Seine bewundernswerthe Kenntniß des Finanzwesens offenbarte er 1819 durch die Currencybill, welche er einbrachte, und die die Baarzahlungen der Bank zu regeln bestimmt war. Am 17. Januar 1822 zum Minister des Innern ernannt, begann er die Reform des Criminalcodex, ein unvergängliches Denkmal seiner politischen Einsicht. Als Canning Premierminister wurde, trat Peel aus dem Cabinet, um 1828 unter Wellington nochmals das Ministerium des Innern zu übernehmen. In dieser Eigenschaft setzte er mit Wellington die Emancipation der Katholiken durch, was ihm das Vertrauen der Oxforder Universität raubte. Ihn leitete dabei das Bewußtsein politischer Nothwendigkeit; er war mit dem Herzog von Wellington der Ansicht, daß ohne diese Maßregel ein Bürgerkrieg ausbrechen würde, und diese Gefahr schien ihm unverhältnißmäßig größer, als wenn man die Verfassung von 1688 modificirte. Canning pflegte zu sagen, daß Peel sein rechtmäßiger Nachfolger in der Gewalt sei, und dieses Ausspruchs machte sich Peel in jener Nacht würdig, wo er in einer vierstündigen Rede, die vom stärksten Beifall begleitet wurde, für die Emancipation der Katholiken sprach. Er brach mit einer zwanzigjährigen Vergangenheit und ertheilte der Welt die Lehre: „daß bei öffentlichen Charakteren die Consequenz nie bis zum Ankämpfen gegen das Gemeinwohl gehen dürfe, und Staatsklugheit höher stehe, als Gesinnungstüchtigkeit.“ Miß Martineau nennt Peel die Brücke über den Abgrund, in den der Staat sonst gestürzt sein würde. Von 1830—1850 repräsentirte Peel den Flecken Tamworth. Mit der Julirevolution, welche die Whigs ans Ruder brachte, beginnt in England die Zersetzung der alten Parteien, zu der Peel das Meiste beigetragen hat. Er organisirte unter dem Namen der Conservativen eine neue Partei, und widersetzte sich der Einführung der Reformbill, bis auch er zu der Ueberzeugung gelangte, daß sie unvermeidlich sei. Die kurze Zeit von 1834 abgerechnet, blieb Peel im Privatleben bis 1841. Die Whigverwaltung Melbourne hatte sich im Laufe der Zeit abgenutzt. Die öffentliche Meinung wurde den Whigs immer ungünstiger, theils weil sie die Erwartungen von einer Ausdehnung des Wahlrechts nicht erfüllten, theils wegen der rücksichts-

Serrano, der sich dazu hergab, die junge Königin einzuschüchtern, als beabsichtige Espartero, die Krone Spaniens auf sein Haupt zu setzen. Am 4. October 1847 stürzte das progressistische Ministerium und Narvaez bildete ein neues. Der König und die Königin versöhnten sich (13. October), und am 15. October kam auch Maria Christine von Paris aus wieder nach Madrid, um das alte Ränkespiel zu erneuern. Espartero kehrte zwar zurück (6. Januar 1848), aber er scheint entschlossen, der Politik ganz zu entsagen. Er lebt unangefochten und ausgesöhnt mit Narvaez theils zu Madrid, theils zu Logroño.

36. England. Sir Robert Peel und die Aufhebung der Getreidezölle. Richard Cobden und die Anticornlaw-league. Verständigung Aberdeen's und des russischen Kaisers über die Theilung der Türkei. Der Krieg in Afghanistan. Daniel O'Connel. Die englische Freihandelsgesetzgebung. Der Puseyismus und die neue schottische Kirche.

„Die Geschichte der Peels," bemerkt Baines in seiner Geschichte der Baumwollenmanufactur, „ist für lange Jahre die Geschichte des Spinnens, Webens und Druckens in Lancashire." Wie Richard Arkwight (1740—1792) sich um die Industrie verdient machte, indem er die Spinnmaschinen für Baumwolle erfand (1768), so erwarben sich die Peels nicht geringeres Verdienst um die Vervollkommnung des Maschinenwesens. Der berühmte Staatsmann, Sir Robert Peel, konnte seinen Stammbaum nur bis auf den Großvater zurückführen, der ein wohlhabender Landwirth auf Peel's Croß bei Lancaster war, und sich mit mechanischen und chemischen Experimenten zu beschäftigen liebte. Er machte die ersten Versuche mit dem Kattundruck in seiner Wohnung geheimerweise, und ließ, da er keine eisernen Mangeln hatte, die fertige Waare von einem weiblichen Mitgliede der Familie plätten. Seine Söhne dehnten das Baumwollengeschäft weiter aus, und der Vater unseres Staatsmannes hinterließ Letzterem die Summe von zwölf Millionen Thalern und den Baronettitel, welchen er sich durch seine uneigennützige Beisteuer von 70,000 Thalern zu den Kriegskosten von 1797, wie durch die beständige Unterstützung, welche er dem Ministerium Pitt zu Theil werden ließ, verdient hatte. Der junge Peel empfing eine gediegene Erziehung, war ein Mitschüler Byron's und bezog mit kaum sechzehn Jahren (1803) die Universität Oxford, wo er im Herbst 1808 den Grad eines Baccalaureus der freien Künste erhielt.

Im Jahre 1809 begann er die politische Laufbahn als Mitglied des Unterhauses für die Stadt Calshel und hielt 1810 seine Jungfernrede, welche ihm die Stelle eines Unterstaatssecretairs im Ministerium des



Innern eintrug. Hier entfaltete Peel bald seine Verwaltungstalente, sodaß ihm 1812 die Stelle eines ersten Staatssecretairs für Irland anvertraut wurde, welche zu den schwierigsten Posten gehört, da sie durch die strengen Polizeimaßregeln, welche gegen die irischen Katholiken verhängt werden mußten, unvermeidliche Conflicte mit der öffentlichen Meinung mit sich führt. Haß, Spott und Verfolgung waren der Lohn; welchen Peel für die Einrichtung einer guten Polizei in Irland empfing. Desto glänzender war die Genugthuung, daß man sein Polizeiinstitut nach Altengland verpflanzte. 1818 wurde Peel Vertreter der Universität Oxford und legte seine Stelle nieder, weil er die Maßregeln gegen die Prinzessin Karoline misbilligte. Seine bewundernswerthe Kenntniß des Finanzwesens offenbarte er 1819 durch die Currencybill, welche er einbrachte, und die die Baarzahlungen der Bank zu regeln bestimmt war. Am 17. Januar 1822 zum Minister des Innern ernannt, begann er die Reform des Criminalcodex, ein unvergängliches Denkmal seiner politischen Einsicht. Als Canning Premierminister wurde, trat Peel aus dem Cabinet, um 1828 unter Wellington nochmals das Ministerium des Innern zu übernehmen. In dieser Eigenschaft setzte er mit Wellington die Emancipation der Katholiken durch, was ihm das Vertrauen der Oxforder Universität raubte. Ihn leitete dabei das Bewußtsein politischer Nothwendigkeit; er war mit dem Herzog von Wellington der Ansicht, daß ohne diese Maßregel ein Bürgerkrieg ausbrechen würde, und diese Gefahr schien ihm unverhältnißmäßig größer, als wenn man die Verfassung von 1688 modificirte. Canning pflegte zu sagen, daß Peel sein rechtmäßiger Nachfolger in der Gewalt sei, und dieses Ausspruchs machte sich Peel in jener Nacht würdig, wo er in einer vierstündigen Rede, die vom stärksten Beifall begleitet wurde, für die Emancipation der Katholiken sprach. Er brach mit einer zwanzigjährigen Vergangenheit und ertheilte der Welt die Lehre: „daß bei öffentlichen Charakteren die Consequenz nie bis zum Ankämpfen gegen das Gemeinwohl gehen dürfe, und Staatsklugheit höher stehe, als Gesinnungstüchtigkeit." Miß Martineau nennt Peel die Brücke über den Abgrund, in den der Staat sonst gestürzt sein würde. Von 1830—1850 repräsentirte Peel den Flecken Tamworth. Mit der Julirevolution, welche die Whigs ans Ruder brachte, beginnt in England die Zersetzung der alten Parteien, zu der Peel das Meiste beigetragen hat. Er organisirte unter dem Namen der Conservativen eine neue Partei, und widersetzte sich der Einführung der Reformbill, bis auch er zu der Ueberzeugung gelangte, daß sie unvermeidlich sei. Die kurze Zeit von 1834 abgerechnet, blieb Peel im Privatleben bis 1841. Die Whigverwaltung Melbourne hatte sich im Laufe der Zeit abgenutzt. Die öffentliche Meinung wurde den Whigs immer ungünstiger, theils weil sie die Erwartungen von einer Ausdehnung des Wahlrechts nicht erfüllten, theils wegen der rücksichts-

losen Politik Palmerston's gegen das Ausland, die Händel und Kriege herbeiführte, theils endlich wegen des jährlich wachsenden Deficits im Budget. Die Tories aber, welche zu verstehen gegeben, daß sie unumgänglich nothwendige Verbesserungen durchführen würden, hatten von Jahr zu Jahr an Zahl im Unterhause zugenommen. Das Whigministerium wollte seine Popularität durch eine Aenderung der Korngesetze wiedergewinnen. Da erhob sich am 11. Juni 1841 Peel und stellte den Antrag auf ein Mistrauensvotum für das Ministerium, welches schließlich mit dreihundertzwölf gegen dreihundertelf Stimmen angenommen wurde. Die Apellation an die Wähler, welche das Ministerium durch Auflösung des Parlaments einlegte, fiel so ungünstig aus, daß die Tories gegen neunzig Stimmen mehr als vorher erhielten und das Mistrauensvotum erneuerten (19. August). Nun traten die Whigs zurück. Am 1. September hatte Sir Robert Peel ein neues Ministerium gebildet, worin unter Anderen Wellington, Wharncliffe, Lyndhurst, James Graham, Stanley und Aberdeen Platz nahmen. Die Grundbesitzer begrüßten das Ministerium als ein protectionistisches, obwohl Einige darunter waren, welche Peel's Verhalten bei den letzten Verhandlungen in Betreff der Russel'schen Kornbill mit Argwohn betrachteten. Auch die Hochkirchenmänner schöpften Verdacht gegen Peel, da er eine Aeußerung in der literarischen Gesellschaft zu Tamworth gethan, welche ihn dem Vorwurf aussetzte, daß er durch Beförderung wissenschaftlicher Aufklärung unter den Massen den Interessen der Kirche und des Glaubens schaden werde. Endlich war der hohe Adel neidisch, das Geschick des Landes in den Händen des Sohnes eines Baumwollenspinners zu sehen. War Peel's Stellung zu seiner Partei schon ungünstig, um wie viel weniger konnte er auf die Unterstützung der Whigs rechnen. Die große Masse der Gewerbtreibenden war durch die Anticornlawleague (1838) Richard Cobden's, eines fleißigen Baumwollenfabrikanten in Manchester, zu einer Opposition gegen jedes Ministerium geschaart, das nicht die völlige Aufhebung der Getreidezölle durchsetzen mochte. Schwebten einerseits die Grundbesitzer in Furcht, daß eine Aufhebung der Kornzollgesetze vom Jahre 1815 den Boden entwerthen und ihre Einkünfte schmälern würde, so stand andererseits die arbeitende Bevölkerung, durch die jahrelange Vertheuerung der nothwendigsten Lebensbedürfnisse zur Verzweiflung getrieben, mit ihrer Volkscharte drohend den Ministern gegenüber. Daniel O'Connel aber hielt Irland in einer steten, die Grenzen des Gesetzes streifenden Aufregung, um einem Jahrhunderte lang unterdrückten Volke zu seinem Rechte zu verhelfen.

Nicht minder schwierig war die äußere Lage Englands. Das Bündniß mit Frankreich war gelöst; französischer und russischer Einfluß störten in der Levante den ruhigen Gang des englischen Handels; Nordamerika



grollte, und in Afghanistan und China loderte die Kriegsfackel und verzehrte einen großen Theil der Staatseinkünfte und des Menschencapitals. Wahrlich, Peel's Lage war nicht beneidenswerth! Um so mehr muß man den Muth bewundern, mit dem er sich in die brandenden Wogen der Politik stürzte, um so höher steigt unsere Hochachtung vor dem Manne, der alle Hindernisse zu beseitigen und in richtiger Erkenntniß des Unabweislichen die innere Ruhe Englands zu befestigen verstand.

Man hat das Ministerium Peel das Ministerium der einzigen Maßregel genannt: der Aufhebung der Getreidezölle. Die Art und Weise, wie Peel dabei verfuhr, bekundet den großen, weitblickenden Staatsmann. Die Reformbill hatte Peel den Weg geebnet und die eigentlich politischen Fragen beseitigt; er brauchte seinen Blick nur auf die Handelspolitik zu richten, und hat auch in der That während seiner ganzen Verwaltung nicht eine einzige eigentlich politische Maßregel ausgeführt, und dennoch die Grundlagen des englischen Socialwesens gänzlich umgestaltet. Wohlfeilheit der Lebensmittel und aller Rohstoffe, um die Lage der Arbeiter zu verbessern und gleichzeitig den Fabrikanten die Concurrenz mit dem Auslande zu erleichtern — das sind die einfachen Principien seiner Verwaltung, welche die englische Aristokratie erschütterten, den Grundbesitz den Strömungen des Verkehrs unterwarfen und den überwiegenden Einfluß der Mittelclassen auf die Staatsgeschäfte sicherten. Nur auf diese Art entging Großbritannien den Stürmen des Jahres 1848, und kann jetzt in ungeschwächter Kraft den Eroberungsgelüsten Rußlands widerstehen. Wenn Kaiser Nikolaus im Taumel des Jahres 1848, auf die Schwäche der Continentalstaaten rechnend, seine Armeeen südwärts in Marsch setzte, war es England allein, das seine Schritte hemmte. Dieses große Resultat verdankt Europa der weisen Politik Peel's. In dem Augenblick, wo der Chartismus in England zur Herrschaft gelangt wäre, konnte der Czar das Kreuz auf die Sophienmoschee pflanzen und der Welt Gesetze vorschreiben.

Allein nicht blos den materiellen Wohlstand vermehrte Peel, sondern auch den geistigen. Durch die Maynoothbill, welche er, unter dem Toben der Hochkirchlichen und dem no popery Geschrei der Dissidenten, endlich unter der Gleichgiltigkeit der irischen Katholiken durchsetzte (1845), sorgte Peel für die Bildung des katholischen Klerus, welche bisher sehr vernachlässigt worden war. Indem er vierzigtausend Pfd. St. jährlich für den Volksunterricht auswarf (1842), hob er das öffentliche Erziehungswesen, das bisher nur der Privatwohlthätigkeit einzelner Secten überlassen gewesen. Peel legte ferner den Streit mit Nordamerika über das Oregongebiet durch einen Vertrag bei, der den 49° N. B. als Grenze festsetzt, der Hudsonsbaygesellschaft freie Schifffahrt auf dem Columbia sichert und die Bürger beider Staaten, die sich auf ihr eigenes Gebiet zurückziehen wollen, zu ent-

schädigen verspricht. Die Kriege in Afghanistan, mit den Sikhs und in China wurden glücklich zu Ende geführt, und das gute Einvernehmen mit Frankreich erhalten. Mit dem Zollverein suchte sich Peel zu vergleichen, wie denn der König von Preußen die Einladung zur Taufe des Prinzen von Wales annahm (1842). Wichtiger wurden die Verhandlungen, welche Kaiser Nikolaus bei seiner Anwesenheit in London 1844 mit Aberdeen über das türkische Reich pflog und die erst im Jahre 1854 bekannt geworden sind. Graf Nesselrode brachte das Resultat dieser Unterredungen zu Papier und überreichte es in Form einer Denkschrift dem britischen Cabinet. Dieses Actenstück geht von der Betrachtung aus, daß Rußland und England es im gemeinsamen Interesse halten, die Unabhängigkeit und Integrität der Pforte zu erhalten. Man müsse sie also in Ruhe leben lassen, und nicht durch diplomatische Belästigungen beunruhigen. Dabei seien aber zwei Dinge nicht zu übersehen. Die Pforte, welche auf die wechselseitige Eifersucht der Cabinete speculire, habe das Bestreben, sich den mit anderen Mächten abgeschlossenen Verpflichtungen zu entziehen. Daher sei es im Interesse Aller, die Pforte ihr Unrecht fühlen zu lassen. Eine zweite Schwierigkeit sei, die auf das muselmännische Gesetz begründete, der souverainen Autorität des Sultans gebührende Achtung mit den Rücksichten in Einklang zu bringen, welche die Interessen der christlichen Unterthanen desselben verdienen. Darum sollten die Vorstellungen, welche die Gesandten bei der Pforte über die Bedrückungen der Christen machten, das Gepräge vollständiger Einstimmigkeit haben, ohne den Charakter eines ausschließenden Uebergewichts zu tragen. Natürlich müßten auch die Christen in Unterwürfigkeit gegen den Sultan erhalten werden. Dennoch könne man sich nicht verhehlen, wie viele Elemente der Auflösung dieses Reich in sich trage. Da es der menschlichen Voraussicht aber nicht gegeben sei, eine Verfahrungsweise für diesen oder jenen eintretenden Fall im Voraus festzustellen, so würde es vorzeitig sein, Wechselfälle, die sich möglicherweise ereignen können, in Berathung zu ziehen. Die Gefahr einer Erschütterung der Türkei würde um vieles verringert, wenn Rußland und England über das Verfahren einverstanden seien, welches sie zu beobachten hätten. Ein solches Einverständniß würde auch der vollständigen Zustimmung Oesterreichs begegnen, denn zwischen diesem und Rußland bestehe schon eine völlige Uebereinstimmung in den Grundsätzen bezüglich der türkischen Angelegenheit. Trüge sich also etwas Unerwartetes in der Türkei zu, so würden sich Rußland und England vorerst unter einander über Das verständigen, was sie gemeinsam zu thun hätten. Wenn England, als vorzügliche Seemacht, im Einklang mit Rußland und Oesterreich handele, sei anzunehmen, daß Frankreich sich in der Nothwendigkeit befinden werde, sich dem zwischen Petersburg, London und Wien vereinbarten Verfahren zu fügen. Auf diese Art würde der Weltfriede erhalten werden. Aber-

deen, Wellington und Peel nahmen jene Eröffnungen discret auf und scheinen diese Politik gebilligt zu haben. — Der Kaiser von Rußland wurde übrigens vom englischen Volk nicht gut empfangen, wogegen es die Könige von Preußen und Sachsen lebhaft begrüßte. Ja, als der Letztere das Parlament besuchte, zog man die Debatte aus Artigkeit hin, damit der König wegen der nahe bevorstehenden Abstimmung das Haus nicht gleich nach seinem Eintritt wieder verlassen durfte. — Indem wir uns zu den Einzelheiten der englischen Geschichte wenden, werfen wir zunächst einen Blick auf die Kriege Englands mit Afghanistan und den Sikhs, damit wir die viel wichtigeren inneren Verhältnisse ungestörter überschauen können; des chinesischen Kriegs haben wir schon (S. 240) gedacht.

Am 18. September 1840 erlitt Dost Mohamed bei Kabul eine Niederlage, in Folge deren er sich dem englischen Residenten ergab. Die Engländer verstanden aber weder das Vertrauen der Afghanen zu gewinnen, noch in der Begünstigung des verhaßten Schah Schudschah Maß zu halten. Sir William Macnaghton bekam statt des mit den Verhältnissen vertrauten Obersten Alexander Burnes, die höchste Gewalt und benahm sich so wenig umsichtig, daß Dost's Sohn, Akbar, eine Verschwörung einleiten konnte, von der Macnaghton auch nicht die geringste Kunde empfing. Am 2. November 1841 kam das Complot zum Ausbruch, in welchem Burnes und Macnaghton ermordet wurden. Am 6. Januar 1842 traten die fünftausend Engländer, unter Elphinstone und Shelton, bei einer furchtbaren Kälte, mitten durch Schneegefilde, ohne Lebensmittel, Zelte und Feuerung, den Rückmarsch auf Dschellalabad an. Die Afghanen umschwärmten das englische Heer, welches Frauen, Kinder und Kranke in seiner Mitte hatte, und fügten ihm viele Verluste zu. Endlich löste sich die Ordnung; das ganze Heer, nebst Troß, wurde vernichtet. Nur Ein Gentleman vermochte Dschellalabad zu erreichen und General Sale jene Trauerbotschaft zu überbringen. Dschellalabad und Kandahar waren die einzigen Punkte, welche den Engländern verblieben. Der ostindische Generalgouverneur, Lord Auckland, dem man die Schuld dieser Unfälle beimaß, wurde durch Lord Ellenborough ersetzt. Nur ungern entschloß sich dieser, einen Rachezug gegen die Afghanen zu unternehmen, den die englische Waffenehre gebieterisch forderte. General Pollock drang nach Dschellalabad, General Nott nach Kandahar, jagten die Afghanen auseinander und nöthigten Kabul zur Uebergabe (6. September 1842). Mit den befreiten Waffenbrüdern machten sich die Engländer auf den Rückweg, der nach einem Gefecht an den Keyberpässen glücklich bewerkstelligt wurde. Afghanistan war von den Briten vorher arg verheert und unzählige Orte und Schlösser dem Erdboden gleich gemacht worden. Dost Mohamed wurde in Freiheit gesetzt und trug sofort den Engländern ein Schutz- und Trutzbündniß an, was diese jedoch ab-

lehnten. Dost Mohamed hatte viel mit Stillung innerer Unruhen zu thun, und mußte zuletzt gegen die türkischen Usbeken ins Feld rücken. Als die Engländer den ersten Krieg am Sutledsch gegen die Sikhs eröffneten, blieb Dost Mohamed neutral, obwohl er vom persischen Schah aufgemuntert wurde, die Sikhs zu unterstützen, eine Aufforderung, welche von Petersburg aus eingeflüstert worden sein soll. Dafür hatte Dost Mohamed die Pässe stark befestigen und mit schwerem Geschütz versehen lassen. Am zweiten Krieg im Pendschab betheiligte sich Dost Mohamed nur mit funfzehnhundert Reitern, die unter dem Oberbefehl seines Sohnes standen. Nach Ueberwältigung der Sikhs flohen die Afghanen so rasch durch den Keyberpaß, daß sie nicht eingeholt werden konnten. Durch den Paß aber mochten ihnen die Engländer nicht folgen. Im afghanischen Kriege erkannten die Engländer erst recht die Bedeutung des Sind, das ihnen als Depot- und Operationsbasis gedient hatte. Sie suchten daher mit den Beludschen Händel wegen der Indusschifffahrt. Sir Charles Napier siegte bei Miani und Hyderabad (1843), worauf die ostindische Compagnie das Sind einzog. Gleiches Schicksal theilte der Marattenstaat Gwalior, welcher 1844 seine Unabhängigkeit verlor. Jetzt fehlte dem indobritischen Reiche nur noch das Land der Sikhs, um ein abgerundetes, von natürlichen Grenzen beschütztes Gebiet zu sein. Ohne den Besitz des Pendschab kann England für seine Besitzungen in Ostindien keine Sicherheit erlangen und seine Strenge nicht mildern. Durch den Paß von Peschawer beherrscht es dann Afghanistan, und im Besitz des Indus vermag es, diese große Wasserstraße den Gefahren der Handelsstörung zu überheben. Endlich bieten drei Flußbezirke des Landes günstige Gelegenheit zu Canalverbindungen, wodurch das Land bewässert und aus einer Wüste, was es jetzt ist, in einen Garten umgewandelt werden kann.

Die Sikhs bewohnen das Pendschab, gehören zur Familie der Hindu, bekennen sich aber zu der von Nanik (1409) gestifteten, rein deistischen, mit wenig Ceremonien versetzten Religion. Der Kampf gegen die Mohamedaner, aus dem sie zuletzt siegreich hervorgingen, hat die Sikhs zu einem religiös-politischen Bundesstaat vereinigt, der erst unter Rundschit Sing (S. 239 f.) aus seiner Dunkelheit hervortrat. Nach Rundschit's Tode regierte sein schwacher, der Wollust ergebener Sohn, Kark Sing, bis zum 6. November 1840. Auf ihn folgte der kräftige Nu Nehal Sing, wurde aber, zum Glück für die Engländer, nach einigen Tagen von einem einstürzenden Thore erschlagen. Die Vornehmen wählten nun Kark's Witwe, die Rani Cendkaur, und setzten ihr einen Verwaltungsrath zur Seite, dessen Seele anfangs Dihan Sing war, bis er von seinem Bruder Gulab Sing und dem Jemedar Koschal Sing verdrängt wurde. Der Vertriebene flüchtete zu dem Kronprätendenten Shyr Sing, und stachelte ihn zu einem Angriff auf Lahore an. Als letzterer glückte (20. Januar 1841),

floh die Rani zu den Engländern, wurde aber durch nachgesandte Meuchelmörder getödtet. Shyr Sing, als „der Wäschersohn“ verachtet, erfreute sich nur bis zum September 1843 der Krone, wo ihn der Wessir Dihan Sing nebst allen seinen Kindern umbringen ließ, aber wenige Wochen darauf von demselben Schicksale ereilt wurde. Nun brach eine förmliche Anarchie im Pendschab herein. Die Regentin Schanda und der Oberbefehlshaber der Truppen Gulab Sing, bekämpften sich. Dazu trat noch ein Kronprätendent, Peschora Sing, auf, und der Wessir Dschawahir suchte, mit Hilfe der Engländer, die wankende Gewalt Schanda's zu befestigen. Als sich die Nachricht verbreitete, daß die Engländer kommen würden, erhoben sich alle Sikhs, mordeten Dschawahir und überschritten am 18. December 1845 den Sutledsch mit 80,000 Mann und 200 Geschützen. Lord Hardinge hatte ihnen nur 60,000 Mann mit kaum 100 Geschützen entgegenzusetzen. Vom 18. bis 21. December wurde bei Mukdi mit fürchterlicher Heftigkeit gekämpft. Die Engländer erlitten, da sie die feindlichen Batterien mit dem Bayonet nehmen mußten, sehr starke Verluste, trugen aber doch den Sieg davon und erbeuteten fast das ganze feindliche Geschütz und Lager. Die Schlachten von Firozschah (22. December), Alliwal (28. Januar 1846) und Sobraon (19. Februar), waren so entscheidend, daß die Sikhs um Frieden baten. Derselbe wurde am 9. März 1846 in Lahore zwischen der ostindischen Gesellschaft und dem Maharadschah Dhulip Sing Bughdur abgeschlossen, ein Theil des Pendschab dem ostindischen Reiche einverleibt, ein anderer Theil an den Rebellen Gulab Sing gegeben, und das Uebrige unter britische Oberaufsicht gestellt. Oberst Lawrence vertrat mit Umsicht die englische Regierung und wußte die erbitterten Sikhs im Zaume zu halten. Weniger verstand dies sein Nachfolger, Frederik Currie, sodaß sich eine Verschwörung entspann, welche zum Ausbruch kam, als die Engländer gegen den energischen, klugen und tapfern Fürsten Mulradsch von Multan die Absetzung verfügten (Februar 1848). Multan hatte sich in den Bürgerkriegen von den Sikhs unabhängig gemacht, und sollte jetzt in die Gewalt Englands gebracht werden. Der Divan Mulradsch's ließ jedoch die englischen Gesandten ermorden und wiegelte die benachbarten Afghanenstämme auf. Currie, der zu wenig englische Truppen in der Nähe hatte und den Sikhs nicht traute, blieb unthätig. Der Aufstand griff mit Schnelle im Pendschab um sich, und ohne den kühnen, jungen Capitain Edwards, der mit einer aus Patanen und Beludschen rasch geworbenen Schaar die Sikhs bei Chandpur und Sadusam (18. Juni und 1. Juli 1848) aufhielt, wäre das Pendschab für die Briten verloren gewesen. Fürst Mulradsch floh nach Multan, zu dessen Belagerung General Whish abging. Die Stürme vom 9.—13. September kosteten auf beiden Seiten viel Blut, ohne daß die Engländer mehr als einige Vorwerke erobern konnten,

und auch diese mußten am 14. wieder aufgegeben werden, weil Shyr Sing mit fünftausend Sikhs zu Mulradsch überging. Nun verbreitete sich die Empörung immer weiter; besonders schmerzlich für die Briten war der Abfall von Peschawer. Die Compagnie bot jetzt alle Kräfte auf. Am 13. November 1848 traf der Oberbefehlshaber, Lord Hugh Gough, selbst in Lahore ein, stellte sich an die Spitze von 40,000 Mann und griff mit Löwenmuth die Feinde am Tschenab an, in welcher Schlacht er zwar einige Unfälle erlitt, die Vertreibung der Sikhs vom Flusse aber erreichte. Die Stadt Multan fiel am 2. Januar 1849 und am 21. ergab sich auch die Citadelle, in welcher Mulradsch selbst befehligt hatte. Ehe noch Hugh Gough die vollständige Gewißheit von dem Falle Multans hatte, marschirte er Shyr Sing entgegen, der sich auf einem mit Sumpfdickicht bewachsenen Felde diesseits des Dschelum (bei Russur) verschanzt hatte, und griff so unvorsichtig an, daß seine ganze Schlachtordnung in Verwirrung kam. Nur die eiserne Disciplin der englischen Truppen hielt das Gefecht bis zum Abend, wo Gough den Kampf abbrach (13. Januar). Einen Monat lang standen sich die beiden Heere unthätig gegenüber, bis auf einmal die Sikhs verschwanden und nach der Stadt Gudscherat im Rücken der Engländer marschirten. Lord Gough zog ihnen nach und griff sie dort am 21. Februar an. Auch hier folgte Gough wieder seiner alten Gewohnheit, sich in das dichteste Kampfgetümmel zu stürzen und mit dem Säbel einzuhauen. Wenig fehlte und er wäre gefangen worden. Die schwere englische Artillerie zielte indeß so gut, daß die Sikhs geworfen wurden und fast ihr ganzes Geschütz und Lager einbüßten. Der Muth der Sikhs und Afghanen war gebrochen. General Gilbert verfolgte die Feinde bis Peschawer, konnte sie aber nicht erreichen. Shyr Sing und sein Sohn Tschuktur Sing ergaben sich am 14. März 1849. Das Pendschab wurde nun dem englisch-indischen Reiche einverleibt und erhielt eine Regierung aus drei Engländern, Oberst H. Lawrence, F. Lawrence und Mansell. So stehen die Engländer wieder an den Thoren Afghanistans. Erst die Zukunft wird lehren, ob ihre Position sie nicht zwingen wird, auch dieses Reich in Besitz zu nehmen. Bis jetzt unterstützten die Engländer Dost Mohamed, damit er sich Afghanistan unterwerfen und eine Vormauer gegen den russischen Einfluß bilden könne. Im Jahre 1850 überschritt Dost Mohamed zum zweiten Mal den Hindukusch, um sich am Oxus festzusetzen. Zu gleicher Zeit hat er angefangen, sich in die inneren Angelegenheiten des herrenlosen Herat einzumischen. Persien, Bokhara, Dost Mohamed, Rußland und England streben gleichmäßig nach diesem Juwel des Handels, der hier seine Güter aus Westpersien, Turkestan und Indien zusammenführt. Rußland hat 1851 Asterabad in Besitz genommen und operirt den Atrakfluß aufwärts nach Medsched und Herat, indem es die Perser glauben läßt, daß die Russen Herat für den Schah in

Besitz nehmen würden. Durch die neuesten Vorgänge dürfte dieser Plan Rußlands durchkreuzt werden.

Wenden wir uns jetzt zu den inneren Angelegenheiten des britischen Weltreichs. Nachdem Peel, der entschlossen war, großartige Reformen durchzuführen, seine Partei durch die Drohung eingeschüchtert hatte, er werde sogleich seine Stelle niederlegen, wenn man ihn hindere, Das auszuführen, was er für das Wohl des Landes zuträglich halte: beantragte er die Deckung des Deficits durch Fundirung von Schatzkammerscheinen und durch einen vom Parlament zu bewilligenden Credit, welcher Antrag am 26. September 1841 genehmigt wurde. Im December 1841 kam der Vertrag der fünf europäischen Großmächte zur Unterdrückung des Sclavenhandels zu Stande, worin letzterer für Seeraub erklärt, und das gegenseitige Durchsuchungsrecht ausbedungen wurde. Daran nahm aber Frankreich Anstoß und ratificirte den Vertrag nicht.

Als die Königin am 3. Februar 1842 das Parlament wieder eröffnete, und den Zustand der Gesetze, welche die Einfuhr von Getreide und andern Erzeugnissen fremder Länder betreffen, zur Erwägung empfahl: hoffte man in allen Fabrikbezirken, der Minister würde die gänzliche Aufhebung der Getreidezölle vorschlagen. Peel fürchtete aber die nachtheiligen Wirkungen für den Ackerbau, welche ein plötzlicher Uebergang von hohen zu gar keinen Getreidezöllen herbeiführen mußte. Außerdem sah er das Deficit in den Einnahmen voraus und war darauf bedacht, dasselbe erst zu decken. Daher brachte er zwei Bills ein; die eine enthielt den Grundsatz der gleitenden Zollscala und eine Ermäßigung des Maximums auf zwanzig Schillings für den Quarter eingeführten Weizens. Die zweite Bill betraf die Einführung einer Einkommensteuer von drei Procent für alles Einkommen von hundertfunfzig Pfund St. an, eine Maßregel, die von vielen Seiten als revolutionär, die ganzen Besteuerungs- und Finanzverhältnisse Großbritanniens umgestaltend bezeichnet wurde. Dieses Gesetz ging am 7. April, jenes am 13. April durch. Darauf wurden von eintausendzweihundert Sätzen des Zolltarifs siebenhundertfunfzig der völligen Abschaffung oder Verminderung unterworfen, theils damit Fabrikanten sich die Rohstoffe billiger beschaffen, theils damit die Colonien mit dem Mutterlande zu einem großen Handelsganzen, mit völlig freiem Verkehr im Innern, verbunden werden könnten.

Während dieser Zeit hatte der Chartismus, begünstigt durch die trostlose Lage der Arbeiter, sich immer mehr ausgebreitet und eine Riesenpetition mit dreiundeinerhalben Million Unterschriften zu Stande gebracht, worin auf Anerkennung der „Volkscharte" gedrungen wurde. Diese Petition, von Feargus O'Connor entworfen, wurde in feierlichem Aufzuge (2. Mai 1842) nach dem Parlamentshause gefahren. Zahllos waren die Massen, welche dem Zuge folgten, zahllos die Bevölkerung, welche

diesem großartigem Schauspiele zusah; es schien, wie ein Zeitgenosse sich ausdrückt, als schreite im Maienschmuck die Zukunft Englands durch die Straßen, um anzuklopfen und Einlaß zu begehren in die Hallen der Gesetzgebung. Noch schien sie aber nicht mündig, zu Gericht zu sitzen über die vielfach verschlungenen Geschicke des großen Reiches. Duncombe übernahm im Unterhause, Lord Brougham im Oberhause die Befürwortung der Petition. Jener erklärte, daß über sechshundert Vereine im Lande existirten, welche sich die Aufgabe gestellt, durch gesetzliche Agitation diejenigen Rechte wiederzuerlangen, deren die unteren Volksclassen in England unter dessen alter Verfassung theilhaftig gewesen; zu diesem Behufe steuerten mehr denn hunderttausend Arbeiter wöchentlich in ihre Vereinskassen je einen Penny. Macaulay und Peel bekämpften die chartistischen Anträge so glücklich, daß nur neunundvierzig Mitglieder des Unterhauses für Duncombe stimmten. Allein gerade dadurch wuchs die Aufregung in den unteren Volksclassen und Peel mußte alle seine Kraft zusammennehmen, um nicht dem vereinten Widerstande des Volkes und der parlamentarischen Opposition zu erliegen. Die Attentate, welche auf die Königin gemacht wurden, rissen ihn nicht zu beschränkenden Maßregeln fort, da sich herausstellte, daß keinerlei politische Motive denselben zu Grunde lagen.

Peel's Wirken und Streben wurde allein in dem Kreise der gewerbfleißigen Mittelclasse verstanden, als deren Kern der Verein gegen die Korngesetze, den Cobden, Paulton, Villiers, Dr. Bowring und Bright 1838 gestiftet, immer offener hervortrat. Cobden wies in der Versammlung der Leaguisten zu Manchester (1842), im Hinblick auf die chartistische Bewegung, darauf hin, daß, wenn den Forderungen der an Aufrechthaltung der Ordnung geketteten Mittelclassen nicht bald Recht geschehe, das Verhängniß eines Volksaufstandes und mit ihm unsägliches Unglück über das Land hereinbrechen werde. Er machte die Machthaber für einen solchen Ausgang verantwortlich, wenn sie nicht bald den Weg energischerer Reformen, als bisher, einschlügen.

Welche umfangreiche Mittel jene Freihandelspartei für ihre Zwecke aufzubringen im Stande war, erhellt aus Cobden's Erklärung, daß bereits 80,000 Pfund St. für Vorträge und Schriften verausgabt worden seien, und der Verein deshalb von Neuem 50,000 Pfund St. von seinen Mitgliedern einfordern müsse. Der Gegenkorngesetzbund neutralisirte vollkommen die Thätigkeit des Chartismus, welcher unter der Führung ehrgeiziger und unruhiger Demagogen immer mehr an Ansehen verlor. Richard Cobden dehnte dagegen seine Wirksamkeit auch in den Ackerbaubezirken aus und gewann unter den Pächtern viele Anhänger. Im Jahre 1844 gründete Mistreß Cobden, mit anderen Frauen angesehener Mitglieder der League, einen Freihandelsbazar, aus dessen Erlös man die Kosten der Agitation zur Aufhebung der Kornzölle bestritt.

Diese wirksamen Bestrebungen der Anticornlawleague entgingen dem Scharfblick Peel's keineswegs. Er ließ (1843) statistische Nachrichten sammeln, aus denen hervorging, daß die Noth in den Ackerbaubezirken viel größer und verhältnißmäßig andauernder auftrete, als in den Fabrikgegenden, daß ferner die überflüssige Bevölkerung der rein auf den Ackerbau gewiesenen Grafschaften nur in der Auswanderung nach den gewerbreichen Industriebezirken sich vor völliger Verkümmerung retten könne. Peel schloß daraus, daß die Abhilfe der sich steigernden Noth, auf beiden Seiten, nur in einem noch größeren Aufschwunge der Gewerbskraft gesucht werden müsse. Darauf wandte er nun alle seine Aufmerksamkeit, indem er mit Vorsicht zu Werke ging. Der Spaltung zwischen den Manchesterleuten und den Chartisten gewiß, störte ihn nichts in seinem gleichmäßigen Vorschreiten. Zuvörderst waren einige schwierige Fragen erst zu lösen, ehe er aufs Neue an die mächtigen Interessen seines eigenen Anhangs die Hand legen konnte. Diese Fragen waren: der Puseyismus, der Kampf in der schottischen Kirche gegen das Patronatsrecht und die gefahrdrohenden Verhältnisse Irlands. Peel sah mit Bangen das Wachsen der Repeal O'Connel's, zumal die äußere Spannung mit Frankreich, Spanien und Belgien, das dem Eintritt in den Zollverein nahe war, noch fortdauerte. Der Minister erkannte, er müsse der Repealbewegung ein Ende machen und Maßregeln treffen, die irischen Pachtverhältnisse zum Bessern umzugestalten. So untersagte er die Abhaltung einer großen Volksversammlung zu Clontarf (8. October 1843) und ließ O'Connel und die anderen Häupter der Bewegung vor die Assisen stellen. Diese verurtheilten zwar die Angeschuldigten, allein das Oberhaus entband alle von der Anklage (1844).

Die anglikanische Kirche ist ihrem Wesen nach stabil, wozu die hohe Dotation von dreiundsechzig Millionen Thalern und die erleichterte Bildung der dissentirenden Gemeinden nicht wenig beiträgt, indem Jeder, der an dem abstoßendem Wesen und der vornehmen Zurückhaltung der Geistlichkeit Anstoß nahm, austrat, ohne weiter Reformen in der Kirche zu verlangen. Schon war es dahin gekommen, daß die Staatskirche kaum mehr Mitglieder zählte, als die Dissenters, welche sich fast ausschließlich der Mission und der praktisch-christlichen Institute bemächtigt hatten. Die Furcht, daß die Kirche in gänzliche Bedeutungslosigkeit verfallen würde, erzeugte in dem Professor Edward Bouverin Pusey in Oxford den Gedanken, die Bande der Kirche fester zu knüpfen und die vermißte Gemeinsamkeit aller Anglikaner herzustellen. Er stellte als die Aufgabe der Kirche hin: „Einigung und Heiligkeit" zu erzielen. Einer seiner Anhänger, Professor Newman, sah dagegen kein anderes Heil für die anglikanische Kirche, als Rückkehr zum Katholicismus, und riß Pusey mit sich fort, sodaß das Ketzergericht in Oxford (Board of Heresy) dagegen ein-

schritt und Pusey auf zwei Jahre seiner Aemter enthob, weil er katholische Dogmen und Ceremonien vertheidigt hatte. Indeß konnte sich der Puseyismus rühmen, manche Capacität für sich gewonnen zu haben. So Gladstone, der aus dem Ministerium trat (1845), weil Peel Absichten hegte, die Hierarchie der anglikanischen und katholischen Kirche zu beschränken.

In Schottland ist die reformirte Kirche die vom Staate anerkannte Kirche, deren presbyterianische Verfassung an dem Rechte der Gemeinden, sich ihre Geistlichen wählen zu dürfen, festhält. Eine Parlamentsacte von 1567 bestimmte jedoch, daß der Regierung oder den Gutsherren, die das Patronatsrecht früher geübt hätten, dasselbe verbleiben müsse. Nach dem Gesetz von 1690 hatten die Grundeigenthümer jeder Pfarrei das Präsentationsrecht, die ganze Gemeinde die Wahl. So blieb es bis 1711, wo das Patronatsrecht wiederhergestellt wurde, und dem Presbyterium fortan nur das Recht zustand, einen nichtgeeigneten Pfarrer zurückzuweisen. Gegen dieses Patronatsrecht, das theils vom Staate, theils vom Adel und den Grundeigenthümern ausgeübt ward, erhoben sich stets gewichtige Stimmen, die seit 1824 immer größern Anklang fanden. In diesem Jahre stiftete man nämlich in Edinburg einen Verein, um so viele Patronate als möglich aufzukaufen und den Gemeinden zurückzugeben. Am 28. Mai 1834 erklärte die Landessynode, es sei Grundgesetz der Kirche, daß kein Geistlicher einer Gemeinde gegen den erklärten Willen derselben aufgedrungen werden könne. Damit dieser Grundsatz zur Geltung gelange, faßte die Landessynode 1835 den Beschluß, daß die Presbyterien anzuweisen seien, bei der Wiederbesetzung einer Pfarrstelle die Ansicht der Mehrzahl der männlichen Familienhäupter, hinsichtlich des anzustellenden Geistlichen, einzuholen; spreche sich die Mehrzahl gegen Letzteren aus, so sei dies als ein hinreichender Grund für die Verwerfung des Candidaten anzusehen. Dieser Beschluß heißt die Veto-Acte, und es entstanden jetzt zwei Parteien, von denen die Anhänger der Veto-Acte den Namen „Nonintrusionists oder Nons“, die Gegner „Gemäßigte“ genannt wurden. Die Ersteren waren meist Whigs, die Letzteren Tories. Natürlich führte dieses Kirchengesetz zu Conflicten mit der Staatsgewalt. Allein der Entscheid des angerufenen Oberhauses fiel zu Gunsten des Patronatsrechts aus (1838), griff indeß nicht praktisch in die Verhältnisse ein, da die Regierung Anstoß nahm, einen Pfarrer einzusetzen, gegen den sich das Presbyterium sträubte. Auch Peel scheute sich vor entscheidenden Schritten und sah ruhig zu, wie die Nons, unter denen besonders Chalmers hervorragt, Schiffskirchen errichteten und Grundstücke zum Bau von Gotteshäusern ankauften. Das Parlament, dessen Entscheidung nochmals provocirt wurde, wies die Klagen der Nons ab (7. und 8. März 1843), worauf sich die Nons von der schottischen Staats-

kirche lossagten, mit großen Kosten Gotteshäuser anlegten und sich als freie schottische Kirche constituirten (18. Mai 1843). Das Ministerium suchte zu vermitteln (26. Juni), scheiterte aber an der Halsstarrigkeit der Nons, welche an Zahl immer mehr zunahmen und sich des Zutritts vieler ausgezeichneten und vornehmen Männer erfreuten. Unter den Gesetzen, welche die Parlamentssession von 1844 auszeichnen, verdienen die über Reform des Bankwesens, Ermäßigung der Zuckerzölle und die Fabrikbill, welche die Arbeitszeit der Kinder und jungen Leute in den Fabriken zu regeln bestimmt war, Erwähnung. Sehr viel Aufsehen machte es, als Duncombe das Geheimniß des schwarzen Cabinets enthüllte, welches Graham zur Durchsicht verdächtiger Briefe eingerichtet hatte. Die auswärtigen Verhältnisse mit Frankreich, das auf den Südsee-Inseln Stellung zu nehmen strebte, besserten sich, und Louis Philipp's Besuch in London, als Erwiderung des Besuchs der Königin auf Schloß Eu, schien für das gute Einvernehmen beider Höfe zu sprechen.

Im Jahre 1845 begehrte Peel vom Parlament die Fortdauer der Einkommensteuer, um das „große Experiment im Steuerwesen" vornehmen zu können. Nachdem jene bewilligt war, trat er mit den Gesetzvorschlägen über eine noch größere Ermäßigung der Zuckerzölle, Aufhebung aller Ausfuhrzölle und einer großen Anzahl von Einfuhrzöllen auf Rohstoffe, und endlich auf Beseitigung der Glasaccise auf. Noch immer wollte er aber nicht mit der völligen Freigebung des Getreidehandels vorgehen. Da trat die Natur selbst gegen ihn auf, und drängte Peel, im Ministerium die Sache zur Sprache zu bringen. Die Kartoffelfäule hatte in Irland nämlich die ganze Ernte dieser Frucht vernichtet, von der die unglücklichen Bewohner der grünen Insel leben. Anzeichen der Hungersnoth gaben sich auch in England kund. Peel erkannte die Gefahr und wollte durch einen Geheimrathsbefehl die Kornzölle auf eine bestimmte Zeit aufheben, oder das Parlament binnen vierzehn Tagen zur Gutheißung dieser Maßregel berufen. Darüber spaltete sich das Ministerium, und Peel dankte ab (8. December). Lord Russell, der zur Bildung eines neuen Cabinets berufen wurde, fand die Sachlage zu ernst und konnte keine Mitminister finden. Darum trat Peel wieder ein und führte in der Parlamentssitzung vom 21. Januar bis 29. Juni 1846 die große Maßregel der Aufhebung der Getreidezölle durch. Als er jedoch zur Unterstützung seiner Maßregel auch die Genehmigung der irischen Zwangsbill verlangte, fiel, nach O'Connell's ergreifender Gegenrede, das Gesetz schon bei der ersten Lesung, worauf Peel abdankte. Die Rede, mit der er diesen Entschluß im Unterhause verkündigte, sprach die Hoffnung aus, daß seine Nachfolger bei der von ihm eingeschlagenen Handelspolitik verharren würden. Der Erfolg der großen Freihandelsmaßregeln dieser Sitzung werde weder an Lord John Russell's Namen, noch an seinen eigenen geknüpft

sein, sondern an den Namen eines Mannes, der aus reinen und uneigennützigen Absichten, mit unermüdlicher Energie, durch rastlose Berufung an die Vernunft der Menschen, unterstützt von einer Beredtsamkeit, die umsomehr zu bewundern, je natürlicher und ungezierter sie sei, sein großes Ziel erreicht habe — an den Namen Richard Cobden. „Viele," fuhr er nach diesen mit rauschendem Beifall aufgenommenen Worten fort, „werden mich tadeln, die aus Ueberzeugung, nicht aus Selbstsucht an den Grundsätzen des Zollschutzes festgehalten. Zugleich wird mein Name verflucht sein von jedem Monopolisten, der, aus minder ehrenhaften Motiven, zu seinem eigenen Vortheil den Zollschutz aufrechterhalten wünschte. Doch mag es sein, daß mein Name zuweilen mit dem Ausdruck des Wohlwollens genannt werden wird, in den Wohnungen jener Menschen, denen das Loos gefallen ist, ihr Brot im täglichen Schweiße ihres Angesichts zu erwerben, wenn sie ihre erschöpfte Kraft durch reichliche und unbesteuerte Nahrung erquicken, die ihnen um so süßer munden wird, als sie nicht mehr mit dem Gefühl der Ungerechtigkeit gesäuert ist." — Von fast allen Seiten des Hauses erhielt Peel Zeichen der Theilnahme und Versicherungen aufrichtigster Hochachtung. Noch größer war die Verehrung, mit der Peel's Name in den Fabrikbezirken genannt wurde. Cobden erklärte, daß, wenn Sir Robert Peel jetzt die Fabrikbezirke besuchte, seine Reise ein fortdauernder Triumphzug sein würde. Zugleich wies er drohend die heftigsten Tories in die Schranken, indem er sagte, daß die League beabsichtige, die Neuerung der funfzig Pfund St.-Clausel und den Einfluß der nach Willkür fortjagbaren Pächter (tenants at will) durch die in der altenglischen Verfassung wurzelnde Einrichtung der vierzig Schilling-Freisassen zu bekämpfen.

Vielfach glaubte man, Cobden würde einen Sitz im neuen Ministerium Russell-Palmerston erhalten. Allein Lord John Russell fand ihn zu krank, und in der That hatte das siebenjährige unermüdliche Wirken für den Gegenkorngesetzverein Cobden's Kräfte aufgerieben und sein Vermögen zerrüttet. Das dankbare Volk eröffnete jedoch eine Subscription zu seinen Gunsten, welche die ungeheuere Summe von 200,000 Pfund St. eintrug. Später (1849) bereiste Cobden das Festland und wirkte für die Freihandelstheorien, freilich wie ein echter Engländer. Denn er verwirrte die öffentliche Meinung, und stellte die Sache so dar, als ob in England schon der Freihandel bestände; das Festland möge sich beeifern, die Zölle abzuschaffen! In Wahrheit giebt es aber in England noch viele Zölle von wichtigen Producten und Fabrikaten des Continents, Zölle, die namentlich Deutschland sehr belästigen und vielleicht nur durch Repressivmaßregeln beseitigt werden können.

Das Ministerium Russell-Palmerston (1846—1851) fuhr im Geiste des großen Peel fort zu regieren und erfreute sich bis wenige Tage vor



dem Tode des Letzteren der Unterstützung der Peeliten im Parlament. So wurden die Zucker-, die Thee- und Tabakzölle nochmals ermäßigt und damit das erfreuliche Resultat erzielt, daß die Zolleinnahmen sich 1847 höher beliefen, als 1846, folglich die Zahl der Consumenten zugenommen hatte. „Bedeutungsvoll," sagt Bülau sehr treffend, „wurde dieses Ministerium hauptsächlich durch Lord Palmerston's auswärtige Politik, welche sich überall einmischte, gegen Schwächere (Spanien, Griechenland) meist sehr hochfahrend auftrat und sich als Beschützerin der liberalen Bestrebungen darstellte, ohne diesen doch wahrhaft offenen und nachhaltigen Beistand zu leisten und nicht ohne dem Verdacht zu verfallen, als wäre es England lediglich an Unterhaltung unruhiger und unsicherer Zustände in den festländischen Staaten zu thun."

Peel billigte diese Politik keineswegs. In der letzten Sitzung, welcher er beiwohnte (Juni 1850) tadelte er Palmerston's Benehmen gegen Griechenland, mit aller Entrüstung, deren seine edle Seele fähig war. Englands Politik sei nicht, die Schwachen zu kränken, sondern ihnen beizustehen. — Am 29. Juni 1850 ritt Peel nach Buckingham-Palast, um sich nach dem Befinden der Königin zu erkundigen, auf die eben der Gardelieutenant Pate ein wahnsinniges Attentat verübt hatte, und befand sich auf dem Rückwege in der Nähe seiner Wohnung, als das Pferd plötzlich scheute und ihn über den Kopf weg zur Erde warf. Man hob ihn auf und brachte ihn nach seiner Wohnung. Fürchterliche Schmerzen stellten sich ein, die er mit Fassung trug. Erst nach seinem Tode (2. Juli) fand man, daß er eine Rippe gebrochen hatte. Während seiner Krankheit empfing er die lebhaftesten Beweise der Theilnahme. Die ersten Besucher, welche sich nach seinem Befinden erkundigten, waren der Prinz Albert und der Prinz von Preußen. Der Tod „des großen Commoner" machte überall den tiefsten Eindruck; das unermeßliche Geschäftsleben Londons stockte, und sogar in den irischen Häfen trauerten die Schiffe mit halb am Maste aufgezogenen Flaggen. Ein dem Verstorbenen feindliches Blatt erinnerte an das Wort eines französischen Kritikers beim ersten Anhören eines Trauerspiels: „Wie kann ich Mängel sehen, wenn meine Thränen mich blind machen." Im Parlament beeiferten sich die Führer aller Parteien, dem Andenken Peel's Huldigungen darzubringen. Am ergreifendsten war es, als Gladstone die Verse, welche Walter Scott auf Pitt verfaßt hatte, auf den Verewigten anwandte. Peel vereinigte die Tugenden eines guten Familienvaters und vortrefflichen Gatten mit denen eines ausgezeichneten Staatsmannes. Nur von seinen geselligen Tugenden wissen die Zeitgenossen nichts zu erzählen. Sein Leben theilte sich zwischen dem streng öffentlichen und dem streng häuslichen. Die Familie lehnte das öffentliche Begräbniß in der

Westminsterabtei ab, weil Peel schon bei Lebzeiten ausdrücklich geäußert hatte, dereinst neben seinen Aeltern in der Pfarrkirche von Drayton begraben werden zu wollen.

37. Frankreich. Louis Philipp und Franz Guizot.

Der Staatsmann, welcher in diesen acht Jahren Frankreichs Geschicke lenkte, bietet im Vergleich zu Peel ebenso viele Verschiedenheiten als Aehnlichkeiten dar. Die Hauptverschiedenheit liegt in ihren beiderseitigen Grundanschauungen von dem Wesen der menschlichen Natur, des Staats und der Staatsregierung, die Hauptähnlichkeit in der Reinheit ihrer Absichten und Gesinnungen, in der Einfachheit und Gemüthlichkeit ihres Familienlebens. Franz Peter Wilhelm Guizot ist am 4. October 1787 zu Nimes von calvinistischen Aeltern geboren. Seine erste Jugend verlebte er unter den Greueln der jakobinischen Herrschaft, der auch sein Vater zum Opfer fiel. Die Mutter flüchtete mit dem Knaben nach Genf, dem Hauptsitz des Calvinismus, einer strengen Frömmigkeit, regen Gewerbfleißes und einer gewissenhaften Gelehrsamkeit. Die Erlebnisse seiner Jugend pflanzten Guizot jenen gründlichen Haß gegen die politische und sociale Neuerungssucht des Volkes ein, das, sich allein überlassen, der Selbstvernichtung entgegeneilt. Der Calvinismus versah Guizot mit festen Grundsätzen, mit jener Beharrlichkeit, die, weder rechts noch links sehend, selbst vor den herbsten Folgerungen nicht zurückbebt. Von der Natur mit den glänzendsten Gaben ausgestattet, erzeugte jene Consequenz aber auch einen abstoßenden Stolz, der sich vornehm von der Berührung mit der Welt zurückzieht und mehr dem Gelehrten, als dem Staatsmann ziemt. Was Guizot der menschlichen Natur zum Vorwurf machte, daß sie einen unbegrenzten Hochmuth besitze, der die fremde Hilfe verschmäht, welche sie von ihrer natürlichen Krankhaftigkeit heilen will: das hat er selbst im höchsten Maße besessen und sich nicht gescheut, seine früheren Maximen selbst Lügen zu strafen, da er 1829 Vorsitzender der Gesellschaft: Aide toi, Dieu t'aidera gewesen war. Guizot übertrug den calvinistischen Lehrsatz von der Sündhaftigkeit des einzelnen Menschen und von der absoluten Gnadenwahl auf die ganze Gesellschaft und nahm hier ebenfalls einen Kampf des Guten mit dem Bösen an, in welchem das Gute unterliegen müsse, wenn ihm nicht eine höhere Macht zu Hilfe eile. Diese höhere Macht ist nach Guizot die Regierung und deren erster Grundsatz: „nicht allein dem Bösen, sondern auch dem Princip des Bösen, nicht allein der Unordnung, sondern auch den Leidenschaften und Ideen zu widerstehen, welche die Unordnung hervorbringen." „Das Volk ist verloren, wenn die Regierung an das Volk verloren ist." Dieser Grundsatz macht die Regierung zu dem abso-

lut Erhabenen in der Welt und verleiht der Bureaukratie einen geistigen Adel, der den Beamten in den Widerwärtigkeiten des Dienstes aufrechterhält. Allein mit der Theorie ist wenig gethan und die Praxis mit ihren hundertfachen Beispielen von Beamten-Corruption, die Guizot beschönigte und vertuschte, straften ein Axiom Lügen, das den Beamten von den Schwächen der menschlichen Natur freispricht und den Kampf des Guten mit dem Bösen nur in die Staatsgesellschaft verlegt. Ein solcher Grundsatz, welcher Regierung und Gesellschaft blos trennt und den Zusammenhang beider ausschließt, ist nicht einmal vom preußischen Gouvernement aufgestellt worden, das unter allen Großmächten doch die meiste Ursache dazu hätte. Diese hochmüthige Abschließung des Gouvernements vom wirklichen Leben hat viel, ja das Meiste zum Sturz der Julidynastie beigetragen. Guizot's philosophische Principien und Louis Philipp's Lebensklugheit, die auf ein und dasselbe Ziel hinausliefen, erzeugten in beiden Staatsmännern jene Verblendung, daß sie den herannahenden Sturm nicht eher bemerkten, als bis er über ihren Häuptern dahinsauste und sie niederwarf, bevor sie ihre kleinen Widerstandsmittel in Bereitschaft setzen konnten. Guizot war ein Doctrinär, und als solcher zum Staatsmann wenig geeignet. Die Doctrin, welche Royer-Collard, Guizot u. A. verkündigten, stimmte mit dem Liberalismus in dem Verlangen nach gesetzlicher Freiheit, in dem Abscheu vor der Contrerevolution, in dem Zurückweisen der ehemals privilegirten Stände von dem alleinigen Besitz der Gewalt überein, während sie sich der unumschränkten Monarchie durch ihren Widerwillen gegen die Masse und ihr Bekenntniß von einer starken Regierung zur Beschränkung der Misbräuche der Freiheit empfahl. Den zweiten Theil dieses doctrinären Programms hat der Minister Guizot mit größerer Entschiedenheit verfolgt, als der Professor und Abgeordnete Guizot den ersten Theil desselben. Royer-Collard, das Haupt dieser Schule, sagte sich später von Guizot los, als dieser aus philosophischer Caprice die Idee der Quasilegitimität des Herzogs von Orleans erfand und, statt der erwarteten Aristokratie der Intelligenz, der Geldaristokratie die Herrschaft übermittelte, einem „idealen Bürgerstande", der, statt der Fähigkeitszeugnisse, Steuerzettel über Entrichtung von 200 bis 500 Francs directer Abgabe als Legitimation beim Eintritt in die Wahlsäle vorzeigen konnte. Guizot, der sich durch seine ausgezeichneten historischen Werke und durch seine Vorlesungen an der Universität schon vor 1830 eines großen Rufes erfreute, war unter Louis Philipp vier Mal Minister des Innern oder des Unterrichts und zuletzt (1840—1848) acht Jahre lang Minister des Auswärtigen und die Seele des Cabinets. Er hielt seine Ministerialthätigkeit für so tadellos, daß er nach seiner Flucht in London gesagt haben soll: „Ich bin abgetreten, und am Tage darauf brach die Revolution aus." Auch Louis

Philipp befand sich der Wahlreformfrage gegenüber in gleicher Befangenheit. „Man hat Karl X. verjagt, weil er die Verfassung vernichtete, mich, weil ich sie erhielt!“ soll sein erstes Wort auf englischem Boden gewesen sein. Allein Karl X. fiel, weil er eine beliebte Verfassung umstürzen, Louis Philipp, weil er eine verhaßte Verfassung erhalten wollte. Der Legitimist Berryer war es, der das Geheimniß der Wahlreformbewegung wenige Tage vor der Revolution offenbarte: „Was gährt so in diesen Classen der französischen Gesellschaft, die von jeder Theilnahme an den öffentlichen Rechten ausgeschlossen sind? Es ist die Geschichte des menschlischen Geschlechts in allen diesen Gesellschaften: man steigt von Classe zu Classe. Die Höhenpunkte vergehen und verschwinden; der Bürgerstand, die Mittelclasse hat den ersten Platz erobert; sie hat das Uebergewicht; sie herrscht. Aber sie wird um so mehr gedrängt von den unteren Classen, die ihrerseits aufsteigen und mit der Intelligenz aufsteigen, bei denen das Streben, am Gemeinwesen mitzuwirken, von Tag zu Tag sich entwickelt. Glaubt, das ist eine aufrichtige Warnung, die ich Euch gebe!“ — Guizot verstand diese Warnung nicht, oder erst, nachdem es zu spät war. Im Januar 1849 veröffentlichte er in London eine Schrift: „Ueber die Demokratie in Frankreich“, die als Ergänzung und Erläuterung seiner Schrift vom Jahre 1831: „Ueber die Demokratie der neueren Gesellschaft“, worin er sowohl das göttliche Recht, als auch die Souverainetät des Volkes verwarf, betrachtet werden kann. Guizot erklärte sich in der ersten Schrift sowohl gegen „die Volkstyrannei der Kopfzahl“, als auch gegen die „Militairdictatur, die wohl Auskunftsmittel für den Augenblick, aber keine Regierungen seien“, und forderte die Regierung auf, sich der freien Institutionen zu bedienen; denn ein anderes Werkzeug, eine andere Stütze habe sie nicht. „Frankreichs Zukunft mag sein, wie sie will, der Nothwendigkeit einer constitutionellen Regierung kann es nicht entgehen; um sich zu retten, muß es alle ihre Schwierigkeiten überwinden, alle ihre Bedingungen erfüllen. Nur ein Mittel giebt es, dieser Aufgabe zu genügen, nur ein gebieterisches Mittel! Alle stabilen Elemente, alle conservativen Kräfte der socialen Ordnung in Frankreich müssen sich auf das Innigste vereinigen und beständig gemeinschaftlich handeln. Man wird die Demokratie ebensowenig in der Gesellschaft unterdrücken können, als die Freiheit in der Regierung. Diese ungeheure Bewegung, welche alle Nationen im Innersten durchdringt und aufregt, welche unaufhörlich alle Classen, alle Menschen auffordert, zu denken, zu begehren, Ansprüche zu machen, zu handeln, sich in jeder Hinsicht zu entwickeln: sie kann nicht unterdrückt werden. Sie ist eine unwiderlegliche Thatsache, die man hinnehmen muß, mag sie angenehm oder unangenehm sein, zum Zorn entflammen, oder in Furcht setzen. Sie muß, da man sie nicht unterdrücken kann, geregelt werden; denn wenn dies nicht ge-

schieht, wird sie die Civilisation zu Grunde richten und der Menschheit zum Unglück gereichen."

Wie ganz anders faßte Wellington, hauptsächlich aber Peel, seine Zeit auf! Wohl kannten sie ebenfalls die Pflichten einer Regierung: unaufhörlichen Neuerungen zu widerstehen und die gesellschaftlichen Institutionen zu erhalten, aber sie verstanden es auch, zu rechter Zeit nachzugeben, wo das Gemeinwohl durch einen verstockten Conservatismus bedroht gewesen wäre; ja sie schreckten nicht vor einem Bruche mit ihren sonst verfochtenen Ansichten zurück, standen mitten im Leben, und suchten im Stillen sich über die Thatsachen zu informiren, die ihnen die Opposition entgegenhielt. Wer die Reinheit der Absichten und des Charakters, wer den Geist und die Talente, wer das einfache Leben Peel's und Guizot's in Betracht zieht, der wird leicht manche Aehnlichkeiten entdecken. Und wie verschieden ist doch die bescheidene Zurückgezogenheit des Professors Guizot in dem kleinen Hause der versteckten und schmutzigen Straße Ville-l'Evêque, das er auch als Minister nicht verließ, in jenem Hause, wo er Ruhe suchte von den Anstrengungen der Kammerdebatten, wo seine heiligsten Erinnerungen fortlebten, wo er ein geliebtes Weib, einen einzigen Sohn von ihm forttragen sah, und allein mit seiner vortrefflichen Schwester und seinem Namen zurückblieb, der ganz Europa durchdrungen hat; — wie verschieden ist diese Zurückgezogenheit von jener Peel's, der sich auf sein Landgut begiebt, um mit Chemikern und Landwirthen die Hebung des Ackerbaues zu berathen und selbst über die Lage der Ackerbaubezirke Nachrichten zu sammeln. Peel löste die Fesseln, welche den Ackerbau und die Industrie niederhielten und lenkte den Strom der Bewegung in einen Canal, wo er seine trüben Wasser absetzen und das gesellschaftliche Leben befruchten konnte, im Uebrigen ihm Freiheit lassend. Guizot hat das centralisirte Beamtenthum, wie es sich durch die Revolution von 1789 bildete, aus dem Staate herausgehoben und diesen den Einzelnen als Beute preisgegeben, statt daß die Einzelnen, unter dem Schutze des Staates, selbstthätig für ihr Wohl arbeiten sollten. Jene verkehrte Lehre, die im Communismus ihre Spitze hat, daß der Staat um des Einzelnen Willen da sei, nur für dessen Bestes zu sorgen habe, sodaß der Einzelne alle seine Sorgen dem Staate aufbürdet, hat die organischen Bande der Familien, der Innungen, der Gemeinden und Provinzen vollständig gelöst. Dieses Grundleiden des französischen Staats haben Guizot und Louis Philipp zu einer chronischen Krankheit gemacht und, wenn auch wider Willen, dem Materialismus und Egoismus, dem Hochmuth und Dünkel auf der einen, dem Neide und Ehrgeiz auf der andern Seite, der Habsucht und Kriecherei aber überall Thüre und Thore geöffnet. Die parlamentarische Opposition in Frankreich war, mit wenig Ausnahmen, aller höheren Ideen baar, aller Aufopferung unfähig; sie war meist eine persön-

liche Opposition und nur darauf bedacht, selbst ans Ruder zu gelangen und sich so lange als möglich daran zu erhalten, im Uebrigen aber den wahrhaften Interessen der Gesellschaft ebenso abgeneigt, als ihre Gegner. „Ote-toi, que je m'y mette", ist der Wahlspruch aller französischen Oppositionen. In diesem unfruchtbaren Parteiengezänk, in diesem Widerstreben zwischen Thiers und Guizot, hat sich das Interesse französischer Staatsverhandlungen erschöpft, hat die Verblendung zweier so ausgezeichneter Geister, wie die Genannten, so zugenommen, daß sie das Murmeln der Bäche, welche eine Mündung in den Hauptstrom des Staatslebens suchten, selbst dann noch nicht hörten, als jene schon zu rauschenden Strömen angeschwollen waren. Guizot's Ministerium ist unter den Ueberschwemmungen der südlichen Flüsse, welche über hundert Dörfer und Städte verheerten, eingeweiht worden; es ist abgetreten mit dem Beginn der Verheerungen, welche der trübe Strom der Revolution in Frankreich, Deutschland und Italien anrichtete.

Am 29. October 1840 bildete Soult ein Cabinet, in dem Guizot das Auswärtige, Graf Duchatel das Innere, Martin du Nord die Justiz, der tüchtige Humann die Finanzen, Teste die öffentlichen Arbeiten, Villemain den Unterricht und Cultus, Cunin-Gridaine den Handel, Admiral Duperré die Marine erhielt. Guizot, die eigentliche Seele dieses Cabinets, übernahm nach Soult's Austritt (1847) auch die Präsidentschaft des Conseils. Humann starb 1842, Martin du Nord 1847, Duperré 1846; Villemain wurde 1844 zeitweise wahnsinnig; Teste vertauschte das Ministerium mit einer Präsidentenstelle am Cassationshofe. Für diese Männer traten Lacave-Laplagne, Dumon, Hebert und Admiral Mackau, später für Letzteren der Herzog von Montebello ein. Hatte sich 1839 die Coalition aller constitutionellen Parteien (Guizot, Thiers, Odilon-Barrot) gegen den Vertreter der „persönlichen Politik", Graf Molé, gebildet, so muß derselbe Guizot noch mehr als Werkzeug jener Politik genannt werden, deren Pläne sich in den Worten: „Ruhe im Innern, Aussöhnung mit den Großmächten, und Ausbreitung des französischen Einflusses" zusammenfassen lassen. Nach dem Rücktritt Thiers' erfuhr man in Frankreich, daß der König in den wichtigsten auswärtigen Angelegenheiten ohne Zuziehung seiner Minister gehandelt, von seinen Gesandten Mittheilungen empfangen, welche den Ministern nicht vorgelegt wurden, daß er, ohne diese zu unterrichten, seinen Agenten Instructionen ertheilt habe, die den vom Ministerrathe gegebenen und vom Könige officiell gebilligten schnurstracks widersprachen. Diese Doppelregierung des Hofes und des Ministeriums, die sehr selten gute Früchte getragen hat, stellte Ludwig Philipp den Angriffen einer rücksichtslosen Presse blos. Im Jahre 1841 erschienen in der legitimistischen „France" Briefe, welche der König angeblich an

Talleyrand geschrieben hatte, und welche Aufschlüsse über die geheime Politik gaben. Madame Ida St. Elme, Verfasserin der Contemporaine, wollte im Besitz der Originalbriefe sein und ihre Aechtheit vor einem englischen Gerichtshofe beweisen. Die Geschwornen sprachen Redacteur und Gerant der France frei. Dasselbe geschah mit fünf anderen legitimistischen Journalen, in welchen Didier seinen Vater wegen des Bauernaufstandes in Grenoble (1816) vertheidigte und zu verstehen gab, daß der Herzog von Orleans um das Complot gewußt, als es aber misglückt sei, die schnelle Hinrichtung der Urheber betrieben habe, um von ihnen nicht verrathen zu werden. — Mochte nun auch der König diese Briefgeschichte für gemeinen Betrug und Erpressung erklären, — die Mehrheit der Franzosen glaubte leider an die Wahrheit derselben.

Minder glückten die allerdings weiter gehenden Versuche der Napoleonisten und Republikaner. Am 6. August 1840 war Ludwig Bonaparte nebst den Generalen Montholon und Voisin in Boulogne gefangen worden, als sie hochverrätherische Proclamationen ausstreuten. Der Pairshof verurtheilte den Prinzen zu ewigem Gefängniß in Ham, woraus er aber 1846 entkam. Die Uebrigen büßten ihren tollen Streich mit fünf- bis zehnjähriger Freiheitsstrafe. Die Theilnehmer des republikanischen Maiaufstandes 1839 wurden mit dem Tode oder langwierigem Gefängniß bestraft; des Königs Gnade milderte jedoch das Urtheil. Zum Lohn dafür machten zwei Republikaner des gemeinsten Schlages, Darmès und Quenisset, Attentate, der Eine auf den König (October 1840), der Andere auf den aus Algier heimkehrenden Prinzen von Aumale (September 1841). Darmès ward hingerichtet, Quenisset deportirt. Quenisset hatte im Verhör ausgesagt, daß er häufig das Journal: „Ami du peuple“ gelesen; Grund genug, den Redacteur desselben, Dupoty, als moralischen Mitschuldigen zur Verantwortung zu ziehen und zu langjähriger Galeerenstrafe zu verdammen. Auch in Toulouse, wo wegen der Volkszählung, die zum Zwecke einer neuen Steuerveranlagung angeordnet war, Unruhen ausbrachen, machte man die Journalisten für Das verantwortlich, was Volksleidenschaft verbrochen hatte (1841).

Die Kammerverhandlungen schleppten sich mühselig und langweilig hin; die Opposition unterlag fast immer mit großer Mehrheit. Thiers war für lange Zeit discreditirt. Die Geldmänner und Börsenspeculanten machten ihn verantwortlich für die Angst, in die er sie durch seine Rüstungen versetzt, und gaben ihm manches bittere Wort über die Kosten derselben zu hören. Einmal wurde der große Redner durch Pochen und Schreien so am Sprechen verhindert, daß er in Thränen ausbrach und der Präsident die Sitzung aufheben mußte. Das Deficit des Jahres 1840 betrug 325 Millionen Francs für die Rüstungen und Befestigungsarbeiten. Und doch befanden sich Heer und Flotte nicht gerade im blühendsten Zustande, ob-

wohl das Budget für diese Zweige jährlich 364 Millionen Francs auswarf. Die Finanzen standen überhaupt so kläglich, daß für die Jahre 1840—1842 über 983 Millionen Francs auf außerordentlichem Wege gedeckt werden mußten. Zum Glück wurde die öffentliche Aufmerksamkeit durch den berüchtigten Proceß der Madame Lafarge von Staatsangelegenheiten abgezogen. Diese Dame, welche den höheren Ständen angehörte, war des Diebstahls und der Giftmischerei angeklagt, und zu zwanzigjährigem Gefängniß verurtheilt worden (1841). Die berühmten Toxikologen, Orfila und Raspail, erörterten eines Weiteren ihre Ansichten über die Arsenikbildung in faulenden thierischen Stoffen, woran das Publicum mehr Interesse nahm, als an der Politik und den Bankerott- und Corruptionsprocessen gegen Lehon und Hourdequin (1842).

Die Beispiele religiösen Fanatismus, dem die Königin nicht fremd gewesen sein soll, die Entfernung der Bildnisse Luther's und Bossuet's vom Gutenbergdenkmale David's in Straßburg, das bedenkliche Wachsthum der Klöster, welche verbotenen Orden angehörten, erregten erst später größeres Interesse. — Das Jahr 1842 war reich an verheerenden Feuersbrünsten und anderen Unglücksfällen, die das Publicum in steter Aufregung hielten. Am betrübendsten war der schreckliche Unfall auf der Paris-Versailler Eisenbahn, wobei vierzehnhundert Menschen theils umkamen, theils verwundet wurden (8. Mai), und von tiefgreifendem Einfluß für den König und für Frankreich war der Tod des beliebten Herzogs von Orleans, welcher bei einem Sprung aus dem Wagen sich so verletzte, daß er nach wenig Stunden seinen Geist aufgab (13. Juli). Da der Graf von Paris erst vier Jahre alt war, brachte Guizot ein Regentschaftsgesetz in die Kammern, das den unbeliebten Herzog von Nemours zum Regenten, die Herzogin-Witwe zur Vormünderin bestellte.

Bei den traurigen Vorfällen, welche sich im Jahre 1843 mehrten, gewann die Religion wieder auf die Gemüther einigen Einfluß und die katholische Geistlichkeit benutzte dies Zeichen, um Zwietracht zwischen den Protestanten und Katholiken im Elsaß zu säen; die Gesellschaft zur Verbreitung des Glaubens in Lyon schleuderte aufreizende Schriften unter das leicht entzündliche Volk des Südens; die Jesuiten erhoben kecker ihr Haupt und regten die Frage über die Freiheit des Unterrichts an. Veranlassung dazu boten die antikirchlichen Vorträge der Professoren Quinet und Michelet und die Lage des Volksunterrichts und des Elementarlehrerstandes. Die Geistlichkeit versprach, den Unterricht zu heben, wenn man ihr Freiheit in Errichtung der kleineren Seminare gewähre. Der Klerus erreichte 1844 auch seinen Zweck, indem man den Seminarien Befreiung von öffentlichen Lasten und Errichtung von achttausend Freistellen bewilligte. Dagegen wurden die Protestanten mit Strenge behandelt. Die Gemeinde zu Senneville war zur reformirten

Kirche übergegangen und man stritt ihr das Recht ab, ein Bethaus zu eröffnen und einen Pfarrer zu haben; ja man bestrafte sogar den Letzteren wegen unerlaubter Association, weil sich die Gemeinde ohne polizeiliche Ermächtigung zum protestantischen Gottesdienst versammle. Bei der Einweihung des Denkmals für den Abbé de l'Epée, den verdienstvollen Begründer des Taubstummen-Unterrichts, erschien der Bischof von Versailles nicht, weil man l'Epée vor funfzig Jahren des Jansenismus beschuldigt hatte.

Die Kammersitzung von 1843 bot kein wesentliches Interesse dar. Die Hauptpunkte derselben waren der Durchsuchungsvertrag, die Zolleinigung mit Belgien und die französische Politik in Spanien, wo Espartero mit französischem Gelde gestürzt worden war, weil er den englischen Handel auf Kosten des französischen begünstigt habe. Diese Thatsache war ein Glied in jener Kette, durch welche Frankreich allmälig seinen Einfluß in den Nachbarstaaten ausdehnen wollte. Am 1. Mai 1842 hatte der Contreadmiral Dupetit-Thouars die Marquesasinsel besetzt. Im November 1843 bemächtigte er sich Otaheiti's und die katholischen Missionare vertrieben die englisch-protestantischen, übersahen jedoch, daß einer derselben, Pritchard, zugleich englischer Consul war, dessen Autorität nicht beleidigt werden durfte. Louis Philipp desavouirte zwar auf Englands Forderung den Admiral (1844), behauptete jedoch in Otaheiti eine Art Protectorat, aus dem ihn England und Nordamerika zu verdrängen suchten. Ganz Frankreich nahm die Desavouirung Dupetit-Thouars' sehr übel auf, und der Prinz von Joinville veröffentlichte seine Schrift über die französische Marine, worin er nachwies, daß diese zu schwach sei, um es mit England aufzunehmen, daß aber eine Vermehrung der Dampfflotte Frankreich in den Stand setzen würde, die englischen Segelschiffe anzugreifen und mit raschem Ueberfall eine Landung in England zu bewerkstelligen. Indeß hat man Grund zu glauben, daß Louis Philipp, der sehr große Autorität in seiner Familie besaß, der Schrift des Prinzen nicht fremd gewesen sei, und die Nation damit über die wahren Absichten der Regierung täuschen wollte.

Die Kammern waren nichts, als ein Institut zur Begründung der Herrschaft des großen Capitals und in diesem Sinne wurden Anträge gestellt, welche das Budget Jahr um Jahr höher belasteten. Selbst bei den wichtigsten Fragen stimmten die Deputirten nach persönlichen Beweggründen und die Sclaven-Emancipationsfrage, welche der Herzog von Broglie so lebhaft betrieben und das Erdbeben auf Guadeloupe (1843) neu angeregt hatte, schrumpfte in der Kammer zu der Frage: ob Rohrzucker oder Runkelrübenzucker? zusammen. Man einigte sich endlich dahin, den Colonialzucker mit dem Runkelrübenzucker gleich zu besteuern, um die Pflanzer für die Emancipation ihrer Sclaven zu entschädigen;



die wirkliche Ausführung dieses Princips ward jedoch bis zum Jahre 1848 verschoben. Die traurige Lage des Weinbaus, die entsetzliche Verfälschung, welche dabei wegen des Octroi's getrieben wurde, waren nicht im Stande, die Blicke der Kammern zu fesseln. Man meinte die Octroi-Einnahme nicht entbehren zu können, und ließ einen wichtigen Industriezweig verkümmern und die Gesundheit des Volks vergiften. Dagegen fanden sich Geldmittel, um für den König ein hoch besoldetes Geheimconseil einzurichten, ungeachtet im Budget schon ein Deficit von 82 Millionen Francs bestand, die Einnahmen in den letzten zwölf Jahren zwar um 306 Millionen Francs gestiegen, aber auch die Ausgaben um 380 Millionen gewachsen waren.

Dieses träge Verhalten der dynastischen Parteien, welche die wirklichen Interessen des Landes nachsetzten, verlieh der Opposition der Republikaner und Legitimisten frische Kräfte. Die Socialisten, obwohl durch Processe bedroht, gründeten die „Phalange" und „Democratie pacifique"; die Republikaner unter Cavaignac und Flocon gaben die „Reforme" heraus, und Legitimisten und Republikaner vereinigten sich bei der Redaction des Journals „L'Etat." Der Abbé Genoude bildete, zum Unterschiede von den „reinen Legitimisten", die Partei der „weißen Jacobiner", die in Krypten Zusammenkünfte hielten, beteten, sangen, die Organisation der Arbeit beriethen und nebenbei Vorträge über Physik, Astronomie und Mechanik anhörten. Die alten legitimistischen Geschlechter wallfahrteten dagegen nach London zum Herzog von Bordeaux, und die Bauern des Morbihan erneuerten die Chouanerie.

In der Antwort auf die Thronrede von 1844 bezeichnete die Mehrheit diese legitimistischen Demonstrationen mit dem Ausdruck: „Das Gewissen brandmarkt schuldvolle Aeußerungen." Dieses Antasten der Ehre einer politischen Partei hatte die Folge, daß die Legitimisten bei dem Wahlsiege in Marseille den Namen der „Gebrandmarkten" adoptirten, die Regierung in dem Klerus ein Gegengewicht gegen die Legitimisten suchen mußte, und die öffentliche Meinung sich so unzart über die wieder vorgelegte Dotation des Herzogs von Nemours aussprach, daß Guizot es für klug fand, das Dotationsgesetz zurückzuziehen. Wie schroff der Klerus nun gegen den König auftrat, zeigte sich in der Gratulationsrede, welche der Pariser Erzbischof am 1. Mai, dem Namenstage Louis Philipp's, hielt.

Der kriegerische Enthusiasmus, welchen die Vorgänge auf Otaheiti gegen England erregt hatten, wurde durch den Krieg mit Marokko nach einem andern Punkte hingelenkt. Vergebens hatte Marschall Valée mit 60,000 Mann in der nächsten Umgebung Algiers die Sicherheit herzustellen gesucht. Der kühne Abd-el-Kader schweifte mit seinen fliegenden Corps von einem französischen Wachtposten zum andern, überfiel die

Feinde bald hier, bald da und zog sich, wenn größere Massen nahten, auf marokkanisches Gebiet zurück. Ganz Marokko zeigte eine schwärmerische Verehrung für jenen maurischen Häuptling, dessen Blicke sich schon auf den Thron des afrikanischen Kaiserstaats zu richten anfingen. General Bugeaud (1841 — 1847), unterstützt von jenen vortrefflichen Heerführern, welche in der algierischen Kriegsschule erwuchsen, einem Cavaignac, Changarnier, Lamoricière und Bedeau, hatte sich lange theils mit Razzias, theils mit größeren Streifzügen befaßt, in denen er das französische Gebiet zwar erweiterte, aber Abd-el-Kader nicht unschädlich machen konnte. Endlich rückte er in Marokko ein, woher der Emir immer neue Streitkräfte heranzog, schlug die Marokkaner am Isly (14. August 1844) und ließ den Prinzen von Joinville Tanger und Mogador bombardiren (10. und 16. August). England vermittelte den Frieden (10. September), worin Sultan Abd-ur-Rahman sich anheischig machte, zur Verfolgung Abd-el-Kader's mitzuwirken. Dennoch erschien Abd-el-Kader schon im April 1845 wieder in Algerien, wo sich der ganze Westen für ihn erhob. Die auf's Aeußerste gereizten Franzosen griffen nun zu barbarischen Mitteln, um die Kabylenstämme zu unterjochen. Mit Schaudern wird die Geschichte der Handlungsweise des Obersten Pellisier gedenken, der einen ganzen Kabylenstamm in den Höhlen von Dahra zu Tode räucherte.

Mit den prahlerischen Siegesbulletins aus Algier, welche der zum Marschall und Herzog von Isly erhobene Bugeaud erließ, sollte der Thatendurst der Franzosen gestillt und die Liebe zum königlichen Hause erhalten werden. Um diesem Ziele noch näher zu kommen, wurde Bugeaud (Mai 1847) abberufen und der Herzog von Aumale zum Generalgouverneur Algeriens ernannt. Wenige Monate nach seiner Ankunft konnte er die erfreuliche Kunde in die Heimat senden, daß Abd-el-Kader sich ergeben habe (22. December). Der Emir, welcher seine letzten Zwecke verwirklichen und sich auf den Thron Marokkos schwingen wollte, war in einer Schlacht gegen den Sultan unterlegen (11. December) und mußte die Flucht ergreifen. Als er aber die Päße von Kerbans durch die Franzosen gesperrt fand, ergab er sich dem General Lamoriciere, unter der Bedingung, nach der Türkei gebracht zu werden. Die Regierung ratificirte den Vertrag nicht, sondern ließ ihn mit den Seinigen nach Schloß Pau schaffen. Erst 1852 hat ihn Louis Napoleon freigelassen; seitdem lebt der Emir in Brussa.

Die auswärtige Politik des Ministeriums war höchst unpopulär. Die Opposition klagte, daß man sich in Marocco jedes Pfandes der Vertragsvollziehung begeben, Frankreich die Kriegskosten aufgebürdet, den tapferen Dupetit-Thouars desavouirt und Pritchard entschädigt habe, weil man England, „das treulose Albion", fürchte. Um das verlorene Vertrauen wiederzugewinnen, wurde die Jesuitenfrage in der Kammer ange-

regt (1845). Die Veranlassung dazu gab „der Ewige Jude" von E. Sue und der Proceß des Jesuitenkassirers Affnaer, der wegen Fälschung und Unterschlagung von 200,000 Francs angeklagt war. Das Ministerium erhielt nach langer Zeit wieder einmal allgemeinen Beifall, als es die Erklärung abgab, daß Graf Rossi bereits in Rom wegen Abberufung der Jesuiten verhandele und eine günstige Entscheidung der Frage unzweifelhaft sei (S. 290). Später wurden die zweiundzwanzig Ordenshäuser der Jesuiten wirklich aufgelöst und die etwa zurückbleibenden Jesuiten unter die Aufsicht der Diöcesanbischöfe gestellt. Guizot, der die günstige Stimmung der Kammern nicht verrauchen lassen wollte, forderte kurz darauf 18 Millionen Francs für die Armirung der Pariser Forts und erhielt sie nach mattem Widerspruch bewilligt. Nach seiner Meinung war das System im Innern befestigt und er konnte seine Thätigkeit auf die Erweiterung des französischen Einflusses wenden. Dazu bot die spanische Heirath ein vortreffliches Mittel. Freilich zerriß sie das Bündniß mit England, aber Louis Philipp schloß sich um so inniger an die östlichen Großmächte an. Ein günstiger Handelsvertrag mit Rußland (1846), und die Anleihe von 50 Millionen Francs, welche Kaiser Nikolaus während der Theuerung von 1847 Frankreich machte, verriethen eine Politik, die im Inland nicht beliebt war. Statt den liberalen Cantonen der Schweiz beizustehen, wie das Volk wünschte, ermuthigte Louis Philipp den Sonderbund und einigte sich mit Oesterreich wegen Italiens, um hier gleichzeitig zu interveniren, wenn es die dasigen Verhältnisse erheischten.

Zu dieser Unbeliebtheit der äußern Politik, in deren Auffassung sich durch das wiederhergestellte „herzliche Einverständniß" mit England nichts änderte, traten im Jahre 1847 noch fatale Belege grenzenloser Ausschweifung, roher Verbrechen und gemeiner Bestechlichkeit unter dem vornehmen und Beamtenstande, welchen man die Leitung des Staats allein übertragen hatte. Den Abgrund des Elends und der Verbrechen der niedern Classen, welche E. Sue in „den Geheimnissen von Paris" enthüllt hatte, sah man sich jetzt vor den Spitzen der Gesellschaft gähnend öffnen und den Staat, die Ordnung, die Wohlfahrt und die Sittlichkeit verschlingen. Ein der Mehrzahl der Franzosen nicht genügendes Kirchenthum, die schlechte Schulerziehung des Volks, das klägliche Pönitenziarwesen, die Theurungsnoth, die communistischen Lehren, endlich das centralisirte, abhängige Beamtenthum, das falsche Wahlsystem und die hinterlistige Ausbeutung der Constitution durch die höchsten Personen haben jene schamlose Verleugnung der Tugend, jene schnöde Geldgier, jene Verderbniß des Charakters, jene Zerrüttung der Finanzen erzeugt, die Frankreich auf lange Zeit, wenn nicht für immer, zum Spielball der Laune ehr- und habsüchtiger Tyrannen gemacht haben. In den letzten zehn Jahren kamen driehundertzweiundneunzig Vergiftungsprocesse vor. Der

ekelhafte Proceß des „Tour du Nesle", der greuliche Maitresseneinfluß, der sich von den Cabineten der Minister, Generale und Präfecten bis in die Stuben der Secretaire und Municipalgardisten verbreitete, die das Staatswohl bedrohenden Concessionen von Eisenbahn- und Canalbauten an Rothschild und mehrere Capitalistengesellschaften, hatten das Wort Tugend längst zu einem lächerlichen Worte gemacht. Uneigennützigkeit galt für Unverstand. Der Dienst des goldenen Kalbes drang in alle Familien; man spielte auf der Börse, trotz des Verbots, denn auch die Minister spielten ganz offenkundig. Der Gewinn wurde vergeudet; bei Verlusten griff man zu Betrügereien, oder zur Pistole. Ja so niederträchtig machte dieses jämmerliche Treiben die Menschen, daß damals die ersten Beispiele vorkamen, daß Leute, die nicht den Muth hatten, sich selbst umzubringen, unschuldige Menschen, welche harmlos dem Schauspiel zusahen, tödteten, um durch die Guillotine aus der Welt geschafft zu werden. Zu dieser entnervten Classe von Leuten gehörte auch der Königsmörder Henry, der am 29. Juli 1846 auf Louis Philipp schoß, aber glücklicherweise, wie der rachsüchtige Förster Lecomte (am 16. April), fehlte. Die öffentliche Sicherheit war durch Gauner und offenen Straßenraub gefährdet. Ganze Diebesbanden plünderten die Dörfer und die Reisenden. Brottumulte fielen fast in allen Städten vor. Die Kammern hatten wohl 300 Millionen Francs zur Beförderung der Eisenbahnagiotage, aber keine einzige für das klägliche Elend des Jahres 1847. Schmachvoll war die eingerissene Unsicherheit bei Versendung von Geld und Werthen durch die Post, einzig die Erklärung mehrerer Banken, keine Werthe mehr mit der königlichen Post zu verschicken. Zugleich begannen im Januar 1847 drei große Criminalprocesse gegen betrügerische Beamte, in Rochefort gegen vierunddreißig Angeklagte, in Toulon gegen eine nicht viel geringere Anzahl, in Paris gegen einen hochgestellten Mann, der den Staat um fast eine halbe Million Francs betrogen hatte. Der Rath und Generalsecretair des oberen Loire-Departements, Tuja, reichte im Sommer seine Entlassung ein, und erklärte dabei schriftlich an den Präfecten, daß der schamlose Nepotismus, die Bestechlichkeit, Käuflichkeit und Habsucht, die allenthalben herrschten, die schmachvolle Vergeudung des Staatsvermögens und die Herabwürdigung der Ehre und Achtung des Landes ihn dazu bewogen hätten. Den entsetzlichsten Beweis der herrschenden Corruption, die, weil gäng und gebe, sogar als ehrliches Geschäft angesehen wurde, lieferte der Proceß gegen die Minister Teste und Cubières, den Advocaten Parmentier und den Rentier Pellapra. Wie empfindlich dieser Proceß das Julisystem berührte, gestand der Staatsprocurator zu, als er dem General Cubières zurief: „Sie haben die Regierung herabgewürdigt, Sie haben dem Lande den größten Schaden zugefügt, Sie haben Zweifel an seinen Institutionen erregt!" Welches Gewicht erhielten dadurch die Anklagen der Kammer-

opposition! Wie belebte sich der Glaube wieder, daß das große Seearsenal in Toulon (1845) von den Oberbeamten selbst in Brand gesteckt worden sei, um Unterschleife zu verdecken und der bevorstehenden Revision zu entgehen! Bald lenkte sich die öffentliche Aufmerksamkeit auf zwei andere Corruptionsprocesse. Seit einiger Zeit waren Klagen über die unverhältnißmäßige Sterblichkeit im Zuchthause zu Clairvaux ergangen. Jetzt erfuhr man, daß das Fleisch, welches die Sträflinge genossen, meist von krankem Viehe herrührte, das Agenten aufgekauft, abgeschlachtet und in die Strafanstalt geliefert hatten. Den zweiten Proceß regte Emil de Girardin, ein begabter, aber feiler Mensch, an. Er beschuldigte die Regierung, eine Pairswürde um 80,000 Francs zum Verkauf ausgeboten und eine Theaterconcession verhandelt zu haben, und den Thatbestand beider Anklagen mochte der Pairshof nicht einmal erörtern. Jetzt füllten sich die Tagesblätter mit Anklagen, welche rachsüchtige Speculanten, denen ein Nebenbuhler den Rang abgelaufen, gegen die Beamten schleuderten. So sollte Cunin-Gridaine 500 Actien der wegen ihrer Unglücksfälle berüchtigten Nordbahn genommen und dadurch einen Gewinn von 200,000 Francs gemacht, eine algierische Minengesellschaft Talabot 100,000 Francs für „einflußreiche Freunde" hinterlassen, und ein Proviantmeister ein Deficit von 34,000 Centnern Weizen gemacht haben und dabei doch im Amte geblieben sein, weil er es vortrefflich verstanden, mit Müllern und Getreidehändlern Verträge abzuschließen, bei denen für seine Vorgesetzten ein Beträchtliches abgefallen sei. Die Lieferungen für die algierische Armee wurden durch eine Commission in Empfang genommen, welcher die Kaufleute eine Gratification gewährten, damit Artikel von bester Qualität nicht als schlecht verworfen würden. Man erzählt, daß einem Handelshause, welches sechs Getreideschiffe nach Algier geschickt, dem mit der Abnahme beauftragten Intendanten aber keine Gebühren bezahlt habe, das zu siebzehn Francs abgeschlossene Getreide zurückgegeben worden sei. Noch im Hafen von Algier habe ein anderer Händler das Getreide zu dreißig Francs erkauft und es nach vierzehn Tagen der Regierung zu zweiunddreißig Francs verkauft, nachdem er es durch die rechten Personen hatte besichtigen lassen. Ferner sei den Postmeistern ein Gesetzentwurf für 1,200,000 Francs verschachert worden, und ein ehemaliger Präfect habe bei einem Minister einen Gesetzentwurf über eine Eisenbahn förmlich bestellt und mit 450,000 Francs zu honoriren versprochen. Und dieser Gesetzgebungshandel wurde urkundlich am 18. Mai 1841 abgeschlossen und in den öffentlichen Archiven registrirt! Der Minister, welchem man in den Kammern alle diese Sachen vorhielt, leugnete, wo er konnte, und führte triumphirend an, daß zwei Genieofficiere die Bestechungen zurückgewiesen hätten! Kann es Wunder nehmen, wenn die öffentliche Meinung für die Communisten Partei ergriff, deren Proceß damals mit großer

Strenge betrieben wurde, wenn man ihre abenteuerlichen Projecte, ihre zum Theil verbrecherischen Pläne der Noth und Verführung zuschrieb, und meinte, die Strafe für jene Fälscher und Betrüger sei zu gering, da communistische Ideen mit vieljähriger Zwangsarbeit bestraft würden.

Wie im Beamtenstande, kamen auch im höchsten Adel Fälle vor, die auffallende Inmoralität und Rohheit bewiesen. Der Duellproceß gegen den Chevalier Beauvallon und seinen Secundanten Dujarrier brachte alle Zeugen wegen Meineids ins Zuchthaus. Am betrübendsten war der Mord der Herzogin von Praslin, Tochter des Marschalls Sebastiani, durch den eigenen Gemahl, weil derselbe sich mit der Gouvernante seiner Kinder, Madame De Luzy, verheirathen wollte. Der Herzog nahm im Gefängniß Gift, das ihm hohe Freunde zugestellt hatten, um der Aristokratie die Schmach zu ersparen, einen Pair auf dem Schaffot sterben zu sehen. Der Ehescheidungsproceß des Grafen Mortier enthüllte ein trauriges Bild vornehmen Familienlebens. Den Schluß dieser Scandalgeschichten, mit welchen die Julidynastie abtrat, bildete der geheimnißvolle Tod des ehemaligen Justizministers Martin du Nord, der von der Polizei in einem ganz gemeinen Spiel- und Freudenhause abgefaßt worden war, und der Selbstmord des Grafen Bresson in Neapel, der sich für Louis Philipp mannigfach geopfert, und namentlich die spanische Heirath zu Stande gebracht, dabei aber die Achtung der Staatsmänner verloren hatte, und vom Könige nicht glänzend genug belohnt worden war.

Alle diese Erscheinungen, welche vereinzelt überall vorkommen, hatten in ihrem gleichzeitigen Auftreten etwas Grauenhaftes und Unheimliches. Man forschte nach den Quellen dieser Uebel, und fand sie allein in dem Regierungssystem, welches Guizot blos als „Misbrauch der Einflüsse" und als ein „allen freien Ländern innewohnendes Uebel" bezeichnet hatte. Guizot hatte in der Ueberzeugung, daß der Misbrauch einer Institution nichts gegen deren Gebrauch beweise, das constitutionelle, halb aristokratische, halb plutokratische Wesen für nothwendig erachtet; er hielt die Corruption der Beamten für ein zufälliges, die Wahlbestechung für ein wesentliches Accidens jener Freiheit. Darum sträubte er sich mit allen Kräften gegen die Aenderung des Wahlgesetzes, von dem er in der letzten Sitzung 1847 sagte: „Es hat die politische Gewalt dem Bereiche der Menge entrückt nach den hohen und festen Regionen, wo das wahre Verständniß der großen Interessen der gesellschaftlichen Ordnung wohnt." Trotz dieser Abneigung des Ministers gegen die Wahlreform ließen sich die „fortschreitenden Conservativen" unter Duvergier de Hauranne nicht abhalten, einen bezüglichen Antrag zu stellen.

Die Rede Duvergier's liefert einige interessante Angaben über die französische Vertretung. „Das zweite Wahlcollegium von Paris," sagt er

unter Anderm, „hat gegen 3000 Wähler, die Collegien von Embrun, Bourganeuf, St. Palais haben je 150, und gleichwohl wählt jedes dieser Collegien einen Abgeordneten. Wenn man die meist und wenigst zahlreichen Collegien gruppirt, findet man, daß zehn Abgeordnete gewählt werden von 15,000 und zehn von 16,000 Wählern, zwanzig Deputirte von 3400 und wiederum zwanzig von 34,000 Wählern, hundert Abgeordnete von 27,000 Wählern und hundert von 91,000 Wählern, und wenn man dann die Gesammtheit der Wahlen betrachtet, so fassen sich alle diese theilweisen Ungleichheiten in einer noch auffallenderen allgemeinen Ungleichheit zusammen. Von 241,000 eingeschriebenen Wählern ernennen 139,000, dies ist die Majorität, blos 177 Abgeordnete, während 102,000 Wählende 282 Deputirte ernennen. Arithmetisch betrachtet ist es also offenbar, daß die Kammer so wenig die Majorität der Bevölkerung, als die Majorität des Reichthums und die Majorität der Wahlbefähigungen vertritt. Dies ist kein Fehler der Kammer, sondern des Gesetzes, dessen wenig vernünftige Combinationen auf dieses befremdliche Resultat führen."

Die Regierung sah dem Wachsen der Reformbewegung gleichgiltig zu, da sie des Heeres und der Nationalgarde sicher zu sein wähnte. Anstatt die dynastische Opposition durch kleine Concessionen zu gewinnen, zwang sie dieselbe durch ihren Trotz zu jenem unnatürlichen Bunde, der von Legitimisten, Liberalen, Radicalen und Republikanern zum Zweck der Reform geschlossen wurde. Die Massen, in denen sich ein durch Hungersnoth verstärkter Haß gegen die besitzenden Classen, vom Epicier bis zum Banquier, kundgab, fielen aus Guizot's Berechnung, wie aus der der Reformfreunde, ganz weg. Und sie waren es gerade, welche eine unerwartete Rolle spielten, und den rothen und blauen Republikanern in die Hände arbeiten mußten, während das Ministerium die leicht zu gewinnenden Freunde noch in der zwölften Stunde von sich stieß. Die Bankette, eine Erfindung des Liberalismus von 1840, waren zur Modesache geworden, an denen sich Jeder, der nicht für reactionair oder servil gehalten werden wollte, betheiligen zu müssen glaubte. Man berechnet die Zahl dieser Reformbankette auf einundsiebzig. Die bedeutendsten wurden zu Dijon, Chalons, Lille und im Chateau rouge in Paris gehalten (1847). Der König und die Regierung, fortgerissen durch den Ungestüm der ministeriellen Mehrheit, nahmen die Sache ernster, als sie war. Als der König am 28. December 1847 die Kammern eröffnete, sprach er von einer „Agitation, welche feindselige oder blinde Leidenschaft schürte", und verletzte damit den loyalen Liberalismus, welcher sich ungern mit Wühlern und Demagogen zusammengestellt sah. Odilon Barrot, Duvergier de Hauranne und Alton Shee traten nun nochmals für die Wahlreform in die Schranken und bekämpften lebhaft das Verbot, welches der



Polizeipräfect von Paris gegen ein angesagtes Bankett verhängt hatte. Nichtsdestoweniger empfingen die Minister die Zustimmung der Kammern, und die Opposition, welche so oft geprahlt hatte, sie werde für ihr gutes Recht Mann für Mann einstehen, konnte jetzt nicht zögern, eine großartige Demonstration gegen das erneuerte Polizeiverbot von 1790 zu machen. Daher veröffentlichte am 20. Februar 1848 der Banket-Ausschuß (Odilon Barrot, Duvergier de Hauranne, Garnier Pagès u. A. m.) das Festprogramm, für Dienstag den 22. Februar. Weil die Festordner aber auch der Nationalgarde eine gewisse Stelle im Zuge angewiesen hatten, so erblickte die Regierung darin eine gesetzwidrige Versammlung der Nationalgarden und verbot das Banket, indem sie die gerichtliche Entscheidung provocirte. Die Opposition, welcher die furchtbaren militairischen Rüstungen nicht entgingen und die den Zusammenstoß einer erregten Masse mit der bewaffneten Macht zu vermeiden wünschte, bestellte das Banket ab (21. Februar). Es war zu spät; die Schleusen der Massenbewegung waren geöffnet, und Niemand vermochte, sie im Augenblicke wieder zu schließen. Jedenfalls trug die Furcht und Unentschlossenheit der königlichen Rathgeber nicht den kleinsten Theil der Schuld, daß es dahin kam, wohin es nicht hätte kommen sollen.

Viertes Kapitel.

Die Revolution und ihre Besiegung.

38. Allgemeine Resultate der letzten fünf Jahre.

Die Revolution, welche unter unsern Augen vorging, liegt nur wenige Jahre hinter uns; ganze Staaten, ganze Stände, und viele Tausende von einzelnen Personen haben noch an ihren üblen Nachwirkungen zu leiden. Dennoch herrscht unter den Gebildeten jetzt schon eine merkwürdige Unbefangenheit in der Auffassung jener Ereignisse, welche den Wohlstand erschütterten und die Ruhe Mittel-Europas ernstlich bedrohten. Von Frankreich ging das Revolutionsfieber aus, und ergriff nach und nach Italien, Deutschland, Oesterreich und Preußen. Kälte, Hungersnoth und Arbeitsmangel stehen unter den fördernden Ursachen der Revolution obenan. Die dadurch erzeugte Misstimmung der niedern Volksclassen war ein gewaltiger Hebel, welcher von den Republikanern und Communisten gegen die bestehende Ordnung nur in Bewegung gesetzt werden durfte. Unschlüssigkeit, Furcht und Rathlosigkeit der Macht-

haber beschleunigten den Fortgang der Revolution. Die politische Misstimmung, welche in vielen Ländern, namentlich in Frankreich, herrschte, steht unter den Ursachen der Revolution erst in zweiter Reihe. Der Liberalismus war mehr ein Meinen, als ein ernstliches Wollen, und hätte sich wenige Wochen vor dem 24. Februar mit den mäßigsten Zugeständnissen zufriedengegeben. Die Lasten, welche den Landmann noch hier und da drückten, waren in Preußen durch die Agrargesetze zum Theil erloschen, zum Theil stand die Ablösung derselben in naher Aussicht. Anders verhielt es sich im Oesterreichischen, wo indessen die letzten Jahre ebenfalls manche Erleichterung gebracht hatten. Der höhere Bürgerstand war mit dem Antheil, welchen man ihm an der Regierung gegönnt hatte, größtentheils zufrieden, und mehr auf den materiellen Erwerb, als auf politische Neuerungen bedacht. Der mittlere Bürgerstand dagegen, der sich unter den Segnungen eines langen Friedens geistig und materiell gehoben hatte, zeigte ein gewisses Verlangen, die Selbstregierung, welche er in den Gemeinden erworben, auch in eine Theilnahme an der Staatsregierung zu erweitern. Doch herrschte auch hier mehr die liberale Phrase und keinesfalls war man gemeint, ein blühendes Gewerbe oder nährendes Handwerk jahrelangen Unruhen und Verkehrsstörungen aufzuopfern, die bürgerliche Umwälzungen stets mit sich bringen. Man fühlte sich zwar und trug eine gewisse Abneigung gegen die vornehmen Stände und die hohen Beamten in sich, Mancher ist wohl so kurzsichtig gewesen, daß er den Verdienst, welchen er von ihnen hatte, im raschen Gedankenfluge durch seine Mitbürger ersetzen ließ; aber auch dieses Selbstgefühl blieb nur im embryonischen Zustande und zeigte sich zuletzt als Unselbstständigkeit des Charakters und Gesinnungslosigkeit, die dem Tagesliberalismus ebenso huldigte, als später, wo empfindliche Verluste eintraten, oft einem verächtlichen Servilismus. Der Stand der wissenschaftlich Gebildeten zählte meist zum Liberalismus oder Radicalismus; er empfand es entweder schmerzlich, daß man ihn in mehreren Staaten von der Repräsentation gänzlich ausschloß, oder er duldete nur ungern die Bevorrechtigung, welche der Adel fast überall genoß. Zum Theil lag auch der Grund lebhafterer Betheiligung an liberalen oder radicalen Bestrebungen in der schlechten äußeren Stellung, und in der Art und Weise der Ausbildung, wie dies namentlich bei den Elementarlehrern zutrifft. Bezeichnend ist es für die schiefe Stellung des Intelligenzstandes, daß man in jener Zeit von einem geistigen Proletariat zu reden anfing, ein trauriges Seitenstück zum physischen Proletariat. Adel und Rittergutsbesitzer erfreuten sich, wegen der mancherlei, oft illusorischen Vorrechte, die sie genossen, bei den übrigen Volksclassen keiner besondern Gunst. Daher ging der erste blinde Sturm der Revolution auch gegen diese Stände; deshalb waren es diese Stände zuerst, welche das Banner der Gegenrevolution entfalteten, nachdem sie sich überzeugt

hatten, daß die Heere unerschüttert blieben. Die Geistlichkeit, durch ihren Beruf mehr dem Friedenstiften und Vermitteln anheimgegeben, richtete ihre Stellung je nach den besondern Umständen ein. Der katholische Klerus, welcher in der Freiheit des Unterrichts und der Associationen die wichtigste Errungenschaft für die Kirche erblickte, begrüßte zuerst die Revolution mit Theilnahme, wendete sich jedoch ab, als das fernere Verbleiben bei ihr den Bestand der Kirche gefährdete, und ihr von der Gegenseite lockende Versprechungen gemacht wurden. Die protestantische Geistlichkeit, durch die strengere Oberaufsicht der letzten acht Jahre enger mit dem altkirchlichen Bewußtsein verschwistert, bewährte die nützlichen Folgen jener Zucht theils durch kluge Zurückhaltung, theils durch stilles Wirken für die bedrohten Interessen der Fürsten, des Adels und ihres Standes. Dagegen warfen sich die liberalen Sekten, Lichtfreunde, freie Gemeinden und Christkatholiken, sowie die Juden, wo man ihre Emancipation verzögert hatte, rückhaltslos der Bewegung in die Arme und wurden fast ihre Hauptträger. Indeß strebte die Mehrzahl nur nach religiöser Freiheit, ließ sich aber von dem Zeitstrome auf andere Gebiete fortziehen, wo sie mehr den Verdacht politischer Neuerungssucht erregte, als ihren anfänglichen Bestrebungen nützte. An diese Sekten schlossen sich Diejenigen, welche mit Dem unzufrieden waren, was in der protestantischen Kirche bisher officiell geschehen war. Die Verdienste, welche sich ein strengeres Kirchenthum um Belebung der Gemeinsamkeit aller Kirchenglieder, um die Missionen, die Mäßigkeitsvereine und die Hebung der Kirchenzucht unter dem in vielfacher Beziehung vernachlässigten Landvolke erworben hatte, wurden übersehen; dagegen fiel ein gewisser geistlicher Hochmuth, den manche Strengkirchliche zur Schau trugen, sowie die Unduldsamkeit, welche man anderen Geistesgebieten angedeihen ließ, umsomehr in die Augen. Dennoch war diese Richtung mehr theoretisch, als praktisch unbequem, und machte sich hauptsächlich in der Literatur geltend, wo einzelne Ultras freilich auch die Waffen der Denunciation nicht verschmähten, um ihre Gegner einzuschüchtern. Sehen wir daraus, daß sich wohl da und dort Wünsche kundthaten, ja manche Beschwerden laut wurden, daß aber nur in den unteren Ständen tiefere Gründe zur Unzufriedenheit lagen, die freilich nicht durch Verfassungsänderungen und Gewährung von Rechten gehoben werden konnten, so gab es doch in allen Ständen ehrgeizige Intriguanten, gutmüthige Schwärmer, leichtgläubige, sanguinische Gemüther und aufrichtige, von ehrlicher Ueberzeugung durchdrungene Männer, welche Letztere die Bewegung freudig begrüßten, zuletzt aber von den drei ersten Classen mit fortgerissen wurden, bis über das Ziel, welches ihre kühnsten Träume je gehofft hatten. Die Hauptgründe, warum die Revolution in Deutschland so weit gedeihen konnte, sind einmal darin zu suchen, daß die vorgenommenen Reformen weniger die sociale Gliederung und die socialen Zu-

stände, als die politischen Formen betroffen hatten, und zum Andern darin, daß die Machthaber den Ausbruch des Pariser Kraters für unmöglich hielten und deshalb überrascht wurden, weil sie in Louis Philipp den allgemeinen Moderator zu sehen gewohnt waren und sich durch die Versicherung desselben, daß keine Gefahr vorhanden sei, in Ruhe hatten wiegen lassen. Die Bewegung brach unvermuthet herein. Völlig niederschlagend wirkte die Nachricht, daß der König im entscheidenden Augenblicke sich schwach gezeigt, und daß geheime Factoren, die man unterschätzt hatte, plötzlich einen Thron umstürzten, den man für fest begründet ansah. Je mehr der Glaube gewachsen war, daß Louis Philipp sich den Manieren eines launenhaften demokratischen Zeitalters anzupassen verstehe, daß er, um mit der Times zu reden, ein Meister im Königshandwerk sei, umsomehr hatten sich die Bedenken, welche man über die Folgen jener von ihm angewandten kleinlichen und verwerflichen Mittel hegte, verloren. Mag man auch in einigen Staaten die Reformen sehr verzögert und, anstatt organisch weiterzubilden, bald mehr nach rückwärts, bald mehr nach vorwärts experimentirt haben, fast nirgends waren die Zustände so verrottet, daß kein anderer Ausweg, sie zu ändern, geblieben wäre, als das gewaltsame Abschneiden des historischen Fadens, die Auflehnung gegen das Gesetz und dessen Träger. Die Folge hat bewiesen, wie unberechtigt jene stürmische Bewegung war, wie unbegründet in den besonderen Zuständen; denn die Geschichte lehrt, daß wirkliche Revolutionen sich nicht so leicht überwinden lassen, als es im Jahre 1848 und 1849 geschehen ist. Die Hauptschuld der anarchischen Bewegung von 1848 lastet auf Louis Philipp's Schultern. Die „Times" stellte nach dem Tode dieses Königs (20. August 1850 in Claremont), der das traurige Loos hatte, von Niemand, außer seiner Familie, geliebt, von Niemand betrauert oder vertheidigt zu werden, eine ziemlich unparteiische Betrachtung über die Regierung Louis Philipp's an, worin sie unter Anderm sagt: „Ludwig Philipp zeichnete sich unter allen Männern, die eine gleich hervorragende Rolle auf der Schaubühne der Geschichte und der Völkerregierung gespielt, durch den Mangel jener übermächtigen Geisteskräfte, jener ungeordneten Leidenschaften, jener eindrucksamen Tugenden, oder jener kühnen Verbrechen aus, welche gewöhnlich die Jahrbücher menschlicher Größe bezeichnen. Diese gefährlichen Gaben des Genies und der Kraft ersetzte er durch eine eigenthümliche Verbindung der kleineren Eigenschaften des menschlichen Naturells. Ob es zum Guten oder zum Schlimmen war, — diese Eigenschaften bildeten die Grundlage seines Charakters, und um diesen Mann richtig zu beurtheilen, würde es gleich bedenklich sein, ihn zu einem Weisen und einem Helden zu erheben, wie ihn zu einem selbstsüchtigen Unterdrücker zu erniedrigen. Ein gesunder Verstand, Schlauheit, Vorsicht, Weltkenntniß, mehr aus Erfahrung, als aus Intuition geschöpft, Geduld,

Selbstbeherrschung und ein lebhafter Sinn für den eigenen Vortheil — das waren die einfachen Stoffe eines nicht in heroischer Form gebildeten Charakters. Diese Eigenschaften kleineren Ranges dehnten sich in seiner Person zu sehr ungewöhnlichen Verhältnissen aus und wurden zu sehr ungewöhnlichen Zwecken verwandt; aber nie verloren sie das Gepräge Dessen, was wir, aus Mangel eines milderen Wortes, die Niedrigkeit ihrer Natur heißen müssen. Die Impulse der Begeisterung, die Gluth der Einbildungskraft, das Handeln nach einem großen Plan, die Hingabe an große Sympathien und Wünsche in der Staatsleitung waren seinem Charakter und seiner Regierung fremd. Zu verwundern war es, daß ein solches Spießbürgerregiment jemals den Genius eines hochgemutheten, kriegerischen und unruhigen Volks in sich einzufangen vermochte, daß die Franzosen ihr natürliches Ungestüm in solchem Maß diesem hausbackenen Zauberbann unterwarfen. Aber der Ausgang hat gezeigt, daß der Nationalgeist im Geheimen für andere Zwecke glühte, und daß er lieber selbst den Ausschweifungen einer Revolution und den Gefahren eines Despotismus trotzen wollte, um nur der gemäßigten Routine eines philisterhaften Geldwechsler- und Gewürzkrämer-Gouvernements zu entgehen." — Die Februarrevolution war gleicherweise unvorhergesehen von allen Parteien, und dieses Selbstvertrauen war ohne Zweifel auch die Ursache jener außerordentlichen Vernachlässigung der entscheidenden Maßregeln, welche der Revolution hätten vorbeugen können.

Außer der mannigfachen Unzufriedenheit, welche in Folge jener eingeschränkten, und von dem Mistrauen der Regierung begleiteten geistigen Bewegung der Vierziger Jahre in vielen Staaten herrschte, machte sich damals noch ein anderes Moment geltend, das den Revolutionen ein großes Princip unterbreitete und ihnen den Beifall Vieler erwarb, die sich sonst gleich von dem damaligen Denken und Handeln unwillig abgewandt hätten. Wir meinen das Princip der Nationalität, wie es in den polnischen Provinzen gegen Preußen und Rußland, in Ungarn, Siebenbürgen und Serbien, in Böhmen und Mähren gegen Oesterreich, endlich in Italien gegen den Einfluß der Fremden sich kundthat. Die Forderungen der Ultras, die sich der Nationalitätsidee in ganz abstracter Weise bemächtigten, gingen so weit, den historischen und politischen Zusammenhang der einzelnen Theile des österreichischen Staates zu zerreißen, den Kaiserstaat aufzulösen und der Provinz Posen eine national-polnische Verwaltung zu verleihen, womit man die gleichberechtigten Deutschen preisgegeben, und weiter nichts erreicht hätte, als daß Rußland die Provinz Posen militairisch besetzt haben würde. Ebenso hieße es mehr als gutmüthig sein, wollte die österreichische Regierung ihre Position in Ober-Italien räumen, um, nachdem die Mazzinisten Alles in Unordnung gebracht und die Revolution an

die Grenzen von Deutsch-Oesterreich verpflanzt hätten, den Franzosen Platz zu machen.

In Deutschland, wo die Bundesverfassung sehr unbeliebt war, strebte man nach Einheit des Regiments, ohne geradezu die Einzelstaaten aufheben zu wollen. Die passive Rolle, welche der Bund in der Politik spielte, die vielfachen persönlichen Belästigungen, welche den freien Verkehr im Innern hinderten, der geringe Schutz, welchen der Deutsche im Auslande und demselben gegenüber genoß, erfüllte die Nation mit Unzufriedenheit, und rief die Erinnerung an die glorreiche Zeit von 1813—1815 wach, wo das einige Deutschland dem größten Eroberer und der kriegerischsten Nation Schranken gesetzt hatte. Wäre nur ein Theil der Forderungen, welche v. Radowitz in seiner Denkschrift (S. 264) an den deutschen Bund gestellt hatte, verwirklicht gewesen, so wäre der Revolution ein mächtiger Factor, ja man darf behaupten, die Grundstütze entzogen worden. Mitten unter den widerstreitenden Interessen der Herrschenden und Regierenden in Deutschland ließ sich aber diese Einheitsform nicht ohne gewaltsame Störung des Besitzstandes verwirklichen. Ueber die politische Form des deutschen Einheitsstaats schwebte man in vollkommenem Dunkel; ein Beweis, daß diese nicht die Wünsche der Nation im Innersten berührte, und daß es mehr auf das Zusammenfassen der Streitkräfte, die Repräsentation im Auslande, und materielle Verbesserungen im Innern abgesehen war. Die Großstaaten Oesterreich und Preußen, deren Kraftelemente einen großen Spielraum, deren Bewohner eine hehre Vergangenheit besaßen, empfanden den Mangel einer deutschen Nationalität überhaupt weniger, als die Mittel- und Kleinstaaten. Da nun die Nationalität ein Hauptfactor der Bewegung war, so erstarkte in den beiden Großstaaten zuerst die lebhafteste Reaction gegen die deutsche Einheit, in welcher Oesterreich und Preußen aufgehen sollten, eine Reaction, die zugleich den heftigsten Kampf gegen die ganze Revolution selbst in sich schloß. Von den Vaterlands- und Preußenvereinen, den „Schwarzgelben" und „Schwarzweißen", wie man sie nannte, oder von den specifischen Oesterreichern und Preußen gingen die Bestrebungen zur Dämpfung der Bewegung hauptsächlich aus, indem sie Revolution und deutsche Einheit identificirten. Dieser specifische Patriotismus, der sich auf reale Thatsachen gründete, sah die Gefahr drohend über seinen Häuptern schweben, die schönsten Erinnerungen einem noch ungewissen, nebelhaften Volksthum hinzuopfern, und das Schicksal des besonderen Vaterlandes dem „Moloch" des „einigen Deutschlands" preiszugeben. Die politischen und kirchlichen Reactionäre sans phrase fanden daher an den National-Reactionären schätzenswerthe Bundesgenossen. Zu ihnen gesellte sich noch eine vierte Partei, welche, obwohl sie vor den Märztagen viele Ideen in Umlauf gesetzt, deren Consequenzen sie nicht ohne Weiteres theilen mochte, doch jetzt einen

Rückhalt gegen die Ueberstürzungen der Demokraten und die Ausschweifungen des gereizten Pöbels suchte: die Liberalen oder die eigentlich Constitutionellen. Die Früchte dieser seltsamen Verbindung heterogener Elemente fielen der politischen und kirchlichen Reaction in den Schooß; als der Sieg über die Demokraten errungen war, gingen die Wege jener vier Parteien wieder auseinander. Die Demokraten verbargen ihre Niederlage hinter der Nichtbetheiligung an dem Staatsleben, weil dasselbe eine ihren Ansichten widersprechende Richtung eingeschlagen, und die Verfassungen nicht in Form Rechtens zu Stande gekommen seien. Als demokratische Organe gelten die Nationalzeitung, Neue Oderzeitung Trierer- und Volkszeitung. Die Liberalen und ein großer Theil der National-Reactionäre bildeten darauf die Opposition in den Kammern. In Preußen wurde die erste Partei von der Constitutionellen, Kölnischen, Aachener, Breslauer Zeitung u. a. m., die andere von dem preußischen Wochenblatt, und eine noch royalistischere Abzweigung der letzteren Partei von der Wehrzeitung angemessen vertreten. Dagegen schuf die Reaction sich hauptsächlich in der Neuen Preußischen und Wiener Zeitung öffentliche Organe, von denen die erste mit nicht zu verkennender Beherztheit, mit System und Geist operirte. Alle aber wendeten die verwerflichen Mittel der Lüge, Verleumdung und Denunciation gegen die Nebenparteien an, und hinterließen in gewissen Kreisen, wo nichts Anderes gelesen wurde, so üble Eindrücke, daß die Annäherung und gegenseitige Achtung der politischen Parteien sehr erschwert worden ist. Je mehr es der Demokratie an gewiegten Männern von allgemeinem Ansehen fehlte, um so eher ging die Leitung der Partei, das öffentliche Repräsentiren, auf Unerfahrene, die kaum dem Jünglingsalter entwachsen waren, oder auf gewandte Abenteurer über, die sich nicht des besten Rufes erfreuten, und mit der Bramarbasphrase die Menge täuschten oder fortrissen. Dieses renommistische Treiben brachte alle jene widerlichen Erscheinungen der „Straßendemokratie“ hervor, die sich in Mishandlungen Andersgesinnter, Katzenmusiken und Fensterzertrümmern äußerte, allabendlich die Ruhe störte und dem friedlichen Bürger die Bewegung verleidete. Ja es ging soweit, daß die erste Frucht der Preßfreiheit in Leipzig in der Bedrohung einer Druckerei bestand, welche ein antidemokratisches Blatt herausgab. Die Demokratie hat diese Scandale, die sie entweder begünstigte, oder nicht sofort mit Energie unterdrückte, theuer gebüßt, da die „Reaction“, als sie zur Macht gelangte, nicht verabsäumte, sich für die ausgestandenen Schrecken mit gleicher Münze bezahlt zu machen. In den Soldaten, von der Demokratie mit entschiedenem Unglück bearbeitet, fand man die Werkzeuge, welche die Demokraten durch nächtlichen Ueberfall einschüchterten und in offener Feldschlacht besiegten. Die Entdisciplinirung des Heeres, welche zu verschiedenen Zeiten die entgegengesetzten Parteien befürchtet

hatten, trat nicht ein, sondern alle Heere, mit Ausnahme des badischen und ungarischen, bewährten die Zucht und den strengen Gehorsam, in welchem sie von ihren Oberen auferzogen worden waren.

Was unter dem allgemeinen Namen „Demokraten" zusammengefaßt wurde, war jedoch nicht Eine in sich einige Partei, sondern ein Collectivum von drei verschiedenen Parteien, die kaum in Einem Punkte, in der Volkssouverainetät, übereinstimmten. Die Demokratisch-Constitutionellen, welcher Richtung die meisten norddeutschen Demokraten anhingen, bekannten sich zur Monarchie auf breitester Grundlage, die reinen Demokraten zur Republik, die Rothen aber zur social-demokratischen Republik. Das öffentliche Organ der ersteren Fraction war die „Zeitungshalle", von G. Julius, später die „Nationalzeitung", das der zweiten „die Reform", von A. Ruge, und das der dritten die „Neue Rheinische", später „Westdeutsche Zeitung", welche sich am besten dadurch charakterisirt, daß sie noch im Sommer 1848 und im demokratischen Köln unterdrückt wurde. Diese drei Fractionen, welche bis nach den ersten Wahlen nothdürftig zusammenhielten, trennten sich im Sommer 1848, um im November nochmals eine Vereinigung herzustellen, die in Süddeutschland schon im Mai 1849 aufgelöst wurde, und in Norddeutschland höchstens noch in etwas Negativem: „Enthaltung von den Kammerwahlen", fortzubestehen scheint. Wie die Demokraten plötzlich und in ungeahnter Zahl 1848 zum Vorschein kamen, ebenso rasch ist die Partei als solche wieder verschwunden, wenn es auch der einzelnen Demokraten noch Viele giebt. Dies schnelle Entstehen und Vergehen der Demokratie gab den Physiologen zu der Erfindung der Lehre von Geistesepidemien Veranlassung, und auf der Berliner Universität konnte man einen jungen Doctoranden eine Dissertation über die demokratische Krankheit vertheidigen hören.

Betrachten wir endlich die Gründe, warum die Demokratie die erlangte Herrschaft nicht befestigen konnte, so lagen sie theils in der erwähnten Uneinigkeit der demokratischen Fractionen, welche nichts von dem Buchstaben ihrer Programme ablassen wollten, und einander die Unterstützung verweigerten, in der Furcht, von der Nebenfraction vertilgt zu werden; theils in dem künstlichen Hinaufschrauben der politischen Principien zu einer Höhe, wohin das Volk nicht folgen mochte. Die überwiegend demokratischen Kammern hatten das Volk fortgezogen und glaubten, sie seien durch dieses emporgetragen worden. Plötzlich, als der letzte entscheidende Schritt zu thun war, schwebten die Kammern und alle die Demokraten, welche sich mit hinaufgeschwindelt hatten, allein in der Luft; sie erblickten die Gefahr, sie erkannten die Täuschung, aber es war zu spät, — die Masse, welcher sie selbst auf den Thron geholfen und die sie mit souverainer Macht umkleidet, sank in die frühere Bedeutungslosigkeit zurück, in die Kluft, welche zu schließen sich nunmehr alle Elemente der Ordnung verbanden. Die

Demokratie standen keine weiteren Mittel, als die rohe, ungefüge Masse zu Gebote; auch fehlte es ihr an Persönlichkeiten, die vor den Märztagen schon einen fest begründeten Ruf gehabt hätten. Zudem traf die Solidarität, welche man der Demokratie in pleno für alle Straßenscandale aufbürdete, den Einfluß und das Ansehen der letzteren mit vernichtendem Schlage. Alle Nichtdemokraten und auch im Geheimen die Demokratisch-Constitutionellen fürchteten, daß „die Rothen" zur Herrschaft kommen möchten. Von den monarchischen Coterien hatte keine mehr Chancen, die erledigte Parteiherrschaft anzutreten, als die „Junkerpartei" und die „Bureaukratenpartei", da die Liberalen, welche ohnehin als Urheber und Schürer der vormärzlichen Bewegung mistrauisch angesehen und zugleich von den Demokraten gehaßt wurden, aller Gewaltmittel entbehrten und weder die Massen, noch das Heer auf ihrer Seite hatten. Auch hatten sich die gepriesenen Talente der Liberalen in der Praxis nicht so bewährt, als ihre Anhänger hatten glauben machen wollen. Zwischen der „Junkerpartei" und der "Bureaukratenpartei", welche beiderseits die strengkirchlichen Elemente an sich gezogen, schwebt jetzt noch in mehreren deutschen Staaten der Kampf; der Sieg wird derjenigen von beiden Parteien einstweilen zufallen, welche die wenigste Selbstsucht und den meisten Patriotismus neben der reinsten Liebe zum Königthum bethätigen wird. Die orientalischen Wirren werden über diese Frage bald Licht verbreiten. In Oesterreich hat die Bureaukratie bereits gesiegt durch den Einheitsstaat, ebenso in Sardinien. In Frankreich kam dagegen durch den Staatsstreich vom 2. December 1851 das Säbelregiment ans Ruder, nach Guizot eine Uebergangsform und keine wirkliche Regierung. Louis Napoleon hat diese wirkliche Regierung durch zwei weitere Acte geschaffen (vom 2. December 1852 und 29. Januar 1853), nachdem er dazu die Genehmigung des Volks eingeholt, die erbliche Monarchie gegründet, und durch eine Mesalliance den seltsamen Bund mit der Volkssouverainetät besiegelt und sich als parvenu proclamirt. — In Preußen, wo der Kampf zwischen Adel und Bureaukratie noch nicht ausgefochten ist, scheint ersterer den Rückzug anzutreten. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Partei der Kreuzzeitung durch ihr Bündniß mit den separatistischen Bestrebungen in der Kirche, den specifisch-lutherischen und specifisch-reformirten Parteien, den Irvingianern und Pietisten, sowie durch ihre russenfreundliche, antipreußische Gesinnung, sich sehr geschadet hat, während die Bureaukratie an der im Volke beliebten Union der protestantischen Kirchen festhält, eine nationale Politik verfolgt und mit dem Gehorsam gegen den Landesherrn auch die Treue der Ueberzeugung und das redliche Bemühen, sich den constitutionellen Formen anzubequemen, zu vereinen bestrebt ist.

Wenden wir uns nun zu dem Einzelnen und versuchen, in kurzen Zügen ein Bild der letzten fünf Jahre zu entwerfen.



Erster Abschnitt.

Vom Februar bis April 1848.

39. Frankreich. Lamartine.

Das auf den 22. Februar angesetzte Reformbanket war von der Opposition abgesagt worden. Davon wußten jedoch die Volkshaufen nichts, welche sich aus Neugier auf dem Festplatze eingefunden hatten. Unzufrieden, daß das erwartete Schauspiel nicht stattfand, neckte das Volk die Polizei und Truppen; es fanden Verhaftungen statt, und von den Straßenbuben wurden im Muthwillen einige Barricaden aufgeworfen, aber von den Soldaten bald zerstört. Am 23. Februar erneuerten sich diese Scenen. Die Nationalgarde, welche der König herbeirief, sah dem Scandal ruhig zu, woraus Guizot, der vergebens auf Anwendung der Militairmacht bestanden, merkte, daß seine Zeit um war. Er dankte ab, was in den Kammern wahrhaft komische Ausbrüche der Verzweiflung zur Folge hatte. Louis Philipp ließ Molé rufen, der aber kein Ministerium bilden konnte. Thiers, an den sich nun der König wandte, nahm den Auftrag an und sein Name beruhigte die Nationalgarde einigermaßen; am Abend war Paris freiwillig erleuchtet und Volkshaufen durchwogten friedlich die Straßen. Aber die Mitglieder der geheimen Vereine, welche sich unter die Menge vertheilt hatten, suchten Anlaß zu einer neuen Schilderhebung, wozu die Gelegenheit günstig schien. Man lenkte den Strom der Menge nach Guizot's Hotel, wo ein Bataillon Linie stand. Ein gewisser Sobrier trat heran und capitulirte mit den Truppen über den Abzug. Da fällt ein Pistolenschuß — man glaubt, von dem Republikaner Lagrange. Das Militair giebt darauf eine Salve, wovon gegen funfzig Menschen getödtet oder verwundet wurden. Das Volk schreit Verrath und Rache; die Menge stiebt, den Vorfall in alle Stadttheile meldend, auseinander, während einige Beherzte die blutigen Leichen und Verwundeten aufheben und nach den Spitälern tragen. Paris war im Ru mit Barricaden übersäet; das Volk zündete Wachtfeuer auf den Straßen an, plünderte die Waffenmagazine und goß Kugeln. Der König schwankte; vergebens erbot sich Bugeaud, dem Aufstande in wenig Stunden ein Ende zu machen. Bugeaud's Name war indeß verhaßt, und der König ernannte den beliebten Marschall Gérard zum Truppencommandanten und den General Lamoricière zum Befehlshaber der Nationalgarde. Odilon Barrot, der statt Thiers ein Ministerium zu bilden beauftragt war, ritt in Paris umher und verkündigte diese Ernennungen. Umsonst, von allen Barricaden antwortete ihm das verhängnißvolle: „Zu spät!" Das Volk, welches durch das ohne Ordre gelassene Militair nur geringen Widerstand erfuhr, und nur einen heftigen Kampf

mit den Municipalgarden zu bestehen hatte, drängte nach den Tuilerien und dem Stadthause. Louis Philipp verlor seine sonstige Geistesgegenwart; er unterzeichnete die Abdankung zu Gunsten des Grafen von Paris und der Herzogin von Orleans, und begab sich mit seiner Gattin, der Herzogin von Nemours und deren Kindern am 24. Februar Mittags halb ein Uhr durch eine Seitenthüre der Tuilerien nach dem Eintrachtsplatze, wo sie zwei Fiacres mietheten und davon fuhren. In Dreux erfuhr die königliche Familie die Ausrufung der Republik und beschloß, sich zu trennen und unter Verkleidungen die Küste zu gewinnen. In einem kleinen Gartenhause des Herrn von Perthuis auf dem Cap Honfleur fanden sich Alle wieder zusammen, und hielten sich neun Tage daselbst versteckt, während General Dumas und Oberst von Rumigny Anstalten zur Ueberfahrt nach England trafen. Die provisorische Regierung hatte genaue Kunde über Louis Philipp's Aufenthaltsort; aber sie war besorgter, als der König selbst und gab heimlich Befehle, dem König die Ueberfahrt zu erleichtern. Als er den englischen Boden betrat, athmete sie fast leichter, als der Verbannte.

In Paris hatte die Abdankung des Königs nicht die gehoffte Ruhe hergestellt. „Zu spät! Zu spät!“ riefen die revolutionären Anführer; das Volk bemächtigte sich der Tuilerien und verbrannte den heruntergeschleppten Thron, schonte indeß, wie 1830, das Staats- und Privateigenthum. Darauf fluthete der Volksstrom nach der Deputirtenkammer, wohin sich die muthige Herzogin von Orleans mit ihren Kindern und dem Herzog von Nemours begeben, um die Anerkennung der Rechte ihres Sohnes zu fordern. Odilon-Barrot sprach zu ihren Gunsten, aber die ängstlichen Deputirten schenkten ihm kein Gehör und liefen verzweifelt im Saale umher. Da entstand ein furchtbarer Lärm an den Thüren des Deputirtensaales; wilde Banden, mit Gesichtern vom Pulverdampf geschwärzt, stürzten herein. Die Herzogin von Orleans und der Herzog von Nemours zogen sich durch eine hinter dem Rednerstuhle befindliche Thüre zurück, während die Menge die für die Deputirten bestimmten Sitze füllte und die Waffen auf den Präsidenten Sauzet anlegte. Sofort stob die Versammlung bis auf die wenigen Mitglieder der äußersten Linken auseinander. Das Volk schrie: „Proclamirt eine provisorische Regierung, proclamirt die Republik! Keine Bourbons mehr!“ Dupont de l'Eure bestieg endlich den Rednerstuhl uud begann die Namen der Mitglieder der provisorischen Regierung zu verlesen. Jeden Namen begleitete Beifalls- oder Misfallsgeschrei. Mit allgemeinem Beifall wurden Lamartine, Dupont de l'Eure, Arago und Ledru-Rollin begrüßt; getheilter Beifall folgte der Nennung von Cremieux, Garnier-Pagès, Marie, Goudchaux, Bethmont, Bedeau, Charras, Flocon, Louis Blanc und Albert. Sogleich verfügte sich die provisorische Regierung, von dem in der Deputirtenkammer noch



Erster Abschnitt.

Vom Februar bis April 1848.

39. Frankreich. Lamartine.

Das auf den 22. Februar angesetzte Reformbankett war von der Opposition abgesagt worden. Davon wußten jedoch die Volkshaufen nichts, welche sich aus Neugier auf dem Festplatze eingefunden hatten. Unzufrieden, daß das erwartete Schauspiel nicht stattfand, neckte das Volk die Polizei und Truppen; es fanden Verhaftungen statt, und von den Straßenbuben wurden im Muthwillen einige Barricaden aufgeworfen, aber von den Soldaten bald zerstört. Am 23. Februar erneuerten sich diese Scenen. Die Nationalgarde, welche der König herbeirief, sah dem Scandal ruhig zu, woraus Guizot, der vergebens auf Anwendung der Militairmacht bestanden, merkte, daß seine Zeit um war. Er dankte ab, was in den Kammern wahrhaft komische Ausbrüche der Verzweiflung zur Folge hatte. Louis Philipp ließ Molé rufen, der aber kein Ministerium bilden konnte. Thiers, an den sich nun der König wandte, nahm den Auftrag an und sein Name beruhigte die Nationalgarde einigermaßen; am Abend war Paris freiwillig erleuchtet und Volkshaufen durchwogten friedlich die Straßen. Aber die Mitglieder der geheimen Vereine, welche sich unter die Menge vertheilt hatten, suchten Anlaß zu einer neuen Schilderhebung, wozu die Gelegenheit günstig schien. Man lenkte den Strom der Menge nach Guizot's Hotel, wo ein Bataillon Linie stand. Ein gewisser Sobrier trat heran und capitulirte mit den Truppen über den Abzug. Da fällt ein Pistolenschuß — man glaubt, von dem Republikaner Lagrange. Das Militair giebt darauf eine Salve, wovon gegen funfzig Menschen getödtet oder verwundet wurden. Das Volk schreit Verrath und Rache; die Menge stiebt, den Vorfall in alle Stadttheile meldend, auseinander, während einige Beherzte die blutigen Leichen und Verwundeten aufheben und nach den Spitälern tragen. Paris war im Nu mit Barricaden übersäet; das Volk zündete Wachtfeuer auf den Straßen an, plünderte die Waffenmagazine und goß Kugeln. Der König schwankte; vergebens erbot sich Bugeaud, dem Aufstande in wenig Stunden ein Ende zu machen. Bugeaud's Name war indeß verhaßt, und der König ernannte den beliebten Marschall Gerard zum Truppencommandanten und den General Lamoricière zum Befehlshaber der Nationalgarde. Odilon Barrot, der statt Thiers ein Ministerium zu bilden beauftragt war, ritt in Paris umher und verkündigte diese Ernennungen. Umsonst, von allen Barricaden antwortete ihm das verhängnißvolle: „Zu spät!" Das Volk, welches durch das ohne Ordre gelassene Militair nur geringen Widerstand erfuhr, und nur einen heftigen Kampf



mit den Municipalgarden zu bestehen hatte, drängte nach den Tuilerien und dem Stadthause. Louis Philipp verlor seine sonstige Geistesgegenwart; er unterzeichnete die Abdankung zu Gunsten des Grafen von Paris und der Herzogin von Orleans, und begab sich mit seiner Gattin, der Herzogin von Nemours und deren Kindern am 24. Februar Mittags halb ein Uhr durch eine Seitenthüre der Tuilerien nach dem Eintrachtsplatze, wo sie zwei Fiacres mietheten und davon fuhren. In Dreux erfuhr die königliche Familie die Ausrufung der Republik und beschloß, sich zu trennen und unter Verkleidungen die Küste zu gewinnen. In einem kleinen Gartenhause des Herrn von Perthuis auf dem Cap Honfleur fanden sich Alle wieder zusammen, und hielten sich neun Tage daselbst versteckt, während General Dumas und Oberst von Rumigny Anstalten zur Ueberfahrt nach England trafen. Die provisorische Regierung hatte genaue Kunde über Louis Philipp's Aufenthaltsort; aber sie war besorgter, als der König selbst und gab heimlich Befehle, dem König die Ueberfahrt zu erleichtern. Als er den englischen Boden betrat, athmete sie fast leichter, als der Verbannte.

In Paris hatte die Abdankung des Königs nicht die gehoffte Ruhe hergestellt. „Zu spät! Zu spät!“ riefen die revolutionären Anführer; das Volk bemächtigte sich der Tuilerien und verbrannte den heruntergeschleppten Thron, schonte indeß, wie 1830, das Staats- und Privateigenthum. Darauf fluthete der Volksstrom nach der Deputirtenkammer, wohin sich die muthige Herzogin von Orleans mit ihren Kindern und dem Herzog von Nemours begeben, um die Anerkennung der Rechte ihres Sohnes zu fordern. Odilon-Barrot sprach zu ihren Gunsten, aber die ängstlichen Deputirten schenkten ihm kein Gehör und liefen verzweifelt im Saale umher. Da entstand ein furchtbarer Lärm an den Thüren des Deputirtensaales; wilde Banden, mit Gesichtern vom Pulverdampf geschwärzt, stürzten herein. Die Herzogin von Orleans und der Herzog von Nemours zogen sich durch eine hinter dem Rednerstuhle befindliche Thüre zurück, während die Menge die für die Deputirten bestimmten Sitze füllte und die Waffen auf den Präsidenten Sauzet anlegte. Sofort stob die Versammlung bis auf die wenigen Mitglieder der äußersten Linken auseinander. Das Volk schrie: „Proclamirt eine provisorische Regierung, proclamirt die Republik! Keine Bourbons mehr!“ Dupont de l'Eure bestieg endlich den Rednerstuhl uud begann die Namen der Mitglieder der provisorischen Regierung zu verlesen. Jeden Namen begleitete Beifalls- oder Misfallsgeschrei. Mit allgemeinem Beifall wurden Lamartine, Dupont de l'Eure, Arago und Ledru-Rollin begrüßt; getheilter Beifall folgte der Nennung von Cremieux, Garnier-Pagès, Marie, Goudchaux, Bethmont, Bedeau, Charras, Flocon, Louis Blanc und Albert. Sogleich verfügte sich die provisorische Regierung, von dem in der Deputirtenkammer noch



forttobenden Volke unbemerkt, nach dem Stadthause, wo sie zu ihrem Erstaunen schon unter Lagrange eine provisorische Regierung antraf, die aber den Platz räumte, als Lamartine, der ans Fenster getreten war, von dem untenstehenden Volke mit donnerndem Jubel begrüßt wurde. Auch die provisorische Regierung, welche im Bureau des National eingesetzt war, und die Revolutionsschaar, welche einen Gemeinderath gebildet hatte, dankte ab. Am Abend des 24. Februar meldeten die Telegraphen in die Provinzen die Namen der provisorischen Regenten und die Proclamation der Republik, und die Departements unterwarfen sich der übermächtigen Hauptstadt. Joinville und Aumale gaben ihre Commandos in Algier ab und reisten nach England. Heer, Flotte und Beamte erkannten die Republik und die provisorische Regierung an, und die Truppen verließen Paris, dessen Bewachung einer aus arbeitslosen Handwerkern und Gamins gebildeten Mobilgarde anvertraut wurde. Die Devise der neuen Republik: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!" prangte an den öffentlichen Gebäuden, den Fahnen und an der Spitze der Gesetze und Proclamationen, welche die provisorische Regierung erließ, und deren Zahl sich auf zweihundertfünfundneunzig belief. Die brotlosen, hungernden Proletarier, welche auf diese Revolution sehr pochten, zufriedenzustellen, war das Schwierigste. Louis Blanc hielt im Luxembourg ein Arbeiterparlament ab und richtete Nationalwerkstätten ein, die sehr viel Geld verschlangen und Niemand befriedigten, am wenigsten die fleißigen und geschickten Arbeiter, welche gleichen Lohn mit den faulen und ungeschickten empfingen. Aufzüge, Reden, Illuminationen und Demonstrationen, bald gegen die Regierung, welche des Verraths am „Volke" beschuldigt wurde, bald gegen die „Bourgeoisie", der man Kargheit, Geiz und zu große Friedensliebe zum Vorwurf machte, bald gegen die Communisten gerichtet, nahmen kein Ende; Flugschriften, Tagesblätter und Clubs aller Art tauchten aus dem Strudel der Bewegung empor und überboten sich in extremen und unausführbaren Forderungen. Die Regierung sah ein, daß sie zur Begründung der Republik sich mehr auf die Nationalgarde und Mobilgarde verlassen müsse, als auf die Massen. Auch die „Bourgeoisie" verkannte ihren Vortheil nicht und unterstützte die republikanische Regierung, um nicht von den Communisten ausgebeutet zu werden. Die Führer der Massen sahen diesen Bund der Regierung mit der Bourgeoisie immer mistrauischer an und beschlossen, allerlei „friedliche Demonstrationen" zu machen. Die bedeutendsten Demonstrationen fanden am 17. März und 16. April in Paris statt, wo an 150,000 Arbeiter, in geschlossenen Reihen und festtäglich gekleidet, mit Fahnen, worauf „Organisation der Arbeit, Aufhebung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen" stand, vom Marsfeld über die Quais zogen, ohne die ebenfalls in imposanter Zahl und Haltung ausgerückte Nationalgarde zu reizen oder anzugreifen. Das Ausland wurde über die

kriegerischen Tendenzen der Revolution durch das berühmte, schönrednerische Circularschreiben Lamartine's an die französischen Gesandten und Agenten beruhigt. „Friede und Freiheit," sagte er, „seien an einem Tage geboren worden." Indessen mistrauten die auswärtigen Regierungen diesen Phrasen, wie die Mobilmachungen in Deutschland und die Rüstungen in England bewiesen, während Kaiser Nikolaus zu seinen Gardeofficieren sagte: „Meine Herren, wir steigen zu Pferde!" Wohin — das zeigten die Lager von Kalisch und der Einmarsch der Russen in die Moldau.

Mitten unter den Beunruhigungen, welchen die provisorische Regierung ausgesetzt war, traf sie die Anstalten zu den Urwahlen für die constituirende Nationalversammlung, die zuerst am 20. April, dann am 4. Mai zusammentreten sollte. Ledru-Rollin, der großen Kummer hegte, daß die Wahlen reactionär ausfallen möchten, schonte kein Mittel, weder der Drohung, noch der Verheißung, um den Regierungscandidaten die Mehrheit zu sichern, und sprach es geradezu aus, daß, wenn der befürchtete Fall einträte, das Volk noch einmal die Waffen ergreifen müßte, um die Versammlung zu sprengen. Diese Lehre fiel bei den späteren Machthabern auf fruchtbaren Boden.

40. Der deutsche Bund.

Die Rückwirkung der Februarrevolution auf Deutschland machte sich in dem Maße geltend, wie die Nachricht davon die einzelnen Staaten erreichte. Regierungen und Völker hegten gleichmäßig Besorgnisse wegen Unruhen und Krieg, die unser Vaterland bodenlos unglücklich machen konnten. Von Oben fürchtete man den Einmarsch der französischen Republikaner, von Unten die Invasion der Russen, um die revolutionäre Bewegung von den russischen Grenzen entfernt zu halten und die bedrohten Fürsten zu schützen. Die Liberalen, wie die Regierungen, sahen kein anderes Heil, den drohenden Gefahren zu entgehen, als Einigkeit und Gewährung gewisser Lieblingswünsche, welche auf den Landtagen von Jahr zu Jahr aufgetaucht waren. Nach dem Gesetz aller Revolutionen bemächtigte sich zuerst die radicale Partei der Leitung des Volks und brachte ihre Wünsche in die Forderungen, welche man den Fürsten vortrug und die von diesen fast überall genehmigt wurden. Wir theilen ein solches Programm mit: „Ein freigewähltes Parlament; Preßfreiheit; Religions- und Lehrfreiheit; Vereins- und Versammlungsrecht; Verminderung der stehenden Heere; Einführung der Volkswehr; Beeidigung des Militairs auf die Verfassung; Oeffentlichkeit der Rechtspflege und Schwurgerichte; allgemeines deutsches Staatsbürgerrecht; Verminderung der Pensionslast; Abtretung der Domainen; Abschaffung der Servitut- und Feudallasten; gerechte Besteuerung nach dem Einkommen; Wohlstand, Bildung und Un-

terricht für Alle; Schutz- und Gewährleistung der Arbeit; Ausgleichung des Misverhältnisses zwischen Capital und Arbeit; volksthümliche und billige Staatsverwaltung; Verantwortlichkeit der Minister und Beamten; Abschaffung aller Vorrechte." Je nach Laune und Bedürfniß ließ man hier etwas weg, setzte dort etwas zu. Z. B. in Gotha: „Schutz der Innungen", in Dessau: „Vertheilung der Domainen-Aecker an die Gemeinden."

Preußens hochherziger König glaubte die Zeit gekommen, wo seine Lieblingswünsche, über die er mit Radowitz manches vertraute Gespräch gepflogen (S. 263), verwirklicht werden dürften. Er setzte sich in Verbindung mit den sächsischen und mehreren anderen norddeutschen Höfen, und berief auf den 25. März einen Fürstencongreß nach Dresden, wohin auch Oesterreich und die süddeutschen Regierungen eingeladen wurden. Um aber die Leitung der Bewegung nicht in unrechte Hände kommen zu lassen, rieth man von Berlin aus den kleineren Höfen energischen Widerstand an und versprach Hilfe, wo diese nöthig sein sollte.

Der reißende Strom der Bewegung erreichte aber die Großstaaten eher, als sie sich auf dem Fürstencongresse, den man nach der sächsischen Revolution in Potsdam halten wollte, über die Neugestaltung Deutschlands einigen konnten. Der deutsche Bundestag zeigte sich bald in seiner Machtlosigkeit und verurtheilte, den Einzelregierungen zum schlimmen Beispiel, seine ganze bisherige Politik. Seine Ansprache an die Regierungen und das Volk vom 1. März forderte beide zur Eintracht auf, erinnerte an die „theuer erkauften Erfahrungen und wünschte, daß sie für die stürmische Zukunft benutzt würden. Der Bundestag werde von seinem Standpunkte aus Alles aufbieten, um gleich eifrig für die Sicherheit Deutschlands nach Außen, wie für die Förderung der nationalen Interessen und des nationalen Lebens im Innern zu sorgen. Deutschland werde und müsse auf die Stufe gehoben werden, die ihm unter den Nationen Europas gebühre; aber nur der Weg der Eintracht, des gesetzlichen Fortschritts und der einheitlichen Entwickelung führe dahin. Der deutsche Bundestag vertraue mit voller Zuversicht auf den, in den schwierigsten Zeiten stets bewährten gesetzlichen Sinn, die alte Treue und die r e i f e E i n s i c h t des deutschen Volkes." Diese Erklärung schadete dem Ansehen der Bundesversammlung mehr, als sie nützte, und war dem Spott der Presse ausgesetzt, welche den Bund an frühere anders lautende Verkündigungen höhnisch erinnerte. Indeß war es diesmal dem Bundestag Ernst, wie seine volksthümliche Rührigkeit in auswärtigen und inländischen Angelegenheiten zeigte. Schon am 3. März sah die Bundesversammlung sich in der Nothwendigkeit, dem Volke einen Beweis ihres Vertrauens zu geben: sie stellte den Regierungen die Gewährung der Preßfreiheit anheim. Als am 4. März die Revolution in Frankfurt ausbrach und um sie herum die Flammen der Empörung lodernd emporschlugen, erließ die Bundesversammlung am 9. März

ein Decret zur Anlegung der sonst verpönten deutschen Farben und am 10. März erfolgte an die Regierungen die Aufforderung, unverzüglich siebenzehn Vertrauensmänner abzusenden, um die zeitgemäße Reform der Bundesverfassung zu berathen. Baden, Kurhessen und Sachsen mit Hessen=Darmstadt hatten ihre früheren Bundestagsgesandten schon durch populäre Männer: Welcker, Jordan, Todt, ersetzt, die, nebst Schmerling und Sommarruga, Dahlmann, Kirchgeßner, später Cucumus (für Bayern), v. Wangenheim, später Zachariä (für Hannover), Uhland, Bassermann, Langen (für Großhessen), Droysen (für Holstein), Willmar (für Luxemburg), v. d. Gabelentz und Luther (Ernst.-Sachsen), Max von Gagern (Braunschweig und Nassau), Albrecht, Petri, Gervinus, Jaup, Stockmar, Stever und Perthes, zu der Versammlung der „Vertrauensmänner“ zusammentraten. Diese Maßregel des Bundestags hinkte aber hinter einer anderen her, welche von der liberalen Partei bereits getroffen war. Einmal hatten nämlich die süddeutschen Regierungen Bayern, Württemberg, Baden, Großhessen und Nassau schon Abgesandte (M. v. Gagern, General Graf Lehrbach, v. Sternenfels) an die norddeutschen Höfe mit kategorischen volksthümlichen Forderungen geschickt, wobei es nicht ohne die Drohung geblieben sein soll, man werde die deutsche Föderativrepublik ausrufen, wenn man sich dort weigere, ein deutsches Parlament und eine deutsche Monarchie mit wirklichen demokratischen Einrichtungen zu bilden: und zum Andern hatten sich auf Welcker's Einladung, am 5. März, 51 Männer der ständischen Oppositionen in Heidelberg eingefunden und sich zu dem Beschlusse vereinigt: „ihre Regierungen auf das Dringendste anzugehen, sobald und so vollständig als nur möglich das gesammte deutsche Vaterland und die Throne mit dem kräftigen Schutzwalle einer — Nationalvertretung zu umgeben.“ Zugleich wollten sie dahin wirken, „daß baldmöglichst eine vollständigere Versammlung von Vertrauensmännern aller deutschen Volksstämme“ — als die Heidelberger Versammlung — „zusammentrete, um diese wichtigste Angelegenheit weiter zu berathen und dem Vaterlande wie den Regierungen ihre Mitwirkung anzubieten. Die Herstellung und Vertheidigung der höchsten Güter der Nation müsse, so lange auf diesem Wege noch Rettung möglich sei, im Zusammenwirken der deutschen Volksstämme mit ihren Regierungen erstrebt werden.“ Ein Siebenzehner=Ausschuß: Heinrich v. Gagern, Binding, v. Itzstein, Römer, Stettmann, Welcker und Wittig, wurde mit den Vorbereitungen zu dem „Vorparlament“ beauftragt und erließ am 12. März die Einladung an alle früheren und gegenwärtigen Ständemitglieder und an einige andere durch das Vertrauen des deutschen Volks ausgezeichnete Männer, zu einer Zusammenkunft in Frankfurt a. M. am 30. März, um die Grundlagen einer nationalen deutschen Parlamentsverfassung zu berathen.

Das Vorparlament, dem 141 Preußen und nur 2 Oesterreicher beiwohnten, und das im Ganzen aus 548 Personen — Ständemitgliedern, Abgeordneten von Volksversammlungen und Liberalen, die aus freiem Antriebe kamen — bestand, tagte in der Paulskirche unter Mittermaier's Leitung vom 31. März bis 3. April. Dahlmann, v. Itzstein, R. Blum und Jordan waren im Römersaale zu Vicepräsidenten erwählt worden. Die Verhandlungen trugen das Gepräge des Tages und waren sehr stürmisch, da die Meinungen der Gemäßigten oder „vormärzlichen Liberalen" von denen der Radicalen und Republikaner unter Blum, Hecker und Struve weit abwichen. Die Letzteren strebten, wie sie sagten, die Revolution zu sichern, indem sie mit der ganzen Vergangenheit, mit allen noch bestehenden Gewalten brechen und neben den allgemeinen Zwecken auch die Mittel dazu in Anwendung bringen wollten; die Ersteren dagegen wollten nicht weiter gehen, als bis zu den Zielpunkten, für deren Erreichung sie Jahre lang gestritten und gelitten hatten; sie verwarfen die Revolution, weil nun die gesetzlichen Mittel vorhanden seien, die Volkswünsche zu erreichen; sie wünschten, den Regierungen die heilsamen Folgen eines innigen Zusammenwirkens mit den nationalen Sympathien zu zeigen. Das Vorparlament nahm eine der merkwürdigsten Doppelstellungen im politischen Leben ein, die es giebt. Ungerecht in seiner Zusammensetzung, incompetent in seinem Ursprunge, gemäßigt in den Absichten der Mehrheit, zur Berathung versammelt und zur endgültigen Beschließung für ganz Deutschland hingetrieben, den Bundestag für eine Leiche erklärend und doch mit ihm im Verkehr, usurpirte das Vorparlament die höchste Gewalt in Deutschland und forderte buchstäbliche Erfüllung für Alles, was es festgesetzt hatte. Revolution und Loyalität waren in diesem Gebahren merkwürdig verbunden. Das Vorparlament berief die Nationalversammlung; der Bundestag gab die formelle Bestätigung und die Regierungen ordneten das Nöthige zur Ausführung an. In Preußen, wo man die Wahlen zur Nationalversammlung hatte durch den Vereinigten Landtag provinzenweise vornehmen lassen, wurden die Wahlen sofort cassirt, als vom Frankfurter Ausschusse dagegen protestirt wurde.

Der Siebenzehner-Ausschuß hatte dem Vorparlament Vorschläge zur Berathung unterbreitet, von denen die meisten sich in der Radowitz'schen Denkschrift befinden (S. 264). Außerdem befanden sich unter den Propositionen: „Ein Bundeshaupt mit verantwortlichen Ministern; Ein Senat der Einzelstaaten; Ein Haus des Volkes, hervorgehend aus Urwahlen nach dem Maßstab von 1:70,000." Struve legte dagegen eine von 18 Abgeordneten unterzeichnete Zusammenstellung der Rechte des Volkes vor und verlangte deren Anerkennung. Den bedeutendsten Gegenstand der Verhandlungen des ersten Tages, die durch einen Ausfall



Voigt's gegen den „Bundestagsgesandten Welcker“ und durch das Gerücht eines Angriffs auf das Vorparlament ein nicht ermuthigendes Bild der Verwirrung boten, war der Antrag Eisenmann's aus Nürnberg: „vor Allem nur die Herstellung und Berufung einer wirklichen constituirenden Versammlung durch Urwahlen aus dem ganzen deutschen Volke zu erstreben.“ Dieser Antrag erhielt allgemeine Beistimmung und man berieth zunächst über die zu vertretenden Länder. Schleswig ward für unauflöslich mit Holstein verbunden erachtet, die Aufnahme Ost- und Westpreußens in den deutschen Bund beantragt, die Frage wegen Zuziehung Posens dagegen offen gelassen. Auf 50,000 Einwohner sollte je ein Vertreter gewählt werden, in den Ländern von noch nicht 50,000 Einwohnern ebenfalls einer.

In der Sitzung vom 4. April beschäftigte man sich mit dem Wahlmodus, und beschloß mit 317 gegen 194 Stimmen, die directe Wahl nicht zur Vorschrift zu machen, wiewohl man sie im Princip für die beste erklärte. Dagegen sollte ohne Rücksicht auf Census, Glaubensbekenntniß oder Stand gewählt und jeder Volljährige und Unbescholtene wahlberechtigt und wählbar sein, auch der Abgeordnete nicht dem Staate anzugehören brauchen, den er vertrat. Zum 1. Mai sollte die Versammlung in Frankfurt zusammentreten. Bis dahin wurde, nachdem die Permanenzerklärung des Vorparlaments beseitigt war, ein Ausschuß von 50 Mitgliedern gewählt, der die Bundesversammlung zur Wahrung der Interessen der Nation berathen und an sie Anträge stellen und endlich die gegenwärtige Versammlung im Fall der Gefahr wieder einberufen sollte. In der Sitzung vom 2. April kam es zwischen den Radicalen und Liberalen zum Bruch über den Blum-Zitz'schen Antrag auf „Aufhebung der verfassungswidrigen Ausnahmebeschlüsse und Ausstoßung der Männer, welche zur Hervorrufung und Ausführung derselben mitgewirkt, aus dem Schooße der Bundesversammlung.“ Als die Mehrheit ein von Bassermann vorgeschlagenes, milderndes Amendement annahm, verließ Hecker mit etwa vierzig Andern den Saal und sendete eine Rechtfertigung ihres gemeinsamen zu „Gunsten der Volkssouverainetät gethanen Schrittes“ in alle deutsche Gaue. Am andern Tage kehrten sie auf Itzstein's Einladung wieder zurück, da in Folge des Bassermann'schen Amendements die Bundesversammlung die Ausnahmegesetze aufgehoben (2. April) und sämmtliche alte Bundestagsgesandten ihre Entlassung genommen hatten. In der Sitzung des 3. April handelte es sich um die Competenz der künftigen Versammlung, ob selbige die Verfassung allein feststellen, oder mit den Regierungen vereinbaren solle? Soiron's Antrag, der sich für Ersteres erklärte, ging mit einer geringen Mehrheit durch. Zuletzt ward der Ausschuß auf v. Closen's Wunsch ermächtigt, sich durch sechs Oesterreicher zu verstärken.

Der Funfziger-Ausschuß (vom 3. April bis 18. Mai), welcher keinen einzigen Republikaner, sondern nur Liberale und Radicale zu seinen Mitgliedern zählte, ernannte zum Vorsitzenden v. Soiron und zu dessen Stellvertretern Blum und Abegg, zur Vervollständigung des Ausschusses aber sechs Oesterreicher: v. Andrian, Palacky, Bach, v. Schwarzer, Dr. Schuler und Schuselka, und beschloß die Öffentlichkeit seiner Verhandlungen (5. April). Am 12. April kam auch die in Oesterreich zum Ausschuß ernannte Deputation an, welche feierlich und herzlich aufgenommen wurde. Einen trüben Schatten warf die Weigerung Palacky's, in den Funfziger-Ausschuß einzutreten, die Abneigung der Tschechen gegen den innigen Anschluß Oesterreichs an Deutschland, „weil sie sich nicht germanisiren lassen wollten“, in die Versammlung der zuversichtlichen Funfziger. Auch die Aufnahme, welche Commissäre der Funfziger am Rhein bei den gegen die Dampfschleppfahrt empörten Schiffern, und im Seekreise bei den Republikanern fand, war nicht ermuthigend. Die Schleswig-Holsteinsche Erhebung war auf Anregung der siebenzehn Vertrauensmänner schon durch die Bundesversammlung als rechtmäßig anerkannt und Anstalten zur Gründung einer deutschen Flotte gemacht worden (12. April); es gab daher für den Funfziger-Ausschuß hier nichts mehr zu thun. Dagegen kam er in eine ungünstige Stellung zu der öffentlichen Meinung in der Polenfrage, weil er an dem vom Vorparlament gefaßten Beschlusse „die Wiederherstellung Polens sei eine Ehrenpflicht Deutschlands, und den aus Frankreich zurückkehrenden Polen sei freier Durchzug zu gestatten“, — noch zu einer Zeit festhielt, wo die Polen bereits durch ihre Greuelthaten sich die öffentliche Gunst verscherzt hatten und die Deutschen im Posenschen vergebens in Berlin und Frankfurt Schutz suchten.

Damals bestanden in Frankfurt drei Gewalten: der officielle Bundestag mit executiver Gewalt, der officielle Siebenzehner-Ausschuß mit der Befugniß, dem Bundestag beim deutschen Verfassungswerk zu rathen und von seinen Beschlüssen Kenntniß zu nehmen, und der incompetente, revolutionaire Funfziger-Ausschuß, der alle Macht an sich gerissen hatte, dem Bundestage seine Beschlüsse zur Ausführung übermachte und von ihm und den Einzelregierungen Rechenschaft über ihre Beschlüsse verlangte. Die Siebenzehner veröffentlichten am 26. April den Entwurf einer Bundesverfassung mit einem Erbkaiser und einer Kammer der Reichsräthe, welcher Entwurf aber von der öffentlichen Meinung mit entschiedenem Misfallen begrüßt und zu den Reactionssymptomen gezählt wurde, die man damals schon überall am politischen Himmel zu erblicken meinte. Diejenigen, welche gern schwarz sahen, erhielten dazu in dem Promemoria des großherzoglich hessischen Bundestagsgesandten v. Lepel Anlaß. Es war darin der Versuch gemacht, sich über das Verhältniß

der Regierungen untereinander und zu der bevorstehenden Versammlung aufzuklären. Abegg brachte dieses Promemoria, welches im Bundestage zur Verhandlung gekommen, im Funfziger-Ausschusse zur Sprache, wo es ungemeine Aufregung hervorrief, zumal Bundestag und Funfziger-Ausschuß noch einen kleinen Handel über Welcker's dreiköpfige Bundesgewalt auszufechten hatten. Diese Bundesgewalt (Oesterreich, Preußen und Deutschland) sollte, nach Beschluß des Funfziger-Ausschusses, provisorisch die Anstalten im Kriegswesen treffen und die auswärtigen Angelegenheiten leiten. In ersterer Beziehung sollte der Bundestag sofort einen Oberbefehlshaber ernennen. In der zweiten sollte er sich mit einer Commission des Ausschusses ins Vernehmen setzen. Bei letzteren Besprechungen kam auch ein Vorschlag zur Sprache, wonach die Bundesversammlung durch drei Personen verstärkt werden sollte, die eine Art Vollziehungsausschuß zu bilden hätten und den Regierungen von der Bundesversammlung nach Rücksprache mit den Siebenzehnern und Funfzigern vorzuschlagen wären. Dieser Vorschlag wurde vom Ausschusse genehmigt (27. April) und nur das Wort „Rücksprache“ in „Vereinbarung“ verwandelt. Als nun der Bundestag in seinem veröffentlichten Beschlusse weder von einer solcher Vereinbarung, noch von der Beschränkung der Centralgewalt auf bestimmte Angelegenheiten redete, sondern sagte, die Funfziger hätten das Bedürfniß anerkannt, daß die Vollziehungsgewalt in der innigsten Vereinigung der Regierungen unter sich wie mit der Bundesversammlung ausgeübt werde, protestirte auf Heckscher's Antrag der Ausschuß dagegen, und warf den Plan des Bundestags sofort um. Der Bundestag rächte sich dafür durch eine kalte Abfertigung. Jetzt nach dem Bekanntwerden des Lepel'schen Promemoria's meinten Viele die eigentliche Absicht des Triumvirats entdeckt zu haben: „nämlich der constituirenden Versammlung die Organisation der executiven Gewalt Deutschland aus den Händen zu winden.“ Lepel wurde von seinen Ministern, Gagern und Hergenhahn, desavouirt; darauf legte sich der Sturm.

Wiewohl die Nationalversammlung schon am 1. Mai zusammentreten sollte, verzögerte sich die Eröffnung bis zum 18. Die Abgeordneten konnten nämlich nicht eher eintreffen, da die Wahlen in Preußen und Sachsen sich wegen Aufnahme der Urlisten verzögert hatten. Am 18. Mai schloß v. Soiron die Ausschußsitzungen mit einer Rede, worin er den Ausschuß gegen die Vorwürfe zweier entgegengesetzter Parteien vertheidigte, nämlich einmal „daß er zu weit gegangen und zum andern, daß er nicht weit genug gegangen sei.“ Der Ausschuß sei der Anarchie wie der Reaction entgegengetreten und möge nach diesen beiden Seiten hin verletzt haben, würde aber von allen strengen und gewissenhaften Beurtheilern dafür eher Lob als Tadel ernten.

41. Die deutschen Mittel- und Kleinstaaten.

Nur der Rhein trennt Baden von Frankreich. In Baden fand daher die Februarrevolution das erste Echo. Das liberale Ministerium Bekk kam dem Sturm der Massenpetitionen zuvor, indem es das Preßgesetz von 1831 mit dem 1. März wieder einführte, einen Entwurf über Geschwornengerichte der gerade versammelten Kammer vorlegte und die Bürgergarden sofort organisirte. Als die Bittsteller von Mannheim, Heidelberg, dem Oberland u. a. O. ihre Forderungen persönlich überbrachten, gab die Regierung sogleich nach und erklärte in der Kammer, die bekannten Ausnahmebeschlüsse des deutschen Bundes nicht mehr in Anwendung bringen, das Militair auf die Verfassung vereiden und Gesetze zur Aufhebung der politischen Beschränkungen aus Rücksichten der Confession, sowie einen Gesetzentwurf wegen Unverantwortlichkeit der Minister einbringen zu wollen; endlich erbot sie sich, zur Errichtung eines deutschen Parlaments die Hand zu reichen. Im Oberlande und dem Odenwalde rottete sich das Landvolk zusammen und verlangte alle Zehnten, Gülten u. s. w. abgeschafft. Die Beamten mußten flüchten, die Schlösser wurden verwüstet und die Archive zerstört. Im Seekreise war die Stimmung durchaus republikanisch und wurde von Hecker, Struve, Fickler u. m. A. genährt, welche die Bauern auf den bewaffneten Zuzug der Deutschen aus Frankreich vorbereiteten. Ueberall fanden große Volksversammlungen statt, wo die Wünsche des Volkes besprochen und die Stimmen der Mäßigung mit wüstem Geschrei übertäubt wurden. Anfangs hofften die Badener, das Vorparlament werde die Republik ausrufen und sendeten dahin zielende Petitionen nach Frankfurt ab. Die Liberalen konnten nicht im Zweifel sein, was man beabsichtigte, und da sie von der Proclamation der Republik nur Verderben fürchteten, so verhaftete Mathy in Karlsruhe den Redacteur der badischen Seeblätter, Fickler und mehrere Andere, welche Verbindungen mit Deutschen und Ausländern, die einen Einfall in Baden bezweckten, unterhalten haben sollten (7. April). Dies zeitigte den Ausbruch des republikanischen Aufstandes. Hecker und Struve entfalteten zuerst in Konstanz das Banner der Republik (11. April), und forderten den ganzen Seekreis auf, Freitag den 14. Mittags 12 Uhr in Donaueschingen, mit Waffen, Munition und mit Lebensmitteln auf sechs Tage versehen, zu erscheinen. Der Regierungsdirector Peter in Konstanz wurde zum Statthalter ernannt. Hecker's Streiterschaar mochte an 2000 Mann betragen. Diese meist mit Sensen bewaffnete Schaar wurde von den badischen, württembergischen, bayrischen, hessischen und nassauischen Truppen unter Anführung des Generals Friedrich von Gagern bei Kandern (21. April) angegriffen, wobei zwar Gagern fiel, die Republikaner aber zersprengt wurden. Die Officiere der Armee behaupteten, Gagern sei beim

Parlamentiren meuchlings erschossen worden; Hecker und seine Gefährten stellten dieses in Abrede und behaupteten, daß erst, als Gagern zurückgeritten, und die Officiere, welche für die Treue ihrer Mannschaft gefürchtet, Feuer commandirt hätten, von den Republikanern geschossen und Gagern getödtet worden sei. Am 24. wurde Freiburg nach einer lebhaften Kanonade durch General Hoffmann eingenommen und der Seekreis in Belagerungszustand erklärt. Die Gefechte von Todtnau und Dossenheim (25. und 27. April), wo Herwegh's Schaar eine Niederlage erlitt, beendigten einen Krieg, der ohne Erwägung der eigenen und der gegnerischen Mittel, ohne Rücksicht auf die Lage des Vaterlandes, für die Idee einiger Schwärmer unternommen wurde. — In Mannheim, wo Sensenmänner in einen blutigen Conflict mit nassauischen Truppen gerathen waren, herrschte der Belagerungszustand; die Presse und das Vereinswesen wurden beeinträchtigt und die Volksausschüsse aufgelöst. Das waren die bitteren Früchte der mislungenen Revolution, Folgen, die man dem Haß des zum Minister erhobenen Matthy Schuld gab, anstatt sie den Urhebern des Aufstandes aufzubürden.

In Württemberg, wo eben der loyale Landtag vertagt worden war, brachte der ständische Ausschuß die Volkswünsche vor den Thron. Der König bildete ein Ministerium aus der äußersten Opposition (9. März), wozu Römer, Duvernoy, Pfizer und Goppelt gehörten. Auch hier revoltirten die Bauern und zerstörten die Schlösser vieler Standesherren. Die Disciplin des Heeres lockerte sich; General Graf zur Lippe nahm sich wegen Widersetzlichkeiten der Soldaten das Leben. Ein Regiment in Stuttgart verweigerte den Gehorsam und ließ Hecker hoch leben (11. Juni). Sonst gab es bedeutende Tumulte in Stuttgart und Canstadt, wo man an Ausrufung der Republik dachte. Die Censur war schon am 1. März aufgehoben und einstweilen das Gesetz über die Preßfreiheit vom 30. Januar 1817 hergestellt worden. Uebrigens war die württembergische Regierung die erste, welche sich für directe Wahlen zur deutschen Nationalversammlung entschied.

Das von Württemberg umschlossene Hohenzollern blieb vom allgemeinen Sturme nicht verschont. Am 10. März flüchtete der Fürst von Hechingen nach Stuttgart, weil die Bauern revoltirten und in die Residenz die Erklärung überbrachten, daß sie keine Steuern mehr zahlen würden.

Der Großherzog von Hessen beschwor den Sturm, indem er seinen beliebten Sohn Ludwig III. zum Thronfolger annahm (5. März). Heinrich von Gagern trat an die Spitze eines liberalen Ministeriums, wurde aber, nach seiner Erhebung zum Präsidenten der deutschen Nationalversammlung, durch Jaupp ersetzt. Die Stände hatte man bis zum Spätherbst vertagt und das Ministerium steuerte das Staatsschiff ziem-

lich sicher durch die Strudel und Klippen der Zeit. Mainz blieb der Revolutionsherd, wie es zuerst diese Stadt gewesen, welche am 1. März den Großherzog mit einer Deputation beschickt hatte. Am 7. März wurde das Militair in Darmstadt auf die Verfassung beeidigt. Am 22. März entstand in Mainz ein blutiger Zusammenstoß zwischen Bürgern und preußischen Soldaten, welche jenen die deutsche Kokarde abgerissen haben sollten. In weit schlimmerer Weise wiederholte sich dieser Conflict im Mai, worauf der Gouverneur die Stadt in Belagerungszustand erklärte, Ablieferung der Waffen und Auflösung der Bürgergarden begehrte, und im Weigerungsfalle die Stadt zu beschießen drohte (21. Mai). Dennoch kamen am 22. Mai nochmals blutige Tumulte vor. Von Frankfurt aus sandte man eine Vermittelungscommission (Blum, Hergenhahn, Lindenau), deren Bemühungen es gelang, daß der Belagerungszustand am 24. Mai aufgehoben und die Soldaten in ihren Casernen consignirt wurden. — Am 16. Juni starb der Großherzog Ludwig II.

Die Rathlosigkeit in Nassau, wo der Herzog abwesend war, scheint bedeutend gewesen zu sein. Am 2. März hielt man in Wiesbaden eine große Versammlung, worin die Petition an den Herzog und die Stände berathen und von einem bewaffneten Haufen aufs Schloß gebracht wurde. Die Herzogin-Mutter, Prinz Nikolaus und der Minister, Graf Dungern, gewährten Alles und der Herzog, welcher am 4. zurückkam, bestätigte es. Die Feudallasten wurden aufgehoben, die Domainen für Staatsgut erklärt und das Jagdrecht den Gemeinden überlassen. Der Oppositionsmann Hergenhahn bildete ein neues Ministerium. Der Aufruhr in Wiesbaden vom 16. Juli, wobei Soldaten und Bürgerwehr betheiligt waren und Gefangene befreit werden sollten, wurde durch das Einrücken von 2000 Preußen und Oesterreichern gestillt.

Bayern hatte sich schon in den Lola-Tumulten ausgetobt, aber Wallerstein war noch Minister geblieben. Gegen diesen richtete sich am 3 März eine Sturmpetition der Bürgerschaft, und der Fürst von Leiningen sendete einen Brief an König Ludwig, worin er ihm rieth, Alles zu bewilligen. Am 6. März trat Wallerstein ab und König Ludwig überraschte die Welt selbst mit seiner Abdankung (20 März), „da eine neue Richtung begonnen, als die in der Verfassungsurkunde enthaltene.“ Maximilian II. Joseph bestieg den Thron und nahm ein liberales Ministerium an, das aus dem Freiherrn v. Lerchenfeld, v. Thon-Dittmer, Heintz und Beisler bestand. Am Main, wo es noch viele feudale Einrichtungen gab, hatte man arge Bauernexcesse zu beklagen. Im Ganzen ging es aber in Bayern verhältnißmäßig ruhig zu. Einige Biertumulte, einige Conflicte der Massen mit Militair oder Bürgerwehr (12—18. August) in München, waren die einzigen, freilich immer noch bedauerlichen Anzeichen einer sehr erregten Zeit. Merkwürdig ist es, daß sich in München am 17. September

die erste christkatholische Gemeinde bilden konnte. Abgesehen von dem Verbot gegen die Betheiligung von Officieren an politischen Versammlungen und den Beitritt der Soldaten zu politischen Vereinen, abgesehen von der Verordnung vom 18. August, welche den Kreisregierungen einschärfte, die Bildung demokratischer Clubs zu verhindern, erlangte die neue Regierung auch sonst keine rechte Popularität. Die Schuld lag in Bayerns deutscher Politik. Ueberzeugt, daß Bayern eine Rolle in Klein-Deutschland spielen müsse, und besorgt um die Souverainetät der Mittelstaaten, widerstrebte König Max vor Allen der preußischen Oberherrschaft in Deutschland und war einer Unterordnung unter die deutsche Centralgewalt nicht sehr geneigt. Lerchenfeld nahm vielleicht deshalb seinen Abschied (December 1848).

Wie Großhessen an Mainz, besaß Kurhessen an Hanau einen revolutionären Feuerherd. Von hier sendete eine Volksversammlung Petitionen mit mehrfachen, gemäßigt-liberalen Forderungen ab (1. März), welches Beispiel Marburg, Fulda und Kassel nachahmten. Der Kurfürst setzte den Bittstellern entschiedenen Widerstand entgegen und wollte von seinem System nicht lassen. Da stellten die Hanauer dem Kurfürsten ein Ultimatum (9. März) und verbarrikadirten die Stadt, welche von den unzuverlässigen Truppen geräumt worden war. Nach langem Zögern entschloß sich endlich der Kurfürst zur Nachgiebigkeit. Jordan ward zum Bundestagsgesandten ernannt (25. März), und das liberale Ministerium Eberhard-Baumbach-Wippermann wußte die Geschäfte und Verhältnisse in leidlichem Gang zu erhalten, obwohl der Kurfürst wenig mit den Ministern verkehrte. Am 9. April hieben die Gardes du Corps auf die Menge ein, weil dieselbe dem Obersten dieser Truppen anscheinend ein Charivari bringen wollte. Das Regiment wurde zur Strafe aufgelöst und mußte die Stadt verlassen. Unruhig blieb es im Hanauischen immer etwas, ja man sprach hier offen den Gedanken einer Lostrennung von Kurhessen aus. Der Landtag suchte zu reformiren, soweit es die Zeit erlaubte, namentlich im Beamtenwesen, und änderte unter andern auch die Kriegsartikel ab (10. October).

Auch Hannover's kräftiger Regent mußte dem Märzsturm nachgeben. Am 17. März wurden Preßfreiheit, Schwurgerichte, Amnestie u. s. w. zugesagt, Falcke entlassen, und Stüve mit der Bildung eines Ministeriums betraut. Die Göttinger Studenten revoltirten gegen den strengen Polizeidirector Heinze und zogen nach Nordheim. In Hildesheim brach am 17. April ein förmlicher Aufstand aus, als der Advocat Weinhagen verhaftet werden sollte, ward aber bald durch Militair unterdrückt. Stüve, der die Zügel straffer, als anderswo hielt, und mit dem König in dem Widerstand gegen die Centralgewalt übereinstimmte, erfreute sich bei den Radicalen keiner besondern Gunst, wiewohl er die Kammern ganz auf seiner Seite hatte und mehrere Reformen in der Verfassung und dem Wahlge-

setz vornahm, hauptsächlich aber den eximirten Gerichtsstand aufhob (23. August). Der König dagegen stieg wegen seiner Offenheit in der Achtung des Volkes; die Bewegung war daher maßvoller, verrauchte aber auch nicht sobald, als anderswo.

In Braunschweig zeigte sich der Herzog sehr bereitwillig, alles Verlangte zu gewähren (9. März), ja er wollte sich sogar der Souverainetät zu Gunsten der deutschen Einheit begeben und ließ das Militair zuerst die deutsche Kokarde anlegen (13. März). Am 30. Mai wurden die aus dem Glaubensbekenntniß folgenden Rechtsungleichheiten und das Verbot der Ehe zwischen Juden und Christen aufgehoben.

Im Königreich Sachsen gingen die ersten Petitionen zunächst von Leipzig aus (1. März), auf die der König zwar eine ausweichende Antwort gab, jedoch am 5. März den Minister von Falkenstein entließ. Damit begnügte man sich nicht, worauf der König Preßfreiheit auf einen Monat gewährte, zumal die Censoren inständigst um Enthebung von ihren Functionen baten. Endlich traten auch die übrigen Minister ab; Braun, Oberländer und v. Pfordten kamen an ihre Stelle und bewilligten alle damaligen Forderungen. Die Revolution war in Sachsen verhältnißmäßig ruhig, ohne Blutvergießen und Scenen der Gewalt abgelaufen, was man namentlich der Beredtsamkeit und Umsicht Robert Blum's zu verdanken zu haben glaubte. Doch gab es im Schönburg'schen und im oberen Erzgebirge arge Excesse. Am 18. Mai trat der alte Landtag zusammen, um ein neues Wahlgesetz zu berathen.

Die übrigen kleineren Staaten machten ebenfalls ihre Bewegung durch: Frankfurt am 4. Mai, Gotha am 7. und 8. März, Bremen, Hamburg und Lippe am 9., Oldenburg, Rudolstadt, Waldeck und Weimar 10., Reuß-Ebersdorf 11., Mecklenburg-Schwerin 12., Anhalt 12.—14. und Sondershausen am 14. März. Der Herzog von Meiningen gewährte freiwillig, ehe er dazu gezwungen wurde. In Altenburg, wo Erbe, Douai und Delitzsch republikanische Propaganda machten, ging es am unruhigsten her. Der Herzog rief sächsisches Militair zu Hilfe, welches den Bahnhof besetzte (Juni). Indeß blieb dasselbe nur wenige Tage dort und der Herzog mußte Cruciger ins Ministerium berufen. Auch der beliebte Fürst Weimars vermochte mit seinem Ministerium Wydenbrugk-Watzdorf nicht, die Ausschweifungen der Bauern und der Demokraten zu hindern.

Im Thüring'schen fanden Volksversammlungen statt, wo man die auf dem Altenburger Demokratencongresse angeregte Idee „eines einigen thüring'schen Staats ohne Mitwirkung der Fürsten" besprach. Dies bewog einerseits die Centralgewalt, Truppen im Thüring'schen zu concentriren (October), wie es andererseits die thüring'schen Minister nöthigte, zusammenzutreten und die Vereinigung der einzelnen Regierungen anzubahnen.

42. Oesterreich.

Die letzten Jahre der Metternich'schen Verwaltung hatten zwar manche Verbesserungen gebracht, aber das Ganze der Staatsmaschine war unverändert geblieben. Metternich hatte viel zu thun verabsäumt, aus Furcht, daß der Staat untergehen und die Revolution ihren Einzug halten würde, wenn man eine wesentliche Reform der Verwaltung vornähme. Und doch fühlte das Volk, empfanden sogar die Postulatenlandtage das Bedürfniß, dem übrigen Europa nachzukommen. Metternich wies sie zürnend in ihre Schranken zurück und erhielt die Ruhe, sowohl auf Kosten der Finanzen, welche, trotz des langen Friedens und der reichen Hilfsquellen im Innern, verfielen, als auch auf Kosten des Vertrauens und der Duldsamkeit, welche die übrigen Regierungen selbst abweichenden Ansichten gewährten. Oesterreichs Lage war damals keine günstige. Man hatte zur Zeit der Ruhe durchgreifende Reformen verabsäumt, und das Jahr 1847 trieb soviel Blasen, daß die Regierung diese Zeit nicht für Verbesserungen geeignet fand. Als die Nachricht der Pariser Ereignisse in Wien eintraf, durchdrang instinctmäßig alle Classen des Volkes das Gefühl, daß Metternich's System unhaltbar geworden sei. Die Papiere sanken furchtbar; die Bank war förmlich belagert von Menschenmassen, die baares Geld eintauschen wollten. Der niederösterreichische Gewerbverein richtete die Blicke des Kaisers auf die drohende Gewerbsstockung und erklärte, es gäbe nur Ein Mittel, das Vertrauen wieder zu gewinnen: „ein festes, inniges Anschließen der Regierung an die Stände und Bürger, wie an die Interessen des gemeinsamen deutschen Vaterlandes." Am 3. März 1848 erhob sich Kossuth im ungarischen Reichstage, um das Metternich'sche Regierungssystem zu geißeln. Er erklärte die „Constitutionalität für den rechten „Kitt zur Verbrüderung der verschiedenen Völker der Monarchie", „das Bureau und das Bayonnet seien elende Verbindungsmittel. Für eine geliebte Dynastie können Völker Blut und Leben geben, aber für die Politik eines drückenden Regierungssystems werde sich kein Sperling opfern." Der conservative Szechenyi tadelte das jetzige Regiment in den stärksten Ausdrücken. Man beschloß eine Vorstellung an den Thron, worin ein verantwortliches ungarisches Ministerium erbeten wurde, das im Lande seinen Sitz habe. Metternich erklärte, die Regierung denke an keine Invasion nach Frankreich, werde aber die bestehenden Institutionen schützen. Gerade diese Institutionen aber waren überall verhaßt. Darum entschlossen sich die Oesterreicher, an den Landtag Petitionen zu richten, um „unverweilte Veröffentlichung des Staatshaushalts, periodische Berufung eines alle Länder der Monarchie, sowie alle Classen und Interessen der Bevölkerung vertretenden ständischen Körpers mit dem Rechte der Steuerbewilligung und Controle des Finanz-

haushalts, sowie der Theilnahme an der Gesetzgebung, Herstellung eines Rechtszustands in der Presse durch Einführung eines Repressivgesetzes, Oeffentlichkeit der Rechtspflege, Verleihung einer zeitgemäßen Gemeindeverfassung und auf deren Grundlage Vertretung der in der gegenwärtigen ständischen Verfassung gar nicht oder nur unvollkommen begriffenen Elemente des Ackerbaus, der Industrie, des Handels und der Intelligenz." Die Studenten beriethen am 12. März in der Aula eine Adresse „um Aufhebung der Censur und Oeffentlichkeit der Rechtspflege", welche dem Kaiser in corpore überbracht werden sollte. Hye und Endlicher hielten die Jünglinge von ihrem Beginnen nur durch das Versprechen ab, die Adresse dem Kaiser selbst zu überreichen. An demselben Tage berieth auch die Prager Bürgerschaft im Wenzelsbade eine Adresse, worin der Nationalitätenkampf schon zum Vorschein kommt; denn die Böhmen verlangten unter anderen liberalen Forderungen, daß die Beamten der beiden Landessprachen mächtig sein sollten.

Am 13. März versammelten sich in Wien die Stände, und wurden von dem im Hofe des Ständehauses zusammenströmenden Volke mit Begeisterung begrüßt. Da erschienen die Studenten, eine Deputation geleitend, welche den Ständen ihre Wünsche und Beschwerden überbringen sollte. Die Stände faßten sofort eine Adresse an den Kaiser ab und ein Mitglied derselben verlas sie vom Fenster aus dem Volke. Man fand jedoch die Adresse zu zahm; Redner erhoben sich dagegen und erhitzten das Volk; eine fieberhafte Bewegung durchzuckte die gemüthliche Kaiserstadt. Das Gerücht, es sei eine zweite Deputation verhaftet worden, verführt die Menge zum Sturm des Ständesaales, worauf sie mit dem Rufe: „Nieder mit Metternich!" vor das Haus des Staatskanzlers zog. Endlich erschien Militair und besetzte mehrere öffentliche Gebäude und Plätze. Das war das Zeichen zum Sturm des Zeughauses, der aber von den Soldaten zurückgeschlagen wurde. Am Abend erschien die Bürgermiliz, um sich am Kampfe zu betheiligen, während die Studenten Volksbewaffnung forderten. Da verbreitete sich das Gerücht, der Kaiser habe den Vorstellungen der Stände Gehör gegeben, den Fürsten Metternich entlassen und werde Waffen unter das Volk austheilen lassen. Jetzt wälzten sich die Haufen zum zweiten Mal nach dem Zeughause und bewaffneten sich bei Fackelschein. Wien war beleuchtet; Alles schwamm im Jubel und Wonne. Graf Hoyos wurde Befehlshaber der Nationalgarde; Metternich floh nach England. Am 15. verkündete ein kaiserlicher Erlaß: „Preßfreiheit, Errichtung der Nationalgarde, Einberufung von Abgeordneten der ständischen Corporationen aller Provinzen, mit verstärkter Vertretung des Bürgerstandes, zur Vereinbarung einer Reichsverfassung." Am Mittag des 15. zog die Deputation des ungarischen Reichstages, von Freudengeschrei empfangen, in die Stadt; der Kaiser zeigte sich dem Volke, dessen Begei-

sterung keine Schranken kannte. Abends wurde unter Fackelschein nach der Burg gezogen, wo Reden in allen Zungen erklangen und Italiener und Deutsche sich in den Rufen: „Es lebe der Kaiser!" und „Evviva Pio nono!" vereinigten. Gleiche Aeußerungen stürmischer Freude wurden überall laut, wohin die Nachricht von der verheißenen Constitution kam. Die Jesuiten und Liguorianer dagegen begaben sich auf die Flucht. Der ungarische Reichstag hatte am 14. März auf Kossuth's Antrag, außer einer Adresse mit den bekannten Forderungen, noch folgende wichtige Beschlüsse gefaßt: „Alle Steuern und öffentliche Lasten, auch die Kriegssteuer, ohne Unterschied des Standes unverzüglich nach gleichem Verhältniß zu vertheilen, die Urbariallasten und bäuerlichen Giebigkeiten sogleich aufzuheben, die Grundbesitzer auf Staatskosten zu entschädigen, den Städten noch auf diesem Landtage eine verhältnißmäßige Ausübung des Stimmrechts zu ertheilen, und die Deputirten nicht als Repräsentanten der Comitate oder einer einzelnen Kaste, sondern als die Stellvertreter des ganzen Volks zu erklären." — In Prag wurde die böhmische, in Krakau und Lemberg die polnische Kokarde aufgesteckt. Die politischen Gefangenen verließen ihre Kerker und kehrten zu ihren Familien zurück.

Am 21. März berief der Kaiser den greisen Grafen Kolowrat an die Spitze eines verantwortlichen Ministeriums. Die Zeitumstände waren indeß so gewaltig, daß Kolowrat seine Kräfte und seinen Willen nicht ausreichend fand. Graf Ficquelmont löste ihn ab; neben ihm fungirten noch v. Pillersdorf, v. Sommaruga, v. Krauß und Zanini, der Ende April durch Graf Latour ersetzt wurde. Dieses Ministerium octroyirte am 25. April eine Verfassung mit zwei Kammern, und einem an dem Census festhaltenden Wahlgesetz. Die Metternich'sche Partei, für deren Träger man Ficquelmont hielt, ergriff nun das Mittel, den Nationalitätenkampf zu entzünden, um durch Theilung zu herrschen. Zuerst geschah dies in Böhmen, wo die Tschechen sich weigerten, zur deutschen Nationalversammlung zu wählen. In Wien war man sehr ungehalten, daß die Regierung die Böhmen nicht dazu zwang. Als nun am 14. Mai ein Tagesbefehl erschien, welcher die Aufhebung des Centralcomité's der Nationalgarde anordnete, schrien die Studenten über Verrath, brachten ganz Wien unter die Waffen und nöthigten Ficquelmont zum Rücktritt. Der Ministerrath widerrief jenen Befehl und bestimmte, daß die Verfassung erst mit dem Reichstage vereinbart werden und daß dieser aus Einer Kammer bestehen und aus allgemeinen, censusfreien Wahlen hervorgehen solle. Das Präsidium des Ministerii führte nun der Freiherr v. Pillersdorf; Freiherr v. Lebzeltern, später übernahm Freiherr v. Wessenberg das Auswärtige, Freiherr v. Doblhoff den Handel, v. Baumgartner die öffentlichen Arbeiten.

Die tumultuarischen Zustände in Wien bewogen den Kaiser zur Uebersiedelung nach Innsbruck (18. Mai), von wo Ferdinand I. unterm 20. das Manifest: „An meine Völker“ erließ. Er erklärte: „die Vorgänge am 15. hätten ihn überzeugt, daß die anarchische Partei ihn der Freiheit zu handeln berauben wolle; er werde seine Versprechungen halten und billigen Wünschen stets Gehör schenken; nur müßten sich dieselben als allgemeine bewähren, in loyaler Weise vorgetragen, durch den Reichsrath berathen und ihm zur Sanction vorgelegt werden.“ In einem Cabinetsschreiben an Pillersdorf hieß es: „der Kaiser werde erst dann wieder nach Wien kommen, wenn er sich von den dortigen besseren Gesinnungen überzeugt habe; der Ministerrath möge einstweilen alles Dasjenige vorkehren, was die Lage der Monarchie und die Wahrung des Thrones fordere.“ Als nun das Ministerium die Auflösung der akademischen Legion als solche verfügte (25. Mai), und Militair und Nationalgarde mit der Ausführung dieser Maßregel beauftragte, erhoben sich in Wien Barrikaden, traten die Bürger auf die Seite der Legion, erzwangen die Zurücknahme dieses Befehls und die Entfernung des Militairs und ergriffen die Grafen Montecuculi und Hoyos als Geißeln. Das Ministerium stellte es nun den Studirenden selbst anheim, welche Garantien der Ruhe und Sicherheit sie bieten wollten, um die Rückkehr des Kaisers zu ermöglichen. — Am 26. wurde ein Sicherheitsausschuß niedergesetzt und am 27. mußte das Ministerium versprechen, die Urheber der kaiserlichen Abreise und des Befehls zur Auflösung der akademischen Legion zur Untersuchung zu ziehen. Dagegen erhob sich Prag jetzt gegen Wien. Dort harrte ein von den tschechischen Professoren fanatisirtes Studentencorps, die Svornost, schon längst auf das Signal zum Losbruch gegen die Deutschen. Am 29. Mai beschloß der Gubernialpräsident, Graf Leo v. Thun, die Bildung einer provisorischen Regierung in Prag. — Während nun die Wiener den Kaiser mit Bitten um Rückkehr bestürmten, versammelte sich am 2. Juni in Prag der allgemeine Slavencongreß, der nichts Geringeres beabsichtigte, als Oesterreich zu einem Slavenreich zu machen. Allein die slavischen Congreßmitglieder, deren jedes in seiner Sprache reden wollte, verstanden einander nicht und mußten sich schließlich der deutschen Sprache bedienen, die sie wie das deutsche Volk und seine Bewegung haßten. Vom Wiener Ministerium für ungesetzlich erklärt, hatte die provisorische Regierung andere Mittel in Bereitschaft, um der Tschechomanie gerecht zu werden und sich um das Kaiserhaus verdient zu machen. Leidenschaftliche Volksredner reizten das böhmische Proletariat zu einem Aufstand, den die Tschechen für ihre Sonderinteressen ausbeuten wollten. Das Proletariat war zu Pfingsten durch Messen im Freien und „patriotische“ Reden aufs Aeußerste erhitzt worden, neckte schon am 10. und 11. Juni das Militair, und fiel am 12. meuchlings über das-

selbe her. Als eins der ersten Opfer böhmischen Fanatismus fiel die Fürstin Windischgrätz durch eine Kugel, welche vielleicht ihrem Gatten gegolten hatte. Der höchst commandirende General Fürst Windischgrätz wandte zur Unterdrückung des Aufstandes sehr energische Mittel an, ließ die Stadt in Brand schießen und nöthigte die Insurgenten, ihre Barrikaden zu verlassen (18. Juli) und sich zu unterwerfen; das Standrecht wurde verkündigt und herrschte bis zum 20. Juli.

Der Kaiser kehrte vorläufig nicht nach Wien zurück, sondern ernannte den Erzherzog Johann zu seinem Stellvertreter in Wien (16. Juni). Derselbe kam am 24. Juni an, wurde jubelnd empfangen, blieb aber nur bis zum 8. Juli, wo er nach Frankfurt als Reichsverweser abreiste, und nur noch einmal dahin zurückkehrte, theils um ein neues Ministerium zu bilden (19. Juli), da Pillersdorf dem Volke und der Regierung unzuverlässig schien, theils um den Reichstag zu eröffnen (22. Juli). Das neue Ministerium bestand aus v. Wessenberg (Conseilspräsident und Minister des Aeußern), v. Doblhoff (Inneres und provisorisch Unterricht), Dr. Bach (Justiz), Graf Latour (Krieg), v. Krauß (Finanzen), Hornbostl (Handel), v. Schwarzer (öffentliche Arbeiten).

Gehörte der tschechische Aufstand damals zu den räthselhaften Erscheinungen des Tages, da die Mitglieder der provisorischen Regierung auf freiem Fuße blieben, so schienen die Ereignisse in Kroatien einiges Licht über jene Vorgänge zu verbreiten. Die Kroaten hatten im März ebenfalls eine Deputation nach Wien gesandt mit radicalen Forderungen und der Bitte, daß der Baron Jellachich, ein slavischer Patriot, zum Banus von Kroatien und Slavonien ernannt werden möge. Die Bewilligung ihrer Wünsche brachte jedoch unter den Magyaren heftige Gährungen hervor, weil dieselben in der Ernennung des Barons Jellachich eine Art von Kriegserklärung fanden. Sie bemühten sich daher, die slavischen Bauern auf ihre Seite zu ziehen. Da verkündigte Jellachich plötzlich das Standrecht gegen die „Aufwiegler“, worunter er die magyarischen Emissaire verstand, welche den Bauern sagten, sie seien Magyaren und verdankten den Ungarn die Aufhebung der Roboten und Zehnten, was in der That sich so verhielt, da die Kroaten des ungarischen Reichstags sich der Abschaffung alter Feudalrechte heftig widersetzt hatten. Von Agram aus pflanzte sich die Bewegung zu allen südslavischen Völkern fort. Die öffentlichen Cassen wurden geplündert und die ungarischen Beamten verjagt. Am 13. Mai wählten die bewaffneten Serben in Karlowitz den Joseph Rajatschisch zum Patriarchen und den Obersten Stephan von Schuplikaz zum Woiwoden. Auch die siebenbürgischen Sachsen wollten von einer Union mit Ungarn nichts wissen, und riefen die Walachen zu Hilfe, welche als vierte ständische Nation proclamirt wurden. Die Versammlung der Walachen, welche sich jetzt „Römer“ nannten,

in Blasendorf (15—17. Mai) legte aber die Unfähigkeit und die geringe Bildung dieses Volks so offen dar, daß die Sachsen sich von ihnen zurückzogen und der siebenbürgische Landtag die Vereinigung mit Ungarn anerkannte (29. Mai). Der Banus, welcher seine Zeit noch nicht gekommen glaubte, unterwarf sich nun den Mahnungen des Kaisers und ließ sich die angebotene Vermittelung des Erzherzogs Johann gefallen. Er selbst reiste nach Innsbruck und wurde gnädig aufgenommen. Kaum war er jedoch wieder in Agram, als er die feindseligen Handlungen gegen die Magyaren erneuerte. Der ungarische Adel wanderte aus; Serben und Raizen, verstärkt durch das aus Serbien herübergekommene Raubgesindel, plünderten in Ungarn, im Banat und Kroatien. Russische Heere zogen sich an den Grenzen Siebenbürgens zusammen, angeblich, um den Aufstand in den Donaufürstenthümern zu dämpfen, aber mit unverkennbarer Absicht, bei gelegener Zeit in Ungarn zu interveniren. Unter solchen Umständen beantragte der zum Minister ernannte Kossuth die Aushebung von 200,000 Soldaten und die Bewilligung von 42 Millionen Gulden. Der ungarische Reichstag gab das Geforderte freudig her. In Pesth war nämlich damals ein panslavischer Aufstand ausgebrochen, aber vereitelt worden. Der Banus wurde am 18. Juni vom Kaiser seiner Aemter und Würden entsetzt, dagegen die Union zwischen Ungarn und Siebenbürgern bestätigt und alle Militaircommandos in beiden Ländern wurden unter den Befehl des ungarischen Kriegsministeriums gestellt. Die Folgen der panslavistischen Bestrebungen, die nachmals das Kaiserhaus retteten, waren einmal jene Aushebung von 200,000 Mann (6. Juli), ferner die Sendung einer ungarischen Deputation nach Frankfurt, um ein Bündniß mit Deutschland zu Stande zu bringen (3. Aug.), und endlich ein Beschluß des ungarischen Reichstags, der der kroatisch-slavonischen Nation gerecht zu werden versprach.

43. Preußen.

Nach Oesterreich wurde auch Preußen in den Alles verschlingenden Strudel der Bewegung gezogen, obwohl Niemand den nachmaligen Ausgang ahnte. Am 3. März 1848 hielten einige liberale Wortführer in Köln eine Volksversammlung ab, wo die „Forderungen des Volks" berathen wurden. Eine Deputation überbrachte dieselben dem Gemeinderath, der am 4. eine Adresse an den König beschloß, worauf die anderen Gemeinden der Provinz folgten. Von der Rheinprovinz ging die Adreßbewegung nach Westfalen, dann nach Sachsen und Schlesien. Am 6. März beschlossen die Stadtverordneten in Breslau einen Adreßentwurf, der aber den Radicalen nicht weit genug ging, und daher am 10. abgeändert wurde. Auch in Königsberg, Elbing, Magdeburg (13.) und in

Erfurt (14.) kamen die Bürger über Adressen überein, wurden aber auch vom Militair manchmal daran verhindert. Königsberg und Breslau, die Grenzpfähle der westlichen Bildung gegen Rußland, hatten große Sorge wegen einer russischen Intervention und baten den König, das Bündniß mit Rußland zu lösen und den Bürgern Waffen in die Hände zu geben. In Königsberg ging man so weit, Depeschen aufzufangen, welche nach Rußland bestimmt waren, ohne daß es die Behörden verhindern konnten. In Westfalen stieg die Anarchie aufs Höchste. Während in den übrigen Provinzen sich der Sturm nach den Bewilligungen des Königs etwas legte, fachten die misverstandenen königlichen Erlasse in den Arbeitern und dem Pöbel hier erst Flammen der Wuth an, in welchen die Schlösser des reichen Adels im Münsterlande zerstört, manches Fabriketablissement in Asche gelegt und das Vermögen einiger jüdischen Handelsleute zerrüttet wurde. In Berlin erhielt sich die Ruhe bis zum 13. März, wo unter den Zelten des Thiergartens eine Art Volksversammlung gehalten und die Tagesfragen erörtert wurden. Den Anlaß dazu bot erstens die vom König am 6. März gewährte Zusicherung, den Vereinigten Landtag periodisch einzuberufen, ohne daß der Termin dieser Einberufung in nahe Aussicht gestellt wurde und zweitens die Cabinetsordre vom 8. März, wonach ein Bundespreßgesetz verheißen wurde. Vom Bunde, dessen Langsamkeit ohnehin bekannt war, wollte man damals gar nichts mehr wissen; der Adressensturm wuchs; die Conflicte zwischen Bürgern und Militair blieben nicht aus; das Volk in seinen Schenken erhitzte sich gegen die Soldaten, und diese in ihren Casernen redeten sich in einen Haß gegen „das Civil" hinein, aus dem sie die folgenden Ereignisse nicht mehr herauskommen ließen. Man betrachtete einander mit Ingrimm, höhnte und schimpfte einander. In Berlin machte man schon am 13. einen Versuch mit dem Barrikadenbau. Am 14. hatte eine Deputation der Berliner Gemeindebehörden Audienz, um die Antwort auf ihre Dankadresse für den Erlaß vom 8. anzuhören. Der König antwortete sehr liberal: „Er habe auch jetzt noch die Loosung: Freie Fürsten, freie Völker! Aber ein guter Feldherr kenne auch noch eine andere: Kühn und bedächtig! Die Gemeindebehörden hätten sich gegen eine allmälige Entwickelung der Verfassung erklärt. Es gäbe aber gewisse Dinge, die sich nicht übereilen ließen, wenn man nicht Gefahr laufen wolle, sie auf den Kopf zu stellen. Die ständische Gliederung, gegen die man anstrebe, sei ebenfalls deutsch, sie anzutasten, gefährlich. Der Besitz sei die althergebrachte Grundlage der Standschaft. Ueber das Alles könne nur mit dem Landtage verhandelt werden, der am 27. April zusammentreten solle." Der König forderte die Deputation auf, seine Antwort den Bürgern mitzutheilen, namentlich die nahe Einberufung des Landtags. Dies geschah; allein auf die durch die Straßen wogenden und auf das Militair grollen-

den Arbeiter machten jene Erinnerungen gar keinen Eindruck. Die Arbeiter hatten einige unklare Ideen von Organisation der Arbeit erhascht und forderten ein Arbeitsministerium, das, wie sie hofften, ihrem Mangel abhelfen, und stets für lohnende und nützliche Arbeit sorgen werde. Den 14. und 15. Abends kam es in vielen Straßen zu blutigem Zusammenstoß zwischen den Arbeitern und dem Militair, indem sich auf beiden Seiten der lang verhaltene Ingrimm Luft machte. Den ins Leben gerufenen bürgerlichen Schutzmännern gelang es, die Ruhe für den 16. und 17. März zu erhalten, wiewohl die inzwischen bekanntgewordenen Wiener-Ereignisse in den Wirthshäusern lebhaft besprochen wurden. Am 17. kam die rheinische Deputation; man hoffte in Berlin, der König werde ihr nichts abschlagen. Am 18. stellte sich die Deputation dem König vor; v. Wittgenstein hielt die Anrede, und bat den Monarchen um Auskunft über seine Absichten in Beziehung auf die Zeitwünsche, da davon die Ruhe der Rheinprovinz abhänge. Der König erließ nun eine schöne Proclamation, in welcher er seine hochherzigen Absichten in Beziehung auf die deutsche Bundesverfassung darlegte, und gab zugleich ein provisorisches Preßgesetz, das, wo es bekannt wurde, zu stürmischen Freudenausbrüchen führte. Um 2 Uhr Nachmittags prangten diese Erlasse an den Straßenecken Berlins und riefen Begeisterung und Jubel hervor. Alles zog nach dem Schloßplatze, um dem Monarchen zu danken. Der König wiederholte hier nochmals seine Zusagen und forderte die Menge auf, ruhig auseinander zu gehen. Da erschollen aus der Menge einige Stimmen: „Militair fort! Bürgerwachen!" ein Ruf, der in den Hofkreisen für gleichbedeutend mit einem unehrenvollen Rückzuge der Truppen erachtet wurde. Der König zog sich unangenehm berührt zurück; der Ruf verstärkte sich; die Menge drängte gegen das an der Stechbahn und unter dem Portal stehende Militair. Dieses, einen Angriff befürchtend, durch die fünftägigen Nachtwachen gereizt und, wie das Volk, wenn auch aus anderen Gründen, erbittert, ging vor, Reiterei sprengte von der Stechbahn heran, und hieb sofort auf die größtentheils friedliche Menge ein, weil zwei Schüsse fielen — entweder von sich entladenden Gewehren der Garden, oder von fremden Emissairen, die sich damals unter allerlei Verkleidungen in Berlin aufgehalten haben sollen, um einen Aufstand hervorzubringen. Mag dem sein, wie ihm wolle — man glaubte in jenem Augenblick nicht, daß das Einhauen des Militairs auf einem Misverständniß beruht habe; man sah vielmehr darin eine absichtliche Provocation des Volkes Seitens der Rückschrittspartei, und dieser düstere Glaube, der elektrisch die Menge durchzuckte, führte zu den beklagenswerthen Scenen der Nacht vom 18. zum 19. März, in welchen die bewaffneten und die unbewaffneten Bürger den ersten hitzigen Kampf mit einander kämpften. Die Menge floh nach dem Angriff des Militairs bestürzt nach allen Seiten. Hier und da hörte man

den Ruf; „Verrath! Rache! Zu den Waffen! Man mordet friedliche Bürger!" Das ruhige, loyale Berlin überzog sich binnen zwei Stunden mit Barrikaden. Es begann um 4 Uhr ein verzweifelter Kampf, an welchem sich die Bürger und Studenten, wie die Arbeiter und Abenteurer betheiligten. In der Königsstraße, Friedrichsstraße, Taubenstraße, Jägerstraße, am Fischmarkt und am Köllnischen Rathhause, wo die d'Heureusesche Conditorei liegt, wüthete der Kampf am heftigsten. Was für Vertheidigungsmittel der Straßenkampf darbot, wurde angewendet. Eine Deputation, mit dem Bischof Neander an der Spitze, zog gegen 6 Uhr in feierlicher Haltung nach dem Schlosse, um den König zum Frieden zu stimmen. Der König, welchem der Beginn des Kampfes gewiß ebenso unerwartet gekommen war, und der bei der gegenwärtigen Sachlage nur wenig sicherere Nachrichten über die Veranlassung haben mochte, als das Volk, durfte wohl zögern, dem Kampf ein Ende zu machen, der anfangs im Schlosse mehr durch Böswillige, als durch ein Misverständniß herbeigeführt zu sein schien. Der König antwortete: „daß er gern Alles gewähren werde, aber nur der Bitte, nicht der Gewalt; erst müsse das Volk seine Stellungen aufgeben, ehe er seine Truppen zurückziehen könne." Die Deputation kehrte mit dieser Antwort zurück, mit dem Auftrage, Frieden zu stiften. Ueberall wurde diese Friedensbotschaft verschmäht, und der Kampf begann von Neuem. Reiterei konnte in den Straßen gar nicht wirken; Infanteristen stürmten die Häuser, um von hier aus die Barrikadenkämpfer zu beschießen, während die Kanonen die Straßenbollwerke zerschmetterten. Sonntag den 19. früh, als die Glocken feierlich zur Kirche riefen, stand der Kampf still, welcher dem Militair den Sieg in den inneren Stadttheilen sicherte, wogegen die Theile vom Dönhofsplatze bis zum Hallischen Thore und die den Alexanderplatz umgebenden Stadttheile noch von Barrikaden strotzten. Der König erließ die herzliche Proclamation: „An meine lieben Berliner," aus der erhellte, wie ungern er zum äußersten Blutvergießen geschritten war. Eine Deputation des Stadtraths begab sich nochmals zum Schlosse und erklärte dem König, daß, außer durch Gewährung der allgemeinen Wünsche des Landes, die Bürgerschaft nur durch die Zurückziehung des Militairs von den Straßen und durch Freilassung der bei den Unruhen verhafteten Personen zu bewegen sein würde, die Barrikaden zu öffnen und sich zur Ruhe zu neigen. Der König gab nach; er versprach, daß das Militair zurückgezogen, die Wünsche des Landes, soweit es möglich, erfüllt werden sollten. Diese frohe Botschaft wurde überall mit Freuden begrüßt, und unter den Klängen des Chorals: „Jesus meine Zuversicht" zog das Militair aus Berlin ab. Der Kampf hatte viele Opfer erfordert; am 22. März wurden 180 bürgerliche Leichen im Friedrichshain zur Ruhe bestattet. Von Seiten des Militairs waren nach officieller Angabe nur 15 gefallen, die man

setz vornahm, hauptsächlich aber den eximirten Gerichtsstand aufhob (23. August). Der König dagegen stieg wegen seiner Offenheit in der Achtung des Volkes; die Bewegung war daher maßvoller, verrauchte aber auch nicht sobald, als anderswo.

In Braunschweig zeigte sich der Herzog sehr bereitwillig, alles Verlangte zu gewähren (9. März), ja er wollte sich sogar der Souverainetät zu Gunsten der deutschen Einheit begeben und ließ das Militair zuerst die deutsche Kokarde anlegen (13. März). Am 30. Mai wurden die aus dem Glaubensbekenntniß folgenden Rechtsungleichheiten und das Verbot der Ehe zwischen Juden und Christen aufgehoben.

Im Königreich Sachsen gingen die ersten Petitionen zunächst von Leipzig aus (1. März), auf die der König zwar eine ausweichende Antwort gab, jedoch am 5. März den Minister von Falkenstein entließ. Damit begnügte man sich nicht, worauf der König Preßfreiheit auf einen Monat gewährte, zumal die Censoren inständigst um Enthebung von ihren Functionen baten. Endlich traten auch die übrigen Minister ab; Braun, Oberländer und v. Pfordten kamen an ihre Stelle und bewilligten alle damaligen Forderungen. Die Revolution war in Sachsen verhältnißmäßig ruhig, ohne Blutvergießen und Scenen der Gewalt abgelaufen, was man namentlich der Beredtsamkeit und Umsicht Robert Blum's zu verdanken zu haben glaubte. Doch gab es im Schönburg'schen und im oberen Erzgebirge arge Excesse. Am 18. Mai trat der alte Landtag zusammen, um ein neues Wahlgesetz zu berathen.

Die übrigen kleineren Staaten machten ebenfalls ihre Bewegung durch: Frankfurt am 4. Mai, Gotha am 7. und 8. März, Bremen, Hamburg und Lippe am 9., Oldenburg, Rudolstadt, Waldeck und Weimar 10., Reuß-Ebersdorf 11., Mecklenburg-Schwerin 12., Anhalt 12. —14. und Sondershausen am 14. März. Der Herzog von Meiningen gewährte freiwillig, ehe er dazu gezwungen wurde. In Altenburg, wo Erbe, Douai und Delitzsch republikanische Propaganda machten, ging es am unruhigsten her. Der Herzog rief sächsisches Militair zu Hilfe, welches den Bahnhof besetzte (Juni). Indeß blieb dasselbe nur wenige Tage dort und der Herzog mußte Cruciger ins Ministerium berufen. Auch der beliebte Fürst Weimars vermochte mit seinem Ministerium Wydenbrugk-Watzdorf nicht, die Ausschweifungen der Bauern und der Demokraten zu hindern.

Im Thüring'schen fanden Volksversammlungen statt, wo man die auf dem Altenburger Demokratencongresse angeregte Idee „eines einigen thüring'schen Staats ohne Mitwirkung der Fürsten" besprach. Dies bewog einerseits die Centralgewalt, Truppen im Thüring'schen zu concentriren (October), wie es andererseits die thüring'schen Minister nöthigte, zusammenzutreten und die Vereinigung der einzelnen Regierungen anzubahnen.

42. Oesterreich.

Die letzten Jahre der Metternich'schen Verwaltung hatten zwar manche Verbesserungen gebracht, aber das Ganze der Staatsmaschine war unverändert geblieben. Metternich hatte viel zu thun verabsäumt, aus Furcht, daß der Staat untergehen und die Revolution ihren Einzug halten würde, wenn man eine wesentliche Reform der Verwaltung vornähme. Und doch fühlte das Volk, empfanden sogar die Postulatenlandtage das Bedürfniß, dem übrigen Europa nachzukommen. Metternich wies sie zürnend in ihre Schranken zurück und erhielt die Ruhe, sowohl auf Kosten der Finanzen, welche, trotz des langen Friedens und der reichen Hilfsquellen im Innern, verfielen, als auch auf Kosten des Vertrauens und der Duldsamkeit, welche die übrigen Regierungen selbst abweichenden Ansichten gewährten. Oesterreichs Lage war damals keine günstige. Man hatte zur Zeit der Ruhe durchgreifende Reformen verabsäumt, und das Jahr 1847 trieb soviel Blasen, daß die Regierung diese Zeit nicht für Verbesserungen geeignet fand. Als die Nachricht der Pariser Ereignisse in Wien eintraf, durchdrang instinctmäßig alle Classen des Volkes das Gefühl, daß Metternich's System unhaltbar geworden sei. Die Papiere sanken furchtbar; die Bank war förmlich belagert von Menschenmassen, die baares Geld eintauschen wollten. Der niederösterreichische Gewerbverein richtete die Blicke des Kaisers auf die drohende Gewerbsstockung und erklärte, es gäbe nur Ein Mittel, das Vertrauen wieder zu gewinnen: „ein festes, inniges Anschließen der Regierung an die Stände und Bürger, wie an die Interessen des gemeinsamen deutschen Vaterlandes." Am 3. März 1848 erhob sich Kossuth im ungarischen Reichstage, um das Metternich'sche Regierungssystem zu geißeln. Er erklärte die „Constitutionalität für den rechten „Kitt zur Verbrüderung der verschiedenen Völker der Monarchie", „das Bureau und das Bayonnet seien elende Verbindungsmittel. Für eine geliebte Dynastie können Völker Blut und Leben geben, aber für die Politik eines drückenden Regierungssystems werde sich kein Sperling opfern." Der conservative Szechenyi tadelte das jetzige Regiment in den stärksten Ausdrücken. Man beschloß eine Vorstellung an den Thron, worin ein verantwortliches ungarisches Ministerium erbeten wurde, das im Lande seinen Sitz habe. Metternich erklärte, die Regierung denke an keine Invasion nach Frankreich, werde aber die bestehenden Institutionen schützen. Gerade diese Institutionen aber waren überall verhaßt. Darum entschlossen sich die Oesterreicher, an den Landtag Petitionen zu richten, um „unverweilte Veröffentlichung des Staatshaushalts, periodische Berufung eines alle Länder der Monarchie, sowie alle Classen und Interessen der Bevölkerung vertretenden ständischen Körpers mit dem Rechte der Steuerbewilligung und Controle des Finanz-

haushalts, sowie der Theilnahme an der Gesetzgebung, Herstellung eines Rechtszustands in der Presse durch Einführung eines Repressivgesetzes, Oeffentlichkeit der Rechtspflege, Verleihung einer zeitgemäßen Gemeindeverfassung und auf deren Grundlage Vertretung der in der gegenwärtigen ständischen Verfassung gar nicht oder nur unvollkommen begriffenen Elemente des Ackerbaus, der Industrie, des Handels und der Intelligenz." Die Studenten beriethen am 12. März in der Aula eine Adresse „um Aufhebung der Censur und Oeffentlichkeit der Rechtspflege", welche dem Kaiser in corpore überbracht werden sollte. Hye und Endlicher hielten die Jünglinge von ihrem Beginnen nur durch das Versprechen ab, die Adresse dem Kaiser selbst zu überreichen. An demselben Tage berieth auch die Prager Bürgerschaft im Wenzelsbade eine Adresse, worin der Nationalitätenkampf schon zum Vorschein kommt; denn die Böhmen verlangten unter anderen liberalen Forderungen, daß die Beamten der beiden Landessprachen mächtig sein sollten.

Am 13. März versammelten sich in Wien die Stände, und wurden von dem im Hofe des Ständehauses zusammenströmenden Volke mit Begeisterung begrüßt. Da erschienen die Studenten, eine Deputation geleitend, welche den Ständen ihre Wünsche und Beschwerden überbringen sollte. Die Stände faßten sofort eine Adresse an den Kaiser ab und ein Mitglied derselben verlas sie vom Fenster aus dem Volke. Man fand jedoch die Adresse zu zahm; Redner erhoben sich dagegen und erhitzten das Volk; eine fieberhafte Bewegung durchzuckte die gemüthliche Kaiserstadt. Das Gerücht, es sei eine zweite Deputation verhaftet worden, verführt die Menge zum Sturm des Ständesaales, worauf sie mit dem Rufe: „Nieder mit Metternich!" vor das Haus des Staatskanzlers zog. Endlich erschien Militair und besetzte mehrere öffentliche Gebäude und Plätze. Das war das Zeichen zum Sturm des Zeughauses, der aber von den Soldaten zurückgeschlagen wurde. Am Abend erschien die Bürgermiliz, um sich am Kampfe zu betheiligen, während die Studenten Volksbewaffnung forderten. Da verbreitete sich das Gerücht, der Kaiser habe den Vorstellungen der Stände Gehör gegeben, den Fürsten Metternich entlassen und werde Waffen unter das Volk austheilen lassen. Jetzt wälzten sich die Haufen zum zweiten Mal nach dem Zeughause und bewaffneten sich bei Fackelschein. Wien war beleuchtet; Alles schwamm im Jubel und Wonne. Graf Hoyos wurde Befehlshaber der Nationalgarde; Metternich floh nach England. Am 15. verkündete ein kaiserlicher Erlaß: „Preßfreiheit, Errichtung der Nationalgarde, Einberufung von Abgeordneten der ständischen Corporationen aller Provinzen, mit verstärkter Vertretung des Bürgerstandes, zur Vereinbarung einer Reichsverfassung." Am Mittag des 15. zog die Deputation des ungarischen Reichstages, von Freudengeschrei empfangen, in die Stadt; der Kaiser zeigte sich dem Volke, dessen Begei-

sierung keine Schranken kannte. Abends wurde unter Fackelschein nach der Burg gezogen, wo Reden in allen Zungen erklangen und Italiener und Deutsche sich in den Rufen: „Es lebe der Kaiser!“ und „Evviva Pio nono!“ vereinigten. Gleiche Aeußerungen stürmischer Freude wurden überall laut, wohin die Nachricht von der verheißenen Constitution kam. Die Jesuiten und Liguorianer dagegen begaben sich auf die Flucht. Der ungarische Reichstag hatte am 14. März auf Kossuth's Antrag, außer einer Adresse mit den bekannten Forderungen, noch folgende wichtige Beschlüsse gefaßt: „Alle Steuern und öffentliche Lasten, auch die Kriegssteuer, ohne Unterschied des Standes unverzüglich nach gleichem Verhältniß zu vertheilen, die Urbariallasten und bäuerlichen Giebigkeiten sogleich aufzuheben, die Grundbesitzer auf Staatskosten zu entschädigen, den Städten noch auf diesem Landtage eine verhältnißmäßige Ausübung des Stimmrechts zu ertheilen, und die Deputirten nicht als Repräsentanten der Comitate oder einer einzelnen Kaste, sondern als die Stellvertreter des ganzen Volks zu erklären.“ — In Prag wurde die böhmische, in Krakau und Lemberg die polnische Kokarde aufgesteckt. Die politischen Gefangenen verließen ihre Kerker und kehrten zu ihren Familien zurück.

Am 21. März berief der Kaiser den greisen Grafen Kolowrat an die Spitze eines verantwortlichen Ministeriums. Die Zeitumstände waren indeß so gewaltig, daß Kolowrat seine Kräfte und seinen Willen nicht ausreichend fand. Graf Ficquelmont löste ihn ab; neben ihm fungirten noch v. Pillersdorf, v. Sommaruga, v. Krauß und Zanini, der Ende April durch Graf Latour ersetzt wurde. Dieses Ministerium octroyirte am 25. April eine Verfassung mit zwei Kammern, und einem an dem Census festhaltenden Wahlgesetz. Die Metternich'sche Partei, für deren Träger man Ficquelmont hielt, ergriff nun das Mittel, den Nationalitätenkampf zu entzünden, um durch Theilung zu herrschen. Zuerst geschah dies in Böhmen, wo die Tschechen sich weigerten, zur deutschen Nationalversammlung zu wählen. In Wien war man sehr ungehalten, daß die Regierung die Böhmen nicht dazu zwang. Als nun am 14. Mai ein Tagesbefehl erschien, welcher die Aufhebung des Centralcomité's der Nationalgarde anordnete, schrien die Studenten über Verrath, brachten ganz Wien unter die Waffen und nöthigten Ficquelmont zum Rücktritt. Der Ministerrath widerrief jenen Befehl und bestimmte, daß die Verfassung erst mit dem Reichstage vereinbart werden und daß dieser aus Einer Kammer bestehen und aus allgemeinen, censusfreien Wahlen hervorgehen solle. Das Präsidium des Ministerii führte nun der Freiherr v. Pillersdorf; Freiherr v. Lebzeltern, später übernahm Freiherr v. Wessenberg das Auswärtige, Freiherr v. Doblhoff den Handel, v. Baumgartner die öffentlichen Arbeiten.

Die tumultuarischen Zustände in Wien bewogen den Kaiser zur Uebersiedelung nach Innsbruck (18. Mai), von wo Ferdinand I. unterm 20. das Manifest: „An meine Völker" erließ. Er erklärte: „die Vorgänge am 15. hätten ihn überzeugt, daß die anarchische Partei ihn der Freiheit zu handeln berauben wolle; er werde seine Versprechungen halten und billigen Wünschen stets Gehör schenken; nur müßten sich dieselben als allgemeine bewähren, in loyaler Weise vorgetragen, durch den Reichsrath berathen und ihm zur Sanction vorgelegt werden." In einem Cabinetsschreiben an Pillersdorf hieß es: „der Kaiser werde erst dann wieder nach Wien kommen, wenn er sich von den dortigen besseren Gesinnuugen überzeugt habe; der Ministerrath möge einstweilen alles Dasjenige vorkehren, was die Lage der Monarchie und die Wahrung des Thrones fordere." Als nun das Ministerium die Auflösung der akademischen Legion als solche verfügte (25. Mai), und Militair und Nationalgarde mit der Ausführung dieser Maßregel beauftragte, erhoben sich in Wien Barrikaden, traten die Bürger auf die Seite der Legion, erzwangen die Zurücknahme dieses Befehls und die Entfernung des Militairs und ergriffen die Grafen Montecuculi und Hoyos als Geißeln. Das Ministerium stellte es nun den Studirenden selbst anheim, welche Garantien der Ruhe und Sicherheit sie bieten wollten, um die Rückkehr des Kaisers zu ermöglichen. — Am 26. wurde ein Sicherheitsausschuß niedergesetzt und am 27. mußte das Ministerium versprechen, die Urheber der kaiserlichen Abreise und des Befehls zur Auflösung der akademischen Legion zur Untersuchung zu ziehen. Dagegen erhob sich Prag jetzt gegen Wien. Dort harrte ein von den tschechischen Professoren fanatisirtes Studentencorps, die Swornost, schon längst auf das Signal zum Losbruch gegen die Deutschen. Am 29. Mai beschloß der Gubernialpräsident, Graf Leo v. Thun, die Bildung einer provisorischen Regierung in Prag. — Während nun die Wiener den Kaiser mit Bitten um Rückkehr bestürmten, versammelte sich am 2. Juni in Prag der allgemeine S l a v e n c o n g r e ß, der nichts Geringeres beabsichtigte, als Oesterreich zu einem Slavenreich zu machen. Allein die slavischen Congreßmitglieder, deren jedes in seiner Sprache reden wollte, verstanden einander nicht und mußten sich schließlich der deutschen Sprache bedienen, die sie wie das deutsche Volk und seine Bewegung haßten. Vom Wiener Ministerium für ungesetzlich erklärt, hatte die provisorische Regierung andere Mittel in Bereitschaft, um der Tschechomanie gerecht zu werden und sich um das Kaiserhaus verdient zu machen. Leidenschaftliche Volksredner reizten das böhmische Proletariat zu einem Aufstand, den die Tschechen für ihre Sonderinteressen ausbeuten wollten. Das Proletariat war zu Pfingsten durch Messen im Freien und „patriotische" Reden aufs Aeußerste erhitzt worden, neckte schon am 10. und 11. Juni das Militair, und fiel am 12. meuchlings über das-



selbe her. Als eins der ersten Opfer böhmischen Fanatismus fiel die Fürstin Windischgrätz durch eine Kugel, welche vielleicht ihrem Gatten gegolten hatte. Der höchst commandirende General Fürst Windischgrätz wandte zur Unterdrückung des Aufstandes sehr energische Mittel an, ließ die Stadt in Brand schießen und nöthigte die Insurgenten, ihre Barrikaden zu verlassen (18. Juli) und sich zu unterwerfen; das Standrecht wurde verkündigt und herrschte bis zum 20. Juli.

Der Kaiser kehrte vorläufig nicht nach Wien zurück, sondern ernannte den Erzherzog Johann zu seinem Stellvertreter in Wien (16. Juni). Derselbe kam am 24. Juni an, wurde jubelnd empfangen, blieb aber nur bis zum 8. Juli, wo er nach Frankfurt als Reichsverweser abreiste, und nur noch einmal dahin zurückkehrte, theils um ein neues Ministerium zu bilden (19. Juli), da Pillersdorf dem Volke und der Regierung unzuverlässig schien, theils um den Reichstag zu eröffnen (22. Juli). Das neue Ministerium bestand aus v. Wessenberg (Conseilspräsident und Minister des Aeußern), v. Doblhoff (Inneres und provisorisch Unterricht), Dr. Bach (Justiz), Graf Latour (Krieg), v. Krauß (Finanzen), Hornbostl (Handel), v. Schwarzer (öffentliche Arbeiten).

Gehörte der tschechische Aufstand damals zu den räthselhaften Erscheinungen des Tages, da die Mitglieder der provisorischen Regierung auf freiem Fuße blieben, so schienen die Ereignisse in Kroatien einiges Licht über jene Vorgänge zu verbreiten. Die Kroaten hatten im März ebenfalls eine Deputation nach Wien gesandt mit radicalen Forderungen und der Bitte, daß der Baron Jellachich, ein slavischer Patriot, zum Banus von Kroatien und Slavonien ernannt werden möge. Die Bewilligung ihrer Wünsche brachte jedoch unter den Magyaren heftige Gährungen hervor, weil dieselben in der Ernennung des Barons Jellachich eine Art von Kriegserklärung fanden. Sie bemühten sich daher, die slavischen Bauern auf ihre Seite zu ziehen. Da verkündigte Jellachich plötzlich das Standrecht gegen die „Aufwiegler", worunter er die magyarischen Emissaire verstand, welche den Bauern sagten, sie seien Magyaren und verdankten den Ungarn die Aufhebung der Roboten und Zehnten, was in der That sich so verhielt, da die Kroaten des ungarischen Reichstags sich der Abschaffung alter Feudalrechte heftig widersetzt hatten. Von Agram aus pflanzte sich die Bewegung zu allen südslavischen Völkern fort. Die öffentlichen Cassen wurden geplündert und die ungarischen Beamten verjagt. Am 13. Mai wählten die bewaffneten Serben in Karlowitz den Joseph Rajatschisch zum Patriarchen und den Obersten Stephan von Schuplikaz zum Woiwoden. Auch die siebenbürgischen Sachsen wollten von einer Union mit Ungarn nichts wissen, und riefen die Walachen zu Hilfe, welche als vierte ständische Nation proclamirt wurden. Die Versammlung der Walachen, welche sich jetzt „Römer" nannten,

in Blasendorf (15—17. Mai) legte aber die Unfähigkeit und die geringe Bildung dieses Volks so offen dar, daß die Sachsen sich von ihnen zurückzogen und der siebenbürgische Landtag die Vereinigung mit Ungarn anerkannte (29. Mai). Der Banus, welcher seine Zeit noch nicht gekommen glaubte, unterwarf sich nun den Mahnungen des Kaisers und ließ sich die angebotene Vermittelung des Erzherzogs Johann gefallen. Er selbst reiste nach Innsbruck und wurde gnädig aufgenommen. Kaum war er jedoch wieder in Agram, als er die feindseligen Handlungen gegen die Magyaren erneuerte. Der ungarische Adel wanderte aus; Serben und Raizen, verstärkt durch das aus Serbien herübergekommene Raubgesindel, plünderten in Ungarn, im Banat und Kroatien. Russische Heere zogen sich an den Grenzen Siebenbürgens zusammen, angeblich, um den Aufstand in den Donaufürstenthümern zu dämpfen, aber mit unverkennbarer Absicht, bei gelegener Zeit in Ungarn zu interveniren. Unter solchen Umständen beantragte der zum Minister ernannte Kossuth die Aushebung von 200,000 Soldaten und die Bewilligung von 42 Millionen Gulden. Der ungarische Reichstag gab das Geforderte freudig her. In Pesth war nämlich damals ein panslavischer Aufstand ausgebrochen, aber vereitelt worden. Der Banus wurde am 18. Juni vom Kaiser seiner Aemter und Würden entsetzt, dagegen die Union zwischen Ungarn und Siebenbürgern bestätigt und alle Militaircommandos in beiden Ländern wurden unter den Befehl des ungarischen Kriegsministeriums gestellt. Die Folgen der panslavistischen Bestrebungen, die nachmals das Kaiserhaus retteten, waren einmal jene Aushebung von 200,000 Mann (6. Juli), ferner die Sendung einer ungarischen Deputation nach Frankfurt, um ein Bündniß mit Deutschland zu Stande zu bringen (3. Aug.), und endlich ein Beschluß des ungarischen Reichstags, der der kroatisch-slavonischen Nation gerecht zu werden versprach.

43. Preußen.

Nach Oesterreich wurde auch Preußen in den Alles verschlingenden Strudel der Bewegung gezogen, obwohl Niemand den nachmaligen Ausgang ahnte. Am 3. März 1848 hielten einige liberale Wortführer in Köln eine Volksversammlung ab, wo die „Forderungen des Volks" berathen wurden. Eine Deputation überbrachte dieselben dem Gemeinderath, der am 4. eine Adresse an den König beschloß, worauf die anderen Gemeinden der Provinz folgten. Von der Rheinprovinz ging die Adreßbewegung nach Westfalen, dann nach Sachsen und Schlesien. Am 6. März beschlossen die Stadtverordneten in Breslau einen Adreßentwurf, der aber den Radicalen nicht weit genug ging, und daher am 10. abgeändert wurde. Auch in Königsberg, Elbing, Magdeburg (13.) und in

Erfurt (14.) kamen die Bürger über Adressen überein, wurden aber auch vom Militair manchmal daran verhindert. Königsberg und Breslau, die Grenzpfähle der westlichen Bildung gegen Rußland, hatten große Sorge wegen einer russischen Intervention und baten den König, das Bündniß mit Rußland zu lösen und den Bürgern Waffen in die Hände zu geben. In Königsberg ging man so weit, Depeschen aufzufangen, welche nach Rußland bestimmt waren, ohne daß es die Behörden verhindern konnten. In Westfalen stieg die Anarchie aufs Höchste. Während in den übrigen Provinzen sich der Sturm nach den Bewilligungen des Königs etwas legte, fachten die misverstandenen königlichen Erlasse in den Arbeitern und dem Pöbel hier erst Flammen der Wuth an, in welchen die Schlösser des reichen Adels im Münsterlande zerstört, manches Fabriketablissement in Asche gelegt und das Vermögen einiger jüdischen Handelsleute zerrüttet wurde. In Berlin erhielt sich die Ruhe bis zum 13. März, wo unter den Zelten des Thiergartens eine Art Volksversammlung gehalten und die Tagesfragen erörtert wurden. Den Anlaß dazu bot erstens die vom König am 6. März gewährte Zusicherung, den Vereinigten Landtag periodisch einzuberufen, ohne daß der Termin dieser Einberufung in nahe Aussicht gestellt wurde und zweitens die Cabinetsordre vom 8. März, wonach ein Bundespreßgesetz verheißen wurde. Vom Bunde, dessen Langsamkeit ohnehin bekannt war, wollte man damals gar nichts mehr wissen; der Adressensturm wuchs; die Conflicte zwischen Bürgern und Militair blieben nicht aus; das Volk in seinen Schenken erhitzte sich gegen die Soldaten, und diese in ihren Casernen redeten sich in einen Haß gegen „das Civil“ hinein, aus dem sie die folgenden Ereignisse nicht mehr herauskommen ließen. Man betrachtete einander mit Ingrimm, höhnte und schimpfte einander. In Berlin machte man schon am 13. einen Versuch mit dem Barrikadenbau. Am 14. hatte eine Deputation der Berliner Gemeindebehörden Audienz, um die Antwort auf ihre Dankadresse für den Erlaß vom 8. anzuhören. Der König antwortete sehr liberal: „Er habe auch jetzt noch die Loosung: Freie Fürsten, freie Völker! Aber ein guter Feldherr kenne auch noch eine andere: Kühn und bedächtig! Die Gemeindebehörden hätten sich gegen eine allmälige Entwickelung der Verfassung erklärt. Es gäbe aber gewisse Dinge, die sich nicht übereilen ließen, wenn man nicht Gefahr laufen wolle, sie auf den Kopf zu stellen. Die ständische Gliederung, gegen die man anstrebe, sei ebenfalls deutsch, sie anzutasten, gefährlich. Der Besitz sei die althergebrachte Grundlage der Standschaft. Ueber das Alles könne nur mit dem Landtage verhandelt werden, der am 27. April zusammentreten solle.“ Der König forderte die Deputation auf, seine Antwort den Bürgern mitzutheilen, namentlich die nahe Einberufung des Landtags. Dies geschah; allein auf die durch die Straßen wogenden und auf das Militair grollen-

den Arbeiter machten jene Eröffnungen gar keinen Eindruck. Die Arbeiter hatten einige unklare Ideen von Organisation der Arbeit erhascht und forderten ein Arbeitsministerium, das, wie sie hofften, ihrem Mangel abhelfen, und stets für lohnende und reichliche Arbeit sorgen werde. Den 14. und 15. Abends kam es in vielen Straßen zu blutigem Zusammenstoß zwischen den Arbeitern und dem Militair, indem sich auf beiden Seiten der lang verhaltene Ingrimm Luft machte. Den ins Leben gerufenen bürgerlichen Schutzmännern gelang es, die Ruhe für den 16. und 17. März zu erhalten, wiewohl die inzwischen bekanntgewordenen Wiener-Ereignisse in den Wirthshäusern lebhaft besprochen wurden. Am 17. kam die rheinische Deputation; man hoffte in Berlin, der König werde ihr nichts abschlagen. Am 18. stellte sich die Deputation dem König vor; v. Wittgenstein hielt die Anrede, und bat den Monarchen um Auskunft über seine Absichten in Beziehung auf die Zeitwünsche, da davon die Ruhe der Rheinprovinz abhänge. Der König erließ nun eine schöne Proclamation, in welcher er seine hochherzigen Absichten in Beziehung auf die deutsche Bundesverfassung darlegte, und gab zugleich ein provisorisches Preßgesetz, das, wo es bekannt wurde, zu stürmischen Freudenausbrüchen führte. Um 2 Uhr Nachmittags prangten diese Erlasse an den Straßenecken Berlins und riefen Begeisterung und Jubel hervor. Alles zog nach dem Schloßplatze, um dem Monarchen zu danken. Der König wiederholte hier nochmals seine Zusagen und forderte die Menge auf, ruhig auseinander zu gehen. Da erschollen aus der Menge einige Stimmen: „Militair fort! Bürgerwächen!" ein Ruf, der in den Hofkreisen für gleichbedeutend mit einem unehrenvollen Rückzuge der Truppen erachtet wurde. Der König zog sich unangenehm berührt zurück; der Ruf verstärkte sich; die Menge drängte gegen das an der Stechbahn und unter dem Portal stehende Militair. Dieses, einen Angriff befürchtend, durch die fünftägigen Nachtwachen gereizt und, wie das Volk, wenn auch aus anderen Gründen, erbittert, ging vor, Reiterei sprengte von der Stechbahn heran, und hieb sofort auf die größtentheils friedliche Menge ein, weil zwei Schüsse fielen — entweder von sich entladenden Gewehren der Garden, oder von fremden Emissairen, die sich damals unter allerlei Verkleidungen in Berlin aufgehalten haben sollen, um einen Aufstand hervorzubringen. Mag dem sein, wie ihm wolle — man glaubte in jenem Augenblick nicht, daß das Einhauen des Militairs auf einem Misverständniß beruht habe; man sah vielmehr darin eine absichtliche Provocation des Volkes Seitens der Rückschrittspartei, und dieser düstere Glaube, der elektrisch die Menge durchzuckte, führte zu den beklagenswerthen Scenen der Nacht vom 18. zum 19. März, in welchen die bewaffneten und die unbewaffneten Bürger den ersten hitzigen Kampf mit einander kämpften. Die Menge floh nach dem Angriff des Militairs bestürzt nach allen Seiten. Hier und da hörte man

den Ruf; „Verrath! Rache! Zu den Waffen! Man mordet friedliche Bürger!“ Das ruhige, loyale Berlin überzog sich binnen zwei Stunden mit Barrikaden. Es begann um 4 Uhr ein verzweifelter Kampf, an welchem sich die Bürger und Studenten, wie die Arbeiter und Abenteurer betheiligten. In der Königsstraße, Friedrichsstraße, Taubenstraße, Jägerstraße, am Fischmarkt und am Köllnischen Rathhause, wo die d'Heureuseſche Conditorei liegt, wüthete der Kampf am heftigsten. Was für Vertheidigungsmittel der Straßenkampf darbot, wurde angewendet. Eine Deputation, mit dem Bischof Neander an der Spitze, zog gegen 6 Uhr in feierlicher Haltung nach dem Schlosse, um den König zum Frieden zu stimmen. Der König, welchem der Beginn des Kampfes gewiß ebenso unerwartet gekommen war, und der bei der gegenwärtigen Sachlage nur wenig sicherere Nachrichten über die Veranlassung haben mochte, als das Volk, durfte wohl zögern, dem Kampf ein Ende zu machen, der anfangs im Schlosse mehr durch Böswillige, als durch ein Misverständniß herbeigeführt zu sein schien. Der König antwortete: „daß er gern Alles gewähren werde, aber nur der Bitte, nicht der Gewalt; erst müsse das Volk seine Stellungen aufgeben, ehe er seine Truppen zurückziehen könne.“ Die Deputation kehrte mit dieser Antwort zurück, mit dem Auftrage, Frieden zu stiften. Ueberall wurde diese Friedensbotschaft verschmäht, und der Kampf begann von Neuem. Reiterei konnte in den Straßen gar nicht wirken; Infanteristen stürmten die Häuser, um von hier aus die Barrikadenkämpfer zu beschießen, während die Kanonen die Straßenbollwerke zerschmetterten. Sonntag den 19. früh, als die Glocken feierlich zur Kirche riefen, stand der Kampf still, welcher dem Militair den Sieg in den inneren Stadttheilen sicherte, wogegen die Theile vom Dönhofsplatze bis zum Hallischen Thore und die den Alexanderplatz umgebenden Stadttheile noch von Barrikaden strotzten. Der König erließ die herzliche Proclamation: „An meine lieben Berliner,“ aus der erhellte, wie ungern er zum äußersten Blutvergießen geschritten war. Eine Deputation des Stadtraths begab sich nochmals zum Schlosse und erklärte dem König, daß, außer durch Gewährung der allgemeinen Wünsche des Landes, die Bürgerschaft nur durch die Zurückziehung des Militairs von den Straßen und durch Freilassung der bei den Unruhen verhafteten Personen zu bewegen sein würde, die Barrikaden zu öffnen und sich zur Ruhe zu neigen. Der König gab nach; er versprach, daß das Militair zurückgezogen, die Wünsche des Landes, soweit es möglich, erfüllt werden sollten. Diese frohe Botschaft wurde überall mit Freuden begrüßt, und unter den Klängen des Chorals: „Jesus meine Zuversicht“ zog das Militair aus Berlin ab. Der Kampf hatte viele Opfer erfordert; am 22. März wurden 180 bürgerliche Leichen im Friedrichshain zur Ruhe bestattet. Von Seiten des Militairs waren nach officieller Angabe nur 15 gefallen, die man

am folgenden Tage unter zahlreichem Gefolge von Bürgern und Soldaten begrub, da der Plan, die Leichen der getödteten Soldaten mit denen der Bürger in Eine Gruft zu senken, auf Hindernisse gestoßen war. Noch am 19. trat Bodelschwingh ab. Graf Arnim, Graf Schwerin, v. Auerswald und Camphausen bildeten das neue Ministerium. Der 20. brachte eine allgemeine Amnestie in einfachen und herzlichen Worten. Die aus Moabit entlassenen Polen wurden im Triumph durch die Straßen geführt, und Mieroslawski schwenkte die deutsche Fahne. Am 21. März hielt der mit den deutschen Farben geschmückte König, von den begeisterten Studenten und Bürgern gefolgt, einen Umzug in Berlin, wobei er die Einigkeit Deutschlands herzustellen versprach, ohne etwas usurpiren oder einen Fürsten vom Throne stoßen zu wollen. Er hatte dabei offenbar den Gesichtspunkt freier Einigung vor Augen, aber das Volk verstand unter den in der Proclamation vom 21. „An mein Volk und an die deutsche Nation" enthaltenen Worten: „Preußen geht fortan in Deutschland auf," eine wirkliche Begebung der Souverainetätsrechte Seitens der Fürsten zu Gunsten des deutschen einheitlichen Bundesstaats. — Bei den „Neupreußen", wie im südlichen Deutschland, wurde diese unverfängliche Erklärung des Königs nicht gut aufgenommen. Am 22. März hatte eine Deputation der Städte Breslau und Liegnitz Audienz beim Könige, welche neben der Errichtung eines Arbeitsministeriums verlangte, daß nicht der alte Vereinigte Landtag berufen werde, sondern der König aus eigner Machtvollkommenheit der Volksvertretung eine breitere Basis geben möge. In Schlesien herrschte traurige Anarchie; Arbeiter- und Bauern-Excesse waren an der Tagesordnung. In Breslau, wo der Magistrat seine Autorität mit einer Volksdeputation theilen mußte, bereitete man schon eigenmächtig die Urwahlen vor. Die Rückkunft der Deputation, welche die neuen Erlasse mitbrachte, sowie der Antritt eines neuen Oberpräsidenten, des liberalen Grafen York, später des Oberbürgermeisters Pinder, stellten das Ansehen der Gesetze wieder einigermaßen her. Der König und die Minister waren bei der Berufung des Vereinigten Landtags stehen geblieben, und man hatte sich unter Protesten gefügt. In Pommern dagegen reifte der abenteuerliche Plan, nach Berlin zu ziehen und den König zu befreien. Im Militair herrschte furchtbare Erbitterung; man sprach davon, daß der König gezwungen worden, daß er unfrei, gefangen und bedroht sei. Die Bauern der Mark insultirten die schwarz-roth-goldene Fahne; die Proteste gegen die Berliner Ereignisse und deren Folgen häuften sich; der Adel und die hohen Beamten verließen die Hauptstadt; in allen Provinzen erhoben die Gespenster des Communismus ihr Haupt und lugten in das Elend der Hütten, regten hier allerlei Wünsche an, mehrten die Furcht der Besitzenden, vergrößerten den Wirrwar der Meinungen und die Anarchie der Gesellschaft, welche aus

den Bahnen des gesetzlichen Fortschritts gewichen war. Der Prinz von Preußen, der Mitgarant der neuen werdenden Ordnung, hatte sich nach London begeben (22. März). Auf ihn häuften aber die Fanatiker allen Haß gegen das Fürstenthum, und erklärten seinen Palast als Nationaleigenthum, während Alles, was mit dem Geschehenen unzufrieden war, seine Hoffnungen auf ihn baute, und den Zwiespalt, welcher das ganze Volk zerfleischte, in das Heiligthum der königlichen Familie hineintrug. Welche Elemente überhaupt in diesen ersten Tagen des Wirrwarrs auftraten, beweist nichts besser, als jene Bittschriften-Commission, welche sich aus eigner Machtvollkommenheit im Palais des Prinzen von Preußen niedergelassen, dort von seinen Vorräthen zehrte, und aus den Herren Rector Karrig, v. Normann und Becker bestand, Menschen, die theils wegen gemeiner Verbrechen gesessen, theils sehr zweideutiger Natur waren. Prof. Dove erwarb sich das Verdienst, diese Commission zu verhaften. — Die Volksredner Eckert und Urban, socialistische Schwärmer, arbeiteten darauf hin, das Volk mit seinem Herrscher auszusöhnen und erwirkten eine Cabinetsordre zur Rückkehr des Militairs (30. März), weshalb sie von anderen Volksrednern heftig angefeindet wurden. Da einige für unausweichlich gehaltene Liberale sich weigerten, unter dem Grafen von Arnim ins Ministerium zu treten, dankte Letzterer ab und der König ernannte am 29. März das Ministerium Camphausen, worin Baron Arnim, Bornemann, v. Auerswald, Graf Schwerin, Hansemann und v. Reiher, später (den 30. April) v. Canitz Platz nahmen. Dieses Ministerium eröffnete am 2. April den Vereinigten Landtag, welchem die Grundlagen eines Entwurfs der Verfassung auf breitester Grundlage und eines Wahlgesetzes vorgelegt und von ihm genehmigt wurden. Vincke's glanzvolle Rede führte ein Vertrauensvotum in finanzieller Hinsicht und die Aufnahme einer freiwilligen Anleihe von 15 Millionen Thalern herbei. Am 6. April wählte der Landtag in den Sectionen der acht Provinzen 113 Abgeordnete zur Beschickung der Frankfurter Versammlung. Allein schon am 10. April erklärte Camphausen, „daß nach einer inzwischen erfolgten modificirten Bestimmung der Wahlen zur deutschen constituirenden Versammlung von Seiten des deutschen Bundestags die bereits vom Landtage vollzogenen Wahlen nicht ausreichten; der König wünsche, daß der Landtag auf seine Wahlen verzichte, und daß das Ministerium sofort die neuen Wahlen, nach dem Beschluß des Bundes, ohne Unterschied des Standes und des Bekenntnisses anordnen werde." Fast einstimmig fügte sich die Versammlung und ging gleich nach diesem Beschluß auseinander. Die Wahlen der Abgeordneten sollten indeß keine unmittelbaren sein, sondern, wie die der Abgeordneten zur preußischen vereinbarenden Versammlung, durch Wahlmänner vermittelt werden.

Am 1. Mai fanden die Wahlen der Wahlmänner zur preußischen, am 8. die zur deutschen Nationalversammlung statt, und wenige Tage später gingen die Namen der Abgeordneten aus den Urnen hervor. Für die preußische Versammlung wählte man meist die „praktischen Reformer", für die deutsche die „theoretischen Reformer", die Gelehrten und wissenschaftlich Gebildeten. Fast alle Abgeordneten gehörten der liberalen und radicalen Partei an. Ehe die Nationalversammlung in Berlin zusammenkam, beging Camphausen den Fehler, die Sache der Rückkehr des Prinzen von Preußen zu einer öffentlichen zu machen. Er beantragte in einem der Oeffentlichkeit übergebenen Bericht an den König (11. Mai) die Zurückrufung des Prinzen, um am Verfassungswerke mitzuwirken, weil nach seiner Theorie dasselbe sonst ungiltig werden könnte. Der Prinz war aber damals nicht beliebt, weil — ob mit Recht oder Unrecht — ihm die energischen Widerstandsmaßregeln vom 18. zum 19. März schuldgegeben wurden. Jene Angelegenheit, einmal an die große Glocke gebracht, machte das Publicum zum Schiedsrichter und rief Protestationen hervor, denen Camphausen willfahren zu müssen glaubte, wodurch er seine Stellung gleich anfangs untergrub. Er modificirte nämlich am 15 seine Erklärung vom 11. dahin: „daß der Prinz erst nach Eröffnung der Nationalversammlnng und nach seinerseits erfolgter Zustimmung zu der neu eingeschlagenen constitutionellen Bahn zurückkehren werde." Schon damals glaubte man, Camphausen werde abtreten müssen.

In der Zwischenzeit hatte die Regierung einen Bürgerkrieg zu dämpfen, der zwischen Polen und Deutschen im Großherzogthum Posen geführt wurde. In Folge der Pariser Ereignisse war das Großherzogthum mit Truppen überfüllt worden, weil man hier zuerst den Ausbruch von Unruhen befürchtete. Die Polen, von den vor Rußland bangenden Deutschen aufgemuntert, hofften, die Zeit der Wiederherstellung ihres Vaterlandes sei gekommen; bald werde der Morgen der Freiheit tagen, von Posen und Galizien aus das Königreich Polen befreit werden. Die freien Polen wollten die Avantgarden der Deutschen gegen Rußland sein. Das waren die damals im Umlauf befindlichen Ideen. Am 20. März beriethen die Polen in Posen eine Adresse und legten unter Hurrahruf die weiß-rothe Kokarde an. Ein Polen-Comité erließ eine Aufforderung „an die Brüder Polen", sich nicht dem deutschen Bunde anzuschließen, aber auch nicht gewaltsam gegen die Deutschen zu verfahren. Eine zweite Proclamation desselben Comité's, „an die Deutschen des Großherzogthums," sprach die Hoffnung aus, daß die Deutschen die Verbündeten der Polen sein würden, in dem Kampf des Lichts gegen die Finsterniß, gegen den Asiatismus. Nachdem die polnische Deputation nach Berlin gereist war, um die Abtretung des Großherzogthums zu erbitten, wuchs



die Aufregung von Stunde zu Stunde. Deutsche und Polen fraternisirten; man sah weiß-rothe und schwarz-roth-goldene Kokarden an jeder Brust; aber die Stimmung war doch eine gedrückte, denn die Bildungsstufe des gemeinen Mannes gab keine Bürgschaft, daß nicht der Haß gegen Deutsche und Juden bald ausbrechen werde. Um dieses Unglück zu verhüten, zog der General v. Colomb seine Truppen aus der Stadt in die Festung und hob das Standrecht auf, vereinigten sich die städtischen Behörden mit dem Comité und organisirten eine Bürgerbewaffnung, aus Polen, Deutschen und Juden zusammengesetzt. Dagegen gährte es auf dem Lande; Excesse wurden verübt, die Deutschen flüchteten in die Kreisstädte und bewaffneten sich als Landwehr. Das deutsche Nationalcomité suchte den üblen Eindrücken, welche die Angriffe der polnischen Bauern auf das Eigenthum der Deutschen und Juden machten, durch eine Proclamation an die Landsleute und an die Polen zu verwischen, mahnte die Einen zur Nachsicht gegen eine zu stürmische und misverstandene Vaterlandsliebe, und hielt den Andern vor, wie sie sich der Sympathien Deutschlands durch fortgesetzte Gewaltthaten berauben würden (24. März). Der König gewährte die Bitte der polnischen Deputation, gestattete die polnische Reorganisirung des Großherzogthums, unter der Bedingung: daß die Gesetze geachtet, die deutsche Einwohnerschaft ungekränkt bleibe. „Polen soll und muß wiederhergestellt werden," sagten die Exaltirten im Frankfurter und Berliner Parlament, sprachen die Redner der Volksversammlungen nach; „aber," — setzten die Gemäßigten hinzu, — „mit Bewahrung der Interessen Deutschlands, mit Rücksicht auf die strategische, politische und nationalökonomische Lage unsers Nordostens." Diese Polenfrage rief einen lebhaften Schriftwechsel hervor, in dem Wuttke besonders die deutsche Sache verfocht. Er zeigte, daß das ganze ehemalige Polen nicht blos von Polen bewohnt gewesen, sondern daß nach Plater nur ein Drittheil der Einwohnerschaft der polnischen Nationalität angehört, daß nicht die Deutschen nach Polens Theilung im Gefolge der österreichischen und preußischen Heere eingewandert, sondern daß die Bevölkerung, wie in Grenzländern oder denjenigen Gebieten, welchen natürliche Grenzen mangeln, von Uranfang eine gemischte gewesen sei. Wuttke wies ferner nach, daß schon im 13. Jahrhundert Posen, Krakau, Kletzk, Kriewen, Zduny, Exin und Nakel deutsches Recht besaßen, und im 14. Jahrhundert dazu sechs, im 15. Jahrhundert neun, im 16. Jahrhundert drei Städte des Großherzogthums traten, wozu nach dem dreißigjährigen Kriege, welcher die deutsche Einwanderung ins Stocken brachte, noch sechs andere Städte und viele Dörfer kamen. Wo aber deutsches Recht gegolten, da müsse auch die Bevölkerung überwiegend deutsch gewesen sein. Diesen in Polen ansässigen Deutschen habe das Land viel zu danken und ihnen doch immer schlecht gelohnt. Die

Deutschen seien in ihren verbrieften Rechten, in Sprache und Glauben beharrlich verkürzt worden. Ost- und Westpreußen und die deutschen Ostseeprovinzen seien durch die Polen dem deutschen Reiche entrissen und zu dem Verlust Lothringens hätten die Polen das Ihrige beigetragen. Die österreichische Regierung milderte nach der Theilung die Leibeigenschaft und regelte die Roboten. Noch viel mehr that die preußische. Sie schuf auf dem Lande einen Stand freier Eigenthümer, baute die verwüsteten Städte wieder auf, legte Canäle an, verbesserte die Land- und Viehwirthschaft, gründete Kirchen und Schulen und eröffnete durch den landwirthschaftlichen Creditverein dem verschuldeten und liederlichen Adel die Mittel, seine Güter in bessere Umstände zu bringen. Es sei Schuld der Polen, wenn sie diese Verbesserungen nicht für sich benutzt und sich von den Deutschen hätten weit überflügeln lassen. Der Gewerbstand werde beinahe ganz von Deutschen gebildet; was im Handel und der Industrie geschehen sei, verdanke Polen den Deutschen. Ueberdies belaufe sich die Zahl der Deutschen auf 500,000, während es 700,000 Polen im Großherzogthum gebe. Jene Deutschen, welche besonders im Netzedistrict und längs der brandenburgischen und schlesischen Grenze in dichten Massen beisammen wohnen, müßten bei der Aufnahme in den deutschen Bund berücksichtigt werden, zumal die Deutschen in Posen selbst diese Aufnahme verlangten. Diese Ansicht erhielt nachmals auch die Billigung des Frankfurter Parlaments.

Als die polnische Reorganisation ins Werk gerichtet werden sollte, bemächtigte sich der Deutschen große Angst, wozu der massenhafte Zuzug der Sensenmänner und die Drohung der Polen beitrug, daß ein entsetzliches Blutbad folgen werde, wenn der König nicht Alles bewillige. Plötzlich trat eine Reaction gegen die polnischen Bestrebungen in rein polnischen Districten von Seiten der Bauern hervor, die zu Protokoll erklärten, lieber unter preußischer Herrschaft zu bleiben. An anderen Orten drohten die Bauern ihren Gutsherren mit dem Tode, sobald der geringste Schritt zur Losreißung von Preußen geschehe. Als dies dennoch in Westpreußen erfolgte, erhob sich die ganze deutsche Bevölkerung dagegen. Der Ruf: „wir wollen nicht der Willkür der Polen preisgegeben sein," pflanzte sich von Kulm und dem Goplosee bis an die Grenzen Schlesiens fort. Petitionen von den Deutschen bestürmten den König, sie nicht zu verstoßen von dem gemeinsamen Vaterlande (31. März).

Die Polen hatten unterdessen die preußischen Beamten verjagt, die öffentlichen Kassen und Waffenvorräthe an sich genommen und bei Schroda, Trzemeszno und Pleschen Lager gebildet, in denen sich nahe an 15,000 Mann Sensenmänner, Uhlanen, Büchsenschützen mit einigen kleinen Geschützen befanden. Der Bauer war übrigens nur unwillig dem Zwange des Adels und

seiner Beamten gefolgt. Da erschien General von Willisen, den die Polen selbst erbeten hatten. Von den Deutschen gleich anfangs mistrauisch aufgenommen, versah sich der General eines besseren Empfangs von den Polen. Allein diese versagten ihm den Gehorsam, als er die Zugeständnisse des Königs, welche Alles gewährten, was die Polen verlangt hatten, bekannt machte. Bei Wreschen und Xions bildeten sich neue Polenlager; Pleschen wurde befestigt. Vergebens bat Willisen dringend, sich den von ihm getroffenen Anordnungen zu fügen und auseinanderzugehen; vergebens wiesen General von Colomb und Oberpräsident von Beurmann auf den nothwendig werdenden Gebrauch der Waffen hin, wenn der Aufforderung nicht Genüge geschehe. Schon hatten andere Elemente sich in den Kampf gemischt; Mieroslawski mit den befreiten Polen war aus Berlin angekommen. Die Säbel rasselten schon aus der Scheide, und in Trzemeszno waren preußische und polnische Truppen bereits ins Gefecht gerathen. Von Willisen bat den preußischen General um eine dreitägige Waffenruhe, binnen welcher Zeit die Polen auseinandergehen wollten, aber „der Friedensstifter“ wurde von den Polen betrogen und von den Deutschen, deren Zorn über so große Nachsicht keine Grenzen kannte, bitter verfolgt. Die Landwehrmänner hätten ihm das Aeußerste gethan, wenn sie ihn bekommen hätten; in Posen konnte er sein Leben nur durch die Flucht retten. Meseritz und Polajewo sagten sich eigenmächtig vom Großherzogthum los und vereinigten sich mit den Regierungsbezirken Frankfurt und Bromberg. Daß der König Willisen's Reorganisationspläne genehmigt habe, erbitterte eher, als daß es beruhigte, weil man die näheren Modalitäten noch nicht kannte.

Unterdeß bewog Willisen die polnischen Führer, ihre Leute auseinandergehen zu lassen und meldete nach Ablauf der dreitägigen Frist vom Lager bei Xions, daß die Polen dem Befehle gehorcht und nur noch 1500 Mann beisammen hätten, welche bereit seien, sich unter den Befehl eines preußischen Officiers zu stellen. Die Polen waren jedoch nicht auseinandergegangen, sondern hatten sich in viele kleinere Haufen getheilt, um so lange gegen die preußischen Truppen einen Guerillakrieg aus den Wäldern und Morästen des Großherzogthums zu führen, bis eine französische Armee zur Hilfe herbeiziehe. Während Willisen in Berlin einen günstigen Bericht erstattete, überfielen polnische Raubbanden die kleinen Städte, mishandelten und ermordeten die Juden und plünderten die Deutschen. In Kosten, Grätz, Trzemesno und Wreschen wurden arge Greuelthaten verübt; sogar einige Priester betheiligten sich dabei, fanatisirten die Massen und redeten ihnen vor, daß die katholische Religion bedroht sei. Die deutschen Beamten flohen allerwärts; die Gerichte erhoben im Voraus ihre Gehalte, um mit Geldmitteln zur Flucht versehen zu sein, und den Insurgenten nicht die Kassen in die Hände geben zu müssen.



Von allen Seiten wurde das Generalcommando um Hilfe bestürmt; unter den Deutschen verbreitete sich das unheimliche Gerücht, daß die Polen auf Ostern eine sicilianische Vesper gegen Deutsche und Juden ausführen würden. Die Deutschen bewaffneten sich und zogen der Stadt Posen, welche man für bedroht hielt, zu Hilfe. Auch in Galizien regte sich damals die Empörung; der Adel aber, durch die Vorgänge von 1846 gewitzigt, begehrte, außer Erhaltung der polnischen Sprache und Nationalität, vor Allen die Aufhebung der Frohnden und Feudallasten, was der Kaiser auch am 22. April gewährte.

Als jene Nachrichten in Berlin anlangten, sendete das Ministerium den General von Pfuel mit unbeschränkter Vollmacht nach Posen ab. Kaum dort angelangt, vernahm er von einer entsetzlichen Schandthat der Polen. Im Städtchen Buk empfingen die Einwohner eine preußische Compagnie mit anscheinender Gastfreundlichkeit; der getäuschte Hauptmann vernachlässigte die nöthigen Sicherheitsmaßregeln. Als die Soldaten schliefen, fielen die Einwohner, im Verein mit herbeigeholten Sensenmännern, über sie her, und nur der Geistesgegenwart eines Tambours verdankt man es, daß nicht Alle niedergemetzelt wurden. Nun verkündigte Pfuel das Standrecht in der Provinz und schickte Truppenabtheilungen aus, welche den Aufständischen mehrere Niederlagen beibrachten. Die Soldaten, namentlich die Landwehr, verübten in ihrer grenzenlosen Erbitterung ebenfalls an den Gefangenen Greuelthaten, die von den Officieren nicht gehindert werden konnten. Es war ein entsetzlicher Racenkrieg. General von Wedell erwarb sich durch seine umsichtige Kriegführung das Verdienst, den Aufstand binnen kurzer Zeit zu beendigen. Den Insurgenten mangelte Geschütz und dieser Nachtheil mußte ihre ohnehin schon hoffnungslose und befleckte Sache zu einer verlorenen machen. Bei Miloslav erfocht Miroslawski mit dreifach überlegenen Massen einen Vortheil über die Preußen, welche zeitiger angriffen, als die Colonne des Obersten v. Brandt den Polen in den Rücken fallen konnte (30. April). Dieser Sieg mehrte den Zulauf der durch mancherlei Vorspiegelungen gewonnenen Bauern zu den polnischen Corps. Krotowski (Krauthofer) verkündete die Errichtung einer „heiligen Vehme", welche ihre dunkle Wirksamkeit bald kundgab. Die preußischen Generäle (Hirschfeld, v. Wedell und v. Brandt, unter Oberleitung des Generals v. Colomb) entwarfen jedoch so geschickte Marschdispositionen, daß der Feind überall auf Truppen stieß und Mieroslawski, bei dessen Corps Furcht und Zuchtlosigkeit einriß, an die russische Grenze gedrängt wurde. Er gab den Oberbefehl an Brzezanski und überlieferte sich den Preußen. Seine Leute capitulirten am 9. Mai. Jetzt wurden mobile Colonnen gebildet, welche die einzelnen polnischen Guerillahaufen unablässig verfolgten, nachdem die letzte größere Schaar unter Krauthofer bei Rogalin in die Warthe gesprengt war. Bei Exin

fand am 12. das letzte Gefecht statt. Was von den Polen nicht geflohen war, wanderte in die Gefängnisse; Mieroslawski wurde später entlassen, die meisten Gefangenen amnestirt und die übrigen durch die Geschworenen freigesprochen, da die Beweismittel, daß die Angeschuldigten wirklich an der Insurrection theilgenommen, mangelten. Pfuel hob das Standrecht auf (Juni) und begann die Reorganisation der Provinz. Aber die Polen wiesen jene zurück und weigerten sich, ein Amt in den polnisch bleibenden Landestheilen anzunehmen.

44. Schleswig-Holstein.

Die preußischen Truppen sollten bald Gelegenheit haben gegen die äußeren Feinde Deutschlands zu kämpfen. Der König von Preußen hatte am 24. März dem Herzog von Augustenburg geschrieben, daß er die Herzogthümer in ihrer Vereinigung und in der agnatischen Erbfolge schützen wolle. Sogleich rückten preußische Truppen an die Grenze und die Hannoveraner, Mecklenburger und Braunschweiger unter Halkett besetzten Holstein. Die provisorische Regierung Schleswig-Holsteins hatte in Berlin erklärt: wenn man sie nicht unterstütze, so könne sie nicht dafür stehen, daß die Bewegung in eine republikanische umschlage, indem man damals in jenen Gegenden an Errichtung einer nordalbingischen Republik dachte. Der König sandte nun den Major v. Wildenbrugk nach Kopenhagen, um dem Dänenkönig vorzustellen, daß sein Monarch nur im Interesse des Letzteren einschritte, damit verhütet werde, daß sich revolutionäre Elemente in die Bewegung mischten; man möge nachgeben, die übereilten Schritte zurücknehmen, die gerechten Volkswünsche befriedigen, und über die streitigen Punkte Verhandlungen anknüpfen. Das Bekanntwerden dieser Unterhandlungen (8. April), zu welchen Preußen durch den deutschen Bund ermächtigt war, machte einen für Preußen nachtheiligen Eindruck; man mistraute den Preußen, zumal diese noch immer nicht einschritten, obgleich schon in Schleswig Blut geflossen war; preußische und holsteinische Soldaten haderten mit einander, und später führte dieses Mistrauen gegen die Preußen sogar zu abscheulichen Ereignissen in Frankfurt.

Die schleswig-holsteinischen Truppen wurden von dem Prinzen von Noer befehligt, welcher bei Bau eine feste Stellung bezog. Dort von den Dänen angegriffen (8. und 9. April), wurde er zum Rückzug gezwungen; namentlich erlitt sein rechter Flügel, aus Turnern, Jägern und Kieler Studenten bestehend, empfindliche Verluste. Auf dem Rückzug nach Flensburg wurden die tapferen Freischaaren bei der Kupfermühle bei Crusau hart angegriffen und 800 davon geriethen in Gefangenschaft.

Jene Niederlage mehrte aber in Deutschland die Begeisterung für Schleswig-Holstein; von allen Seiten strömten Freischaaren herbei, welche, an 10,000 Mann stark, von dem bayrischen Major von der Tann befehligt wurden, und 24,000 Mann deutscher Truppen besetzten Rendsburg und Umgegend, überschritten aber nicht die Eider. Dieses Zögern der deutschen Heere hatte theils seinen Grund in der Furcht vor Rußlands und Englands Einmischung, theils in den Unterhandlungen mit Dänemark, theils in den fruchtlosen Versuchen des Bundestags, die betheiligten Reichstruppen zur Unterordnung unter einen preußischen General zu bestimmen. Nachdem die letzten Anstände beseitigt waren, ertheilte der preußische König den Befehl zum Einmarsch in Schleswig, nachdem General v. Wrangel zum Obercommandeur aller Bundestruppen ernannt worden war. Dem glücklichen Vorpostengefecht bei Eckernförde unter Tann folgte der berühmte Sturm der Preußen auf das Dannewerk (23. April) und die Einnahme von Schleswig mit Schloß Gottorp, welches durch Oberst v. Bonin umgangen wurde. Die Dänen unter General Hedemann zogen sich hinter Schleswig, wo Wrangel und Fürst Radziwill mit den beiden Garderegimentern ihr Quartier aufschlugen. Oberst v. Bonin stand mit zwei Linienregimentern bei Dannewerk und Husby, General Halkett mit dem 10. Bundesarmeecorps als Reserve bei Duvenstedt, rückte aber am andern Tage nach Flensburg vor und drängte die Dänen nach Alsen (27. April). Am 2. Mai rückten die preußischen Brigaden Möllendorf und Bonin, die schleswig-holsteinische Armee unter dem Prinzen Friedrich von Augustenburg, und die Zastrow'sche Freischaar in Jütland ein. Fridericia ward vom Feinde geräumt; die wenigen, noch auf dem Festlande befindlichen Dänen zogen sich weit nach Norden zurück. Die Freude der Schleswig-Holsteiner über diese Siege war grenzenlos; mit Herzlichkeit wurden die braven Preußen begrüßt, und ihre Bescheidenheit im Quartier, die gute Disciplin und ihre Tapferkeit rühmend anerkannt. Der dänische König versetzte nun die deutsche Küste in Blokadezustand, und der dänische Admiral Steen Bille erklärte, daß er für die Besetzung Jütlands sich an den Ostseehäfen rächen werde. Wrangel blieb die Antwort nicht schuldig und drohte, für jedes Haus, das die dänische Flotte an den deutschen Küsten in Brand schießen würde, ein jütisches Dorf anzuzünden, und schrieb gleich eine Kriegscontribution von zwei Millionen Thalern aus, welche jedoch später erlassen wurde. Die Kanonade von Fridericia, welches von den dänischen Schiffen versucht wurde, endete mit dem Rückzug der Dänen, deren Kanonenboote von den preußischen Geschützen stark gelitten hatten.

Nunmehr mischte sich das Ausland ein; Schweden und Norwegen schlossen ein Bündniß mit Dänemark zum Schutz der dänischen Inseln;



England, kaum durch den Prinzen von Preußen gewonnen, benahm sich zweideutig, Rußland erklärte die Besetzung Dänemarks für einen Kriegsfall, und Hannover weigerte sich, sein Contingent vollzählig zu machen. Darauf befahl der König von Preußen den Rückzug (28. Mai), um die Lasten und Verantwortlichkeit eines Bundeskriegs gegen Dänemark nicht allein zu tragen. Die deutschen Truppen begannen den Rückzug und Flensburg und Apenrade wurden Preis gegeben. Bei den unheimlichen Gerüchten, welche über eine von England geforderte und von Rußland, Frankreich und Schweden unterstützte Abtretung Nordschleswigs an Dänemark umliefen, nahm es allgemein Wunder, daß man die tapferen Freischaaren zu einer Zeit auflöste, wo man der waffenkundigen Männer gegen das Ausland am meisten bedurfte, um Deutschlands Ehre und Interessen zu schützen. Der Grund lag darin, daß Militair und Freischaaren in fortwährendem Streit mit einander lebten, und die militairischen Befehlshaber für die Disciplin ihrer Armeen fürchteten, wenn die Soldaten das Beispiel eines nicht geregelten Dienstes in der Nähe sähen und von den Freischärlern Ideen einsaugten, die sich mit der Strenge des Felddienstes nicht vertrügen. — Wrangel ging am 5. Juni nochmals vor, indem er, um die Feinde in Sicherheit zu wiegen, auf den 5. Juni eine große Parade zu Ehren des Geburtstages des Königs von Hannover anordnete, und vom Paradeplatze weg in drei Colonnen gegen Rübel marschirte. Der Feind, unterstützt durch seine Kriegsschiffe, behauptete die Düppeler Höhen und zwang die Deutschen, zurückzugehen. Die Freischaaren des Majors von der Tann wurden nun zur Avantgarde gesandt und überfielen am 7. Juni eine dänische Abtheilung bei Hoptrup, erbeuteten eine Kanone und verschanzten sich in Apenrade. Durch eine Vorwärtsbewegung der gesammten deutschen Armee am 28. sahen sich die Dänen genöthigt, Hadersleben zu verlassen und nach Jütland sich zurückzuziehen, wohin ihnen Wrangel nicht folgen durfte. Die Dänen neckten die Deutschen durch allerlei kleine Ueberfälle, welche manchem braven Soldaten das Leben kosteten, ohne daß man dafür Rache nehmen konnte. Der Krieg ermattete auf deutscher Seite; Wrangel's Arm war durch unbekannte Kräfte gelähmt. Unter solchen Umständen erschien die Blokade der deutschen Häfen, welche dem Handel empfindliche Wunden schlug, doppelt unangenehm und in den Küstenländern erhoben die Kaufleute und Schiffer die Stimmen zum Frieden. Am 15. Juli schloß Wrangel mit den Dänen Waffenstillstand, während dessen diplomatische Verhandlungen stattfanden, aus denen die Friedensentwürfe von Malmoe und Bellevue (29. Juli) hervorgingen. Der Reichsverweser ratificirte diesen Vertrag nur bedingungsweise. Daran kehrte sich aber Preußen nicht, und schloß durch den General v. Below am 26. August zu Malmoe einen siebenmonatlichen Waffenstillstand, wor-

Jene Niederlage mehrte aber in Deutschland die Begeisterung für Schleswig-Holstein; von allen Seiten strömten Freischaaren herbei, welche, an 10,000 Mann stark, von dem bayrischen Major von der Tann befehligt wurden, und 24,000 Mann deutscher Truppen besetzten Rendsburg und Umgegend, überschritten aber nicht die Eider. Dieses Zögern der deutschen Heere hatte theils seinen Grund in der Furcht vor Rußlands und Englands Einmischung, theils in den Unterhandlungen mit Dänemark, theils in den fruchtlosen Versuchen des Bundestags, die betheiligten Reichstruppen zur Unterordnung unter einen preußischen General zu bestimmen. Nachdem die letzten Anstände beseitigt waren, ertheilte der preußische König den Befehl zum Einmarsch in Schleswig, nachdem General v. Wrangel zum Obercommandeur aller Bundestruppen ernannt worden war. Dem glücklichen Vorpostengefecht bei Eckernförde unter Tann folgte der berühmte Sturm der Preußen auf das Dannewerk (23. April) und die Einnahme von Schleswig mit Schloß Gottorp, welches durch Oberst v. Bonin umgangen wurde. Die Dänen unter General Hedemann zogen sich hinter Schleswig, wo Wrangel und Fürst Radziwill mit den beiden Garderegimentern ihr Quartier aufschlugen. Oberst v. Bonin stand mit zwei Linienregimentern bei Dannewerk und Husby, General Halkett mit dem 10. Bundesarmeecorps als Reserve bei Duvenstedt, rückte aber am andern Tage nach Flensburg vor und drängte die Dänen nach Alsen (27. April). Am 2. Mai rückten die preußischen Brigaden Möllendorf und Bonin, die schleswig-holsteinische Armee unter dem Prinzen Friedrich von Augustenburg, und die Zastrow'sche Freischaar in Jütland ein. Fridericia ward vom Feinde geräumt; die wenigen, noch auf dem Festlande befindlichen Dänen zogen sich weit nach Norden zurück. Die Freude der Schleswig-Holsteiner über diese Siege war grenzenlos; mit Herzlichkeit wurden die braven Preußen begrüßt, und ihre Bescheidenheit im Quartier, die gute Disciplin und ihre Tapferkeit rühmend anerkannt. Der dänische König versetzte nun die deutsche Küste in Blokadezustand, und der dänische Admiral Steen Bille erklärte, daß er für die Besetzung Jütlands sich an den Ostseehäfen rächen werde. Wrangel blieb die Antwort nicht schuldig und drohte, für jedes Haus, das die dänische Flotte an den deutschen Küsten in Brand schießen würde, ein jütisches Dorf anzuzünden, und schrieb gleich eine Kriegscontribution von zwei Millionen Thalern aus, welche jedoch später erlassen wurde. Die Kanonade von Fridericia, welches von den dänischen Schiffen versucht wurde, endete mit dem Rückzug der Dänen, deren Kanonenboote von den preußischen Geschützen stark gelitten hatten.

Nunmehr mischte sich das Ausland ein; Schweden und Norwegen schlossen ein Bündniß mit Dänemark zum Schutz der dänischen Inseln;



England, kaum durch den Prinzen von Preußen gewonnen, benahm sich zweideutig, Rußland erklärte die Besetzung Dänemarks für einen Kriegsfall, und Hannover weigerte sich, sein Contingent vollzählig zu machen. Darauf befahl der König von Preußen den Rückzug (28. Mai), um die Lasten und Verantwortlichkeit eines Bundeskriegs gegen Dänemark nicht allein zu tragen. Die deutschen Truppen begannen den Rückzug und Flensburg und Apenrade wurden Preis gegeben. Bei den unheimlichen Gerüchten, welche über eine von England geforderte und von Rußland, Frankreich und Schweden unterstützte Abtretung Nordschleswigs an Dänemark umliefen, nahm es allgemein Wunder, daß man die tapferen Freischaaren zu einer Zeit auflöste, wo man der waffenkundigen Männer gegen das Ausland am meisten bedurfte, um Deutschlands Ehre und Interessen zu schützen. Der Grund lag darin, daß Militair und Freischaaren in fortwährendem Streit mit einander lebten, und die militairischen Befehlshaber für die Disciplin ihrer Armeen fürchteten, wenn die Soldaten das Beispiel eines nicht geregelten Dienstes in der Nähe sähen und von den Freischärlern Ideen einsaugten, die sich mit der Strenge des Felddienstes nicht vertrügen. — Wrangel ging am 5. Juni nochmals vor, indem er, um die Feinde in Sicherheit zu wiegen, auf den 5. Juni eine große Parade zu Ehren des Geburtstages des Königs von Hannover anordnete, und vom Paradeplatze weg in drei Colonnen gegen Rübel marschirte. Der Feind, unterstützt durch seine Kriegsschiffe, behauptete die Düppeler Höhen und zwang die Deutschen, zurückzugehen. Die Freischaaren des Majors von der Tann wurden nun zur Avantgarde gesandt und überfielen am 7. Juni eine dänische Abtheilung bei Hoptrup, erbeuteten eine Kanone und verschanzten sich in Apenrade. Durch eine Vorwärtsbewegung der gesammten deutschen Armee am 28. sahen sich die Dänen genöthigt, Hadersleben zu verlassen und nach Jütland sich zurückzuziehen, wohin ihnen Wrangel nicht folgen durfte. Die Dänen neckten die Deutschen durch allerlei kleine Ueberfälle, welche manchem braven Soldaten das Leben kosteten, ohne daß man dafür Rache nehmen konnte. Der Krieg ermattete auf deutscher Seite; Wrangel's Arm war durch unbekannte Kräfte gelähmt. Unter solchen Umständen erschien die Blokade der deutschen Häfen, welche dem Handel empfindliche Wunden schlug, doppelt unangenehm und in den Küstenländern erhoben die Kaufleute und Schiffer die Stimmen zum Frieden. Am 15. Juli schloß Wrangel mit den Dänen Waffenstillstand, während dessen diplomatische Verhandlungen stattfanden, aus denen die Friedensentwürfe von Malmoe und Bellevue (29. Juli) hervorgingen. Der Reichsverweser ratificirte diesen Vertrag nur bedingungsweise. Daran kehrte sich aber Preußen nicht, und schloß durch den General v. Below am 26. August zu Malmoe einen siebenmonatlichen Waffenstillstand, wor-

nach eine neue Regierung aus fünf, theils von Dänemark, theils von Preußen ernannten Männern die Herzogthümer verwalten, alle vom 17. März erlassenen Gesetze und Verordnungen aufgehoben, der südliche Theil von Schleswig von 2000 Mann deutscher Truppen besetzt und die aufgebrachten Schiffe zurückgegeben werden sollten.

45. Die Revolution in Italien und der erste österreichisch-italienische Krieg. Radetzky.

Die Nachricht der Februar-Revolution wurde in Italien als das Signal der Befreiung begrüßt. Der politische Horizont umdüsterte sich; die Aufregung stieg ins Maßlose, sodaß der Civil-Gouverneur Graf Spaur und der Vicekönig Mailand verließen (17. März). und eine Militaircommission den königlichen Palast einnahm. Die Decrete des Kaisers vom 15. fanden bei der Bevölkerung keinen rechten Glauben, da Metternich's Abdankung darin nicht erwähnt ward. Die Bürger Mailands forderten Bewaffnung und der Bürgermeister versprach sie, aber unter der Bedingung, daß die Bürgerwache unter der Polizei stehen solle. Diese Zumuthung wurde für so schimpflich erachtet, daß die Volksmassen darüber in Zorn geriethen, Barrikaden errichteten, und einzelne Soldaten, welche ihnen begegneten, niederstießen. Die österreichischen Truppen bestanden zum dritten Theil aus Italienern, welche sich vom Volk bald entwaffnen ließen, und waren nur auf wenige Tage mit Lebensmitteln und Munition versehen. Am Nachmittag des 18. verbreitete sich der Kampf über die ganze Stadt. Der Regen goß in Strömen vom Himmel und aus den Fenstern und von den Dächern hagelten Steine, floß siedendes Oel, Wasser und Blei auf die Truppen herab, welche dennoch viele Barrikaden und das Regierungsgebäude stürmten, aber auch viel Menschen und vier Kanonen verloren. Am 19. änderte Radetzky seinen Plan; er ließ die in Spaziergänge verwandelten Wälle besetzen und die Stadt blokiren. Aber die Mailänder erhielten am 21. Zuzug von Bauern, welche auch von Außen die österreichischen Truppen beschossen. Alle Sendboten, welche Radetzky ausschickte, um die vereinzelten Besatzungen an sich zu ziehen, wurden aufgehangen; gegen ein Bombardement der Stadt protestirten die fremden Consuln, Lebensmittel konnten nur mit blutigen Opfern herbeigeschafft werden und endlich lief die Schreckensbotschaft ein, daß Karl Albert den Ticino überschritten habe, und daß sich aus dem Veltlin 10,000 bewaffnete Bauern näherten. Radetzky mußte sich schnell zum Rückzug entschließen, wollte er nicht von Deutschland abgeschnitten werden. Er ordnete sein Heer, nahm die Beamten mit ihren Frauen und Kindern in die Mitte und zog sich am 21. Nachts um 11 Uhr unter lebhaftem Gefecht um die Stadt herum, bis er Morgens um 5 Uhr das

Freie erreichte. Aber auch hier fanden sich noch viele Hindernisse zu beseitigen, Brücken wiederherzustellen und Verhaue aus dem Wege zu räumen; Malagnano war von Freischaaren besetzt und mußte erst stürmend genommen werden, wobei die Stadt in Flammen aufging. Das traurige Schicksal dieser Stadt schreckte andere italienische Ortschaften vom Widerstande zurück. Radetzky war gerettet und erreichte das linke Ufer der Chiesa.

In Venedig war der Aufstand am 17. März ausgebrochen. Die Rathlosigkeit der Behörden wurde von den Insurgenten so ausgebeutet, daß schon am 22. die Civil- und Militair-Gouverneure, Graf Palffy und Graf Zichy, mit einer inzwischen eingesetzten provisorischen Regierung capitulirten. Die Herzöge von Modena und Parma stellten sich unter den Schutz der italienischen Fürsten: Karl Albert, Pius IX. und Leopold II. Piacenza, Pontremoli und Guastalla sagten sich von Parma eigenmächtig los und vereinigten sich mit Toscana. Die österreichische Herrschaft wankte und stand nur noch auf den Bayonneten Radetzky's. Mit ihr stürzte die Herrschaft der Jesuiten und der ihnen verwandten Orden, welche sich kaum der Volkswuth entziehen konnten. Dagegen griff der übrige Klerus lebhaft in die Bewegung ein und führte die Freischaaren oder Kreuzfahrer gegen den gemeinsamen Nationalfeind ins Feuer. Karl Albert bot den Lombarden und Venetianern seine brüderliche Hilfe an (24.) und der Papst beschleunigte die Verkündigung einer Verfassung, duldete die Werbung von Freischaaren und ließ sogar einen Theil seiner Truppen an die lombardische Grenze rücken. Da er aber von weiteren Feindseligkeiten abmahnte, so wurde er von der Bürgerwehr belagert und mußte das liberale Laienministerium (Ciacchi, Morgetti) ernennen, welches an Oesterreich sofort den Krieg erklärte (30. April). In Rom, wo sich die Abgesandten Mittel- und Unteritaliens versammelten, um die Bildung eines italienischen Staatenbundes zu berathen, machte man sich immer mehr mit der Idee einer italienischen Republik vertraut und sprach es laut und unverhohlen aus: daß Mastai der letzte Papst sein würde.

In Sicilien war der Aufstand bis zum Bruch mit Neapel gediehen. Man erklärte die bourbonische Dynastie des Throns verlustig und behielt sich die Wahl eines andern Königs vor (13. April), die am 11. Juli den Herzog von Genua traf, der jedoch ablehnte. Neapel, mit seinen republikanischen und Lazzaroniaufständen, seinen Ministerwechseln und inneren Verwirrungen beschäftigt, sah unthätig zu, wie ihm eine schöne Besitzung verloren ging. Am 14. Mai wurden die neapolitanischen Kammern eröffnet und den Abgeordneten der Eid auf die unveränderte Verfassung vom 29. Januar abgefordert. Viele verweigerten den Eid und verlangten erst Abänderungen der Verfassung. Die Bürgergarde, welche die drohende Zusammenziehung der Truppen und Geschütze ge-

wahrte, errichtete Barrikaden und setzte sich in Vertheidigungszustand, um vom Könige Zugeständnisse zu erzwingen. Ferdinand II. gab in den Hauptpunkten (Abschaffung der Pairskammer) nach, forderte aber Wegräumung der Barrikaden. Darauf mochte die Bürgergarde nicht eingehen und es entspann sich am 15. Mai ein Kampf zwischen den Schweizern und der Nationalgarde, in welchem diese unterlag. Nach dem schnell erkauften Siege folgten die greuelvollen Tage des Lazzaroni-Terrorismus, welchem Neapel überliefert wurde. Eine königliche Proclamation vom 24. Mai versprach die Aufrechthaltung der Verfassung. Wie berechnend Ferdinand verfahren war, geht daraus hervor, daß er den aus dem Exil zurückgerufenen General Pepe mit 17,000 Mann Linie nach Oberitalien gesendet hatte. Nach der Gegenrevolution vom 15. Mai rief er Pepe zurück und machte mit Oesterreich Friede. Pepe aber gehorchte nicht, sondern ging nach Venedig; desto freudiger eilten die neapolitanischen Regimenter der Heimat zu, um in Sicilien die Revolution zu bekämpfen.

Die italienischen Kriege haben den Namen „Radetzky" in ganz Europa berühmt gemacht. Joseph Wenzel Graf Radetzky von Radetz, ist in Trebnitz in Böhmen 1766 geboren, hat auf allen Schlachtfeldern der neuesten Zeit mitgekämpft und sich daselbst Ruhm und Ehren geholt. Obwohl ein bejahrter Greis, zeigt der Feldmarschall doch eine ungemeine Rührigkeit, Tapferkeit und Scharfblick im Gefecht und eine eiserne Zähigkeit, Positionen zu behaupten, an dessen Besitz sich das Schicksal seiner Armee knüpfte. So stand er fest bei Verona, mochten auch die Sardinier und die Freischaaren aus Italien und Tyrol ihn bedrohen. Er behauptete die Etschlinie, bis Welden mit Verstärkungen herbeieilte. Die Soldaten lieben den „Vater Radetzky," schwärmerisch und haben diese Liebe namentlich bei Custozza in glänzendem Lichte bethätigt. Graf Radetzky zur Seite standen zwei der ausgezeichnetsten Strategen der Neuzeit, der Chef des Generalstabs Feldmarschalllieutenant Freiherr von Heß (geboren 1788 in Wien) und der Feldmarschalllieutenant und Generaladjutant Karl von Schönhals, der vertraute Freund des Feldherrn (geboren 1788 zu Braunfels). Man hat Heß den Kopf, Schönhals die rechte Hand Radetzky's genannt. Wackere Heerführer, ein Welden, Wohlgemuth, d'Aspre, Liechtenstein u. a. m., führten die Pläne des Hauptquartiers ebenso gewandt als umsichtig aus. Die Italiener waren dagegen mangelhaft geführt und bestanden größtentheils aus Freischaaren; daher ist es nicht zu verwundern, wenn die Oesterreicher, trotz ihrer numerischen Schwäche, den mehr als doppelt überlegenen Italienern die Spitze bieten konnten. Nachdem Radetzky seine Stellung in Verona gesichert und das schwer bedrohte Mantua durch Wohlgemuth entsetzt hatte, gab er Welden den Befehl, Südtyrol mit aller Kraft zu vertheidigen

und jeden Aufstandsversuch mit äußerster Strenge niederzuschmettern. So im Rücken gedeckt, erwartete er den Angriff der Piemontesen bei Santa Lucia (6. Mai) und wehrte ihn siegreich ab. Karl Albert, durch diesen schlechten Erfolg gewarnt, beschränkte sich auf die Belagerung Peschiera's. Welden behauptete Südtyrol und rückte dann ins Venetianische. Gorczkowski sicherte Mantua und wies alle Bestechungsversuche Karl Alberts zurück. Der österreichische Kriegsminister Graf Latour konnte, trotz der schlechten Finanzlage und der ihn umdrohenden Gefahren, der Armee in Italien Verstärkungen zusenden. In der österreichischen Hauptstadt begrüßte man den italienischen Freiheitskrieg mit Jubel und wünschte — seltsam genug — den vaterländischen Waffen Unglück. Radetzky konnte die später erbeuteten Trophäen nur heimlich nach Wien senden.

Am Isonzo hatte sich unter Nugent, Giulay und Thurn eine Reservearmee von 20,000 Mann gesammelt, welche am 18. April ihren Marsch begann und sich am 26. Mai nach vielfachen Kämpfen mit dem Hauptheere vereinigte. Radetzky führte nun seinen meisterhaften Flankenmarsch auf Mantua aus (28), um diese Festung und Peschiera zu entsetzen. Am 29. überschritt er den Mincio und erfocht den glänzenden Sieg von Curtatone, wurde aber bei Goito aufgehalten und mußte die Capitulation Peschiera's geschehen lassen (31.). Am 3. Juni marschirte Radetzky nach Mantua zurück, um mit Welden im Venetianischen zu operiren. Am 10. wurden die vom päpstlichen General Durando vertheidigten Höhen von Vicenza gestürmt. Der blutige Sieg der Oesterreicher bestimmte die Römer, das stark verbarrikadirte Vicenza gegen Capitulation zu räumen. Durando ging mit seinen 15,000 Mann hinter den Po, unter der Bedingung, drei Monate lang nicht gegen Oesterreich zu fechten. Padua unterwarf sich freiwillig und am 15. Juni fiel auch Treviso, nach einer zwölfstündigen Kanonade, mit großen Waffenvorräthen in Weldens Hände.

Die 4000 Mann der päpstlichen Besatzung capitulirten ebenfalls. Jetzt befanden sich alle Städte des Venetianischen, mit Ausnahme der Lagunenstadt, in der Gewalt der Oesterreicher. Gegen Venedig konnte nichts Ernstliches unternommen werden, da der sardinische Admiral Albini die Wasserseite beschützte und in der Stadt sardinische und neapolitanische Truppen und eine große Masse Freischaaren waren. Die provisorische Regierung (Manin) rief indeß Frankreichs Hilfe vergeblich an. — Nach ihren Erfolgen ging die Verproviantirung der österreichischen Armee regelmäßig von Statten. Der Empfang der Oesterreicher bei dem Landvolke war ein günstiger, in den Städten aber von verstellter Freundlichkeit und Verrath begleitet, wie dies von Brescia 1849 geschah. — Karl Albert kam zu spät, um Treviso und Vicenza zu retten; unthätig schaute er von den

Höhen Rivoli's, das er am 9. genommen, nieder und gerieth durch die bis an den Oglio gehenden Streifzüge des Feindes in solchen Schrecken, daß er die Städte Brescia und Cremona auffordern ließ, ihre Barrikaden in aller Eile wieder zu errichten. Desto freudiger vernahm er am 11. in Garda die Botschaft, daß die Lombardei sich ihm unterworfen und dieser Act feierlich in Mailand proclamirt worden sei. Radetzky bereitete sich unterdeß im Lager von Verona zu einem Hauptschlage vor und zog 12,000 Mann vom Welden'schen Corps an sich. Nun brach er mit 50,000 Mann gegen die gerühmten Schanzen von Roverbello, welche Karl Albert erbaut hatte, in der Nacht des 22. Juli auf, erreichte die feindliche Stellung des Morgens um 8 Uhr und nahm sie nach anderthalbstündigem Gefecht. Die starken Positionen von Madonna del Monte, Sona und Sommacampagna fielen unter dem Sturm der Division Wimpfen und des ersten Corps. Die Folge dieses Sieges war, daß Radetzky Herr der Mincioübergänge von Peschiera, Salionzo und Monzambano wurde; er hatte ferner die ausgedehnte Stellung Karl Albert's von Rivoli bis an den Po durchbrochen, sich des Hügellandes bemächtigt und stand in einer sehr starken Flankenstellung gegen Roverbello und Villafranca, um dem König, wenn er sich Verona zu nahen wage, in den Rücken zu fallen. Die Freude des Sieges wurde durch die Zersprengung der Brigade Simbschen, welche sich nach dem heißen Tage etwas zu stark dem Wein ergeben hatte, bei Sommacampagna und Santa Lucia getrübt. Die Sardinier entschlossen sich, diesen kleinen Vortheil weiter zu verfolgen. Am 25. griff Karl Albert mit 40,000 seiner auserlesensten Truppen, die Oesterreicher zwischen Custozza und Valeggio an. Die Sonnenhitze war so stark, daß viele Soldaten in Folge des Sonnenstichs wahnsinnig wurden und während des Marsches starben. Der Kampf dauerte von 10 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends und ist der heldenmüthigste, den die österreichische Armee in der neuesten Zeit gekämpft hat. Radetzky behauptete nicht nur seine Stellung, sondern drängte auch, trotz tapferer Gegenwehr, den Sardenkönig von seinen Höhen bis Goito. Der Rückzug der Piemontesen glich einer Flucht; die Straße war mit Waffen und Tornistern bedeckt. Der Verlust des Feindes war sehr bedeutend; aber auch die Oesterreicher hatten an 600 Todte verloren. Die ungünstigen Gefechte von Goito und Volta (26. und 27. Juli) vollendeten die Zerrüttung der piemontesischen Armee, welche bis Cremona verfolgt wurde. Der sardinische Obergeneral Bava sagte: „Nie habe ich eine solche Entwürdigung gesehen; die Soldaten wollten Alles erdulden, selbst den Tod; nur schlagen wollten sie sich nicht." Das Vorrücken der österreichischen Armee glich einem Triumphmarsch; die ländliche Bevölkerung eilte herbei, die „Befreier" zu begrüßen; die feindlichen Nobilis verschwanden. Wie

die Piemontesen im Süden unaufhaltsam flohen, so ergriff auch die nördliche Armee unbezähmbare Furcht. Sie gab sogar die schönen Stellungen am Gardasee ohne Noth auf, und warf sich in aller Eile nach Peschiera. Am 4. August standen die Oesterreicher wenige Meilen von Mailand, wo Karl Albert in Gefahr schwebte, als „Verräther" vom Volke ermordet zu werden, weil er eine Capitulation unterzeichnet hatte. Die Mäßigung Radetzky's, welchem die Verhältnisse in Mailand berichtet wurden, rettete den König, der die Capitulation zurückzunehmen gezwungen wurde. Am 6. verliefen sich die Hochwasser der Volkswuth; man wurde jetzt ebenso furchtsam, als kurz vorher kriegerisch, räumte die Barrikaden weg, versteckte die italienischen Kokarden und sah dem Einzug Radetzky's mit dumpfem, angsterfülltem Schweigen zu. An demselben Tage übernahmen sardinische Bevollmächtigte die Regierung von Venedig, wurden aber am 10. August wieder verjagt, als die Niederlage Karl Albert's bekannt wurde. Manin übernahm die Dictatur, und hielt sich bis 1849. Am 7. August wurde Modena, am 8. Bologna, wo man österreichische Officiere, die zum Besuch gekommen waren, ermordet und einen Angriff auf die Vorhut gemacht hatte, von Welden besetzt. Karl Albert suchte und erhielt am 9. August einen sechswöchentlichen Waffenstillstand, den man aber bis zum Frühjahr 1849 stillschweigend verlängerte. Die Festungen Peschiera, Rocca d'Anfo und Oseppo wurden den Oesterreichern vertragsmäßig übergeben, Modena, Parma, Piacenza und Venedig von Sardiniern geräumt. In Venedig aber verweigerte Albini seinem Könige den Gehorsam. Brescia ergab sich am 13. an d'Aspre, Bergamo am 14. an Schwarzenberg. Der piemontesische General Garibaldi führte den Krieg auf eigene Hand fort, und beschimpfte den König durch ausgestreute Proclamationen, requirirte und beraubte Gemeindekassen und einzelne Vornehme. Von den Oesterreichern verfolgt, begab er sich auf Tessinsches Gebiet, wohin ihm alle übrigen lombardischen Flüchtlinge folgten.

Die Tage vom 22. Juli bis zum 6. August 1848 sind die schönsten in Radetzky's Leben. In allen Schlachten Sieger, verließ er seine unnahbare Stellung von Verona, überschritt den Mincio und rückte im Siegerschritt vor das stolze Mailand, dessen Thore sich nach kurzer Gegenwehr öffneten. Mit Genugthuung durfte Radetzky wohl die Blicke seines Kaisers auf die vierzehn Tage richten, welche die Armee von Verona bis Mailand gebraucht hatte. Kein Verbrechen, keine Grausamkeit befleckten diese schöne Laufbahn. Die Feinde mishandelten die Verwundeten, die ihnen in die Hände fielen; die italienischen Kranken wurden mit Schonung behandelt, denn die Soldaten sahen, daß ihr angebeteter Feldherr, ihr „Vater Radetzky," die Unglücklichen besuchte, sie tröstete und ihre Briefe an Verwandte pünktlich besorgen ließ. Nach dem Einzuge von Mailand

können wir nicht mehr mit so reiner Freude auf Oesterreichs Stellung in Italien blicken. Die Mittel, mit denen es seinen Sieg sicherte, waren hart und streng und, wie die Folge lehrte, keineswegs geeignet, eine Bevölkerung zu gewinnen, die neben ihrem Nationalhasse noch das Gefühl gekränkter Eitelkeit, die Demüthigung der Niederlage erfahren hatte. Radetzky sah in den Städten seine Hauptfeinde; der in ihnen wohnende schlechte Geist muß gezüchtigt werden, schrieb er nach Wien. Dagegen hatte das Landvolk viele Beweise der Anhänglichkeit an das Kaiserhaus gegeben. Die Bewohner des Dorfes la Grazie bei Mantua hatten z. B. eine große Anzahl österreichischer Kranken und Verwundeten in ihrer Kirche den Feinden verborgen, als diese in ihr Dorf einrückten. Die aufrührerischen Städte wurde mit starken Lieferungen belegt, die Häupter der Bewegung aus dem Adel, deren Personen man nicht habhaft werden konnte, durch Steuern zu Grunde gerichtet. Einen langwierigen Streit verursachten auch die Maßregeln, welche Oesterreich gegen die Schweiz ergriff, denn nicht zufrieden damit, die Grenzen zu schließen, vertrieb man aus der Lombardei eine Menge friedlicher Menschen, von denen manche seit mehr als zwanzig Jahren dort ihr Gewerbe getrieben hatten.

Zweiter Abschnitt.

Die Zeit der Nationalversammlungen.

46. Einleitung. Die Clubs und die Nationalversammlungen.

Die Nationalversammlungen waren die Versuche, entweder, wie in Deutschland, eine Vereinbarung der bestehenden Gewalten mit den Volkswünschen oder Volksbedürfnissen zu schaffen, oder, wie in Frankreich, der Versuch, die Staats- oder Gesellschaftsverfassung frei aus dem Volkswillen zu constituiren. Mit den Nationalversammlungen hatte also die Revolution zuerst den festen Boden der Ordnung betreten; der Staatswagen sollte im ruhigen Gleise dahingleiten. Vielleicht wäre dieser Versuch auch besser gelungen, wenn nicht das Vereinswesen dermaßen alles politische Interesse verschlungen hätte, daß die Nationalversammlungen mehr als vom „Volkswillen" abhängige Körperschaften, denn als selbstständige Vertreter einer neuen Ordnung erschienen wären, die nach ihrer besten Einsicht zu verfahren und nur das Mögliche zu erstreben hätten. Statt dessen geriethen die Nationalversammlungen selbst in die Bahnen der Revolution, und begünstigten den Terrorismus der

Clubs, welcher sich ebenso gut gegen die Freunde, wie gegen die Feinde kehren konnte und gekehrt hat. Die Würde der Volksvertreter wurde schmachvoll beschimpft; zuerst kam die „Rechte“ daran, der man, wie in Berlin, sogar Stricke vorzeigte, dann die „Linke“ in Frankfurt, als sie im September den Versuch machte, sich aus den Banden einer rohen, von wahnsinnigen und sittenlosen Führern erhitzten Menge zu befreien. Hat die Idee des Associationsrechts etwas Blendendes für solche, die sich nur in Theorien zu bewegen gewohnt sind, — und damals war alles theoretisch und ideal — so hat die Erfahrung nicht minder das Verführerische und Gefährliche des **unbeschränkten** Associationsrechts dargethan. Wohl durfte damals der Vaterlandsfreund trauern, wenn er die Wirksamkeit mancher Clubs überschaute, und seine Anstrengungen, dieselbe zu regeln, mit Mistrauen belohnt sah. Aber die Ueberzeugung von der Unverträglichkeit des freien Associationsrechts mit der Ordnung des Staatslebens faßten selbst jene edlen Menschen erst dann, als die Fülle der bitteren Erfahrung sich wie eine drückende Last auf ihre Herzen wälzte und sie im eigenen Alpdrücken die Beklemmungen und kurzen Athemzüge des untergehenden Staats belauschten. Getäuscht von Petitionen mit vielen Tausend Unterschriften, befangen in dem Bestreben, sich populär zu machen, in der Meinung, daß die Wünsche der unwissenden Menge, die ohne Verständniß unterschrieb, der wahre Ausdruck der „Volkssouverainetät“, durch die sie sich versammelt wähnten, sei, haben die Nationalversammlungen eine ganz schiefe Stellung zu Fürst und Volk eingenommen und mehr im Reiche der Träume als der Wirklichkeit gelebt. Anstatt zu leiten und das Werk der Ordnung zu fördern, sind sie die Gestoßenen gewesen und haben sich zu Beschlüssen fortreißen lassen, die tiefgewurzelte Zustände und unleugbare Thatsachen mit einem Federzuge vernichteten, ohne andere Mittel zu Ausführung dieser Beschlüsse zu besitzen, als den falschen Glauben an die ewige Fortdauer der Revolution, der Massenbewegung. Auf der anderen Seite bestärkte dieses fast widerstandslose Eingehen der Nationalversammlungen in die Volkswünsche die wankelmüthige Menge in dem Glauben, daß sie der Herr sei und daß Alles, was ihr der Augenblick eingebe, von einer höheren Inspiration getragen werde. Noch niemals hat das „vox populi, vox Dei“ eine allgemeinere und verderblichere Anwendung gefunden, als in jener Wechselwirkung, welche zwischen den Vereins- und Volksversammlungen und den Nationalversammlungen stattfand. Noch nie sind die Kammern in eine größere Abhängigkeit und Augendienerei verfallen, als damals; aber sie hatten kein Bewußtsein von dieser Schwäche, da sie von einer Idee besessen waren, die Alles, was sie dem Volk zu Liebe thaten, als freie Willensäußerungen erscheinen ließen. Und was war das für ein „Volk“, von dem

sie sich tragen ließen? Niemand anders als die Demagogen, welche das Volk leiteten. Mit diesen Clubführern identificirten sich die demokratischen Kammermitglieder; sie machten die Ansichten und Wünsche jener zu den ihrigen und stellten sie als den Ausdruck des Volkswillens hin, der damals ebenso verfälscht wurde, wie später in den Petitionen der Treubunde und uckermärkischen Granden. Das Volk gab damals seine Namen her; die Nationalversammlungen glaubten die Machthaber damit zu täuschen und täuschten sich selber. Das Volk aber wurde in Herrscherträume gewiegt und ließ sich durch Clubredner und Deputirte emporschleppen, bis der Säbel Alles grausam zerstörte, was Feder und Phantasie geschaffen hatten. Die demokratischen Vereine wetteiferten mit einander, wer die verwegensten Anträge stellen, die kühnsten Petitionen durchsetzen könnte. Die Demokraten des Südens waren viel heftiger, als die Demokraten des besonnenen Nordens, welche von jenen oft reactionair genannt wurden, weil sie weniger zu Gewaltthätigkeiten geneigt waren. Wer die Wirksamkeit und Tendenzen der rothrepublikanischen Gesellschaften von 1793 bis jetzt mit den Grundsätzen und Handlungen des Despotismus im Alterthum aufmerksam vergleicht, der wird keinen Unterschied merken, es sei denn der, daß die Greuel- und Gewaltthaten dort von Volkshaufen, hier von Prätorianern ausgingen; daß dort meist verworfene oder verblendete Demagogen, hier lasterhafte und wahnsinnige Usurpatoren an der Spitze standen.

Die liberalen Gegenvereine, als constitutionelle und deutsche Clubs, waren unwirksam; die conservativen Vereine der „Monarchisch-Constitutionellen", oder der „Preußen", „Oesterreicher", „Pommern" u. s. w. tagten zwar im Geheimen, arbeiteten aber desto eifriger an Organisirung des Widerstandes, welchen die Regierung mit der bewaffneten Macht einst der nivellirenden Thätigkeit der Nationalversammlungen und der Macht der feindlichen Clubs leisten sollte. Ausgeschlossen von jeder Einwirkung auf den Gang parlamentarischer Verhandlungen, machten die „Constitutionellen" mit den „Monarchisch-Constitutionellen" ein Bündniß zum Sturz der Demokratie, welche mit der Revolution identificirt ward. Da die „Rechte" und das „rechte Centrum" keinen andern Ausweg sahen, um die liberalen Institutionen vor den Ueberstürzungen der Linken zu retten, so gingen auch sie in jenes Bündniß ein und verließen auf das erste Signal, daß nun die Zeit des Gegenstrebens gekommen und der Revolution ein Ziel gesteckt werden solle, die Nationalversammlungen. Letztere erschienen daher als bloße Fractionen, als „Clubs", die nicht mehr die Nation repräsentiren, sondern eine geringe Mehrheit, welche eine reiche, intelligente und ordnungsliebende Minderheit tyrannisiren wollen. Vergeblich klagte die Majorität über Verletzung des formellen Rechts, aber

man warf ihr vor, daß sie dasselbe zuerst verletzt und hundertmal erklärt habe, nicht auf dem Boden „der Vereinbarung", sondern der „Constituirung" zu stehen. Vergebens boten die demokratischen Clubs alle Kräfte auf, um städtische Corporationen und Volksversammlungen zu Ergebenheitsadressen an die Nationalversammlungen zu veranlassen; vergebens schleuderten die „Volksvertreter" den Beschluß der Steuerverweigerung ins Land, oder eine Anklage gegen die Minister. Nichts regte sich, außer daß die Bürgerwehren einiger Städte „Marschübungen" machten. Die „Volksvertreter" rechneten auf die Macht des „Volks", das Volk auf den Einfluß der Volksvertreter. Jetzt zeigte sich, daß Beides Einbildung gewesen sei, und daß Volk und Vertreter sich verließen und daß die Begriffe „Volk", „Vertreter" und „Souverainetät" Schemen und Abstractionen seien. Ein gut geschultes und gehorsames Heer, für dessen Angehörige durch Vereine gesorgt wurde, ein wohl disciplinirtes Beamtenthum, von dem nur wenige Mitglieder in der Verwirrung der Zeit vergaßen, daß sie ihres Eides nicht entbunden seien, vollendeten die Niederlage des „souverainen Volkswillens", der, wo er zu den Waffen griff, besiegt und in Banden gelegt wurde. Gesetz und Ordnung sind überall zurückgekehrt, Mittel und Wege bereit, Wünsche in gesetzlicher Weise an die rechte Stelle zu bringen; die drückenden Feudallasten sind beseitigt, die Patrimonialgerichtsbarkeit aufgehoben und Geschwornengerichte fast überall eingeführt; constitutionelle Einrichtungen ermöglichen die Freiheit der staatlichen Bewegung; social-ökonomische Institute sichern den bürgerlichen und bäuerlichen Mittelstand vor Verarmung; Religion und Kirche erfreuen sich einer wärmeren Theilnahme und die Kirchentage beschäftigen sich damit, dem Pauperismus und der Entsittlichung Schranken zu setzen; endlich sind die Staatsbehörden bestrebt, das Schulwesen durch Verbesserung der Lehrerstellen in Flor zu bringen. Wo sich Schranken des Verkehrs finden, suchen die Behörden sie eifrig zu beseitigen. Der preußisch-österreichische Zollverein, der Postverein, der Paßkartenverein sind dafür sprechende Beweise. Groll, Erbitterung und Mistrauen der Parteien und der Regierenden und Regierten werden nach und nach schwinden und einer maßvollen zeitgemäßen Beurtheilung Platz machen. Nirgends ist jedoch das patriotische Bewußtsein so schlaff geworden, daß der Einzelne gleichgiltig für die Ehre seines Staates wäre, sondern hell und freudig lodert das Feuer der Vaterlandsliebe auf, wo es gilt, für die höchsten Interessen des Volkes, für seine Selbstständigkeit und Freiheit Opfer zu bringen.

47. Frankreich bis zur Präsidentenwahl. Cavaignac.

Am 4. Mai wurde die aus 900 Mitgliedern bestehende Nationalversammlung eröffnet. Die provisorische Regierung legte ihre Gewalt nieder und die Nationalversammlung wählte am 10. Mai eine Vollziehungscommission, aus Arago, Garnier-Pagès, Marie, Lamartine und Ledru-Rollin bestehend (10. Mai), nachdem der Antrag Barbès', die Kammer möge von der Aufstellung eines Regierungsausschusses absehen, mit nur 12 Stimmen Majorität gefallen war. Der Regierungsausschuß ernannte seine Minister: Bastide (Aeußeres), Bethmont (Cultus), Carnot (Unterricht), Casy (Marine), Charras und nach dem 15. Mai Cavaignac (Krieg), Cremieux (Justiz), Duclerc (Finanzen), Flocon (Handel), Recurt (Inneres), Trelat (öffentliche Arbeiten). Ein Arbeitsministerium, wie L. Blanc wünschte, wurde nicht errichtet. Marrast erhielt die Mairie von Paris, Caussidiere die Polizeipräfectur. Die rothen Republikaner machten am 15. Mai einen Aufstand, dessen Vorwand Polen, dessen Zweck die Schreckensherrschaft war. Der Aufruhr scheiterte an dem Widerstande der Nationalversammlung; die Häupter wurden gefangengenommen, Truppen nach Paris gezogen und einige Freicorps und bewaffnete Clubs aufgelöst. Dennoch blieb die Haltung der Kammer und der Regierung kläglich. Vergebens warnte Caussidiere vor den überflüssigen 100,000 Arbeitern in den Nationalwerkstätten; vergebens zeigte Trelat in seinem Bericht vom 18. Mai, daß man keine nützliche Beschäftigung für die Arbeiter habe, und daß das Wenige, was producirt werde, keinen Absatz finde. Die Kammer hatte nicht den Muth, die Aufhebung der Nationalwerkstätten auszusprechen. Erst als es zu spät war und die rothe Republik, welche am 15. Mai schon eine Milliarde von den Reichen und eine Stunde Plünderung gefordert hatte, ihre Vorbereitungen getroffen, wurden nur 7000 Arbeiter entlassen. Das war das Signal des furchtbaren Juniaufstandes (22—26.). Die Proletarier errichteten in allen Stadttheilen furchtbare Barrikaden und vertheidigten sich mit dem Muth der Verzweiflung. Auf ihren Fahnen las man: Vainqueurs, le pillage, vaincus, l'incendie! Es gehörte die ganze Kraft eines Cavaignac, die rücksichtsloseste Anwendung aller militairischen Maßregeln dazu, um des Aufruhrs Herr zu werden. Darauf erklärte Cavaignac Paris in Belagerungszustand, ließ Bürger durch Kriegsgerichte aburtheilen und unterdrückte elf Journale, deren Redacteure als „moralische Mitschuldige" ins Gefängniß wandern mußten. Die Gefahr war so groß gewesen, daß Cavaignac für diese Maßregeln die höchsten Lobsprüche erntete und die Nationalversammlung ihm die Dictatur übertrug (28. Juni). Die Untersuchungscommission, Odilon Barrot an der Spitze, erstattete einen Bericht, aus dem die Furcht vor einer Erneuerung die-

ser blutigen Scenen hervorleuchtete, und der Alles geradezu beschuldigte, was republikanisch war. Auch die öffentliche Meinung zeigte eine solche Entrüstung über den Aufstand, daß sie die grausamsten Maßregeln gegen die Gefangenen forderte und die Nationalgardisten den Häscher- und Spionendienst mit dem Henkerdienst verbanden. Die Kammer zeigte etwas mehr Mäßigung, sprach gegen die geringeren Theilnehmer nur Deportation aus und gestattete auch, daß sie von ihren Familien begleitet werden durften. Die mehr Gravirten wurden erschossen, oder in die Bagnos geschickt, L. Blanc und Caussidière in Anklagestand versetzt, dem sich aber Beide durch die Flucht entzogen. Die Nationalversammlung sah, daß sie das Uebel an der Wurzel angreifen und gegen die Ausschreitungen der Clubs und der Presse Maßregeln erfinden müsse. Die Minister der Republik (Senard, Carnot, Lamoricière, Recurt, Tourret, Morin, Bastide, Verninhac de St. Mau, Goudchaux) erklärten, daß der Fortbestand des Clubwesens jede Regierung unmöglich mache. So kam am 28. Juli ein sehr strenges Vereins- und Versammlungsgesetz, und am 9. August ein Preßgesetz mit Cautionen zu Stande. Die Finanzen befanden sich im traurigsten Zustande; die Stadt Paris stand dem Bankbruch nahe; der Handel stockte überall. Damals sagte die Reforme: „Nach fünf Monaten bietet die Republik folgende Bilanz: zehntausend Menschen im Gefängniß, unter den Massen Hunger, unten Verzweiflung, oben Angst, die Freiheit geknebelt, der Ruhm auf Reisen, Poesie, Kunst und Wissenschaft erloschen, eine Nationalversammlung, die sich selbst decimirt und eine Constitution, die mitten unter diesem Elend zur Welt kommen soll." Die Legitimisten entwickelten im Süden eine außerordentliche Thätigkeit und die Bonapartisten begannen, das Landvolk und die Armee zu bearbeiten, um Ludwig Bonaparte den Weg nach Frankreich zu bahnen. Der Name Napoleon übte noch immer einen hinreißenden Zauber auf die Gemüther, weil er in Frankreich Ruhm und Ehre bedeutet. Cavaignac schätzte damals den Frieden höher, als den Krieg und verband sich mit England, um das Mittleramt zwischen Oesterreich und Sardinien zu übernehmen. Dieses unpopuläre Bündniß, diese Scheu vor dem Kriege zu Gunsten der Italiener öffnete den Einflüsterungen napoleonischer Agenten die Herzen der Franzosen.

Die Verhandlungen über die Verfassung dauerten vom 4. September bis 12. November. Das „Recht auf Arbeit", welches die äußerste Linke hartnäckig forderte, wurde aus der Verfassung wegvotirt, nachdem Duvergier de Hauranne und Thiers gezeigt hatten, daß das „Recht auf Arbeit" entweder etwas Unausführbares oder etwas sich von selbst Verstehendes, nämlich die Privat- und öffentliche Wohlthätigkeit, welche jederzeit anerkannt worden sei, bedeute. Die Proclamation der Verfassung geschah am 19. November in Paris. Diese Constitution enthielt die

Abschaffung der Todesstrafe für politische Verbrechen, das Einkammersystem und stellte einen verantwortlichen auf vier Jahre wählbaren Präsidenten auf. Louis Napoleon, der, wie die Orleanisten und Bourbons, anfangs vom französischen Boden ausdrücklich verbannt worden, endlich aber als Repräsentant in die Nationalversammlung aufgenommen worden (26. September) war, nachdem man ihn dreimal an verschiedenen Orten wieder gewählt hatte, trat als Bewerber um die Präsidentenwürde auf, und wurde von den monarchischen Parteien: Legitimisten, Imperialisten und Orleanisten, befürwortet, da man glaubte, er werde Heinrich V. oder dem Grafen von Paris die Herrschaft einst zurückgeben. Das Landvolk gewannen die bonapartistischen Agenten durch die Versicherung, Louis Bonaparte werde die Getränksteuer abschaffen; das Heer stimmte für ihn, weil er der Neffe des großen Onkels war. Der einzige gefährliche Nebenbuhler Louis Bonaparte's war Cavaignac. Ihn herabzusetzen, scheute man kein Mittel und frischte unter den Massen immer wieder das Andenken an die Junitage auf. Allein die Republikaner von heute und viele Republikaner von gestern waren Cavaignac zu sehr verpflichtet, um ihm nicht einen Beweis ihres Vertrauens zu geben. Auch die reinen Legitimisten und reinen Orleanisten, die roth-politischen Republikaner und die roth-socialistischen Republikaner hatten in Changarnier, Bugeaud, Ledru Rollin und Raspail nebst Barbès Candidaten aufgestellt.

Sonntag den 10. December 1848 fand die Präsidentenwahl mittels Urwahlen in ganz Frankreich statt. Als Resultat ergab sich: Es hatten Theil an der Abstimmung genommen: 7,449,741 Bürger; davon waren 5,531,520 Stimmen auf Ludwig Bonaparte, 1,448,302 auf Cavaignac, 371,431 auf Ledru Rollin, 36,964 auf Raspail, 17,914 auf Lamartine, 4689 auf Changarnier, 15 auf Pierre Bonaparte, 13 auf Bugeaud und 10 auf Barbès gefallen. Am 20. December proclamirte die Regierung in Paris Louis Bonaparte als Präsidenten. Cavaignac legte seine Würde nieder (21. December) und Marrast, der Präsident der Nationalversammlung, verkündigte im Namen des französischen Volks den Bürger Karl Ludwig Napoleon Bonaparte, kraft der Verfassung, als Präsident der französischen Republik vom gegenwärtigen Tage bis zum zweiten Sonntag des Monats Mai 1852 und lud ihn ein, den Rednerstuhl zu besteigen und den Eid zu leisten. Er las die Formel vor und Bonaparte, die Hand erhebend, rief mit starker Stimme: „Ich schwöre!" Darauf sprach Marrast: „Wir nehmen Gott und die Menschen zu Zeugen des Eides, der geschworen ist. Die Nationalversammlung beurkundet ihn und verordnet, daß er in das Protokoll geschrieben, in den Moniteur eingerückt und in den Formen der législativen Acte veröffentlicht und angeschlagen werde." Louis Bonaparte erwi-

derte: „Die Stimme der Nation und der Eid, den ich soeben geleistet habe, zeichnen mir mein künftiges Benehmen vor. Meine Pflichten sind mir vorgeschrieben, ich werde sie als Ehrenmann erfüllen. Ich werde Feinde des Vaterlandes in allen Denen sehen, die da suchen möchten, durch ungesetzliche Mittel Das zu ändern, was ganz Frankreich eingesetzt hat. Zwischen mir und Ihnen, Bürger-Deputirte, kann es keine wirklichen Meinungsverschiedenheiten geben. Unser Wille, unsere Wünsche sind dieselben. Ich will, wie Sie, die Staatsgesellschaft wieder in ihren Grundlagen sicherstellen, die demokratischen Institutionen befestigen und Alles aufbieten, um die Leiden dieses hochherzigen und verständigen Volks zu lindern, das mir einen so glänzenden Beweis seines Zutrauens gegeben hat. Die Majorität, die ich erhalten habe, erfüllt mich nicht nur mit Erkenntlichkeit, sondern sie wird auch der neuen Regierung die moralische Kraft geben, ohne die keine Autorität bestehen kann. Mit dem Frieden und der Ordnung wird sich unser Vaterland wieder aufrichten, seine Wunden heilen, die Verirrten auf den rechten Weg zurückleiten, und die Leidenschaften beschwichtigen. Beseelt von dem Geist der Verständigung und Versöhnung, habe ich redliche, fähige und dem Land ergebene Männer zu mir berufen und bin überzeugt, daß sie, trotz der Verschiedenheit ihres politischen Ursprungs, darin übereinstimmen werden, mit Ihnen zur Ausbildung der Verfassung, zur Verbesserung der Gesetze, und zum Ruhme der Republik zusammenzuwirken. Die neue Verwaltung muß bei ihrem Eintritt in die Geschäfte ihrer Vorgängerin für die Bemühungen danken, die sie angewendet hat, um die Staatsgewalt ungefährdet abzugeben und die öffentliche Ruhe zu erhalten. Das Verhalten des ehrenhaften Generals Cavaignac war der Biederkeit seines Charakters und des Pflichtgefühls würdig, das die erste Eigenschaft eines Staatsoberhauptes ist. Bürger-Deputirte! Wir haben eine große Aufgabe zu erfüllen; es ist die, eine Republik im Interesse Aller und eine gerechte, feste Regierung, beseelt von der aufrichtigen Liebe für den Fortschritt zu gründen, ohne reactionär oder utopistisch zu sein. Seien wir die Männer des Landes, nicht die einer Partei, so werden wir mit Gottes Hilfe wenigstens das Gute thun, wenn wir nichts Großes thun können." Darauf umarmte er Cavaignac mit den Worten: „Ich bin stolz darauf, der Nachfolger eines Mannes wie Sie zu sein."

Napoleon's Wahl war eine großartige Demonstration gegen die Republik, welche die Bürger und Bauern der Departements gegen die Tyrannei der Hauptstadt, gegen die Centralisation der Verwaltung machten. Man wählte einen dynastischen Erben, und ermunterte ihn, eine neue Dynastie zu gründen. War dies jener geheimnißvolle Instinct, der den Völkern im letzten entscheidenden Augenblick das Rechte, das Pas-



sende eingiebt, oder war es eine Bethätigung des Ausspruchs des Kaisers Napoleon: „die Franzosen sind nicht für die Freiheit empfänglich, der Ruhm ist ihnen Alles?"

48. Die Frankfurter Nationalversammlung bis zum Septemberaufstande.

Die Frankfurter Versammlung war aus verschiedenen Wahlgesetzen hervorgegangen, und ihre Mitglieder hatten verschiedenartige oder unbestimmte Vollmachten. Durch das Schweigen der Regierungen fühlte sich die deutsche Nationalversammlung berechtigt, den Namen „constituirend" anzunehmen. Die Frankfurter Versammlung, welche das Verfassungswerk für die ganze Nation festzustellen hatte, war durch die gleichzeitige Berufung der Landesversammlungen in einen Widerstreit mit diesen versetzt, der sich in allerlei Eifersüchteleien kundgab, wenn die Frankfurter einen nach der Meinung der Wiener oder Berliner „unliebsamen" Beschluß gefaßt hatten. Die auf Grund der Volkssouverainetät, wie H. v. Gagern sagte, versammelten Frankfurter stellten daher bald anfangs den Grundsatz fest: „daß die Einzelverfassungen nicht im Widerspruch mit der Gesammtverfassung stehen dürften." Damit war der Zankapfel in alle deutsche „constituirenden" und „vereinbarenden" Versammlungen geworfen; die gegenseitige Eifersucht schwächte alle Versammlungen ab. Auch im Innern der Frankfurter Versammlung herrschte das Partei- und Clubwesen: die Linke zerfiel in drei Parteien: äußerste Linke, Linke und linkes Centrum (Donnersberg, Deutscher Hof, und Westendhall unter Vogt, Blum und Raveaux), die Rechte in zwei rechte Centren (Württemberger Hof und Augsburger Hof), in die eigentliche Rechte und die äußerste Rechte (unter Arndt, Dahlmann, v. Vincke und Fürst Lichnowsky). Diese Clubs faßten schon vor den eigentlichen Berathungen ihre Beschlüsse, unterhandelten und markten mit einander um Ermäßigung oder Steigerung gewisser Bestimmungen. Wiewohl die Frankfurter Versammlung eine sehr große Anzahl wissenschaftlich gebildeter und wohlgesinnter Männer enthielt, so mangelten doch vor Allen eigentliche Staatsmänner. Von vorn herein war die Mehrheit der Versammlung in den Kreis des Dahlmann'schen Verfassungsentwurfs gebannt, aus dem sie nicht herauskommen konnte, obwohl die Hindernisse, diese Verfassung ins Werk zu richten, von Tage zu Tage wuchsen. Hin- und herschwankend zwischen der Furcht vor einer Gefährdung der Einzelstaaten, und dem Wunsche, den Bundesstaat aufzubauen, fand die Versammlung keinen festen Boden, ihr Verfassungswerk zu schaffen, und den „anarchischen" wie den „reactionären" Gelüsten entgegenzuwirken. Mit dem Erstarken der Regierungen in den beiden Großstaaten Oesterreich und Preußen waren die Versuche, den Einheitsstaat



zu schaffen, als gescheitert anzusehen. Schon von vorn herein hatte Oesterreich erklärt, daß es wohl nicht in der Lage sein würde, einem deutschen Bundesstaate beizutreten (Juni), und Preußen weigerte sich, am 6. August eine Parade zu Ehren des Reichsverwesers zu veranstalten. Der Versammlung, welche sich über den Widerstreit der deutschen Politik Oesterreichs und Preußens keinen Illusionen hingab, war diese Selbstausschließung Oesterreichs nur angenehm, und sie richtete daher ihre Verfassung auf ein Klein-Deutschland mit Preußischer Hegemonie ein. Die Mittel- und Kleinstaaten protestirten dagegen, der König von Preußen nahm die Kaiserkrone nicht an, und Oesterreich bemühte sich nach der Besiegung Ungarns, wieder in Deutschland den Platz einzunehmen, dem zu verlieren es nahe daran gewesen. Die deutsche Bundesacte wurde wieder hergestellt: das war das Ende des Frankfurter Verfassungswerkes. Wollte also die Frankfurter Versammlung die Einzelstaaten möglichst schonen, so mußte die Bundesacte erhalten und solche Einrichtungen getroffen werden, um die frühere „reactionäre" oder „unthätige" Politik der Bundesversammlung zu verhüten. Dazu gab es drei Mittel, die zugleich ausgeführt werden mußten: die endgiltige Beschlußfassung über die Vorschläge der Radowitz'schen Denkschrift, möglichst viele „liberale" Einzelverfassungen und Parlamente und schließlich das energische Auftreten gegen die Ausschweifungen des Volks und der Presse. Diese Mittel verabsäumte die Frankfurter Versammlung; — ihre Aufgabe, wie ihre Macht entschlüpften ihr aus den Händen. Sollte dagegen der Einheitsstaat geschaffen werden, so mußten Preußen und Oesterreich in einzelne Provinzen aufgelöst, die fremdländischen Besitzungen freigelassen, die Weichsel, Warthe, der Rhein und die Donau geopfert, dem Einfluß auf die italienischen Angelegenheiten und die orientalische Frage entsagt, der wichtige, südliche Ausgang Deutschlands zum Mittelmeer preisgegeben, und der österreichische Handel nach der Levante und Aegypten vernichtet, d. h. es mußte eine neue Theilung Deutschlands vorgenommen, und die Fremden ins Land gelassen werden. Um den ersten Weg einzuschlagen, war die Mehrheit der Frankfurter zu „liberal" und von allzugroßer Achtung vor der „öffentlichen Meinung" erfüllt; um den andern zu wählen, war sie zu „conservativ" und zu patriotisch, und zu wenig von Illusionen über die eigentliche Tragweite ihrer Macht erfüllt.

Am 18. Mai hatte sich Frankfurt aufs Schönste geschmückt, um die Eröffnung des deutschen Reichstags festlich zu begehen. Unter Glockengeläut und Kanonendonner setzten sich 400 Abgeordnete aus dem Römer nach der Paulskirche in Bewegung, durch die mit Fahnen und Blumengewinden verzierten Straßen, überall von den lauten Lebehochs der Bürgerwehr und des Volks empfangen. Syndikus Lang aus Hannover eröffnete als Alterspräsident die Versammlung; ein ergreifender Moment,

und wie bald sollte unter dem Gezänk, Trommeln und Galerieenlärm der heilige Zweck des Beisammenseins vergessen werden! In der zweiten Sitzung (19. Mai), erschienen 397 Abgeordnete, welche Heinrich v. Gagern mit 305 Stimmen zum Präsidenten und v. Soiron mit 341 Stimmen zum Vicepräsidenten erwählten. Gagern sprach: „Wir sollen eine Verfassung für das ganze Deutschland schaffen. Den Ruf und die Vollmacht empfangen wir von der Souverainetät der Nation. In der Voraussicht der Schwierigkeit, wo nicht zu sagen Unmöglichkeit, mit den Regierungen die Verfassung Deutschlands zu Stande zu bringen, hat das Vorparlament uns die Festsetzung der Verfassung übertragen. Deutschland will Ein Reich sein, Ein Volk." Darauf verlas Gagern ein Schreiben der Bundesversammlung, welche den Reichstag begrüßte. Unter den hunderterlei Anträgen, welche auf das Büreau regneten, verdient der Raveaux'sche Erwähnung, weil darin zwei folgenreiche Grundsätze enthalten waren: erstens, daß das deutsche Verfassungswerk nicht durch gleichzeitig stattfindende constituirende Versammlungen der Einzelstaaten Störung erleiden dürfe, und zweitens, daß der Reichstag seine Souverainetät über alle Theile Deutschlands wahren müsse. Raveaux's Antrag lautet: „die Versammlung möge an die preußische Regierung das Ansuchen richten, zu gestatten, daß die zugleich für die Versammlungen in Berlin und Frankfurt gewählten Abgeordneten diese doppelte Berufung annähmen." Die Commission substituirte dafür zwei andere Anträge: den Minoritätsantrag v. Vincke's: „die Versammlung wolle das begründete Vertrauen aussprechen, daß sämmtliche Staaten Deutschlands alle Punkte ihrer besonderen Verfassungen, die nach Vollendung des allgemeinen deutschen Verfassungswerks mit demselben in Widerspruch ständen, abändern würden;" — und den Majoritätsantrag Werner's: „die constituirende Versammlung als das aus dem Willen und den Wahlen der deutschen Nation hervorgegangene Organ zur Begründung der Einheit und politischen Freiheit Deutschlands erklärt, daß alle Bestimmungen einzelner deutscher Verfassungen, welche mit dem von ihr zu gründenden allgemeinen Verfassungswerke nicht übereinstimmen, nur nach Maßgabe des letzteren zu betrachten sind, ihrer bis dahin bestandenen Wirksamkeit unbeschadet." Römer war Berichterstatter. Außer vielen anderen Rednern vertheidigten Münch, Welcker und v. Vincke den Vincke'schen, Blum und Schaffrath den Werner'schen Antrag, Jeder in meisterhafter, würdiger Sprache und mit gewandter Dialektik. Raveaux zog seinen Antrag zurück und bewog seine Partei, für den Werner'schen Antrag zu stimmen. So wurde letzterer angenommen und unter großem Jubel der Grundsatz der Souverainetät, kraft dessen die Versammlung beisammen sei und beschließe, verkündigt.

Die Verhandlung über diese wichtige Frage wurde durch einen Antrag von Zitz unterbrochen, welcher, hinweisend auf die blutigen Conflicte zwischen preußischen Soldaten und der Bürgerwehr in Mainz, die Absendung einer Commission an Ort und Stelle verlangte. Die Versammlung leistete Folge. Eine Commission ging ab; Hergenhahn erstattete in ihrem Namen einen klaren und unparteiischen Bericht über die Mainzer Vorfälle. „Es seien auf beiden Seiten Ungebührnisse vorgekommen, ohne daß man abwägen könne, wo die größere Schuld sei; die örtliche Trennung beider im höchsten Grade erhitzten Theile sei zur Vermeidung neuen Blutvergießens nothwendig; deshalb beantrage die Commission: Reorganisation der Mainzer Bürgerwehr und Einlegung rheinhessischen statt preußischen Militairs." — Zitz schimpfte die preußischen Truppen „brutal"; Fürst Lichnowsky vertheidigte die „gekränkte preußische Militairehre" und bestimmte die ganze Rechte zu einem ebenso tyrannischen, als unparlamentarischen Verfahren, indem dieselbe nicht nur die Gegenredner durch Schreien und Stampfen am Sprechen verhinderte, sondern auch dem Antragsteller und Berichterstatter das Wort abschnitt. Die Versammlung beschloß darauf die Tagesordnung. Erwähnenswerth ist noch der Antrag Marek's: „daß man den innerhalb der deutschen Grenzen wohnenden Nichtdeutschen ihre Nationalität garantiren möchte", welcher nach Dahlmann's Bericht einstimmig durch Zuruf angenommen wurde.

Am 31. Mai fand die definitive Wahl für das Bureau statt. Von 518 Stimmen fielen 499 auf Heinrich v. Gagern, als Präsident des Reichstags; v. Soiron wurde mit 408 Stimmen erster, v. Andrian mit 310 Stimmen zweiter Vicepräsident. Zu Secretairen erwählte man: Jucho, Biedermann, Riehl, H. Simon, Simson, Schuler, Ruhwandl und Fetzer. Gagern legte sofort seine hessische Ministerstelle nieder.

Die Versammlung hatte bisher mehrmals den Mangel einer Centralgewalt empfunden. Auf die Einsetzung derselben zu denken, leiteten manche Veranlassungen, namentlich die Doppelstellung Luxemburgs und Limburgs zu Deutschland und Holland, welche weder von dem Bundestage, noch von der Nationalversammlung ins Klare gebracht werden konnte, weshalb die Limburger ausschieden (15. Mai 1849); ferner die schleswig-holsteinische Angelegenheit wegen Räumung Jütlands, welche Wrangel auf preußischen Befehl vollzogen hatte; sodann die Wahlen in Posen, deren Giltigkeit in Zweifel gezogen wurde; darauf die Slawenfrage, durch das herausfordernde Manifest des Slawencongresses angeregt, welcher der Versammlung seinen Dank für ihre kosmopolitischen Grundsätze durch Aufreizung der Slawen gegen die Deutschen und durch das ungenirte glücklicherweise machtlose Gelüste nach germanisirten Ländern abstattete. Endlich faßte der Reichstag noch auf Radowitz's Vorschlag einen Beschluß: zur Bildung einer deutschen, aus Fregatten und kleineren Dampf-

und wie bald sollte unter dem Gezänk, Trommeln und Galerieenlärm der heilige Zweck des Beisammenseins vergessen werden! In der zweiten Sitzung (19. Mai), erschienen 397 Abgeordnete, welche Heinrich v. Gagern mit 305 Stimmen zum Präsidenten und v. Soiron mit 341 Stimmen zum Vicepräsidenten erwählten. Gagern sprach: „Wir sollen eine Verfassung für das ganze Deutschland schaffen. Den Ruf und die Vollmacht empfangen wir von der Souverainetät der Nation. In der Voraussicht der Schwierigkeit, wo nicht zu sagen Unmöglichkeit, mit den Regierungen die Verfassung Deutschlands zu Stande zu bringen, hat das Vorparlament uns die Festsetzung der Verfassung übertragen. Deutschland will Ein Reich sein, Ein Volk." Darauf verlas Gagern ein Schreiben der Bundesversammlung, welche den Reichstag begrüßte. Unter den hunderterlei Anträgen, welche auf das Büreau regneten, verdient der Raveaux'sche Erwähnung, weil darin zwei folgenreiche Grundsätze enthalten waren: erstens, daß das deutsche Verfassungswerk nicht durch gleichzeitig stattfindende constituirende Versammlungen der Einzelstaaten Störung erleiden dürfe, und zweitens, daß der Reichstag seine Souverainetät über alle Theile Deutschlands wahren müsse. Raveaux's Antrag lautet: „die Versammlung möge an die preußische Regierung das Ansuchen richten, zu gestatten, daß die zugleich für die Versammlungen in Berlin und Frankfurt gewählten Abgeordneten diese doppelte Berufung annähmen." Die Commission substituirte dafür zwei andere Anträge: den Minoritätsantrag v. Vincke's: „die Versammlung wolle das begründete Vertrauen aussprechen, daß sämmtliche Staaten Deutschlands alle Punkte ihrer besonderen Verfassungen, die nach Vollendung des allgemeinen deutschen Verfassungswerks mit demselben in Widerspruch ständen, abändern würden;" — und den Majoritätsantrag Werner's: „die constituirende Versammlung als das aus dem Willen und den Wahlen der deutschen Nation hervorgegangene Organ zur Begründung der Einheit und politischen Freiheit Deutschlands erklärt, daß alle Bestimmungen einzelner deutscher Verfassungen, welche mit dem von ihr zu gründenden allgemeinen Verfassungswerke nicht übereinstimmen, nur nach Maßgabe des letzteren zu betrachten sind, ihrer bis dahin bestandenen Wirksamkeit unbeschadet." Römer war Berichterstatter. Außer vielen anderen Rednern vertheidigten Münch, Welcker und v. Vincke den Vincke'schen, Blum und Schaffrath den Werner'schen Antrag, Jeder in meisterhafter, würdiger Sprache und mit gewandter Dialektik. Raveaux zog seinen Antrag zurück und bewog seine Partei, für den Werner'schen Antrag zu stimmen. So wurde letzterer angenommen und unter großem Jubel der Grundsatz der Souverainetät, kraft dessen die Versammlung beisammen sei und beschließe, verkündigt.

Die Verhandlung über diese wichtige Frage wurde durch einen Antrag von Zitz unterbrochen, welcher, hinweisend auf die blutigen Conflicte zwischen preußischen Soldaten und der Bürgerwehr in Mainz, die Absendung einer Commission an Ort und Stelle verlangte. Die Versammlung leistete Folge. Eine Commission ging ab; Hergenhahn erstattete in ihrem Namen einen klaren und unparteiischen Bericht über die Mainzer Vorfälle. „Es seien auf beiden Seiten Ungebührnisse vorgekommen, ohne daß man abwägen könne, wo die größere Schuld sei; die örtliche Trennung beider im höchsten Grade erhitzten Theile sei zur Vermeidung neuen Blutvergießens nothwendig; deshalb beantrage die Commission: Reorganisation der Mainzer Bürgerwehr und Einlegung rheinhessischen statt preußischen Militairs." — Zitz schimpfte die preußischen Truppen „brutal"; Fürst Lichnowsky vertheidigte die „gekränkte preußische Militairehre" und bestimmte die ganze Rechte zu einem ebenso tyrannischen, als unparlamentarischen Verfahren, indem dieselbe nicht nur die Gegenredner durch Schreien und Stampfen am Sprechen verhinderte, sondern auch dem Antragsteller und Berichterstatter das Wort abschnitt. Die Versammlung beschloß darauf die Tagesordnung. Erwähnenswerth ist noch der Antrag Marek's: „daß man den innerhalb der deutschen Grenzen wohnenden Nichtdeutschen ihre Nationalität garantiren möchte", welcher nach Dahlmann's Bericht einstimmig durch Zuruf angenommen wurde.

Am 31. Mai fand die definitive Wahl für das Bureau statt. Von 518 Stimmen fielen 499 auf Heinrich v. Gagern, als Präsident des Reichstags; v. Soiron wurde mit 408 Stimmen erster, v. Andrian mit 310 Stimmen zweiter Vicepräsident. Zu Secretairen erwählte man: Jucho, Biedermann, Riehl, H. Simon, Simson, Schuler, Ruhwandl und Fetzer. Gagern legte sofort seine hessische Ministerstelle nieder.

Die Versammlung hatte bisher mehrmals den Mangel einer Centralgewalt empfunden. Auf die Einsetzung derselben zu denken, leiteten manche Veranlassungen, namentlich die Doppelstellung Luxemburgs und Limburgs zu Deutschland und Holland, welche weder von dem Bundestage, noch von der Nationalversammlung ins Klare gebracht werden konnte, weshalb die Limburger ausschieden (15. Mai 1849); ferner die schleswig-holsteinische Angelegenheit wegen Räumung Jütlands, welche Wrangel auf preußischen Befehl vollzogen hatte; sodann die Wahlen in Posen, deren Giltigkeit in Zweifel gezogen wurde; darauf die Slawenfrage, durch das herausfordernde Manifest des Slawencongresses angeregt, welcher der Versammlung seinen Dank für ihre kosmopolitischen Grundsätze durch Aufreizung der Slawen gegen die Deutschen und durch das ungenirte glücklicherweise machtlose Gelüste nach germanisirten Ländern abstattete. Endlich faßte der Reichstag noch auf Radowitz's Vorschlag einen Beschluß: zur Bildung einer deutschen, aus Fregatten und kleineren Dampf-

oder Segelschiffen bestehenden Marine, sechs Millionen Thaler durch Matrikularumlage von der Bundesversammlung beschaffen zu lassen.

Bei der Berathung der Slawenfrage, in welcher A. Ruge Gelegenheit fand, seine abstracten Philosopheme über das Recht der freien Constituirung einer Nationalität unter dem Gelächter und dem Unwillen des Reichstags vorzutragen, war es Gloß, welcher die Versammlung ermunterte, die Bildung einer provisorischen Centralgewalt rasch zu beginnen, um ein Schwert in die Hand zu bekommen, das ihren Aussprüchen den erforderlichen Nachdruck verleihe. Noch tiefer wurde die Abwesenheit dieses „Schwertes" bei der Debatte über Wrangel's Rückzug empfunden. Die Versammlung erklärte auf Dahlmann's Anrathen: „daß die schleswigsche Sache als eine Angelegenheit der Nation in den Bereich ihrer Wirksamkeit gehöre; sie verlange, daß energische Maßregeln ergriffen werden, um den Krieg zu Ende zu führen, daß aber bei Abschluß des Friedens mit der Krone Dänemark „die Rechte der Herzogthümer Schleswig und Holstein, und die Ehre Deutschlands gewahrt werden." Der von Waitz beantragte Zusatz: „daß der Friede der Nationalversammlung zur Genehmigung vorgelegt werde", wurde abgesondert zur Abstimmung gebracht und mit 275 gegen 200 Stimmen verworfen.

Damit diesem Beschluß zu seiner Zeit Folge gegeben werde, ließ die Linke durch H. Simon den Antrag auf Bildung einer Centralgewalt stellen, „damit man sowohl dem Ausland gegenüber, als gegen die separatistischen Gelüste im Innern Deutschlands eine starke Centralgewalt habe, und jedem Widerstande gegen die Beschlüsse der Nationalversammlung kräftig entgegentreten könne." Ein Ausschuß zur Prüfung dieses Antrags wurde sofort ernannt, und Blum, Claußen, Dahlmann, Duncker, v. Flotwell, Max v. Gagern, v. Lindenau, v. Mayern, v. Raumer, v. Saucken, Stedtmann, v. Trützschler, Wippermann, v. Würth und Zenetti dazu gewählt. Die äußerste Rechte (v. Flotwell und Stedtmann) wollte, im engsten Anschluß an die bestehenden Verhältnisse, die mit der Executivgewalt betrauten Männer von den Regierungen ernannt und als Minister der Regierungen oder auch der Bundesversammlung angesehen wissen; jedoch sollten sie der Nationalversammlung verantwortlich sein." Diesem „System der Vielherrschaft," „der politischen Thatlosigkeit und völligen Unbeholfenheit," wie Dahlmann sagte, traten die Centren und die Linke entgegen. Die Linke (Blum, Trützschler) setzte eine „souveraine Nationalversammlung als die erste und einzige Quelle der Executivgewalt voraus, und forderte eine von der Nationalversammlung allein ernannte und aus ihrem Schooße entspringende Vollziehungsgewalt, deren Aufgabe die sei, die Beschlüsse der Nationalversammlung zu vollziehen." Damit wären Bundestag und Einzelregierungen beseitigt, die Conventsregierung angebahnt und der Weg zur deutschen Föderativrepublik frei gewesen. Die

Centren (Dahlmann, Duncker, W. v. Gagern, v. Mayern, v. Raumer, v. Saucken, Wippermann, v. Würth, v. Zenetti), empfahlen dagegen ein Bundesdirectorium aus drei Männern des Vertrauens, welche eine wirkliche Regierungsgewalt hätten und weder in die Befugnisse der einzelnen Regierungen, noch in die Rechte der deutschen constituirenden Nationalversammlung eingriffen, indem sie die der Nationalversammlung verantwortlichen Minister ernännten, und nach Vollendung der Reichsverfassung wieder abdankten.

Die Debatten über die provisorische Centralgewalt währten vom 20—27. Juni. Gegen vierzig verschiedene Anträge waren eingebracht, 189 Redner eingeschrieben. Von Seiten der Rechten traten namentlich v. Vincke, Fürst Lichnowski und v. Radowitz für die monarchischen Interessen in die Schranken. Die Centren, denen es hauptsächlich um Herstellung der Ordnung zu thun war, ließen ihre Ansichten durch Welcker und Lette verfechten. Blum bekämpfte das Bundesdirectorium als Reaction und Contrerevolution und erklärte, von der „Allgewalt des Volkes, dem die Deputirten ihr Mandat verdankten, nicht lassen zu können.“ Am entschiedensten sprachen von der äußersten Linken Vogt, Zitz und Ruge für die Republikanisirung der Centralgewalt. Gagern, der auf einmal den Präsidentenstuhl verließ und die Rednerbühne bestieg, entschied den Ausgang dieser Debatte. „Meine Herren,“ sagte er, „ich thue einen kühnen Griff, und ich sage Ihnen, wir müssen die provisorische Centralgewalt selbst schaffen.“ (Lange anhaltender und stürmischer Jubelruf.) „Wir müssen sie darum selbst schaffen: sie muß stark sein, sie muß Vertrauen einflößen. Wir müssen sie aber besonders darum selbst schaffen, weil wir ihrer schnell bedürfen, und weil wir nicht gewiß sind, daß sie dann schnell geschaffen wird, wenn wir eine Mitwirkung der Regierungen in Anspruch nehmen wollten. Es ist ein Unterschied, ob wir die Vollziehungsgewalt aus Dreien oder Einem bestehen lassen; würde die Ansicht die überwiegende sein, daß sie aus Dreien bestehen sollte, und wir wollten die Mitwirkung der Regierungen, dann wäre die Schwierigkeit nicht groß; vielleicht läge die Verständigung schon vor, oder sie wäre leicht zu erreichen; ich glaubte auch, damit nicht der Volkssouverainetät zunahezutreten; aber die Majorität dieser Versammlung scheint mehr und mehr zu der Ansicht gekommen zu sein, die auch ich theile, daß die künftige Centralgewalt Einem Reichsverweser mit verantwortlichen Ministern übertragen werden müsse. Meine Herren, über diesen Einen könnten solche Schwierigkeiten entstehen, daß wir die Regierungen einer großen Verlegenheit überheben, indem wir auf ihre nachträgliche Einstimmung rechnen, ihnen die Wahl und den Vorschlag erlassen. Es ist bereits gesagt worden: nicht die Fürsten könnten vorschlagen, auch nicht blos die Regierungen als solche; in einzelnen Ländern bestehen keine so starken Regierungen,

daß sie einen bedeutenden politischen Schritt thun dürften, ohne sich der Zustimmung und der Mitwirkung der Stände versichert zu haben; es könnte sein, daß einzelne Ständeversammlungen anders dächten, als wir, und warum sollte dies nicht sein? Es war ja unter uns Tage lang so, bis wir zu der Ueberzeugung kamen, daß Einer besser sei, und daß es fast nur Einen giebt, der hier die Frage lösen kann. Ich sage also, meine Herren, wir überheben die Regierungen einer großen Verlegenheit und ich glaube, sie werden es uns danken, wenn wir sagen, wie es sein soll."

In der Abstimmung (27. Juni) ging der Antrag, „daß ein Reichsverweser durch die constituirende Versammlung zu ernennen sei," mit 403 gegen 135 Stimmen durch. Am 28. wurde die Unverantwortlichkeit des Reichsverwesers mit 373 gegen 175 und die Auflösung des Bundestags mit 510 gegen 35 Stimmen angenommen. Bei der Abstimmung über den ganzen Gesetzentwurf zählte man 450 für, und 100 dagegen. Am 29. schritt man zur Wahl des Reichsverwesers. 546 Mitglieder waren zugegen; von diesen stimmten 436 für den Erzherzog Johann von Oesterreich. 52 für Heinrich v. Gagern, 32 für v. Itzstein u. s. w. „Ich proclamire also hiermit," sprach der Präsident mit erhobener Stimme, „Johann, Erzherzog von Oesterreich, zum Reichsverweser über Deutschland. Er bewähre die allezeit gehegte Liebe zu unserm großen Vaterlande, er sei der Gründer unserer Freiheit, der Bewahrer unserer Volksfreiheiten, der Wiederhersteller von Ordnung und Ruhe." In diesem Augenblicke schlugen alle Glocken zusammen, und mischten die Geschütze ihren dumpfen Ton mit den Lebehochs der tiefergriffenen Versammlung.

Das Gesetz über die provisorische Centralgewalt gab letzterer die vollziehende Gewalt in allen Angelegenheiten, welche die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Bundesstaats betrafen, die Oberleitung der gesammten bewaffneten Macht, die Ernennung des Oberbefehlshabers, die internationale und handelspolitische Vertretung Deutschlands, und zu diesem Ende die Bestellung von Gesandten und Consuln. Uebereilten Beschlüssen, welche die Nationalversammlung fassen konnte, war durch ein dem Reichsverweser beigelegtes absolutes Veto, wenn es auch nicht aus dem Gesetz, sondern nur aus dem Resultat der Abstimmung hervorging, vorgebeugt. Die Errichtung des Verfassungswerks war aber von der Beistimmung und Mitwirkung der Centralgewalt ausgenommen. Ueber Krieg und Frieden und über Verträge mit auswärtigen Mächten sollte die Centralgewalt im Einverständniß mit der Nationalversammlung bestimmen, und hinsichtlich der Vollziehungsmaßregeln sich, soweit thunlich, mit den Bevollmächtigten der Bundesregierungen ins Einvernehmen setzen. Der Reichsverweser sollte seine Gewalt durch von ihm ernannte, der Reichsversammlung verantwortliche, Minister üben, und diese Gewalt behalten, bis das Verfassungswerk vollendet sei. Der Bundestag ertheilte schon am 29.

Juni die Zustimmung der Regierungen zu der getroffenen Wahl und legte jetzt seine Gewalt in die Hände des Reichsverwesers nieder. Die Linke (Blum, Schuselka, Vogt) protestirte gegen die Berechtigung der Bundesversammlung, hierin mitzusprechen, wie sie in einer Ansprache an das deutsche Volk gegen die Wahl eines nichtverantwortlichen Reichsverwesers protestirt hatte. Allein das Volk zeigte überall, wo die Deputation, welche dem Erzherzog die Wahl anzeigen sollte, durchkam, den größten Enthusiasmus, und als die Abgeordneten mit dem Reichsverweser von Wien zurückkehrten, waren auf den Bahnhöfen die Bürgerwehren in Parade aufgestellt; Militair- und Civilbehörden begrüßten den Reichsverweser; ein Gefühl der Befriedigung, verbunden mit den schönsten Hoffnungen für die Zukunft, durchdrang die Herzen der Liberalen und Conservativen. Der Reichsverweser ernannte das Ministerium und schickte, nachdem der Bundespräsidialgesandte die Veränderung in der Centralleitung Deutschlands zur Kenntniß der fremden Mächte gebracht hatte, Gesandte aus (12. Juli). Präsident des Ministeriums wurde Fürst Karl v. Leiningen; das Innere übernahm der Oesterreicher v. Schmerling, das Aeußere der Hamburger Heckscher, die Justiz R. v. Mohl, den Krieg der preußische General v. Peucker, den Handel der Bremer Duckwitz, die Finanzen v. Beckerath. Als Unterstaatssecretaire wurden noch Max v. Gagern und v. Biegeleben, Bassermann und v. Würth, Mevissen und Fallati, Matthy und Widenmann dem Ministerium beigegeben, das vom 15. Juli bis 9. September bestand. Das Reichsministerium lud nun die Regierungen ein, Bevollmächtigte zu ernennen, mit denen es sich über die Vollziehungsmaßregeln ins Einvernehmen setzen könne. Hannovers König erklärte, seine Zustimmung zu der Centralgewalt nur in Rücksicht auf die Persönlichkeit des Reichsverwesers zu geben; er werde diese Zustimmung aber verweigern, wenn die künftige Verfassung die Selbstständigkeit der Einzelstaaten gefährde (7. Juli). Diese Erklärung wurde von der Nationalversammlung sehr übel aufgenommen (12. Juli); v. Wydenbruck beantragte: „die Centralgewalt möge die unumwundene Anerkennung ihrer selbst und des Gesetzes über sie von dem König von Hannover fordern." Diese Anerkennung erfolgte zwar, aber nicht direct. Auch Preußen verkannte die Bedenken nicht, welche seiner europäischen Stellung durch die Centralgewalt drohten und machte durch Camphausen den fruchtlosen Versuch, aus den Bevollmächtigten bei der Centralgewalt eine Art Bundestag zu bilden (17. Juli). Als nun General v. Peucker an alle Kriegsministerien die Aufforderung erließ, am 6. August die Bundestruppen die deutschen Farben anlegen und in Parade ausrücken, den Aufruf des Erzherzogs an das Volk vom 15. Juli verlesen und dem Reichsverweser unter Geschützsalven ein dreimaliges Hoch ausbringen zu lassen, gehorchten zwar die kleineren Staaten, aber die drei größeren, Oesterreich, Preußen

und Bayern, hielten die Feier entweder gar nicht, oder nur mit Modificationen ab. Der König von Preußen begnügte sich mit einem Armeebefehl (29. Juli), der mit den Worten schloß: „Soldaten! Ueberall, wo preußische Truppen für die deutsche Sache einzutreten und nach meinem Befehl Sr. k. k. Hoheit dem Reichsverweser sich unterzuordnen haben, werdet ihr den Ruhm preußischer Tapferkeit und Disciplin treu bewahren und siegreich bewähren!“ Hannover folgte Preußens Beispiel. Der König von Preußen erinnerte mit bedeutsamen Worten die Nationalversammlung an ihre Machtbefugnisse, als er in Köln bei der Dombaufeier (14. August), wozu er selbst, der Reichsverweser, und die Nationalversammlung eingeladen waren, auf Gagern's Anrede erwiderte: „Vergessen Sie nicht, daß es noch Fürsten in Deutschland giebt, und daß ich zu ihnen gehöre.“ Die Nationalversammlung beherzigte diese Worte nicht, bemühte sich aber, den Dahlmann'schen Verfassungsentwurf zur Ausführung zu bringen, und Preußen an die Spitze Deutschlands zu stellen, während Oesterreich von Deutschland ausgeschlossen werden sollte. Die österreichische oder großdeutsche Partei arbeitete diesem Bestreben, das allen Erwartungen des deutschen Volks widersprach, entgegen. Die klein-deutsche oder preußische Partei mußte, wollte sie ihr Vorhaben nicht aufgeben, privatim für diese Idee unter den einzelnen Clubs wirken, und nicht eher an die Feststellung des Verfassungswerks gehen, bevor sie der Mehrheit sicher war. Darum stellte v. Gagern einstweilen einen Theil der Verfassung, die Grundrechte, zur Berathung (9. Juli bis 12. September). Dazwischen fielen aber auch Sitzungen über sogenannte dringliche Anträge. So wurde am 15. Juli auf v. Auerswald's und v. Radowitz's Antrag beschlossen, die Centralgewalt zu ermächtigen, eine Vermehrung des Heeres um zwei Procent der jetzigen Bevölkerung in Ausführung zu bringen.

In Beziehung auf den italienischen Krieg und die Lage von Wälsch-Tyrol und Istrien erstattete v. Raumer Bericht. Die Linke, welche in den unglückseligen Nationalitätsstreitigkeiten immer auf Seiten der fremden Nationen stand, sympathisirte mit den Italienern und mit den Polen, und Ruge sprach sogar: „wir müssen wünschen, daß die Tyrannen der Italiener, die Tilly der neueren Zeit, die Radetzky, geschlagen werden,“ welche Worte einen fürchterlichen Tumult hervorriefen. v. Radowitz, Wiesner und Flix sprachen gegen die Lostrennung Italiens und Südtyrols, da ohne Venedig Triest nebst der dalmatischen Küste, also Deutschlands Verbindung mit dem Mittelmeer, auf die Dauer nicht zu halten sei. Vom 24—27. Juli verhandelte man über Schaffrath's Antrag, wonach zwölf Abgeordnete der Deutschen aus Posen von der Nationalversammlung auszuschließen sein sollten. Göden, Wilhelm Jordan und v. Radowitz sprachen für die Deutschen, Blum und Janiszewsky für die Polen.

Schaffrath's Antrag fiel mit großer Mehrheit, ebenso der Blum'sche Antrag auf vorgängige commissarische Untersuchung der Posen'schen Zustände. Die Linke verließ darauf den Saal unter heftigen Protesten, kehrte aber am folgenden Tage zurück. Die Gereiztheit der Parteien erreichte den höchsten Grad, als die Zulassung des zum Abgeordneten von Thiengen erwählten Hecker zur Sprache kam (7—12. August). Brentano's Benehmen, wie alle jene widerwärtigen Scenen, die in Folge einer Aeußerung dieses Abgeordneten vorfielen, sind am liebsten der Vergessenheit anheimzugeben.

Von entscheidendem Einfluß auf die deutsche Bewegung wurden die Verhandlungen über Schleswig-Holstein. Wir haben bereits gesehen, welchen Beschluß Dahlmann auf die Kunde von Wrangel's Rückzug (28. Mai) erwirkte. Der Krieg war allmälig eingeschlafen, und die Verhandlungen, mit denen der Bundestag Preußen beauftragt hatte, wurden bis Anfang Juli unter englischer Vermittelung fortgeführt, worauf Schweden das Mittleramt ergriff und Preußen zum Frieden stimmte. In Malmoe wurde ein erster, in Bellevue am 29. Juli ein zweiter Friedensentwurf unterzeichnet. Der Reichsverweser ratificirte diesen Vertrag mit der Einschränkung, daß bezüglich der Gesetzgebung der status quo erhalten, und die in den Herzogthümern zurückbleibenden Truppen sämmtlich unter den Befehlen des deutschen Oberbefehlshabers stehen sollten. Preußen schloß indessen zu Malmoe einen Waffenstillstand auf sieben Monate ab (26. August), in dem jene Bedingungen nicht eingehalten waren. Die Herzogthümer sollten von dänischen und deutschen Truppen, bis auf je 2000 Mann, geräumt werden. Fünf Männer, von denen zwei der König von Preußen Namens des deutschen Bundes, Zwei der König von Dänemark, Einen Beide gemeinsam zu ernennen hätten, sollten die interimistische Regierung führen. Alle seit dem 17. März erlassenen Gesetze und Verordnungen sollten suspendirt, die Gefangenen ausgewechselt, die Prisen zurückgegeben, die Blokade aufgehoben und die Dänen für die Requisitionen in Jütland entschädigt werden.

In der Schleswig-Holstein'schen Ständeversammlung machte die Ernennung des Grafen Moltke, des Vertreters des Gesammtstaats, zum Chef der interimistischen Regierung, wie die Aufhebung aller seit dem 17. März erlassenen Gesetze den übelsten Eindruck. Landvogt Jansen von Sylt stellte folgende Anträge, die ohne Discussion genehmigt wurden. Die Landesversammlung beschließt: 1) Die constituirende Versammlung kann wider ihren Willen weder aufgelöst noch vertagt werden. 2) Jede Veränderung in der bestehenden Landesregierung bedarf der Zustimmung der Landesversammlung. 3) Alle seit dem 24. März 1848 erlassenen Gesetze können nur mit Zustimmung der Landesversammlung verändert oder aufgehoben, 4) neue Gesetze und Steuern nur mit ihrer

Bewilligung aufgelegt werden. 5) Alle bestehenden Steuern und Abgaben, sowie andere Staatseinkünfte werden bis zum 31. December 1848 von der durch die Landesversammlung anerkannten Landesregierung fort-erhoben. Ein anderer Antrag von Olshausen: „die Versammlung möge die sofortige Abfassung und Einsendung einer Eingabe an den Reichsverweser, und einer anderen an die Nationalversammlung mit Darlegung der Gründe, welche die Annahme des Waffenstillstands unmöglich machen, und mit der Bitte um Nichtgenehmigung desselben beschließen," sowie ein dritter Antrag Jansen's: „die Versammlung möge sofort den früheren Beschluß zunächst der Reichsgewalt und der Nationalversammlung anzeigen, vorbehaltlich gründlicherer Motivirung," wurde ebenfalls angenommen. Heckscher gab am 4. September der deutschen Nationalversammlung die erste Kunde von dem Waffenstillstande, und legte ein Schreiben des preußischen Bevollmächtigten Camphausen nieder, das die Nichterwähnung der Centralgewalt rechtfertigte, „weil das Ausland nur den deutschen Bund kenne, und nicht dieser, sondern allein der Bundestag aufgehoben sei." Dahlmann ergriff sogleich das Wort zu einer Interpellation, und forderte Sistirung der militärischen und sonstigen Maßregeln zur Ausführung des Waffenstillstands im Namen der Lande, die sonst in Anarchie gestürzt würden, und im Namen der Ehre Deutschlands. Der Dahlmann'schen Begründung gegenüber vermochte die Rechte (besonders v. Radowitz) nur aus Gründen der Nothwendigkeit zum Nachgeben zu rathen. Wiewohl v. Schmerling die Frage zur Cabinetsfrage erklärte, wurde doch unter großer Bewegung der Versammlung zur namentlichen Abstimmung geschritten, und der Dahlmann'sche Antrag mit 238 gegen 221 Stimmen angenommen. Die Minister traten ab, aber weder Dahlmann, noch v. Hermann vermochten ein neues Cabinet zu bilden. Inzwischen liefen neue Nachrichten aus den Herzogthümern ein, daß eine Volksversammlung in Kiel erklärt habe, keiner anderen, als der provisorischen Regierung Gehorsam zu leisten und Steuern zu zahlen, daß zwischen den preußischen und schleswig-holsteinschen Truppen Händel ausgebrochen, daß von den durch die Höfe ernannten Regenten Vier den Antrag nicht angenommen, und der Fünfte, der Graf Karl v. Moltke, zur Flucht genöthigt worden, daß die nichtpreußischen Bundestruppen von diesem Waffenstillstand nichts wissen wollten, und der preußische Commissar v. Wildenbruch Kiel habe verlassen müssen, weil er von den Turnern bedroht worden sei. Unter solchen aufregenden Nachrichten begannnen am 14. September die Verhandlungen über den Waffenstillstand von Neuem, und dauerten bis zum 16. Heckscher, der die Sachlage unbefangen betrachtete, Fürst Lichnowsky und Robert Blum thaten sich durch ebenso warme, als maßvolle Reden hervor. Zuletzt wurde auf Francke's Antrag mit 258 gegen 237 Stimmen beschlossen: „die Vollziehung des Waffenstillstands, soweit

solcher nach der gegenwärtigen Sachlage noch ausführbar, nicht länger zu hindern; die provisorische Centralgewalt aufzufordern, die geeigneten Schritte zu thun, damit auf dem Grunde der dänischerseits amtlich erklärten Bereitwilligkeit über die nothwendigen Abänderungen des Vertrags bald eine Verständigung eintrete; sie aufzufordern, wegen schleuniger Einleitung von Friedensverhandlungen das Erforderliche wahrzunehmen, und über das Verfahren der preußischen Regierung der Centralgewalt gegenüber Bericht zu erstatten."

Dieser Beschluß wurde von ganz Süddeutschland mit Unwillen aufgenommen; auch in Norddeutschland besaß die schleswig-holsteinische Sache viele Sympathien in den besten Kreisen. Die Demokraten benutzten diese Stimmung, um das Volk gegen die Nationalversammlung zu fanatisiren, und sendeten ihre Boten zu den Bauern und Turnern der benachbarten Lande, sie nach Frankfurt zu laden, um die „verrätherische" Nationalversammlung auseinanderzusprengen. Germain Metternich, der Führer der Frankfurter Demokraten, bedrohte mit seinen Volkshaufen die aus der Paulskirche tretenden Mitglieder der Rechten. Man fahndete besonders auf den alten Jahn und den Fürsten Lichnowski. Am 17. September, einem Sonntage, wurde eine große Volksversammlung auf der Pfingstweide abgehalten, wobei Schlöffel, Simon von Trier und Zitz heftige Reden hielten und die Volksversammlung zu einer Eingabe an die Nationalversammlung bestimmten, worin man die 258 Abgeordneten, welche den „schmählichen Waffenstillstand" angenommen, für „Verräther des deutschen Volks, der deutschen Freiheit und Ehre" erklärte. Metternich war damit nicht zufrieden; schon trafen die Zuzügler aus der Umgegend Frankfurts ein und inspicirten die Punkte, wo Barricaden errichtet werden sollten. Der Frankfurter Senat hatte noch rechtzeitig, ehe die Telegraphendräthe zerschnitten wurden, nach Mainz um Truppen telegraphirt und die Sorge für die Sicherheit der Versammlung in die Hände des Reichsverwesers gelegt.

Am Morgen des 18. September kamen zwei Bataillone Oesterreicher und Preußen an und verstärkten die Garnison, welche nur aus einem Bataillon Kurhessen bestand. Die Volkshaufen versuchten darauf in die Paulskirche, wo sich die Abgeordneten wieder versammelt hatten, einzudringen. Mit Mühe konnte v. Gagern die entstehende Verwirrung bemeistern. Dennoch wies die Versammlung alle im Sinne der Beschwichtigung gestellten Anträge zurück. Die Linke beschloß, eine Deputation an den Reichsverweser abzusenden. Fürst Lichnowski entfernte sich, um den Erzherzog davon zu benachrichtigen, und wurde von dem edlen General v. Auerswald begleitet. Die Preußen hatten unterdeß den Platz vor der Paulskirche gesäubert, wobei ein Einziger verwundet wurde. Dies war das Signal zur Errichtung von Barricaden. Die Truppen nahmen dieselben nach kürzerem oder



längerem Kampfe, unterstützt durch die gegen Abend eingetroffene hessen-darmstädtische Artillerie. Die Linke vermittelte eine Stunde Waffenruhe zum Versuch gütlicher Unterhandlungen. Da erfuhr man ein grauenvolles Ereigniß. Auerswald und Fürst Lichnowski waren unter bewaffnete Zuzügler gerathen und hatten sich in eine Gartenwohnung geflüchtet. Leider entdeckte man sie, zog sie hervor, mißhandelte sie grausam und schoß sie zuletzt als „Spione" nieder. Dies steigerte den Unmuth der preußischen Truppen aufs Höchste; ihre Kampflust war unbezähmbar und die letzten Barricaden wurden gestürmt. Das Leichenbegängniß der beiden grausam hingemordeten Deputirten fand unter zahlreicher Begleitung statt; v. Gagern und Jordan hielten am Grabe Reden und Letzterer bezeichnete die demokratische Presse als Urheberin dieses Crawalls. In der That hatte die Neue Rheinische Zeitung wenige Tage vorher einen Lebensabriß des Fürsten Lichnowski gebracht, der, Dichtung und Wahrheit mischend, diesen Mann mit kaltem Hohnlächeln dem Gespött, der Verachtung und der Wuth des Volkes preisgab.

Diese Bluthat, welche die schlummernden Leidenschaften eines revolutionären Volkes entschleierte, versetzte alle Gemüther in Angst und Schrecken und entzog der Revolution die Sympathien des besseren Theils der Nation. Vergebens suchte die demokratische Presse den Eindruck dieses furchtbaren Ereignisses zu schwächen. Wer bürgte dafür, daß sich diese Ereignisse nicht wiederholten? Daher steigerte sich die Sehnsucht der Besitzenden und der Liberalen aus diesen unheilvollen Zuständen herauszukommen. Der Belagerungszustand, wie er nun bald über mehrere Städte und ganze Districte verhängt werden sollte, wurde meist freudig begrüßt; man tauschte gern und willig die „Errungenschaften" gegen allgemeine Sicherheit und Ordnung ein. Die Blätter und Blüthen, welche der Freiheitsbaum im März getrieben, waren durch den Mehlthau verzehrender Volksleidenschaft zerstört und zeigten im Herbst nur verkümmerte und faule Früchte. Fast gleichzeitig mit dem Frankfurter Aufstande überschritt auch Struve am 21. September mit einer Anzahl bewaffneter Republikaner den Rhein bei Basel und proclamirte in Lörrach die Republik. Mit terroristischen Mitteln preßte er 3000 Mann zu seinen Fahnen, und marschirte auf Heitersheim, wo ihm badische Truppen unter General Hoffmann das Vordringen verwehrten. Er warf sich nach dem Städtchen Staufen, das in aller Eile an den Ausgängen verbarricadirt wurde. Hier fand am 24. September der entscheidende Kampf statt. Die Freischärler wurden aus der Stadt geworfen und eilten nach zwei Stunden, brandschatzend der Grenze zu. Struve wollte dieselbe ebenfalls erreichen, wurde aber in Wehr an der Begleitung seiner Frau erkannt und gefangengenommen (25. September). Mit Mühe vermochte seine Bedeckung ihn vor den Mißhandlungen der Bauern zu schützen, welche sich an seinen Wagen drängten

und mit Fäusten und Knitteln drohten. In Müllheim wurde am 30. Kriegsgericht über ihn gehalten. Struve bekannte sich ohne Hehl zu seinen republikanischen Grundsätzen und legte seine Bedenken gegen das kriegsrechtliche Verfahren dar, da das Standrecht über die Rheinthalämter von Lörrach bis Achern erst am 26. verhängt, er aber schon am 25. festgenommen worden sei. Das Kriegsgericht ging auf diesen Einwand ein und verwies Struve an die ordentlichen Gerichte. Struve, seine Frau und Blind, der Cassirer der provisorischen Regierung, wurden einstweilen nach Rastadt geschafft. Am 21. März 1849 verurtheilte das Geschwornengericht in Freiburg Struve und Blind wegen versuchten Hochverraths zu fünf Jahren vier Monaten Einzelhaft. Struve's Frau wurde freigelassen.

Frankfurt war, als Schwerpunkt der deutschen Bewegung, im Sommer 1848 auch von den Demokraten und den Handwerkern zum Congreßort ausersehen worden. Vom 14 – 17. Juni tagten daselbst 192 Abgeordnete von 88 demokratischen Vereinen, nebst vielen Parlamentsmitgliedern der äußersten Linken. Die Demokraten schritten zu einer Organisation der Vereine, um, wenn wieder einmal ein Aufstand für die demokratische Republik gemacht würde, schnell gerüstet zu sein. In den Centralausschuß, der die demokratisch-republikanische Partei einigen und für Errichtung von Kreisausschüssen sorgen sollte, wurden Julius Fröbel, G. Rau und Hermann Kriege, zu Ersatzmännern Bayerhofer, Anneke und Schütt erwählt. Der Centralausschuß nahm seinen Sitz in Berlin und wurde dort von zwei Deputirten der demokratischen Vereine (Hexamer und Streckfuß) verstärkt.

Durch andere Gründe waren die deutschen Handwerker in Frankfurt zusammengeführt worden. Wenn auch das Uebergewicht des Capitals über die Arbeit ein Haupthebel der socialistischen Demokratie war, so fand zwischen dem Handwerker- und Demokratencongreß doch kein Zusammenhang statt; vielmehr war es die Noth des Gewerbstandes, der man durch möglichst praktische Mittel abhelfen wollte, und die Furcht, daß von oben die Gewerbefreiheit ins Maßlose ausgedehnt, und von unten socialistische Tendenzen die Gewerbefreiheit unbillig beeinträchtigen könnten, was die Handwerker zusammenführte. Der Congreß fand vom 14—29. Juli unter May's Vorsitz statt, und beschäftigte sich in sehr mattem, seichtem Gerede mit der Gewerbefreiheit, die verworfen wurde; der Bildung von Innungen; mit der Nothwendigkeit von Meisterprüfungen; Ablösung der Bankgerechtigkeiten durch den Staat; Abschaffung des Hausirhandels und der Staatswerkstätten in den Zuchthäusern und beim Militair; Einführung von Schutzzöllen; Errichtung von Gewerbehallen u. dergl. m. Auch die Gesellen, welche vom Meistercongreß ausgeschlossen und von diesem mit nach ihrer Meinung unbilligen Beschlüssen bedacht wurden, hielten

unter Bloch ebenfalls einen allgemeinen deutschen Congreß ab. Von beiden Congressen wurde jedoch die Nothwendigkeit der Associationen der kleineren Capitalien zur Errichtung von Gewerbehallen und gemeinsamen Werkstätten, wie das Bedürfniß anerkannt, die sociale Frage — bei der übrigens nicht blos der Gewerbestand, sondern auch der Ackerbau, die Fabriken, der Handel, kurz jeder Einzelne betheiligt ist — baldigst in die Hand zu nehmen, um die Gesellschaft vor dem Untergang durch das Proletariat zu schützen. Erwähnenswerth ist außerdem noch der Congreß der Studenten auf der Wartburg (8. Juni), der akademischen Lehrer in Jena (21. September) und der folgenreiche Kirchentag in Wittenberg (21—23.), auf welchem die innere Mission als Lebensberuf und unerläßliche Pflicht der Kirche anerkannt und damit die sociale Frage auch auf das Gebiet der Kirche verpflanzt wurde.

49. Der österreichische Reichstag bis zur Wiener Revolution.

Die österreichischen Wahlen fielen in eine Zeit, wo der Staat durch die slawischen und italienischen Aufstände, durch das Regiment der Aula und die Bauernunruhen tief erschüttert war. In Wien wählte man Männer, welche dem höheren Verwaltungsfach oder der Wissenschaft angehörten; Prag sandte lauter Tschechen, Galizien meist Bauern, Tyrol meist Beamte. Am 10. Juli fand in der Winterreitschule die erste vorbereitende Sitzung des Reichstags unter Kudler's Vorsitz statt. Die erste Gruppirung der Parteien zeichnete sich so, daß auf der äußersten Rechten nur einige Jesuiten und Stockaristokraten, im rechten Centrum unter Leitung des Grafen Franz Stadion, viele Slawen und die Ruthenen, im linken Centrum, unter Pillersdorf und Wessenberg, theils Schwarzgelbe, theils Anhänger des Erzherzogs Johann sich sammelten; die Linke, unter Schwarzer und Löhner, umfaßte viele städtische Abgeordnete, die deutschen Bauern und die gebildete Fraction der Galizier; die äußerste Linke wurde von den Literaten und Tschechen, unter Kudlich und Wieland, eingenommen, welcher letztere Bestandtheil aber nach mannigfaltigen Wandelungen auf der äußersten Rechten anlangte. Als Geschäftssprache wurde stillschweigend die deutsche angenommen, obschon eine nicht unbedeutende Anzahl der Deputirten nicht deutsch verstand und sich in den verschiedensten Zungen vernehmen ließ. Eine Uebersetzung der eingereichten Anträge und Beschlüsse in alle österreichischen Landessprachen war daher unvermeidlich. Der Erzherzog Johann eröffnete am 22. Juli den Reichstag mit einer Thronrede, worin er die Gleichberechtigung aller Nationalitäten und den innigen Verband mit Deutschland in Aussicht stellte. Dr. Schmitt empfing die Ehre, zum ersten Präsidenten, Dr. Stroh-



bach und Hagenau, die zu Vicepräsidenten erwählt zu werden. Die ersten Sitzungen wurden mit der Berathung der Geschäftsordnung und mancherlei Interpellationen, welche sich auf die offenbare Doppelregierung des Hofes und des Ministeriums, auf den Einmarsch der Russen in die Donaufürstenthümer u. s. w. bezogen. Der erste Gegenstand, wo die Parteigruppirung heftig hervortrat, war eine von Doblhoff beantragte Adresse an den Kaiser, betreffs seiner Rückkehr. Der Streit drehte sich um die Ausdrücke **bitten** und **auffordern**. Die Linke wollte den Kaiser zur Rückkehr **auffordern**, die Rechte ihn darum **bitten**, weil man erstens nicht das Recht habe, dem Staatsoberhaupt zu befehlen, zweitens das Ministerium nichts gethan habe, um die gesetzlichen Bürgschaften für die Ordnung zu schaffen und er drittens den Sicherheitsausschuß weiter fungiren lasse. Doblhoff vertheidigte den Sicherheitsausschuß, „der sich mit seltener Aufopferung und großer Vaterlandsliebe der Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung gewidmet, obschon er in seiner Thätigkeit von keiner der Triebfedern geleitet worden, welche bisher den öffentlichen Beamten ein Impuls waren." Die Versammlung entschied sich für das Amendement Umlauft's, daß die Adresse von **allen** Mitgliedern unterzeichnet und von einer Deputation nach Innsbruck gebracht werden solle (30. Juli). Dieser Schritt hatte den besten Erfolg und Ferdinand I. kehrte am 12. August nach Wien zurück, wo er festlich empfangen wurde.

Der Antrag von **Kudlich** auf Aufhebung der Robot- und Unterthänigkeitsverhältnisse raffte vier Wochen Zeit dahin. Die galizischen Bauern und die Linke wollten die Feudallasten **ohne Entschädigung**, die Deutschen **mit** Entschädigung aufgehoben wissen. Am 31. August erfolgte die Abstimmung unter so großem Tumult, daß Strobbach sein Amt niederzulegen drohte, worauf es ruhiger wurde. **Für die baldige Aufhebung** aller Unterthänigkeits- und schutzobrigkeitlichen Verhältnisse u. s. w. stimmte die **ganze** Versammlung; für eine **billige Entschädigung** 174 und dagegen 144; daß diese Entschädigung vom Staat zu leisten sei, bejahte eine Mehrheit von 50 Stimmen. Der Kaiser bestätigte das Gesetz schon in den nächsten Tagen, obwohl es der ohnehin belasteten Staatscasse neue Opfer zumuthete; denn der Finanzminister Krauß hatte im August um die Bewilligung eines Anlehens von 20 Millionen nachgesucht und eine vollständige Darlegung der Finanzverhältnisse gegeben, die das Metternich'sche Anlehensystem gegen Hypothekenanweisung auf Staatsgüter und seine Bankoperationen scharf kritisirte, aber nicht so entmuthigend war, als man sich vorgestellt hatte. Die Einnahmen waren nämlich von 121,280,246 Gulden im Jahre 1831 auf 151,545,569 Gulden im Jahre 1847 gestiegen; die Ausgaben zeigten dagegen eine Verminderung, da 1831: 150,819 144 Gulden und 1845: 141,442,321 Gulden ausgegeben worden waren. Erst

1846 und 1847 hatten sich die Ausgaben durch die Theuerung um 10 und 16 Millionen gesteigert. Das vollständige Budget des Jahres 1848 und 1849, welches Ende September dem Reichstag vorgelegt wurde, wies eine Gesammteinnahme von 101,269,403 Gulden, eine Gesammtausgabe von 163,104,801 Gulden, wovon 52,103,338 Gulden allein auf die Verzinsung der Staatsschuld kamen, nach. Der Finanzminister hatte die Forterhebung der directen und indirecten Steuern beantragt. Durch einen Compromiß der Parteien des Hauses wurde jedoch nach den Reden Brauner's und Löhner's am 4. October beschlossen, daß die Steuern nur auf sechs Monate provisorisch forterhoben werden und die alten Steuern nicht mehr bestehen dürften. Gleichzeitig mit dem Staatsbudget überreichte auch der Verfassungsausschuß dem Reichstag die Grundrechte zur Berathung (29. September). Ehe dieselbe stattfand, erfolgte der Wiener Aufstand, an dem die unstaatsmännische Haltung des Reichstags und die panslawistischen Tendenzen der großen Mehrheit desselben nicht geringe Schuld trugen; wie die Zerfahrenheit des Reichstags, das tendenziöse Nationalitätsgebahren ein entschiedenes Auftreten der Regierung, um die empörten Leidenschaften zu zügeln, verhinderten.

Schon am 24. August hatten die bisher im Prater bei den Staatsbauten beschäftigten Arbeiter in der Brigittenau einen Crawall erregt, weil der Arbeitsminister v. Schwarzer, dessen Verdienste um die Angelegenheiten seines Ministeriums nicht unerheblich sind, den Tagelohn um fünf Kreuzer verkürzt hatte. Die Nationalgarde dämpfte zwar den Tumult, aber auch Schwarzer trat zurück, was einer Concession an die Proletarier ähnlich sah, wenn auch sein Rücktritt nicht darum, sondern aus Unzufriedenheit über seine Freunde, die ihm das Leben verbitterten, erfolgte. Kaum war die Bewegung des Arbeiterstandes gedämpft, als der niedere Bürgerstand durch das betrügerische Actienunternehmen Swoboda's, wobei er sich in der Hoffnung auf Staatsgarantie betheiligt hatte, in die größte Verlegenheit gerieth. Diesen Anlaß benutzte die radicale Partei, welche durch die inzwischen eingetretene religiöse Bewegung der Deutschkatholiken in den Hintergrund geschoben war, den alten Sicherheitsausschuß wieder aufzurichten. Die Minister ergriffen militairische Maßregeln dagegen, und der Reichstag erklärte sich damit einverstanden, als Latour ein anonymes Schreiben vorlas, wonach der Reichstag gesprengt und die Republik verkündigt werden sollte. Indessen setzten Dr. Goldmark und seine Freunde neben der Permanenzerklärung des Reichstags an nächsten Tage den Beschluß durch, daß das Militair zurückgezogen werde. Zugleich gewährte der Reichstag dem Finanzminister einen Credit von zwei Millionen, um die mittellosen Bürger Wiens und der Provinzen zu unterstützen. Die Plane der Radicalen waren gescheitert; der ungarisch-kroatische Kampf begünstigte sie. Ungarn, das, wie

alle Kriege gegen die Türken lehren, zum Bestehen des österreichischen Kaiserstaats nothwendig ist, hatte sich in den Märztagen losgerissen und ein nur durch die Personalunion mit Oesterreich zusammenhängendes, sonst selbstständiges Reich gebildet. Dieses an Hilfsmitteln unerschöpfliche Land verweigerte selbstsüchtig die Theilnahme an den Lasten des Gesammtstaats und erregte den Neid und den Unwillen der anderen Provinzen. In der Sucht nach freier Constituirung, welche damals die Völker beherrschte, nehmen die Südslawen die erste Stelle ein. Sie wollten von einer Verbindung mit Ungarn, wie sie Jahrhunderte lang bestanden, nichts wissen und ihre Nationalität zur herrschenden des Kaiserstaats machen. Konnte nun einerseits die natürliche Politik Oesterreichs das Königreich Ungarn nicht entbehren, und war damit der Kampf gegen Ungarn geboten, so kam andererseits dieser Kampf den bei Seite geschobenen Gesellschaftsclassen zu Statten, weil er zugleich ein Kampf gegen die demokratischen Tendenzen Ludwig Kossuth's war. Das österreichische Ministerium und die „Reaction" gingen daher in der ungarischen Politik Hand in Hand und stützten sich dabei auf die Südslawen und auf das Heer, von denen die Einen die Ungarn, die Andern die Revolution mit ihren Neuerungen, mit ihrer ausschweifenden Presse und ihren Pöbeltumulten haßten. Der Banus von Kroatien, General Jellachich, war ein ebenso guter Soldat und Anhänger des Kaiserhauses, als ein unversöhnlicher Feind der Ungarn und ein tiefblickender Staatsmann. Sein Verhalten kann mehr aus Combinationen errathen, als aus sichern historischen Quellen dargelegt werden. Es scheint, daß Jellachich durch scheinbares Eingehen in die panslawistischen Träume die unlenksamen Südslawen zügeln, ihren Stoß gegen Ungarn und die Revolution richten und ihre Treue gegen das Kaiserhaus wahren wollte. Etwaige Gelüste nach Absonderung von Oesterreich waren nach Besiegung der Ungarn leicht zu unterdrücken. Jellachich's Aufgabe gehörte zu den schwierigsten. Er wußte, daß russische Agenten die südöstlichen Districte Ungarns durchzogen und bei der nichtunirten Geistlichkeit Gehör fanden. Schon am 12. Juni hatten Illyrier und Czaikisten Karlowitz überfallen und ausgeplündert und im Bacser Comitat sich ein 6000 Mann starker Haufe von Raizen mit sechs Kanonen unter Anführung eines verabschiedeten Hauptmanns gezeigt. Aus Bosnien, Serbien und Montenegro strömte allerlei Gesindel herbei, um den österreichischen Serben zu helfen und durch Mord, Brand und Plünderung Schrecken zu verbreiten. Die in Belgrad erscheinende Zeitung „der Serbe" hatte es kein Hehl, daß diese Kämpfe, welche die Ungarn meist glücklich bestanden, eine serbische Nationalangelegenheit seien, und forderte geradezu zum Abfall vom Kaiserhause auf. In Kroatien, wo mehrere serbische Regimenter dienten, fiel der Same des Unkrautes auf fruchtbaren Boden und drohte ebenfalls die stammver-

wandten Kroaten anzustecken. In den Gefechten von St. Thomas und Weiskirchen (19. August) hatten die Ungarn unter Bechtold die Serben geschlagen, was den Fanatismus der Kroaten gegen die Ungarn steigerte. Man wußte überdies in Ungarn, daß die deutschen und böhmischen Officiere in der ungarischen Armee nur ungern fochten und daß ganze Regimenter sich weigerten, gegen die Grenzer zu fechten. Darauf baute Jellachich seinen Plan, die südslawische Bewegung ganz in die Hände zu bekommen und sie zu einem für das Kaiserhaus glücklichen Ausgang zu lenken.

Mit der Hofpartei im besten Einvernehmen, ermunterte er die Kroaten, welche mit Trennung von Oesterreich drohten, wenn die Suprematie der Ungarn fortdauere, in ihrer Unbotmäßigkeit. Am 10. September erklärte er, trotz öffentlicher Abmahnung des Kaisers, den Ungarn den Krieg und sandte dem am 11. folgenden Einmarsch in Ungarn ein Manifest voraus, worin er betheuerte, daß die Kroaten nur das Beste der Nation wollten, aber nicht dulden würden, wie die Eintracht unter den Völkern zerstört und Ungarns gesetzmäßiger Verband mit Oesterreich gewaltsam gelockert werde; man verhehlte es nicht, daß man lieber die russische Knute, als die ungarische Insolenz wolle. Die Kroaten, etwa 60,000 Mann stark, wovon die Hälfte regelmäßiges Militair, überschritten die Drau und Mur, und rückten ohne Schwertstreich bis zum Plattensee vor, indem sich die ungarischen Freischaaren und Nationalgarden zerstreuten und die ungarischen Regimenter nach Steiermark zogen.

Ludwig Kossuth, der lange nicht an die Möglichkeit eines Kriegs mit den Kroaten glauben mochte, da er den Slawen Concessionen angeboten hatte, trat nun vor den Reichstag und bat um die Bewilligung zur Aushebung von 200,000 Mann und zur Aufnahme einer Anleihe von 42 Millionen Gulden, eine Anstrengung, die von der deutschen Nationalversammlung auf Möring's Antrag durch allgemeines Aufstehen anerkannt wurde. Zugleich bewarben sich ungarische Gesandte um ein Bündniß mit Deutschland, natürlich vergebens. Kossuth's populäre Beredtsamkeit, sein bezauberndes Benehmen, das Alle, die in seine Nähe kamen, verstrickte, hatte solchen Erfolg, daß viele Magnaten, welche die Bewegung als eine demokratische verachteten, und eine Menge kaiserlicher Officiere für die Landessache gewonnen wurden, sogar der alte, tapfere Kriegsminister Messaros. Von allen Seiten strömten die feurigen Magyaren zu den Fahnen, flossen reichliche Geld- und Waffengeschenke, erhob sich der ungarische Landsturm und bedrohte Jellachich's Rückzugslinie. Die Kroaten sahen sich am 18. September bei Szala Egerszegh mit Ungestüm angegriffen und liefen in wilder Flucht davon. Nach dieser Niederlage machte der Banus einen Flankenmarsch gegen die Donau, wo er einen Uebergang suchte, während das Gros der ungarischen Armee von Veszprim nach Stuhl-

weißenburg vorrückte, und eine andere Abtheilung die Brücken über die Donau zerstörte. Jellachich war verloren, wenn ihm nicht die Ungarn einen dreitägigen Waffenstillstand zugestanden hätten. Er benutzte diesen, sich der Verfolgung seiner Gegner durch geschickte Märsche zu entziehen, überschritt die Leytha, und stand am 9. October auf österreichischem Boden, um bei der Züchtigung Wiens mitzuwirken. Die rückwärtsstehenden Corps gab er preis. Bei Moor nahm Major Perczel 3000 seiner unregelmäßigen Truppen gefangen, während Görgey mit dem Landsturm an einer anderen Stelle 10,000 Kroaten mit 73 Officieren und zwei Generalen zur Ergebung nöthigte. Die gefangenen Mannschaften wurden in die Heimat entlassen; die Officiere blieben kriegsgefangen. Die Ungarn standen an der Grenze des Erzherzogthums, bereit, sich mit den ihnen entgegenziehenden Oesterreichern zu messen.

Dem ungarischen Ministerium war die feindliche Haltung des Wiener Ministerums und Hofes sehr wohl bekannt. Es wandte sich daher durch eine Deputation an den österreichischen Reichstag, um seine Vermittelung nachzusuchen. Der Reichstag weigerte sich jedoch, die Deputation vorzulassen. Latour erblickte darin eine Ermuthigung für die Regierung, ihre Pläne gegen Ungarn schneller auszuführen. Am 4. October ernannte er den Ban Jellachich zum Oberbefehlshaber in Ungarn, und gab einzelnen Bataillonen Marschordre, um das Heer des Bans zu verstärken. Die ungarische Deputation sah die kommende Gefahr, und scheute kein Mittel, sie abzuwenden. Ihre Reden und noch mehr ihr Geld verführten die österreichischen Truppen zu Widersetzlichkeiten. Am 5. October beschloß eine Volksversammlung im Odeon, keine Truppen mehr abziehen zu lassen. Am 6. October verhinderten die Nationalgarden und die akademische Legion, welche den Bahnhof besetzt hielten, den Abmarsch der Grenadiere, die mit dem Volk fraternisirten. Kuirassiere und polnische Infanterie suchten vergeblich, den Bahnhof zu nehmen, und verloren ihren General und ihre vier Kanonen. Zwei von diesen Geschützen führte das Volk im Triumph auf dem Stephansplatz, wo es plötzlich von den Garden des wohlhabenden Kärnthner Viertels, welche die Kirche besetzt hielten, mit Schüssen empfangen wurde, wahrscheinlich, weil einige Leute aus dem Volke Sturm läuten wollten. So entspann sich ein neuer und erbitterter Kampf zwischen Bürgern und Bürgern, in welchem der größte Theil der Kärnthner Garden umkam. Am Gebäude des Kriegsministeriums fand ein kurzer Kampf zwischen Nationalgarden, Akademikern und Volk einerseits und den Grenadieren andrerseits statt, worauf die letzteren ihre Bayonnete abnahmen, und dem rasenden, sinnlosen Volk den Kriegsminister verriethen. Der unglückliche Greis wurde in seinem Versteck entdeckt, hinabgeschleppt und todtgeschlagen, worauf der wilde Haufe noch den Leichnam an einen Laternenpfahl hing. Eine

andere Abtheilung des Volks beschoß mit Geschütz und Flinten das kaiserliche Zeughaus, welches erst am 7. October Morgens von der tapfern Besatzung — zwei Compagnien polnischer Truppen — geräumt wurde. Unzählige Schaaren Volks strömten dahin und bewaffneten sich mit Dem, was sie gerade vorfanden. Barricaden erhoben sich in Menge und an Vertheidigern hatte es keinen Mangel. General Auersperg zog die Truppen aus Wien, und nahm im Belvedere und dem Schwarzenberg'schen Garten eine feste Stellung. Am 12. October vereinigte er sich mit dem Banus, dem er entgegenmarschirt war. Der Reichstag, dessen Präsident Strohbach schon am 6. October nebst den Tschechen und Galiziern verschwunden war, hielt an demselben Tage eine außerordentliche Sitzung unter Smolka's Leitung. Von den Ministern waren blos Kraus und Hornbostl anwesend, Wessenberg und Bach entflohen. Mit Entsetzen vernahm man den Tod des Kriegsministers, und wählte eine Commission zur Wahrung der Sicherheit der Stadt. Gleichzeitig ging eine Deputation nach Schönbrunn, den Kaiser zu bitten, ein volksthümliches Ministerium zu ernennen und das Manifest an die Ungarn zurückzunehmen. Der Kaiser versprach, diesen Wünschen zu genügen, entfernte sich jedoch mit allen Familiengenossen am 7. October nach Olmütz, „um Mittel zu finden, dem unterjochten Volke Hilfe zu bringen." Der Reichstag erfuhr seine Abreise durch ein kaiserliches Handbillet und erließ ein Manifest, worin er die Völker Oesterreichs zur politischen Besonnenheit mahnte und ihnen die Aussicht auf friedliche Vermittelung mit dem Kaiser eröffnete. Freilich schwand diese Aussicht, als Jellachich mit seinen rohen Sereschanern die Grenze überschritt; man vermuthete damals, Jellachich's Zug sei gleich anfangs gegen Wien gerichtet gewesen. Der Reichstag suchte vergebens den Ban zum Abzug zu bewegen. Jellachich erwiderte, er sei als Soldat dem Donner der Kanonen nachgegangen, sei österreichischer General, und kein Fremdling. Die Wiener, welche sich für die Ungarn erhoben, hofften nun auch auf die Hilfe derselben. Allein 128 Officiere der ungarischen Armee weigerten sich, die Grenze zu überschreiten, sodaß die Regimenter erst neu organisirt werden mußten, ehe an eine Schlacht zu denken war. Oeffentlich führten die Ungarn als Grund ihres Nichterscheinens an, daß sie weder vom Reichstag, noch vom Wiener Gemeinderath gerufen worden wären. Mehrere Deputationen des Reichsraths an den Kaiser, dessen Rückkehr dringend erbeten wurde, blieben erfolglos. Der Kaiser antwortete: „er danke dem Reichstag für seine Bemühungen, der drohenden Anarchie entgegenzuarbeiten, könne aber nicht zurückkehren, bis die kleine, ungemein thätige und kecke Partei, welche Wien terrorisire, unterdrückt sei." Wien habe mit einer im offenen Aufruhr begriffenen Provinz hochverrätherische Verbindungen angeknüpft, und nach allen Theilen der Monarchie Boten ausgesendet, um das Banner

der Empörung überall aufzupflanzen. Es sei Pflicht des Kaisers, dem Aufruhr der Residenzstadt mit Waffengewalt entgegenzutreten; zu diesem Zwecke ertheile er dem Fürsten Windischgrätz den Oberbefehl über sämmtliche Truppen, außer denen in Italien." Nach diesen Erklärungen des Kaisers schwankte der Reichstag eine Zeitlang, ob er nicht ein Aufgebot des allgemeinen Landsturms erlassen solle, begnügte sich jedoch mit einem Manifest „zur Aufklärung der Thatsachen." Bald darauf verkündete Windischgrätz Wien und Umgegend in Belagerungszustand (22. October). Der Gemeinderath der Residenzstadt übernahm nun, da alle Unterhandlungen gescheitert waren, die Leitung der Vertheidigungsmaßregeln, und ernannte den ehemaligen Lieutenant Messenhauser zum Commandanten. Die Leitung der Artillerie erhielt der polnische General Bem. Ein Beschluß des Gemeinderaths sicherte den mittellosen Wehrfähigen, welche Dienste thaten, täglich 25 Kreuzer, den Witwen der Gefallenen aber ein Jahrgeld von 200 Gulden, und 30 Gulden Erziehungsgeld für jedes Kind. Wien bekam aus Mähren, Oberösterreich und Steiermark viel Zuzug an geübten Büchsenschützen, verlor aber an 80,000 reiche Leute, welche auswanderten.

Am 23. Octbr. rückte Windischgrätz vor Wien und schloß die Stadt von allen Seiten ein. Unzählige Batterien erhoben sich, um ihre todbringenden Geschosse auf die Stadt zu schleudern. Die meisten übergegangenen Grenadiere waren wieder zur Fahne zurückgekehrt, und erbaten sich nebst dem Regiment Latour die erste Stelle beim Sturm. Die durch Latour's Tod ohnehin schon große Wuth und Erbitterung der Soldaten wurde durch eine Proclamation des greisen Radetzky gesteigert, worin er der Besatzung von Wien ihre Schmach vorhielt. Windischgrätz stellte am 23. dem Gemeinderath seine Bedingungen, welche aber nicht angenommen wurden, da der Fürst mehrere noch zu bezeichnende Individuen ausgeliefert haben wollte. Der Kampf begann am Abend des 23. Die Wiener schlugen sich wacker, wurden aber von den gut geführten Truppen fast aller Orten besiegt. Immer näher rückten die Belagerer und bewarfen die Stadt mit glühenden Kugeln und Raketen. Am 25. brannte es schon an drei Orten. Trotzdem ließ sich Windischgrätz noch auf eine Unterhandlung mit dem Reichstag und den Ministern ein, indem er ihnen die Namen der auszuliefernden Personen nannte. Diese waren der ungarische Unterstaatssecretär Pulsky, Bem, Messenhauser, Fenner v. Fenneberg und Dr. Schütte. Gleichzeitig verfügte sich eine Deputation des Reichstags nach Olmütz, um die inzwischen beschlossene Verlegung nach Kremsier als ungesetzlich darzustellen, und die kaiserliche Milde für Wien in Anspruch zu nehmen.

Nachdem am 27. Windischgrätz geruht hatte, um den Wienern Zeit zur Besinnung zu lassen, eröffnete er am 28. October Mittags 12

Uhr ein fürchterliches Bombardement, das an elf verschiedenen Stellen zündete. Drei volle Stunden dauerte der ungleiche Kampf, nach welchem sich die Vertheidiger ins Innere der Stadt zurückzogen. Mangel an Munition und Vertheidigern nöthigte dazu. Messenhauser erklärte am 29., daß die Munition nur noch auf vier Stunden hinreiche, und die Stadt unhaltbar geworden sei. Da beschloß der Gemeinderath, sich zu unterwerfen, und zeigte dies dem Fürsten an. Am 30. rückten die Truppen von allen Seiten bis zum Glacis vor. In diesem Augenblicke signalisirte man vom Stephansthurm, daß in der Richtung der ungarischen Grenze Pulverdampf bemerkt werde. „Die Ungarn kommen! Laßt uns den Kampf erneuern!" hallte es durch die Straßen. Messenhauser suchte diesem Beginnen vergebens zu steuern, und wäre bald als Verräther vom Thurme herabgestürzt worden. Die Polen reizten die Arbeiter und Studenten zum letzten Kampfe. Messenhauser mußte mit fort. Neue Ausfälle wurden gemacht, führten aber eine neue Kanonade herbei, die an Schrecklichkeit alles bisher Erlebte übertraf. Die Ungarn waren inzwischen bei Schwechat geschlagen worden, und eilten in wilder Flucht über die Grenze. Um 5 Uhr Nachmittags rückten die Sturmcolonnen bis ans Burgthor, und drangen nach schwachem Widerstande bis an den Stephansplatz. Die Wuth der Soldaten, die kalte Grausamkeit der Kroaten kannte keine Grenzen. Weder Alter, noch Geschlecht wurde verschont, Raub und Mord straflos verübt. Die Truppen durchsuchten die ganze Stadt Haus für Haus, und umgaben Wien mit einem doppelten Wachcordon, damit die Verdächtigen und Unruhestifter nicht entkämen. Dennoch gelang dies dem General Bem, Pulsky, Fenner v. Fenneberg, Chaises und Schütte. Das Standrecht forderte viele Opfer; der Frankfurter Abgeordnete Blum, welcher mit Fröbel und Trampusch eine Zustimmungsadresse der Linken den Wienern überbracht, und sich dann am Kampf betheiligt hatte, blutete am 9. November in der Brigittenau. Die Journalisten Becher und Jellinek wurden, wie man sagt, durch eine Frau, welche ihren Mann vom Tode retten wollte, verrathen, und wie Messenhauser zu Pulver und Blei begnadigt. Den Abgeordneten Fröbel verschonte man, nachdem ihn Windischgrätz die Schrecken des Todes hatte durchkosten lassen, weil er eine dem österreichischen Staate günstige Broschüre geschrieben hatte. Am 2. November zog Jellachich in Wien ein und sah sich mit großem Jubel und unendlichen Vivats empfangen; aus allen Fenstern ließen Männer und Frauen Tücher flattern. Die calabreser Hüte, deutsche und rothe Kokarden verschwanden. Alles versteckte sich, was entfernt am Kampfe betheiligt war, und harrte angstvoll des Kommenden. Der Belagerungszustand in Wien dauerte über vier Jahre. Welden der seine letzten Lebenstage der Abfassung von Memoiren widmete, erhielt die Commandantur der Hauptstadt, und suchte nach der völligen Unter-

werfung der Ungarn die Schrecken des Belagerungsstandes soviel als möglich zu mildern.

Der Reichstag wurde am 15. November in Kremsier von dem neuen Ministerium: Fürst Schwarzenberg, Graf Stadion, v. Bruck, General v. Cordon, Dr. Bach und v. Thinnfeld (dann Graf Thun) wieder eröffnet, und am 27. November das ministerielle Programm des Einheitsstaates mitgetheilt. Am 2. December erfuhr der Reichstag, daß Kaiser Ferdinand dem Thron, Erzherzog Franz Karl der Thronfolge entsagt, und der achtzehnjährige Erzherzog Franz Joseph den Thron bestiegen habe. Die Versammlung berieth die Verfassung weiter, und wollte eben an die letzten Paragraphen gehen, als ein kaiserliches Edict die Aufhebung des Reichstags verkündigte (7. März 1849), und eine neue Verfassung octroyirte.

50. Die preußische Nationalversammlung.

Man mag den Berliner Märzkampf als Revolution oder als einen vereinzelten Straßenkampf betrachten, immerhin zeigten die nächsten Monate revolutionäre Erscheinungen. Es ist nicht zu verkennen, daß im März 1848 die öffentliche Meinung einen Umschwung erlitt, dem sich nur Wenige zu entziehen vermochten. Der Liberalismus, ja der Demokratismus ergriff die Gemüther mit so unwiderstehlicher Gewalt, daß das Bekenntniß abweichender Gesinnung entweder gar nicht vernommen, oder hinter gemäßigt liberalen Redensarten und dem Aufstecken beider Kokarden, der deutschen und preußischen, verborgen wurde. Hohe Beamte fraternisirten mit der Demokratie und vertrugen sich brüderlich mit der Bürgerwehr, deren Wachtdienste sie theilten. Große Fabrikanten zeigten Neigung zu socialistischen Einrichtungen, Adelige entsagten freiwillig ihrem „von“ bei Unterschriften, und Rittergutsbesitzer gaben einige oder alle gutsherrlichen und Jagdrechte auf. Als aber dieser Umschwung durch die Beschlüsse der Nationalversammlung seine empfindlichen Consequenzen entwickelte, war der Rückschlag unvermeidlich. Die verletzten und zurückgesetzten Stände rieben sich verwundert die Augen und sahen mit Unwillen dem wilden Treiben der Volkshaufen zu. Es trat eine ebenso unwiderstehliche Reaction ein, deren Heftigkeit sich durch die Schaam steigerte, daß man sich überraschen lassen und zuerst Gesinnnngen geäußert habe, deren weiteste Folgen man nicht theilen mochte. So schwankte der Staat von dem Extrem des systematischen Demokratismus in das Extrem des systematischen Servilismus, bis das Gleichgewicht sich durch die Beschwörung der Verfassung wiederherzustellen anfing.

Am 22. Mai 1848 wurde die „Versammlung zur Vereinbarung der preußischen Staatsverfassung“, oder, wie man sie damals allgemein nannte,

die Nationalversammlung, vom König mit einer Thronrede eröffnet und ein Verfassungsentwurf übergeben, der, wenige Monate vorher, die ausschweifendsten Wünsche befriedigt hätte, jetzt aber wegen des hohen Census der ersten Kammer Niemand zufriedenstellte. Am 25. begann die Nationalversammlung ihre Arbeiten in der Singakademie unter v. Schön's Präsidium. Die Versammlung, meist aus Liberalen und Radicalen bestehend, hatte in ihrem Schoose 40 Adelige, wovon 16 begütert waren, 98 Justizbeamte, 48 Verwaltungsbeamte, 28 städtische Beamte, 52 Geistliche, 27 Lehrer, 31 Kaufleute, 28 Handwerker, 68 Bauern, 11 Aerzte, 5 Literaten, 4 Officiere, 1 Commis, 1 Gesellen, 1 Tagelöhner, zusammen 401 Mitglieder. Zum definitiven Präsidenten wurde der Fabrikant Milde aus Breslau, zu Vicepräsidenten Esser aus Köln und Waldeck aus Berlin gewählt. Die Parteien gruppirten sich so: 1) die Rechte unter Auerswald und Reichensperger. Versammlungslocal in der Behrenstraße. 2) Das rechte Centrum unter Zachariä und Harkort. Versammlungslocal englisches Haus. 3) Das Centrum unter Kosch. Hotel de Russie. 4) Das linke Centrum unter Rodbertus; Hotel de Petersbourg. 6) Die Linke unter Waldeck; Hotel Mylius. 7) Die äußerste Linke unter Jakoby; in Mielentz'Hotel. Die beiden letzten Fractionen gingen fast immer zusammen. Camphausen erläuterte in einer Rede seine Stellung dahin, daß das Ministerium keineswegs die umgestaltende Kraft der jüngsten Ereignisse verkenne, aber nicht einen Umsturz des Rechts, einen Bruch mit der ganzen Vergangenheit annehme. Vielmehr müsse man praktisch an die Vergangenheit anknüpfen. Um den Eindruck dieser Worte zu verstärken, um zu zeigen, daß die königliche Familie sich dem Verfassungsleben aufrichtig anschließe, erschien der Prinz von Preußen als Abgeordneter von Wirsitz in der Nationalversammlung (8. Juni) und erklärte, daß er der vom König vorgezeichneten constitutionellen Monarchie alle seine Kräfte weihen werde, bäte aber um Einberufung seines Ersatzmanns, da er den Verhandlungen nicht öfter beiwohnen könne. So hatten die maßgebenden Kreise die Aufgabe der Versammlung dahin bezeichnet, daß sie mit dem König die Verfassung zu vereinbaren habe. Dagegen strebte die Linke dahin, eine Erklärung der Nationalversammlung zu erwirken, woraus ihre Souverainetät hervorgehe. In diesem Sinne ist der Antrag von Behrends (9. Juni) aufzufassen: „die hohe Versammlung wolle in Anerkennung der Revolution erklären, daß die Kämpfer des 18. und 19. März sich wohl um das Vaterland verdient gemacht hätten." Die Versammlung lehnte diesen Antrag ab und nahm das Amendement von Zachariä an: „die Versammlung gehe in Anerkennung der großen Ereignisse des März und ihres Einflusses auf die gegenwärtige Staatsentwickelung zur Tagesordnung über." Das durch die Clubredner erhitzte Volk nahm die Sache als eine Verleugnung der Revolution, und mishandelte

den Minister v. Arnim und den Abgeordneten Sydow, welche für Zachariä's Amendement gestimmt hatten. Bei dieser thatsächlichen Unfreiheit der Abstimmungen wurden Anträge auf Verlegung des Reichstags aus Berlin laut, aber durch Mehrheitsbeschluß abgewiesen. Dagegen stürmte das Volk das Zeughaus (14. Juni), raubte die Waffen und streute die Siegestrophäen umher, ein Ereigniß, das den preußischen Nationalstolz empfindlich kränken mußte. Die Linke der Nationalversammlung mochte zur Verhütung solcher Scenen nichts thun; die Rechte war eingeschüchtert worden und glaubte, durch schleunige Berathung des Verfassungsentwurfs geordnete Zustände herbeizuführen. Da wurde der Waldeck-Wachsmuth'sche Antrag (15. Juni) angenommen: „daß die Versammlung eine Commission zur Entwerfung einer Verfassung niedersetzen möge." Die Verhandlungen über die Verfassung wurden demnach hinausgeschoben und die Sitzungen bis zum September mit Interpellationen über reactionäre Bestrebungen, Ueberschreitungen der Verwaltungs- und Militairbehörden u. dergl. m. ausgefüllt. Das Ministerium Camphausen dankte, da es seinen Verfassungsentwurf abgelehnt sah, ab (17. Juni). Hansemann bildete ein neues Cabinet (25. Juni): v. Auerswald (Präsident und Aeußeres), Milde (Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten), Rodbertus (Cultus), Märker (Justiz), Gierke (Ackerbau), Kühlewetter (Inneres), Hansemann (Finanzen), v. Schreckenstein (Krieg). Gleichzeitig erneuerte die Nationalversammlung ihr Bureau. Grabow wurde zum Vorsitzenden, v. Kirchmann, Kosch und Jonas zu Stellvertretern erwählt. Das neue Ministerium leistete die verlangte Anerkennung der Revolution; nur machte es einen üblen Eindruck, daß Rodbertus schon am 6. Juli wieder zurücktrat und der aus Königsberg berufene Professor Rosenkranz das Cultusministerium nur provisorisch übernehmen mochte. Der Grund von Rodbertus' Rücktritt lag in der deutschen Frage, hinsichtlich deren die meisten Minister eine bedingte Anerkennung des Reichsverwesers nur abgeben wollten, nämlich wenn der Prinz von Preußen zum Oberbefehlshaber des deutschen Heeres ernannt würde.

Von nun an faßte die preußische Nationalversammlung ihr Verhältniß zu Frankfurt näher ins Auge. Jakoby stellte einen Antrag auf „Anerkennung der Befugnisse des deutschen Reichstags, Beschlüsse ohne Genehmigung der Regierung zu fassen", ein Antrag, der die Mehrheit der Berliner Versammlung für sich gehabt hätte, wenn nicht die Linke sich wiederum ein Urtheil über die Beschlüsse der Frankfurter angemaßt hätte, was das Ansehen des deutschen Reichstags schmälerte und von diesem der preußischen Nationalversammlung im November vergolten wurde. Jakoby fügte nämlich seinem Antrage den Zusatz bei: „daß die preußische Nationalversammlung den in der deutschen constituirenden Versammlung gefaßten Entschluß, einen unverantwortlichen Reichsverweser zu erwäh-

len, nicht billigen könne." Die ganze Kraft der Rechten wendete sich gegen diesen Zusatz, in welchem sie, wie Sydow sagte, die undeutsche Revolutionsweisheit einer platten Gleichmacherei erblickte (11. Juli). Jakoby's Antrag und das ähnliche Amendement von Bloem wurden mit großer Majorität verworfen.

Das Einvernehmen zwischen der Krone und der Nationalversammlung wurde durch den Beschluß über Abschaffung der Todesstrafe gestört, den der König aus religiösem Bedenken zu sanctioniren sich weigerte. Zwischen die Berathungen über das Gesetz zum Schutz der persönlichen Freiheit, über die Schutzmannschaften und die Bürgerwehr fällt die Interpellation über das Schweidnitzer Blutbad. Der Commandant von Schweidnitz, Rolas du Rosay, hatte sich durch mancherlei die Bürgerwehr behindernde Verbote das Misfallen der Bevölkerung zugezogen. Ein Charivari für ihn war im Anzuge. Die Bürgerwehr sammelte sich zur Verhütung des Tumults auf dem Marktplatze. Da kam plötzlich unter Trommelwirbel eine Compagnie Soldaten aus einer Seitengasse heranmarschirt, machte der Bürgerwehr gegenüber Halt und gab eine Salve, wovon elf Personen getödtet und gegen zwanzig verwundet wurden (1. August). Zum Begräbniß dieser beklagenswerthen Opfer militairischer Unvorsichtigkeit eilten aus ganz Schlesien Deputationen herbei und steigerten nach der Rückkehr in die Heimat das allgemeine Mitleiden zur grenzenlosen Erbitterung. Rolas du Rosay flüchtete nicht ohne Gefahren aus der Provinz. Die Nationalversammlung sandte eine Commission zur Berichterstattung ab, der es aber nicht gelang, die eigentlichen Urheber des Schweidnitzer Trauerfalls zu ergründen. Dagegen gab dieser Vorfall zu einem folgereichen Antrage Stein's Veranlassung, der fast einstimmig zum Beschluß erhoben wurde. Er lautete: „der Kriegsminister möge, wie der Minister des Innern schon hinsichtlich der Civilbeamten gethan, einen Erlaß an die Officiere richten, alle reactionären Bestrebungen in sich zu überwinden und in einer Vereinigung mit dem Bürger die wahre Verwirklichung eines constitutionellen Rechtszustandes möglich zu machen." Dagegen ging das Amendement des Abgeordneten Schulz: „es denjenigen Officieren, welche mit dem neuen Staatsprincip nicht völlig einverstanden wären, zur Ehrenpflicht zu machen, aus dem Heere auszuscheiden", nur mit Einer Stimme Mehrheit (180 gegen 179) am 9. August durch. Diese geringe Majorität rührte von dem Widerwillen der Rechten und des Centrums gegen Gewissenszwang und politische Inquisition her. Das Ministerium schwankte lange, ehe es ins Reine kam, ob dieser Beschluß zur Ausführung gebracht werden solle oder nicht. Erst am 4. September erklärte es sich in einem Schreiben an die Nationalversammlung dagegen, was in dieser große Unruhe verbreitete. Drei Anträge wurden eingebracht, einer von Stein, der zweite von Unruh, der dritte von Tamnau.

Alle drei liefen auf ein und dasselbe hinaus: auf ein Mistrauensvotum (freilich in ungewöhnlicher Form) gegen das Ministerium. Die Rechte sprach mit Nachdruck gegen die Einmischung einer constituirenden Nationalversammlung in die Verwaltung und der Ministerpräsident erklärte geradezu: „das Ministerium wird der Ausführungsausschuß eines Convents, wenn der Sitz der Regierung in den Schoos der Nationalversammlung verlegt wird.“ Nach einer sechsstündigen Debatte gelangte man zur Abstimmung (7. Sept.). Der Antrag Stein's auf unbedingte Ausführung des früheren Beschlusses wurde mit einer Majorität von 67 Stimmen angenommen. Dieser Beschluß fand eine sehr getheilte Aufnahme im Lande; man fühlte, es sei ein entscheidender Wendepunkt im Staatsleben gekommen. Die Gemäßigten sahen schon im Geist den Staatswagen die abschüssige Bahn der Revolution hinabstürzen; die Demokraten und Bürgerwehren übersahen, in ihrem Jubel über die „Ermannung“ der Nationalversammlung, gänzlich die Gefahren, welche ihnen, wie dem preußischen Staate drohten. Den Einen war daran gelegen, die Consequenzen der „Volkssouverainetät“ abzuschneiden; die Anderen wollten ein abstractes Princip, dessen Lebensfähigkeit sich nach ihrer Ansicht trotz der tausend Gegenbeweise von selbst verstehe, zur theoretischen Anerkennung bringen. Das Ministerium dankte am 11. September ab, und die Versammlung vertagte sich bis zum 19. v. Beckerath, zur Bildung eines neuen Cabinets berufen, fand mit seinem ganz liberalen Programm, welches unter anderen die Forderung der unbedingten Unterwerfung Preußens unter die Beschlüsse der deutschen Nationalversammlung enthielt, eine schlechte Aufnahme in Sanssouci. Der König ernannte den General Wrangel zum Oberbefehlshaber aller Truppen in den Marken (15. September), und den General v. Pfuel zum Ministerpräsidenten und Kriegsminister (21. September). Die übrigen Stellen wurden mit Verwaltungsbeamten besetzt: das Innere bekam Eichmann, das Aeußere Graf Dönhoff, die Finanzen, Handel und Gewerbe v. Bonin, die Justiz Kisker, den Cultus v. Ladenberg.

Bei der Wiedereröffnung der Nationalversammlung, im Concertsaale des Schauspielhauses, ergriff Hansemann für das abgetretene, v. Pfuel für das neue Ministerium das Wort. Zwar fiel die Linke zuerst sehr stürmisch mit Interpellationen über die Minister her: „was die 50,000 Soldaten um Berlin sollten?“ „wozu Wrangel zum Oberbefehlshaber der Marken ernannt sei?“ „was er für Instructionen habe?“ — gab sich aber mit Pfuel's Erklärungen zufrieden. Als der Ministerpräsident erklärte: „er habe einen dem Stein'schen Antrage entsprechenden Erlaß an die Generalcommandos abgesandt, und die Ansicht aussprach: Preußen werde die Centralgewalt stets brüderlich unterstützen,“ schien es, als sei die Nationalversammlung gesonnen, mit dem Ministerium gemeinschaftlich zu gehen. Den Landleuten zu Gefallen, welche schon längst murrten, daß die

Nationalversammlung sich mit unfruchtbaren Theoremen statt mit „praktischen" Dingen abgäbe, stellte Hanow den Antrag auf Sistirung aller schwebenden Verhandlungen und Processe, behufs Regulirung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse, worauf die Versammlung an die Berathung des Jagdgesetzes ging. Beide Gesetze erhielten die königliche Bestätigung, obwohl das Jagdgesetz Vielen eine Beraubung hypothekarischer Rechte, die man den Einen nehme, um sie an die Anderen zu verschenken, und eine grandiose Verschwendung des Nationalvermögens däuchte. Die Bauern frohlockten dagegen, wie sie denn die einzigen Stände sind, die reellen Nutzen von der Revolution gezogen haben. Nicht so zufrieden waren sie mit dem Bürgerwehrgesetz, weil es ihnen einige Lasten zumuthete, während die Berliner Demokraten dasselbe zu reactionär fanden und es, in scandalöser Nichtachtung des königlichen wie des durch die Abgeordneten ausgesprochenen Volkswillens, verbrannten. Mitte Octobers ging die Nationalversammlung an die Berathung des Verfassungsentwurfs. Unverkennbar wirkten die Wiener Ereignisse auf die Bevölkerung Berlins aufreizend; die Clubs waren rühriger denn je; allabendlich fand an der Lindenecke unter Müller und Karbe ein Straßenclub statt; die Demagogen hatten die Arbeiter (Rehberger) nach der Stadt gezogen und die Stellen für die Barricaden schon bezeichnet, wenn die außenstehenden Truppen etwa einen Schlag gegen die „Errungenschaften" ausführen sollten. Die Nationalversammlung stand unter einem Pöbelterrorismus, den die Bürgerwehr nicht unterdrücken konnte. Dennoch beschloß sie nicht, wie das Volk es forderte, daß die Regierung den Wienern zu Hilfe ziehen solle, sondern, „den König aufzufordern, bei der Centralgewalt schleunige und energische Schritte zum Schutz der in Wien gefährdeten Volksfreiheit zu thun" (31. October). Die Pöbelexcesse dieses Abends beschleunigten die Maßregeln des Hofes und der „Reaction", welche durch verschiedene Beschlüsse über Verfassungsparagraphen (Abschaffung des Adels, der Titel und Orden, der Fideicommisse, des Titels von „Gottes Gnaden" u. a. m.) tief verletzt waren. v. Pfuel dankte am 1. November ab und am 2. November kündigte Graf Brandenburg an, daß er den Auftrag habe, ein Ministerium zu bilden. Die Versammlung, welche erwartet hatte, daß nach constitutionellem Gebrauch ein Ministerium aus den Majoritäten gebildet werden würde, war wie vom Blitz getroffen, da Graf Brandenburg wegen seiner Beziehungen zum Hofe für das Werkzeug der gefürchteten „Reaction" galt und seine sonstigen edlen Eigenschaften, seine Beliebtheit in Breslau gar nicht in Betracht gezogen wurden. Ehe noch das Ministerium gebildet war, ehe es noch einen Act ausführen konnte, empfing es die Versammlung ungebräuchlicherweise mit einem Mistrauensvotum.

Die Nationalversammlung debattirte hin und her über das Ministerium Brandenburg, die Aufruhrscenen vom 31. October und über das Placat des Ministers Eichmann, welches mit Militair drohte, wenn die Bürgerwehr nicht rechtzeitig und vollständig ihre Pflicht thue. Nachmittags (2. November) gelangte man zur Formulirung von Anträgen. Der Antrag Jakoby's, Temme's und Waldeck's lautete: „eine Commission von 21 Mitgliedern niederzusetzen, welche der Versammlung die für die bedrohliche Lage des Landes geeigneten Mittel vorschlagen solle." Dieser Antrag, mit dem sich die Versammlung der Krone feindlich gegenüber gestellt hätte, fand geringe Unterstützung, wogegen die von Arntz, Philipps, Berg und Wachsmuth beantragte Adresse an den König sich der Zustimmung der meisten Abgeordneten erfreute. Eine Deputation verfügte sich am nämlichen Abend nach Sanssouci und überreichte die Adresse; sie hatte aber so wenig, als das Privatgespräch Kühlwetter's und Gierke's Erfolg, da der König es nicht constitutionell fand, eine Antwort in Abwesenheit eines verantwortlichen Ministers zu ertheilen. Acht Tage schwebte die Versammlung und das Land in Ungewißheit, wozu sich der König entschließen werde. Am 8. November zeigte Graf Brandenburg dem Präsidenten v. Unruh an, daß das Ministerium gebildet sei. Es bestand aus Graf Brandenburg (Präsident und Auswärtiges), Freiherr v. Manteuffel (Inneres), v. Strotha (Krieg), v. Ladenberg (Cultus), wozu am 12. November noch Rintelen (Justiz), am 6. December v. d. Heydt (Handel und Gewerbe) und am 24. Februar 1849 v. Rabe (Finanzen) und Freiherr v. Schleinitz (Auswärtiges) traten. Die vier erstgenannten Minister erschienen in der Sitzung des 9. November und überreichten eine königliche Botschaft, welche die Versammlung bis zum 27. vertagte und von da ab nach Brandenburg verlegte. Unruh erklärte, die Versammlung erst befragen zu müssen. Graf Brandenburg protestirte und die Minister verließen den Saal, gefolgt von den Mitgliedern der Rechten. Später blieb auch das rechte Centrum von den Sitzungen weg, sodaß die Versammlung nur 250 bis 260 Mitglieder zählte. Die Nationalversammlung war der Meinung, daß sie als „vereinbarende" nicht einseitig und ohne ihren Willen vertagt oder verlegt werden könne, denn stünde der Krone dieses Recht zu, so könne sie auch die Versammlung *auflösen*, was bisher mit „constituirenden" Kammern nicht geschehen sei. Die Versammlung machte also diese Frage zu einen Rechtsstreit, während das Ministerium sie als Gebot der politischen Nothwendigkeit darstellte. Während die Nationalversammlung noch die Rechtsbeständigkeit der königlichen Botschaft untersuchte, war schon die ganze Frage auf das Gebiet der Thatsachen versetzt, wobei es sich nicht mehr um Advocatenpraktiken, sondern um Macht und Einfluß des Königs *oder* der Nationalversammlung handelte. Ueberdies war die Versammlung, wie

sie durch den Beschluß über die Eingangsformel zur Verfassung festgestellt hatte, keine constituirende, sondern die königliche Macht bestand factisch noch mit allen Rechten und Befugnissen, und ruhte zudem auf der loyalen Gesinnung einer großen Mehrheit der Preußen, einer Gesinnung, die durch gewisse Beschlüsse der Nationalversammlung noch gekräftigt worden war. Dennoch wagte sich diese Gesinnung in den ersten Tagen jenes Conflicts nicht hervor, sondern die Nationalversammlung allein erhielt beistimmende Adressen vieler städtischen Behörden, demokratischer, constitutioneller und Bauernvereine, bis nach der königlichen Proclamation vom 11. November, der Auflösung der Berliner Bürgerwehr und der Verhängung des Belagerungszustandes über die Hauptstadt (12. November) der Staatsanzeiger und die Neue preußische Zeitung die ersten dem Ministerium günstigen Adressen veröffentlichten. Damit war der Bann gebrochen und das Ministerium empfing in dem Maße beifällige Adressen, als die der Nationalversammlung günstigen abnahmen.

Wrangel rückte mit 25.000 Mann am 10. November in Berlin ein, besetzte das Schauspielhaus und verhinderte die Sitzungen der Nationalversammlung. Dennoch hielt dieselbe noch einige Sessionen im Hotel de Russie, im Schützenhause, im Stadtverordnetenlocal und im Mielentz'schen Saale, setzte eine Denkschrift über die Anklage der Minister wegen Hochverraths nieder (13. November), und schleuderte endlich in grenzenloser Erbitterung über die Militairmacht, welche sie jedesmal verjagte, wenn sie berathen wollte, am 15. November den Beschluß der Steuerverweigerung ins Land. Dieser Beschluß schadete der Versammlung ungemein und raubte ihr die letzten Sympathien der Constitutionellen und der Bauern. Zwar gab es in den Provinzen einige Unruhen, besonders in Breslau, von wo ein Placat in ganz Schlesien verbreitet wurde, das zum Zuzug und zur Empörung aufforderte. Außer Schmiedeberg und Bernstadt regte sich nichts. Die Zusammenziehung der Landwehr machte einige, aber nicht erhebliche, Schwierigkeiten; dagegen erboten sich mehrere hundert Gutsbesitzer, die Steuern nöthigenfalls vorschußweise zu zahlen. Mit dem 19. oder 20. November waren alle gegen das Ministerium gerichteten Bewegungen gescheitert, das Land ruhig und die Conservativen athmeten auf. Die Gerichte rüsteten sich, politische Processe einzuleiten, um die Häupter der demokratischen Bewegung einzuschüchtern oder auf einige Jahre unschädlich zu machen und empfingen ihre durch die Revolution emporgehobenen Präsidenten mit Mistrauensadressen. Die Neue preußische Zeitung begann die „Enthüllungen“ von Ohm, Piersig und Gödsche, deren Unwerth zwar im Waldeck'schen Processe offenbar wurde, die aber den Demokraten unendlich schadeten und den Fanatismus, die Furcht und Verfolgungssucht der Gegenpartei steigerten. Trotz mancher Unruhen im Lande scheuten doch alle Parteien den Kampf, dessen

Preis, wie man sich sagen mußte, die Größe und Selbstständigkeit des preußischen Staats war. Sogar der in Berlin zurückgebliebene Theil der Nationalversammlung, von den Gegnern „Club Unruh“ genannt, gab seinen Widerstand auf und erschien am 1. December in Brandenburg, um die unter Vorsitz Brünneck's tagende Rechte beschlußfähig zu machen. Als die Neuangekommenen es rügten, daß der Alterspräsident vielen Abgeordneten keine Einladung zu den Sitzungen zugestellt habe, und darauf den Antrag basirten, die Sitzungen bis zum 4. December auszusetzen, damit die Fehlenden Zeit erhielten, zu erscheinen, ward dieser Antrag abgeworfen. Die ganze Linke verließ wiederum den Saal und machte die Versammlung unbeschlußfähig. Die Zurückbleibenden setzten diesen außerordentlichen Umständen eine außerordentliche Maßregel entgegen: sie beschlossen die Einberufung der Stellverteter und eine Vertagung bis zum 7. December. Die Krone beschloß ihrerseits, dem Hin- und Herziehen mit einem Schlage ein Ende zu machen, löste die Versammlung auf, octroyirte am 5. December eine fast ganz dem Entwurf der Nationalversammlung entsprechende Verfassung und berief die nach diesem Gesetz bestehenden zwei Kammern auf den 26. Februar 1849 zur Revision der Verfassung ein. So war plötzlich der Kampf beendet und Preußen in den constitutionellen Rechtszustand eingetreten. Ein Bericht des Ministeriums machte der Nationalversammlung folgende Vorwürfe: 1) sie habe ihre Berathungen in Berlin eigenmächtig fortgesetzt und sich angemaßt, als souveraine Macht über Rechte der Krone zu entscheiden; 2) sie habe die Auflösung der Berliner Bürgerwehr, die das Einschreiten gegen die Nationalversammlung verweigert hatte, für eine ungesetzliche Maßregel erklärt und dadurch die Bürgergarde zum Widerstande aufgereizt; 3) sie habe sich nicht gescheut, durch die an das Volk gerichtete Aufforderung zur Verweigerung der Steuern die Brandfackel der Anarchie in das Land zu schleudern und den ganzen Staatsverband dem Umsturz preiszugeben; 4) durch alle diese Maßregeln habe die Versammlung mit der Krone entschieden gebrochen und dem König gegenüber einen Standpunkt eingenommen, durch den die Möglichkeit jeder Vereinbarung ausgeschlossen sei. Die Kreuzzeitungspartei vervollständigte dieses Sündenregister der Nationalversammlung noch mehr in dem sogenannten schwarzen Buch, worin zehn Hauptsünden der Nationalversammlung und nebenbei die Abstimmungen der Abgeordneten vermerkt sind, um die Wähler vor der Wiederwahl dieser Gekenntzeichneten zu warnen. Dennoch traten die meisten der „Steuerverweigerer“ wieder in die zweite Kammer, welche indeß durch einige Neugewählte mehr dem gemäßigten Systeme und einer ruhigen Erwägung der Sachlage sich zuneigte. Grabow, A. v. Auerswald und Lensing wurden die Präsidenten der zweiten; R. v. Auerswald, Baum-

stark und v. Wittgenstein Präsidenten der ersten Kammer, die meist „vormärzliche Conservative“ umfaßte. Die für jene aufgeregte Zeit günstigen ministeriellen Wahlen entsprangen offenbar aus der außerordentlichen Rührigkeit des Ministeriums in der Gesetzgebung. Die Gesetze vom 2. und 3. Januar 1849 über Aufhebung des eximirten Gerichtsstandes, Einführung des Anklageprocesses und der Geschwornengerichte, das Gesetz vom 9. Februar über Gewerberäthe, Handelskammern, Erneuerung von Zünften, Meister- und Gesellenprüfungen u. a. m. wurden mit unverkennbarer Freude aufgenommen und versöhnten selbst viele von Denen mit dem Ministerium, welche sonst schwer aus dem Zauberkreise einer formellen Rechtsansicht herauskommen. Ministerium und Constitutionelle, welche letztere noch niemals soviel Anhänger gezählt hatten, als vom 5. December 1848 bis zum 30. Mai 1849, und die sich nachher in Conservative und Eigentliche spalteten — hatten die meiste Furcht vor Erneuerung unfruchtbarer Zänkereien, wozu die Frage über die Rechtsgiltigkeit und unbedingte Annahme der Verfassung, welche von der Linken angezweifelt wurden, Veranlassung bot. Die Rechte beschloß daher, eine Adresse einzubringen, worin sie vor allen Debatten sich auf den Standpunkt des einmal Bestehenden stellte, und von hieraus weiter bauen wollte. Die Linke widerstrebte mit Heftigkeit, wurde aber überstimmt, und nun begann eine so unsachgemäße Berathung der Adresse, daß jede Partei blos der anderen ihre Fehler vorhielt und jede der anderen vorwarf, sie habe Preußen an den Abgrund des Verderbens geführt; die Einen, daß sie hätten souveraine Constituirende sein wollen, die Anderen, daß sie das souveraine Octroyiren misbilligten. Die Kammern waren zur Revision der Verfassung berufen; aber sie kamen nicht dazu. Kurz vorher war die Deputation der Frankfurter in Berlin gewesen, um dem König von Preußen die deutsche Kaiserkrone anzutragen. Der König hatte sie abgelehnt, was man von vielen Seiten her nicht gewünscht hatte. Die Kammern erklärten sich in der Adreßdebatte gegen die deutsche Politik der Regierung (21. April), und erkannten die deutsche Reichsverfassung als rechtsverbindlich für Preußen an. Am 25. August stellte Waldeck den Antrag auf Aufhebung des über Berlin verhängten Belagerungszustandes. Die Debatte, welche am 26. zu Ungunsten der Minister beendigt wurde, gehört zu den interessantesten, aber auch entscheidendsten. Die Regierung löste den 27. April die Kammern auf und octroyirte am 30. Mai 1849 ein neues Wahlgesetz für die zweite Kammer nach dem Dreiclassensystem und nach dem Grundsatz völliger Oeffentlichkeit bei der Stimmenabgabe. Zugleich wurde jeder Protest gegen das Wahlgesetz ernstlich untersagt. Die Demokraten wählten seitdem nicht mehr mit, aber die Constitutionellen hießen das neue Gesetz gut, und mit ihnen die Wähler und Gewählten.

51. Der deutsche Reichstag. Verhalten zu den Wiener und Berliner Ereignissen. Die österreichische Frage. Die Verfassung und der Kaiser. Kaiserwahl.

In jenen Tagen des Octobers und Novembers 1848 blickten Vieler Augen erwartungsvoll auf Frankfurt. Hier hatten über die ersten vier Paragraphen der deutschen Reichsverfassung Verhandlungen begonnen (20. October), welche in dem Ausdruck „österreichische Frage" zusammengefaßt wurden. In Wien, wo die revolutionäre Aula ihre Ausschreitungen unter dem schwarz-roth-goldenen Banner beging, war man auf Frankfurt nicht gut zu sprechen. Oesterreich hatte schon am 21. April 1848 durch die Wiener Zeitung seinen Eintritt in einen Bundesstaat zurückgewiesen, der für die Centralgewalt so ausgedehnte, den Zerfall des Kaiserstaats bedingende, Rechte in Anspruch nahm. In Frankfurt, wie in ganz Deutschland, herrschte damals die Meinung, daß Oesterreich in seinen Nationalitätskämpfen untergehen werde, daß also eine gesunde Politik dahin zu streben habe, den deutschen Kern Oesterreichs mit dem großen Vaterlande zu vereinigen, die abfallenden Landestheile aber durch Bündnisse und Handelsverträge näher heranzuziehen, — eine Ansicht, welche den Interessen des Kaiserhauses, wie den deutschen Interessen im Osten gleich zuwider ist. Oesterreich trennte sich daher von der gesammtdeutschen Bewegung, die es als feindlich zu betrachten, offenbar Grund hatte. Als nun die Wiener den Frankfurter Reichstag um Hilfe angingen, schickte dieser Reichscommissare ab, deren Einwirkung aber vom Fürsten Windischgrätz entschieden abgelehnt wurde und die auch in Olmütz, trotz eines freundlicheren Empfangs, nur die Antwort erhielten, daß Oesterreich in sich selbst Kraft gefunden habe, der Unordnung zu steuern. Windischgrätz ließ, um jeden Zweifel über die Machtvollkommenheit der Frankfurter abzuschneiden, Robert Blum erschießen, obwohl oder weil er sich auf seine Unverletzlichkeit als Reichsvertreter berief (9. November 1848). Der deutsche Reichstag legte dagegen am 16. November eine nutzlose Verwahrung ein und forderte das Reichsministerium auf, „die Schuldigen zur Rechenschaft zu ziehen und für die Aufrechthaltung des Ansehens der Reichscommissare, wie der in den Monaten März und Mai zugestandenen Rechte und Freiheiten der österreichisch-deutschen Völker Sorge zu tragen."

Auch Bassermann, der am 10. November nach Berlin geschickt war, um das Verhältniß Preußens zur Centralgewalt ins Klare zu setzen, wußte nur von schreckhaften „Gestalten", nicht aber von einer Verletzung der Volksfreiheit zu erzählen. Dennoch beschloß die Frankfurter Versammlung am 14. November mit 239 gegen 189 Stimmen: 1) „daß die preußische Regierung dahin zu bestimmen sei, die angeordnete Verlegung

der Nationalversammlung nach Brandenburg zurückzunehmen, sobald Maßregeln getroffen seien, welche ausreichend erschienen, die Würde und Freiheit ihrer Berathungen in Berlin sicherzustellen; 2) daß die preußische Krone sich alsbald mit einem Ministerium umgebe, welches das Vertrauen des Landes besitzt und die Besorgnisse vor reactionairen Bestrebungen zu beseitigen geeignet ist." Es läßt sich nicht leugnen, daß dieser Beschluß der Frankfurter viel dazu beitrug, die preußische Bewegung zu verlängern, die Streitfrage unklarer zu machen, und den Eindruck der königlichen Proclamation vom 11. zu schwächen. Das Verhältniß kehrte sich jedoch nach dem Steuerverweigerungsbeschlusse vom 15. November um. Denn am 20. November beschloß die Frankfurter Versammlung mit 270 gegen 150 Stimmen: „daß der auf Suspension der Steuererhebung gerichtete, offenbar rechtswidrige, die Staatsgesellschaft gefährende Beschluß der in Berlin zurückgebliebenen Versammlung null und nichtig sei", womit der preußischen Regierung ein weittragender moralischer Halt geboten, und die äußerste Linke isolirt war. Von diesem Tage ab stand das preußische Ministerium fest in der öffentlichen Meinung; man kehrte sich von der Demokratie ab und schloß sich an die Sache des Königthums, welche eins mit der Ordnung war. Die Vereine für Gesetz und Ordnung, die Vereine der guten Bürger, die Treubünde und conservativ-constitutionellen Clubs schossen ebenso üppig empor, als die Säle der demokratischen Gesellschaften sich leerten. Die Verfassung vom 5. December 1848, welche im Wesentlichen den Arbeiten des Verfassungsausschusses entnommen war, gab der demokratischen Partei den gesunkenen Muth wieder, bis der Austrag der deutschen Frage, die Aufstände in der Pfalz, Baden, Breslau, Dresden, Elberfeld u. a. O., den letzten Grund und Boden unterwühlten, auf welchem bisher noch die öffentliche Meinung von den Plänen und der Macht der Demokratie geruht hatte.

Die österreichische Frage auf dem Frankfurter Reichstage wurde durch v. Gagern's Rede zum Austrag gebracht, indem mit 340 gegen 76 Stimmen beschlossen wurde: „kein Theil des deutschen Reichs darf mit nichtdeutschen Ländern zu Einem Staate vereinigt sein", und mit 316 gegen 90 Stimmen: „hat ein deutsches Land mit einem nichtdeutschen ein gemeinsames Oberhaupt, so ist das Verhältniß zwischen beiden Ländern nach den Grundsätzen der reinen Personalunion zu ordnen." Am 15. December schieden v. Schmerling und v. Würth aus dem Reichsministerium, Ersterer, um als Bevollmächtigter Oesterreichs bei der Centralgewalt, später als Justizminister in Oesterreich einzutreten (28. Juli 1849 bis 23. Januar 1851). Der Reichsverweser berief H. v. Gagern an die Spitze des neuen Ministeriums, worauf Simson den Präsidentenstuhl der Nationalversammlung bestieg. v. Gagern ging in seinem am 18. December vorgelegten Programm von dem Gedanken aus: „daß



Oesterreich in den zu gründenden deutschen Bundesstaat nicht eintreten könne, dagegen sein Unionsverhältniß zu Deutschland mittels einer besonderen Unionsacte zu ordnen, und darin alle die verwandtschaftlichen, geistigen und materiellen Bedürfnisse nach Möglichkeit zu befriedigen seien, welche Deutschland und Oesterreich von jeher verbunden hätten und in gesteigertem Maße verbinden könnten." Das war allerdings nicht eine Einheit Deutschlands, wie man sie allgemein erwartet hatte, sondern vielmehr der „Bankerutt der Einheitsidee." Preußen sollte an die Spitze gestellt werden, weil es sich sonst mit Erfolg geweigert haben würde, dem einigen Deutschland beizutreten und weil man Niemand gehabt hätte, der etwa sich Weigernde zu zwingen im Stande gewesen wäre. Dieses Gagern'sche Programm veränderte die Parteistellung des deutschen Reichstags. Es bildete sich eine großdeutsche und eine kleindeutsche Partei. Die erstere wollte Oesterreich im Gesammtbunde behalten, die andere es ausscheiden und nur als völkerrechtlichen Alliirten annehmen, und Preußen an die Spitze des um Oesterreich verkürzten Deutschlands stellen. Den Kern der ersten Partei bildeten die meisten Oesterreicher und Bayern, den der anderen die meisten preußischen und kleinstaatlichen Abgeordneten. Die Linke und äußerste Linke wußten diesen Zwiespalt der Interessen so gut für sich auszubeuten, daß sie durch wechselseitiges Unterhandeln mit den Parteien eine ihrer Grundlage nach demokratische Verfassung zu Stande brachten. Die Abstimmung über das Gagern'sche Programm erfolgte am 13. Januar 1849. Es wurde mit 261 gegen 244 Stimmen genehmigt, wiewohl vielerlei Bedenken dagegen laut wurden. Allein die privatim wiederholten Versicherungen der preußischen Staatsmänner, daß Friedrich Wilhelm IV. seinem Versprechen: „Preußen solle in Deutschland aufgehen" treu bleiben werde, ferner jene patriotische That, welche v. Schmerling am 23. October 1848 mit den Worten verkündigte: „Preußen betrachtet sein ganzes Heer von 326,000 Mann als Reichstruppen und stellt es zur Verfügung der Centralgewalt", hatte das Vertrauen zum preußischen Cabinet gesteigert, welches die damals schon offenkundigen particularistischen Bestrebungen der kleinen Königreiche allein in Schranken halten konnte.

Von der anderen Seite war darauf hingewiesen worden, daß man die Verhältnisse nach der Verfassung, nicht umgekehrt diese nach den Verhältnissen modeln wolle, daß Frankfurt nicht Deutschland sei und eine sehr problematische Macht besitze. Eine Note des österreichischen Ministeriums vom 28. December 1848 hatte erklärt: „Oesterreich sei heut noch deutsche Bundesmacht und gedenke diese Stellung nicht aufzugeben. — Es suche eine gedeihliche Lösung der großen Frage, wie eine innige Verschmelzung der verschiedenen Bestandtheile Deutschlands herzustellen sei. Diese Lösung sei nur auf dem Wege der Verständigung mit den deutschen Regierungen zu erreichen, unter welchen die kaiserliche den

ersten Platz einnehme." Diese Depesche begleitete das Reichsministerium in einer Zuschrift an den österreichischen Ausschuß der Nationalversammlung mit folgenden Bemerkungen (5. Januar 1849): „Es sei nicht in Zweifel gezogen worden, daß Oesterreich eine Bundesmacht und berechtigt sei, im Bundesverhältniß zu bleiben. Das deutsche Volk in seiner Mehrheit wolle unbestreitbar die frühere Bundesverfassung so umgestaltet wissen, daß die Gesammtinteressen der Nation durch eine Gesammtregierung mit Volksvertretung, unter Aufrechthaltung der Selbstständigkeit der Einzelstaaten, in soweit sie damit verträglich ist, souverain verwaltet werden; dem so in Aussicht stehenden Bundesstaate beizutreten, werde kein rein deutscher Staat verweigern können. Bei der Zusammensetzung Oesterreichs mit außerdeutschen Ländern sei aber eine Sonderstellung des Kaiserstaats nothwendig. Das Programm von Kremsier (27. November 1848), wie das Verhalten der österreichischen Regierung der Centralgewalt und den Beschlüssen der Nationalversammlung gegenüber, zeigten, daß Oesterreich nicht in den deutschen Bundesstaat eintreten könne, da es ein Einheitsstaat zu werden beabsichtige. Die Fortdauer dieser staatlichen Einheit sei unvereinbar mit der Unterordnung eines Theils unter einen einheitlichen deutschen Bundesstaat. Das Princip der Vereinbarung über die Verfassung des letzteren müsse von der Nationalversammlung zurückgewiesen werden. Die Hoffnung, den Bundesstaat mit dauernder einheitlicher oberster Gewalt durch ein dem Bundestage ähnliches Surrogat zu ersetzen, werde zu Schanden werden. Man möge das Reichsministerium ermächtigen, mit der österreichischen Regierung über das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland in Verhandlung zu treten." Diese Genehmigung ertheilte die Nationalversammlung, wie bemerkt, am 13. Januar 1849.

Am 19. Januar schritt man zur Berathung des 3. Abschnitts der Verfassung § 63 und beschloß mit 258 gegen 211 Stimmen: „die Würde des Reichsoberhaupts wird einem regierenden deutschen Fürsten übertragen." Die preußische Regierung wußte sehr gut, wen man damit meinte und die Circularnote vom 23. Januar an die preußischen Gesandten bei den deutschen Höfen dürfte wohl daraus zu erklären sein. Sie sagte darin, „die deutschen Regierungen möchten Vorschläge und Erklärungen nach Frankfurt gelangen lassen. Könne auch Oesterreich seiner Lage nach nicht in jeder Beziehung an der Entwickelung des deutschen Bundesstaats theilnehmen, so lasse sich doch eine Vereinbarung weiterer Art denken, welche Oesterreich, den deutschen Gebieten der Niederlande und Dänemarks mit und innerhalb des deutschen Bundes ihre Stellungen anweise, während die übrigen deutschen Staaten zu einem engeren Verbande zusammenträten. Preußen strebe nach keiner Machtvergrößerung oder Würde für sich selbst; es werde

gern Allem entgegenkommen, was die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der einzelnen Staaten zu erhalten geeignet sei. Der König halte die Aufrichtung einer neuen deutschen Kaiserwürde zur Erlangung einer wirklichen und umfassenden deutschen Einigung nicht für nothwendig, und es dürfte vielleicht dieser Zweck auch mit einer andern Form zu erreichen möglich sein." Merkwürdigerweise fand an demselben Tage, von dem diese Note datirt ist, eine seltsame Abstimmung statt. Die Erblichkeit und die Wahl des Kaisers auf Lebenszeit, auf zwölf und auf sechs Jahre fiel, ebenso die Beschränkung der Wahl auf den Kaiser von Oesterreich und die fünf deutschen Könige, sodaß die Frage späterer Verhandlung vorbehalten blieb.

Nachdem die erste Lesung der Verfassung beendet war, erließ das Reichsministerium eine Aufforderung an die Einzelregierungen, durch ihre Bevollmächtigten Erklärungen über die Verfassung an den Reichsverweser gelangen zu lassen. Darauf erklärte das österreichische Ministerium am 4. Februar: „Die österreichische Regierung, bereit zu Mitwirkung, wenn es sich um Einigung, nicht aber, wenn es sich um eine gänzliche Umschmelzung der bestehenden Verhältnisse handele, wolle an der Wiedergeburt Deutschlands mitarbeiten. Wolle man einen unitarischen Staat, so müsse Oesterreich ausscheiden oder sich auflösen. Der österreichischen Regierung schwebe ein nach Außen festes und mächtiges, nach Innen starkes und freies, organisch gegliedertes und doch in sich einiges Deutschland vor. Ein wirkliches einiges Deutschland sei aber nur durch aufrichtiges Zusammenwirken von Oesterreich und Preußen möglich. Man habe sich also mit Preußen zu verständigen gesucht; es sei aber nicht gelungen. Gegen eine Unterordnung unter eine von einem andern Fürsten gehandhabte Centralgewalt verwahre sich der Kaiser." Aehnlich sprach sich (10. Februar) das sächsische Ministerium Braun-Oberländer-Pfordten und am 13. auch Stüve in Hannover aus, „daß die Vorbedingung für die weiteren Verhandlungen und deren Erfolg die Betheiligung der österreichischen Regierung sei, und daß ein einhelliges ungeschmälertes Zusammenwirken von Oesterreich und Preußen, das unverjährbare Recht Deutschlands, die Grundbedingung für die Lösung der gegenwärtigen, großen Fragen sei." Bayern, durch seine Handelsinteressen im Süden und Osten, wie durch die Religion an den Kaiserstaat geknüpft, meinte (16. Februar): „die Aufrichtung einer neuen Kaiserwürde sei ein unbesiegbares Hinderniß für die Kräftigung des Gesammtvaterlandes." Zugleich erließ die preußische Regierung ein die Note vom 23. Januar erläuterndes Circularschreiben (16. Februar), worin sie die Ansicht aussprach: „daß die Erhaltung des engen, durch Jahrhunderte befestigten Bandes, welches Oesterreich mit dem übrigen Deutschland verkette, für

beide Theile ein großes und unentbehrliches Bedürfniß sei; daß die Centralisation, welche über den Bundesstaat hinaus in den Einheitsstaat führen würde, weder nothwendig, noch den wahren Bedürfnissen entsprechend sei; daß endlich den einzelnen Staaten nicht zugemuthet werden könne, einem großen Theile ihrer Selbstständigkeit anders als zu Gunsten einer starken Centralgewalt zu entsagen, welche durch kräftigen Schutz die Opfer vergüte, die sie fordere.“ Am 23. Februar gelangte eine Collectivnote von den Bevollmächtigten Preußens und der Kleinstaaten, mit Bemerkungen und Abänderungen zu der in erster Lesung festgestellten Verfassung versehen, an die Nationalversammlung. Bald darauf löste Oesterreich den Reichstag von Kremsier auf und sprach im Programm vom 4. März Grundsätze aus, die eine Einigung mit Deutschland zu hindern schienen. Das Verhältniß zu Deutschland wurde in den österreichischen Noten vom 8. und 13. März erläutert. Oesterreich verlangte ein Directorium mit sieben regierenden Fürsten, von denen Oesterreich und Preußen je zwei, Bayern eine und die übrigen deutschen Fürsten vier Stimmen haben sollten. Es drohte im Falle der Nichtberücksichtigung seiner Vorschläge mit einer Lossagung von Deutschland.

Das Programm von Kremsier brachte unter den Parteien der Nationalversammlung eine neue Gruppirung hervor. Welcker ging zu der preußischen Partei über und beantragte, die Verfassung in Bausch und Bogen anzunehmen und dem König von Preußen die erbliche Kaiserwürde zu übertragen (21. März). Die Abwerfung dieses Antrags mit 283 gegen 252 Stimmen führte zur Abdankung des Ministeriums v. Gagern. Unter solchen bedenklichen Umständen ging die Versammlung zur zweiten Lesung über und beendigte dieselbe vom 22 – 28. März, nachdem die Parteien vielfach mit einander unterhandelt hatten. Die österreichische Partei gestattete jede Schwächung der Reichsgewalt; die preußische Partei machte der Linken eine Concession nach der andern, um die Stimmen derselben für den preußischen Erbkaiser zu bekommen. Im Stillen dachte sowohl die preußische als die demokratische Partei, daß, sei nur erst die Verfassung in Kraft, eine Aenderung derselben eintreten werde, die sich jede Partei zu ihren Gunsten auslegte. Am 27. März wurde die Erblichkeit des Kaisers mit 267 gegen 263 beschlossen, und am 28. König Friedrich Wilhelm IV. mit 290 Stimmen zum Kaiser gewählt. Eine Deputation ging nach Berlin, um dem König die deutsche Krone anzubieten. Voll Spannung blickte ganz Europa in diesen Tagen auf Berlin. Der König, dem die Greuel des Bürger- und auswärtigen Kriegs nicht entgingen, wenn er die Krone annähme, und der die altpreußische, conservative Partei, welcher er Manches verdankte, nicht verletzen mochte, lehnte am 3. April die Kaiserkrone ab.

52. Der zweite Schleswig-Holsteinische Feldzug.

Die alte provisorische Regierung hatte einer aus Graf Reventlow-Jersbeck, Boysen, Heintze, Graf Moltke und Preußer bestehenden Regierungscommission ihre Gewalt übergeben (22. October 1848). Die Dänen waren neuerdings in ihren Ansprüchen durch Oesterreich ermuntert worden, das in Dänemark einen Bundesgenossen in der deutschen Frage suchte und es ungern sah, wie Preußen in den Herzogthümern Einfluß gewann, und endlich fürchtete: „es werde sich," wie Metternich meinte, „an diese Sache Alles hängen, was es Schlechtes in Deutschland gebe;" Preußen, welches anfänglich die Rechte der Herzogthümer so warm vertheidigt hatte, war dagegen zu der Ansicht gelangt, daß es nicht länger eine Sache verfechten könne, welche die Legitimität Friedrich's VII. verkürze, und geeignet sei, den Aufruhr, unter einem sonst gerechten Aushängeschilde, in Deutschland zu pflegen. Da indeß die deutsche Frage noch nicht zum Austrag gebracht war, so entschloß sich Preußen einen zweiten Feldzug gegen Dänemark mitzumachen, vorausgesetzt, daß diejenigen deutschen Staaten, welche sich bisher am Kriege nicht betheiligt hatten, ihre Contingente in die Schlachtlinie einrücken ließen. Nachdem die Friedensunterhandlungen in London gescheitert waren, kündigte Graf v. Moltke den Waffenstillstand, 23. Februar 1849, und verhängte vom 27. März ab die Blokade über die deutschen Küsten. Die Feindseligkeiten sollten am 3. April beginnen. Die Centralgewalt traf Fürsorge, daß der Krieg mit allem Nachdruck geführt werden konnte. Sie befahl die Mobilmachung von drei Divisionen und die Bereithaltung von drei anderen Divisionen (3. März). Ein edler deutscher Fürst, der Herzog von Coburg-Gotha, erbot sich, eine Brigade selbst zu führen. Am 6. März berief das Bureau der schleswig-holsteinischen Landesversammlung diese selbst auf den 11. zusammen. Letztere genehmigte die vom Reichsministerium eingesetzte Statthalterschaft (Graf Reventlow-Preetz und Beseler), welche am 21. März in Wirksamkeit trat. Während des Winters hatten die Schleswig-Holsteiner bedeutende Rüstungen gemacht und den preußischen General v. Bonin an die Spitze ihres Heeres berufen. Freilich ging man dem Kampfe nicht mehr so zuversichtlich entgegen, als im vorigen Jahre. Der Grund lag in der veränderten Stimmung des preußischen Cabinets und in dem Misbehagen, welches die schleswig-holsteinischen Prälaten und Ritter über die deutschen Grundrechte an den Tag legten. Dennoch schien der Anfang des Kriegs zu den schönsten Hoffnungen zu berechtigen. Ende März standen 45,000 Mann deutsche Truppen nebst 150 Geschützen kampfbereit in den Herzogthümern. Das deutsche Heer war in vier Divisionen eingetheilt: 1) Schleswig-Holsteiner unter General Bonin in und bei Flensburg bis zur Königsau; 2) Bayern, Württemberger, Badener, Nassauer und

Thüringer unter dem bayrischen General Prinz Eduard von Sachsen-Altenburg in und bei Schleswig; 3) Hannoveraner und Sachsen unter dem hannöverschen General Wyneken in und bei Rendsburg; 4) Preußen unter General v. Hirschfeld in und bei Neumünster. Den Oberbefehl führte der Commandeur der preußischen Garden, General-Lieutenant v. Prittwitz. Die Art, wie der Krieg geführt wurde, gehört einstweilen noch zu den dunklen Punkten der neuesten Geschichte, deren Aufhellung erst einer späteren Zeit vorbehalten ist. Die Dänen hatten 36,000 Mann auf die Beine gebracht, waren aber zur See überlegen.

Am 3. April begannen die Dänen die Feindseligkeiten, indem sie Hadersleben nahmen und die Schleswig-Holsteiner bis Gravenstein zurückdrängten. Um die deutschen Truppen zu allarmiren und ihre Aufmerksamkeit von dem Norden abzulenken, lief am 5. April Capitain Paludan mit dem Linienschiff Christian VIII., der Fregatte Gefion und zwei Dampfschiffen in die offene, den Nord- und Ostwinden ausgesetzte Bucht von Eckernförde ein und eröffnete gegen die dort angelegten Batterien ein furchtbares Feuer. Die Nordbatterie stellte ihr Feuer bald ein, weil ihre Schüsse die Stadt getroffen haben würden. Um so tapferer schlug sich die Südbatterie von vier 18pfündigen Kanonen, befehligt vom Oberfeuerwerker Preußer, einem jungen Manne, dessen Name in der Kriegsgeschichte stets mit Ruhm genannt werden wird. Der Kanonendonner, welcher viele Meilen weit gehört wurde, lockte den Herzog von Koburg auf den Kampfplatz, welcher sogleich eine halbe nassauische Sechspfünderbatterie herbeirief, die um 3 Uhr Nachmittags anlangte. Kurz vor ihrer Ankunft signalisirte Paludan ein Dampfschiff heran. Aber ein einziger Schuß der Nordbatterie machte es kampfunfähig. Nun wünschten die Dänen zu parlamentiren und drohten, entgegengesetzten Falls die Stadt zu beschießen. Man ließ sich jedoch hiervon nicht einschüchtern, sondern benutzte die Zeit, um die ausgegangene Munition zu ersetzen und Kugeln glühend zu machen. Der letzte Kampf begann. Um 6 Uhr strich Paludan die Flagge des brennenden Schiffes. Der edle Preußer erfuhr kaum, daß noch zahlreiche Verwundete des sichern Todes harrten, als er mit einigen muthigen Artilleristen übersegelte, um sie zu retten. Schon schlug das Feuer aus allen Lucken. Preußer bestieg dennoch das Schiff und leitete die Rettungsanstalten. Plötzlich erfolgte eine furchtbare Explosion; ein Augenblick und der Meerbusen und Strand waren mit Leichen und Schiffstrümmern bedeckt. Die Fregatte Gefion hatte ebenfalls die Flagge gestrichen; sie wurde später ausgebessert und als „Eckernförde" der deutschen Marine einverleibt. Als letztere unter den Hammer des Reichsauctionators Fischer gerieth, erstand Preußen sie für einen Theil seiner Kriegskosten.

Am 13. April besetzten die zweite und dritte Division der Bundestruppen die Düppeler Höhen, und am 20. nahm die schleswig-holsteinische Bri-



gade v. Zastrow Kolding. Merkwürdiger Weise zögerte v. Prittwitz mit dem Einmarsch in Jütland, obwohl er am 14. April von Frankfurt den Befehl dazu erhalten hatte. Erst am 6. Mai war die vierte Division nach Kolding nachgerückt und drängte den General Rye immer nördlicher, ohne ihm auf seinem Rückzug irgend einen Verlust beizubringen. Die erste Division marschirte auf Fridericia, um diese Festung zu belagern. Eine ordentliche Beschießung wurde nicht für nothwendig erachtet. Am 5. Juli war Rye, der seine Truppen von Jütland unbemerkt eingeschifft hatte, mit 15,000 Mann heimlich in Fridericia gelandet und machte in der folgenden Nacht einen raschen Ausfall, in welchem er die schleswig-holsteinische Armee unter großem Verlust zurücktrieb. Auch die Dänen litten bei Erstürmung der Verschanzungen großen Verlust; unter Andern blieb auch der tapfere General Rye. Die Herzogthümer lechzten nach Rache für diese Scharte, und die ganze deutsche Armee brannte vor Kampfeslust. Da erscholl die Nachricht, daß Preußen am 10. Juli einen neuen Waffenstillstand auf sechs Monate geschlossen habe, wonach eine Demarcationslinie gezogen, Jütland geräumt, Südschleswig von 6000 Preußen, Nordschleswig von 6000 Schweden besetzt und durch eine Landesverwaltung regiert, und endlich die Blokade der Häfen aufgehoben werden sollte. Am 3. August standen alle deutschen Truppen wieder hinter der Eider.

53. Die römische Revolution. Die italienische Nationalversammlung. Der zweite österreichisch-italienische Krieg.

Ruhmvoller, als im Norden, waren die Ergebnisse der Siege deutscher Armeen in Italien über einen ehrgeizigen Gegner und die mit ihm verbündeten Revolutionäre. Einer der gewandtesten Diplomaten Italiens, welcher seine Kräfte schon vielfach in Paris, Rom und der Schweiz versucht hatte, Graf Pelegrin Rossi, war im Sommer 1848 in seine Vaterstadt Carrara zurückgekehrt und hatte im Herzogthum Modena eine populäre Rolle zu spielen versucht. Nach den Siegen Radetzky's ergriff Rossi die Flucht vor dem zurückkehrenden Herzog von Modena und ging nach Rom, wo er vom Papste ehrenvoll empfangen wurde. Graf Rossi hatte sich in das diplomatische Unterhandeln so hineingelebt, daß er die nationell-revolutionären Kämpfe im Innern der Apenninen-Halbinsel nur wie ein Intriguenstück ansah, in welchem ihm selbst die Rolle des Vermittlers zwischen Radicalen und Reactionären, zwischen dem System Karl Albert's und Ferdinand's von Neapel, und das Amt des Friedensstifters zwischen Oesterreich und Italien zugefallen sei. So klug dieser Plan ausgedacht war, so waren doch nicht alle Factoren dabei in Erwägung gezogen.

Rossi machte die traurige Erfahrung, daß er das „Volk“ bei seinem Calcül vergessen habe. Am 14. September 1848 trat er an die Spitze des römischen Ministeriums und wurde von der republikanischen Partei sogleich mistrauisch empfangen. Sie schrie über Reaction; aber Rossi that nichts, als daß er Ordnung und Sicherheit schuf, die Landstraßen von Räubern, die Städte von Anarchisten und habsüchtigem Pöbel reinigte. Am übelsten legte ihm die nationale Partei den Befehl zum Rückzug der italienischen Legion von den österreichischen Grenzen aus, weil dieser Schritt leicht als Einverständniß mit Radetzky und König Ferdinand, Personen, welche den Demokraten am verhaßtesten waren, gedeutet werden konnte. Noch mehrere andere verdächtige, gegen die „Volksfreiheit“ unternommene Schritte folgten. Sterbini griff den Minister im Contemporaneo heftig an und reizte das Volk gegen Rossi auf, „der die alte Polizei verjüngen, die Freiheit verachten, und mit Kanonen und Belagerungszustand die Volksrechte niederschmettern wolle.“

Am 15. November sollten die Kammern eröffnet werden. Rossi hatte alles entbehrliche Militair nach Rom gezogen, da er der guarda civica mistraute. Unbegreiflicher Weise erbitterte Rossi die empfindlichen Römer noch durch einen gegen die nationalen Wünsche gerichteten Artikel der Gazetta di Roma. Deshalb setzte sich bei Eröffnung der Kammern der größte Theil der Abgeordneten auf die Linke und nur vier ins Centrum. So erwartete man den Minister, als die Botschaft in den Saal kam, Rossi sei eben auf den ersten Stufen des Capitols mit einem Dolch niedergestoßen worden. Lautlos gingen die Abgeordneten auseinander. Nachmittags erschien ein revolutionäres Flugblatt, worin das Volk aufgefordert ward, die alten Beamten, welche „dem Nero gedient und sich für die Regierung eines Titus nicht mehr eigneten“, zu vertreiben. Abends fraternisirten schon die Carabiniers mit der Nationalgarde und beide mit dem Volk, welches vom Papst die Berufung eines demokratischen Ministeriums und der italienischen constituirenden Versammlung forderte. Eine ähnliche Petition ging der Deputirtenkammer zu, die sich eine Ehre daraus machte, den Volkshaufen nach dem Quirinal zu folgen. Der Papst vernahm die Forderungen des Volks mit Unwillen und wies sie ab, in seinem Vorhaben vom spanischen und russischen Gesandten unterstützt. Vor dem Palast gerieth das Volk in ein blutiges Handgemenge mit den Schweizern, welche die Person des Papstes bewachten. Das Volk führte Geschütz gegen den Palast auf und beschoß ihn mehrere Stunden. Da gab Pius IX. nach und bildete das verlangte Ministerium Mamiani, Rosmini, Sterbini, Campello, Lunati, Sereni und Galletti. Im Augenblicke hatte sich das befriedigte Volk zerstreut und überließ die Durchführung der Revolution den Ministern, den Kammern und den Demagogen. Die Minister, welche zwar an der Zusammenrufung einer constituirenden Versammlung

zu Rom und der Entwerfung einer Bundesacte arbeiteten, mußten doch bestrebt sein, einige Ordnung zu schaffen, was den Demagogen nicht recht war. Die Kammern zogen sich dagegen ganz zurück, aus Furcht vor dem Siege der Radicalen und dem Pöbelterrorismus. Somit blieb den Demagogen das Feld offen. Unter denselben zeichnete sich der junge Fürst von Canino aus, welcher das ehrgeizige Streben seines Geschlechts in der Wissenschaft und in der Politik nicht verleugnen konnte. Der Papst entfloh mit Hilfe des bayrischen Gesandten, Grafen Spaur (24. November), nach Gaeta und erklärte alle Acte seiner Regierung seit dem 16. für ungiltig. Zugleich forderte er Gehorsam für sein neues Ministerium Castracani-Zucchi. Die Entrüstung des Volks war unerhört und die Zeit der Demagogen, welche sich um Garibaldi und den Mazzinisten de Boni scharten, war gekommen. Die Ruhe in Rom wurde mit musterhafter Ordnung aufrechterhalten und Preise auf die besten populären Schriften über politische und sociale Fragen ausgesetzt. Der Papst schleuderte seinen Bannfluch gegen Rom und vor ihm entflohen die Mitglieder des römischen Parlaments. Das Volk antwortete mit einem Leichenzuge, bei welchem die rothen Cardinalshüte in die Tiber geworfen wurden. Am 5. Februar 1849 wurde die römische Constituante eröffnet und Abgeordnete Italiens zur Abhaltung eines italienischen Parlaments einberufen. Der wichtigste Beschluß desselben war, daß der Papst seiner weltlichen Macht für immer entkleidet und die republikanische Staatsform im Kirchenstaate eingeführt werden solle. Der Papst solle seine geistliche Macht ungestört ausüben dürfen. Die römische Republik würde mit dem übrigen Italien in eine gemeinsame nationale Verbindung treten.

In Toscana hatte der milde Großherzog das radicale Ministerium Guerazzi-Montanelli einsetzen müssen (27. October 1848). Am 22. Januar 1849 legte Montanelli der Abgeordnetenkammer einen Gesetzentwurf in Betreff der italienischen constituirenden Versammlung vor, welcher genehmigt wurde. Da verließ der Großherzog mit seiner Familie Florenz (7. Februar), und begab sich, mit Hinterlassung eines Schreibens an den Ministerpräsidenten, worin er erklärte, daß ihn sein Gewissen zwinge, die Einwilligung zu der Nationalversammlung zurückzunehmen, weil er sich sonst Kirchenstrafen zuziehe, nach Siena und am 22. nach Gaeta zum Papst. Die Deputirtenkammer setzte nun einstimmig Guerazzi, Manzoni und Montanelli als Regierungscommission ein (8. Februar), welche die Truppen und Bürgerwehren ihres dem Großherzog geleisteten Eides entbanden. Auch in Rom traten Triumvirn an die Spitze: Armellini, Saliceti und Montecchi, welche in ihrem Programm Freiheit der Culte, des Unterrichts, der Gemeinden u. s. w. verhießen. Was den Bewegungsmännern beider Staaten vorschwebte, war eine italienische Republik, welche dem „Ehrgeiz Karl Albert's, wie der Grausamkeit des „Bomben-Königs“

(rè bomba) Ferdinand's II. widerstehen sollte." Um aber die Fremden, welche die italienische Freiheit bedrohten, vertreiben zu können, beschloß man, in dem bevorstehenden Kriege mit Oesterreich den Sardenkönig zu unterstützen. Indeß kam nicht ein Einziger von den 60,000 Soldaten, mit welchen Rom und Toscana Karl Albert zu Hilfe eilen wollten, auf die Beine, da man in beiden Staaten den Truppen nicht recht traute.

In Modena war der Herzog unter dem Schutz des österreichischen Generals, Fürsten Liechtenstein, wieder zurückgekehrt (10. August 1848), und in Parma dankte Herzog Karl III., den ebenfalls die Oesterreicher beschützten, zu Gunsten seines Sohnes, des im Jahre 1854 gemeuchelten Karl IV., ab. Waren auch diese Länder der Revolution verschlossen, so wühlten die republikanischen Sendboten um so emsiger im Königreich Sardinien. Der dasige Ministerpräsident, Vincenzo Gioberti, versuchte diesem Treiben entgegenzuwirken und wollte in Toscana bewaffnet einschreiten, um den Großherzog auf den Thron der Väter zurückzuführen. Diese Absicht beschleunigte seinen Sturz (21. Februar 1849). Alte Freunde fielen von ihm ab oder wagten vor den Drohungen der Mazzinisten nicht, das Wort der Mäßigung auszusprechen. In den Clubs wurde unverhohlen von Entthronung des sardinischen Königs gesprochen. Karl Albert mußte die überfluthende Volkskraft gegen den auswärtigen Feind lenken, wollte er seine Krone behaupten. Dieser Gedanke schimmerte durch „die Ansprache an die europäischen Nationen", womit das Turiner Ministerium Oesterreich den Waffenstillstand aufkündigte, klar durch (13. März). Oeffentlich wurde als Grund der Kriegserklärung die verweigerte Herausgabe des Artillerieparks von Peschiera, die Belagerung Venedigs, die strengen Maßregeln gegen die Lombarden, und die Weigerung Oesterreichs, den Friedenscongreß von Brüssel zu beschicken, angegeben. Sardinien rechnete auf einen Volksaufstand in der Lombardei und rief in der That durch ein Decret (17. März) das Massenaufgebot zu den Waffen, was die Flucht der Herzöge von Parma und Modena zur Folge hatte. Die sardinische Armee, befehligt von dem polnischen General Chrzanowski, bestand aus acht Divisionen und der polnischen Legion des Grafen Zamoyski, zusammen 120,000 Streitern und 168 Feuerschlünden. Die Oesterreicher zählten nur 105,000 Mann und 190 Kanonen, wovon nur die größere Hälfte im Felde verwendet werden konnte. Aber die Oesterreicher waren siegesgewiß, die Sardinier in gedrückter Stimmung wegen der vorjährigen Niederlage. Die Oesterreicher hingen an ihren Führern: Radetzky, Heß, Schönhals, Erzherzog Albrecht, d'Aspre, Thurn, Schaffgotsche, Lichnowski und Culoz mit begeisterter Liebe, während die sardinischen Heerführer: Karl Albert, Chrzanowski, Lamarmora, Cassato, Rossi, Ramorino, Herzog von Savoyen, Durando, Perone, Bes, Herzog von Genua, und Salaroli kein Vertrauen besaßen, was den mazzi-

nistischen und reactionären Wühlereien zuzuschreiben war. Dennoch beschlossen die piemontesischen Generale zur Offensive überzugehen und nahmen demgemäß ihre Aufstellung. Radetzky glaubte, durch einen kühnen Seitenangriff über Pavia her den Feind in Schrecken zu setzen, wodurch er anderen, muthigeren Truppen gegenüber einen entschiedenen Fehler begangen hätte, da er seine einzige Verbindungs- und Rückzugslinie (Mailand-Pavia) preisgab. Ohne den Verrath oder das Ungeschick Ramorino's, der mit den feigen Lombarden auf der Straße von Mailand vorgeschoben wurde, hätte der glänzende Feldzug der fünf Tage nicht stattfinden können. Am 18. verließ Radetzky Mailand, überschritt am 20. zur Mittagsstunde, wo der Waffenstillstand ablief, den Tessin, was auch die Sardinier gleichzeitig thaten, erstürmte Mortara (21.), während auch Ramorino bei Gambolo geworfen wurde, drängte Chrzanowski nach Olenga und Novara und griff die Ueberlegenen mit 20.000 Mann bei Novara an. Chrzanowski, der seine Uebermacht zu einer entscheidenden That verwenden konnte, begnügte sich mit einer glücklichen Defensive, bis Nachmittag vier Uhr 14 Bataillone Oesterreicher herbeikamen und das Gefecht zum Stehen brachten. Abends 6 Uhr langte noch das vierte österreichische Armeecorps an und faßte die Piemontesen in der Flanke. Vergebens eilte der Herzog von Genua mit den Reserven herbei. Schon war das sardinische Centrum gelöst, die rechte Flanke in Verwirrung und im Dunkel der Nacht begab sich ein Bataillon nach dem andern auf die Flucht. In Novara, wo der König ängstlich des Ausgangs harrte, brachten ihm seine aufgelösten, plündernden Schaaren die Nachricht, daß die Oesterreicher über dem Grabe seiner Hoffnungen ein glänzendes Siegesfest feierten. Durch den General Durando von der Nutzlosigkeit ferneren Widerstandes überzeugt, entsagte er in derselben Nacht der Krone zu Gunsten seines Sohnes Victor Emanuel II. von Savoyen und floh nach Portugal, wo er am 28. Juli 1849 in Oporto starb. Der neue König schloß am 26. März einen Waffenstillstand, während dessen die Oesterreicher das Gebiet zwischen Po und Sesia und die Hälfte der Stadt und Festung Alessandria besetzten. Am 29. zog Radetzky wieder in Mailand ein, wo sich Karl Albert schon für den 21. hatte ansagen lassen. Die Turiner Deputirtenkammer wollte zwar von einem Waffenstillstand nichts wissen, wurde aber am 1. April aufgelöst. In Genua brach sogar ein Aufstand gegen den neuen König aus (30. März), den erst der aus Modena zurückkehrende Lamarmora dämpfen konnte (4—10. April). Am 6. August schlossen die kriegführenden Mächte Frieden. Sardinien behielt zwar seine bisherigen Grenzen, mußte aber 75 Millionen Francs Kriegsentschädigung zahlen und erhielt in Betreff des Zollwesens von Oesterreich eine kleine, aber wohlthätige Concession.

In Folge falscher Siegesnachrichten, kam es am 24. und 25. März in Mailand zu Tumulten. Gefährlicher wurde der Aufstand in Como, Bergamo und Brescia. Besonders in letzterem Orte erhoben sich die Einwohner mit solcher Erbitterung gegen die Oesterreicher, daß Nugent aus der Stadt geworfen wurde. Wie gefährlich wäre Radetzky's Lage geworden, hätten alle Lombarden den Muth der Einwohner von Brescia gehabt! Feldmarschallieutenant Haynau eilte am 31. dem bedrängten Nugent zu Hilfe. Er setzte der Stadt einen Aufschub von wenigen Stunden, um sich zu unterwerfen. Die Brescianer mochten aber nichts von Unterwerfung wissen und eröffneten zuerst das Feuer, worauf das Castell und die außen lagernden Truppen zum Angriff schritten. Der Kampf dauerte von 2 Uhr Nachmittags bis spät in die Nacht und wurde am Morgen des 1. April wieder fortgesetzt, von Seiten der Insurgenten mit der Kraft der Verzweiflung. Haynau wußte sich nicht anders zu helfen, als daß er zuerst ein paar Stunden kanoniren und dann wieder stürmen ließ. Zugleich ertheilte er den Befehl, keinen Gefangenen zu machen, sondern alles, was mit Waffen ergriffen würde, niederzustoßen, und die Häuser, aus denen Schüsse fielen, in Brand zu stecken. Um 6 Uhr Abends war Brescia gebändigt, die Ruhe und Ordnung wieder hergestellt. Freiherr v. Schönhals nennt die Blutscenen von Brescia „eine kühne und glänzende Waffenthat", und meint, „daß Brescia selbst eine gerechte Rache heraufbeschworen habe, die noch viel blutiger hätte ausfallen können und ausgefallen wäre, hätte Brescia nicht in der Disciplin der k. k. Truppen und selbst in der Mäßigung des verschrienen Haynau einen Schutzengel gefunden."

Dritter Abschnitt.

Die Zeit der Gegenrevolution.

54. Italien.

Nach der sich überstürzenden und tumultuarischen Revolution folgte die herbe und blutige Gegenrevolution der Jahre 1849 bis 1852. Sie endet mit dem Staatsstreich in Frankreich. Dieser Zeitraum zeichnet sich durch Revisionen oder Aufhebungen der Charten, Verkürzung und Zurücknahme von früher gewährten Rechten auf ordentlichem und außerordentlichem Wege, Verfolgungen der Demokraten und Liberalen, Disciplinirung von Beamten, die sich nicht energisch genug benommen, politische Processe, Belagerungszustände, Ausweisungen von Frauen, Standrechtsscenen und Begnadigungen zu Pulver und Blei aus. In manchen Staaten kehrte man früher, in manchen später zur Mäßigung

zurück. Die Rückströmung war so stark, daß alle Staaten hineingezogen wurden, wie ein Jahr vorher in den entgegengesetzten Strom. Sardinien war das einzige Land, wo, nachdem die Ruhestörer entfernt und der Staat gesichert war, von der Regierung der Weg einer durchgreifenden Reform auf constitutionellem Wege eingeschlagen wurde. Der Sieg der Oesterreicher, den die großsprecherischen Helden von Rom und Toscana durch ihre Saumseligkeit vervollständigt hatten, bewirkte die italienische Reaction Seitens des wankelmüthigen Volks oder der gekräftigten Regierungen. Genua hatte mit seinen drei Consuln, Giuseppe Arezzana, Constantin Reta und David Marchio, zuerst Fiasco gemacht. Statt der Triumvirate ernannten jetzt die Republikaner Dictatoren: in Venedig Manin, in Florenz Guerazzi (27. März); in Rom erneuerte man wenigstens die Triumvirn durch die entschiedensten Republikaner: Mazzini, Armellini und Saffi.

Guerazzi's Dictatur war von der kürzesten Dauer. Die livorneser Freiwilligen, welche Guerazzi zu seinem Schutz herbeigezogen hatte, geriethen mit dem Volke in blutigen Conflict. Sie hatten auf das Volk geschossen und dieses fiel mit Knitteln über die Livorneser her. Die Nationalgarde trennte die Kämpfenden und zwang die Freiwilligen zum Abzug. Am nächsten Tage stürzte das Volk die Freiheitsbäume um, holte die großherzoglichen Wappen wieder hervor, jagte die constituirende Versammlung auseinander und verhaftete den Dictator und seine Minister (12. April). Das ganze Land, mit Ausnahme Livorno's, vernahm den Sturz der „Freiheitsherrschaft“ mit Freuden und ahmte die Florentiner nach. Livorno wurde von d'Aspre unterworfen (11. Mai), und die Constitution am 21. September 1850 bis auf ruhigere Zeiten suspendirt. Der 12. April sollte als Jahrestag des Sieges über die Anarchie kirchlich und bürgerlich gefeiert werden. Die Oesterreicher blieben kraft einer Convention im Lande, um durch Handhabung des Standrechts die Ruhe zu befestigen. England machte ansehnliche Forderungen für Verluste geltend, welche den in Livorno wohnenden Briten zugefügt sein sollten. Indeß nahmen Oesterreich und Rußland sich des Großherzogs gegen die Engländer an, welche beschuldigt wurden, Mazzinische Pläne zu begünstigen. Engländer geriethen überhaupt häufig in Conflict mit toscanischen Gesetzen, besonders seit der Einführung des verschärften Strafgesetzbuchs (1. September 1852), worin die schon lange aufgehobene Todesstrafe wieder hergestellt und der Polizei eine große Macht eingeräumt ward. Am 30. Mai 1851 fanden heftige Ruhestörungen bei Gelegenheit eines Todtenamts statt, welches man zu Ehren der in den Kämpfen von 1849 Gefallenen veranstaltet hatte. Die Oesterreicher stellten nach einigen Gewehrsalven die Ruhe wieder her. Mit Rom wurde ein Vertrag geschlossen, daß die Bischöfe volle Gewalt haben sollten, von den Gläu-

digen jede für die Sitte und den Glauben gefährliche Lectüre zu entfernen, wozu ihnen der Staat seine Mitwirkung versprach. Das Decret vom 6. Mai 1852 stellte das ältere Staatsgrundgesetz vom 15. Februar 1848 wieder her. Die Verurtheilung der Madai'schen Eheleute, welche zum Protestantismus übergetreten und zu mehrjähriger Galeerenstrafe verdammt waren (1852), und die Verhaftung einer schottischen Dame, Miß Cunningham, wegen Verbreitung der Bibel (1853), machten in der protestantischen Welt unangenehmes Aufsehen. Ein Schreiben des Königs von Preußen brachte die mildere Behandlung und endliche Begnadigung oder vielmehr Ausweisung der Madais zu Wege (März 1853), nachdem die Sendung eines englisch-evangelischen Vereins vom Großherzog sehr übel aufgenommen worden war. Miß Cunningham wurde auf Fürbitten des englischen Geschäftsträgers entlassen, aber bedeutet, „daß die toscanische Regierung entschlossen sei, ihren Gesetzen, den Engländern gegenüber, Achtung zu verschaffen und besonders alle Verletzungen der die Religion betreffenden Gesetze streng zu ahnden." Guerazzi und Genossen wurden in einen Hochverrathsproceß verwickelt, der von 1852—1853 dauerte, und endlich dahin entschieden ward, daß Guerazzi und Petrarchi zu 15 Jahren Zwangsarbeit, Montanelli, Manzoni, Franchini u. A. in contumaciam zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurtheilt, der ehemalige Justizminister Romanelli freigesprochen wurde. Der Großherzog übte Gnade und verbannte Guerazzi und drei seiner Genossen vom italienischen Boden.

Vor Sicilien lagen zwei fremde Flotten, eine französische unter Baudin und eine englische unter Parker, bereit, wie die sorglosen Sicilianer glaubten, jeden Angriff des Königs von Neapel zurückzuweisen. Wohl thaten beide Admirale Manches, was die Sicilianer in ihrem Glauben bestärken konnte, und von den Engländern, welchen das schöne Eiland sehr in die Augen stach, weiß man, daß sie die Insurgenten mit allem Kriegsmaterial versahen. Die Sicilianer betrieben ihre Rüstungen äußerst langsam und nachlässig und riefen erst dann den Polen Mieroslawski mit einer Fremdenlegion zum Schutz herbei, als das eine besondere Verfassung und Verwaltung verheißende Ultimatum des Königs erschienen und verworfen war (28. Februar 1849). General Filangieri landete bei Taormina (2. April) und stürmte nach einem verzweifelten Widerstande der Fremdenlegion Catania, während die neapolitanische Flotte die Stadt beschoß. Das sicilianische Heer ging bis Castragiovana zurück und konnte nur mit Noth von dem verwundeten Mieroslawski zusammengehalten werden. Unterdeß setzte die neapolitanische Armee ihren Siegesmarsch fort, überall von der Geistlichkeit und Deputationen, die um Gnade flehten, empfangen. Nach der Einnahme von Girgente stob das sicilianische Heer auseinander. In Palermo ergriff man zwar den Vermittelungsantrag Baudin's, hoffte aber nicht zu viel von dessen Erfolg. Der

König stellte als Bedingung: unbedingte Unterwerfung und schleunige Absendung einer Deputation der Municipalbehörde an den General Filangieri. Ruggiero Settimo und das Rumpfparlament verwarfen diese Bedingungen und begaben sich auf die Flucht, indem sie alle Gewalt in die Hände des palermitanischen Magistrats niederlegten. Die neapolitanische Flotte näherte sich nun der Hauptstadt (30. April). Da stand das Volk noch einmal auf, führte Geschütze auf die Strandbatterien und erklärte, sich nur gegen das Versprechen der Amnestie ergeben zu wollen. Die Rücksicht auf die schöne Stadt und die Vorstellungen der fremden Admirale stimmten den König milder. Er erließ (7. Mai) die verlangte Amnestie für Alle, ausgenommen die Dreiundvierzig, „welche an der Revolution gebaumeistert hatten" — eine ironische Anspielung auf den berühmten Archäologen, Herzog von Serradifalco. — Die Führer entflohen sämmtlich nach Malta; am 14. Mai zogen die Neapolitaner in Palermo ein, ohne Einen von den Dreiundvierzig fangen zu können. Indeß haben auch hier die Kriegs- und ordentlichen Gerichte und der Henker noch genug zu thun gehabt. Kerker und Galeeren füllten sich mit Tausenden von politischen Verbrechern. Sicilien erhielt eine abgesonderte Verwaltung, aber Constitution und Preßfreiheit wurden, wie in Neapel, aufgehoben. König Ferdinand fühlte sich durch die Anwesenheit des Papstes in seinem Lande sehr geehrt, küßte den Pantoffel und bot sich zum Retter des heiligen Vaters an, wofür ihn dieser in der Allocution vom 20. Mai 1850 einen frommen König nannte. Die Briefe des englischen Gesandten Gladstone in Neapel an den conservativen Lord Aberdeen warfen dagegen ein übles Licht auf das Straf- und Gefängnißwesen des Königreichs beider Sicilien und die Rachsucht der herrschenden Partei, welche sogar den verhaßten Delcaretto auf den Schauplatz seiner Schandthaten zurückführte. Nicht die Leiden der politischen Gefangenen, nicht das Wehklagen der Angehörigen, sondern Gott selbst erschütterte die Herzen der dortigen Machthaber. Vom 14—21. August 1851 verheerte ein Erdbeben den größten Theil der Provinz Basilicata und zerstörte den erzbischöflichen Palast, den Dom und zweiundzwanzig andere Kirchen mit allen Heiligthümern, drei Städte und funfzig Dörfer. Als man noch nicht hörte, gab der Himmel ein zweites Zeichen. Die Seiten des Aetna öffneten sich (20. August 1852) und entließen aus ihren Gefängnissen die glühende Lava, welche meilenweit die Weinberge und Wohnungen verwüstete. Da griff die Milde endlich in den Herzen der leitenden Gewalthaber Platz. Vielen Hunderten wurde die Strafzeit erlassen, erleichtert oder abgekürzt, und sogar mehrere neugefällte Todesurtheile nicht vollstreckt. Der tolle Februaraufstand der Mazzinisten in Mailand (1853) zog auch bis Neapel und Sicilien schwache Kreise und führte unter den Bauern Siciliens und dem Militair Neapels neue



Verhaftungen herbei. Die umfassendste Militairmacht hat die Räuberbanden, welche ganze Städte und Dörfer plündern, nicht vertilgen können. Gaeta wurde stark befestigt, ein Handelsvertrag mit Toscana abgeschlossen (8. August 1853) und wegen der Theuerung die Einfuhr der Lebensmittel bis zum Jahre 1854 freigegeben. Die Stellung zu England und Frankreich ist wenig befriedigend, da namentlich letzteres nicht unbedeutend seine Empfindlichkeit wegen Murat's Tod merken läßt.

Nach dem Fall der sicilianischen kam die römische Republik an die Reihe. Zur Zurückführung des Papstes verbanden sich die Franzosen, Oesterreicher, Neapolitaner und Spanier. Die französischen Republikaner hielten es zwar für verfassungswidrig, gegen die Freiheit fremder Völker zu kämpfen, konnten indeß dem Präsidenten ihren Beifall nicht versagen, daß er den französischen Einfluß ausdehnen und die constitutionellen Freiheiten im Kirchenstaate gegen die absolutistischen Staaten Oesterreich und Neapel schützen wollte. Am 29. April landeten 5000 Spanier unter Cordova in Terracina und bemächtigten sich der Stadt. Der König von Neapel rückte am 1. Mai mit 12,000 Mann in Velletri ein; 50,000 Oesterreicher unter d'Aspre und Wimpfen bewegten sich durch Toscana, wo sie Livorno unterwarfen, nach Bologna und Ancona. Erstere Stadt capitulirte nach einer tapfern Vertheidigung unter sehr ehrenvollen Bedingungen (15. Mai). Darauf schloß Wimpfen Ancona ein (25.), in welchem Garibaldi's Legion lag, die sich wacker hielt und erst am 17. Juni gegen das Versprechen freien Abzugs capitulirte. Am 25. April erschien eine französische Flotte vor Civitavecchia und schiffte bis zum 1. Mai 9000 Mann Kerntruppen unter General Oudinot aus. Die Römer ließen die Landung zu, weil sie hofften, die Franzosen kämen als Freunde und Bundesgenossen. Oudinot erklärte dagegen, daß er nicht zum Schutz der bestehenden Regierung käme, sondern, um einen Staat herzustellen, der in gleicher Weise den Misbräuchen, welche für immer durch die Großherzigkeit des erlauchten Pius IX. abgeschafft worden, wie der Anarchie der letzten Tage abhold sei. Oudinot hatte im Geheimen Einverständnisse mit römischen Führern angeknüpft und glaubte, sich schnell in den Besitz der Stadt setzen zu können. Allein Garibaldi lag auf Vorposten in St. Antonio, empfing die Franzosen mit einem lebhaften Feuer und zog sich fechtend bis in die Porta Cavalleggiero an der Peterskirche zurück, wo plötzlich die Römer zwei Batterien demaskirten, die unter den Franzosen fürchterlich aufräumten. Oudinot gesteht, daß er nie ein besser geleitetes Feuer gesehen, und daß die Römer in einer Weise fochten, wie er es nie von ihnen erwartet hätte. Die Franzosen mußten sich den Rückzug mit vielen Opfern, besonders an Officieren, erkaufen. Oudinot traf am 2. Mai in Palo ein, wo er in einem befestigten Lager eine weitere Verstärkung von

18,000 Mann erwartete. Inzwischen suchten die römischen Triumvirn sich die Franzosen geneigt zu machen. Sie erklärten, es bestehe kein Grund, warum die römische und die französische Republik sich bekämpfen sollten, geleiteten die französischen Gefangenen zu den Denkwürdigkeiten der Stadt, dann vor die Thore und entließen sie unter lauten Evvivas. Oudinot untersagte sogleich alle Feindseligkeiten und schloß einen achttägigen Waffenstillstand, worauf v. Lesseps mit den Triumvirn weiter unterhandelte. Kaum waren die Römer von dieser Seite frei, als sich Garibaldi auf die Neapolitaner warf, sie von Albano zurückdrängte (17. Mai) und, nachdem Rosellini Verstärkungen gebracht, ihnen bei Velletri eine empfindliche Niederlage beibrachte (19. Mai). Erst am 6. Juni konnte Nunziante wieder bis Frosinone vorrücken. Lesseps hatte inzwischen einen von der Assemblee genehmigten Vertrag mit den Triumvirn abgeschlossen, und sich verbindlich gemacht, die römische Republik zu schützen, wogegen die Franzosen wie Brüder aufgenommen werden und gute Quartiere außerhalb der Stadt angewiesen bekommen sollten. Da verwarf Oudinot auf einen Wink des französischen Präsidenten diese Bedingungen und v. Lesseps wurde abberufen. Die Franzosen begannen nun am 3. Juni den Kampf, der besonders am folgenden Tage ausnehmend heiß war. Am 5. schossen sie bei dem Thore St. Pancrazio Bresche und bereiteten sich zum Sturm. Die Römer schlugen denselben dreimal zurück und kämpften mit solchem Heldenmuth, daß Oudinot abziehen und eine regelmäßige Belagerung eröffnen mußte. Am 20. Juni waren drei Parallelen fertig und eine Batterie auf dem dominirenden Weinberge errichtet, welche auf die feste Position Garibaldi's, die Villa des Cardinals Crissaldi, ein gewaltiges Feuer eröffnete. Um zehn Uhr Abends schritt Oudinot zum Sturm, konnte aber erst um zwei Uhr Morgens in die dem Einsturz nahe Villa eindringen. Am nächsten Morgen wurde Bresche in die Stadtmauer geschossen und in der Nacht des 21. der Sturm auf die Stadt glücklich unternommen. Oudinot hatte aber solche Achtung vor den Römern bekommen, daß er mit Vorsicht weiter schritt. Er ließ innerhalb der Stadt neue Schanzen anlegen und kämpfte sich unter großen Mühseligkeiten bis zur Bastei St. Pancrazio durch, welche am 29. Juni durch Verrath genommen wurde. Die Anstrengungen Garibaldi's, diese Position wieder zu nehmen, mislangen. Seine 15,000 Streiter waren bis aufs Aeußerste erschöpft und die Anführer erklärten, es sei unmöglich, die Vertheidigung länger fortzusetzen. Am 2. Juli gab die Assemblee ihre Einwilligung zur Capitulation, welche am nächsten Tage abgeschlossen wurde. Assemblee, Regierung und Clubs lösten sich auf, die Barricaden verschwanden und die Franzosen zogen in Rom ein, wo sie eine Militairdictatur begründeten. Garibaldi, Mazzini u. A. verließen mit 6000 Bewaffneten, unter dem Ruf: „Die Ehre ist gerettet“, die heilige

Stadt und mit dem Vorsatz, in Neapel einzufallen und dort eine Revolution zu machen; sie änderten jedoch unterwegs ihren Entschluß und warfen sich nach Venedig. Der Papst, welcher in Gaeta barfuß und mit der Kerze des armen Sünders öffentliche Bußgänge abgehalten, um Verzeihung seiner liberalen Sünden zu erflehen, kehrte am 12. April 1850 zurück, wo man ihn stumm empfing. Mit ihm kam die rachsüchtige Cardinalspartei, welcher der Papst freie Hand lassen mußte. Binnen zwei Monaten wimmelten die Kerker von politischen Gefangenen, war der Index der verbotenen Bücher massenhaft angeschwollen. Religiöse Bußübungen wurden durch die ganze Christenheit ausgeschrieben; Mönchswesen und Inquisition lebten wieder auf. Das päpstliche Heer wurde reorganisirt und aus „jungen, moralisch-unbescholtenen“ Leuten gebildet. Diese Anstalten reizten leider die Römer zum Meuchelmord gegen Franzosen, päpstliche Truppen und verhaßte Priester und Polizeimänner. Ganze Räuberbanden erstanden aus den Unzufriedenen und führten ungestraft ihre Frevel aus, da die päpstlichen Soldaten und Truppen zu ihnen überliefen. Die Oesterreicher hielten strenge Zucht und erschossen, wer von den Banditen in ihre Hände fiel. Dennoch konnten sie nicht Scenen, wie in Forlimpopoli verhindern (25. Januar 1851), wo eine Räuberbande die Einwohner überfiel und ausplünderte. Die Oesterreicher bildeten nun mobile Colonnen, denen es gelang, den Hauptbanditen Belloni zu erschießen. Allein die Erbitterung und Rachsucht der Römer steigerte sich und konnte weder durch österreichische noch durch französische Kriegsgerichte gedämpft werden. Mazzini'sche Sendboten wühlten im Lande und preßten die Leute zu Anleihen, mit welchen Italiens Freiheit begründet werden sollte. Dagegen liefen die gesetzlichen Steuern so spärlich ein, daß das Budget alljährlich mehrere Millionen Scudis Deficit aufzuweisen hatte. Eine Anleihe, welche der Papst im Betrage von 40 Millionen mit Rothschild abschloß, trug kaum Dreiviertel baar ein. Die Steuern mußten erhöht werden und dennoch konnte der Kriegsminister Orsellini kein Heer auf die Beine bringen, weshalb er in Verzweiflung seinen Abschied nahm. Am 14. August 1853 wurde eine gräuliche Verschwörung entdeckt, an deren Spitze „der Generalvicar Mazzini's“, der Advocat Petroni, stand. Die Verschwörung sollte am 15. August, dem Napoleonsfeste, ausbrechen, und war gegen die Franzosen gerichtet, mit deren Befehlshaber Gemeau auch der Papst sich nicht vertragen konnte, weil der heilige Vater durch ihn in jeder Beziehung beschränkt wurde, sowohl was die leibliche Bewegung, als was die politische unumschränkte Reaction anlangte. Von den Differenzen, welche der päpstliche Stuhl mit der weltlichen Macht zu bestehen hatte, sind die Siccardischen Reformen in Sardinien und der Badener Kirchenstreit (1853) erwähnenswerth.

Am längsten hielt sich die Republik in **Venedig**, das wegen seiner Lage in den Lagunen fast uneinnehmbar ist. Die österreichische Flotte unter Dahlerup konnte nicht verhindern, daß kleine Fahrzeuge sich durch die Inseln nach Venedig schlichen und die Stadt verproviantirten. Ein ganzes Armeecorps rückte unter Haynau im März 1849 vor Venedig und richtete seinen Angriff zunächst auf das Fort Malghera, den Brückenkopf der Stadt. Ein dreißig Tage anhaltender Regen hemmte die Belagerungsarbeiten und schadete den Truppen fürchterlich. Darauf folgte eine Glühhitze, welche der Gesundheit der Belagerer nicht minder nachtheilig war, aber wenigstens die Aufnahme der Belagerungsarbeiten gestattete (26. April). Am 4. Mai begann Thurn die Beschießung aus 110 Feuerschlünden, denen venetianischerseits 200 Geschütze antworteten, die aber einen verhältnißmäßig unbedeutenden Schaden anrichteten. Den Vertheidigern Malgheras mangelte bald die Munition und die Casernen drohten einzustürzen. Am 27. Mai mußte Malghera geräumt werden, zumal die für unmöglich gehaltene Beschießung der Eisenbahnbrücke dennoch möglich geworden war und je länger desto mehr den Rückzug nach Venedig erschwerte. Um 4 Uhr Morgens erstiegen die Oesterreicher das Fort, wurden aber zum Theil durch eine gelegte Mine vernichtet. Ein Versuch der Oesterreicher, von Luftballons aus Bomben nach der Lagunenstadt zu werfen, mislang, da die in den oberen Luftschichten anders wehenden Winde die Luftballons bei Seite trieben und die Bomben über dem Meere platzten. Die österreichische Regierung ließ nun durch Herrn v. Bruck mit Manin unterhandeln, während weittragende Geschütze aus Wien nach Italien abgingen. Die Unterhandlungen scheiterten und der Angriff begann von Neuem. Am 29. Juli schlugen die ersten feindlichen Kugeln in Venedig ein, was große Bestürzung und anarchische Bewegungen hervorbrachte. Am 22. August erklärte sich Manin zur Capitulation geneigt. Der General Gorczkowsky, welcher zuletzt die Belagerung geleitet hatte, gewährte allen übergegangenen Truppen und Officieren, den Fremden und vierzig besonders Compromittirten freien Abzug, allen Uebrigen eine vollständige Amnestie. Am 28. besetzte Gorczkowsky die Stadt und am 30. hielt Radetzky seinen Einzug in Venedig, nachdem er am 18. bereits eine bedingte Amnestie für die Lombardei verkündigt hatte. Die Oesterreicher standen in Italien wie in einem Feldlager, von dem sich keiner weit entfernen durfte, ohne den Dolchen Mazzini'scher Meuchelmörder zu erliegen. Daß die Stimmung der Oesterreicher eine sehr erbitterte war, daß sie sich zu manchen Handlungen hinreißen ließen, die, ohne Erwägung der Umstände, barbarisch erschienen, wie das Auspeitschen vornehmer Frauen, — wer dürfte sich darüber wundern! Da eine von den Oesterreichern ausgeschriebene freiwillige Anleihe von 100 Millionen Francs bei den Lombarden keinen Anklang fand, weil die letzteren von Mazzini'schen Boten

mit dem Tode bedroht wurden, so verwandelte Radetzky die freiwillige in eine Zwangsanleihe. Dennoch zeigte sich die österreichische Regierung äußerst mild gestimmt, indem sie am 20. Juli 1851 die Eröffnung des Freihafens von Venedig, welches gänzlich verarmte, wieder gestattete. Der Kaiser Franz Joseph I. besuchte 1852 bei einer großen Reise durch seine Staaten auch Italien, und wurde hier festlich und herzlich empfangen. Die plötzliche Devalvirung der 1851 erst in Cours gesetzten und für Italien bestimmten Zwanzigkreuzer und Sechskreuzer erregte in der Lombardei manche Noth und Unzufriedenheit, die indeß nicht so groß war, daß der tolle und schändliche Revolutionsversuch Mazzini's in Mailand (6. Februar 1853) Aussicht auf Erfolg hätte haben können. Radetzky verfuhr gegen die Meuchelmörder mit Strenge und traf gleich solche Maßregeln, daß den Mailändern alle Lust verging, sich bei einem Attentat zu betheiligen, das, wenn irgend eins, in jedem rechtlich denkenden Menschen alle Theilnahme, alles Mitleiden für die des Vaterlandes beraubten Revolutionshelden von London zu vernichten geeignet war. Der Canton Tessin war das Waffendepot der Verschwörer gewesen, und von hier wurden Emissäre nach Piemont gesandt, welche die lombardischen Flüchtlinge zu einem Einfall in Oesterreich-Italien verführten. Glücklicherweise erhielt die sardinische Regierung Kunde davon und sandte Militair nach, welches die Flüchtlinge, denen es eine Freistatt gewährt, entwaffnete. Die kaiserliche Regierung legte der Stadt Mailand eine bedeutende Contribution auf (11. April), brach die Verbindungen mit der Schweiz ab, und verfügte (28. Februar) die Gütersequestration der gesammten lombardisch-venetianischen Emigration. Da aber dieser Fall von den Betroffenen schon vorausgesehen war, so hatten sie ihre Güter an englische und nordamerikanische Capitalisten verpfändet, welche nun Einspruch erhoben. Dies führte zu vielen unangenehmen Erörterungen zwischen den betheiligten Regierungen. Besonders empfindlich wurde Sardinien dadurch getroffen, daß Radetzky auch die Unterstützungen, welche die Flüchtlinge von ihren Verwandten in der Lombardei empfingen, unter Sequester gelegt hatte, da es sich jetzt in der Lage befand, viele Tausend von mittellosen Emigranten zu ernähren. Vergebens erhob das Turiner Cabinet Einsprache in Wien, unterstützt durch englische, französische und nordamerikanische Noten; vergebens stellte Sardinien vor, daß es schon am 10. Februar alle Flüchtlinge, welche das sardinische Gastrecht zu einem Angriffsversuch auf die Lombardei gemisbraucht hätten, verwiesen, und die übrigen Emigranten, mit Ausnahme der Angestellten, internirt habe. Der Kaiser von Oesterreich blieb unerschütterlich. Da that die sardinische Regierung einen offenen Schritt zu Gunsten der Emigrirten. Der Ministerpräsident von Cavour legte den Kammern einen Gesetzentwurf wegen Eröffnung eines Credits von 400,000 Lires vor, welche zu Darlehen an lombar-

dische, in Sardinien naturalisirte Flüchtlinge ohne Interessen verliehen werden sollten. Die Commission der Kammer befürwortete diesen Gesetzentwurf einstimmig, worauf die österreichische Regierung einlenkte, und die in Sardinien befindlichen Flüchtlinge durch ihre Verwandten in Kenntniß setzen ließ, daß, wofern sie ihre Güter behalten wollten, sie sich von ihren Amtsbehörden ein Zeugniß über ihr gutes politisches Verhalten seit 1848 geben lassen sollten, welches der österreichische Gesandte in Turin dem Marschall Radetzky zur Berücksichtigung einschicken werde. Am 12. Mai 1853 begann bei dicht besetztem Hause die Verhandlung über den oben bezeichneten Gesetzentwurf, der mit 126 gegen 7 Stimmen von der zweiten Kammer angenommen wurde, nachdem ein den Rechtspunkt schwächendes Amendement der Linken: „der verlangte Credit möge auch zu Gunsten der nicht naturalisirten Emigranten verwendet werden", abgewiesen war. — Während in den kleineren italienischen Staaten, dem Königreich Neapel und dem Kirchenstaat die alten Zustände in vergrauter unheimlicher Gestalt zurückgekehrt sind, hat sich das Königreich Sardinien am Stabe gesetzlicher Freiheit in die Höhe gerichtet, steht gekräftigt mitten unter den Trümmern italienischer Unabhängigkeit da, nachdem es mit bewunderswürdiger Festigkeit seine staatlichen und kirchlichen Reformen vollzogen hat. Die ministeriellen Kammern von 1849 setzten die Regierung in den Stand, die Befreiung der Geistlichen und der Kirchengüter vom Gesetz und Gericht der Laien und den Friedensbann der geweihten Orte aufzuheben. Am 22. Februar 1850 überreichte der Justizminister Siccardi der Deputirtenkammer zwei Gesetzentwürfe, wovon der eine die Aufhebung der kirchlichen Exemtionen, und der auf Verletzung der Feiertage, mit Ausnahme der Sonntage und der sieben höchsten Feste, gesetzten Polizeistrafen, der andere die bürgerlichen Erfordernisse zur Giltigkeit eines Ehevertrags betraf. Kammern und Volk nahmen diese Gesetze jubelnd auf, während alle Bischöfe und eine päpstliche Note vom 9. März sie mit den schimpflichsten Ausdrücken belegten. Der Papst forderte namentlich eine neue Vereinbarung von der sardinischen Regierung, worauf sich aber weder diese, noch die Kammern einließen. Die Siccardischen Gesetze wurden von der zweiten Kammer am 9. und 10. März mit 130 gegen 26 Stimmen angenommen. — Noch interessanter und wichtiger waren die Verhandlungen in dem Senat, wo nach den sardinischen Verhältnissen die Schwerkraft der Gesetzgebung liegt. Der Berichterstatter Baron Demargherita und der Minister Siccardi hielten wahrhaft classische und gründliche Reden für die Gesetze, welche schließlich mit 51 gegen 29 Stimmen gebilligt wurden, — ein Resultat, das von den Galerien und dem draußen harrenden Volke mit einem Hoch auf Siccardi jubelnd begrüßt wurde. Der König ließ die Sanctionirung des Gesetzes bald nachfolgen, aber der Klerus, welcher sich ohne die Zustimmung des Papstes nicht

daran gebunden glaubte, widersetzte sich der Einführung. Der Erzbischof Franzoni von Turin verbot seinen Geistlichen, ohne erzbischöfliche Erlaubniß vor weltlichen Gerichten zu erscheinen, und die katholischen Blätter forderten die Regierung förmlich heraus, den Klerus doch gerichtlich zu belangen. Die Regierung scheute sich nicht einen Augenblick, den Handschuh aufzunehmen. Herr Franzoni wurde vor Gericht geladen und als er nicht erschien, verhaftet (29. April). Franzoni hätte sich der Untersuchung durch die Flucht entziehen können, aber Rom befahl ihm, zu bleiben, und den „bitteren Kelch mit echtem Christenthum hinabzuschlürfen." Die katholischen Blätter erschienen mit einem Trauerrande und schleuderten die heftigsten Artikel gegen die Regierung. Montag den 8. Mai wurde in allen Kirchen das liturgische Gebet „für den gefangenen Bischof" angeordnet. Siccardi ließ die ultramontanen Redacteure vor Gericht stellen und verurtheilen. Am 23. Mai fand das öffentliche Verfahren gegen den Erzbischof statt. Da er alle und jede Antwort verweigerte, wurde in seiner Abwesenheit verfahren. Die Anklage lautete, daß der Erzbischof durch sein gedrucktes Rundschreiben vom 28. April zu Mißachtung und Ungehorsam gegen die Gesetze aufgefordert habe. Die Geschwornen erklärten den Angeklagten einstimmig für schuldig und der Gerichtshof verurtheilte denselben, sehr mild, zu einem Monat Gefängniß, 500 Lires Buße und in die Kosten. Die Strafe wurde gleich vollstreckt, aber der Kampf damit nicht geendet. Vielmehr brach ein Zwiespalt zwischen der höheren Geistlichkeit, die ultramontan ist, und zwischen der niederen Geistlichkeit, die die Siccardischen Gesetze für eine Wohlthat erklärte, aus. Franzoni meinte, „das kleine Häuflein von Priestern und Mönchen, worauf sich Siccardi berufe, seien entweder liederliche Menschen oder Verblendete, — ein Körper ohne Haupt." Der Papst spielte in seiner Allocution vom 20. Mai 1850 recht verständlich auf Sardinien an, indem er von dem scheußlichsten und unerbittlichsten Kriege zwischen Licht und Finsterniß, Christus und Belial spricht. Der Erzbischof von Sassari wurde ebenfalls arretirt, fügte sich aber. Dagegen schleuderte der Erzbischof von Cagliari, Marongiu (4. September), die Excommunication gegen Alle, welche von Turin gekommen waren, die Güter des Klerus abzuschätzen und über seine Einnahmen Auskunft zu verlangen. Marongiu wurde am 26. September auf ewig Landes verwiesen und nach Lyon gebracht. Herrn Franzoni, der gleichfalls nicht nachgeben mochte, transportirte man nach Civitavecchia.

Die Finanzen des Königreichs waren durch die Kosten zweier Kriege sehr zerrüttet, der Wohlstand gesunken, die Schulden gewachsen, die Ausgaben gestiegen. Bei der antikirchlichen Richtung der durch den Widerstand des Klerus gereizten Regierung war es ganz erklärlich, daß man die Kirchengüter flüssig zu machen und den Klerus aus Staatsmitteln zu



besolden dachte. Zunächst mußte ein Verbot, daß der Klerus nicht unbewegliche Güter erwerben dürfe, die Wiederkehr todter Liegenschaften hindern. Mit den eingezogenen Kirchengütern sollte das Erziehungswesen verbessert und der Aufsicht der geistlichen Herren, welche innerhalb der fünfeinhalb täglichen Unterrichtsstunden zehn geistliche Uebungen hielten, entrückt werden. Die Anzahl der Klöster belief sich auf 405 Manns- und 144 Frauenklöster; außerdem erhält das kleine Land noch 31 Bisthümer und 7 Erzbisthümer. — Dem Papst konnte dieser „Kirchenraub und Einbruch in die Rechte des heiligen Stuhls" nicht gleichgiltig sein. Er protestirte in einer zweiten Allocution und drohte dem König, den Ministern und dem Parlament mit dem Kirchenbann, was auf die Bedrohten nicht viel Eindruck machte, destomehr aber auf das Landvolk, welches mit Entsetzen vernommen, wie der Handelsminister Santa Rosa habe ohne Sacramente sterben müssen, weil sie der Erzbischof einem „Kirchenräuber" verweigerte. Dazu kam, daß Oesterreich sich des Papstes annahm und Sardinien einzuschüchtern suchte. Es trat daher ein Stillstand in der antikirchlichen Bewegung ein. Siccardi dankte ab (1851) und Cavour übernahm das undankbare Geschäft, einen Weg ausfindig zu machen, der sowohl dem Klerus genehm, als mit der Constitution vereinbar wäre. Wenigstens erhielt das Steuergesetz, soweit es die todte Hand und die moralischen Corporationen betraf, einige mildernde Abänderungen, wogegen die Vorlage eines Gesetzes über die Civilehe (1852) den alten Streit wieder auffrischte und auf der Insel Sardinien unruhige Bewegungen hervorrief, denen die Regierung mit Absendung von Truppen und Kanonen begegnen mußte. Die Regierung schwankte und fiel; von auswärts bearbeitete man den König, die Constitution umzustürzen. Victor Emanuel wandte sich unwillig von diesem Ansinnen ab und ernannte Cavour zum Ministerpräsidenten (4. November 1852). Sein Programm lautete: „Absolute Emancipation der staatlichen Gewalt von der kirchlichen und Civilehe; Unverletzlichkeit des Rechts der freien Association und der freien Presse; Unterrichtsfreiheit und Verbreitung des Unterrichts unter den Volksclassen aus Staatsmitteln; ausgedehnteste Handelsfreiheit und neue Tarifreformen; Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichts; Oekonomie im Staatshaushalte; Steuerreform; Beschleunigung und Regelmäßigkeit des Gerichtsverfahrens; Reform des Civil- und Strafcodex; Disciplinargesetz und Gesetz über das Avancement im Militair; Communalfreiheit; Erweiterung des Handels, ungehemmter Verkehr im Inlande durch Chausseen und Eisenbahnen u. s. w." Die finanziellen Verhältnisse besserten sich jedoch durch eine Anleihe von 40 Millionen, à 85 zu 5 Procent, nicht merklich. Desto sanguinischere Hoffnungen hegte man für die Hebung des Wohlstandes von den Handelsverträgen, welche mit Belgien, Preußen, England und Oesterreich abgeschlossen wurden, und von der projectirten Ab-

schaffung der Differentialzölle. Am 14. November 1853 trat die Kammer zusammen, in der Cavour keinen Halt finden konnte. Er löste sie deshalb auf (21. November) und errang in den Neuwahlen eine compacte Mehrheit, die ihm die Indemnitätsbill für eine Verwaltungsmaßregel, welche die Ausweisung fremder Mönche betraf, zugestand.

In Parma, wo nach Ermordung des Herzogs eine vormundschaftliche Regierung bestand, war wieder ein Aufstand ausgebrochen (Juli 1854), der glücklich vereitelt wurde. Wie viele Aufstände haben die Italiener schon vergebens gemacht! wie gering ist die Hoffnung des Gelingens! Aber wie groß muß dort der Haß gegen das mit Oesterreich verbundene Fürstenthum sein, wenn sich immer noch einige Hundert bethörter Menschen finden, die, aller Aussicht auf Erfolg beraubt, dennoch ihre verbrecherischen Versuche erneuern und ihr Leben daran wagen!

55. Der ungarische Krieg.

Als die Thronentsagung Kaiser Ferdinand's I. in Ungarn bekannt wurde, erklärte der ungarische Reichstag dieselbe für ungiltig, „weil der Königsthron nur mit Einwilligung der Nation bestiegen werden könne" (8. November). In Wien war man nichtsdestoweniger entschlossen, die gesetzlichen Herrscherrechte geltend zu machen und jeden Widerstand niederzuschlagen. Es wurden einige Armeecorps ausgerüstet und unter den Befehl des Fürsten Windischgrätz gestellt. Das erste Armeecorps befehligte der Ban Jellachich, das zweite Graf Wrbna, das dritte Serbelloni. Letzteres Corps diente als erste Reserve, während die zweite Reserve unter Welden in Wien zurückblieb. Die Oesterreicher begannen die Operationen mit 45 Bataillonen, 54 Escadrons, 228 Geschützen und 10 Brückenequipagen. Darin sind die abgesonderten Corps von Puchner (40,000 Mann) in Siebenbürgen und Graf Schlick (12,000 Mann) in den Karpathen, das galizische Corps unter Legeditsch (30,000 Mann) und das von Steiermark aus operirende Corps unter Nugent (10,000 Mann) nicht einbegriffen. Ludwig Kossuth brachte durch eine fabelhafte Thätigkeit 200,000 Ungarn unter die Waffen, ließ Tag und Nacht Pulver machen, Kugeln gießen, Waffen schmieden, und fabricirte mit einer Schnellpresse mehrere Millionen ungarischer Banknoten. Indeß waren jene 200,000 Mann noch nicht kriegsfähig; vielmehr mußte Meßaros die regelmäßigen Regimenter meistens auflösen, um daraus Stämme für die Honveds zu gewinnen. Als Oberbefehlshaber fungirte der polnische General Dembinski und unter ihm commandirten Arthur Görgey, Klapka in Ungarn, Perczel gegen die Serben, welche der türkisch-serbische „Nationalheld" Knicjanin führte, Bem in Siebenbürgen. Der Krieg war nicht blos ein Insurrectionskrieg, sondern auch ein Raçenkrieg, und wurde namentlich in Siebenbürgen

und im Banat, wo Magyaren, Szekler, Romanen, Serben u. A. m. wohnen, mit der entsetzlichsten Grausamkeit geführt. Bem setzte diesen Barbareien Grenzen, indem er beabsichtigte, die Slawen für die ungarische Sache zu gewinnen. Das ungarische Ministerium bestand damals aus Graf Casimir Batthyanyi (Aeußeres), Kossuth (Finanzen), Nyary (Inneres), Meßaros (Krieg), Madaraß (Polizei), Pulszky (Handel) und Szemere (Justiz). Den Operationen der österreichischen Hauptarmee, welche am 15. December begannen, gingen mehrere Gefechte vorher, in denen Puchner ganz Siebenbürgen unterwarf (November), Schlick bis Kaschau (11. December) vorrückte und die österreichische Vorhut unter Simunich die Ungarn bis Tyrnau zurückdrängte (15. December). Langsam zogen sich die Magyaren ins Innere zurück und dachten bei Raab, welches stark verschanzt war, erst Widerstand zu leisten. Allein ein starker Frost machte den Oesterreichern die Wege gangbar, sodaß selbst Kanonen über die zugefrorenen Sümpfe des Bakonyer Waldes fahren konnten. Die Strategie gebot den Ungarn, den Feind in die Pußten zwischen Donau und Theiß zu locken, und vom Thauwetter und den Sumpffiebern das Uebrige zu erwarten.

Feldmarschall Windischgrätz verfolgte einen, wahrscheinlich den Acten des alten Hofkriegsraths entnommenen, Plan, die Ungarn in weiten Bogen von allen Seiten einzuschließen, ein Plan, von dem er Tag und Nacht die größten Erfolge träumte. Künstliche, der Schule Mack's angehörige Marschberechnungen, die wegen des Frostes mehrmals bis auf Tag und Stunde zutrafen, bestärkten ihn in der altösterreichischen Kriegsführung. Allein Windischgrätz vergaß, daß er mit Leuten zu thun hatte, denen das Studium der napoleonischen Kriegsweise nicht fremd war, und daß er dem Feinde gestattete, sich mit Uebermacht auf einen beliebigen Punkt zu werfen, seine Corps einzeln zu schlagen und den Einschließungskreis zu durchbrechen. Er übersah ferner, daß Thauwetter eintreten, daß seine Equipage, sein Troß, sein Artilleriepark stecken bleiben könne, und daß endlich das flüchtige Pferd des ungarischen Husaren über die Moore und Sümpfe der Heimat mit Leichtigkeit dahinbraust, wo die schwere kaiserliche Cavalerie einsinkt und dem Fußvolk das Marschiren erschwert wird. Er meinte in wenigen Wochen den Aufstand erdrückt zu haben.

Fürst Windischgrätz nahm am 18. Preßburg und besetzte am 27., nach schwachem Widerstande, Raab. Nun entsandte er den Ban nach dem Süden, welcher bei Moor einen Sieg über Perczel erfocht (30. December). Oberst v. Mayerhofer schlug Kiß bei Pancsowa und General Götz eroberte Sillein (2. Januar 1849). Am 4. stand der Weg nach Pesth offen, nachdem Meßaros einen vergeblichen Versuch gemacht hatte, Schlick bei Kaschau zu werfen. In Pesth gönnte Windischgrätz seinem Heere einige Rastwochen, weil er zunächst den Erfolg seiner Unterhandlungen mit der

altmagyarisch-conservativen Partei abwarten wollte. Den vom ungarischen Reichstage abgesendeten Unterhändler, Graf Ludwig Batthyanyi, hatte er abgewiesen. Windischgrätz ließ das Standrecht und den Belagerungszustand in Pesth sehr mild handhaben, erlangte aber keine Erfolge, da die Beschlüsse des österreichischen Ministeriums über die künftige Stellung Ungarns, die Auflösung der Union mit Siebenbürgen, die Lostrennung der Woiwodschaft Serbien und der Königreiche Slavonien, Kroatien und Dalmatien, das hieß die Vernichtung Ungarns als selbstständiger Staat, das magyarische Nationalgefühl beleidigten. Indessen wiegte sich Windischgrätz in Siegesträumen, und erließ schon Steckbriefe auf die ungarischen Hauptrebellen. In Siebenbürgen erfolgte ebenfalls ein Umschlag der öffentlichen Meinung, als die Kaiserlichen nach einigen Siegen im vormärzlichen Sinne zu regieren anfingen. Kossuth, mit der Banknotenpresse, der größte Theil des Reichstags und der Landesvertheidigungsausschuß waren am 1. Jan. 1849 schon nach Debreczin geflüchtet; das ungarische Heer ging an die Theiß zurück, gefolgt von den Bauern, welche ihre Vorräthe verbrannten oder vergruben. Windischgrätz hatte demnach eine Wüste vor sich und der Weitermarsch, den er am 25. Februar, wo die Witterung milder wurde, begann, stieß deshalb auf viele Hindernisse. Am 25. Februar befand sich der Feldmarschall in Gyöngyös und verlegte am 28. sein Hauptquartier nach Maklar, als Wrbna, Schwarzenberg und Schlick bei Kapolna und Verpeleth einen Scheinsieg davongetragen hatten. Görgey beabsichtigte nämlich mit seinem Rückzug von Kapolna, den Feind tiefer ins Land zu locken. Windischgrätz ging in die Falle und befahl seinen Truppen, den Magyaren langsam zu folgen, während er selbst nach Pesth zurückging. Darauf machten die Magyaren Kehrt, überfielen bei Szolnok die Brigaden Karger und Ottinger, und fügten ihnen große Verluste zu. Windischgrätz entwarf nun einen anderen Einschließungsplan. Gleichzeitig mit dem Angriff auf die unüberwindliche Festung Komorn sollte Schlick mit der Nordarmee, Jellachich mit der Südarmee vorgehen und die Magyaren zusammenpressen. Der Feldmarschall beschäftigte sich indeß in Pesth mit politischen Maßregeln, verbot die Kossuth'schen Banknoten, untersagte jeden Verkehr mit den insurgirten Landstrichen und strafte die Judengemeinde in Pesth für die Dienste, welche einzelne Juden den Rebellen geleistet hatten.

Mittlerweile war die Lage der Dinge in Siebenbürgen eine andere geworden. Bem hatte mehrere Siege über Puchner erfochten und bedrohte Hermannstadt (24. Januar), indem er die Umgegend fürchterlich brandschatzte. Da bewog der romanische Bischof Schaguna das romanische und sächsische Comité, eine Bittschrift um russische Hilfe einzuschicken. Die Russen, welche die Donaufürstenthümer wegen eines Aufstandes besetzt hatten (1848), waren längst auf diesen Augenblick vorbereitet, der



sie ihren panslavistischen Träumen näherbringen und das österreichische Kaiserhaus in Dankbarkeit an den Czaren knüpfen sollte. General Lüders entsandte zwei Brigaden (6000 Mann mit 20 Geschützen) unter General Engelhardt und Oberst Skariatine, welche Kronstadt und Hermannstadt besetzten. Bem verfügte über 30,000 Mann eingereihte Honveds und 15,000 Szekler; Puchner und Engelhardt über eine gleiche Zahl. Nach einigen kleinen Niederlagen siegte Bem am 9. Februar in der blutigen Schlacht bei Piski und am 10. bei Alvinz, worauf sich Schäßburg ergab. Sodann wandte er sich nördlich, gleichsam als beabsichtige er einen Einfall von der Bukowina in Galizien, was den Russen so bedenklich erschien, daß General Freitag von Bessarabien bis an die Grenze der Bukowina vorrückte. Bem ließ nun von Malkowski und Hurban ab und wandte sich wieder gegen Puchner, dessen Generale Gedeon und Schurter er einzeln schlug, worauf er Hermannstadt einnahm. Da entschloß sich der greise Puchner, mit seinen entmuthigten Truppen und den Russen durch den Rothenthurmpaß auf walachischen Boden zu flüchten, von wo sie mit russischen Verstärkungen bei gelegenerer Zeit zurückkehrten. Die Pforte legte einen nutzlosen Protest dagegen ein, daß ein bewaffnetes Corps ein osmanisches Gebiet zum Kriegstheater machte.

Sehen wir auf Ungarn zurück, wie die „endliche Vernichtung der Rebellen" vor sich geht. Am 19. März begann Welden die Beschießung Komorns, beschränkte sich jedoch nach einigen Tagen mit der bloßen Einschließung, da keine seiner Bomben die Stadt erreicht hatte. Görgey schlug die Generale Götz und Jablonowski und die Freiwilligen unter Hurban, sodaß sich Feldmarschall-Lieutenant Ramberg mit Hinterlassung von Gepäck und Kanonen nach Waitzen zurückziehen mußte. Graf Schlick erlag bei Gyöngyös gegen Dembinski; der Banus mußte Czegled räumen. Alle österreichischen Corps verließen die Stellungen an der Theiß „aus strategischen Rücksichten", und die Magyaren folgten eilig diesen Bewegungen. Ende März standen die Oesterreicher im weiten Bogen um Pesth, wo vom 1. bis 8. April unaufhörliche Scharmützel stattfanden, welche den Fürsten und den Ban regelmäßig aus Pesth aufscheuchten. Diese Plänkeleien dienten dazu, den Oesterreichern die beabsichtigte Vereinigung Görgey's mit Dembinski, welcher die österreichische Armee umging, zu verbergen. Am 10. April stürmten die Ungarn Szent-Endre, schlugen eine Tonnenbrücke über die Donau und überfielen die Division Csorich bei Waitzen, wo die Brigade Götz ganz zersprengt und ihr General erschossen wurde. In Pesth rüsteten sich die Oesterreicher zum Aufbruch. Um wenigstens eine Trophäe nach Hause zu bringen, ließ Windischgrätz Komorn fürchterlich bombardiren. Da erschien ein kaiserlicher Courier und brachte ihm, nebst mehreren anderen Generälen, die Abberufungsschreiben (12. April). Feldzeugmeister v. Welden bekam den Oberbefehl und brachte frische Generäle

mit: den fähigen Wohlgemuth, den umsichtigen Castiglione und den tapfern Benedek. Dennoch vermochten auch diese die Ungarn nicht aufzuhalten. Görgey siegte am 18. April bei Neuhäusel über Wohlgemuth und setzte sich am 20. mit Komorn in Verbindung. Welden sah, daß die Armee bei der vom Fürsten Windischgrätz beliebten Aufstellung unfehlbar zu Grunde gehen müsse. Er räumte daher Pesth, indem er dem wackern Hentzi die Vertheidigung Ofens überließ, und concentrirte die Armee im nordwestlichen Ungarn, um von da den Feldzug von Neuem beginnen zu können. Am 24. April zogen ungarische Husaren in Pesth ein, von ihren Landsleuten mit lauten Eljens empfangen. Vornehme Damen umarmten auf offener Straße die Husaren, das Volk küßte ihre Pferde. Alle Straßen waren mit Laubwerk, die Häuser mit den Landesfarben geschmückt. Komorn wurde am 28. April ganz entsetzt. Als Klapka und Damjanich vor der Stadt anlangten, machte Guyon einen kräftigen Ausfall, worauf Simunich für gut fand, die Belagerung ganz aufzuheben. Am 4. Mai fing Görgey an, Ofen zu belagern und erstürmte es am 21., trotz der tapfersten Gegenwehr des Generals Hentzi und seiner heldenmüthigen Mannschaft. Görgey meldete den Sieg nach Debreczyn mit den Worten: Hurrah! Buda! Görgey! und erhielt die Antwort: den Dank der Republik, Herr Feldmarschall-Lieutenant!

Zur Erklärung dieser Worte ist es nöthig, uns die Verhandlungen des ungarischen Reichstags etwas näher zu rücken: Am 18. April hatte der Reichstag zu Debreczyn die Union Ungarns und Siebenbürgens beschlossen, das Haus Habsburg-Lothringen des ungarischen Throns entsetzt und Ludwig Kossuth interimistisch zum Dictator ernannt. Dieser Schritt des Reichstags veranlaßte eine Spaltung der Magyaren; die Conservativen fielen von Kossuth ab und sandten Unterwerfungsschreiben nach Wien. Hier war man in der größten Verlegenheit, wie man den Scandal einer so nahen Republik schleunigst beseitigen und die österreichische Waffenehre retten sollte. Eine große Armee war vernichtet; eine andere, ebenso bedeutende, stand in Italien wie festgebannt. Wien und Galizien mußten im Zaum gehalten und in Böhmen und Mähren die separatistischen Gelüste überwacht werden. Unter solchen Umständen nahm der Kaiser die dargebotene Hilfe Rußlands an und verkündigte dies am 1. Mai der erstaunten Welt. Am 7. Mai rückten zwei russische Corps unter Rüdiger und Tscheodajeff in Galizien ein, während die Division Paniutine auf der Eisenbahn von Warschau über Kosel nach Wien, gerade auf den Kriegsschauplatz dirigirt wurde. Grabbe marschirte zur Deckung Krakaus an die obere Waag; Lüders und Saß drangen durch die Wallachei in die Bukowina vor. Die ganze Armee von 170,000 Mann commandirte der Fürst Paskiewitsch. Die Oesterreicher, in der Gesammtstärke von 150,000 Mann, befehligte Haynau, der an Welden's Stelle

gesetzt wurde (30. Mai). Unmittelbar unter ihm dienten bei der Hauptarmee: Schlick, Wohlgemuth, Benedek und Bechtold; der Ban erhielt den serbischen Süden als Wirkungskreis; Clam-Gallas führte nach Siebenbürgen 12,000 Mann Verstärkung. Die ungarische Armee — 146,000 Mann zu Fuß, wovon 17 Bataillone alter Soldaten, 40,000 Reiter und 400 Kanonen, außer der Festungsartillerie — war in sechs Corps eingetheilt, und wurde von Görgey als General en Chef befehligt. Das erste Corps unter Görgey stand im nordwestlichen Ungarn, das zweite unter Bem in Siebenbürgen, das dritte unter Dembinski (später Wissocki) an den Karpathen, das vierte unter Perczel gegen den Banus; das fünfte unter Vecsey stand an der Marosch und das sechste oder Reservecorps unter wechselnden Heerführern im Innern.

Die Russen brauchten über vier Wochen, um sich durch die Engpässe der Karpathen zu winden. Am 28. Mai erschienen die ersten Russen in Tyrnau; am 18. Juni folgte die Hauptarmee. Görgey begann den Angriff bei Raab (13. Juni) und auf die in der Schütt und der unteren Waag stehenden Oesterreicher (16.), in welchen jetzt ein anderer Geist zu wehen schien. Auf Komorn gestützt, wiederholte Görgey am 2. und 10. Juli seine Angriffe, ohne das eiserne Band, welches ihn immer enger umschloß, durchreißen zu können. Er sah sich zum Rückzug genöthigt, zog die Besatzungen von Ofen und Pesth an sich (11.) und verschwand in den Sümpfen des Innern. Am 17. zogen die Russen in Waitzen, am 19. Haynau in Pesth ein, wo er die Judengemeinde fürchterlich brandschatzte. Nachdem der neue Operationsplan mit Paskiewitsch vereinbart war, brach der schnelle Haynau auf der Straße von Pesth nach Kecskemet und Szegedin auf, während die Russen über Debreczyn nach Arad, das am 1. Juli von Bem und Guyon genommen war, marschiren sollten. Am 2. August besetzten die Russen Debreczyn, während Haynau in Szegedin einzog, am 6. bei Szörög Dembinski, und am 9. bei Temeswar den aus Siebenbürgen herbeigeeilten und mit dem Oberbefehl bekleideten Bem schlug. Temeswar war frei; der ungarische Belagerungspark fiel in österreichische Hände. Der tapfere Vertheidiger dieser wichtigen Festung, Feldmarschall-Lieutenant Rukavina, wurde glänzend geehrt. Die ungarische Armee war entmuthigt und lief zum Theil auseinander; die länger gedienten Honveds wendeten sich nach Arad, wo sie Görgey trafen, der sich mitten durch die ihm auf allen Straßen auflauernden Russen geschlängelt hatte, ein Zug, der entweder ein strategisches Meisterstück, oder ein mit den Russen abgekartetes Spiel war. Nachdem der Sieg nicht mehr den Fahnen folgte, regte sich in den Magyaren Mistrauen gegen die Führer. Man sprach heimlich von Verrath, ohne jedoch zu vermuthen, was sobald kommen sollte von dem Manne, welcher bisher als magyarischer Hauptheld gefeiert worden war. Nach dem Operationsplane der Ungarn sollte die feindliche

Hauptstärke so lange an der oberen Donau festgehalten werden, bis es Bem gelungen sein würde, an der unteren Theiß und Donau den Herrn zu spielen. Deshalb machte Klapka von Komorn aus heftige Ausfälle, wobei er fast immer im Vortheil war und den Feind über seine Stärke täuschte. Bem war nach der Einnahme Arads plötzlich über den unvorbereiteten Ban hergefallen und hatte ihn, sammt dem serbischen „Nationalhelden" Kniczanin, bei Hegyes, Földvar und Perlaß (14. Juli) so geschlagen, daß er über die Donau floh und bis ans Ende des Feldzugs in Ruma unthätig verweilte. Die Kroaten wurden aufsätzig gegen den Ban, der sie um ihre Hoffnungen betrüge. Die sogenannten „Retter der Monarchie" waren plötzlich anderer Meinung geworden und der Banalrath in Agram weigerte sich, die octroyirte Charte als für Kroatien gültig zu veröffentlichen. Eljen Kossuth! in Agrams Straßen rufen zu hören, bewies einen der ungarischen Sache günstigen Umschwung, den die Magyaren benutzt hätten, wäre nicht Bem nach Siebenbürgen gerufen worden, um die Russen hinauszuschlagen und dann bei Temeswar den Befehl zu übernehmen. Die Sache der Magyaren stand zwar schlecht, wozu Haynau's geschickte Operationen das meiste beitrugen; aber so verzweifelt war sie noch nicht, daß eine Ergebung sogleich nothwendig gewesen wäre. Freilich entging es Görgey nicht, wie der Aufstand hoffnungslos untergehen müsse; er beschloß deshalb, zur Vermeidung größeren Unheils, seinem Vaterlande alle ferneren Nöthe und Schrecken des Krieges zu ersparen. Darum stellte er im Kriegsrathe die Forderung, Kossuth möge abdanken, und ihm die Dictatur übertragen (11. August). Als dies der Agitator gethan, in der Hoffnung, Görgey werde diese Gewalt zur Rettung der nationalen und staatlichen Selbstständigkeit des Vaterlandes gebrauchen, schrieb Görgey am 12. an Rüdiger, er wolle unter gewissen Bedingungen mit 30,000 Mann die Waffen strecken. Paskiewitsch genehmigte die Vorschläge Görgey's und dieser führte am 13. August bei Vilagos seinen verhängnißvollen Entschluß aus, in demselben Augenblicke, wo die österreichische Vorhut unter Schlick ihn angreifen wollte. Paskiewitsch berichtete an den Kaiser: „Ungarn liegt zu den Füßen Ew. kaiserlichen Majestät! Görgey stellte keine andere Bedingung, als die Erlaubniß, daß er die Waffen vor Ihrer Majestät Armee niederlegen dürfe." Haynau berichtete dagegen: „Die österreichische Armee jubelt, daß sie es ist, welche den Feind in sechs Schlachten bis zur Vernichtung besiegt und nun auch die Unterwerfung des Görgey'schen Corps bewirkt hat." Trotz der Selbstvertheidigung Görgey's 1852 kann man sich heut noch nicht des Zweifels erwehren, ob der berühmte Besieger der Perser, Türken und Polen größere Erfolge durch die Kunst der Bestechung oder durch sein Genie errungen hat. Mit Görgey ergaben sich die Anführer Kiß, Pöltenberg, Schweidel, Nagy-Sandor, Aulich, Leiningen, Vetter, die Mit-

glieder der Regierung und des Reichstags. Görgey wurde vom Kaiser begnadigt und nachdem er an alle Corps- und Festungscommandanten eine Aufforderung zur Unterwerfung gerichtet, nach Klagenfurt gewiesen. Am 17. August übergab Damjanich die Festung Arad an Rüdiger; am 18. überlieferten sich die Trümmer des Bem'schen und Guyon'schen Corps an Lüders, am 19. die Reste des Vecsey'schen und Lazar'schen Corps an die Russen und Oesterreicher. Bem, Guyon, Meßaros, Dembinski, Kossuth, Perczel u. A. traten bei Widdin auf türkisches Gebiet, und wurden gastlich empfangen. An der Grenze hatte Kossuth die Kroninsignien vergraben, welche am 8. September 1853 bei Wåhrowa wiedergefunden, in Wien ausgestellt und mit großem Gepränge nach Preßburg gebracht worden sind. Am 25. August streckte Kosinsky mit 12,000 Mann bei Schibo vor den Russen die Waffen. Am 26. ergab sich Munkacz dem Feldmarschall-Lieutenant Karlowitsch, am 6. September Peterwardein und am 29. Komorn, welches Klapka nur unter der Bedingung auslieferte, daß die am meisten compromittirten Officiere auswandern durften, die übrigen Amnestie erhielten.

Ungarn gerieth nun auf eine Zeit lang unter die Militairdictatur Haynau's, der Contributionen eintrieb, Honvedofficiere als Gemeine oder Fuhrknechte assentirte und die ruhigsten Bürger, welche nur nothgedrungen ein Amt angenommen oder der Revolutionsregierung Geld gegeben, durch Kriegsgerichte einschüchterte. Am 6. October 1849 wurden in Pesth 19, darunter Ludwig Batthyanyi, und in Arad 13 gefangene Insurgenten, meist Generäle, gehangen oder zu Pulver und Blei begnadigt. Haynau kannte keine Mäßigung und sah in blutiger Strenge die einzige Garantie vor Wiederholung der Rebellion. Sein Eigensinn und Trotz gingen soweit, daß er der kaiserlichen Gnade zuwider Bluturtheile vollziehen ließ und zuletzt entfernt werden mußte. Er lebte seitdem auf seinen Gütern in Ungarn, reiste in den vornehmen Bädern herum und besuchte Belgien und England. Haynau gehörte in ganz Europa zu den unpopulärsten Personen, wie er dies mehrmals erfahren mußte, und starb am 14. März 1853 in Wien. Sein Freund Schönhals hat ihm ein biographisches Denkmal gestiftet, das seine politischen Handlungen möglichst zu vertheidigen sucht.

Gegen die Masse des Volks wurde mit Milde und Schonung verfahren und auch den nach Widdin übergetretenen Insurgenten vom Feldwebel abwärts Amnestie bewilligt (16. October). Im Juni 1850 traten zahlreiche weitere Begnadigungen ein, worauf die Reorganisation des Landes vorgenommen und der Erzherzog Albrecht zum Palatin ernannt wurde (1851). Ungarn scheint jetzt die trüben Zeiten vergessen und sich glücklichen Hoffnungen auf Kaiser Franz Joseph's Güte und Willenskraft hinzugeben, wie dies der fröhliche und herzliche Empfang 1852 zu

beweisen scheint. In Betreff der auf osmanisches Gebiet geflüchteten Polen und Ungarn, die meist zum Islam übertraten, entstanden sehr ernstliche Differenzen zwischen Rußland und Oesterreich einerseits und der Pforte andererseits, Differenzen, die ohne die kräftige Unterstützung, welche England und Frankreich dem Sultan gewährten, wohl schon damals zum Kriege mit der Türkei geführt hätten. Die Pforte versagte die Auslieferung der Flüchtlinge, welche das Gastrecht in Anspruch genommen, als dem Koran zuwider, versetzte aber dieselben am 3. November nach Schumla und nach der Convention vom 31. December nach Aleppo und Kiutahia (15. Februar 1850). Die nicht zum Islam Uebergetretenen, darunter Kossuth, wurden am 9. September 1851 freigelassen und von der amerikanischen Dampffregatte Missisippi nach England und Amerika geführt. Bem starb 1850 in Aleppo; Guyon (Churschid Pascha) befehligt gegenwärtig die anatolische Armee.

56. Ende des Frankfurter Reichstags. Die Bewegungen und Aufstände zum Schutz der Reichsverfassung, vornehmlich in der Pfalz, Baden und Dresden.

Kaum war die Wahl des Königs von Preußen zum deutschen Kaiser bekannt, als die österreichische Regierung ihre Abgeordneten zurückrief (5. April). Der Erzherzog Johann legte seine Würde als Reichsverweser nieder und erklärte, dieselbe nur provisorisch fortführen zu wollen. Die deutschen Kammern drängten ihre Regierungen zur Annahme der Reichsverfassung. Preußen und Bayern, Hannover und Sachsen lösten daher die Kammern auf, um in der deutschen Frage freie Hand zu haben. Nun begann die Agitation für die Reichsverfassung, welche von den Demokraten als letzter und einziger Hoffnungsanker zur Rettung der märzlichen Freiheiten, von den Constitutionellen als das unter Umständen beste Werk zur Einigung Deutschlands, von den Ruheliebenden als ein Mittel, Ordnung, Friede und Versöhnung zu stiften, angesehen wurde. Die Frankfurter Nationalversammlung fühlte, daß Alles auf ihre Haltung ankam und mußte sich ihre Stellung in der Gegenwart klar machen. Da die Ständekammern aufgelöst waren und sie eines wichtigen Rückhalts entbehrte, gab es nur zwei Wege, das von ihr beschlossene Werk durchzusetzen. Entweder aufrichtige und volle Vereinbarung mit den Regierungen oder aufrichtige, rückhaltlose Revolution. Das letzte Mittel zu ergreifen, war, abgesehen von der moralischen Seite, weder gerathen, noch die Mehrzahl der Centren und der Linken dazu entschlossen. Gegen die aufrichtige Vereinbarung mit den Regierungen sträubte sich der Stolz der Frankfurter, die sich ein Jahr lang als souveraine Gesetzgeber geberdet hatten. Die preußische Regierung erkannte, daß der letztere Weg der

einzig geeignete und zeitgemäße sei und gab dies der Frankfurter Versammlung deutlich zu verstehen. In einer Circulardepesche, welche sie gleichzeitig mit der ablehnenden Antwort des Königs erließ, heißt es: „in Betracht, daß der Reichsverweser den Entschluß, seine Stelle niederzulegen, gefaßt habe, sei der König bereit, auf den Antrag der deutschen Regierungen und unter Zustimmung der Nationalversammlung, die provisorische Leitung der deutschen Angelegenheiten zu übernehmen; auch sei der König entschlossen, an die Spitze des deutschen Bundesstaats zu treten, der aus denjenigen Staaten sich bilde, welche sich demselben aus freiem Entschlusse anschließen möchten; die Formen dieses Bundesstaats würden wesentlich davon abhängen, wie viele und welche Staaten sich demselben anschlössen. Die deutschen Regierungen möchten sich durch in Frankfurt zu bestellende Bevollmächtigte erklären." Aus dieser Zusammenkunft wurde nichts, weil Oesterreich am 8. April dagegen protestirte, die Königreiche ihre Abneigung, sich „einem Hohenzollern zu unterwerfen," nicht verhehlten, und die 28 kleineren Staaten auf Andringen der Ministerien am 14. April ihre Zustimmung zu der Frankfurter Reichsverfassung gaben. Die deutsche Nationalversammlung hatte inzwischen beschlossen (11.), an der Verfassung festzuhalten und setzte einen Dreißiger-Ausschuß nieder, der die Maßregeln zu ihrer Durchführung berathen sollte. Da man auf Oesterreich ohnehin nicht rechnete, welches in Ungarn und Italien noch lange vollauf beschäftigt war, so kam es darauf an, durch Volksbewegungen und Massenpetitionen die Könige zur Annahme der Verfassung zu bestimmen. Allein dieser Weg war blos in Württemberg von Erfolg. König Wilhelm I. erklärte einer Kammerdeputation, die ihn um seine Zustimmung zu dem Frankfurter Verfassungswerke bat (19.): „Da der König von Preußen die deutsche Reichsverfassung noch nicht anerkannt, und die Kaiserkrone abgelehnt habe, könne er nicht jetzt schon etwas anerkennen, was noch gar nicht existire. Er versichere, daß er die ganze Reichsverfassung mit Ausnahme der Oberhauptsfrage anerkenne. Dem Hause Hohenzollern unterwerfe er sich nicht. Würden dies aber alle Fürsten thun, so würde auch er dieses Opfer bringen, aber mit gebrochenem Herzen. Dem Kaiser von Oesterreich würde er sich unterworfen haben, wenn derselbe zum deutschen Kaiser gewählt worden wäre." Darauf beschloß die württembergische Kammer mit 46 gegen 23 Stimmen (22.): „daß die Reichsverfassung als Gesetz in Württemberg bestehe, daß jeder württembergische Staatsbürger zu ihrem Schutz und ihrer Befolgung verpflichtet und jeder Angriff auf sie Hochverrath sei." Das Ministerium stellte dem Könige vor, wie das Militair auf Seiten der Reichsverfassung stehe, wie das Volk und die Kammern einig seien, welchen Gefahren er sich aussetze u. dergl. m. Darauf gab der König nach (25.), nahm die deut-

sche Reichsverfassung, einschließlich des Kapitels über das Reichsoberhaupt und das Wahlgesetz, an, und erklärte seine Zustimmung, daß Se. Maj. der König von Preußen unter den vorliegenden Umständen sich für jetzt an die Spitze Deutschlands stelle. Um den guten Geist des Militairs wieder herzustellen, wurde die württembergische Armee aus ihren Garnisonen verlegt und in größere Corps zusammengezogen. Sachsen und Hannover hielten ihre Erklärungen zurück, lösten aber die Kammern auf, welche Anträge betreffs der Annahme der Reichsverfassung gestellt hatten. Bayern gab am 23. April eine mit einer Kritik der Reichsverfassung verbundene Erklärung, worin es hieß, „daß die Regierung das Recht der freien Zustimmung zu den Beschlüssen der Nationalversammlung in Anspruch nehme; sie könne daher nicht der Reichsverfassung und der Wahl eines Erbkaisers ihre Zustimmung ertheilen. Die Unauflöslichkeit des deutschen Bundes bestehe übrigens, es möge auf das Anerbieten eingegangen werden oder nicht."

Nach solchen Aeußerungen konnte die preußische Regierung über ihre Handlungsweise nicht mehr zweifelhaft sein. Am 28. April erklärte sie unumwunden ihre Misbilligung der Reichsverfassung und des Wahlgesetzes, welche nur als Mittel erschienen, die oberste Gewalt zu Gunsten der Republik zu beseitigen, und rechtfertigte damit die Ablehnung der dargebotenen Kaiserwürde. Zugleich forderte sie die Regierungen zum Widerstande gegen die Revolution auf und sicherte ihnen ihre Hilfe zu. Die Bevollmächtigten der deutschen Regierungen wurden nach Berlin eingeladen und die zweite preußische Kammer aufgelöst (27.), obwohl die Reichsversammlung (26.) beschlossen hatte, „die Regierungen aufzufordern, für jetzt keine Vertagung oder Auflösung der Kammern vorzunehmen."

Dieser entschiedene Wille der Regierungen demüthigte die Frankfurter und schüchterte sie ein. Ein großer Theil der Abgeordneten schied aus, oder erschien wenigstens nicht mehr in den Sitzungen, weshalb der Präsident von der zurückbleibenden Linken ermächtigt ward (30.), zu jeder Zeit und an jedem Orte Sitzungen zu halten, wenn 150 Abgeordnete daran Theil nähmen. Es erhellt, daß die Versammlung den Regierungen den äußersten Widerstand entgegensetzen wollte und auf den factischen Volkswillen und Zwangsmaßregeln, wie in Württemberg, speculirte. Ihre Berechnung traf zu. In den ersten Tagen des Mai's erfolgten die Aufstände in der Pfalz, Dresden und Baden; in Breslau fand ein Barricadenkampf statt (7. Mai); in Elberfeld und Iserlohn kam es zum offenen Aufstande bei Einkleidung der Landwehr (8. — 17. Mai) und der Magistrat von Köln forderte, trotz des Verbots der Regierung, Abgeordnete der Städte zu einer Versammlung auf, worin die Drohung einer Losreißung der Rheinprovinz von Preußen laut wurde, wenn der König nicht die Reichsverfassung anerkenne und die Landwehr darauf verpflichte (8. Mai).

In Prag entdeckte man eine weitverzweigte Verschwörung. In allen diesen Orten sahen sich die Regierungen genöthigt, den Belagerungszustand zu verhängen.

Die sogenannte Bewegung zur Aufrechthaltung der Reichsverfassung verlor viel von ihrem idealen Inhalt: „Nationalität, Einheit und Macht Deutschlands“ durch die fremden Zuzügler, welche in jenem Aufstande die Hauptrolle übernahmen. Nach den ersten Thaten der deutschen Verfassungsrevolution mußte jeder klar Sehende erkennen, daß die Bewegung mehr nach schweizerischem Kantönli-Zuschnitt angelegt und zu einer noch größern Zersplitterung Deutschlands führen mußte, wobei unser Vaterland nach entsetzlichen Bürgerkriegen eine Beute Rußlands und Frankreichs geworden wäre, wenn es gelang, die deutschen Großstaaten aufzulösen, wie dies nicht selten als Ideal hingestellt wurde.

In Sachsen trat der auf Grund des neuen, ganz demokratischen, Wahlgesetzes berufene Landtag zusammen (17. Jan. 1849), welcher fast gar keine antidemokratische Opposition (5 Mitlieder) hatte, was, wie die Engländer sagen, der größte Schaden für ein Land ist. Sachsen ist auch mit keinem Landtage in größerer Disharmonie gewesen als mit diesem. Das Ministerium Braun Oberländer dankte ab und v. Pfordten trat in bayrische Dienste, wo er für eine specifisch bayrische Politik gewirkt hat. Der König von Sachsen bildete nun das aus Verwaltungsmännern bestehende Ministerium Held (24. Februar), welches die deutschen Grundrechte anerkannte. Als aber Schaffrath seinen Antrag auf unbedingte Anerkennung der Reichsversammlung stellte, löste Held die Kammern auf (28. April). Das Ministerium war in der deutschen Frage getheilter Ansicht. Die Mehrzahl wünschte, daß der König im Hinblick auf die drohende Volksbewegung, die deutsche Verfassung anerkenne, während Freih. v. Beust und General Rabenhorst das widerriethen, und der König auf ihre Seite trat. Die Mehrzahl der Minister (Held, v. Ehrenstein, Dr. Weinlig) nahm ihre Entlassung (30.), worauf die Demokraten die Gemeinde-Abgeordneten und Volksversammlungen zu Sturmpetitionen bewogen, denen der König entschiedenen Widerstand entgegensetzte. Am 3. Mai stellte das Volk dem König sein Ultimatum; Friedrich August II. blieb unerschütterlich, obwohl das Ministerium von den Plänen des geheimen Revolutionscomite's, worin der Russe Bakunin die Hauptstimme hatte, unterrichtet war und die steigende Aufregung in ganz Sachsen sehr wohl bemerkte. Am 3. Mai fing man an, die Straßen Dresdens mit Barricaden zu bedecken; am 4. Mai begann der Kampf, an welchem auch die Communalgarde Theil nehmen mußte, gegen das nicht zahlreiche Militair. Der König begab sich mit seiner Familie nach dem Königstein, während das aus der Stadt gezogene Militair sich in der Neustadt concentrirte. Eine provisorische Regierung (Heubner, Todt und Tzschirner)

erließ Befehle zu Lieferungen von Waffen, Munition, Geld und Lebensmitteln, wie zur Stellung bewaffneter Mannschaften. Bakunin und zwei Polen der Pariser Emigration leiteten die Vertheidigungsanstalten Dresdens, welches man nöthigenfalls in einen Schutthaufen verwandeln wollte. Was kümmerte die Fremden und Heimatlosen der Jammer und das Elend der Bewohner Dresdens, was die Kunstschätze und Bauwerke dieser schönen Stadt? Am 5. kam ein preußisches Gardebataillon, unter Oberst Graf Waldersee, dem sächsischen Militair zu Hilfe, am 7. ein zweites. Nun begann der Angriff mit solcher Kraft, daß sich die Aufständischen ins Innerste der Stadt zurückzogen, nachdem sie noch am 6. den Zwinger in Brand gesteckt hatten. Der Kampf dauerte bis zum 9. und war sehr heiß, da sich die Insurgenten verzweifelt schlugen. Am 9. flüchteten die letzten Aufständischen aus Dresden, wurden aber größtentheils unterwegs von den erbitterten Landleuten und dem Militair gefangen wieder eingebracht. Leipzig, das den Kampf mit seinen Revolutionairs selbst bestanden hatte, war schnell zur Ordnung zurückgekehrt. Der König von Sachsen bildete nun ein Ministerium: Dr. Zschinsky, v. Beust, Rabenhorst, Behr und v. Friesen (9. Mai) und stellte die ältere Verfassung wieder her.

In Baden und der Pfalz nahm die Verfassungsrevolution einen viel ernsteren Charakter an. Es ist bekannt, wie die protestantisch-rationalistische Pfalz mit ihren zum Theil französischen Einrichtungen und leichtblütigen Bewohnern sich niemals gut mit dem katholischen, schwerfälligen Altbayern vertragen konnte, das ihr nicht einmal eine billige Anzahl von Volksvertretern zugestanden hatte. Baden war das classische Land der parlamentarischen Opposition, der Itzsteine, Welcker, Rotteck, Bassermann, Mathy u. s. w., und nicht wenig stolz auf seinen Ruhm. Eine gewisse Selbstüberhebung, der Gedanke, in Baden würden Deutschlands Geschicke entschieden, hatte sich unmerklich in den Köpfen und Herzen des badischen Volks festgesetzt. Wie empfindlich mußte aber dieser Stolz gekränkt werden, wenn die Bureaukratie, wenn die Officiere bei jeder Gelegenheit der Opposition ein gewisses brüskes Wesen entgegentrugen und oft mit schneidender Kälte oppositionelle Kammerbeschlüsse kritisirten und verwarfen. Dieser Fehler der Regierung, die Empfindlichkeit und Reizbarkeit des Südländers, der gekränkte Stolz, verbunden mit dem Weihrauch, welchen das übrige Deutschland den badischen Kammern anzündete, machten jede Volksbewegung hier zu einer höchst bedenklichen, wenn es gelang, die Soldaten von ihren Officieren zu trennen. Dazu kam, daß die Frankfurter Linke im December 1848 einen Verein gestiftet und weit und breit im Südwesten eingeführt hatte, der die Vereinigung der mannigfaltigen demokratischen Fractionen unter einem gemeinsamen Banner zu vollziehen bestimmt war. Man hatte ihn Märzverein genannt, weil seine Mitglieder an den Errungenschaften des März festhalten sollten. Der



Verein genoß darum großes Ansehen, weil ein Comité der Frankfurter Linken ihn unter unmittelbarer Aufsicht hatte. Als das Scheitern des Verfassungswerks an dem Widerwillen der Regierungen nicht mehr zweifelhaft war, meinte jenes Comité, es sei die Zeit gekommen, wo die Märzvereine ihre Wirksamkeit beginnen sollten. Es wurde daher eine Generalversammlung nach Frankfurt ausgeschrieben (5. u. 6. Mai), welche zwei Ansprachen an das deutsche Volk und an das deutsche Heer erließ: die Reichsverfassung mit Gut und Blut gegen die „rebellischen Regierungen" zu vertheidigen. Diese wegen ihrer Keckheit unerhörte Ansprache hätte vielleicht gar keinen Eindruck gemacht, wenn nicht von den Verbreitern derselben geflissentlich die Verwechselung eines Beschlusses der Märzvereine, welchem die Linke des Frankfurter Reichstags angehörte, mit dem Reichstag selbst begünstigt worden wäre. Solcher Mittel bedurfte es, um das unkundige Volk der Pfalz, Badens und der westlichen preußischen Provinzen zu gewinnen!

Am 2. Mai war in einer großen Volksversammlung zu Kaiserslautern ein Landesvertheidigungsausschuß ernannt (Reinhardt, Cullmann, Schuler, Kolb, Hepp) und Steuerverweigerung, Rückberufung der pfälzischen Soldaten, Volksbewaffnung, Beschlagnahme der Staatskassen u. s. w. beschlossen worden. Die bayrische Regierung sendete darauf Militair ab und erklärte die Festung Landau in Kriegszustand, während die Centralgewalt den Vicepräsidenten Eisenstuck zur Vermittelung hinschickte. Getäuscht von dem Abgeordneten Schmidt, der ihm vorgeblich einen Befehl des Reichsverwesers nachbrachte, ließ Eisenstuck die heranziehenden Bundestruppen wieder umkehren und that nichts zur Beschwichtigung der Gemüther. Eisenstuck wurde abberufen (10.). Inzwischen brach die badische Revolution aus und riß die Pfalz, deren Freiheitsenthusiasmus schon sehr gesunken war, mit sich fort. Am 16. beschloß die Nationalversammlung, die Pfalz unter den Schutz des Reichs zu stellen — eine so vorzügliche Garantie, daß die in Kaiserslautern versammelten „angesehenen" Pfälzer eine provisorische Regierung niedersetzten, die aber nie in Kraft getreten ist, obwohl sie verkündigte, daß funfzig Procent der Jahressteuer sogleich von allen Bürgern erhoben werden sollten. Die provisorische Regierung bestand aus Reichardt, Hepp, Schmidt, Greiner und Fries. Zwischen dieser und dem in Baden gebildeten Landesausschusse (Junghanns, Struve, Damm, Stark, Steinmetz, Cordel, Degen) wurde ein Vertrag geschlossen, nach welchem die Pfalz und Baden in militairischer Hinsicht e i n Land mit einem gemeinschaftlichen Kriegsministerium sein sollte. Die Pfälzer beriefen den polnischen Obersten Sznayde, einen beleibten, alten, unfähigen Militair, zum Commandanten, während der Weinhändler Blenker, in Begleitung seiner amazonengleichen Gattin, die Volkswehren commandirte und Landau belagerte. Hier waren die meisten

Soldaten desertirt, oder verweigerten den Dienst, weshalb Officiere und Unterofficiere mit der edelsten Aufopferung die Wachtdienste leisteten und die Geschütze abfeuerten, nach deren erstem, unerwarteten Donnern das Belagerungsheer davonlief. Im Ganzen machte man sich von dem Enthusiasmus und der Aufopferung der Pfälzer im nördlichen Deutschland sehr falsche Vorstellungen; die Pfälzer hatten etwas angefangen, für dessen Sicherung sie nichts thun mochten, und die große Schuld der ersten Urheberschaft auf sich geladen. Ein Glück für sie, daß die bayrische Regierung später sehr mild verfuhr.

Am 10. Mai beschloß die badische Kammer: Bereidung der Truppen und Staatsbürger auf die Reichsverfassung; Anordnung der Wahlen zum künftigen Reichstage; Zurückweisung jedes Angriffs auf die Wirksamkeit der Reichsversammlung. Am 11. brachen in Freiburg, Lörrach, Rastadt und Karlsruhe Soldatenaufstände aus, welche eine wichtige Festung in die Hände des Volks brachten. Am 13. fand die Eidesleistung des Militairs auf die Reichsverfassung statt, und gleichzeitig tagte eine Volksversammlung in Offenburg, welche eine Petition um Aufhebung der Kammern, Berufung einer constituirenden Versammlung, Entlassung des Ministeriums Bekk, Einsetzung eines Ministeriums Peter-Brentano, allgemeine Amnestie und Krieg gegen Preußen beschloß. Das Militair in Bruchsal revoltirte und betraute Struve und Blind (13.), welche die Bewegung gleich auf die Spitze trieben, mit dem Commando. Abends kamen die Bruchsaler Compagnien nach Karlsruhe, verführten einen Theil der Infanterie, demolirten die Caserne und mehrere Privatwohnungen und suchten, vom Volk unterstützt, Schloß und Zeughaus, den Bahnhof und das Rathhaus zu nehmen, welches reitende Artillerie, Dragoner und Bürgerwehren muthig vertheidigten. Am 14. flohen der Großherzog und Familie nach Hagenau, dann nach Koblenz, und zuletzt nach Mainz. Der in Offenburg gebildete Landesvertheidigungsausschuß: Brentano, H. Hoff, Richter, Goegg, Werner, Rehmann, zog in Karlsruhe ein, ernannte eine Executivcommission (Brentano, Inneres; Peter, Justiz; Eichfeld, Krieg; Goegg, Finanzen), löste die Kammern auf (17.), berief zum 10. Juni eine constituirende Versammlung, befreite alle politischen Gefangenen, schlug alle politischen und Preßprocesse nieder, und befahl endlich dem führerlosen Militair, sich seine Führer bis zum Hauptmann selbst zu wählen. Endlich berief sie Hecker, den populairen Republikaner, aus Nordamerika zurück, um mit seinem Namen die Trägen fortzureißen. Am 18. wurden alle Officiere, die nicht zurückkehrten, in die Acht erklärt und am 19. eine Proclamation gegen das Ministerium Grävell und die preußische Regierung erlassen, nachdem die Reichstagsabgeordneten Raveaux, v. Trützschler und Erbe von Baden Schutz für die Reichsverfassung verlangt hatten. Die Badener beriefen den Polen

Mieroslawski aus Paris zum Oberbefehl. Die zur Herrschaft gelangte Partei der Radicalen zerfiel bald unter sich und wurde von weiter Gehenden, namentlich Struve und seinem Anhange, in üble Situationen gedrängt. Auch die Zuzügler aus Frankreich, der Schweiz, Sachsen, glaubten sich durch ihr politisches Märtyrerthum zu einer bedeutenden Rolle berechtigt, namentlich die tapferen Freischaaren Willich's, Anneke's, Schimmelpfennigs u. A. m. Viel militairischer Verstand scheint den Führern nicht innegewohnt zu haben, aber desto mehr Ehrgeiz, hohe Stellen zu bekleiden, und in glänzenden, gestickten Uniformen einherzuschreiten. Sigel, „Obercommandant der Neckararmee", machte einen Angriff auf Heppenheim, wurde aber vom hessischen Militair geworfen (30. Mai). Die constituirende Versammlung gewährte das wüste Bild politischer Unwissenheit, radicaler Gewissenlosigkeit und demokratischen Fanatismus. Preußen erbot sich bei der Centralgewalt und den Landesregierungen, dem Aufstande, welcher seine Grenzen bedrohte, ein Ende zu machen. Der geheime Gedanke, welcher jenem Anerbieten zum Grunde lag, war der Wunsch, Baden und besonders Bayern sich zum Danke zu verbinden. Bayern scheint sich aber in Acht genommen zu haben, in der ihm von Preußen geleisteten „Bundeshilfe" den Schein der Anschließung an die inzwischen „octroyirte Reichsverfassung" und das „Dreikönigsbündniß" zu constatiren. Dagegen bezeigte sich der badische Großherzog dankbarer. Der Prinz von Preußen wurde zum Oberbefehlshaber der pfälzisch-badischen Occupationsarmee ernannt und auf der Reise dahin zu Niederingelheim von einem Mörder schändlich bedroht (12. Juni). Die preußische Armee, aus den Corps v. d. Gröben und Hirschfeld bestehend, durchzog im Siegerschritt die Pfalz (13.—20.), entsetzte Landau, überschritt bei Germersheim den Rhein (20.), nachdem die Reichstruppen (Hessen, Württemberger, Nassauer und Mecklenburger), unter General v. Peucker, direct auf der Bergstraße in Baden eingerückt waren (15.). Bisher hatte man eigentlich so gut wie gar keinen Feind gesehen. Am 21. fand man Mieroslawski mit 15,000 Mann bei Waghäusel in Schlachtordnung. Die Division von Hanneken und ein Theil der v. Brun'schen vom Hirschfeldschen Corps, mit welchem der Prinz marschirte, kamen ins Gefecht und drängten die Revolutionsarmee nach Wiesloch. Am 21. gingen Peucker bei Heringenberg, und am 22. Gröben bei Ladenburg über den Neckar und besetzten Mannheim und Heidelberg. Am 24. fanden heftige Gefechte bei Ubstadt, Neudorf und Bruchsal statt, worin die Preußen siegten, und am 25. zog der Prinz in Karlsruhe ein. Jetzt mußte Mieroslawski bis an die Alb und Murg zurückgehen; dahin folgten die Preußen und die Reichstruppen. Den rechten Flügel bildeten Gröben, das Centrum Hirschfeld, den linken, dicht an den Schwarzwald gelehnt, das Peucker'sche Reichsheer und die preußische Brigade v. Schack. Die in Vorarlberg

stehende österreichische Hilfe, welche den Insurgenten den Rückzug abgeschnitten hätte, lehnte der Prinz ab, was Preußen (13. Juli) damit entschuldigte, daß diese Hilfe nicht von Oesterreich selbst, sondern von dem Reichsministerium angeboten worden sei. Der linke Flügel nahm am 29. Juni Gernsbach in Baden; Gröben besetzte Rauenthal, während der Prinz die Schanzen von Muggensturm und Malsch stürmte und bis Kuppenheim vorrückte. Diese Kämpfe zwischen der Alb und Murg gehörten zu den erbittertsten und blutigsten im badischen Feldzuge. Am 30. überschritten alle Truppen die Murg, drangen bis Oos und umschlossen Rastatt, zu dessen Belagerung sich Gröben am 6. Juli anschickte. Die badischen Truppen und Freischaaren zogen sich nach der Schweizergrenze, wohin auch die Reichstagsabgeordneten Itzstein, Raveaux, Vogt, Simon, Zitz und Erbe gingen, und ließen sich, von den Preußen verfolgt, auf Schweizer Boden entwaffnen (11. Juni). Am längsten hielt sich Sigel in dem Grenzwinkel bei Jestätten, bis zum 12. Juli. Die Festung Rastatt, welche noch am 28. Juni den Landtag hatte tagen sehen, war von den entschlossensten Männern, wie Böhring, Anneke, Tiedemann, Corvin-Wiersbitzky u. m. A., vertheidigt, die lieber sterben, als den Preußen in die Hände fallen wollten. Glückliche Ausfälle der Belagerer befestigten die Insurgenten in diesem Entschluß. Schon ließ der Prinz schwereres Geschütz von Koblenz herbeischaffen, als Oesterreich und Bayern gegen die Zerstörung der Reichsfestung protestirten. Die Belagerer mußten daher sich auf eine lange Einschließung gefaßt machen, als ihnen der Gedanke ankam, Flaschen, worin Zeitungen eingeschlossen, die Murg hinabschwimmen zu lassen, damit die Besatzung von der wahren Sachlage unterrichtet würde, und zuletzt, wenn das nicht hälfe, einen Sturm zu versuchen. Da meldeten sich am 18. Juli Corvin und Langen als Parlamentaire und stellten das Verlangen, ins Oberland gelassen zu werden, damit sie sich überzeugen könnten, ob wirklich der letzte Mann der größten und besten Revolutionsarmee den deutschen Boden verlassen habe. Man willfahrte ihnen und ihr Bericht wirkte in der Festung so, daß sich die Besatzung am 21. auf Gnade und Ungnade ergab.

Jetzt folgte das traurige Nachspiel. Schon seit dem 2. Juli bestand das preußische Standrecht in Heidelberg und forderte viele Opfer, z. B. v. Trützschler; Kinkel wurde zu lebenslänglichem Zuchthaus verurtheilt. Am 27. October hörten die Standgerichte auf und die ordentlichen badischen Kriegsgerichte begannen ihre mildere, aber desto eifrigere Thätigkeit. Am 18. August kehrte der Großherzog nach Karlsruhe zurück, nachdem schon seit Ende Juni ein Ministerium hier regiert hatte. Dasselbe bestand aus Klüber, Regenauer, Stenzel, v. Roggenbach, v. Marschall und Stabel, und gehörte der alten Verwaltungspartei an, die nun eifrig die alte Ordnung der Dinge herstellte. Bei der Heftigkeit und dem wiederhol-



ten Auftreten der Revolution in Baden war es nicht gerade zu verwundern, wenn die Reaction hier am schärfsten vorging und der Belagerungszustand bis zum August 1852 ausgedehnt wurde. Die Finanzen waren zerrüttet; das Heer wurde reorganisirt und sollte nach Preußen verlegt werden, wogegen ein preußisches Corps Baden besetzt halten sollte. Kaum waren aber die ersten Badener auf den ungangbaren Wegen des Harzes, um nicht hannöversches Gebiet zu verletzen, angekommen, als Oesterreich, Bayern, Württemberg, Hannover und Hessen-Darmstadt dagegen protestirten und ein Sturm sich erhob, der, von den Ostmächten angefacht, Preußen mit Krieg bedrohte. Dieses räumte daher Baden und das wegen eines Pöbeltumults besetzte Hamburg, und entließ die Badener in ihre Heimat.

Die deutsche Reichsversammlung hatte diese Revolutionsbewegung mit ihren Beschlüssen und Rathschlägen begleitet. Am 4. Mai beschloß sie: „die Regierungen, die gesetzgebenden Körper, die Gemeindebehörden und das gesammte deutsche Volk aufzufordern, die Verfassung vom 28. März durch jedes gesetzliche Mittel zur Anerkennung zu bringen." Am 15. August sollte der erste Reichstag auf Grund des Reichswahlgesetzes zusammentreten, am 15. Juli in ganz Deutschland zum Volkshause gewählt werden. In dem Fall, daß sich Preußen ausschließe, sollte einstweilen das Oberhaupt des mächtigsten Staats (Bayern) als Reichsstatthalter fungiren. Darauf überreichte Gagern dem Reichsverweser ein neues Programm, worin der Punkt vorkam: „das Reichsministerium werde jeder Intervention eines oder mehrerer Einzelstaaten zur Unterdrückung etwaiger Bewegungen zum Zweck der Anerkennung der Reichsverfassung in anderen Einzelstaaten entgegentreten." Der Reichsverweser genehmigte dieses zuletzt jeden Aufruhr beschönigende Programm nicht, worauf das Ministerium Gagern abdankte (6. Mai). An demselben Morgen wurden die verhängnißvollen Anträge v. Reden mit 188 gegen 148 Stimmen angenommen: 1) dem schweren Bruch des Reichsfriedens, welchen die preußische Regierung durch unbefugtes Einschreiten im Königreich Sachsen sich hat zu Schulden kommen lassen, ist durch alle zu Gebote stehenden Mittel entgegenzutreten; 2) neben Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit sind diejenigen Bestrebungen des Volks und seiner Vertreter, welche zur Durchführung der Reichsverfassung geschehen, gegen jeden Zwang und Unterdrückung in Schutz zu nehmen; 3) die provisorische Centralgewalt ist zur Durchführung dieser Beschlüsse aufzufordern. Diese Beschlüsse wurden dem Reichsverweser durch eine Deputation angezeigt, bis zu deren Zurückkunft sich die Versammlung permanent erklärte. Da die Antwort des Reichsverwesers nicht befriedigte, brachte Backhaus zwei Anträge ein, die mit 163 gegen 142 Stimmen angenommen wurden: 1) die gesammte bewaffnete Macht Deutschlands, einschließ-

lich der Landwehr und Bürgerwehr, ist zur Aufrechthaltung der endgiltig beschlossenen Verfassung verpflichtet; 2) die provisorische Centralgewalt wird aufgefordert, das demgemäß Erforderliche unverzüglich zu veranlassen, soweit in den einzelnen Staaten nicht aus eigener Bewegung damit vorgeschritten wird (12. Mai). Darauf erließ der Reichsverweser einen Armeebefehl an die Reichstruppen: „Eine Partei, welcher es nicht um die Verfassung, sondern um verderbliche Zwecke zu thun ist, bedient sich der Verfassung als eines Vorwandes, um Gesetz und Ordnung anzugreifen und Zerrüttung und Bürgerkrieg in Deutschland zu verbreiten. Wenn Anarchie und Verwilderung das Haupt erheben sollten, werdet Ihr in unerschütterlicher Treue, festem Muthe und brüderlicher Heereseintracht das Schild des Vaterlandes sein." Am 14. rief die preußische Regierung ihre Abgeordneten zurück, ein Ruf, dem die Meisten folgten, obwohl am 16. die Nationalversammlung den Beschluß jener Regierung als unverbindlich erachtet hatte. Am 21. wurden die sächsischen, am 23. die hannöverschen Abgeordneten zurückberufen. Der Reichsverweser hatte am 16. ein Ministerium Grävell, Detmold, Jochmus, Merk und Fürst Wittgenstein gebildet, von dem die Nationalversammlung am 17. sagte, es genieße ihr Vertrauen nicht und sei unter diesen Umständen eine Beleidigung. Am 21. traten 75 Abgeordnete, darunter H. v. Gagern und Dahlmann, freiwillig aus, indem sie plötzlich dem Vereinbarungsprincip zugethan wurden. Die Versammlung schmolz so zusammen, daß man kaum noch 150 herausbrachte. Da stellte Goltz den Antrag (24.), „die beschlußfähige Anzahl von 150 auf 100 herabzusetzen", welcher mit 115 gegen 35 Stimmen, die sofort austraten, angenommen wurde. Der Rest fühlte sich in Frankfurt nicht sicher und siedelte am 30. nach Stuttgart über (71 gegen 64 Stimmen), wo das Ministerium Römer ihm eine Freistatt eröffnete. Darauf traten abermals 26 Mitglieder aus und Reh legte das Präsidium nieder. Mit 105 Mitgliedern eröffnete das Rumpfparlament seine Sitzungen unter Löwe's Vorsitz in Stuttgart wieder (6. Juni), und setzte eine Regentschaft ein (Raveaux, Vogt, Schüler, H. Simon und Becher), welche ihren Amtsantritt den Reichsgenerälen anzeigte, den Reichsverweser absetzte und Rüstungen anordnete, denen Niemand Folge leistete. Das war selbst dem Minister Römer zu stark. Er forderte das Rumpfparlament zum Wegzuge auf (13. Juni), und als es sich dessen weigerte, ließ er es durch Militair auseinandersprengen. Seine Mitglieder zogen sich meist nach Baden, dann in die Schweiz, England und Amerika. So endete der Versuch, aus der Nation und durch die Nation die Einheit Deutschlands zu schaffen. Es folgten nunmehr die Versuche der Fürsten, diese verlangte und von Allen als unabweisbar erkannte Einigkeit zu Stande zu bringen.

57. Das Dreikönigsbündniß. Die octroyirte Reichsverfassung. Der Fürstenrath und das Erfurter Parlament. Der Kurhessische Verfassungsstreit. Die Differenzen zwischen Oesterreich und Preußen. Ende Schleswig-Holsteins. Die Dresdener Conferenzen. Reactivirung des Bundestages. Die Zollstreitigkeiten. Der österreichisch-preußische Handelsverein. Das Schicksal der deutschen Flotte.

Am 26. Mai 1849 traten die Könige von Sachsen und Hannover einem von dem König von Preußen vorgeschlagenen Bündniß mit der beschränkenden Erklärung bei, daß die Verhandlungen zu erneuern seien, wenn nicht alle übrigen deutschen Staaten, außer Oesterreich, beiträten. Preußen hatte nämlich einen Bund zu gegenseitigem Schutz und Trutz proponirt, zu welchem allen Gliedern des deutschen Bundes der Zutritt offenstehen, dessen Oberleitung aber der Krone Preußen und einem aus Bevollmächtigten der Bundesglieder bestehenden Verwaltungsrath übertragen werden sollte. Die deutsche Reichsverfassung war mit einigen Modificationen octroyirt, die Revision derselben durch den nächsten Reichstag aber vorbehalten worden. Eine Hauptschwierigkeit für das Dreikönigsbündniß bot der Reichsverweser, welchen Preußen vergeblich zur Niederlegung seines Amtes zu bewegen suchte und daher seinen Bevollmächtigten aus Frankfurt abrief (22 Juni), „da der Centralgewalt die Bedingungen ihrer Wirksamkeit und die Voraussetzungen ihrer eigenthümlichen Stellung entzogen seien.“ Dennoch resignirte der Erzherzog nicht, obwohl er nach Gastein abreiste, um nicht mehr zurückzukehren (30. Juni). Die drei Könige setzten jetzt einen Verwaltungsrath ein: v. Canitz, v. Zeschau, v. Wangenheim, und bestellten das Bundesschiedsgericht. Mit Ausnahme Oesterreichs, Bayerns, Württembergs, Luxemburgs, Holsteins, Hessen-Homburgs, Liechtensteins und Frankfurts traten alle deutschen Bundesstaaten dem Dreikönigsbündniß bei. Die Opposition gegen dasselbe begann Bayern, welches dem König von Preußen sonderbündlerische Zwecke (5. Juni) und das Bestreben, seine Macht zu erweitern, zum Vorwurf machte, und endlich den Beitritt zum Dreikönigsbunde ablehnte (8. September). Demselben Beispiel folgte Württemberg (29. September), dessen Ständeversammlung noch einmal den feierlichen Beschluß faßte, an der Frankfurter Reichsverfassung festzuhalten (29. December 1849) und in ihrer Adresse die für Preußen sehr verletzende Thronrede rühmend anerkannte, sodaß die diplomatischen Beziehungen zwischen Preußen und Württemberg zwei Jahre lang gelöst blieben. Preußen sah, daß es ohne Verständigung mit Oesterreich die Tendenzen der kleineren Staaten,

welche früher alle Beschlüsse des Bundestags hingezogen hatten, nicht beseitigen könne, und verständigte sich durch zwei Noten (30. Juli und 30. September) mit dem Kaiser über das sogenannte Interim, welches bis zum 1. Mai 1850 gelten sollte. Hiernach gingen die Functionen der Centralgewalt in die Hände einer Bundes-Central-Commission über, zu welcher Oesterreich und Preußen je zwei Mitglieder ernannten. Wo sich diese nicht einigen könnten, sollten die beiden Regierungen eine Verständigung erzielen, oder sich einem aus drei Bundesregierungen gebildeten Schiedsgericht unterwerfen. Diesem Project gaben nach und nach alle Bundesstaaten ihre Zustimmung und so traten Freiherr v. Kübeck und Feldmarschall-Lieutenant v. Schönhals österreichischerseits, General-Lieutenant v. Radowitz, später v. Peucker, und Bötticher preußischerseits, zur interimistischen Bundescommission zusammen (20. December). Hannover und Sachsen hatten schon am 20. und 21. October dem preußischen Bündniß wieder entsagt, worüber Preußen das schon installirte Bundesschiedsgericht zur Entscheidung aufrief. An der preußischen Union hielten nur noch die kleineren Staaten fest. Mit ihnen sollte der Versuch eines engeren Bundes gemacht werden, der in den weiteren, alle deutschen Staaten umfassenden Bund einzutreten vermöchte. Preußen und seine Verbündeten ordneten nun Wahlen zu dem Reichstag in Erfurt an, der die octroyirte Verfassung revidiren und die für den engeren Bund getroffenen Maßregeln gut heißen sollte. Die Wahlen wurden blos von der constitutionellen Partei — seit der von v. Gagern und Dahlmann veranstalteten Zusammenkunft in Gotha (25. Juni 1849), die Gothaner genannt — mit Eifer betrieben; die Ultramontanen, welche Oesterreich und Bayern schmerzlich vermißten, und die Alt- und Neupreußen, die jedes Zerwürfniß mit Oesterreich vermeiden wollten und den Schein eines Zugeständnisses an die revolutionäre Reichsverfassung, welche der octroyirten zum Vorbild gedient, haßten, betheiligten sich, wie bei jeder anderen Pflichterfüllung, das heißt sie waren bei den Wahlen zugegen, suchten aber solche Männer durchzubringen, welche dem ganzen preußisch-deutschen Verfassungswerk abhold waren. Am 20. März 1850 wurde das Erfurter Parlament in der Augustinerkirche eröffnet. Die Gothaner hatten die Mehrheit und bildeten unter v. Gagern und v. Vincke die Linke; der Minister v. Bodelschwingh führte das linke Centrum, Urlichs das rechte Centrum, Stahl und Gerlach, Buß und Reichensperger die Rechte, welche aus den specifischen Preußen und den Ultramontanen zusammengesetzt war. Die preußische Regierung hatte zum Staatenhause viele vormärzliche Vertrauensmänner, wie Eichhorn, Graf Arnim und v. Duesberg, geschickt. Im Volkshause wurde Simson zum Präsidenten, der Geheime Rath von Schenk zu Schweinsberg aus Kassel und der Obergerichtsanwalt Rüder aus Oldenburg zu Vicepräsidenten erwählt. Im Staatenhause traf die Ehre des Präsidiums

v. Auerswald, neben dem v. Watzdorf und der Fürst Solms-Lich als Vicepräsidenten fungirten. v. Radowitz eröffnete als königlicher Commissar das Parlament, verlas die königliche Botschaft und überreichte die Gesetzentwürfe. Am 13. und 17. April nahm das Parlament, trotz der Gegenerklärung Radowitz's und der preußischen Minister, die Verfassung en bloc an (125 gegen 89 Stimmen), „da," wie der Verfechter des Rechtsbodens, v. Vincke, sagte, „es nach dem preußischen Landrecht keiner besonderen Annahme der Regierung (des einen Paciscenten) bedürfe, wenn der andere Theil das Vorgeschlagene bewilligt." Die Revision dauerte bis zum 29. Mai und wurde im liberalen Sinne beendigt. Bald darauf folgte die Vertagung. Fast gleichzeitig fand in Berlin ein Fürstenrath statt (10—16. Mai 1850), wo besonders der Herzog von Gotha sich für ein entschiedeneres Vorgehen der preußischen Regierung ausgesprochen haben soll. Auch wurde am 12. Juni 1850 ein provisorisches Fürstencollegium constituirt. Es ist keine Frage, daß dem deutschen Volke der preußische Entwurf viel besser gefiel, als der Münchener vom 27. Februar 1850, welchen die drei Könige von Bayern, Sachsen und Württemberg vereinbart und der Oeffentlichkeit vorgelegt hatten. Dieser Münchener Entwurf brachte das Lieblingsproject des bayrischen Hauses: die dreifache Directorialregierung, wieder zum Vorschein, und stellte, gewissermaßen als Concession gegen den Zeitgeist, eine von den Landständen gewählte Nationalvertretung in Aussicht.

Jetzt begann der diplomatische Krieg zwischen Oesterreich und seinen Verbündeten einerseits, welche den alten Bundestag zurückwünschten, und Preußen und seinen Alliirten andererseits, welche eine neue Form der Einheit suchten. Eine österreichische Circulardepesche vom 26. April 1850 erklärte die Versuche der Bundesreform für gescheitert und lud die deutschen Regierungen ein, Bevollmächtigte zu der am 10. Mai in Frankfurt zu eröffnenden Bundesplenarversammlung zu senden. Hier fanden sich Bevollmächtigte von Oesterreich, Bayern, Hannover, Sachsen, Württemberg, Holstein, Luxemburg, Hessen-Homburg, Liechtenstein und Schaumburg-Lippe ein. Auch Preußen bewog seine Verbündeten, ebenfalls Bevollmächtigte dahin zu schicken, um durch die Mehrzahl ihrer Stimmen, die Restauration des Bundestags zu vereiteln. Allein die beiden Hessen und Baden fielen von Preußen ab und so wurde in Frankfurt durch Mehrheitsbeschluß der alte Bundestag wieder hergestellt (1. September). Dennoch erfocht die Radowitz'sche Politik einen Sieg, indem der General (27. September) das auswärtige Ministerium übernahm. Die österreichische Staatengruppe hielt dies für eine Kriegserklärung. Kaiser Franz Joseph veranstaltete deshalb in Bregenz (10—14. October) eine Zusammenkunft mit den Königen von Württemberg und Bayern, wo ein Bündniß gegen Preußen verabredet worden sein soll. Da mischte sich der Kaiser von

Rußland, indem er sich beiden Theilen als Schiedsrichter anbot, in diesen Streit und erklärte sich auf dem Warschauer Congreß (15—29. Octbr.) in entschiedener Weise gegen die preußischen Vergrößerungspläne. Der patriotische Graf von Brandenburg nahm sich die Lage Preußens so sehr zu Herzen, daß er wenige Tage nach seiner Rückkehr von Warschau starb (6. November). Die Schwarzenbergische Politik hatte den Sieg davon getragen, der durch die Verhältnisse in Kurhessen noch vervollständigt wurde. Der Kurfürst von Hessen berief (23. Februar) den Präsidenten Hassenpflug aus Greifswald nach Kassel, um die Ministerien des Innern und der Justiz zu übernehmen. Mit ihm fungirten zuerst Lometsch, dann Volmar (für die Finanzen), v. Haynau (Krieg) und v. Baumbach (Aeußeres). Der Landtag empfing das Ministerium mit einem Mistrauensvotum und wurde aufgelöst (12. Juni), weil er die Steuern nicht bewilligen wollte. Hassenpflug schrieb nun eigenmächtig die Steuererhebung aus, was der am 26. August wieder eröffnete Landtag für ungerechtfertigt erklärte, indem er die Forterhebung der indirecten Abgaben nur bis zum 30. September und unter Bedingung der Deposition bewilligte (27. August), die Erhebung der directen Steuern aber nicht genehmigte (31. August). Der Kurfürst löste die Stände auf (2. September), decretirte die Forterhebung der Steuern und beschuldigte die Ständeversammlung des Verfassungsbruchs (4. September). Der ständische Ausschuß in Kassel verlangte dagegen die Zurücknahme dieser Verordnung als einer ungesetzlichen, warnte die Beamten vor deren Befolgung, protestirte gegen jede Gewaltmaßregel (5. September) und versetzte das Ministerium in Anklagestand (7. September). Hassenpflug antwortete darauf mit Verhängung des Belagerungszustandes und ernannte den General Bauer zum Oberbefehlshaber, welcher indeß nach der Erklärung des Kasseler Oberappellationsgerichts, daß die Verordnung vom 4. unausführbar sei, abdankte (12.) und dem General v. Haynau seine Stelle überließ. Der Kurfürst und seine Minister verließen nun heimlich die Residenz (13.) und zogen nach Wilhelmsbad (17.), während die Ministeranklage wegen Unzuständigkeit des kurhessischen Ständeausschusses vom Oberappellationsgericht verworfen wurde. „Es begann nun,“ sagt Bülau, „ein passiver Widerstand der Behörden, dem sich auch der größte Theil des Officierstandes anschloß und dessen Ruhe, Einmüthigkeit, Consequenz und juristische Kunstmäßigkeit selbst in England Bewunderung erregten.“ Der Kurfürst wandte sich an den Frankfurter Bundestag, welcher den Bescheid gab, daß die kurhessische Regierung zur Forterhebung der Steuern berechtigt sei und das Versprechen der Bundeshilfe hinzufügte (21. September). Im Gegensatze hierzu erklärte eine preußische Note (23.), mit den Schritten des kurhessischen Ministeriums nicht einverstanden zu sein, und mahnte zur Rückkehr auf den verfassungsmäßigen Weg bis zur Erschöpfung aller gesetzlichen Mittel.

Darauf forderte die Frankfurter Bundesversammlung von der kurhessischen Regierung (30.) die Wiederherstellung der landesherrlichen Autoritäten durch alle ihr zustehenden Mittel und behielt sich selbst die weiteren Anordnungen zur Sicherung des gesetzlichen Zustandes in Kurhessen vor. Da die kurhessische Regierung dies nach den mehrfachen Entlassungsgesuchen der Officiere nicht selbst im Stande war, wurde am 20. October ein bayrisch-österreichisches Armeecorps unter dem Fürsten Thurn und Taxis an der Mainlinie aufgestellt, und rückte am 1. November in Hanau ein, wo es den Kriegszustand im Namen des deutschen Bundes verkündigte (2. November). Die Kurhessen setzten ihre Hoffnungen auf die Preußen, welche sich am 2. November der Städte Fulda und Kassel bemächtigt hatten. Ihre Hoffnungen schlugen jedoch fehl. Als v. Radowitz (2. November) im preußischen Ministerrath die Mobilmachung des Heeres und der Landwehr bevorwortete, blieb er in der Minorität; worauf er mit Ladenberg seine Entlassung forderte (3. November). Der Kurfürst protestirte nun gegen den Einmarsch preußischer Truppen (4.) und rief seinen Gesandten von Berlin ab, während der Landtagsausschuß gegen jedes Einschreiten des Bundes Verwahrung einlegte. Zum Schutz der Etappenstraße beschloß nun das preußische Ministerium die Mobilmachung (6. November) und der Krieg schien eine Zeit lang unvermeidlich. Allein in Berlin überwog die Furcht vor Rußlands Drohungen und der Abscheu, sich mit der „Revolution" zu verbinden, weshalb dem General v. d. Gröben die widersprechendsten Befehle zugingen. Nach dem Vorpostengefecht von Bronzell (8. November) räumten die Preußen Fulda und zogen sich auf die Etappenstraße nach Hersfeld zurück, verließen auch fast gleichzeitig Hamburg (7. November) und Baden (29.).

Oesterreich stellte an Preußen das Ultimatum: „Aufgeben der Union, freie Conferenzen und Anerkennung des Bundestags (9.)." Nachdem der preußische Bevollmächtigte in der Sitzung des Fürsten-Collegiums erklärt hatte (16.), daß die Unionsverfassung nicht mehr auszuführen sei, wogegen sich die übrigen Unionsregierungen verwahrten, forderte Oesterreich außerdem noch die Räumung Kurhessens und die Mitwirkung Preußens bei der Pacification Holsteins, indem es mit der Abreise seines Gesandten Prokesch v. Osten drohte (23.). Indeß gelang es dem Minister v. Manteuffel, auf einer persönlichen Zusammenkunft mit dem Fürsten Schwarzenberg und dem russischen Gesandten Baron Meyendorff in Olmütz (28. und 29.) eine Verständigung herbeizuführen, worauf die preußische Kammer vertagt (4. Dec.), Manteuffel Ministerpräsident und die Demobilisirung der Armee begonnen wurde (6. December). Die Preußen gaben die Etappenstraße in Kurhessen frei (9.) und das Fürsten-Collegium löste sich auf (11.). Die Union war zu Grabe

getragen! Die kurhessischen Behörden unterwarfen sich, der Gewalt weichend (18.), Bayern und Oesterreicher rückten in Kassel ein (22.) und der Kurfürst kehrte in die Residenz zurück (27.). Jetzt begannen die Kriegsgerichte ihre Thätigkeit gegen die Mitglieder des ständischen Ausschusses, gegen die „renitenten" Beamten und die „ungehorsamen" Officiere. Das kurhessische Heer wurde reorganisirt und seines Eides auf die Verfassung entbunden.

In diese Katastrophe wurde auch Schleswig-Holstein hineingezogen. Den mit Unlust begonnenen Krieg gegen Dänemark hatte Preußen durch den Frieden vom 2. Juli 1850 beendigt und seine Officiere aus der holsteinischen Armee abberufen. Die Preußen und Schweden zogen fort und überließen Holstein und Dänemark sich selbst. Die Holsteiner verzagten jedoch nicht und glaubten mit den Dänen fertig zu werden, wenn ihnen die Mächte nur freie Hand ließen. Am 8. Juli 1850 versprach die schleswig-holsteinische Statthalterschaft in einer Proclamation das Festhalten an den Rechten der Herzogthümer und berief den verabschiedeten preußischen General v. Willisen an die Spitze des bis auf 24,000 Mann vermehrten und gut gepflegten Heeres, dessen einzige Schwäche in dem Mangel an Officieren bestand. Tillisch übernahm die Landesverwaltung von Schleswig allein (13.), und ein Manifest des Königs von Dänemark (14.) forderte die Herzogthümer zur Unterwerfung auf. Willisen gestattete den Dänen die Besetzung Schleswigs und nahm bei Idstedt (25.) die Schlacht an; welche für beide Theile sehr blutig war, aber mit dem Rückzuge der holsteinischen Armee auf Rendsburg endigte. Am 2. August unterzeichneten Oesterreich, Frankreich, England, Rußland und Schweden in London ein Protokoll mit Dänemark, worin sie erklärten, es sei ihr Wunsch, den Bestand der Besitzungen des Königs von Dänemark unverletzt zu erhalten und demgemäß die Erbfolge geregelt zu sehen. Nach solchen Kundgebungen war die Sache Schleswig-Holsteins verloren. Die Dänen besetzten Husum (6.) und Friedrichstadt (7.), welches letztere Willisen durch Sturm vergeblich wiederzuerobern strebte (4. October). Willisen, „der Diplomat in Waffen", verscherzte sich das Vertrauen der Armee und legte den Oberbefehl nieder (8. December). An seine Stelle trat General v. d. Horst. Oesterreich und Preußen schritten jetzt gemeinschaftlich zur Pacification Holsteins. Während ein österreichisches Corps unter Feldmarschall-Lieutenant Legeditsch sich in Bewegung setzte und bei Boitzenburg die Elbe überschritt (17. Januar 1851), brachten die preußisch-österreichischen Commissarien, v. Thümen und Graf Mensdorff-Pouilly, der Statthalterschaft in Kiel die Anträge ihrer Cabinete zur Entscheidung der Kriegs- und Friedensfrage. Mit Schmerz willigte die Landesversammlung in die Annahme dieser For-

derungen, unter der Bedingung, daß Rendsburg und Friedrichsort von holsteinischen Truppen besetzt blieben (11. Januar). Beseler legte seine Statthalterwürde nieder; die Armee wurde hinter die Eider zurückgezogen und auf ein Drittheil reducirt. Am 30. kamen die Oesterreicher und setzten den 1. Februar das Staatsgrundgesetz vom 15. September 1848 außer Kraft. Die Statthalterschaft legte die Regierung nieder (2. Februar) und die Bundescommissarien übernahmen die oberste Landesregierung (3.). Ihr erstes Werk war, Rendsburg den Dänen zu übergeben (9.). Der deutsche Bund wirkte den Officieren der holsteinischen Armee wenigstens Pensionen aus, nachdem das Heer aufgelöst und die deutschen Beamten vertrieben worden waren. Mehrere der letzteren fanden in Preußen und Gotha gastliche Aufnahme und eine Anstellung. Von dem Heer ließen sich viele für Brasilien anwerben und sind dort kläglich untergegangen. Die Dänen verfuhren in dem armen, von allen Seiten verlassenen Lande mit Strenge gegen alle Deutschgesinnte, ohne daß der deutsche Bund dagegen Einspruch erhob. Namentlich erregte es ein sehr unangenehmes Gefühl, als die dänische Regierung die Schleswig-Holsteinischen Anleihen aus den Jahren 1848 und 1850 annullirte (7. Juni 1852).

Die deutsche Gesammtfrage sollte in freien Conferenzen zu Dresden erledigt werden. Diese Conferenzen begannen am 23. December 1850 und endeten am 15. Mai 1851, an welchem Tage auch der König von Preußen eine Zusammenkunft mit dem russischen Kaiser in Warschau hielt. Oesterreich und Preußen hatten die Dresdener Conferenzen gemeinsam berufen und gemeinsame Vorschläge gemacht, die sehr viel Gutes enthielten, aber leider nur „schätzbares Material" für künftige Verhandlungen geblieben sind. Die Bevollmächtigten der kleineren Staaten stimmten nämlich gegen die österreichischen Vorschläge, sodaß Manteuffel und Schwarzenberg die Conferenzen vertagten (23. Februar 1851). Die Commissionen blieben jedoch einstweilen noch in Thätigkeit, bis zur Wiederherstellung des Bundestags. Dieselbe erfolgte am 14. Mai, nachdem die Bundescentral-Commission in Frankfurt a. M. am 12. ihre Schlußsitzung gehalten hatte. Da der Eintritt von Gesammtösterreich in den deutschen Bund an dem Widerspruch Frankreichs (Noten vom 31. Januar und 3. März 1851), wie an den Forderungen Preußens: „Parität und Wechsel des Präsidiums" (preußische Note vom 10. März, österreichische Note vom 17.) scheiterte, so wurde auf den Antrag Preußens (27. März) der frühere Bundestag wieder hergestellt, „weil er zu einem gedeihlichen Resultat der Arbeiten der Dresdener Conferenzen beitragen werde." Der Bundestag wurde am 5. Juni 1851 wieder eröffnet, aber ohne Feierlichkeiten, „weil er seit 1848 nur zeitweise ausgesetzt worden sei." Dar-

auf erklärte der preußische Gesandte (13.) die ohne Preußens Mitwirkung gefaßten Bundesbeschlüsse für ungiltig, und den Austritt der preußischen Provinzen Ost- und Westpreußen und Posen aus dem deutschen Bunde (4. October). Preußen mußte diesen Schritt deshalb thun, um nicht ganz vom Bundestage, bezüglich von Oesterreich, abhängig zu sein, denn der Protest Englands und Frankreichs gegen den Gesammteintritt Oesterreichs in den deutschen Bund war in Frankfurt als unberechtigt verworfen worden (17. Juli).

Der traurige Zwiespalt zwischen Oesterreich und Preußen setzte sich auf dem handelspolitischen Gebiete fort. Oesterreich wünschte mit dem Zollverein über gegenseitige Verkehrserleichterungen zu unterhandeln, indem es den Abschluß eines Handelsvertrages mit seinen Gesammtstaaten in Aussicht stellte. Preußen, welches dem österreichischen System gegenüber den Freihandel begünstigte, schloß ohne Vorwissen des Zollverbandes einen Vertrag mit Hannover (7. September 1851), dem auch Oldenburg (1. März 1852) beitrat, wonach vom 1. Januar 1854 die Zollschranken zwischen den paciscirenden Staaten fallen sollten, gegen Zusicherung eines Präcipuums von ¾ Thaler pr. Kopf an Hannover. Preußen forderte den Zollverein auf, dem Septembervertrage beizutreten, indem es sonstigen Falls den Zollverein kündigen würde (18. September 1851). Diese unumwundene Zumuthung erregte bei den mit Oesterreich befreundeten Regierungen viel Verdruß. Deshalb bewogen sie den Fürsten Schwarzenberg, eine Einladung zur Zollconferenz an alle deutschen Staaten zu erlassen (25. November). Diese Zollconferenz wurde in Wien ohne die Theilnahme Preußens eröffnet (4. Januar 1852). Dagegen forderte die preußische Regierung ebenfalls zu Zollconferenzen in Berlin betreffs der Verlängerung des Zollvereins und Einverleibung des Steuervereins auf (6. März), wobei sie von jeder vorhergehenden Verhandlung mit Oesterreich absehen zu müssen erklärte. Darauf bildete sich die Darmstädter Coalition. Sachsen, Bayern, Württemberg, Baden, Nassau und beide Hessen beschlossen in Darmstadt (6. April), Preußen zu bewegen, vor Reconstituirung des Zollvereins mit Oesterreich zu unterhandeln und so kam der Fortbestand des Zollvereins in Frage. Die Berliner Zollconferenzen begannen den 19., die Wiener schlossen den 20. April. Eine Versammlung von 300 deutschen Industriellen in Halle (27. Mai) sprach sich für den Fortbestand des Zollvereins aus, desgleichen mehrere deutsche Kammern, die aber durch Vertagung sogleich unschädlich gemacht wurden. Indessen wünschte eigentlich Niemand eine Aufhebung des Zollvereins, auch die Verbündeten nicht, die in Stuttgart von Neuem tagten (11. August), während Hannover, Oldenburg und Braunschweig der preußischen Regierung beigepflichtet und die thüringischen Staaten zu Weimar (8. November) die Fortdauer des Zoll- und Handelsvereins beschlossen hatten. Kaiser Franz

Joseph erschien unvermuthet in Berlin (17. December), wo die Zolldifferenzen ausgeglichen wurden. Oesterreichische und preußische Bevollmächtigte schlossen in Berlin den Zoll- und Handelsvertrag zwischen beiden Staaten ab (19. Februar 1853). Derselbe ist giltig für die Dauer von zwölf Jahren und der Beitritt zu ihm wird allen Staaten vorbehalten, die mit Preußen vom 1. Januar 1854 ab zum Zollverein verbunden sein werden. Oesterreich legte diesen Vertrag der Wiener Zollconferenz vor, die ihre Beistimmung ertheilte und auseinanderging (22.). Der Septembervertrag trat in Hannover am 23. ins Leben und bekundete seine Existenz durch die Einführung höherer Zölle und die Aufhebung des Harburger Freihafens. Die neuen Zollvereinsconferenzen in Berlin wurden fleißiger besucht (12. März) und der Zollverein selbst am 4. April unter Aufnahme des Steuervereins auf zwölf Jahre wiederhergestellt, worauf Oesterreich und Preußen die beiderseitigen Ratificationen auswechselten. Am 1. Januar 1854 sind Oesterreich und alle deutschen Staaten in ein erleichtertes Verkehrsverhältniß getreten, welches große Folgen verspricht. Von ebenso bedeutendem Einfluß ist schon der deutsch-österreichische Postverein geworden (1852) und Deutschland giebt sich der Hoffnung hin, daß der für die nächste Zeit angekündigte Münzcongreß ihm auch die Münzeinheit bringen werde. Man scheint die Wege der formell-politischen Einigung Deutschlands aufgegeben zu haben und von den materiellen Mitteln eine bessere Union als durch Bundesverfassungsreformen, und größere Zufriedenheit der Bürger zu erwarten. Auf den Antrag Oesterreichs, Preußens und Sachsens wurden die Bundescontingente um 50,000 Mann erhöht (11. März 1853).

Werfen wir noch kurz einen Blick auf die deutsche Flotte, welche von der Einheitsbegeisterung der Nation im Jahr 1848 mit großen Opfern geschaffen worden war. Sie bestand aus zehn größeren Kriegsschiffen, unter dem Oberbefehl des Contre-Admirals Brommy, lag unthätig in Bremerhafen und wurde von dem Marinerath in Frankfurt verwaltet. Als Preußen wieder in den deutschen Bund eintrat, beanspruchte es die Repartirung der von ihm für die Flotte gemachten Vorschüsse auf alle deutschen Staaten. Als diese die Zahlung weigerten und die Uferstaaten auf dem Flottencongreß in Hannover (20. März 1852) einen vergeblichen Versuch machten, die Flotte dem Gesammtvaterlande zu erhalten, übergab man die Kriegsschiffe Eckernförde (Gefion) und Barbarossa Preußen als Entgelt für seine Auslagen (10. April); den schlechteren Rest der Flotte noch länger zu unterhalten, bezeigten die Binnenstaaten und Oesterreich keine Lust. Demnach beschloß man die öffentliche Versteigerung der Flotte und alles Schiffsmaterials, mit Inbegriff eines Schiffssarges, nach dessen Verkauf die deutsche Flotte begraben war. Am 11. December 1852 wurden vom Commissar Fischer sechs Dampfschiffe

und am 16. März 1853 die beiden letzten Schiffe zu Brake an englische und hanseatische Schiffsrheder verkauft, der Admiral pensionirt, die Officiere und Marineräthe mit einem Bauschquantum, die Matrosen und Soldaten mit einem Monatsgehalt entlassen. Das kolossale hölzerne Bild Christian's VIII., welches bei Eckernförde von den Siegern geborgen worden war, erhielt der Herzog von Coburg-Gotha zum Geschenk (Januar 1854). Der goldene Traum einer deutschen Flotte ist zerflossen; aber das preußische Ministerium hat diesen Gedanken in treuem Herzen bewahrt und im Januar 1854 einen Theil des Jahdebusens für 500,000 Thaler zur Anlegung eines Kriegshafens erworben.

58. Die wichtigsten Momente aus der inneren Geschichte der deutschen Staaten.

Die Grundrechte wurden überall aufgehoben, die Wahlgesetze und Verfassungen modificirt, die Presse beschränkt und durch Cautionen und Gesetze geregelt, und das Vereinswesen auf das engste Maß zurückgeführt. Nachdem die Sonntagsfeier eingeschärft war, untersagte man den Postdienst an Sonn- und Feiertagen, und verbot die Feldarbeiten und geräuschvollen gewerblichen Beschäftigungen, sowie die Uebungen der Landwehr an diesen Tagen. Das Publicum war anfangs darüber mismuthig, fand es später jedoch so natürlich, daß es sich wunderte, wie es früher hatte anders sein können. Die Schule wurde unter strenge Aufsicht der Kirche gestellt, die confessionelle Scheidung in Lutheraner und Reformirte begünstigt, aber auch die freien Gemeinden gezwungen, ihre Kinder nicht von den eigenen Predigern, sondern von den Dienern der anerkannten Staatskirchen confirmiren zu lassen. Die Friedrich Fröbel'schen Kindergärten unterlagen in manchen Staaten einem Verbot, weil Karl Fröbel mit seiner Frau in Hamburg eine auf die Emancipation gerichtete weibliche Hochschule gegründet hatte. Kranken- und Unterstützungskassen, deren Mitglieder im Geruche der Freisinnigkeit standen, mußten eine polizeiliche Auflösung über sich ergehen lassen. Von den politischen Processen waren die wichtigsten: der Waldeck'sche (1849), dessen Verhandlung Vielen wie eine moralische Niederlage der Kreuzzeitungspartei erschien; der Hätzel'sche Handgranatenproceß (1849) und der Märzproceß vom Jahre 1853, welcher noch verhandelt werden soll, da es im ganzen nördlichen Deutschland Complicen zu entdecken gab. In Kassel erließ Vilmar (1852) einen Befehl, „zurechnungsfähigen Selbstmördern, Ehebrechern, Huren, Säufern, Aufrührern, Deutschkatholiken, Lichtfreunden und Verächtern der Gnadenmittel das kirchliche Begräbniß zu verweigern." Der preußische Kirchenrath verordnete, daß Lichtfreunde und Deutschkatholiken nicht als Pathen zugelassen werden sollten. Alles

Bestreben lief darauf hinaus, die gelockerten kirchlichen Bande überall straffer anzuziehen, um der Laxheit der Gesinnung und Moral entgegenzuwirken. Zur Kräftigung des protestantischen kirchlichen Geistes fanden Conferenzen und Kirchentage statt, deren glänzendster in Berlin gehalten wurde (20—24. September 1853), aber zu einem Zwiespalt zwischen den Confessionellen und den Unionisten (Pischon, Jonas, Sydow und Anderen) führte, indem letztere einen Protest gegen die die Union gefährdenden Tendenzen des Kirchentags einlegten. Jesuitische Missionsprediger durchzogen die Rheinlande, Westphalen, Schlesien, Ostpreußen und Bayern und hatten viel Zulauf, sodaß der evangelische Oberkirchenrath in Preußen eine Warnung zu erlassen und ebenfalls Reise- und Missionsprediger auszusenden für gut fand (1852). Die katholischen Pius- und Vincenzvereine entwickelten große Thätigkeit; der Vicar Adolf Kolding in Elberfeld stiftete die segensreichen Gesellenvereine; der Klerus versammelte die Gläubigen in Aachen zu den Heiligthumsfahrten; Franziskaner, Kapuziner und Jesuiten ließen sich im Lande nieder und erregten den alten Streit über die bischöfliche Oberaufsicht der Klöster; Maria-Herzbrüderschaften und Rosenkranzvereine schärften die confessionelle Absonderung. Dagegen blieb man protestantischerseits mit der Stiftung von Rettungshäusern und Diakonissen-Krankenanstalten nicht zurück und Damen der höchsten Stände ließen sich als Krankenpflegerinnen einkleiden. Missions-, Mäßigkeits- und Bibelvereine beförderten die Moralität und den kirchlichen Sinn. Bei einer solchen Spannung der Gegensätze konnten Conflicte nicht ausbleiben und diese finden katholischerseits immer mit der Staatsgewalt statt. Am 24. April 1852 starb der Großherzog von Baden, worauf sein zweiter Sohn, Prinz Friedrich, Regent wurde. Die Landesbehörde ordnete eine Todtenfeier für den 10. Mai an. Der Erzbischof von Freiburg, Hermann von Vicari, erklärte sich außer Stande, den Trauergottesdienst für Einen zu halten, der nicht in der Gemeinschaft der Kirche gestorben sei, und ordnete auf nochmaliges Andringen der Staatsbehörde blos ein Dankfest (2. Juni) für die vom verstorbenen Großherzog empfangenen Wohlthaten an und verurtheilte die 110 Geistlichen, welche gegen seinen Willen einen Trauergottesdienst gefeiert, zu geistlichen Uebungen im Pönitenzhause von St. Peter (16—28. August). Die Regierung erkannte die Rechtsbeständigkeit dieser erzbischöflichen Verordnung nicht an, weil letztere ihres Placets ermangelte und sicherte den Geistlichen, welche dem erzbischöflichen Befehl nicht nachkämen, ihren Schutz zu. Dennoch gehorchten die Geistlichen, bis auf fünf, ihrem Oberhirten und thaten Buße. Schon vorher hatte der Erzbischof eine Conferenz mit den Bischöfen von Fulda, Limburg, Mainz und Rottenburg abgehalten (10. und 11. Februar), worin sie mit Bezug auf ihre Eingabe vom März 1851 erklärten, daß sie alle niederen Stellen in

ihren Sprengeln zu besetzen verlangten, Priesterseminarien und Convicte errichtet werden und ihrer Aufsicht untergeordnet sein sollten, die Disciplinargewalt über ihren Klerus ihnen zustehen müsse, die Verwaltung des Kirchenfonds zwar den Regierungen verbleiben, aber die Verausgabung von der Einwilligung der Bischöfe abhängig sein solle. Würden diese Artikel von der badischen Regierung, welche sich am meisten sträubte, nicht zur Ausführung gebracht, so würden sie so handeln, als ob sie wirklich bewilligt worden wären, möge daraus entstehen, was da wolle. Die Regierungen der oberrheinischen Kirchenprovinz einigten sich am 5. März 1853 über ein gemeinschaftliches Verfahren betreffs der Ausübung des oberhoheitlichen Schutz- und Aufsichtsrechts über die katholische Landeskirche. Der Großherzog Ludwig III. von Hessen ging zuerst mit einem Gesetz vor, wogegen Vicari als uncanonisch protestirte. Der badische Minister Freiherr v. Marschall suchte zu vermitteln, wurde aber abgewiesen. Die oberrheinischen Bischöfe hielten im Juni eine neue Zusammenkunft. Gleich darauf protestirte der Erzbischof gegen den katholischen Oberkirchenrath Badens als eine Staatskirchenbehörde, forderte seine Mitglieder zum Austritt auf und drohte ihnen mit Excommunication, wenn sie sich seinen Anordnungen nicht fügen würden. Der Oberkirchenrath lehnte dies Ansinnen ab; der Erzbischof drohte nochmals und verbot jedem Geistlichen, eine Ernennung zu einem Amte vom Oberkirchenrathe anzunehmen. Im August erschien die auf der letzten bischöflichen Conferenz beschlossene Denkschrift, worin jeder Regierung, die sich nicht füge, der entschiedenste Widerstand angekündigt wurde. Vicari wies namentlich jede Einmischung der Staatsgewalt in die geistliche Gerichtsbarkeit ab, nahm die Besetzung aller Pfründen und Seminarstellen für sich in Anspruch, desgleichen die Jurisdiction über die theologischen Professoren, hielt die Errichtung von Ordenshäusern in einem constitutionellen Lande für erlaubt, und sah keinen Grund ein, warum päpstliche Breves erst das landesherrliche Placet erhalten sollten u. s. w. Wenn der Staat sehr schwach ist und in seiner Schwäche die Dienste der Kirche verlangt hat, so säumt die Kirche nicht, den Dank und Lohn bald einzufordern. Dies bewährte sich in Baden, wo die Republikaner die Staatsgewalt sehr geschwächt hatten. Die Regierung schritt erst gegen die Hierarchie ein, als der Erzbischof seine Drohungen durch die That bewahrheitete, und den 3. November als letzten Termin für die Auflösung des Oberkirchenraths bestimmte, ja aus eigner Machtvollkommenheit einen ultramontanen Pfarrer in Constanz einsetzte. Das Ministerium verbot nun (7. November) die Bekanntmachung der erzbischöflichen Verfügungen, wenn dieselben nicht von dem Specialcommissar Burger in Freiburg gutgeheißen seien und drohte, mit der Strenge der Gesetze gegen die „Ruhestörer" einzuschreiten. Jetzt that der Erzbischof die Mitglieder des katholischen Ober-

Kirchenraths und den Stadtdirector Burger öffentlich in den Bann (15.), und erklärte, die Verantwortlichkeit alles Dessen, was die Geistlichen in seinem Namen thäten, übernehmen zu wollen. Hundertfunfzig Geistliche hatten der weltlichen Gewalt den Gehorsam gekündigt und man konnte nicht gegen Alle mit Strenge vorgehen, weil man beim katholischen Landvolk anzustoßen fürchtete. Der Erzbischof aber erwarb sich den Beifall seiner deutschen Collegen und des Papstes, der öffentliche Gebete für die bedrängte Kirche Badens anstellen ließ Ein geheimnißvolles Attentat auf den Regenten, das sich aber neuerdings harmlos aufgeklärt hat, Gährungen im Seekreise scheinen mit diesen Conflicten im Zusammenhange zu stehen. Der Regent sandte den Grafen von Leiningen nach Rom, um eine Vereinbarung anzubahnen.

In Oesterreich ist am 13. April 1851 ein Reichsrath eingeführt worden und ein kaiserliches Patent vom 31. December 1851 setzte die Verfassungsurkunde vom 4. März 1849 und die Grundrechte außer Kraft, sicherte aber allen gesetzlich anerkannten Religionsgesellschaften Glaubensfreiheit zu und bestimmte die Grundzüge für die organischen Einrichtungen des Kaiserstaats, die im Juli 1854 durch landständische Verfassungen vollendet wurden. Zwölf Erziehungsanstalten für die Soldatenkinder sorgten für tüchtige Subaltern-Officiere. Das Unterrichtswesen hebt sich auf neuen liberalen Grundlagen empor. Im Heere lebt ein gewaltiger Geist, welcher die widerstrebenden Elemente zusammenhält. Reichsrath und Minister sind nur der Krone verantwortlich (20. August 1851). Am 5. April 1852 starb der Ministerpräsident Fürst Schwarzenberg; Graf Buol v. Schauenstein übernahm das Ministerium des Auswärtigen und des Kaiserhauses, um in Schwarzenberg's Geist fortzuwirken. Der junge Kaiser scheint von der Liebe des Volkes getragen zu sein und Oesterreichs Aufgabe und Bedürfnisse zu kennen. Auf den Reisen, welche der Monarch durch alle Theile seines Landes machte, gab man ihm rührende Beweise der Anhänglichkeit, welche nach dem schändlichen Attentat des ungarischen Schneiders Johann Libenyi (18. Februar 1853) recht deutlich zu Tage kam. Dieser durch den Bürger Ettenreich und den Grafen O'Donnell vereitelte Mordversuch hielt das Werk der Reform nicht auf. Bereits am 2. März erschien ein neues kaiserliches Patent über die Urbarial-Entschädigung und Grundentlastung in den Königreichen Ungarn, Kroatien und Slavonien, dem Banat und Serbien. Der Kaiser vermählte sich am 22. April 1854 mit der bayrischen Herzogin Elisabeth Amalie Eugenie, erließ eine umfassende Amnestie und hob den Belagerungszustand im lombardisch-venetianischen Königreiche auf. Von besonderer Wichtigkeit war das große Manöver bei Olmütz im September 1853. Die Sendung des Grafen Leiningen nach Konstantinopel betreffs des Kampfes der Montenegriner, die Vermählung der Erzherzogin Marie mit

dem Herzog von Brabant, und die Differenz mit Amerika wegen der Verhaftung des ungarischen Emissärs Kosta in Smyrna (23. Juni 1853) haben den Glanz und die Macht des Kaiserstaats neuerdings bewährt. Die sehr zerrütteten Finanzen scheinen sich mit jedem Jahre zu bessern; wenigstens haben sie nicht dem Eisenbahnbau Eintrag gethan und auch nicht das Zustandekommen der freiwilligen Anleihe von 500 Millionen Gulden vom Jahre 1854 verhindert.

Die preußischen Kammern, welche am 7. August 1849 wieder eröffnet wurden, revidirten die Verfassung im Sinne der Regierung, worauf der König die Constitution am 6. Februar 1850 beschwor. Das Attentat des wahnsinnigen Sefeloge (22. Mai 1850) führte zur Octroyirung einer strengen Preßordnung (5. Juni 1850). Die Liberalen, welche in der ersten Session noch mit der Regierung gegangen waren, trennten sich in der neuen Session von derselben (21. November 1850 bis 9. Mai 1851) und bildeten die Opposition. Das constitutionelle System erlitt vielerlei Anfechtungen von Seiten der Alt- und Neupreußen und der Orthodoxen, und scheint weder in dem preußischen Volke Boden zu gewinnen, noch in maßgebenden Kreisen beliebt zu sein. Daher wurde von entgegengesetzten Seiten her schon oft die Frage aufgeworfen, ob es nicht besser sei, die Verfassung lieber im ordentlichen Wege abzuschaffen, als durch einen Scheinconstitutionalismus den sittlichen Gehalt des Volkes zu gefährden und das Mistrauen zwischen Fürst und Volk zu verewigen. Die Wiederherstellung der Provinziallandtage (28. Mai 1851) verursachte viel Unruhe unter den Constitutionellen, welche sich der Wahlen zu den Provinziallandtagen enthielten. Ein neues Strafgesetz, welches den Geschwornengerichten die Preßprocesse entzog, trat mit dem 1. Juli 1851 ins Leben, während die Gewerbegesetze vom 9. Februar 1849 erhebliche Veränderungen erlitten. Das Verbot des Besuchs von Jesuitenschulen und der Niederlassung der Jesuiten in Preußen brachte unter dem katholischen Klerus einen Sturm hervor. Bald darauf erschien ein in den Diöcesen Trier und Köln befolgtes päpstliches Breve in Bezug auf die Schließung gemischter Ehen. Der König erklärte dasselbe „eines Protestanten durchaus unwürdig" und bedrohte jeden Officier mit Entlassung, der sich dem Bischof eidlich verpflichte, seine Kinder katholisch erziehen zu lassen. Preußen hatte am Ende des Jahres 1853 eine verzinsliche Schuld von 188,347,625 Thalern und eine unverzinsliche von 30,842,347 Thalern. Im Ministerium trat v. Raumer (19. December 1850) an v. Ladenberg's, v. Bodelschwingh an v. Raabe's (23. Juli 1851), v. Bonin (13. Januar 1852) an v. Stockhausen's Stelle, um (5. Mai 1854) durch Graf Waldersee abgelöst zu werden, weil er sich stark gegen Rußland erklärt hatte. v. Westphalen leitet seit dem 19. Dec. 1850 das Innere, v. Manteuffel als Präsident und mit der Autorität einer den Ministern über-

geordneten Instanz, das Auswärtige. Von erheblicher Wichtigkeit war die günstige Aenderung der öffentlichen Meinung über den erlauchten Thronfolger. Seine Stellung als Protector der von der evangelischen Kirchenzeitung scharf befeindeten Freimaurer, noch mehr aber sein entschiedenes Auftreten gegen die russenfreundlichen Tendenzen gewisser Kreise verliehen ihm eine Popularität, welche das Fest seiner silbernen Jubelhochzeit zu einem aus dem Herzen kommenden Volksfeste und zu einer ungesuchten Demonstration gegen die Russenliebhaberei machte (11. Juni 1854).

Bayern, für welches der kunstsinnige Ludwig große Opfer gebracht hat, sah durch König Max eine neue Morgenröthe der Wissenschaft und Poesie anbrechen. Die Universität München wurde der Sammelplatz der ausgezeichnetsten Männer, und was dabei das Wichtigste ist, — die Berufungen fanden ohne Unterschied des politischen und religiösen Glaubensbekenntnisses statt. Der König unterstützte mit großer Freigebigkeit junge Dichtertalente und gewährte Dingelstedt bereitwillig die Mittel, das Münchener Theater zu einer wahrhaften Musteranstalt für Deutschland umzuschaffen.

In Sachsen wurde die Verfassung von 1831 wieder hergestellt (3. Juni 1851). Die Fürsten von Hohenzollern traten ihr Land an Preußen gegen eine jährliche Rente von 27,000 Thalern ab (5. und 8. April 1850). Die Herzogthümer Anhalt-Köthen und Dessau wurden im Januar 1853 mit einander verbunden.

59. Schweiz. Holland. Belgien.

Der Canton Neuenburg sagte sich (1. März 1848) von der Oberherrlichkeit des Königs von Preußen los, wodurch die Schweiz zu diesem Staat in ein gespanntes Verhältniß trat. Ueberhaupt waren die Nachbarstaaten mit dem Verhalten der Schweiz in den unruhigen Jahren 1848 und 1849 nicht zufrieden, weil sie allen Unruhstiftern eine Freistatt gewährte. Ernstliche Vorstellungen, dann Grenzsperren führten endlich zu einem loyaleren Benehmen der Schweiz. Die neue Bundesverfassung vom 12. September 1848, welche die alte Cantonalsouverainetät etwas verkürzte, hat mehrere wichtige Reformen im Münz-, Zoll-, Post- und Eisenbahnwesen gebracht. Putschversuche der Ultramontanen in Freiburg (22. April 1853) sind glücklich verhindert worden. Im Canton Bern herrschten die Conservativen, wurden aber 1854 mit geringer Majorität wieder aus dem Felde geschlagen. Die Säcularisation des Unterrichts betraf die Tessiner Klostergeistlichkeit hart. Ein Protest der österreichischen Regierung dagegen war nutzlos, und führte zur Ausweisung der lombardischen

Capuziner (14. November 1852), worauf Oesterreich alle Tessiner aus der Lombardei entfernen ließ und seine Verbindung mit der Schweiz viele Monate hindurch abbrach (21. Mai 1853).

König Wilhelm II. (1839—1849) von Holland suchte bei seinem Regierungsantritt die Gemüther zu gewinnen, indem er die Minister für verantwortlich erklärte. Mit dem Zollverein (1842) und mit Belgien (1843) wurde ein Handelsvertrag geschlossen. Das steigende Deficit nöthigte 1844 zu einer außerordentlichen Vermögenssteuer. Unter der Regierung Wilhelm's III. fand eine liberale Revision der Verfassung und die Abschaffung der Goldrechnung statt. Die allgemeine Abschaffung der Sclaverei schreitet in den niederländischen Colonien planmäßig vorwärts und scheint zu einem gedeihlichen, von Erschütterungen freien Ende zu führen. Kämpfe mit den räuberischen Stämmen auf Java und auf Borneo und mit den Chinesen, welche sich 1851 hier einnisten wollten, Theuerungsunruhen, die Austrocknung des Harlemer Meeres (1852), Canalbauten, die Aufhebung der Rheinschifffahrtsgebühren für holländische Rheder bezeichnen die nächsten Jahre. Thorbecke, der seit dem 30. October 1849 an der Spitze des Ministeriums stand, nahm am 19. April 1853 seine Entlassung, worauf v. Hall eintrat. Der Grund seines Austritts war eine Meinungsverschiedenheit zwischen ihm und dem König betreffs der päpstlichen Allocution, in welcher das mit dem „ketzerischen", „ungläubigen" Holland abgeschlossene Concordat den Katholiken der Niederlande bekanntgemacht wurde. Die trägen Holländer erhoben sich zu einer gewaltigen Opposition gegen die päpstliche Anmaßung und bestürmten den König mit Petitionen, die Ernennung des Erzbischofs und der Bischöfe nicht zu genehmigen. Der König ging indeß von dem Verfassungsgrundsatz, daß alle Culte frei seien, nicht ab, versprach dagegen strenge Beaufsichtigung derselben. Der Stand der niederländischen Finanzen ist erfreulich.

Das politische Interesse Belgiens bewegte sich um den Streit der liberalen und katholischen Partei. Das katholische Ministerium de Theux trat 1840 zurück, worauf das gemäßigt-liberale Lebeau-Rogier seine Stelle einnahm. Es dankte aber schon im April 1841 wieder ab, da es der zahlreichen katholischen Opposition nicht gewachsen war. Das Uebergangsministerium Nothomb hielt sich bis 1846, wo de Theux auf kurze Zeit wieder ans Ruder kam. Die Wahlen von 1847 waren so entschieden liberal ausgefallen, daß der König es wieder mit Rogier versuchte. Dies, sowie das hochherzige Anerbieten des Königs, freiwillig dem Throne zu entsagen, bewahrte Belgien vor den Schrecknissen der Revolution. Ein von Frankreich aus unternommener Freischaarenzug zur Revolutionirung Belgiens scheiterte (25. März 1848) an dem Widerwillen der Bevölkerung. Belgien schaarte sich um den König, als die feste Stütze der Freiheit und Ordnung, und war entschlossen, seine Unabhängigkeit gegen

französische Eroberungsgelüste zu vertheidigen. Die Kammern bewilligten eine außerordentliche Steuer von $^{8}/_{12}$ der Grundsteuer, ein Zwangsanlehen von 25 Millionen Francs für die Militairbedürfnisse und die Förderung der Industrie, sowie die Staatsgarantie zur Ausgabe von 30 Millionen Francs Banknoten. Die Forderungen des demokratischen Zeitgeistes wurden mit billigen Opfern erkauft, indem der Wahlcensus auf 20 Gulden ermäßigt, der Zeitungsstempel aufgehoben und den Staatsdienern der Eintritt in die Kammern untersagt wurde. Die Kammern des Jahres 1850 gehörten meist der liberalen Partei an, sodaß Rogier die Unterrichtsfrage in ihrem Sinne erledigen konnte. Die Handelsverträge mit Frankreich (16. Juli 1842 und November 1849) und dem Zollvereine (1. September 1844 und 1852) beförderten den Wohlstand, welchen man, wie immer mehr erkannt wurde, der Umsicht und geschickten Leitung des Königs verdankte. Daher waren die Beweise der Theilnahme, welche das Volk beim Tode der Königin Louise (11. October 1850) und der Vermählung des Herzogs von Brabant mit einer österreichischen Prinzessin (22. August 1853) an den Tag legte, so ungeheuchelt und aufrichtig, daß sie selbst dem kältesten Beobachter Achtung für das königliche Haus einflößten. Der Proceß des Grafen Hippolyt de Bocarmé steht glücklicherweise vereinzelt als trauriges Zeichen einer auch unter den höheren Ständen herrschenden Sittenlosigkeit da. Die Nichtannahme des Erbschaftssteuergesetzes durch die Kammern (1851) führte zu Ministerkrisen, die erst am 30. October 1852 endeten, wo de Brouckère ein neues Cabinet bildete. Unter ihm wurde die Reduction der 5procentigen Schuld von 1840 auf 4½ Procent ins Werk gesetzt, wie die Finanzen sich überhaupt eines gedeihlichen Standes erfreuten. In Rücksicht auf diesen günstigen Finanzzustand bewilligten die Kammern auch den polnischen Officieren, welche 1852 aus Furcht vor Rußland entlassen worden waren, Pensionen. Um Louis Napoleon, der Belgien sehr bedrohte, zufriedenzustellen, nahmen die Kammern ein strengeres Preßgesetz an, welches die Beleidigung fremder Monarchen durch die Presse mit strengen Strafen belegte. Aus Furcht vor französischen Eingriffen erhöhte man den Militairetat (1852) und machte (1853) so gewaltige Rüstungen, daß alle Welt den Krieg nahe glaubte und in diesem Glauben durch die Reisen des Königs nach England, Preußen und Oesterreich bestärkt wurde.

60. Die nordischen Reiche: Dänemark, Schweden und Norwegen.

Nach einer Sturmpetition vom 21. März 1848 in Kopenhagen trat das Casinoministerium (Graf Adam Wilhelm Moltke, v. Bardenfleth, Graf Knuth, Tscherning, Monrad, Bluhme, Zahrtmann, Orla Lehmann

und Hvidt) in die Regierung, welches im Aeußern eine national-dänische Politik verfolgte, im Innern die demokratischen Grundsätze zur Geltung brachte. Am 23. October wurde der nach einem sehr freisinnigen Wahlgesetz gewählte Reichstag eröffnet, welcher am 25. Mai 1849 eine auf dem Zweikammersystem beruhende, liberale Verfassung annahm. Die Parteistellung des dänischen Reichstags richtete sich nicht nach Principien der inneren, sondern nach denen der äußeren Politik. Am 18. November 1848 fand ein Ministerwechsel statt. Moltke bildete ein neues Cabinet aus Graf Sponneck, Madvig, Bang, Hansen und Clausen, wozu am 10. August 1850 noch Freiherr v. Reedtz kam. Die neue Organisation der Staatsverwaltung (28. Januar 1852), durch welche die Administration der einzelnen Landestheile getrennt wurde, führte eine Veränderung des Ministeriums herbei: Graf Reventlow-Criminil wurde für Holstein-Lauenburg, Graf Karl Moltke für Schleswig, Hansen, Bluhme, Graf Sponneck, Bille, Bang, v. Scheel für Dänemark ernannt. Obwohl das Amnestiedecret vom 29. März 1852 denen, welche sich rein politischer Vergehen schuldig gemacht, Gnade zusicherte, so wurden doch eine Menge Beamte aus den Herzogthümern ausgemerzt und mit einem Male acht Kieler Professoren ohne Pension entlassen. Der Reichstag von 1852 bis 1853 war sehr wichtig, da er über die Einheit der Monarchie und die Verlegung der dänischen Zollgrenze an die Elbe, endlich über die Anerkennung des in London durch Protokoll vom 8. Mai 1852 mit den Großmächten vereinbarten Thronfolgers Christian von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg verhandeln sollte. Der Volksthing zeigte sich mit der Regierung nicht einverstanden und wurde aufgelöst. Gleiches Schicksal theilte am 19. April der neugewählte Volksthing, weil er dem Ministerium nicht die benöthigte Majorität von drei Viertel bezüglich des Erbfolgegesetzes gegeben hatte. Auch im Ministerium herrschte Meinungsverschiedenheit, Oersted wurde Ministerpräsident und Bang trat aus. Erst der zum dritten Male gewählte Reichstag gab am 21. Juni seine Zustimmung zur Thronfolgeordnung gemäß der königlichen Botschaft vom 4. Nov. 1852 und genehmigte einige vom Gouvernement gewünschte Aenderungen in der Verfassung und im Wahlgesetze. Hinsichtlich des Budgets schlugen jedoch die Stände die Erhöhung des Kriegs- und Marine-Etats ab. Die Verlegung der Zollgrenze von der Eider an die Elbe erfolgte am 1. Juni, wodurch Altonas Handel hart getroffen wurde.

In Schweden regierte Karl XIV. Johann von 1818—1844, und darauf sein Sohn Oskar I., welcher sich 1823 mit der Prinzessin Josephine von Leuchtenberg vermählte. Beide Regenten verstanden ihren Beruf, und das Land gedieh bei den vielen Verbesserungen, welche sie im Straßen- und Kanalbau, in Heer, Flotte, Volksunterricht und Polizeipflege trafen. Karl und Oskar hielten das gute Einvernehmen mit

Rußland, welches Schweden von Finnland aus bedrohte, aufrecht und knüpften das Bündniß mit Dänemark enger. Das Volk vermerkte diese russische Freundschaft sehr übel, ohne daß es zu erheblichen Ruhestörungen gekommen wäre. Der schwedischen Politik im Jahre 1830 und 1831 und der skandinavischen Bestrebungen haben wir schon (S. 120 f. und 279 f.) gedacht. Die entthronte Dynastie Wasa wurde für ihr Vermögen mit einem Bauschquantum von 577,135 Thaler Hamb. Banco entschädigt. Doch hatte sie unter dem Adel noch viele Freunde, welche der Regierung theils durch oppositionelles Gebahren auf den Reichstagen, theils durch Verschwörungen manche Noth bereiteten. Dagegen besaßen die Wasas in den Herzen des Volkes keinen Boden, weshalb auch der König die über die Verschwörer v. Duben und v. Vegesack verhängte Strafe des Exils schon nach drei Jahren wieder aufheben konnte (1834). Die Angelegenheit des Capitain Lindeberg, der wegen eines durch die Presse begangenen Majestätsverbrechens zum Tode verurtheilt war und weder um Gnade bitten, noch die vom König verfügte Strafmilderung annehmen mochte, erregte europäisches Aufsehen. Der König, welcher die Unvereinbarkeit des schwedischen Majestätsgesetzes mit den Sitten des Zeitalters fühlte, wußte sich nicht anders aus dieser fatalen Lage zu ziehen, als daß er am Jahrestage seiner Königswahl eine allgemeine Amnestie für die politischen Verbrecher bewilligte und beim Reichstage die Abschaffung der Todesstrafe für Majestätsverbrechen beantragte. Der Reichstag unterschied jedoch mehrere Arten von Majestätsverbrechen und ließ bei dem höchsten Grade die Todesstrafe fortbestehen.

König Oskar gilt als ein menschenfreundlicher und höchst wohlwollender Regent, wie dies auch das angelegentliche Studium der Mittel zur Hebung des Volks in seinen materiellen und intellectuellen Verhältnissen, sowie zur Verbesserung des Strafsystems zeigt. Das neue, mildere Criminalgesetzbuch, welches dem Reichstage (1844) zwar vorgelegt, aber nicht genehmigt wurde, war hauptsächlich sein Werk. Ein neues, auf den Grundsatz der Gleichheit basirtes Erbschaftsgesetz schnitt dem verarmten, aber stolzen Adel Schwedens tief ins Fleisch (1844). Von der Opposition zur Aenderung der Verfassung gedrängt, setzte Oskar eine Commission zur Berathung derselben nieder (1846). Die neue Verfassung und Reichstagsordnung gelangte aber erst 1850 an den Reichstag, und erlebte das Geschick, von allen drei Ständen (23. Nov.), aber aus verschiedenen Gründen, verworfen zu werden. Die Rüstungen zu Gunsten Dänemarks (1848) hatten nicht nur die Zolleinnahmen verschlungen, sondern auch die Schulden um 1½ Mill. Thaler Bco. vermehrt; deshalb verwarf die Priester- und Adelscurie (1837) die verlangte Aussteuer von 18,000 Thlr. für die Kronprinzessin, wogegen der Bürgerstand sie bewilligte, zumal andere Ersparungen verheißen wurden. In der That



wies das Budget von 1853 einen Ueberschuß von 1.200,000 Thlr. nach, ungeachtet die Cholera und eine gräßliche Hungersnoth dem Staat viele Opfer abgenöthigt hatte. Der Aufstand und Ausbruch der Stockholmer Sträflinge (13. Dec. 1853), welcher die Hauptstadt in tödtlichen Schrecken versetzte, scheint nicht von den Sträflingen selbst, sondern im Einverständniß mit Personen außerhalb der Anstalt angezettelt gewesen zu sein. Die Verhandlungen mit Dänemark wegen des Sundzolls führten zu keinem Resultat. Viel Aufsehen erregten in Europa die Ausweisungen von Katholiken und Sectirern aus Schweden, wo keine andere als die lutherische Religion geduldet wird. Die Geistlichkeit besitzt dort einen ungemeinen Einfluß, und hat im Jahre 1851 ein Gesetz für die verbesserte Seelsorge in der Hauptstadt durchgesetzt, das jedes Mitglied der Staatskirche jährlich zu einer Katechismusprüfung und zum Genuß des heiligen Abendmahls verpflichtet.

Norwegen, seit 1815 mit Schweden verbunden, ist äußerst eifersüchtig auf seine Selbstständigkeit. Eine Bauernrepublik unter einem sehr beschränkten Erbkönige, fürchtet Norwegen das Eindringen des schwedischen Adels und beschloß in drei aufeinanderfolgenden Sitzungen die Aufhebung der Adelsvorrechte gegen eine billige Entschädigung, mit dem Verbot, neue Adelsdiplome auszugeben (4. Aug. 1821). Um die Tilgung der von Dänemark übernommenen Staatsschuld von 2,400,000 Thlr. Spec. zu erleichtern, verzichteten König und Kronprinz für die nächsten zehn Jahre auf die Civilliste (1821). Vergebens bemühte sich der König, die Verwandlung des suspensiven Veto in ein absolutes beim Storthing durchzusetzen. Für die Volks- und wissenschaftliche Bildung sorgte das Land durch die Gründung der Universität zu Christiania, des Gymnasiums zu Skien (1824) und eines Schullehrerseminars (1825). 1838 erhielt Norwegen eine eigene Flagge und 1840 hatte sich der Finanzzustand so gebessert, daß der König ersucht werden konnte, die Civilliste für die Zukunft anzunehmen. Der am 11. Febr. 1851 eröffnete Storthing hob am 13. Juni die Ausschließung der Juden vom norwegischen Boden auf. Eben so wichtig war die Erlaubniß zum Bau einer katholischen Kirche in Christiania, welche im December 1853 feierlich eingeweiht wurde. Es ist dies die erste katholische Kirche, welche in Norwegen seit der Reformation gebaut wurde. Communistische Umtriebe unter den hungernden Arbeiterclassen, welche auf actives Bürgerrecht und Verbesserung ihrer Lage Anspruch machten, wurden mit Strenge unterdrückt.

61. Rußland, Türkei und Griechenland.

Die Bestrebungen Rußlands sind in der neuesten Zeit darauf gerichtet gewesen, sich vom Auslande möglichst abzuschließen und seine Bedürfnisse selbst zu befriedigen. Durch Cancrin's Bank- und Hypothekenwesen floß das Geld der Privaten in die öffentlichen Institute. Davon unterstützte der Kaiser die Industrie, das Fabrikwesen und den Handel in der großartigsten Weise, bekam aber auch die Einzelnen so in seine Hände, daß jede Regung des Misvergnügens den Vermögensruin des Unvorsichtigen zur Folge haben konnte. Im Jahre 1853 fand eine große Industrie-Ausstellung zu Moskau statt, welche von 568 Ausstellern beschickt wurde. Ueberzeugt, daß die Russen ein kerngesundes Naturvolk seien, welches den kranken Westen früher oder später an sich reißen werde, konnte der Czar gar nicht anders, als die Volksthümlichkeit, Sprache und Religion anderer Völker seines weiten Reichs unterdrücken, um das Volk der Russen vor Ansteckung zu bewahren. Die widerspenstigen Polen sind so russificirt, daß sie in den panslavistischen Bestrebungen ihr Heil suchen. Wenigstens ging der Aufstand Dombrowski's in Siedlce (21. Febr. 1846) spurlos vorüber. Die Nachbarländer haben bitter, aber vergeblich über Verletzung der Verträge von 1815 geklagt, als Rußland seine Grenzen sperrte und den Handel und Gewerbfleiß der preußischen Ostprovinzen zerstörte. Katholiken und Protestanten wissen die Bekehrungsversuche, die Bedrückungen und die Bestrafungen derer, welche zur griechischen Kirche übertreten und rückfällig geworden sind, nicht schwarz genug zu schildern. Die Juden ließ der Kaiser ins Innere verpflanzen und zwang sie, ihrer Verfassung zu entsagen (1846). Im Jahre 1851 wurden alle dreizehnjährigen jüdischen Knaben dem Elternhause entrissen und in ferne Kosakendörfer geschleppt, wo sie getauft und zum Seedienst erzogen wurden. Die revolutionairen Bewegungen der jüngsten Vergangenheit im Westen hatten Rußlands Ansehen gehoben. Das Czarenreich erschien, wie ein Fels im Meer, an dem die Brandung der stürmischen Zeit abprallte, ein Hort für die bedrohten Interessen des Conservatismus und der Legitimität in Oesterreich, Preußen, Deutschland, Skandinavien und der Türkei. Noch nie stand Rußlands Wage so hoch als 1848—1850, wo es die Schiedsrichterrolle im mittleren und südöstlichen Europa spielte und die deutschen Großstaaten sich vor seinem Spruche beugen sah. Die Einleitungen zu der Machtstellung Rußlands waren schon viele Jahre vorher durch Verheirathungen mit deutschen Fürstenfamilien getroffen worden. Auch die Reisen des Kaisers, auf denen er viele Geschenke austheilte, sein liebenswürdiges Wesen und seine soldatische Geradheit erwarben ihm die Zuneigung mancher hohen Beamten und Militairs. Während der ungarischen Occupation gelangte eine dunkle Kunde nach Europa, daß in Be-

tersburg eine große Verschwörung entdeckt worden sei und an andern Orten sich Spuren von gelockerter Disciplin unter dem Heere gezeigt hätten. Da die Ereignisse im Westen Rußlands Einfluß so wunderbar begünstigten, so ist es nicht gerade seltsam, wenn der Kaiser darin einen besondern Beistand Gottes erblickte. „Ja, wahrlich“, so hieß es in einer seiner Proclamationen vom September 1849 „mit Uns ist Gott! Hört es ihr Völker und demüthigt euch! Mit Uns ist Gott!“ Die Lieblingswünsche Rußlands, in den Besitz Konstantinopels und des Sundes zu gelangen, schienen der Erfüllung nahe. In den Donaufürstenthümern wurden die Officiere und Unterofficiere der Occupationsarmee aufgefordert, sich mit Landestöchtern zu verheirathen. In Bulgarien und Serbien wimmelte es von Emissären, welche auf die Ankunft der Russen vorbereiteten. Welche Wirkung dies hervorbrachte, werden wir bald sehen. Durch das Londoner Protokoll vom 8. Mai 1852 ist das russische Herrscherhaus der nächste Erbe des dänischen Thrones geworden. Allein in diesen Freudenbecher mischte das Schicksal auch einige Tropfen Wermuth, indem der Kaiser seinen treuen Bruder Michael (1849) und seinen geliebten Schwiegersohn, den Herzog von Leuchtenberg (1848), verlor. Die russischen Finanzen befanden sich in einer bedenklichen Lage, und wurden theils durch englische oder holländische Anleihen, theils durch Zwangsanleihen und ähnliche Maßregeln im Innern leidlich erhalten.

Die Türkei wurde durch die Aufstände widerspenstiger Paschas, fanatischer Alttürken und christlicher Rajahs zerrüttet; die Finanzen sanken immer tiefer, da Niemand türkische Papiere nehmen wollte, welche so leicht nachzumachen waren, und die Regierung durch den im Serail und Divan herrschenden Kampf der Reform- und conservativen Partei in ihrer Wirksamkeit gelähmt wurde. Der beutelustige Nachbar stand lauernd an den nördlichen Grenzen; seine gewaltige Flotte konnte ein günstiger Wind in zwei Tagen von Sebastopol bis vor die Hauptstadt treiben; das kleine Griechenland, dessen Bewohner durch Religion und Bestechungen an Rußland geknüpft sind, harrte des Augenblicks, wo es seine Hand nach Thessalien, Epirus und Macedonien ausstrecken konnte. In den reichen armenischen Handelsleuten besaß Rußland die beste und geschickteste Propaganda. Um das Krankenlager der Türkei drängten sich geschäftig die Rathgeber, bekämpften sich russischer und österreichisch-englischer Einfluß, während die französischen Diplomaten gewandt hindurchschlüpften, und ein eignes, geheimnißvolles Spiel spielten, dessen Karten sich in Griechenland, im Libanon, in Jerusalem und in Aegypten manchmal entblätterten und das auf nichts Geringeres hinauslief, als auf die Ausübung eines Protectorats über die Katholiken des Orients und die Erweiterung des französischen Handels nach dem Osten und Südosten der alten Welt. Durch die Gründung des evangelisch-englischen Bisthums in Jerusalem (1841) hat auch Preußen den ersten Schritt gethan, um ein Wort in den Ange-

legenheiten der Türkei mitreden zu dürfen. Dies merkte die Pforte, und da ihr die russenfreundliche Sendung des Generals v. Müffling noch sehr gut im Gedächtniß war (1829), so wollte sie den Bischof zuerst gar nicht anerkennen, und die türkische Bevölkerung Jerusalems widersetzte sich lange dem Bau einer protestantischen Kirche, bis der Sultan (1851) erklärte: „er wolle nicht, daß ein Theil seiner Unterthanen durch sein religiöses Bekenntniß in seinen Freiheiten beschränkt werde."

Der Libanon ist von zwei freien, urkräftigen Völkern bewohnt, von den Maroniten und Drusen. Beide gehören einer sectirerischen Richtung an: die Maroniten sind monotheletische Christen; der Ursprung der Secte geht bis ins siebente Jahrhundert zurück, wo sie von einem Mönch Maroun gestiftet wurde. Zu ihr gehören gegenwärtig 200,000 Köpfe, die in patriarchalischer Verfassung unter ihren Sheiks leben und sich von Ackerbau ernähren. Sie stehen seit Ludwig XIV. unter französischem Schutz. Die Drusen sind eine mohamedanische Secte, bewohnen, etwa 60,000 Köpfe stark, den nördlichen Libanon, leben in größter Einfachheit unter ihren Sheiks, ernähren sich von Ackerbau und dem Ertrage ihrer Streifzüge und werden von den Engländern beschützt. Der Stifter dieser freien Secte, die keinen Gottesdienst und kein Priesterthum kennt, ist der Perser Hamze (1020), welcher die Beschränkung der göttlichen Offenbarung auf Eine Person leugnete und die Fortpflanzung jener annahm. Seine theosophische, gewiß aus der Bekanntschaft mit gnostischen Schriften entstandene Emanationslehre wurde von den Drusen sehr geheim gehalten, aber auch von den Türken mehrfach verfolgt, bis (1713) der Sultan den Drusen das Recht verlieh, sich selbst zu organisiren. Ibrahim Pascha suchte die Drusen zu unterwerfen, was ihm aber erst nach langen Anstrengungen gelang. Mit dem Sturze der ägyptischen Herrschaft (1841), wurde der Libanon herrenlos; Drusen und Maroniten bekämpften sich wieder und die Handelspfade wurden unsicher. Frankreich trat, als Schutzherr der katholischen Christen, für die Maroniten auf, welche den tapfern Drusen zu unterliegen drohten, wogegen die Londoner Alliirten die Pforte zu einem kräftigen Einschreiten im Libanon drängten. Omer Pascha ging als Commandirender nach dem Libanon, trennte die Kämpfenden, ließ aber die Sheiks der Maroniten verhaften und wurde auf Einspruch Frankreichs und Oesterreichs abberufen. England schlug vor, den Libanon-Völkern eine selbstständige, getrennte Verwaltung zu verleihen. So wählten die Drusen den Emir Emeen, den Sohn ihres alten Häuptlings Emir Beschir, und die Maroniten den Emir Heider zu Gouverneuren (1845). Dennoch hörten die Kriege zwischen beiden Völkern nicht auf; Drusen und Maroniten geriethen in den Districten mit gemischter Nationalität an einander und die Drusen verweigerten die Entschädigung, welche sie den Maroniten auf Befehl der Pforte zahlen sollten. Die tür-

tische Regierung nahm nun eine allgemeine Entwaffnung des Libanon vor (1847), konnte aber die Rekrutirungsunruhen von 1852 nicht verhindern. Neuerdings haben sowohl die Drusen, als auch die Maroniten dem Sultan ihre Dienste im Kriege gegen Rußland angeboten, sind aber mit ihrem Gesuche abschlägig beschieden worden, da man den ungezügelten Geist fürchtet, welchen sie in die Armee bringen könnten und besorgt ist, daß sie die begehrten Waffen bald wieder gegen einander kehren möchten. Eine andere mohamedanische Secte, die Wechabiten, rührte sich in Arabien wieder und beunruhigte die Reisen der Pilger. — Die Reformen, welche Mahmud II. und Abdul Medschid anbahnten, fanden einen widerspenstigen Adel vor, der seine christlichen Unterthanen nicht menschlicher behandeln wollte, und einen theologisch-juristischen Stand (Ulema), der eifersüchtig die Reinheit der Koranlehre bewachte. Redschid Pascha war das Haupt der Reformpartei, welche geschickte Diplomaten und Feldherren zu den Ihrigen rechnete; Izzet Pascha und die Sultanin Walide standen an der Spitze der altnationalen Partei. Die Aufstände, welche die Christen machten, wenn die alttürkische Partei am Ruder war, und die besonders in Bosnien, Bulgarien und auf den meist von Griechen bewohnten Inseln Candia (1841) und Samos (1849 — 1851) stattfanden, wurden mit Strenge gedämpft. Noch entschiedener schritt die Pforte gegen den rebellischen Adel in Bosnien, Albanien und der Herzegowina ein, der sich, wie man sagt, ebenfalls auf russisches Anstiften, erhebt, wenn die Reformer herrschen. In Bosnien war es, wo sich Omer Pascha zum erstenmal hervorthat und die Aufmerksamkeit Europa's erregte (1851), indem er die Empörer, welche sich mehrerer Festungen bemächtigt hatten, zu Paaren trieb. In Kurdistan konnte sich die Regierung nur zeitweise Ansehen verschaffen, und in Smyrna und Aleppo kam es zu grausamen, blutigen Christenverfolgungen, die dem menschenfreundlichen Herzen des Sultans sehr wehe thaten. In Aleppo mußte Murad Pascha (Bem) durch einen energischen Angriff mit 600 Mann dem wahnsinnigen Morden und Blutvergießen der Türken Einhalt thun (1850).

Gegen die Wessire und Paschas behauptete die Pforte mit Hilfe Englands und unter dem persönlichen Beistand Sir Stratford Canning's (Lord Redcliffe) ihr Ansehen. Mehemed Ali behielt zwar für alle seine männlichen Descendenten die Erbherrschaft über Aegypten und Nubien, mußte aber in die Reihe der übrigen Wessire hinabsteigen, die Abgaben im Namen und unter Zustimmung des Sultans erheben, die Reichsgesetze beobachten, seinen Tribut pünktlich zahlen und durfte nicht mehr als 18,000 Mann Truppen halten und die Marine nicht vermehren. Die Ernennung der Generale für die ägyptische Armee behielt sich der Padischah vor. Mehemed Ali war alt, Ibrahim's Gesundheit durch Kriegsstrapatzen untergraben; Beide unwillig, die Macht über Aegypten für



einen andern geschaffen zu haben. So ließen sie manche Reformen wieder einschlafen und Aegypten schritt seit 1841 rückwärts. Am 9. November 1848 starb Ibrahim, und am 2. August 1849 Mehemed Ali. Ihm folgte sein Enkel Abbas Pascha (Januar 1849), ein gutmüthiger, aber unbedeutender Regent, der sich blos dadurch ein Verdienst erworben hat, daß er dem Großherrn in größter Eile seine gutgeschulte Armee und seine tüchtige Kriegsflotte zu Hilfe schickte, als Rußland im Jahre 1853 durch seinen ungerechten Angriff auf die Türkei ganz Europa in die Schranken forderte. Als die Türkei den Tansimat gab, wodurch der Hattischerif von Gülhane in Kraft gesetzt werden sollte, machte Abbas Pascha Schwierigkeiten und erlangte eine Nachsicht von sieben Jahren, innerhalb deren er das Recht über Leben und Tod unbeschränkt üben durfte (1852). Abbas Pascha starb im Juli 1854 und es folgte ihm sein in Europa gebildeter Bruder Said Pascha, freilich unter großem Widerspruche der Ulemas und Heerführer, die einen Enkel Ibrahim's lieber gehabt hätten.

Der mittelbare Fürst von Serbien, Michael Obrenowitsch, war ein Anhänger Rußlands, von dem er zur Befestigung unumschränkter Herrschaft ermuntert wurde. Dadurch verletzte er die Gefühle der nationalen Partei, deren Führer die angesehenen Senatoren Wutschitsch und Petroniewitsch waren. Es brach ein Aufstand aus, die Truppen fielen ab und Michael entfloh nach Semlin (8. September 1842). Den Türken kam dieser Umstand sehr gelegen. Eine Notablenversammlung erklärte, in Uebereinstimmung mit der Pforte, die Familie Obrenowitsch der Regierung verlustig und wählte Alexander Karageorgewitsch, den zweiten Sohn Czerny Georg's, zum Fürsten (15. September). Die Pforte bestätigte diese Wahl, aber unter gewissen Beschränkungen (14. November). Rußland protestirte zwar gegen die ohne seine Zustimmung erfolgte Wahl, indem es den Schein der Schutzherrlichkeit wahrte, gab aber im Wesentlichen nach, um nicht alle Sympathien in Serbien zu verscherzen. Es schloß nämlich mit der Pforte einen Vergleich, wonach Alexander die Regierung niederlegen und das Volk eine Neuwahl vornehmen mußte. Natürlich wurde Alexander wieder gewählt (27. Juli 1843) und von der Pforte bestätigt, wogegen der türkische Commissar Kiamil Pascha abberufen wurde, und die serbischen Räthe Petroniewitsch und Wutschitsch das Land meiden mußten. Mehrmalige Aufstände der Partei der Obrenowitsch, welche auch Rußland endlich fallen ließ, misglückten. Wutschitsch und Petroniewitsch durften 1844 zurückkehren, und widmeten sich mit Eifer der Verwaltung des Landes und der Bildung seiner Bewohner. Die Stimmung des Volkes ist antitürkisch und sein Gedanke die Unabhängigkeit des Vaterlandes und die nationale Einheit; darum unterstützte es die ungarischen Serben im Kampfe gegen die Ungarn (1848 und 1849) und rüstete sich, als der russisch-türkische Krieg (1853) ausbrach.

Wie schon bemerkt (S. 224), gewährten die Verfassungen der Donaufürstenthümer den Russen manchen Anlaß, sich in die Verwaltung und das Verfassungsleben derselben zu mischen. Der Hospodar Ghika in der Walachei war antirussisch gesinnt; darum ermunterten die russischen Commissäre die Bojaren zu einer trotzigen Opposition, wodurch Ghika bewogen wurde abzudanken (1842). Ihm folgte der russenfreundliche Georg Bibesko (1843), worauf Rußland seine Politik änderte, und die ständische Opposition ihrem Schicksal überließ. Diese, obwohl gegen Unten despotisch, war durch französische Lehrmeister dem Liberalismus des Westen verfallen, und wurde von der Februar- und Märzrevolution so elektrisirt, daß die Bojaren die Zeit gekommen wähnten, wo sie ein von Rußland unabhängiges, dako-romanisches Reich aufrichten könnten. Am 22. Juni 1848 brach ein Aufstand in Bukarest aus, in Folge dessen Bibesko abdankte (25.) und eine provisorische Regierung ernannt wurde (26.). Der walachische Freiheits- und Nationalitätstraum war jedoch von kurzer Dauer. Schon am 9. Juli rückten die Russen in die Moldau ein und zwangen die Türken, sich ebenfalls an der Intervention zu betheiligen. Am 17. Juli fand eine Besprechung der russischen und türkischen Commissare, Duhamel und Fuad Effendi, in Galacz statt, worauf die Türken unter Omer Pascha die Walachei besetzten, die provisorische Regierung verjagten (4. August), und an deren Stelle den Konstantin Kantakuzenos zum Kaimakam ernannten (28). Bukarest hatte sich schon am 22. September unterworfen. Trotzdem rückten auch die Russen unter Lüders in die Walachei (27. September), und ließen sich manche Eingriffe in die Regierungsgewalt der Pforte zu Schulden kommen. Die Spannung zwischen Rußland und der Türkei nahm immer mehr zu, als ersteres im Februar 1849 den Durchgang seiner Flotte durch die Dardanellen nach Neapel verlangte, und letztere ihn verweigerte. Der ungarische Aufstand, welcher Rußlands Grenzen bedrohte, nöthigte den Czaren, seine Herrschaft in den Donaufürstenthümern zu sichern, und die hilflose Pforte mußte in den Vertrag von Balta Liman (19. April oder 1. Mai 1849) willigen, wodurch der russische Kaiser auf die nächsten sieben Jahre das militairische Besetzungsrecht in den Donaufürstenthümern erhielt und in den Stand gesetzt wurde, von hier der ungarischen Revolution den schwersten Schlag beizubringen. Die Pforte ernannte nun für je sieben Jahre neue Hospodare (16. Juni), für die Moldau Gregor Ghika, für die Walachei Dimitri Barbo Stirbey.

Nach der Unterdrückung des ungarischen Aufstandes nahm die Pforte die nach der Türkei geflüchteten Insurgenten gastlich auf und schützte sie, von England unterstützt, gegen das österreichisch-russische Ansinnen einer Auslieferung. Eine englisch-französische Flotte warf damals in den Dardanellen Anker (1849 und 1850). Frankreich verlangte als Dank für

seine Unterstützung von der Pforte die Wiederherstellung der alten Rechte der Lateiner hinsichtlich des Besitzrechts der heiligen Orte (1851), das in neuerer Zeit die Griechen durch Verjährung an sich gezogen hatten. Oesterreich und Rußland aber sannen auf eine Gelegenheit, die Pforte zu demüthigen. Ersteres fand sie in den Angelegenheiten Montenegro's, das zu unterwerfen die Pforte sich anschickte. Die Montenegriner sind ein auf seine Freiheit eifersüchtiger, räuberischer Slawenstamm, der, seit die Fürstenfamilie Niegosch die regierenden Häupter nach Petersburg sendete, um die Bischofswürde zu erlangen, mit dem Czaren im freundlichsten Verkehr stand. Auch der junge, talentvolle Fürst Daniel Petrowitsch ließ sich 1851 in Petersburg zum Vladika weihen, obwohl Oesterreich darauf gerechnet hatte, daß Daniel sich deshalb an seinen griechischen Patriarchen wenden würde. Als Daniel von Petersburg zurückkehrte, machten die Montenegriner einen Raubzug nach der Türkei und eroberten die Festung Zabeljak (1852). Gleichzeitig trat in der inneren Politik des türkischen Reichs eine Veränderung ein, indem Redschid Pascha gestürzt ward und der Großwessir Mohamed Ali zur Herrschaft gelangte. Der Tansimat wurde beseitigt und das Recht der Paschas in den Provinzen wiederhergestellt, wodurch sich namentlich die christlichen Unterthanen von Neuem der Willkür der alttürkischen Statthalter preisgegeben sahen. Als nun die Pforte große Rüstungen gegen Montenegro machte und, wiewohl Daniel Zabeljak zurückgegeben hatte, Omer Pascha sogar den Krieg begann, mischte sich Oesterreich hinein, und ließ durch Herrn v. Kletzl dem Divan eine Note überreichen (7. Januar 1853), in welcher es verschiedene Beschwerden über Beeinträchtigungen österreichischer Unterthanen in der Türkei, über die Bedrückungen der Christen in Bosnien, über die Anstellung ungarischer Flüchtlinge u. s. w. erhob und Abhilfe verlangte. Die Pforte suchte auszuweichen und die Verhandlungen in die Länge zu ziehen. Da erschien ganz unerwartet der Feldmarschall-Lieutenant Graf Leiningen in Konstantinopel (30. Januar), und überbrachte das Ultimatum seiner Regierung, dessen Annahme er bis zum 7. Februar, dann bis zum 12. Febr. forderte. Rußland unterstützte das österreichische Verlangen; Lord Redcliffe war auf Urlaub und der französische Gesandte Lavalette zürnte dem Divan, weil er mit seinen Forderungen wegen der heiligen Orte hatte vor Rußland zurücktreten müssen. Die Pforte mußte nachgeben und willigte in die Räumung Montenegro's, gab die Ansprüche an die Küstenstrecken bei Kleck und Sutorina auf, leistete die geforderte Geldentschädigung und internirte die polnisch-ungarischen Flüchtlinge. Das neue Kaiserthum in Frankreich nahm nun die Frage wegen der heiligen Orte nochmals auf und setzte es beim Divan durch, daß den Katholiken acht heilige Orte eingeräumt wurden (Januar 1853). Den Griechen verblieb aber das Recht, täglich zwei-

mal in der Kapelle des Oelbergs Messe zu lesen, während den Römisch-Katholischen dies nur einmal erlaubt war.

Glücklicher für die Pforte verliefen die diplomatischen Zwiste mit Griechenland. Schon 1840 hatte der griechische Gesandte Zographos in Konstantinopel einen Handelsvertrag mit der Türkei abgeschlossen, den die Regierung in Athen nachher nicht ratificirte. Dieser Kränkung fügte die griechische Regierung im Jahre 1841 einen offenbar feindseligen Act hinzu, indem sie die aufständischen Candioten ungescheut unterstützte. Die Pforte sammelte Truppen an den Grenzen und beklagte sich bei den Großmächten über den König von Griechenland. Otto I. wurde angehalten, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Neue Zerwürfnisse entstanden, als der griechische Minister Kolettis, auf französischen Rath, für die Unabhängigkeit der unter türkischer Herrschaft befindlichen Griechen wirkte und die Raubzüge der Palikaren duldete. Die Pforte gab ihren Unmuth dadurch zu erkennen, daß der türkische Gesandte Mussurus dem Adjutanten des Königs Otto den Paß nach Konstantinopel nicht contrasignirte, worüber sich Otto auf einem Hofballe gegen Mussurus bitter äußerte. Der Gesandte berichtete darüber an seine Regierung und diese verlangte: „daß Kolettis sich in Person zu Mussurus begeben, und demselben im Namen des Königs das lebhafte Bedauern über den Vorfall auf dem Balle aussprechen solle.“ Der König und ganz Griechenland waren empört über diese Zumuthung. Man rüstete von beiden Seiten und brach den diplomatischen Verkehr ab (14. Februar 1847), aber Griechenland nahm schließlich doch die Vermittelung des Wiener Hofes an und leistete der Pforte Genugthuung.

Griechenlands erste Nationalversammlung wurde am 21. November 1843 eröffnet, und zwei Tage darauf entfernte sich der russische Gesandte Kolakaczy, um die Misbilligung seiner Regierung über die Revolution anzudeuten. Der König beschwor die Verfassung am 30. März 1844. Am 11. April schied der russenfreundliche (napistische) Metaxas aus dem Ministerium, und der britenfreundliche, aber kluge und einsichtige Maurokordatos trat ein, der jedoch so allseitige Opposition in den Journalen, wie bei den Deputirtenwahlen fand, daß er am 16. August zurücktrat, zumal die Generale Grivas in Akarnanien und Grizziotis in Euböa mit wohlbezahlten Aufständen gegen seine Regierung protestirten; die kleineren Tumulte von Athen, Patras, Aegium, Hydra und in der Maina gar nicht zu rechnen. Am 18. August bildete der frankenfreundliche Kolettis ein Cabinet und nahm Metaxas mit hinein, ließ ihn aber bald wieder fallen und regierte mit Umsicht und unverhohlener Zustimmung des Landes, wie der, freilich bestochenen, Kammern, ohne jedoch die Räuberzüge der Palikaren unterdrücken und den Belästigungen Palmerston's und den durch englisches Geld unterstützten Aufständen des Generals Gri-



was entgehen zu können. Kolettis starb am 12. September 1847 in so hoher Achtung, daß der Hof und das Militair um ihn Trauer anlegten und das Volk in rührender Weise seine Betrübniß kundgab. Tzavellas, dann Konduriotis (20. März 1848) waren seine Amtsnachfolger. Die Noth des Jahres 1847 drückte Griechenland sehr hart und führte zu Aufständen, die England unterstützte. Dabei fehlte es in den griechischen Staatskassen an Geld, obgleich man die Ernten schon vorausverkauft hatte. Räuber und Renitente mehrten sich und fanden in englischen Häfen Aufnahme. Als aber (September 1848) die ionischen Inseln gegen die Engländer revoltirten und eine Vereinigung mit Griechenland erstrebten, wollte der Lord Obercommissär Ward mit Griechenland einen Vertrag wegen gegenseitiger Auslieferung der politischen Flüchtlinge schließen, was verweigert wurde. Der Lord Obercommissär verfuhr auf den ionischen Inseln mit der äußersten Strenge, besonders nachdem der Aufstand sich im Sommer 1849 wiederholt hatte. Ende December kam Londos ans Ruder, und am 14. Januar 1850 übergab der englische Gesandte Wyse eine Note, worin er Entschädigung für den ehemaligen portugiesischen Generalconsul und britischen Unterthan Pacifico, der 1847 gemishandelt und seines in portugiesischen Staatspapieren angelegten Vermögens beraubt worden sein soll, ferner für Sir Finlay aus Schottland, dem man sein Grundstück zu einem öffentlichen Gebäude weggenommen, endlich die Abtretung der Inseln Sapienza und Cerri forderte. Admiral Parker erklärte Griechenland, als der König die Erfüllung dieser Forderungen verweigerte, in Blokadezustand. Rußland, Oesterreich und Bayern protestirten vergebens in London und Frankreich that weiter nichts, um dem Gewaltstreich zu steuern, als die Vermittelung seines Gesandten Le Gros anzubieten. König Otto gab nach und zahlte 330,000 Drachmen Entschädigung (26. April). Darauf reiste er nach München und überließ seiner beliebten und entschlossenen Gemahlin die Regierung. Das Abkommen, welches Korphiotakis mit dem Patriarchen von Konstantinopel abgeschlossen hatte (September 1850), erregte so großes Misfallen bei dem Theil der Griechen, der mit der heiligen Synode in Athen gehen und unabhängig bleiben wollte, daß der Minister erschossen ward. Die Mönche setzten Himmel und Erde in Bewegung, daß das Abkommen aufrechterhalten werde. Die Traubenkrankheit von 1852 und das Erdbeben von 1853 richteten unermeßlichen Schaden an, sodaß die Geldentschädigung, welche Nordamerika für den Missionär King forderte, um so drückender erschien. Da sich die Verhältnisse auf den ionischen Inseln nicht befestigten und die Aufständischen von Griechenland unterstützt wurden, so fürchtete England, wenn ein Krieg zwischen der Türkei und Rußland ausbräche, daß ihm hier eine unangenehme Diversion gemacht werden könnte. Deshalb sandte Lord Clarendon (Mai 1853) an die griechische Regierung eine Note, worin

er für den Fall, daß Griechenland die Verlegenheit der Pforte zu gewissen Manifestationen benutze, mit den schlimmsten Folgen drohte. Allein gerade diese Unterdrückung des öffentlichen Geistes, der auf die Vergrößerung Griechenlands im Norden gerichtet ist, trieb Volk und Regierung in die Arme des Czaren, von dem es allein Verbesserung seiner Lage erwartet.

62. Spanien.

Spanien wurde von den Bewegungen des Jahres 1848 so gut als gar nicht berührt. Am 26. März kam es zwar in Madrid zu blutigen Auftritten, wobei der Ruf: „Es lebe die Republik!" laut wurde, und auch in Catalonien machten sich karlistische Bewegungen bemerklich; dennoch blieben diese Demonstrationen erfolglos. Narvaez verhängte den Belagerungszustand über die Hauptstadt und ließ Catalonien von den Truppen des Generals Pavia durchstreifen. Cabrera, der zur Leitung der Carlisten angekommen, machte indeß noch Manches zu schaffen, und der republikanischen und montemolinistischen Verschwörungen gab es so viele, daß Narvaez äußerst strenge Maßregeln in Anwendung bringen mußte. Cabrera flüchtete am 23. April 1849 über die Grenze und wurde in Frankreich verhaftet. Spanien war beruhigt. Schon am 8. Juni konnte die Königin eine allgemeine Amnestie für politische Verbrechen gewähren. Der englische Gesandte Bulwer, welcher sich anmaßend benommen und den Verdacht erregte, die Unruhen begünstigt zu haben, mußte Madrid verlassen. Eine von dem Beichtvater des Königs angestiftete Intrigue gegen Narvaez führte zwar einen Ministerwechsel herbei (18. October 1849); allein die Königin-Mutter, welche den Ehrgeiz des kühnen Narvaez fürchtete, ruhete nicht eher, bis Narvaez wieder im Amte war (26. October). Obwohl die Geistlichkeit und der König dem General nicht hold waren, so fühlte dennoch das Land, daß es Narvaez eine geordnete Regierung, den blühenden Zustand des Heeres und der Marine und eine bessere Finanzwirthschaft verdankte. Freilich war seine Stellung sehr unsicher und beruhte nur auf dem Einfluß, den Christine auf ihre schwache, den sinnlichen Freuden ergebene Tochter ausübte. Als Isabella mehrere Fehlgeburten gethan hatte, soll Narvaez gegen die Königin-Mutter einen schändlichen Verdacht geschöpft und sich unvorsichtig geäußert haben. Dies zog seinen Sturz herbei; er ward nach Paris geschickt und abgesetzt (10. Januar 1851). Allein schon im December rief man ihn wieder zurück, um Zeuge von der Geburt einer königlichen Prinzessin zu sein (20. December). Jenes Ereigniß erregte in Spanien große Freude, die leider durch einige politische Maßregeln des Ministeriums Murillo-Luis-Miraflores getrübt wurde. In Folge des Pariser Staatsstreichs wurden die Kammern auf-

gelöst, ein strenges Preßgesetz erlassen und eine Menge Klöster wieder geöffnet. Merkwürdigerweise erfolgte am 2. Februar 1852 von einem Mitgliede des Standes, der bei diesen Aenderungen nur gewann, ein Attentat auf das Leben der Königin. Dasselbe wurde durch den greisen Priester Martin Morino in der Kirche unternommen, schlug aber fehl und der Mörder büßte sein Verbrechen mit dem Tode (17. Februar). Zwischen dem spanischen und französischen Hofe scheinen geheime Verhandlungen über die zu befolgende Politik im Innern stattgefunden zu haben. Denn am 2. December 1852, wo in Paris das Kaiserthum wieder auflebte, wurden die eben erst versammelten Cortes durch militairische Gewalt aufgelöst und ein neuer Constitutionsentwurf bekanntgemacht. Nach demselben sollte der Senat theils aus erblichen, theils aus lebenslänglichen Mitgliedern bestehen, die Zahl der Deputirten auf 271 vermindert, der Steuercensus dagegen auf 3000 Realen erhöht werden. Dieser Staatsstreich führte zu der Coalition der progressistischen und moderadistischen Partei (Concha-Prim und Narvaez), um die Wahlen für die auf den 9. März 1853 zusammenberufenen Cortes zu ihren Gunsten zu lenken. Das Ministerium verbot aber die Wahlversammlungen und entfernte Narvaez, indem es ihm befahl, in Wien die Militairarchive zu studiren. Diese Beleidigung eines verdienten Generals erregte nicht nur im Lande große Unzufriedenheit, sondern auch eine Spaltung des Cabinets, in Folge dessen Murillo und der Kriegsminister Urbina abdankten (16. December). Das neue Ministerium Roncali bestand zwar aus bekannten Absolutisten, gewann aber einen großen Theil der Wähler, indem es (5. Januar 1853) das Preßgesetz Murillo's aufhob und das mildere Gesetz von 1845 wiederherstellte, und sogar bei der Bank ein Anlehen von 53 Millionen Realen gegen Verpfändung der Einkünfte Cuba's zu Stande brachte. In der Praxis wurde jedoch die Presse noch schlimmer gemaßregelt, als unter Murillo, und der Brief des Generals Narvaez an die Königin aus Bayonne steigerte den Mismuth der Kammeropposition so gewaltig, daß sich Roncali zur Vertagung der Cortes genöthigt sah (8. März). Als dieser Schritt im Lande die höchste Misbilligung hervorrief, dankte das ganze Cabinet ab und General Lersundy bildete ein neues. Allein das System blieb dasselbe, bis sich Narvaez in Paris mit der Königin-Mutter aussöhnte, und das ein wenig freisinnigere Ministerium des Grafen San Luis (Sartorius) ans Ruder kam, und die öffentliche Meinung durch mehrere die Marine und die Untersuchungshaft betreffende Gesetze, sowie durch Zurücknahme der von den früheren Ministerien vorgeschlagenen Verfassungsänderungen beschwichtigte. Narvaez kehrte am 18. November mit der Königin Christine zurück. Die Hauptvorlage in den Cortes bildete die Eisenbahnfrage, bei welcher der Herzog von Rianzares, Gemahl Christinens, und sein Agent, der bekannte Banquier Salamanca, stark

compromittirt waren. Um die einmal verliehenen Concessionen nicht zurücknehmen zu dürfen, vertagte das Ministerium die Cortes auf unbestimmte Zeit, und entsetzte mehrere hohe Beamte, welche gegen die Regierung votirt hatten, ihrer Aemter. Dies führte zu dem siegreichen Aufstande O'Donnel's (Juli 1854), der die Progressisten unter Espartero wieder zur Herrschaft brachte. Unter den auswärtigen Angelegenheiten verdienen die von dem Süden der nordamerikanischen Freistaaten unterstützten Angriffe des Generals Lopez auf Cuba (8. Mai 1850 und 13. August 1851) Erwähnung. Lopez büßte sein Verbrechen mit dem Tode, während die kriegsrechtliche Hinrichtung von 105 amerikanischen Freibeutern einen lebhaften Notenwechsel zwischen den Cabineten von Madrid und Washington herbeiführte, der in Spanien weder die Besorgniß vor neuen Angriffen auf Cuba zerstreute, noch in Amerika den empfindlichen Nationalstolz befriedigte. Der Präsident Pierce ernannte sogar den Herrn Soulé (1853), welcher die Annexation Cuba's lebhaft befürwortet hatte, zum Gesandten in Madrid, wo derselbe durch sein anmaßendes Auftreten viel Unwillen erregte. Frankreich und England garantirten zwar der spanischen Krone den Besitz Cuba's; ob sie aber bei den gegenwärtigen Verwickelungen im Stande sein werden, die Eroberungsgelüste der Freistaaten zu zügeln, steht dahin, und das Kaufgebot, welches Pierce für Cuba bieten läßt, beweist, daß man sich im Guten oder Bösen Cuba's bemächtigen wird.

63. England.

Die gräßliche Noth des Jahres 1847—48 lieferte für eine Revolution in England reichlichen Zündstoff. Dennoch bewährte sich die Festigkeit des britischen Staatsgebäudes gegen die Arbeitertumulte in Glasgow, Manchester, London und Edinburg (6. und 7. März 1848). Die angesehensten Bürger jener Städte ließen sich zu Tausenden als Constabler einschreiben, um den Excessen zu steuern, und wo dies nicht hinreichte, schritt die Regierung zu militairischen Maßnahmen. Auch die Chartisten regten sich aufs Neue und ließen durch Feargus O'Connor eine mit fünf Millionen Unterschriften versehenene Riesenpetition um Einführung der Volkscharte dem Unterhause überreichen, nachdem sie auf der trotz des polizeilichen Verbots in Kensington abgehaltenen Volksversammlung berathen worden war (10. April). Am gefährlichsten erschien das grenzenlos elende Irland, dem Smith O'Brien, das Haupt des „jungen Irland", gern ein besseres Loos bereitet hätte. Als die Geistlichkeit aber sein hochverrätherisches Unternehmen misbilligte, wurde die Bewegung leicht unterdrückt (29. Juli 1848), worauf Smith O'Brien nebst drei Genossen deportirt, jedoch schon im Jahre 1853 wieder freigegeben wurde. Das Scheitern der irischen Revolution, welche jetzt ohne alle Hoffnung war,



führte eine so massenhafte Auswanderung der Irländer nach Amerika und Australien herbei, daß die Bevölkerung der Insel sich seit fünf Jahren um drei Millionen vermindert hat. Einen grellen Contrast zu dieser traurigen Erscheinung bildete die große Welt-Industrieausstellung im Krystallpalaste zu London (1. Mai bis 11. October 1851), wo England seine Handelsgröße entfaltete. Nicht weniger folgenreich verspricht die Idee zu werden, den Krystallpalast in Sydenham wieder aufzustellen und darin eine permanente Kunst- und Industrieausstellung aller Völker und aller Zeiten zu veranstalten.

Seit 1848 verlor England zwei seiner größten Männer und das Ministerium Russel-Palmerston zwei seiner Hauptstützen und treuesten Berather: Sir Robert Peel (2. Juli 1850) und den „Eisernen Herzog" v. Wellington (14. September 1852). Die Partei der Peeliten zerstreute sich und den Tories mangelte ein Führer von großem Blick für die Verhältnisse der inneren und äußeren Politik. Palmerston's auswärtige Politik fand zahlreiche Gegner, welche theils sein Verfahren gegen ohnmächtige Staaten, theils die nachdrucklose Unterstützung radicaler Stimmführer auf dem Festlande tadelten. Dennoch wußte das Ministerium alle Angriffe abzuschlagen, bis eine bei leerem Hause über das Wahlrecht erfolgte Abstimmung, es zur Abdankung veranlaßte (21. Februar 1850). Da aber Niemand ein anderes Ministerium zu Stande brachte, erklärte es sich zum Bleiben bereit. So vegetirte es fort bis zum 20. Februar 1852, wo es bei Gelegenheit der Milizbill mit fünf Stimmen in der Minorität blieb. Es reichte seine Entlassung ein, nachdem der „Feuerbrand" Lord Palmerston schon am 22. December 1851 seine Stelle an Granville abgetreten hatte, weil Russel das Benehmen seines unruhigen und voreiligen Collegen in Sachen des Asylrechts politischer Flüchtlinge, der „Kossuthschwärmerei" und des Pariser Staatsstreichs, welchen Palmerston sogleich anerkannte, sehr tadelnswerth fand, und den fremden Mächten endlich einmal die Veranlassungen zu Reclamationen abschneiden wollte. Die interessantesten Momente aus der inneren Geschichte dieser Jahre sind: Die Frage über Zulassung der Juden zum Parlament, als der von der City Londons zweimal gewählte Rothschild seinen Platz im Unterhause einnehmen wollte; der theologische Proceß des Pfarrers Gorham mit dem Bischof von Exeter über die Wiedergeburt durch die Taufe; der Petitionssturm gegen die Geschäftseinstellung der Post an den Sonn- und Feiertagen, welche erstere vom 30. Mai bis 1. September 1850 gedauert hat; endlich ein von Rom ausgegangener Versuch, katholische Würdenträger mit den Titeln alter englischer Diözesen zu bekleiden. Im Jahre 1850 ernannte der Papst zwölf Bischöfe von England und den Cardinal Wiseman zum Erzbischof von Westminster. Die Aufregung der Hochkirchenmänner und Dissenters über diesen „päpstlichen Angriff" überstieg alle

Grenzen und die Königin mußte in der Thronrede vom 4. Februar 1851 eine Titelbill verheißen, welche die Rechte der Krone, wie die Unabhängigkeit der Nation gegen alle Uebergriffe einer fremden Macht sicherstelle. Lord Russel brachte schon am 7. Februar eine Kirchentitelbill ein, die er nachmals zu Gunsten der Katholiken ermäßigte, als er, nach einer parlamentarischen Niederlage über die Reformbill (22.), nochmals von der Königin ersucht ward, die Geschäfte fortzuführen. Allein die Kirchentitelbill befriedigte weder die Anglikaner, noch stillte sie die Erbitterung des katholischen Klerus, der in Irland große Volksversammlungen veranstaltete und etwas von Aufstand und dergleichen fallen ließ. Auch die Protectionisten suchten, dem Ministerium das Leben zu erschweren, und es durch den beantragten und gewährten Steuererlaß in Verlegenheit zu setzen. Russel's Reformbill vom 9. Februar 1852 ging im Lande ziemlich spurlos vorüber und erbitterte blos die Tories, ohne den Whigs und Radicalen zu genügen. Nach der Niederlage vom 20. Februar dankte das ganze Cabinet ab. Die Protectionisten bekamen freie Hand, ihre Ideen zu verwirklichen. Das Cabinet Graf Derby (Stanley)-d'Israeli (vom 23. Februar bis 17. December 1852) berührte in seinem Programm die Reformbill gar nicht und stellte einen Kornzoll in Aussicht. Nach dem Schluß der Parlamentssession vom 1. Juli erfolgten die Neuwahlen, welche die Häupter der Freihandelspartei ins Parlament brachten. Von ihnen wurde sogleich eine runde, nette Erklärung verlangt, ob das Ministerium die Getreidezölle wieder einführen wolle, oder nicht. Dieses gerieth in Verlegenheit und fiel endlich bei Berathung des d'Israelischen Budgets, in welchem der Häusersteuer große Wichtigkeit beigelegt war. Die Besorgniß vor einer französischen Invasion, der die Milizbill ihren Ursprung verdankte, stieg ins Unglaubliche. Die Küsten und Häfen wurden befestigt, das Heer und die Marine vermehrt und die Miliz consignirt. Was dieser Furcht zu Grunde lag, ist jetzt noch ein Geheimniß. Soviel weiß man jedoch, daß mit dem Wiedereintritt Palmerston's ins Cabinet die Verhältnisse zu Frankreich sich günstiger gestalteten. Das Ministerium vom 28. December 1852 ward das Ministerium der Capacitäten genannt und bestand aus Männern aller Parteien. Lord Aberdeen führte das Präsidium; Palmerston leitete das Innere, Russel das Auswärtige, Gladstone die Finanzen, Graham die Marine u. s. w. Im Juni 1854 wurde ein besonderes Kriegsministerium unter dem Herzog von Newcastle gebildet. Bald nach dem Zusammentritt des Parlaments (21. Februar 1853) gab Russel das Auswärtige an den Earl of Clarendon ab und beschränkte sich auf die Führerschaft im Hause der Gemeinen und den Sitz im Cabinetsconseil ohne Portefeuille. Das Ministerium, welches die wichtigste Phase der neuesten Geschichte eingeleitet hat, sah sich von dem Vertrauen der gesetzgebenden Gewalten begleitet und erlebte

sogar den Triumph, daß die schon im Verfall begriffene irische Partei sich ihm anschloß. Die Regierung beabsichtigte eine Erhöhung des Kriegsbudgets, Gladstone verlangte zu diesem Zwecke nicht blos die Beibehaltung der Einkommensteuer auf weitere sieben Jahre, sondern auch die Ausdehnung derselben auf Einkommen bis zu 150 Pfund St. herunter, und die Heranziehung Irlands zu dieser Steuer, endlich die Unterwerfung des Realbesitzes unter die Erbschaftssteuer (2. Mai). Die Russel'sche Bill über den Eintritt der Juden ins Parlament erhielt die Zustimmung des Unterhauses (16. April), wurde aber vom Oberhause verworfen (29.). Die Parlamentsreform mußte nochmals vertagt werden und ist wegen des Kriegs einstweilen als beseitigt anzusehen. Das Asylrecht wahrte die Regierung mit Festigkeit, verweigerte aber auch ebenso standhaft dem Parlament jede Auskunft über die Verhandlungen zwischen den Großmächten wegen der russisch-türkischen Verwickelung. Dagegen nahmen die Seerüstungen in Spithead einen solchen Umfang an, daß man sah, die Regierung bereite sich auf alle Eventualitäten vor. Leider verzehrte das Kriegsbudget noch die wenigen Brosamen, welche das Ministerium dem Volksunterricht und der Umgestaltung der Hochschulen hinwerfen wollte. Wie traurig es mit der Volksbildung aussieht, zeigt eine zu Baresley gehaltene Rede Cobden's, worin der Agitator sagt: „Wir sind kein unterrichtetes Volk und ich nehme keinen Anstand, zu bekennen, daß in Bezug auf Schulbildung die Masse des englischen Volks das wenigst unterrichtete in allen protestantischen Staaten der Welt ist.“ Cobden suchte hierin den Grund für das thörichte Beginnen der Arbeiter, durch massenhafte Arbeitseinstellung höheren Lohn zu erzwingen (1853).

Unter den auswärtigen Angelegenheiten nehmen die russisch-türkischen Verwickelungen den ersten Rang ein. Da das Volk, obwohl mit Unrecht, glaubte, das englische Ministerium sei mit den Russen bezüglich der Türkei einverstanden, so griffen die politischen und Witzblätter die Regierung bitter an, und in den antirussischen Meetings fielen Reden, namentlich von Urquhart, welche das Cabinet geradezu des Verraths an England bezüchtigten. Als Lord Palmerston am 16. December aus dem Cabinet schied, hielt man dies nicht mit Unrecht für ein Zeichen, daß Aberdeen's russenfreundliche und friedliebende Politik den Sieg davon getragen habe. Die öffentliche Meinung warf sich nun mit aller Wucht auf die orientalische Frage und drängte das Ministerium zu einem entscheidenden Vorgehen, welches den Wiedereintritt Palmerston's zur Folge hatte (Januar 1854).

Die Art, wie Palmerston die harten Handlungen des Obercommissars Ward auf den ionischen Inseln rechtfertigte (1848 und 1849 S. 501), gereichte weder seiner Humanität noch seiner Politik zur Ehre



und steht mit dem in Sicilien und der Lombardei befolgten Verfahren im schneidenden Widerspruche.

Der Kriege in Ostindien ist schon S. 313—316 Erwähnung geschehen. Das Reich Pegu wurde am 20. October 1852 dem indo-britischen Reiche einverleibt. Allein der König von Ava erneuerte den Kampf um Pegu (1853), obwohl mit entschiedenem Unglück. Russischer und englischer Einfluß begegneten sich wieder einmal in Persien, das seine freundschaftlichen Beziehungen zu England eine Zeit lang abbrach und von Rußland drohend gegen Indien vorgeschoben wurde.

Das Capland mit seiner dreifachen Bevölkerung und seinen verschiedenen Wünschen machte der englischen Regierung viel zu schaffen. Nachdem die Capcolonie 1806 erobert und 1814 förmlich von Holland an Großbritannien abgetreten war, siedelten sich nach und nach 30,000 Engländer an, welche sich mit den Holländern und Afrikanern (Kaffern, Hottentotten und Buschmännern) nicht vertragen konnten. Die Colonie wird von einem Gouverneur-General regiert, in dessen Händen zugleich die Besetzung der Stellen für den ausübenden und gesetzgebenden Rath liegt. Die englischen Colonisten verlangten aber, daß der gesetzgebende Rath aus Abgeordneten der Bezirke bestehe und das Budget der Colonie selbst entwerfen und berathen dürfe; sie forderten ferner, ein Capital für Einwanderungen zu bilden, das aus dem Verkauf von Kronländereien jährlich erneuert werden könne, und wünschten endlich die Einverleibung des von den holländischen Boers colonisirten Port Natal. Die englische Regierung gab zwar 1850 der Colonie einen Verfassungsentwurf, der indeß gar nicht befriedigte. Die Colonisten weigerten sich mit aller Kraft, Verbrecher aufzunehmen, welche die Regierung ihnen zum Anbau des Landes zusenden wollte.

Die holländischen Boers hatten gerechte Beschwerden über unbillige Behandlung Seitens der Gouverneure zu führen. Nicht nur daß letztere sie an der Aufhebung der Sclaverei verhinderten und nachher, als dieselbe in England erfolgte, um einen großen Theil der Entschädigungssumme brachte, machte man sie auch zu unbesoldeten Grenzwächtern, und versagte ihnen jede Vergütung für die Räubereien der Kaffern. Die Regierung nahm sich der aufsätzigen Arbeiter an, wenn sie von den Boers eigenmächtig gestraft wurden und spornte die Gouverneure zur äußersten Strenge gegen die letzteren. Der Plackereien müde, wanderten die Boers nach dem gesunden Port Natal oder Victoria aus (1836) und errichteten hier einen republikanischen Staat. Die englische Regierung war zuerst froh, die unruhigen Elemente los zu sein; als aber die Colonie zu blühen anfing, erließ der Gouverneur Sir G. Th. Napier am 1. Decbr. 1841 eine Proclamation, die den Boers mit militairischer Besitznahme ihres Landes drohte, wenn sie als geborene eng-



lische Unterthanen sich nicht der legitimen Macht unterwerfen würden. So begann der Krieg, welcher durch den Cloete'schen Vertrag beendet wurde. Kaum hatten die Engländer eine Regierung in Port Natal eingesetzt, als ihre Bedrückungen von Neuem begannen. Man beraubte die Boers des Eigenthumsrechts an ihren Ländern und räumte ihnen nur einen vierzigjährigen Pacht ein; man versagte ihnen eigene Verwaltung und verbot die Anstellung eigener Prediger und das Eingehen einer Ehe nach anderem, als englischem Ritus. Diese drückenden Maßregeln zwangen die Boers zu einer zweiten Auswanderung auf das Kafferngebiet. Dieselbe gerieth aber ins Stocken, als die englische Regierung mildere Saiten aufzog. Darüber kam es zum Streit zwischen den zurückgebliebenen und den fortgezogenen Boers. Der Gouverneur Harry Smith nahm sich der ersteren an und schlug die letzteren am 29. August 1848. Die Boers zogen sich nun tiefer ins Kaffernland zurück, mit dem festen Vorsatz, ein so ungerechtes Regiment nicht mehr zu dulden.

Der Kampf zwischen den Engländern und Afrikanern ist ein Civilisationskrieg, in welchem die letzteren allmälig unterliegen werden. Bereits sind in diesem Jahrhunderte fünf Kaffernkriege geführt worden, die mit jedem Male für die Briten gefährlicher wurden, da die Afrikaner den Gebrauch des Feuergewehrs und europäische Taktik sich zu eigen gemacht haben. Im Jahre 1851 begannen die Kaffern den Krieg so unvermuthet, daß die Grenzgarnisonen schleunig ihre Forts räumen und das Land der Verwüstung Preis geben mußten. Erst im Mai 1853 gelang es dem General Cathcarth, die kriegerischen Stämme der Gaicas zur Unterwerfung zu bringen.

Von noch größerer Tragweite waren die Conflicte, in welche die beiden größten Seestaaten der Welt über einen an sich unfruchtbaren und ungesunden Landstrich an der Moskitoküste geriethen. Die Wichtigkeit desselben beruht nur auf dem Project der Verbindung des atlantischen und des stillen Meeres mittels eines Canals. Die weitsehenden Engländer hatten längst diesen Punkt ins Auge gefaßt und eine Art Schutzherrschaft über die Moskito-Indianer erworben. Des Erfolgs sicher, versäumten sie schnelle Maßregeln zur Anlegung eines Canals, sodaß sie von den Nordamerikanern mit Hilfe der dasigen, schwachen Republiken überholt wurden. Es gelang letzteren sogar, die Staaten Costa Rica, Honduras und Salvador zu einer Union zu bringen (1849), wodurch sich die Handelsverbindungen mit den Freistaaten befestigten. Eine Gesellschaft von nordamerikanischen Capitalisten schloß mit dem Staat Nicaragua einen Vertrag, welcher der Gesellschaft das Recht verleiht, einen Canal zur Verbindung beider Meere zu erbauen und ihr ein Privilegium für fünfundachtzig Jahre, von der Vollendung des Baues an gerechnet, bewilligt (1848). Schon im Februar 1850 beförderte die Gesellschaft



Passagiere. England folgte diesem Unternehmen mit eifersüchtigen Blicken und besetzte mehrere Orte am Nicaraguasee und dem Juanflusse. Als es aber seine Hand auch nach der im Fonsecagolf gelegenen Insel Tigre ausstreckte, rief der Staat Honduras nordamerikanische Hülfe an, welche am 28. September 1849 unter der Bedingung gewährt wurde, daß Tigre in den Besitz der Freistaaten übergehe. Der englische Befehlshaber ließ die Flagge von Honduras auf Tigre niederreißen und wollte sich dort gegen alle Angriffe behaupten. Die englische Regierung sah sich jedoch außer Stande, deshalb einen Krieg mit Nordamerika anzufangen, der seine Baumwollen-Industrie gefährden und Arbeiteraufstände nach sich ziehen mußte. Sie desavouirte daher das Benehmen des Stationscommandanten und schloß mit den Vereinigten Staaten einen Vertrag über die Anlegung eines Canals in der Richtung des San Juanflusses und des Nicaraguasee's, wodurch sich Großbritannien den Mitbesitz dieser wichtigen Verbindungsstraße sicherte (1850). Auch der Vertrag mit der Republik Buenos-Ayres gewährte dem englischen Handel manche Vortheile (1850). Am schwierigsten erwiesen sich die Verhältnisse in Canada (S. 240), wo nach dem Aufstand von 1837 die Herrschaft der Geschlechter der M'Nabs, Sewells, Bultons, Robinsons und Fentons, welche fast alle Aemter in Kirche und Staat unter sich getheilt hatten, gebrochen war. Die beiden Vertretungen Ober- und Unter-Canada's wurden in eine einzige verschmolzen, wodurch die „Loyalen" in die Minderheit geriethen, den „Radicalen" aber jeder Anlaß entzogen wurde, mit den nordamerikanischen Freistaaten zu sympathisiren. Ueber die Frage wegen Entschädigung Ober-Canada's im letzten Kriege geriethen die Parteien hart an einander. Lord Elgin löste die Kammern auf (1847), ohne Nutzen für die conservative Partei, da das neue Parlament nicht nur den Ober-Canadiern, sondern auch den Unter-Canadiern Entschädigung gewährte. Die Bestätigung dieser Bill durch den Gouverneur gab das Signal zu einem furchtbaren Aufstande der hochmüthigen englischen „Familienclique" (25. April 1849). Lord Elgin wurde beschimpft, die Häuser mehrerer Liberalen und das Parlamentsgebäude in Asche gelegt, wobei das Archiv mit verbrannte. Die englischen Truppen sahen diesem Treiben fast unthätig zu, bis sich der Sturm von selbst legte. In England war man nahe daran, auf Gladstone's Antrag die Entschädigungsbill zurückzunehmen, als sich Sir Robert Peel erhob und das Parlament vor Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Colonie ernstlich warnte. Das englische Ministerium und das canadische Parlament hatten dem Gouverneur schon vorher die vollste Billigung seines Verfahrens kundgegeben. Die britisch-amerikanische Verbindung der Loyalen hat jetzt auf ihre Fahne „Trennung vom undankbaren Vaterlande" geschrieben. Die Franzosen Unter-Canada's verlangen theils dasselbe und daneben noch

die Auflösung der Union beider Canadas. Die Politiker, das heißt die Beamtenpartei, wünschen alle britischen Colonien in Nordamerika in Einen Staat vereinigt und gehen meist mit der französischen Partei Hand in Hand. Eine vierte, die nordamerikanische Coloniepartei, sinnt auf freien, friedlichen Anschluß an die Vereinigten Staaten, eine Idee, für welche General Scott und die Abolitionisten agitiren, um den Nichtsclavenstaaten das Uebergewicht im Congreß zu sichern. Die nothwendige Folge dieser geheimen Ränke der Parteien ist das Bestreben der südlichen Vereinigten Freistaaten, Cuba zu erwerben.

In Australien sind viele neue Colonien gegründet worden, die unter einem Gouverneur und zwei Räthen, dem ausübenden und gesetzgebenden, stehen. Die Entdeckung reicher Goldlager durch Mr. Hargrave (1851) an der Südküste, sowie die reichliche Ausbeute der von Bagot und Dutton entdeckten Kupferminen (1842) leiten den Strom der Auswanderung hierher. So hat auch England ein Goldland gewonnen, und wird noch für lange die Mittel besitzen, mit Nordamerika zu wetteifern.

64. Die Vereinigten Freistaaten und das übrige Amerika. China.

Nach einem lebhaften Wahlkampfe wurde der Candidat der Whigs, General Harrison, zum Präsidenten erwählt (1841). Allein schon einen Monat nach seinem Amtsantritt starb er (4. April 1841) und der Vicepräsident Tyler (1841—1845) nahm seine Stelle ein, welcher, das Gegentheil von Harrison, einer Vereinigten-Staatenbank nicht hold war, und daher zweimal sein Veto einlegte, als das Repräsentantenhaus zweimal die Bankbill angenommen hatte. Die Aufregung des Landes war unbeschreiblich und das Ministerium dankte ab. Die M'Leod'sche Untersuchungssache lenkte die Aufmerksamkeit auf einen Krieg mit England. M'Leod war englischer Unterthan und angeklagt, bei dem Verbrennen des amerikanischen Dampfschiffs Carolina betheiligt gewesen zu sein. England hatte gegen eine Verurtheilung seines Unterthans protestirt; allgemein glaubte man, daß ein Krieg mit dem Mutterlande bevorstehe, als M'Leod freigesprochen und die Feindseligkeiten vermieden wurden (4. October 1840). Indeß bestanden noch andere Hindernisse des besseren Einvernehmens beider Nationen. Sie zu beseitigen, wurde Lord Ashburton von England herübergesendet, und dieser Mann schloß mit Daniel Webster einen Vertrag zur Regulirung der nordwestlichen Grenze, zur Unterdrückung des Sclavenhandels und zur gegenseitigen Auslieferung gemeiner Verbrecher (9. August 1842). Durch den Ankauf des Sioux-Indianer-Landes gewann der Staat 25 Millionen Acker Congreßland. Die Verlockung zur Einwanderung wohlhabender und rechtlicher Leute, wie sie seit 1847

in ausgedehntem Grade stattfindet, war damals noch nicht so groß, da Amerika's Bankeruttgesetze jeden Betrüger schützten und die Zeitungen sich täglich mit Anzeigen von Bankerutten füllten. Bei dieser entsetzlichen Zerrüttung des öffentlichen Credits mußte auch der blindfanatische Amerikaner nachgeben; die bisherigen Bankeruttgesetze wurden endlich aufgehoben (20. Januar 1843).

Die Streitigkeiten mit England lebten wieder auf, als Sir Robert Peel im Unterhause äußerte, daß England nur das Durchsuchungsrecht, nicht das Besuchsrecht der Schiffe aufgegeben habe. Tyler protestirte dagegen und erklärte, daß er keiner andern Macht das Recht, im Gebiet der Freistaaten die Gesetze zu vollstrecken, zugestehen werde. Die Bill über die Besiedelung des Oregongebiets (3. Februar 1843), welches die Verbindung der Vereinigten Staaten mit den Küsten des großen und indischen Oceans vermittelt, führte zu einem lebhaften Notenwechsel zwischen London und Washington. Diese Angelegenheit wurde durch den Vertrag vom 13. Juni 1846 dahin geordnet, daß von nun an der 49. Grad N. B. westlich vom Felsengebirge die Grenze zwischen England und den Freistaaten bildet. Noch näher schien der Anschluß von Texas an die Union, welcher vom scheidenden Präsidenten Tyler (1845) noch vollzogen wurde, die Möglichkeit des Kriegs zu rücken. Indeß hatten sowohl England als Nordamerika Ursache, den Krieg zu scheuen; letzteres wegen seiner geringeren Seemacht, ersteres wegen seiner Abhängigkeit von den amerikanischen Märkten. Daher ziehen sich die Zwistigkeiten zwischen beiden Staaten wohl bis zum heutigen Tage hin, ein ernstlicher Ausbruch der Feindseligkeiten ist indeß nicht zu besorgen. Nachdem die Territorien Jowa und Florida durch Senatsbeschluß vom 1. März 1844 als Staaten der Union einverleibt worden waren, trat John Tyler von seinem hohen Posten ab, dem er durch Festigkeit und Würde alle Ehre gemacht hatte.

Zum nächsten Präsidenten wurde der Candidat der Demokraten, James Polk, gewählt (1845—1849). Gleich nach seinem Amtsantritt verließ der mexicanische Gesandte Washington, und am 28. März langte eine Note von Mexico an, welche erklärte, den Anschluß von Texas an die Union mit aller Macht hindern zu wollen. Dieser Anschluß war besonders von den südlichen Staaten betrieben worden, welche einen Ersatz für das Oregongebiet, auf welchem die Sclaverei verboten war, forderten. Zugleich stellte man den nördlichen Staaten die Wichtigkeit Obercaliforniens für die Verbindung beider Weltmeere vor und köderte sie mit der Aussicht, diesen schönen Landstrich von Mexico zu erobern. So begann der Krieg zwischen Mexico und den Freistaaten im Frühling 1846, wo General Taylor mit einem kleinen Heere von etwa 3000 Mann die Grenzen Mexico's überschritt. Der Kampf war eine Reihe von Siegen über die Mexicaner, von dem ersten Gefecht bei Palo Alto (2. Mai 1846)

bis zu dem letzten, welche in der Nähe der Hauptstadt stattfanden (14. September 1847). Nach den ersten Niederlagen der Mexicaner kehrte der nach Havanah (1845) verbannte Santa-Anna zurück, und die Amerikaner, welche ihn dem Frieden geneigt hielten, beförderten seine Landung und die gegen den mexicanischen Präsidenten Paredes gerichtete Revolution (5. August 1846). Kaum hatte er aber festen Fuß gefaßt, als er den Oberbefehl gegen die Nordamerikaner erhielt und den Krieg mit Nachdruck zu führen versprach (1. Octbr.). Die Mexicaner stellten ihn deshalb an die Spitze des Staats (29. März 1847). Allein Santa-Anna wurde von Taylor, der inzwischen eine Expedition nach Neumexico gemacht hatte, bei Buena Vista (22. und 23. Februar) und von dem General Scott, der in Veracruz gelandet war, und auf die Hauptstadt marschirte, bei Pueblo geschlagen (18. April). Nach der letzten, für beide Theile sehr blutigen Schlacht von Churubusco, wo General Worth den Ausschlag gab (20. August), stand der Weg nach Mexico offen. Santa-Anna bat um Waffenruhe und sandte einen Commissar zur Abschließung des Friedens ab. Indessen hoffte Santa-Anna nur Zeit zu gewinnen und Mexico zu befestigen. Scott merkte dies, kündigte den Waffenstillstand und nahm nach den Kämpfen von 12—14. September, mit 4000 Mann die Hauptstadt ein, welche von 200,000 Menschen bewohnt und durch ein regelmäßiges Heer von 20,000 Mann vertheidigt wurde. Der Guerillakrieg zwischen den amerikanischen und mexicanischen Freiwilligen dauerte noch eine Zeitlang fort. Endlich kam es zum Frieden, demzufolge die Mexicaner Obercalifornien mit Einschluß des Hafens von San Diego und Neumexico bis an den Rio Grande an die Vereinigten Staaten abtraten, und gegen 15 Millionen Dollars jeden Anspruch an Texas aufgaben (2. Februar 1848). Santa-Anna aber wurde unter amerikanischer Escorte nach Jamaica gebracht (5. April 1848). Die 48 Millionen Dollars Schulden, welche die Vereinigten Staaten hatten machen müssen, glaubte Polk rein aus den Ueberschüssen des Staatseinkommens decken zu können. Bald nach der Besitznahme Californiens wurden dort die reichen Goldlager und Seifen entdeckt, welche schon jetzt die Amerikaner für ihre Kriegskosten entschädigt haben. In Mexico war die Partei des Generals Paredes empört über jenen Frieden und machte einen Aufstand gegen den Präsidenten Herrera, welcher aber schnell unterdrückt wurde. Mexico's Handel und Verkehr ist zerrüttet, das Land mit Anarchie bedroht und die Regierung so schwach, daß sie nicht einmal die Creolen in Yucatan vor den Metzeleien der Indianer schützen kann.

Am 3. März 1849 vollzog Polk seinen letzten amtlichen Act, indem Minnesota als Territorium anerkannt wurde. Des folgenden Tages trat der neue Präsident, der tapfere Taylor, sein Amt an, starb aber schon am 9. Juli 1850 und der Vicepräsident Fillmore leitete bis

1853 die Staatsgeschäfte, unterstützt von den ausgezeichneten Staatsmännern Clay und Webster († 24. October 1852). Kleine Reibungen mit dem Auslande kamen zwar vor, aber ohne ernstliche Conflicte herbeizuführen. So wegen des Attentats auf Cuba (1850—1851) und der glänzenden Aufnahme Kossuth's (1851), ferner wegen des von Großbritannien bestrittenen Stockfischfanges auf Neufundland, und endlich wegen der durch den Guano berühmten und einträglichen Lobos- (Chincha's) Inseln, die seit undenklichen Zeiten zu Peru gehörten, jetzt aber auf einmal von Webster als freies, Jedem zuständiges Territorium in Anspruch genommen wurden. Der letzte Streit wurde durch die englische Regierung zu Gunsten Peru's vermittelt (1852). Der neue demokratische Präsident, General Franklin Pierce, war mehr, als seinen Wählern lieb war, friedlich gesinnt, wenn auch die diplomatische Sprache Washington's in der Koßta-Angelegenheit eine gewisse Anmaßung verräth. Pierce legte den Streit mit England über die Fischereien in Neufundland bei und erklärte, von der Erwerbung Cuba's abzustehen, ohne sich jedoch verbindlich zu machen, feste Versprechungen, wie England und Frankreich wünschten, zu geben. Die Zölle wurden bedeutend herabgesetzt, die Staatsschulden um 13 Millionen vermindert, und den Gesandten und Consuln ein einfaches, prunkloses Auftreten, wie die persönliche Wahrnehmung aller Geschäfte zur Pflicht gemacht. Die große Weltindustrieausstellung zu Neuyork (14. Juli 1853) blieb, trotz des ungeheuren Aufschwungs, welchen der nordamerikanische Handel genommen, hinter den geringsten Erwartungen Europa's zurück, geschweige daß sie mit der Londoner hätte wetteifern können. — Die religiösen Secten, unter welchen die Mormonen am Salzsee eine hervorragende Bedeutung gewinnen, wie der Zwiespalt des Nordens und Südens in der Sclavenfrage, schweben drohend über dem Sternenbanner der Vereinigten Staaten. Die nordamerikanische Handelspolitik hat eine freundlichere Stellung zu Rußland geboten, als man von den Republikanern erwarten sollte. Von unendlicher Wichtigkeit kann der Handelsvertrag mit Japan werden (1854).

In Mexico trat am 1. Januar 1851 General Arista an die Spitze des Staats, wogegen die nordöstlichen Provinzen sich empörten und auf Lostrennung sannen. Der Aufstand wurde zwar unterdrückt, aber Arista war nicht im Stande, der Anarchie und Finanznoth zu steuern, sodaß der in unserm Jahrhundert merkwürdige Fall eintrat, wie eine Menge französischer Abenteurer sich unter dem Grafen Raousset-Boulbon in der Provinz Sonora festsetzen, und im Namen Frankreichs davon Besitz nehmen konnte (1852). Als die Mexicaner Alles aufgeboten und die Freibeuter geschlagen hatten, zahlten sie ihnen noch 11,000 Dollars zur Rückreise nach Californien, — eine Mahnung zur Wiederkehr, die Boulbon nicht unbeachtet ließ, aber mit dem Tode büßte (Juli 1854). Arista wurde



gestürzt und Santa-Anna am 1. April 1853 zurückberufen. Aber auch er hat die ersehnte Ruhe nicht bringen können, und die Finanzen haben, obwohl ein strenges Preßgesetz die öffentliche Meinung zügeln und die Erhöhung des Zolltarifs die Einkünfte vermehren sollte, sich nicht gehoben.

In Haiti bestehen zwei Staaten, ein Negerreich unter Soulouque, oder Kaiser Faustin I. (seit 26. August 1849), und eine durch Frankreich und England anerkannte Creolenrepublik Dominica unter Bonaventura Bary, nachdem der Versuch Faustin's, Dominica zu unterwerfen, gescheitert ist. Faustin I. ließ sich mit seiner Gemahlin am 28. April 1852 in europäischer Weise krönen und sandte im Jahre 1853 seinen Sohn nach London und Wien, um seine Erziehung zu vollenden.

Die Zwistigkeiten zwischen den fünf centralamerikanischen Staaten werden von England und den Vereinigten Staaten ausgebeutet, um hier politischen Einfluß und Flottenstationen zu gewinnen.

In den drei columbischen Republiken wechseln die Versuche der Generäle, einander den Rang bei den Präsidentenwahlen abzulaufen, mit den Bestrebungen einzelner Provinzen, sich vom Ganzen zu trennen, ab.

Von großer Bedeutung für den europäischen Handel ist der Sturz des Dictators Rosas durch den General Urquiza (3. Februar 1852), indem dadurch der Platastrom geöffnet und Paraguay für den Verkehr zugänglich wurde. Don Manuel Pinto wurde Präsident der Argentinischen Republik, hatte aber viel mit Aufständen der Generale Rosas und Urquiza zu kämpfen.

Am besten befindet sich Chile, wohin deutsche Auswanderer jetzt häufig ihre Schritte lenken. Auch Brasilien, dessen Thron Pedro II. (1852) einnimmt, scheint einer bessern Zeit entgegenzugehen und bestrebt sich, deutsche Colonisten ins Land zu ziehen. Durch die angeworbenen holsteinischen Truppen gewann das Heer einen schönen Stamm, der sich in der Schlacht bei Lugares (3. Februar 1852), gegen Rosas schon bewährt hat. Sollten jedoch die Nachrichten gegründet sein, daß man in Rio Janeiro einen förmlichen Handel mit deutschen Einwanderern treibt, so dürften die Verhältnisse Brasiliens auf lange Zeit hin keine Garantien bieten, den Fleiß deutscher Hände würdig zu belohnen.

Die Expeditionen, welche Richardson, Dr. Barth, Dr. Overweg und Dr. Vogel im Auftrage der englischen Regierung zur Erforschung von Central-Afrika machen, versprechen die überraschendsten Erfolge.

Unter den asiatischen Staaten nimmt China die größte Aufmerksamkeit in Anspruch. Hier ist seit 1850 ein Aufstand ausgebrochen, der nichts anderes bezweckt, als die Mandschudynastie zu verjagen und ein nationales Regiment zu gründen. Die Proclamationen, welche das Haupt der Empörer Tien-te erließ, zeigen so viele Spuren christlichen Einflusses,

daß man vermuthet hat, es gehe hier nicht blos eine politische, sondern auch eine religiös-sociale Revolution vor. Der berühmte Missionair K. Gützlaff († 8. August 1851 in Basel) machte, als er aus China zurückkehrte auf die bevorstehenden Ereignisse im „himmlischen Reiche“ aufmerksam. Die bedrängte chinesische Regierung rief den Schutz der „rothhaarigen Barbaren“ an, welche sich aber, in Rücksicht auf die treulose Versperrung Kantons und die Begünstigung der Seeräuberei Seitens der Chinesen, nicht bewogen fanden, das belagerte Nanking zu entsetzen. Letztere Stadt fiel am 21. März 1853 in die Hände der Insurgenten, die nach dem Tode Tien-te's von Yang, Seaou, Kwangtung und Kwangse geführt werden. Nach der Einnahme Schanghai's (7. September) ist es nicht mehr unwahrscheinlich, daß die Herrschaft der Mandschu und der Fodienst dort im Untergehen begriffen sind und ein Land von 80,000 □ Meilen dem Christenthum und der abendländischen Bildung erschlossen werden wird.

65. Frankreich. Louis Napoleon Bonaparte.

Wegen der vielfachen und nahen Beziehungen, in denen Amerika und Asien zu England stehen, haben wir die Geschichte jener Erdtheile gleich hinter der England's behandelt, während Frankreich mit Recht den Schluß dieses Abschnittes bildet, weil, wie es den Anfang mit der Revolution gemacht, auch den Schluß der Contrerevolution bildet.

Ludwig Bonaparte, der dritte Sohn des ehemaligen Königs von Holland und der Hortensie Beauharnais, ist am 20. April 1808 zu Paris geboren und war so lange der Liebling seines großen Oheims, bis demselben der König von Rom geboren wurde. Nach der Verbannung der Napoleoniden zog Ludwig mit seiner Mutter nach Arenenberg im Thurgau, wo er von Dufour in den Kriegswissenschaften unterrichtet ward und überhaupt eine gründliche Bildung erhielt. In den Unruhen des Jahres 1830 sehen wir ihn in Italien die Partei der Revolution ergreifen, aber nach dem Scheitern derselben schnell wieder nach der Schweiz zurückreisen. Hier entwarf er den Plan, auf den Thron Frankreichs zurückzukehren, schrieb mehrere nicht unbedeutende politische und militairische Schriften, namentlich über das Geschützwesen, welches ihm die Erfindung der Granatkanone (canon-obusier) verdankt, und knüpfte Verbindungen mit den kriegslustigen Officieren der französischen Armee an. Die Folgen waren das Straßburger und Boulogner Attentat, über dessen Umstände und diplomatische Weiterungen wir schon berichtet haben (S. 183. 221. 329). Nach seiner Flucht aus Schloß Ham lebte der Prinz in England ziemlich vergessen und seinen Privatneigungen ergeben, bis ihn die Februarrevolution auf den Präsidentenstuhl Frankreichs führte.

Es kann hier nicht darauf ankommen den unerquicklichen Kampf der Nationalversammlung gegen die Verfassung und den Präsidenten, wie die Intriguen der Bonapartisten gegen die Socialrepublikaner (das „rothe Gespenst") und gegen die beiden andern dynastisch-conservativen Parteien der Legitimisten und Orleanisten zu schildern. Der französischen Verfassung, gemacht für eine Gesellschaft, in der Ehrgeiz und Selbstsucht ausgestorben sind, konnte kein ungünstigeres Prognostikon gestellt werden, als die Mehrheit der Franzosen es selbst that, indem sie bekannte Monarchisten zur Nationalversammlung wählte. Gewisse Artikel der Verfassung enthielten directe Herausforderungen nach Oben und nach Unten, die Verfassung zu verletzen, zu verändern oder umzustürzen. Die Versuche blieben nicht aus; nach den ersten neun Monaten hatte die Nationalversammlung die wichtigsten republikanischen Artikel ausgemerzt, was die Demokraten mit Wort und That zu hindern sich bemühten. Darauf begann die Agitation der Bonapartisten hinsichtlich einer Revision der Verfassung, welche schließlich zum Staatsstreich vom 2. Decbr. 1851 führte. Louis Bonaparte bildete sein erstes Ministerium aus der Majorität der Nationalversammlung. Odilon Barrot erhielt den Vorsitz und die Justiz, Drouyn-de-Lhuys das Auswärtige, Leon de Maleville das Innere, Rulhieres den Krieg, Tracy die Marine, der streng katholische Legitimist Falloux den Unterricht, Leon Faucher die öffentlichen Arbeiten, Bixio Ackerbau und Handel, Passy die Finanzen. Schon am 29. Decbr. traten Bixio und Maleville aus und wurden durch Lacrosse und Buffet ersetzt. Den Oberbefehl über die Truppen und Nationalgarden des Seinedepartements empfing Bugeaud, und als dieser an der Cholera starb (1849), Changarnier, welcher am 29. Januar einer Demonstration der „Rothen" und Mobilgarden, welche aufgelöst werden sollten, mit Energie vorbeugte. Am 2. April erfolgte der Spruch des Gerichtshofes zu Bourges über die Angeklagten vom 15. Mai 1848. Dieselben unterlagen der Deportation und Haft bis zu zehn Jahren. Im Mai fanden die Wahlen zu der gesetzgebenden Versammlung statt. Leon Faucher hielt es als Minister des Innern für seine Pflicht, eine telegraphische Depesche an die Präfecten zu erlassen, worin er sie aufforderte, die Wahlen im conservativen Sinne zu lenken. Dieses Schreiben wurde bekannt und von der Nationalversammlung gemisbilligt, worauf Faucher abdankte (14. Mai). Das conservative Wahlcomité in der Poitiersstraße, geführt von den orleanistischen und legitimistischen Parteihäuptern, „Burggrafen" genannt, einem Thiers, Molé, Berryer und Montalembert, erzielte einen glücklichen Erfolg, indem sich die conservative Mehrheit verstärkte, obwohl auch der Berg, die Montagnards, einigen Zuwachs erhielt. Dagegen verlor die Partei der „blauen" oder gemäßigten Republikaner an Vertretern. Am 28. Mai hielt die Legislative ihre erste Sitzung. Bei den Ergänzungs-

wahlen des Jahres 1850 erfochten zwar die „Rothen“ einen Sieg in Paris, wo Eugen Sue gewählt wurde, und an andern Orten, konnten jedoch nicht das Durchgehen eines veränderten Wahlgesetzes, welches drei Millionen Franzosen vom Stimmenrecht ausschloß, hindern (31. Mai 1850). Fassen wir kurz die beschränkenden Maßregeln der Nationalversammlung zusammen! Am 26. Jan. 1849 legt die Regierung das Gesetz gegen die politischen Vereine vor, welches die Demonstration vom 29. zur Folge hatte. Am 12. April genehmigt die Nationalversammlung den Zug nach Rom zur „Wiederherstellung der päpstlichen Autorität und zum Schutze der Volksfreiheit.“ General Oudinot, der durch den unerwarteten Widerstand der Römer sich zu bedeutenden Zugeständnissen an die Priesterherrschaft hatte fortreißen lassen, wurde abberufen und durch Baraguay d'Hilliers, (7. August) später durch Gemeau ersetzt. Ledru Rollin hatte am 11. Juni die Aufmerksamkeit der Nationalversammlung auf die römische Expedition gelenkt, war aber mit der Interpellation, sowie mit der auf Anklage des Präsidenten und seiner Minister am 12. Juni gestellten Motion abgewiesen worden. Darauf erließ der Berg ein Manifest an Heer und Volk (13.) und zog, begleitet von Nationalgarde-Artilleristen und Studenten, nach dem Elisée (Wohnsitz des Präsidenten) und nach dem Palast der Nationalversammlung, um beide aufzuheben. Changarnier sprengte mit einer kleinen Truppenmacht die meist unbewaffneten Haufen auseinander, und die Nationalversammlung verhängte über Paris, Lyon und fünf andere Departements den Belagerungszustand (15.). Die Häupter des Aufstandes entkamen zum Theil, namentlich Ledru Rollin, dessen Verbindung mit den Häuptern der badischen Revolution als erwiesen anzusehen ist. Am 18. Juni erfolgten die Journalsuspensionen, am 11. Juli die Auflösung mehrerer Legionen der Nationalgarde, am 24. das strenge Preßgesetz, am 9. August das Gesetz über Belagerungszustand und Ausnahmegerichte, am 12. Nov. das strenge Deportationsgesetz, welches gegen die Juniangeklagten des Jahres 1848 in Versailles zur Anwendung kam; am 27. wurde das Gesetz gegen die Arbeiterverbindungen erlassen, und am 20. Dec. die verhaßte, schädliche Getränksteuer wieder eingeführt, da die Mehrheit der Nationalversammlung sich scheute, das Deficit von 550 Millionen durch eine Einkommensteuer zu ersetzen.

Im August vertagte sich die Nationalversammlung bis zum 1. October und hinterließ einen Ausschuß in Paris zur Wahrnehmung ihrer Rechte. In dieser Zeit trat der Präsident eine Reise an, auf der es die Gesellschaft des 10. December nicht an bonapartistischen Demonstrationen fehlen ließ. Zugleich befahl Louis Napoleon den Zusammentritt der Departementalräthe, in denen er eine Stütze für seine Herrscherwünsche suchte. Dabei kam ihm das Widerstreben der Provinzen gegen die Allmacht und



Centralisation der Hauptstadt zu gute, welches Moment sich damals im französischen Staatsleben geltend zu machen schien. Die günstigen Erfahrungen, welche der Präsident sammelte, bestimmten ihn, seinem Ziele einen Schritt näher zu rücken. Er entließ das Ministerium und wählte ein anderes aus seinen Anhängern: d'Hautpoul, Fould, Baroche u. s. w. (31. Octbr. 1849). Der strenge Carlier wurde Polizeipräfect. Die hier und da auftauchenden Gerüchte eines beabsichtigten Staatsstreichs widerlegte der Präsident durch die Erklärung, daß er niemals sein Wort brechen würde. Um sich populair zu machen, begnadigte er am 12. Nov. 700 Juni-Insurgenten, obwohl die Versammlung einen dahin gerichteten Antrag abgeworfen hatte. Louis Bonaparte liebte es, sich überall als den Wiederhersteller und Hort der Ordnung darzustellen und darin ging er mit der Nationalversammlung zusammen. Die Eintheilung Frankreichs in vier Militairdivisionen (Jan. 1850), damit die Gewalt in den Händen weniger ergebenen Generale vereinigt würde, stieß daher auf keinen Widerspruch, war aber ein weiterer Schritt Napoleon's, zur Gewalt zu gelangen. Der einflußreiche Priesterstand wurde durch das Unterrichtsgesetz (27. März 1850) und ein die früheren Gesetze über Vereine und Presse an Strenge überbietendes Gesetz (16. Juli) gewonnen.

Erfüllt von dem Gedanken, das Werkzeug der Vorsehung zu Frankreichs Rettung zu sein, konnte es Louis Napoleon nicht gleichgiltig hinnehmen, wie die Versammlung 3 Millionen Wähler, die ihm zum großen Theil ihre Stimme gegeben, plötzlich vom Wahlrecht ausschloß. Da er aber auch Geld brauchte und sich zur Unterstützung seiner Anhänger in Schulden gestürzt hatte, so bestätigte er das Wahlgesetz vom 31. Mai 1850, und erhielt dafür von der Versammlung 2 Millionen Francs als außerordentliche Repräsentationskosten. Am Ende des Jahres 1850 wiederholten sich die Gerüchte von Staatsstreichen, und mit Bangen blickte die Nationalversammlung auf die Haltung des von allen Seiten gefürchteten Generals Changarnier. Der General beruhigte die Versammlung mit den Worten, daß er seine Hand nicht zu einem Staatsstreich des Präsidenten bieten und stets zum Schutz der Verfassung gerüstet sein werde. Louis Napoleon mußte daher diesen gefährlichen Gegner entfernen und bediente sich dazu eines neuen Ministeriums (9. Januar 1851), mit verstärkten bonapartistischen Kräften. Dasselbe entsetzte Changarnier des Oberbefehls und gab Perrot das Commando der Nationalgarden, Baraguay d'Hilliers das der Truppen. Da ermannte sich die Versammlung und erklärte, daß das Ministerium ihr Vertrauen nicht besitze (18). Der Präsident, dessen Pläne noch nicht reif waren, entließ sofort das Ministerium und gab die beruhigendsten Zusicherungen (24). Dennoch bildete er kein parlamentarisches, sondern ein bloßes Geschäftsministerium aus unbekannten Namen, bis am 11. April ein definitives aus Baroche, Buffet,

Crousselhes, Chasseloup-Laubat, Fould, Faucher, Magne und Randon ernannt wurde. Die Reisen, welche der Präsident jährlich zweimal in den verschiedensten Theilen Frankreichs unternahm, wie die Beschlüsse der Departementalräthe über die Revision der Verfassung im Sinne größerer Stabilität, gaben Napoleon den Beweis, daß Frankreich sich nach Ruhe sehne und der Aufregungen bei der alle vier Jahre wiederkehrenden Präsidentenwahl enthoben sein wolle. Da die Nationalversammlung das Verlangen der Revision abwarf (14. Juli), so mußte sich Napoleon zur Erreichung seines Zwecks auf das Volk stützen und dessen Souverainetät in einem Sinne ausbeuten, wie es von den Erfindern jener Idee nicht geträumt worden ist. Sein Ministerium sorgte daher für ergebene Präfecten und zog die aus den westlichen Departements, wo der Bonapartismus die meisten Anhänger hatte, rekrutirten Regimenter nach Paris. Darauf stellte der Präsident, theils um die Nationalversammlung als „reactionär" zu discreditiren, theils um sich zu populär zu machen, den Antrag, das allgemeine Stimmrecht wieder herzustellen, und befahl die Austreibung aller fremden Arbeiter aus Paris, wobei er die Pariser für sich hatte. Das mit dieser Maßregel nicht einverstandene Ministerium wurde entlassen (14. October), und am 27. das ergebene Staatsstreich-Cabinet St. Arnaud, Thorigny, Corbin, Fortoul, Turgot, Casabianca, Lacrosse, Giraud und Blondel ernannt, bei dessen Auftreten sich die Rente um vier Sous hob. Unter solchen Verhältnissen ward die Nationalversammlung am 4. November von Dupin wieder eröffnet und eine Botschaft des Präsidenten verlesen, worin auf eine große demagogische Verschwörung, die sich über ganz Frankreich und Europa verbreite, hingewiesen, das Jahr 1852, damals als Jahr des „rothen Gespenstes" bezeichnet, als ihr Ausgangspunkt, die Wahlreform als Hauptmittel, ihr zu begegnen, dargestellt wurde. Das allgemeine Stimmrecht müsse in breitester Grundlage gefördert, das Wahlgesetz vom 31. Mai 1850 aufgehoben und das Gesetz für die Präsidentenwahl geändert werden. Am 13. November scheiterte in der Nationalversammlung der Plan zur Wiederherstellung des allgemeinen Stimmrechts (355 gegen 348), aber am 18. wurde auch der sogenannte Quästorenantrag verworfen, welcher darauf hinauslief, eine parlamentarische Armee zu bilden und den Befehlshaber durch die Nationalversammlung zu ernennen. Napoleon, der durch Feste und Verdienstkreuze das Heer für sich gewonnen hatte, und bei der allgemeinen Erschlaffung und Sehnsucht nach Ruhe keinen sonderlichen Widerstand erwartete, durfte nicht zögern, bis der Quästorenantrag noch einmal gegen ihn geschleudert und die Disciplin des Heeres gelockert würde.

In der Nacht vom 1. zum 2. December 1851, nach einem Balle im Elysée, schritt Napoleon mit seinen Getreuen zur Ausführung der letzten Pläne. Die unzuverlässigen Minister wurden nicht ins Geheimniß



gezogen und bald durch de Morny, Fould und Rouher ersetzt. St. Arnaud empfing die Leitung der militairischen Maßregeln, Persigny unterstützte den Präsidenten mit seinen Rathschlägen. Gegen vier Uhr Morgens wurden die gefährlichen Generale Changarnier, Lamoriciere, Leflo, Bedeau in ihren Betten überrumpelt und nach Ham gebracht, die Burggrafen gefangengesetzt und eine Proclamation an den Ecken angeschlagen, worin Napoleon verkündigte: „daß die Nationalversammlung," deren man mit ihrem unfruchtbaren, die Verbesserung der materiellen Zustände hindernden Parteigezänk, mit ihren egoistischen Intriguen und reactionairen Maßregeln herzlich müde war, „aufgelöst, das allgemeine Stimmrecht hergestellt und das Volk vom 20. December an in die Wahlbureaux einberufen, Paris und das Seinedepartement aber in Belagerungszustand erklärt sei." Umsonst vertheidigten sich die conservativen Deputirten mit einem Paragraphen der Verfassung, den sie unzähligemal verletzt hatten, umsonst versuchten sie ihre Sitzungen fortzusetzen, sie mußten von Ort zu Ort fliehen, nachdem sie einen Beschluß über die Aechtung des Präsidenten gefaßt hatten. Die Armee, der „wahre Träger des Volksgeistes", wird vom Präsidenten zuerst zum Schiedsrichter aufgerufen und stimmte freudig bei, der „Herrschaft des Pöbels", welchem sie 1789, 1830 und 1848 weichen mußte, „ein Ende zu machen und die Soldatenehre wiederherzustellen." Am 3. December wandte sich der Präsident auch an die „Elite des Volks", das heißt an die Arbeiter, und forderte sie auf, gleich der Armee ihre Stimmen „frei" abzugeben, ob er noch zehn Jahre Präsident sein und eine der Consulatsverfassung des Jahres VIII. nachgebildete Verfassung, welche dem parlamentarischen Intriguenspiele entrückt sei, und keine der gesetzgebenden Gewalt verantwortliche Minister, sondern blos einen dem „Volke" verantwortlichen Präsidenten (Consul) kenne, verleihen solle?" Paris war am 2. und 3. December ruhig; am 4. December begann aber ein matter Barrikadenkampf, der schnell unterdrückt wurde. Außerdem ist behauptet worden, es seien auf die Spaziergänger der Boulevards und auf die friedlichen Menschen, welche aus den Fenstern sahen, von den Soldaten Salven gegeben worden. Der geringe Widerstand, welcher sich zeigte, sei nämlich den Männern des Staatsstreichs nicht gelegen gewesen und sie hätten Thaten aufweisen wollen, welche sie zu Gunsten der „Ordnung" gegen die wilde Socialistenrotte gethan hätten. Was in Paris durch eine derartige Handlungsweise der Generale, wurde in den Provinzen von selbst erreicht. In rasender Verzweiflung und blinder Wuth, die Gegenwart verloren zu haben, standen die Rothen und Republikaner aller Orten auf und plünderten die verhaßten „Bourgeois." Allein gerade dadurch trieben sie die ohnehin schon besorgten Eigenthümer und Rentner dem Präsidenten in die Arme und bestätigten Das, was seine Agenten den Leuten vom rothen Gespenst

vorgeredet hatten. Die militairischen Vorbereitungen waren so gut getroffen, daß der republikanische Aufstand schnell niedergeschmettert wurde. Die Gefängnisse füllten sich rasch und 10,000 Menschen harrten des schrecklichen Looses, nach Cayenne oder Algier deportirt zu werden. Während dem erfolgte bei ungemein zahlreicher Betheiligung die Abstimmung über die Vorschläge des Präsidenten. Am 31. December wurde das Resultat in Paris verkündigt. 7,481,231 hatten mit Ja, 647,292 mit Nein gestimmt; 37,107 Zettel waren für ungiltig erklärt worden. Mögen auch einige Hunderttausend durch das Scepter der Macht für Louis Napoleon gepreßt worden sein, so bleibt dennoch diese Probe der Volkssouverainetät für Napoleon eine gelungene und zeigt, wie herzlich satt man der republikanischen Verfassung von 1848 war.

Nachdem Napoleon die republikanischen Inschriften beseitigt und die gefangenen Generäle ins Ausland geschickt hatte (9. Januar), octroyirte er am 14. Januar 1852 das neue Verfassungsgesetz, welches in 8 Titel mit 58 Paragraphen zerfiel, die republikanische Regierungsform bestehen ließ und die Regierung dem Präsidenten Louis Napoleon für zehn Jahre anvertraute. Die verschiedenen Staatsgewalten waren unter die Minister, den Staatsrath, den Senat und den gesetzgebenden Körper, der auf breitester Wahlbasis ruhte, dessen Thätigkeit aber durch mancherlei Bestimmungen sehr gelähmt war, vertheilt. Vom 15. Januar ab ergingen die Decrete nicht mehr im Namen des Volkes, sondern in dem Louis Napoleon's, dessen Bildniß sich auf den Münzen zu zeigen anfing. In Nachahmung früherer Vorgänge wurden die Güter des Hauses Orleans confiscirt und theils den Staatsdomainen zugewiesen, theils zur Dotirung der Ehrenlegion; theils zur Gründung von Creditanstalten armer Gutsbesitzer, theils zur Erbauung von Arbeiterwohnungen in großen Städten, theils zur Pension für arme Geistliche bestimmt (Februar). In solchem Betracht entsagte der Präsident jeder Reclamation der gegen seine Familie stattgehabten Executionen. Zwar protestirten die Orleans'schen Prinzen gegen das Confiscationsdecret ihrer Güter, und das Seinetribunal nahm den Protest an; aber dabei hatte es auch sein Bewenden. Was unter Louis Philipp die Kammern nicht zugegeben hatten, vollführte nun Louis Napoleon durch einen Federstrich: er setzte die 5procentigen Renten auf 4½ Procent herab (13. März) und sparte dem Staat viele Millionen an Zinsen. Das Heer, dem Louis Napoleon zu großem Danke verpflichtet war, empfing am 10. Mai neue Adler und Verdienstmedaillen, womit sich 100 Francs Einkünfte verbanden. Die militairischen und Volkslustbarkeiten dauerten bis zum 13. und wurden vom Präsidenten durch die Amnestie von 3000 politischen Verurtheilten verherrlicht. Diese Gnadenacte wiederholten sich noch mehrmals, namentlich am 15. August, dem Napoleonstage, welcher von jetzt an ein französisches Nationalfest wer-

den sollte. Im September trat der „Prinz" eine große Rundreise an, begleitet und empfangen von dem Jubelgeschrei des freudetrunkenen Volks, welches ihn zum Kaiser wünschte. In einigen Orten herrschte zwar düsteres Schweigen, bei dem man den Ruf nach Amnestie desto deutlicher unterscheiden konnte. Der Präsident bedeutete die Rufer, daß sie sich besser betragen möchten, wenn sie gehört sein wollten. Im Allgemeinen war das beabsichtigte Resultat erreicht und die Stimmung für das Folgende hinlänglich erforscht. Am 4. November kam der Senat zusammen, um die nöthigen Abänderungen in der Regierungsform zu machen. Schon am 5. überreichte er dem Prinz-Präsidenten einen Senatusconsult, worin die kaiserliche Würde wiederhergestellt und Ludwig Napoleon Bonaparte als Napoleon III. zum Kaiser proclamirt, seine Würde als erblich in der directen natürlichen und legitimen Nachkommenschaft erklärt wurde. Das Volk sollte am 21. und 22. November über alles Dieses abstimmen. Diese Abstimmung fiel so glänzend aus, daß der gesetzgebende Körper bei der Prüfung fast 8 Millionen bejahender und nur etwa 100,000 verneinender Stimmen zählte. Am 1. December Abends begaben sich die Deputationen des Senats und gesetzgebenden Körpers in die Tuilerien, um dem Präsidenten seine Wahl zum Kaiser anzuzeigen, die derselbe huldreich auf Frankreichs Wunsch anzunehmen geruhte. Am nächsten Tage hielt der Kaiser seinen Einzug in Paris, das illuminirt war und in einem Freudenmeer schwamm. Zahlreiche Gnadenacte gegen Deportirte oder Gefangene, Gratificationen für das Heer und die Ernennung von drei Marschällen: Arnaud, Magnan und Castellane, bezeichneten den schönsten Tag in Napoleon's III. Leben. Die Dotation des Kaisers mit 25 Millionen schien im Vergleich zum Julikönigthum nicht zu hoch. Ein Decret vom 18. regelte die Thronfolge, welche im Falle des kinderlosen Ablebens des Kaisers auf Jerome Napoleon Bonaparte und dessen directe männliche Nachkommenschaft aus der Ehe mit Katharina von Württemberg übergeht. Die auswärtigen Höfe beeilten sich, den Kaiser als „lieben Bruder" zu begrüßen, zuerst Neapel, dann Belgien, England u. s. w. Nur die drei nordischen Großmächte zögerten mit der Anerkennung bis zum Jahre 1853. Dieses Zaudern bestimmte den Kaiser vielleicht, keine politische Heirath, sondern eine Verbindung nach seinem Herzen einzugehen. Er wählte eine Spanierin, die schöne Eugenie, Herzogin von Theba und Marquise Montijo und machte dies durch jene viel gedeutete Rede den Mitgliedern des gesetzgebenden Körpers, des Senats und des Staatsraths bekannt (22. Januar 1853). Acht Tage darauf erfolgte die Civilehe, am 30. die kirchliche Trauung durch den Erzbischof in Notre Dame. Der günstige Eindruck neuer Begnadigungen von 4312 Individuen wurde durch zahlreiche Verhaftungen von Journalisten und vornehmen Legitimisten (6. Februar) wieder verwischt. Das Wort des Kaisers: „das Kaiserthum

ist der Friede“ zu bewahrheiten, verfügte ein Decret die Verminderung der Armee um 50,000 Mann (14. Februar). Allein das anmaßende Benehmen des russischen Gesandten Mentschikoff gegen die Pforte, welches augenscheinlich auf einen Bruch mit der Türkei abgesehen war, ließen im Effectivbestand der Armee keine Aenderung zu. Vielmehr erforderte Frankreichs Stellung in Europa die umfassendsten Rüstungen zur See, welche das der Erleichterung sehr bedürftige Budget beschwerten und nur durch einen großartigen Act des Patriotismus, eine freiwillige Anleihe von 260 Millionen Francs, zu bestreiten waren. Die Ernennung des kriegerischen Admirals Hamelin zum Befehlshaber der französischen Mittelmeerflotte, wie des Generals Baraguay d'Hilliers zum Gesandten in Konstantinopel, zeigten dem Kaiser von Rußland, daß das herzliche Einvernehmen mit England ernstlich gemeint sei. Nikolaus konnte sich dafür nur durch ein ungefährliches Hofmanövre rächen, indem er die Fusion der älteren und jüngeren bourbonischen Linie in Frohsdorf (21. November) zu Stande brachte.

Der Krieg in Algier, von Hautpoul geführt, währte fort. Immerhin mag er für einen Beweis des geringen Colonisationstalents der Franzosen gelten; die Regierung hat ihn für die Kriegstüchtigkeit ihrer Armee nicht umsonst geführt und Erfahrungen gesammelt, welche sie im Kriege gegen Rußland zur Anwendung bringen wird.

Vierter Abschnitt.

66. Der russisch-türkische Krieg. Umschwung der öffentlichen Meinung.

Rußlands Kraft liegt einzig und allein in seiner Concentration, in seiner compacten Volkseinheit, in seinem durch den Willen des Czaren geleiteten einigen Kirchenthum. Durch alles das bildet es einen wesentlichen Gegensatz zum Abendlande. Aber jene Stärke ist nur die Macht der Defensive, die Festigkeit des Bestandes, die Kraft des Widerstandes gegen auswärtige Angriffe, wurde jedoch im Occident häufig mit der Stärke der Offensive verwechselt. Die letztere liegt, neben den zureichenden materiellen Hilfsmitteln, die Rußland abgehen, in einer Idee, für welche ein Volk begeistert, von der es eingenommen sein muß, während die übrigen Völker des Erdballs in kleinlicher Selbstsucht kein wesentliches Interesse für das Bestehen ihrer Institutionen hegen. Das war z. B. in Deutschland 1806 der Fall, wo die Völker des bisher verachteten „Reichs“ die Ideen des Ruhms und der Ehre mit einem brennenden Durste einsogen, der nur aus der übrigen Ideenlosigkeit des Zeitalters erklärt werden kann.

Mögen aber auch Ruhm und Ehre nur subjectiv sein und den allgemeinen Ideen des Vaterlandes, des Volksthums, der Kirche und der Civilisation zuletzt unterliegen, so sind sie doch allgemein menschlich, und unter allen gebildeten Völkern der Erde verbreitet. Welche allgemein menschliche Idee tragen uns aber die Russen entgegen? sie, die in Allem von uns so verschieden sind, daß nur der verstockte Eigennutz die Herrschaft ihres Volks- und Kirchenthums über Europa wünschen kann! Es giebt zwischen dem Westen und dem Osten keinen Zusammenhang der Ideen und der Institutionen; jede Vermittelung fällt hinweg, sobald der Kaiser von Rußland das Abendland mit seinem kirchlich-politischen Absolutismus beglücken will. Ist der Kampf entbrannt, so wird er so lange währen, bis eins oder das andere feindliche Element unschädlich gemacht ist. Deutschland, welches über vierzig Jahre in der Furcht Rußlands gefangen lag, wird, mag es unthätig bleiben, oder ihm beistehen, oder ihm feindlich gegenübertreten, die Fänge des russischen Adlers noch schmerzlicher empfinden, wenn Rußland den Sieg davon tragen sollte. Daß dieser Sieg nur durch eine energische Betheiligung Deutschlands am Kampfe gegen Rußland verhindert werden kann, fühlt die öffentliche Meinung, wissen die Regierungen; aber sie wissen noch nicht, ob nicht, nachdem sie geschwächt und von dem Riesenkampfe ermüdet sind, eine andere gefährlichere Macht im Westen entstanden sein kann, die ihre Selbstständigkeit bedroht oder gänzlich vernichtet; sie wissen noch nicht, ob sich nicht innere Elemente in den Kampf mischen können, welche die Ruhe und Sicherheit gefährden; sie wissen noch nicht, welche Absichten die Westmächte hinsichtlich Polens hegen; sie wissen endlich nicht, ob der Krieg der Westmächte gegen Rußland auch mit solchem Nachdruck geführt werden wird, daß er nicht vor Erreichung sicherer Bürgschaften, welche eine künftige Störung des Friedens verhindern, aufhört. Nehmen wir dazu die persönlichen Sympathien, welche der russische Kaiser in maßgebenden Kreisen besitzt, so dürften die deutschen Regierungen wegen ihres Verhaltens nicht vom Publicum angeklagt werden, das nur sieht, was auf den Brettern vorgeht, nicht aber das, was hinter den Coulissen spielt. Der Ernst der Weltlage erfüllt alle Gemüther und nimmt jedes andere Interesse vorweg. Eins aber ist jetzt schon erreicht: die Furcht vor Rußlands Macht ist im Abnehmen und der Donaustrom geöffnet. Die inneren Parteikämpfe ruhen, die Verhältnisse befestigen sich, die Vaterlandsliebe erstarkt und gewährt den Staaten ein allgemeines Bindemittel, das ihnen längere Zeit fehlte.

Nach dem glücklichen Ausfall der Leiningen'schen Sendung hielt Rußland seine Zeit für gekommen, wo es, gestützt auf den Vertrag von Balta Liman vom 26. April 1849, seine Hand nach den wichtigen Donaufürstenthümern ausstrecken dürfe. Der Kaiser, durch die geringen



Zugeständnisse an die Katholiken hinsichtlich der heiligen Orte scheinbar beleidigt, sandte den Fürsten Mentschikoff mit einer Menge unbilliger Forderungen nach Konstantinopel, welche die Souverainetät des Sultans zu untergraben geeignet waren. Die Hauptpunkte derselben waren: Vergütung von 40 Millionen Piastern Kriegskosten während der Besetzung der Donaufürstenthümer im Jahre 1849, sodann die Rücknahme des zu Gunsten Frankreichs in Betreff der heiligen Stätten erlassenen Fermans und endlich das Schutzrecht Rußlands über alle griechischen Unterthanen der Pforte. Ganz gegen die sonstige Gewohnheit der russischen Diplomaten, trat Mentschikoff, auf Befehl des Kaisers, oder wenigstens mit der nachträglichen Billigung desselben (Depesche des Grafen Nesselrode an Reschid Pascha vom 31. Mai 1853), die Etikette des türkischen Hofes mit Füßen, und suchte sich mit Uebergehung der Minister Audienz beim Sultan zu verschaffen (8. März), um ihn zu überraschen und die andern Diplomaten über die „friedliche“ Absicht seiner Sendung zu täuschen. Der Sultan entließ zwar den Minister des Auswärtigen, Fuad Effendi, zögerte aber mit einer Antwort betreffs der russischen Forderungen. Da stellte Mentschikoff ein Ultimatum, worauf die Pforte sich außer Stande erklärte, in die Forderungen Rußlands zu willigen und den Schutz der Westmächte anrief. Letztere zögerten nicht, ihre Flotten auszurüsten und nach der Besikabei zu senden. Lord Redcliffe (Sir Stratford Canning) ertheilte der Pforte den Rath, die Sache hinzuziehen, um sowohl selbst Zeit zu Rüstungen zu gewinnen, als auch den Westmächten Zeit zu lassen, die ihrigen zu vervollständigen, endlich, um sich dem ägyptischen Vicekönig durch Zugeständnisse hinsichtlich des Rechts über Leben und Tod zu Hilfsleistungen geneigt zu machen. Mentschikoff, der auf die gegenseitige Eifersucht der Westmächte gerechnet hatte, schob sein Ultimatum bis zum 14. Mai hinaus und reiste erst am 22. Mai ab, gefolgt von dem gesammten russischen Gesandtschaftspersonal; nur die Post und Handelskanzlei blieben zurück. In Konstantinopel aber trat Reschid Pascha an die Spitze des Ministeriums und veranstaltete in allen Theilen des Reichs umfassende Rüstungen. Zugleich führte er in würdiger Weise den Notenwechsel mit Rußland und erwirkte einen großherrlichen Ferman vom 6. Juni an die geistlichen Oberhäupter aller christlichen Kirchen, worin die bisher zugestandenen Privilegien bestätigt und die Beseitigung aller in dieser Hinsicht eingeschlichenen Misbräuche verheißen wurde. Der Kaiser von Rußland, welcher nach den Verhandlungen mit Aberdeen im Jahre 1844 (S. 312) und neuerdings mit dem äußerst schlauen englischen Gesandten Seymour, Großbritanniens sicher zu sein glaubte, erließ am 26. Juni das Manifest von Peterhof und befahl am 2. Juli den Einmarsch der russischen Truppen in die Walachei und Moldau, welche als „Pfand“ für die Wiederherstellung der kaiserlichen Rechte dienen sollten.

Vergebens hatte die ganze europäische Diplomatie zwischen den streitenden Parteien zu vermitteln gesucht, und gab auch jetzt ihre Absichten nicht auf. Wien wurde der Sitz einer Conferenz der Vertreter Englands, Frankreichs, Oesterreichs und Preußens, die am 24. Juli ein Vermittelungsproject ausarbeiteten, welches den Beifall des Czaren, aber nicht den der Pforte hatte. Vielmehr machte dieselbe Modificationen, wodurch alle das Recht Rußlands zur Besetzung türkischen Gebiets bestätigende Ausdrücke entfernt wurden, und erließ ein Manifest an ihre Völker, die Integrität und Unabhängigkeit des Landes zu wahren. Die Russen hatten nämlich in den Donaufürstenthümern schon die Herren gespielt und den Hospodaren befohlen, ihren Tribut, statt an die Türkei, an die russische Kriegskasse zu zahlen. Später wurde sogar General v. Budberg zum außerordentlichen Bevollmächtigten für Civilverwaltung und Gerichtswesen ernannt (November). Dadurch war die Nationalehre der Türken aufs Empfindlichste gekränkt; ihre kriegerische Stimmung steigerte sich ins Maßlose, sodaß der Sultan derselben nachgeben, und am 25. September den Krieg an Rußland erklären mußte. An den Oberbefehlshaber der türkischen Donauarmee, Omer Pascha, erging der Befehl, von dem russischen Obergeneral, Fürst Gortschakoff, Räumung der Donaufürstenthümer binnen funfzehn Tagen zu verlangen, im Gegenfalle die Feindseligkeiten beginnen sollten. Zwar erwirkten die Wiener Diplomaten noch einen Aufschub bis zum 1. November; ehe aber der Befehl dazu von Konstantinopel eintraf, hatte schon die russische Donauflottille mit den Batterien von Isaktscha ein glückliches Gefecht bestanden (23. October). Omer Pascha zögerte nicht, den Krieg mit Nachdruck und Geschick fortzusetzen. Da es ihm wohl bekannt war, daß russische Agenten die bulgarischen Christen aufwiegelten und die Russen von den Serben sehnsüchtig erwartet wurden, ordnete er den Uebergang der Armee bei Kalafat an und ließ hier starke Festungswerke aufführen. Gleichzeitig setzten auch die Türken auf andern Punkten von Silistria bis Widdin über die Donau und bestanden mehrere glückliche Gefechte gegen die Russen, namentlich bei Oltenitza (4. November). Die ungünstige Witterung brachte jedoch die Operationen zu Lande bald ins Stocken. Mittlerweile hatte die englisch-französische Flotte in den Dardanellen vor Gallipoli Anker geworfen. England und Frankreich erklärten sich zu Beschützern der Pforte und hatten Rußland davon benachrichtigt. Trotzdem erfolgte der Angriff der russischen Flotte unter Nachimoff auf sieben türkische Fregatten und zwei Dampfer im Hafen von Sinope (30. November). Dieses Ereigniß, welches den Kriegsmuth des türkischen Ministeriums erschütterte, zerstörte die eben erst geschlossene Uebereinkunft der Wiener Conferenz vom 5. December hinsichtlich eines Rußland günstigen Friedensprojects, das in Stambul angenommen zu werden Aussicht hatte. England und Frank-

reich dirigirten ihre Flotten nach dem Bosporus und Seymour zeigte dem Grafen Resselrode an, daß England Maßregeln treffe, um die Wiederkehr der Scenen von Sinope zu verhindern, während der französische Minister Drouyn de Lhuys erklärte, das schwarze Meer bis zur Räumung der Donaufürstenthümer und bis zur Herstellung des Friedens als Pfand zu betrachten. Das Bestreben der Westmächte ging dahin, einen Waffenstillstand auf dem schwarzen Meere zu erzwingen, die feindlichen Flotten auseinanderzuhalten und die russischen Schiffe in ihre Häfen zu weisen. Rußland hielt es bei so bewandten Umständen unter seiner Würde, noch länger die diplomatischen Beziehungen mit Frankreich und England fortzusetzen. An einem und demselben Tage verließ Kisseleff Paris, Brunnow London (6. Februar), um in Darmstadt ihren Sitz zu nehmen. Bald nachher reisten auch die Gesandten Englands und Frankreichs, Seymour und Castelbajac, von Petersburg ab. Das Schreiben des Kaisers von Frankreich (29. Januar 1854) an den Kaiser Nikolaus, wie dessen Antwort zeigten der Welt, daß eine Ausgleichung nicht mehr zu hoffen war. Rußland stellte unannehmbare Forderungen bei der Wiener Conferenz und suchte durch Orlow Oesterreich und Preußen für eine bewaffnete Neutralität zu gewinnen. Beide Cabinete lehnten das Ansinnen ab und theilten die darauf bezüglichen Verhandlungen der Wiener Conferenz mit, bei der ihr loyales Benehmen Billigung fand. Oesterreich erklärte außerdem, daß es ein englisch-französisches Ultimatissimum, das als Basis der Friedensunterhandlungen die Räumung der Fürstenthümer fordere, unterstützen werde und dieselbe Versicherung gab Preußen, jedoch mit der Erklärung, daß es im Fall der Weigerung von russischer Seite an den Feindseligkeiten kaum thätigen Antheil nehmen werde. Das Ultimatissimum ging am 17. Februar von London nach Petersburg ab und forderte binnen sechs Tagen Antwort, ob der Kaiser bis zum 30. April die Fürstenthümer räumen wolle. Noch vor Ankunft des englischen Couriers erließ Kaiser Nikolaus ein Kriegsmanifest an die Russen, welches an das Jahr 1812 erinnerte und mit der Mahnung schloß, wiederum die Alten zu sein. Dagegen hielten Kaiser Napoleon im gesetzgebenden Körper und Lord John Russel im Unterhause kriegathmende Reden, welche mit Beifall vernommen wurden. Da Kaiser Nikolaus es nicht für angemessen hielt, auf das englisch-französische Ultimatissimum zu antworten, so überbrachten John Russel dem Unterhause, Lord Aberdeen dem Oberhause und Achille Fould dem Senat und gesetzgebenden Körper eine die Nothwendigkeit des Kriegs nachweisende Botschaft (27. März), welche die Billigung aller genannten Körperschaften enthielt. Somit erfolgte am 28. März 1854 die Kriegserklärung der Westmächte an Rußland. England und Frankreich haben sich durch einen Vertrag verbunden und beiderseits mit der Pforte einen Vertrag abgeschlossen (11. März), wonach die Verbündeten sich verpflichten, keinen Frieden ohne

gemeinschaftliche Zustimmung einzugehen, die Türkei in unverkürztem Besitzstand zu erhalten, und geloben, keine Vortheile für sich aus dem Kriege zu ziehen. Dagegen verspricht der Sultan, seinen christlichen Unterthanen gewisse Concessionen in Beziehung auf die Gleichstellung vor Gericht zu machen. Die deutschen Großmächte billigten die Rechtsanschauung der Westmächte. Während aber Oesterreich rüstete, um sein Schwert für das europäische Recht und die deutschen Interessen in die Wagschale zu werfen, gefiel sich Preußen in der Vermittlerrolle, die beiden Theilen gute Dienste leisten sollte. Als es aber den Ernst der Westmächte, die staunenswerthe Dampfflotte Charles Napier's in der Ostsee erblickte, als Frankreich rasch eine zweite Segelflotte aufbrachte, und beide Staaten binnen kurzer Zeit 50,000 Mann nach dem Orient sendeten, da sah es sich nach dem natürlichsten Verbündeten in dieser Sache um, nach Oesterreich, und schloß mit ihm am 20. April 1854 ein Bündniß ab, worin sich beide Mächte ihren Besitzstand garantirten und Preußen versprach, das österreichische Gebiet zu schützen, sobald Oesterreich am Kriege Theil nehme, um die Russen aus den Donaufürstenthümern zu werfen, ja sogar den Czaren anzugreifen sich verpflichtete, wenn die Russen über die Donau gehen, oder einen Angriff auf den Balkan machen sollten. Dieses Bündniß der deutschen Großmächte machte die Mittelstaaten besorgt, zum Beitritt gezwungen zu werden. Sie hielten deshalb zu Bamberg eine Conferenz (Mai), wogegen der König von Preußen nach Tetschen reiste und sich mit dem Kaiser von Oesterreich über eine gemeinschaftlich zu befolgende Politik einigte (Juni). Darauf wurde das österreichisch-preußische Bündniß dem Bundestage vorgelegt und von diesem fast einstimmig gebilligt (Juli). Ein Theil dieses Bündnisses scheint durch den Rückzug der Russen seine Geltung verloren zu haben.

Nachdem die Russen sich vergeblich bemüht hatten, bei Kalafat oder Rustschuk den Donauübergang zu erzwingen, überschritten sie plötzlich die Unterdonau (Mai) und nahmen die Dobrudscha bis zum Trajanswall in Besitz. Jetzt rüstete Oesterreich mit Macht und verhandelte mit der Türkei über die näheren Modalitäten seiner militairischen Hilfe, deren Resultat der Vertrag vom 14. Juni war. Der zum russischen Oberbefehlshaber ernannte Fürst Paskewitsch, welcher noch vor Ankunft der englisch-französischen Truppen und vor dem Einmarsch der Oesterreicher rasch einige Siege erfechten und wenigstens eine bedeutende Trophäe, statt der vielen Niederlagen, die Rußland bisher erlitten, nach Hause bringen wollte, suchte Omer Pascha vergebens aus seiner festen Stellung bei Schumla zu locken und belagerte endlich Silistria, das um jeden Preis genommen werden sollte. Die Belagerung, welche Schilder leitete, kostete jedoch sechs Wochen Zeit und 25,000 Menschen, ohne daß weder russisches Geld noch russische Waffen die Festung bezwingen konnten. Der tapfere Com-

mandant, Mussa Pascha, fiel zwar durch eine russische Kanonenkugel, aber sein Nachfolger, Mehemed Pascha, war von nicht minderem Vertrauen zu dem Artilleriecommandanten, Grach, erfüllt, und leistete seinen Rathschlägen in jeglicher Beziehung Folge. Inzwischen sammelten sich die österreichischen Truppen an der walachischen Grenze; v. Heß wurde zum Oberbefehlshaber, Erzherzog Albrecht und Graf Schlick zu Corpscommandanten ernannt. Paskewitsch, dessen Heer Niederlage auf Niederlage von den als „Gesindel“ verachteten Türken erlitten und sich durch Krankheiten sehr vermindert hatte, konnte nicht einmal die völlige Einschließung Silistrias bewerkstelligen und hob die Belagerung endlich auf, weil er dieselbe nicht mehr für nöthig hielt, um gegen Oesterreich am Argis Front zu machen. Paskewitsch verließ die Armee und wurde durch Gortschakoff ersetzt. Allein nun ging Omer Pascha bei Giurgewo über die Donau und trieb die furchtbar entmuthigten Russen vor sich her, deren Verlust an Generalen in der Kriegsgeschichte beispiellos ist. Vergebens suchten Lüders und Gortschakoff sich zu setzen; die Stellung der Russen in der Walachei war unhaltbar geworden, nachdem die siegreichen Türken von Süden herausdrängten, die Westmächte an der Kilia- und Sulinamündung sich festgesetzt und Oesterreich sich nicht eher zufrieden erklärt hatte, bis der letzte Russe aus den Fürstenthümern heraus sei. Daher zeigte der außerordentliche russische Gesandte in Wien, Fürst Gortschakoff, dem Kaiserhofe an, daß sein Gebieter aus Achtung vor Oesterreich die Fürstenthümer räumen werde. Die Russen zogen zunächst in die Moldau. Der Grund lag in den Absichten der Westmächte auf die Krim, Dniestr-, Dniepr- und Donaumündungen, wohin die aus den Fürstenthümern gezogenen russischen Truppen eilten. In Polen hält Oesterreich eine russische Armee festgebannt, und in der Ostsee die westliche Flotte ein zweites und drittes russisches Heer. Rußland braucht ein viertes in Asien, wo, trotz der Siege Bebutoff's und Adronikoff's über Selim und Churschid Pascha (Guyon), doch Schamyl von der einen und die feindlichen Flotten von der anderen Seite so gefährlich geworden sind, daß man die Küstenfestungen geräumt und eingeäschert hat, um die Vertheidigungslinie zu verkleinern; endlich bedarf die Südküste des schwarzen Meeres, auf welcher Rußlands Gefährlichkeit für Europas Frieden ruht und die somit alle Kraft des Angriffs erfahren wird, der größten Vertheidigungsmittel. Rußland rekrutirt schon das fünftemal; seine in Amsterdam, Berlin und Petersburg aufgebrachte Anleihe von 30 Millionen Rubel ist verzehrt, sein Handel auf lange Zeit gelähmt. Wie lange wird sich Rußland gegen das gesammte Europa halten?“ Welches dürften die Garantien sein, die die Westmächte und das durch einen Vertrag mit ihnen verbundene Oesterreich von Rußland begehren werden? Wird Preußen im Stande sein, seine Neutralität zu behaupten, oder wird es für oder gegen Rußland die Waffen ergreifen? Welche Vortheile oder

welche Nachtheile warten seiner in einem oder dem anderen Falle? Welchen Gewinn wird das gesammte Deutschland aus diesem Kriege ziehen in Hinsicht auf seine politische Einheit und seinen Handel? Welche Stellung, welche Aufgabe wird Oesterreich an der Unterdonau und in Deutschland zufallen? Wie werden Schweden und Dänemark sich zu den Westmächten verhalten? Welche Territorialveränderungen wird dieser Krieg in Deutschland, welche Veränderungen in der äußern und innern Politik der europäischen Staaten und ihren socialen Einrichtungen mit sich führen? Das sind die Fragen, welche sich an diese größte Katastrophe der neuesten Geschichte heften und die wohl erst nach vielen Jahren ihre Erledigung finden werden. Die Perspective vergrößert sich noch, wenn wir die Folgen der chinesischen Revolution, die Erschließung Japans durch Nordamerika für den abendländischen Handel in Erwägung ziehen, und uns fragen, welche Gestalt wird Rußland dem mittleren und nördlichen Asien geben, wohin es seine Schritte richten muß, wenn man seine Uebermacht in Europa gebrochen hat? Welche Aenderung der politischen Constellation wird Nordamerika hervorbringen, wenn es im großen Ocean herrschen und in Europa Flottillen unterhalten wird? Großartige Reformen, Umänderungen und Erschütterungen bereiten sich vor. Hoffen wir, daß sie zu Gunsten der Civilisation und Humanität ausfallen. Und wer möchte daran zweifeln, der im Christenthum den Sauerteig erkennt, welcher das ganze menschliche Geschlecht durchsäuern wird! Noch harren viele hundert Millionen des göttlichen Lichts, das ihre dunklen Pfade erhellen soll; noch viele tausend Quadratmeilen warten der Ackerer, die sie bestellen, der Handelsleute, die ihre Producte umsetzen sollen. Wilberforce's Wort bleibt ewig wahr: das Evangelium und die Pflugschar sind die echten Civilisationsmittel, jene friedlichen Werkzeuge, wodurch die Barbarei allmälig ausgerottet werden wird. Wenn es dem Alter ziemt, die vergangene Zeit zu preisen, so ziemt es dem gegenwärtigen Geschlecht, mit heiterem Blick der Zukunft entgegenzusehen, sollte auch diese nicht alle Erwartungen und Wünsche der Menschen befriedigen. Ideale entstehen und vergehen: das ist der ewig gleiche Lauf der Weltgeschichte, in welchem die Menschheit ihrem Ziele näher rückt. Wie die Klänge der Memnonssäule bei jedem frischen Morgenstrahl die Luft durchzitterten, so jubelt die Menschheit bei jeder Neugestaltung der Zustände, ohne der Hitze des Tages zu gedenken, welche die Thatkraft lähmt und den Muth abschwächt. Erst nachdem die Kämpfe vorüber sind, erschallen im Frieden des Abends die Töne der Poesie wieder und ergreift Klio ihren Griffel, um die Thaten der abgehenden Geschlechter zu verzeichnen.

Druck von Fr. Ries in Leipzig.

Berichtigungen.

Seite 1 Zeile 12 v. u. setze hinter „welche": zwar.
— — 7 v. u. setze hinter „Staatsangehörigen:" und die Aufhebung der „Frohndienste."
3 — 16 l. st. „der:" dessen „Redacteur."
5 — 10 v. u. l. „wie der" st. um die.
— — 9 v. u. ergänze hinter „setzen": sei.
8 — 13 v. u. l. „demnach" für dennoch.
14 — 18 v. u. l. „Pfleganstalt" st. Pflegerin.
20 — 18 v. u. l. „kaum" st. schon.
25 — 16 l. „obwohl" st. nachdem.
26 — 19 l. „entging" st. entzog sich.
63 — 13 l. „Akalkalaki" st. Athalkalaki.
64 — 12 l. „vorbereiten" st. bereiten.
93 — 9 l. „Die" st. Auch die.
149 — 15 streiche „darauf."
163 — 9 l. „den Westboten."
170 — 14 l. „28" st 34.
172 — 22 streiche „auf."
176 — 3 v. u. l „Wallerstein."
185 — 14 ergänze hinter „September:" 1839.
210 — 1 v. u. l. „Bataillon."
224 — 17 l. „über eine neue" st über die.
225 — 10 l. „griff" st. faßte.
237 — 1 v. u. l. „hier nicht jene" st. daselbst.
245 — 25 l st. theils — theils „als und nicht dieselbe."
261 — 26 ergänze „Mevissen" hinter „Auerswald."
263 — 1 ergänze hinter „drei Thaler": „später auf fünf Thaler" und hinter „Winter": von 1847 zu 1848.
— — 1 l. v. u. und S. 264 Z. 1 v. o. l. „unausführbar" st. eine unausführbare Phantasterei.
265 — 4 l. „jene Pläne" st. es.
280 — 2 l. „sei" st. ist.
315 — 11 v. u. l. „Mulradsch" st. Mulradsch's.
319 — 23 l. „Clontarf" st. Clontart.
333 — 9 v. u. l. „Abd-el-Kader" st ihn.
346 — 11 v. u. l. „den Nebenfractionen" st. der.
353 — 8 v. u. l. „Siebener" st. Siebenzehner.
354 — 9 v u. l. „ebenfalls."
356 — 15 l. „fanden" st. fand
367 — 6 l. „Juni" statt Juli.
385 — 6 v. u. l. „diesen" st. ihren.
416 — 7 v. u. l. „Reichstags" st. Reichsraths.
419 — 12 l. „4" st. 7.
428 — 11 v. u. l. „April" st. August.
469 — 3 v. u. l. „bildete" st. bilden.
471 — 29 l. Reden's st. Reden.
508 — 11 v. u. l. „brachten" st. brachte.
509 — 8 v. u. l. „den Yankees" st. letzteren.

Das Russische Reich seit dem Wiener Congreß. Vom Grafen de Beaumont-Vassy. Mit dem Portrait des Kaisers Nikolaus, gest. von Weger.

Geschichte Spaniens. Nach Ascargorta. Mit dem Portrait Philipp's II. nach van der Werff.

2) Geschichte einzelner Episoden.

Geschichte der amerikanischen Revolution. Von Georg Bancroft. Mit dem Plane der Belagerung von Quebeck. I.—III. Band.

Der Hansabund. Von Dr. Gustav Gallois. Mit dem Portrait Jürgen Wullenweber's von Milde.

Geschichte der Wiener Revolution. Von F. A. Nordstein. Mit dem Portrait des Erherzogs Johann.

Geschichte der englischen Revolution bis zum Tode Karl's I. Von F. Guizot. Mit dem Portrait Karl's I.

Geschichte Oliver Cromwell's und der englischen Republik. Von F. Guizot. Mit dem Portrait Cromwell's.

Geschichte der Februar-Revolution. Nach A. de Lamartine. Mit dem Portrait Lamartine's.

Geschichte der französischen Revolution. 1789—1813. Von F. A. Mignet. Mit dem Portrait Mirabeau's nach Raffet.

Geschichte der Kalifen. Vom Tode Mohamed's bis zum Einfall in Spanien. Von Washington Irving.

3) Biographien.

Der falsche Demetrius. Eine Episode aus der Geschichte Rußlands. Von Prosper Mérimée.

Attila. Schilderungen aus der Geschichte des fünften Jahrhunderts. Von Amédée Thierry. Deutsch von Dr. Eduard Burckhardt.

Geschichte Friedrich's des Großen. Von Fr. Kugler. Mit dem Portrait Friedrich's nach Schadow.

Geschichte Gustav Adolph's. Nach Andr. Fryxell. Mit dem Portrait Gustav Adolph's nach Ant. van Dyk.

Johann Huß und das Concil zu Costnitz. Nach E. de Bonnechose. Mit dem Portrait Johann Huß'.

Geschichte Kaiser Joseph's II. Von A. Groß-Hoffinger. Mit dem Portrait Joseph's.

Geschichte Karl's des Großen. Von Joh. Friedr. Schröder. Mit dem Portrait Karl's des Großen nach Albrecht Dürer.

Geschichte Kaiser Karl's V. Von Ludwig Storch. Mit dem Portrait Karl's nach Tizian.

Erzherzog Karl von Oesterreich. Von A. Groß-Hoffinger. Mit dem Portrait des Erzherzogs Karl.

Geschichte des Herzogs von Marlborough und des spanischen Erbfolgekrieges. Von Archibald Alison. Mit dem Portrait Marlborough's nach Kneller.

Das Leben Mahomed's. Von Washington Irving. Mit dem Portrait Mahomed's.

Geschichte Kaiser Maximilian's I. Von Karl Haltaus. Mit dem Portrait Maximilian's nach Albrecht Dürer.

Geschichte des Kaisers Napoleon. Nach P. M. Laurent. Mit dem Portrait Napoleon's nach Delaroche.

Nelson und die Seekriege von 1793—1813. Von J. de la Graviere. Mit dem Portrait Nelson's nach Abbot.

Geschichte Peter's des Grausamen von Castilien. Von Mérimée. Mit dem Portrait Peter's nach A. Carnicero.

Geschichte Peter's des Großen. Von Eduard Pelz (Treumund Welp). Mit dem Portrait Peter's nach Le Roy.

Geschichte Franz Sforza's und der italienischen Condottieri. Von Dr. Friedrich Steger. Mit dem Portrait Franz Sforza's.

Geschichte der Königin Maria Stuart. Von F. A. Mignet. Mit dem Portrait Maria's nach Zucchari.

Leben des Kaisers Taokuang. Geschichte China's während der letzten funfzig Jahre. Von K. Gützlaff. Aus dem Englischen von J. Seybt.

II. Naturwissenschaft.

Der Geist in der Natur. Von H. C. Oersted. Deutsch von Dr. K. L. Kannegießer. Mit d. Portrait des Verfassers.

Neue Beiträge zu dem Geist in der Natur. Von H. C. Oersted. Deutsch von Dr. K. L. Kannegießer.

Chemische Bilder aus dem Alltagsleben. Aus dem Englischen des James Johnston.

Naturschilderungen von Joakim Frederik Schouw. Aus dem Dänischen unter Mitwirkung des Verfassers von H. Zeise. Mit Biographie und Portrait des Verfassers. 2te Aufl.

III. Länder- und Völkerkunde.

Eine Weltumsegelung mit der schwedischen Kriegsfregatte „Eugenie" 1851—1853. Von N. J. Andersson.

Reiseskizzen aus Sibirien von Christoph Hansteen. Deutsch von Dr. H. Seebald.

Die Krim. Reiseschilderungen von Prof. Dr. Karl Koch.

IV. Zur Zeitgeschichte.

Historisches Jahrbuch 1853—1854. Mit dem Portrait des Präsidenten Franklin Pierce.

Inhalt: **I.** Politisch-Statistischer Uebersichts-Kalender für das Jahr 1854. **II.** Chronologischer Kalender für das Jahr 1853. **III.** Politische Geschichte des Jahres 1853. **IV.** Nekrologischer Kalender des Jahres 1853.

Das Türkische Reich in historisch-statistischen Schilderungen. (Kriegstheater I.)

Inhalt: **I.** Die Türken in Europa bis zum Anfang des neunzehnten Jahrhunderts. Von Prof. Chr. Molbech. **II.** Die Russisch-Türkischen Feldzüge des Jahres 1828—1829. Vom Obersten F. R. Chesney. **III.** Die Reformperiode der Türkei, Geschichte der letzten zwanzig Jahre von Dr. Edward H. Michelsen. **IV.** Zur Statistik des Türkischen Reiches von Dr. Edward H. Michelsen.

Süd-Rußland und die Donauländer. (Kriegstheater II.)

Inhalt: **I.** Die Krim. Von L. Oliphant. **II.** Odessa und die Süd-Russischen Kornkammern. Von Shirley Brooks. **III.** Die Donaufürstenthümer im Herbst und Winter 1853. Von Patrick O'Brien. **IV.** Reise durch Albanien, Bulgarien und Serbien im Jahre 1853. Von Warington W. Smyth.